

HEGEMONIE UND **CONRAD LLUIS** SOZIALER WANDEL

INDIGNADOS-BEWEGUNG,
POPULISMUS UND
DEMOKRATISCHE PRAXIS
IN SPANIEN, 2011-2016

[transcript] sozialtheorie

Conrad Lluís
Hegemonie und sozialer Wandel

Sozialtheorie

Editorial

Der »State of the Art« der Soziologie ist in Bewegung: zum einen durch einen tiefgreifenden Strukturwandel der (Welt-)Gesellschaft, zum anderen durch einen Wandel ihres eigenen kognitiven Repertoires, der alte theoretische Frontstellungen durch neuere Sichtweisen auf Gesellschaft und Sozialität ergänzt. Die Reihe **Sozialtheorie** präsentiert eine Soziologie auf der Höhe der Zeit: Beiträge zu innovativen Theoriediskussionen stehen neben theoriegeleiteten empirischen Studien zu wichtigen Fragen der Gesellschaft der Gegenwart.

Conrad Lluís (Dr. phil.), geb. 1986, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Er promovierte an der Universität Hamburg und war Fellow am Institut für Sozialforschung der Goethe-Universität Frankfurt am Main sowie in der Social Movements Research Group an der Universität Pompeu Fabra Barcelona. Seine Forschungsschwerpunkte reichen von der Sozialtheorie, der qualitativen Sozialforschung und der politischen Soziologie bis hin zur Migrationsforschung sowie der Arbeits- und Industriesoziologie.

Conrad Lluís

Hegemonie und sozialer Wandel

Indignados-Bewegung, Populismus und demokratische Praxis
in Spanien, 2011-2016

[transcript]

Zugleich Dissertation an der Universität Hamburg 2022. »Eine neue Hegemonie. Em-
porung, Populismus und demokratische Praxis in Spanien«.

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer:
520132823 –, durch die Hans-Böckler-Stiftung und durch die Fakultät für Gesellschafts-
wissenschaften der Universität Duisburg-Essen.

**Hans Böckler
Stiftung**

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Natio-
nalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike
4.0 Lizenz (BY-NC-SA). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Ur-
hebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder
Medium zu nicht-kommerziellen Zwecken, sofern der neu entstandene Text unter derselben Li-
zenz wie das Original verbreitet wird.

Um Genehmigungen für die Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wen-
den Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wieder-
verwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B.
Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigun-
gen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2023 im transcript Verlag, Bielefeld

© Conrad Lluís

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat & Korrektorat: Tanja Jentsch

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839466254>

Print-ISBN: 978-3-8376-6625-0

PDF-ISBN: 978-3-8394-6625-4

Buchreihen-ISSN: 2703-1691

Buchreihen-eISSN: 2747-3007

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Angelina i Manel, »els tiets«, in memoriam

Inhalt

Einleitung	11
I Theorie und Methode	25
1 Kernbegriffe: mit Laclau/Mouffe über sie hinaus	28
1.1 Diskurs zwischen Struktur und Praxis	28
1.2 Artikulation als Diskursproduktion	39
1.3 Grenze und Grund: der Antagonismus	46
1.4 Vom Sozialen zum Politischen? Zur Hegemonie!	53
2 Rückbesinnung	62
2.1 Was ist Postfundamentalismus?	62
2.2 Gramscis Spuren: Hegemonie als Kultur	69
3 Auf in die Empirie: Operationalisierungspfade	75
3.1 Der tradierte Pfad: politische Diskursanalyse	78
3.2 Der neue Pfad: praxeologische Untersuchung	84
3.3 Der reaktivierte Pfad: historische Rekonstruktion	92
II Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung	99
1 Genealogie einer hegemonialen Kultur	102
2 Die Kultur der Transition	107
2.1 Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos	107
2.2 Modernisierung unter sozialistischem Vorzeichen?	115
2.3 Der neue Konservatismus, ein freiheitliches Projekt	124
2.4 Verdrängt: das Proletariat und der Konflikt	129
3 Die postfranquistische Ordnung	137
3.1 Neue Gesellschaft	138
3.2 Beruhigte Politik	141
3.3 Die Kultur der Transition – eine diskursive Kartographie	146
III Mai 2011. Ausbruch der Empörung	153
1 Acampadas – Protestchronologie mit Fokus auf Barcelona, Mai/Juni 2011	155
2 Analyse des Empörungsausbruches	162

2.1	Echte Demokratie Jetzt – der Bruch entsteht	163
2.2	Antagonismus und Identität (I): Der Feind ist das System	168
2.3	Antagonismus und Identität (II): die Demokratie und ihre Repräsentanten	172
2.4	Unten gegen oben, Demokratie gegen Despotie	176
2.5	Eine reformierte oder eine neue, direkte Demokratie?	179
3	Empörung auf dem Platz, Diskurs in der Praxis	190
3.1	Zündphase der Empörung (16. bis 19. Mai 2011)	192
3.2	Hochphase der Empörung (21. bis 25. Mai 2011)	201
3.3	Die Gewalt erdet die Empörung (27. Mai bis 3. Juni 2011)	216
4	Gesamtschau: die Empörung durchleuchten	229
4.1	Der populare Bruch und das neue Volk	229
4.2	Plaça Catalunya, Passagenpunkt des Bruches	232
4.3	Antagonismus: Eliten und Ordnungsgewalt	235
4.4	Demokratie – ein strittiger und vorzeichnender Signifikant	238
IV	Wütende Körper, empörte Praxis	243
1	Eine Ethnographie von Protestgruppen in Barcelona (2014–2016)	246
2	Versammlungen, erste Annäherung	252
3	Die kollektive Praxis der Versammlung	256
3.1	Zitierung und normierende Macht	257
3.2	Wiederholung, Erfahrung und Raum	268
3.3	Fokussierung, die geordnete Performativität	278
4	Vorder- und Rückseite – Artikulation <i>revisited</i>	297
5	Subjektivierung, oder: gemeinsam ermächtigt	309
6	Kollektivität: Versammlungen als Passagenpunkte von Demokratie	322
7	Rekapitulation	330
V	Podemos, Partei der Empörung	335
1	Ordnung in der Krise	338
1.1	Der Empörungsdiskurs – verbreitet, aber erschöpft	341
1.2	Die Kultur der Transition – von der Krise zur Reform?	347
2	Populismus als Hypothese und Gelegenheit	355
3	Unten gegen oben, <i>reloaded</i> : Projekt Podemos	367
3.1	Geburt einer Volkspartei? (Januar 2014)	368
3.2	Böses Europa, gutes Europa (Mai/Juli 2014)	375
3.3	Wir können Volk werden (Januar 2015)	383
3.4	Ein Land vor der Wahl (Dezember 2015)	396
4	Spanischer Linkspopulismus, eine Gesamtschau	407
5	Populismus als demokratische Praxis	420
VI	Eine erweiterte Hegemonietheorie	441
1	Entformalisierung im Zeichen der Praxis	442
2	Die Artikulation der Zeichen, Praktiken und Dinge	453
3	Eine sinnliche, mehr als antagonistische Kollektivität	463

4	Hegemonie in (und von) Raum und Zeit	477
5	Rekapitulation	491
VII	Zwei Spanien: Macht und Gegenmacht	495
1	Eine neue Gegenhegemonie	496
1.1	Diskurs der Empörung überall	496
1.2	Kollektivität im Wandel, Empörte als Sozialfigur	502
1.3	Versammelt zu einer neuen Kultur	508
2	Die Reaktivierung der Kultur der Transition	518
2.1	Erste Bewegung: Verdrängung durch staatliche Gewalt	519
2.2	Zweite Bewegung: rechtspopulistische Neutralisierung	522
2.3	Dritte Bewegung: »progressive« Integration	525
	Ein postfundamentalistischer Ausblick	531
	Quellen	535
	Literatur	545
	Abbildungsverzeichnis	571
	Tabellenverzeichnis	573
	Dank	575

Einleitung

Am späten Abend des 5. Februars 2013 tritt Ada Colau, Sprecherin der *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (Plattform der Hypothekbetroffenen, PAH), vor den Wirtschaftsausschuss des spanischen Parlaments. Dort präsentiert Colau die Volksinitiative, welche die PAH im *Congreso de los Diputados* eingereicht hat. Die Initiative sieht vor, die im Land grassierenden Zwangsräumungen zu verbieten, bei geräumten Immobilien den Restschuldenerlass zu ermöglichen und Sozialmieten zu fördern. In ihrer Rede beschuldigt die PAH-Sprecherin die Politik wie das Finanzwesen, mitten in der dramatischsten Wirtschaftskrise seit Dekaden jährlich hunderttausende Zwangsräumungen zu forcieren, den Bürgerinnen kaum abzahlbare Schuldenlasten aufzubürden und somit bewusst existentielle, teils sogar zum Suizid führende Ängste zu schüren (Colau 2013a).¹ Auf das emotionsgeladene und streckenweise rabiate Statement Colaues reagieren die politischen Repräsentanten mit Unbehagen. Vergebens wird die Aktivistin dazu aufgefordert, ihre Anschuldigungen zurückzunehmen.²

In ihrem Schlussplädoyer setzt Colau sogar noch grundsätzlicher an:

Das Parlament ist kein Blankoscheck, damit die Parteien dann das machen, was ihnen genehm ist, nur weil sie sich legitimiert fühlen. Das ist keine Demokratie. Schon gar nicht im 21. Jahrhundert, mit all den technologischen Ressourcen, über die wir verfügen, um die Bürgerinnen zumindest an den zentralen Angelegenheiten regelmäßig teilhaben zu lassen. Es wäre möglich, die Demokratie dezidiert auszubauen, eine weit partizipativere Demokratie zu erreichen. Wenn das derzeit nicht geschieht, dann weil es keinen politischen Willen dazu gibt.

-
- 1 Diese Studie gebraucht die weibliche und die männliche Form in lockerem Wechsel. In den Kapiteln II, IV und V wird aus empirisch bedingten (und dort erläuterten) Gründen etwas anders verfahren.
 - 2 So etwa die Kritik am Vizesekretär des spanischen Bankenverbandes, zu dem Colau sagt: »Ich habe diesen Herrn nicht mit einem Schuh beworfen, weil ich dachte, dass es wichtig sei, hier zu bleiben und das zu sagen, was ich zu sagen habe. Dieser Herr ist ein Krimineller und als solchen sollten Sie ihn auch behandeln. Er ist kein Experte. Die Vertreter des Finanzwesens haben diese Problemlage geschaffen, die gesamte Wirtschaft dieses Landes zugrunde gerichtet – und hier werden sie weiter als Experten bezeichnet.« (Colau in El País 2013a)

Genau das ist, was wir, was immer mehr Menschen sagen. Menschen mit sehr pluralen Positionen und Anschauungen, aus sehr verschiedenen Bewegungen und Berufsgruppen heraus. Was ich Ihnen heute vorgestellt habe, ist nicht die Position der Plattform [der PAH], sondern ein generalisierter Konsens. [...] Ich frage Sie: Demokratie ist doch, dass die Forderungen der Bürgerinnen und der Mehrheitswille im Parlament einen Ausdruck finden? (Colau 2013b: 0:35-1:50)

Die vorliegende Arbeit liest den Auftritt Colaús samt ihrer Grundsatzkritik als *Symptom* für einen beschleunigten *sozialen Wandel*, der Spanien in wenigen Jahren stark verändert hat. Es lohnt sich, die beschriebene Situation Revue passieren zu lassen: Eine 39-jährige, 2013 praktisch unbekannte Aktivistin tritt vor den Wirtschaftsausschuss des *Congreso*, um dort eine Volksinitiative, hinter der mehr als 1,4 Millionen Unterzeichnende stehen, nicht im Sinne einer *single-issue politics* (die sich nur um die Wohnproblematik drehen würde) vorzustellen. Vielmehr weitet sie die Initiative zur Generalanfechtung des Status quo aus. Die Explizitheit, mit der die PAH-Sprecherin Spaniens Immobilienkrise als »generalisierten Betrug« deutet (Colau 2013a) und den politischen ebenso wie den ökonomischen Institutionen die Legitimität abspricht, ja diese mit einem anderen, partizipativen Demokratieideal konfrontiert, erklärt sich *nicht* allein durch die Persönlichkeit von Ada Colau. So ausgeprägt schon damals, Anfang 2013, das Charisma der erfahrenen Aktivistin und späteren Bürgermeisterin Barcelonas gewesen sein mag,³ ihr Handeln lässt sich nur im Rekurs auf breitere *Strukturen* erklären.

Der disruptive Auftritt der Aktivistin wird erst durch einen neuartigen Commonsense ermöglicht, der sich 2013 querschnittartig durch die spanische Gesellschaft zieht. Dies manifestiert sich demoskopisch, wenn neun von zehn Spanierinnen die Forderungen der PAH für ein Recht auf Wohnen begrüßen.⁴ Der neue *sentido común* lässt sich desgleichen an den medialen Reaktionen gegenüber Colaús Auftritt ablesen. Selbst konservative Blätter würdigen sie als »ehrliche Stimme derer, denen es schlecht geht« (La Razón 2013), oder stellen sich sogar auf ihre Seite: »Was mit den Rechten der Bürger geschieht, können [Colaús] einfache Worte verständlich machen.« (El Mundo 2013) Der Bewusstseinswandel materialisiert sich ferner in den Strukturen der Zivilgesellschaft. Dort breiten sich austeritätskritische Bewegungen aus – allen voran die PAH mit mehr als 200 Versammlungen im ganzen Land. Parallel geben neue, kritische Nachrichtenplattformen wie *eldiario.es* oder *ctxt.es* dem entstehenden Selbstverständnis eine mediale Echokammer. Vielleicht am eindrucklichsten aber dokumentiert sich der neuartige Alltagsverstand in einer veränderten Alltagspraxis. »Die vielleicht schönste Erfahrung dieser Zeit war, als die Nachbarin von nebenan plötzlich über Politik zu diskutieren begann«, so beschreibt es David Fernández, Aktivist und linker Politiker (Interview 26.10.2016).

Die vorliegende Studie kartiert die Entstehung und den Aufstieg dieses neuen Commonsense. Den darin angelegten Entwurf einer solidarischeren, gerechteren und, vor allem, demokratischeren Gesellschaft rekonstruiere ich mit einer holistischen Analyse.

-
- 3 Zu Ada Colau und der PAH seien einführend empfohlen: die Dokumentation *La Plataforma* von 2012, in der es auch um die skizzierte Volksinitiative geht; die deutsche Ko-Produktion *Sieben Tage bei der PAH Barcelona* (2015) sowie der Film von Pau Faus *Alcaldesa* (2016) über Colaús Wahl zur Bürgermeisterin Barcelonas.
 - 4 Dazu die Umfrage für El País (2013b). Zur Wohnfrage als *agenda setter* siehe: Bazaga 2015: 356f.

Durch einen im Dialog mit der Empirie entwickelten Theorierahmen (s.u.), entfalte ich eine *Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse*. Mit einer poststrukturalistischen Hegemonie-theorie bemühe ich mich um eine zugleich umfassende und ins Detail gehende Analyse. Diese liest die Entstehung und Ausbreitung des neuen Commonsense als gesellschafts-übergreifende Semantik, sie zeichnet aber gleichzeitig sensitiv nach, wie sich Spaniens Wandlungsprozess in einer Vielzahl verkörperter Praktiken vollzieht und in einer neuartigen Infrastruktur materialisiert.

Spaniens Wandel findet innerhalb eines klar begrenzbaren Zeitfensters statt. In meinem zentralen Untersuchungszeitraum vom Frühjahr 2011 bis zum Frühjahr 2016 verändert sich Spanien grundsätzlich. Das südeuropäische Land hatte in den 1970er Jahren eine mustergültige Transition zur Demokratie vollzogen und war zu einem der wirtschaftsstärksten Staaten der Europäischen Union geworden – bis es hart von der Weltfinanzkrise von 2008 getroffen wurde. In Spanien kollabierten die traditionell wichtigen Immobilien- und Finanzsektoren. Die »große Rezession« machte Arbeitslosigkeit, Prekarität und staatliche Sparpolitiken endemisch. Doch so einschneidend dieser ökonomische Einbruch für die Bevölkerung auch war (und bis in die 2020er hinein bleibt), die These dieser Arbeit lautet: *Spaniens Gesellschaftskrise beginnt mit den Protesten der Indignados (Empörten) Mitte Mai 2011.*⁵ Den Platzbesetzungen, die sich nach dem Vorbild des Arabischen Frühlings in so gut wie allen Städten des Landes ereignen und die ihrerseits als Vorbild für die griechischen Aganaktismenoi sowie für Occupy Wall Street fungieren, gelingt Erhebliches: Sie entindividualisieren die Erfahrungen von Armut, sozialem Abstieg und Verletzlichkeit, indem sie die neue Gemeinschaft auf den *plazas* – und über sie hinaus – rund um das Ideal einer radikalisierten Demokratie politisieren. Es ist ein Demokratieideal, in dem sich die »von unten« gemeinsam ermächtigen.

Die Platzbesetzungen im Mai und Juni 2011 gelten mir als Schlüsselereignis. Seine Aufarbeitung bildet das erste der drei großen empirischen Kapitel, die zeigen, wie sich die spanische Gesellschaft verändert (Kap. III). Als Endpunkt der Hauptanalyse fungieren die Parlamentswahlen am 20. Dezember 2015 (Kap. V). Das Datum verdeutlicht endgültig: Der Wandel, der bis dahin gleichsam untergründig auf dem Terrain der Zivilgesellschaft und der politischen Kultur geschieht, ist in die harte Sphäre des politischen Systems vorgedrungen.⁶ Mit der linkspopulistischen Partei Podemos (Wir können) mit 20,7 Prozent und der rechtsliberalen Kraft Ciudadanos (Bürger) mit 14 Prozent ziehen zwei Parteien in den *Congreso de los Diputados* ein, die es vor 2011 in dieser Form nicht gab. Beide artikulieren auf unterschiedliche Weise die Empörung gegenüber dem Ist-Zustand und die Sehnsucht nach demokratischer Erneuerung.

5 Der Begriff der Indignados, wie ihn diese Arbeit gebraucht, ist keine Selbst-, sondern eine mittlerweile etablierte Fremdbezeichnung. Die Protestierenden sprechen von sich als 15-M, das Akronym für den 15. Mai 2011. Begriffe wie Indignados (Empörte), Asambleas (Versammlungen), Plätze wie die Plaça Catalunya in Barcelona oder Parteienamen wie Podemos, die in dieser Studie sehr oft fallen, werden der Lesbarkeit halber nicht kursiv gesetzt.

6 Das keineswegs unwichtige Vorspiel der Parlamentswahl von Ende 2015 sind die Kommunalwahlen von 2015. Neue linke Bündnisse wie *Barcelona en Comú* (mit Ada Colau an der Spitze) oder *Ahora Madrid* erobern damals die Rathäuser von Barcelona, Madrid und zahlreichen anderen Metropolen.

Dass sich diese Untersuchung auf parteipolitischer Ebene mit Podemos beschäftigt, folgt inhaltlichen Kriterien. Es wird sich zeigen: Die Linkspopulisten, nicht die Rechtsliberalen, schreiben sich explizit in die *Gegenhegemonie der Empörung* ein und diese fort. Gegenhegemonie, dieser Begriff markiert in meiner Arbeit die *politische* Dimension von Spaniens beschleunigtem Wandlungsprozess. Im hegemonietheoretischen Sinne betrachte ich die Myriade von Zeichen, Praktiken, Körpern und Infrastrukturen, die sich ab 2011 auf den Straßen und Plätzen, in kleinen wie (sehr) großen Versammlungen, in der Zivilgesellschaft wie der institutionellen Politik entspinnen, als einen heterogenen, doch zugleich aufeinander verweisenden Diskurs, präziser als ein Diskursgefüge. Die Kohäsion dieses Diskursgefüges liegt in einer doppelten Bewegung: Einerseits geschieht eine Grenzziehung *nach außen*. Die Ordnung des postfranquistischen Spaniens wird *in toto* in Frage gestellt. Hegemoniale Werte wie »Stabilität« oder »Wirtschaftsliberalismus« werden verworfen. Weiterhin wird die Asymmetrie zwischen einer politischen Elite, die sich als politisch führende Instanz gebärdet, und einer Zivilgesellschaft, die in eine politisch passive Rolle gedrängt wird, in Frage gestellt. Auch das jahrzehntelang vorherrschende Ideal einer individualisierten Mittelschichtsgesellschaft wird (explizit wie implizit) abgelehnt. Diese Abgrenzung nach außen wird, andererseits, flankiert durch eine neuartige Vergesellschaftung *nach innen*. Die Gemeinschaftsformen, die aus den Protesten von 2011 hervorgehen, zielen auf eine alternative Existenzweise (Kap. VII.1.c). Eine demokratische, egalitäre und solidarische Gesellschaft wird seitens der Indignados nicht nur gefordert, sie wird dort auch vorgelebt.

Die Relevanz des Fallbeispiels Spanien und Leitfrage der Untersuchung Schon diese einleitenden Zeilen sollten kenntlich gemacht haben, dass sich Spanien in den Jahren 2011 bis 2016 als europäisch fast beispielloses Konfliktlabor erweist. Wird außer den Protesten der Indignados und den durch sie ausgelösten politischen Verschiebungen berücksichtigt, dass in diesen Jahren die katalanische Unabhängigkeitsbewegung zur Massenbewegung avanciert und bei der konservativen Regierungspartei *Partido Popular* (Volkspartei, PP) mehrere Korruptionsskandale publik werden, so lässt sich umstandslos feststellen: In den Jahren nach 2011 erlebt Spanien eine Legitimitätskrise der politischen Ordnung.

Nun wird so gut wie allen etablierten (und nicht etablierten) Demokratien mit Kategorien wie Denationalisierung, Postdemokratie oder Entdemokratisierung seit über zwei Jahrzehnten eine mehr oder minder ausgeprägte Krisenhaftigkeit attestiert.⁷ Der spanische Fall zeitigt allerdings eine außergewöhnliche *Krisenverdichtung*. Hier laufen gleich vier disruptive Dynamiken zusammen, von denen meine Arbeit drei fokussiert. Zunächst stehen die Indignados sinnbildlich für eine neue Welle von Protestbewegungen, die sich – anders als die Neuen Sozialen Bewegungen – nicht auf Einzelfragen kaprizieren, sondern die Systemfrage stellen (vgl. Tejerina et al. 2013). Weiterhin, und damit zusammenhängend, formiert sich in Spanien ein linker Populismus. Seine kämpferische Losung von unten gegen oben ist zeitweilig so erfolgreich, dass davon selbst die

7 Dazu exemplarisch: Rancière 2002, Beck 2007, Crouch 2008, Mouffe 2010 oder Manow 2020.

EU-Institutionen alarmiert sind.⁸ Letztlich stellt der katalanische Separatismus das spanische Territorialmodell auf eine harte Bewährungsprobe. Die katalanische Frage spare ich zwar weitgehend aus. Doch es ist nicht zu unterschlagen, dass soziale und nationale Konfliktachsen konkurrieren, sich vermengen und gelegentlich gemeinsam eskalieren. Viertens erweist sich Spanien als ein *demokratisches Labor*. Auf der einen Seite wird die Forderung einer Regeneration und Neuausrichtung der repräsentativen Institutionen im Untersuchungszeitraum mehrheitsfähig. Auf der anderen Seite wird die Feinanalyse der Indignados genauso wie von Podemos offenlegen: Als Räume einer verhältnismäßig symmetrischen, herrschaftsfreien und direktdemokratischen Praxis zeichnen *Versammlungen* die entstehende Gegenhegemonie normativ aus.

Diese Studie stellt sich der Herausforderung, drei dieser vier Strukturdynamiken empirisch zu untersuchen. So ließe sich davon sprechen, dass ich mit Blick auf die Indignados eine Bewegungsanalyse lanciere, mit Blick auf Podemos eine Populismusanalyse, mit Blick auf die Versammlungen eine empirische Rekonstruktion demokratischer Praktiken. Zwar sind die drei Strukturdynamiken je für sich genommen wichtig. Das Auszeichnungsmerkmal der vorliegenden Studie indes besteht darin, diese Dynamiken *gemeinsam* zu untersuchen, sie als Teilmomente einer vierten, sie umfassenden Dynamik aufzuschlüsseln. Auch sie trägt einen Namen: *Hegemonie*. Mehr als alles andere tritt meine Arbeit als Hegemonieanalyse an.

Gemäß meinen theoretischen Prämissen (s.u.) gehe ich davon aus, dass soziale Ordnung nicht einfach besteht, sondern politisch gestiftet wird. Jede noch so funktional differenzierte und politisch pluralisierte Gesellschaft besitzt Momente der Vereinheitlichung. Artikulationspraktiken, die mit anderen konfligieren, sich gegen diese durchsetzen (oder marginalisiert werden) ergeben *eine* Gesellschaft. Sie schaffen eine prinzipiell kontingente, doch historisch stabilisierte Ordnung. Das Fallbeispiel Spanien ist deshalb so lehrreich, weil sich dort exemplarisch ablesen lässt, wie solch eine umkämpfte Produktion von Gesellschaft abläuft. In den knappen fünf Jahren zwischen 2011 und 2016 entsteht eine Gegenhegemonie, welche die geltende Ordnung in Frage stellt und diese mit einem Gegenentwurf konfrontiert. Eine grundlegende Neuausrichtung der spanischen Gesellschaft im Zeichen von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und einer radikalisierten Demokratie scheint für einen kurzen historischen Augenblick möglich. Das zentrale Anliegen der vorliegenden Studie besteht darin, das Ensemble der Artikulationspraktiken zu rekonstruieren, die bei der Entstehung und Entfaltung der Gegenhegemonie der Empörung zusammenwirken. Eine sowohl mikro- als auch makrologisch ausgerichtete Analyse stelle ich in den Dienst einer **Leitfrage**: *Wie artikuliert sich in Spanien ab 2011 eine neue Gegenhegemonie der Empörung?* Rund um diese Leitfrage ist zu erkunden, welche Eigenschaften diese Gegenhegemonie über die bloße Empörung hinaus auszeichnen und wie diese Gegenhegemonie im Laufe der Jahre sedimentiert, zumindest partiell zu Gesellschaft wird.

Nun ist das spanische Beispiel auch deshalb so lehrreich, weil es offenlegt, dass dort, wo sich eine Gegenhegemonie entfaltet, immer schon eine Hegemonie steht.

8 Scheint doch 2014 und 2015 das möglich, was Podemos in parteiinternen Publikationen »Hegemonien des Südens« nennt: eine linke, austeritätskritische Regierungsübernahme in Griechenland wie Spanien (siehe: Kap. V.2).

Mein Blick spitzt sich auf die neue Gegenmacht zu, er bleibt dabei aber nicht stehen, sondern bemüht sich um eine umfänglichere Kontextualisierung. Die Hauptuntersuchung wird eingeklammert durch eine bündige Analyse jener Ordnung, die Spanien seit Jahrzehnten prägt. Die Kultur der Transition, die in meiner Lektüre in den 1970er Jahren als politisches Projekt entstand und in den 1980er Jahren zur umfassenden Kultur sedimentierte, erweist sich als Spaniens eigentliche Hegemonie. An ihr arbeiten sich die Indignados und Podemos ab, desavouieren sie explizit als *Régimen del 78* (1978 ist das Jahr der spanischen Verfassungsgebung). Indem ein historisch ausgerichtetes Kapitel (Kap. II) zu Beginn die Genese dieser Hegemonie nachvollzieht und das Schlusskapitel (Kap. VI) kursorisch festhält, wie die vorherrschende Ordnung die neue Gegenhegemonie delegitimiert, neutralisiert und partiell integriert, wird zweierlei geleistet: Erstens verhindert dies die Idealisierung der Indignados und Co. Die Proteste verändern die spanische Gesellschaft nur partiell, nicht gesamthaft – und manche Veränderung panzert sogar mittelfristig den Status quo. So wichtig die im Mai 2011 ausgelösten Veränderungen sind, sie bewegen sich nicht in einem Vakuum, sondern *fügen sich ein* in eine historisch gewachsene Ordnung. Die Kultur der Transition liefert gleichwohl mehr als nur den Kontext, der die Umwälzungen im krisengeschüttelten Spanien erst verstehbar macht. Die Doppelperspektive auf Gegenhegemonie und Hegemonie liefert, zweitens, ein lehrreiches Beispiel für eine konfliktzentrierte Gesellschaftsanalyse. Sie hält politische Verwerfungen, Umbrüche und strukturelle Rekonfigurationen nicht für problematische oder gar deviante Phänomene, sondern versteht sie als elementar für ein angemessenes Verständnis des Sozialen. Gesellschaft konstituiert sich im Konflikt, so das Motto, von dem sich meine Untersuchung leiten lässt.

Die sozialtheoretische Ambition: eine erweiterte Hegemonietheorie »Die soziologische Theoriebildung braucht weniger selbstreferentielle Schließung und mehr empirische Öffnung – und die qualitative Forschung braucht viel weniger von der Strenge, die mit dem Methodenbegriff assoziiert wird, und mehr von der Kreativität, die man der Theoriebildung zuschreibt.« Diese Losung Stefan Hirschauers (2008: 184) mache auch ich mir zu eigen. Die hiesige Studie transzendiert die übliche Dichotomie zwischen Empirie und Theorie. Ihr geht es um mehr als nur darum, das Fallbeispiel Spanien mit einem schlüssigen Analyserahmen verstehbar zu machen. Vielmehr blendet sie die empirische Forschung auf die Theoriebildung zurück. Es gilt: Die Empirie erweitert das Sichtfeld der von mir gebrauchten Theorie.

In diesem Sinne ist diese Studie gleichermaßen eine Analyse des sozialen Wandels im krisengezeichneten Spanien wie eine *eigenständige* Untersuchung im Feld der Sozialtheorie. Mein theoretischer Ausgangspunkt – besser: meine theoretische Arbeitsstätte – verortet sich in der poststrukturalistischen Diskurstheorie, die Chantal Mouffe und Ernesto Laclau entwickelt haben. Ihr Ansatz, den ich hier schlicht als Hegemonietheorie bezeichne, lässt sich allgemein im Feld der Kulturtheorie und konkret in dem des Poststrukturalismus verorten. Indem sie den Hegemoniebegriff von Antonio Gramsci mit einem poststrukturalistischen Vokabular aktualisieren, das auf Jacques Derrida und Michel Foucault verweist, schaffen Laclau/Mouffe einen innovativen Ansatz. Er verwebt drei konzeptuelle Bewegungen, die in der Regel getrennt bleiben. Erstens liest das Autorenpaar soziale Prozesse als symbolische Prozesse. Indem sie das Diskursive und das

Soziale gleichsetzt, bietet sich die Hegemonietheorie als Diskurstheorie dar. Zweitens gehen Laclau/Mouffe von der Allgegenwart machtgeladener Kämpfe und dem politischen Ursprung jeder Identität, Kollektivität und sozialer Ordnung aus. Unaufhörlich und überall toben Kämpfe um Hegemonie, um die als legitim geltende Deutungshoheit und Gestaltungsmacht. So präsentiert sich Hegemonietheorie als Konflikttheorie. Doch so stark das Moment des Politischen ist, es wird, drittens, relativiert durch das Axiom, dass Kämpfe befriedet werden und zu sozialen Strukturen sedimentieren. Um Hegemonie wird nicht nur gekämpft, sie wird auch ausgeübt – was immer wieder eine relativ entpolitisierte Gesellschaft schafft. Dem Politischen steht das Soziale gegenüber, so betont die Hegemonietheorie und erhebt dadurch auch den Anspruch, Sozialtheorie zu sein.

Ein Ansatz, der von seiner Anlage her zugleich Diskurstheorie, Konflikttheorie und Sozialtheorie sein will, ist so epistemologisch ambitioniert wie herausfordernd. Die Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe stellt sich quer zu den disziplinären Grenzen, die zwischen politischer Theorie und Sozialtheorie, zwischen Politologie und Soziologie bestehen. Wenn Gesellschaft politisch verfasst ist, wenn keine soziale Identität gänzlich unpolitisch sein kann, sondern stets einen politischen Kern aufweist, so ist dies eine schroffe Provokation für die herkömmliche Soziologie. Und genauso ist es eine Provokation für die politische Theorie – oder: die Theorien des Politischen – wenn mit dem Begriff der Hegemonie betont wird, dass das Politische (hier: der Antagonismus) in einem Moment gipfelt, das über das Politische hinausweist. Fügt man dem hinzu, dass mit dem Poststrukturalismus, dem Marxismus und der Konflikttheorie bei Laclau/Mouffe drei Theorietraditionen zusammenfließen, die bis heute in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften (und nicht nur dort) einen schweren Stand haben, so dürfte schnell einsichtig werden, weshalb die Hegemonietheorie ein peripherer Ansatz geblieben ist.

Seit der Publikation von *Hegemony and Socialist Strategy* (1985), dem Gründungswerk von Laclau/Mouffe, hat sich freilich in Gestalt der *Essex School of Discourse Analysis* ein zumindest international reges Theoriefeld gebildet,⁹ in dem die Hegemonietheorie konzeptuell fortentwickelt und, insbesondere, empirisch operationalisiert wird. Die vorliegende Arbeit schreibt sich in dieses Feld ein, ohne aber dort zu verharren. Auf den ersten Blick scheint meine Untersuchung eine der (noch) nicht derart zahlreichen Operationalisierungen der Hegemonietheorie zu sein. Allein die Bearbeitung des Fallbeispiels Spanien mit einer strikt von Laclau/Mouffe übernommenen Analytik wäre für sich genommen ein legitimer Beitrag im Feld der *Essex School* oder, allgemeiner, in dem der politischen Soziologie.

Der hiesige Anspruch reicht jedoch weiter. Ich möchte dazu beitragen, den holistischen Anspruch von Laclau/Mouffe einzulösen. Mein Motto ist: Diskurs-, Konflikt- und Sozialtheorie können in *einem* Ansatz vereinigt werden. Diese synthetische Ambition mag weder grundbegrifflich noch empirisch leicht zu entfalten sein, unmöglich ist sie nicht. Ich würde sogar behaupten, dass sich in der gegenwärtigen Theorieentwicklung eine erweiterte Hegemonietheorie geradezu aufdrängt. Sie könnte im Terrain der Kultur- und Sozialtheorien auf das antworten, was sich als ein Auseinanderdriften

9 Diese Bezeichnung geht zurück auf die langjährige Forschungs- und Lehrtätigkeit von Laclau an der University of Essex, die bis heute im Center for Ideology and Discourse Analysis fortwirkt.

von Konstruktivismus und Postkonstruktivismus bei gleichzeitigem Ausschluss der Theorien des Politischen bezeichnen lässt.

Postkonstruktivistische Ansätze wenden sich vom *cultural turn* und *linguistical turn* ab und stellen demgegenüber immanente, vorsymbolische Prozesse ins Zentrum. Rund um Leitbegriffe wie Materialität, Affekt, Körperlichkeit, Assemblage, Raum oder Bildhaftigkeit hat sich seit der Jahrtausendwende ein neuer Forschungsstrang formiert. Der Postkonstruktivismus kommt zwar meist von der Kulturtheorie und dem Poststrukturalismus, er erhebt aber den Anspruch, näher an den »Dingen« zu sein, die (angeblich) harte Realität der biologischen, infrastrukturellen und ökonomischen Tatsachen besser einzufangen. Der Neomaterialismus, die Affekttheorie, die Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) oder die objektorientierte Ontologie beanspruchen allesamt, eine weit realitätsnähere Sozialtheorie zu liefern als die im sinnzentrierten Konstruktivismus angelegte. Letzterer wird zur »Überbautheorie« gemacht, sein Fokus auf Sprache, Zeichen und Kultur zur Sekundäranalyse herabgestuft (als Übersicht: Gertenbach 2019a: 60–65).

Auf diese Deklassierung antworten der Konstruktivismus im Allgemeinen und der diskurszentrierte Poststrukturalismus im Besonderen mit einer eigentümlich defensiven Haltung. Anstatt sich responsiv gegenüber den neomaterialistischen Impulsen zu zeigen und die eigene Begriffsarchitektur kritisch für diese zu öffnen, findet meist eine selbstreferentielle Schließung rund um die eigenen Postulate statt. Die Hegemonietheorie ist keine Ausnahme. Vor allem der späte Laclau und, ihm folgend, prominente Mitglieder der *Essex School* formalisieren einen Ansatz, dessen Stärke ursprünglich in seiner Offenheit lag, so stark, dass nur mehr eine Gleichung gilt: Das Diskursive (= das Soziale) besteht in einem kleinen Set von Logiken, die der Antagonismus in seiner An- oder Abwesenheit dirigiert (dazu: Kap. VI.1).

Dem Auseinanderdriften von neomaterialistischem Postkonstruktivismus und kulturalistischem Konstruktivismus tritt meine Studie dezidiert entgegen. Ich ziele darauf, die Bausteine einer *synthetischen Diskurstheorie* zu entwickeln. Sie bewegt sich innerhalb des groben Begriffsrahmens von Laclau/Mouffe, erweitert jedoch über eine dreifache Bewegung diesen Rahmen so stark, dass sich am Ende der Untersuchung eine grundsätzlich erneuerte Hegemonietheorie abzeichnen wird. Die erste dieser drei verknüpften Bewegungen besteht in dem, was ich als eine *dekonstruktive Lektüre* von Laclau/Mouffe bezeichne. Meine Erweiterung ihres Ansatzes setzt immanent an. Eine dichte Beschreibung der Theoriearchitektur wird zeigen, dass beim Autorenpaar jene weite Hegemonietheorie, auf die ich ziele, zwar prinzipiell angelegt ist, diese jedoch forschungspraktisch nicht eingelöst wird (Kap. I.1). Meine Weiterentwicklung von Begriffen wie Diskurs, Artikulation, Antagonismus und Hegemonie geschieht nicht in einem willkürlichen Akt sozialtheoretischer *Bricolage*, er schöpft vielmehr die gehörigen Potentiale aus, welche die Hegemonietheorie latent bereitstellt.

Diese dekonstruktive Öffnung von Laclau/Mouffe ebnet den Weg für die beiden weiteren Bewegungen. Sie gehen Hand in Hand. Mein zweites, nach dem empirischen Hauptpart situiertes Theoriekapitel, entfaltet den Ansatz des Autorenpaares im Dialog mit den empirischen Einsichten, was zur Synthesebewegung zwischen Diskurstheorie, Praxeologie und Neomaterialismus führt (Kap. VI). Mittels Kategorien wie Praxis, Diskursgefüge, Artikulationspraxis oder sinnliche Kollektivität entwerfe ich informiert durch die empirische Auseinandersetzung das, was ich meist im operativen Sinn als

eine *erweiterte Hegemonietheorie* oder zuweilen im emphatischeren sozialtheoretischen Sinn als *Bausteine einer postfundamentalistischen Sozialtheorie* bezeichne. Ein solcher Ansatz ist nicht (mehr) darum verlegen, sich auf ein Denken des Sinnlichen einzulassen, er lehnt indes genauso eine positivistische Verdinglichung des »Materiellen« ab. Mein Zugang bleibt der einer Diskurstheorie. Nur ist es eine Diskurstheorie, die den Sinnbegriff erdet. Sie macht die (Re-)Produktion von Bedeutungsstrukturen in Praktiken und in materialisierten Infrastrukturen stark. Diese Begriffserweiterung blickt auf die Gegenwart – und auf die Vergangenheit. Mein Verständnis von Hegemonie als einer angeeigneten und gelebten Kultur lässt sich inspirieren von Antonio Gramsci. Er bleibt auch für eine erweiterte Hegemonietheorie der Vordenker.

Meine theoretische Erweiterungsbewegung zehrt, drittens, vom Dialog mit der Empirie, wie ihn der oben zitierte Hirschauer annimmt. Um Ulrich Beck (1986: 20) zu paraphrasieren, erweist sich jedes empirische Kapitel als ein »Entdeckungs- und Lernprozess«, und zwar (hoffentlich) sowohl für die Leserin als auch für den Autor. Jedes der fünf empirisch ausgerichteten Kapitel bringt die Analyseheuristiken, die von Laclau/Mouffe übernommen und fortentwickelt wurden, zum Einsatz; und jedes dieser fünf Kapitel fügt diesen Heuristiken etwas hinzu, bereichert die Theoriebrille, mit der ich auf Spanien blicke. Meine erweiterte Hegemonietheorie tritt somit *nicht* als Universaltheorie an. Sie schärft und erlernt ihr Vokabular in der Auseinandersetzung mit einem konkreten Fallbeispiel und an einem konkreten Material. Meine Theoriebildung ist im Sinne der *Grounded Theory* »gegenstandsbezogen«, sie weist aber gleichzeitig über ihren Gegenstand hinaus. Keines der empirischen Kapitel ist nur empirisch, jedes enthält auch Überlegungen, die über die Kultur der Transition, die Indignados oder Podemos hinausweisen und allgemeinerer sozialtheoretischer Natur sind. Der Dialog von Empirie und Theorie geht in beide Richtungen. Die erweiterte Hegemonietheorie, auf die ich ziele, gewinnt erst in der empirischen Auseinandersetzung ihre Konturen, der soziale Wandel Spaniens wird erst in diesem Theorierahmen in seiner ganzen Reichhaltigkeit aufgeschlüsselt.

Um diesem holistischen Anspruch methodisch gerecht zu werden, trianguliere ich Diskursanalyse, Ethnographien und, flankierend dazu, Leitfadeninterviews. Zum einen lanciere ich eine politische Diskursanalyse, die »von oben« ansetzt. In der Auswertung von politischen Dokumenten (Reden, Manifesten, Forderungskatalogen usw.) zeigt sie, wie im Empörungszyklus gewisse Signifikanten und Forderungen zentral werden. Dies ergänze ich zum anderen mit einer praxeologischen Perspektive, welche die Praktiken in ihrem konkreten, verkörperten und materialisierten Vollzug aufarbeitet. Für diesen praxiszentrierten Fokus entwickle ich eine »Diskursanalyse von unten«, mit der ich die Verlaufsprotokolle von Versammlungen der Indignados genauso wie von Podemos aufarbeite. Zudem baut dieser Fokus auf einer einjährigen Ethnographie auf. Von November 2014 bis Januar 2016 begleitete ich Protestgruppen in Barcelona. Die in Kapitel IV präsentierte ethnographische Analyse steht sinnbildlich für meine Verschränkung von empirischer Auseinandersetzung und Theoriebildung. Im Laufe der Ausführungen greife ich zudem punktuell auf von mir geführte Leitfadeninterviews zurück, um den Argumentationsgang mit ihrer Hilfe zu illustrieren.

Mit einer derartigen Triangulation qualitativer Verfahren möchte ich zeigen: Die epistemischen Grenzen, die der neomaterialistische Postkonstruktivismus dem Konstruktivismus und vor allem der Diskurstheorie unterstellt, lassen sich verschieben. Die

»Analyse diskursiver Tiefenstrukturen« (Diaz-Bohne 2010: 420) auf die auch ich (freilich anders als Diaz-Bohne) ziele, soll idealerweise freilegen, dass die scheinbar harte Realität von Materialität, Körperlichkeit und Praxis und die nur scheinbar ätherische Ebene der Zeichen ein *Kontinuum* bilden. Dieses Kontinuum schlüsselt meine Studie mit einer sensiblen qualitativen Sozialforschung auf.

Für eine derart holistische Diskurstheorie reaktiviere ich überdies einen historischen Analysepfad. Eine der zentralen Stärken der Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe liegt darin, dass bei ihnen eine *postfundamentalistische* Perspektive angelegt ist. Das heißt: Ein Denken, das die Kontingenz sozialer Verhältnisse nicht im Stile eines Antiessentialismus verabsolutiert, sondern es zusammendenkt mit der Ordnung dieser Verhältnisse. Der Begriff der Hegemonie ist beim Autorenpaar die Chiffre, mit der die Instabilität und Umkehrbarkeit sozialer Verhältnisse zusammengedacht werden mit einer Vermachtung, die zeitweilig sedimentierte Strukturen hervorbringt. Die Emphase liegt auf »zeitweilig«. Die Pendelbewegung zwischen Kontingenz und Ordnung geschieht in der Zeit, sie wird vermittelt durch die *Geschichtlichkeit* des Sozialen. Der hiesige Ansatz ist weder antiessentialistisch noch objektivistisch, sondern verteidigt ein historisiertes Gesellschaftsverständnis.

Eine postfundamentalistische Sozialtheorie, die ihren Begriffsapparat in der Tradition von Marx, Foucault, Gramsci sowie vor allem der Gender Studies historisiert,¹⁰ hat einen doppelten Vorzug. Zum einen können damit, wie Andrea Maihofer mit ihrem Verständnis von Geschlecht als Existenzweise gezeigt hat (Kap. I.2.a), die Gräben zwischen dem Symbolischen und dem Materiellen relativiert, wenn nicht überwunden werden. Am spanischen Fall verdeutlicht: Erst eine temporale Analyse zeigt, wie die Zirkulation von Pamphleten und Manifesten vor 2011 zusammenhängt mit den massenhaften Protestcamps der Indignados in jenem Jahr. Und die dichte Beschreibung der Versammlungen vor Ort samt ihrer Infrastruktur erklärt ihrerseits, wie die Proteste von 2011 zu einem *popularen* Bruch avancieren, dessen volle Kraft sich erst in den Folgejahren entfaltet – und die Sphäre der politischen Repräsentation verschiebt.

Zum anderen ist es das Anliegen einer postfundamentalistischen Sozialtheorie, wie sie am Horizont dieser Arbeit steht, einen starken *Begriff des Politischen* mit einer substantiellen *Theorie des Sozialen* zu kombinieren. Die umkämpfte Infragestellung und Neuordnung sozialer Verhältnisse (das Politische) zum einen und die entpolitisierte Reproduktion, Trägheit und Latenz von Gesellschaftsstrukturen (das Soziale) zum anderen sind die beiden – spannungsgeladenen – Seiten von Gesellschaft, so möchte meine Studie bekräftigen. Ein derartiger Ansatz vermeidet Soziologismus wie politischen Dezisionismus, um stattdessen das Soziale und das Politische dialektisch zu verschachteln. Dafür gibt es keine theoretischen Abkürzungen, sondern nur den Weg in die empirische Ge-

10 In dieser Hinsicht beteiligt sich diese Studie an der langsamen Wiederentdeckung der Dimension der Geschichtlichkeit seitens der Soziologie. Anders als im angelsächsischen Kontext, wo diese Wiederentdeckung mit der Etablierung einer *Historical Sociology* schon länger im Gange ist, beginnt dies im deutschsprachigen Kontext erst. Die Gründungstagung des Arbeitskreises Historische Soziologie in der Sektion Kultursociologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) im März 2022 könnte sich hierbei (idealerweise) als ein beschleunigender Faktor erweisen.

sellschaftsanalyse. Es gilt das Motto Ludwig Wittgensteins (1984: § 107, H. i. O.): »Wir wollen gehen; dann brauchen wir die *Reibung*. Zurück auf den rauen Boden!«

Terra incognita? Der Forschungsstand Mit meinem doppelten Anspruch, zugleich eine empirische Analyse der politischen Verschiebungen im aktuellen Spanien zu tätigen und theoriebildend zu einer erweiterten Hegemonietheorie zu gelangen oder, wenn man so will, Bausteine einer postfundamentalistischen Sozialtheorie zu entwerfen, betrete ich in zweifacher Weise Neuland. Auf theoretischer Ebene sind die Versuche, im Dreieck von Postkonstruktivismus, Konstruktivismus und den Theorien des Politischen zu Synthesen zu finden, bis heute (sehr) rar gesät. Ein Autor und eine Autorin haben indes Pionierarbeiten für eine derartige Synthese geleistet – was sie zentral für die hiesige Studie macht. Einerseits ist dies Andreas Reckwitz, auf den ich mich hinsichtlich des Zusammendenkens von Diskurstheorie und Praxeologie maßgeblich beziehe. Andererseits berufe ich mich stark auf Judith Butler. Ihr Begriff der Versammlung (vgl. Butler 2016) informiert meine Konzeption dieser Institution, und zwar sowohl hinsichtlich des Zusammendenkens von Diskurs, Praxis und Körper als auch in Bezug auf den darin enthaltenen Begriff des Politischen.

Im engeren Feld der Hegemonietheorie gibt es ebenfalls seit der Jahrtausendwende ein gewisses Plädoyer dafür, den Ansatz von Laclau/Mouffe für eine wahlweise (neo-)materialistische oder gramscianische Perspektive zu öffnen. Ich stelle mich hier nicht auf Seite jener, die mit dem Schlagwort Posthegemonie für die Verabschiedung dieses Ansatzes eintreten (vgl. Lash 2007, Beasley-Murray 2010), sondern auf die Seite jener, die sich für eine Erweiterung oder Neujustierung dieser Diskurstheorie aussprechen (vgl. Opratko 2012, Leggett 2013, Arditi 2014 oder Mazzolini 2020). Fast wichtiger für meine Erarbeitung einer postfundamentalistischen Sozialtheorie erweisen sich aber, vielleicht überraschend, die Gender Studies. Vor allem die Arbeiten der schon erwähnten Maihofer und Butler, aber auch von Ulle Jäger geben mir wichtige Impulse, um eine konzeptuell informierte *und* empirisch sensible Gesellschaftsanalyse zu entwerfen. Anders inspirierend, da bezogen auf die perspektivische Fortentwicklung des in dieser Studie kristallisierenden Kollektivitätsverständnisses, sind die (laufenden) Arbeiten von Tobias Schlechtriemen und Sebastian J. Moser. Ihr zwischen dem Symbolischen, dem Sinnlichen und der politischen Artikulation operierender Begriff der Sozialfigur (vgl. Moser/Slechtriemen 2018, 2021) birgt eine synthetische Ambition, die sich mit der hiesigen überschneidet.

Hinsichtlich des Fallbeispiels Spanien stellt sich die Forschungslandschaft anders, doch nicht minder komplex dar. Mit Blick auf die deutschsprachige Sozialwissenschaft ist festzuhalten: Spanien, ja Südeuropa bleibt traditionell und bis heute weitgehend unsichtbar. Dies ist umso bedauerlicher, als ein südeuropäischer Fokus gerade gegenwärtig, in Zeiten der Covid-19-Pandemie wie des Klimawandels, ein Lernfeld bieten könnte: Wie gehen westliche Gesellschaften mit Krisen um? Wie werden sie zu krisenerprobten Gesellschaften? Tatsächlich gab es die Intuition, dass die spanischen Entwicklungen als internationales Modell fungieren könnten, schon einmal, im Übergang von der franquistischen Diktatur zur Demokratie. So stammt denn auch der größte Forschungsboom über Spanien aus der Zeit der späten 1970er bis 1990er Jahre. In der Politikwissenschaft – vornehmlich in der von Juan José Linz geprägten Transitionsforschung – wurde Spani-

en zum Leuchtturm der sogenannten dritten Demokratisierungswelle auserkoren. Ein Enthusiasmus, den freilich Stephan Lessenich (vgl. 1995, 1996) mit Blick auf die strukturellen Schwächen des iberischen Wohlfahrtsstaates schon vor 25 Jahren kritisch hinterfragte.

Der zweite Moment, in dem das deutschsprachige und internationale Forschungsinteresse für Spanien erwachen, führt direkt zum Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit. Besonders auf internationalem Terrain ist im Laufe der vergangenen Dekade eine schier unüberblickbare Zahl von Publikationen erschienen, die sich mit der Protestbewegung der Indignados sowie mit der linkspopulistischen Partei Podemos auseinandersetzen. Viele dieser Arbeiten replizieren ironischerweise jene normative Überhöhung, die bereits der Transitionsforschung in Bezug auf Spanien unterlief: Die Indignados werden zur tugendhaften Bewegung stilisiert, in der sich eine bessere Demokratie verkörpert. Diese Überhöhung unterläuft teilweise auch den fundierten Monographien von Cristina Monge (2017), Nikolai Huke (2017) und Cristina Flesher Fominaya (2020), die sich als Meilensteine bei der Erforschung der »Empörungsjahre« in Spanien erwiesen haben.¹¹ Dennoch fehlen bislang Arbeiten, welche die Analyse der Indignados mit sozialtheoretischen Überlegungen verflechten.¹² Neuartige Protestzyklen wie die der *Indignación* in Spanien fordern zu einer Forschung auf, die ihren Begriffsrahmen, ja ihre Methodologie an diese Phänomene anpasst, um sie in ihrem ganzen Facettenreichtum, aber auch mit all ihren Ambivalenzen kritisch zu würdigen. Demokratietheoretische Überlegungen, wie sie Huke (2017: 250–269) oder Fominaya (2020: 285–316) bemühen, sind wichtig, reichen aber nicht aus. Vielmehr bedarf es Arbeiten, die diese Politisierungsphänomene gesellschaftsanalytisch analysieren und reflektieren. Die vorliegende Studie nimmt sich einer Schlüsselfrage an, die bislang weitgehend unbearbeitet geblieben ist: Wie veränderte die Gegenhegemonie der Empörung die soziale Ordnung, wie machte sie Spanien zu einem *anderen Land*?

Aufbau der Arbeit Das Vorgehen gestaltet sich wie folgt: Das erste Kapitel, »Theorie und Methode«, legt die konzeptuellen wie methodologischen Fundamente der gesamten Studie. In einem ersten Schritt wird die dekonstruktive Lektüre von Laclau/Mouffe die bei ihnen angelegten, doch nicht eingelösten Potentiale zu einer umfassenden Hegemonietheorie freilegen (Kap. I.1). Nach der engen Lektüre der hegemonietheoretische Begriffe werde ich einen Schritt zurücktreten. Zuerst gilt es darzustellen, was im Feld der Sozialtheorie eine postfundamentalistische Perspektive auszeichnet, anschließend wird ein Exkurs zu Gramsci offenlegen, was noch immer von ihm zu lernen ist (Kap. I.2). Zuletzt

11 Für den deutschsprachigen Kontext sticht zudem die Ethnographie von Olaf Tietje (2018) hervor, die sich mit den Arbeitserfahrungen und Kämpfen von migrantischen Arbeiterinnen in Almería beschäftigt. Der dort zentrale Begriff der eigensinnigen Praxis wird auch in meiner Studie eine wichtige, doch anders gelagerte Rolle spielen.

12 Julia Fürwitt (2022) beansprucht zwar programmatisch, die Analyse der spanischen Krisenkonjunktur mit der Entfaltung einer neuartigen Diskursanalyse zu verbinden. Gleichwohl verharret die Autorin, so mein Eindruck, auf analytischem Terrain bei einer traditionellen Diskursanalyse. Letztere rekonstruiert zwar sensibel die Responsivität der etablierten Kollektive gegenüber der spanischen Gesellschaftskrise – und ergänzt damit den hiesigen Fokus. Demgegenüber wird der theoriebildende Anspruch bei Fürwitt in letzter Instanz nicht eingelöst.

zeigt der methodische Part, welchen drei Operationalisierungspfade ich in diskursanalytischer, praxeologischer und historischer Hinsicht folge (Kap. I.3). Hierzu ist noch eines anzumerken: Strenggenommen ist der Analyserahmen breiter konzipiert. Er bewegt sich nicht mehr nur innerhalb des Begriffsapparats von Laclau/Mouffe, sondern weist über diesen hinaus. Da allerdings meine Theorie der Empirie nicht vorgeschaltet war, sondern im Dialog mit dieser entstand, wird dies auch darstellungstechnisch gewürdigt. In diesem Sinne steht der zweite, eigenständige Part des Theoriekapitels hinter den vier großen empirischen Kapiteln. Dies erhöht idealerweise nicht nur den Spannungsbogen, sondern zeigt narrativ, wie diese Studie eine empirisch grundierte Theoriebildung betreibt. Die Leserin allerdings, der in erster Linie an sozialtheoretischer Vereinheitlichung gelegen ist, möge von Kap. I direkt zu Kap. VI übergehen – um sodann quasi vollinformatiert in die Empirie einzusteigen.

Kapitel II, »Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung«, erarbeitet die historische Grundlage des Politisierungszyklus der Empörung. Dieses Kapitel tritt wohlgerne nicht nur als ein rahmender Kontext an. Es konturiert vielmehr die Hegemonie einer Ordnung, der Kultur der Transition, gegen die sich die Protestbewegungen und Parteien ab 2011 wenden und deren Krise sie hervorrufen. Die Losung lautet: Um die Gegenhegemonie der Empörung angemessen zu verstehen, muss man in die 1970er und 1980er Jahre gehen.

Von hier aus entfalten sich dann die drei empirischen Schlüsselkapitel. Zunächst ist der Titel von Kapitel III, »Mai 2011. Ausbruch der Empörung«, Programm. Ich kombiniere eine politische Diskursanalyse von oben mit einer praxeologischen Diskursanalyse von unten, um zu rekonstruieren, wie die Indignados als eine umfassende Bewegung entstehen. Die Analyse ihrer Manifeste, Forderungskataloge und Slogans wird zeigen, wie sich 2011 eine protopopulistische Semantik mit linker Polung artikuliert (Kap. III.2), die Verlaufsprotokolle des Protestcamps auf der Plaça Catalunya in Barcelona werden offenlegen, wie die Empörung als eine dichte, in Raum und Zeit stabilisierte Praxis buchstäblich Gestalt annimmt (Kap. III.3).

Das folgende Kapitel IV, »Wütende Körper, empörte Praxis«, untersucht ethnographisch die Empörtenversammlungen, die einige Jahre später, Ende 2014, im Raum Barcelona fortbestehen. Meine teilnehmende Beobachtung begleitet drei Asambleas (Versammlungen), um mit einer nochmals detaillierteren Feinanalyse zu rekonstruieren, wie sich die Artikulationspraktiken der Empörung vollziehen und was diese auszeichnet. Auch Subjektivierungsprozesse werden hier ins Zentrum rücken. Die Ethnographie ist so aufgebaut, dass sie in jedem ihrer Schritte die empirische Betrachtung mit Theoriebildung verschränkt. Kategorien wie Macht, Erfahrung, Raum, Artikulation oder Fokusierung werden organisch aus der Analyse heraus entwickelt.

Kapitel V, »Podemos, Partei der Empörung«, lanciert gegenüber dem mikrologisch angelegten Vorgängerkapitel schwerpunktmäßig eine makrologische Analyse. Ich untersuche die Geburt und Hochphase von Podemos als jener Partei, welche die Empörung politisch zu repräsentieren sucht. Über die Diskursanalyse von vier Schlüsselereignissen von Anfang 2014 bis Ende 2015 gelange ich zu einer allgemeinen und gleichzeitig hinreichend detaillierten Panoramadarstellung von Podemos. Der spanische Linkspopulismus zehrt indes nicht nur vom strategischen Geschick (und der Laclau-Lektüre) ihres Füh-

rungepersonals, er beruht auch auf ihren zahlreichen Basisgruppen, von denen ich zwei exemplarisch in den Blick nehme.

Nach diesen vier Kapiteln, die gleichsam das Herzstück der Studie bilden, kommt wie bereits angekündigt ein zweites Theoriekapitel. Meine empirischen Einsichten rekapitulierend, entwerfe ich das, was Kapitel VI verspricht, nämlich »eine erweiterte Hegemonietheorie«. Dabei erarbeite ich schrittweise, vom Praxis- zum Hegemoniebegriff, von der Mikro- zur Makroebene, die Bausteine einer dezidiert postfundamentalistischen Sozialtheorie.

Das Schlusskapitel VII, »Zwei Spanien: Macht und Gegenmacht«, tritt schließlich als empirische Gesamtbetrachtung des spanischen Fallbeispiels an. Sie rekapituliert das Ausgeführte und stellt generelle Überlegungen, die über den Analysezeitraum hinausweisen. Das explizit zweigeteilte Kapitel würdigt das disruptive Potential der Gegenhegemonie der Empörung – und geht zugleich darauf ein, wie sich die Kultur der Transition aktualisiert. Damit werde ich die Binnenperspektive auf die Gegenhegemonie der Empörung dezentrieren und ihr disruptives Potential teils auch relativieren. Fest aber steht: Die soziale Ordnung verändert sich in den Jahren nach 2011. Die Empörung macht Spanien zu einem anderen Land.

I Theorie und Methode

Protest – für das Phänomen, um das sich diese Arbeit maßgeblich dreht, wähle ich einen Zugang, der überraschen oder gar irritieren dürfte. Die konzeptuellen Ressourcen, mit denen ich die Proteste der spanischen Indignados ab 2011 rekonstruiere, verweisen auf einen Ansatz, der sich darum bemüht, Proteste, Politisierungen und Konflikte als einen *konstitutiven* Bestandteil von Gesellschaft zu lesen, das politische Moment als Teil von sozialen Routinen, Reproduktionsprozessen und der sozialen Ordnung insgesamt zu verstehen. Die Proteste, genauer, die politischen Artikulationspraktiken, denen die vorliegende Arbeit nachgeht, bilden nicht ein Geschehen am Rande des Sozialen, sie situieren sich in dessen Zentrum. Ein theoretisches Leitmotiv durchzieht die folgenden Seiten als roter Faden: Politische Prozesse, institutionelle wie außerinstitutionelle, bringen Gesellschaft hervor. Politik und Gesellschaft sind nicht getrennt, sondern verwoben, sie verweisen konstitutiv aufeinander. Es gilt eine doppelte These: Dass Gesellschaft stets eine politische Gesellschaft ist und dass jede politische Artikulation mehr ist als nur im engen Sinne politisch, da sie auf eine ganze Kultur verweist.

Um dieser Kernintuition anhand des einschlägigen Fallbeispiels vom krisengerüttelten Spanien nachzuspüren, arbeite ich mit einer spezifischen theoretischen Rahmung. Die etablierte Protest- und Bewegungsforschung ist dabei allerdings *nicht* mein Hauptbezugspunkt.¹ Eine Grundtendenz der Social Movement Studies scheint mir besonders problematisch: Soziale Bewegungen und Proteste zu für sich stehende Objekte zu erklären, die gleichsam wie isolierte Monaden in strategischer Manier mit ihrem sozialen, politischen und kulturellen Kontext interagieren.² Diese Deutung birgt die Gefahr, Protestphänomene zu verharmlosen, im übertragenen Sinne so zu tun, als wären sie ein harmloses Wesen in einem stahlharten Käfig, dem der Gesellschaft. Die vorliegende Studie hingegen dreht sich weniger um Protestbewegungen per se als vielmehr um politische

1 Trotz dieser prinzipiellen Abgrenzung wurde diese Studie auch von erkenntnisreichen Studien der klassischen Protestforschung inspiriert (vgl. della Porta/Mattoni 2014, Snow et al. 2019, als Überblick: Rucht 2011).

2 Die Gefahr, »Bewegungen« von ihren Gesellschaftskontexten zu isolieren, ist im derzeit populären Trend zum transnationalen Vergleich von Protestphänomenen besonders ausgeprägt (dazu: Daphi/Deitelhoff 2017).

Artikulationen und Praktiken, die hier zwar vornehmlich die Form des Protests annehmen, doch ebenso die Form der institutionellen Politik annehmen können – und dies im hiesigen Fall auch tun. Pointiert gesagt, betrachte ich Protestartikulationen als Teil des Konstitutionsprozesses einer neuen sozialen Ordnung. Eine neue Ordnung, die mit der alten bricht und sich im Terrain der Zivilgesellschaft wie im politischen System als Alternative zum geltenden Ist-Zustand aufzuschwingen sucht. Um Protest als Konstitutionsmoment von Gesellschaft und von anders- und neuartigen sozialen Verhältnissen zu begreifen, entscheide ich mich für einen theoretischen Zugang, der zwar teilweise mit Konzepten der Protest- und Bewegungsforschung hantiert, dessen Hauptressourcen sich indes an anderer Stelle verorten.

Es wird im hiesigen Kapitel darum gehen, meine theoretischen Ausgangspunkte zu klären, aber auch, meinen Analyserahmen so zu schärfen, dass seine systematische Stichhaltigkeit gemeinsam mit seiner empirischen Anwendbarkeit deutlich hervortritt. Meine Studie situiert sich entschieden in einer Theorietradition, die in der Soziologie, zumal der deutschsprachigen, bis heute in randständiger Position verharret: *dem Poststrukturalismus*. Wer sich auf Foucault, Derrida, Butler oder eben Laclau und Mouffe beruft, scheint in einer Disziplin, die ohnehin zu kryptischen Theorien und Begriffen tendiert, in einem besonders unwegsamen Gelände unterwegs zu sein. Das dürfte nicht nur an der komplexen Theoriearchitektur liegen, sondern vor allem daran, dass die poststrukturalistische Brille außergewöhnlich kontraintuitiv ist. Das Soziale wird von seinen Rändern aus betrachtet: die Ordnung von der Grenze, die geltenden Normen vom rücksichtslos Marginalisierten, das Subjekt vom Verdrängten.

Dieses Kapitel möchte einen poststrukturalistischen Blick in drei Richtungen plausibilisieren: Zunächst werde ich den Ansatz vorstellen, an dem ich mich maßgeblich orientiere. Dies ist die Theorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes, die ich nachfolgend schlicht als »Hegemonietheorie« bezeichne. Ihre Schlüsselbegriffe müssen geklärt und die grobe Systematik eines Ansatzes erläutert werden, der für die gesamten Sozialwissenschaften beträchtliche, aber noch weitgehend unausgeschöpfte Potentiale birgt. Zudem ist neben dem Potential auf die Grenzen von Laclau/Mouffe hinzuweisen. Von außen kommende wie theorieimmanente Kritiken verweisen auf Leer- und Baustellen einer Theorie, die mehr sein will, als sie bisher sein kann. Weiterhin ist zu eruieren, wie meine Kritiklinien zur analytischen Operationalisierung einer erweiterten Hegemonietheorie führen könnten. Die theoretischen Konturen eines derart erweiterten Ansatzes präsentiere ich wohlweislich nicht in diesem Kapitel, sondern erst nach dem Gros der Empirie (Kap. VI). Damit möchte ich der Tatsache, dass meine Theorie im Dialog mit der Empirie entstanden ist, gewissermaßen narrativ Rechnung tragen. Das heißt im Umkehrschluss, dass meine Operationalisierungspfade auf Konzepte zurückgreifen, die erst später systematisch entwickelt werden. Bei einer theoretisch strengen Lektüre ist demgemäß zu empfehlen, von Kap. I.2 den Sprung zu Kap. VI zu tätigen – um auf dieser Grundlage zu den Operationalisierungspfaden zurückzukehren und sich dann in den empirischen Hauptpart zu begeben.³

3 Dadurch aber geht der Spannungsbogen dieser Arbeit ein Stück weit verlustig. Denn ihr Reiz besteht gerade darin, Schritt für Schritt nachzuvollziehen, wie in jedem einzelnen empirischen Ka-

Das vorliegende Kapitel fällt angesichts dieser dreifachen Aufgabe von Einführung, Kritik und Operationalisierung eines anspruchsvollen Ansatzes ausführlich aus. Zugleich ist es so bündig wie möglich gehalten. Bereits die Einführung in die Grundbegriffe der Hegemonietheorie entscheidet sich für jene Schwerpunkte, auf denen spätere theoretische wie empirische Bewegungen fußen.⁴ Mit einer derart fokussierten Diskussion strebe ich kein absolut geschlossenes und homogenes Theoriemodell an, sondern ein *offenes Forschungsprogramm*. Dieses Programm bemüht sich zunächst darum, seine epistemologischen und sozialtheoretischen Grundlagen darzulegen, um dann die postfundamentalistischen wie gramscianischen Inspirationspunkte einer erweiterten Hegemonietheorie sowie Fragen der empirischen Operationalisierbarkeit zu diskutieren. Meine konzeptuellen Überlegungen in Kapitel I wie in Kapitel VI wären nicht denkbar ohne die Erkenntnisse, die vorgängige Forschungsarbeiten produzierten. An erster Stelle seien hier meine konzeptuellen Vorarbeiten zu einem diskurstheoretischen Zivilgesellschaftsbegriff genannt (Lluis 2013). Vor allem aber zehrt meine gesamte Begriffsarbeit von der mehrjährigen empirischen Forschung in Spanien zwischen 2014 und 2017. Der empirische Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Studie informiert ihre Theoriebildung, so lässt es sich mit Doris Bachmann-Medick (2010: 25ff.) wenden. Die Spaltung meiner theoretischen Überlegungen an den Anfang und an das Ende der Studie ist in diesem Sinne selbst von einem systematischen Anspruch geleitet: Die Empirie sieht sich *umklammert* von einer Theorie, die ich im Gleichschritt mit meiner Analyse weiterentwickelte, verfeinerte und immer wieder überarbeitete. Beides, die theoretische Klammer und das Fallbeispiel Spanien, bildet eine unzertrennbare Einheit. Die Analyse wäre ohne die entwickelten Konzepte weniger reichhaltig ausgefallen, die theoretischen Überlegungen hätten ohne die Empirie nicht den Ausarbeitungsgrad erreicht, den sie in letzter Instanz im Projekt einer postfundamentalistischen Sozialtheorie fanden.

Die Ausführungen gliedern sich wie folgt: In einem ersten Schritt verfare ich noch relativ eng entlang von Laclau/Mouffe. Hier entwickle ich eine dekonstruktive Leseart der Hegemonietheorie, die sich die Grundbegriffe Diskurs, Artikulation, Antagonismus, Politisches, Soziales und Hegemonie aneignet und ihre Potentiale freilegt, zugleich aber auf ihre Leerstellen und Widersprüchlichkeiten hinweist. Diese Dekonstruktion der Hegemonietheorie wird sich über die gesamte Arbeit hinweg als sehr folgenreich erweisen, sie wird in meinen empirischen wie theoretischen Reflexionen wiederauftauchen (Kap. I.1). Der nächste, bündigere Schritt verlässt die theorieimmanente Darstellung. Im Lichte der Auseinandersetzung mit der Hegemonietheorie tut sich die Frage auf: Wie müsste eine postfundamentalistische Sozialtheorie, welche die Kontingenz und die Ordnung des Sozialen zusammendenkt, beschaffen sein? Ich werde hierbei einerseits die zentralen postfundamentalistischen Intuitionen darstellen und andererseits den Spuren nachgehen, die Antonio Gramsci für solch einen Ansatz gelegt hat (Kap. I.2). Damit ist der

pitel überhaupt erst jene Analysebegriffe *entstehen*, die dann das theoretische Schlusskapitel VI gebündelt präsentiert.

4 Wer nach aufschlussreichen Einführungen in das Werk von Laclau/Mouffe sucht, sollte zu einschlägiger Sekundärwerken wie denen von Anna-Marie Smith (1998), Jacob Torfing (1999), Marchart (2010) oder den kritischeren Urs Stäheli und Stefanie Hammer (2016) greifen.

Ausgangspunkt erreicht, von dem aus ich skizziere, wie sich das am Horizont schon abzeichnende Programm einer erweiterten Hegemonietheorie entlang dreier Operationalisierungspfade empirisch umsetzen ließe. Der klassischere Pfad einer politischen Diskursanalyse wird hier zu ergänzen sein durch den neuen einer praxeologischen Analyse und den reaktivierten einer historischen Rekonstruktion (Kap. I.3).

1 Kernbegriffe: mit Laclau/Mouffe über sie hinaus

Im Folgenden gilt es, in die Kernbegriffe des Ansatzes von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe einzuführen. Diskurs, Artikulation und Antagonismus lauten die drei Begriffe, die eine erste Kontaktnahme mit der Hegemonietheorie leisten. Auf der Grundlage dieser Begriffstrias werde ich dann die zentrale These Laclaus und Mouffes von der Primatstellung des Politischen gegenüber dem Sozialen einführen. Dabei tätige ich keine neutrale Einleitung in Laclau/Mouffe, sondern lasse mich von Anbeginn von einer *dekonstruktiven* Leseart leiten. Die hiesige Einführung in die Hegemonietheorie folgt also einer stringent strategischen Zielsetzung. Ich präsentiere eine bestimmte Leseart von Laclau/Mouffe, um wie folgt zu argumentieren: Die Hegemonietheorie ist ein ambitionierter, doch auch unvollkommener Ansatz, der mehr verspricht, als er einlösen kann. Dies gilt für jeden der drei Begriffe, den ich darstellen werde. Diskurs, Artikulation und Antagonismus bergen widersprüchliche Potentiale, die nur theoretische *Entscheidungen* in die eine oder in die andere Richtung einlösen.

Meine Darlegungen suchen plausibel zu machen, dass die Entscheidungen, die Laclau/Mouffe und die meisten ihrer Schülerinnen, vor allem die in der Essex School of Discourse Analysis versammelten,⁵ aus ihrem eigenen Ansatz ableiten, *nicht* alternativlos sind. Vielmehr scheint es fruchtbarer, die breite Anlage der Hegemonietheorie ernster zu nehmen, als es die Autoren selbst tun. Dadurch wird, so viel sei vorweggenommen, eines der – im Positiven wie im Negativen – Markenzeichen von Laclau/Mouffe partiell aufgegeben: Der Anspruch auf die systematische Geschlossenheit einer Theorie, die politische Prozesse wie eine saubere Gleichung entschlüsselt. Meine Lesart schlägt demgegenüber eine Fassung der Hegemonietheorie vor, die an Antonio Gramsci heranrückt und sich von ihrer derzeit dominierenden Ausgestaltung entfernt.

1.1 Diskurs zwischen Struktur und Praxis

Der Ansatz von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe wird in dieser Arbeit zwar als Hegemonietheorie bezeichnet. In systematischer Hinsicht wäre indes jedoch eher festzustellen, dass das Autorenpaar eine poststrukturalistische Diskurstheorie entwickelt, die Gesellschaft als ein instabiles, immer wieder neu zu stabilisierendes Diskursgewebe deutet. Laclau/Mouffe reihen sich damit in die Theriefamilie ein, die in der archäologischen Diskurstheorie Michel Foucaults, der Psychoanalyse Jacques Lacans, der strukturalen

5 Exemplarisch dafür steht die schulbildende Monographie von Glynos/Howarth (2007) genauso wie der Operationalisierungsvorschlag Nonhoffs (2010) – beides Werke, denen diese Studie in anderer Hinsicht viel verdankt.

Anthropologie Claude Lévi-Strauss', der Sprachtheorie Ferdinand de Saussures oder der Dekonstruktion Jacques Derridas ihre Gründerväter findet (vgl. Laclau 1993). Breiter gefasst, partizipiert das Theorieprojekt von Laclau/Mouffe an einer Grundbewegung, die seit den frühen 1970er Jahren im Gange ist und seither erst als *linguistic turn* und später als *cultural turn* verhandelt wird. Gemeint ist die, mit Bachmann-Medick (2010: 13) gesprochen, Aufwertung von Symbolen, Sprache und Repräsentation, um »Kultur als Text des Sozialen« zu verstehen. Gehörige Teile der Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften haben im Zuge der kulturellen Wende ihre Begriffsapparate und Forschungsinteressen umgestellt. Sinn und Bedeutung sind ins Zentrum gerückt, soziale Prozesse werden als symbolische Prozesse, das Soziale als ein Feld der Diskursivität gelesen.⁶

Laclau/Mouffe situieren sich im *cultural turn* und beziehen dort eine radikal kulturtheoretische Position, indem sie eine strikte Gleichung des Sozialen mit dem Diskursiven vornehmen (vgl. Laclau/Mouffe 1990: 102). Das Diskursive hat in der Hegemonietheorie kein außerdiskursives Außen, auf das es referiert. »Discourse is the primary terrain of the constitution of objectivity as such«, so Laclau (2005: 68). Die Auflösung des Sozialen im Diskursiven wird als Ausgangspunkt eines Theorieentwurfes stilisiert, der sein komplettes Begriffsarsenal vom konstitutiven Außen über Differenzsysteme hin zum leeren Signifikanten aus dem Fundus der poststrukturalistischen Zeichentheorie zu entwickeln scheint. Verfechten also Laclau/Mouffe eine poststrukturalistische Großtheorie, in der nach Reckwitz' (2004: 42) Darstellung »symbolische Ordnungen als autonome, sich selbst reproduzierende, letztlich arbiträre Entitäten« fungieren?

Dass Laclau/Mouffe solch einen autonomisierten Diskursbegriff vertreten, trifft nur teilweise zu. Für das Diskursverständnis der Hegemonietheorie spielt parallel zur poststrukturalistischen eine zweite Traditionslinie eine zentrale Rolle: die Sprachpragmatik des späten Ludwig Wittgenstein. Das Schlüsselwerk von Laclau/Mouffe, *Hegemony und Socialist Strategy* ([1985] 2001: 105–114), führt den Diskursbegriff, den die Hegemonietheorie hochhält, im Rückgriff auf zwei Grundgedanken ein. An erster Stelle wird Diskurs als ein Gefüge *relationaler* Momente konzipiert, die ihre Identität erst durch ihre wechselseitigen Bezüge erlangen. Diskurse, genauer, Diskursformationen begreifen Laclau/Mouffe mit Foucault (1981: 58) als »Systeme der Streuung«, die zwischen Offenheit und Geschlossenheit oszillieren, deren Einheit immer wieder durch Verbindungen aktiv hergestellt werden muss, zerfällt sie doch immer wieder. Die poststrukturalistische Grundidee der Relationalität ist für das Diskursverständnis zentral, an dieser Stelle kommt es aber auf den zweiten Pfeiler des Diskursbegriffes der Hegemonietheorie an: »the material character of every discursive structure« (Laclau/Mouffe 2001: 108).

Für Laclau/Mouffe ist der Diskurs nicht nur diskursiv, er ist auch materiell. Diskurse haben für sie sowohl *linguistische* als auch *nichtlinguistische* Bestandteile. Jedes Element, das mit Bedeutung versehen ist, wird zum Teil der relationalen Ganzheit des Diskurses. Gleichgültig ob politisches Manifest, Hammer oder Nagel, Produktionsstätte oder menschlicher Körper, jede dieser Entitäten nimmt aus Sicht der Hegemonietheorie an

6 Die Auseinandersetzung mit der kulturellen Wende begleitet meine Ausführungen als roten Faden. Emphatisch gesagt: Die vorliegende Studie möchte diese Hinwendung zum Kulturellen verteidigen und gegenüber ihrer neomaterialistischen Infragestellung darstellen, was eine vertiefte Kulturanalyse leisten könnte.

diskursiven Prozessen teil, konstituiert Diskursformationen mit. Dieser umfassende Diskursbegriff, der anders als der des frühen Foucaults (1981) *keine* Trennung zwischen dem Diskursiven und dem Außerdiskursiven vornimmt, findet seinen zentralen Bezugspunkt im Begriff des Sprachspiels von Wittgenstein. Sein klassisches Beispiel des Mauerbaus bemühen Laclau/Mouffe (2001: 107f., 1990: 100ff.), regelmäßig, um ihre Position zu erläutern:

A führt einen Bau auf aus Bausteinen; es sind Würfel, Säulen, Platten und Balken vorhanden. B hat ihm die Bausteine zuzureichen, und zwar nach der Reihe, wie A sie braucht. Zu dem Zweck bedienen sie sich einer Sprache, bestehend aus den Wörtern: »Würfel«, »Säule«, »Platte«, »Balken«. A ruft sie aus; – B bringt den Stein, den er gelernt hat, auf diesen Ruf zu bringen. (Wittgenstein 1984: § 2)

Das Beispiel versinnbildlicht für Wittgenstein, dass das Sprachspiel sowohl die gesprochene Sprache (A ruft: »Balken«) als auch die stumme Tätigkeit (B bringt den Balken) umfasst (vgl. ebd.: § 7). Diese Einsicht bauen Laclau/Mouffe in ihren Diskursbegriff ein: Diskursive Strukturen (hier: der Mauerbau) sind mehrschichtige Strukturen, sie enthalten manifeste Sprechakte (A ruft nach Würfeln, Säulen etc.) genauso wie nichtsprachliche Praktiken (B bringt stumm diese Gegenstände). Diskurse sind in dieser Leseart in praktischen Vollzügen und Regelmäßigkeiten verwoben, sie entfalten sich in ihnen, sind in konkrete Zusammenhänge eingebettet. »In der Praxis des Gebrauchs der Sprache (§ 2) ruft der eine Teil die Wörter, der andere handelt nach ihnen« (ebd.) – Wittgensteins Maxime gilt auch für Laclau/Mouffe. Das Gesprochene und das Getane sind zwei »interne Komponenten diskursiver Gesamtheiten« (Laclau/Mouffe 1990: 100).

Wittgensteins Beispiel legt für Laclau/Mouffe die Materialität des Diskurses noch in einem weiteren Sinne offen. Neben Sprache und Praxis sind da noch die Bausteine und der Körper des Arbeiters, der mit geschickten Handgriffen und infolge langer Konditionierung seinem Kompanjon Würfel, Säulen und Platten bringt. Derartige Artefakte und menschliche Körper lassen sich nicht aussparen, sie konstituieren die relationale Einheit des Diskurses mit:

It is evident that the very material properties of objects are part of what we have called discourse. What constitutes a differential position and therefore a relational identity with certain linguistic elements, is not the idea of building-stone or slab, but the building-stone or the slab as such. (The connection with the idea of »building-stone«, has not, as far as we know, been sufficient to construct any building.) The linguistic and non-linguistic elements are not merely juxtaposed, but constitute a differential and structured system of positions – that is, a discourse. The differential positions include, therefore, a dispersion of very diverse material elements. (Laclau/Mouffe 2001: 108)

Die Art und Weise, wie Laclau/Mouffe ihren Diskursbegriff aus Wittgensteins Sprachspielen heraus entwickeln, ist grundsätzlicher Natur – und wird besonders dann häufig ins Feld geführt, wenn Kritikerinnen dem Autorenpaar vorwerfen, ihre Theorie vertrete einen geradezu idealistischen Diskursmonismus, der das Soziale in einem Kosmos von

Zeichen auflöse.⁷ Wenn man jedoch die eben vorgestellte Leseart von Diskurs so ernst nimmt, wie es Laclau/Mouffe gegenüber der an sie adressierten Kritik einfordern, dann bleibt die Materialität des Sozialen keineswegs außer Acht. Der Diskursbegriff der Hegemonietheorie ist nämlich grundsätzlich *triadisch* angelegt. Der Diskurs ist ein Ensemble von *Zeichen*, von gesprochenen wie stummen *Praktiken* wie von belebten und unbelebten *Körpern*. Prinzipiell steht keines der drei Elemente des Diskurses über den anderen. Eine reine Welt der Zeichen wäre genauso undenkbar wie eine der stummen Praktiken oder eine der unverbundenen Körper. Mit Wittgensteins Beispiel gesprochen: Der Mauerbau bedarf der Sprache und der Sprechakte, damit die beteiligten Subjekte den Bau wirksam koordinieren, genauso wie die eigentlichen Praktiken des Bauens die Körper der Maurer und die verwendeten Artefakte und Materialien benötigen.

Ein derart triadisch angelegter Diskursbegriff scheint auf Anhieb eine paradoxe Konstruktion. Erst sprechen sich Laclau/Mouffe dafür aus, das Soziale im Diskursiven aufzulösen, dann aber konzeptualisieren sie das Diskursive so breit, dass fraglich ist, wo das diskursive Erkennungsmerkmal bleibt. Was macht einen Diskursbegriff, der als Arrangement von Zeichen, Praktiken und Körpern antritt, überhaupt zu einem Diskurs, und nicht etwa zu einem Netzwerk wie bei Bruno Latour oder zu einer Assemblage wie bei Gilles Deleuze und Félix Guattari? In allen drei Fällen verbinden sich Texte mit humanen wie nichthumanen Entitäten. Was den Ansatz von Laclau/Mouffe zur Diskurstheorie macht, ist die Tatsache, dass sie das Moment des *Sinns* ins Zentrum stellen. Ein Element – Text, Praxis oder Objekt – wird deshalb zu einem diskursiven Moment, weil es mit Bedeutung versehen wird, weil es gemeinsam mit anderen Momenten Teil eines übergreifenden Sinnhorizontes wird. Laclau/Mouffe beschreiben dies wie folgt:

[T]urning to the term discourse itself, we use it to emphasize the fact that every social configuration is *meaningful*. If I kick a spherical object in the street or if I kick a ball in a football match, the *physical* fact is the same, but *its meaning* is different. The object is a football only to the extent that it establishes a system of relations with other objects, and these relations are not given by mere referential materiality, but are, rather, systematically constructed. This systematic set of relations is what we call discourse. (Laclau/Mouffe 1990: 100, H. i. O.)

Trotz aller Betonung des Materiellen bleibt die Hegemonietheorie im Feld der Sozialtheorien durch und durch Diskurstheorie. Auch für Laclau/Mouffe gilt die zentrale These, die Reckwitz als *Signifikationsargument* bezeichnet: Das Soziale kommt dort vor, wo Handlungen und Dinge etwas für andere bedeuten (vgl. Reckwitz 2008a: 192). Und die Instanz, die reguliert, wie etwas (im Zitat: der Fußball) je nach Kontext das eine (eine Partie auf dem Bolzplatz) oder das andere (eine Partie im Stadion) bedeutet, ist in der Hegemonietheorie der Diskurs. Freilich ist der Diskurs keine enthobene Instanz, sondern in praktische Vollzüge eingebettet. Die Dimensionen von Semantik (Bedeutung)

7 Die Kritik, dass die Diskurstheorie von Laclau/Mouffe – und nicht nur sie – das materielle Moment vernachlässige, ja verdränge, ist nicht ganz ungerechtfertigt. Ich werde mich noch eingehender mit dieser Kritiklinie, die seit den 1980er Jahren in ihre dritte Generation geht, beschäftigen und eine Antwort auf sie formulieren (Kap. I.2, VI).

und Pragmatik (Gebrauch) sind miteinander verschachtelt. »Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache« – dieses Diktum von Wittgenstein (1984: § 43) machen sich auch Laclau/Mouffe zu eigen, ja dehnen es auf alle Elemente – Zeichen, Praktiken, Körper – ihres breiten Diskursbegriffes aus. »[M]eaning is only constituted in the context of actual use of the term: in that sense its semantics is entirely dependent upon its pragmatics, from which it can be separated – if at all – only analytically. That is to say, in our terminology, every identity or discursive object is constituted in the context of an action.« (Laclau/Mouffe 1990: 102) Der Diskurs ist nicht bloß mit Praktiken verwoben, der *Diskurs ist eine Praxis*. Anders gesagt: Die beiden Autor:innen nehmen ihren weiten Diskursbegriff durchaus ernst. Bedeutung konstituiert sich für sie stets *in* den konkreten Arrangements, die Sprache und Praxis, Materielles und Immaterielles, Körper und Objekte bilden.

So wichtig gerade für eine erweiterte Hegemonietheorie, wie sie diese Studie entwickelt, die Verknüpfung des Diskursbegriffs mit dem Sprachspielbegriff ist, so sehr gehen doch Laclau/Mouffe in der Frage, was Diskurs ist, wie er sich konstituiert und wirksam wird, über die Sprachpragmatik Wittgensteins hinaus. Einen Hinweis gab schon das obige Fußball-Beispiel: Die Bedeutung des Balls als Ball wird zwar einerseits durch konkrete Handlungen und Kontexte mitdefiniert, doch andererseits auch, wie es oben heißt, durch »a systematic set of relations«. Dieses Netz von Bezügen ist für Laclau/Mouffe der Diskurs. Weder der Ball noch die Kickenden oder Stadion und Straße sind als Einzelne je für sich genommen der Diskurs. Diesen bilden vielmehr die Beziehungen, die jene Momente eingehen. Der Diskurs ist eine Struktur, lautet die Losung der Hegemonietheorie, die sie von Wittgenstein zu Ferdinand de Saussure führt.

Hegemonietheorie zwischen Textualismus und Praxeologie Es gibt bei Laclau/Mouffe eine Grundidee, die die nächsten Schritte vertiefen werden, die es aber bereits hier gerafft einzuführen gilt. Das Autorenpaar liest in der Tradition des Strukturalismus den Diskurs als System von Differenzen. Laclau unterstreicht dies wie folgt:

We know, from Saussure, that language (and by extension, all signifying systems) is a system of differences, that linguistic identities – values – are purely relational and that, as a result, the totality of language is involved in each single act of signification. Now, in that case, it is clear that the totality is essentially required – if the differences did not constitute a system, no signification at all would be possible. (Laclau 1996: 37)

Gegenüber dem Bezug auf Wittgenstein und der Verankerung der Bedeutungsgenerierung in praktischen Kontexten stellt das Zitat die Relationalität und Geschlossenheit von Diskursen ins Zentrum. Von Saussure ist, so Laclau, zu lernen, dass jeder Bedeutungsakt (»each single act of signification«) das gesamte Sprachsystem mobilisieren muss, dass erst im Durchgang durch ein System Einzelbedeutungen entstehen. Ich weiß erst, was Mauer heißt, wenn ich sie von dem abgrenzen kann, was Gebäude, Fenster, Straße oder Ziegelstein heißt. Keiner dieser Begriffe steht für sich, jeder verweist auf alle anderen – und alle bewegen sich in einem Horizont, der Grenzen hat. Zentral dabei ist, was Laclau im Zitat *en passant* in einer Klammer behauptet, nämlich dass dieses Modell eines geschlossenen Differenzsystems nicht nur für die Sprache, sondern für alle Bedeutungssysteme gilt (»all signifying systems«). Laclau und Mouffe lesen alle sozialen Phänomene

durch die Brille einer strukturalistischen Leitthese: Bedeutung entsteht durch Differenz, mehr noch, sie entsteht durch *Differenzsysteme*.

Die folgenden Schritte werden die Gleichung »Bedeutung entsteht durch Differenzsysteme« präzisieren und verdeutlichen, wie Laclau/Mouffe diese Leitidee Saussures mit den Begriffen der Artikulation und des Antagonismus poststrukturalistisch wenden (und öffnen). An dieser Stelle jedoch ist bei der strukturalistischen Leitthese an sich zu verharren. Selbstverständlich bezog sich Laclau im obigen Zitat auf Saussure, um die Differenzthese vom Sprachsystem auf alle Bedeutungssysteme zu verallgemeinern. Diese Verallgemeinerung ist bei Laclau/Mouffe keine Ausnahme, sie ist die Regel. So betonen sie auf grundsätzlicher Ebene: »[A]s a member of a certain community, I will never encounter the object in its naked existence – such a notion is a mere abstraction; rather, that existence will always be given as articulated within discursive totalities.« (Laclau/Mouffe 1990: 104) Entscheidend ist hier, dass selbst das Verständnis natürlicher Objekte wie ein Berg oder ein Stein in umfassendere diskursive Ganzheiten eingebunden sein muss, um sie in sozial bedeutsame Objekte zu verwandeln.⁸

Für Laclau/Mouffe gilt eine dreifache Maxime: Erstens entsteht das Soziale dort, wo Bedeutung besteht. Zweitens entsteht Bedeutung durch Differenzsysteme. Drittens also muss das Soziale als Differenzsystem verfasst sein.⁹ Dieses Differenzsystem *ist* der Diskurs. »By discourse, I do not mean something that is essentially restricted to the areas of speech and writing, but any complex of elements in which relations play the constitutive role«, stellt Laclau (2005: 68) klar. Gleichgültig ob von soziale Tatsachen, gesellschaftlichen Akteuren oder der sozialen Ordnung insgesamt die Rede ist, stets müssen diese Kategorien als Produkte einer Diskursformation entziffert werden (vgl. Mouffe 2011: 98, Mouffe 2018: 101). Damit wird eine *redescription* des Sozialen angestrebt. Wenn jedes Objekt, jede Identität, Institution und jedes Kollektiv durch Differenzsysteme entsteht, dann sind keine partikularen Erklärungsmodelle mehr vonnöten, die je nur als Erkenntnis-, Identitäts-, Institutionen- oder Kollektivitätstheorie angelegt sind. Vielmehr besteht die Aufgabe darin, eine überwölbende Diskurstheorie zu entwerfen, welche die Dynamiken, Verstetigungen und Kippunkte von Differenzsystemen beschreibt. Laclau (2005: 69, Übersetzung C. L.) betont: »[Für] das Spiel der Differenzen [gibt es] kein Jenseits, keinen Grund, der a priori das eine Element des Ganzen über die anderen privilegieren würde. Welche Zentralität auch immer ein Element erhält, es muss aus dem Spiel der Differenzen heraus erklärt werden.«

8 Auf erkenntnistheoretischem Terrain erkennen Laclau/Mouffe (1990: 104) zwar die Gegebenheit einer außerdiskursiv-natürlichen Sphäre an, sprechen ihr aber jeden ontologisch relevanten Status ab. Prinzipiell haben für sie natürliche Objekte oder Geschehnisse nur eine stumme »Existenz«. Objekte erlangen für spezifische Gemeinschaften erst dann »Seins-Status«, wenn sie mit Bedeutung versehen, also in Diskurssysteme eingebunden werden. Ob mir der Berg als heilige Stätte, Wanderziel oder Instagrammotiv und der Stein als Wurfgeschoss oder Kunstwerk gilt, hängt nach Laclau/Mouffe von je spezifischen, historisch entstandenen Diskursformationen ab.

9 Es sei daran erinnert, dass ich Laclau und Mouffe in systematischer Hinsicht als *ein* Autorenpaar lese, das seit *Hegemony* (1985) einen kohärenten Ansatz entwickelt hat. Die je eigenen Akzente, die Laclau und Mouffe im Laufe der Jahrzehnte gesetzt haben, betreffen nicht die hiesigen grundlagentheoretischen Argumente.

Diese Position ist eine spezifische Spielart des *cultural turn*. Laclau/Mouffe folgen, mit Derrida (s.u.), der Linguistik Saussures, um mit ihr eine Diskurstheorie zu entfalten, die das Soziale nach dem *Modell eines Textes* liest. So reiht sich die Hegemonietheorie in die Familie der Ansätze ein, die sich mit Reckwitz (2008b: 43) als textualistisch bezeichnen lässt. Diese Theoriegruppe (die von Foucault und Derrida über die Anthropologie von Clifford Geertz hin zur Systemtheorie Niklas Luhmanns reicht), begreift das Soziale als ein Sinnsystem, das durch die Verkettung von »Diskursformationen oder Symbolen und Zeichen« strukturiert wird (ebd.). Diese Perspektivierung verschiebt die sozialwissenschaftliche Analyse, sie macht sie zur Diskursanalyse, ja zur semiotischen Analyse (vgl. ebd.).

Genau dies geschieht bei Laclau/Mouffe. Ihr Textualismus konkretisiert sich folgendermaßen: Jenes Erklärungsmodell, das sie der strukturalen Zeichenlehre Saussures entnehmen, verallgemeinern sie zum Erklärungsraster *aller* sozialen Phänomene. Es spielt bei Laclau/Mouffe prinzipiell keine Rolle mehr, ob die soziale Relevanz von Naturphänomenen, die Herausbildung von sozialen Identitäten, ob politische Prozesse oder die Konstitution sozialer Ordnung im Zentrum stehen. All diese Phänomene lassen sich als Teil von Differenzsystemen dechiffrieren, ihre Bedeutung – und damit ihre soziale Faktizität – lässt sich dann entschlüsseln, wenn das Diskursgefüge seziert wird, das sie unweigerlich hervorbringt.

Die Produktivität dieser Perspektive wird vor allem dann ersichtlich, wenn bedacht wird, dass bei Laclau/Mouffe die strukturalistische Grundthese poststrukturalistisch radikalisiert wird, um das Spiel der Differenzen in ein unabschließbares und konflikthafes Geschehen zu verwandeln. Poststrukturalistische Ansätze wie derjenige von Laclau/Mouffe vermögen die Konstitution von Gesellschaft, aber auch ihr Scheitern als differenztheoretische Prozesse in den Blick zu nehmen, ohne diese je auf letzte Fundamente zurückzuführen (vgl. Stäheli 2000a: 9). Doch so produktiv – und provokativ – diese Perspektive ist, sie verweist stets auf eine Grundhypothese: »Die Diskurstheorie benutzt die Analogie von Sprache, um aufzuzeigen, dass Gesellschaft *wie* sprachliche Diskurse über *Differenzen* strukturiert ist.« (ebd.: 8, H. i. O.) Und diese Hypothese steht und fällt mit einer Grundannahme: Sinn wird durch Differenzsysteme erzeugt.

Wie verhält sich nun bei Laclau/Mouffe die poststrukturalistische Differenzthese mit ihrem Bezug auf Wittgenstein? Diese Grundfrage wird die gesamte Studie beschäftigen. Vorläufig ist festzuhalten, dass die Hegemonietheorie die beiden Theorietraditionen, von denen aus sie ihren Diskursbegriff entwirft, nur *unzureichend* zusammenführt. Während der Poststrukturalismus die zentrale Theorietradition ist, von der aus die Hegemonietheorie argumentiert und ihre Kategorien entwirft, bleibt der Bezug auf Wittgenstein randständig.¹⁰ Dessen Begriff des Sprachspiels wird zwar bemüht, um das breite Diskursverständnis zu erhärten, in dem sich Sprachliches mit Nichtsprachlichem, Zeichen und Objekte vermengen. Jedoch setzt sich der Eindruck durch, dass Wittgensteins Sprachpragmatik instrumentalisiert wird, um die differenztheoretisch-strukturalistisch angelegte Analogie von Sprache und Gesellschaft zu plausibilisieren. Das je-

10 Dies vernachlässigt der in vielerlei Hinsicht ausgezeichnete Aufsatz von Baumann et al. (2015). Er macht zwar zu Recht die Verbindungen von Laclau/Mouffe zu Wittgenstein stark, übergeht jedoch ihre poststrukturalistische Verankerung.

doch ist umso widersprüchlicher, als Laclau/Mouffe in ihren Verweisen auf Wittgenstein selbst schon offenlegen, dass dessen Sprachverständnis eine holistische Diskurstheorie stark bestimmen, ja neu definieren müsste. Im Folgenden möchte ich darlegen, wie bei Laclau/Mouffe ein Diskursbegriff, der systematischer auf Wittgenstein rekurriert, aussehen könnte.

Zurück zur Frage: Wie entsteht Bedeutung? »Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache«, würde Wittgenstein (1984: § 43) antworten und darauf aufmerksam machen, dass das, was er als Sprachspiel begreift und Laclau/Mouffe als Diskurs, sich stets auch als eine *konkrete Praxis* gefaltet. Die beiden Autor:innen verteidigen dies schon in ihrem weiten Diskursbegriff, indem sie betonen, dass die Ebenen von Semantik (die Bedeutung von Zeichen) und Pragmatik (ihr Gebrauch) verschachtelt seien, dass jedes »diskursive Objekt« im Kontext einer Praxis entstehe. Um dies zu verdeutlichen, ist an das Beispiel des Mauerbaus zu erinnern, mit dem Wittgenstein den Begriff des Sprachspiels einführt. A und B bauen eine Mauer, der eine ruft »Balken« oder »Säule«, der andere bringt sie:

Wir können uns vorstellen, dass die Sprache im § 2 die ganze Sprache des A und B ist; ja, die ganze Sprache eines Volksstamms. Die Kinder werden dazu erzogen, diese Tätigkeiten zu verrichten, diese Wörter dabei zu gebrauchen, und so auf die Worte des Anderen zu reagieren [...]

Wir können uns auch denken, dass der ganze Vorgang des Gebrauchs der Worte in (2) eines jener Spiele ist, mittels welcher Kinder ihre Muttersprache erlernen. Ich will diese Spiele »Sprachspiele« nennen. (Wittgenstein 1984: §§ 6, 7)

In der Tat ließe sich verteidigen, dass auch das Sprachspiel »Mauerbau« eine diskursive Konfiguration bildet, dass auch sie sich als Differenzsystem konstituiert. Doch entscheidend ist mit Blick auf das Zitat etwas anderes: der Gebrauch der Wörter im Zusammenspiel mit dem Verrichten spezieller Tätigkeiten und dem Reagieren auf die Worte und Tätigkeiten des jeweiligen Gegenübers. Bedeutung entsteht hier durch *angeeignete Praxisformen*, die sich immer nur teilweise versprachlichen lassen. Der textualistische Zugang des Strukturalismus wird, pointiert gesagt, bei Wittgenstein auf den Kopf gestellt: Praktische Vollzüge werden nicht nach dem Muster der Sprache gelesen, sondern die Sprache nach dem Muster praktischer Vollzüge. Bedeutung wird hier generiert in und durch eine Praxis, die unhintergebar ist. »Sieh den Satz als Instrument an, und seinen Sinn als seine Verwendung!«, würde Wittgenstein (zit.n. Baumann et al. 2015: 228) aufordern und damit unterstreichen, dass Sinnzusammenhänge stets Hand in Hand mit ihren konkreten Gebrauchskontexten entstehen.

Wenn Wittgenstein die Sinngenerierung in Gebrauchskontexte einbettet, dann bezweifelt er damit nicht, dass auch Sprachspiele – oder, für Laclau/Mouffe: Diskurse – Muster oder, wenn man so will, eine Struktur aufweisen. Doch diese Struktur versteht er nicht als Differenzsystem, sondern als *Regel*,¹¹ die aus einer *geteilten Praxis*, aus dem wiederkehrenden und gemeinsamen Gebrauch der Sprache erwächst. Wittgenstein beschreibt das folgendermaßen:

11 Zum ähnlich gelagerten, doch unausgearbeiteten Begriff der Konvention bei John Searle: Frank 1984: 516f.

Es kann nicht ein einziges Mal nur ein Mensch einer Regel gefolgt sein. Es kann nicht ein einziges Mal nur eine Mitteilung gemacht, ein Befehl gegeben, oder verstanden worden sein etc. – Einer Regel folgen, eine Mitteilung machen, einen Befehl geben, eine Schachpartie spielen sind Gepflogenheiten (Gebräuche, Institutionen).

Einen Satz verstehen, heißt, eine Sprache verstehen. Eine Sprache verstehen, heißt, eine Technik zu beherrschen. (Wittgenstein 1984: 344)

Die Regel ist für Wittgenstein eine verstetigte Praxis, die man langsam und stets nur in Gemeinschaft zu beherrschen lernt. Der Begriff der Technik weist darauf hin, dass einer Regel folgen heißt, sich auf einen Lernprozess einzulassen, der sich immer nur Schritt für Schritt, in Auseinandersetzung mit konkreten Problemen und stets begleitet vom Risiko des Scheiterns, entfaltet (vgl. Schäfer 2013: 29f.). Wittgenstein würde gar nicht negieren, dass Sprachspiele strukturiert sind – und sein müssen –, er würde jedoch bei der Beschreibung dieser Struktur den Akzent daraufsetzen, *wie* diese Regel durch *Praktiken* verwirklicht wird. Denn diese Praktiken bringen letztlich die Regel hervor, verstetigen und verändern sie. Das bloße Vorhandensein eines Diskurses, so ist mit Wittgenstein zu monieren, reicht nicht aus, um seine Wirkmächtigkeit abzumessen. Vielmehr wäre zu betrachten, ob und wie es gelingt, den Diskurs durch Praktiken hervorzubringen und ihn dann durch diese zu reproduzieren. Kurz: Bedeutung kann Praxis nicht vorgeschaltet sein, sie muss sich aus ihr ergeben.¹²

Was sich mit Wittgenstein ankündigt, ist ein anderer Zugang zu dem, was Diskurse sind und leisten. Zwar macht auch Wittgensteins Sprachphilosophie die symbolische Verfasstheit des Sozialen stark und versteht das Subjekt als dezentriertes, da von Sprachspielen getriebenes. Auch der späte Wittgenstein verortet sich im *cultural turn*, er ist der Vorreiter einer Perspektive, die in der Kulturtheorie zuweilen vernachlässigt wird.¹³ Gegenüber dem textualistischen Zugang des Poststrukturalismus steht Wittgensteins Ansatz exemplarisch für eine *praxeologische* Perspektive, welche die Entstehung und Reproduktion von Bedeutung zurückholt von der Ordnung des Diskurses zum *rough ground* der Praxis (vgl. Reckwitz 2008b: 44). Der Diskurs schaltet sich hier nicht den Praktiken vor, er entfaltet sich *in* ihnen. Die »körperlichen, mentalen, materialen und auch psychischen Bedingungen, unter denen Diskurse vollzogen werden« (ebd.: 45), rücken aus praxeologischer Sicht ins Zentrum der Frage, was Bedeutungskomplexe – also Diskurse – überhaupt sind. Der praxeologische Strang des *cultural turn* begreift, mit Wittgenstein an der Spitze, Praktiken als Sprech- und Verhaltensweisen, die routinisiert, habitualisiert und körperlich verankert sind (vgl. ebd.). So eröffnen Praktiken einen Zugang zu dem, was Peter L. Berger und Thomas Luckmann (2007: 37) die »Wirklichkeit der Alltagswelt« nennen, also dorthin, wo sich subjektive Erfahrungen und übersubjektive Wissensvorräte verschachteln.

Eine praxeologische Perspektive verrückt gegenüber textualistischen Ansätzen das Verständnis von Diskurs und Praxis in mehrfacher Hinsicht (zum Folgenden: Reckwitz

12 Dazu Wittgenstein (1984: 553): »Ich hätte mit jemandem eine Geheimsprache vereinbart; ›Turm‹ bedeutet Bank. Ich sage ihm ›Geh jetzt zum Turm!‹ – er versteht mich und handelt danach, aber das Wort ›Turm‹ kommt ihm in dieser Verwendung fremdartig vor, es hat noch nicht die Bedeutung ›angenommen‹.«

13 Siehe genereller zu einer praxeologischen Perspektive und ihren Vertreterinnen: Kap. VI.1.

2008a: 191f.). Zunächst arbeitet eine praxeologische Perspektive mit einem Diskursverständnis, das sich um das *Implizite* dreht. Begriffe wie implizite Interpretationsformen, Know-how-Wissen oder »tacit knowledge« (Michael Polanyi) verweisen darauf, dass sich in Praktiken ein impliziter Sinn verankert, dem gegenüber dem »expliziten und damit auch dem sprachlich geäußerten diskursivierten Sinn« eine Vorrangstellung zukommt (vgl. ebd.). Aus praxeologischer Sicht sind Diskurse gleichsam *mehrschichtig*. Während an der Oberfläche explizite und kohärente Sinnstrukturen relativ leicht beobachtbar bleiben, befinden sich im Untergrund implizite, häufig vorbewusste Regeln, die zwar nur schwer zugänglich sind, die aber, mit Wittgenstein gesagt, die Strukturiertheit und Dynamik von Sprachspielen maßgeblich verantworten. Weil die Akteure ein Stück aufführen, ohne recht zu erkennen, was überhaupt gespielt wird, hat ihre Praxis immer mehr Bedeutung, als sie selbst wissen. Auf diese Weise ließe sich, Alain Touraine (1976: 51) paraphrasierend, die Aufgabe von praxeologischen Zugängen beschreiben: Mit Wittgenstein und Co. muss man immer die Bedeutung rekonstruieren, die Akteure in ihrer Praxis produzieren und reproduzieren, aber ihnen selbst oft nicht oder nur lückenhaft zugänglich ist. Diese Aufgabe ist auch eine entintellektualisierende, sie hält das »Toolkit praktischen Wissens« als wichtigen Bezugspunkt »symbolischer Ordnungen« hoch (Reckwitz 2008b: 45). Die Praxeologin gleicht insofern einer Archäologin, die aus den Bruchstücken von Sinn und Bedeutung, die in Praktiken eingelassen sind, jene Tiefendiskurse rekonstruiert, die sich in Praktiken äußern.

Weiterhin, und mit dem vorherigen verbunden, lenkt eine praxeologische Perspektive den Fokus auf die *Materialität*. Diskurse sind eingelassen in eine Praxis, die stets körperlich und materiell geprägt ist, würden Praxeologen plädieren. Die Aufgabe der Entintellektualisierung des Diskurses entfaltet hier ihre zweite Schlagseite: Sollen sie in ihrer Vielschichtigkeit erfasst werden, so sind Diskurse in ihrer Verankerung in Körpern und ihrer materiellen Vermittlung ernst zu nehmen. Die Praxis, der menschliche Körper, das Artefakt, die außerhumane Natur – sie alle tragen zur Artikulation von Diskursen bei, und zwar sowohl bei ihrer Konstitution als auch bei ihrer Unterbrechung.¹⁴ Der Diskurs als bloßes Zeichensystem ist aus dieser Sicht nur *eine* Facette eines breitflächigeren Geschehens, er erscheint »als ein intellektueller Überbau von Aussagen, die gewissermaßen auf der Materialität des verkörperten und material verankerten Wissens »aufsitzen«, sich parasitär von ihr nähren« (Reckwitz 2008a: 192). Nun darf es nicht darum gehen, das Körperliche und Materielle als Basis zu stilisieren, in dem sich das »Diskursive« als ein Überbau spiegeln würde,¹⁵ sondern die dynamischen Wechselwirkungen wie Verflechtungen zu rekonstruieren, die sich zwischen der »materiellen Basis« und dem »intellektuellen Überbau« von Diskursen entfalten. Für genau diese Herausforderung, die verschiedenen Ebenen des Diskurses offen zu triangulieren, ist der triadische Diskursbegriff, der

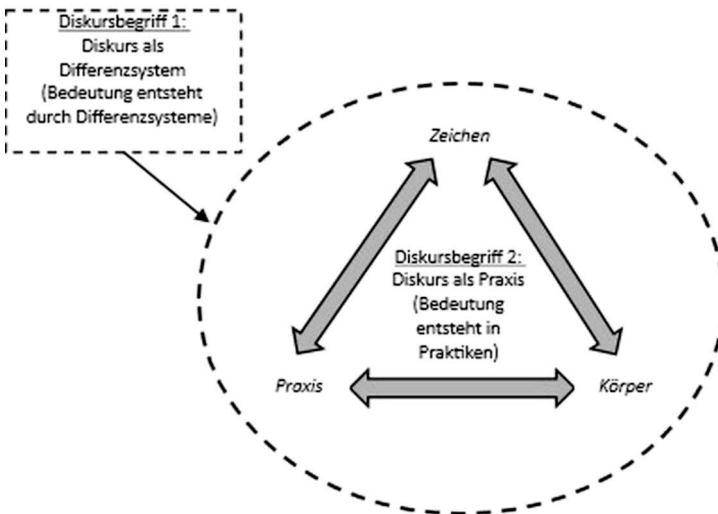
14 Eine eindruckliche Verdeutlichung dessen liefert die COVID-19-Pandemie. Ein vornehmlich natürliches Phänomen wie das Virus schafft nicht einfach eine neue soziale Wirklichkeit, sondern führt zu einer Reartikulation bestehender Diskursordnungen – gemeinsam mit entsprechenden materiellen Infrastrukturen und Praktiken.

15 Die Gefahr, das Materielle zu essentialisieren und demgegenüber das Diskursive zu einem bedeutungslosen Epiphänomen zu degradieren, ist gerade bei den sogenannten neomaterialistischen Ansätzen hoch.

im Werk von Laclau/Mouffe angelegt ist, doch nicht ausformuliert wird, besonders gut gerüstet.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Im Ansatz von Laclau/Mouffe sind sowohl ein textualistischer als auch ein praxeologischer Diskursbegriff angelegt, die jeweils konträren Intuitionen folgen. Während der erste Diskursbegriff seine Bezugspunkte im Strukturalismus findet und das Soziale wie einen Text liest, folgt der zweite Wittgenstein und fragt, wie sich der Diskurs als Praxis vollzieht. Sind folglich der Diskursbegriff 1 »Diskurs als Differenzsystem« und der Diskursbegriff 2 »Diskurs als Praxis« unvereinbar und ist ihr gleichzeitiges Auftauchen bei Laclau/Mouffe ein grundsätzlicher Widerspruch? Nicht zwangsläufig, lautet die vielleicht überraschende Antwort. Gewiss erweist sich die gemeinsame Artikulation beider Diskursbegriffe als Herausforderung, der theoretisch, doch vor allem empirisch schwer beizukommen ist. Dennoch bin ich der Überzeugung: Ein poststrukturalistischer Ansatz ist prinzipiell in der Lage, beides, den Diskurs als Differenzsystem und den Diskurs als Praxis, zusammenzuführen. Diese Zusammenführung muss allerdings mit der Tendenz von Laclau/Mouffe und vielen ihrer Schülerinnen brechen, den strukturalistischen Diskursbegriff über den praxeologischen zu stellen. Der triadische Diskursbegriff wird bei Laclau/Mouffe niemals recht eingelöst. Praktiken und Körper bleiben konzeptuell und analytisch ausgespart, der Diskursholismus verharrt beim Zeichenholismus. In letzter Instanz verortet sich die Hegemonietheorie in der Tradition des Strukturalismus, nicht in der Tradition der Praxeologie. Doch hierbei muss es nicht bleiben.¹⁶ Abbildung 1 stellt nochmals die Diskursbegriffe 1 und 2 gegenüber:

Abb. 1: Die beiden bei Laclau/Mouffe angelegten Diskursbegriffe



16 Zur praxeologischen Erweiterung der diskurstheoretischen Postulate von Laclau/Mouffe: Kap. VI.1/2.

1.2 Artikulation als Diskursproduktion

Obgleich Bezeichnetes und Bezeichnung, jedes für sich für genommen, lediglich differentiell und negativ sind, ist ihre Verbindung ein positives Faktum.

(Saussure 1967: 144)

Die beiden bei Laclau/Mouffe angelegten Diskursbegriffe weisen in gegensätzliche Richtungen. Die strukturalistische Intuition, Bedeutung werde durch Differenzsysteme erzeugt und die praxeologische, Bedeutung entstehe stets in Praktiken, erzeugen gleichwohl *nicht* eine grundsätzliche Theoriegabelung (vgl. Marchart 2013a: 342ff.), die sich nur in die eine oder andere Richtung auflösen ließe. Der entscheidende Grund dafür ist: Laclau/Mouffe arbeiten im Gefolge von Derrida mit einem grundsätzlich offenen, prozesshaft angelegten Strukturbegriff. Letzterer erlaubt es, die oben noch geschlossen erscheinende Differenzsysteme als dezentrierte, erst noch herzustellende zu begreifen. Diese Offenheit bereitet ein Diskursverständnis vor, das Struktur und Praxis prinzipiell zusammenzudenken erlaubt. Der vorliegende Schritt wird zunächst bündig die poststrukturalistische Grundthese präsentieren, die Laclau/Mouffe von Derrida übernehmen, um von ihr aus in den zentralen Begriff der Artikulation einzuführen.

Wenn Ferdinand de Saussure der Gründervater des Strukturalismus ist, dann ist Jacques Derrida der des Poststrukturalismus. Derrida dekonstruiert den Strukturalismus, um ihn über sich hinauszutreiben. Man müsse, so Derrida (1972: 422), »die Strukturalität der Struktur« ernster nehmen als der Strukturalismus selbst. Die vermeintliche Geschlossenheit, die Saussure – oder Claude Lévi-Strauss – noch Differenzsystemen zuschreiben, drückt für Derrida eine typische Geste aus: »[D]er Struktur ein Zentrum geben und sie auf einen Punkt der Präsenz, auf einen festen Ursprung beziehen« zu wollen (ebd.). Für Derrida ist die Stabilität von Differenzsystemen zum Scheitern verurteilt, jede Idee eines die Struktur organisierenden Zentrums oder Ursprungs kann der Struktur nie vollends äußerlich bleiben, sondern muss in dieser Struktur wiederauftauchen (vgl. ebd.). Es gibt nach Derrida *kein* Jenseits hinter dem Spiel der Differenzen.

Dieser radikalisierte Strukturalismus lässt sich an der dekonstruktiven Lektüre Saussures veranschaulichen (zum Folgenden: Derrida 1974: 53–77). Derridas Kritik an der strukturalistischen Sprachtheorie entzündet sich an Saussures Unterscheidung zwischen Lautsprache und Schrift, also zwischen gesprochenem Wort und geschriebenem Wort (vgl. Saussure 1967: 28ff.). Nach Saussure kommt der Lautsprache das Primat vor der Schriftsprache zu: Das gesprochene Wort bringt die Sprachzeichen ursprünglich zum Ausdruck, wohingegen sie vom geschriebenen bloß auf abgeleitete Weise repräsentiert werden. »Nicht die Verknüpfung von geschriebenem und gesprochenem Wort ist Gegenstand der Sprachwissenschaft, sondern nur das letztere, das gesprochene Wort allein ist ihr Objekt«, so Saussure (ebd.: 28).

Diese Abtrennung der Schrift- von der Wortsprache und die Setzung letzterer als vorrangig folgt, so nun Derrida, notwendig aus Saussures Setzung, dass die Sprache ein geschlossenes System sei. Die Sprache lässt sich nur deshalb als geschlossenes Diffe-

renzsystem lesen, weil hier eine *Grenze* zwischen einem legitimen inneren (gesprochenes Wort) und einem illegitimen äußeren Sprachbereich (geschriebenes Wort) gezogen wird. Kraft dieser Grenzziehung wird erst ein stabiler Innenraum erzeugt. »Das Draußen ist das Drinnen«, pointiert Derrida (1974: 77), auf die Paradoxie von Saussures Argument zielend. Während letzterer einerseits trefflich die Arbitrarität und radikale Relationalität der Sprachzeichen unterstreicht, hält er andererseits an der gleichsam transzendentalen Gegenüberstellung zwischen Wort und Schrift fest. Diese Unterscheidung leitet sich nach Derrida *nicht* immanent aus einer relationalen Sprachauffassung ab, sondern gehorcht einem verborgenen metaphysischen Leitmotiv: dem Logozentrismus – also der Idee, dass eine übersubjektive Vernunft für die Stabilität der Sprache garantiere (vgl. ebd.: 76). Saussure macht mit der Sprache das, was die abendländische Philosophietradition (fast) immer machte, nämlich das »Sein als Präsenz« bestimmen.

Derridas Dekonstruktion Saussures legt offen, wie der Poststrukturalismus diskursive Strukturen begreift: Die Letzttschließung eines Diskurses (hier: das geschlossene Sprachsystem) ist nur über die Einsetzung »transzendentaler« Moment (hier: der Logozentrismus) möglich. Die Paradoxie dieser Schließung liegt darin, dass sie nicht nur außerhalb des Diskurses operiert, sondern in seinem Inneren wiederauftaucht (hier: gesprochenes vs. geschriebenes Wort). Dadurch enthüllt sich die Idee eines transzendentalen Zentrums, das alle anderen Beziehungen organisiert, als erkenntnistheoretischer Trugschluss. Nach Derrida verorten sich alle scheinbar transzendentalen Zeichen – seien sie als Logozentrismus, Vernunft oder Subjekt bestimmt – stets zugleich außerhalb und innerhalb des Systems von Differenzen (vgl. Derrida 1972: 423).

In diesem Sinne müssen, so Derrida, Strukturen stets als *gebrochene* gelesen werden, lassen sie sich doch nicht mittels fester Fixpunkte stabilisieren. Diese vermeintlichen Fixpunkte verdecken nur jene Bewegung, die nach Derrida primär ist, die der *différance*. Dies ist das freie Spiel der Differenzen, das die Stabilität der Struktur immer wieder in Frage stellt und sie gleichzeitig immer wieder erzeugt (vgl. Derrida 1972: 440, auch Derrida 1986: 70). Das Primat der Differenz untergräbt grundsätzlich jedes organisierende Zentrum und raubt ihm seine scheinbar unverrückbare Grundlage. Die Bewegung der *différance* verschiebt und entleert das Zentrum, um es immer wieder aufs Neue zu bestimmen und neu zu besetzen. Diese Umbesetzungen sind, so Derrida, supplementär. Jedes eingesetzte Zeichen fügt dem abwesenden Zentrum etwas hinzu, es besetzt und verschiebt das Zentrum in spezifischer Weise (vgl. Derrida 1972: 437). Das Spiel der Differenzen stellt somit die Idee eines transzendentalen Zentrums in Frage und deutet es deontologisch um: Alle Strukturen und all ihre vermeintlich transzendentalen Zentren enthüllen sich nun als Effekte des primären Spiels der Differenzen.

Der kurze Exkurs in das dekonstruktive Denken enthält für die Diskurstheorie von Laclau/Mouffe zentrale Lehren. Die erste und grundlegende lautet, dass die beiden Autor:innen von Jacques Derrida die Annahme übernehmen, dass *alle* sozialen Verhältnisse nach dem Muster *gebrochener* Strukturen zu lesen sind. Wenn die Hegemonietheorie behauptet, dass das Soziale und das Diskursive gleichbedeutend seien, dann legt sie dabei den dezentrierten Diskursbegriff Derridas zugrunde. »Society and social agents lack any essence, and their regularities merely consist of the relative and precarious forms of fixation which accompany the establishment of a certain order«, so Laclau/Mouffe (2001: 98). Im Gefolge Derridas wird Gesellschaft, werden soziale Verhältnisse insge-

samt als kontingente gedacht. Aus dieser Warte kann die Ordnung, die Gesellschaft annimmt, niemals vorausgesetzt werden, sondern bleibt erklärungsbedürftig. Da Gesellschaft das Ergebnis von Strukturierungen ist, muss eine poststrukturalistische Sozialtheorie eben diese Strukturierungsleistungen (»the relative and precarious forms of fixation«) ins Zentrum ihrer Analyse rücken. Gebraucht dafür Derrida noch den Begriff der *différance*, so entwerfen Laclau/Mouffe für die ständige Re- und Destabilisierung von Diskursstrukturen ein anderes Konzept – das in ihrem Begriffsapparat eine Schlüsselrolle spielt.

Wir stehen vor dem Begriff der Artikulation. Laclau/Mouffe definieren ihn folgendermaßen: »[W]e will call *articulation* any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from the articulatory practice, we will call *discourse*.« (Ebd.: 105, H. i. O.) Diese Definition enthält drei zentrale Merkmale, für die schon Derrida sensibilisierte. An erster Stelle verbinden Artikulationen verschiedene, zuvor unverbundene Elemente in einer Weise, dass sich ihre Identität verschiebt. Auf diese Weise produzieren, zweitens, Artikulationen neue Einheiten; sie bringen die Diskursstrukturen oder, mit Laclau/Mouffe, die Diskursformationen hervor, die sich dann zu relativ geschlossenen Entitäten verfestigen. Schließlich ist zu betonen, dass die obige Definition von Artikulationspraktiken spricht. Artikulationen sind Praktiken, die im Großen wie im Kleinen wirken und alle sozialen Verhältnisse durchziehen.

Verbinden, verändern, hervorbringen – diese dreifache Bewegung zeichnet die Praxis der Artikulation aus. Artikulationen sind die Antwort von Laclau/Mouffe auf die Frage, wie sich konstitutiv instabile Differenzsysteme überhaupt konstituieren. Artikulationen produzieren Diskurs, sie schaffen relativ verfestigte Ordnungen. Andererseits jedoch wirken Artikulationspraktiken auch diskursverändernd. Artikulationen brechen Diskurse auf, immer wieder stellen sie einmal errichtete Ordnungen in Frage, um sie neu und anders einzurichten. Artikulationen stehen also für eine Doppelbewegung, sie bringen Strukturen hervor und werfen sie immer wieder um, sie fixieren und dislozieren den Diskurs (vgl. ebd.: 109).

Wenn die Hegemonietheorie die Diskursproduktion auf die Artikulation zurückführt, dann hat das weitreichende Folgen. Denn Laclau/Mouffe setzen das Diskursive mit dem Sozialen gleich, sozialtheoretische Grundkategorien wie Subjekt, Kollektivität, Gesellschaft oder Norm lesen sie als diskursiv konstituierte, sie *alle* sind Artikulationseffekte. Artikulationen, nichts als Artikulationen bringen soziale Ordnungen hervor und forcieren ihren Wandel. Ein Beispiel dafür bieten Laclau/Mouffe (ebd.: 116f.) mit der traditionsreichen Kategorie »man«. ¹⁷ Das Autorenpaar weigert sich, die Identität »man« essentialistisch zu lesen, das schlichte Vorhandensein des angeblich vernunftbegabten Wesens zu akzeptieren, das jahrhundertlang als Sinnbild von Aufklärung und Fortschritt erst in Europa und dann weltweit vorherrschte. Hingegen sei zu fokussieren, wie in Kolonialgebieten die »rights of man« gemeinsam mit »European values« als Rechtfertigung der Kolonialherrschaft funktionierte. Oder wie die Idee des rationalen

17 Was im Deutschen gleichbedeutend mit der Kategorie »des Menschen« wäre, die allerdings im Englischen genauso wie in den romanischen Sprachen (*hombre, homme, uomo*) ebenso gleichbedeutend mit »dem Mann« ist.

Menschen lange Zeit als Distinktionsmechanismus des männlichen Angehörigen des Besitzbürgertums fungiert habe, um sich vom weiblichen Geschlecht und den Arbeiterklassen abzugrenzen und diese abzuwerten (vgl. ebd.). Nach Laclau/Mouffe lautet also die Aufgabe, die Kategorie »man/Mensch« als Artikulationsprodukt auszubuchstabieren:

[W]hat is important is to try to show how »Man« has been produced in modern times, how the »human« subject – that is, the bearer of human identity without distinctions – appears in religious discourses, is embodied in juridical practices and is diversely constructed in other spheres [...] But it is equally evident that the analysis cannot simply remain at the moment of *dispersion*, given that »human identity« involves not merely an ensemble of dispersed positions but also the forms of overdetermination existing among them. »Man« is a fundamental nodal point from which it has been possible to proceed, since the eighteenth century, to the »humanization« of a number of social practices. (Ebd.: 116f., H. i. O.)

Das Zitat legt offen, dass Artikulationspraktiken in der *Breite*, in der *Tiefe* und in der *Zeit* wirken. Artikulationen durchkreuzen auf der horizontalen Ebene Gesellschaftsbereiche und stellen zwischen ihnen neue Verbindungen her. Im Beispiel werden religiöse Diskurse, juristische Praktiken oder auch philosophische Systeme gemeinsam artikuliert, um die Idee eines aufgeklärten Subjekts zu kreieren. So sind Artikulationen als Prozesse zu lesen, die auf der vertikalen Ebene operieren, die gewisse Diskursmomente gegenüber anderen privilegieren. Derridas Idee, dass Diskursstrukturen *uneben* verfasst sind, dass sie durch Zentren organisiert werden, greift die Hegemonietheorie auf, um davon zu sprechen, dass Artikulationen Knotenpunkte (»nodal points«) einrichten, um die herum sich andere Momente gruppieren. Die Idee »man/Mensch« ist solch ein Knotenpunkt, auf den eine Vielzahl von Diskursen und Praktiken verweisen. Schließlich wirken Artikulationen in der Zeit. Die Idee des »vernunftbegabten Subjekts« weist eine lange Historie auf. Erst artikuliert sie sich in der Neuzeit, doch zum wahren Knotenpunkt wurde »man/Mensch« Jahrhunderte später, in der Moderne. Diese Artikulationspraxis entfaltete sich langsam und hat Spuren hinterlassen, die bis heute fortwirken.

Es ist wichtig, die strukturierende Leistung von Artikulationen vor dem Hintergrund einer prinzipiellen Kontingenz zu lesen: »The practice of articulation [...] consists in the construction of nodal points which partially fix meaning; and the partial character of this fixation proceeds from the openness of the social, a result, in its turn, of the constant overflowing of every discourse by the infinitude of the field of discursivity.« (Ebd.: 113)¹⁸ Die Artikulation erscheint hier als so notwendiger wie unmöglicher Prozess, der immer wieder versucht, Bedeutung zu fixieren, was aber das Soziale/Diskursive in seiner Offenheit immer wieder unterminiert. In diesem Hin und Her zwischen Struktur und Kontingenz eröffnet sich ein Verständnis von Artikulationspraktiken, das prinzipiell die zwei bei Laclau/Mouffe angelegten Diskursbegriffe zusammenführen, das strukturalistische wie das praxeologische Verständnis in sich aufnehmen *könnte*. Einerseits (Diskursbegriff 1) arbeiten sich Artikulationen an Differenzsystemen ab, sie bringen diese hervor und machen sie immer wieder zunichte. Andererseits (Diskursbegriff 2), und

18 Im Original ist das gesamte Zitat kursiv gesetzt, worauf ich hier aus Gründen der Lesbarkeit verzichte.

durch diese offene Dynamik ermöglicht, stehen soziale Praktiken im Zentrum des Sozialen, sie bringen Diskursstrukturen hervor. So verfestigt und mächtig gewisse Diskursstrukturen sind, jede Praxis kann diese Strukturen verschieben, sich eigensinnig in Differenzsysteme einschreiben und damit neue Bedeutungen schaffen. Jede soziale Praxis kann als Artikulationspraxis gedeutet werden (vgl. ebd.: 113).

Antagonistisch und Äquivalenzen schmiedend – die hegemoniale Artikulation Die poststrukturalistische Synthese der strukturalistischen und praxeologischen Diskursverständnisse deutet sich bei Laclau/Mouffe an, ohne von ihnen eingelöst zu werden. Wie eine solche Zusammenführung aussehen könnte, darauf wird noch ausführlich zurückzukommen sein (Kap. VI). Doch bevor der Artikulationsbegriff der Hegemonietheorie überarbeitet wird, um seine Stärken zu bewahren und seine Schwächen zu glätten, muss er zunächst vollständig dargestellt werden. Bisher wurde ein Grundverständnis der Artikulation erarbeitet, von dem aus *verschiedenartige* Artikulationsverständnisse erwachsen könnten. Laclau/Mouffe sind an dieser Stelle sehr explizit. Sie sprechen von der Artikulation im Allgemeinen, verwerfen zwei Spielarten von Artikulationspraktiken, die sie nicht interessieren,¹⁹ und stellen schließlich eine *spezifische* Artikulationspraxis ins Zentrum:

[T]he two conditions of a hegemonic articulation are the presence of antagonistic forces and the instability of the frontier which separate them. Only the presence of a vast area of floating elements and the possibility of their articulation to opposite camps – which implies a constant redefinition of the latter – is what constitutes the terrain permitting us to define a practice as hegemonic. Without equivalence and without frontiers, it is impossible to speak strictly of hegemony. (Laclau/Mouffe 2001: 136)

Kontingenz und Antagonismus sind die beiden Ressourcen, die eine *hegemoniale* Praxis der Artikulation sowohl voraussetzt als auch produziert. Einerseits sind hegemoniale Artikulationen auf die Gebrochenheit von Diskursstrukturen angewiesen. Diese Artikulationsform operiert in einem Terrain, das ständig durch Differenzbeziehungen überdeterminiert wird. Die »vast area of floating elements« erschwert Verbindungspraktiken, da es sie fortwährend unterminiert, für einen steten Sinnüberschuss sorgt.²⁰ Doch gerade dadurch stellen die flottierenden Elemente ein schier unerschöpfliches Reservoir an neuen Verbindungsmöglichkeiten bereit. Vor diesem Tableau entfaltet sich, andererseits, die strukturierende Praxis der Artikulation kraft der Grenzziehung zwischen zwei gegensätzlichen Lagern. Jedes dieser Lager kann die »flottierenden« Elemente verbinden und zu »seinen« Diskursmomenten machen, weil es sich vom jeweils anderen abgrenzt (s.u.). Hegemoniale Artikulationen, die von Laclau/Mouffe – und auch in meiner Arbeit

19 Diese verworfenen Artikulationspraktiken zielen einerseits auf die Restrukturierung institutionalisierter Settings (»bureaucratic administrative functions«) und drehen sich andererseits um den Konflikt zwischen religiösen Gemeinschaften. Beides, Institution und Gemeinschaft, wird in einen erweiterten Artikulationsbegriff einfließen.

20 Diese »Kontingenzbedingung« der Artikulation benennt der späte Laclau (2005: 139–156) mit dem Begriff der Heterogenität, dazu: Thomassen 2005: 300–304. Es gibt hier auch Verbindungslinien zum Sinnbegriff Luhmanns (1998: 49f.), dazu: Stäheli 2000b: 64–92.

(Kap. VI.2.) – oft schlicht als politische Artikulationen definiert werden, sind für das Autorenpaar sehr produktive Artikulationen. Die dreifache Bewegung des Verbindens, Veränderns und Hervorbringens von Diskurs scheint bei *dieser* Artikulation idealtypisch vollendet.

Was nun die hegemoniale Artikulation auszeichnet, ist die Spannung zwischen zwei gegensätzlichen Logiken, der der *Äquivalenz* und jener der *Differenz*. Zunächst zu letzterer: Sie steht, so tautologisch es klingt, für die Differenz im Differenzsystem, für den von den anderen sich unterscheidenden Charakter jedes Elements in Diskursen. »Difference = Identity«, hält Laclau (1996: 38) das urstrukturalistische Rasonnement hinter dieser Logik fest. Tatsächlich wäre eine Ordnung, die rein durch die Differenzlogik bestimmt wäre, starr, in ihr besäße jedes Moment gegenüber jedem anderen eine fixierte Beziehung. Dass es dazu nicht kommt, dafür sorgt die Äquivalenzlogik. Sie versinnbildlicht genau jene zusammenführende und verdichtende Bewegung, die sich oben im Moment der Grenzziehung abzeichnete. »[T]he differences cancel one other out insofar as they are used to express something identical underlying them all«, beschreiben Laclau/Mouffe (ebd.: 127) die Gleichsetzungsbewegung, die aus verschiedenen Elementen eine neue Einheit schafft, indem sie ihnen eine neue Identität verleiht.

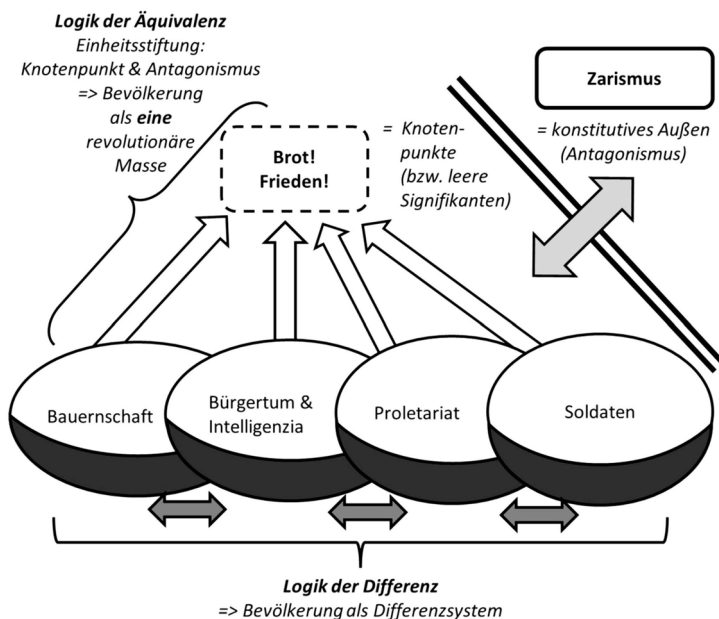
Die Logiken der Differenz und der Äquivalenz bilden nach Laclau/Mouffe ein Spannungsfeld, das für jede Artikulation und besonders für die hegemoniale konstitutiv ist, lässt es sich doch weder in die eine noch in die andere Richtung auflösen. »[O]n the one hand, each difference expresses itself as difference; on the other hand, each of them *cancels* itself as such by entering into a relation of equivalence with all the other differences of the system.« (Laclau 1996: 38, H. i. O.) Das Zitat betont die Verwobenheit von Äquivalenz und Differenz – und verweist darauf, dass nur *eine* der beiden Logiken *politisch* ist. Die Äquivalenzlogik vollzieht genau jene verdichtende Bewegung, die nach Laclau/Mouffe hegemoniale Artikulationen definiert. Die Äquivalenz arbeitet sich stetig an der Differenzlogik ab, sie versucht sie zu überwinden, um das Verschiedenartige zum Teilglied einer übergreifenden Einheit zu machen.

Das von Laclau (in Butler et al. 2000: 302ff.) gebrauchte Beispiel der Februarrevolution von 1917 kann zeigen, wie die Hegemonietheorie hegemoniale Artikulation konzipiert. Man stelle sich skizzenhaft das Land vor, wie es im Ersten Weltkrieg kämpft und unter akuten Versorgungsnotén leidet – und unter der autokratischen Zarenherrschaft kein Ende beider Missstände erwartet. Die russische Bevölkerung kurz vor der Februarrevolution lässt sich als gebrochene Diskursstruktur lesen. Die Topographie Russlands scheint von der Differenzlogik dominiert: Jede Gruppe hat ihre eigene Identität in Abgrenzung zur Anderen. Die Bauernschaft, die jahrhundertlang (bis 1861) in Leibeigenschaft lebte, unterscheidet sich gegenüber dem in den Metropolen sich bildenden Industrieproletariat, dieses grenzt sich vom Bürgertum und der urbanen Intelligenzia ab. Die Soldaten an der Front bilden ein eigenes Kollektiv. Doch anhaltende Hungersnöte fachen Anfang 1917 einen allgemeinen Aufruhr an. Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März gehen im damaligen Petrograd (Sankt Petersburg) Hunderttausende auf die Straße und rufen: »Brot und Frieden!«

Rund um diese beiden Forderungen verbinden sich, zugespitzt gesagt, in kurzer Zeit die zuvor differenten Bevölkerungsgruppen (vgl. Merridale 2017: 119f.). Die am 8. März entfachten Unruhen legen sich nicht mehr, binnen weniger Wochen stürzt das Regime,

Sowjets bilden sich im ganzen Land. Die Verschiedenartigen werden zusammengeführt durch die Hoffnung auf ein Ende der Not und den Absetzungswunsch von Zar und Adel. Die Differenzen schwächen sich ab, es entsteht eine übergreifende Identität: Die revolutionäre Masse, von der schon Lenin behauptete, dass sie über das Proletariat und dessen Avantgarde (die Bolschewiki) hinausgehe und mit den »nichtproletarischen werktätigen Massen bis zu einem gewissen Grade« verschmelze (Lenin 1959: 681), konstituieren das, was sich als eine neue Kollektivität oder eben als ein neuer Diskurs bezeichnen ließe. Diese vereinheitlichende Bewegung versteht die Hegemonietheorie als Äquivalenzlogik. Sie destabilisiert das soziale Gefüge und schafft eine neue Ordnung, indem sie eine Grenze gegenüber einem antagonistischen Außen (Zarismus) zieht und zugleich diskursive Knotenpunkte (»Brot und Frieden!«) errichtet. Abbildung 2 veranschaulicht am Beispiel die Grundbewegung der politischen Artikulation.

Abb. 2: Politische Artikulationen nach Laclau/Mouffe am Beispiel der Februarrevolution von 1917 in Russland



Das (sehr) stark vereinfachende Beispiel zeigt, wie sich die Hegemonietheorie die Spannung zwischen Differenz und Äquivalenz vorstellt. Während die Differenzlogik einen Status quo abbildet, in dem verschiedene soziale Identitäten scheinbar fixiert sind und sich strikt unterscheiden, versucht die Äquivalenzlogik, diese Differenzen zu überwinden. Die Äquivalenz arbeitet sich an der Differenz ab, sie versucht dort eine neue, verbindende Einheit zu schaffen, wo es zuvor keine gab. Dieses Abarbeiten an der Differenz und deren Überwinden wollen muss als eine *performative* Bewegung gelesen werden. Wie Laclau (2005: 77) betont, ist die Etablierung einer Äquivalenzkette eben nicht eine

Summe von zuvor unverbundenen Identitäten, sie produziert vielmehr eine neuartige Kollektivität. Doch die revolutionäre Masse ist konstitutiv instabil, ihr gelingt es immer nur partiell, sich als ein »neues Volk« zu konstituieren.

Zwei Bewegungen sind für Laclau/Mouffe bei dieser Einheitsbildung, in der die Logik der Äquivalenz über die der Differenz dominiert, ausschlaggebend: Zunächst steht da der Knotenpunkt, rund um den sich verschiedene Identitäten (d.h. Diskursmomente) gruppieren. Hier vollzieht sich das, was die Hegemonietheorie als *Universalisierungsbeziehung* bezeichnet. Die Forderungen »Brot!« und »Frieden!« werden, um Laclaus Begriff (vgl. 1996: 42) einzuführen, zum leeren Signifikanten, in dem sich potentiell die revolutionäre Masse als ein neues, handlungsfähiges Volkssubjekt wiederfindet. »Brot/Frieden« symbolisieren in der Februarrevolution mehr als nur Befriedung oder Nahrung, sie drücken den Unmut gegen den Zarismus und den Umbruchwillen großer Teile der Bevölkerung aus. Gleichwohl bleibt dieser Entleerungsprozess unvollkommen. Knotenpunkte (bzw. leere Signifikanten) bleiben an Artikulationen rückgebunden, ihre Universalität ist, wie Laclau (in Butler et al. 2000: 194) betont, »only the set of ›names‹ corresponding to an always finite and reversible relation between particularities«. Diese Rückgebundenheit des Knotenpunktes an seine Artikulationspraxis und seine unvollkommene Universalisierung legen wichtige, doch bei Laclau/Mouffe ungeklärte Fragen nahe: Wie vollzieht der Knotenpunkt seine Universalisierungsleistung? Was sind überhaupt Knotenpunkte und wie entfalten sie sich in Artikulationspraktiken (dazu: Kap. VI.2.)?

Bevor ich mit dem Antagonismus auf die zweite Figur eingehe, die bei diskursiven Einheitsstiftungen eine zentrale Rolle spielt, ist kurz innezuhalten und zu fragen: Was sagen die bisherigen Ausführungen überhaupt zum Ereignis der Russischen Revolution aus? Primär nur, dass sich dort, in jenem spezifischen historischen Kontext, eine Artikulationsform entfaltet, die dem Raster der Hegemonietheorie entspricht. Entscheidend sind bei Laclau/Mouffe die übergeordneten Operationen, die hegemoniale Artikulationen (angeblich) dirigieren. Das Zusammenspiel von Äquivalenz- und Differenzlogik, die Einrichtung und Universalisierung von Knotenpunkten/leeren Signifikanten und, wie sich gleich zeigen wird, antagonistische Grenzziehungen sind formale Operationen, die für die Hegemonietheorie jede Artikulation auszuzeichnen scheinen. Sie sind politische *Logiken* (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 143f.), die auf einer ontologisch tieferen Ebene verortet werden als die konkrete Gesellschaftsrealität, in der sie sich entfalten. Polemisch gesagt: Was in Russland 1917 geschah, ist für Laclau/Mouffe weniger wichtig als die Tatsache, dass dort hegemoniale Artikulationen nach dem vorgegebenen Raster geschahen. Es zeichnet sich schon ab, dass die Hegemonietheorie als ein deduktiver Ansatz verfährt, der Artikulationen nicht als konkrete, in Zeit und Raum situierte soziale Praktiken liest. Vielmehr werden diese auf übergeordnete Logiken zurückgeführt, die merkwürdig entbettet über dem konkreten Geschehen stehen. Mein Artikulationsverständnis wird dem mit einer dezidierten Entformalisierung und einem praxeologisch geordneten Vokabular entgegentreten (siehe: Kap. VI.2).

1.3 Grenze und Grund: der Antagonismus

Es gibt bei Laclau/Mouffe einen Begriff, der ihren Ansatz konflikttheoretisch zuspitzt. Erst wenn sich erschließt, wie der Begriff des Antagonismus eine poststrukturalistische

Bedeutungstheorie ergänzt, wird sich klären, wie die für Laclau/Mouffe unabdingbare Passage der Artikulation durch den Antagonismus auch ihre These vom Primat des Politischen über das Soziale sowie die Gesellschaftskonzeption der Hegemonietheorie bestimmt.

Der oben erläuterte Begriff der politischen Artikulation bleibt ohne seine antagonistische Komponente unvollständig. Die Äquivalenzkette, welche die internen Differenzen des Diskurses überwindet, um die Einheit des Diskurses zu schmieden, ihn geradezu hervorzubringen, ist auf die Figur des Antagonismus angewiesen. Die Äquivalenz bedarf der Grenzziehung gegenüber einem Außen, um sich als tendenziell vereinheitlichter Diskurs zu konstituieren. Mit dem Beispiel der Russischen Revolution gesprochen, ist die Grenzziehung gegenüber dem Zarismus zentral, um eine Äquivalenz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Bauernschaft, Proletariat, Soldaten etc.) zu stiften und sie zu einer neuen Kollektivität zu machen, grenzen sie alle sich doch von dem ab, was sie bedroht und sie gemeinsam zu überwinden suchen. Dieses Feindbild stabilisiert den neuen Diskurs, es gestattet der neuen Identität »revolutionäre Masse«, sich durch die Abgrenzung gegenüber dem Zarismus zu konstituieren. Der Diskurs, die gebrochene Differenzstruktur, kann sich erst im Durchgang durch das konstituieren, was er nicht ist, was ihn als ein *konstitutives Außen* begrenzt und bedroht.

Laclau/Mouffe übernehmen den Begriff des konstitutiven Außen (ebenfalls) von Derrida (1999: 55), überschreiben ihn als Antagonismus und stellen seine paradoxe Doppelfunktion ins Zentrum. Vornehmlich wirken Antagonismen *stabilisierend*. Sie schließen *ex negativo* den Diskurs. Wie anhand des Beispiels angerissen, ist der Antagonismus die Bedingung der Möglichkeit für diskursive Äquivalentsetzungen, nur durch ihn entsteht Diskurs als verhältnismäßig geschlossene Totalität. Man muss sich diese Bewegung so vorstellen, dass eine Reihe von Momenten (a, b, c) deshalb gleichgesetzt werden kann ($a = b = c$), weil sie alle einer äußeren Instanz entgegengestellt werden ($d \neq (a, b, c)$) (vgl. Howarth 2000: 106f.). Dadurch wird der Antagonismus zum hegemonietheoretischen Supplement einer poststrukturalen Bedeutungstheorie. Erst der Antagonismus ermöglicht die zeitweilige Schließung und Stabilisierung inhärent instabiler Bedeutungsstrukturen. In den Kategorien des Beispiels gesprochen, ist es erst der Feindstatus des Zaren, der den revolutionären Diskurs als eine in sich zusammenhängende Einheit hervorbringt. Für Laclau/Mouffe beinhalten Artikulationen, die ja letztlich relativ verfestigte Diskursformationen produzieren, stets antagonistische Grenzziehungen gegenüber einem bedrohlichen, grundsätzlich inakzeptablen Anderen. Wie Laclau betont: »An objective identity is not a homogeneous point but an articulated set of elements [...] its characteristic structure, its »essence« depends entirely on that which it denies.« (Laclau 1990: 32)

Die Grenzziehung zwischen einem stabilisierten Diskursinnen und einem bedrohlichen Diskursaußen darf nicht als absolute und unwiderrufliche Gegenüberstellungen zwischen einem präexistenten Inneren und einem gefährdenden Außen missverstanden werden (vgl. Stäheli 2000: 37). Es ist stattdessen eine der Pointen des Antagonismusbegriffes, dass er politische Artikulationen gerade *nicht* als ein starres Aufeinanderprallen von a priori gegebenen Diskurselementen (im Beispiel: hier der Zar, dort die revolutionäre Masse) begreift, sondern als Ineinandergreifen von innen und außen, die beide Pole gerade in und durch ihren Konflikt hervorbringt. Antagonismen sind, so das Grundaxi-

om von Laclau/Mouffe, identitätskonstituierend, sie machen grundsätzlich *jede* Identität von einem verworfenen und diskriminierten Außen abhängig. »Der Zusammenbruch der kulturellen Definition des ›Anderen‹ würde den Zusammenbruch des ›Eigenen‹ bedeuten«, pointiert es Reckwitz (2004: 44, auch Laclau 1990: 17).

Dies leitet zur *destabilisierenden* Dimension des Antagonismus über. Wenn konflikt-hafte Spaltungsbewegungen für Identitäten konstitutiv sind (vgl. Laclau 1996: 28f.), dann konstituiert das konstitutive Außen nicht nur Bedeutungsstrukturen, es unterbricht sie zugleich. Der Antagonismus tritt im Diskursinnen wieder auf und erscheint dort als Moment der »Negativität« (Marchart 2010: 193f.), als Dislokation des diskursiven Differenzsystems. Der Antagonismus steht damit für die »Passage durch die Negativität« (Laclau 1990: 213), die Diskurse notwendig durchlaufen, wenn sie eine stabilisierte Struktur annehmen. Der Antagonismus stellt gewissermaßen die Präsenz des Feindes auf Dauer und verunmöglicht, dass Bedeutungsstrukturen zu alternativlosen, unumstrittenen Ordnungen sedimentieren. »Antagonism is the limit of all objectivity«, so Laclau (ebd.: 17). Jeder Diskurs verweist auf das, was er negiert. Wenn im Falle einer rechtspopulistischen Kraft der »parasitäre Ausländer« als Antagonist konturiert wird, so stabilisiert dies zwar den rechtspopulistischen Diskurs. Er propagiert konkrete Schritte, etwa eine härtere Einwanderungspolitik oder eine Einschränkung des Asylrechts, um damit das »Ausländerproblem« zu lösen und das angestrebte Gesellschaftsideal zu erreichen. Gleichwohl bleibt für den Rechtspopulismus die Figur des Ausländers ein fortwährendes Bedrohungsszenario. Ständig erinnert sie daran, dass die angestrebte imaginäre Fülle – im Rechtspopulismus: das kulturell, ethnisch und politisch homogene Volkssubjekt – dauerhaft blockiert ist und in unerreichbare Ferne rückt (vgl. Howarth 2000: 105). Kurzum: Der Antagonismus ist das Andere, das sich niemals restlos ausgrenzen und überwinden lässt.

Derart bestimmt, avanciert der Antagonismus für die Hegemonietheorie zum Schlüsselbegriff. Seine paradoxe, stabilisierende und destabilisierende Funktion führt ins Herz der Sozialtheorie von Laclau/Mouffe. Zur Erinnerung: Die beiden Autor:innen setzen das Soziale mit dem Diskursiven gleich, für sie *ist* jedes soziale Verhältnis, jede Identität, Kollektivität oder Gesellschaft ein Diskurs oder, präziser gesagt, ein vorläufiges Produkt diskursiver Artikulationen. Wer mit dieser *redescription* des Sozialen mitgeht, für den erhält der Antagonismus eine grundlegende Relevanz. In diesem Lichte erscheint jedes soziale Phänomen als ein durch Antagonismen hervorgebrachtes. Um Mouffe (2011: 98) zu paraphrasieren, offenbaren sich in jedem sozialen Verhältnis die Spuren der Ausschlüsse, die seine Konstitution bestimmten. Damit ist nicht gesagt, dass jedes soziale Phänomen zu jedem Augenblick auf antagonistische Grenzziehungen vis-à-vis einem konstitutiven Außen verweisen würde, aber dass der Antagonismus am Grund aller sozialen Phänomene steht. Antagonistische Verwerfungen sind allen sozialen Phänomenen eingeschrieben. Es gilt, mit Mouffe gesagt, »dass wir Macht nicht als ein *externes* Verhältnis, das zwischen zwei präkonstituierten Identitäten hergestellt wird, konzeptualisieren sollten, sondern vielmehr als die Instanz, durch welche Identitäten zuallererst ihrerseits konstituiert werden« (Mouffe 2008: 36, H. i. O.). Jedes soziale Phänomen entsteht somit im Umweg durch ein entgründendes Moment (vgl. Marchart 2013a: 354), stets verweist es auf ein unauslöschliches Außen, das sich niemals voll symbolisieren lässt und das in Gestalt neuer Antagonismen immer wieder aufbricht.

Der Antagonismus birgt verschiedene »Bedeutungskomponenten« (Nonhoff 2014: 31f.), er steht am Grund aller sozialen Verhältnisse, äußert sich aber immer wieder als wiederkehrender Konflikt. Der Antagonismus fungiert bei Laclau/Mouffe als ein sozialontologischer Grundbegriff, er ist ein quasi-transzendentes Moment, das am Ursprung jedes sozialen Phänomens steht. Es gibt aber nicht nur *den* Antagonismus am Grund, es gibt auch *die* Antagonismen an der Oberfläche, also die vielfältigen Konflikte, Grenzziehungen und Ausschlüsse, die sich in der sozialen Wirklichkeit fortwährend ereignen. Die Hegemonietheorie verfolgt diese Konflikte aufmerksamer als (fast) jede andere Sozialtheorie, es liest sie als Enthüllungsmomente, durch die der unruhige, ja der negative Grund sozialer Verhältnisse aufbricht. Jeder konkrete Konflikt kann nach Laclau/Mouffe den prinzipiellen Antagonismus, also das Verworfenen, Verdrängten oder Marginalisierten am unruhigen Grund eines jeden Phänomens reaktivieren und damit das konkrete Verhältnis oder die Identität, um die gestritten wird, neu hervorbringen. Jeder Ausschluss und jede Abgrenzungsgeste scheinen damit die hegemonietheoretische Kernthese zu bestätigen, dass der Antagonismus *in toto* das Soziale fundiere.

Der Antagonismus als Rückseite aller sozialen Phänomene? Die Primatstellung des Antagonismus ist in sozialtheoretischer wie diskursanalytischer Hinsicht eine sehr produktive Setzung, die auch ich mir zunutze mache – wobei ich jedoch parallel dazu von einer Verabsolutierung des Antagonismus Abstand nehme. Wer mit Laclau/Mouffe den Antagonismus sowohl als einen Tiefenbegriff (der Antagonismus als negatives Fundament sozialer Verhältnisse) als auch einen Oberflächenbegriff (die Antagonismen als konkrete Konflikte) gebraucht, verfällt leicht der Versuchung, der das Autorenpaar erliegt: Das soziale Geschehen so stark auf das Ausbrechen von Antagonismen zu fixieren, dass die Schlüsselstellung des Antagonismus zur *selbsterfüllenden Prophezeiung* wird. Wer annimmt, dass das Soziale (nur) vom Antagonismus konstituiert werde, neigt dazu, irgendwann im Sozialen nichts anderes am Werk zu sehen als Antagonismen. Typisch sind griffige Formulierungen wie: »Our thesis is that the constitution of social identity is an act of power and that identity as such is power.« (Laclau 1990: 31) Oder: »Wenn kollektive Identitäten nur im Modus eines wir/sie etabliert werden können, dann ist klar, dass sie unter bestimmten Bedingungen immer in antagonistische Verhältnisse transformiert werden können.« (Mouffe 2008: 29)

Solche Aussagen halten den Antagonismus als Schlüsselmoment des Sozialen hoch. Er macht für Laclau wie Mouffe Identität aus, für sie ist der Antagonismus die Identität. Doch wo Konflikte auftreten können, können sie auch nicht auftreten. Um Mouffes Zitat aufzugreifen: Was geschieht, wenn die Bedingungen, unter denen antagonistische Verhältnisse transformiert werden können, nicht eintreten? Selbst wenn die These angenommen wird, dass der Antagonismus am Grund sozialer Verhältnisse steht, muss gerade ein konfliktsensibler Ansatz dafür *offen* bleiben, dass konkrete soziale Verhältnisse keine oder eben eine nur sehr schwache Konflikthaftigkeit aufweisen. Ein so breit angelegter Ansatz wie die Hegemonietheorie müsste nicht nur die Anwesenheit, sondern auch die *Abwesenheit* des Antagonismus kartieren, mehr noch, die An- und Abwesenheit von Konflikten zueinander in Beziehung setzen. Wenn dies nicht geschieht, dann droht ironischerweise der Antagonismus für die Hegemonietheorie zu dem zu werden, was die

Produktivkräfte für den Vulgärmarxismus waren: eine unhinterfragte Basis, in der sich alle sozialen Verhältnisse wie ein Überbau spiegeln müssen.

Um den Antagonismus als gesellschaftstheoretischen Schlüsselbegriff zu verstehen, ohne ihn mechanistisch zu verabsolutieren, hilft das Begriffspaar von *Vorder- und Rückseite* weiter, das der Laclau-Schüler Oliver Marchart entwickelt hat (vgl. Marchart 2013a: 362ff.). Marchart spricht davon, dass jeder sozialwissenschaftliche Grundbegriff – etwa Akteur, Macht, Herrschaft, Staat, Struktur – sowohl eine sozialwissenschaftliche Vorderseite als auch eine gesellschaftstheoretische Rückseite enthält. So ist der Staat, von seiner sozialwissenschaftlichen Vorderseite aus betrachtet, der Ort politischer Souveränität. Er ist, um Max Webers klassische Definition zu bemühen, jener politische Verband, der in einem Territorium »das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht« und ein auf »Legitimität gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen [etabliert]« (Weber zit. in Weber/Klein 2018). Ganz anders jedoch stellt sich der Staat dar, wenn, so Marchart, seine gesellschaftstheoretische Rückseite in den Fokus rückt. Der Staat als politischer Souverän, als Ausübungsort legitimer Gewalt wird dann dekonstruiert, er wird, wie Marchart mit Nicos Poulantzas darlegt, zu einem widersprüchlichen Staatsapparat, in dem sich Kräfteverhältnisse verdichten. Der Staat verliert seine »monolithische« Gestalt, seine »Risse«, »Spaltungen, Teilungen und inneren Widersprüche« treten hervor (Poulantzas zit. in Marchart 2013a: 372f.). De facto macht hier Marchart nichts anderes, als den Topos von der Primatstellung des Antagonismus anzuwenden. Eine Staatstheorie, die dem Autor zufolge die Rückseite ihres Gegenstandes würdigt, »richtet [ihren Blick] auf die Quelle aller Verdichtungen und Verschiebungen, an der wir immer wieder eine Instanz der Negativität ausgemacht haben, die den Namen Antagonismus trägt und von konkreten Kämpfen differenziert werden muss« (ebd.: 374).

Marcharts Begriffspaar nimmt, deutlich angelehnt an Laclau/Mouffe, eine interessante Dezentrierung sozialwissenschaftlicher Grundbegriffe vor. Von seiner Rückseite her betrachtet erscheint etwa der Staat als ein »von sich selbst gespaltenes Objekt – hervorgebracht und zugleich verunmöglicht durch den Antagonismus« (ebd.). Die gesellschaftstheoretische Rückseite aller sozialwissenschaftlichen Grundbegriffe ist der Antagonismus, so Marcharts Diktum. So produktiv indes diese Blickverschiebung ist, sie bleibt unvollständig. Marcharts antagonistische Neubeschreibung von Gesellschaft löst in einem bestimmten Sinn ihre dekonstruktive Absicht *nicht* ein. Was fehlt, ist ein *dialektisches* Verständnis des Begriffspaares von Vorder- und Rückseite. Die Dezentrierung sozialer Phänomene, die das Begriffspaar Vorder- und Rückseite vornimmt, ist erst dann komplettiert, wenn sie auf sich selbst angewendet wird, wenn sie das dynamische Verhältnis der Vorder- und der Rückseite sozialwissenschaftlicher Begriffe untersucht.

Wer Gesellschaftstheorie betreibt, sollte sich nicht damit begnügen, den Antagonismus als abwesenden Grund aller sozialen Verhältnisse aufzudecken, sondern müsste fragen, wie diese konkreten sozialen Verhältnisse auf den Antagonismus zurückwirken und ihn dezentrieren. Ein Beispiel dafür, wie die Vorder- und die Rückseite bei der Analyse sozialer Tatbestände in Beziehung gesetzt werden müsste, liefert der Staatsbegriff. In der Tat kann es fruchtbar sein, mit Poulantzas den Staat als Apparat zu sehen, der von internen Konflikten durchzogen wird. Zugleich aber ist nicht zu vergessen, was diese Konflikte und Machtverdichtungen antreibt. Ist es tatsächlich nur der Antagonismus, der

als quasi-transzendente Instanz hinter den konkreten Kämpfen steht? Genauso ließe sich behaupten, dass der Staat als Horizont politischer Souveränität politische Projekte strukturiert, mehr noch, dass der Staatsapparat die Beschaffenheit politischer Projekte maßgeblich bestimmt. Hier hilft der Begriff der *strategischen Selektivität* von Bob Jessop weiter. Er lässt sich auf eine konfliktzentrierte Perspektive ein, wie sie Laclau/Mouffe und Poulantzas vertreten, und verwirft die Idee, es gebe ein einheitliches Staatssubjekt. Auch Jessop liest den Staat als Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Zugleich aber betont er, dass der Staat *als Kräfteverdichtung* die in ihm und um ihn tobenden Kämpfe strukturiert. Über ein Set institutioneller Mechanismen und politischer Praktiken werden in je konkreten historischen Kontexten gewisse Interessen begünstigt und andere benachteiligt. »The state is an ensemble of power centers that offer unequal chances to different forces within and outside the state to act for different political purposes«, betont Jessop (1999: 55).

Diese Perspektive hält sich nicht bei der Grundsatzfrage nach dem Antagonismus auf, sie fragt, wie in bestimmten historischen Konstellationen der Staatsapparat bestimmte strukturelle Selektivitäten herausbildet, die ihrerseits den Konflikt über den Staat regulieren, ja gewisse Konfliktlinien hervorbringen, während andere beschnitten oder erstickt werden. Auch im faschistischen oder stalinistischen Staatsapparat wurden Konflikte ausgetragen. Doch auf was es dort ankam, war nicht, dass dort Konflikte existierten, sondern *wie* sie es taten, wie gewisse politische Interessen, Fraktionen und sogar Bevölkerungsgruppen systematisch ausgelöscht wurden – wovon wiederum andere Interessen, Fraktionen und Gruppen systematisch profitierten. Das krude Exempel versinnbildlicht, um was es mir geht: Die Warnung davor, in Abstraktion von empirischen Einbettungen zu postulieren, dass eine fast schon transzendente Instanz, der Antagonismus, als »Quelle aller Verschiebungen und Verdichtungen« im Sinne Marcharts (2013: 374) fungieren könne. In Bezug auf das Beispiel gesprochen: Bei totalitären Regimen kommt es darauf an, ihre Staats- und Gesellschaftsform zu analysieren, nicht zu postulieren, dass dort Konflikte auftraten.

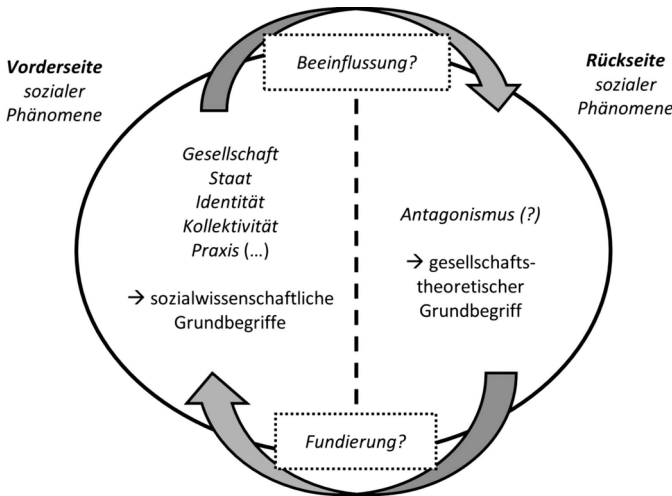
Die Aussage, dass alle sozialen Phänomene eine konflikthafte Rückseite bergen, wird erst dann zu einer theoretisch wie empirisch fruchtbaren Hypothese, wenn eine doppelte, über Marchart hinausweisende Bewegung vollzogen wird: An erster Stelle erfordert sie den Schritt in die Empirie. Der Hauptteil dieser Studie arbeitet mannigfaltige Antagonismen heraus, erweitert aber auch deren Verständnis. In der empirischen Praxis der an Laclau/Mouffe anschließenden *Essex School of Discourse Analysis* ist der Antagonismus in diskursanalytischer Hinsicht längst nicht mehr, wie Marchart nahelegt, eine verborgene Rückseite sozialer Phänomene, sondern ist zur Vorderseite avanciert, die immer wieder deduktiv aus der Empirie herausgelesen wird. Auch meine Studie folgt der antagonistischen Hypothese. Doch sie versucht, daraus einen hermeneutischen Zirkel zu entwickeln, mit der Analyseheuristik »Antagonismus« auch das zu beleuchten, was neben, vielleicht gar hinter ihr steht. Meine Intuition ist: Wird die Dialektik von Vorder- und Rückseite empirisch und methodologisch ernst genommen, dann muss die Grunddynamik, von der Laclau/Mouffe ausgehen, dass sie Gesellschaft konstituiert, erweitert – und das Begriffspaar von Vorder- und Rückseite umdefiniert werden (dazu: Kap. III.4).

Nun begnüge ich mich nicht mit der empirischen Dezentrierung des Antagonismus, sondern unternehme auch dessen systematische Dekonstruktion. Selbst auf grundla-

gentheoretischer Ebene, also dem Terrain, das Hegemonietheoretikerinnen ontologisch nennen, steht der Antagonismus nicht ganz so allein, wie es den Anschein erweckt. Ähnlich wie beim Diskurs- und beim Artikulationsbegriff kann eine dekonstruktive Lektüre von Laclau/Mouffe freilegen, dass am Grund von Gesellschaft neben dem Antagonismus etwas Anderes steht. Dieses Andere muss seinen Status als Restkategorie verlieren und systematisch entfaltet werden. Dieses Andere ist nichts anderes als das Soziale. Erst wenn das Politische und das Soziale in Beziehung gesetzt werden und als sich ergänzendes Begriffspaar erscheinen, rückt der bei Laclau/Mouffe angelegte Entwurf einer postfundamentalistischen Sozialtheorie in den Bereich des Möglichen.

Bevor das geschieht, hält Abbildung 3 das Begriffspaar von Vorder- und Rückseite, wie es Marchart konzipiert, fest:

Abb. 3: Das Begriffspaar Vorder- und Rückseite sozialer Phänomene



1.4 Vom Sozialen zum Politischen? Zur Hegemonie!

[Wir sollten] Macht nicht als ein externes Verhältnis, das zwischen zwei präkonstituierten Identitäten hergestellt wird, konzeptualisieren, sondern vielmehr als die Instanz, durch welche Identitäten zuallererst hergestellt werden. Dieser Punkt des Zusammenflusses von Objektivität und Macht haben wir »Hegemonie« genannt. (Mouffe 2008: 36f.)

The sedimented forms of »objectivity« make up the field of what we will call the »social«. The moment of antagonism where the undecidable nature of the alternatives and their resolution through power relations becomes fully visible constitutes the field of the »political«. (Laclau 1990: 35)

Das Politische – kein Begriff geht bei Laclau/Mouffe mit mehr Nimbus einher, keiner betont eindringlicher ihren Grundimpetus, dass soziale Verhältnisse nicht schlicht bestehen, sondern prinzipiell kontingent sind und als kontingente politisch gestiftet werden müssen. Was nach der Hegemonietheorie am Grund jedes sozialen Verhältnisses steht, ist der Antagonismus als paradoxe Figur der Gründung und Entgründung. Er hat, mit Laclau (ebd.: 18) gesagt, »eine enthüllende Funktion«, er legt offen, dass jede Ordnung kontingent verfasst ist. Jede Ordnung könnte anders gestaltet sein, denn stets wurde sie kraft einer Grenzziehung hervorgebracht, die sich gegen Alternativen durchsetzte, ohne dass sie sich zwangsläufig hätte durchsetzen müssen. In diesem Sinne gilt: Der Antagonismus ist die Chiffre des Politischen.

Daraus leitet sich jene Schlüsselthese ab, welche die Hegemonietheorie so attraktiv wie provokant macht: *das Primat des Politischen*. Das Politische lässt sich nicht eingrenzen, es stimmt nicht mit der Sphäre der institutionellen Politik überein, sondern durchzieht diese genauso wie jeden anderen sozialen Bereich, ob Recht, Ökonomie oder Zivilgesellschaft. Laclau (2014: 169) unterstreicht: »[B]y the »political« I do not understand any kind of regional area of action, but the contingent construction of the social link.« Das Politische ist die Instituierung sozialer Verhältnisse – und diese Instituierung ist für Laclau/Mouffe immer antagonistisch verfasst, sie schafft eine Ordnung, die sich gegen Alternativen durchsetzen muss. Das Politische dreht sich um die Einrichtung von Gesellschaft und kann als Antagonismus immer und überall aufbrechen, so ließe es sich auch mit Mouffe (2010: 25) definieren.

Derart verstanden, äußert sich das Politische auf verschiedensten sozialen Ebenen, von der Mikro- bis zur Makro-Ebene, innerhalb sozialer Teilsysteme und quer zu ihnen.²¹ Es manifestiert sich im Kleinen, etwa dort, wo eine heteronormative Geschlechterordnung eingerichtet wird und deviante Geschlechtsidentitäten oder sexuelle Orientierungen ausgeschlossen werden. Das Politische kann sich aber auch darin äußern, wie eine Gesellschaft mit Fragen menschlicher Gesundheit umgeht, wie sie »gesundheitspolitische Paradigmen« (van Dyk 2018: 205) setzt: Wer gilt als gesund, wer als krank? Welche Krankheiten und Leiden werden anerkannt, welche verschwiegen und ausgegrenzt? In solch oft implizit bleibenden Fragen kann das Politische als instituierende Dimension genauso wirken wie in den gemeinhin als politisch verhandelten Fragen nach Regierungshandeln und Regierungswechseln, nach dem Aufkommen von Protestbewegungen, Revolten und Wandlungsprozessen. Dabei fordert die Hegemonietheorie dazu auf, einerseits jedes soziale Feld als politisch konstituiertes zu untersuchen und andererseits kein soziales Feld als per se politisches zu privilegieren. Das Politische ist folglich ein *strukturloser Strukturbegriff*, es siedelt sich in keiner spezifischen sozialen Struktur an, bringt aber jede soziale Struktur hervor – und kann diese immer wieder einreißen oder verschieben.²²

Nun denken Laclau/Mouffe die prinzipielle Kontingenz und politische Instituierung sozialer Verhältnisse mit ihrer nicht minder basalen *Ordnung* zusammen. Verfestigte Identitäten, routinisierte Praktiken, kulturelle Normen oder soziale Strukturen gibt es – um nur einige der Phänomene zu nennen, welche die Sozialwissenschaften weit stärker ins Zentrum rücken als das Moment der Kontingenz, ganz zu schweigen von einem emphatischen Begriff des Politischen. Laclau/Mouffe verschließen sich prinzipiell nicht gegenüber sozialen Ordnungsmomenten, sie grenzen sich explizit von kontingenzzentrierten Strängen des Poststrukturalismus ab. Sie betonen, dass die politische getriebene Kontingenz sozialer Verhältnisse einerseits und ihre Ordnung andererseits zwei Seiten *einer* Bewegung darstellen. Laclau/Mouffe halten an der – wohlweislich dezentrierten und politisierten – Idee von Gesellschaft als sozialer Totalität fest. Mit Mouffe (2010: 25) gesagt: Die Gesellschaft ist »das Produkt einer Reihe von Verfahrensweisen [...], die in einem Kontext von Kontingenz Ordnung herzustellen versuchen« (vgl. auch Laclau 1996: 90f.).

Wie überzeugend diese Gesellschaftskonzeption ist, wird noch zu diskutieren sein. Hier geht es zunächst um den Grundimpetus der Hegemonietheorie. Dass dieser Ansatz üblicherweise diesen Namen trägt – und nicht etwa als Antagonismustheorie firmiert –, folgt aus dem Grundplädoyer der beiden Autor:innen. Der Kontingenzbegriff produziert einen mächtigen Gegenbegriff. Er heißt Hegemonie. Mit Laclau lässt sie sich wie folgt einführen:

21 Ein starker Begriff des Politischen ist kein Alleinstellungsmerkmal der Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe, sondern charakterisiert auch verwandte Ansätze wie die Claude Leforts, Jacques Rancières, Judith Butlers oder Jean-Luc Nancys (vgl. anstelle vieler: Bedorf 2010, Herrmann/Flatscher 2020).

22 Die Strukturlosigkeit des Politischen gründet jedoch auf historischen, also reversiblen Bedingungen, welche die Hegemonietheorie zentral auf die Französische Revolution zurückführt (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 159f.).

The social is not only the infinite play of differences. It is also the attempt to limit that play, to domesticate infinitude, to embrace it within the finitude of an order. But this order – or structure – no longer takes the form of an underlying essence of the social; rather, it is an attempt – by definition unstable and precarious – to act over that »social«, to *hegemonize* it. (Laclau 1990: 91, H. i. O.)

Wer wie Laclau die Kontingenz und die Ordnung sozialer Verhältnisse zusammendenkt, muss sich darauf einlassen, dass weder Ordnung ohne Kontingenz noch Kontingenz ohne Ordnung zu haben sind. Der erste Teil dieses Axioms ist bekannt: Jede Ordnung entbehrt letzter Fundamente, sie ist konstitutiv instabil und veränderbar. Es ist der zweite Teil des Axioms, der an dieser Stelle aufhorchen lässt: Kontingenz bringt ihr Gegenstück hervor, sie produziert beständig Ordnungsversuche, welche die Unbestimmtheit durch verfestigte Strukturen zu überwinden suchen. Diese strukturierende Bewegung ist für Laclau/Mouffe deshalb eine hegemoniale Bewegung, weil sie niemals irgendeine, sondern stets eine *bestimmte* Ordnung hervorbringt. Man denke an das Beispiel der Russischen Revolution. Sowohl der Zarismus als auch die revolutionäre Bewegung, die sich gegen dieses Regime formiert, vollziehen eine *stricto sensu* widersprüchliche Bewegung: Einerseits beanspruchen sie, für die ganze Bevölkerung zu sprechen, während sie dabei andererseits einen Teil dieser Bevölkerung ausschließen. Das zaristische Regime tut so, als sei es Russland, als verteidige es die Interessen aller Russen, indem es die traditionelle Ständeordnung verteidigt und gegen demokratische Reformen wie wirtschaftliche Liberalisierungen vorgeht – was faktisch ein Großteil der Bevölkerung in die Armut führt oder ausgrenzt. Und auch die revolutionäre Bewegung tätigt mit ihren inklusiven Forderungen »Brot und Frieden!« eine Grenzziehung. Das Ende des Krieges und der Neuaufbau der Gesellschaft sind für die revolutionäre Masse nur ohne Russlands alte Säulen, Zar und Adel, zu haben.

Die hegemoniale Pointe dieser paradoxen Doppelgeste von Inklusion und Exklusion ist für Laclau/Mouffe, dass sie ihre Paradoxie verschleiert. Das Teil wird zum Ganzen *universalisiert*. Weder das Zarentum noch die Revolutionäre sprechen nur für die revolutionäre Masse oder für die privilegierten Stände, sondern für das gesamte Volk. Ein Kollektiv gebärdet sich als *die* Gesellschaft. Diese Verallgemeinerungsbewegung deutet die Hegemonietheorie als Entleerungsprozess, in dessen Zuge die Knotenpunkte der jeweiligen Diskursformationen unbestimmt werden und, so betont besonders Laclau, zu leeren Signifikanten werden. Hier erodiert die eigenständige Bedeutung eines spezifischen Diskursmomentes (im russischen Fall: »das Proletariat«). Er wird als weitgehend entleerter Signifikant zur Repräsentationsinstanz der anderen Momente in ihrer gemeinsamen Abgrenzung und Überwindung des konstitutiven Außen. Prinzipiell kann diese Entleerung jedes Diskursmoment betreffen – nur die Dynamik politischer Artikulationen bestimmt, ob sich dieser oder jener Signifikant (relativ) entleeren und zum Symbol einer größeren Totalität aufsteigen kann (vgl. Laclau 1996: 34).²³

23 Laclaus Beispiele für leere Signifikanten sind weit gestreut und umfassen sowohl generelle Ordnungsprinzipien (etwa Signifikanten wie Freiheit, Demokratie, Ordnung, Menschenrechte) als auch kollektive Identitäten (Signifikanten wie Volk, Proletariat, Nation). Beides wird eine erweiterte Hegemonietheorie aufgreifen: Kap. VI.3/4.

Leere Signifikanten symbolisieren das, was sich nur unvollständig und bruchstückhaft symbolisieren lässt: die Gesellschaft als Ganzes. Indessen bleibt dieser Entleerungsprozess immer unvollständig. Den leeren Signifikanten haften stets Spuren ihrer partikularen Bedeutungsgehalte an. Der leere Signifikant »Proletariat« mag die Forderungen und Identitäten der Arbeiter- und Unterklassen wirksam bündeln, die Anliegen der Bourgeoisie wird er weniger gut repräsentieren. Laclau denkt damit die Entleerung als einen konstitutiv *unreinen* Prozess. Jede Universalisierung wird Spuren ihrer Partikularität behalten, jede Partikularität aber auch eine potentielle Universalität verraten, also Anschlusspunkte bergen, die über den eigenen Diskurshorizont hinausweisen könnten (vgl. Laclau 1996: 28). In diesem Sinne durchzieht leere Signifikanten eine unüberwindbare Spaltung zwischen ihren partikularen Bedeutungsgehalten (etwa: Proletariat = Lohnabhängige in der Industrieproduktion) und der Universalisierungsfunktion (Proletariat = Erlöser der global Unterdrückten), die sie ausüben können. »This operation of taking up, by a particularity, of an incommensurable universal signification is what I have called *hegemony*. [...] With this it should be clear that the category of totality cannot be eradicated but that, as a failed totality, it is a horizon and not a ground«, so Laclau (2005: 70f., H. i. O.).

Mit Laclau und auch Mouffe lässt sich die Bewegung der Universalisierung deshalb als die *par excellence* hegemoniale Bewegung beschreiben, weil in ihrem Zuge das Partikulare und das Universale zu einem vereinheitlichten Horizont *verschmelzen* (vgl. ebd.: 226). Um es ein letztes Mal am russischen Beispiel zu verdeutlichen: Die historische Bedeutung der Oktoberrevolution besteht nicht nur im Sturz der provisorischen Regierung, sondern in der Geburt einer neuen Ordnung, des Sowjetstaates. Der Marxismus wurde durch die Bolschewiki in eine Staats- und Gesellschaftsdoktrin überführt, die Russland nachhaltig (und gewaltsam) in ein anderes Land verwandeln sollte. So unvollständig und bruchstückhaft die Universalisierungs- und Entleerungsbewegung diskursiver Momente grundagentheoretisch bleibt, auf der konkret geschichtlichen Ebene schafft diese Universalisierung eine soziale Wirklichkeit, die sich als hochstabil erweisen kann. In Laclaus Diktion: Was auf sozialontologischem Terrain als kontingent und brüchig erscheint, kann im ontischen, d.h. konkreten Vollzug zur sozialen Objektivität gerinnen, die Gegenprojekte ausgrenzt und so gut wie alternativlos wird. Dazu Laclau (ebd.: 226, H. i. O.): »Since society as a fullness has no proper meaning beyond the ontic contents that embody it, those contents are, for the subjects attached to them, *all there is*.«

Hegemonie zwischen politischer Artikulation und sozialer Reproduktion An diesem Punkt zeigt sich, wie nach Laclau/Mouffe Gesellschaft politisch hergestellt wird. Die politischen und antagonistisch verfassten Artikulationen gilt es zusammenzudenken mit einem Universalisierungsprozess. Verwebt man beides, dann ergibt sich daraus der Hegemoniebegriff. Er lässt sich wie folgt definieren: Hegemoniale Artikulationen schaffen soziale Ordnung, indem sie Äquivalenzketten bilden, sich von einem konstitutiven Außen abgrenzen und ihre Partikularität durch einen Universalisierungsprozess (partiell) überwinden. Oder, kürzer und im Original: »The point of convergence between objectivity and power is precisely what we mean by hegemony.« (Mouffe 2011: 98) Die These, dass Hegemonie jener Punkt ist, an dem eine partikulare Machtinstanz (eine

Diskursformation) zur sozialen Objektivität (zur Gesellschaft) aufsteigt, folgt in der Tat fast zwingend aus der These vom Primat des Politischen. Wenn soziale Verhältnisse politisch gestiftet werden, dann ist die Hegemonie der Begriff, der die Stabilisierung dieser Stiftung zu denken erlaubt. Hieraus folgt: Wer die politische Artikulation von Gesellschaft in den Blick nimmt, darf für ihre hegemoniale Reproduktion nicht blind bleiben. Doch bei Laclau/Mouffe droht genau das. Ihr als Hegemonietheorie antretender Ansatz dreht sich um die Artikulation, aber *nicht* um die Reproduktion der Hegemonie.

Die Blindheit für das, was Hegemonie alles heißt, ist die wohl schwerwiegendste Leerstelle in der Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe. Und es ist eine Leerstelle auf die, wie mir scheint, noch nicht eindringlich genug hingewiesen worden ist. Das Autorenpaar lanciert im Kern weniger eine Theorie der Hegemonie als *eine Theorie der politischen Artikulation der Hegemonie*. Ein merkwürdiges Ungleichgewicht durchzieht ihre Schriften und raubt der These vom Primat des Politischen ihre Schlagkraft. Betrachtet man die Publikationen von Laclau, Mouffe und ihren Schülerinnen, so legen diese ihren Fokus so gut wie ausnahmslos auf *politische Umbrüche*.²⁴ Stets gilt, dass die Hegemonie aus der Brille ihres Zusammenbruches oder ihrer Neuverhandlung – diskurstheoretisch: der Dislokation und der Reartikulation – betrachtet wird. Diese krisenzentrierte Perspektive eröffnet den Blick darauf, wie politische Artikulationen aufkommen und (potentiell) eine neue Gesellschaftsordnung hervorbringen.

Jedoch bleibt die Hegemonietheorie zu wenig aufmerksam gegenüber dem, was Slavoj Žižek den »Tag danach« nennt, die Phase, in der Diskurse hegemonial werden und zu stabilisierten Ordnungen aufsteigen. Hegemonie wirkt eben nicht nur in Umbruchsituationen. So wichtig der Fokus auf die politische Artikulation der Hegemonie ist, er müsste ergänzt werden durch den Nachvollzug davon, wie sich Hegemonie stabilisiert und reproduziert, ja wie Hegemonie zu Gesellschaft wird. Unmittelbar mag dagegen einzuwenden sein: Lässt sich soziale Reproduktion ohne politische Artikulation vorstellen? Sind nicht moderne Gesellschaften durch »strukturelle Dislokationen« geprägt – und damit konstitutiv politisierbare Gesellschaften (vgl. Laclau 1990: 26)?

Das trifft ohne Zweifel zu und sensibilisiert dafür, dass die Trennung zwischen der Artikulation und der Reproduktion von Hegemonie nicht absolut, sondern nur graduell sein kann. Die Lösung der vorliegenden Studie lautet: Artikulations- und Reproduktionspraktiken sind verschachtelt. Die Reproduktion sozialer Ordnung beinhaltet stets politische Artikulationspraktiken, die Situationen der Unentscheidbarkeit durch Grenzziehungen und neue Sinnstiftungen überwinden. Doch dasselbe gilt in die andere Richtung. Jede Artikulationspraxis, so kontingent die Umbruchsituation auch ist, in der sie sich entfaltet, geht mit sozialen Reproduktionspraktiken einher, und zwar in zwei Weisen. Erstens muss jede Artikulation verstetigt, wiederholt und ritualisiert

24 Hierzu zählen die Hegemonieanalysen der demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa, die den Kollaps der Sowjetunion beschleunigten (Laclau 2014), das Ende des südafrikanischen Apartheid-Regimes (Norval 1996, Howarth 2000), die linken Regierungswechsel in Südamerika (Errejón 2012), die Artikulation der sozialen Marktwirtschaft als hegemoniales Projekt (Nonhoff 2006), Proteste gegen Prekarisierung (Marchart 2013b) oder das Aufkommen des Rechts- wie Linkspopulismus (Mouffe 2010, 2017).

werden, gleichsam institutionalisiert werden, um ihre Wirkmacht zu entfalten. Zweitens verweisen alle Artikulationen, seien sie noch so radikal gegenhegemoniale, auf sedimentierte Ordnungen, die den neuen Artikulationen vorausgingen und dann als Spuren in ihnen wiederauftauchen.

Das Moment der Reproduktion von Hegemonie bleibt bei Laclau/Mouffe systematisch unterbelichtet, undefiniert bleibt es indes nicht. Das Begriffspaar das *Soziale* und die *Sedimentierung* hält in der Hegemonietheorie nominell fest, dass die politische Institutionierung sozialer Verhältnisse immer wieder in ihr Gegenteil umschlägt. Zu Beginn dieses Schrittes stand die Definition Laclaus (ebd.: 35), die das Soziale »als sedimentierte Formen von Objektivität« fasste. Der Autor betont hier, dass die Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Sozialen für soziale Verhältnisse »ontologisch konstitutiv« sei. Dafür verleiht Laclau dem von Edmund Husserl stammenden Begriffspaar von Reaktivierung und Sedimentierung eine sozialtheoretische Wendung. Auf jede erfolgreiche politische Institutionierung folgt nach Laclau ein Prozess der Sedimentierung, der die ursprüngliche Kontingenz sozialer Verhältnisse verdeckt und ihnen eine »objektive Präsenz« verleiht (ebd.: 34). Dagegen ist die *Reaktivierung* der Moment, in dem Antagonismen das kontingente Fundament sozialer Verhältnisse freilegen und soziale Objektivitäten aufbrechen (vgl. ebd.: 35).

Es gibt bei Laclau wie bei Mouffe eine paradoxe Doppelbewegung. Auf der einen Seite unterstreichen sie, dass soziale Verhältnisse *konstitutiv* durch die Spannung zwischen dem Sozialen und dem Politischen geprägt sind, dass also die soziale Wirklichkeit weder vollständig politisiert noch vollständig befriedet sein kann. Eine Gesellschaft ohne das Politische wäre eine Sphäre der reinen Sedimentierung, »a closed universe merely reproducing itself through repetitive practices« (ebd.); eine Gesellschaft ohne das Politische wäre keine Gesellschaft, sondern das Produkt »absolute omnipotent will« (ebd.). In ihr stünden alle Verhältnisse reaktiviert zur Disposition. Dem Politischen kommt zwar nach Laclau/Mouffe eine Primatstellung gegenüber dem Sozialen zu, zugleich aber betonen sie, dass jede politische Konstruktion vor dem Hintergrund von Sedimentierung passiert. Wer die politische Stiftung hegemonialer Ordnungen ernst nehmen wollte, müsste bei jeder politischen Artikulation Sedimente sozialer Reproduktion nachzeichnen und freilegen, wie bei jeder sozialen Reproduktion politische Artikulationen auftauchen.

Laclau/Mouffe verwandeln aber, und das ist der zweite Teil der paradoxen Bewegung, die Begriffspaare Politisches/Reaktivierung und Soziales/Sedimentierung von einer analytischen in eine *substantielle* Unterscheidung. Was eine ontologische Dichotomie war, wird in eine konkrete Dichotomie überführt, in der sich das Politische und das Soziale als getrennte Dimensionen gegenüberstehen. Mouffe beschreibt das so:

Die Gesellschaft wird in diesem Modell als Produkt einer Reihe von hegemonialen Praktiken gesehen, die darauf abzielen, in einem Umfeld der Kontingenz eine Ordnung zu schaffen. Sie ist das Reich »sedimentärer« Praktiken – das heißt von Praktiken, die den originären Akt ihrer kontingenten politischen Etablierung verbergen und als selbstverständlich wahrgenommen werden, als seien sie in sich selbst begründet. Jede gesellschaftliche Ordnung ist die temporäre und gefährdete Artikulation hegemonialer Praktiken. (Mouffe 2018: 100)

Der erste und der letzte Satz von Mouffes Zitat können unumwunden bejaht werden. Gesellschaft ist ein hegemoniales Produkt. Als solche steht sie niemals still, sondern ist immer wieder neu zu stiften. Es ist der zweite Satz, der irritiert – und verrät, dass Mouffe und auch Laclau die Stabilisierung von Hegemonie allzu einseitig fassen. Wo eine hegemoniale Ordnung zum »Reich« sedimentierter Praktiken wird, da wird sie zu einem gänzlich entpolitisierten, buchstäblich sedimentierten Bereich, in dem das Politische *keinen* Platz mehr hat. Die Frage, die solch eine Gegenüberstellung hervorruft, ist nun, in welchem Verhältnis die Gesellschaft als sedimentierte Sphäre überhaupt zur politischen Gründungsbewegung steht. Darauf gibt der späte Laclau folgende Antwort:

Sedimentation would be the strictly ontic moment of objects, when the contingent nature of their originary institution has been entirely concealed; reactivation would be the moment of return to that originary instance, to that contingent institution [...] This means that the instituting act only shows itself in full through that which puts it into question. But this act of contingent institution, taking place in a field criss-crossed by the presence of antagonistic forces, is exactly what we understand by the *political*. (Laclau 2014: 122f., H. i. O.)

Im Zitat wird eine *Rangfolge* zwischen dem Sozialen und dem Politischen hergestellt. Die Sedimentierung erscheint als das ontische Moment, d.h. als das konkret raumzeitlich Bestehende. Das Politische dagegen bewegt sich gleichsam hinter der sedimentierten sozialen Wirklichkeit, es erscheint als ein Akt der kontingenten Stiftung, der sich stets nur negativ, als Antagonismus, äußert – und so zur »originary instance« sozialer Verhältnisse wird. Auf diese Weise legt die Hegemonietheorie eine Dichotomie zwischen den Begriffen des Sozialen und Politischen nahe, die *mehr* als bloß analytisch ist. Das Soziale erscheint als feste Sedimentschicht, gegen die das Politische immer wieder antritt, um es zu reaktivieren. Wären beide Begriffe in Metaphern zu fassen, so stünden sie sich diametral gegenüber: das Soziale als Beständigkeit, Immobilität und Erstarrung; das Politische als Wandel, Transformation und Dynamik.

Die Polarisierung Soziales versus Politisches hat besonders Laclau forciert.²⁵ Er überführt die Differenzierung von Sedimentierung und Reaktivierung (1990: 33ff.) in späteren Schriften (in Butler et al. 2000: 283f., Laclau 2005: 117) in eine kategorische Polarisierung von zwei *Logiken*, die soziale Verhältnisse gegensätzlich prägen: die soziale Logik und die politische Logik. Auf den Begriff der Logik werde ich noch kritisch zurückkommen und ihn letztlich verabschieden (Kap. VI.1). An dieser Stelle also nur grundsätzlich: Laclau verteidigt einen emphatischen Begriff der Logik, der sich um die Beschaffenheit sozialer Entitäten dreht (in Butler et al. 2000: 284). Es gibt für Laclau Phänomene, die einer sozialen und andere, die einer politischen Logik gehorchen. So ließe sich von einer sozialen Logik sprechen, die Verwandtschaftsbeziehungen, den Markt oder das Schachspielen prägt, weil sich diese Beispiele dadurch auszeichnen, dass dort Regeln befolgt

25 Zwar beteiligt sich auch Mouffe an der Polarisierung von Soziales (bzw. Gesellschaft) versus Politisches. Doch es gibt in ihrem Werk einen zweiten, implizit konkurrierenden Diskursstrang, der wittgensteinsche Konzepte stark macht und hiermit subtil auf eine praxeologisch informierte Hegemonietheorie zielt (Kap. VI.3).

werden (vgl. Laclau 2005: 117). Demgegenüber steht die politische Logik für die Institutionierung sozialer Verhältnisse. Das Schlüsselbeispiel des späten Laclau für diese politische Logik ist der Populismus. Indem letzterer Äquivalenzen zwischen Forderungen zieht, leere Signifikanten kreiert und den sozialen Raum spaltet, schafft er eine politisierte Krisensituation – und legt damit das Moment des Politischen frei.

Problematisch ist hier, dass die soziale und die politische Logik vollkommen unterschiedliche Prozesse beschreiben. Diese *empirische Polarisierung* wird durch Laclaus Schüler Jason Glynos und David Howarth (2007) auf die Spitze getrieben. Sie koppeln die soziale Logik an das Differenzmoment von Artikulationen und die politische Logik an ihr Äquivalenzmoment. Die soziale Logik wird auf diese Weise zu einer »trennenden«, »atomisierenden« und »verfestigten« Praxis gemacht, die von einer ewigen Regelbefolgung beherrscht wird und als solche sedimentiert (Glynos et al. 2009: 11). Demgegenüber wird die politische Logik zur verbindenden und »dynamisierenden« Artikulationspraxis, die erklärt, wie Regime und Praktiken entstehen, herausgefordert und transformiert werden (ebd.). So scheinen gewisse Phänomene, bei Glynos/Howarth (2007: 137ff.) als »Regime und Praktiken« bezeichnet, durch die soziale Logik der Sedimentierung beherrscht. Die politische Logik dagegen bleibt strukturlos, sie steht für die disruptive Infragestellung und Neugründung der sozialen Ordnung. Die Gleichung lautet: soziale Logik = Differenz = Sedimentierung; politische Logik = Äquivalenz = Reaktivierung/Institutionierung.

Problematisch an dieser Dichotomie ist erstens, wie Sedimentierung beschrieben wird, nämlich als ausschließliche Objektivierung und Verschleierung von Kontingenz, zweitens, dass in dieser Dichotomie das Sedimentierte zum *Anderen* des Politischen wird und drittens, dass die Strukturlosigkeit des Politischen *jenseits* der Hegemonie zu stehen scheint. Wer dieser substantiellen Gegenüberstellung von Politischem und Sozialem folgt, tut sich mit Fragen wie den folgenden schwer (oder stellt sie erst gar nicht): Wie reproduziert sich eine Hegemonie in Zeit und Raum? Wie gelingt es ihr, sich als in sich dynamische Ordnung zu instituieren, Brüche und Kontingenzen quasi in ihre Form aufzunehmen? Von wo kommen jene hegemonialen bzw. gegenhegemonialen Praktiken, die Gesellschaft neu und anders artikulieren? Müssen nicht diese instituierenden Praktiken zu sedimentierten Praktiken werden, wenn sie keine flüchtige Unterbrechung bleiben, sondern nachhaltig eine neue Hegemonie errichten sollen?

Die allzu emphatische Unterscheidung, die Laclau/Mouffe (und Glynos/Howarth mit ihnen) zwischen dem Sozialen und dem Politischen vornehmen, erschwert das Verständnis davon, was *Hegemonie* ist, wie sie errichtet, stabilisiert und gebrochen wird. Die Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Sozialen werde ich in eine graduelle, konstitutiv *unreine* verwandeln. Die fragwürdige Zwei-Welten-Lehre, die Laclau und Mouffe zwischen dem Politischen und dem Sozialen aufbauen, um eine primäre Dimension der primären Gründung (Politisches) von einer der sekundären Starre und Regelmäßigkeit (Soziales) abzugrenzen (vgl. Stäheli 2007: 136), muss fallen.

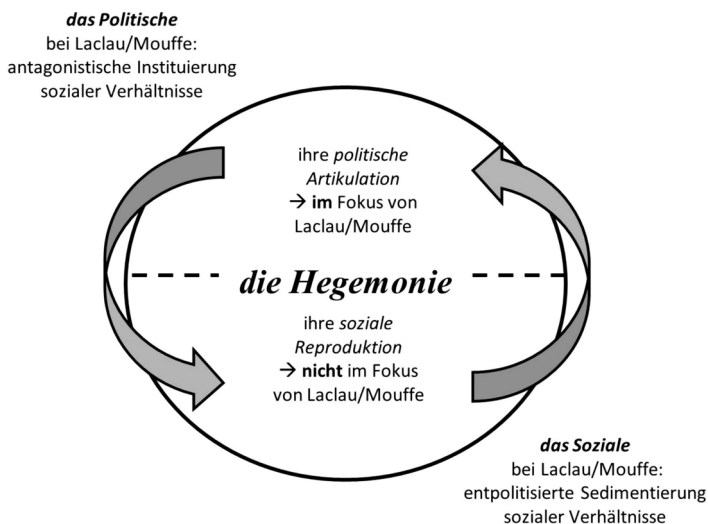
Die These lautet: Erst die *Verwobenheit* des Politischen mit dem Sozialen kann deutlich machen, wie sich Hegemonie artikuliert und reproduziert. Einerseits gehen politische Gründungsmomente immer mit sedimentierten Regelmäßigkeiten einher. Andererseits ist jede Sedimentierung von Unterbrechungen, Kontingenzen und Neugründungen durchzogen. Jede hegemonial eingerichtete Ordnung, eine historisch

tradierte genauso wie eine neu sich artikulierende, ist in ihrer Doppelbewegung von Sedimentierung und Dynamisierung zu erfassen. In *jeder* Ordnung treffen soziale Sedimente und politische Dynamiken zusammen, die Gesellschaft als einen gleichzeitig sozialen und politischen Raum hervorbringen. Darauf folgt freilich nicht, dass die Momente des Sozialen und Politischen immer und überall in symmetrischer Weise auftreten würden. Je nach historischer Konjunktur und sozialem Bereich kann das Moment des Politischen, die politische Gründung sozialer Verhältnisse, in einer Stärke hervortreten, die zuvor undenkbar war und danach auch wieder undenkbar wird. Doch selbst in derart umfassenden Umbruchsituationen, wie sie auch von dieser Studie beschrieben werden, kommt das Politische niemals allein, sondern wird immerfort durch Sedimentierungen begleitet, die den politischen Gründungsakten erst ihre Durchschlagskraft verleihen.

Die Neufassung und analytische Schärfung der schillernden Begriffe des Politischen, des Sozialen sowie der Hegemonie wird mich im theoretischen Part, doch besonders im empirischen beschäftigen. Dies heißt nicht, wie der Rest dieses Kapitels und die folgenden zeigen werden, dass ich die Theorie von Laclau/Mouffe als wertlos verwerfen würde. Ihr Ansatz bleibt für meine Untersuchung *der* zentrale theoretische wie analytische Anschlusspunkt. Einer Theorietradition zu folgen, sich in sie einzuschreiben, muss jedoch auch heißen, mit ihr zumindest in Teilen zu brechen.

Abbildung 4 hält zum Abschluss die Pendelbewegung zwischen dem Sozialen und dem Politischen rund um den bislang erst ansatzweise verstandenen Begriff der Hegemonie fest:

Abb. 4: Hegemonie bei Laclau/Mouffe zwischen dem Sozialen und dem Politischen



2 Rückbesinnung

Die Diskussion von Laclau/Mouffe trat als kritische Einführung an. Auf der einen Seite habe ich über den Diskurs, die Artikulation, den Antagonismus sowie die Großbegriffe des Politischen, des Sozialen und der Hegemonie die Begriffsarchitektur der Hegemonietheorie vorgestellt. Eine Architektur, auf der meine Untersuchung wesentlich aufbaut. Auf der anderen Seite barg die Einführung eine dekonstruktive Stoßrichtung; sie unterstrich die angedeuteten, aber verschütteten Möglichkeiten einer poststrukturalistischen Diskurstheorie, die bisher mehr verspricht, als sie einlöst. Vor allem drei Problemkomplexe tun sich bei Laclau/Mouffe auf und harren der Bearbeitung. Erstens: *Wie wird der Diskurs (auch) zur Praxis?* Wie könnte der wittgensteinsche Sprachbegriff in der Hegemonietheorie stärker gemacht und ihr Diskursverständnis praxeologisch gewendet werden? Zweitens: *Wo liegen die Grenzen des Antagonismus?* Der Antagonismus ist nicht nur ein fruchtbarer Begriff, er kann auch verhüllend wirken, wenn es darum geht, die Konstitution sozialer Objektivität zu verstehen. Drittens: *Was ist Hegemonie?* Zur Paradoxie der Hegemonietheorie gehört, dass sie bei einem partiellen Hegemoniebegriff verharret, der nur dessen politische Artikulation betrachtet und seine soziale Reproduktion ausblendet. Dabei sind die Adjektive »politisch« und »sozial« selbst Ausdruck der ungeklärten Frage: Wie bildet sich Gesellschaft als hegemoniale Ordnung?

Die Hegemonietheorie könnte, so mein Resümee, den Sockel für eine anspruchsvolle poststrukturalistische Sozialtheorie liefern, doch noch tut sie dies nicht. Informiert durch die empirische Diskussion wird Kapitel VI in einer Forschungsskizze darlegen, wie eine erweiterte Hegemonie verfasst sein könnte. An dieser Stelle steht jedoch ein Schritt zurück an. Bis hierin hätte es den Anschein haben können, als mändere die Diskussion von Laclau/Mouffe zwischen Poststrukturalismus, Diskurstheorie und einer Theorie des Politischen, ohne für die Soziologie und Sozialtheorie von allzu großem Interesse zu sein. Das Gegenteil ist der Fall. Die Frage, was Hegemonietheorie sein könnte, führt ins Zentrum der Frage, was Sozialtheorie heute sein könnte. Ich glaube, dass sowohl die soziologische Theorieentwicklung als auch die Dynamiken der Gegenwartsgesellschaften nach dem verlangen, wovon es deutlich zu wenig gibt, nämlich nach Ansätzen, die Gesellschaft als Terrain von Strukturhaftigkeiten *und* von politisch getriebenen Kontingenzen verstehen. In nuce: Die Zeit ist reif für postfundamentalistische Sozialtheorien.

2.1 Was ist Postfundamentalismus?

Am Anfang der Reflexion darüber, was die Vokabel Postfundamentalismus für die Sozialtheorie heißen könnte, drängt sich eine persönliche Bemerkung auf. Lieber hätte ich als Autor in meinen anderen beiden Muttersprachen Katalanisch oder Spanisch *postfundacional* statt auf Deutsch postfundamentalistisch gesagt. Parallel zum Englischen (post-foundationalist) oder Französischen (postfondationnaliste), doch anders als im Deutschen, zielt die Begriffssemantik unzweideutig auf die Frage nach den Fundamenten. Zum anderen gehen selbst hochabstrakte Begriffe, mit Reinhart Koselleck gesagt, mit einem historischen Erfahrungsraum einher, der sich als primäre Sinnschicht über sie legt. Was den Begriff des Postfundamentalismus so attraktiv für die Sozialtheorie macht, lässt

sich meiner Ansicht nach im spanischsprachigen Raum besser als im deutschen vermitteln. Dass *kein* Fundament notwendig ist, aber *ein* Fundament immer gegeben ist und immer wieder *gegen* andere errichtet wird – das postfundamentalistische Grundplädoyer klingt in der Bundesrepublik weit abstrakter als in Spanien, wo bis 1975 eine Diktatur herrschte und die Demokratie erstritten werden musste; und wo heute erneut eine anhaltende Wirtschaftskrise, Verteilungskämpfe und aufeinanderprallende politische Projekte den Commonsense dafür sensibilisieren, dass soziale Ordnung niemals feststeht.²⁶

Den Begriff des Postfundamentalismus hat nun keine Spanierin, sondern der Österreicher Oliver Marchart (2010, 2013a) popularisiert, um die vormals eher sporadische (Selbst-)Bezeichnung poststrukturalistischer Ansätze zu systematisieren (vgl. Butler 1992, Stäheli 2000a: 9). Marchart beschreibt hiermit eine Grundgeste, die vor allem den Poststrukturalismus auszeichnet und über dessen üblichere Definition als antiessentialistisch oder eben antifundamentalistisch hinausweist. Der Begriff des Postfundamentalismus denkt zwei Bewegungen zusammen: Zum einen betont er die Abwesenheit eines letzten Grundes, auf das sich Gesellschaft – und damit Sozialtheorie und sogar Erkenntnistheorie – stützen könnte; zum anderen fokussiert er die Gründungsversuche, die unablässig versuchen, das Soziale mit einem Fundament auszustatten, eine bestimmte Gesellschaft hervorzubringen (vgl. Marchart 2010: 21). Weder die erkenntnistheoretischen Setzungen noch die demokratiethoretischen Folgen einer postfundamentalistischen Position stehen in meiner Studie im Fokus. Vielmehr ist zu erörtern, was die postfundamentalistische Doppelbetonung von Kontingenz und Gründung soziologisch bedeutet. Denn fast jede moderne Sozialtheorie macht die Kontingenz zu ihrem Ausgangspunkt.²⁷

Was den Postfundamentalismus auszeichnet, ist die *Radikalität* seines Kontingenzbegriffes. So wie es Laclau/Mouffe im Anschluss an Derrida (und teils auch Wittgenstein) tun, beleuchten postfundamentalistische Autorinnen alle soziale Gegebenheiten als letztlich immer nur temporär stabilisierte, da sie auf einer prinzipiell unbeherrschbaren Kontingenz basieren. Mit verschiedenen Begriffen – das Ereignis (Badiou), die Politik (Rancière), die Parodie (Butler), der Antagonismus (Laclau/Mouffe) – wird gefragt, wie Konflikte, Ereignisse und Sinnverschiebungen die soziale Wirklichkeit destabilisieren. Das Plädoyer »Die Dinge könnten immer auch anders sein!« hält der Postfundamentalismus in seiner ganzen Konsequenz hoch.

Und dann fragt der Postfundamentalismus, wie sich eine Ordnung auf der Grundlage von Kontingenz bilden konnte. Er fragt, mit Fernando Chávez Solca und Andrés Daín (2017: 13) gesagt: Welche Möglichkeitsbedingungen liegen sozialen Tatsachen zu Grunde?

26 Was wäre da erst über Lateinamerika zu sagen, wo die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umbrüche seit Jahrzehnten zur gesellschaftlichen Normalität gehören. Es ist in diesem Sinne bemerkenswert, dass im Laufe der vergangenen Dekade die Diskussion über postfundamentalistische Ansätze in Lateinamerika eine besonders starke Konjunktur bekommen hat (exemplarisch: Groppo 2011, Solca/Daín 2017, Graeff et al. 2019).

27 Mehr noch, die Etablierung der Soziologie als Wissenschaft wäre undenkbar ohne jenes krisenzeichnete Kontingenzbewusstsein, das die frühmodernen Gesellschaften auszeichnete (vgl. Ritzer 2002: 3–54). Zu den populären zeitgenössischen Ansätzen, die den Kontingenzbegriff stark machen, zählen der Sozialkonstruktivismus von Berger/Luckmann, die Systemtheorie von Niklas Luhmann oder die Strukturierungstheorie von Anthony Giddens.

Das eigentliche Spezifikum ist hier nicht, dass das Soziale als Konstruktion erscheint, sondern dass es als machtgeladene Konstruktion in den Blick rückt. Postfundamentalisten eignen sich gleichsam den archäologischen Blick Foucaults (1981: 21) an, um zu fragen, »wie sich die Zwänge haben bilden können«, welche die prinzipielle Offenheit des Sozialen ein- und beschränken. So interessiert den Postfundamentalismus das »Machiavell'sche Moment« (Marchart 2010: 135) bei der Konstitution von Gesellschaft. So gesehen, ist die Bildung sozialer Ordnung stets politisch gezeichnet, geht sie doch einher mit asymmetrischen Machtverhältnissen und Gesellschaftsentwürfen, die immer mehr Menschen betreffen als diejenigen, von denen aus sie sich anfangs artikulierten.

Die eigentliche postfundamentalistische Pointe besteht folglich darin, das Moment der prinzipiellen Kontingenz und das der machtgeladenen Ordnungsbildung zu *einer Bewegung* zu verdichten. Aus dieser Perspektive verflüssigt sich das Soziale nicht, es erscheint als vorläufiges, nur zeitweiliges Ergebnis von Gründungsversuchen. Gleichzeitig jedoch wird das Diktum relativiert, das immer alles andere sein könnte. Kontingenzen könnten prinzipiell überall aufbrechen – doch faktisch stehen selbst in radikalsten Umbruchsphasen niemals alle sozialen Verhältnisse in Frage. Rasch entstehen neue Stabilisierungen, die zu Fall gebrachte Strukturen mit neuen überdecken. Kontingenz bringt Strukturen nicht nur zu Fall, sie bringt sie auch hervor. Was ich mit einer erweiterten Hegemonietheorie anstrebe, die Verquickung der Momente des Sozialen und des Politischen, ja das Zusammendenken der sozialen Reproduktion der Hegemonie mit ihrer politischen Artikulation, deckt sich mit dem, was den Postfundamentalismus auszeichnet: ein Denken von Kontingenz *und* Ordnung.

Diese postfundamentalistische Denkbewegung wird allerdings *nicht nur* in der Hegemonietheorie und den mit ihr verwandten Theorien des Politischen vollzogen. Die gesamte Debatte rund um den Begriff des Postfundamentalismus hat bedingt durch Marcharts Schwerpunktsetzungen bislang jenen Theoriestrang ausgeblendet, der am konsequentesten eine postfundamentalistische Sozialtheorie entworfen hat: die Gender Studies. Seit den 1990er Jahren, und angestoßen durch das Werk *Bodies that matter* (1993) von Judith Butler, hat die Debatte darüber, was Geschlecht als biologische (sex) wie soziale Kategorie (gender) bedeutet, eine äußerst lehrreiche Wendung bekommen. Besonders Andrea Maihofer (1995) denkt die Konstruiertheit von Geschlecht mit seiner Materialität innovativ zusammen. Maihofers Raisonement scheint zunächst klassisch poststrukturalistisch, sie liest den Geschlechtskörper als diskursiv hervorgebrachte Entität (vgl. Maihofer 1995: 81ff.). Doch für Maihofer ist der Körper mehr als ein diskursiver Effekt. Er ist für sie eine umfassende *Existenzweise*, in der sich Materielles (das biologisch-anatomische Geschlecht) und Kulturelles (etwa männliche und weibliche Körperideale) verbinden, um Individuen als »Männer« oder »Frauen« hervorzubringen (ebd.: 106). Diskurse materialisieren sich nicht nur in den Körpern, sie objektivieren sich dort auch. Der Diskurs bringt in und durch die Körper eine neue »Realität« hervor (ebd.: 96). Maihofer beschreibt diese Realität so:

Erst einmal entstanden, ist [...] eine historisch spezifische Eigenlogik und -dynamik »männlichen« oder »weiblichen« Erlebens und Verhaltens gesetzt, die nicht beliebig veränderbar ist, die vielmehr solange existiert, wie dieser Diskurs gesellschaftlich hegemonial ist und soweit, wie er in einem Individuum dominiert. [...] Nicht nur das, was

wir bislang als biologisches Geschlecht verstehen, auch das, was wir gegenwärtig als soziales Geschlecht verstehen, konstituiert eine körperliche Materialität. (Ebd.)

Das Raisonement Maihofers ist deshalb für mein Argument zentral, weil es zeigt, wie der Diskurs im Geschlechtskörper zu etwas *Anderem* wird. Genauer: Ein hegemonialer Geschlechtsdiskurs wird erst dadurch zu einem Diskurs, der soziale Wirklichkeit schafft, indem er über sich selbst hinauswächst, indem er sich niederschlägt »[in] Denk-, Gefühls- und Verhaltenspraxen, körperlichen Sensibilisierungen, sexuellen Praktiken, Gesten, Haltungen, bis zu spezifischen Körperformen« (ebd.: 97). So entsteht eine Wirklichkeit, die weder allein die biologischen Körper noch allein der Diskurs hätten schaffen können, sondern erst durch die Verwobenheit beider Ebenen entsteht – und das gelebte Geschlecht hervorbringt.

Diese Überlegungen führen mitten hinein in die postfundamentalistische Intuition. Die Grundfrage des Postfundamentalismus, die bei den von Marchart und Co. geführten Grundsatzdiskussionen regelmäßig untergeht, haben Geschlechterforscherinnen wie Maihofer voll im Blick: Was heißt es, dass sich auf Grundlage von Kontingenz Ordnung bildet? Sozialtheorien dürfen nicht dabei verharren, die Pendelbewegung zwischen Kontingenz und Ordnung zu benennen, sie müssen diese Bewegung selbst analysieren. Denn das eigentlich Spannende ist, *wie* sich diese Bewegung zwischen ihren Polen vollzieht. Und genau darum bemüht sich Maihofer im Feld der Gender Studies. Der Diskurs bringt eine soziale Wirklichkeit hervor, indem er zum Geschlecht wird, indem er sich als soziale Identität und als biologischer Körper konstituiert. Diese Materialisierung ist an keinem Punkt notwendig, sie folgt einem machtgeladenen, strittigen und auf Hegemonie zielenden Diskurs. Doch zugleich verfestigt sich der Diskurs zur »körperlichen Materialität«, er ist dort, wo er zum Geschlecht wurde, zu einer »gesellschaftlich-kulturellen Existenzweise« geronnen (ebd.: 95). Diese Existenzweise ist ein historisches Produkt, sie ist aber gleichzeitig eine »gelebte historische und seelische Materialität« (ebd.).

Historisch genesen ist für Maihofer nicht nur, wie der Körper wahrgenommen und wie über ihn gesprochen wird, sondern auch, »wie der eigene Körper *erlebt* und *empfunden* wird« (ebd.: 92, H. i. O.). Ob wir als »Männer« oder »Frauen« denken, fühlen oder handeln, welche Sensibilitäten, welchen Habitus und welche Körperformen wir haben, wen wir begehren (wollen) – all diese scheinbar natürlichen Erfahrungen rund um unser Geschlecht sind Ergebnis historischer Prozesse (ebd.: 91ff.). Das heißt nicht, dass Geschlecht als derart historisch entstandene Materialität eine unumstößliche Sedimentierung wäre. Es ist nicht so, dass der bürgerliche Diskurs seit dem 18. Jahrhundert auf eine einzige Geschlechtsexistenz verpflichtet. Wird diese historisch entstandene Materialität ernst genommen und mit Maihofer das Geschlecht als Existenzweise ausgelegt, dann verschwindet die Dimension der Kontingenz nicht, sie bekommt stattdessen in zweifacher Hinsicht eine neue Konkretion.

An erster Stelle legt die Materialität von Geschlecht offen, dass die Unterbrechung der vorherrschenden, binären Geschlechterordnung nicht nur, manchmal nicht einmal vornehmlich, durch den Entwurf einer diskursivierten Alternative geschieht, sondern stets auch körperlich greifen muss. Alternative Geschlechtsentwürfe sind zwingend alternative Existenzweisen von Geschlecht, sie gehen einher mit alternativen körperlichen Empfindungs-, Wahrnehmungs- und Umgangsformen mit sich und mit anderen. Die

etablierte Geschlechterordnung wird erst dort brüchig, wo sie alternative Existenzweisen von Geschlecht hinterfragen, wo sich zugleich alternative Semantiken und alternative Körperlichkeiten herausbilden.

An zweiter Stelle macht das Verständnis von Geschlecht als Existenzweise auf die Dimension der *Historizität* aufmerksam. Bei Laclau/Mouffe schien das Moment des Politischen, die Einrichtung und der Umbruch sozialer Verhältnisse, ein strukturloser Vorgang zu sein, der überall und zu jeder Zeit aufbrechen kann. Der Blick darauf, wie sich die Geschlechterordnung über einen langwierigen Prozess materialisiert, indem sich Wissens- und Praxisformen mit den biologischen Körpern verbinden, relativiert nun diese Strukturlosigkeit. Maihofer bleibt nicht bei der Behauptung stehen, dass der biologische Körper prinzipiell offen für verschiedenste Geschlechtsformen ist, sondern untersucht, wie sich die geltende Geschlechterordnung herausbildet und objektiviert. Jeder Bruch der Geschlechterordnung operiert im Terrain dieser Ordnung. Auch hier brechen Kontingenzen auf, doch sie müssen sich an das Verfestigte anpassen, in einem unebenen Feld wirken. Daraus folgt zum einen, dass Kontingenz durch die verfestigte Ordnung verknüpft wird, und zum anderen, dass eine Ordnung oft erst dort aufbricht, wo eine andere Ordnung entsteht. Diese alternativen Materialitäten müssen ihrerseits in historischen Prozessen entstehen. Die Veränderungspotentiale, die »individuelle[n] Handlungen, Einsprüche oder Widerstände«, innewohnen, bemessen sich, so Maihofer (ebd.: 108), maßgeblich daran, ob sie »Teilstruktureller gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse sind bzw. zu solchen werden oder in diese einmünden«. Pointiert gesprochen: Die Kontingenz muss sich eine Struktur schaffen, um die vorherrschende Struktur zu destabilisieren.

Die Geschichtlichkeit als Mittler zwischen Kontingenz und Ordnung Eine postfundamentalistische Sozialtheorie kann von dem Strang der Gender Studies, den im deutschsprachigen Raum neben Maihofer auch Ulle Jäger, Tomke König oder Gesa Lindemann repräsentieren, lernen. Ihre Begrifflichkeiten, und jene Butlers, spielen für diese Arbeit eine prominente Rolle.²⁸ Eine gendertheoretische Einsicht ist eminent wichtig: Die Spannung von Kontingenz und Ordnungsbildung entfaltet sich als ein historischer Prozess. Verfestigte Strukturen sind immer schon gegeben, sie haben sich in Körpern, Praktiken, Sinnstrukturen, in die gebaute und selbst in die »natürliche« Umwelt eingeschrieben. Jede Ordnung ist eine Sedimentierung. So muss auch die Kontingenz stets durch diese Sedimentierung hindurch operieren, sie muss symbolische Ordnungen, Praxismuster oder Materialitäten aufbrechen, sie anders mobilisieren. Zudem sind die Unbestimmtheiten, die Kontingenzen aufreißen, niemals von Dauer, sondern schließen sich rasch wieder, um verschobene Strukturen zu bilden. In diesem Sinne ist das Leitmotiv einer postfundamentalistischen Sozialtheorie: *Das Soziale ist Geschichte*. Und in dieser Geschichte müssen Begriffe wie Kontingenz oder Ordnung, das Politische oder das Soziale situiert und in

28 Den Begriff der Existenzweise greife ich auf, um zu überlegen, wie die Gegenhegemonie der Empörung subjektivierend wirkt. Wertvolle Einsichten in die Kategorie der Existenzweise generieren auch die Publikationen und Vorträge, die seit Mai 2021 im von Tomke König geleiteten Graduiertenkolleg »Geschlecht als Erfahrung. Konstitution und Transformation gesellschaftlicher Existenzweisen« an der Universität Bielefeld entstehen.

ihrer wahren Tragweite bemessen werden. Die wertvollen Einsichten darüber, »[w]ie das sozial Stabile dynamisch wird und vice versa« (Nonhoff 2008: 277), liegen, so meine Überzeugung, weniger im ahistorischen Feld der politischen Ontologie als vielmehr in dem einer historisch sensitiven Sozialwissenschaft (vgl. auch Opratko 2012: 70f.). Die postfundamentalistischen Intuitionen müssen, so mein Credo, in ein operatives Begriffsrepertoire verwandelt werden, das eine feinfühlige empirische Analyse gestattet – und die empirischen Einsichten auf die Theoriebildung zurückblendet.

Solch ein historisierter Postfundamentalismus wirft einen anderen Blick auf den Begriff des Politischen, er denkt ihn weniger als Abgrund des Sozialen (à la Marchart), sondern eher als unruhigen Teil der Gesellschaft. Das Politische ist zweifelsohne ein Gründungsmoment. Es treibt sozialen Wandel an. Es verändert die Gesellschaft. Aber das Politische ist selbst Teil eines Prozesses, der über es hinausgeht und es umfasst. Die politische Gründung bettet sich in historische Strukturen ein, welche die Gründung regulieren. Marcharts Motto (2013), dass Gesellschaftstheorie ein Komplementärbegriff des Politischen sei (kritisch: Holzinger 2014), lässt sich auch auf den Kopf stellen: Das Politische ist der Komplementärbegriff einer postfundamentalistischen Sozialtheorie. Den emphatischen Begriff des Politischen, den Laclau/Mouffe, und andere Postfundamentalisten mit ihnen, mit so viel Verve verteidigen, kann erst dann seine Wirkmacht entfalten, wenn ihm eine ebenbürtige Theorie des Sozialen zur Seite steht.

Für eine postfundamentalistische Sozialtheorie gleicht die Gesellschaft einer unebenen Topographie, in der sowohl Sedimentierungen als auch Dynamisierungen geschehen. Wollte man das Gesellschaftsdenken solch einer Sozialtheorie auf eine Metapher bringen, so würde sich die vulkanische von Cornelius Castoriadis (1990) anbieten. Die Gesellschaft gliche dann einer zerfurchten *Vulkanlandschaft*, in der sich Unebenheiten und Sedimentierungen bilden und in der immer wieder ein flüssiges Magma ausbricht, das diese Landschaft partiell umgestaltet und ihr ein neues Gepräge verleiht. Ein postfundamentalistischer Blick geht somit mit einem doppelten Schwerpunkt einher: Zum einen betrachtet er die vulkanischen Ausbrüche und fragt, welche tektonischen Verschiebungen sie bewirken (oder nicht bewirken). Zum anderen fragt er, was mit dem Magma geschieht, wenn es abkühlt und gerinnt. Welche Sedimentierungen entstehen? Welche kälteren oder wärmeren Sedimentschichten bilden sich?

Eine der zahlreichen Herausforderungen einer postfundamentalistischen Sozialtheorie sticht besonders hervor. Der Begriff der *Sedimentierung*, den Laclau/Mouffe von Husserl übernehmen, um die befriedete Reproduktion sozialer Verhältnisse zu beschreiben, muss ausgearbeitet werden. Nicht die sozialontologische Reflexion über den Begriff steht dringend im Vordergrund, sondern, mit Silke van Dyk (2012: 202), die »Analyse konkreter Verfestigungen in ›quantitativer‹ wie ›qualitativer‹ Hinsicht, d.h. im Hinblick auf den Grad der Verfestigung/Stabilisierung sowie im Hinblick auf die Bewertung des Fixierten«. Die Aufgabe besteht darin, den ontologisch abwesenden, doch empirisch anwesenden Grund von Gesellschaft zu erkunden und seine Rolle als politischen Möglichkeitsraum zu befragen.

Wer die Sedimentierung und damit das strukturelle Moment der Hegemonie zu erkunden sucht, muss zunächst die Ontologisierung dieses Begriffs bei Laclau/Mouffe zurückweisen. Der Fokus muss, mit Daniel Mullis (2017: 53, H. i. O.) gesagt, darauf liegen »wie diese Sedimentation vonstattengeht, wie Bestehendes *reproduziert* wird und war-

um sich bestimmte hegemoniale Formationen durchsetzen und andere nicht«. Nicht die Frage nach der Verfestigung als solcher, sondern nach den konkreten Prozessen der Verfestigung muss Hegemonietheorie beschäftigen. Die Stabilisierung von Sinnstrukturen, also von Diskurs, verläuft genauso wie deren Infragestellung und Einrichtung als Artikulationspraxis (vgl. Opratko 2018: 144). Gerade dort, wo Antagonismen abklingen und sich entpolitisierte und routinisierte Praktiken ausbreiten, entsteht in einem historischen Prozess eine hegemonial verfasste Ordnung. Die hegemoniale Verfestigung durch Praktiken werde ich noch präziser betrachten (Kap. VI.4), an dieser Stelle ist jedoch bereits auf den Begriff der *Sedimentschichten* aufmerksam zu machen.

Einen wichtigen Hinweis zur Frage, wie sich Hegemonie in der Zeit entfaltet, gibt Joscha Wullweber. Dass in einer Gesellschaft gewisse Bedeutungen und Praktiken verfestigt werden, gehört nach Wullweber genauso zu ihrer historischen *Conditio* wie die Tatsache, dass es umkämpfte Fragen gibt. Man muss sich, so der Autor, Gesellschaft wie das »Schichtmodell eines Sees« vorstellen, in dem sich verhältnismäßig objektivierbare Schichten von anderen abheben, die im Fluss sind, um deren Deutungshoheit und Gestaltungsmacht gerungen wird (Wullweber 2012: 36ff.). In der *longue durée* entsteht dann Gesellschaft als fraglos gegebene Ordnung. Alternativen zu ihr sind zwar theoretisch möglich, jedoch deshalb schwierig, weil der Ist-Zustand für die Gesellschaftsmitglieder einer zweiten Natur gleicht. Für diese geschichtete Sedimentierung bietet die binäre Geschlechterordnung ein gutes Beispiel. Maihofer zeigte, dass es weit schwerer ist, das Heteronormative gesamthaft als Existenzweise – in der sich kulturelle Muster mit der körperlich-somatischen Ebene verbinden – in Frage zu stellen als nur auf einer diskursiv-semiotischen Ebene als Signifikanten. Ähnlich rasoniert Wullweber im Terrain der Ökonomie. Er meint, dass die Finanzkrise seit dem Jahr 2008 zwar sowohl die deregulierte Funktionsform der Finanzmärkte als auch »bestimmte Formen neoliberaler Politik« wie etwa Privatisierungen politisiert habe, dass aber eine tiefere Sedimentschicht von diesen Repolitisierungen nicht betroffen sei: der Kapitalismus als solcher (vgl. ebd.: 38, Wullweber 2019).

Dass die kapitalistische Produktionsform unangefochten blieb, folgt maßgeblich aus der Tatsache, dass diese Produktionsform seit 200 Jahren global vorherrscht, dass der Kreislauf der Kapitalakkumulation zur unhinterfragten Reproduktionsform moderner Gesellschaften avanciert ist. Auf einer abstrakten Ebene wird zwar der Kapitalismus immer wieder in Frage gestellt – seine praktische Infragestellung durch ein alternatives Wirtschaftssystem wäre theoretisch möglich, würde aber solch hohe infrastrukturelle und kulturelle Veränderungen voraussetzen, dass dies (heute) faktisch unmöglich scheint.²⁹ Die Aufmerksamkeit für die *lange Dauer* geht indes gleichzeitig in die andere Richtung. Auch politische Gegenentwürfe müssen sich über lange Zeiträume entfalten,

29 Der Kulturkritiker Mark Fisher spricht diesbezüglich von einem »kapitalistischen Realismus«, den er wie folgt definiert: »[D]as weitverbreitete Gefühl, dass der Kapitalismus nicht nur das einzig gültige politische und ökonomische System darstellt, sondern dass es mittlerweile fast unmöglich geworden ist, sich eine kohärente Alternative dazu überhaupt vorzustellen.« (Fisher 2013: 8)

in verschiedensten sozialen Bereichen sedimentiert werden und zumindest ansatzweise zu einer selbstverständlichen sozialen Realität aufsteigen.³⁰

Man darf jedoch die geologische Metapher der Sedimentschicht nicht verabsolutieren. Eine Ordnung, die historisch entsteht, kann auch historisch fallen – und zwar in sehr kurzer Zeit. Ein postfundamentalistischer Ansatz darf nicht nur Sedimentierungsprozesse würdigen, er muss gleichzeitig ihre *Ereignishaftigkeit* im Blick haben (dazu: Kap. VI.4). Sedimentierte Strukturen werden laufend von kleineren und größeren Ereignissen heimgesucht und in Frage gestellt. Der strukturelle Blick auf Gesellschaft zeigt nicht nur die Tiefendimension hegemonialer Ordnungen auf, sondern auch deren potentielle Brüchigkeit. Gerade die Tatsache, dass die Strukturen der Gesellschaft zusammenhängen, dass die Sedimentschichten nicht schlichtweg parallel verlaufen, sondern oft aufeinander verweisen und sich wechselseitig legitimieren, kann in Krisensituationen zu einem Dominoeffekt der Destabilisierung führen. Anfangs noch lokale Umbrüche können (und tun dies immer wieder) zu großflächigen Umwälzungen führen. William H. Sewell (1996: 844) theoretisiert dies am Beispiel der Französischen Revolution. Dort beschleunigte der Sturm auf die Bastille den gesellschaftlichen Aufruhr: »Because structures are articulated to other structures, initially localized ruptures always have the potential of bringing about a cascading series of further ruptures that will result in structural transformations – that is, changes in cultural schemas, shifts of resources, and the emergence of new modes of power.«

Die Einführung in die Grundintuitionen einer postfundamentalistischen Sozialtheorie kann hier abbrechen. Meine Axiome sollten deutlich geworden sein. Die Pendelbewegung zwischen Kontingenz und Ordnung ist unauflösbar. Sie muss als historische Bewegung in den Blick geraten, in deren Zuge sich vorherrschende wie periphere Diskurse verfestigen und zur fraglos gelebten Gesellschaft werden. Ob es um Geschlecht als Existenzweise oder die kapitalistische Produktionsform geht – in mikro- wie makrologischer Hinsicht rekonstruiert eine postfundamentalistische Analyse zugleich *Sedimentierungen* und *Neuordnungsversuche*, ohne eine der beiden Dimensionen zu verabsolutieren und unter steter Würdigung ihrer möglichen Hybridisierungen. Diesen holistischen Blick werde ich theoretisch und besonders empirisch einzulösen versuchen. Zuvor aber soll eine kurze Spurensuche darlegen, wie der Vordenker der Hegemonietheorie, Antonio Gramsci, auch die Weiterentwicklung dieses Ansatzes inspirieren kann.

2.2 Gramscis Spuren: Hegemonie als Kultur

Eine postfundamentalistische Perspektive muss über Laclau/Mouffe hinausgehen. Bevor die vorliegende Arbeit dies empirisch und systematisch vollzieht, gehe ich im Sinne einer knappen Spurenlese auf Antonio Gramsci als den Autor ein, der die erweiterte Hegemonietheorie, auf die ich abziele, als historischen Bezugsautor informiert. Von

30 Das prägnante Beispiel dafür ist im deutschsprachigen Raum die Frage der Ökologie und ihre derzeitige Artikulation als ein relativ mehrheitsfähiger Commonsense. Dabei gilt: Die Artikulation einer »grünen Ideologie« reaktiviert Sedimente anderer Diskurse, um sie in den eigenen Diskurs einzufügen (vgl. Stavrakakis 1997: 261f.).

ihm behaupten Laclau/Mouffe zwar, dass er »ihr Klassiker«, ihr zentraler Bezugsautor sei. Tatsächlich aber löst des Autorenpaars das Potential von Gramscis Verständnis der Hegemonie *nicht* ein. Die Hegemonie hat für Gramsci zwei Seiten: Einerseits ist jedes hegemoniale Verhältnis fluide, umkämpft und umkehrbar. Keine Hegemonie ist für immer stabil, sondern steht immer wieder in Frage, wird als ein Herrschaftsverhältnis mit gegenhegemonialen Entwürfen konfrontiert. Laclau/Mouffe verharren tendenziell, wie gezeigt, bei dieser Konflikthaftigkeit, sie betonen, dass Konflikte soziale Verhältnisse immer wieder repolitisieren und umwälzen können. Doch Hegemonie ist auch das Moment, das ist ihre zweite Seite, in dem sich Macht stabilisiert, in dem sich eine Ordnung als *die* soziale Ordnung reproduziert.

Bei Laclau/Mouffe gerät diese strukturelle Seite der Hegemonie aus dem Blick. Um sich zu vergegenwärtigen, was Hegemonie noch alles heißen könnte, bietet Gramsci einen anderen Ansatzpunkt. Für ihn ist jede erfolgreiche Hegemonie eine *angepassene Kultur*. Die vorherrschende Ordnung äußert sich in der Nomenklatur der Straßen, in der Architektur, in routinisierten Praktiken und Dialekten, in der Funktionslogik von Institutionen (Schule, Verwaltung, Unternehmen usw.). Hegemonien sind buchstäblich »Volksreligionen« oder, wie Mouffe es in ihrer Rezeption Gramscis definiert (1979: 193), »zementierte Weltanschauungen«.

Im Folgenden gehe ich kursorisch auf verschiedene Themenkomplexe ein, die bei Gramsci auftauchen und die meine erweiterte Hegemonietheorie aufgreift. Dabei sei klargestellt, dass ich eine kulturalistische Lesart Gramscis tätige, wie sie seit den späten 1960er Jahren als unorthodoxe Erneuerung marxistischer Theoriebildung vorgebracht worden ist.³¹ Wenn ich Gramsci als Denker des Kulturellen deute, dann möchte ich damit seine klassenreduktionischen und ökonomistischen Züge nicht leugnen, aber in den Hintergrund stellen.³²

Das Kulturelle kommt für Gramsci einem zutiefst zerfurchten Kräftefeld gleich. Die sittliche Kohäsion, die sich in dieser Sphäre bildet, geht aus der Vorrangstellung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen hervor. Das Moment des Kulturellen ist immer politisch aufgeladen, es offenbart sich als »politisches Regime«, als »Regierung« (Gramsci 2012: 1853). Die Hegemonie eines Kollektivs geht einher mit einer organischen Ideologie, die sich im Sinne eines assimilierten »kulturellen Klimas« aufdrängt und ihre Macht als »spontanen Konsens« ausübt (ebd.: 1335). Auf diese Weise bemüht sich Gramsci, die beiden klassischen Bedeutungslinien von Ideologie und Kultur zusammenzudenken und sie als Teil eines Phänomenbereichs zu deuten.³³ Dem Autor zufolge kann eine Ideologie

31 Dazu muss bemerkt werden, dass Gramscis Schriften alles andere als ein geschlossenes Theoriegebäude darstellen. Gramscianische Konzepte lassen sich auf vielfache, oft widersprüchliche Weise für verschiedenste theoretische Ziele sowie politische Ideologien instrumentalisieren (vgl. Borstel 2008: 24f., Davidson 2008).

32 Zu einer materialistischen Gramsci-Lektüre exemplarisch: Anderson (1976, 2018) und Opratko (2018).

33 Einerseits bezeichnet der Ideologiebegriff in der marxistischen Tradition herkömmlicherweise ein falsches Bewusstsein, das die gesamtgesellschaftliche Vormachtstellung einer partikularen Gruppe ausdrückt (vgl. Tellmann 2008: 111). Andererseits steht der Kulturbegriff in der tradierten alltagssprachlichen und theoretischen Verwendung für unpolitische Lebensformen, Weltanschauungen und inkorporierte Praktiken, die das Gesellschaftsleben friedlich durchziehen, es von in-

nur bestehen, wenn sie als soziale Realität gelebt wird. Doch diese Kultur ist kein Ensemble unpolitisch gegebener Sinnbestände, sondern beinhaltet stets ideologische Gehalte, welche die Weltanschauung einer Gruppe (oder einer Gruppenkoalition) in der Gesellschaft widerspiegeln. Gramscis Verklammerung des Kulturellen mit dem Ideologischen bringt der Begriff der »organischen Ideologie« prägnant auf den Punkt (Gramsci 2012: 876, auch Mouffe 1979: 186f.). Die Ideologie wird damit zur umfassenden Weltauffassung, »die sich implizit in der Kunst, im Recht, in der ökonomischen Aktivität, in allen individuellen und kollektiven Lebensäußerungen manifestiert« (Gramsci 2012: 1380).

Wenn Gramsci über die Ideologie spricht, dann tut er es immer in diesem organischen Sinne. Die organische Ideologie ist die Kraft, die die Zivilgesellschaft zusammenhält und für die festungshafte Robustheit dieser kulturellen Sphäre sorgt. Sie ist der »innerste Zement« der Zivilgesellschaft (ebd.: 1313). Um dies genauer zu entschlüsseln, bietet sich ein konzeptueller Dreischritt an. Zunächst fokussiere ich unter dem Stichwort des *senso comune*, wie organische Ideologien in der Gesellschaft diffundieren und sich verhärteten, dann betrachte ich die materiellen Apparate (Presse, Kirche, Parteien etc.), die als ideologische Produzenten fungieren, und schließlich gehe ich auf die artikulierende Kraft der Intellektuellen ein.

Der Begriff des *senso comune* (Alltagsverstand) gehört wohl deshalb zu den berühmtesten Kategorien Gramscis, weil er die Verbindungslinien zwischen dem Kulturellen und dem Ideologischen besonders deutlich zutage fördert (vgl. Kebir 1986: 74f., Marchart 2008: 80). Der Alltagsverstand beschreibt, wie sich Ideologien als inkorporierte Praktiken und Anschauungsweisen reproduzieren. Die Fragen darüber, welche Belletristik vorherrscht, welche Brauchtümer den populären Klassen aneignen oder welche Märchen besonders verbreitet sind (vgl. Gramsci 2012: 823), führen ins Herz der Wirkungsweise der Ideologie. Diese Einschreibung versteht Gramsci nicht monolithisch, sondern als komplexe Ablagerung:

Der Alltagverstand ist keine einheitliche, in Raum und Zeit identische Auffassung: er ist die »Folklore« der Philosophie, und wie die Folklore bietet er sich in unzähligen Formen dar: sein grundlegender Charakter ist es, eine auseinanderfallende, inkohärente, inkonsequente Weltauffassung zu sein. (Ebd.: 1039)³⁴

Folgt man dem Zitat, dann macht der Alltagsverstand die Stabilität der Ideologie deutlich. Er zeigt aber auch, dass sich Ideologien diskontinuierlich und graduell verfestigen. Im Alltagsverstand lassen sich verschiedene historische Schichten unterscheiden,

nen prägen und als Traditionen von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden (vgl. Hall 1980: 63).

- 34 Sabine Kebirs Interpretation zufolge (1986: 77f.) zieht Gramsci eine bloß graduelle Unterscheidung zwischen der Hochkultur und der Populärkultur. Ist die Philosophie am hochkulturellen Pol, so steht der Alltagsverstand am populärkulturellen Ende (»die Folklore der Philosophie«). Diese Unterscheidung zwischen dem Hoch- und dem Populärkulturellen muss ihrerseits in ihrer ideologisch-politischen Dimension gelesen werden. Die Philosophie steht für die ausformulierte und homogene Seite der Ideologie, der Alltagsverstand weist auf ihre Ablagerung und Verbreitung in der Gesellschaft (vgl. Gramsci 2012: 528). In Abwandlung der marxischen Begriffe: Die Philosophie fungiert als ideeller Überbau der Ideologie, der Alltagsverstand gibt ihre organische Basis ab.

von denen Gramsci (ebd.: 2216f.) – mit klar normativen Begriffen³⁵ – als »fossilisierte« und »reaktionäre« oder »schöpferische« und »fortschrittliche« ideologische Ablagerungen spricht. Sein prominentes Beispiel für die historische Gerinnung der Ideologie ist die Religion, insbesondere der Katholizismus. Aus Gramscis Sicht zeichnet sich das Italien seiner Zeit durch tiefe soziopolitische Spannungen und kulturelle Ungleichzeitigkeiten aus. Während in Norditalien Industrialisierung und gesellschaftliche Modernisierung um sich greifen, lebt der ländliche Süden, der sogenannte *Mezzogiorno*, weiter in einer fast noch feudalen Welt. Die Vormachtstellung der katholischen Kirche spielt buchstäblich die Rolle einer »Volksreligion« (ebd.: 2216), die ökonomischen und politischen Transformationsversuchen widersteht. Kraft des täglichen Kirchgangs, der regelmäßigen Beichte, religiös definierten Jenseitsvorstellungen oder Märchenerzählungen wird der Katholizismus zum »zähen« Alltagsverstand (ebd.). Die gramscianische Pointe dieser »Versteinerung« lautet, dass der zum Alltagsverstand gewordene religiöse Glaube auch nach dem Niedergang der katholischen Ideologie wirksam bleibt – als politische Überzeugung, kulturelles Ritual oder tradierter Aberglaube (ebd.: 1408).

Trotz dieser Verhärtung wohnt dem *senso comune* eine grundsätzliche Dynamik inne. »Der Alltagsverstand ist nichts Erstarrtes und Unbewegliches, sondern verändert sich fortwährend« (ebd.: 2180). Beispielhaft hierfür ist Gramscis Beschreibung der Entwicklung der fordistischen Produktionsweise in den Vereinigten Staaten. Begünstigt durch das Fehlen traditionell-ständischer Ideologien entsteht ein spezifisch moderner Alltagsverstand (vgl. ebd.: 133). Der Begriff des Alltagsverstandes ist folglich deskriptiv offen angelegt. Er kann traditionell oder modern sein, konservativ oder progressiv. Der Commonsense einer Bäuerin oder Proletarierin unterscheidet sich grundsätzlich von dem eines Priesters oder Bourgeois. Differieren die Schichten des Alltagsverstandes nach ihrem Maß an Tradition (d.h. Festigkeit) oder Progressivität (d.h. Veränderbarkeit), so tun sie dies ebenso je nach der sozialen Klasse, in der sie sich festsetzen. Ein und dieselbe Ideologie kann zum unumstößlichen Alltagsverstand einer Klasse werden, während sie von einer anderen rasch abgeworfen wird oder gar nicht erst fruchtet. Auf diese Weise fordert Gramsci zur konkreten Analyse davon auf, wie »Ideen in bestimmten historischen Situationen die Menschenmassen organisieren und das Terrain formen, auf dem die Menschen in Bewegung geraten« (Hall 1984: 116).

Gleichwohl blieb die Frage offen, wie der Alltagsverstand zu einer solchen Stabilität kommt. Was stellt den *senso comune* auf Dauer? Dafür verantwortlich sind maßgeblich Institutionen. Sie versteht Gramsci (2012: 373) als »die materielle Organisation, die darauf gerichtet ist, die theoretische oder ideologische ›Front‹ zu bewahren, zu verteidigen und zu entfalten«. Diese materielle Organisation konstituiert sich als ein Gefüge von vor allem kulturellen Institutionen, das von der Presse über Bibliotheken, Schulen, Vereine, Debattierzirkel, Klubs und Salons bis zum Kirchwesen reicht; es betrifft aber ebenso die Gestaltung »[der] städtische[n] Architektur, die Anlage der Straßen und die Namen derselben« (ebd.: 374).

35 Derartige Unterscheidungen offenbaren, dass Gramsci ein dezidiert politischer Denker war, der soziale Verhältnisse strategisch im Hinblick auf sozialistisch-kommunistische Transformationsmöglichkeiten analysierte.

Diese Institutionen stehen in dem Maße in Gramscis Fokus, als sie bestimmte Vormachstellungen sichern. Presse, Schule, Kirche usw. fungieren als ideologische Reproduktionsvehikel. Dass im Italien des frühen 20. Jahrhunderts die Ideologie des Katholizismus eine derartige Verbreitung findet, hängt nach Gramsci maßgeblich damit zusammen, dass sie ein enormes Ensemble von Organisationen geschaffen oder okkupiert hat. Die katholische Erziehung in der Volkshochschule, die Existenz einer Kirche in jedem Dorf oder die religiöse Prägung der Krankenhäuser stabilisieren die Herrschaft des Katholizismus (vgl. ebd.: 854).

Sind Institutionen allerdings einmal ins Leben gerufen, dann werden sie zu einem Kampffeld, um dessen ideologische Besetzung gerungen wird. So zeichnet Gramsci nach, wie im Bildungswesen innerhalb der verschiedenen Schul- und Universitätstypen zwei Weltanschauungen rivalisieren: die bürgerlich-moderne einerseits und der Katholizismus andererseits (vgl. ebd.: 535). Dem gleichen Zweck dienen die Typologien, die er von Zeitschriften nach ihren jeweiligen inhaltlichen Ausrichtungen erstellt (vgl. ebd.: 86, 162f.). Ähnlich ausgerichtet ist das Plädoyer, die institutionellen Formen zu studieren, die im Zuge neuer historischer Entwicklungen entstanden sind – etwa die jakobinischen Klubs der Französischen Revolution (vgl. ebd.: 118). Kurzum: Um zu verstehen, wie Ideologien zu gelebten Kulturen verfestigen und wie ideologische Kämpfe ausgefochten werden, sind die daran beteiligten Institutionen zu sezieren.

Hegemonie reproduziert sich, indem Alltagsverstand und Institutionen in einem strukturierenden Prozess zusammenwirken. Durch den langjährigen Schulbesuch, den regelmäßigen Kirchgang oder die geflissentliche Zeitungslektüre entfaltet sich die, poststrukturalistisch gewendet, subjektivierende Kraft einer organischen Ideologie.³⁶ Wenn Journalistinnen Artikel verfassen, Priester in ihren Dorfgemeinden regelmäßig Messen abhalten, Lehrerinnen ihre Schüler erziehen oder Parteikader ihre politisierende Tätigkeit entfalten, dann verwandelt sich eine bestimmte Ordnung zur allseits inkorporierten Wirklichkeit.

Die Artikulation und Reproduktion der Hegemonie wird nach Gramsci größtenteils von Intellektuellen vorangetrieben. Sie definiert er als die Schicht, »die auf die begriffliche und philosophische Ausarbeitung spezialisiert [ist]« (ebd.: 1385). Der Kategorie der Intellektuellen wird somit eine strikt soziologische Deutung gegeben. All jene Menschen, die organisierende Funktionen ausüben, müssen als Intellektuelle gelten (ebd.: 1975). Mit diesem weiten Intellektuellenbegriff – er umfasst neben Lehrerinnen, Geistlichen oder Universitätsprofessorinnen auch Techniker, Ökonominnen, Beamte, Partei- und Gewerkschaftskader oder gehobene Militärränge – betont Gramsci, dass jede gesellschaftlich relevante intellektuelle Tätigkeit eine aktive Ideologieproduktion beinhaltet. Zum einen arbeitet die intellektuelle Tätigkeit durch die Institutionen, durch Presse, Schulen, Kirchen etc. Sie alle bilden die Plattformen, von denen aus die intellektuelle Tätigkeit ideologische Gehalte ausformuliert, homogenisiert und verbrei-

36 Mouffe hebt hervor, dass Gramsci bereits eine protostrukturalistische Position einnimmt, die Louis Althusser dann ausbaut (vgl. Mouffe 1979: 199). Gramsci lese das Bewusstsein des Einzelnen als Effekt eines »system of ideological relations into which the individual is inserted. Thus, it is ideology which creates subjects« (ebd.: 187).

tet. Zum anderen passt sich die intellektuelle Tätigkeit im engen Sinne aktiv an den Alltagsverstand an, wirkt auf ihn ein und bringt ihn auf eine spezifische Weise hervor.

An Gramscis Beschreibung der hegemonialen Führungsfunktion der Intellektuellen ist für die hiesigen Zwecke interessant, dass sie oft entpolitisiert geschieht. Die Einbindung, mehr noch, die subalterne Entmündigung der Bauernschaft geschieht mittels eines subtilen Assimilationsprozesses, bei dem die berufliche Vermittlung (des Notars, der Rechtsanwältin, der Ärztin usw.) nicht von der politisch-ideologischen Einwirkung zu trennen ist (vgl. Gramsci 1980: 205). In diesem Sinne sind traditionelle Intellektuelle stets organische Intellektuelle. Sie erfüllen in dem Maße eine strukturelle Funktion, als sie die populären Klassen kontinuierlich in gewisse Ideologien einbinden, organisch auf ihren Alltagsverstand einwirken und Institutionen kreieren, in denen sich bestimmte Ideologien reproduzieren (vgl. Holz 1982: 22). Für Gramsci (2012: 1390) ergibt die intellektuelle Tätigkeit eine »Politik des Kulturellen«, sie bringt Hegemonie als einen scheinbar vorpolitischen Sinnhorizont hervor.

Die Ausführungen münden in Gramscis schillernder Kategorie des *historischen Blocks*. Er benennt mit dem historischen Block, wie die, seinen Worten nach (ebd.: 1045), vornehmlich ideologische Superstruktur, die bisher beschrieben wurden, nicht ein kulturelles Epiphänomen bleibt, sondern mit der ökonomischen Struktur eine »Einheit« bildet, die Gesellschaft hervorbringt. *Senso comune*, institutionelle Apparate und die subjektivierende intellektuelle Tätigkeit sind Prozessen der materiellen Reproduktion nicht entgegengesetzt, sie sind mit ihnen verwoben. Das Organisch-Werden einer Ideologie gewährleistet, dass eine bestimmte ökonomische Produktionsform als normativ wünschbare Ordnung erscheint. Die Stabilisierung geht in beide Richtungen: Die »materiellen Kräfte« (= die Ökonomie) bekommen erst durch die Ideologie ihre »Form«, die Ideologie avanciert erst durch diese materiellen Kräfte zur verfestigten Kultur (ebd.: 867f.).

Gramscis Hinweis, dass der historische Block erst in der Wechselwirkung ökonomischer »Strukturen« und ideologisch-kultureller »Superstrukturen« entsteht, ist für einen postfundamentalistischen Ansatz wichtig. Wer historische Blöcke als Machtkonfigurationen ernst nimmt, beschränkt die Wirkung der Hegemonie nicht auf einen sozialen Bereich, sondern betrachtet, wie sie querschnittartig wirkt, von der Zivilgesellschaft über das politische System, das Rechtssystem bis hin zur Ökonomie. Ähnlich wie dies die Gender Studies mit dem Verständnis von Geschlecht als Existenzweise unterstrichen, schreiben sich hegemoniale Projekte in die Sozialstruktur ein, sie werden buchstäblich zu Sozialstruktur.

Damit öffnet sich Hegemonietheorie für einen eingebetteten Blick auf ökonomische Prozesse, der den Kreislauf der Akkumulation von Kapital sowie der Mobilisierung des Faktors Arbeitskraft nicht als das Außen des Diskursiven betrachtet, sondern als kulturell überformte Vorgänge. Auch der Kapitalismus beruht, so Luc Boltanski und Ève Chiappello (2006: 162f.), auf einem »Wertsystem«, das ihm seine Legitimationsgrundlage verleiht. Das Autorenpaar pointiert es wie folgt:

We insist on the fact that the spirit of capitalism, far from being a simple adornment or »superstructure« (as Marxist ideology would have it), is central to the process of capitalist accumulation that it serves because it applies constraints to this process. If one

were to take these explanations to their logical conclusion, then not all profit would be legitimate, nor all enrichment fair, nor all accumulation (however significant and rapid) legal. Actors' internalisation of a *particular* spirit of capitalism thus serves in the real world as a constraint on the process of accumulation. (Ebd. 2006: 163, Hervorheb. C. L.)

Nun greift diese Studie weder systematisch die Rechtfertigungstheorie von Boltanski/Chiapello auf, noch dreht sie sich explizit um den Geist des (spanischen) Kapitalismus. Und dennoch ist der Hinweis wichtig, dass Hegemonie keineswegs ein luftiger Begriff ist, der als ein diskursives Konstrukt von der Gesellschaft enthoben bleibt. Im Gegenteil, Gramscis Hegemoniebegriff unterstreicht, dass die Gesellschaft als Ganzes durch Artikulationspraktiken hervorgebracht wird. Die umkämpfte Konstitution des Sozialen betrifft prinzipiell alle soziale Bereiche und prägt deren Funktionslogik auch dort, wo diese scheinbar völlig entpolitisiert scheint. Selbst scheinbar objektive sozioökonomische Tatsachen wie Arbeit, Klasse, Technik sind mit Gramsci (2012: 979) als »historische Tatsachen« zu betrachten – das heißt: auf hegemoniale Operationen zurückzuführen.

Die erweiterte Hegemonietheorie, welche die folgenden Schritte theoretisch skizzieren und dann der Hauptteil empirisch entfaltet, wird einen ersten Entwurf davon präsentieren, wie sich Gramscis Verständnis von Hegemonie als Kultur in ein zeitgemäßes postfundamentalistisches Forschungsprogramm überführen ließe. Von Gramsci kann dieses Programm lernen, dass Hegemonie erst dort erfasst wird, wo sie in ihrer Tiefen- wie Breitenwirkung erforscht wird. Hegemonieanalyse wird erst dann stichhaltig, wenn sie sich als Gesellschaftsanalyse aufstellt. Das Leitmotiv ihrer Forschung lautet:

Es handelt sich um einen molekularen, äußerst feinen Prozess, um radikale, in die Verästelungen reichende Analyse, deren Quellenmaterial von einer unbegrenzten Menge von Büchern, Broschüren, Zeitschriften- und Zeitungsartikeln gebildet wird, von mündlichen Gesprächen und Debatten, die sich unendlich oft wiederholen und in ihrem riesigen Ensemble jene Betriebsamkeit darstellen, aus der ein Kollektivwille mit einem gewissen Grad an Homogenität hervorgeht. (Ebd.: 1051)

3 Auf in die Empirie: Operationalisierungspfade

Wir sind auf Glatteis gegangen, wo die Reibung fehlt, also die Bedingungen in gewissem Sinne ideal sind, aber wir eben deshalb auch nicht gehen können. Wir wollen gehen; dann brauchen wir die Reibung. Zurück auf den rauen Boden!
(Wittgenstein 1984: §107)

Die dekonstruktive Einführung in Laclau/Mouffe; die Verortung in einer postfundamentalistischen Sozialontologie, die zwischen Kontingenz und Ordnung oszilliert; schließlich die Reaktivierung von Gramscis Begriff von Hegemonie als Kultur – dies ist der dreifache Ausgangspunkt, von dem aus ich nun jene Operationalisierungspfade vorstelle, die

in die empirische Auseinandersetzung führen werden. Diese Analysepfade rekurren zwar streng genommen auf die Konzepte, die erst Kapitel VI entwickelt. Meine analytische Grundausrichtung wird aber bereits an dieser Stelle deutlich. Mehr noch, durch die Vorschaltung von Fragen der Operationalisierung vor der (umfänglichen) Systematisierung soll sich zeigen: Entlang der Empirie müssen Konzepte erst erarbeitet, verfeinert und revidiert werden. Für diese Studie ist die Empirie *nicht* nur das Terrain, in dem sie die Schlagkraft ihrer Konzepte unter Beweis stellt. Die empirische Analyse gilt mir als ein *rough ground* im Sinne Wittgensteins, der im besten Fall die Theoriebildung auf eine neue Erkenntnisstufe hebt.

Diese Studie zeichnet folglich aus, dass sie das Verhältnis von Theorie und Empirie als »Dialektik von qualitativer Forschung und soziologischer Theoriebildung« versteht (Kalthoff 2008: 8). Die von mir entwickelten Begriffe basieren auf konzeptuellen Vorarbeiten (vgl. Lluís 2013, auch Lluís 2011), sie lassen sich aber vor allem durch die empirische Auseinandersetzung selbst informieren. Die vier empirischen Kapitel sowie das Abschlusskapitel VII stellen ebenfalls theoretische und methodologische Überlegungen an, welche die Gedanken des hiesigen Kapitels vertiefen und dann ihrerseits vom »zweiten Theoriekapitel« (VI) reflektiert werden. Mein Vorhaben ist das einer zugleich erweiterten und empirisch *eingebetteten* Hegemonietheorie.

Grundsätzlich gehe ich von einem holistischen Analyseprogramm aus, das im dreifachen Sinne als diskursanalytische, praxeologische und historische Operationalisierung antritt. Dabei setze ich nicht auf eine »one size fits all-Methodologie« (Denninger et al. 2014: 49, H. i. O.). Stattdessen strebe ich einen Mittelweg an, der die Gratwanderung zwischen konzeptuellem Systemisierungsanspruch und der Verwobenheit mit seinem Gegenstand unternimmt. Diese Studie steht somit vor einer doppelten Herausforderung. Die erste besteht darin, die Tendenz zur »Metaphorisierung« (Bachmann-Medick 2010: 27) in Schach zu halten. Es soll nicht dazu kommen, dass das aus dem Gegenstand herausgelesen wird, was die Analysekatégorien nahelegen. Vielmehr werde ich mich regelmäßig von der Empirie überraschen und durch sie auf die blinden Flecken der Analyse aufmerksam machen lassen. Die zweite Herausforderung ist, die empirische Analyse so durchzuführen, dass die Fruchtbarkeit *einer* Theorie, jener von Laclau/Mouffe, zutage tritt, dass aber zugleich ihre systematische poststrukturalistische Erweiterung als ein erkenntnisfördernder, geradezu empirisch gebotener Schritt erscheint.

Eine erweiterte Hegemonietheorie muss sich auf verschiedenen Analyseebenen bewegen. Sie kann auf der Mikro-Ebene die Wiederholung und performative Wirkung von Praktiken rekonstruieren. Sie kann auf der Meso-Ebene untersuchen, wie sich Praktiken, Zeichen und Infrastrukturen rund um konkrete Institutionen artikulieren. Und sie kann den Aufstieg und die Veränderung hegemonialer Ordnungen auf der Makro-Ebene nachzeichnen. Auf all diesen Ebenen wird sich tatsächlich meine Studie bewegen – und dabei deren Kontinuitäten und wechselseitige Resonanzen unterstreichen. Diese Kontinuitäten darf man jedoch, so ist (nicht nur) gegen Laclau/Mouffe einzuwenden, nicht voraussetzen. Vielmehr ist dafür aufmerksam zu bleiben, *wie* Kontinuitäten zwischen Mikro-, Meso- und Makro-Ebene entstehen, wie es aber auch zu Diskontinuitäten und Brüchen zwischen diesen Ebenen kommt. Einer meiner impliziten methodischen Leitfäden richtet sich auf das, was Isabela Fairclough und Norman Fairclough (2012: 83) »re-contextualisations« nennen, also die parallele Diffusion spezifischer Diskurse in der Ge-

samtgesellschaft und die Aneignung dieser Diskurse in konkreten Kontexten. Mir geht es in anderen Worten darum, die diskontinuierliche Kontinuität gewisser hegemonialer Formationen aufzuzeigen. Die von mir untersuchten Wandlungsprozesse in Spanien verlaufen querschnittartig, sie äußern sich als makrologische wie als mikrologische Verschiebungen, sie geschehen von der Ebene der politischen Repräsentation bis hin zur Neuformierung kleinteiliger Protestpraktiken.

Dem holistischen Theorierahmen entspricht eine holistische Analyse. Ihre kleinste Einheit heißt: *die Praxis*. Die nie im Singular, sondern stets im Plural auftretenden Praktiken bewegen sich in einer grundsätzlichen Spannung zwischen Sinnaufladung und Sinnlichkeit. In meiner Leseart ist jede Praxis *diskursiv*, sie partizipiert als strukturierte und strukturierende Praxis an der Produktion von Sinnstrukturen, die zwar über jede einzelne Praxis hinausgehen, letztlich aber durch nichts anderes als durch Praktiken produziert, verstetigt und verändert werden. Aus der Zentralstellung der Praxis folgt die Zentralstellung des Diskurses, den ich als relativ stabilisiertes System von Zeichen und Bedeutungen deute. Diskurse, präziser, Diskursgefüge sind gleichsam die von Praktiken abstrahierten Sinnstrukturen. In meiner Leseart ist jedoch auch jede Praxis eine *verkörperte* Praxis, sie bleibt an menschliche Körper gebunden und materialisiert sich in Artefakten. Wo diese Verkörperung stark gemacht wird, da verschwindet die diskursive Aufladung nicht, doch sie verändert ihre Gestalt. Sie erscheint dann nicht mehr als ein entrücktes System von Aussagen wie beim frühen Foucault, sondern als ein Ensemble impliziter und angeeigneter Wissensbestände wie bei Reckwitz. Im Zeichen einer sowohl diskursivierten als auch verkörperten Praxis wird diese Untersuchung zwischen Diskursanalyse und Praxeologie navigieren. Mit dem Begriff der *Artikulationspraxis* sowie, hiermit verflochten, dem des Diskursgefüges, des Passagenpunktes und der Fokussierung werde ich die »konträren Fundierungsstrategien« (Reckwitz 2008b: 191), die gemeinhin diskursanalytische von praxeologischen Zugängen trennen, zu überbrücken versuchen.

Die Ambition meiner Untersuchung erhöht sich dadurch, dass die Praxis nicht nur in ihrer Spannung zwischen ihrer Diskursförmigkeit und ihrer verkörperten und materialisierten Praxisförmigkeit untersucht wird, sondern auch als eine Bewegung *in der Zeit*. Dezidiert verfolge ich im Geiste einer postfundamentalistischen Perspektive eine historisierte Analyse. Sie zeichnet nach, wie Praktiken in historischen Prozessen stabilisieren und letztlich zu sozialer Ordnung kumulieren. Diese historische Perspektive dynamisiert das Verhältnis zwischen den Dimensionen von Diskurs und Praxis, erlaubt sie es doch offenzulegen, wie sich beide Dimensionen dynamisch stabilisieren und destabilisieren. Zugleich aber zielt diese historische Perspektive auf die Freilegung dessen, was ich als Sedimentierungsprozesse verstehe. Erst der Fokus auf »diskursive Tiefenstrukturen« (Diaz-Bohne 2010: 431) macht verständlich, wie Praktiken durch Sinnmuster fixiert werden und wie soziale Ordnung durch Artikulationen entsteht.

Die vorliegende Studie pendelt zwischen den drei Analyseebenen des Diskurses, der Praxis und der Historizität. Jede dieser Ebenen, und vor allem die ersten beiden, bedürfen je eigentümlicher Zugangsformen, Analysebegriffe und Datengrundlagen. Die folgenden Schritte gehen der Reihe nach auf jeden dieser Operationalisierungspfade ein, umreißen deren Spezifika und erläutern das jeweils dazugehörige empirische Material. Zunächst wende ich mich dem zu, was ich den tradierten Pfad einer politischen Diskursanalyse nenne. Tradiert ist dieser Pfad deshalb, weil er sich eher eng an den bereits

getätigten Hegemonieanalysen im Sinne von Laclau/Mouffe orientiert (Kap. I.3.a). Der zweite, neue Pfad, der mir als praxeologische Untersuchung gilt, stellt dar, wie ich über eine *Diskursanalyse von unten* sowie eine ethnographische Untersuchung Praktiken in ihrer impliziten, verkörperten und materialisierten Dimension aufschlüssele (Kap. I.3.b). Der dritte, reaktivierte Pfad ist schließlich der einer historischen Rekonstruktion. Hier mache ich deutlich, wie meine Studie zur verzeitlichten Erforschung des postfranquistischen Spaniens sowie der ab 2011 durch die Indignados angestoßenen Wandlungsprozesse avanciert (Kap. I.3.c). Diese drei Pfade laufen nicht auseinander, sondern konvergieren rund um ein einheitliches Forschungsprogramm, die empirische Analyse der hegemonialen Ordnungsstiftung.

3.1 Der tradierte Pfad: politische Diskursanalyse

Ein Zeichen ist die Korrelation eines Signifikanten mit einer Einheit (oder einer Hierarchie von Einheiten), die wir als Signifikat definieren. In diesem Sinn ist das Zeichen immer semiotisch autonom gegenüber den Gegenständen, auf die es bezogen werden kann.
(Eco 1977: 167)

Diese Untersuchung erweist sich zu weiten Teilen als Analyse der Zeichen im von Umberto Eco konzipierten Sinn. Das Fallbeispiel Spanien und die Proteste der spanischen Indignados werden auch durch die Analyse jener Zeichen entschlüsselt, die sowohl die hegemonialen als auch die gegenhegemonialen Praktiken strukturieren. Wichtige Signifikanten wie »Empörung«, »Volk« oder »Souveränität« erlangen ihre Wirksamkeit, indem sie durch Praktiken mit gewissen Bedeutungen (Signifikaten) versehen werden. Diese Bedeutungsaufloadungen werden dann weiter artikuliert, wodurch sie sich in der Gesellschaft verankern und in dieser ausbreiten. Die Zeichen der Empörung bleiben nicht Zeichen einer eingrenzbaren Protestbewegung. Sie werden in Spanien zu einem gewissen Grad zu Gesellschaft, avancieren zur verhältnismäßig kohärenten und zumindest zeitweilig mehrheitsfähigen Gegenhegemonie.

Um diese forschungsleitende Hypothese zu bekräftigen, ist eine Analyse der Zeichen der Empörung unabdingbar. Die drei großen Operationalisierungspfade (Diskursanalyse, Praxisanalyse, historische Untersuchung), die in den vier empirischen Kapiteln in verschiedenen Gewichtungen zur Geltung kommen und sich dort je unterschiedlich vermengen, schlüsseln die Zeichen der Empörung aus drei verschiedenen Perspektiven auf. Sicherlich am evidentesten ist allerdings die Zeichenanalyse für den ersten, hier vorzustellenden Analysepfad: die politische Diskursanalyse. Im ersten Teil des Kapitels III, »Mai 2011. Ausbruch der Empörung«, im Hauptteil des Kapitels V, »Podemos, Partei der Empörung«, sowie, in historisierter Manier, im Kapitel II, »Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung«, lanciere ich eine Diskursanalyse, die Artikulationspraktiken ähnlich verfolgt wie klassischerweise in der Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe nahegelegt. Größere Beschreibungen wie auch Feinanalysen ergeben eine

Diskursanalyse, die politische Artikulationspraktiken mittels eines dreifachen Fokus rekonstruiert. Die Universalisierung bestimmter Signifikanten, die Bildung von Äquivalenzketten sowie das Ziehen antagonistischer Grenzen stehen im Zentrum.

Dieser Pfad tätigt eine Operationalisierung von Laclau/Mouffe, der sich in systematischer Hinsicht weit enger an ihrem Ansatz orientiert als die beiden anderen Pfade. Die eigentliche Weiterentwicklung der Hegemonietheorie geschieht in diesem Pfad weniger grundbegrifflich als auf der Ebene der Umsetzung. Die Aufgabe, die Hegemonietheorie zu entformalisieren, lässt sich auf der Ebene der politischen Diskursanalyse *operativ* angehen. Die Absage an die strukturalistische Annahme einer »Logik«, die den Diskursbewegungen angeblich zugrunde liegt und, demgegenüber, das Plädoyer für einen starken Praxisbegriff, muss methodisch umgesetzt werden. Die Entformalisierung muss in die Analyseform Eingang finden. Daraus folgt nicht eine strukturlöse Analyse. Im Gegenteil, der Topos der Entformalisierung und das Primat der Praxis lassen sich durch ein feinanalytisches Verfahren überzeugend einlösen. Dieses Verfahren negiert nicht übergreifende theoretische Konzepte, es bezieht sie aber dynamisch auf die empirische Auseinandersetzung.

Marius Hildebrand (2017: 138ff.) hat klar die Herausforderung benannt, der sich Hegemonieanalysen nach Laclau/Mouffe stellen müssen. Dem Autor zufolge besteht bis heute eine *Lücke* zwischen der abstrakten Theoriebildung und ihrer empirischen Operationalisierung. Hegemonietheoretische Begrifflichkeiten wie leerer Signifikant, Antagonismus oder Äquivalenzkette werden zu oft wie »Etiketten den Diskursfragmenten« aufgeklebt (ebd.: 138), womit der Forschungsgegenstand zum »Beweis für die Validität des Begriffsinstrumentariums« verkommt. Die empirische Analyse droht nach Hildebrand in vielen Hegemonieanalysen ein illustratives Anhängsel einer übermächtigen Theorie zu bleiben. Um der Doppelgefahr von Übertheoretisierung und Unteroperationalisierung zu begegnen und die Lücke zwischen Theorie und Empirie zu schließen, schlägt der Autor »intermediäre Analysebegriffe [vor], die eine Beschreibung der diskursiv perpetuierten *Regeln* [erlauben], die äquivalentielle, differentielle, antagonistische oder repräsentative Relationen herstellen und stabilisieren« (ebd.: 139, H. i. O.). Diese Begriffe mittlerer Reichweite entwickelt Hildebrand induktiv. Im Geiste der *Grounded Theory* gewinnt er seine Konzepte schrittweise durch die Analyse und im Rekurs auf die Analyseinstrumente der Kritischen Diskursanalyse. So entsteht ein Analyserahmen, der die hegemonietheoretischen Grundbegriffe mit spezifischen diskursiven Praktiken, Topoi und Argumentationsmustern sowie Realisierungsformen verknüpft (ebd.: 140–145).

Hildebrands Kritik an der starr theoriefixierten Anwendung von Laclau/Mouffe übernehme ich genauso wie das Plädoyer für eine induktive Entwicklung der Analysekategorien. Die theoretischen Konzepte müssen an das empirische Material zurückgebunden bleiben. Um die Theorie mit der Empirie zu vermitteln, schlage ich allerdings einen anderen Weg als Hildebrand ein. Die Erschließung des Textkorpus erfolgt bei mir weniger im Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse als in der Anwendung des integrativen Basisverfahrens von Jan Kruse (2015). Kruses vornehmlich, doch nicht nur für die qualitative Interviewforschung ausgelegter Ansatz bietet ein bislang für Diskursanalysen unausgeschöpftes Potential. Ähnlich wie dies Kruse explizit betont, scheint mir, dass Diskurstheorien ein »notwendiges Korrektiv« zum »Subjekt- sowie mikroanalytischen Bias« bieten können, von dem die klassische rekonstruktive

Sozialforschung meist heimgesucht wird (ebd.: 510f.). Diskurstheorie macht darauf aufmerksam, wie diskursive Praktiken zu strukturellen Mustern sedimentieren. Sie fragt, wie in den analysierten Dokumenten Sinn durch übergreifende Artikulationspraktiken generiert, fixiert und verbreitet wird. Auf der anderen Seite aber kann eine feinanalytische Auswertung, wie sie Kruse vorschlägt, mit der Tendenz zum Strukturdeterminismus brechen, die der Hegemonietheorie traditionellerweise innewohnt. Kurzum: Eine feinanalytische Untersuchung im Sinne Kruses kann den performativen Eigensinn von Artikulationspraktiken zur Geltung bringen, ohne ihre Strukturalität, ihre grundlegende Regelmäßigkeiten zu negieren.

Das qualitative Verfahren: eine sequentielle Feinanalyse Eine politische Diskursanalyse tätigt eine klare theoretische Setzung. Die Definition von politischen Artikulationen dient ihr als Leitfaden, um in die Analyse zu steigen. Politische Artikulationen sind, so sei erinnert, Praktiken des Veränderns, Verkoppelns und Fixierens von Sinn, in deren Zuge konflikthafte Grenzziehungen gezogen werden und eine Tendenz zum Majoritär-Werden, also eine Mehrheitsorientierung, vorherrscht (dazu: Kap. VI.2). Diese Definition versammelt denn auch die vier Grundbegriffe der Differenz, der Äquivalenz, des Antagonismus und der Repräsentation, die Hegemonieanalysen ins Zentrum stellen (vgl. Nonhoff 2005: 17, Marttila 2016: 129, Hildebrand 2017: 140). Dieser Begriff der politischen Artikulation und mit ihm Differenz, Äquivalenz, Antagonismus und Repräsentation spielen die Rolle von *sensitizing concepts*. Sie leiten die Diskursanalyse an, ohne die Auseinandersetzung mit den je spezifischen Dokumenten zu prädestinieren.³⁷ Es gilt die Maxime der *Grounded Theory*, dass die Kategorie der politischen Artikulation als analytischer Scheinwerfer operiert, der manche Aspekte von Praktiken erhellt, andere aber (gezwungenermaßen) im Dunkeln lässt (vgl. Brown 2006: 14). So ist die politische Artikulation kein deduktiver, sondern ein abduktiver Ausgangspunkt. Dieser Artikulationstyp leitet als Hypothese die Analyse an. Zugleich aber lässt sich die empirische Rekonstruktion auf einen »erkenntnistheoretischen Spieltrieb« (Kruse 2015: 144) ein, der diesen Ausgangspunkt ergänzt und dezentriert.

Die Rückkopplung der Kategorie der politischen Artikulation an das konkrete Dokument muss sich in einer Feinanalyse beweisen, die ich im Anschluss an Kruse sequentiell durchführe. Der erste Schritt dieser sequentiellen Feinanalyse besteht in dem, was Kruse (ebd.: 477) als Segmentierung bezeichnet. Nach wiederholter Lektüre wird jedes Schlüsseldokument der Analyse in Sinnabschnitte (»Sequenzen«) unterteilt und diese Abschnitte mit thematischen Überschriften versehen, welche die Abschnitte in funktionaler (etwa: »Einleitung«, »Höhepunkt«, »Ende«) oder inhaltlicher Hinsicht (»Forderung a«, »Forderung b«, »Kritik an x«) zusammenfassen. Die Segmentierungsphase schafft ein erstes Verständnis des Dokuments.³⁸

37 Ich gebrauche den Begriff des Dokumentes analog zur Kategorie des Diskursfragmentes nach Jäger (2012). Das Dokument ist ein Text oder Textteil, der ein bestimmtes Thema behandelt und sich zu umfassenderen Diskurssträngen verbindet und an umfassenderen Diskursgefügen partizipiert.

38 In dieser Hinsicht erweist sich die Lektüre der Dokumente bereits als eine Analyse vor der Analyse. Zuweilen kam es dazu, dass im Lichte des fortschreitenden Forschungsprozesses zunächst getroffene Dokumenten- oder Passagenauswahlen ergänzt oder sogar ganz verworfen wurden.

Auf dieser Grundlage entfaltet sich der zweite Schritt, die *offene Feinanalyse* von Sinnabschnitten. Im Falle kürzerer Dokumente werden alle Sinnabschnitte dieser Analyse unterzogen, bei längeren wird eine Analyse der besonders relevant scheinenden Abschnitte vorgenommen. Unter Einhaltung des Prinzips der Verlangsamung, also des Auseinanderziehens des Prozesses der Beschreibung sprachlich-kommunikativer Phänomene und deren Interpretation (vgl. Kruse 2011: 175), werden Dokumente entlang zweier oder, wo möglich, dreier Aufmerksamkeitsebenen analysiert. Im Falle reiner Texte orientiere ich mich an den beiden sprachlichen Aufmerksamkeitsebenen der Syntax und Semantik. Wo wie bei Videoaufnahmen oder teilnehmenden Beobachtungen Praktiken in ihrer Verkörperung rekonstruierbar werden, da ziehe ich noch die dritte Aufmerksamkeitsebene, die der Pragmatik, also den kontext- und interaktionsgebundenen Gebrauch von Bedeutung hinzu. Dieser Schritt wird allerdings die pragmatische Ebene nur streifen. Der praxeologische Pfad geht darauf dann ausführlich ein.

Die Aufmerksamkeitsebene der Syntax konzentriert sich zunächst auf die sprachlich-grammatikalischen Auszeichnungsmerkmale der Dokumente, beispielsweise die Verwendung von Pronomina, Negationen, Passivkonstruktionen, reflexiven Verbkonstruktionen, Einschüben oder Reformulierungen (vgl. ebd.: 165). Es gibt nach Kruse (2015: 472) auf dieser syntaktischen Aufmerksamkeitsebene keine »Füllwörter, bedeutungslose[n] Wiederholungen oder grammatikalische[n] Fehler. Denn diese syntaktischen Aufmerksamkeitsebenen sind ebenfalls Ausdrücke von dahinterliegenden symbolisch vorstrukturierten Sinnfiguren.« Der wiederholte Einsatz des Personalpronomens »wir« etwa offenbart, wie eine *Agency* (s.u.) entsteht, mit der ein Kollektiv im Text als handlungsfähig, proaktiv und machtvoll profiliert wird.

Die semantische Aufmerksamkeitsebene bewegt sich am nächsten an den einschlägigen Operationalisierungen von Laclau/Mouffe. Sie konzentriert sich auf die Besonderheiten der Wortwahl, auf rhetorische Tropen (Metaphern, Allegorien, Hyperbeln, Synekdochen etc.) sowie auf konkrete Versprachlichungsmodi, etwa den Gebrauch von Alltags- oder Fachsprache (vgl. Kruse 2011: 310). Es wird sich zeigen, dass in der Analyse von Dokumenten immer wieder gewisse semantische Muster auftauchen, welche die soziale Wirklichkeit durch die Brille eines bestimmten Deutungsrahmens verstehen. Mal werden seitens der hegemonialen Ordnung vornehmlich Begriffe gebraucht, die aus dem Feld der freien Marktwirtschaft stammen (»Wachstum«, »Flexibilität«, »Sparsamkeit«), um die Sphäre der Ökonomie in entpolitisierte Weise zu interpretieren. Demgegenüber wird seitens der Gegenhegemonie der Empörung eine politische Semantik auf das Terrain der Ökonomie angewendet, die ökonomische Frage an Fragen des Gemeinwohls und der Sozialstaatlichkeit zurückbindet.

Zwei methodische Prinzipien bestimmen diese syntaktische, semantische und – hier nur ansatzweise – pragmatische Feinanalyse. Das erste besteht darin, die *Prozesshaftigkeit* der Analyse einzuhalten und nicht vorschnell auf die Regeln zu schließen, welche die Dokumente strukturieren. Zwar wird die Diskursanalyse durch sensibilisierende Konzepte angeleitet. Im Grundsatz aber bleibt sie ergebnisoffen, sie konzentriert sich darauf, auf welche Weise welche diskursive Praktiken in den Dokumenten auftauchen. Was in den Dokumenten erscheint, ist wichtig. Doch genauso relevant ist, *wie* es genannt wird, wie gewisse metaphorische Wahlen getroffen werden, sich grammatikalische Ausdrucksstrukturen konstituieren oder Selbst- und Fremdpositionierungen getroffen wer-

den (vgl. Kruse 2015: 473f.). Das zweite methodische Prinzip ist auch eines der Darstellung. Keine Aufmerksamkeitsebene steht allein. Sie werden parallel verfolgt. Semantik, Syntax und, wo analysierbar, Pragmatik bedingen sich, sie lassen sich in einem Dokument nicht »isoliert herauschneiden« (ebd.: 474). Wenn etwa in kurzen Ausrufesätzen eine Metapher wie »Nieder mit der Diktatur der Troika!« wiederholt wird, dann muss in der Analyse beides, der Ausruf und die Metapher, gewürdigt werden. Hierbei ist immer wieder konkret zu entscheiden, welche Aufmerksamkeitsebene stärker in den Fokus rückt: Der Ausruf (syntaktische Ebene) als Ausdruck von Wut oder die Metapher »Diktatur der Troika« (semantische Ebene) als Ausdruck des Ressentiments gegen den international forcierten Austeritätskurs?

Der dritte Schritt nach der Segmentierung und der mikrosprachlichen Feinanalyse besteht in der Rekonstruktion der *Regeln*, welche die Dokumente strukturieren. Die mit Wittgenstein konzipierten Regelmäßigkeiten von diskursiven Praktiken lese ich analog zu dem, was Kruse (2011: 177) als zentrales Motiv bezeichnet. Dieses ist ein »ein konsistentes Bündel« sprachlicher Wahlen, Argumentationsstrukturen oder Selbst- und Fremdpositionierungen, die ein Dokument prägen. Die Regeln von diskursiven Praktiken wirken in meiner Leseart über das konkrete Textstück *hinaus*, sie geben Auskunft über sinnstrukturelle Zusammenhänge, die zahlreiche Dokumente prägen. Die Regeln eines Textes sind Strukturierungsprinzipien von Praktiken – und legen die Merkmale von Diskursgefügen offen. Eine deutliche Regel ergibt sich so erst aus der vergleichenden Diskussion verschiedener Dokumente. Derartige Zusammenführungen nimmt die Darstellungsform der Gesamtschau explizit vor, sie geschehen aber schon bei der Auswahl der Einzeldokumente. Jede Feinanalyse nimmt eine Stellvertreterfunktion ein. Jedes analysierte Dokument erhellt die übergreifenden Diskursstrukturen, an denen es teilnimmt. Dies ist ein hermeneutischer Zirkel: Die Begründung, warum ich auf einen spezifischen Text zurückgreife und ihn zentral stelle, erfolgt im Verlauf des Forschungsprozesses (vgl. Kruse 2015: 249). Damit folge ich der Logik eines *theoretical sampling*, das zwischen Dokumentenerhebung und Analyse changiert, bis es schließlich gewisse Schlüsseldokumente selektiert.

Die Gründe, die dazu führten, ein Dokument zum zentralen Fragment des Diskurses zu bestimmen, werden in der Regel vor dessen Analyse kurz vorgestellt. Dennoch bleibt die Auswahl eines Dokuments (vor anderen) eine forschungsstrategische Entscheidung. Diese Entscheidung lässt sich anfechten, willkürlich ist sie aber nicht. Ich mache Sampling und Analysestrategie transparent und intersubjektiv nachvollziehbar, indem ich mich um das bemühe, was Kruse (ebd.: 634–638) die *Argumentativität* der Ergebnisdarstellung nennt. Vornehmlich folgt die Darstellung einem induktiven Plot, der mit dichten Beschreibungen und schwachen, also textnahen Interpretationen der Dokumente arbeitet. Dies soll zeigen, dass die Deutungen dem Material nicht aufgezwängt werden, sondern aus ihm erwachsen. Eine derart feinanalytische Arbeitsweise ist freilich nicht durchgängig einhaltbar. Deshalb wird sie mit gröberen Beschreibungen komplettiert, welche die zentralen Analyseergebnisse synthetisieren. Hierfür ist ein deduktiver Darstellungsmodus angebracht. Er beginnt mit dem übergeordneten Ergebnis der Analyse, entfaltet dieses Ergebnis dann in argumentativen Teilschritten und belegt diese mit Beispielen und Zitaten (vgl. ebd.: 638).

Beide Darstellungsmodi, der feinanalytische und der grobanalytische, ergeben eine holistische Perspektive. Im Zuge der Untersuchung werden Begriffe mittlerer Reichweite wie verdichtender Passagenpunkt, diskursive Beziehungen der Äquivalenz, der Repräsentation und des Antagonismus, des anwesend-abwesenden Signifikanten oder die Kategorie der politischen *Agency*³⁹ verdeutlichen, wie sich diese Feinanalyse zurückbinden lässt an übergeordnete Kategorien, etwa die der politischen Artikulation. Diese Begriffe mittlerer Reichweite werden darlegen, wie die Analyse durch eine erweiterte Hegemonietheorie informiert wird und wie zugleich die empirische Rekonstruktion die *sensitizing concepts* schärft, teils sogar neu ausrichtet.

Das Dokumentenkörper Der diskursanalytische Operationalisierungspfad legt seinen Fokus auf diskursivierte *politische* Artikulationspraktiken. Entsprechend fällt die Dokumentenauswahl aus. Rund um Ereignisse, die mir für meinen zentralen Untersuchungszeitraum 2011 bis 2016 besonders relevant scheinen, wählte ich Dokumente aus den politischen Dokumenten der Rede, des Manifests, des Positionspapiers, des Forderungskataloges und des Wahlprogrammes aus. Diese Textsorten sind persuasiv und argumentativ geprägt, sie zielen darauf, die Adressatinnen zu überzeugen (vgl. Klein 2011: 291). Die Mehrheitsorientierung der hegemonialen Artikulation äußert sich folglich auch auf der Textebene. Die ausgewählten Dokumente suchen neue Gruppen für die eigene Position zu gewinnen, die eigene Anhängerschaft zu bestärken und die Gegner zu verunsichern (vgl. ebd.). Die Selektion der Dokumente bezweckt, den Diskurs im Prozess seiner Artikulation zu rekonstruieren und greift direkt auf die Dokumente zurück, welche die Indignados und später die linkspopulistische Partei Podemos produzierten. Die analysierten Texte zeichnet aus, dass sie nicht nur sekundär am Diskurs partizipieren (etwa als Pressebericht), sondern diesen als Primärdokumente hervorbringen (vgl. ebd.: 290). Parallel dazu ziehe ich immer wieder Dokumente heran, die exemplarisch die Responsivität des hegemonialen Diskurses vis-à-vis der neuen Gegenhegemonie veranschaulichen, vor allem durch den Verweis auf publizistische Interventionen und Äußerungen von Politikerinnen. Diese Konfrontation zwischen Hegemonie und Gegenhegemonie rekonstruiere ich mit zugespitzten Vereinfachungen, welche die Polarisierung beider Lager unterstreichen und Mittlerpositionen tendenziell ausblenden.

Die Analyse wird ergänzt durch politische Kurztexte wie Slogans (etwa: *No nos representan!*), Twitter-Nachrichten (etwa: »Die Politik darf nicht professionell, sondern volkstümlich sein.«) oder Parteinaamen (etwa: Podemos). Diese Kurztexte erfüllen eine klärende Funktion, sie legen diskursive Verdichtungspunkte offen, die dann weiterführende Dokumentenanalysen erhärten. Abschließend sei betont, dass die Zusammensetzung des Textkorporus qualitativen Kriterien folgt. Da ich auf eine computergestützte Datenauswertung verzichte, arbeite ich im ersten Teil von Kapitel III, »Mai 2011. Ausbruch der Empörung«, mit einer Gesamtzahl von circa 30 Dokumenten, wovon ich sieben einer

39 Den Begriff der *Agency* gebrauche ich im Sinne von Kruse (vgl. 2015: 492–497) als die Summe »der sprachlich-kommunikativen Konstruktionen, mit denen in [...] Texten Sprach- und Wirkmächtigkeit hergestellt wird« (ebd.: 494). *Agency* wird auf diese Weise zum Synonym für die Herstellung einer ermächtigten Form der Subjektivität.

Feinanalyse unterziehe, und in Kap. V, »Podemos, Partei der Empörung«, mit circa 40 Dokumenten, wovon zehn feinanalytisch untersucht werden. Das spezielle Korpus für Kapitel II, »Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung«, wird unten erläutert (Kap. I.3.c).

3.2 Der neue Pfad: praxeologische Untersuchung

Der erste Operationalisierungspfad bleibt nah an Laclau/Mouffe. Er fokussiert einerseits die Praxis als diskursive Praxis, als Zeichen, und dreht sich andererseits um die politische, genauer: die hegemoniale Aufladung dieser Praxis. Meine antiformalistische Stoßrichtung äußert sich hierbei darin, wie ich die Hegemonietheorie operationalisiere, nämlich mit einer sequentiellen, offenbleibenden Feinanalyse. Um die *systematische* Einlösung dieser Entformalisierung im Zeichen der Praxis bemüht sich jetzt der zweite Operationalisierungspfad. Er orientiert sich an einem Praxisbegriff, der sich in der Definition von Reckwitz (2008a: 192) widerspiegelt: »Praktiken sind sinnhaft regulierte Körperbewegungen, die von einem entsprechenden, impliziten, inkorporiertem Wissen abhängen.« Entscheidend ist hier an erster Stelle der sinnliche Charakter der Praxis, ihr verkörperter, in Raum und Zeit situierter Vollzug und zweitens ihre Regulierung durch implizite Sinnmuster. Über das Reckwitz-Zitat hinausgehend hebt mein Verständnis von Praktiken deren Charakter als eine Koaktivität hervor, die sich gemeinsam mit anderen (als soziale Interaktion) und mit anderem (als Artefaktgebrauch) vollzieht.

Diese Praxisdefinition bewegt sich in der Tradition der Praxeologie. Sie erfordert eine grundsätzlich neue »Fundierungsstrategie« (ebd.: 191). Während der erste Pfad Praktiken von ihrer diskursiven Seite her betrachtete, geht es nun darum, Praktiken in ihrer »Doppelstruktur als materiale Körperbewegungen *und* als implizite Sinnstruktur« (ebd.: 196, H. i. O.) zu würdigen. Dies ist eine methodisch komplexe Aufgabe. Sie verlangt die Analyse von unmittelbar der Beobachtung zugänglichen Körpern und Dingen *und* die Rekonstruktion eines impliziten Wissens, das sich nur indirekt erschließen lässt (vgl. ebd.). Eine praxeologische Untersuchung ist weder ein absoluter Gegenspieler der Diskursanalyse noch kapriziert sie sich auf mikrologische Praktiken in kleinteiligen Kontexten. Meine Praxisanalyse gründet Sinnstrukturen in verkörperten Verhaltensweisen, legt aber zugleich dar, wie diese Verhaltensweisen auf – implizite wie explizite – Sinnstrukturen verweisen. Das Forschungsprogramm meiner Praxisanalyse ist dementsprechend das Programm einer umfassenden Diskursanalyse im Sinne Wittgensteins. Sie setzt breit an, um Diskurse »in sprachlicher als auch nichtsprachlicher Interaktion zu finden und daher in einem ›bunten‹ Datenkorpus aus historischen Quellen, Printmedien, Feldprotokollen oder Lebensgeschichten zu suchen« (Wundrak 2013: 274).

Diese Studie folgt der Dimension der Praxis mit zwei komplementären Analysestrategien. Die erste besteht in dem, was ich als Diskursanalyse von unten bezeichne, die zweite tritt als Ethnographie an. Beide Analysestrategien sind herausfordernd, bleiben doch die Berührungspunkte zwischen praxeologischer und diskursanalytischer Forschung bis heute rar – und im Feld der Hegemonietheorie (meist) wenig mehr als konzeptuelles Versprechen. Beide Analysestrategien stelle ich nun samt ihres Materials vor. Sie sind, soviel sei vorausgeschickt, pionierhafte Unternehmungen, die

weitergehender Systematisierungen und kritischer Überarbeitungen bedürfen, ja diese regelrecht einfordern.

Analysestrategie 1: Diskursanalyse von unten Eine sogenannte Diskursanalyse von unten lanciere ich in Kap. III.3, »Empörung auf dem Platz, Diskurs in der Praxis«, und in Kap. V.5, »Populismus als demokratische Praxis«. Meine Aufmerksamkeit gilt hier zum einen der Versammlung der Indignados auf der Plaça Catalunya in Barcelona Mitte 2011 und zum anderen zwei Basisgruppen der Partei Podemos von 2014 bis 2016. Ich rekonstruiere die Artikulationspraktiken, die in diesen Kollektiven geschahen, durch den Rückgriff auf die diskursanalytisch bislang so gut wie überhaupt nicht berücksichtigte Textsorte des Verlaufsprotokolls. Diese Textsorte besitzt die eigentümliche Eigenschaft, dass sie zwar durchaus auch ein öffentlich ausgerichtetes Dokument ist, das die Gruppen frei verfügbar ins Netz stellten.⁴⁰ Zur gleichen Zeit aber sind Protokolle anders als Reden, Manifeste oder Forderungskataloge kaum strategisch (d.h. argumentativ und persuasiv) ausgerichtet. Vielmehr wird dort versucht, möglichst akkurat die Wortbeiträge, Debatten und Entscheidungen, also: die Praktiken, in den Versammlungen zu rekonstruieren. Das heißt nicht, dass Protokolle frei von expliziten Wertungen oder impliziten normativen Konnotationen wären. Wenn etwa in einem 13-seitigen Protokoll kommentarlos ein einziger Satz fettgeschrieben wird, so etwa: **»Der Bewegung fehlt die Aktion«** (AcampadaSol, 26.5.2011), dann wird damit bewusst offengelassen, ob diese Hervorhebung dem Relevanzsystem der Protokollantinnen oder der Mehrheitsmeinung der Versammlung, vielleicht sogar einer Entscheidung, geschuldet ist.

Die Protokolle reproduzieren meist detailliert den Verlauf der Versammlungen. Sie geben Debatten wie Beschlüsse wieder und tragen die Ergebnisse einzelner Arbeitsgruppen zusammen. *La comisión* (die Kommission), so wird bei den Indignados meist die Untergruppe bezeichnet, die in den Versammlungen – egal ob diese aus wenigen dutzend oder aus tausenden Teilnehmerinnen bestehen –, operative Entscheidungen fällt. Dementsprechend sind in den Protokollen die Aktionen, Bitten und (interne wie externe) Forderungen der Kommissionen wichtig. Ein typischer Protokollauschnitt sieht wie folgt aus:

VERSAMMLUNG HORTA-GUINARDÓ DIENSTAG 7. JUNI

* Bevor die Kommissionen beginnen, wird vorgeschlagen, über die nächste Woche und über die territoriale Begrenzung der Versammlungen nachzudenken, die im Carmelo [einem Quartier Barcelonas] geschah. Wie wirkt sich das auf die Reichweite unserer Aktionen aus?

KOMMISSION VON DIFFUSION UND KOMMUNIKATION

* Es wurde vorgeschlagen, die Website zu reorganisieren. Dort werden Protokolle, Dateien mit Emailadresse etc. hochgeladen (ein Format/Programm?). Auch Facebook und Twitter aufrechterhalten. ANGENOMMEN

40 Auf die Protokolle der Indignados auf der Plaça Catalunya griff ich im Frühling 2016 zu. Bereits ein Jahr später waren sie aufgrund der Deaktivierung der Websites nicht mehr frei zugänglich (dazu: Quellenverzeichnis).

* Es wurde vorgeschlagen, einen Kurs zu machen, um denjenigen das neue Programm (N-1) beizubringen, die es benötigen.

* Dass die Verteilung von Plakaten und Flugblättern nicht nur auf die Kommission für Diffusion beschränkt bleibt, sondern wir uns alle [todas] einbringen. [...] (Horta-Guinardó, 7.6.2011)⁴¹

Bereits dieser kurze Auszug verdeutlicht, dass derartige Verlaufsprotokolle zwar oft eine gebrochene Form aufweisen und viel Kontextwissen voraussetzen, dass sie aber ebenfalls sehr verschiedene Themen und Fragen offenlegen. Gegenüber dem in Forderungskatalogen und Manifesten vermittelten Eindruck, dass die Indignados ein homogener, handlungsfähiger Akteur sind, erscheinen sie in den Protokollen als ein komplexes und widersprüchliches Kollektiv. Ein Kollektiv, das sich genauso stark mit internen Debatten wie mit öffentlichen Aktionen beschäftigt. Schon allein das zitierte Fragment stellt Fragen zur territorialen Organisation der Protestbewegung im Raum Barcelona, der Umgestaltung der Website, der Schulung mit neuen Programmen oder zur internen Aufforderung, dass sich alle Versammlungsteilnehmer an Plakat- und Flyerverteilungen beteiligen sollten. Manche Themen werden als offene Fragen oder Debattenpunkte festgehalten, über andere (aktualisierte Website) wird abgestimmt. Die Protokolle sind also nicht mit der Praxis der Versammlung gleichbedeutend, aber sie dokumentieren diese Praxis sehr prägnant – und erlauben eine *Diskursanalyse von unten*.

Solch eine Diskursanalyse von unten setzt anders an als eine politische Diskursanalyse. Wo letztere den Begriff der politischen Artikulation (und dort enthaltene Konzepte von Differenz, Äquivalenz, Antagonismus und Repräsentation) als analytischen Scheinwerfer gebraucht, um deduktiv in die Auswertung der Dokumente zu treten, geht eine Analyse von Verlaufsprotokollen induktiver vor. Die Natur der Dokumente als textuelle Echokammer der Versammlungspraxis zwingt zu einer so offenen wie voraussetzungsarmen Rekonstruktion. Das *sensitizing concept*, das solch eine Bottom-up-Diskursanalyse anleitet, besteht in dem, was ich als *Minimalbegriff* von *Artikulationspraktiken* definiere: Wo Praktiken Elemente koppeln und verschieben, entsteht ein Diskurs als Gefüge von Zeichen, Praktiken, Köpern und Dingen, das Passagenpunkte nach innen verdichtet und nach außen begrenzt (Kap. VI.2). Dieser Minimalbegriff der Artikulation lenkt die Aufmerksamkeit besonders auf jene *Praxis der Selbstorganisation* der Versammlung, die in den Protokollen zentral ist. Sie reicht von der Entfaltung einer digitalen wie materiellen Infrastruktur über die Ausarbeitung von Methodologien zur gleichberechtigten und inklusiven Partizipation an den Deliberationen der Versammlungen bis hin zur Diskussion von Forderungen oder der Festlegung strategischer Handlungslinien. Mal sind sie konflikthafter, mal friedlicher, mal sind sie stark gegen ein antagonistisches Außen gerichtet, mal stärker auf interne Debatten zentriert. Mal richten sie sich stärker auf die

41 Sofern nicht anders vermerkt, habe ich die Übersetzungen der analysierten Dokumente vom Spanischen oder, wie im hiesigen Fall, aus dem Katalanischen ins Deutsche selbst vorgenommen. Gerade im Falle der Protokolle – vor allem in Kap. III.3 und Kap. V.5 – bemühe ich mich um eine Übersetzung, die möglichst nah am Original bleibt. Sie überträgt auch die Umgangssprache, unvollständige Sätze sowie inhaltliche und grammatikalische Redundanzen.

Infragestellung der hegemonialen Ordnung, mal – oft zugleich – konzentrieren sie sich eher auf eine »Politik des Raumes« im Sinne von Benjamin Arditi (Kap. VI.2). Doch all diese Praktiken artikulieren ein Diskursgefüge.

Artikulationspraktiken sind so offen wie möglich zu rekonstruieren. Sowohl ihre zeitliche und räumliche Dynamik als auch ihr Schwanken zwischen Politisierung und Entpolitisierung ist festzuhalten. Artikulationspraktiken sollen in ihrem Vollzug erfahrbar werden. Im Stile von Foucault (1981: 73) strebe ich eine Analyse an, »die sich auf dem Niveau des Diskurses selbst« bewegt, die den Diskurs möglichst sprechen lässt. Um dieses Ideal einzulösen, richtet sich der Fokus darauf, wie sich in den Protokollen gewisse Artikulationspraktiken iterativ wiederholen und sedimentieren. Die klassischen foucaultschen Fragen sind dabei wichtig (ebd.: 75–103): Welche Regelmäßigkeiten der Subjektpositionen, der institutionellen Orte, der Begriffsbildungen oder der Strategien bilden sich heraus? Wie entwickelt sich eine Praxis, die ereignishaft mit dem Campieren von wenigen dutzend Teilnehmerinnen begann, zu einer massiven Protestartikulation, die über Jahre aufrechterhalten wird? Im Sinne meiner konzeptuellen Prämissen blicke ich nicht nur auf die Wiederholung von Praktiken, sondern auch auf die performative Verschiebung von Praxis. In den Protokollen lassen sich immer wieder, durch äußere Ereignisse wie durch interne Machtverschiebungen induziert, Umschlagpunkte ausmachen, bei denen Artikulationspraktiken überraschende neue Wendungen nehmen.⁴²

Die *Materialität* von Artikulationspraktiken tritt dabei deutlich hervor. In den Protokollen äußert sich ein Protest, der sich nicht nur, nicht einmal vornehmlich auf die Artikulation von Forderungen konzentriert. Vielmehr sind Praktiken wichtig, die sich im Terrain der sozialen Reproduktion bewegen (vgl. Sörensen 2018: 248). Kochen, putzen, aufräumen, das Protestcamp aufbauen, funktionsfähig machen und in Stand halten, Versammlungen organisieren, die Diskussionsbeiträge moderieren oder Protokolle erstellen – all diese Praktiken sind genauso zentrale Pfeiler der Versammlungen der Indignados (sowie der Podemos-Basisgruppen) wie die im engeren Sinne politischen Praktiken der Deliberation, der Abstimmung oder des Protestierens. Mehr noch, durch die Perspektive dieser Artikulationspraktiken verwandelt sich der Diskurs von einem Ensemble der Zeichen in ein materialisiertes Gefüge.

An diesem Punkt schlägt eine Diskursanalyse von unten die Brücke zur Dispositivanalyse. Der Fokus richtet sich nicht mehr nur auf das semiotische Moment der Praxis, sondern trianguliert mit Jäger (2012: 113–116) die drei Ebenen von diskursivierten Praktiken, nicht-diskursivierten Praktiken und konkreten »Vergegenständlichungen«. Beispielsweise bilden die Forderungen nach einer Demokratisierung Spaniens (diskursivierte Praxis), die Vorbereitung der Mahlzeiten vor der Versammlung (nicht-diskursivierte Praxis) und das physische Protestcamp samt seiner Zelte, Diskussionsräume und sogar Gemüsebeete (Vergegenständlichungen) gemeinsam das heraus, was ich als Diskursgefüge begreife. Faszinierend an der Analyse der Protokolle der Versammlungen

42 So kommt es bei den Indignados von Barcelona zur Aufspaltung zwischen verschiedenen, direktdemokratischen, reformistischen und aktionistischen Flügeln (dazu: Kap. III.3.b).

ist, dass sich dort ganz im Sinne Jägers (ebd.: 115) die schrittweise Konstitution der drei Ebenen samt ihrer wechselseitigen Verweise nachvollziehen lässt.

Das Zusammenwirken dieser drei Ebenen konzipiere ich jedoch anders als Jäger nicht mit dem Begriff des Dispositivs, sondern mit dem des verdichtenden Passagenpunktes (Kap. VI.2). Letzterer kann pointiert(er) ausdrücken, wie sich Artikulationspraktiken rund um einen Knotenpunkt verdichten und diesen als eine zugleich materielle wie symbolische Entität hervorbringen. Dies verleiht einem Passagenpunkt ein Beharrungsvermögen, das auch, aber eben nicht nur physisch geprägt ist. Passagenpunkte werden materiell eingerichtet, sie wirken aber auch über ihre materielle Auflösung hinaus. Ihre Materialität übersetzt sich auf die symbolische Ebene, wo sie als Knotenpunkte einen Diskurs über (relativ) lange Zeitphasen strukturieren und die Art seiner Praktiken, Forderungen und Kollektivitätsformen bestimmen können. In dieser Studie wird sich die Praxis der Versammlung als solch ein verdichtender Passagenpunkt erweisen. Im Zeitraum von 2011 bis 2016 definieren politische Versammlungen unterschiedlichsten Typs die Gegenhegemonie der Empörung – und verleihen dieser ihr Veränderungspotential.

Letztlich sei das Korpus der Diskursanalyse von unten vorgestellt. Ich analysiere in Kapitel III die Verlaufspunkte der Hauptversammlung der Indignados auf der Plaça Catalunya in Barcelona zwischen seiner Konstitution am 16. Mai 2011 bis zum Ende der Protokollführung am 3. Juni 2011. Insgesamt sind es 18, oft in täglichen Abständen gefertigte Dokumente von sehr unterschiedlicher Länge. Das erste Protokoll beschränkt sich auf einen Absatz, zehn Tage später ist es 15 Seiten lang. Diese 18 Protokolle bilden das Herzstück der Analyse. Zusätzlich ziehe ich circa 20 zusätzliche Protokolle der verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen der Versammlung hinzu sowie weitere Dokumente, die von den Indignados auf der Plaça Catalunya hergestellt wurden. Die Auswertung der Protokolle der beiden Podemos-Basisgruppen in Getafe und Gijón in Kapitel V setzt anders an. Über einen langen Zeitraum, von Anfang 2014 bis Mitte 2016, untersuche ich circa 50 Protokolle mit einem problemzentrierten Fokus auf parteiinterne Organisationsfragen.

Analysestrategie 2: Ethnographie Die zweite praxeologische Operationalisierung einer erweiterten Hegemonietheorie besteht in einer Ethnographie. Zwischen November 2014 und Januar 2016 beobachtete ich im Raum Barcelona je vier Monate lang zwei Empörungengruppen sowie die Plattform der Hypothekbetroffenen (PAH). Diese Ethnographie macht das gesamte Kapitel IV, »Wütende Körper, empörte Praxis«, aus. Dort beschreibe ich auch die Charakteristika meines Feldzuganges und führe in die beobachteten Gruppen ein (Kap. IV.1). Folglich sind hier nur die Maximen und Schwierigkeiten bei der methodischen Umsetzung der ethnographischen Untersuchung zu erörtern. Die Verbindung von Ethnographie und Hegemonietheorie bleibt zwar rar, prinzipiell spricht aber nichts gegen sie (vgl. Howarth 2005: 72).⁴³ Im Gegenteil, die Kombination aus Diskursanalyse und Ethnographie kann im Idealfall die blinden Flecken beider Verfahren reduzieren. Während eine ethnographische Analyse sich um die gelebten, materialisier-

43 Siehe zu Ethnographien mit Laclau/Mouffe: Mullis 2017, Nwankwo 2020 oder teils Blommaerts et al. 2003.

ten und mikrologischen Praktiken dreht, ermöglicht Diskursanalyse eine »multi-sited ethnography« (Marcus 1995), zieht also systematische Verbindungslinien zwischen verschiedenen Kontexten. Der diskursanalytische Fokus auf den expliziten Sinn und makrologische Diskurse und die ethnographische Aufmerksamkeit für verkörperte Praktiken und ihren impliziten Sinn ergänzen sich.

Mein konstruktivistischer Ausgangspunkt gilt auch für die Ethnographie. So etwas wie einen ethnographischen Naturalismus gibt es für mich nicht. Jede Ethnographin entwirft machtgeladene Repräsentationen ihres Gegenstandes. Sie entwickelt Deutungen, die – bestenfalls – die Konstruktionen dekonstruieren und rekonstruieren, die in den von ihr erforschten Feldern vorherrschen (vgl. Gerharz 2017). Wie bei jedem anderen qualitativen Verfahren gilt: Die ethnographische Analyse bringt etwas zum Sprechen, das auch anders sprechen könnte. Der klassische ethnographische Dreischritt von *inscribe*, *transcribe*, *describe* ist in jedem Schritt ein Konstruktionsprozess. Dies gilt erstens für die Erstellung von Feldnotizen während der Beobachtung, zweitens für die Systematisierung der Notizen zu ausführlichen Skripten und, drittens, für die Niederschrift von dichten Beschreibungen in einem kohärenten Fließtext. All diese Praktiken konstituieren den Forschungsgegenstand erst als solchen.

Die drei Notizblöcke, die ich während meiner Beobachtungen füllte, halten genauso Gespräche und Tagesordnungspunkte fest wie Gesprächsdynamiken, Gefühlsausbrüche oder implizite »Atmosphären«, die andere Forscher zweifelsohne anders wahrgenommen hätten. Die ausführlichen Skripte (für jede Gruppe circa 40 Seiten), mit denen ich unmittelbar nach den Versammlungen oder Aktionen meine Notizen ergänzte, sind ihrerseits keine reinen Gedächtnisprotokolle, sondern enthalten analysierende und »wertende« Passagen. Die Niederschrift meiner Beobachtungen wiederum enthält so starke sozialtheoretische Komponenten, dass kaum von einer ungefilterten Beschreibung des Beobachteten die Rede sein kann. Vielmehr handelt es sich im emphatischen Sinne um eine Analyse, welche die – oder zumindest manche der – Praktiken zu rekonstruieren trachtet, welche die Gruppen und ihre Dynamiken strukturierten.

Die Besonderheit einer ethnographischen Untersuchung liegt darin, dass sie als eine *doppelte Übersetzung* antritt (vgl. Hirschauer 2006: 430). Einerseits versucht sie, die vergänglichen, an einem Ort und zu einem Zeitpunkt beobachtbaren Erfahrungen, Praktiken und Aussagen in eine kohärente Textform zu übersetzen. Andererseits gestaltet sie aber zugleich diese Verschriftlichung so, dass die Leserin das Beobachtete in seiner Lebendigkeit re-imaginiert. Der Text sucht die Praktiken spezifischer Gruppe wiederzubeleben, diese in ihrem empirischen Reichtum wie in ihren Widersprüchen zutage treten zu lassen. Eine gelungene Ethnographie übersetzt die Praxis, die in Textform übersetzt wurde, durch die Darstellungsform so zurück, dass der Text die vergangene Praxis erfahrbar macht. Wer dieser Aufgabe zumindest ansatzweise gerecht werden möchte, muss etwas aufbauen, was sich seinerseits nicht leicht in Worte fassen lässt: Vertrautheit *mit* dem untersuchten Feld und Vertrautheit *seitens* des Feldes. Neben meinem Forschungswissen zusammen sowie der Tatsache, dass die Indignados sowie die PAH sich durch eine grundsätzliche Offenheit vis-à-vis Neuankömmlingen sowie Beobachterinnen auszeichnen, war auch mein persönlicher Hintergrund hilfreich, um eine solche beiderseitige Vertrautheit zu etablieren. Als spanischer und katalanischer Muttersprachler, der zudem im selben Bezirk (Sants-Montjuïc) lebte, in denen er die Beobachtungen

durchführte und desgleichen mit den politischen Codes der Versammlungen vertraut war, gelang es mir, mich recht harmonisch und konfliktfrei in den Alltag der beobachteten Gruppen einzufügen und rasch zu ihrem eher unsichtbaren Begleiter zu werden (dazu ausführlich: Kap. IV.1).

Diese Vertrautheit ist die Bedingung der Möglichkeit für eine Analyse, deren drei methodologischen Axiome bündig zu markieren sind. Der erste besteht in der analytischen Strukturierung der dichten Beschreibung durch drei Momente, die aus poststrukturalistischer Warte soziale Praktiken auszeichnen: Zitierung, Wiederholung und Performativität. Die Zitierung benennt die ständige Aktualisierung von Sinngehalten durch habitualisierte Verhaltensschemata. Die Wiederholung rekonstruiert, wie sich Praktiken zeitlich wie räumlich verstetigen. Die Performativität beschreibt, wie kontextgebundene Praktiken ständige Verschiebungen und eigensinnige Reartikulationen von Sinngehalten bewirken (dazu: Kap. VI.1). Diese drei Momente fungieren als Analyseheuristiken, welche die Beobachtungen aufschlüsseln. Meine Darstellung wird die Grenzen jedes dieser drei Momente ausleuchten und darlegen, wo und warum ihre konzeptuelle Erweiterung notwendig ist. So werden die ethnographischen Erkenntnisse konzeptuell verarbeitet und in ein zumindest ansatzweise generalisierbares Vokabular überführt.

Das zweite Axiom liegt auf der feingliedrigen Analyse von Subjektivierungsvorgängen. Jede stabilisierte Identität ist das Produkt eines Subjektivierungsprozesses. Der Begriff der Identität besitzt zwei Facetten, deren Zusammenspiel sich gerade im ethnographischen Feld präzise untersuchen lässt. Jede Identität verweist, so Hall (1996: 5f.), auf gewisse Diskurse und Praktiken, die das Subjekt anrufen, indem sie Subjektpositionen bereitstellen. Diesen Positionen muss sich das Subjekt unterwerfen, um sich zu entfalten. Allerdings sind Subjektivierungen komplexe, keinesfalls mechanistische Vorgänge. Anhand des Fallbeispiels der PAH werde ich exemplarische Subjektivierungspfade darlegen, die je verschiedenartig zur Identität als »empörte Aktivistin« führen (Kap. IV.5). Damit schließt sich denn auch der Kreis zu den Subjektpositionen der Empörung, welche die diskursanalytischen Kapitel erarbeiten.

Das dritte methodologische Axiom besteht in der systematischen Kontinuität zwischen Ethnographie und Diskursanalyse. Ein Großteil der Begriffe des ethnographischen Parts tauchen in den restlichen empirischen Kapiteln auf. Manche meiner Intuitionen lassen sich allerdings ethnographisch besonders eindrücklich belegen. Dies gilt gerade für eine erweiterte Fassung des Kollektivitätsbegriffes, die dessen konstitutive Innenräume betont und die Bedeutung des Antagonismus relativiert (siehe: Kap. VI.4). Diese systematische Kontinuität zeigt sich zudem mit der Kategorie des verdichtenden Passagenpunktes. Den Passagenpunkt identifiziere ich auch im ethnographischen Kapitel mit der Institution der Versammlung. Die Leitthese ist auch hier: Die Versammlung ist *der* Passagenpunkt, rund um den sich Praktiken, Zeichen und Körper verdichten und der infolgedessen die Gegenhegemonie der Empörung zentral stützt.

Auf diese Weise avanciert die Ethnographie zum wichtigen Baustein einer umfassenderen Unternehmung. Am Horizont steht ein Ansatz, der sich auf die »Interferenzen« seiner Methoden einlässt, um die Dichotomie von Zeichen oder Praxis hinter sich zu lassen (Reckwitz 2008a). Erst wo beides zusammentrifft, zeigt sich das Wesen und das Wirken von Hegemonie.

Flankierend: Leitfadeninterviews Diese Studie bedient sich neben der Diskursanalyse (in ihrer politischen wie praxeologischen Spielart) und der Ethnographie noch eines weiteren methodischen Zugangs. Um meine Hauptverfahren zu flankieren, meine Kenntnis des Feldes zu erweitern und die entwickelten Thesen zu stützen, führte ich von November 2014 bis April 2017 15 Leitfadeninterviews durch. Diese Gespräche teilten sich auf in Expertinneninterviews und teilnarrative Interviews. Auf der einen Seite sprach ich mit professionellen Politikerinnen und öffentlich bekannten Aktivisten.⁴⁴ Diese Experteninterviews wurden nur in Ausnahmefällen in der Feldsondierungsphase eingesetzt. In der Hauptsache hatten diese Gespräche einen *systematisierenden* Charakter. Sie dienten mir dazu, mein Wissen über die Indignados zu vertiefen. Es ging darum, wie der Ausbruch und die Entwicklung der Proteste sowie allgemein die Lage Spaniens seitens verschiedener politischer Sensibilitäten in Zivilgesellschaft wie Politik wahrgenommen wurden.⁴⁵ Meine Interviewerrolle war dementsprechend aktiv. Ich griff in den Erzählfluss meiner Gesprächspartnerinnen ein, fragte aktiv nach und äußerte teils sogar kritische Einwände.

Demgegenüber waren die fünf Gespräche, die ich mit Aktivistinnen aus der Bewegung der Indignados sowie von der PAH und Podemos führte, als teilnarrative Interviews angelegt. Ich setzte mit meinem Leitfaden zwar thematische Schwerpunkte, so etwa: »Wie hast Du⁴⁶ die Proteste im Mai 2011 erlebt?« oder »Wie hast Du Dich engagiert?« Dabei war ich darum bemüht, den Erzählfluss der Interviewten möglichst nicht zu unterbrechen, stellte klassische Aufrechterhaltungsfragen (»Kannst Du das näher beschreiben?«, »Und dann?«) oder führte neue Themen ein (etwa »Wie war die Dynamik der Versammlung?«, »Wie hast Du die Gründung der Linkspartei Podemos wahrgenommen?«, »Was löste das bei Dir aus?«). Wichtiger als die reinen Informationen war mir in diesen Gesprächen die Sensibilisierung für die Relevanzsysteme meiner Gesprächspartnerinnen; ich suchte nach narrativen Einblicken in ihre »erlebte Geschichte«, in die Erfahrungen, Praktiken und Deutungsmuster, die sie als Aktivistinnen besaßen (Kruse 2015: 152, auch: Helfferich 2005: 91f.). Stärker als die Expertengespräche werde ich diese Interviews im Laufe der empirischen Kapitel immer wieder als punktuelle Illustration heranziehen, um den Argumentationsgang zu stützen. Auch dort, wo ich sie nicht explizit zur Geltung bringe, wäre eine Vielzahl der Thesen und Argumente, die ich ethnographisch wie diskursanalytisch geltend mache, ohne diese Gespräche unmöglich gewesen.

44 Dazu gehörten Albano Dante, der damalige Vorsitzende von Podemos in Katalonien (23.11.2016); Mercè Homs, Kommunalpolitikerin der konservativen Partei Convergència (16.1.2017); Laia Ortiz, Dezernentin für Soziales der Stadt Barcelona und Politikerin von Barcelona en Comú (24.2.2017); der Genossenschaftler, Aktivist und linke Politiker David Fernández (26.10.2016); die Benediktinernonne und Aktivistin Teresa Forcades (29.12.2016); der Politologe und Podemos-Mitgründer Juan Carlos Monedero (11.2.2016) und Carlos Macías, der offizielle Sprecher der PAH Barcelona (5.11.2014). Diese Gespräche wurden teilweise in publizistischen wie wissenschaftlichen Formaten veröffentlicht (vgl. u.a. Arndt/Lluis 2017, Monedero/Lluis 2017).

45 Ursprünglich hatte ich vorgesehen, weitaus mehr Politikerinnen und Intellektuelle aus dem rechten und liberalen Lager als Gesprächspartner zu gewinnen. Leider blieben meine Nachfragen bei den entsprechenden politischen Parteien und öffentlichen Personen (fast) immer unbeantwortet.

46 Im Spanischen und Katalanischen neigt man bis auf wenige Ausnahmen im persönlichen Gespräch dazu, seine(n) Gesprächspartner:innen zu duzen.

3.3 Der reaktivierte Pfad: historische Rekonstruktion

Die vorhergehenden Schritte haben mein methodisches Vorgehen im engen Sinne umrissen. Parallel zu den diskursanalytischen und praxeologischen Operationalisierungspfaden bewegt sich ein dritter, verborgenerer Pfad. Er besteht in einer grundsätzlichen Orientierung zur *Geschichtlichkeit* hin. Für Subjektivitäten, Kollektivitäten oder Gesellschaftsordnungen, für alle sozialen Verhältnisse gilt, dass sie in der Zeit entstehen und in der Zeit vergehen. Der Fokus auf die Historizität ist das Auszeichnungsmerkmal eines Ansatzes, der wie der vorliegende als postfundamentalistische Sozialtheorie antritt. Die Pendelbewegung zwischen Ordnung und Kontingenz lässt sich erst dann in ihrer Prozesshaftigkeit und in ihrer wechselnden Politisierung und Entpolitisierung verstehen, wenn sie durch die Brille einer dritten Variable, die der Geschichte, gelesen wird (dazu: Kap. I.2.a).

»Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen« – die berühmte Formel von Karl Marx und Friedrich Engels (1975 [1848]: 42) wird in ihrer Privilegierung des Klassenkampftopos seit Jahrzehnten zu Recht hinterfragt. Doch die postmarxistische Relativierung der Klassenverwerfungen geht auch mit der Verabschiedung einer der großen Errungenschaften marxistisch informierter Gesellschaftsanalysen einher: Es ist ihre historische Sensibilität. Marx und Engels halten im Zitat nicht nur das Pathos des Klassenkampfes hoch, sie leiten es auch ab von einer geschichtlich grundierten Analyse. Und eben diese ist den meisten Spielarten postmarxistischer, poststrukturalistischer und, genereller, postmoderner Theorie zugunsten eines überemphatischen Präsentismus abhandengekommen. Die Theorie zentriert sich auf das Hier und Jetzt, sie versteift sich auf Formeln wie »Es könnte immer alles anders sein« oder »Antagonismen könnten stets überall ausbrechen«. Gerade Laclau/Mouffe ontologisieren die Fragen nach der Herausbildung und dem Fall von Hegemonie(n) in einem emphatischen Begriff des Politischen – womit sie ihre Sozialtheorie enthistorisieren.

Demgegenüber reaktiviert diese Studie die Hegemonietheorie als historisierte Analyse-methode. Die poststrukturalistischen Axiome lassen sich mit einer historischen Methode zusammenbringen, die hegemoniale Ordnungen genauso wie gegenhegemoniale Artikulationspraktiken als verzeitlichte Vorgänge untersucht. Die Kontingenz und politische Stiftung sozialer Verhältnisse werden nicht negiert, sondern in ihrer Prozesshaftigkeit gewürdigt. Mein dritter, historischer Operationalisierungspfad kommt dieser Ambition mit einer doppelten Bewegung nach. Auf der einen Seite betrachte ich die Stabilisierung einer Hegemonie in ihrer *longue durée* zur sedimentierten Kultur. Die Kultur der Transition gilt mir als das hegemoniale Projekt, das seit den 1970er Jahren die spanische Gesellschaft strukturiert. Auf der anderen Seite wird sich zeigen, wie auf beschleunigte Weise eine neue Gegenhegemonie der Empörung geboren wird, welche die sedimentierte Ordnung Spaniens verschiebt. Beide Bewegungen sind analytisch verflochten. Die Kultur der Transition wird durch die neue Gegenhegemonie verschoben, die neue Gegenhegemonie bleibt durchzogen von althergebrachten Sedimentierungen.

Historische Bewegung 1: die Kultur der Transition als sedimentierte Hegemonie Ich gehe zunächst auf die Bewegung ein, die sich um die lange Dauer von Hegemonie dreht. Das Kapitel II, »Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung«, unter-

sucht die Sedimentierung jenes hegemonialen Projektes, das Spanien über Jahrzehnte prägte und bis heute prägt. Dafür tätige ich eine Beobachtung zweiter Ordnung. Ich gehe davon aus, dass eine stabilisierte Hegemonie durch mächtige *Selbstbeschreibungen* ihre Vormachtstellung *ex post* legitimiert. Die Kohärenz und Geschlossenheit eines geronnen hegemonialen Projekts geschieht wesentlich über die Produktion stabiler Selbsterzählungen (vgl. Hagemann 2016: 174). Eine Hegemonie festigt sich, sobald es ihr gelingt, zur unstrittigen Verkörperung von Ordnung zu werden – und sich auch als solche in Szene zu setzen.

Die kanonischen Dokumente über die demokratische Transition und Konsolidierung liefern den Pfeiler für diese geronnene Selbstbeschreibung. Dabei strebe ich keine Feinanalyse im Stile der obigen Operationalisierungspfade an, sondern ziele auf eine allgemeine Sichtung des hegemonialen Projekts, das die spanische Gesellschaft jahrzehntelang geprägt hat: Was sind seine Narrative, Schlüsselsignifikanten und Feindbilder? Eine solche Panoramadarstellung bedarf eines Textkorpus, der einheitlich und breit angelegt ist. Dokumente und Quellen sollen einen kohärenten Überblick über das postfranquistische Spanien bieten. Doch dieser Überblick darf nicht zu einseitig sein, er darf keine Verzerrungen produzieren, die von zentralen Diskursmomenten wegführen. Mein Korpus bleibt ob des begrenzten Raumes, der zur Verfügung steht, notwendigerweise partiell. Ich verzichte auf die vielen populärkulturellen Quellen,⁴⁷ die in den Massenmedien zur demokratischen Transition und zur Konsolidierung der Demokratie zirkulieren und fokussiere die Diskursproduktion in Wissenschaft und Politik. Hier nehmen die Quellen bereits eine Systematisierung und Schwerpunktsetzung vor, die ich für meine Zwecke umnutze. Die Beobachtung zweiter Ordnung tritt als eine zurückhaltende Diskursanalyse an, sie möchte die hegemoniale Selbstbeschreibung so ungefiltert wie möglich wiedergeben.

Der Textkorpus besteht aus drei Säulen. Seine erste bildet der kanonische *Wissenschaftsdiskurs* über die spanische Transition und die Konsolidierung der Demokratie. Über alle Unterschiede und Streitigkeiten hinweg konvergieren die wissenschaftlichen Debatten in breiten Konsensen. In Soziologie, Politologie und Geschichte herrscht Einigkeit darüber, dass Spanien nach dem Ende der Diktatur einen Richtungswechsel erlebte. An die Stelle von Rückständigkeit, Polarisierung und Konfrontation traten Mäßigung, Europäisierung und Modernisierung.⁴⁸ Diesen akademischen Konsens untersuche ich mit einer Auswahl einflussreicher Monographien, Artikel und Handbücher, die sich auf insgesamt 80 Dokumente beläuft. Den Beiträgen von Koryphäen der spanischen Transitions- und Demokratieforschung rund um Richard Gunther, Santos Juliá, José Álvarez Junco, Jose María Maravall, Carme Molinero oder Pere Ysàs messe ich

47 Beispiele dafür sind die Serie *Transición*, die Televisión Española (TVE) im Jahr 1993 unter der inhaltlichen Leitung von Victoria Prego ausstrahlte oder die Werke der Schriftsteller Rafael Chirbes und Manuel Vázquez Montalbán. Zur kritischen Aufarbeitung der 1970er und 1980er Jahre: Labrador Méndez 2017.

48 Dieser Konsens ist nicht vollkommen, er wird immer wieder kritisch hinterfragt. Doch indem sich die kritischen Stimmen auf den kanonischen Diskurs beziehen, um ihn an dieser oder jener Stelle anzugreifen, tragen sie (unfreiwillig) dazu bei, seine Gültigkeit zu affirmieren und zu aktualisieren.

besondere Bedeutung zu. Diese Autorinnen geben wissenschaftsintern den Takt an und sie sind zudem öffentlich und politisch präsenste Persönlichkeiten.⁴⁹

Die zweite Säule des Korpus besteht aus den *Beiträgen* der Politiker – es handelt sich ausnahmslos um Männer –, die seit dem Ende der Diktatur Schlüsselrollen im politischen Leben spielten und teils noch spielen. Mein Interesse gilt den – zuweilen nachträglichen – Konstruktionsleistungen der politischen Akteure. Die Zeugnisse der Präsidenten Adolfo Suárez, Felipe González oder José María Aznar sowie von Ministern wie Miguel Boyer oder Carlos Solchaga stehen im Fokus. Für meine Zwecke haben Reden und Positionspapiere den Vorzug, Abstand und Reflexivität zu fördern – womit sie die selbstreferentielle Geste tätigen, welche die Selbsterzählung der Kultur der Transition auszeichnet. Sie referieren neben dem Tagesgeschehen auf Fragen von Werten und Normen, politischer Kultur oder sozialen Wandel. Hinter der Beschreibung der Transition als einer musterhaften Demokratisierung steht die Wirkmacht einer Diskursordnung, die sich den Akteuren als vernatürlichter Commonsense auferlegt. Zwar sind die politischen Würdenträger nicht in jeder Hinsicht einer Meinung. Und dennoch fließen Darstellungen zu einem *einheitlichen* Panoramabild zusammen. Ihre Beschreibungen und Beurteilungen der spanischen Demokratie konvergieren in ganz bestimmten Eckpunkten.

Nahmen der erste und zweite Pfeiler des Korpus die Diskurseliten aus Wissenschaft und Politik in den Blick, so dreht sich seine dritte Säule um die gesellschaftliche Diffusion des hegemonialen Transitionsprojektes. Hier ist wichtig, welche Deutungen der demokratischen Transition und Konsolidierung sich ausbreiteten und zum Allgemeinwissen verhärteten. Um diese Sedimentierung nachzuzeichnen, werte ich Klausuren, Hausarbeiten und Essays von Schülerinnen und Studierenden aus, die auf der Website *rincondelvago.com* (zu Deutsch: faule Ecke) abgelegt wurden. Diese Website war lange in Spanien und generell im iberamerikanischen Raum ein äußerst populäres Archiv, um Vorlagen und Inspirationsquellen für Hausarbeiten, Referate oder Klausuren zu liefern.⁵⁰ Der schlichten Stichwortsuche *Transición española* (spanische Transition) und *Democracia española* (spanische Demokratie) habe ich die jeweils zehn ersten Treffer – also die jeweils zehn populärsten, am häufigsten heruntergeladenen Dokumente – entnommen. Diese 20 Texte von Schülerinnen und Studierenden liefern ein interessantes Porträt darüber, wie das hegemoniale Projekt der Transition gesellschaftliche Relevanz erlangt. Sie zeigen, welche Argumentationsmuster sich wiederholen, welche symbolischen Motive besonders einflussreich sind oder welche Akteure als Hauptdarsteller der spanischen Politik erscheinen. In dieser Hinsicht fungieren die Texte von *rincondelvago.com* als wichtige Ergänzung zur Produktion der wissenschaftlichen und politischen Eliten. Sie legen Zeugnis davon ab, wie sich der Diskurs der Transition als gesellschaftlich wirkmächtiger Diskurs reproduziert.

49 Der Politologe José María Maravall war von 1982 bis 1989 Bildungsminister in von González präsierten PSOE-Regierungen. Santos Juliá und Álvarez Junco waren jahrzehntelang Kolumnisten des Blattes *El País*.

50 *El Rincón del Vago* ist eine höchst einflussreiche Seite. Sie erhielt 2016 circa 21 Millionen monatliche Visiten, diente als Speichermedium für 70.000 Arbeiten und besetzte Platz 23 der populärsten spanischen Internetseiten.

Auf der Basis des vorgestellten Dokumentenkörpus führe ich eine historische Diskursanalyse aus. Sie rekonstruiert bündig die angeblich zentralen Daten, Ereignisse, Kräfte und Strukturdynamiken der 1970er, 1980er und teils auch 1990er Jahre auf die Weise, wie sie auch die Quellen rekonstruieren. Meine eigenen Deutungen lasse ich dabei im Hintergrund. Ich strebe ein bewusst konstruiertes, da durch die Brille der hegemonialen Kultur gelesenes Panoramabild der postfranquistischen Epoche an. Von ihm aus werden aktuelle Entwicklungen der spanischen Gesellschaft deutlich: von der politischen Gelegenheitsstruktur über die Dynamik von Protestbewegungen bis hin zu den vorherrschenden Werten und Normen. Die Selbstbeschreibung des Projekts der Transition als Sinnbild des modernen Spaniens wird damit Gestalt annehmen.

In Kapitel II.2.d, »Verdrängt: das Proletariat und der Konflikt«, streife ich gleichwohl die Ausschlüsse und Grenzziehungen, die mit dem hegemonialen Projekt der Transition einhergingen. Die Sedimentierung dieses Projekts zur natürlichen Ordnung des modernen Spaniens war ein machtgeladener Vorgang. Er hinterließ Spuren, die bis heute fortwirken, sei es als politische Konflikte oder soziale Missstände. Hierfür recurriere ich auf zwei Quellen, die eines Schriftstellers und die eines Soziologen, die bei ihrer Publikation zwar kaum rezipiert wurden, deren kritische Gegennote zum glatten Narrativ der spanischen Demokratisierung aber seit den 2010er Jahren zahlreiche Nachahmerinnen findet.⁵¹ Der Bruch mit der Kultur der Transition im Zuge der Empörungsjahre ist auch ein Bruch mit der allzu kohärenten Selbstbeschreibung einer Hegemonie, die sich trotz allem als erstaunlich resilient erweist.

Historische Bewegung 2: die beschleunigte Artikulation einer Gegenhegemonie Die Rekonstruktion der Kultur der Transition liefert den sozialen, politischen und kulturellen Hintergrund, von dem aus die Artikulation eines alternativen Gesellschaftsentwurfs erst verstehbar wird. Die Wirtschaftskrise des Jahres 2008 und der Folgejahre, die Proteste der Indignados ab 2011 sowie der ab 2014 ansetzende Wandel des politischen Systems erweisen sich als weitreichende Verschiebungen der geltenden Hegemonie. Meine Arbeit kartiert diese Verschiebungen, indem sie sie als einen beschleunigten Prozess sozialen Wandels liest. Die Analyse der Gegenhegemonie, die 2011 entstand, tritt in dem Maße als historische Analyse an, als sie eine dichte Beschreibung der fünf politisch besonders brisanten Jahre von 2011 bis 2016 unternimmt. Diese fünf Jahre sehe ich als einen apart stehenden, klar definierten politischen Zyklus. Er unterscheidet sich klar von der vorhergehenden Periode wie von der darauffolgenden.

Was die fünf Empörungsjahre gegenüber der Zeit davor und der danach auszeichnet – dies wird die vorliegende Studie im Detail darlegen. An dieser Stelle sollen nur als Indikator des Wandlungsprozesses, den Spanien ab 2011 erlebt, die Ergebnisse der Parlamentswahl im November 2011 mit der folgenden im Dezember 2015 verglichen werden. Kamen Ende 2011, wenige Monate nach dem Ausbruch der Empörung im Mai 2011, die beiden traditionellen Volksparteien, der konservative PP und der sozialistische

51 In diesem Sinne steht hinter dem kritischen Kontrapunkt, den ich setze, eine heute in den spanischen Sozialwissenschaften rege geführte Debatte über die vielen »Schattenseiten« von Spaniens Übergang zur Demokratie und ihrer Konsolidierung. Siehe anstelle vieler: Sánchez 2010, Muñoz 2012, Andrade 2015, Rodríguez 2015.

PSOE, noch gemeinsam auf fast dreiviertel der abgegebenen Stimmen (PP: 44,6 %, PSOE: 28,7 %), so war dieser Anteil 2015 abrupt auf knapp 50 Prozent gefallen (PP: 28,7 %, PSOE: 22 %). Demgegenüber erlangten 2015 zwei Parteien, die es in dieser Form 2011 noch nicht gab, die linkspopulistische Podemos und die rechtsliberale Ciudadanos, über 34 Prozent (Podemos: 20,7 %, Ciudadanos: 14 %). Eine solche Verschiebung der politischen Verhältnisse, die sich in den Folgejahren weiter zuspitzen sollte,⁵² ist in diesem Ausmaß nur vergleichbar mit der Formierungsphase der spanischen Demokratie Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre. Für die Transitions- wie für die Empörungsjahre gilt, dass diese politischen Verschiebungen mehr sind als bloße Wählerwanderungen. Vielmehr drücken sie auf der Ebene der politischen Repräsentation einen tiefgreifenden sozialen Wandel aus.

Um diese kurze, aber außerordentlich ereignisreiche und beschleunigte Wandlungsperiode von 2011 bis 2016 zu rekonstruieren, lanciere ich eine holistische Analyse. Die Triangulation verschiedener methodischer Zugänge, welche die beiden ersten Operationalisierungspfade, politische Diskursanalyse und praxeologische Untersuchung, präsentierten, steht im Dienst einer verzeitlichten Analyse. Sie wird zeigen, wie sich die Gegenhegemonie der Empörung und die Topographie der spanischen Gesellschaft verschiebt. Diese Analyse ist mikro- und makrologisch ausgelegt, sie betrachtet die Zivilgesellschaft genauso wie die institutionelle Politik. Kapitel III, »Mai 2011. Ausbruch der Empörung« liefert dafür den Startpunkt. Es rekonstruiert erst die Vorläufer und dann die Platzbesetzungen im Frühjahr und Sommer 2011, aus denen heraus die Bewegung der Indignados entsteht. Das folgende, ethnographische Kapitel IV, »Wütende Körper, empörte Praxis«, tätigt dann einen chronologischen Schritt nach vorne und ins Detail. Der Protest, der 2011 eine Massenbewegung war, wird nun zum Aktivismus kleiner Versammlungen auf lokaler Ebene. Der Empörungsdiskurs, der sich 2011 artikuliert und diffundiert, ist zum Zeitpunkt der Beobachtungen – von Ende 2014 bis Anfang 2016 im Raum Barcelona – in Teilen der spanischen Zivilgesellschaft zur sozialen Realität sedimentiert. Die Geschichte der Artikulation dieser Gegenhegemonie erzählt das Kapitel V, »Podemos, Partei der Empörung«, weiter. Dafür wechselt es von der Mikro- zur Makroperspektive und in die institutionelle Politik. Die Geburt und Hochphase der Partei Podemos, ebenfalls im Zeitraum von 2014 bis 2016, zeigt, wie sich der Empörungsdiskurs in nun beschleunigter Form in die politische Sphäre einschreibt – und was dadurch gewonnen wird, doch auch verloren geht.

Wie sich die Gegenhegemonie der Empörung als historische Bewegung entfaltet, das machen die drei empirischen Schlüsselkapitel (Kap. III-V) nachvollziehbar und bestenfalls erfahrbare. Abkürzungen gibt es dafür keine, wohl aber die Ankündigung, dass meine Darstellung für die Widersprüche der sich bildenden Gegenhegemonie offenbleibt. Wesentlich destillierter als ich dies bei der Kultur der Transition tätige, zeichne ich nach, wie sich die Gegenhegemonie der Empörung in Raum und Zeit entfaltet, wie sie als ein verzeitlichter wie auch verräumlichter Wandlungsprozess wirkt. Die junge Gegenhege-

52 Bei den Parlamentswahlen von November 2019 war die Unterstützung für Parteien, die nach 2011 entstanden waren oder sich seither grundlegend gewandelt hatten, auf knapp 40 Prozent gestiegen.

monie hat am Ende des Untersuchungszeitraumes einen beachtlichen Teil der spanischen Gesellschaft umgestaltet.

Im abschließenden Kapitel VII, »Zwei Spanien, oder: Macht und Gegenmacht«, werde ich schließlich beide historischen Perspektiven, jene auf die lange Dauer der Kultur der Transition und jene auf die beschleunigte Artikulation der Gegenhegemonie der Empörung, zusammenführen. Aus zwei historischen Bewegungen wird eine werden. Auf der einen Seite wird sich herausstellen, dass die Legitimität der Kultur der Transition nach dem Empörungszyklus zwar erodiert ist, dass sie sich aber nach der Hochphase der Empörung aktualisiert. Nach dem Empörungszyklus reaktiviert sich die tradierte Ordnung, um sich erneut Geltung zu verschaffen. Demgegenüber wird der Blick auf die Gegenhegemonie der Empörung offenlegen: Der Anspruch, die spanische Gesellschaft grundsätzlich zu verändern, wird zwar wirkmächtig, er verwirklicht sich aber nur teilweise. Das neue Spanien bleibt ein unvollendetes Versprechen.

II Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung

Ein Auto rast unkontrolliert über eine marode Straße und an einer Gruppe vorbei, deren eigener Wagen, ein alter VW-Bus, eine Panne hat: »Wohin fahren die?«, fragt ein Gruppenmitglied erstaunt. »Zurück«, lautet die resignierte Antwort. Dann erscheint das Schild, das den Weg des Autos weist: Madrid 1978. Dieser Ausschnitt des Wahlwerbespots der linksradikalen Unabhängigkeitspartei Partei CUP, *Candidatura d'Unitat Popular*, für die Wahlen zum katalanischen Parlament von 2015 zeigt, wie sich die Wahrnehmung des spanischen Demokratisierungsprozesses, und damit der demokratischen Ordnung als solcher, verändert hat.¹ 1978, das Jahr der spanischen Verfassungsgebung, galt lange als das Datum, an dem die goldene Zeit eines Landes begann, das endlich demokratisch und modern geworden war. Das Video der CUP zeichnet allerdings ein anderes Bild des Gründungsmythos 1978. Das Datum 1978 wird zum Symbol der Kräfte, die rückwärts-gewandt am Status quo festhalten und eisern jede Verschiebung des spanischen Wirtschafts-, Territorial- oder Gesellschaftsmodells bekämpfen.

Die Proteste der Indignados im Frühling 2011 haben eine folgenschwere Umdeutung der Transition als Pfeiler der spanischen Demokratie eingeleitet. Diese Umdeutung informiert kritische Wahlspots wie die der CUP, macht sie faktisch erst möglich. In den ersten Tagen der Platz- und Straßenbesetzungen führen die Indignados in etlichen Städten eine symbolträchtige Performance durch: Protestierende verkleiden sich als Totengräber und tragen einen Sarg mit der Inschrift »R.I.P. Demokratie 1978–15-M [Akronym für den 15. Mai 2011, das Startdatum der Proteste]« durch die Straßen (vgl. Labrador 2014: 27). Die Performance der Empörten zielt nicht darauf ab, der Demokratie per se einen symbolischen Todesstoß zu versetzen. Vielmehr inszenieren sie ihren Protest als eine *historische Zäsur*, die mit der existierenden politischen Ordnung bricht und eine deutlich erweiterte Demokratie einfordert. Die Institutionen, Normen und Praxismuster, die seit dem Tod Francisco Francos (1975) die demokratische Legitimität für sich beanspruchen, werden auf diese Weise von Grund auf in Frage gestellt. Für die Empörten offenbaren Wirtschaftskrise, gehäufte Korruptionsaffären und die Entfremdung der Bevölkerung

1 Der Wahlspot ist abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=GUvo4sjigLM> (Zugriff: 26.10.2022).

gegenüber dem Zweiparteiensystem, dass das politische Modell des Landes ausgedient hat, mehr noch, dass Spanien eines neuen Gesellschaftsentwurfes bedarf.

Seit 2011 hat sich die Kritik an der postfranquistischen Demokratie über aktivistische Grenzen hinaus ausgebreitet und ist mit Wucht in die öffentliche Debatte eingedrungen. In vielen Bereichen – von Protestbewegungen, Parteien, Massenmedien bis hin zur Populärkultur – ist die Aufarbeitung der Transition *en vogue*. Bezeichnungen wie Regime von 78, Kultur der Transition oder Projekt der Transition sind in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, öffentlichen Diskussionen, aber auch in Stammtischgesprächen oder in den sozialen Medien selbstverständlich geworden.² Diesen Zuschreibungen wohnt oft eine pejorative Aufladung inne, sie weisen auf die Mängel des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie hin, auf Elitenzentriertheit, Demokratiedefizite oder mangelhafte Aufarbeitung der Diktatur. In kritischen Darstellungen mutiert die Transition von einer virtuoson Weltanschauung zu einem eisernen Regime, das für sich eine unbedingte Gefolgschaft beansprucht – ein Regime, das es zu überwinden gilt, um eine wirkliche Demokratie zu erreichen. Auf der anderen Seite formiert sich eine offensive Verteidigung der Kultur der Transition oder des Regimes von 78. Dies kann Züge eines Verfassungspatriotismus annehmen, sich aber auch auf die Verteidigung von Werten wie Kompromissfähigkeit, Konsens oder Stabilität erstrecken, die Spaniens politische Kultur angeblich auszeichnen und die es heute gegen ihre Infragestellung zu reaktivieren gilt.³

Für Kritikerinnen wie Befürworter ist also die Kultur der Transition nicht (nur) ein historischer, sondern ein bis heute gültiger *politischer Tatbestand*. Es ist kein Zufall, dass der kollektive Appell an die Tugenden der Transition heute, da die Empörungsjahre nach 2011 abklingen, wieder stärker erklingt. Einflussreiche Akteure in Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft verteidigen, dass nur die Revitalisierung des »Geistes von 78« die gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und territorialen Krisen Spaniens meistern kann.⁴ In den Worten des ehemaligen Vorsitzenden der rechtsliberalen Partei Ciudadanos, Albert Rivera, wurde in der Transition musterhaft Politik betrieben, nämlich mit Bescheidenheit und Arbeitsfleiß, unter Verzicht auf parteiische Ideologien und in staatsmännischer Attitüde vor den großen Herausforderungen des Landes. Nach Rivera zeigt der Geist der Transition bis heute den Weg, um Spaniens Gegenwartskrisen zu lösen und zum Wirtschaftsboom der Nullerjahre zurückzufinden.⁵

Gegenüber den Versuchen von Delegitimierung oder Reaktivierung tritt dieses Kapitel einen *Schritt zurück*. Ich werde ein Panoramabild jener Ordnung erstellen, die sich seit dem Ende des Franquismus herausbildete und die, so meine These, in ihren Grundzügen Spaniens Politik und Gesellschaft bis heute strukturiert. Das Ziel besteht darin, die

2 Exemplarisch dafür sind: Andrade 2012, Rodríguez 2015, Baby 2018 oder Molinero/Ysàs 2018. Auch junge Nachrichtenplattformen wie *ctxt.es*, *eldiario.es* oder *elcritic.cat* agieren als Diskursproduzenten dieser Kritiklinie.

3 Siehe exemplarisch: Grijelmo 2017, Zarzalejos/Burns 2018, González 2020.

4 Beispielhaft dafür ist der Band von Bernecker et al. 2009, in dem dargelegt wird, dass Spanien seine Wirtschaftskrise nur dann überwinden könne, wenn die gesellschaftspolitischen Akteure zum Kooperations- und Verständigungswillen der Transitionsjahre zurückfänden.

5 Vortrag von Albert Rivera am 5. September 2015 bei Vorstellung des Wahlprogrammes für die katalanischen Wahlen.

sedimentierte Hegemonie zu beschreiben, die seit den Protesten der Indignados in Frage gestellt wird. Obschon der Fokus eindeutig auf der neuen Gegenhegemonie der Empörung liegt, betrachte ich es als keineswegs ausgemacht, dass die tradierte Ordnung ausgedient hätte. Diese zeigt eine erstaunliche Resilienz, sie hält in vielerlei Weise ihren Delegitimierungen stand. Freilich kann die Frage, ob und wie sich die Kultur der Transition gegenüber der Empörung behauptet, der vorliegenden Studie nicht vorgeschaltet sein, sondern muss an ihrem Ende stehen (Kap. VII.2). Es geht an dieser Stelle darum, mit einer historischen Diskursanalyse die übergeordneten Konsense zu rekonstruieren, die durch verschiedenste Gesellschaftsbereiche artikuliert werden und diese zu *einem* Diskursgefüge verbinden. So erarbeitet dieses Kapitel die Knotenpunkte der sedimentierten Kultur, die sich seit dem Ende des Franquismus herausgebildet haben und Spanien seit Dekaden prägen. Ich fokussiere dieses Diskursgefüge in genealogischer Manier. Ich blicke also sowohl auf ihre konflikthafte Formierung als auch auf ihre allmähliche Konsolidierung zum weithin alternativlosen Zustand. Er verhärtet in Institutionen (Staatsorganen, Parteien, Medien etc.), stilisiert gewisse politische und soziale Praktiken als legitim (und andere als illegitim) und gerinnt zum objektivierten Commonsense.

Das sedimentierte Projekt, von dem hier die Rede ist, bezeichne ich als *Kultur der Transition*.⁶ Die Kultur der Transition ist mehr als ein bloßes Projekt der politischen Eliten oder ein starres Regime staatlicher Institutionen, sie ist ein umfassender Diskurs, der als Ensemble von Werten und Normen die gesamte spanische Gesellschaft durchzieht. Zugleich weist die Idee einer *Kultur* der Transition darauf hin, dass Spaniens sedimentierte Ordnung durchaus lebendig ist, sich beständig an Veränderungen anpasst. Die Kultur der Transition verschiebt sich im Laufe der Jahrzehnte, sie erfährt in den 1980er, 1990er, in der Jahrtausendwende sowie in den 2010er Jahren wichtige Wandlungen. Zugleich jedoch bleiben gewisse Schlüsselkategorien über Jahrzehnte stabil und durchziehen als übergeordnete Leitmotive die gesamte postfranquistische Epoche bis heute. Mein zentrales Anliegen besteht darin, diese Schlüsselkategorien der Kultur der Transition herauszuschälen: Was sind die zentralen Knotenpunkte, die *idées-force* der hegemonialen Formation, die Spaniens soziale Ordnung strukturiert hat und bis heute strukturiert?

In gewisser Weise erarbeitet dieses Kapitel über die Kultur der Transition den *Ausgangspunkt* für den Hauptteil der vorliegenden Studie. Erst durch die Darstellung der politischen Ordnung Spaniens *vor* dem Aufkommen der Empörten wird ersichtlich, welches Ausmaß diese Proteste entfalten und welche Veränderungen sie auslösen. Die Kultur der Transition eröffnet nicht nur den Blick auf die Bruchkraft einer neuen Gegenhegemonie, sie macht auch verständlich, wie die neue Gegenhegemonie von der vorherrschenden Ordnung eingeeht wird. Um die Kultur der Transition zu beschreiben, betreibe ich eine diskursanalytische *redescription*. Sie orientiert sich an den kanonischen Selbstbeschreibungen der demokratischen Transition und Konsolidierung (Kap. II.1). Im Hauptteil der Analyse beschreibe ich erst die Transitionsjahre (1975–1982) im engen Sinne (Kap. II.2.a). Dann gehe ich auf den Modernisierungsschub ein, der unter der sozialistischen Regierung von Felipe González (1982–1996) einsetzt (Kap. II.2.b). Daraufhin betrachte ich die Neuerfindung der Konservativen (Kap. II.2.c). Die verdrängten Seiten

6 Diesen Begriff haben Fernández-Savater (2012a) sowie Martínez et al. (2012) popularisiert.

der Kultur der Transition werde ich zumindest streifen, um das Topos der modellhaften Demokratisierung zu dezentrieren (Kap. II.2.d). Diese Schritte führen mich zu einer allgemeinen Betrachtung, welche die Strukturprinzipien von Spaniens politischem System und Zivilgesellschaft rekonstruiert (Kap. II.3.a). Auf dieser Basis zeige ich, wie sich der politische Raum verändert. Ab den späten 1970er Jahren avancieren die Zivilgesellschaft auf der einen Seite und das politische System auf der anderen Seite zu zwei klar differenzierten Sphären (Kap. II.3.b). Schließlich erstelle ich eine diskursive Kartographie der Kultur der Transition, die sich als orientierende Hintergrundfolie der Folgekapitel erweist (Kap. II.3.c).

1 Genealogie einer hegemonialen Kultur

Transition: Der politische Prozess, mit dem Spanien das Regime Francos (1939–1975) hinter sich ließ, um ein demokratischer Staat zu werden.

(*Wörterbuch María Moliner*, 2007)

Nach dem Tod Francos wurde Spanien ein modernes europäisches Land. Es ließ seine einstigen Spannungen zurück und trat in eine neue Zeit von Wachstum, Stabilität und Demokratisierung. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts schien Spanien auf westeuropäische Entwicklungspfade gebracht, endlich umschloss es den gemäßigten Parlamentarismus, die freie Marktwirtschaft und ein pluralistisches Gesellschaftsmodell. Spanien war spätestens zur Jahrtausendwende endlich ein »normaler« demokratischer Staat geworden – in dieser Erzählung sind sich fast alle Analysen einig, die sich mit Spaniens Politik und Gesellschaft in der Zeit nach Francos Tod im November 1975 und vor dem Ausbruch der Empörung Mitte 2011 beschäftigen. Auf dem Fundament dieser kanonischen Darstellungen erstelle ich im Folgenden einen Kurzüberblick der demokratischen Transition und Konsolidierung. Die Darstellung orientiert sich an den zentralen Deutungslinien meines dreiteiligen Textkorpus (dazu: Kap. I.3.c). Es geht *nicht* um das, was vermeintlich »tatsächlich geschah«, sondern um das, was nachträglich als wesentlich erscheint. Dieses Kapitel rekonstruiert schlaglichtartig die klassische Deutung Spaniens als ein modernes wie demokratisches Land vor den Empörtenprotesten. Dafür sei zunächst das Grundaxiom der Analyse unterstrichen: Diskurse sind produktiv, sie schaffen soziale Wirklichkeit. Diskursive Artikulationen bringen eine Gesellschaft hervor. Insofern sind die Erzählungen rund um die spanische Transition keinesfalls objektive und unparteiische Darstellungen von Spaniens Geschichte. Vielmehr selektieren sie spezifische Ereignisse, Narrationen und Protagonisten,⁷ um sie zu einem kohärenten Gesellschaftsentwurf zusammenzusetzen.

7 Dieses Kapitel gebraucht eher die männliche denn die weibliche Form, um die Genderbias in der Selbstbeobachtung der Kultur der Transition nicht zu verschleiern. In der Tat werden nämlich die Akteure von Spaniens demokratischer Transition und Konsolidierung in der Subjektposition des bürgerlichen Mannes personifiziert.

Dieser Entwurf ist der einer bestimmten Hegemonie, die der *Kultur der Transition*. Sie ist ein hegemoniales Projekt, das sich in den 1970er und 1980er Jahren artikuliert und seither maßgeblich Spaniens politisches System und wie seine Gesellschaftsstruktur prägt. Die Kultur der Transition sedimentierte vom Projekt zur Kultur, ihre anfangs umkämpften Knotenpunkte verhärteten. Um diesen präzisen Objektivierungsprozess der Kultur der Transition dreht sich das vorliegende Kapitel. Was ich als Kultur der Transition lese, wäre undenkbar ohne jene Menge an Büchern, Broschüren, Artikeln, Radio-, Fernseh- und Internetbeiträgen, die in Wissenschaft, Politik, Medien und im Bildungswesen zu einer mächtigen Deutung der demokratischen Transition und Konsolidierung zusammenfließen. Die Kultur der Transition verändert sich zwar beständig, ihre Fluidität darf aber auch nicht überbetont werden. Es gibt eine diskursive Grundstruktur, die sich über die Jahrzehnte stabilisiert und zum allgemeinen Commonsense avanciert.

Um dieser Kultur nachzugehen, greife ich auf die konturierten Intuitionen einer erweiterten Hegemonietheorie zurück. Das heißt in diesem Kapitel: Ich arbeite mit einer *historischen Rekonstruktion*. Hegemonie heißt, dass eine Ordnung in der Zeit zu der Ordnung wird, dass sie natürlich, objektiv und weitgehend alternativlos erscheint. Neue Herrschaftsverhältnisse sedimentieren, bis sie sogar viele derjenigen als legitim anerkennen, die durch sie benachteiligt bleiben. Im Zuge von Artikulationspraktiken breitet sich ein Sinnhorizont immer weiter aus und avanciert zur umfassenden (jedoch nie unumstrittenen) Weltanschauung. Eine Kultur ist entstanden. Sie enthält Zeitdiagnosen, Vergangenheits- und Zukunftsnarrative, Identifikationsmuster, Feindbilder und normative Entwürfe. Auf diese Weise definieren hegemoniale Kulturen die Möglichkeitsräume und die Grenzen der sozialen Wirklichkeit; sie definieren das, was Gesellschaft *ist*. Und genau das geschah in Spanien nach dem Fall des Franquismus.

Die Hegemonialwerdung einer Diskursformation zur Kultur, zum Horizont von Gesellschaft, geschieht nicht in einem luftleeren Raum. Artikulationspraktiken sind facettenreich, sie involvieren Zeichen, Praktiken, Institutionen und Infrastrukturen. Jedes Herrschaftsverhältnis bedarf parallel zur Konstruktion einer symbolischen Ordnung der Mobilisierung von Praktiken und der Schaffung materialisierter Apparate. Für eine ganzheitliche Analyse der Hegemonie nimmt eine erweiterte Hegemonietheorie all diese Dimensionen ernst. Gleichwohl beschränkt dieses Kapitel seinen Fokus auf die *symbolische Ebene* und konzentriert sich auf Narrative, Identitätskonstruktionen und Gesellschaftsbilder. Diese künstliche Blickverengung auf die symbolische Seite der Hegemonie bietet sich an dieser Stelle insofern an, als ich die Erzählung einfangen möchte, die ein Diskursgefüge über sich selbst produziert. Denn im Repertoire einer hegemonial gewordenen Ordnung spielen *Selbstbeschreibungen* eine Schlüsselrolle. Die Kohärenz einer Kultur geschieht wesentlich über die Produktion derartiger Erzählungen. Dass eine soziale Ordnung als einzig legitime in Erscheinung tritt, hängt wesentlich mit ihrer Fähigkeit zur Selbstlegitimierung zusammen. Eine Hegemonie festigt sich, sobald es ihr gelingt, zur unstrittigen Verkörperung von Ordnung zu werden – und sich als solche zu inszenieren (vgl. Herschinger 2012: 87). Es gilt das Motto: Keine Hegemonie, die nicht selbstreferentiell wäre, die sich nicht als so kohärenten wie erfolgreichen Gesellschaftsentwurf stilisiert.

Um die Kultur der Transition zu beschreiben, verfährt meine Diskursanalyse zugleich als *Rekonstruktion und Dekonstruktion* (vgl. Howarth 2005: 42ff.). Zum einen stelle ich

die Kultur der Transition umfassend dar und rekonstruiere ihre zentralen Daten, Ereignisse, Kräfte und Strukturdynamiken. Ich strebe ein Panoramabild der postfranquistischen Epoche an, die auch aktuelle Entwicklungen der spanischen Gesellschaft verdeutlicht. Zum anderen ist die umkämpfte Rückseite der Kultur der Transition zumindest anzureißen. Ihre Stabilisierung vollzog sich keineswegs dermaßen friedlich, konsensgeprägt und moderat, wie es das kanonische Narrativ darstellt. Im Gegenteil, die Kultur der Transition geht, wie jedes hegemoniale Projekt, mit mannigfaltigen Ausschlüssen und Grenzziehungen einher. Ihre Sedimentierung zur natürlichen Ordnung des modernen Spaniens ist ein machtgeladener Vorgang. Er hinterlässt Spuren, die bis heute als politische Konfliktlinien oder soziale Schiefen fortbestehen.

Dieses Kapitel wählt eine politische Diskursanalyse (siehe: Kap. 1.3.a), verleiht dieser aber eine deutlich narrative Ausrichtung. Sie zwingt das Material weniger stark in hegemonietheoretische Kategorien, sondern gibt es möglichst ungefiltert wieder, damit die Texte von »sich heraus« sprechen. Meine Lektüre der Kultur der Transition versucht, die Dokumente in ihren immanenten Sinnzusammenhängen zu rekonstruieren. Dadurch entfaltet die Materialdarstellung idealerweise eine *Eigenlogik*. Die verschiedenen Dokumente können zu einem kohärenten Narrativ zusammenwachsen. Im Ensemble des Materials rund um Spaniens Transition und demokratische Konsolidierung bilden sich wiederkehrende Muster, Grundtopoi und Kernargumente heraus, die verschiedene Sprecher zu verschiedenen Zeiten teilen. Dem Gewebe der Diskurse wohnen immanente Ordnungen inne. Die Beschreibungen des Antrittes des Monarchen Juan Carlos (1975), die Vorstellung des Gesetzes zur politischen Reform durch den Präsidenten Adolfo Suárez (1976), das Inkrafttreten der *Pactos de la Moncloa* (Pakte der Moncloa) (1977) oder der Verfassung (1978) ergeben mehr als eine bloß chronologische Abfolge von Ereignissen. Sie alle sind Momente eines *grand narrative*, der teils implizit bleibt, aber stets wirkmächtig vorhanden ist. Dieses Narrativ verkettet die Ereignisse, macht sie zu logischen Schritten einer gerichteten Entwicklung. Dasselbe gilt für das folgende Jahrzehnt der 1980er Jahre, für die sogenannte sozialistische Epoche. Auch hier wachsen die Texte zu einem Grundgefüge zusammen, das ich möglichst ungefiltert wiedergebe. Trotz ihrer Kontingenzen und Brüche ist die Kultur der Transition als sedimentierte Gesellschaftsstruktur ernst zu nehmen. Im postfranquistischen Spanien geriert sich ein Diskurs als einzig legitimer. Darum geht es mir: Über die kanonischen Dokumente die Kultur der Transition so zu beschreiben, wie sie sich selbst beschreibt, als ein zusammenhängendes Gefüge ganz bestimmter Knotenpunkte, Akteure und Ausschlüsse.

Die folgenden Abbildungen (5a-5c) bieten eine tabellarische Übersicht über Spaniens jüngste Geschichte. Sie bieten das orientierende Gerüst, an dem sich meine historische Rekonstruktion entfaltet.

Abb. 5: Chronologie des nachfranquistischen Spaniens (1975–2011) entlang der kanonischen Literatur

1. Phase: Die Transition von Diktatur zu Demokratie (1975–1982)

1975–1982					
Regierung 1975–1977: Interimsregime von Monarch Juan Carlos I und Adolfo Suárez, 1977–1982: Regierung der Zentrumspartei UCD unter Suárez (1977–1981) und Leopoldo Calvo-Sotelo (1981–1982)					
Ereignisse	Nov. 1975	Sept. 1977	Okt. 1977	Dez. 1978	Febr. 1981
	Tod des Diktators Francisco Franco	erste demokratische Wahlen seit dem Bürgerkrieg (1936-1939)	Pactos de la Moncloa, Einigung auf ökonomisches Modell Spaniens	Verabschiedung der Verfassung, Gründungsmythos der spanischen Demokratie	vereitelter Putschversuch, letzte große Destabilisierung des politischen Systems

2. Phase: Spaniens Modernisierung unter sozialistischer Führung (1982–1996)

1982–1996					
Regierung Regierung des sozialdemokratischen PSOE unter Felipe González					
Ereignisse	Nov. 1982	Sept. 1986	Okt. 1989	Dez. 1992	Frühe 1990er Jahre
	absolute Mehrheit der Sozialisten	Eintritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft	Erster Generalstreik gegen den PSOE, Gewerkschaften auf Oppositionskurs	Olympiaden in Barcelona und Sevilla, Inszenierung als modernes Land	Korruptionsaffären, Legitimationsverlust der sozialistischen Regierung

3. Phase: Spanien als »normaler« westlicher Staat (1996–2011)

	1996–2004		2004–2011		
Regierung	Regierung d. konservativen PP unter José Mariá Aznar		Regierung d. sozialdemokratischen PSOE unter José Rodríguez Zapatero		
				// Bruch	→
Ereignisse	Frühe 200er Jahre	März 2004	2004/2005	Aug. 2011	Ab Mai 2011
	Wirtschaftsboom, Spanien als eines der wachstums- stärksten Länder Europas	Islamist. Attentate in Madrid (Atocha), Regierung verdächtig zunächst baskischen Terrorismus	Abzug spanischer Truppen a. d. Irak, Symbol für ideo- logischen Kurswechsel	Schulden- bremse im Eilverfahren in Verf. fest- geschrieben, Großkonsens PP/PSOE	Proteste der Inidgnados, Besetzung von zentralen Stadtplätzen durch Protestcamps

Die Einteilung des postfranquistischen Spaniens in drei differenzierte Phasen orientiert sich an meinem Textkorpus. Ich nehme diese Dreiteilung auf, wobei ich die Aufmerksamkeit auf die beiden ersten Phasen von 1975 bis in die frühen 1990er Jahre lenke. Dies folgt der Schwerpunktsetzung meines Textkorpus. In der kanonischen Literatur werden die ersten beiden Jahrzehnte der spanischen Demokratie als ihre *Prägephase* bezeichnet, die später nurmehr eine Konsolidierung erfährt (vgl. Maravall/Santamaría 1993: 229–242, Juliá 2000). Damit ist nicht gesagt, dass sich Spanien in den 2000er Jahren nicht verändern würde, aber dass die grundlegende Ordnung, die das Land definiert, in den vorherigen Dekaden gesetzt wurde. Diese prägende Phase der Entfaltung der Demokratie in Spanien steht hier im Zentrum. Dieses Kapitel dreht sich um die Jahre, in denen sich das Projekt der Transition erst auf politischer Ebene und dann, in den 1980er Jahren, auf gesellschaftlicher Ebene als Modernisierungsprojekt entfaltet. In diesen Jahrzehnten wird die Topographie der nachfranquistischen Gesellschaft definiert. Was in dieser Prägephase, wie sich zeigen wird, noch sehr brisante und keineswegs unstrittige Positionen sind, sedimentiert in den Folgejahrzehnten zu einem (fast) allgemeingültigen Commonsense. Aus dem politischen Projekt wird eine Kultur, die sich über die spanische Gesellschaft legt.

Eine Idee sei der Analyse vorausgeschickt: Das demokratische Spanien zeichnet sich bis 2011 – und darüber hinaus – durch ein Schlüsselmerkmal aus, das sich über alle anderen Kategorien legt. Es ist der Topos, dass Spanien durch die Transition zu einem »normalen Land« aufsteigt, vergleichbar zu westeuropäischen Nachbarstaaten wie Frankreich, Italien oder, vor allem, Deutschland (vgl. del Campo/Tezanos 2008: 25). Der *Normalisierungstopos* dient als Gradmesser, um den Erfolg der Transition im engen Sinne und der Demokratie im weiten Sinne festzumachen.⁸ Spaniens Normalisierung wird

8 Die Erzählung über die demokratische Transition und Konsolidierung ist gleichwohl kein einheitlicher Block, der bruchlos einen hegemonialen Diskurs erzeugt. Es gab schon vor den Empörtenprotesten ab 2011 jahrzehntelang einige (jedoch wenige) kritische Stimmen mit Spaniens Entwick-

auf verschiedenen Ebenen nachgewiesen. Zunächst erscheint sie als ideologische Mäßigung der politischen Akteure. Sowohl der sozialistische PSOE als auch der konservative PP begraben »radikale« linke und rechte Bezugspunkte und orientieren sich an gemäßigten Vorbildern wie der deutschen Sozialdemokratie oder der britischen *Conservative Party* (vgl. für den PSOE: Molina 2010). Zudem geschieht die Normalisierung auf ökonomischem Terrain. Die spanische Wirtschaft baut angeblich überholte Industrien ab (Kohleabbau, Schiffbau, Chemieindustrie). Dagegen setzt sie auf Tourismus, Finanzen, Immobilien und den Dienstleistungssektor, um sich im europäischen Binnenmarkt zu behaupten. Des Weiteren wird die Normalisierungstendenz sozialstrukturell festgemacht. Gegenüber der ehemaligen Spaltung des Landes zwischen einer großen Arbeiter- und Bauernklasse und einer kleinen Oberschicht von Bourgeoisie, Lehnsherren und Adel entsteht ab den 1960er Jahren eine breite urbane Mittelklasse. Diese wird als Garant dafür stilisiert, dass Spaniens Normalisierung erfolgreich geschieht und als unumkehrbares Faktum erscheint, wird doch die junge Mittelschicht als gemäßigt, unpolitisch, konsumorientiert und fortschrittsorientiert gezeichnet. Letztlich offenbart sich die Modernisierung in symbolischen Großereignissen, in denen sich das neue Spanien auf internationaler Bühne zur Schau stellt. Als Sinnbild dafür stehen im Jahr 1992 die Olympiaden in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla. In diesen Großevents zeigt Spanien, so Pereira-Muro (2015: 219), sein »modernes Gesicht«, das Land gewinnt an »Visibilität und internationalem Prestige«.

Dass Spanien endlich seine Sonderstellung verloren habe und ein westlicher Staat geworden sei – entlang dieses normativen Leitmotivs strukturiert die kanonische Literatur ihre Erzählung rund um die knapp vier Jahrzehnte, die vom Ende des Franquismus bis zum Ausbruch der Empörtenproteste reichen. Die folgende Analyse wird sich an diesem Motiv orientieren und es in einem konzeptuellen Dreischritt aufschlüsseln. Ich beschäftige mich zuerst mit dem Gründungsmythos der Transition, anschließend mit der Konsolidierungszeit der 1980er Jahre und blende zuletzt beide Epochen übereinander, um die Kultur der Transition ganzheitlich darzustellen.⁹

2 Die Kultur der Transition

2.1 Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos

Die historische Rekonstruktion der Kultur der Transition beginnt mit dem Zeitraum von kaum drei Jahren, die im engen Sinne als Übergang von der franquistischen Diktatur

lung nach 1975. Sie beschreiben ein abgeschottetes politisches System, das sich teilweise noch im Erbe des Franquismus bewegt, lamentieren den Rückgang von Mobilisierungen und sozialen Konflikten ab den frühen 1980er Jahren als Demokratiedefizit und betrachten den Normalisierungstypus als Verschleierung von Spaniens ungelösten Problemen. Für diese randständigen Kritiken beispielhaft stehen die Schriften von Francisco Fernández Buey, Gregorio Morán oder Vicenç Navarro.

- 9 Dabei ist die Warnung von Rafael Núñez Florencio (2010: 16) im Hinterkopf zu behalten: »Das moderne Spanien, in Europa integriert, für manche ein politisches Modell und für andere ein kulturelles Vorbild, hat auch seine Gespenster.«

hin zur Errichtung der Demokratie bezeichnet werden. Die Darstellung reicht vom Tod des Diktators Francisco Franco am 20. November 1975 bis zum Inkrafttreten der Verfassung am 6. Dezember 1978. Drei Großereignisse definieren, so die hegemoniale Erzählung, diese kurze Zeitspanne: der Antritt von Juan Carlos I als Nachfolger Francos (Dezember 1975), die Debatte und Verabschiedung des Gesetzes über die politische Reform (1976/1977), schließlich das Inkrafttreten der demokratischen Verfassung (Dezember 1978). Jedes dieser Ereignisse markiert je für sich einen spezifischen Bruch mit der Vergangenheit. Es wird dort eine generationale, demokratische und systemische Wende inszeniert. Die folgende Darstellung stützt sich im Folgenden vorwiegend auf die Arbeiten, die im Onlineportal *Rincón del Vago* zu den Themen »Transition« und »Demokratie« veröffentlicht wurden. Ihre Interpretation der Transitionsjahre ist besonders prägnant. Es sei nochmals an die Eigenheiten dieser historisch orientierten Diskursanalyse erinnert: Die folgende Darstellung erzählt die für die Kultur der Transition bedeutsamen Ereignisse im Stile einer Narration. Möglichst mimetisch werden neben den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen die Darstellungsformen der gesichteten Dokumente zum Sprechen gebracht.

Ereignis 1: Juan Carlos I als Staatsoberhaupt Spaniens (Nov. 1975) Die Bekanntgabe, dass König Juan Carlos I die Nachfolge von Francisco Franco an der Staatsspitze antreten werde, besiegelte das Ende der Diktatur, die seit 1939 bestanden hatte. Bereits vor dem Tod Francos hatte Juan Carlos in Spanien und Europa politische Beziehungen geknüpft, um Spanien in eine neue demokratische Epoche zu führen. Der Monarch war sich bewusst, dass sich »das Regime des betagten Diktators seit Jahren auflöste und in eine Sackgasse geglitten war« (Fernández 2015: 2). Dagegen war der 1938 geborene Juan Carlos zum Zeitpunkt von Francos Ableben noch keine 40 Jahre alt. Er verkörperte eine junge Generation, die den Bürgerkrieg nicht erlebt hatte und die bestrebt war, Spanien aus seinem rückschrittlichen Zustand zu befreien.

Der König verfolgte von Anfang an einen gemäßigten Reformkurs. Er strebte einen friedlichen Übergang zur Demokratie an, die sich in der Losung *de la ley a la ley por la ley* (vom Gesetz zum Gesetz über das Gesetz) verdichtete. Spanien sollte schrittweise die franquistische durch eine demokratische Legitimität ersetzen. Juan Carlos I suchte das politische System von innen zu reformieren. Der Monarch selbst verkörperte vorzüglich diese organische Transition, nahm er doch ein Scharnierstellung zwischen alter und neuer Ordnung ein. Der König fungierte als »Brücke zwischen der autoritären Vergangenheit und der demokratischen Zukunft« (Devecchi 2015: 6). Das Reformprojekt des Königshauses setzte in diesem Geiste auf die Doppeleinbindung der reformorientierten Sektoren des Franco-Regimes und der moderaten demokratischen Opposition. Der Monarch wollte einen Regimewechsel herbeiführen, der radikale Kräfte ausschloss, um Unsicherheit und Chaos zu vermeiden. Der folgende Abschnitt illustriert den Zuschnitt des gemäßigten Reformprojekts von Juan Carlos gegenüber seinen Widersachern:

Niemand, weder Linke noch Rechte, konnten vermuten, welche Rolle der neue Monarch Don Juan Carlos spielen würde. **Die Rechte** war von der Lebensfähigkeit des Franquismus nach Franco überzeugt. Weder die Schlüsselinstitutionen noch die Grundgesetze des Franquismus sollten angetastet werden. Um das Land an die neuen Zeiten

anzupassen, waren [aus rechter Sicht] bloß wenige institutionelle Retuschen notwendig.

Auch **die Linke** setzte nicht auf Juan Carlos. Der damalige Generalsekretär der kommunistischen Partei, Santiago Carrillo, nannte ihn »Juan Carlos den Kurzlebigen«.

Doch Don Juan Carlos engagierte sich tatkräftig für eine konstitutionelle, demokratische und parlamentarische Monarchie. Um dieses Projekt zu verwirklichen, bedurfte es seitens der Regierung ein entschlossenes Reformprogramm. Ein Programm, das friedlich mit der Regimeopposition abgesprochen wurde. (Anybel 2015: 2, H. i. O.)

Im Abschnitt sticht zunächst die politische Schlüsselrolle von Juan Carlos I hervor. Gegenüber der Geringschätzung der Linken (»Juan Carlos der Kurzlebige«) entfaltet der König ein eigenständiges politisches Profil, das mit den Vorstellungen des rechten wie des linken Lagers bricht. So öffnet sich ein Horizont abseits der langjährigen Polarisierungstendenzen Spaniens. Zudem beweist der König Standhaftigkeit, er verfährt sein Programm gegen mächtige Widersacher. Sein Programm ist nicht deckungsgleich mit dem institutionellen Franquismus der Rechten. Eine Kontinuität des autoritären Staatsapparats kommt für ihn nicht in Frage. Für ihn bedarf das Land mehr als bloß einige »institutionelle Retuschen«, um sich an die »neuen Zeiten« nach Franco anzupassen. Dies führt zum Inhalt des Projekts von Juan Carlos I. Es hat durchweg demokratische Markenzeichen, es möchte Spanien auf einen westeuropäischen Modernisierungspfad bringen. Was kann 1975 zeitgemäßer sein als eine »konstitutionelle, demokratische und parlamentarische Monarchie«? Was ist vernünftiger als ein »entschlossenes Reformprogramm«, das »friedlich« mit der Regimeopposition koordiniert wird, um alte Zwietracht zu vermeiden? Die Kernbotschaft des Zitats ist unmissverständlich: Mit dem Antritt von Juan Carlos I an der Staatsspitze beginnt die demokratische Transition. Der junge König verkörpert ein neues Spanien, das sich »der Wiedereinrichtung der Demokratie verpflichtet« (Medus 2015: 4).

Ist der Monarch Juan Carlos I die eine Symbolfigur von Spaniens Neuanfang, so ist der ähnlich junge Präsident Adolfo Suárez die andere. Die kanonischen Darstellungen sind sich einig, dass die Präsidentschaft von Suárez ab Juli 1976 die demokratische Transition einleitete. Die folgenden drei Zitate pointieren den Antritt von Suárez als Präsident in je spezifischer Weise:

Juan Carlos I ersetzte Arias Navarro durch Adolfo Suárez. Dieser wurde damit beauftragt, die Transition durchzuführen. (Ebd.: 5)

[Der König] ernannte Adolfo Suárez 1976 zum Regierungspräsidenten. Suárez demonstrierte das politische System des Franquismus durch die sogenannte demokratische Transition und steuerte Spaniens Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie. (Fernández 2015: 1)

Die zweite Regierung der Monarchie unter dem Vorsitz von Adolfo Suárez vollzog in der Innenpolitik eine radikale Wende: Sie legalisierte die politischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen und rief die ersten freien Parlamentswahlen aus. (Anybel 2015: 4)

Die Zitate stimmen in zwei Punkten überein. An erster Stelle heben sie hervor, dass Juan Carlos I für die Regierung von Suárez verantwortlich ist. Der Monarch entscheidet, den noch durch Franco ernannten Arias Navarro durch den 1976 erst 43-jährigen Minister Adolfo Suárez – der allerdings im Franco-Regime schon erste Verwaltungserfahrungen gesammelt hatte – an der Regierungsspitze zu ersetzen. Das erste Zitat ist aufschlussreich: »Dieser [Suárez] wurde [von Juan Carlos] damit beauftragt, die Transition durchzuführen.« Der Monarch erscheint als faktisches Exekutivorgan, ihm fällt die *Agency* über Spaniens Regierungsbildung und ihren politischen Kurs zu. Und Juan Carlos I entscheidet sich aus seiner aufgeklärten Position heraus, Suárez als den idealen Kandidaten auszuwählen, um Spaniens Demokratisierung zu leiten. An zweiter Stelle rücken die Zitate die persönliche Entschlossenheit von Suárez in den Vordergrund. Der neue Präsident leitet Grundlagenreformen ein, er »demontiert das politische System des Franquismus«. Es ist Suárez, der eine »radikale Wende« der spanischen Politik vollzieht. Er legalisiert Parteien und Gewerkschaften, er ruft die ersten freien Parlamentswahlen aus, er »steuert« Spaniens »Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie«. Ist Juan Carlos I persönlich für die Ernennung von Suárez verantwortlich, so übernimmt dieser eine nicht minder große Verantwortung für Spaniens Neubeginn. Juan Carlos I und Adolfo Suárez – dieses Führungstandem führt im kanonischen Narrativ Spanien fast schon im *Alleingang* von der Diktatur zur Demokratie.

Der Antritt von Juan Carlos I zum Staatsoberhaupt vermittelt die Kernbotschaft, dass Spaniens demokratische Reformen auf Entscheidungen der obersten Exekutive beruhen. Die Legitimität von Monarch und Präsident besitzt hierbei einen doppelten Ursprung. Auf der einen Seite verankert sich ihre Legitimität im franquistischen Regime. Juan Carlos als Staatsspitze und Adolfo Suárez als Minister des Regierungskabinetts seit 1975 legen dar, dass sich das Franco-Regime nicht gewaltsam auflöst, sondern von innen her erneuert. Auf der anderen Seite besitzen aber Suárez wie Juan Carlos I eine demokratische *Gesinnung*, durch die sie in die Nähe der Regime-Opposition und ihrer Forderungen rücken. In diesem Sinne vereint sich in den Personen des Monarchen und Präsidenten zugleich »die franquistische Ordnung und der politische Wandel« (Anybel 2015: 2). Die Scharnierstellung von Suárez und Juan Carlos I zwischen Franco-Regime und demokratischer Opposition ist entscheidend, verspricht sie doch eine von oben betreute Evolution des Franco-Regimes zur Demokratie ohne Umbrüche oder Konflikte.

Ereignis 2: Gesetz zur politischen Reform (Herbst 1976) Der betreute Übergang zur Demokratie äußert sich paradigmatisch im zweiten Großereignis, das den Gründungsmythos von 1978 konstruiert. Es ist *la Ley para la Reforma Política* (das Gesetz für die politische Reform). Das Inkrafttreten dieses Gesetzes Ende 1976 macht den demokratischen Übergang »irreversibel« (Crisloki 2015: 3), es entmachtet die franquistische Ständekammer und setzt einen verfassungsgebenden Prozess in Gang. Das Gesetz legalisiert alle politischen Parteien, richtet das allgemeine Wahlrecht ein und bekräftigt die Grund- und Freiheitsrechte. Für dieses weitreichende Reformprogramm nimmt Suárez sowohl mit der Opposition als auch mit den Regimekräften Gespräche auf. Durch sein geschicktes Vorgehen gelingt es ihm, sowohl linke als auch rechte Kritiker zu überzeugen – und radikale Regimegegner auszugrenzen (vgl. ebd.: 3f.). Das Gesetz ist in vielerlei Hinsicht ein tiefgreifender Richtungswechsel. Erstmals seit 40 Jahren wird das Prinzip der Volkssou-

veränität anerkannt, erstmals nehmen die seit 1939 verbotenen kommunistischen (PCE) wie sozialistischen (PSOE) Parteien an der politischen Auseinandersetzung teil. Das Gesetz über die politische Reform bedeutet einen radikalen Schnitt, es markiert den Wendepunkt von der Diktatur zur Demokratie. Das folgende Zitat hält fest: »Adolfo Suárez reichte das Gesetz zur politischen Reform ein. Die franquistische Kammer nahm es am 18. November 1976 an. Die Demokratie wurde ausgerufen.« (Chamito 2015: 6)

Hier ist die allgemeine Darstellung zu verlassen und in die dichte Beschreibung der Rede zu treten, in welcher der damalige Präsident Adolfo Suárez das Gesetz über die politische Reform der Öffentlichkeit vorstellt. Er tut dies am 10. September 1976 mit einer Direktschaltung der nationalen Fernseh- und Radiosender. Die viel gelobte Ansprache von Suárez veranschaulicht relevante Diskursstränge des hegemonialen Projekts der Transition. Im Folgenden greife ich einige exemplarische Passagen der Ansprache heraus. Zunächst ist ihr Auftakt interessant:

Heute stellt das Regierungskabinett das Gesetz für die politische Reform dem Nationalrat und, zur angebrachten Zeit, der Kammer (*cortes*) vor. Damit stehen wir auf der Zielgeraden eines Prozesses, der vor langem begann. In vernünftiger Übereinstimmung mit der demokratischen Aufrichtigkeit haben wir uns vorgenommen: Das spanische Volk soll zu Wort kommen. (Suárez 1976, 0:39-0:50)

Der Beginn der Ansprache ist unmissverständlich. Die Suárez-Regierung reicht in die franquistischen *cortes* (Kammern) ein Gesetz ein,¹⁰ das sich dem Prinzip der Volkssouveränität verpflichtet und auf diese Weise den Demokratisierungsprozess zu beschleunigen sucht. Besonders prägnant fällt die Verpflichtung mit dem Prinzip der Volkssouveränität aus. Suárez, ein nicht gewählter, sondern vom Monarchen bestimmter Präsident, stellt fest: Der Demokratisierungsprozess ist unausweichlich, er dauert schon lange an, wurde aber bisher nicht vom politischen System anerkannt. Überdies sticht die »demokratische Aufrichtigkeit« hervor, mit der sich Suárez verpflichtet, dem spanischen Volk »das Wort« zu geben. Demokratie und Volkssouveränität – dies sind die beiden Achsen, um die sich die Rede von Suárez dreht.

Wenn sich die »nationale Souveränität im Volk« verortet, dann muss dieses Volk so früh wie möglich zum politischen Akteur werden. Das Projekt zur politischen Reform setzt sich nach Suárez das Ziel, dem spanischen Volk demokratische Ausdruckskanäle zu geben. Das Reformprojekt erscheint dabei als eine nachrückende Revolution, es passt das politische System an die gesellschaftliche Realität an. Mit der berühmten Formulierung, dass »die Normalität der Straße zur politischen Normalität werden solle«, leistet der Präsident eine rhetorische Objektivierung seines politischen Vorhabens. Die Demokratisierung wird als unausweichlich stilisiert. Sie ist eine soziale Tatsache, an die sich die Regierung zwangsläufig anpassen muss. Damit geschieht eine zentrale Verschiebung. Für Suárez stellt sich nicht die Frage, *ob* die spanische Gesellschaft nach Jahrzehnten der Diktatur eine demokratische Öffnung fordert, sondern *wie* die gesellschaftliche Forderung nach Demokratie einen politischen Ausdruck findet. Suárez beschreibt das so: »[Das Projekt zur politischen Reform] ist ein einfaches und realistisches Projekt. Es

10 Diese Kammer wurde 1977 vom bis heute bestehenden Parlament, *El Congreso de los Diputados*, abgelöst.

soll als formale Kanalisierung dienen, damit das Volk die ihm zustehende Führungsrolle ausübt.«

Das folgende Zitat zeigt, wie Suárez die demokratische Ordnung anstrebt:

Ich sagte Wahlen und dies ist, in der Tat, der Schlüsselpunkt des Projekts. Die geplanten Verfassungsänderungen werden erlauben, dass die Kammern [*cortes*] – das Parlament und der Senat – so früh wie möglich, in jedem Fall vor Juni 1977, aus universalen und geheimen Wahlen hervorgehen.

Auf diese Weise nimmt das Volk teil an der Gestaltung seiner Zukunft. So also erhebt das Volk seine Stimme und wählt seine Repräsentanten. Diese Repräsentanten fällen dann die Entscheidungen, die das nationale Gemeinwesen als Ganzes betreffen. (Suárez 1976, 3:19-4:00)

In den ersten Sätzen bekräftigt Suárez, dass die Wahlen im Zentrum des Projekts für die politische Reform stehen. Die legislativen Kammern, Parlament und Senat, sollen demokratisch bestimmt werden – und damit zu den Säulen von Spaniens politischem System avancieren. Zudem wird der Demokratisierung ein konkreter Zeithorizont (Juni 1977) gegeben. Besonders interessant ist aber die zweite Passage des Zitats, die nach dem kurzen Innehalten von Suárez ansetzt. Das Prinzip der Volkssouveränität wird durch repräsentative Mechanismen ergänzt. Indem das Volk seine Repräsentanten wählt, nimmt es an der Gestaltung seiner Zukunft teil. Das Verb »teilnehmen« (*participar*) ist hier wichtig. Das Volk hat keinen direkten, sondern nur einen vermittelten Einfluss auf die kollektive Selbstregierung. In letzter Instanz ist es nicht das Volk, sondern es sind seine Repräsentanten, welche die Entscheidungen fällen, »die das nationale Gemeinwesen betreffen«. Das Volk übt seine Souveränität nicht direkt aus, sondern delegiert sie an seine Repräsentanten.

Auf diese Weise artikuliert Suárez das Ideal einer *betreuten Souveränität*. Das Volk ist zwar souverän, es bedarf aber der Repräsentanten, um sich zu regieren. Diesen Repräsentanten obliegt die letzte Entscheidungsmacht. In der Rede verbindet sich dieses repräsentative Souveränitätsideal mit dem Motiv des bruchlosen Regimewechsels vom Franquismus zur Demokratie. Suárez betont, dass die Demokratisierung keinem totalen Bruch mit der franquistischen Vergangenheit gleichkomme. Angestrebt werde die »Transition von einem System der legitimen Delegation der Autorität hin zu einem System der vollen und verantwortlichen Teilhabe« (Suárez 1976: 7:10-7:16). Die Transition sieht Suárez als organische Evolution von der franquistischen Diktatur zur konstitutionellen Monarchie. Der spanische Rechtsstaat solle verteidigt, »konstitutionelle und legale Brüche verhindert« und die franquistische Legalität an die demokratischen Reformen »ohne totale Brüche« angepasst werden (ebd.). Diese Zielrichtung ist nicht zufällig. 1976 ist ein Jahr der großflächigen Mobilisierung der antifranquistischen Opposition. Der vorsichtige Souveränitätsbegriff von Suárez delegitimiert dezidiert den revolutionären Maximalismus der linken Oppositionskräfte. Die Transition, die der Präsident anstrebt, nimmt gewisse Kräfte mit und grenzt andere aus.

Die Ideale einer betreuten Souveränität und einer bruchlosen Evolution aus dem Franquismus heraus stehen bei Suárez im Zeichen einer gebändigten Demokratie. Sie schreibt zum einen dem Konsens eine Schlüsselrolle zu. Um den Regimewechsel durchzuführen, strebt der Präsident ein Großkonsens aller relevanten Akteure an. Dafür

müssen Maximalpositionen verlassen und Kompromisse geschmiedet werden. Zum anderen schließt die Demokratie, wie sie Suárez in seiner Rede vom 10. September 1976 anvisiert, das Volk zwar nicht aus, ermächtigt es aber auch nicht so stark, dass daraus ein chaotischer, gesetzesloser Bruch mit dem Ist-Zustand folgen könnte. Nicht das Volk, sondern seine Repräsentanten haben die politischen Entscheidungen zu fällen.

Das Gesetz für die politische Reform wird im Dezember 1976 per Referendum angenommen. Bei einer Wahlbeteiligung von 77 Prozent stimmen über 94 Prozent der Wahlberechtigten dem Text zu. Daraus folgt zunächst die breitflächige Legalisierung politischer Parteien, einschließlich der kommunistischen PCE. Am 15. Juni 1977 finden dann die ersten demokratischen Wahlen der nachfranquistischen Zeit statt. Sie können als »Gründungswahlen« gelten, denn sie beenden den Franquismus und richten eine demokratische Ordnung ein (vgl. Devecchi 2015: 11). Aus diesen Wahlen geht die Zentrums-partei UCD von Suárez mit 34,6 Prozent der Stimmen und 165 von 350 Sitzen als klare Wahlsiegerin hervor. Es folgen die Sozialisten (PSOE) mit 29,4 Prozent, die Kommunisten (PCE) mit 9,3 Prozent, die Konservativen (AP) mit 8,8 Prozent sowie die baskischen und katalanischen Nationalisten. Die Wahlen verwirklichen somit das beruhigte Evolutionsszenario, das Adolfo Suárez in seiner Rede anvisiert hatte. Zwei moderate Volksparteien sind entstanden, UCD rechts der Mitte und der PSOE links von ihr. Dies mäßigt die Pluralität des Parlaments und begünstigt Konsensfindungen rund um mittige Positionen (vgl. Anybel 2015: 8).

Ereignis 3: Große Pakte, neue Verfassung (1977/1978) Nach den Wahlen von 1977 wird ein verfassungsgebender Prozess eingeleitet. Zwei Schlüsselereignisse symbolisieren den Gründungskonsens des nachfranquistischen Spaniens. Erstens sind dies die *Pactos de la Moncloa*, die im Oktober 1977 von den zentralen Parteien, Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden unterzeichnet werden. Die Pakte haben eine doppelte, politische und ökonomische Schlagseite. Auf politischer Ebene bereiten sie die Demokratisierung des Staatsapparats vor. Dazu gehören die Presse-, Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Prominent werden die *Pactos de la Moncloa* aber wegen ihrer wirtschaftspolitischen Vereinbarungen: »Es wird ein ambitioniertes Programm zur Sanierung und Reform der spanischen Wirtschaft [entworfen].« (Anonym 2015: 2) Liberale, linke und konservative Akteure einigen sich auf einen grundlegenden Austeritätskurs. Er beinhaltet Maßnahmen wie Lohnzurückhaltung, Verringerung öffentlicher Ausgaben, Krediteinschränkungen und Erhöhung der allgemeinen Abgabenbelastung. Als Gegenleistung verspricht die Suárez-Regierung den Gewerkschaften und linken Parteien ein ambitioniertes Reformprogramm: von der Steuerreform über die Effizienzerhöhung der Sozialversicherung und der Reorganisation des Finanzsystems hin zur Einleitung von Demokratisierungsreformen (vgl. Maravall 1984).

Die *Pactos de la Moncloa* führen die spanische Wirtschaft auf den europäischen Binnenmarkt zu. »Man musste das bestehende Regulierungssystem abbauen, um den Eintritt in die Europäische Gemeinschaft (EG) vorzubereiten und die Flexibilität von Verwaltung und Volkswirtschaft zu erhöhen, um sie mit den westlichen Wirtschaftssystemen zu harmonisieren«, so fasst es Anybel zusammen (2015: 6f.). Die Pakte sind aber vor allem symbolisch bahnbrechend. Dass die postfranquistische Partei AP mit Sozialisten und Kommunisten oder der Arbeitgeberverband CEOE mit den linken Gewerkschaften

UGT und CCOO eine Vereinbarung erzielen, versinnbildlicht einen Paradigmenwechsel. Die Pakte stehen für »Spaniens politischem Neuanfang unter moderatem Vorzeichen« (Carolina 2015: 3). An ihnen beteiligen sich die verantwortungsbewussten Hauptakteure des Landes. Radikale Gruppierungen, etwa die faschistische Organisation Falange, die anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT oder die baskische Terrororganisation ETA werden von der sich bildenden Konsenskultur ausgeschlossen (vgl. ebd.). Es ist der erste Höhepunkt jener neuartigen Konsenspolitik, »that played a central role in establishing and consolidating the present democratic regime« (Gunther et al. 2004: 7).

Das eigentliche Gründungsmoment des demokratischen Spaniens besteht in der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Die am 6. Dezember 1978 in Kraft getretene Verfassung gilt Autoren wie Bernecker (2009: 49) als »größte Leistung Spaniens im 20. Jahrhundert«. Für andere ist der Text der »Grundrahmen des modernen Spaniens« (Berye 2015: 4) oder die »normative Quelle von Spaniens Demokratie« (Medus 2015: 6). Nach den Generalwahlen von Juni 1977 und nachdem die *Pactos de la Moncloa* im Herbst ein generelles Verständigungsklima geschaffen haben, einigen sich im Frühling 1978 die parlamentarischen Fraktionen auf eine Expertenkommission, »die Verfassungsväter«, welche die Ausarbeitung des Verfassungstextes in Angriff nimmt. Nicht zuletzt aufgrund ihrer konsensuellen Erstellung erweist sich die Verfassung als Symbol des neuen Spaniens: »Die Verfassung von 1978 symbolisiert den gemeinsamen Weg, den die Spanier schließlich einschlugen. Sie wurde zum Mechanismus, um Spaniens historische Konflikte zu lösen und das friedliche Zusammenleben aller sicherzustellen.« (Anonym: 2015: 8)

Die Verfassung definierte Spaniens Staatsform als eine konstitutionelle Monarchie mit der klassischen Gewaltenteilung von Exekutive, Legislative und Judikative. Die legislative Funktion wird durch ein Zweikammerparlament ausgeübt, einer territorialen, dem Senat, und dem *Congreso de los Diputados* (Parlament). Letzterem kommt die zentrale legislative Macht zu, die die exekutive Regierungsgewalt wählt. Hingegen spielt die Monarchie eine primär symbolische Rolle. Als Staatsoberhaupt verkörpert Juan Carlos I die Einheit der Nation, ist oberster Befehlshaber der Streitkräfte, soll politisch mäßigend wirken und das Funktionieren der Institutionen gewährleisten.

Der Artikel des Verfassungsvaters Gregorio Peces-Barba (1978), »Die neue spanische Verfassung aus rechtsphilosophischer Perspektive«, vermittelt einen Eindruck des Gründungsgeistes, der den demokratischen Neuanfang beseelt. Dies legt Peces-Barba schon anhand des ersten Verfassungsartikels dar, der Spaniens Staatsform definiert: »Spanien konstituiert sich als sozialer und demokratischer Rechtsstaat, der als Grundwerte seiner Rechtsordnung die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Gleichheit und den politischen Pluralismus verfiht.« (Peces-Barba 1978: 22) An dieser Definition des demokratischen Rechtsstaates ist für Peces-Barba zentral, dass sie zu gleichen Teilen liberale und sozialistische Traditionen beinhaltet. Mit diesem Plädoyer wird dem Autor zufolge die liberale Rechtstradition durch eine sozialistische ergänzt. Erst die politische Vorreiterrolle der Arbeiterbewegung erklärt, warum das Wahlrecht, das Versammlungsrecht und ökonomische, kulturelle, ja sozialen Rechte im Allgemeinen zu Verfassungsrechten geworden sind (vgl. ebd.: 27f.). Im neuen Verfassungstext stünden liberale und sozialistische Elemente in einem Mischverhältnis, und gerade dies sei die Stärke des Textes. Liberale Freiheitsrechte und sozialistische Gleichheitsrechte bedürfen einander.

Für Peces-Barba lässt sich der sozialistische Gleichheitsanspruch nur innerhalb einer liberalen Demokratie verwirklichen.

Diese Verschränkung von Sozialismus und Liberalismus wendet eine doppelte Gefahr ab. Zum einen läutert sie vor der marxistischen Verachtung des liberalen Rechtsstaates als bloßem Überbau der kapitalistischen Wirtschaftssystems – eine Verachtung, die demokratiefeindlich sei und zum Totalitären neige (vgl. ebd.: 43). Zum anderen bewahren für den Autor sozialistische Elemente vor einer rein liberalen Rechtskonzeption, die subjektive Freiheitsrechte zum alleinigen Dreh- und Angelpunkt der Gesellschaft erkläre. Der demokratische Sozialismus, für den Peces-Barba steht, stelle dagegen einen starken Sozialstaat sicher, der Demokratie und Umverteilung fördere. Dies zeige sich anhand von Grundsätzen der neuen Verfassung wie direktdemokratischen Partizipationsmechanismen, staatlicher Wirtschaftskontrolle und -planung, der Unterordnung des Bruttoinlandsprodukts unter das Allgemeininteresse oder soziale Rechte wie die auf Wohnen, Bildung, Gesundheit oder würdevolle Arbeit (vgl. ebd.: 31f.).

Die Verflechtung liberaler und sozialistischer Rechtsverständnisse legt offen: In der Verfassung von 1978 hat für Peces-Barba der politische *Pluralismus* eine Schlüsselrolle. Solange die Verfassung mit der demokratischen Grundordnung vereinbar sei, gestatte der neue Rechtstext sehr verschiedene Deutungslinien. Diese pluralistische Prägung sei insofern bemerkenswert, als der Pluralismus eine abhängige Variable des Freiheitsbegriffes sei – und *kein* für sich stehender Rechtswert (vgl. ebd.: 38). Doch was garantiert, dass der Pluralismus als Gleichgewicht verschiedener politischer Traditionen gilt und nicht in die eine oder in die andere Richtung überhandnimmt?

Peces-Barba ist kein Rechtspositivist, sondern bekennender Schmittianer. Die Geltung der Verfassung sieht er in rechtsübergreifenden *politische Faktoren* aufgehoben. Dass im Rechtstext Liberalismus und Sozialismus eingeflossen sind, dass in ihm der Pluralismus so zentral ist, erklärt sich durch die Konjunktur der Transitionsjahre. Politische Kräfte verschiedenster Couleur haben sich zusammengetan, um einen Kompromiss über Spaniens Neuanfang zu finden. Ihr Konsens *stiftet* die junge demokratische Ordnung. Doch so zentral dieser Konsens ist, er bleibt eine kontingente politische Entscheidung verschiedener Akteure. Keine übergeordnete Instanz, weder Monarch noch Präsident oder Verfassung, kann ihre Konsensfindung auf Dauer stellen. Sie muss politisch gelebt werden. Peces-Barba schließt den Artikel emphatisch: »Der Konsens ist das Übereinkommen aller großen politischen Kräfte in der Gesellschaft und daher auch im Staatsapparat, um die Geltung der Verfassung zu bekräftigen. Dieses Übereinkommen ist in einer demokratischen Gesellschaft notwendig, es stellt die Geltung der Verfassung sicher.« (Ebd.: 44)

2.2 Modernisierung unter sozialistischem Vorzeichen?

Die Transitionsjahre sind der Gründungsmythos der spanischen Demokratie. Rund um die beiden Knotenpunkte einer betreuten Volkssouveränität und eines gemäßigten Konsenses entsteht eine neue politische Kultur. Auf ihrer Grundlage erlebt dann Spanien in den 1980er Jahren einen Wandel, der nicht mehr nur politisch ist, sondern überdies wirtschaftlich und sozialstrukturell. »Wir werden Spanien von oben bis unten verändern. Nicht einmal die Mutter, die das Land Spanien gebar, wird es wiedererkennen«

– die rustikale Losung des PSOE-Vize Alfonso Guerra am Wahlabend des Erdrutschsieges seiner sozialistischen Partei im Oktober 1982 sollte sich als treffsichere Prognose erweisen. Tatsächlich verändert sich während der langen PSOE-Regierung (1982–1996) unter Felipe González Spanien in seinen Grundfesten. Die große Erzählung der Kultur der Transition liest diese Veränderungen als *Normalisierung*, als nachholende Modernisierung des südeuropäischen Landes. Die Transitionsjahre (1975–1982) und die spätere Modernisierungsdekade erscheinen in der hegemonialen Selbstbeschreibung als zwei Teile einer übergreifenden Bewegung. Der politische Wandel der 1970er Jahre bereitet den Gesellschaftswandel vor, den die sozialistischen González-Regierungen in den 1980er Jahren forcieren. Um Spaniens Modernisierung zu beschreiben, verfare ich in drei Schritten: Zuerst fokussiere ich den Sieg des PSOE im Jahr 1982, anschließend betrachte ich die konkrete sozialistische Regierungspolitik anhand dreier Reformvorhaben der Verwaltung sowie der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Zuletzt wird zu zeigen sein, wie sich die Konservativen Ende der 1980er Jahre durch ihre Neugründung als *Partido Popular* (Volkspartei, PP) dem Modernisierungsprozess anpassen.

1982, der Wandel beginnt Der Sieg des PSOE am 28. Oktober 1982 ist mehr als ein Wahlsieg. Er markiert das Ende einer historischen Etappe und den Beginn einer neuen Zeit (vgl. Montalbán 2005). 1982 geht die Transition im engeren Sinne zu Ende. Spanien tritt in eine Periode der demokratischen Normalisierung und Konsolidierung. So wie Adolfo Suárez und Juan Carlos I die modellhafte Transition von der Diktatur zur Demokratie verkörperten, so verdichtet sich im neuen Präsidenten, dem jugendhaften, charismatischen Sozialisten Felipe González, das neugewonnene Selbstbewusstsein eines Landes, das seine konfliktbehaftete Vergangenheit zu begraben scheint. In diesem Sinne sind die Wahlen von 1982 weniger ein normales Parlamentsvotum als ein »Plebiszit über die Regierungsübernahme durch die Sozialisten« (Maravall/Santamaría 1993: 326). Die Wahl von 1982 ist in drei Hinsichten besonders. Erstens erlangt der PSOE mit 48 Prozent der Gesamtstimmen und 202 von 350 Abgeordneten eine »europäisch beispiellose Mehrheit« (ebd.), welche die neugewählte Regierung mit enormer Legitimität versieht. Sie wird zum Symbol der langjährigen Hegemonie des PSOE von González. Weiterhin ist die sozialistische Regierungsübernahme ein politischer Bruch. Erstmals seit über 40 Jahren übernimmt eine linke Kraft das Kabinett. Anders als die Zentrumspartei UCD von Suárez, die sich größtenteils aus ehemaligen franquistischen Eliten zusammensetzte, rekrutiert der PSOE seine Kader aus der demokratischen Opposition. Letztlich bewirkt die Wahl von 1982 eine Tiefenverschiebung der Parteienlandschaft. Sowohl die zentristische UCD als auch die kommunistische PCE werden bedeutungslos. Die konservative *Alianza Popular* (AP), geführt vom ehemaligen Franco-Minister Manuel Fraga, wird zur einzigen Alternative des PSOE. Auf diese Weise entsteht 1982 das imperfekte Zweiparteiensystem, das in seinen Grundlinien bis 2015 gilt.

Worin besteht das politische Projekt, das die Sozialisten der spanischen Gesellschaft anbieten? Sowohl das Wahlprogramm des PSOE von 1982 als auch die Antrittsrede von Felipe González als spanischer Präsident sind hierfür aufschlussreich. *Por el cambio* (Für den Wandel), so ist der paradigmatische Titel eines Programms, das bereits in seiner Einleitung Akzente setzt:

Die nächsten Generalwahlen werden eine gute Gelegenheit sein, damit die spanischen Bürger ihre Führungsrolle zurückerlangen und ihren Willen zu Fortschritt und Solidarität neu bekräftigen. Am 28. Oktober, parallel zur Wahl der Volksrepräsentanten in den Parlamentskammern, wird das Volk einer neuen Mannschaft die Verantwortung geben, die seinen Willen zum Wandel garantiert und durchführt. (PSOE 1982: 5)

Zunächst fällt auf, dass der Hauptdarsteller des Wandels nicht die Partei PSOE ist, sondern die spanischen Bürgerinnen. Es liegt an ihnen, sich »ihre Führungsrolle« zurückzuerobern und ihrem »Willen zu Fortschritt und Solidarität« neuen Antrieb zu verschaffen. Das Volk erscheint als verhinderter Souverän, der den Einfluss gewisser Mächte – die im Dunkeln bleiben – abschütteln muss, um sich (erneut) seine Führungsrolle zu sichern. Das Volk verlangt Wandel, es kann aber seine Blockade nur durch das Zutun tugendhafter Repräsentanten (»die neue Mannschaft«) beheben. Dass sich das Volk »Veränderung und Fortschritt« wünscht, ist weniger eine Diagnose als die diskursive Konstruktion einer sozialen Tatsache. Die bescheidene Stilisierung als Mittel des Wandels wird von einem weitaus ambitionierteren Subtext durchzogen: Wir, die Sozialisten, drücken den Wandlungswillen des spanischen Volkes politisch aus.

Der Folgeabschnitt erklärt, was diesen Wandlungswille auszeichnet: »Die große Mehrheit der Spanier ist sich bewusst, dass ihre Hoffnungen auf Modernisierung und Transparenz von Staatsstrukturen, Gesellschaft und Wirtschaft wiederholt durch die unsichere Politik der jüngsten Regierungen frustriert worden ist.« (Ebd.) Das spanische Volk wünscht sich also einen bestimmten, noch unverwirklichten Wandel. Weder Modernisierung noch Transparenz sind bisher zur Genüge erreicht, weder im Staatsapparat noch in Wirtschaft oder Gesellschaft. Bisher standen dem Veränderungswillen Regierungen im Weg, die, so der Folgesatz, mit »reaktionären und egoistischen Gruppen« verweben waren und dabei die »wahren« Probleme der Gesellschaft verachteten (ebd.). Doch es gibt ein Exempel dafür, dass der Wandel möglich ist. Die Verfassung von 1978 »ist ein Modell des Zusammenlebens, der Freiheiten und der individuellen und sozialen Rechte. Die Verfassung bietet den idealen Rahmen, um das Land zu modernisieren. Aber dieser Rahmen wurde von den sozialen und politischen Kräften, die bisher die Macht hatten, nicht genutzt.« (Ebd.) Sogar im Erfolgsbeispiel der Verfassung schlägt sich das Topos der Blockade nieder. Um das Modernisierungsversprechen endlich einzulösen, muss eine neue, tugendhafte Regierung übernehmen:

Wir Spanier müssen den aktuellen politischen Stillstand überwinden. Wir müssen aus der ökonomischen Krise herauskommen, die demokratischen Strukturen des Staates und der Verfassungsfreiheiten vollkommener entwickeln und den ineffizienten Verwaltungsapparat rationalisieren. Damit werden wir Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheiten bekämpfen. (Ebd.)

Dieser Abschnitt des Wahlprogrammes kurz nach den einleitenden Passagen stellt kondensiert dar, wie der PSOE aus einer klaren Krisendiagnose heraus die Eckpunkte seines Programmes entwickelt. Wie das Zitat offenlegt, ist das große Gegenwartsproblem nicht nur »der politische Stillstand«, sondern auch die Wirtschaftskrise. Gegen die Gefahr des politischen Stillstandes und der Wirtschaftskrise präsentiert der PSOE ein Reformpro-

gramm, das sich um vier Achsen dreht: Die Wirtschaft muss dynamisiert, der spanische Staat demokratisiert, die Freiheiten entwickelt und die Verwaltung rationalisiert werden.¹¹ Ich ziehe jetzt die am 30. November 1982 gehaltene Antrittsrede von Felipe González zum Präsidenten heran, um diese Schwerpunkte zu genauer zu untersuchen.

Genauso wie im Wahlprogramm bezeichnet der frischgewählte Präsident González den Wandel als kollektives Begehren des spanischen Volkes, dem sich der PSOE verpflichtet. Die Botschaft lautet: »Das Volk hat den Wandel gewählt und unsere Pflicht ist, ihn zu realisieren. Dies ist ein Wandel nach vorn, ein Wandel, der auf Zukunft setzt, der Wandel eines Landes, das sich in Friede und Freiheit entwickelt.« (González 1982) Nach González orientieren sich die Regierungsleitlinien an drei Prinzipien: sozialer Frieden, nationale Einheit und Fortschritt.

Auszeichnend für den Sozialisten ist das Prinzip des Fortschritts. González liest den Fortschritt als Wirtschaftswachstum, der den materiellen Wohlstand der Bürgerschaft erhöht und damit soziale Gerechtigkeit herstellt (vgl. ebd.). Entscheidend ist die *Kausalitätsbeziehung*: Um soziale Gerechtigkeit und Wohlstand zu erreichen, bedarf es ökonomischen Wachstums. In über einem Drittel seiner einstündigen Rede beschreibt González die Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft. Von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über die Senkung der Inflation hin zur Verringerung des Defizits in Zahlungsbilanzen und Verwaltung stellt González dar, wie sein Kabinett für Wachstumsraten sorgen will. González fordert wohlweislich *keine* expansive Wirtschaftspolitik. Der Staat soll als Kontrolleur und Impulsgeber einer freien Marktwirtschaft auftreten, die von sich aus Güter, Dienstleistungen, Investitionen und Arbeitsplätze herstellt (vgl. ebd.). Für den neuen Präsidenten kann der Staat Wohlstand nicht erzeugen, sondern bloß die Wachstumsdynamiken unterstützen, welche die Subjekte auf dem Arbeitsmarkt erzeugen (vgl. ebd.). Der Grundgedanke von González ist, dass die freie Marktwirtschaft Wohlstand erzeugt, der Staat sie dabei stimuliert und soziale Ungleichheiten mildert.

Parallel zu diesem liberalen Wirtschaftsverständnis plädiert González für die Schaffung eines Wohlfahrtsstaates nach europäischem Vorbild:

In diesem Sinne muss der öffentliche Sektor neben der Stimulierung und Unterstützung vorrangiger Initiativen auch eine Palette an sozialen Diensten anbieten, die für die fortgeschrittenen Länder unabdingbar geworden sind.

Dies widerspricht nicht der Tatsache, dass in einem Wirtschaftssystem wie dem spanischen der Privatsektor die entscheidende Rolle in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen spielt, genauso wie in Investitionen und Beschäftigung – und so haben wir es in unserem Wahlprogramm festgehalten. (Ebd.)

Der Tenor lautet, dass die Früchte des ökonomischen Wachstums in einen Sozialstaat fließen sollen, von dem alle Bürger profitieren. Die Entfaltung des Sozialstaates habe sich nach González an den Bedürfnissen benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu orientieren. So soll ein erweitertes und effizienteres Gesundheitssystem besonders der älteren

11 Diese Achsen strukturieren das Wahlprogramm des PSOE und machen vier seiner fünf Hauptkapitel aus: I. Die Wirtschaftskrise und Arbeitsplätze, II. Eine gerechtere und egalitäre Gesellschaft, III. Eine freiere Gesellschaft und IV. Die Reform der Verwaltung und des Staates der Autonomen.

Generation und den ärmeren Schichten zugutekommen. Von der Reform der Universitäten und des Bildungswesens sollen wiederum die jungen Generationen profitieren (vgl. ebd.). Auch Maßnahmen wie den Umweltschutz, die Erweiterung von Sozialwohnungen, den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen oder der Sicherheitskräfte führt González als wichtige sozialstaatliche Maßnahmen an.¹²

Die Reformpläne der öffentlichen Verwaltung sind besonders ambitioniert. Es geht um den Entwurf eines »neuen Modells der öffentlichen Verwaltung«, der sie aus den »Logiken der Vergangenheit« befreit und sie zum Exempel von Austerität, Korrektion und Effizienz macht (ebd.). Dafür bedarf es für González vor allem eines *Wertewandels*. Die Verwaltung muss aus neuen Inspirationsquellen schöpfen, sie muss sich »professionelle Fähigkeiten, Dienstleistungsgeist und eine ethische Grundorientierung« (ebd.) aneignen. Die angepeilten Reformen orientieren sich an Managementprinzipien der freien Marktwirtschaft. Angepeilt werden die Verringerung des Verwaltungshaushalts, die Einführung von Evaluationsmaßnahmen zur Effizienzsteigerung oder die Vereinfachung interner Abläufe zur Bewältigung eines größeren Arbeitsvolumens (vgl. PSOE 1982: 41). Der implizite Grundimpuls dieses Reformpakets ist das Motiv einer nachholenden Revolution, die Angleichung der Verwaltung an eine bereits modernisierte Gesellschaft. Das Wirtschaftswachstum, der Aufbau des Sozialstaates oder die Modernisierung der Verwaltung ergeben ein Programm, das als Modernisierungsprojekt antritt. Der PSOE lanciert einen *effizienten Wandel*. Es geht ihm nicht mehr um große – sozialistische – Ideologien,¹³ sondern um pragmatische Reformen, die dem Fortschrittswunsch der Bürgerinnen entsprechen sollen und Spanien (endlich) in einen modernen westeuropäischen Staat verwandeln.

Das PSOE-Projekt: Spaniens (liberale) Modernisierung Drei Dokumente belegen eindrücklich, wie der PSOE von González ab 1982 den Signifikanten »Modernisierung« ausbuchstabiert. Diese Texte und Reden drehen sich um die drei Politikbereiche von Verwaltung, Finanzmaßnahmen und Wirtschaftspolitik. Zunächst fokussiere ich die Reformpläne der öffentlichen Verwaltung, die der Minister Joaquín Almunia 1989 im Positionspapier »Reflexionen über die Modernisierung der Staatsverwaltung« veröffentlicht und als *Libro Azul* (blaues Buch) bekannt macht. Das Verwaltungsministerium unter Almunia setzt seine Reformpläne auf zwei Ebenen an. Zum einen möchte es die Verwaltung *entpolitisieren*. Das Selbstverständnis des öffentlichen Dienstes soll verändert werden, es darf der Bevölkerung nicht mehr – wie noch im Franquismus – als autoritärer Apparat entgegenreten. Die Beamten müssen ihre Arbeit als Dienstleistungen für die Bürger uminterpre-

12 Viele dieser Vorhaben avancierten zu großen Staatsreformen, die das Land bis in die Gegenwart prägen. Als besonders zentral erwiesen sich die Reformen des Gesundheitssystems, der Rentenkasse und des Bildungswesens. Sie waren die drei Säulen des von den González-Regierungen geschaffenen Sozialstaates (vgl. Ysàs 2011: 28ff.).

13 Es sollte nicht vergessen werden, dass die liberale, in großen Teilen wirtschaftsliberale Orientierung des PSOE eine junge Erscheinung war. Bis 1979 definierte sich die Partei als Klassenpartei und hielt am Marxismus als ihrer Leitideologie fest. Der Vorsitzende des PSOE ab 1974, Felipe González, machte sich indes für eine sozialdemokratische Neuorientierung nach dem Modell der SPD Willy Brandts stark. Eine SPD, die ihrerseits über die Friedrich-Ebert-Stiftung den PSOE in der Transition maßgeblich unterstützt und beeinflusst hatte (vgl. Muñoz 2010).

tieren (vgl. Ministerio de Administraciones Públicas, kurz: MAP 1989: 20). Die Entpolitisierung der Verwaltung kommt folglich einer Professionalisierung gleich. Zum anderen sieht das Ministerium eine *strukturelle Modernisierung* des Verwaltungsapparates als notwendig an. Die Pläne des Positionspapiers ziehen sich von der Umorientierung der Funktionsweisen über die Reorganisation materieller Mittel und Vorgehensweisen bis hin zu Neugestaltung und Ausbau der Personalabteilung (vgl. ebd.: 21, 24). Diese Modernisierung soll die Verwaltung im Geiste von Effizienz und Leistungserhöhung grundlegend transformieren. Dafür sind technische und organisatorische Veränderungen notwendig, doch nicht ausreichend. Ein modernisierter (und entpolitisierter) öffentlicher Dienst steht im Zeichen eines übergreifenden Wandlungsprozesses:

Man muss sich bewusst sein, dass die umfassende Reform solch einer großflächigen Institution wie der des öffentlichen Dienstes nicht bloß technischen Kriterien entsprechen kann. Vielmehr ist das fundamentale Ziel, eine **neue Kultur** in die Verwaltung **aufzunehmen**. Das heißt, die bestehenden Werte und Verhaltensweisen durch andere zu ersetzen, die in Einklang mit den Zielen der Modernisierung und Effizienz stehen, für die sich die Reform einsetzt. (MAP 1989: 21, H. i. O.)

Die neue Verwaltungskultur, für die sich Almunias Ministerium ausspricht, ist eine *Unternehmenskultur*. Der öffentliche Dienst soll sich am Exempel eines Privatbetriebes orientieren. Die neuen Werte, die Spaniens Verwaltung neuen Schwung geben sollen, entstammen der Betriebswirtschaft. Dies wird dort deutlich, wo das Positionspapier die Schlüsselwerte der neuen Verwaltungskultur aufzählt (vgl. ebd.: 23f.). Dort laufen alle Punkte auf eine Grundbotschaft zu: Je mehr sich der öffentliche Dienst an die Regeln der freien Marktwirtschaft anpasst, desto größer werden sein Erfolg und seine Modernität. Die Verwaltung müsse wie ein Unternehmen auf Effizienz und Leistung achten (vgl. ebd.: 23), ihre Autonomie gegenüber der politischen Exekutive wahren, sich auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen ausrichten oder eine flexible Organisationsstruktur besitzen, die ständig überprüft und optimiert wird. Zudem muss sich die Verwaltung einen neuen Pfeiler schaffen: die Humanressourcen. Die Verwaltung als moderner Arbeitgeber erhöht die Leistung seiner Mitarbeiterinnen, indem er diesen beständige Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten anbietet und überdies nur motivierte Mitarbeiter anstellt.

Das Modernisierungsprojekt des PSOE beschränkt sich nicht auf Verwaltungsreformen, es soll die gesamte Wirtschaftsordnung erfassen. Das zweite Dokument, der Gesetzesentwurf »Maßnahmen der Wirtschaftspolitik« von 1985 verdeutlicht dies. Das Gesetz ist vom Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer erstellt worden. Dieser repräsentiert den rechten Flügel des PSOE und ist eine Schlüsselfigur des González-Kabinetts (vgl. Cuevas 2015: 8f.).¹⁴ Boyers Verteidigung des Papiers im Parlament ist aufschlussreich. Der Minister beginnt mit einer düsteren Diagnose: Spaniens Wirtschaft befinde sich sowohl aufgrund der negativen Konjunktur der Weltwirtschaft (Nachwirkungen der

14 Dieses Gesetzesvorhaben wurde nur in Ansätzen realisiert. Boyer gab 1985 den Posten als Wirtschafts- und Finanzminister auf. Seine Ambition, eine Umstrukturierung des Regierungskabinetts zu forcieren, um seine liberale Wirtschaftsvision (noch) umfassender zu realisieren, wurde vom Präsidenten González blockiert. Sein Nachfolger und Vertrauter, Carlos Solchaga, vertrat allerdings eine nicht minder liberale Wirtschaftspolitik.

Ölkrise) als auch wegen internen Faktoren (Verteuerung der Lebensmittel, Arbeitslosigkeit) in einer schwierigen Lage. Dies mache Maßnahmen notwendig, die darauf ausgerichtet seien, »das Wachstum von interner Nachfrage und von Inversionen zu unterstützen und die spanische Wirtschaft zu flexibilisieren« (Boyer in *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados*, kurz: DSCD 1985: 9414). Boyer umreißt die strategischen Grundsätze der Regierung, um Spanien wieder auf den Wachstumspfad zurückzuführen und die Arbeitslosenraten zu reduzieren: die Verringerung des Haushaltsdefizits, eine moderate Lohnentwicklung dank der verantwortungsvollen Haltung der Sozialpartner, die Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der spanischen Unternehmen; die Sanierung des Produktivapparates des Landes und seine industrielle Umstrukturierung (s.u.), letztlich die schrittweise Flexibilisierung von Spaniens Wirtschaft, um deren Potential freizusetzen. Dies sind die ökonomischen Leitlinien, denen nach Boyer das PSOE-Kabinett folgt.

Beispielhaft für Spaniens ökonomische Neuausrichtung sind Flexibilisierungsmaßnahmen des Wohnungsmarktes. Es soll ein neuer, flexibler Mietmarkt geschaffen werden:

Indem sich der Pool von Mietwohnungen vergrößert, wird sich auch die Mobilität der Arbeiter erhöhen. Denn dies war eine der größten Schwierigkeiten für die industrielle Umstrukturierung. Die Arbeiter hatten in einen Ort der Halbinsel investiert und weigerten sich später, umzuziehen oder eine neue Arbeit zu suchen. Denn es war für sie zu schwierig, ihren Wohnsitz aufzugeben oder zu verkaufen und einen anderen zu finden. (Boyer in ebd.: 9416)

Der Minister verknüpft im Zitat die Vorstellung eines flexibleren Immobilienmarktes *kausal* mit der eines dynamischeren Arbeitsmarktes. Die Veränderungen im Mietrecht flankieren ein neues Gesellschaftsmodell. Die als *Decreto-Boyer* bekannte Gesetzesverordnung der PSOE-Regierung, die im Frühling 1985 (Real Decreto-ley 2/1985) beschlossen wird, annulliert die automatische Verlängerung der Mietverträge, die im Franquismus gegolten hatte. Stattdessen erlaubt sie, dass Eigentümerinnen und Mieter die Dauer des Mietvertrages frei regeln – und vor allem flexibel befristen. Arbeitnehmer sollen dadurch, so Boyer, von nun an unproblematisch ihren Wohn- und Arbeitsort wechseln können, womit gerade Jüngere rasch einen Beruf finden sollen. Ihnen könne der flexibilisierte Mietmarkt gestatten, sich leichter von ihrem Elternhaus zu emanzipieren und eine eigenständige Zukunft zu schaffen (vgl. ebd.: 9416f.). Diese Deregulierung wird den Grundsockel für Spaniens deregulierten Mietmarkt der Folgejahrzehnte legen. Bis in die späten 2010er Jahre werden befristete Mietverhältnisse systematisch ausgebaut.¹⁵ Der Leitfaden von Minister Boyer im Jahr 1985 gilt lange: »Spaniens Wirtschaft hat von jedem

15 In einem Gesetz von 1994 (Ley 29/1994) wurde – durch die letzte González-Regierung – diese Flexibilisierung noch einmal vertieft und eine prinzipiell auf fünf Jahre begrenzte Mietdauer festgelegt. Die konservative Regierung Rajoys verkürzte 2013 (Ley 4/2013) diese Dauer auf drei Jahre, die linke Koalitionsregierung von PSOE und Podemos verlängerte sie (Real Decreto-Ley 7/2019) erneut auf fünf Jahre (bzw. bei juristischen Personen auf sieben). Zum Zeitpunkt des Schlusslektorats dieser Arbeit (Frühjahr 2023) blieb die Gesetzgebung zur Wohnpolitik samt einer neuen Regulierung des Mietmarktes einer der umstrittensten Punkte in der Regierung.

Schritt profitiert, der hin zu einer Beseitigung von Hemmnissen und zu einer größeren Flexibilisierung gemacht wurde.« (Ebd.: 9418) Boyer sieht so auch in Spaniens Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft eine Chance, den schwerfälligen Etatismus des Franquismus zu beenden und demgegenüber die private Initiative und die freie Konkurrenz zu fördern.

In der folgenden Parlamentsdebatte kritisiert der konservative Abgeordnete Rodrigo Rato – 25 Jahre später Finanzminister im Rajoy-Kabinett (Kap. V.1.b) – den Gesetzesentwurf der Sozialisten. Rato bemängelt einerseits die Liberalisierungsschritte Boyers dafür, nicht weit genug zu gehen, inkohärent zu sein und bloß zeitweilig angewendet zu werden, um die Krise zu überwinden (vgl. Rato in ebd.: 9419). Andererseits wirft der AP-Politiker Rato dem PSOE-Minister Boyer vor, eine buchstäblich zu konservative Politik zu verfolgen:

Die Sprache, die sie [Boyer] seit mehr als zwei Jahren bezüglich der spanischen Wirtschaft gebrauchen, ist die der Aktivitätsreduktion. Sie erzählen uns, dass wir die Inflation durch Lohnsenkungen und Steuererhöhungen bekämpfen sollen, dass wir das Haushaltsdefizit durch weniger öffentliche Investitionen reduzieren sollen, dass wir den Gürtel enger schnallen müssen, dass wir schrumpfen und schlechter leben müssen. Die einzige Rettung des Landes soll ihrer Meinung nach auf dieser Politik basieren. (Rato in ebd.: 9424)

Wären ihre Parteizugehörigkeiten nicht bekannt, so könnte das Zitat nahelegen, dass Rato der Sozialist und Boyer der Konservative sei. Die Debatte zwischen beiden Politikern zeigt, wie sich Rato in Punkten wie der Lohnzurückhaltung oder der Liberalisierung von der wirtschaftsliberalen und wenig interventionistischen Linie der PSOE-Regierung absetzt und entschiedenere Interventionsmaßnahmen sowie höhere Staatsausgaben fordert. Wenn eine sozialistische Regierung selbst von ihrer konservativen Opposition in ihrer Wirtschaftspolitik für zu konservativ gehalten wird, dann verrät dies einen klaren wirtschaftspolitischen Kurs. Tatsächlich wird die PSOE-Regierung von Felipe González auf europäischer Ebene dafür bekannt, in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik eine liberale Grundorientierung zu verteidigen, die der konservativen CDU Helmut Kohls oftmals deutlich nähersteht als der sozialistischen Regierung François Mitterrands in Frankreich (vgl. Tusell 1999: 817ff., Andrade 2012: 392f.).

Letztlich sei auf den Gesetzestext »Über Umstrukturierung und Reindustrialisierung« eingegangen. Der Industrie- und Energieminister Carlos Solchaga stellt ihn Ende 1983 im spanischen Parlament vor. Erneut fungiert die Krisendiagnose als Ausgangspunkt. Für Solchaga steht das Land in einer Notlage. Spaniens Industrie ist veraltet, sie erweist sich als »eine der größten Hindernisse, um Spanien zu einer erwachsenen und modernen Gesellschaft zu machen [...] und den Bruch mit den mentalen Schemata und der Trägheit unserer Institutionen herbeizuführen« (Solchaga in DSCD 1983: 4255).

Ausgehend von dieser Diagnose unterstreicht Minister Solchaga, dass in der spanischen Gesellschaft Einvernehmen darüber bestehe, dass die Industrie des Landes umstrukturiert werden müsse (vgl. ebd.: 4259). Es sei, so Solchaga, eine wirtschaftliche »Anpassungsstrategie« nötig. Nur jene Wirtschaftszweige sollen überleben, die sich »in einer Atmosphäre des freien Wettbewerbs« in der Europäischen Gemeinschaft behaupten können (ebd.). Nach Solchaga darf die industrielle Umstrukturierung nicht von der Re-

gierung bestimmt werden. Vielmehr müsse sie von den Sozialpartnern getragen werden, von Arbeitnehmer- wie Arbeitgeberverbänden. Die Regierung definiert zwar die strategischen Industriesektoren, die umstrukturiert, besser gesagt, abgebaut werden sollen, etwa die Werften, den Bergbau, die Eisenindustrie, die Textilindustrie oder die Landwirtschaft. Das konkrete Vorgehen wird aber privaten Gesellschaften überlassen. Solchaga forciert eine Umstrukturierung, die durch private Umbaugesellschaften (*sociedades de reconversión*) in weitgehender Eigenregie und mit geringer Staatsintervention durchgeführt wird. Dies fördert eine »flexiblere Funktionsweise und statet die Maßnahmen des industriellen Umbaus mit einer größeren Effizienz und Rationalität aus« (Solchaga in ebd.). Der Minister expliziert seine Grundvorstellung der spanischen Modernisierung:

Diese Regierung glaubt inbrünstig an die Fähigkeit der spanischen Unternehmer und an das Verantwortungsbewusstsein der spanischen Arbeiter, um alle Probleme zu lösen, die sie direkt betreffen, und bei denen die Zukunft Spaniens als Industriestandort auf dem Spiel steht. (Ebd.)

Wie schon bei Boyers Liberalisierungsmaßnahmen sind auch bei Boyers Plänen die Reaktionen der politischen Fraktionen aufschlussreich. Diese folgen zwei Kritiklinien. Die erste hebt hervor, dass die Regierung die Umstrukturierung der Industrie zu wenig kontrolliere. Besonders die kommunistische PCE moniert, dass die Umstrukturierungsgesellschaften keiner öffentlichen Kontrolle unterlägen und faktisch Interessenvertretungen der Unternehmer seien (vgl. Inguanzo in ebd.: 4271ff.). Die Arbeitnehmerinnen sind dagegen bei den Reformplänen der spanischen Industrie marginalisiert worden. Gerade die einflussreiche Gewerkschaft CCOO bleibt von den Reformplänen der PSOE-Regierung ausgeschlossen, hat sie doch auf Mobilisierungen und Proteste gesetzt, um den industriellen Abbau aufzuhalten. Für den PCE geschehen die Reformen zu stark nach Maßgabe der Marktwirtschaft, während die öffentlichen Institutionen ihre Einflussmöglichkeiten willfährig preisgeben.

Den zweiten großen Kritikpunkt, den so gut wie alle Oppositionsfraktionen teilen, bringt der konservative Abgeordnete Lasuen Sancho (AP) auf den Punkt: Die Regierung unternehme eine industrielle Umstrukturierung *ohne* Reindustrialisierung, sie baue Industrie ab, ohne neue industrielle Bereiche zu schaffen. In diesem Sinne kritisiert Sancho die Reformen als bruchstückhaft. Die öffentlichen Ressourcen werden ihm zufolge nicht reinvestiert, sie werden nicht von den alten Wirtschaftszweigen abgezogen, um sie dann in neue Bereiche zu lenken. Nach Sancho vernachlässige es die Regierung, ambitionierte Investitionsprogramme zu schaffen (vgl. Sancho in ebd.: 4262). Sie baue, so Sancho, Stellen ab, bemühe sich aber nicht darum, eine neue Wirtschaftskultur zu schaffen (vgl. ebd.). Wo bleibe die Unterstützung zukunftssträchtiger Wirtschaftsbereiche? Für die Opposition fehlen langfristig orientierte Maßnahmen, obschon sie vonnöten wären – vor allem dort, wo der Stellenabbau infolge der Umstrukturierungsmaßnahmen am dramatischsten ausgefallen ist (vgl. Inguanzo in ebd.: 4272).

Es zeigt sich, dass die Gleichsetzung von Modernisierung mit Liberalisierung und Marktorientierung von den PSOE-Ministern Almunia, Boyer und Solchaga als Faktum gesetzt wird. Der Standpunkt der Minister ist repräsentativ für das Projekt der Modernisierung, das die sozialistische Regierung von González in den 1980er und 1990er Jah-

ren forciert. Dabei ist hervorzuheben, dass der Wirtschaftsliberalismus Solchagas, Almunias oder Boyers eingebettet ist ein umfassenderes Modernisierungsprojekt der spanischen Gesellschaft. Die Modernisierung erschöpft sich nicht in ökonomischer Liberalisierung, sie wird begleitet von einer sozialen Liberalisierung. Letztere schlägt sich nieder in der Legalisierung der Ehescheidung (1981), der (partiellen) Legalisierung der Abtreibung (1985), des Ausbaus öffentlicher Bildungseinrichtungen oder einer deutlichen Erhöhung der Sozialausgaben (1982: 38 %, 1996: 46 %). Alles Maßnahmen, die das linke Lager der regierenden Sozialisten vorantreibt (vgl. Pérez 2014: 66–71). Punktuelle Konflikte zwischen dem linken und dem rechten Lager der Sozialisten dürfen nicht verdecken, dass beide Lager an einem *übergreifenden* politischen *Projekt* partizipieren.¹⁶ Es ist ein Projekt, der Ungleiches zusammenführt. Spaniens entstehender Wohlfahrtsstaat und seine sozialstrukturellen Veränderungen sind von Anfang an verknüpft mit einem expliziten Wirtschaftsliberalismus, den selbst die konservative Opposition regelmäßig als zu offensiv bewertet. In seinen Grundsätzen ist die Gleichung Modernisierung = Liberalisierung = Wirtschaftsliberalismus nicht nur der in Gesetzesform gegossene Wunsch einiger PSOE-Minister, sie wird zu einem übergreifenden Diskurs. Die Kultur der Transition erzählt es wie folgt: In den 1980er Jahren entfaltete sich »ein friedlicher Evolutionsprozess, der von einer rückschrittlichen und archaischen Gesellschaft sowie einem autoritären Regime hin zu einer fortschrittlichen Demokratie und einer modernen Gesellschaft führte« (del Campo/Tezanos 2008: 13).

2.3 Der neue Konservatismus, ein freiheitliches Projekt

Wir Spanier wollten uns damals unseren europäischen Nachbarn angleichen. Wir sehnten uns nach einem offenen, integrierten und pluralen Land. Es gab also die Erwartung eines tiefgreifenden Wandels, es gab die Erwartung nach dem, was Ortega einen Horizontwandel nannte. Wir wollten in Freiheit leben und uns anders regieren, als wir bisher regiert worden waren.

(Rajoy 2003: 9)

Das Statement ist von Mariano Rajoy, 2011 bis 2019 spanischer Präsident und bei der Veröffentlichung der zitierten Schrift (2003) designierter Nachfolger von José María Aznar an der Spitze der konservativen Volkspartei *Partido Popular* (PP). Die zitierte Passage entstammt einem Artikel, in dem Rajoy sein Projekt vorstellt. Dort verteidigt er, dass der PP die Partei des Zentrums sei. Aus Sicht Rajoy's ist es dem PP gelungen, zu einer großen

16 Man sollte, so Ysàs (2011: 28f.), die Lagerbildung von »Liberalen« und »Linken« in den González-Regierungen weniger als Konflikt denn als pragmatische Arbeitsteilung sehen. Das rechte Lager gestaltete die wirtschaftspolitischen Ressorts, das linke Lager verantwortete Reformen im Gesundheitsbereich, Bildungssystem und der Justiz.

Sammelpartei zu avancieren, die alle liberalen und konservativen Strömungen der spanischen Gesellschaft vereint (vgl. Rajoy 2003: 15). Die Volkspartei ist vergleichbar mit den anderen großen Mitte-rechts-Parteien Europas, besonders dem französischen UMP und der deutschen CDU. Kräfte, deren demokratische Grundüberzeugung und politischen Liberalismus niemand in Frage stellen würde. Und so reiht auch Rajoy in seinem Rückblick auf die Transition die spanischen Konservativen in die Reihen jener ein, die für den Regimewechsel von Diktatur zu Demokratie eintraten und sich nach einem »offenen, integrierten und pluralen Land« sehnten. Genauso wie die Mitte-rechts-Parteien der westeuropäischen Nachbar- und Vorbildländer erscheint der PP als Bastion der Demokratie, als überzeugter Verfechter politischer Freiheiten.

Rajos Plädoyer ist aber irreführend. Die Wurzeln des PP sind deutlich undemokratischer als die seiner westeuropäischen Schwesterparteien. In der Transition bleibt die Positionierung des PP ambivalent. Die Partei wird im Oktober 1976 als *Alianza Popular* (AP) von sieben Ministern des letzten Franco-Kabinetts gegründet. Der ehemalige Informations- und Tourismusminister Manuel Fraga wird 1976 Vorsitzender der Partei und bleibt dies bis 1986. In den Transitionsjahren lehnt die AP das Franco-Regime nicht ab, sondern beruft sich positiv auf seine Errungenschaften. Für die AP-Politiker hat der Franquismus 35 Jahre Frieden garantiert und seit den 1950er Jahren für einen Wirtschaftsaufschwung und zur Entfaltung einer breiten Mittelklasse geführt. So verteidigt die konservative Partei die franquistische Modernisierung als ihre fast schon natürliche Legitimitätsgrundlage, sie sucht die Unterstützung der Gesellschaftsschichten, die von der Franco-Diktatur profitiert hatten (vgl. Gallego 2008: 195). Das Projekt der AP für die Zeit nach Franco besteht zunächst in einer sogenannten *democracia a la española*, in der partiellen Ergänzung des autoritären Regimes mit liberaldemokratischen Elementen.

Aber die Kombination von Kontinuität und Wandel, vom Übergang zur Demokratie ohne Bruch mit der Diktatur, versinnbildlicht der junge, charismatische Adolfo Suárez und seine Zentrumsparterie UCD glaubhafter als Fraga und die AP. Im Schatten von Suárez bleibt die AP minoritär, sie wird zur Klientelpartei der Nostalgikerinnen des Franquismus. 1978 lehnen fünf von 18 AP-Abgeordneten Spaniens neue Verfassung ab. Ihnen geht der Bruch mit dem Franco-Regime zu weit. Von der Anerkennung verschiedener Nationalitäten in Spanien bis zur Legalisierung von Abtreibung oder Scheidung schätzen sie die junge *constitución* skeptisch ein (vgl. Penella 2005: 347–360). Erst nachdem Anfang der 1980er Jahre die UCD aus internen Gründen implodiert, steigt die AP mit 25,6 Prozent zur konservativen Großparterie auf. Doch trotz dieses qualitativen Sprungs bleibt die AP in der Oppositionsrolle gefangen. Wahl auf Wahl revalidiert der PSOE seine Regierungsmehrheiten. Für die Konservativen stellt sich die Frage: Wie kann die sozialistische Vorherrschaft gebrochen werden?

Dass sich die AP ab 1989 als *Partido Popular* neu ausrichtet, hängt maßgeblich mit dem Anspruch zusammen, ein konservatives Projekt gegen die Sozialisten aufzustellen und mehrheitsfähig zu machen. Die Ausrichtung von der AP zur großen Mitte-rechts-Partei geschieht ab Ende der 1980er Jahre und geht zu erheblichen Stücken auf die Impulse des neuen Parteivorsitzenden, José María Aznar, zurück. Ähnlich wie Felipe González 1982 – doch nun im konservativen Spektrum – verkörpert der Enddreißiger Aznar eine sowohl ideologische als auch generationale Wende. Die konservative Neuausrichtung unter Aznar verkapseln zwei wichtige Reden. Die erste ist die Konferenz im Kulturclub

Siglo XXI (1988), die zweite der Abschlussvortrag am X. Parteitag des PP (1990). In diesen Interventionen werden die Leitlinien skizziert, welche die Konservativen als liberale Kraft neu aufstellen sollen.

In der Konferenz »Ein Vorschlag für die rechte Mitte« im *Club Siglo XXI* im Februar 1988 lautet die Diagnose Aznars: Die Hegemonie des PSOE ist unbestreitbar, sie muss als Ausgangspunkt genommen werden. Auf der strategischen Ebene haben die Sozialisten Machtpositionen im Staat und in der Gesellschaft besetzt, sie haben sich gleichsam an der Macht verstetigt. Der PSOE ist nach Aznar deshalb derart erfolgreich, weil er auf ideologischem Terrain mittige, ja moderate Positionen integriert hat und damit der Rechten ihren natürlichen Raum strittig macht. Die Sozialisten folgen einem Catch-all-Projekt, das auch rechte Positionen vereinnahmt: »In der Wirtschaftspolitik wurde dem PSOE vorgeworfen – wir haben ihm vorgeworfen – nicht sein eigenes Programm einzuhalten und sich unser Programm einzuverleiben.« (Aznar 1988)¹⁷

Eine Alternative zu den Sozialisten könne, so Aznar, der Liberalismus bieten. Eine liberale Politik würde gegenüber den Sozialisten den Anteil des Staates in der wirtschaftlichen Aktivität wie den sozialstaatlichen Ausgaben zurückfahren. Aznar geht vom Ideal eines schlanken und wenig interventionistischen Staates aus. Dieser soll seine Ausgaben reduzieren und die Arbeitslosengelder verringern, um auf diese Weise die Steuerzahlerinnen zu entlasten. Wenn man so will, konfrontiert der Konservative die liberale Wirtschaftspolitik der PSOE-Regierung mit einer *noch* liberaleren Vorstellung. Der spanische Staat ist für ihn noch immer zu schwerfällig und zu übermächtig, er muss weiter reformiert und verkleinert werden.

Das konstante Plädoyer Aznars dafür, dass sich der Staat zurückziehen und der Zivilgesellschaft die Hauptrolle überlassen soll, folgt einer spezifischen Maxime. Die Entschlackung der Verwaltung, die verstärkte Rolle der Regionalregierungen, die Durchführung von Effizienz- und Sparsamkeitsmaximen oder die Transparenz des öffentlichen Sektors stehen alle »im Dienste der Initiative, der sozialen Initiative, die Reichtum und Beschäftigung schafft, das heißt, im Dienste des Fortschritts« (ebd.). Die Reformvorhaben stehen, anders gesagt, im Zeichen der Entfaltung der freien Marktwirtschaft. Die soziale Initiative, auf die Aznar setzt, referiert nicht auf ehrenamtliche Tätigkeiten, sondern auf Arbeit, besonders auf die unternehmerische Initiative. Auch der Liberalismus Aznars ist ein Wirtschaftsliberalismus. Wo der Staat mit Adjektiven wie »schwerfällig«, »diskreditiert«, »aufgeblasen« oder »ineffizient« negativ codiert wird, wird die Marktwirtschaft als »dynamisch«, »frei«, »wertvoll«, »gesellschaftsbezogen« und »kompetitiv« aufgewertet (ebd.).

Die Gesellschaft, die Aznar stärken möchte, ist eine Marktgesellschaft. Sie übernimmt gegenüber dem Staat die Hauptrolle, lässt aber zugleich nicht-ökonomischen Tätigkeiten *keinen* Raum. Aznar verteidigt einen Neoliberalismus, den zu jener Zeit Ronald Reagan und Margaret Thatcher popularisiert haben. An Aznars Intervention sticht weniger hervor, dass sie neoliberale Vorstellungen enthält als vielmehr, dass der *Neoliberalismus* als das zukünftige Auszeichnungsmerkmal des spanischen Konservatismus artikuliert wird. In dieser Hinsicht vermeidet Aznar klassische Begriffe wie »rechts«

17 Da die Rede nur als Video mit geringer Ton- und Bildqualität verfügbar ist, wird auf Zeitangaben verzichtet.

oder »konservativ« und gebraucht stattdessen Konzepte wie mitte-rechts, liberal-konservativ oder, vor allem, liberal: »Ich glaube, dass ein eigenständiges politisches Projekt mit einem klar liberalen Profil möglich ist.« (Ebd.) Es soll ein Projekt sein, das sich »den Rechten und Freiheiten der Bürger« verpflichtet (ebd.).

Der Neoliberalismus bietet für die AP die Möglichkeit, sich zu regenerieren und zur modernen Rechten zu werden. Das große Problem der Konservativen nach dem Tod Francos war ihre Identifikation mit dem Regime. Eine Mehrheit ihrer Parlamentarier hatte – dies galt bis in die 1980er Jahre hinein – wichtige Posten im Franco-Regime bekleidet (vgl. Luz Morán 1989: 72f.). Dies sicherte der Partei zwar die Unterstützung einer bedeutenden Minderheit, verunmöglichte aber zugleich ihre Mehrheitsfähigkeit. Um zur Alternative des PSOE aufzusteigen, müssen nun die Konservativen das in Angriff nehmen, was den Sozialisten mit González so überzeugend gelungen ist: Zum Symbol des Neuen zu werden, Spaniens Fortschritt, Wohlstand und Europäisierung verkörpern. Um von einer »Strategie des Widerstandes zu einer Strategie des Sieges überzugehen«, so Aznars Formel (1988), muss sich die AP organisatorisch, ideologisch und personell erneuern, sie muss sich grundsätzlich verwandeln.

Die Modernisierung der AP bedarf der Verinnerlichung des Neoliberalismus, und sie bedarf desgleichen der Neuausrichtung zur Sammelpartei, die alle konservativen, liberalen und christdemokratischen Tendenzen in sich vereinigt. Die AP solle, so Aznar (ebd.), die »große liberal-konservative Synthese« verkörpern.¹⁸ Das heißt organisatorisch, dass die Politik der Wahlbündnisse mit kleinen konservativ-liberalen Gruppierungen aufgekündigt und eine Integrationsstrategie verfolgt wird. Wer mit der AP zur Wahl antritt, muss sich in die Partei integrieren und ihre Postulate akzeptieren. Zudem müssen nach Aznar die Konservativen die Eingliederung in die Europäische Volkspartei (EVP) suchen. Es sei, so der Parteivorsitzende, überfällig, die internationale Isolierung zu überwinden und eine weit stärkere Kooperation mit den konservativen Kräften Westeuropas einzugehen. Die damit einhergehenden Zugeständnisse wären vertretbar, der Imagewandel durch die Mitgliedschaft in der EVP enorm (vgl. ebd.).

Im Abschlussvortrag des X. Parteitages des PP *Centrados con la libertad* (Zentriert mit der Freiheit) im April 1990 macht Aznar seine Vision zum Parteiprogramm. Zunächst geht er auf die Neugründung der *Alianza Popular* (AP) als *Partido Popular* (PP) ein. Die Bezeichnung eignet sich explizit den europäisch etablierten Namen Volkspartei an. Zwar führt der PP die Gründungsideen der AP fort. Mit der Neugründung beginnt aber zugleich eine neue, zukunftsgerichtete Etappe. Das Abschlussplädoyer Aznars am Parteitag ist deutlich:

Mit der Neugründung der Partei bieten wir der spanischen Gesellschaft ein großes Projekt der Freiheit an. Wir haben volles Vertrauen in die Gesellschaft und bitten auch sie, uns Vertrauen zu schenken. [...] Wir möchten, dass die nun beginnende Etappe

18 Die Ambition, dass der PP die große konservative Sammelpartei sein müsse, hat Aznar auch nach seinem Rückzug aus der Politik immer wieder bekräftigt. Mehr noch: Aznars Ende der 1980er Jahre geprägte Formel griff ab 2019 der Vorsitzende der Konservativen, Pablo Casado, wieder auf, um zu unterstreichen, dass die rechtsliberale Partei Ciudadanos und die rechtspopulistische VOX mittelfristig in den PP integriert gehören.

uns definitiv als Regierungsalternative etabliert. Unsere Ideen und unser politisches Projekt gelten der gesamten spanischen Gesellschaft. (Aznar 1990: 24f.)

Was beim Vortrag im *Club Siglo XXI* von 1988 noch Aznars Zukunftsvision war, ist in der Abschlussrede des X. Parteitags Realität geworden. Der neugründete PP bietet der Gesellschaft ein ambitioniertes Projekt an, das sich um den Signifikanten der *Freiheit* dreht. Dabei ist bemerkenswert, wie Aznar den großen politischen Gegner, den PSOE von González, beschreibt. Für Aznar ist das sozialistische Projekt erschöpft. Es hat sowohl seine »ideologische Hegemonie« als auch seinen Charakter als »breiten historischen Block« eingebüßt und hält sich nur dank seiner parlamentarischen Mehrheit an der Macht (ebd.: 17). Aznar zieht eine Äquivalenz zwischen den Ostblockstaaten und dem PSOE, um hier wie dort das Ende des Sozialismus zu prophezeien. Der »erschöpfte PSOE« wird so sein einstiges Elan. Die Sozialisten erscheinen nicht mehr als Synonym für Wandel, sondern als eine erschöpfte Kraft, die »neuen Alternativen« zu weichen habe (ebd.). Um den PSOE an der Macht abzulösen, stilisiert ihn Aznar als Partei der Vergangenheit, wohingegen der PP die unverbrauchte Neuheit repräsentiert.

Um den PP als Regierungsalternative zu stilisieren, macht Aznar das Konzept einer *demokratischen Regeneration* stark. Das Projekt des PP steht für eine Revitalisierung des Verfassungsgeistes. Er möchte das Ansehen der Institutionen wiederherstellen, die Gewaltenteilung bekräftigen und das Bürgervertrauen in die Politik erneuern. Aznar verteidigt einen »neuen Politik- und Regierungsstil, der auf Dialog, Mäßigung und Toleranz basiert, so wie es der pluralen und offenen Gesellschaft entspricht, an die wir glauben« (ebd.: 22). Diese Zeilen lesen sich als der Kompromiss eines gemäßigten Liberalen mit dem Gesellschaftspluralismus – die franquistische Vergangenheit des PP und die parteiinterne Bedeutungslosigkeit von Christdemokratie und Liberalismus bleiben dethematisiert. So wird der PP mit einem ideologisch erneuerten Antlitz versehen, die keine Demokratiefeindlichkeit, keinen Antipluralismus und keine Intoleranz (mehr) erlaubt. Die spanischen Konservativen verteidigen eine liberale Idee Europas, sie treten für Wettbewerb, Effizienz und Freiheit und gegen jede Form des Sozialismus ein (vgl. ebd.).

Zentriert mit der Freiheit – der Titel von Aznars Vortrag ist Programm. Die Freiheit ist der Dreh- und Angelpunkt des *Partido Popular*, und wird es jahrzehntelang bleiben.¹⁹ Die Freiheit markiert für die Konservativen eine neue Etappe, namentlich ihre Neuerfindung als rechtsliberale Partei nach europäischem Muster. Die Artikulation des Freiheitsbegriffes gehorcht einem doppelten Impetus. Einerseits richtet er sich nach außen, er soll die ideologische Alternative zum PSOE sein. Gegenüber der (angeblich) interventionistischen und staatszentrierten Politik der Sozialisten verspricht der Freiheitsbegriff die Entfaltung des freien Marktes und den Rückzug des Staates. Die Freiheit ist die Chiffre für ein neoliberales Projekt, das sich auf die Erfolge Thatchers und Reagans beruft –

19 Wie schon eingangs das Plädoyer Rajoys von 2003 zeigte, haben die spanischen Konservativen den Signifikanten der Freiheit immer wieder stark gemacht. Besonders erfolgreich reaktiviert wurde er jüngst in den Madrider Regionalwahlen im Frühling 2021, als die konservative Ministerpräsidentin Isabel Díaz Ayuso mit den stark polarisierenden Losungen »Sozialismus oder Freiheit« und »Kommunismus oder Freiheit« eine absolute Mehrheit errang. Damit wurde die alte Hoffnung des PP, eine Catch-all-Partei zu sein, wiederbelebt – freilich über den Umweg, ihrem Liberalismus eine rechtspopulistische Wendung zu geben (dazu: Kap. VII.2.b).

und damit volle Modernität für sich beansprucht. Doch der Freiheitsbegriff richtet sich auch nach innen, er schließt die Reihen rund um eine neue Ideologie: »Freiheit für alle ist der Pfeiler unseres Projekts. Von der Erziehung bis zum Bewusstsein, von der Information bis zur Gesundheit. Diese Partei wird sich nie vor der Freiheit fürchten und den Bürgern nie eine Politik anbieten, die sich vor der Freiheit fürchtet«, so Aznar (1990: 24). Diese Verpflichtung auf das Freiheitsaxiom lässt sich auch als subtile Warnung nach innen lesen, es richtet sich gegen parteiinterne Nostalgiker des Franco-Regimes sowie Demokratieskeptiker. Der PP muss zu einer neuen Rechten werden, er muss sich, wie Aznar (1995: 243) einige Jahre später pointiert, in ein »junges, großes und modernes Zentrumsprojekt« verwandeln, das nicht mehr in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft blickt.

Mit der Neugründung als *Partido Popular* verpflichten sich, so bleibt festzuhalten, die Konservativen ab 1990 auf die Modernisierung Spaniens. Das Franco-Regime wird für sie endgültig zur Vergangenheit. Der PP blickt in die Zukunft, er möchte das politische System regenerieren, den Esprit der Transition revitalisieren und tiefgreifende Reformen angehen. Nach Aznar muss der PP abschließen, was der PSOE begann, ohne es zu vollenden: die gesellschaftliche Modernisierung. Die Konservativen werden zur Fortschrittspartei, die zwar die Sozialisten kritisiert, *de facto* aber fast gleichartigen Modernisierungsidealen folgt. PP und PSOE stehen beide für eine (neo-)liberale Wirtschaftspolitik, sie plädieren für ideologische Mäßigung, verteidigen die Verfassung und wollen Spanien in Westeuropa integrieren. Ihre Konfrontation erklärt sich eher durch ihre Ursprünge – Franco-Regime versus Opposition – als durch ihre konkret realisierte Politik. Diese Links-rechts-Konvergenz soll sich in den Zukunftsdekaden stabilisieren und dazu beitragen, ein imperfektes Zweiparteiensystem von PP und PSOE zu errichten. Doch was für Konsequenzen entfaltet der von beiden Volksparteien artikulierten Diskurs der Modernisierung für die Gesellschaft, nicht zuletzt für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen?

2.4 Verdrängt: das Proletariat und der Konflikt

Die Modernisierung Spaniens wurde bisher als politischer Diskurs im engen Sinne dargestellt. Doch die Knotenpunkte von Liberalisierung, Marktöffnung und industriellem Abbau sozialstaatlicher sind mehr als entbettete Narrative. Sie kristallisieren in politische Entscheidungen, die Spanien verändern. Die gesellschaftlichen Folgen der von den regierenden Sozialisten vorangetriebenen Modernisierungspolitik werden in der Studie »Padres-Hijos. Dos generaciones de trabajadores españoles« (Vater-Söhne. Zwei Generationen spanischer Arbeiter) des US-amerikanischen Soziologen James Petras eindrücklich beschrieben.²⁰ Petras kommt 1995 als Gastwissenschaftler der öffentlichen

20 Die Schriften Petras sind ein äußerst kontrovers zu betrachten. War er zwischen den 1970er und 1990er Jahren ein zwar linker, doch akademisch durchaus anerkannter Sozialwissenschaftler, so nahm er spätestens ab 2006 mit der Monographie »The Power of Israel in the United States« Positionen ein, die manifest antizionistisch und antisemitisch geprägt waren. Seither sind Petras' Positionen immer weiter nach rechts abgedriftet und offenbaren eine eigenartige Melange von Elitenkritik, Antisemitismus, Antiimperialismus und Neonationalismus.

Forschungseinrichtung CSIC mit dem Auftrag nach Spanien, die sozialstrukturellen Wirkungen der Wirtschaftspolitik der PSOE-Regierung zu untersuchen. Die kritischen Ergebnisse von Petras führen aber dazu, dass der CSIC vor der Veröffentlichung zurückschreckt und die linksalternative Zeitschrift *Ajoblanco* den Text 1996 in einer Sonderausgabe publiziert (vgl. als Kontextualisierung: Maestu/Gastaldi 2018). Die als Petras-Bericht bekannte Studie zeichnet sich durch ihre qualitative Grundierung aus. In 20 Leitfadeninterviews erforscht Petras die Lebensverhältnisse von zwei Arbeitergenerationen. Er vergleicht die ältere Generation, die in den 1960er und 1970er Jahren arbeitete, mit der jüngeren Generation, die Ende der 1980er Jahre auf den Arbeitsmarkt kommt.

Im Folgenden lenke ich meine Aufmerksamkeit auf die Interviews, die der Bericht von Petras in seinem Anhang enthält. Es sind acht Zeugnisse männlicher Industriearbeiter, die größtenteils im Arbeiterquartier *Zona Franca* in Barcelona leben.²¹ Die Interviews geben aussagekräftig Auskunft über die Lebensverhältnisse der spanischen Arbeiter nach der sozialistischen Reform- und Modernisierungspolitik. Zunächst gehe ich auf die älteren Arbeiter und ihren Rückblick auf die 1970er und 1980er Jahre ein. Zwar sind alle in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen, zugleich sind alle durch starke Solidaritätserfahrungen geprägt. Exemplarisch dafür steht das Zeugnis Julios (49 Jahre): »Wir lebten in einem Viertel der Arbeiterklasse. Die Leute setzten sich auf die Treppen und teilten das Essen mit ihren Nachbarn. Ich wuchs in einer Großfamilie auf, mit Tanten, Onkel und Großeltern. Zudem hatte ich im Viertel viele Freunde.« (Petras 1996: 41) Die Interviewten unterstreichen, dass in den 1970er Jahren an ihren Wohn- und Arbeitsorten starke Solidaritätsbände gepflegt wurden. »Die Stadt und die Quartiere unterstützten die lokalen Streiks. Sogar die Kleinunternehmer unterstützten die Arbeiterklasse. Ich fühlte mich als Arbeiter« (ebd.: 40), so stellt es der 52-jährige Manuel dar. Während der Nachkriegszeit und bis in die Transition hinein bestand, so der Bericht, in der *Zona Franca* ein proletarisches Klassenbewusstsein. Die Arbeiter beriefen sich selbstbewusst auf ihre gemeinsame Identität als Proletarier. Dazu gehörten starke Freundschaftsbeziehungen am Arbeitsplatz, Engagement in Gewerkschaften, Sport- und Nachbarschaftsvereinen und Parteien. Alle Interviewten messen der politischen Organisation eine starke Bedeutung zu. Im Rückblick sind sich die älteren Interviewpartner einig, dass Verbesserungen in ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen *politisch* erfochten wurden. Rafael (53 Jahre) stellt seine Erfahrungen dar:

Neben der Gewerkschaft war ich zwischen 1974 und 1988 im Eltern- und Schülerverein sehr aktiv. Drei Jahre lang war ich ihr Präsident. Ich nahm auch an der Kommunalpolitik teil. In jener Zeit beteiligte ich mich stärker im Nachbarschaftsverein als in der Gewerkschaft.

Ich war immer Teil des Nachbarschaftsvereins. Wir formulierten Forderungen, um kompetentere Lehrer zu bekommen und die Schulgebäude zu renovieren. Zudem un-

21 Auf das Quartier *Zona Franca* kommt das ethnographische Kapitel IV erneut zurück. Es wird sich zeigen, dass die dortige Empörtenversammlung ab 2011 – und ab 2014 das linke Vereinshaus *Ateneu L'Engranatge* – das politische Vakuum besetzt, das der Petras-Bericht in den 1990er Jahren bescheinigt. Bezeichnenderweise beteiligten sich an den untersuchten Initiativen etliche Senioren, die sich in den 1970er und 1980er Jahren politisch engagierten.

terstützten wir einen Sport- und Freizeitverein. Als meine Kinder die Schule abschlossen, begann ich, mich bei meiner Arbeit im Betriebsrat zu engagieren. (Ebd.: 45)

Das Zeugnis Rafaels versinnbildlicht die politisierte Stimmung der Transitionsjahre. Der Interviewte engagierte sich damals übergreifend an Gewerkschaften, Elternvereinen und Nachbarschaftsvereinen. Petras' Interviews zeigen, dass der Willen zur Gesellschaftsveränderung besonders ausgeprägt war, als die politischen Verhältnisse unsicher waren, also in den letzten Jahren des Franquismus und den ersten der Demokratie. Tatsächlich verbessert sich mit der Stabilisierung der neuen Ordnung auch die Lebenssituation der Interviewten. Feste Arbeitsstellen, steigende Löhne und das generelle Wohlstandswachstum sorgen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse in der Zona Franca. Daraus folgen auch Individualisierung und Konsumorientierung. Die Interviewten heben hervor, dass sie die Kleinfamilie zusehends zu ihrem Bezugspunkt machen, das politische Engagement wird unwichtiger. Die neuen Lebenswirklichkeiten sind, so Rafael, ambivalent: »Unsere Lebensform hat sich verändert. Unsere Löhne führen dazu, dass wir uns bequem fühlen. Die Drogen und die Arbeitslosigkeit haben zugenommen. Es sind neue Probleme entstanden, es ist jedoch schwierig geworden, die Nachbarschaft einzubinden.« (Ebd.) Zudem entwickeln die Älteren ein zwiespältiges Verhältnis zu ihrem Beruf. Sie verstehen die Technisierung der Arbeitsabläufe nicht, beklagen die abnehmende Solidarität am Arbeitsplatz und finden, dass sich die Jüngeren zu wenig engagieren und ein zu geringes politisches Bewusstsein haben.

Die jüngere Generation stets ihrerseits vor neuen Herausforderungen. Ihre Lebensverhältnisse sind weit prekärer als die der Vorgängergeneration. Sie hangeln sich oft von Job zu Job, identifizieren sich nur noch wenig mit ihrem Arbeitsplatz. »1990/1991 unterschrieb ich meinen ersten sechsmonatigen Vertrag beim Automobilhersteller SEAT. Jetzt bekomme ich Arbeitslosengeld. Mit dem befristeten Vertrag verdiente ich dasselbe wie ein Festangestellter, aber es war viel leichter, mich zu entlassen«, so der 23-jährige Enrique (ebd.: 38). Für die 20-Jährigen sind befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Flexibilität zur Normalität geworden. Die jüngere Generation reagiert darauf weniger mit politischem Engagement, wie es die Vorgängergeneration tat, als vielmehr mit Zynismus und dem Rückzug in den Kreis der Familie sowie besonders der Freunde. Letztere finden sie nicht mehr vorwiegend bei der Arbeit, sondern im Viertel und in der Freizeit. »Mein Freundeskreis beginnt, wenn ich mit der Arbeit fertig bin, außerhalb von SEAT. [...] Ich vertraue meinen Freunden außerhalb der Arbeit mehr als meinen Arbeitskollegen. Wenn wir in der Freizeit Aktivitäten organisieren, erzähle ich den Kollegen davon nichts«, berichtet Carlos (ebd.: 36f.). Flexibilisierung und Prekarisierung schaffen bei den Jungen ein instrumentelles Verhältnis zum Beruf. Er ist für sie ein bloßes Mittel der Existenzsicherung, die Betriebskultur der älteren Generation leben sie nicht mehr. Politische Organisation am Arbeitsplatz ist für sie unwichtiger. Die Jüngeren fühlen sich gegenüber den Gewerkschaften entfremdet, betrachten sie als Interessenvertretungen der Älteren. Einer von ihnen beklagt: »Meine Kinder, für die wir ja streikten, nahmen nicht am Streik teil. Dort wo mein Sohn arbeitet, wurde anfangs zwar für den Streik gestimmt. Doch dann fragte man den Chef – und danach entschied man, nicht zu streiken.« (Ebd.: 44)

Nun ist die junge Generation nicht schlicht unpolitisch. Sie diagnostiziert präzise die hohe Fluktuation und die dadurch bedingte geringe Kohäsion in der Belegschaft. Die Interviewten sind sich darüber bewusst, dass vor allem bei den Jüngeren eine hohe Individualisierung besteht, was die Erosion der Arbeitsverhältnisse beschleunigt. Aber ihre Reaktion ist nicht Engagement, sondern *Verdrossenheit*. Seine Generation hege, so Enrique (23 Jahre), weder einen langfristigen Lebensentwurf noch einen Wunsch zur Gesellschaftsveränderung:

Während ich arbeite, ist der Lohn meine einzige Sorge. Weder bin ich der Fabrik gegenüber loyal, noch ist sie mir wichtig. [...] Für die Zukunft habe ich wenig Arbeitsperspektiven: 60.000 Peseten [360 €] ohne Sozialversicherung, das ist etwas für 18-Jährige oder Bitterarme. Ich könnte mir vorstellen, für 100.000 Peseten [600 €] arbeiten, sogar für 90.000. Derzeit schlage ich die Zeit in der Kneipe tot und gehe Feiern, bis mir das Arbeitslosengeld ausgeht. Ich möchte nicht an die Zukunft denken oder an das, was ich mit 30 machen werde. Jetzt möchte ich leben und mich nicht um die Zukunft sorgen. (Ebd.: 38f.)

Schlechte Löhne, befristete Verträge, das vorherrschende »Modell des schweren Einstiegs und leichten Rauswurfs« fördern bei den unter 30-Jährigen ein instrumentelles Verhältnis zur Arbeit (ebd.). Sie dient ausschließlich dem Zweck des Geldverdienens. Befriedigung wird dagegen, so Enrique, in der Freizeit gesucht, besonders im Konsum und Nachtleben. Junge Männer wie Enrique führen ein individualisiertes Leben. Waren die Älteren noch stark in Gemeinschaften eingebunden – bei der Arbeit, im Quartier oder in kollektiven Freizeitaktivitäten –, so verstehen die Jungen ihren Lebenslauf als ein vornehmlich persönliches Schicksal. Sie kämpfen sich allein durch ihren Alltag, nur im Ausnahmefall tun sie sich mit anderen zusammen, um ihre Probleme zu lösen. Die Zukunft spielt keine Rolle.

Zwischen der älteren und der jüngeren Arbeitergeneration tut sich ein doppelt materieller *und* kultureller Bruch auf. Während die Älteren sichere Arbeitsverhältnisse innehatten und ein hohes Maß an Gemeinschaftsengagement besaßen, lavieren sich die Jüngeren durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und führen ein vereinzelteres Leben, sie sind auf sich und ihre Familien gestellt. Dieser Generationsbruch hängt maßgeblich mit der Gesetzgebung der PSOE-Regierung zusammen. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen, der Abbau der Industrie und die Förderung des Dienstleistungssektors führten ab Mitte der 1980er Jahre zu einer deutlichen Abnahme von Normalarbeitsverhältnissen – vor allem für Berufseinsteigerinnen (vgl. Ysàs 2011: 45). Für sie haben sich gegenüber der Vorgängergeneration die Arbeitsverhältnisse grundsätzlich verschlechtert. Der Qualitätsverlust der Arbeit wird flankiert durch eine Tendenz zur Individualisierung. Die junge Generation lebt ein Leben nach individualistischen Prämissen. Dies erschwert es zusätzlich, der Prekarisierung im Beruf durch kollektive Organisation entgegenzutreten.

Spaniens Modernisierung ist folglich für seine Arbeiterklasse auch eine Zeit der *Entsolidarisierung*. Der 38-jährige Ramón hält fest, wie sich im Übergang von der Diktatur zur Demokratie die gesellschaftliche Stimmung veränderte:

Mit Franco gab es Angst, vor allem gegenüber der Repression. Aber dank der Arbeitssolidarität waren die Leute stark. Der Markt ist heute fast grausamer als Franco: Die Arbeiter kämpfen nun gegeneinander. Heute gibt es mehr Angst, alles zu verlieren, als damals, im Kampf gegen die Diktatur [...] Zwischen den Arbeitslosen herrscht heute eine Stimmung vor... Man kehrt den Problemen den Rücken, trinkt ein Bier und raucht eine Kippe. (Petras 1996: 48)

Im Zeugnis Ramons geht die Demokratie nicht mit einem Wohlstandsgewinn einher, sondern führt zu einer konstitutiven *Verunsicherung*. Und paradoxerweise war es gerade eine sozialistische Regierung, die in ihrer langen Amtszeit von 1982 bis 1996 der Prekarisierung der Arbeiterklasse nicht nur nicht entgegentrat, sondern sie mit wirtschaftsliberalem Pathos erst hervorbrachte und dann weiter forcierte. Und dennoch wäre es vermessen, diese Entwicklung ausschließlich auf die Entscheidungen der PSOE-Regierungen von González zurückzuführen. Die beschleunigte Modernisierung Spaniens und ihre Folgeerscheinungen werden bedingt durch die Fortschrittssehnsüchte einer ganzen Gesellschaft (dazu gleich: Kap. II.3.a).

Die vorbildliche Transition? Literarische Beobachtungen des spanischen Senats Ergänzend zur sozialstrukturellen Schattenseite der spanischen Modernisierung ist auf einer engeren politischen Ebene ein zweiter Kontrapunkt zum *grand narrative* der Kultur der Transition zu setzen. In der hegemonialen Selbstbeschreibung ist die Transition ein weitgehend harmonischer Prozess, der als Modell für die späteren Demokratisierungswellen in Lateinamerika und Osteuropa fungiert. In der Formel »vom Recht zum Recht über das Recht« verdichtete der sogenannte Architekt der Transition, Präsident Adolfo Suárez (1976–1981) das Ideal einer *betreuten Volkssouveränität*, also einer Demokratie, die organisch aus dem franquistischen Staatsapparat erwuchs, ohne dessen Grundlegitimität in Frage zu stellen. Der friedliche Übergang zu einem demokratischen Regime geschah dank den vereinigten Bemühungen aller moderaten Kräfte, er verdankte sich jenem Wert, den der sozialistische Verfassungsvater Gregorio Peces-Barba als *Konsens* aller gewichtigen politischen Akteure verteidigte.

Doch zur Mythisierung der mustergültigen Transition gibt es auch Gegenstimmen. Im Folgenden stelle ich ein Zeugnis vor, das die Selbstbeschreibung der Transitionskultur mittels einer fast schon ethnographischen Beobachterposition dekonstruiert. »Un charnego en el senado« (sinngemäß: Ein Fremder im Senat) ist der Bericht des Schriftstellers Francesc Candel über seine zweijährige Amtszeit (1977/1978) als Abgeordneter des linkskatalanistischen Bündnisses *Entesa dels Catalans* (Einverständnis der Katalanen) im Senat, Spaniens zweiter Kammer.²² Der »Gründungsmythos von 1978« erscheint durch

22 »Paco« Candel (1925–2007) war eine hochinteressante Gestalt. Als Sohn einer Einwandererfamilie aus València würdigte er in seinen Schriften, das andere, weniger bürgerliche als vielmehr proletarische und kulturell hybride Katalonien. So griff er den Begriff *Charnego*, auf Katalanisch *Xarnego*, auf, mit dem die innerspanischen Migrantinnen in Katalonien pejorativ bezeichnet wurden (und werden). Er wertete diesen Begriff auf, um die Lebenswirklichkeit jener zu würdigen, die Katalanen waren, jedoch nicht als volle Katalanen behandelt wurden. Die Realität, die Candel beschreibt, bezieht er übrigens maßgeblich aus der schon genannten und noch ethnographisch zu untersuchenden Zona Franca – dem Quartier Barcelonas, in dem er Zeit seines Lebens residierte.

die nüchterne Perspektive Candels in einem konfliktreicheren Licht, als dies die kanonischen Dokumente nahelegen.

Candels Ausführungen zum Entstehungskontext der Verfassung beschreiben eine unstete Atmosphäre, die geprägt ist von Gewalt, Unruhe und starken politischen Gegensätzen. Paradigmatisch dafür ist, dass am Tag der parlamentarischen Annahme der Verfassung (21.7.1978) die baskische Terrororganisation ETA drei Polizisten ermordet. Dies veranlasst Candel in seinem Tagebucheintrag dazu, Spaniens neues Grundgesetz lakonisch als »Verfassung des Todes« zu bezeichnen (Candel 1979: 361). Einige Monate später, im November 1978, nur wenige Wochen vor der Volksabstimmung über die neue Verfassung, wird dann ein Putschversuch des Militärs vereitelt. Er gilt angeblich nicht konkreten Regierungsoberhäuptern, sondern sucht den Regimewechsel als solchen zu verhindern: »Die aufgewiegelten Militärs wollten eben jenes Verfassungsreferendum abwenden, das wir verteidigten.« (Ebd.: 404)

Aber nicht nur der politische Kontext, in dem die Verfassung entsteht, ist für Candel alles andere als einträchtig. Auch die inhaltlichen Debatten rund um den Verfassungsentwurf sind brisant. Candel beschreibt die vielfachen Gesetzesänderungen, die im Senat eingereicht werden. Der Verfassungsentwurf wird von den unterschiedlichsten Lagern kritisiert. Der konservative Senator Camilo José Cela – ebenfalls ein Schriftsteller, indessen weit prominenter als Candel – reicht etwa einen Verfassungszusatz ein, in dem die Einheit Spaniens unterstrichen und den Regionen ihre Autonomie abgesprochen wird. »Die spanische Nation ist der spanische Staat«, mit diesem Diktum will Cela die Unauflösbarkeit des Staatsapparates in der Verfassung festhalten und betonen, dass auf spanischem Territorium nicht verschiedene Nationen – die katalanische, baskische, galizische und kastilische –, sondern nur eine einzige, die spanische, bestehe (ebd.: 364). Ein anderes Beispiel für eine konservative Gesetzesnovelle ist die Nennung Gottes als Grundlage des Staates. Sie lautet wörtlich: »Spanien würdigt Gott als das zentrale Fundament des Rechts und als transzendente Basis menschlicher Grundwerte.« (Ebd.: 366) Auch die politische Linke artikuliert relevante Verfassungsänderungen, etwa die Forderung eines umfassenderen Streikrechts (vgl. ebd.: 380) oder den Vorschlag, die Definition der Staatsform zu verändern, um konstitutionelle Monarchie durch parlamentarische Republik zu ersetzen (vgl. ebd.: 367). Die peripheren Nationalisten bringen ebenfalls etliche Verfassungsänderungen ein. Nach Candel verläuft die Diskussion rund um die Steuerhoheit des Baskenlandes und Navarras besonders virulent. Die baskischen Abgeordneten reichen einen ambitionierten Vorschlag ein, der die baskische Steuerautonomie noch weiter stärken soll. Im Senat wird diese Verfügung so heftig diskutiert, dass sich bei der Abstimmungen die beiden uneinigen Fraktionen, Basken und Konservative, gegenseitig boykottieren und schließlich (gemeinsam) den Plenarsaal verlassen (vgl. ebd.: 392).

Auf diese Weise porträtiert Candel eine hochpolitisierte Stimmung. Das kollektive Gedächtnis der *vergangenen Konflikte* – Bürgerkrieg, Repression und jahrzehntelange Diktatur – ist im Senat sehr präsent. Die kulturellen Gräben zwischen politischen Lagern macht Candel bereits an der Kleidungsweise der Parlamentarier fest. Die Abgeordneten der Zentrumspartei UCD (die Partei von Suárez) kleiden sich wie moderne »Manager«, die der konservativen AP wirken »mit ihren schwarzen Anzügen wie Bestatter«, während die Sozialisten Krawatten meiden und »ihre Hemden stets offen tragen« (ebd.:

33f.). Auch die Verhaltensweisen gegenüber den politischen Gegnern können drastisch ausfallen. Candel beschreibt, wie linke Parlamentarier konservative Reden regelmäßig mit dem Ruf »Es lebe die Republik!« unterbrechen (ebd.: 368).

Während des Wahlkampfes vor dem Verfassungsreferendum am 6. Dezember 1978 bleiben diese Gräben präsent. Gerade das linke Lager begründet sein Votum für oder gegen die Verfassung mit der Erinnerung an Republik, Bürgerkrieg und Unterdrückung durch den Franquismus (vgl. ebd.: 409). Candel präsentiert etwa den Brief eines katalanistischen Politikers, Josep M. Trebat i Riba, der ihn darum bittet, die Verfassung abzulehnen, weil sie nicht die tausende Opfer rehabilitiere, die für die Freiheit Kataloniens gekämpft hatten und von der Diktatur hingerichtet worden waren. Für Trebat i Riba schafft die Verfassung hierzu keine Gerechtigkeit, sie schlägt sich geradewegs offen auf Seiten der Sieger. »Persönlich glaubte er [Trebat i Riba], dass der Bürgerkrieg noch nicht zu Ende sei«, so Candel (ebd.). Auch der Autor selbst mutmaßt, dass bei der Feier des Inkrafttretens der Verfassung die Ehrenparade von Militär und Polizei gewollt chaotisch verlief, um implizit den Unwillen der Streitkräfte vis-à-vis der neuen Staatsordnung kundzutun (vgl. ebd.: 428).

Wo bleibt hingegen die Intonierung des großen Konsenses als Epochenbruch? Tatsächlich spielt im Bericht Candels die Konsensstimmung eine wichtige Rolle. Doch bei ihm entfaltet der Konsens seine Prägekraft als ein politisches *Alltagsgeschehen*. Geht es um den Konsens als abstraktem Wert, so verspottet er diesen als leeres »Märchen« (ebd.: 383, 394, 403). Zugleich aber erkennt Candel an, dass der Konsens in der institutionellen Politik zu einem unerlässlichen Faktor geworden ist. Rechte wie linke Parlamentarierinnen sprechen nicht bloß von »der demokratischen Verfassung, von der Verfassung der Autonomen oder sonst wie«, sondern bezeichnen sie als die Verfassung der »generellen Übereinstimmung« (ebd.: 374). Candel hält fest, wie in den Parlamentssitzungen immer wieder mühselig Kompromisse errungen werden. Die Stimmung von Konfrontationen und Dissensen darf nicht verdecken, dass es in den zentralen Abstimmungen stets zu überwältigenden Mehrheiten für den Verfassungsentwurf kommt. Der PSOE etwa zwingt seine abtrünnigen Abgeordneten dazu, ihre inhaltlichen Bedenken beiseite zu schieben: »Obwohl seine Ideen [die des parteiinternen Kritikers] wegen dem vorherrschenden Konsens so oder so perspektivlos waren, ließen die Sozialisten nicht einmal zu, dass er sie im Plenarsaal vorstellte. Die sozialistische Fraktion drohte mit einer Diskreditierungskampagne, sollte der Kritiker starrsinnig bleiben.« (Ebd.: 380) Trotz aller Auseinandersetzungen nimmt der Senat die Verfassung äußerst deutlich an: 226 Abgeordnete stimmen für den Text, fünf lehnen ihn ab, acht enthalten sich (vgl. ebd.: 399).

Diese Konsensatmosphäre wiederholt sich beim Plebiszit über die Verfassung. Candel porträtiert einen Gewerkschafter, der in einer Wahlkampfreden für eine pragmatische Ja-Stimme wirbt. Für ihn sei die Verfassung weder die beste noch die fortschrittlichste noch die sozialste Grundordnung. Man habe aber der moderaten Rechten einiges abgerungen und einen übergreifenden Kompromiss erzielt. Mehr war nicht zu holen, die neue Verfassung sei nicht perfekt, doch, so der Gewerkschafter, gut genug (vgl. ebd.: 406). Candel teilt diese Haltung. Der Schriftsteller vergleicht die Verfassung mit einem Kamel (vgl. ebd.: 413f.). Seine Ziehväter hätten zwar ursprünglich ein schnelles und wendiges Pferd gewollt, am Ende aber partizipierten daran so viele und gegensätzliche Akteure, dass ein Kamel daraus geworden sei. Dieses Tier sei zwar weit weniger charmant

als ein Pferd, doch, und darauf kommt es nach Candel an, dafür umso widerstandsfähiger. Und gerade für die vielen Widrigkeiten, die nach 40 Jahren Diktatur die junge Demokratie zu erwarten habe, sei eine solche Resilienz überlebenswichtig (vgl. ebd.: 404). Die Kamel-Metapher verdeutlicht, wie Candel zum Konsensklima der späten 1970er Jahre steht. Er überhöht den Konsens nicht, er macht sich immer wieder über ihn lustig, doch er betrachtet ihn im Grunde als eine Notwendigkeit, so imperfekt er letztlich ausfallen möge.

Candel hat neben der politischen Sphäre die Stimmung in der Gesellschaft im Blick. Gerade der Wahlkampf im Vorfeld des Verfassungsreferendums ist für den Schriftsteller ernüchternd: Die Veranstaltungssäle blieben oft halbleer, die Stimmung sei verhalten, denn zu den Veranstaltungen kämen sowieso nur jene, die bereits von der *Constitución* überzeugt seien (vgl. ebd.: 407). Oft reißen radikale Gruppen die Wahlplakate für die Verfassung ab, auch das Publikum äußert oft Bedenken an gewissen Verfassungsgrundsätzen (vgl. ebd.: 414f.).

Spaniens neue Ordnung stehe, mutmaßt Candel, den einfachen Leuten fern. Paradigmatisch für das gesellschaftliche Desinteresse an der Verfassung war, dass die Wahlkampfdebatten »stets eine geringes Publikum aufwiesen« (ebd.: 415). Eine andere Stimmung beschreibt Candel dagegen dort, wo er gleichzeitig zum Wahlkampf für die neue *Constitución* eine Konferenz über kulturelle Themen hält: »Ich sprach [...] in Barcelona zu jungen Leuten über Urbanität, Einwanderung, Kommunikation, Vergnügen – viele Themen – und Drogen, Tabak, Alkohol... Die Leute passten gar nicht in den Saal, so voll war er, obwohl sie sogar Eintritt bezahlen mussten.« (Ebd.) So wichtig die Verfassung ist, für Candel steht fest, dass sie nicht von einer Welle der Begeisterung getragen wird. Besonders die jungen Generationen interessieren sich eher wenig für politische, aber umso mehr für kulturelle Fragen, die ihre Lebensrealität unmittelbarer tangieren. Der Schriftsteller (ebd.: 374) fragt sich: »Was war schon für uns die Verfassung? Was war schon die Verfassung für die *charnegos* [Fremden] inner- wie außerhalb des Senats, für die Bauern, Proleten, Ausgeschlossenen, Hinterbänkler und Außenseiter?«

3 Die postfranquistische Ordnung

The revival of Spain's shattered economy began in the 1950s through the growth of manufacturing industries and tourism. As standards of living rose, people began to demand more freedom.

(*Oxford World Encyclopedia* 2014)

Die Demokratie muss man sich vorstellen als den Höhepunkt eines historischen Projekts, in dem sich vielfache Wünsche verdichten: sozialer Wohlstand, kulturelle Erneuerung, internationale Präsenz und, vor allem, die Eingliederung in Europa. Letztere ist die entscheidende Referenz für Spaniens demokratische Modernität.

(*Benedicto* 2007: 377)

Die Einstiegszitate spiegeln, wie die Kultur der Transition den Übergang vom Franquismus zur Demokratie beschreibt. Die demokratische Transition verdankt sich nicht bloß der Weitsicht und Tugendhaftigkeit der Politikerelite, sondern erwächst einer Modernisierung der spanischen Gesellschaft, die im Kern, wie im oben zitierten Wörterbrucheintrag betont, bereits in der Franco-Zeit begann. Der Monarch Juan Carlos I, der Transitionspräsident Adolfo Suárez, der charismatische Felipe González und sein sozialistisches (bzw. sozialliberales) Kabinett oder der PP-Vorsitzende José María Aznar sind *nicht* die alleinigen Architekten der gelungenen Demokratisierung. Vielmehr kulminiert in ihnen, so das Raisonement Benedictos, ein »historisches Projekt« gesellschaftlicher Reichweite. Es umfasste Wünsche nach Wohlstand, kulturellem Fortschritt, internationaler Profilierung und die Integration Spaniens in Westeuropa.

Dieser Schritt stellt dar, wie in der Kultur der Transition die gesellschaftliche *Modernisierung* als *der* Schlüsselfaktor bei der Verwandlung Spaniens in ein normalisiertes, europäisches Land nacherzählt wird. Trotz bestehender sozialer Ungleichheiten – die sich in den 1980er und 1990er Jahren weiter zuspitzten, wie der *Informe Petras* zeigte – zeichnet das hegemoniale Narrativ ein harmonisches Gesellschaftsbild. Das Land scheint die Konflikte der Konflikte beigelegt zu haben, Spanien ein Land der Mittelklassen geworden (Kap. II.3.a). Dabei erfüllt der neue Wohlstand eine entscheidende politische Funktion. Die Modernisierung der Gesellschaft ist die Bedingung der Möglichkeit für ein neues politisches System, das sich (spätestens) ab den 1980er Jahren nach westeuropäischem Vorbild konsolidiert. Das imperfekte Zweiparteiensystem einer gemäßigten linken und rechten Kraft (PSOE und PP), ein Pluralismus mit schwachem Antagonismus oder die Differenz von neuer und alter Politik sind Kernbestandteile einer politischen Ordnung, die jahrzehntelang besteht (Kap. II.3.b). Schließlich schreite ich zur Gesamtdarstellung der Kultur der Transition vor und synthetisiere die behandelten Narrative zu einer dis-

kursiven Landkarte. Ohne ihre Einheitlichkeit zu überhöhen und unter Beachtung des von ihr Ausgeschlossenen wird sich doch die Kultur der Transition als ein sedimentiertes hegemoniales Projekt, als eine Kultur, herausstellen. Eine Kultur, die definiert, wie die legitime Gesellschaft und Politik zu strukturieren sind, wie das richtige Spanien beschaffen sein muss (Kap. II.3.c).

3.1 Neue Gesellschaft

Für die hegemoniale Kultur, die Spanien jahrzehntelang strukturiert, steht fest: Die Modernisierung des Landes reicht in die Zeiten des Franquismus zurück. Bereits in der Diktatur vollzog Spanien eine Industrialisierung, die mit der Isolierung, Rückschrittlichkeit und Konflikthaftigkeit brach, die das Land jahrzehntelang geprägt hatten – und erst im Bürgerkrieg (1936–1939) und dann in der franquistischen Diktatur gipfelten. Diese in den Worten Juliás (2000: 19) »dunkle Zeit« schuf eine »kollektive Vorstellung von Rückschritt, Extremismus, Leidenschaft und Grausamkeit – allesamt Werte, die sich wenig eigneten, um auf ihrer Grundlage ein demokratisches politisches System und eine moderne Zivilkultur zu schaffen«. Doch Mitte der 1950er Jahre geschah ein ökonomischer Wachstumschub, der das Land verändern sollte. Die Landwirtschaft modernisierte sich und der Binnenmarkt zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hin wurde geöffnet. Dies ging einher mit einer massiven Landflucht von Kastilien und Andalusien zu den Metropolregionen Madrids, Barcelonas und Bilbaos (vgl. ebd.). Parallel dazu expandierte der öffentliche Sektor. Der Verwaltungsapparat wurde ausgebaut, bürokratisiert und rationalisiert. Das Franco-Regime besetzte die neugeschaffenen Stellen nicht mit Kadern der faschistoiden Kaderorganisation Falange und der katholischen Kirche, sondern mit einem professionellen, entpolitisierten Beamtentum (vgl. ebd.: 27).

Diese Entwicklungen gründeten, so das hegemoniale Narrativ, auf drei Pfeilern (vgl. Tusell 1999: 74): Erstens emigrierten Millionen Spanier nach Westeuropa. Zwischen 1960 und 1970 verließ eine Million Menschen das Land, um zu sogenannten Gastarbeitern in den westeuropäischen Kernländern – Frankreich, der Schweiz, Deutschland oder Großbritannien – zu werden. Die Emigranten sicherten dem Regime eine hohe Devisensumme, die das Handelsdefizit Spaniens ausglich. Zweitens entwickelte sich ab Anfang der 1960er Jahre der Tourismus enorm. Spanien wurde neben Italien zum Hauptanziehungspunkt des europäischen Badetourismus. Am Ende der Diktatur beschäftigte der Tourismus eine Million Spanierinnen, machte 12 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus und war zum Massenphänomen geworden – 1973 etwa empfing das Land mehr als 31 Millionen Touristinnen (vgl. Pack 2009: 310). Drittens stiegen die ausländischen Inversionen an. Westliche Großunternehmen investierten in Spanien. Dies führte zur Erhöhung der Produktivität und zur Entfaltung der Industrie, so dem Schiffsbau, der Automobilindustrie, dem Bergbau oder dem Immobiliensektor.²³

Der Wirtschaftsaufschwung der 1950er und 1960er Jahre wurde vom Franco-Regime gezielt zum Zweck der Selbstlegitimierung vorangetrieben. Die Gesellschaft sollte die

23 Der Boom des Sekundärsektors stieß indes rasch an seine Grenzen. Ab den 1980er Jahre wurde unter sozialistischer Führung die Schwerindustrie abgebaut – und dagegen der Dienstleistungssektor aufgebaut (Kap. II.2.b).

Diktatur weniger aus ideologischer Überzeugung als vielmehr aus ökonomischen Pragmatismus unterstützen. Mit der langsamen Entstehung einer urbanen Mittelschicht setzte das Regime darauf, sich langfristig gesellschaftlichen Rückhalt zu sichern. Die Modernisierung der spanischen Gesellschaft sollte als Ergebnis der franquistischen Ordnung erscheinen. Die neuen Mittelschichten sollten zum Konfliktdämpfer und Stabilitätsfaktor werden – so das Kalkül, das zwar sozialstrukturell aufgehen, allerdings ebenso ungewollt das Ende des Franquismus beschleunigen sollte.

In den 1960er Jahren geschah eine *soziologische Modernisierung*. Die spanische Gesellschaft »hatte schnell und intensiv eine Entwicklung vollzogen, für die andere Länder der westlichen Hemisphäre mehr als ein Jahrhundert gebraucht hatten, und zwar sowohl in ihren politischen und ökonomischen, als auch in kulturellen und sozialen Facetten«, so die paradigmatische Diagnose von Salustiano del Campo und José Felix Tezanos (2008: 21). Schon bevor also die politische Transition begann, hatte sich die spanische Gesellschaft verändert. Die Entstehung einer *breiten Mittelklasse* war ihr wichtigstes Kennzeichen, sie avancierte zum mäßigenden Faktor, gar zum Pfeiler des sozialen Friedens. Mit ihrem bescheidenen Wohlstand und ihrer geringen Ideologisierung verkörperten die Mittelschichten eine neue Mentalität. Sie verwarfen die ideologischen Schwarz-Weiß-Kategorien von einst. Vielmehr wollten sie die Vergangenheit begraben, diese »bewusst vergessen machen«, wie es Juliá (2000: 48) ausdrückt.

Die neuentstandenen Mittelschichten führten somit dazu, dass sich die historisch etablierten Konfliktlinien abschwächten (vgl. Gunther/Montero 2004: 109). Die Konflikte zwischen Adel, Klerus, Bürgertum auf der einen Seite und Industriearbeitern und Bauern auf der anderen Seite waren in Spaniens Geschichte immer wieder virulent geworden und hatten im Bürgerkrieg ihren Höhepunkt erreicht. Demgegenüber zielte das Franco-Regime darauf ab, die sozialen Spaltungen, und vor allem die Klassenkonflikte, durch eine relativ abgesicherte Mittekasse abzuschwächen. *No queremos un país de proletarios, sino de propietarios* (Wir möchten kein Land von Proletariern, sondern von Eigentümern), das klassische Motto des Ministers für Wohnungsbau José Luis Arrese (1959) avancierte zum Regierungsprogramm. Das Regime entwarf nicht nur eine Wirtschaftspolitik, die auf das Wachstum der Mittelschichten gerichtet war, sie bewarb auch Ideale des konsumorientierten Freizeitverhaltens, der Entpolitisierung und der Individualisierung (vgl. Cañellas Mas 2006: 264). Damit bildete das Regime ein Gesellschaftsmodell nach westlichem Vorbild nach. Die Mittelschichten wurden zum Symbol eines »europäischen Spaniens«, das sich zusehends seinen Nachbarländern anglich (vgl. Pack 2009: 31).

In diesem Sinne war die Mittelschicht nicht nur ein Faktor der Mäßigung, sondern auch der Veränderung. Anders als vom Regime erhofft, entfaltete die Modernisierung eine politische Eigendynamik. Die Mitteklassen, die ab den 1950er Jahren entstanden, wünschten sich, so erzählt es die Kultur der Transition, nicht eine Stabilisierung des Franquismus, sie beehrten nach Demokratie. Es sollte eine Transition sein, in der sich die Werte der Mittelschicht spiegeln sollten: In der neuen Gesellschaft sollten die früheren Klassengegensätze geschliffen und durch eine gemäßigte Konsensorientierung ersetzt werden. Die demokratische Transition war insofern eine *nachrückende Revolution*, sie bildete das heraus, was die Gesellschaft bereits vollzogen hatte. Die neuen Mittelschichten enthüllten sich als Schlüsselvariable dafür, dass die politische Transition so geschah, wie sie geschah: konsensorientiert, moderat, liberal und mit beschränkten Ausdruckska-

nälen der Volkssouveränität. Die politischen Veränderungen entsprachen ganz dem paradoxen Wunsch der Mittelklassen nach Entpolitisierung *und* Demokratisierung, nach Stabilität *und* Wandel. Auf diese Weise prägte die spanische neue Sozialstruktur dem politischen Prozess ihre Werte auf (vgl. Juliá 2000: 42). Spanien bekam eine repräsentative Demokratie, die Freiheiten und Rechte sicherstellte und den politischen Pluralismus anerkannte. Del Campo/Tezanos (2008: 13) erkennen hierin einen vorbildlichen Prozess, in dem die »soziologische Modernisierung« und »die demokratische Transition« zusammenflossen und eine friedliche Co-Evolution ergaben: »Dieser [Prozess] führte von einer rückständigen und archaischen Gesellschaft und einem autoritären Regime zu einer fortschrittlichen Demokratie und einer modernen Gesellschaft.« (Ebd.)

Die Modernisierung brachte die Demokratie, so lautet die These der kanonischen Literatur. Die soziale Modernisierung im Zeichen der neuen Mittelklasse wurde zum entscheidenden Faktor dafür, dass die Transition erfolgreich war und zum internationalen Modell einer erfolgreichen Demokratisierung aufstieg. Die Modernisierung der Gesellschaft prägte indes nicht nur den Übergang zur Demokratie, sie definierte ebenso wichtige Facetten der neuen Ordnung. Zunächst barg die Modernisierung eine Antwort auf die Frage, warum die junge Demokratie nicht erneut in die Konflikte und Polarisierung der Vergangenheit gezogen wurde: Das neue politische System gründete auf einer gleichsam *geschichtslosen* Gesellschaft. Seit den 1960er Jahren hatte sich nicht nur die Sozialstruktur verändert, es hatten sich ebenfalls neuartige Werte herausgebildet. Die Traditionen und politischen Kulturen von früher galten nicht mehr. Einerseits waren die »radikalen« Arbeiterideologien (Anarchismus, Sozialismus, Marxismus) nach dem Bürgerkrieg aus dem Gesellschaftsleben gewaltsam ausgerissen worden. Andererseits verloren die faschistischen und nationalkatholischen Traditionen, auf denen das Franco-Regime beruhte, im Zuge des Modernisierungsprozesses zusehends an Einfluss. So identifizierte sich in den 1970er Jahren die Mehrheit der Bevölkerung weder mit rechten noch mit linken Ideologien, sondern gab sich politisch indifferent. Diese so modernisierte wie moderate Mehrheit war in dem Maße ein entscheidender Demokratisierungsfaktor, als sie nach dem Tod Francos die Kontinuität der Diktatur für untragbar hielt und den Übergang zu einer liberalen Demokratie befürwortete. Doch darüber hinaus blieb diese entpolitierte Bevölkerungsmehrheit in ideologischer Hinsicht ein ungeschriebenes Blatt. Sie wollte nicht zur Polarisierung der Vergangenheit zurück, forcierte jedoch auch keinen starken Neuentwurf (vgl. Ledesma 2006: 14). Die Gesellschaft hatte mit der Vergangenheit gebrochen und sich der antidemokratischen Ideologien entledigt (vgl. Gunther/Montero 2004: 192f.). An ihre Stelle traten nicht so sehr politische als vielmehr materialistische Werte. Das eigene Wohlergehen, der Konsum, die Freizeit oder der Individualismus avancierten – analog zu anderen westlichen Industrienationen – zu den Schlüsselwerten, welche die Bevölkerungsmehrheit auszeichneten (vgl. Brändle 2007).

Für die neue Demokratie führte dies zu einem merkwürdigen Gegensatz. Zum einen genoss die neue Ordnung sehr hohe Zustimmungswerte. In Umfragen deklarierte eine überwältigende Mehrheit, prodemokratisch zu sein und die politischen Schlüsselinstitutionen (die Monarchie, das Parlament, die Exekutive, die Justiz) zu unterstützen. Aber zugleich richteten sich in der Gesellschaft politische Apathie und Desinteresse ein. Was in der Politik geschah, welche Partei gerade regierte und welche Entscheidungen sie traf, blieb für die spanischen Bürgerinnen nur bedingt von Interesse (vgl. Juliá 2000: 58f.).

Schon unmittelbar nach der Transition sank das Ansehen der institutionellen Politik erheblich. *El desencanto* (die Verdrossenheit) wurde ab Ende der 1970er Jahre zur populären Formel, um die gesellschaftliche Ernüchterung gegenüber der Demokratie zu markieren. Wie Studien zu politischen Einstellungen ergaben, betrachteten die Bürgerinnen die Politik mit Skepsis, Verdrossenheit und Misstrauen. Die Gesellschaft befürwortete zwar prinzipiell die Demokratie, sie verhielt sich jedoch gegenüber der konkreten Politik samt ihrer Abläufe und Repräsentanten zynisch (vgl. Gago 1995: 264).

Diese Politikskepsis wird indes *nicht* als schweres Problem gelesen. Im Gegenteil: Für die Kultur der Transition zeigen die Entfremdungstendenzen der Gesellschaft gegenüber der Politik, dass Spanien dieselbe Entwicklung durchmacht wie alle anderen westlichen Nationen. Materialismus und politische Apathie gelten damit als Kennzeichen von Modernität (vgl. Gunther/Montero 2004: 197). Sie legen offen, dass sowohl die spanische Gesellschaft als auch die Politik so weit gefestigt sind, dass sie wie zwei *autonome Sphären nebeneinander* funktionieren. Die Gesellschaft, genauer, die *Zivilgesellschaft* ist die Sphäre von Arbeit, Konsum, Privatheit und Zivilengagement; die *Politik* ist die Sphäre der harten Institutionen, der Volksparteien und der Entscheidungen. Beide Sphären interagieren zuweilen miteinander, etwa beim Wahlgang. Grundsätzlich jedoch sind Politik und Gesellschaft autonom, sie funktionieren unabhängig und besitzen je eigene Regelmäßigkeiten. Die Tatsache, dass die Politik gewissermaßen hinter dem Rücken der Bürgerinnen funktioniert und trotz Skepsis oder Desinteresse prinzipiell unterstützt wird, wird nicht als Indikator der Krise der Demokratie gelesen, sondern ihrer Festigung. Die Diagnose lautet: Spanien ist mittlerweile derart solide modernisiert, dass im Land sogar jenes politische Desinteresse aufkommt, das für avancierte Industrienationen typisch ist.

Fest steht, dass parallel zur demokratischen Transition die spanische Gesellschaft eine andere wurde. Sie war neu, europäisch, normal. Aber was verbirgt sich hinter diesem Normalisierungstopos? Die Antwort scheint unzweideutig: Spanien erlebte seit den 1950er Jahren eine Modernisierung, die das Land seit den späten 1970er Jahren auf westeuropäische Standards hebt. Diese Normalisierungstendenz lässt sich auf drei Kennzeichen zuspitzen: Erstens wird Spanien zur *Mittelschichtsgesellschaft*. Die Klassenverhältnisse schwächen sich ab und werden durch eine große Mittelschicht ersetzt. Diese ist urban, organisiert sich um die bürgerliche Kleinfamilie herum und macht das materielle Wohlergehen zu ihrer Hauptsorge. Zweitens entwickelt sich eine *Konsumgesellschaft*. Arbeit, Freizeit, Konsum – für die spanischen Bürgerinnen ist Modernität ein Wohlstandsversprechen. Der Fernseher, das Auto (besonders der im Land gefertigte Kleinwagen SEAT 600) der Urlaub am Meer oder eine Zweitresidenz auf dem Land werden zu Symbolen eines deutlich erhöhten Lebensstandards großer Bevölkerungsteile. Dem generellen Eindruck der Bürgerinnen nach hat Spanien einen Sprung nach vorn gemacht. Drittens ist das moderne Spanien eine *entpolitisierte Gesellschaft* geworden. Die einstigen Konflikte haben an Virulenz verloren. Im Zuge der Transition ziehen sich die politischen Debatten aus der Gesellschaft zurück und in das politische System ein.

3.2 Beruhigte Politik

Die spanische Gesellschaft vollzieht eine erfolgreiche Modernisierung – sie ist die Bedingung der Möglichkeit für die Konsolidierung der Demokratie. Zugleich aber bleibt

die modernisierte Gesellschaft in der Narration der Kultur der Transition eigentümlich eigenschaftslos, geschichtslos und konfliktlos. Um genauer zu erfahren, was diese Gesellschaft denn eigentlich auszeichnet, bedarf es des Umweges über ihre Gegenseite, die Politik. Zunächst lohnt der Blick jenseits des politischen Systems im engen Sinne und auf die Entwicklung der sozialen Bewegungen während der Transition zur Demokratie. In der kanonischen Literatur herrscht Einigkeit darüber, dass die Oppositionsbewegungen maßgeblich daran beteiligt waren, die franquistische Ordnung zu delegitimieren und eine demokratische Kultur zu verbreiten. Dem *Partido Comunista* (PCE) und der ihm nahestehenden Gewerkschaft *Comisiones Obreras* (Arbeiterkommissionen, CCOO) wird eine zentrale Rolle im Widerstand gegen die Diktatur zugeschrieben (vgl. Ysàs 2013: 277). Auch jenen Bewegungen, die wie die Nachbarschaftsvereine oder die Studentenbewegung strenggenommen nicht zur Arbeiterbewegung gehören, werden marxistische oder sozialistische Ideologien zugeschrieben. Sie alle werden als »Frühaufsteher« bezeichnet, sie agierten als revolutionierende Avantgarde einer Gesellschaft, die in den 1960er Jahren zu großen Teilen konformistisch und unpolitisch war (vgl. Ledesma 2006: 128ff.).

Im Zuge der Transition zur Demokratie erlebten indes jene Bewegungen, die in der Arbeiterklasse verankert waren und das Idiom des marxistischen Klassenkampfes sprachen, einen Niedergang (vgl. Luz Morán 1997: 363ff.). An ihre Stelle traten ab den späten 1970er Jahren die Neuen Sozialen Bewegungen. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt bestand darin, dass sie den Klassenkonflikt als zentrale Konfliktachse hinter sich ließen und andere Themen aufgriffen: von der Ökologie über die Homosexualität oder die Frauenrechte bis zur Hausbesetzung. Die Neuen Sozialen Bewegungen einte sowohl ihre ideologische Abwendung vom Marxismus als auch ihre sozialstrukturellen Wurzeln in der neuen, urban geprägten Mittelklasse. Für die hegemoniale Erzählung steht fest: Die modernisierte Sozialstruktur Spaniens seit dem Spätfranquismus erklärt, *woraus* die neuen sozialen Bewegungen entstanden, nämlich aus der neuen Mittelschicht. In dieser Hinsicht ist es kein Zufall, dass die Forderungen und Aktionsformen dieser neuen Bewegungen ihren »Schwesterbewegungen« in Westeuropa glichen. Wie diese sprachen aus ihnen neue Diskurse, wie diese verwarfen sie marxistische Semantiken.

Die Modernisierung der spanischen Gesellschaft schlägt sich im politischen Feld nieder. Der Übergang von der Arbeiterbewegung zu den neuen sozialen Bewegungen offenbarte in Spanien, dass eine neue Sozialstruktur entstanden war. Die neuen sozialen Bewegungen markierten nicht nur Modernisierung, sondern auch eine zunehmende Gesellschaftsfragmentierung und Individualisierung. Dies äußerte sich im Mietgliederchwund linker Massenorganisationen wie den Gewerkschaften UGT und CCOO oder der kommunistischen Partei. Und es zeigte sich diskursiv: Die neuen sozialen Bewegungen waren »single-issue-movements«, sie artikulierten begrenzte Fragestellungen (Benedicto 2007: 385). Ein Beispiel dafür bietet die Ökologiebewegung. Ihr Protest gegen die Inbetriebnahme von Nuklearstationen wurde besonders prominent. So widersetzte sie sich Anfang der 1980er Jahre erfolgreich gegen den Bau der Nuklearstation Lemóniz (vgl. Otero 1999: 498). Auch die Einrichtung von Naturschutzparks oder der Protest gegen Bauprojekte in Naturregionen wurde von Ökologieorganisationen forciert. Doch diese enge Themensetzung der Ökologiebewegung war zugleich ihre Schwäche. Als die spanische Regierung zwischen 1984 und 1992 ein Moratorium für die Inbetriebnahme neuer

Nuklearstationen verkündete, erlebte die Anti-Atom-Bewegung einen Niedergang, ihre Anliegen schienen weitestgehend zufriedengestellt (vgl. ebd.: 499).

Die neuen sozialen Bewegungen artikulierten ihrerseits einen Diskurs, der auf sehr spezifische Themen eingeschränkt ist, aber andererseits einen allgemeinen Zuschnitt besitzt: Auf Geschlechtergleichheit, Umweltschutz, Frieden oder die Forderung des Rechts auf Wohnen erheben alle einen Allgemeinheitsanspruch. Die neuen sozialen Bewegungen formulieren eine »universalistische und vernunftzentrierte Kritik an der Moderne, so wie sie sich im 19. und 20. Jahrhundert rund um die Ideale der Ideologie des Fortschritts und Prozesse der technischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Rationalisierung formiert hatte« (Otero 1999: 506).

Folgen wir dem Zitat Oteros, dann symbolisieren die neuen sozialen Bewegungen den Aufstieg einer aufgeklärten und kritischen Gesellschaft, die sich *reflexiv* auf sich selbst bezieht, um ihre Pathologien und Fehlentwicklungen zu beheben. Die Formel der hegemonialen Erzählung lautet: Die neue spanische Gesellschaft bringt aus sich heraus jene Kritikformen hervor, die den Status quo ausbessern und seine Konflikte beheben. Anders als zuvor die Arbeiterbewegung erheben die neuen sozialen Bewegungen eben nicht Anspruch auf eine radikale Gesellschaftsveränderung oder gar auf einen revolutionären Umbruch. Die neuartigen Protestformen bleiben fragmentiert, sie konzentrieren sich auf spezifische Themen und gehen mit dem liberaldemokratischen Grundrahmen prinzipiell *d'accord*. Die hohe Rationalität der neuen sozialen Bewegungen steht spiegelbildlich zu ihrem geringen Bruchpotential: Die Forderungen nach Nachhaltigkeit, Geschlechtergleichheit oder Entmilitarisierung lassen sich je für sich genommen relativ leicht – zumindest partiell – durch die institutionelle Politik prozessieren. Den sozialen Bewegungen, die das nachfranquistische Spanien auszeichnen, wohnt somit eine zentrale Paradoxie inne. Einerseits offenbaren sie, dass Spanien zu einem modernen Land geworden ist. Eine vernünftige Gesellschaft bringt aus sich selbst Kritikformen heraus, um ihre Missstände zu beheben. Doch andererseits sind diese modernen Protestbewegungen *schwach*, sie sehen sich außerstande, die soziale Ordnung ernsthaft zu erschüttern. Vielmehr agieren sie als kritische Korrektive, die punktuell und themenspezifisch soziale Zustände problematisieren und verbessern. Die Legitimität der neuen sozialen Bewegungen als rationale Kritikakteure nimmt zu, ihre Bedeutung als Veränderungskräfte ab, so lautet die Gleichung. Diese widersprüchliche Entwicklung spiegelt sich, so die kanonische Literatur, in der Gesellschaft als Ganzes. Spanien nimmt eine zusehends fortschrittliche und rationalisierte Gestalt an. Zugleich aber verliert das Land seine traditionell konflikthafte Aufladung, es wird friedlicher und unpolitischer.

Parallel dazu geschieht eine Spaltung des politischen Systems gegenüber der Zivilgesellschaft. Hier steht die Sphäre von politischen Debatten und Entscheidungen, dort die des Konsums, der Freizeit und der Arbeit. Die Spaltung zwischen Gesellschaft und Politik avanciert im modernen Spanien zur *Strukturdifferenz*. Die Anliegen, die etwa soziale Bewegungen in der Zivilgesellschaft betreiben, verlieren ihre Berührungspunkte mit der institutionellen Politik. Letztere besitzt eine äußerst geringe Responsivität vis-à-vis außerinstitutioneller Akteure. Im modernen Spanien bilden sich zwei getrennte politische Welten heraus. Auf der eine Seite steht die Sphäre der Regierung, Parlamente und Parteien. Dabei sind die Parteien »die einzigen Kanäle, um Ansprüche und Forderungen

der Gesellschaft und der sozialen Bewegungen zu repräsentieren« (Laraña 2011: 77). Dem steht, auf der anderen Seite, die Welt der Subpolitik in der Zivilgesellschaft gegenüber. Die dort agierenden sozialen Bewegungen bleiben außerinstitutionell, ihre Wirkungen beschränken sich auf einzelne Themen (z.B. Klimaschutz) und soziokulturelle Veränderungen. Die »harte Politik« erreicht die Subpolitik erst, wenn ihre Forderungen durch Parteien repräsentiert, rationalisiert und in klare Rangabfolgen gebracht werden (vgl. ebd.).

Der Blickwechsel von den sozialen Bewegungen auf das politische System im engen Sinne ist in dem Maße aufschlussreich, als sich mit dem Ende des Franquismus in kurzer Zeit ein demokratisches Institutionengefüge von enormer Stabilität herausbildete. Richard Gunther und José Ramón Montero (2004: 14) sprechen von einer Doppelbewegung von *leapfrogging* und *crystallization*. Einerseits bedeutete die demokratische Transition ein Sprung nach vorn. Spanien wurde in kurzer Zeit eine westliche Demokratie. Andererseits stabilisierten sich die Akteure und Institutionen der Anfangsjahre der Demokratie stark, sie wurden zum unverrückbaren Setting der spanischen Demokratie.

Von den späten 1970er bis in die 2000er Jahre hinein wird Spaniens politisches System durch ein stabiles *Zweiparteiensystem* strukturiert. Schon nach den ersten Wahlen 1977 standen der Wahlsieger UCD (33 %) und die Zweitpartei PSOE (25 %) weit vor den restlichen Kräften. Diese Tendenz verstärkte sich, als Anfang der 1980er Jahre die Zentrumspartei UCD zerbrach und an ihre Stelle die konservative AP – und später ihre Nachfolgepartei PP – trat. Die Hegemonie von PSOE auf der linken und PP auf der rechten Seite zeichnete sich dadurch aus, dass beide Volksparteien eine Catch-all-Strategie verfolgten. Sie konkurrierten um eine gemäßigte, entpolitisierte Mittelklasse (vgl. León 2014: 77–87). In diesem Sinne gehen die Volksparteien mit Programmen in die Wahl, die ideologisch schwach aufgeladen sind. Diese »center-seeking« und »vote-maximizing« Strategie (Gunther/Montero 2004: 374) führte PP und PSOE zur Konvergenzbewegung rund um eine wirtschaftsliberale Programmatik (dazu: Kap. II.2.b, II.2.c). Die zentristische Strategie von PSOE und AP/PP legte offen, dass die Parteiapparate die Anliegen ihrer deutlich links bzw. rechts positionierten Basis und Stammwählerschaft nur mehr schwach artikulierten. Die Responsivität der beiden Volksparteien – in Regierung oder Opposition – gegenüber den Forderungen, die aus der Zivilgesellschaft heraus artikuliert wurden, blieb sehr gering. Die Regierungs- und Parteispitzen steckten in der Eigendynamik des politischen Systems fest, sie besaßen oftmals keine starken Bande mehr zu ihren Stammwählerinnen (vgl. Verge 2007).

Ein weiteres verfestigtes Merkmal des politischen Systems ist sein *Pluralismus mit schwachem Antagonismus*. Bereits ab den ersten demokratischen Wahlen im Juni 1977 konturierte sich ein plurales Parteiensystem. Seine Grundmerkmale bestanden in der Vorherrschaft von zwei gemäßigten Großparteien, die Präsenz von ein bis zwei kleinen Parteien, die je stärker rechts und links profiliert waren, und die Anwesenheit von Regionalparteien (vor allem katalanischen und baskischen) mit zentristischem Profil. »Das Parteiensystem, das aus den Wahlen von 1977 hervorging, war sehr plural. Aber ihm mangelte es glücklicherweise an jener Polarisierung, die für die Dreißigerjahre auszeichnend gewesen war«, so die normativ gefärbte Diagnose von Tusell (1999: 786), die nicht nur auf 1977 zutrifft, sondern auch auf die Folgejahrzehnte. Trotz ihrem Pluralismus wohnte der parlamentarischen Politik, so die hegemoniale Selbstbeschreibung, eine schwache

Konfliktivität inne. Ausgehend vom Gründungskonsens rund um die Verfassung und die *Pactos de la Moncloa* (Kap. II.2.a), inszenierten die Parteien in Krisen oder Schlüsselerignissen immer wieder ihr grundlegendes Einvernehmen. Insofern war der Konsens mehr als eine politische Praxis der 1970er Jahre, er wuchs zur Einstimmigkeit der politischen Hauptakteure in Staatsfragen auf (vgl. Heras 2011: 359). Damit ist nicht gesagt, dass die postfranquistische Politik keine Konflikte mehr kennen würde. Das Parteiensystem war geprägt von starken Debatten und Differenzen zwischen den Konfliktachsen Links versus Rechts und Zentrum versus Peripherie. Jedoch verorteten sich diese Gegensätze *innerhalb* eines gesetzten Grundrahmens, zu dem sich (fast) alle Fraktionen (fast) immer bekannten.²⁴ Dieser Grundkonsens schränkte die möglichen Konflikte stark ein und setzte gewisse Kernthemen als unverhandelbar – vor allem in der Wirtschaftspolitik, dem Sozialstaat oder der territorialen Ordnung.

Die geringe Konflikthaftigkeit im politischen System war auch eine Folge seiner bereits angesprochenen schwachen Responsivität. Die Trennung zwischen Zivilgesellschaft auf der einen Seite und Politik und Parteien auf der anderen, flankiert durch die schwache gesellschaftliche Verwurzelung der Großparteien, hat zur Folge: Das politische System zeigt sich relativ hermetisch gegenüber Forderungen sozialer Bewegungen, es prozessiert fast schon autopoietisch eigene Themen (vgl. Maravall 1992: 7f.). Soziale Mobilisierungen schrieben sich zwar immer wieder in politische Debatten ein. Doch sie taten es als spontane und kurzlebige Ereignisse, so die Proteste gegen den Nato-Verbleib Spaniens in den 1980er Jahren, die Proteste gegen den Irak-Krieg in den 1990er Jahren oder die Mobilisierungen gegen die Ölkatastrophe vor der galizischen Küste in den Nullerjahren. So stark diese Mobilisierungen gelegentlich die öffentliche Meinung prägten, so schwach war zugleich ihr Niederschlag in der institutionellen Politik. Die beiden Volksparteien stilisierten sich dagegen als möglichst ideologiefreie Reformprojekte. Ihr Kernziel war die Modernisierung Spaniens. Für sie war der Aufbau des Wohlfahrtsstaates, die europäische Integration oder die Modernisierung der Gesellschaft weniger eine ideologische Frage, sondern eine von *good governance* (vgl. Román 1995: 198, auch: Benedicto 2007: 398).

Die Orientierung am Modernisierungsideal bedingt, dass für die spanische Politik eine Konfliktlinie zentral wird: die Unterscheidung zwischen *moderner* und *gestriger* Politik. Zwar kommt das Gegensatzpaar neu/alt fast nie ausdrücklich in der postfranquistischen Politik vor. Doch die Gegenüberstellung zwischen den Positionen, die sich auf der Höhe der Zeit bewegten, und jenen, die als gestrig abgetan wurden, bleibt stets hochpräsent. Wie die Diskurse der Spitzenpolitiker Adolfo Suárez, Felipe González oder José María Aznar oder die Programme des sozialistischen PSOE und des konservativen PP deutlich gemacht haben, ist für sie die Abgrenzung gegenüber der Vergangenheit und die Orientierung auf einen modernen und europäischen Zukunftshorizont enorm gewichtig. All das, was mit der Zeit *vor* der Transition identifiziert wird, galt als überholt,

24 Die Konflikte zwischen den beiden Volksparteien PP und PSOE zentrierten sich im Zeitraum zwischen den 1980er Jahren und den Nullerjahren um Fragen der Außenpolitik (so der spanischen Beteiligung an der von der US-Regierung forcierten Irak-Invasion im Jahr 2003) und zudem um eher soziokulturelle Themen wie die Legalisierung der Homo-Ehe (2006) oder des kollektiven Gedächtnisses an den Bürgerkrieg.

im Grunde als schädlich für das Gemeinwesen. Sei es der Franquismus, seien es die radikalen Arbeiterkulturen, sei es die zweite Republik – die politischen Traditionen der Vergangenheit werden als obsolet verworfen (vgl. Gunther/Montero 2004: 192). Der neue Horizont der spanischen Politik und Gesellschaft heißt nun Europa.

3.3 Die Kultur der Transition – eine diskursive Kartographie

Dass Spanien nach dem Tod Francos zu einem anderen Land wird, betont das hegemoniale Narrativ lautstark. Die Unterkapitel II.2.a/b »Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos« und »Modernisierung unter sozialistischem Vorzeichen?« legten offen: Spanien vollzog den Übergang von der Diktatur zur Demokratie nicht nur schnell, es ließ auch seine krisen- und konfliktzerrüttete Geschichte hinter sich und schlug einen westeuropäischen Entwicklungspfad ein. In der Formel »vom Recht zum Recht über das Recht« kondensierte Spaniens erster demokratischer Präsident nach Franco, Adolfo Suárez, das Ideal einer *betreuten Volkssouveränität*, also einer Demokratie, die organisch aus dem franquistischen Staatsapparat erwuchs und dessen grundsätzliche Legitimität nicht in Frage stellte. Der friedliche Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime geschah dank der gemeinsamen Bemühungen aller moderaten Kräfte, er verdankte sich dem Konsenswillen der politischen Hauptakteure, von rechts (AP und UCD) bis links (PSOE und PCE). Wie der PSOE-Politiker und Verfassungsvater Peces-Barba hervorhob, war die Verfassung von 1978 von Verständigungswillen geprägt, sie wurde geradezu vom Schlüsselwert des *Konsenses* getragen. Dabei waren die Hauptdarsteller dieses Konsenswillens die politischen Eliten. Die Bürgerinnen blieben in der Transitionserzählung die passiven Rezipientinnen eines von oben entworfenen Demokratieprojekts.

In dieser Hinsicht ist festzuhalten, dass die beiden Knotenpunkte des Gründungsmythos von 1978 der *Konsens* und die *betreute Volkssouveränität* sind. Um sie herum gruppiert sich, mit Foucault (1981) gesagt, ein Ensemble von Sprechern, Begriffen und Strategien, das eine Sphäre der Legitimität konstituiert: Die politischen Eliten sind die legitimen Akteure, die liberaldemokratischen Werte sind der richtige Normenkanon, der wirtschaftsfreundliche Liberalisierungskurs ist die einzig mögliche Modernisierungsstrategie. Was außerhalb dieser Koordinaten liegt, wird ausgeschlossen, als illegitim, radikal oder gestrig gebrandmarkt. Wie die kanonischen Texte der Kultur der Transition zeigen, arbeitet der hegemoniale Diskurs mit Grenzziehungen, die oftmals subtil und relativ unsichtbar, dafür aber umso wirksamer ausfallen.

Streit, Zwist und Zerwürfnis kommen in der hegemonialen Erzählung kaum mehr vor. Sie erscheinen als Sache der Vergangenheit, für die Gegenwart haben sie jede Relevanz verloren. Im Bericht Paco Candels (Kap. II.2.d) scheint allerdings auf, dass auch in den Transitionsjahren der Konflikt nicht aus der politischen Bühne verschwunden war. Die Spannungen zwischen Linken und Rechten, zwischen Zentralstaat und peripheren Nationalismen bestanden weiter. Auch die konfliktgeladene Erinnerung an Republik, Bürgerkrieg und Diktatur blieb laut Candels Bericht in den parlamentarischen Debatten der späten 1970er Jahre virulent. Dass der Knotenpunkt des Konsenses und mit ihm Kategorien wie Kompromiss, Verantwortung oder Mäßigung zentral wurden, hängt damit zusammen, dass eine gesellschaftliche Mehrheit diesen Konsens als einzige Chance

sah, um das demokratische Regime zu stabilisieren und die Konflikte der Vergangenheit fernzuhalten. *Konsens heißt Ordnung*, so lautet die Losung, die hegemonial wurde.

Dieselbe Ausrichtung wohnt der Idee der *Volkssouveränität* inne. Auch sie gibt ein Doppelversprechen für Demokratie und Ordnung. Zwar plädieren die Spitzenpolitiker der Transitionsjahre für eine Unterordnung des politischen Prozesses unter den Volkswillen. Die Demokratisierung solle den Bürgern ihr Einflussvermögen zurückgeben. Politische Entscheidungen müssen an die kollektive Willensbildung zurückgebunden werden, ja im Volkssouverän die einzige Legitimitätsquelle haben. Doch zugleich setzt die Kultur der Transition der Ermächtigung des Volkes klare Schranken. Der demokratische Souverän darf sich nicht frei entfalten, er muss von tugendhaften Politikern betreut werden und sich innerhalb eines Rechtsrahmens entfalten, der kaum zur Verhandlung steht. Die Entscheidungsmacht des Volkes hat Grenzen. Und diese Grenzen werden in letzter Instanz nicht vom Volk, sondern vom politischen Führungspersonal gezogen. Die Kultur der Transition verfißt eine Souveränität ohne letzten Hoheitsanspruch. Für das sich konstituierende hegemoniale Projekt wäre eine entfesselte Volkssouveränität so unvorhersehbar wie gefährlich. Sie könnte Spannungen verursachen, die das Land in das polarisierte Klima von Bürgerkrieg und Franco-Diktatur zurückwerfen. Eine unkontrollierte Volkssouveränität könnte Spanien ins Chaos führen – gegen diese Furcht artikuliert sich der Knotenpunkt einer betreuten Volkssouveränität.

In einer Tabelle erscheinen die beiden Gegensatzpaare in der Kultur der Transition wie folgt:

Tab. 1: Knotenpunkte der Kultur der Transition, auf Grundlage von Kap. II.2.a
»Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos«

Knotenpunkte		Antagonismen
Konsens	↔	Konflikt
betreute Volkssouveränität	↔	Chaos

Der Gründungsmythos von 1978 mit seinen beiden Knotenpunkten, dem Konsens und der betreuten Volkssouveränität, sind Kernbestandteile der Kultur der Transition. In meiner Deutung entfaltet sich die postfranquistische Gesellschaft und Politik auf den Fundamenten, die in den Transitionsjahren gelegt wurden. Der Gründungsmythos von 1978 liegt der neuen Verfassung zugrunde, aber nicht nur ihr. Vielmehr entsteht in dieser Zeit ein ganzes Set von Institutionen, Akteuren und Praktiken, die über Jahrzehnte hinweg bestehen werden. Die vorhergehende Analyse betrachtete seine Sedimentierung zu einem mächtigen Commonsense, genauer, zu einer fraglosen Kultur, die zum naturalisierten Horizont der Gesellschaft sedimentierte. Doch so stark diese Sedimentierung ausfiel, so irrtümlich wäre es, die Kultur der Transition nur auf die Transitionsjahre im engen Sinne (1975–1982) zu beschränken. Die gesamten 1980er Jahre gelten mir als zweite starke Prägephase der Kultur der Transition. Unter der Ägide der sozialdemokratischen Regierung von Felipe González entfaltet sich ein Leitmotiv, dessen Wurzeln weit

zurückreichen und das rasch zum Ideal eines ganzen Landes aufsteigt: die Modernisierung Spaniens.

In der Selbstbeschreibung der Kultur der Transition ist die Modernisierung ein vielschichtiges Phänomen. Der Fortschrittspathos war in Spanien schon seit dem 19. Jahrhundert präsent, doch stets blieb er ein unerreichbares, zum Scheitern verurteiltes Ideal. Ob bedingt durch die Klassenkonflikte, den Bürgerkrieg oder die Diktatur: Der Weg Spaniens in die Moderne schien stets blockiert, zum Scheitern verurteilt. Doch bereits vor der Demokratie kommt die Kehrtwende. Die kanonische Literatur ist sich einig, dass ab den 1950er Jahren eine dauerhafte ökonomische Wachstumsphase einsetzt. Basierend auf den Wirtschaftszweigen des Tourismus und der Industrie und angetrieben durch ausländische Investitionen und Deviseneinnahmen verändert sich das Land grundlegend. Es entsteht eine breite Mittelschicht nach westeuropäischem Maßstab. Sie ist urban, individualistisch, konsumorientiert – und kaum politisiert und ideologisiert. Diese Mittelklasse avanciert, so der hegemoniale Diskurs, zum Auszeichnungsmerkmal einer modernisierten Sozialstruktur und zieht einen Schlussstrich hinter die einstigen Polarisierungen. Die früheren Gegensätze zwischen einer breiten Arbeiterklasse und einer kleinen Oberschicht werden durch die neue Mittelklasse behoben. Bereits in der Spätphase des Franquismus entfaltet sich eine neue Gesellschaftsstruktur. Sie ist die *strukturelle Grundlage* der späteren Demokratisierung. Der gemäßigte, konsensorientierte und konfliktarme Transitionsprozess spiegelt das wider, was die spanische Gesellschaft ohnehin seit Jahren ist.

Diese soziale Modernisierung ist der Ansatzpunkt der Programmatik, welche die PSOE-Regierungen von González in den 1980er und 1990er Jahren artikulierten. Anhand von Programmen, Reden und Gesetzesinitiativen zeigte sich, dass das sozialistische Kabinett seine Politiken rund um die Leitkategorie der Modernisierung entfaltet. Dabei verleiht die PSOE-Regierung dem Signifikanten der Modernisierung eine spezifische Wendung: Er setzt Politiken der Modernisierung mit solchen der *Liberalisierung* gleich. So macht sich ein moderner Verwaltungsapparat eine Unternehmenskultur zu eigen und funktioniert nach Kriterien von Effizienzsteigerung, Dienstleistungsorientierung und interner Flexibilität. Genauso entledigt sich eine moderne Wirtschaft ihrer ineffizienten und antiquierten Schwerindustrie und ersetzt sie durch einen modernen Dienstleistungssektor, der kaum Regulierungen bedarf. Für den PSOE ist die freie Marktwirtschaft der Leitfaden, entlang dessen das Ziel der Modernisierung angestrebt wird.

Pointiert gewendet, dient dem PSOE das Modernisierungsideal als Hebel eines Rechtsrucks. Die Sozialisten wenden sich gegen ein starkes sozialdemokratisches Programm rund um Politiken von Umverteilung und Wohlfahrtsstaatlichkeit, und entscheiden sich für ein wirtschaftsliberales Profil, das Margaret Thatcher und Helmut Kohl deutlich nähersteht als François Mitterrand oder Olaf Palme. So Streitbar die Politik der Sozialisten in historischer Perspektive sein könnte, so wenig wird sie seitens des kanonischen Narratives problematisiert und als zu gemäßigt oder wirtschaftsliberal kritisiert. Im Gegenteil: Fast einstimmig wird das PSOE-Projekt als *das* große Modernisierungsprojekt Spaniens gelobt. Das Narration lautet: Suárez und Juan Carlos I brachten Spanien die Demokratie, González und der PSOE brachten dem Land die endgültige Modernisierung, sie brachten es auf die Standards Westeuropas. Welche tatsächlichen Politiken dem Modernisierungsprojekt zugrunde lagen, bleibt mit Schlag-

wörtern wie »Aufbau des Sozialstaats«, »Deindustrialisierung« oder »Integration in Europa« nur angedeutet. Wichtig ist die Erzählung. Die sozialistische Programmatik erscheint als *fraglose Fortsetzung* der sozioökonomischen *Modernisierung*, die in den 1950er Jahren *unter Franco* begonnen hat. Die Sozialisten vollstrecken eine Entwicklung, die längst im Gange ist, die in der Gesellschaft längst akzeptiert und verankert ist. Insofern deckt sich die Selbstbeschreibung der Sozialisten als »bloßes Instrument des Wandels« mit der kanonischen Erzählung: Der PSOE von González schließt auf politischer Ebene eine Modernisierung ab, die auf sozialer Ebene begonnen hat, ja ihren eigentlichen Dreh- und Angelpunkt in der Gesellschaft findet.

Dass die Modernisierungswende nicht nur eine Sache der Sozialisten ist, beweist auch die Neuorientierung der Konservativen. Als sich 1989 unter José María Aznar die franquistische Nachfolgepartei *Alianza Popular* als *Partido Popular* (PP) neu gründet, geht das mit einer programmatischen Wende einher. Der PP erfindet sich neu als Mitte-rechts-Partei. Die Kraft verwirft ihre franquistischen Wurzeln und orientiert sich an den europäischen Konservativen. Der junge Parteichef Aznar greift den Leitbegriff der Freiheit auf, um daraus ein neoliberales Programm zu schmieden, das den freien Markt ausdehnen und den Staat klein halten soll. Damit wird an das sozialistische Modernisierungsprojekt angeschlossen – und deren Liberalismus weiter radikalisiert. Die Neugründung der Konservativen legt offen, dass die Modernisierung zu einem Axiom geworden ist, das jede Kraft, die Mehrheitsansprüche erhebt, reartikulieren muss. Diese Modernisierung ist aber nicht unbeweglich, sondern lässt sich verschieden artikulieren – beim PSOE eher sozialliberal, beim PP eher marktradikal. Dennoch gilt: Die Gleichsetzung von *Modernisierung mit wirtschaftlicher Liberalisierung* sedimentiert bei beiden Volksparteien PSOE und PP zum festen Knotenpunkt. So treibt die Kategorie der Modernisierung die beiden Parteien in eine programmatische Reorientierung. Sie müssen sich von ihren jeweiligen Ursprüngen im Marxismus und Franquismus abwenden und als gemäßigte Kräfte neu erfinden: die eine als liberale Sozialdemokratie, die andere als christdemokratische Volkspartei. So passen sich beide Parteien an den westeuropäischen Rahmen samt EWG- und NATO-Mitgliedschaft an, sie stellen sich als modernisierte Volksparteien auf – den europäischen Nachbarn folgend, ihre eigene Vergangenheit verwerfend.

Für die spanische Gesellschaft als Ganzes gilt Ähnliches wie für PP und PSOE. Im Zeichen der Modernisierung repräsentiert sich die Gesellschaft als europäisch und gemäßigt. Sie ist eine neue Gesellschaft geworden, die nicht mehr die Konflikte und Polarisierungen der Vergangenheit kennt, sondern eine Ordnung der zufriedenen Mittelklassen wird. Doch wie der *Informe Petras* veranschaulichte (Kap. II.2.d), bleibt das moderne Spanien von sozialen Ungleichheiten geprägt. Die jungen Arbeitergenerationen sind weit stärker als die vorherigen von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und Prekarisierung betroffen. Diese Ungleichheit bleibt jedoch oft stumm. Dem Idiom des Klassenkampfes haftet in der modernen spanischen Gesellschaft die Aura des Antiquierten an. Die Kultur der Transition forciert eine Neuerfindung der Gesellschaft: Die Mittelschichten, nicht das Proletariat oder wie im Franquismus Armee, katholische Kirche und Bürgertum bestimmen das Selbstbild einer neuen, europäisierten Sozialstruktur. Und just diese *Ablehnung der Vergangenheit* ist der verborgene Antagonismus, gegen den das Modernisierungsideal in Stellung gebracht wird. Die Modernisierung wendet sich gegen

alles, was dem Fortschritt und Spaniens europäischer Angleichung im Wege steht. Die Vergangenheit ist *das* Hindernis, das Spanien überwinden muss, um endlich modern zu werden. Von der institutionellen Politik über die Gesellschaftsstruktur hin zu den sozialen Bewegungen wird propagiert, dass die modernen Zustände mit den alten gebrochen haben. Es beginnt eine neue Zeit, eine neue Geschichte ohne die Last einer erdrückenden Vergangenheit.

Auf politischer Ebene wird also Modernisierung mit Wirtschaftsliberalismus gleichgesetzt, auf sozialer Ebene gilt Modernisierung als Verpflichtung zur Mittelschichtsgesellschaft. Der PSOE als »Instrument des Wandels« verpflichtet sich zu beidem, womit er die Modernisierungspolitik des Spätfranquismus fortsetzt. Die Vergangenheit ist die Nemesis dieser allseitigen Modernisierung. Die Vergangenheit würde Stillstand bedeuten, sie würde in Gesellschaft wie Politik jene Polarisierungen reproduzieren, die zum Bürgerkrieg führten. Die Modernisierung dagegen soll Spanien einen neuen Zukunftshorizont verleihen. Dieser Horizont ist zwar ausgesprochen vage, er verdichtet sich aber in einem Signifikanten: *Europa*. Denn (west-)europäisch soll das Land werden: vom Parteiensystem über die Wirtschaft bis hin zur Sozialstruktur. Die folgende Tabelle stellt die Kernaxiome der Kultur der Transition in den 1980er Jahren dar:

Tab. 2: Spaniens Modernisierung, auf Grundlage von Kap. II.2.b/c, II.3.a/b

Knotenpunkt		Antagonismus
Modernisierung	↔	Vergangenheit
Äquivalentsetzung mit: Politik als wirtschaftsliberale Politik Gesellschaft als Mittelschichtsgesellschaft	↔ ↔	Stillstand Polarisierung und Konflikt
↓ Zukunftshorizont: Europäisierung Spaniens		

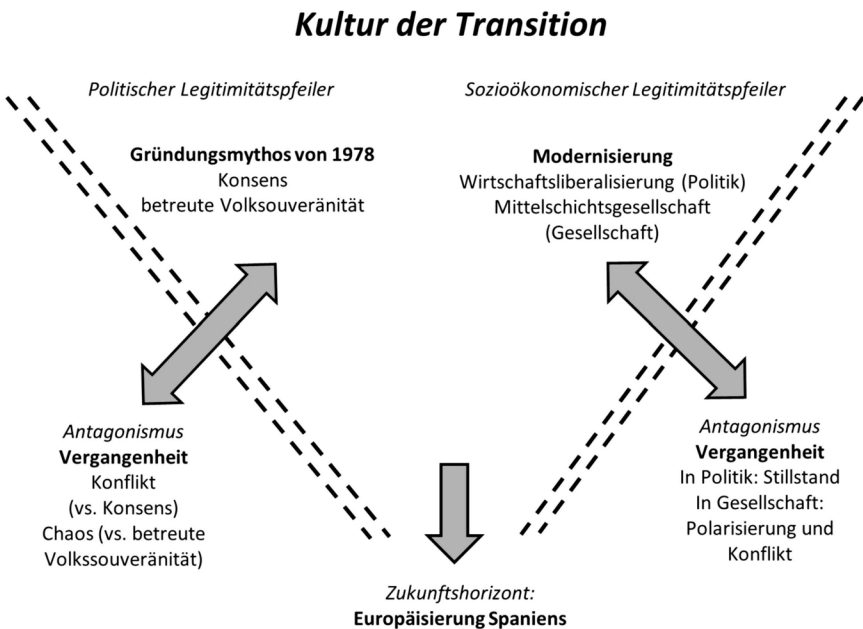
Als Fazit dieses Kapitels bleibt festzuhalten, dass sich nach dem Ende des Franquismus in Spanien ein neues, ungemein einflussreiches und widerstandsfähiges hegemoniales Projekt konstituiert, die Kultur der Transition. Meine Lektüre der Selbstbeschreibung dieser sedimentierten Kultur über die kanonische Literatur hält fest, dass diese Kultur auf einer doppelten Legitimitätsgrundlage fußt. Auf der einen Seite legitimiert sich die Kultur der Transition politisch durch den *Gründungsmythos von 1978*. Der modellhafte Übergang von der Diktatur zur Demokratie steigt zum Erfolgsnarrativ auf. Die Transition wird zu einer der größten Errungenschaften, die Spaniens politische Akteure je erzielt habe. Auf diese Weise avancierten die beiden Kernkategorien des Gründungsmythos von 1978, der *Konsens* und die Idee einer *betreuten Volkssouveränität* zu Schlüsselkategorien der nachfranquistischen Politik. Gerade in Krisenmomenten werden sie immer wieder reaktiviert und in politische Entscheidungen überführt. Auf der anderen Seite legitimiert sich die Kultur der Transition sozial und ökonomisch durch die erfolgreiche *Modernisierung* Spaniens. Seit den 1950er Jahren entfaltet sich auf sozioökonomischem Terrain ein tiefgreifender Modernisierungsprozess. Er verändert die Gesellschaft zutiefst und gleicht Spaniens Sozialstruktur westeuropäischen Standards an. Der im

Franquismus begonnene Modernisierungsprozess wird in den 1980er Jahren durch die PSOE-Regierungen von Felipe González fortgeführt. Spätestens 1989, als sich die Konservativen als PP neu aufstellen, wird die Modernisierung zum unbestrittenen Signifikanten, an dem sich alle etablierten Akteure orientieren. Auf der Ebene öffentlicher Politiken nimmt die Modernisierung als Wirtschaftsliberalisierung Gestalt an. Die Entbetung der freien Marktwirtschaft wird gleichgesetzt mit Wachstum, mehr noch, mit Fortschritt. In der Gesellschaft heißt Modernisierung der Übergang zu einer (endlich) befriedeten Sozialstruktur, in der die Mittelklassen dominieren. Die Modernisierung wird auf diese Weise zum Gegenbild der Angst vor der Stagnation, Polarisierung und Zerrüttung, die Spanien jahrzehntelang, im Kern seit dem 19. Jahrhundert geprägt hatte. Folglich ist die primäre Triebkraft der Modernisierung weder ökonomisch noch sozialstrukturell. Vielmehr stehen wir vor einer Erzählung, die ihre Kraft aus sich selbst schöpft, weil sie zu einem kulturellen Wert sedimentiert, der die Gesellschaft verändert. Die Modernisierung ist deshalb so mächtig, weil sich in ihr das Versprechen auf den Wandel Spaniens hin zu Europa kristallisiert.

Der Gründungsmythos von 1978 und der Topos der Modernisierung statuen die Kultur der Transition jahrzehntelang mit Legitimität aus. Aus einem hegemonialen Projekt wird eine naturalisierte Kultur, die fraglos akzeptiert wird. Die Kultur der Transition reicht zurück bis in den Franquismus, sie legitimiert dessen ökonomische Modernisierungspolitik mit – und lässt seine ökonomischen Pfeiler wie den Massentourismus oder die Immobilienwirtschaft nicht nur unhinterfragt, sondern stützt sich aktiv auf diese. So wichtig die politisch brisanten Transitionsjahre (1975–1978) für die Artikulation dieses hegemonialen Projektes sind, so wichtig ist zugleich das politisch beruhigte Folgejahrzehnt der 1980er Jahre, damit die Kultur der Transition endgültig festlegt, wie das politische System und die Gesellschaft verfasst sein müssen. Die Kultur der Transition wird in den 1990er und 2000er Jahren zu einer sedimentierten Kultur, die Spanien definiert. Zwei Jahrzehnte lang, bis zur Wirtschaftskrise von 2008, steht der normative Rahmen fest, auf dessen Basis sich wechselnde Regierungen und Ereignisse entfalten. Auf diese Weise mutiert die in den 1970er und 1980er Jahren artikulierte Kultur der Transition zum Sinnbild der sozialen Ordnung. Es ist eine Ordnung, die bewusst wie unbewusst wirkt, deren Signifikanten und Praktiken für sich Allgemeingültigkeit beanspruchen. Die Topoi von Konsens, Modernisierung oder einer betreuten Volkssouveränität werden aber, so werden die folgenden Kapitel zeigen, durch die Proteste der Indignados grundsätzlich in Frage gestellt. Ab 2011 sieht sich die Kultur der Transition mit einer neuen Gegenhegemonie konfrontiert. Für einen kurzen historischen Augenblick zwischen 2011 und 2016 scheint es, als erfinde sich das postfranquistische Spanien neu. Doch diese Neuerfindung, so mächtig sie zeitweilig ausfällt, wird die Kultur der Transition nicht zum Verschwinden bringen, sondern eine politische Reaktivierung der historisch tradierten Ordnung provozieren (Kap. VII.2).

Abbildung 6 bietet zum Abschluss eine Übersicht der diskursiven Knotenpunkte, welche die Kultur der Transition auszeichnen:

Abb. 6: Die Kultur der Transition als hegemoniale Kultur des postfranquistischen Spaniens



III Mai 2011. Ausbruch der Empörung

Mai 2011. Wendepunkt.

(David Fernández, Aktivist und Politiker)

Einen Platz zu besetzen, ist etwas sehr Schönes. Auf was es aber wirklich ankommt, ist die Herzen der Menschen zu besetzen.

(Anonyme Aktivistin, 22. Mai 2011, Plaça Catalunya, Barcelona)

Die Indignados erschütterten Spanien. Die Platzbesetzungen und Demonstrationen, die ab dem 15. Mai 2011 in Spaniens Hauptstädten stattfanden und sich in den Folge Wochen über das ganze Land ausbreiteten, bedeuteten für Politik, Öffentlichkeit und Gesellschaft einen Bruch. »Nach dem 15-M wird nichts mehr so sein, wie es vorher war« – dieses Motto der Empörten war gewiss zu hochgegriffen. Die Proteste kamen nicht aus dem Nichts. Sie besaßen starke Vorläufer, ohne welche die Indignados unmöglich gewesen wären. Weder waren die Empörtenproteste in ihrer Organisation oder Semantik so neuartig, wie es anfangs scheinen konnte, noch stellten sie sich als die radikale Neugründung heraus, die sich viele Mitte 2011 herbeisehnten. Die Indignados waren vom Arabischen Frühling inspiriert, sein Momentum als revolutionärer Umbruch erreichten sie nicht. Dennoch wurden die Platzbesetzungen zum Schlüsselereignis für Spanien. Die Proteste politisierten eine junge Generation, die zuvor der Politik den Rücken gekehrt hatte. Zudem gaben sie großen Bevölkerungsteilen das Bewusstsein zurück, dass die sozialen Verhältnisse veränderbar waren, ja verändert werden konnten.

Das vorliegende Kapitel spürt dem Ausbruch der Empörung nach; es untersucht im Detail die beiden ersten, gleichsam heroischen Monate der Indignados, Mai und Juni 2011. Dabei möchte ich den Leitgedanken bekräftigen, dass in diesen Monaten das zentrale Diskursgefüge entsteht, das sich in den Folgejahren in der spanischen Gesellschaft ausbreitet. Mai 2011 ist nicht nur die Geburtsstunde einer kurzlebigen Protestbewegung, sondern die einer weit langlebigeren *Gegenhegemonie*, welche die hegemoniale Kultur der Transition entscheidend in Frage stellt. Sedimentierte Knotenpunkte wie Entpolitisierung, Konsens oder ökonomische Liberalisierung verlieren nach den Empörtenprotesten an Legitimität oder werden zur Reartikulation gezwungen.

Dieser hegemoniale Umbruch schafft einen neuen diskursiven Horizont, von dem aus sich ab Mitte 2011 die soziale Ordnung neu verhandeln lässt, diese potentiell anders gestiftet werden kann. Die neue Gegenhegemonie stellt deshalb die verstetigte post-franquistische Ordnung so mächtig in Frage, weil sie mit einem neuartigen Repertoire von *Praktiken* einhergeht. Die Versammlung auf den Plätzen, die Nutzung der Sozialen Medien oder das Prinzip einer inklusiven Basisdemokratie sind Kernbestandteile der Empörtenartikulation – im Protestereignis von 2011 sowie in den Folgejahren erweisen sie sich als zumindest so bedeutsam wie die im engen Sinne diskursiven Forderungen und Identitätskonstruktionen. Das vorliegende Kapitel fragt nach dem *Was* genauso wie nach dem *Wie* der Empörtenproteste: Was sind die zentralen Diskursstränge der Proteste? Wie organisieren sich die Indignados auf den Plätzen und in ihren Camps? Und wie kann beides, das Was und das Wie, derart einflussreich werden?

In diesem Sinne plädiere ich im Folgenden dafür, dass sich die Geburt der neuen Gegenhegemonie der Empörung als *populärer Bruch* vollzieht, der die sedimentierten Eckpunkte der Transitionskultur in Frage stellt und große Zustimmung für einen neuen Gesellschaftsentwurf mobilisiert. Nun ist jedes Protestereignis vielschichtig und widersprüchlich. Es wird sich zeigen, dass aus den Empörtenprotesten *kein* einheitliches Kollektiv hervorgeht, das über Zeit und Raum stabil bleiben, sich als homogene Bewegung in der Zivilgesellschaft festsetzen und als solches auf das politische System Einfluss ausüben kann. Vielmehr zeichnet sich die Umbruchsituation von Mitte 2011 durch allgemeine Eckpunkte aus, innerhalb derer vielfältige, oft nur lose gekoppelte Artikulationspraktiken entstehen. Mit der zentralen Konfliktlinie »unten gegen oben« können sich so gut wie alle Protestlerinnen auf den Straßen und Plätzen identifizieren. Während jedoch die einen damit ein direktdemokratisches Demokratieideal mitsamt einer antikapitalistischen Vision verknüpfen, plädieren die anderen für eine Reform der parlamentarischen Demokratie und vertreten – in fast schon sozialdemokratischer Manier – eine Rücknahme der Austeritätspolitik und einen gestärkten Sozialstaat. Manche wünschen sich, in nuce, eine etwas verbesserte Demokratie, andere sehnen sich nach einer grundsätzlich anderen Gesellschaft. Meine These lautet: Im Mai 2011 gibt es *einen* populären Bruch, aber er zeitigt *viele* radikalere und gemäßigte Ausprägungen. Es wird darum gehen, die Proteste der Indignados in dieser Spannung von Einheit und Vielfalt zu analysieren und darzulegen, wie sich in und durch diese Spannung eine neue Gegenhegemonie artikuliert.

Um dieser Ambition gerecht zu werden, geht das vorliegende Kapitel sowohl in die Breite als auch in die Tiefe. Auf der einen Seite würdige ich die gesamtgesellschaftliche Dimension des Empörungsausbruches mit einer *politischen Diskursanalyse*. Auf der anderen Seite gehe ich ins Detail und untersuche mit einer *Diskursanalyse von unten*, wie eine der größten Empörtenversammlungen in Spanien, diejenige auf der Plaça Catalunya von Barcelona, funktionierte. Zunächst aber veranschauliche ich im Sinne einer allgemeinen Chronologie und einer inhaltlichen Einbettung, wie sich die Empörtenproteste in ihren beiden Zentren, der Puerta del Sol von Madrid und der Plaça Catalunya, entwickelten. Hier setze ich bereits explorativ erste konzeptuelle Schwerpunkte (Kap. III.1). Dem folgt eine politische Diskursanalyse des Empörungsdiskurses, mit der die zentralen Knotenpunkte, Themenfelder und Freund-Feind-Kategorien zu rekonstruieren sind, die in den ersten Monaten der Proteste Gestalt annehmen (Kap. III.2). Die Artikulationspraktiken

der Indignados werden gleichwohl erst dann vollends verständlich, wenn sie durch die Feinanalyse der Debatten und Praktiken auf den Plätzen rekonstruiert werden. Diese Diskursanalyse von unten tätigt der dritte Schritt. Hier zeige ich auf der Basis von Protokollen und anderem Textmaterial des Empörtencamps auf der Plaça Catalunya, wie die gesellschaftsübergreifende Semantik der Empörung zusammenhängt mit der konkreten Praxis im Barcelona-Camp. Was dort ein wildes Gewirr von Stimmen und Dokumenten scheint (und teils auch ist), wird sich als der eigentliche Angelpunkt einer äußerst disruptiven Artikulationspraxis herausstellen (Kap. III.3). Viertens führe ich die politische Diskursanalyse des Empörungsdiskurses und seine praxeologische Diskursanalyse von unten zu einer Gesamtschau zusammen, welche die Geburt der Gegenhegemonie der Empörung verständlich macht (Kap. III.4).

1 Acampadas – Protestchronologie mit Fokus auf Barcelona, Mai/Juni 2011

Am 15. Mai 2011, einem Sonntag, finden in ganz Spanien Demonstrationen statt. Die Protestmärsche unter dem Motto »Echte Demokratie Jetzt! Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern!« erfahren beachtlichen Zulauf: In Madrid kommen 50.000, in Barcelona 20.000, in Valencia 10.000 Menschen zusammen. Doch die eigentliche Besonderheit der Mobilisierungen besteht darin, dass sie von Gruppen organisiert werden, die bisher so gut wie unbekannt sind. Parteien, Gewerkschaften oder etablierte soziale Bewegungen beteiligen sich an ihnen nicht. Auch die Massenmedien haben den Aufruf zum Protestmarsch weitgehend ignoriert. Die Plattform *Democracia Real Ya* (Echte Demokratie Jetzt, DRY) ist am 15. Mai 2011 die Treibkraft, zudem beteiligen sich Kollektive wie *Juventud sind Futuro* (Jugend ohne Zukunft), *V de Vivienda*¹ oder die *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (Plattform der Hypothekbetroffenen, PAH). Javier Toret, einer der Initiatoren von DRY, erinnert sich:

Die Kampagne war anonym. Die Gruppe hinter »Echte Demokratie Jetzt« war eigentlich bedeutungslos. Sie bestand aus einem Konglomerat von Blogs, verschiedenen Gruppen, Leute die aus anderen Kollektiven wie »Gegen das Gesetz Sinde« oder »Wähle Sie nicht« kamen. »Echte Demokratie jetzt« war bloß eine Marke, hinter der es niemanden gab. (Toret zit. in Castells 2012: 116)

Angesichts der unkonventionellen und vornehmlich internetbasierten Organisation werden zwar die Proteste am 15. Mai 2011 ein Erfolg. Doch an jenem Tag hätte kaum eine Teilnehmerin gedacht, dass dieses Datum in das kollektive Gedächtnis eingehen und zum Startpunkt eines neuen Protestzyklus aufsteigen würde, der Spanien tief verändern würde. Tatsächlich haben in Barcelona die Proteste des Vortages am 14. Mai 2011 eine a

1 *V de Vivienda* (V wie Wohnen [Vivienda]) ist ein Wortspiel, das auf den Spielfilm *V for Vendetta* (2005) verweist. Die Plattform knüpft in dem Maße assoziativ an den Film an, als auch dort ein als basal gedeutetes Recht (im Film: die Freiheitsrechte *in toto*, bei *V de Vivienda*: das Recht auf Wohnen) durch Aktionen eingefordert wird, die aktiv zivilen Ungehorsam ausüben und die Konfrontation mit der Staatsgewalt nicht scheuen.

priori größere Resonanz entfaltet. Linke Parteien und Mehrheitsgewerkschaften organisieren einen Protestmarsch unter dem Motto »Genug Kürzungen! Wir verteidigen die öffentlichen Leistungen«. Dieser Marsch ist sehr erfolgreich (etwa 40.000 Demonstranten). Dass indes der klassische und der unkonventionelle Protest an verschiedenen Tagen stattfinden und derart verschiedene Träger aufweisen, legt offen, dass im Frühjahr 2011 etwas Neues entsteht, das in vielfältiger Weise mit der tradierten Ordnung bricht. Am 15. Mai richtet sich die Kritik gegen die etablierten Volksparteien, sie richtet sich aber zugleich gegen die bestehende politische Linke und ihre zusehende »Bürokratisierung und Professionalisierung« (Camps Calvet/Di Nella 2020: 153). Dem Protest geht es von Anfang an nicht nur um austeritätskritische Forderungen und um Regierungskritik, sondern auch um *neue Organisationsformen*, die sich von den Koordinaten des postfrankquistischen Spaniens abgrenzen und neue Vergesellschaftungspraktiken zu instituieren suchen.

Neue Praktiken werden bei den Protesten schon früh gestiftet. Am Abend des 15. Mai, als die Demonstration in Madrid eigentlich schon zu Ende gegangen ist, entscheiden sich in Madrid spontan einige dutzende Demonstrantinnen dafür, den Protest anders als üblich nicht aufzulösen, sondern die Nacht auf dem zentralen Platz Puerta del Sol zu verbringen, um dort weiter zu debattieren: über die Krise, über soziale Ungerechtigkeit, darüber, was denn Demokratie bedeute. Auf dem Platz wird eine Versammlung abgehalten, deren zentrale Idee lautet: »[N]icht die Energie auflösen, die sich gebildet hat. ›Wie in Tahrir, wie in Tahrir‹, heißt es.« (Rodríguez 2016: 20) Dies erinnert an den Tahrir-Platz im ägyptischen Kairo, wo die Proteste gegen das Mubarak-Regime zu einer massiven Revolte aufgewachsen waren. Die Idee eines auf Dauer gestellten Zeltlagers wird rasch populär, wie auch der erste Tweet des Benutzerkontos *acampadasol* am Abend des 15. Mai 2011 unterstreicht: »Wir haben angefangen, auf der Puerta del Sol in Madrid zu campen. Wir gehen nicht, bevor wir eine Einigung erreicht haben.« Das Campieren auf den Plätzen wird zum Markenzeichen der Empörten. Ein Teilnehmer der ersten Stunde, der Aktivist und linke Politiker David Fernández (Interview, 26.10.2016), betont: »Die Platzbesetzungen hatten etwas symbolisches, sie standen für die Wiederaneignung der zentralen Räume seitens jener, die an den Rand gedrängt worden waren.«

Anders als die Demonstration des 15. Mai geht die Übernachtung auf der Puerta del Sol auf eine spontane Entscheidung zurück, die keine Organisation geplant hatte. In der Nacht vom 15. zum 16. Mai entsteht eine *disruptive* Artikulationspraxis. Die wenigen Protestierenden, welche die Nacht auf der Puerta del Sol verbringen, werden zwar am nächsten Morgen von der Polizei geräumt, es kommt zu Verhaftungen. Dieses Vorgehen provoziert jedoch eine weit stärkere Gegenreaktion. In der Nacht vom 16. Mai ahmen an der Plaça Catalunya, Barcelonas Hauptplatz, circa 150 Menschen die Madrider Besetzung nach. Mehr noch, sie entscheiden sich dafür, den Platz bis auf weiteres besetzt zu halten und dort allabendlich eine Versammlung abzuhalten. Noch beeindruckender fällt die Wiederbesetzung der Puerta del Sol aus. Am 16. Mai übernachteten mehrere hundert Menschen auf dem Platz. Der Protest gegen die erneute Räumung seitens der Polizei provoziert am 17. Mai eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmerinnen – wovon circa 4.000 auf der Puerta del Sol campieren. Am 17. Mai werden in weiteren 30 spanischen Städten *Acampadas* (Protestcamps) ausgerufen, überall werden ähnliche Slogans geru-

fen: »Es ist nicht eine Krise, es ist ein Betrug«, »Reale Demokratie Jetzt!«, »Es ist keine Frage von links gegen rechts, sondern von oben gegen unten«.

Die Massenmedien rücken ihren Fokus rasch auf die Proteste. Schlagzeilen wie »Sie haben sich versammelt«, »Tausende von Demonstranten auf den Plätzen« oder »Sie möchten bleiben« zeugen von der Kraft einer rapide sich ausbreitenden Bewegung. Die Tatsache, dass die Protestierenden seitens der Massenmedien als Indignados (Empörte) bezeichnet werden, drückt das Unvermögen aus, die vielfältigen, oft eklektischen Forderungen der Protestierenden auf einen kleineren Nenner zu bringen als die Ablehnung »der geltenden ökonomischen und politischen Ordnung«, so die liberalkonservative Zeitung *La Vanguardia* (19.5.2011). Eine Ablehnung, die von Anbeginn als affektgeladener Ausdruck einer Krisenerfahrung gelesen wird, wie der bekannte Kolumnist Enric Juliana (2011) exemplarisch vermerkt: »Es gibt keine Revolte. Was es gibt, ist ein Ausbruch schlechter Laune. Eine kleine Explosion [*un fogonazo*]. Eine Forderung nach mehr Wahrheit im öffentlichen Diskurs. In gewissem Sinne ist es eine Meuterei.« Die Einschätzung Julianas spiegelt die Wahrnehmung der Proteste in der medialen Öffentlichkeit. Die vorwiegend jungen Leute, die sich auf den Plätzen versammelt haben, werden als Krisenverliererinnen wahrgenommen. In diesem Sinne avanciert die Empörung auf der einen Seite zum *leeren Signifikanten*. Der Empörungssignifikant führt Verschiedenes zusammen: Den Protest gegen eine sozialistische Regierung, die gegen ihre Versprechungen den Sozialstaat zusammenspart; den Unmut über ein ökonomisches System, das viele nicht (mehr) effektiv auf dem Arbeitsmarkt integriert; das Ressentiment gegen ein Parteiensystem, das sich um den Wettbewerb und die Machtwechsel von PSOE und PP dreht und sich dabei gegenüber den Krisenerfahrungen der Bevölkerung nicht responsiv verhält. Auf der anderen Seite jedoch wird die Empörung als eine *Erfahrung* gedeutet, als ein konkretes Erleben von Verarmung und Prekarität sowie von Wut über die herrschenden Verhältnisse. Die Empörung ist ein entleertes Zeichen für vielfältige Forderungen, aber sie gleichzeitig eine Erfahrung, die – mittel- oder unmittelbar – von den Protestierenden auf den Straßen und Plätzen gemacht und geteilt wird.

In der zweiten Maihälfte werden in hunderten Städten Spaniens *Acampadas* (Zeltlager) gegründet, und zwar in allen Größenordnungen, von einigen dutzenden Teilnehmern hin zu tausenden auf den zentralen Schauplätzen, der Puerta del Sol in Madrid und der Plaça Catalunya in Barcelona. Zugleich verleihen sich die Versammlungen eine ausgefeilte Methodologie und Selbstorganisation, sie drehen sich förmlich um ihre *Selbstartikulation*. Die Camps funktionieren über zahlreiche Kommissionen und Arbeitsgruppen, in denen sowohl praktische Angelegenheiten (wie Sauberkeit, Essen oder Sicherheit) erledigt als auch theoretische Diskussionen (wie Zeitdiagnosen, ökonomische Alternativen oder die Demokratisierung der Gesellschaft) geführt wurden. Weiterhin geschehen in fast allen Zeltlagern täglich Versammlungen. Letztere wachsen zu den operativen Institutionen der Empörten auf. Hier wird meist stundenlang über den Alltag der Platzbesetzung und ihre Weiterführung debattiert, allgemeine Kritik am Ist-Zustand geübt, über Alternativen nachgedacht, es werden Forderungskataloge debattiert und verabschiedet. Auch die Beiträge von Einzelpersonen finden immer wieder Gehör. Mehr als die Ausarbeitung eines einheitlichen »Empörungsdiskurses« steht auf den Plätzen die Entfaltung einer möglichst basisdemokratischen Artikulationspraxis im Zen-

trum. Sie macht die besetzten Plätze zum Experimentierlabor eines demokratischen Gegenentwurfes.

Zentriert sich der Blick auf Madrid und Barcelona, so lässt sich die Hochphase der Platzbesetzungen in der zweiten Maihälfte verorten, genauer am Wochenende vom 21. und 22. Mai 2011, das Datum der spanienweit stattfindenden Kommunal- und Regionalwahlen. An diesen Tagen erreicht die Assistenz auf den Plätzen ihr Zenit. Unter dem Motto »Sie repräsentieren uns nicht!« wird das geltende Parteiensystem und das angeblich restriktive Wahlgesetz kritisiert, vor allem aber öffentlich kundgetan, dass die Platzbesetzungsbewegung der institutionellen Politik den Rücken kehrt. »Am Wahltag [22. Mai] sprach auf dem Platz kaum jemand über die Wahlen oder ihr Ergebnis. Auf der Plaça Catalunya diskutierten wir über ganz andere Themen, die uns viel wichtiger schienen«, erinnert sich Teilnehmer Carles (Interview, 11.11.2016). Die Abwendung vom politischen System unterstreicht auch die Aktivistin Judit (Interview, 18.9.2014): »Die Wahlen waren an jenem Wochenende am allerwenigsten Thema. In der Euphorie der *Acampadas* ging es nicht mehr um das real existierende Politiksystem, sondern um eine vollkommen andere, radikalere Form der Demokratie.«

In der Tat erreichen die Teilnehmerzahlen am Wochenende des 21. und 22. Mai ihren Höhepunkt (siehe Abb. 7: die Plaça Catalunya am 21. Mai). Zwar sind an dem Wochenende Protestmärsche und Kundgebungen verboten – mit der Begründung, sie würden auf die Meinungsbildung der Bürger einwirken und so den Urnenausgang verzerren. Doch angesichts der massenhaften *Acampadas* bleiben die Verordnungen wirkungslos. Auf der Plaça Catalunya reichen am 22. Mai die Aktivitäten der Versammlung von der Verabschiedung eines Katalogs »politischer Mindestforderungen« über die Planung von Aktionen und Demonstrationen, Debatten zu internen Prozedere, Vorträgen bekannter Persönlichkeiten bis hin zur Einweihung eines ökologischen Gartens. Die Versammlung an der Puerta del Sol ist ähnlich breit aufgestellt. In Madrid finden am 22. Mai sogar zwei Plenarsitzungen statt, um 12 und um 18 Uhr, beide mit je einigen tausend Teilnehmern. Auch hier werden interne Organisationsfragen debattiert sowie ein politischer Forderungskatalog verabschiedet. Obwohl also weder die Wahlen noch deren ernüchternder Ausgang explizit zum Thema gemacht werden,² zeitigen sie offensichtlich eine indirekte Wirkung. Nämlich in der Initiative der Versammlungen, in jenen Tagen Forderungskataloge auszuarbeiten. Die zuvor heterogenen Praktiken auf dem Platz werden zusehends in eine unzweifelhaft als politisch lesbare Artikulationspraxis kanalisiert.

2 Auf kommunaler Ebene behauptet sich, auf ganz Spanien hochgerechnet, die konservative Partei PP mit 37,5 Prozent als stärkste Kraft. Die sozialdemokratische PSOE erlangt 27,8 Prozent. In Barcelona setzt sich die konservativ-katalanistische CiU mit 28,7 Prozent durch und stellt mit Xavier Trias den neuen Bürgermeister, in Madrid verteidigt der konservative Alberto Ruiz-Gallardón (PP) seinen Posten.

Abb. 7: Die Hauptversammlung des Barcelona-Camps am 21. Mai 2011



Quelle: <https://www.flickr.com/photos/acampadabcnfoto/5758289462/in/photostram/> (CC BY-NC-ND 2.0)

In der Folgeweche, vom 23. bis zum 27. Mai 2011, verzeichnen die Protestcamps weiterhin hohe Teilnehmerzahlen. Kommissionen und Arbeitsgruppen vervielfältigen sich und werden von zuweilen prominent besetzten Vorträgen und Debatten flankiert. Zudem werden in Barcelona und Madrid erstmals Versammlungen auf Quartiersebene gegründet. Damit beginnt der sogenannte »Marsch in die Viertel«, der sich ab Mitte Juni beschleunigt – und zum Signum der dezentralen Organisation der Indignados wird. An jenen Tagen, etwa eine Woche nach Beginn der Platzbesetzungen und nachdem sich deren erstes Momentum gelegt hat, beginnen denn auch die Diskussionen über einen »sparsameren« Einsatz der Kräfte, um der Bewegung eine langfristige Perspektive zu geben (Interview Carles, 11.11.2016).

Dennoch bleibt die Atmosphäre auf den Plätzen wochenlang von kollektiver Euphorie geprägt. Viele sind von den Protesten regelrecht eingenommen. »Vor der Arbeit war ich auf dem Platz, nach der Arbeit kehrte ich dort zurück, und während der Arbeit liefen auf meinem Bildschirm ununterbrochen Twitter-Nachrichten und Facebook-Posts des 15-M«, erinnert sich Judit zurück (Interview, 18.9.2014). Neue Protestpraktiken verdichten sich auf den Plätzen. Die symbolische Infragestellung der Ordnung und die Einrichtung einer neuen Ordnung wird auf dem Platz als eine sinnliche und kollektive Artikulation *erfahren*. Zwar werden in den Hauptversammlungen der Protestcamps genauso wie in deren jeweiligen Arbeitsgruppen politische Forderungen erhoben. So seitens der Kommission für Kultur des Barcelona-Camps: »Wir fordern eine freie Kultur, die auf Prozesse und nicht auf Produkte aufbaut und die sich für öffentliche kulturelle Plätze und gegen Kommerzialisierung einsetzt« (Comissió Cultura, Plaça Catalunya, 22.5.2011). Doch ebenso wichtig wie solch politische Forderungen ist es, in der Kommission das Paradigma einer freien Kultur vorzuleben. Letztere soll nicht nur gefordert, sie soll auch in der Organisationsform verwirklicht werden. Die Kultur-Kommission hält dies in derselben Sitzung hoch:

Es wird beschlossen, ein Wiki aufzumachen, in dem die Dokumente der Versammlungen, Recherchematerial, Dokumente für die Debatte (bestehende Regelungen, Manifeste anderer Kollektive, die für die Kultur kämpfen usw.) hochgeladen werden, um die interne Arbeit der Kommission zu ermöglichen und zu vereinfachen. (Ebd.)

Die aktivistische Praxis auf den Plätzen orientiert sich insofern an dem, was sich als eine konkrete Praxis der Vergemeinschaftung oder eben als *Commoning* bezeichnen lässt. In einem Prozess der Selbstorganisation sollen Güter, in diesem Fall Kulturgüter, gemeinsam geschaffen werden, um die (kulturellen) Bedürfnisse zu bedienen. Das Wiki, das die Kultur-Kommission erstellen möchte, ist für jeden offen und veränderbar. Gegenüber der kapitalistischen Verwertungslogik wird die Produktion von Gütern zur kollektiven und bedürfniszentrierten Praxis gemacht (vgl. Euler/Gauditz 2020: 129f.). So wirken die Praktiken der Empörten auf dem Platz, wie die Diskursanalyse von unten zeigen wird, *präfigurierend*, sie zeichnen in der Versammlung jenen Horizont einer entprivatisierten Güterproduktion und -aneignung vor, wie sie für die gesamte spanische Gesellschaft angestrebt wird. Auf den Plätzen wird Demokratie nicht nur gefordert, sie wird dort auch als eine Praxis vorgelebt, die zu einer kollektiven Selbstregierung in einem umfassenden, symbolischen wie materiellen Sinn führen soll.

Am 27. Mai 2011 kommt es zum Wendepunkt. In einer koordinierten Aktion unternehmen circa 1.000 Bereitschaftspolizisten einen großangelegten Räumungsversuch der Plaça Catalunya. Kataloniens Regionalregierung gibt als Grund dafür die mangelnde Hygienesituation auf dem Platz an. Die Polizeikräfte setzen rüde Mittel ein, um die Demonstrantinnen zu zerstreuen: Es kommt zum Einsatz von Gummikugeln, teils wird auf Gesichtshöhe geschossen, es wird geprügelt. Zunächst wird Barcelonas Hauptplatz tatsächlich geräumt. Am späten Nachmittag versammelt sich jedoch eine große Masse von Demonstrantinnen. Ihr gelingt es, die Polizei in die Defensive zu bringen. Abends zieht sich diese vollends vom Platz zurück. David Fernández (Interview, 26.10.2016) erinnert sich an die, wie er sie nennt, »Rückeroberung« als Ermächtigungsmoment: »Für mich war es das erste, und bisher einzige Mal, dass ich die Polizei besiegt habe.« Anderen Teilnehmenden bleibt der 27. Mai 2011 weniger positiv in Erinnerung. Carles (Interview, 11.11.2016) meint, danach habe sich die Dynamik des Protestcamps deutlich verschlechtert: »Wo zuvor eine fast naive Empörung und Protestfreude bestand, kam nun Groll und Angst.« Ob positiv oder negativ besetzt, nach dem Einsatz verändern sich die Praktiken auf der *Acampada*. Polizeigewalt und staatliche Repression nehmen nun in den Debatten der Indignados eine Zentralstellung ein. Es breitet sich ein kollektives Bewusstsein dafür aus, dass die angestrebten Veränderungen auf harte Gegenwehr stoßen können. Gegenüber ihrer Infragestellung kann, so wird deutlich, die herrschende Ordnung reagieren, und zwar sowohl mit symbolischer Delegitimierung als auch mit gewaltsamer Zurückdrängung.

In der nächsten Woche, vom 28. Mai bis 4. Juni 2011, gehen die Teilnehmerzahlen an den Protestcamps deutlich zurück. Zusehends wird darüber diskutiert, wie es nach den Platzbesetzungen weitergehen kann, was geeignete Organisationsformen sein können, oder wie strategische Fragen anzugehen seien (etwa das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens). Angesichts zurückgehender Beteiligung entscheidet sich die Hauptversammlung am 5. Juni 2011 dazu, das Camp an der Plaça Catalunya zu verlassen

und dort nur noch tagsüber Aktivitäten abzuhalten. Die Räumung wird als Schritt hin zu einer dezentralen Organisation proklamiert, um die Bewegung in den Quartieren fortleben zu lassen (vgl. Montañés 2020: 68). Parallel dazu findet am selben Tag, dem 5. Juni, ein wichtiges Treffen statt. Camps aus ganz Spanien sind im *Encuentro Interacampadas* (zu Deutsch: Treffen zwischen Camps) zusammengekommen, um den aktuellen Zustand, die Entwicklung und die Zukunftsaussichten des Protests zu besprechen. Zum ersten Mal bezeichnen sich die unterschiedlichen Camps Spaniens als TeiIglieder einer Bewegung, die trotz ihrer Heterogenität ihre Aktivitäten koordiniert und sich um eine inhaltlich kohärente Diskursproduktion bemüht. Mit dem Treffen ist faktisch die Bewegung der Empörten entstanden – paradoxerweise gerade dann, als sich der erste Empörungsimpetus legt.

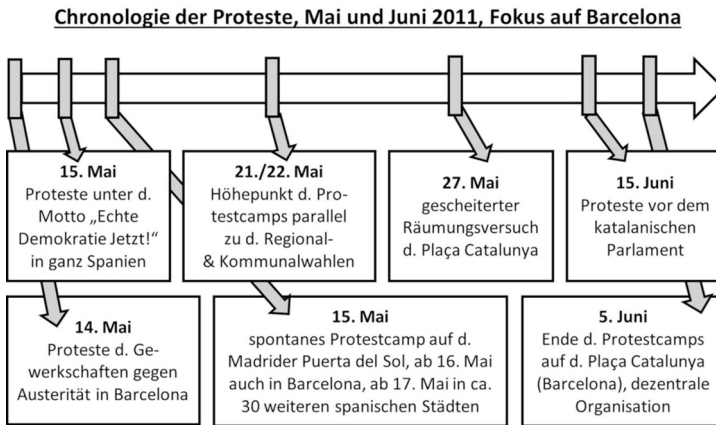
Das erste Exempel für die Fortsetzung der Empörungsproteste nach der Räumung der besetzten Plätze ist die Demonstration »Mobilisierung am Parlament! Verhindern wir die Kürzungen«. Sie findet am 15. Juni 2011 vor dem katalanischen Parlament statt, um gegen die Kürzungen sozialstaatlicher Ausgaben zu protestieren, die die konservative Regionalregierung beschlossen hat. Die Aktion avanciert erneut zur gewaltsamen Konfrontation der circa 4.000 Protestierenden mit der Polizei. Wegen des Einsatzes von Tränengas und Gummikugeln werden 49 Demonstranten verletzt, andere kommen wochenlang in Gewahrsam. Den Protestierenden gelingt es ihrerseits, den Gang der Abgeordneten ins Parlament zu erschweren – und sie mit Vorwürfen und Buhrufen zu konfrontieren. Der konservative Ministerpräsident Artur Mas wird sogar mit dem Hubschrauber in das Parlamentsareal geflogen. Als *Setge del Parlament* (Belagerung des Parlaments) wird das Protestereignis bekannt. Die öffentliche Resonanz gegenüber dem Protest fällt größtenteils sehr negativ aus. »Eine rote Linie wurde heute überschritten«, urteilt paradigmatisch das konservative Blatt *El Mundo* (16.6.2011). Vom linken bis zum rechten Parteienspektrum ist man sich einig, dass der Protest einer Delegitimierung der repräsentativen Demokratie *in toto* gleichkomme – und als solche restlos zu verurteilen sei.

Doch die Deutungsrahmen verschieben sich erneut, als wenige Tage später, am 19. Juni 2011, spanienweit Demonstrationen stattfinden, die sich mit dem Protest vor dem Parlament solidarisieren. Unter dem Motto »Die Straße gehört uns. Alle auf die Straße« gehen Tausende auf die Straße. Besonders massiv fällt die Beteiligung in Barcelona aus, wo sich zwischen 100.000 und 200.000 Menschen an der Demonstration beteiligen, gegen das harte Vorgehen der Polizei protestieren und eine Demokratisierung des Landes einfordern. Aufmacher wie *Todos juntos* (Alle zusammen) von *El Periódico de Catalunya* (20.6.2011) halten den friedlichen Charakter der Proteste fest und eignen sich sogar ihre Anliegen an.

Folglich offenbaren die ersten beiden Monate der Empörung vielfältige Reaktionen: einerseits die Empathie bis hin zur Solidarisierung mit einem neuartigen Protest, der sich schwer einordnen lässt, in vieler Hinsicht querschnittartig ist. Andererseits die scharfe Verurteilung dort, wo die Mobilisierungen gewaltsam werden. Dann werden die Indignados als Feinde der Demokratiefeinde dezertifiziert. Die Frage, was die Empörung im Land bewirken könnte, steht im Sommer 2011 noch gänzlich offen. In jedem Falle aber haben sich die Platzbesetzungen in Spanien bereits als ein grundlegend politisierendes Ereignis erwiesen. Fernández (2011: 66) resümiert: »Gegenhegemonie: Man

redet wieder über soziale Rechte, über die Abwehr der ökonomischen Plünderung und über die Neuerfindung der Demokratie. Soziale Bande und Gemeinschaftssinn werden zurückerobert. Autonomie, Selbstorganisation, Deliberation. Zwei Diskurse, die sich gegenüberstehen, zwei antagonistische, miteinander unversöhnliche Wege.«

Abb. 8: Chronologie der Proteste, Mai und Juni 2011, Fokus auf Barcelona



2 Analyse des Empörungsausbruches

Von Anfang an zeichnen sich die Empörtenproteste durch ihre Offenheit und Unbestimmtheit aus. In Mottos wie »Sie repräsentieren uns nicht«, »Es ist keine Krise, es ist das System«, »Echte Demokratie Jetzt!« oder »Die Frage ist nicht links gegen rechts, sondern unten gegen oben« finden sich viele Menschen wieder. Nach Umfragen sympathisiert im Juni 2011, einige Wochen nach dem Zustandekommen der Platzbesetzungen, 70 Prozent der Bevölkerung mit den Indignados und ihren Forderungen.³ Mit den Protestierenden identifizieren sich Links- wie Rechtsgesinnte, politisierte wie entpolitisierte Milieus, jüngere wie ältere Generationen. Um diese Anziehungskraft zu erklären, entscheidet sich die folgende Analyse dafür, weniger die sozioökonomischen Hintergründe Spaniens oder den internationalen Kontext zu fokussieren, sondern den *Diskurs* der Empörung ins Zentrum zu rücken. Ich werde die Leitintuition bekräftigen, dass im unbestimmten, offenen und entideologisierten Empörungsdiskurs einer der Schlüssel seines Erfolges liegt. Die Kernbotschaft der Proteste ist die Ablehnung der gesamten Ordnung – eine Ablehnung, die übrigens in überhaupt nicht radikaler Manner viele (junge) Durchschnittsbürgerinnen vortragen. Zunächst rekonstruiere ich die

3 Nach einer repräsentativen Umfrage des öffentlichen Meinungsforschungsinstituts CIS sympathisieren im Juni 2011 rund 70 Prozent der Befragten mit den Zielen der Empörten. Metroscopia, ein anderes renommiertes Meinungsforschungsinstitut, ermittelt im Rahmen einer zeitgleich durchgeführten Erhebung sogar einen Zustimmungswert von 80 Prozent der Befragten.

Kernelemente des Empörungsdiskurses anhand eines Manifests, das mir als Schlüsseldokument gilt (Kap. III.2.a). Dies markiert den Ausgangspunkt einer Rekonstruktion, die weitere Slogans der Indignados und ihrer Vorläuferbewegungen ausbauen (Kap. III.2b). Die beiden Forderungskataloge der Empörtenversammlungen aus Madrid und Barcelona runden schließlich die politische Diskursanalyse des Empörungsdiskurses ab (Kap. III.2.c).

2.1 Echte Demokratie Jetzt – der Bruch entsteht

Als erste Annäherung an den Diskurs der Empörten kann das Manifest von *Democracia Real Ya* (Echte Demokratie Jetzt) dienen. Das Dokument stößt in der Öffentlichkeit auf große Resonanz. In Artikeln und Reportagen wird immer wieder auf das Schriftstück Bezug genommen, um die Anliegen der Indignados zu erläutern.⁴ Das Manifest zirkuliert ebenfalls stark in aktivistischen Kreisen. Auf vielen Versammlungen der Empörten dient der Text als grundlegender Orientierungspunkt, um Manifeste oder Pressemitteilungen zu erstellen.⁵

Was verbirgt sich hinter dem einflussreichen Manifest von »Echte Demokratie Jetzt«? Im Folgenden lanciere ich eine sequentielle Feinanalyse des Dokuments (siehe: Kap. III.3.a). Das Manifest lässt sich in drei Sinnabschnitte unterteilen und entlang dieser analysieren. Der erste Abschnitt stellt dar: *Wer spricht im Text? Wer sind seine Subjekte?* Im zweiten wird die prinzipielle Diagnose vorgestellt: *Was wird kritisiert?* Was zeichnet den sozialen Zustand aus, der als unhaltbar gilt? Im dritten Teil werden politische *Forderungen* formuliert. Sie verfeinern die Diagnose und Kritik am Ist-Zustand – und explizieren zugleich die angestrebte Alternative.

Im ersten Teil, der sich als *Die Beschreibung des Wir* überschreiben ließe, wird dargestellt, wer die Subjekte des Textes sind:

Wir sind normale Menschen. Wir sind wie Du: Leute, die jeden Morgen aufstehen, um zu studieren, zu arbeiten oder einen Job zu finden, Leute mit Familien und Freunden. Leute, die jeden Tag hart arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und ihren Mitmenschen eine bessere Zukunft zu gestatten.

Einige von uns sind progressiv, andere konservativ. Einige sind gläubig, andere nicht. Einige folgen klar definierten Ideologien, andere sind unpolitisch. (*Democracia Real Ya* 2011)⁶

4 Siehe exemplarisch: RTVE, 16.5.2011, *El Periódico*, 17.5.2011, *20 Minutos*, 20.5.2011.

5 So orientiert sich die Grundsatzzerklärung des Barcelona-Camps teils wörtlich am Manifest von »Echte Demokratie Jetzt«. Hier sei nur mit Sicht auf die folgende Analyse exemplarisch zitiert: »Uns vereint das Unbehagen ob eines prekären, durch Ungleichheiten gekennzeichnetes Leben, aber uns vereint vor allem der Wille zum Wandel. Wir sind hier, weil wir eine neue Gesellschaft wollen, die dem Leben dem Vorrang vor politischen oder ökonomischen Interessen gibt. Wir fühlen uns getreten von der kapitalistischen Ökonomie. Und wir fühlen uns ausgeschlossen durch ein politisches System, das uns nicht repräsentiert.« (Acampadabcn 2011)

6 Für das analysierte Manifest wurde zwar eine deutsche Fassung erstellt. Sie ist aber an einigen Stellen gegenüber dem spanischen Original sinnentstellend, sodass hier mit einer eigenen Übersetzung gearbeitet wird.

Zunächst fällt auf, dass die Sprecherposition breit und unbestimmt gehalten wird. Das Pronomen »Wir« markiert alle möglichen Personentypen: Es sind Menschen, die »arbeiten«, die »studieren« oder einen »Job suchen«, die sowohl links als auch rechts eingestellt sind, die gläubig wie atheistisch sind. Die Autorinnen erscheinen als ganz »normale« Menschen, womit proaktiv die Identifikation mit dem Leser gesucht wird (»Wir sind wie Du«). Zudem schafft die Aufzählung (»Leute, die [...] Leute, die [...]«) den Eindruck von Normalität, mehr noch: von Alltagsroutine. Im Grunde verkörpern, so die Botschaft, die Sprechenden einen *Querschnitt* der Bevölkerung. Diese Pluralität wird im Dokument nicht verborgen, sondern zur Schau gestellt.

Trotz ihrer Vielfältigkeit ist den Autorinnen eines gemeinsam. Sie teilen eine spezifische Lebenseinstellung, die des »harten Arbeitens«. Sie soll nicht nur individualistisch den eigenen Unterhalt sichern, sondern ebenfalls das Leben der Mitmenschen unterstützen. Im Zitat erfüllt das harte Arbeiten einen Doppelzweck: »[Wir sind] Leute, die jeden Tag hart arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und den Menschen um uns herum eine bessere Zukunft zu bieten.« Somit avanciert die »harte Arbeit« mit ihrer doppelten Zielrichtung des materiellen Überlebens und der Gesellschaftsverbesserung zum *verborgenen Knotenpunkt*, der die verschiedenen Sprechpositionen des Manifests verbindet. Das »harte Arbeiten« von Menschen, die teils gar keine Arbeit haben, sondern eine solche suchen oder studieren, steigt zum Faktor auf, der bei den Sprechern implizit Einheit stiftet. Dabei wird ein weiter Arbeitsbegriff zugrunde gelegt, der Arbeit als Tätigkeit in und für die Gesellschaft fasst.⁷ Diese semantische Erweiterung führt zwei in der kapitalistischen Ökonomie a priori getrennt bleibende Bereiche zusammen: der notwendige Einsatz der Arbeitskraft zur Sicherung der materiellen Reproduktion *und* das freiwillige Engagement für eine bessere Gesellschaft.⁸

Der zweite Teil des Manifests, der die Überschrift *Vereint in der Empörung* tragen könnte, initiiert nun mit der Konjunktion »aber« (*pero*) einen narrativen Bruch:

[...] Aber wir sind alle besorgt und empört wegen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Panoramas, das wir um uns herum wahrnehmen. Wegen der Korruption von Politikern, Geschäftsleuten und Bankern... Wegen der Hilflosigkeit des Durchschnittsbürgers.

Diese Situation schadet uns täglich. Aber wenn wir uns alle zusammentun, können wir sie verändern. (Democracia Real Ya 2011)

Die offene, plurale, nur schwach und implizit verbundene Wir-Identität des ersten Teils gewinnt nun an Kohärenz – und zwar durch die konflikthafte Abgrenzung von den Verhältnissen, die allen Subjekten des Manifests »besorgniserregend« und »empörend« scheinen. Gegenüber der Situation, der die Empörung gilt, wird jedoch eine *ambivalente* Stellung eingenommen. Einerseits empören sich die Sprecherinnen gegen eine Lage,

7 Dies deckt sich weitgehend mit dem Arbeitsbegriff von Krebs (2002: 35–50). Sie definiert Arbeit als einen gesellschaftlichen Leistungsaustausch, der sich als arbeitsteilige Praxis konstitutiv auf Andere ausrichtet.

8 Diese Aufwertung der harten Arbeit wird später bei der Diskursanalyse der linkspopulistischen Partei Podemos wieder auftauchen – wie hier wird dort an ein zwar unterdrücktes, doch grundsätzliches würdevolles und tugendhaftes Kollektivsubjekt appelliert (dazu: Kap. V.3).

die sie »um sich herum wahrnehmen«, die ihnen also nahekommt und deren Schaden sie »täglich erfahren«. Andererseits wird die Situation, der die Empörung gilt, als äußerliche stilisiert. Das hart arbeitende »Wir« trägt keine Verantwortung für die Malaise, die es um sich herum wahrnimmt. Sorge und Empörung ziehen eine Grenze: Hier steht das Wir, dort die Situation, an der sich die vereinte Empörung entzündet. Die Empörung ist eine Grenzziehung in dreifacher Hinsicht, wie dies die Aufzählung verdeutlicht: »Wir sind alle besorgt und empört, wegen [...] Wegen [...] Wegen [...]«

Erstens artikuliert sich eine strukturelle Empörung gegenüber dem »politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Panorama, das wir um uns herum wahrnehmen«. Die Missstände sind keine Randerscheinung, sie betreffen die politischen und ökonomischen Systeme insgesamt. Die soziale Ordnung als solche ist dysfunktional geworden. Zudem besteht eine personifizierte Empörung gegenüber der »Korruption der Politiker, Geschäftsleute und Banker«. Über die Kategorie der Korruption wird die beklagte Malaise an gewissen Gruppen festgemacht. Der Gebrauch des bestimmten Artikels »der« in Bezug auf Politiker, Geschäftsleute und Banker ist wichtig. *Alle* Mitglieder dieser Gruppen werden der Korruption bezichtigt. Doch was die »Korruption« ist, bleibt genauso unklar wie ihre Festmachung an die Sphären von Politik, Wirtschaft und Finanzen. Diese Sphären und Gruppen bleiben breite negative Projektionsflächen.

Schließlich manifestiert sich eine gewisse Selbstempörung. Die Sprecher sind erzürnt wegen der »Hilflosigkeit des Durchschnittsbürgers«. Die Bürgerinnen müssten, so der implizite Tenor, Akteure mit Handlungsmacht sein, sie müssten die sozialen Verhältnisse verändern können. Tatsächlich aber sind sie hilflos. Die politische Agency verortet sich bei abstrakten Strukturen, von denen (noch) nicht klar ist, was sie auszeichnet. Diese Entmachtung der Bürger bleibt gleichwohl nicht abstrakt, sondern fügt dem »Wir«, das spricht, ein konstantes, sinnlich erfahrbares Leid zu (»Diese Situation schadet uns täglich«). Diese Verletzungserfahrung avanciert zum Ansatzpunkt für einen Bruch, wie ihn schon die Konjunktion »aber« markierte. Weiterhin wird der Bruch getätigt durch die Umkehrung der Agency von den schädigenden abstrakten Strukturen hin zu einem inklusiven »Wir«. Es ist eine Wir-Identität, die aus dem Zusammenschluss aller Betroffenen entsteht: »Aber wenn wir uns alle zusammentun, können wir sie [die Situation] verändern.« Der allgemeine Leidenszustand lässt sich, so das Plädoyer, nur durch eine kollektive Subjektivierung überwinden, die all die Gruppen umfasst, die der erste Teil des Manifests aufzählt: Progressive und Konservative, Studierende und Arbeiter, Politisierte und Unpolitische. Die neue Wir-Identität überwindet die vormalige Vereinzelung. Es entsteht eine neue Kollektivität, die eine resolute Veränderungsambition auszeichnet.

Damit beginnt der dritte und längste Abschnitt des Manifests. Ihm ließe sich die Überschrift *Die Veränderung der Gesellschaft* geben. Hier werden reaktive (kritisierende) wie proaktive (vorschlagende) Forderungen vorgestellt, wodurch die im Dokument verfochtene Gesellschaftsvision deutlicher zutage tritt. Der Forderungskatalog von insgesamt neun Punkten vertieft die Kritik am Ist-Zustand, er reißt aber auch an, welche Werte hochzuhalten und welche Rechte zu schützen sind. Bereits der Einstieg des Abschnitts ist von einem deutlichen Voluntarismus geprägt: »Es ist an der Zeit, sich in Bewegung zu setzen, gemeinsam eine bessere Gesellschaft zu schaffen.« Dieses Sich-in-Bewegung-setzen möchte mit seiner Doppelbedeutung von Aktivierung und der Schaffung einer neuen Kollektivität davon überzeugen, dass eine andere, »bessere« Gesellschaft tatsäch-

lich machbar ist. Exemplarisch ist dieser Gesellschaftsentwurf in den ersten vier Punkten des Forderungskataloges ablesbar:

[...] Die Prioritäten jeder fortschrittlichen Gesellschaft müssten folgendermaßen lauten: Gleichheit, Fortschritt, Solidarität, freier Zugang zu Kulturgütern, ökologische Nachhaltigkeit und Entwicklung sowie Wohlstand und allgemeine Glückseligkeit.

In unseren Gesellschaften gibt es eine Reihe von Grundrechten, die stets gedeckt sein müssten: das Recht auf Wohnen, Arbeit, Kultur, Gesundheitsversorgung, Bildung, politische Teilhabe, persönliche Entfaltungschancen sowie Verbraucherrechte zur Sicherstellung eines gesunden und glückseligen Lebens.

Der aktuelle Zustand unseres ökonomischen und politischen Systems verwirklicht diese Prioritäten nicht. Er ist zum Hindernis für den Fortschritt der Menschheit geworden.

Die Demokratie geht vom Volk aus [*demos* = Volk, *krátos* = Regierung], sie ist also die Regierung des Volkes. Aber in diesem Land hört die politische Klasse nicht einmal auf uns. Ihre Aufgabe müsste es sein, unsere Stimme in die Institutionen zu tragen, die politische Beteiligung der Bürger mittels direkter Kanäle zu erleichtern und den größten Nutzen für die Gesellschaft sicherzustellen. Ihre Aufgabe besteht aber nicht darin, sich auf unsere Kosten zu bereichern und zu gedeihen – und allein den Diktaten der großen Wirtschaftsmächte zu folgen sowie sich durch eine Parteienherrschaft an der Macht zu halten, die das unbewegliche Kürzel PPPSOE trägt. (Democracia Real Ya 2011)

Die ersten beiden Abschnitte zählen Sollensansprüche auf, die aus normativer Warte gedeckt sein müssten. Der erste Abschnitt listet generelle »Prioritäten« auf, die sicherzustellen wären. Diese Maximen fallen eklektisch aus. Sie reichen von deutlich links codierten Kategorien wie Gleichheit, Solidarität oder Nachhaltigkeit hin zu unbestimmteren wie Wohlstand, Fortschritt, Zugang zu Kultur oder allgemeine Glückseligkeit. Allerdings wird das neue Kollektivsubjekt *nicht* mit liberalen Kategorien wie Freiheit oder Individualismus identifiziert. Das »hart arbeitende Wir«, von dem anfangs die Rede war, orientiert sich trotz aller Unbestimmtheit an einem linksgepolten, sozial geprägten Register. Der zweite Forderungspunkt vertieft diese soziale Wende, geht es doch dort um die Grundrechte, die für alle gedeckt sein müssten. Die »fundamentalen« Rechte umfassen ein weites Spektrum an Lebensbereichen: vom materiellen Überleben (Wohnen, Arbeit usw.) über die politische Teilhabe hin zu den persönlichen Entfaltungschancen (Güterkonsum für ein glückliches Leben). Zentral ist die *immanente* Argumentation, wie sie für die Indignados charakteristisch werden wird. Die geforderten Rechte sind nicht beliebig, sie werden implizit einem etablierten Rechtstext (der UN-Menschenrechtscharta) entnommen. Ihm müsste sich eine Industrienation wie Spanien eigentlich verpflichten.

Der dritte und der vierte Punkt des Katalogs fungieren wiederum als Kontrastfolie, sie führen eine Sein-Sollen-Dichotomie ein. Die Prioritäten und Grundrechte, die garantiert sein sollten, werden tatsächlich *nicht* sichergestellt. Verantwortlich für die Malaise, in der sich das Land befindet, ist die gesamte »Funktionsweise« des Wirtschafts- und Politiksystems. Der vierte Punkt verdeutlicht, wie diese Verhinderung konkret vonstattengeht, wie der Ist- dem Soll-Zustand gegenübersteht. Es beginnt mit der Etymologie des Begriffs der Demokratie, woraus ein normatives Postulat abgeleitet wird: »Die Demo-

kratie geht vom Volk aus [*demos* = Volk, *krátos* = Regierung], sie muss also die Regierung des Volkes sein. « Dieses Postulat wird mit der politischen Realität Spaniens kontrastiert, »wo die politische Klasse nicht einmal auf uns hört«. Dem folgt die kontrafaktische Aufzählung davon, wie die Politik beschaffen sein sollte: Sie müsste den Einfluss der Bürger in den Institutionen garantieren, die Beteiligung durch »direkte Kanäle« fördern und den größten Nutzen für die Gesamtgesellschaft bieten. Faktisch tut sie indes das Gegenteil. Der Politik gehe es ausschließlich darum, »sich auf unsere Kosten zu bereichern und zu gedeihen«. Damit wird eine grundsätzliche Entfremdung markiert zwischen den eigentlichen Subjekten der Demokratie, den Bürgerinnen, und der politischen Klasse, auf welche die Volkssouveränität delegiert wird.

Diese Aussagen buchstabieren die politische Diagnose des Manifests in verschiedene Richtungen aus. Zunächst unterstreichen sie die Verselbständigung der Politik gegenüber »dem Volk«. Dies wird markiert durch die Rede von einer »politischen Klasse«, die sich angeblich von den Bürgern losgesagt habe. Die Politikelite folgt nurmehr ihren Eigeninteressen. Kategorien wie »sich bereichern«, »gedeihen«, »an die Macht geklammert« oder »Korruption« stellen die Politik so dar, als sei ihr nur und ausschließlich an eigennütziger Profitmaximierung gelegen. Die durchweg ökonomisierte Politik hält sich nur deshalb weiter an der Macht, weil ein verhärtetes Parteiensystem es garantiert. Die beiden tradierten Volksparteien, der konservative PP und der sozialdemokratische PSOE, konstituieren ein Herrschaftssystem. Die Mechanismen der Repräsentation sind außer Kraft gesetzt, die Bürger besitzen niemanden mehr, der ihre Interessen verteidigt. Das entdemokratisierte Politiksystem dient, so die Diagnose, einer Marktwirtschaft, die sich dem Postulat der kompromisslosen Profitmaximierung verschrieben hat.

Die Schlussfolgerung all dessen lautet, dass ein Bruch mit der tradierten Ordnung und ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel notwendig sei. Der letzte Abschnitt des Manifests hält fest:

Es bedarf einer ethischen Revolution. Wir haben das Geld über den Menschen gestellt, nun müssen wir es in unseren Dienst stellen. Wir sind Menschen, keine Güter des Marktes. Ich bin mehr als, was ich kaufe, weshalb ich es kaufe und wem ich es abkaufe. (Democracia Real Ya 2011)

Die Revolution wird als ethische Wende gelesen, als kollektiver wie individueller Gesinungswechsel. Durch die Kombination der Pronominalformen »ich« und »wir« oszilliert die Agency zwischen Kollektiv- und Individualsubjekt. In beiden Fällen werden durch den Gebrauch von Imperativformen und Aussagesätzen die Einzelsubjekte in die Verantwortung genommen. Die Herrschaft des Kapitals erscheint nicht als nur von außen aufgezogene, sondern überdies als allseits verinnerlichte. Die Revolution ist auch und gerade eine Revolution gegen die Werte, die sich die Individuen zu Eigen machten. Wichtig ist, dass die geforderte Revolution in der Tendenz mit einer *unpolitischen* Vision einhergeht. Im Manifest wird eine moralische Veränderung der Einzelsubjekte bestrebt, doch kein alternativer Gesellschaftsentwurf expliziert, der skizzieren würde, wie eine alternative, eben nicht individualisierte, ökonomisierte und politisch unterjochte Form des Zusammenlebens aussehen könnte. Wie kann sich eine neue Wir-Identität bilden, wenn nur an die ethische Einsicht der Einzelnen appelliert wird?

Diese Spannung spiegelt sich auch im Abschluss des Manifests, das Versform annimmt:

Wegen all dem Vorherigen bin ich empört.
 Ich glaube, dass ich es verändern kann.
 Ich glaube, dass ich helfen kann.
 Ich weiß, dass wir gemeinsam können.
 Gehe mit uns raus. Es ist Dein Recht.
 (Democracia Real Ya 2011)

Die erste Zeile stilisiert die Empörung als bündelnden Abwehrreflex gegenüber allen Ungerechtigkeiten. Die Empörung richtet sich gegen Missachtungs- und Verarmungserfahrungen, gegen das hilflose Ausgesetzsein gegenüber den Wirtschafts- und Politikeliten. Eine breite Empörung gegen alle Ungerechtigkeiten entflammt und wird zu einem breiten *Veränderungswillen* kanalisiert. Zunächst verortet sich dieser auf der Ebene des Einzelsubjekts (»Ich glaube, dass ich es verändern kann. Ich glaube, dass ich helfen kann«). Auf dieser subjektiven Ebene bleibt vorerst – wie das Verb »glauben« unterstreicht – der Veränderungsanspruch noch unbestimmt, mehr Wunsch als Wirklichkeit. Dies verschiebt sich, sobald in der folgenden Zeile die Agency vom »Ich« zum »Wir« wechselt. Die Konstitution als Kollektivsubjekt macht den Glauben zur Gewissheit, dass sich der Wandel materialisieren könnte – und zwar als Ergebnis einer kollektiven Praxis (»Ich weiß, dass wir gemeinsam können«). Die Gewissheit, dass der Wandel gemeinsam möglich sei, verhärtet sich somit im Appell: »Gehe mit uns raus.« Dass dieser Aktivismus prinzipiell gerechtfertigt ist, sogar eine prinzipielle Legitimität für sich beanspruchen kann, davon zeugt der Abschlusssatz: »Es ist dein Recht.« Es ist das Recht jedes Einzelnen, aktiv in die Verhältnisse einzugreifen, um den bestehenden Unrechtszustand zu brechen.

2.2 Antagonismus und Identität (I): Der Feind ist das System

Im Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« erscheinen bereits zentrale Motive des Empörungsdiskurses. Zunächst ist dies eine so breite wie unbestimmte Wir-Identität. Im Manifest fällt der Begriff des »harten Arbeitens« als verbindender Knotenpunkt, der die Empörten quasi vor ihrer Empörung auszeichnet und sie als Durchschnittsbürgerinnen kenntlich macht. Auf die Straße zu gehen und zu protestieren, ist insofern kein willkürlicher, sondern ein notgetriebener Akt. Was bleibt außer Protest, wenn trotz der harten Arbeit des Durchschnittsmenschen die »andere Seite« den Gesellschaftsvertrag nicht einlöst, wenn die einfachen Leute trotz Studium, Arbeit oder Arbeitssuche nicht materiell überleben können, während der Reichtum der Eliten trotz Wirtschaftskrise weiterwächst? Dies ist die rhetorische Grundfrage des Manifests. Auf jenes »hart arbeitende Wir«, das seinen Protest aus materieller Not heraus artikuliert, wird später genauso zurückzukommen sein wie auf die Forderung nach der Verwirklichung basaler sozialer Rechte (auf Arbeit, Wohnen oder Teilhabe), die im Manifest auftauchen. An dieser Stelle allerdings gilt es, die antagonistische Grenzziehung, welche die neue Wir-Identität tätigt, präziser nachzuzeichnen: Gegen *wen* und gegen *was* wenden sich die Indignados?

Als Ausgangspunkt hilft die Einteilung, die im Manifest vorgenommen wurde. Es stellte sich heraus, dass sich die Empörung sowohl gegen spezifische Strukturen als auch gegen spezifische Kollektive richtet – und zudem eine individualistische, da moralisierende Komponente enthält. Nun legt der Rückgriff auf die Dokumente der ersten Protestwochen genauso wie der Gruppen, die an der Organisation der ersten Proteste mitwirkten, offen: Die Indignados grenzen sich von einem »unterdrückenden System« ab, sie formulieren nicht eine Teilkritik an klar eingrenzenden gesellschaftlichen Teilbereichen oder politischen Sachfragen, sondern eine *Totalkritik* am Ist-Zustand. Diese Totalkritik verdeutlichen zwei Mottos besonders deutlich, die beim Aufkommen der Empörtenproteste – und bald darüber hinaus – populär wurden: *Es ist keine Krise, es ist das System*. Und: *Wir sind keine Systemgegner, das System ist gegen uns*.⁹ Das erste Motto leitet zunächst einen Perspektivwechsel ein: Die Rede von der Krise als einer gleichsam natürlichen Gegebenheit, die es zu akzeptieren gilt, wird fallengelassen. Dass das Gros der Bevölkerung, und gerade die jüngeren Generationen, besonders von Arbeitslosigkeit, Prekarität und beruflicher Perspektivlosigkeit betroffen sind, ist diesem Motto zufolge keine Ausnahmeerscheinung, sondern die Regel. Das personifizierte »System« schafft Armut und Krisenverliererinnen. Letztere werden, darauf weist das zweite Motto hin, regelrecht zum Aufruhr gegen die geltenden Verhältnisse gedrängt. Das übliche Raisonement wird umgedreht: Nicht die Indignados wiegeln auf, vielmehr grenzt die bestehende Gesellschaft ihre Mitglieder aus.

Somit avanciert die Kritik am »System« zum am klarsten identifizierbaren, verbindenden Knotenpunkt von Phänomenen, die nicht gemeinsam artikuliert sein müssten, im Empörungsdiskurs jedoch gemeinsam artikuliert werden. Die Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Gliedern der *antagonistischen Kette* werden aber *nicht* in erster Linie durch den Signifikanten »System« gestiftet, sondern scheinen bereits a priori verbunden. Im Raisonement der Indignados wird, so ließ schon das Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« erahnen, eine Reihe kausaler Verkettungen artikuliert: Die rücksichtslose Finanz- und Immobilienwirtschaft wäre nicht möglich ohne die gesetzgeberische Rückendeckung der institutionellen Politik, die Entfremdung des Politikestablishments gegenüber den Bürgern wäre nicht derart akzentuiert, wenn nicht im Hintergrund die Wirtschaftslobbys auf die Realisierung ihrer eigenen Agenda pochten. In welchem Ausmaß der Empörungsdiskurs die antagonistische Gegenseite als kohärente Profilierungsfolie artikuliert, zeigen zwei exemplarische Themenkomplexe, auf die ich im Folgenden der Reihe nach eingehe: zuerst die Kritik an der Immobilienblase, die 2008 abrupt geplatzt ist, sodann jene an der repräsentativen Demokratie. Besonders bei der ersten, aber teils auch bei der zweiten Thematik gehe ich auf Dokumente ein, die *vor* dem Ausbruch der Empörtenproteste im Mai 2011 zirkulieren. Dies soll verdeutlichen, dass die Indignados auf Vorläuferbewegungen aufbauen, die den Empörungsdiskurs präfigurieren.

9 Meine selektive Auswahl folgt der Auswahl der Diskursanalyse von Pérez Vicente (2013: 583ff.) sowie der bewegungsinternen Auflistung der populärsten Slogans der Empörtenproteste (vgl. Robledo 2013).

Eine andere Wohnpolitik für Spanien? Der bereits in der Franco-Diktatur sehr relevante und seit den 1980er Jahren exponentiell expandierend Immobiliensektor erfährt in Spanien ab 2008 einen jähen Zusammenbruch. Das Überangebot an Eigentumswohnungen und die Überschuldung der Privathaushalte durch die Aufnahme von Hypotheken erweist sich mitten in der Weltfinanzkrise von 2008 als einer der zentralen Faktoren, die den spanischen Wirtschaftskollaps erklären. Diese Krise kann und soll in dieser Studie – wie schon klargestellt – nicht erklärt werden.¹⁰ Vielmehr geht es hier darum, die politische Antwort auf die spanische Immobilienkrise seitens kritischer Protestbewegungen kursorisch vorzustellen. Kollektive wie *V de Vivienda* (V wie Wohnen [ein spanisches Wortspiel, CL]), *Plataforma para una Vivienda Digna* (Plattform für ein Wohnen in Würde) und die *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (Plattform der Hypothekbetroffenen, PAH) haben bereits vor dem Ausbruch der Empötenproteste im Frühjahr 2011 ein ausgesprochen einheitliches Deutungsangebot ausgearbeitet, das sich in den Folgejahren als höchst einflussreich erweist – in der Zivilgesellschaft genauso wie in der institutionellen Politik. Was zuvor nur wenige vertreten, avanciert im Zeitraum von 2011 bis 2016 (und darüber hinaus) zur potentiell mehrheitsfähigen Position, die selbst moderate und rechtsliberale Kräfte aufgreifen. Vor allem drei Forderungen werden sich als einflussreich erweisen: die Infragestellung von Zwangsräumungen, die Problematisierung der Energiearmut und die Rede vom Recht auf Wohnen als einem universalen Grundrecht.¹¹

Wenn sich jetzt das Augenmerk auf die Eckpunkte der Immobilienkritik richtet, wie sie bereits vor den Empötenprotesten artikuliert und in den Folgejahren weitestgehend beibehalten wird, dann lässt sich zunächst feststellen: Die im Feld des Wohnens engagierten Plattformen machen für die seit 2008 grassierende Immobilienkrise verschiedene Gruppen verantwortlich und schaffen zwischen ihnen eine *Äquivalenz*. Die Kritik richtet sich an Banken und Immobilienfirmen, aber auch an die Verwaltung und politische Entscheidungsinstanzen. Erstere haben mit Immobilien spekuliert, den Verkauf und Kauf von Wohnraum gegenüber den Mieten privilegiert, letztere dafür den politischen und legalen Rahmen geschaffen, der solch betrügerische Praktiken nicht nur erlaubte, sondern geradezu förderte. Die antagonistische Gleichschaltung der Wirtschafts- und Politikakteure verdeutlicht das Gründungsmanifest der PAH aus dem Jahr 2009:

Die Banken haben gemeinsam mit Immobilienfirmen, Verwaltung und Massenmedien jahrelang wiederholt, dass das Mieten einer Geldverschwendung gleichkomme, dass es weit besser wäre, zu kaufen – und jeder fest damit rechnen konnte, dass die Immobilienpreise niemals sinken würden. Unter diesen Umständen haben die Immobilienfirmen, Banken und Sparkassen die Gelegenheit genutzt und ihren gesamten Propagandaapparat dafür verwendet, um Immobilienkäufe und die Überverschuldung der Haushalte voranzutreiben. (PAH 2009)

10 Einführend zur Rolle der Immobilienwirtschaft bei Spaniens Wirtschaftskrise: López/Rodríguez 2011: 21–24.

11 Besonders der ethnographische Part wird auf Fragen der Wohnpolitik zurückkommen. Dass Fallbeispiel der PAH Barcelona wird zeigen, wie eine Bewegung, die vor den Empötenprotesten entstand, im Jahr 2015 bereits deutlich durch diese Protestwelle geprägt ist. Auch die beiden Versammlungen von Indignados, die ich beobachtete, machen fortwährend auf Fragen des Wohnens und des Rechts auf Wohnens aufmerksam.

Folgt man der Passage, dann liegt die Verantwortlichkeit für die Immobilienkrise bei einem breiten Konglomerat von Akteuren: Immobilienfirmen, Verwaltung, Banken, Massenmedien und Sparkassen. Sie alle tragen die Mitschuld daran, dass es so weit kommen konnte, dass der Kauf von Immobilien rücksichtslos vorangetrieben wurde – während die Möglichkeit, zur Miete zu leben, faktisch verunmöglicht wurde.¹² Ob die Hauptschuld für derartige Spekulation bei Politik oder Privatwirtschaft liegt, bleibt im PAH-Manifest offen. Zentral ist, dass eine *breite Gegnerfront* gezeichnet wird, bei der die Verantwortlichkeiten für die Malaise ineinander übergehen. Es werden nicht einzelne Akteure an den Pranger gestellt, sondern die Hilflosigkeit des Einzelbürgers gegenüber einer verallgemeinerten Spekulationspraxis unterstrichen.

Bei der Gruppe *V de Vivienda* verdichtet ein Positionspapier aus dem Jahr 2008 diese Strategie der diskursiven Verallgemeinerung und Gleichschaltung:

Nach fast zwei Jahren, in denen wir versucht haben, das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, stellen wir fest, dass wir einen Etappenwechsel erleben, der besser als Wandel des Betruges [*cambio de estafa*] zu bezeichnen wäre. Vom Betrug, dass die Preise niemals sinken würde und der Wohnraum ein für immer rentables Inversionsgut bleiben würde, hin zum Wahlbetrug, den die politischen Parteien betreiben. Sie sprechen derzeit nur deshalb über das Recht auf Wohnen, weil sie mit öffentlichen Geldern die Profiteure des Immobilienbooms unterstützen, also jene, die für die gesamte Problemlage die Verantwortung tragen. (V de Vivienda 2008)

Die Kategorie »Wandel des Betruges« (*cambio de estafa*), von dem im Manifest die Rede ist, legt offen, dass bei der Schuldzuweisung in der Immobilienkrise keine Hierarchien gezogen werden, sondern geteilte Verantwortlichkeiten artikuliert werden. Während in der ersten Phase des Betrugs die Immobilienfirmen ihren Kunden vorgaukelten, Wohnraum sei »ein für immer rentables Inversionsgut«, liegt die Schuld in der »zweiten Phase« des Betrugs bei den Parteien. Die Lösung lautet, dass sie die Forderung nach einem Recht auf Wohnen missbraucht hätten, um beim Ausbruch der Immobilienkrise die Profiteure (Makler und Bauunternehmen) des Immobiliengeschäfts mit öffentlichen Mitteln zu bezuschussen. Eines bleibt in der ersten und der zweiten »Phase des Betrugs« gleich: Die politischen und ökonomischen Eliten schließen sich zusammen gegen die Durchschnittsbürgerinnen, die hilflos und ausgeliefert bleiben.

Wie lässt sich diese Situation umdrehen oder zumindest verbessern? Bezeichnenderweise verlangen die Plattformen keinen radikalen Umbruch der Verhältnisse. Stattdessen verwenden sie eine *Sein-Sollen-Dichotomie*. Dass Wohnraum für alle bezahlbar bliebe, dass Wohnen nicht als Finanzgut, sondern als Grundrecht gelte, ist mehr als eine bloß aktivistische Forderung (vgl. Sabaté 2016). Für die Plattformen gilt, dass die politischen Eliten nicht dem prinzipiellen Anspruch gerecht werden, die in der spanischen Verfassung verankerten Grundsätze zumindest ansatzweise zu verwirklichen. »Allen Spaniern kommt das Recht zu, in würdevollen und angemessenen Wohnverhältnissen zu leben. Die Behörden werden die Bedingungen und Normen schaffen, um dieses

12 Im Jahr 2003 lebten nur 7,3 Prozent der spanischen Bevölkerung zur Miete und 81 Prozent in Eigentumswohnungen (vgl. Inurieta 2007: 29). 2020 war der Mietanteil auf 23,8 Prozent gestiegen (vgl. Statista 2021).

Recht zu verwirklichen, die Benutzung des Bodens im Sinne des Allgemeininteresses zu regulieren und Spekulation zu verhindern« – dieses Zitat aus Artikel 47 der spanischen Verfassung entstammt dem Gründungsmanifest (2003) der *Plataforma por una Vivienda Digna* (Plattform für ein Wohnen in Würde).

In diesem Manifest operiert der Verfassungsartikel als rhetorische Kontrastierung, um zu artikulieren, dass Behörden, Parteien und Regierung das prinzipielle Recht auf Wohnen »systematisch ignorieren«, ja die »demokratischen Mechanismen« aushebeln, um diesen Verfassungsartikel konkret zu verwirklichen (Vivienda Digna 2003). Wie schon im Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« erscheinen die politisch-ökonomischen Eliten als die eigentlichen Systemkritiker. Ihr politisches und ökonomisches Handeln wird durch das Zitat des Verfassungsartikels so gerahmt, dass es zur Antithese der geltenden demokratischen Grundsätze mutiert.

Um diesen Zuständen entgegenzuwirken, schlägt *Vivienda Digna* drei Arten von Maßnahmen vor: die Erhöhung der öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die Förderung bezahlbarer Mieten; der Einsatz von Kontrollmechanismen, um die Spekulation im Immobiliensektor einzudämmen – sowohl im Bereich des Wohnungsneubaus als auch gegen Hypothek- und Mietwucher; die Schaffung neuer Behörden und Gesetze, um diese nachhaltige Wohnpolitik zu verwirklichen (vgl. ebd.). In reformerischer Manier plädiert also das Manifest dafür, den Immobiliensektor sozialstaatlich einzudämmen, um das Recht auf Wohnen umzusetzen. Die politischen Institutionen werden zur Rechenschaft gezogen, von ihnen wird verlangt, dass sie ihren prinzipiellen Ansprüchen gerecht werden. Basale Gerechtigkeitsansprüche sind gegen ein politisches System zu verteidigen, das sie abstrakt postuliert, doch nicht implementiert. Auf diese Weise nimmt erneut eine *immanente* Kritik Gestalt an. Sie verteidigt die in der Verfassung postulierten Werte der spanischen Demokratie gegen ihre Aushöhlung durch eine antagonistische Koalition politischer und ökonomischer Instanzen. Im Ist-Zustand steckt eine normative Dimension, die der Einlösung harrt – und zwar durch jene, die nicht in den politischen Institutionen stehen, sondern diese *von außen* be- und hinterfragen.

2.3 Antagonismus und Identität (II): die Demokratie und ihre Repräsentanten

Die immanent ansetzende Kritik, die auf die Postulate der spanischen Verfassung rekurriert, um ein vermeintliches Grundrecht wie das auf Wohnen zu verteidigen, geht einher mit der absoluten Disqualifizierung der politischen und ökonomischen Eliten und deren Stilisierung als einer antagonistischen Koalition, die in einem polaren Gegensatz zu den einfachen Leuten steht. Beide rhetorischen Bewegungen, die immanent ansetzende und die verabsolutierende Kritik, finden in den Manifesten der Plattformen statt, die sich für ein Recht auf Wohnen engagieren. Offen bleibt allerdings: Wie stark fällt der Antagonismus zwischen den vermeintlichen Eliten und der noch vage bleibenden Wir-Identität aus? Ist der Gegensatz von »oben gegen unten« eine eher partielle Grenzziehung, die nur partikulare Politikbereiche wie die Wohnpolitik betrifft? Oder ist sie eine absolute Grenzziehung, welche die spanische Gesellschaft prinzipiell in zwei Teile spaltet? Um diese Frage zu diskutieren, ist jetzt die Haltung der Empörten gegenüber der repräsentativen Demokratie zu rekonstruieren.

Dafür ist zunächst die Position der Plattform *No les votes* (Wähle Sie nicht) aufschlussreich. Die Gruppierung entsteht Anfang 2011 als Protest gegen ein kontroverses Gesetzesvorhaben, das als *Ley Sinde* bekannt wird und die sozialistische Regierung unter Präsident José Luis Rodríguez Zapatero im März 2011 mit Unterstützung des konservativen PP und der konservativ-katalanistischen Regionalpartei CiU verabschiedet. Die *Ley Sinde* wird deshalb bekannt und umstritten, weil sie vorsieht, die Internetbenutzung verstärkt zu reglementieren und Verstöße gegen das Urheberrecht (etwa illegale Downloads) ohne gesonderte strafrechtliche Anordnung zu verfolgen. Die Plattform *No les votes* deutet das Gesetz als ein direktes Ergebnis der Lobbyarbeit der großen Internet- und Medienkonzerne und als fundamentale Beschränkung der Freiheitsrechte im Netz. Das Positionspapier von *No les votes* kombiniert eine radikale Kritik an den Parteien – wie sie bereits im Plattformnamen anklingt – mit dem Plädoyer für eine demokratische Ermächtigung von unten. Wie zuvor bei der Wohnfrage werden auch hier die politischen Repräsentanten bezichtigt, ihrem prinzipiellen Auftrag nicht gerecht zu werden:

Wir von *No les votes* erachten, dass PSOE, PP und CiU ihre Kernverpflichtung gegenüber den Bürgern aufgegeben haben: die Verfassung zu verteidigen, gegenüber der sie Treue schworen oder versprochen. Die *Ley Sinde* stellt das Internet unter eine außergewöhnliche Gesetzgebung, welche die Meinungs- und Informationsrechte stark einschränkt und faktisch unter richterliche Vormundschaft stellt. Eine gesteigerte politische Kontrolle des Internets ist die Folge. (No les Votos 2011, H. i. O.)

Die Passage zeigt, dass die Kritik gegen die Volksparteien, die dieses Gesetz ausgearbeitet und verabschiedet haben, *nicht* mit einer absoluten Ablehnung der parlamentarischen Demokratie oder des existierenden politischen Systems äquivalent gesetzt wird. Der prinzipielle Anspruch von *No les votes* weist in eine andere Richtung. Es liegt bei den Bürgern, derart ungerechten Gesetzen Einhalt zu gebieten – und zwar indem sie sich nicht von der institutionellen Politik abwenden, sondern sich dieser erneut zuwenden. *No les votes* fordert nicht die Wahl für eine konkrete Partei, auch keinen weißen Stimmzettel¹³ oder eine Enthaltung, sondern formuliert stattdessen einen mehrdeutigen Satz: »Deine Entscheidung ist wichtig.« (Ebd.) Der Begriff »Deine Entscheidung« besitzt eine metapragmatische, d.h. indirekte Handlungsaufforderung, die sich in zwei Richtungen auslegen lässt. Die Entscheidung kann sich auf eine neue Wahlentscheidung für eine alternative politische Formation beziehen, die gegen die *Ley Sinde* votiert. Überdies weist der Satz aber auf einen Topos der politischen Aktivierung. Der Subtext im Zitat ist, dass sich die Bürgerinnen selbst informieren müssen, dass sie aktiv werden müssen, um eine Alternative zur *Ley Sinde* zu bewerkstelligen. Diese politische Ermächtigung der Bürgerschaft geht einher mit der Forderung nach einer Entmachtung der politischen Repräsentanten. Letzteren wird die Legitimität, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen,

13 In Spanien gibt es die Möglichkeit, mit einem weißen Stimmzettel das prinzipielle Interesse – und Engagement – für den demokratischen Wahlgang zu bekunden, jedoch zugleich die Unzufriedenheit gegenüber allen politischen Listen kundzutun, die an der Urne antreten.

entzogen, um sie stattdessen den Betroffenen zuzuschreiben.¹⁴ In dieser Hinsicht wird die repräsentative Demokratie nicht explizit in Frage gestellt, aber in ihre Grenzen verwiesen. Die Aufmerksamkeit lenkt sich darauf, dass der Ort der Souveränität nicht bei den Parteien, sondern bei einem noch unbezeichnet bleibenden Volkssubjekt liegt. Immer noch wird, wie beim Manifest von *Democracia Real Ya*, mit dem Personalpronomen *tú* (Du) ein tendenziell individualistischer Appell lanciert und die explizite Konstruktion einer Wir-Identität gemieden.

Das Kollektiv *No les Votes* ist zwar eine einflussreiche Vorreiterbewegung und Mitorganisatorin der ersten Empörtenproteste, doch nicht mit diesen gleichzustellen. Wie steht es um das Verhältnis der Indignados selbst zu den politischen Repräsentanten? Als Annäherung dazu lohnt der Blick auf das vielfältige Konglomerat der Mottos und Tweets, die in den ersten Protestwochen spontan und unkoordiniert entstehen.¹⁵ Unter den hunderttausenden Kurzbotschaften, die im Netz sowie auf den Straßen und Plätzen der spanischen Städte zirkulieren, werden gewisse Aussagen und Motive besonders prominent. Die Kritik am politischen System und den demokratischen Repräsentanten verdichtet sich rund um drei Diskursstränge, entlang derer sich die exemplarischen Mottos der Empörtenproteste aufschlüsseln lassen.

An erster Stelle steht der Diskursstrang, der die politische Repräsentation absolut in Frage stellt. Er versinnbildlicht sich im wohl populärsten Motto der Empörten, der im virtuellen und physischen Raum über Jahre hinweg populär bleibt: *No nos representan!* (Sie repräsentieren uns nicht!) Dieser Ausruf, der auf Demonstrationen oftmals zur größeren Emphase als Anapher gebraucht wird (*Que no, que no, que no nos representan!*) zieht eine Grenze zwischen einer Wir-Identität – »uns« – gegenüber »ihnen«, den Repräsentanten, die nicht mehr als Repräsentanten betrachtet werden. Die Wir-Identität wirft dabei ihre vormalige Passivierung (»wir werden repräsentiert«) ab und erfährt eine Aktivierung, die sich gegen ihre politische Vertretung zur Wehr setzt. Trotzdem bleibt der Ausruf konsequent mehrdeutig, erlaubt er doch radikalere wie gemäßigte Identifikationen. Radikale Lesearten nehmen ihn zum Anlass, um die parlamentarische Demokratie in ihrer Gänze abzulehnen. Die Alternative zur repräsentativen Demokratie wird dann eine direkte Demokratie, in der sich die Stimmabgabe nicht delegieren lassen kann, weil sie nur vor Ort betrieben werden kann. Die entscheidenden politischen Fragen werden in Situationen einer körperlicher Ko-Anwesenheit in Versammlungen festgesetzt, debattiert und entschieden. Ein Tweet der Protestierenden auf der Plaça Catalunya weist in diese Richtung: »Die Politik darf nicht professionell, sondern volkstümlich sein. Sie muss von Dir, Deinem Nachbarn, von jungen Menschen gemacht werden.«¹⁶ Ein anderer populärer Slogan, *El pueblo unido funciona sin partidos* (das vereinte Volk funktioniert

14 In diesem Sinne betont das Schlussplädoyer von *No les votes*: »Wir bitten Dich darum, dass Du die Freiheit im Netz mit Deiner Stimme verteidigst und jenen Deine Unterstützung entzieht, die mit ihren Handlungen eine Abstrafung an den Urnen verdient haben.«

15 Dazu als Überblick: Álvarez-Peralta 2014, Laraña/Díez 2012, mit mehr Distanz: Fernández 2021: 26–48.

16 Dazu und zu den vielen weiteren Tweets, Slogans und Plakaten, die beim Protestcamp auf der Plaça Catalunya entstanden: RT#15M (2011).

ohne Parteien) ist paradigmatisch für diese totale Ablehnung der institutionellen Politik gemeinsam mit ihren Repräsentanten und Institutionen (dazu: Kap. III.3.b).¹⁷

Gemäßigtere Positionen hingegen fassen das »Sie repräsentieren uns nicht« als konkrete Kritik an den aktuellen Repräsentanten, in erster Linie an den beiden Volksparteien, den Konservativen des PP und den Sozialisten des PSOE: *Ni PSOE ni PP* (Weder PSOE noch PP), *PSOE y PP, la misma mierda es* (PSOE und PP, das ist die gleiche Scheiße) oder *Entre capullos y gaviotas nos han tomado por idiotas* (Zwischen Knospen [PSOE-Emblem] und Möwen [PP-Emblem] haben sie uns für dumm verkauft). Diese Mottos und Tweets verdeutlichen eine tiefe Entfremdung gegenüber den tradierten Parteien. Eine prinzipielle Abwendung vom Parlamentarismus und den Parteien folgt aus dieser Kritik jedoch noch nicht. Wird die Repräsentation allgemein oder diese konkrete Repräsentation in Frage gestellt? Der Ausruf *No nos representan!* macht beides prinzipiell möglich und vertretbar. Auf diese Weise wird die Repräsentationskritik zu einem Knotenpunkt, der 2011 und in den Folgejahren die Formel einer grundsätzlich mehrdeutigen Kritik am politischen System wird.

Nun verweist, zweitens, die Kritik an der Repräsentation, in ihrer direktdemokratischen genauso wie ihrer reformistischen Variante, auf einen weiteren Diskursstrang: die Abgrenzung von einer Ordnung, die scheinbar keine demokratischen Alternativen mehr zulässt. Das Motto von *Democracia Real Ya*, »Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern«, lässt schon anklingen, wie die Privatwirtschaft und die institutionelle Politik als ein Herrschaftskomplex gelesen werden, der jede Infragestellung als undemokratisch ausgrenzt. Deutlich machen dies Slogans, die auf der Puerta del Sol wie der Plaça Catalunya prominent werden: »Warum haben die Banken das Sagen, wenn ich sie nicht gewählt habe? Nein zur Finanzdiktatur«, »Wo ist die Linke? Hinten rechts«, *No hay pan para tanto chorizo* (sinngemäß: Zu wenig Brot für zu viele Diebe) oder der Tweet vom 24.5.2011: »Ein geschickter Plan: Erst schufen sie die Krise, dann meinten sie, dass sie unvermeidbar sei, dann wollten sie, dass wir dafür bezahlen. Alles eine große Lüge!« (zur Auswahl: RT#15M, Pérez-Vicente 2013: 582f.).

Die Zitate zeigen, dass die Repräsentationskritik an einer weit größeren Ablehnungsgeste partizipiert: Die geltende Ordnung wird als ganze *delegitimiert*, sie wird als ein Herrschaftszustand gedeutet, von dem nur eine Elite profitiert. Ein finanzbasierter Kapitalismus scheint politische Entscheidungen entweder überflüssig zu machen oder diese so stark zu verzerren, dass sie sich vom demokratischen Willensbildungsprozess entkoppeln (»Warum haben die Banken das Sagen, wenn ich sie nicht gewählt habe?«). Die herrschenden Schichten zeichnet eine moralische Verderbtheit aus. In verschwörungstheoretischer Manier wird wiederkehrend betont (etwa im Tweet »Ein geschickter Plan [...]«), wie die Eliten ihre eigene Agenda auf dem Rücken der Bevölkerung verfolgen und im gramscianischen Sinne ihre Privatinteressen als Allgemeininteressen verschleiern. Dies läuft auf die Entfremdung der Protestler gegenüber dem gesamten Status quo hinaus. Es gibt keine Versöhnungsmöglichkeit gegenüber den Eliten.

17 Diese direktdemokratische Aufladung der Repräsentationskritik wird während des gesamten Protestzyklus und sogar in den Parteien, die aus den Empörtenprotesten entstehen, einflussreich bleiben (dazu: Kap. V.5).

Drittens äußert sich der Antagonismus zwischen den politischen Repräsentanten und den Indignados darin, dass die Handlungsmacht umgedreht wird. Den Berufspolitikern wird die politische *Agency* abgesprochen – und dafür an die neue Wir-Identität übergeben. Dieser Übergang wird markiert mit der Gegenüberstellung der Personalpronomen »Sie« und »Wir« sowie »Ich«. Die Botschaft dabei: Sie, Politiker und Eliten, stehen uns/mir nicht nur gegenüber, sie werden auch symbolisch von uns/mir entmachtet. Diese Entmachtungsgeste äußert sich beispielhaft in Mottos wie: »Ich zeige Ihnen die rote Karte«, »Ich bin müde geworden, Parteien zu wählen, die mich anwidern, damit nicht Parteien gewinnen, die mich beängstigen« oder »Weder Seite a noch Seite b, wir möchten jetzt die Platte wechseln.« (RT#15M)

Auffallend ist der wiederholte Rückgriff auf *Metaphern*, um diese Entmachtung zu beschreiben. Auf eine klassisch ideologisch geprägte Sprache wird verzichtet. Hingegen sind Ausdrücke wie »die rote Karte zeigen« oder »die Platte wechseln« zwar weniger explizit politisch aufgeladen, bieten aber zugleich eine sehr breite Identifikationsfläche – die Signifikanten wie Rätedemokratie, Kommunismus oder Anarchie ob ihrer Begriffsgeschichte nicht erreichen könnten. Allerweltsmetaphern, die im Commonsense eingelassen sind, werden aufgegriffen und politisierend umgedeutet. Als solche machen sie die Polarisierung zwischen der Bevölkerung und »den Eliten« allgemein nachvollziehbar und geben ihr vieldeutige, häufig ironische Wendungen. Die Kernbotschaft ist unmissverständlich die, dass der Wandel von unten kommt. Die Souveränität gehört denen, die protestieren und denen, die sich vom Protest interpellieren lassen.

Doch wohin soll der Wandel gehen? Eine grundlegende Forderung wird bereits in diesen frühen Slogans der Indignados kenntlich. Es ist die Forderung nach *mehr Demokratie*. So etwa: »Sie nennen es Demokratie, aber sie ist es nicht«, »Wenn sich mit Wahlen wirklich etwas verändern ließe, dann wären sie verboten« oder »Error 404. Democracy not found«. Die Fehlermeldung (»Error 404«) spielt mit der Computermetapher. Ein zentrales System scheint dysfunktional geworden, taucht doch die zitierte Fehlermeldung stets dann auf, wenn wichtige Dateien oder Programme ausgeführt werden sollen, aber nicht ausgeführt werden können. Die Botschaft lautet: Die Demokratie, nach der wir suchen, gibt es nicht mehr. Das System, das sie garantieren müsste, schafft es nicht mehr. Gelingt es vielleicht uns, die Demokratie zu erneuern?

2.4 Unten gegen oben, Demokratie gegen Despotie

Die bislang gesichteten Dokumente der Indignados und ihrer Vorläuferbewegungen laufen auf eine doppelte Grundbewegung zu: Einerseits wird eine breite Wir-Identität, eine neue Kollektivität, als Gegenspieler eines »Sie«, die ökonomischen und politischen Eliten, konturiert. Andererseits steht der prinzipielle Anspruch auf Demokratie einer Ordnung gegenüber, die durch von Habgier geprägte Privatinteressen und die Unterordnung des politischen Systems unter eben diese Interessen geprägt wird. Auf der einen Seite stehen das Volk und die Demokratie, auf der anderen die Eliten und ein despotischer Herrschaftszustand – so, in nuce, die Kerneinsicht der Diskursanalyse der Empörtenproteste bis hierin. Dabei ist zu unterstreichen, dass die Signifikanten *el pueblo* (das Volk) oder *despotismo* bzw. *despótico* (Despotie/despotisch) kaum je explizit als solche gebraucht werden. Die Indignados konstruieren die Volkssignifikanten nicht in der strate-

gischen, reflexiven und offensiven Art, wie es einige später Jahre die Partei Podemos tut (siehe: Kap. V.4). Und dennoch ist klar erkennbar, dass bereits im Mai/Juni 2011 die neue Wir-Identität als *Volkssubjekt* artikuliert wird. Vom Anspruch her umfasst sie alle Bürgerinnen, sie bezieht sich eben auf jenes »hart arbeitende Wir«, ob es nun arbeitet, studiert oder eine Arbeit sucht. So erscheint das neue Volkssubjekt nicht als ethnisch geschlossenes Kollektiv, sondern als Bevölkerung insgesamt. An sie wird voluntaristisch appelliert, sie solle die Spaltung der Gesellschaft zwischen »unten und oben« anerkennen und zum Mobilisierungsvektor sozialer Veränderung machen (vgl. Errejón 2011: 137f.). Das selbe gilt für den antagonistischen Signifikanten »Despotismus«: Er wird nicht explizit gebraucht, steht aber implizit zwischen den Zeilen, wenn die Dokumente beschreiben, wie sich politische und ökonomische Eliten von den normalen Leuten absetzen und ein gepanzertes Herrschaftssystem etablieren.

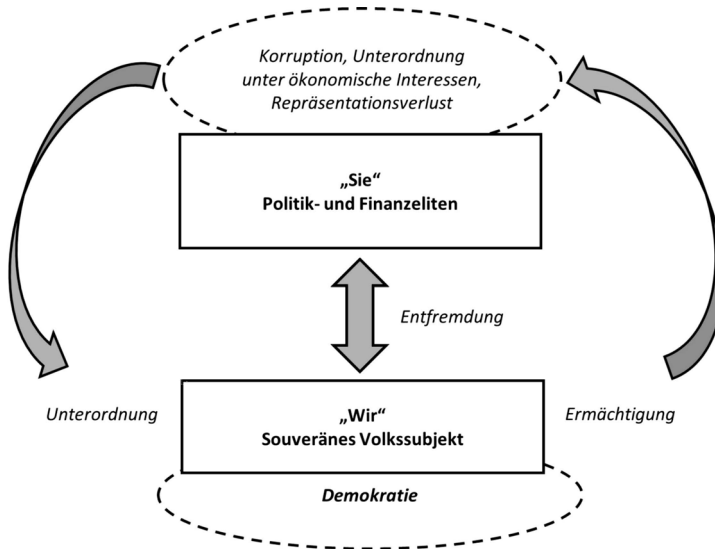
Allerdings bleibt es nicht bei der Gegenüberstellung von Volk und Eliten oder Demokratie und Despotismus. Der Empörungsdiskurs stellt ein *Upside-down-Szenario* in Aussicht, das Über- und Unterordnungsverhältnisse auf den Kopf stellt. Die Entmachteten greifen nach der Macht, sie erheben sich gegen die Herrschenden. Letztere werden symbolisch entmachtet, als Pfeiler eines dysfunktionalen Systems dargestellt, dessen politische und ökonomische Legitimität abgelaufen ist. Demgegenüber erscheint das Volk als neue Souveränitätsfigur, das einen umfassenden Herrschaftsanspruch erhebt. Dabei wird trotz der Totalkritik am Ist-Zustand keine utopische Alternative postuliert. Vielmehr setzt der Vorschlag der Empörten immanent an. Das Augenmerk liegt darauf, eine funktionierende Demokratie genauso wie einen starken Sozial- und Rechtsstaat wiederherzustellen. Dieser tendenziell moderate, oft noch unbestimmt bleibende Veränderungsanspruch wird im Stile eines *frame bridging* artikuliert, d.h., als ein diskursives Moment lanciert, das verschiedene Identitäten und Forderungen zusammenführt (Snow et al. 1986: 467). Damit wird eine Protestbewegung zusammengehalten, die sich, wie die Rekonstruktion der Platzbesetzung in Barcelona zeigen wird, durch sehr unterschiedliche, teils explizit divergente Praktiken auszeichnet. Diese immanente Kritik sorgt jedoch nicht nur für Kohäsion nach innen, sie ist desgleichen als *strategische Anziehungsgeste* nach außen zu lesen, die in die Gesellschaft hineinwirkt: Breit akzeptierte Ideale wie Demokratie und Sozialstaat als Zielvorgabe zu artikulieren, mobilisiert in Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und sogar im politischen System Sympathien. Radikal ist dieser Veränderungsanspruch nicht per se, sondern erst potentiell dadurch, dass er gegenüber dem herrschenden Zustand eine Alternative vorschlägt. Gerade darin besteht, so Fernández-Savater (2012a: 67), das utopische Moment der Empörung: Sie bricht mit dem herrschenden Konsens, weil sie verspricht, dass in den Protestcamps ein demokratischer Gegenentwurf entstehen könnte.

Paradigmatisch für das gehörige Bruchpotential von scheinbar gar nicht so umstürzlerischen Artikulationspraktiken ist der Slogan *No nos representan*. Mit der Kritik daran, dass die politischen Repräsentanten ihren Repräsentationsauftrag aufgegeben haben und stattdessen andere Interessen in den Vordergrund rücken, können sich viele identifizieren, erlaubt doch das Motto im Sinne eines leeren Signifikanten sowohl gemäßigte Deutungen (*diese* Repräsentanten repräsentieren uns nicht) als auch radikalere (*die* Repräsentanten im Allgemeinen repräsentieren uns nicht). Wie der Signifikant der Repräsentationskritik in den Empörtenprotesten besetzt wird, wird erst die Diskurs-

analyse von unten eruieren können (Kap. III.3). An dieser Stelle bleibt festzuhalten: Der Empörungsdiskurs besitzt ein großes Bruchpotential. Seine Knotenpunkte dienen als breite Identifikationsflächen, die potentielle Mehrheiten ansprechen können. Weiterhin erschwert die binäre Spaltung der Gesellschaft zwischen unten und oben, dass institutionelle Akteure den Protest responsiv entschärfen, indem sie manche seiner Forderungen reartikulieren und andere dezertifizieren (vgl. Viejo 2012).

Bevor das nächste Unterkapitel näher untersucht, welches die spezifischen Forderungen der Indignados sind und dafür zwei ihrer zentralen Forderungskataloge auswertet, hält das nachfolgende Schaubild fest, wie die Gesellschaftsvorstellung dieser Proteste beschaffen ist. Spaniens soziale Ordnung scheint im Empörungsdiskurs polar gespalten zwischen den herrschenden Eliten und einem beherrschten, aber seine Souveränität einklagenden Volkssubjekt.

Abb. 9: Der Empörungsdiskurs von 2011 und seine zweigeteilte Artikulation von Gesellschaft



2.5 Eine reformierte oder eine neue, direkte Demokratie?

Wenn »Uns kein Politiker repräsentiert« und »Die Straße uns gehört«, dann liegt die Idee einer demokratischen Legitimität darnieder. Zudem legt das bereits klassische Empörtenmotto, »Zu wenig Brot für zu viele Diebe« eine antipolitische Einstellung offen, die an die neapolitanische Taxigewerkschaft erinnert. Solche Vorstellungen, gepaart mit Liedern von Lluís Llach oder die Erinnerung an Martin Luther King, offenbaren, wie heterogen die protestierende Menge ist und wie widersprüchlich die Auffassungen sind, die sie verfißt.

(Barbeta in *La Vanguardia*, 20.6.2011)

Das Zitat des Journalisten Jordi Barbeta in seiner Chronik der Empörtenproteste in der konservativen Zeitung *La Vanguardia* steht beispielhaft für eine Kritik, die sich von Anfang an gegen die Indignados richtet: Ihre politischen Vorstellungen seien eklektisch, wenn nicht sogar antipolitisch. Auf den Straßen und Plätzen sei eine wirre Menge zusammengekommen, die heterogene Forderungen erhebe – von der Abschaffung der Monarchie, über eine radikale Fiskal- und Steuerreform hin zur anarchistischen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Und in der Tat trifft diese Einschätzung teilweise zu. Der Empörungsausbruch von 2011 vereint verschiedenste Subjektivitäten, Kollektive und ideologische Vorstellungen. Wie sich aber bereits herausstellte, teilen die Indignados durchaus einen gemeinsamen Horizont. Dieser kreist vornehmlich um die binäre Gegenüberstellung eines demokratischen Volkssubjekts gegen die despotischen Eliten. Dadurch geschieht das, was Errejón (2011: 136) als eine *populistische Umstrukturierung* der Gesellschaft bestimmt. Die Komplexität des modernen, funktional differenzierten Spaniens wird durch den Empörungsdiskurs radikal vereinfacht und symbolisch in eine Ordnung verwandelt, in der es nur noch »unten und oben« gibt. Die vielen, die unten stehen, werden von den wenigen, die oben stehen, beherrscht. Dieses Gesellschaftspanorama disloziert die hegemoniale Selbstbeschreibung Spaniens als ein differenziertes, entpolitisiertes und (wirtschafts-)liberales Land, wie sie die Kultur der Transition sedimentierte. Die gehörige Resonanz des Empörungsdiskurses erklärt sich darin, dass er die ökonomische und soziale Krisenrealität Spaniens gleichzeitig intelligibel macht *und* als politisierbares Narrativ reartikuliert.¹⁸ Die Krisenverliererinnen

18 In dieser Hinsicht ist eine kulturalistische Leseart des Empörungszyklus, wie sie diese Studie vorschlägt, einer materialistischen Leseart, welche die Bedeutung der Wirtschaftskrise als politisierendes Moment betont, nicht per se entgegengesetzt (anders als Rodríguez 2016 oder Chamorro 2018). Vielmehr kann erstere letztere ergänzen. Der spezifische Mehrwert einer kulturalistischen Perspektive besteht darin, zu fragen, wie Spaniens Wirtschaftseinbruch diskursiv als politisierbare

werden politisch reaktiviert und als der eigentliche Souverän konturiert. Er steht außerhalb der angeblich korruptierten Repräsentationsorgane auf Straßen und Plätzen, um dort eine wahre Demokratie einzuklagen.

Diese populistische Geste ist für den Empörungsdiskurs zentral. Aber er erschöpft sich nicht in ihr. Das sich artikulierende Diskursgefüge dreht sich parallel um ein reichhaltiges Demokratieideal, das dieser Schritt rekonstruiert. Dafür sind die Forderungskataloge der beiden großen Versammlungen der Indignados im Spätfrühling 2011 aussagekräftig, die auf der Puerta del Sol in Madrid und die auf der Plaça Catalunya in Barcelona verabschiedet wurden. Zur Einordnung sei betont, dass der Forderungskatalog der Madrider Versammlung am 20. Mai 2011 auf dem frühen Hochpunkt der Proteste entsteht und von mehr als 25.000 Teilnehmenden beschlossen wird. Das Papier sendet kurz vor den Kommunal- und Regionalwahlen in ganz Spanien (und damit auch in Madrid) am 22. Mai 2011 eine klare Signalwirkung: Wir, die Indignados, können Forderungen artikulieren, die sich an die Codes des politischen Systems anpassen. Demgegenüber kommt der Forderungskatalog in Katalonien einen Monat später zustande (20.6.2011). Er wird nur von circa 1.000 Beteiligten diskutiert und beschlossen. Sie haben ein »deutlich linksalternatives Profil« (Judit, Interview 18.9.2014). Zudem steht der Catalunya-Katalog unter einem verschobenen politischen Vorzeichen. Hier ist schon klar, dass bei den Maiwahlen vorwiegend konservative Parteien gesiegt haben, in Barcelona wie in Katalonien und Spanien. Ebenso hat der polizeiliche Räumungsversuch der Plaça Catalunya am 28. Mai und besonders die Aktion vor dem Parlament Kataloniens am 15. Juni, die »Belagerung des Parlaments«, die öffentliche Wahrnehmung der Indignados getrübt (Kap. III.1).

So erscheinen in den Forderungskatalogen zwar ähnliche, doch anders akzentuierte Positionen. Gerade dieses Spannungsverhältnis ist aufschlussreich, repräsentiert es doch anhand zweier wichtiger Stichproben das Schwanken des Empörungsdiskurses zwischen reformerischen und direktdemokratischen Strängen (vgl. Taibo 2011: 49–57, Valdivielso 2012: 476f.). Im Zentrum beider Dokumente stehen beide Male je zwei Knotenpunkte: Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die jeweilige semantische Aufladung dieser Knotenpunkte fällt gleichwohl sehr verschieden aus. Worin Unterschiede und Ähnlichkeiten beider Forderungskataloge bestehen, das kann eine Feinanalyse beider Dokumente herausarbeiten.

Forderungskatalog der Asamblea der Puerta del Sol (Madrid) Das Dokument, das die Versammlung an der Puerta del Sol erarbeitet, umfasst insgesamt 16 Forderungen und wird am 20. Mai 2011 verabschiedet. Es wird mit »@acampadasol – Movimiento #15M« unterzeichnet (AcampadaSol 2011). Diese Selbstbezeichnung zeigt auf, dass sich bereits wenige Tage nach dem Zustandekommen der Platzbesetzungen die Menge auf dem Platz als eine kohärente Bewegung oder eben als ein Zeltlager beschreibt. Sie hat einen historischen Ursprung (15-M als Akronym für 15. Mai 2011, das Startdatum der Proteste), einen räumlichen Angelpunkt (die Puerta del Sol, der Hauptplatz Madrids), sie ist aber auch eine

Krise artikuliert und zum Ausgangspunkt einer neuen Gegenhegemonie gemacht wird. Eine Gegenhegemonie, die *nicht* von der ökonomischen Lage präterminiert wird, sondern erst durch a priori offene – jedoch weder geschichts- noch strukturlose – Artikulationspraktiken hervorgebracht wird.

medial im Internet verortete Kollektivität, wie At-Zeichen und Hashtag offenlegen. Das Ensemble von Zeichen, Praktiken und Körpern, dessen Natur als Diskursgefüge weiter unten noch klarer hervortreten wird, stilisiert sich hier bereits in seiner symbolischen Außendarstellung als *ein* Diskurs oder, wenn man so will, als *eine* kollektive Identität (vgl. Rucht 2011b: 28).

Hinsichtlich der Forderungen sticht hervor, dass sie sich um ein alternatives Modell des politischen Systems drehen. Der Sol-Katalog zielt indes nicht auf eine vollkommen andere politische Ordnung, sondern auf eine Umgestaltung der repräsentativen Institutionen. So lautet die erste Forderung: »Eine Veränderung des Wahlgesetzes, damit die Listen offen sind und ein einziger Wahlbezirk für das ganze Land besteht. Der Erhalt von Abgeordnetensitzen soll proportional zur Stimmanzahl sein.« (AcampadaSol 2011) Die erste Forderung einer Bewegung, die oft als »antipolitisch« und »anarchistisch« (s.o.) bezeichnet wird, dreht sich um ein reformerisches Anliegen. Die *Überarbeitung des Wahlgesetzes* samt offener Wahllisten und eines einzigen spanienweiten Wahlbezirks zielt darauf ab, die Dominanz der beiden Volksparteien PP und PSOE zu brechen und es kleinen – und neuen – Parteien zu vereinfachen, im Parlament Fuß zu fassen. Hiermit wird eine grundsätzliche Dynamisierung der Repräsentationsverhältnisse angestrebt. Zudem nimmt mit der Imperativform »soll« (im Spanischen: *debe*) die Versammlung eine autoritative Position ein. Es wird nicht gewünscht oder nahegelegt, sondern gefordert, wie Spaniens Politik beschaffen sein müsste. Eine Umdrehung der Sprecherpositionen geht vonstatten. Sie fügt sich in das Upside-down-Szenario ein, das den Empörungsdiskurs auszeichnet. Die Indignados werden zu Gesetzgebern, sie machen die Politik, welche die abwesenden Berufspolitikerinnen nicht in Angriff nehmen. Insofern wirkt die Forderung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, sie wirkt identitätsverändernd und ermächtigend. Es sind die Protestierenden, die mit Blick auf das Gemeinwohl die Institutionen reformieren.

In eine ähnliche Richtung zielen zwei weitere Forderungen, Nummer fünf und sechs des Dokuments. An erster Stelle Nummer fünf: »Reform der Arbeitsverhältnisse der politischen Klasse, um die lebenslänglichen Renten abzuschaffen. Die politischen Programme und Vorschläge sollen bindenden Charakter besitzen.« (Ebd.) Die Kategorisierung als »politische Klasse« macht die Berufspolitikerinnen zu einem so abgekoppelten wie privilegierten Kollektiv, nur um im Anschluss eine Veränderung der Arbeitsverhältnisse dieses Kollektivs zu fordern. Auch hier fällt die reformerische Geste auf. Es wird auf eine Neuausrichtung des Politikerdaseins gepocht, um dieses an die Durchschnittsbürgerinnen heranzuführen (»lebenslängliche Renten abschaffen«) und eine gewisse Verlässlichkeit und Moralität zu gewährleisten (»bindender Charakter« von Programmen). Selbiges gilt für Forderung Nummer sechs, nur dass sie eine schärfere Semantik wählt: »Ablehnung und Verurteilung der Korruption. Das Gesetz muss dazu verpflichten, saubere Wahllisten zu präsentieren, in denen niemand antritt, der wegen Korruptionsfälle verurteilt oder angeklagt worden ist.« (Ebd.) Im Grunde wird etwas gefordert, was für eine funktionierende Demokratie eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste – in

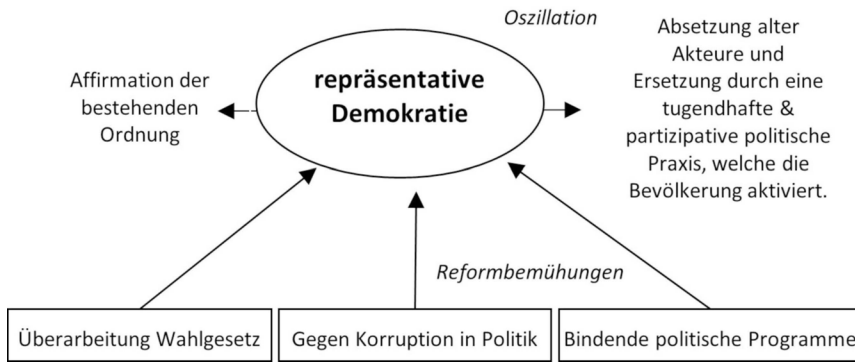
Spaniens *código penal* (Strafgesetzbuch) jedoch 2011 noch nicht explizit ausgeführt wird.¹⁹ In diesem Sinne hat diese Forderung einen vornehmlich moralischen Charakter, sie betont, wie die gute politische Ordnung beschaffen sein müsste. Der gesetzliche Rahmen müsse demnach unmissverständlich markieren, was gelingende und was misslingende Formen der politischen Praxis sind.

Den Schritt über die repräsentative Demokratie hinaus macht nur eine Forderung. Es ist Nummer neun: »Partizipative und direkte Demokratie, an der sich die Bürgerschaft [*ciudadanía*] aktiv beteiligt. Allgemeiner Zugang [*acceso popular*] zu den Kommunikationsmedien, die ethisch und wahrheitsverpflichtet sein sollen.« (Ebd.) Die Forderung stellt eine Äquivalenz her zwischen einer neuen Form der politischen Entscheidungsfindung (partizipative Demokratie) und einem demokratischeren Informationsmodell (offene, ethische und wahrheitsverpflichtete Medien). Beides, eine andere politische Praxis und eine andere Kommunikationspraxis, wird als grundlegend betrachtet, um eine andere spanische Demokratie zu errichten. Zentralerweise wird nicht wie oben eine tugendhaftere Praxis der Berufspolitikerinnen eingefordert, sondern eine grundsätzlich *neue Praxis*, die unter dem Vorzeichen einer großflächigen Aktivierung steht: Die Bevölkerung als Ganze soll an der reformierten spanischen Demokratie teilhaben und diese mitgestalten können.

Damit sind die Forderungen erfasst, die sich in dem Madrider Forderungskatalog zu einer Äquivalenzkette verdichten, die sich unter den Knotenpunkt der Demokratie stellen lässt. Dieser Signifikant erhält eine doppelte Ausrichtung. Zum einen bejaht er grundsätzlich die Institutionen der repräsentativen Demokratie, er möchte aber deren Dysfunktionalitäten korrigieren und sie grundsätzlich so dynamisieren, dass sie verstärkt die Partizipation der Bürgerinnen zulässt. Zum anderen birgt gerade dieser reformerische Impetus ein identitätsverändernden Impetus. Die Empörten besetzen die Position, die eigentlich den professionellen Politikern zustände. Die Protestierenden nehmen die Subjektposition als Gesetzgeber ein, jedoch nicht, um diese schlicht zu ersetzen, sondern an die Stelle der abgehobenen Identität »Berufspolitikerin« eine neue, partizipative politische Praxis zu setzen. So oszilliert der Knotenpunkt »Demokratie« zwischen der grundsätzlichen Bejahung der repräsentativen Institutionen und ihrer reformerischen Umbesetzung, um sowohl eine tugendhaftere als auch eine partizipativere politische Praxis zu instituieren. Das Schaubild stellt diese grundsätzliche Bewegung dar:

19 Dies ändert sich 2015, als unter dem Druck der Korruptionsfälle und dem Aufkommen neuer Parteien eine Ergänzung der betreffenden Artikel im *código penal* stattfindet, die politische Korruption explizit anführt.

Abb. 10: Der Knotenpunkt »Demokratie« im Forderungskatalog der Versammlung auf der Madri-der Puerta del Sol (20.5.2011)



Neben dem Signifikanten »Demokratie« steht im Forderungskatalog der Sol-Versammlung die soziale Gerechtigkeit als zweiter Schlüsselsignifikant im Zentrum. Der Sol-Katalog hält soziale Rechte hoch, er plädiert für einen gestärkten Sozialstaat. Von den insgesamt 16 Forderungen drehen sich fünf um explizit soziale Reformen. Effektiv geltende soziale Rechte, starke Arbeitnehmerrechte, ein härteres Vorgehen gegen die Finanzakteure oder die Bekämpfung der Privatisierung lassen sich, so der Duktus, nur unternehmen, wenn der Staat gegenüber dem Markt gestärkt und die sozial Schwachen gegenüber den Eliten verteidigt werden.

Trotz eines egalitären Grundpathos bleibt die Rhetorik des Kataloges grundsätzlich gemäßigt. Die Forderungen entbehren eine radikal antikapitalistische Semantik und bemühen sich um einen sozialstaatlichen Duktus. Forderung Nummer sieben verdeutlicht es:

Plurale Maßnahmen gegenüber dem Bankenwesen und den Finanzmärkten unter Einhaltung des Artikels 128 der Verfassung, der festlegt, dass der »ganze Reichtum des Landes in seinen verschiedenen Formen und unabhängig von seiner Inhaberschaft dem Allgemeininteresse unterordnet ist«. Minderung der Macht der EZB [Europäische Zentralbank] und des IWF [Internationaler Währungsfonds]. Sofortige Nationalisierung all jener Banken, die der Staat retten musste. Verschärfung der Kontrollen über die Finanzoperationen und ihre Akteure, um jegliche Missbräuche zu vermeiden. (AcampadaSol 2011)

Die stichwortartige Aufzählung der Maßnahmen vermittelt eine konzise Botschaft: Ein demokratisches Gemeinwesen muss die Macht der Banken und Finanzakteure beschränken. Solch eine Einhegung wäre zwar eine radikale Wende gegenüber der aktuellen Politik, im Manifest erscheint sie aber als Folge von Verfassungsprinzipien. Mithilfe der Wendung »unter Einhaltung des Artikels 128 der Verfassung« wird erreicht, dass die Maßnahmen gegen die Finanzbranche als gleichsam juristische Angelegenheit erscheinen – als unumgehbare Gesetzesanwendung, die den nationalen Reichtum dem Allgemeinwohl unterordnet. Analog zu den Plattformen im Terrain der Wohnpolitik

(Kap. III.2.c), wird hier eine *immanente* Argumentation gewählt, welche die geltenden Gesetze als normatives Mittel gebraucht, um sie gegen einen als ungerecht gedeuteten Zustand zu wenden. Die Aufzählung der weiteren Maßnahmen (Minderung der Macht der EZB und des IWF, Nationalisierung aller geretteten Banken, verschärfte Kontrollen der Finanzoperationen) erzeugt eine Kausalkette zur ersten Maßnahme, alle Forderungen scheinen eine Folge der Einhaltung des Verfassungsartikels 128. Die finanzkritischen Maßnahmen verlieren dadurch ihren partikularen Charakter, sie werden zu selbstverständlichen Eingriffen des demokratischen Rechtsstaates gegen die Finanzakteure. Es zeichnet sich eine hegemoniale Operation ab: Die Indignados fordern konkret das ein, was der demokratische Rechtsstaat verspricht, doch nicht realisiert. Damit werden die politischen Eliten kritisiert, *ohne* das politische System als Ganzes zu delegitimieren. Parallel dazu reaktiviert der Bezug auf die Verfassungsartikel den Staat in seiner Wohlfahrtsfunktion.

Diese gleichsam sozialdemokratische Geste darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem Sol-Katalog zufolge durchaus auch gewisse Gesetze reformiert oder sogar abgeschafft werden sollen. Das zeigt Forderung Nummer drei: »Abschaffung der ungerechten und diskriminierenden Gesetze und Maßnahmen wie den Bologna-Prozess und den europäischen Bildungsraum, das Ausländergesetz oder die sogenannte Ley Sinde.« Bereits mit den Adjektiven »ungerecht« und »diskriminierend« werden die in Rede stehenden Gesetze – darunter die schon behandelte *Ley Sinde* zur Regulierung der Internetnutzung – abgewertet und zur Gefahr für das Gemeinwohl stilisiert. Der Souverän, der über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit dieser Gesetze entscheidet, befindet sich nicht in den Repräsentationsorganen des Staates, er *ist* die Empörtenversammlung auf der Madrider Puerta del Sol.

Der Forderungskatalog operiert mit einem impliziten Antagonismus zwischen einer *demokratischen Legitimität* auf der einen Seite und einer *illegitimen Legalität* auf der anderen. Auf der einen stehen Grundsätze der Verfassung, die zentral für das allgemeine Wohlergehen sind (vom Recht auf Wohnen über die Trennung von Staat und Kirche hin zur Unterordnung des Reichtums unter das Gemeinwohl), auf der anderen befinden sich Gesetze, die diesem Wohlergehen zuwiderlaufen. Dass »gerechte« wie »ungerechte« Maßnahmen formal (meist) den gleichen Rechtsstatus besitzen, spielt bei diesem Raisonement keine Rolle. Entscheidend ist die Frage, welche Gesetze implizit als legitim und welche als illegitim gedeutet werden. Um diese Auswahl zu legitimieren, wählen die Madrider Empörten eine spezifische rhetorische Strategie. Sie berufen sich auf Verfassungsartikel, um ihre Position als allgemeingültig und unstrittig in Szene zu setzen. Freilich kommt diese immanente Verteidigung eines (wichtigen) Teils des politischen Systems um den Preis einer Selbstbegrenzung, mit der manche Indignados hadern dürften. Wer entlang der Verfassung argumentiert, mag eine prinzipielle Legitimitätsaura auf seiner Seite haben, er verzichtet aber dafür auf das Pathos der revolutionären Neugründung.

Forderungskatalog der Assemblée der Plaça Catalunya (Barcelona) Der Forderungskatalog, den die Empörtenversammlung auf der Plaça Catalunya am 20. Juni 2011 verabschiedet, ist grundsätzlich anders gelagert als der Sol-Katalog. Zunächst macht sich dies in der reinen Länge des Dokuments bemerkbar. Gegenüber den knappen zwei Seiten des Ma-

driter Dokuments umfasst der Catalunya-Katalog acht Seiten mit ebenso vielen Forderungen – und Unterforderungen – sowie sogar einem Epilog. Das Dokument ist kein reiner Forderungskatalog, sondern artikuliert im Stil eines Manifests empathisch ein neues Kollektivsubjekt. Das offenbart schon die Einleitung: »Wir sind auf die Straße gegangen, haben die Isoliertheit unserer partiellen und individuellen Kämpfe hinter uns gelassen, um sie gemeinsam und mit kollektiver Begeisterung anzugehen [*afrontar-les conjuntament*].« (AcampadaCatalunya 2011) Unmissverständlich wird eine kollektive Subjektivierung zu einer Wir-Identität konturiert, durch welche vormals isolierte Artikulationspraktiken als nun universalisierte und sich affizierende (»mit kollektiver Begeisterung«) erscheinen. Die Einleitung in das Manifest ist dabei bezeichnenderweise nicht im Präsens, sondern im Perfekt verfasst. Damit gelingt eine semantische Materialisierung, die den Forderungen zusätzliche Durchschlagskraft verleiht. Sie lautet: Die Schaffung eines neuen Kollektivsubjekt auf dem Platz ist *bereits* gelungen.

Von den acht Oberthemen des Forderungskataloges fokussieren nur die siebte (»Gemeinschaftliche Beteiligung bei der Funktionsweise der öffentlichen Institutionen«) und die achte (»Abschaffung der Privilegien von Politikern, Gewerkschaftern und religiösen Vertretern«), institutionelle Reformen des politischen Systems. Zwar werden auch bei den anderen, sozial orientierten Forderungen (zu Arbeitsverhältnissen, Wohnen, Bankenwesen, Steuern usw.) politische Fragen mitangeschnitten – doch sie bleiben meist bloß Teilmaßnahmen unter anderen. So etwa, wenn innerhalb der Forderung Nummer eins, »Arbeit«, mit einer von insgesamt 14 Unterforderungen verlangt wird, »das Kürzungspaket von Renten, sozialen Hilfen und Gehältern der Beamten zurückzunehmen, in Katalonien die Llei Òmnibus²⁰ aufzuheben«.

Wie besetzt der Catalunya-Katalog den Signifikanten der Demokratie? Bei den beiden Forderungen (Nr. 7 und 8), die sich explizit auf die institutionelle Politik beziehen, wird nicht so sehr eine alternative Vision präsentiert als vielmehr der Ist-Zustand kritisiert. So delegitimiert der erste Unterpunkt von Forderung Nummer sieben mit dem Titel »Beteiligung« das bestehende Wahlgesetz:

Nein zum aktuellen Wahlsystem. Wir wollen gleiche Bedingungen, um anzutreten und die Mittel zu gebrauchen, die für eine Kampagne notwendig sind. Die Zeit, um in den Medien die eigenen politischen Positionen vorzustellen, muss sich auf alle gleichmäßig verteilen. Die vormaligen Wahlergebnisse dürfen dabei genauso wenig eine Rolle spielen wie die Tatsache, ob es das erste Mal ist, dass sich eine Kandidatur präsentiert (dasselbe gilt, wenn für den weißen Stimmzettel oder die Enthaltung geworben wird). (AcampadaCatalunya 2011)

Anders als beim Sol-Katalog, der ein erneuertes Wahlsystem vorschlug, zeichnet die Passage einen ambitionierteren Reformanspruch aus. Von der Mittelvergabe für neue Kandidaturen über den medialen Fokus bis hin zur Frage, wie mit Optionen umzugehen

20 So wurde ein Gesetzespaket der konservativen katalanischen Regionalregierung genannt, das Ende 2011 verabschiedet wurde. Es forcierte weitreichende Privatisierungsmaßnahmen des Gesundheits- oder Energiesektors sowie weitgehende Sparmaßnahmen in anderen Bereichen wie der Kultur.

sei, die sich der Wahl prinzipiell widersetzen – so gut wie alle Mechanismen des Politiksystems müssen neu verhandelt werden. Es wird keine reformierte oder verbesserte, sondern eine *andere, radikaldemokratische* Demokratie postuliert. Doch wie sich diese verwirklichen lässt, bleibt in der Schwebe. Die rhetorische Leitstrategie des Catalunya-Katalogs ist der radikale Bruch mit dem politischen Ist-Zustand. Das bestehende politische System wird in Frage gestellt – im Stil des ersten Satzes des Zitats mit seinem unmissverständlichen Partikel (»Nein zum aktuellen Wahlsystem«) – und ein diametral entgegengesetzter Gesellschaftsentwurf hochgehalten.

Die Unterpunkte von Forderung Nummer sieben »Beteiligung« verstärken diese Botschaft, sie drehen sich um die Frage, wie in Spanien Referenden zentraler werden könnten:

- »Zwingende und verbindliche Referenden.
- Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung aller Völker der Erde, wie es in der UN-Charta festgehalten ist, und damit des katalanischen Volkes [*del poble català*].
- Referendum über die Staatsform (Monarchie oder Republik)« (AcampadaCatalunya 2011).

»Zwingende und verbindliche Referenden«, wie sie im Katalog verlangt werden, kämen im spanischen Staat mit seinen äußerst eingeschränkten direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten einem systemischen Umbruch gleich. Vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass dieses Instrument – wie im zweiten Punkt angekündigt – dazu dient, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem gesamten spanischen Territorium zu verwirklichen, um das katalanische Volk, und so potentiell das baskische oder galizische, über seine Unabhängigkeit abstimmen zu lassen (Ähnliches wird Podemos später fordern, dazu: Kap. V.3.d). Ein derartiges Referendumsinstrument würde nicht nur die territoriale Ordnung, sondern die gesamte Staatsform in Frage stellen: Die Abstimmung über die Frage, ob Spanien Monarchie oder Republik sein solle, würde am Grundkonsens der demokratischen Transition rütteln. Damals einigten sich alle großen Parteien, inklusive der Kommunisten, auf die konstitutionelle Monarchie (Kap. II.2.a).

Die Referendumsforderung verdeutlicht, dass die Indignados auf der Plaça Catalunya eine explizite *Bündnisbildung* mit anderen Protestbewegungen betreiben. Sowohl die Frage der Selbstbestimmung als auch jene der Republik sind traditionelle Positionen der katalanischen Unabhängigkeitslinken sowie ebenfalls der gesamtspanischen Linken. Zudem betont die Einleitung in das Dokument, dass man die Vereinigung mit anderen Kräften suche und sich deren Forderungen in Fragen von »Arbeit, Studium, Gender, Migration, Globalisierungskritik, der Selbstbestimmung der Völker [...]« (ebd.) offensiv aneigne.

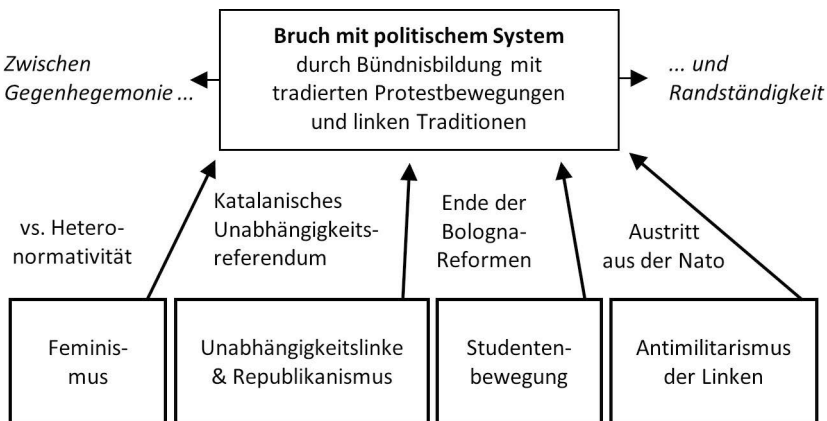
Diese Koalitionsbildung äußert sich in verschiedenen Politikfeldern. So wird in der Innen- und Verteidigungspolitik eine klassische Forderung der Friedensbewegung der 1980er Jahre aufgenommen: »Der sofortige Rückzug spanischer Truppen aus dem Ausland, unabhängig vom Zweck ihres Einsatzes. Desgleichen Beendigung der militärischen Kooperation mit der NATO.« (Ebd.) Diese Forderung schreibt sich in die antimilitaristische Tradition der spanischen Linken ein, die 1986 mit den Mobilisierungen gegen Spaniens Nato-Beitritt begann.

Dasselbe gilt für das Feld der Genderpolitik. Die Forderung lautet, dass »eine Genderperspektive alle Normen, Handlungen und Politiken der Gesellschaft« durchziehen müsse und eine Gesellschaft anzustreben sei, in der »alle Familientypen und Formen des Zusammenlebens ihren Platz haben und Heteronormativität bekämpft wird« (ebd.). Der Gebrauch von spezifisch codierten Kategorien wie »Genderperspektive«, »sexistische Gewalt« oder »Heteronormativität«, die für den Feminismus zentral sind, darüber hinaus aber – wir schreiben das Jahr 2011 – nur eine begrenzte Reichweite besitzen, zeigt, dass die Bündnisbildung zu anderen sozialen Bewegungen nicht automatisch eine gesellschaftliche Mehrheit konstruiert. Diese Bündnispolitik ist eine riskante Diskursstrategie, da sie rasch als linksradikal gebrandmarkt und dementsprechend aus der Sphäre der legitimen politischen Positionen ausgegrenzt werden kann.

Die Empörten der Plaça Catalunya stellen folglich Spaniens Politiksystem diametral in Frage, indem sie sich diskursiv mit sozialen Bewegungen verbünden und in die Tradition der politischen Linken einschreiben – die Folge ist ein Projekt, das zwischen dem eigenen Mehrheitsanspruch und seiner Ausgrenzung seitens der hegemonialen Akteure schwankt.

Dieses Oszillieren zwischen Ausgrenzung und Mehrheitsanspruch zeigt Abbildung 11:

Abb. 11: Äquivalenzkette von Kollektiven im Forderungskatalog der Versammlung auf der Plaça Catalunya (20.6.2011)



Der Catalunya-Katalog gebraucht, so ist festzuhalten, eine klar aktivistische Semantik, der Text nimmt klare, oft kontroverse Positionen ein. Doch obschon deutlich wurde, dass die Indignados der Plaça Catalunya mit dem bestehenden politischen System brechen wollen, ist noch nicht klar, welches Demokratiemodell sie vertreten. Viele der Forderungen des Sol-Kataloges werden zwar auch in Barcelona artikuliert: Die Kritik an den angeblichen Privilegien der Repräsentanten sowie an deren Korruption, am ungerechten Wahlsystem oder der Privatisierungspolitik wird genauso artikuliert wie die Forderung nach einer effizienteren Gewaltenteilung, nach mehr institutioneller Transparenz oder einer Stärkung des Wohlfahrtsstaates. Anders als im Madrider Papier drehen sich diese

Maßnahmen jedoch *nicht* darum, die bestehende repräsentative Demokratie zu verbessern, sondern diese durch eine andere Demokratie zu ersetzen.

Diese Alternative wird im sogenannten »Epilog« des Textes ausgeführt:

Die gemeinschaftliche Kontrolle nach dem Vorbild der Selbstorganisation der Bewegung der Empörten und des Protestcamps in Barcelona muss zum Werkzeug werden, um das ökonomische, politische und soziale System zu verwandeln. Nur so lässt sich die Schwäche der kommunalen und parlamentarischen Repräsentanten gegenüber den unverschämten Eliten an der Macht kontrollieren.

Des Weiteren muss sich diese gemeinschaftliche Kontrolle auch deshalb entfalten, weil sie nötig ist, um Prozesse der Selbstorganisation in Versammlungen und Kommissionen, Dörfern und Vierteln sowie an Arbeits- und Studienplätzen in Gang zu setzen. So wird die gemeinschaftliche Kontrolle zur Basis und zum Instrument der zukünftigen Gesellschaft. (Ebd.)

»Die gemeinschaftliche Kontrolle« ist das Schlüsselkonzept des Zitats. Im ersten Abschnitt dient es dazu, das Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten umzudrehen. Den Repräsentanten wird die politische Agency abgesprochen und den Empörten zugewiesen. Die »demokratische Selbstorganisation« der Empörten auf den Plätzen dient als Vorbild einer *direkten* Demokratie, die in allen Gesellschaftsbereichen (»in Versammlungen und Kommissionen, Dörfern und Quartieren [...]«) angestrebt wird. Der wiederholte Gebrauch des Imperativs (»muss«) unterstreicht, dass diese direktdemokratische Selbstorganisation die einzige Möglichkeit ist, um die Gesellschaft insgesamt wirksam zu verändern. Die eigentliche politische Macht beruht nicht auf den Repräsentanten, sie geht von basisdemokratischen Versammlungen aus. Sowohl der Begriff der »Gemeinschaft« als auch die Auflistung der zahlreichen Orte, an denen idealerweise diese Versammlungen stattfinden müssten, zeigen auf ein *anwesenheitszentriertes* Demokratiemodell. Es ist eine Form Demokratie, die auf einer unmittelbaren, oder mit Isabell Lorey (2020: 14) gesagt, »präsentistischen« politischen Praxis gründet, bei der Demokratie zu einer fortwährend zu erprobenden Existenzweise aufsteigt. Hier kommen Entscheidungen nicht durch angeblich verzerrende Repräsentationsmechanismen zustande, sondern durch die Kooperation der gemeinsam an einem Ort anwesenden Subjekte. Erst kollektive Deliberationspraktiken, die in Situationen der Ko-Präsenz politische Entscheidung fällen, zeichnen ein wahrhaft demokratisches Gemeinwesen aus.

Diese Form der Räte Demokratie, die im Catalunya-Katalog mit dem Signifikanten »gemeinschaftliche Kontrolle« umschrieben wird, veranschaulicht, dass das scheinbar lockere Zusammenkommen auf den Plätzen eine sehr ernstzunehmende Stoßrichtung birgt. Die Versammlung erscheint als *der* Gegenentwurf zur Elitenherrschaft (deren Despotismus mit dem Adjektiv »unverschämt« unterstrichen wird). Dabei ist die gemeinschaftliche Kontrolle, welche die Versammlung ausübt, Mittel wie Zweck des artikulierten Gesellschaftsentwurfs. Die direkte Demokratie, die angeblich auf den Plätzen bereits realisiert wird, ist der Pfeiler der »zukünftigen Gesellschaft«, sie ist das große Ziel, das es anzustreben gilt. In dieser Vision verschwimmen die bestehenden politischen Institutionen. Diese treten nur noch mittelbar als ein rechts- und vor allem wohlfahrtsstaatliches Bollwerk gegen die Elitendespotie auf. Ein reformiertes Politiksystem könnte den Wandel flankieren, antreiben tun ihn jedoch die Versammlungen. Das demokratische

Souverän konstituiert sich nicht mehr durch Repräsentationsverhältnisse in Parlamenten, es konstituiert sich durch eine kollektive Praxis unmittelbar in Versammlungen, die, dem Anspruch nach, die gesamte Gesellschaft durchziehen.

Abschließender Vergleich der Forderungskataloge von Madrid und Barcelona Wo die Indignados aus Madrid am 20. Mai 2011 einen tendenziell prägnanten und reformistischen Text mit einem hohen Identifikationspotential für Außenstehende verabschieden, wird just einen Monat später in Barcelona ein grundsätzlich anderer Maßnahmenplan entfaltet. Die Darstellung hat verdeutlicht, dass sich der Catalunya-Katalog in verschiedensten Politikbereichen von der Gleichstellung über die internationale Politik und das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens positioniert. Der Grund für diese *extensive* Forderungskette liegt in dem, was Fominaya (2014: 9f.) die »movement culture continuity« der Indignados nennt. Etablierte Protestbewegungen wie der Feminismus, die katalanischen Unabhängigkeitsbewegung oder die Hausbesetzerbewegung bestimmen zusehends die Dynamik der Empörtenproteste, besonders in Katalonien. Demzufolge soll der breite, zuweilen eklektische Forderungskatalog weniger öffentlich wirken als vielmehr für interne Kohäsion sorgen. Er soll möglichst unterschiedliche Identitäten und Positionen aufnehmen und als äquivalente Forderungen artikulieren. Die Indignados sind eine neue, zunächst schwer einzuordnende Bewegung. Sie schreiben sich aber im Fall Barcelonas ausdrücklich in das bestehende Feld der außerparlamentarischen Linken ein.

Auf diese Weise zeichnen sich in den Sol- und Catalunya-Katalogen *gegensätzliche Demokratiemodelle* ab. Während die einen (Sol) die repräsentative Demokratie reformieren wollen, ihre Institutionen und Verfahren von Dysfunktionalitäten zu befreien suchen, plädieren die anderen (Catalunya) für eine direkte Demokratie, die prinzipiell auf Repräsentation verzichtet. Bei den katalanischen Indignados avanciert die Versammlung zum Dreh- und Angelpunkt eines neuen, nun durchweg demokratischen Gemeinwesens. Die Position ist, dass demokratische Prozesse nicht delegiert werden können, sondern direktdemokratisch ausgehandelt werden müssen. Das Ideal ist eine Räte Demokratie, die eine politische Deliberations- und Entscheidungspraxis in alle soziale Sphären, auch die der materiellen Reproduktion, einführt.

Das politische System wird somit strenggenommen überfällig, seine Erhaltung erscheint nur noch als eine instrumentelle Notwendigkeit, um über einen funktionierenden Sozialstaat soziale Gerechtigkeit sicherzustellen; es ist nicht mehr eine normativ schützenswerte Institution. Der Signifikant Demokratie wird im Catalunya-Katalog als direktdemokratische Demokratie reartikuliert. Ein »präsentistisches« Demokratiemodell im Sinne Loreys (2020) nimmt Gestalt an. Für dieses sind Repräsentationsmechanismen bestenfalls eine Verzerrung und schlimmstenfalls ein Herrschaftsvehikel der Eliten gegenüber einem souveränen Volkssubjekt, das in einer Myriade von Versammlungen zusammenkommt, um im arendtschen Sinne gemeinsam zu handeln.

Demgegenüber wird im Sol-Katalog eine eher reformorientierte Kritik formuliert, welche die bestehende Ordnung immanent reformieren will. Dafür wird zum einen eine Sprache des Kampfs um Rechte mobilisiert, die in der Verfassung verankert sind – etwa das Recht auf Wohnen oder auf Gesundheitsversorgung – und die es nun endlich zu verwirklichen gelte. Zum anderen wird auf Reformen des politischen Systems gepocht, um durch eine effektive Gewaltenteilung, mehr Partizipationsmöglichkeiten oder die sozi-

alstaatliche Eindämmung der Wirtschafts- und Finanzakteure dessen Dysfunktionalität zu überwinden. Im Sol-Katalog werden damit die leeren Signifikanten der Demokratie und Gerechtigkeit gleichranging ins Zentrum gestellt und sozialreformerisch umgesetzt. Nicht eine grundsätzlich neue, sondern eine verbesserte repräsentative Demokratie steht am Horizont.

Die beiden Forderungskataloge postulieren, so bleibt zu resümieren, zwei verwandte, doch nicht gleichartige Gesellschaftsentwürfe. Der eine dreht sich um ein utopisches Modell der direkten Demokratie (Barcelona), der andere gebärdet sich pragmatischer als Reform der bestehenden Ordnung (Madrid). Die Demokratie ist der zentrale Knotenpunkt der Empörung. Doch das Ideal einer Demokratisierung der Gesellschaft, dessen unstrittiger Ausgangspunkt die Kritik an der aktuellen politischen Repräsentation und dem bestehenden Austeritätsregime ist, schwankt zwischen dem Reformanspruch der repräsentativen Institutionen und deren totaler Ablehnung im Zeichen einer präsentistischen Demokratie. Beide Seiten, die reformerische und die direktdemokratische, zeichnen den Ausbruch der Empörung im Frühjahr 2011 aus. Beide äußern sich lautstark auf Spaniens zu Zeltlagern geworden Plätzen.

3 Empörung auf dem Platz, Diskurs in der Praxis

Anhand der Versammlungen des Protestcamps auf der Plaça Catalunya in Barcelona wird sich jetzt zeigen, wie der Empörungsdiskurs nicht nur in politischen Textsorten wie Manifesten oder Forderungskatalogen wirkmächtig wird, sondern sich zudem *von unten* durch die Praktiken auf den Plätzen ausbreitet. Dafür greife ich auf die öffentlich zugänglichen Verlaufsprotokolle zurück, die auf dem Barcelona-Camp erstellt werden. Sie dokumentieren einen Diskurs, dessen Produktion, mit Foucault gesagt, kaum kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird. Die Mitschriften enthalten die Beiträge und Praktiken einer Menge, die aus verschiedensten Motivationen – ob aus Wut über die herrschenden Zustände, Begeisterung für die neue Protestbewegung oder bloße Neugierde – an den Versammlungen teilnimmt, sich in Kommissionen und Arbeitsgruppen einbringt oder sich in Debatten zu Wort meldet. Was die Diskursanalyse von unten rekonstruiert, ist ein in den Protokollen dokumentiertes Praxisgeschehen, das sich einer übergeordneten Diskurslogik, einem *master signifier* oder einem konstitutiven Antagonismus zu entziehen scheint.

So reizvoll es für den Forscher ist, sich Texte vorzunehmen, die so nah am Fluss der Praxis stehen, dass Diskursanalyse zur Diskursethnographie avanciert, so schwierig gebärdet sich das Unterfangen, das Nicht-Ordnungsbare zu ordnen, die Diskursanalyse von unten als kohärente Panoramadarstellung zu lancieren, die weder dem Hang der Übersystematisierung noch jenem der reinen Beschreibung erliegt. Um die Protokolle aufzuarbeiten, gliedere ich die Analyse entlang von drei Ebenen: Ich fokussiere erstens die *Form der Protokolle*, zweitens die *Organisation der Versammlung* und drittens den *Empörungsdiskurs* als solchen. Diese Ebenen stellen bloße analytische Unterscheidungen dar, welche die Sichtung des Empörungsdiskurses erleichtern. Der Fokus auf die Protokollform unterstreicht, dass das Medium, in dem sich der Diskurs äußert, diesem nicht äußerlich bleibt, sondern etwas über dessen konkrete Realisierung als Praxis aussagt.

Die Trennung der Ebenen »Organisation« und »Diskurs« ist genauso unscharf, sie soll nur zwei verschieden gelagerte Facetten der Artikulationspraxis widerspiegeln. Einmal (Organisation) analysiere ich die Praxis auf der Ebene der Konstitution des Camps vor Ort, ein andermal (Diskurs) lege ich dar, wie Themen artikuliert werden, die das Geschehen auf dem Platz transzendieren und gesellschaftliche Relevanz beanspruchen. Alle drei Ebenen erlauben in ihrem Zusammenspiel eine dichte Auswertung der Artikulationspraktiken.

Für die Analyse selbst gebrauche ich eine offene Heuristik. Sie verfährt, wie im Methodenpart dargelegt, im Geiste der foucaultschen Diskursanalyse stark induktiv (Kap. I.3.b). Mein Fokus liegt darauf, wie der Diskurs schrittweise *sedimentiert*. Wie bilden sich Diskursstränge des Empörungsdiskurses heraus,²¹ welche semantischen Regelmäßigkeiten, rhetorischen Muster, typisierte Subjektpositionen und seriell wiederholte Identitäten werden auf Dauer gestellt?²² Mit diesem Vorgehen prüfe ich rekonstruktiv, welche Stränge des Empörungsdiskurses verfestigen und welche dynamisch bleiben. So begreife ich den Empörungsdiskurs als ein sich formierendes Diskursgefüge. Auf dem Platz manifestiert sich der Empörungsdiskurs im Geburtszustand, als eine entstehende Artikulationspraxis. Jede seiner Verhärtungen ist umkehrbar, jede Begebenheit kann ihn erneut umgestalten, oftmals treten Praktiken und Diskursstränge auf, die vielleicht in der Empörtenversammlung auf der Plaça Catalunya minoritär blieben, doch im folgenden Protestzyklus machtvoll wiederauftauchen. Weiterhin wird sich die Diskursanalyse von unten als zutiefst *ereignishaft* erweisen. Besonders der Räumungsversuch des Platzes seitens der Polizei am 27. Mai 2011 wird zeigen, wie die Ordnungsgewalt seitens des Empörungsdiskurses als gleichsam versinnlichter Antagonist signifiziert wird.

Bevor die Analyse beginnt, sei kurz das Material vorgestellt. Der Korpus der folgenden Analyse setzt sich aus 18 Protokollen der Versammlungen der Indignados auf der Plaça Catalunya zusammen, die den Zeitraum vom 16. Mai bis zum 3. Juni 2011 abdecken. Diese Texte halten die Versammlungen mit anfangs nur wenigen dutzenden und später zehntausenden Teilnehmerinnen fest. Typischerweise beginnen die Mitschriften mit ein bis drei einleitenden Sätzen, die oft informativer Natur sind. So wird auf die Uhrzeit des Versammlungsbeginns hingewiesen, die Teilnehmerzahl festgehalten, der Ablauf der Versammlung oder der Protokollaufbau erläutert. Auch die Tagesordnung der Versammlung wird gelegentlich im Vorhinein vorgestellt. Der Hauptteil der Protokolle folgt – in der Regel – einem typisierten Ablauf. Die verschiedenen Kommissionen stellen Zusammenfassungen ihrer Diskussionen vor, die wichtige inhaltliche und strategische Positionierungen kenntlich machen. Zuweilen wird aber auch auf die Vorstellungsrunde der Kommissionen verzichtet und es werden ausschließlich inhaltliche Debatten (etwa über den Verbleib auf dem Platz) geführt. Sodann wird unter den Punkten »Sonstiges« oder »Offene Redebeiträge« die Debatte für alle Anwesenden geöffnet. Dieser stets offen gehaltene Diskussionsblock erweist sich als besonders aufschlussreich. Dort wird deutlich, welche Fragen und Debatten unter den Indignados in Barcelona zirkulieren – und

21 Zum Konzept »Diskursstrang« und dessen empirisch-diskursanalytischer Bearbeitung: Jäger 2012: 139.

22 Durch diese Sedimentierung ändern sich auch die narrativen Strukturen des Diskurses, dazu: Somers 1994: 618.

zwar sowohl die Mehrheits- als auch die Minderheitsströmungen oder Positionen Einzelner.

Die folgende Analyse widmet sich den Protokollen, indem sie eine temporale Einteilung vornimmt. Das Camp auf der Plaça Catalunya lässt sich in drei Zeitphasen unterteilen: Zunächst das Anfangsstadium der Proteste, die ich als »Zündphase« beschreibe (16.-19.5.2011). Hier bildet sich das gesamte Setting des Protestes heraus. Sowohl die inhaltliche Debatte als auch die gesamte Organisation besitzen noch keine feste Gestalt. Dies ändert sich in nächsten Phase, die ich als »Hochphase« begreife und die sich rund um das Wochenende der Kommunalwahlen verortet (20.5.-26.5.2011). Die Versammlung genauso wie das gesamte Zeltlager nehmen eine festere Gestalt an. Zudem bilden sich verschiedene Diskursstränge heraus, die zukünftige Entwicklungstendenzen des Protestzyklus vorzeichnen. Schließlich leitet der Räumungsversuch der Polizei (27. Mai) eine »Radikalisierungsphase« ein. Die Konfrontation der Indignados mit der Ordnungsgewalt wirkt sich maßgeblich auf die Versammlungsdynamik aus und bedeutet für das Protestcamp einen wichtigen Einschnitt (27.5.-3.6.2011).

3.1 Zündphase der Empörung (16. bis 19. Mai 2011)

Am Abend des 16. Mai 2011 entschließen sich in Barcelona circa 150 Menschen dazu, dem Vorbild von Madrid zu folgen, wo tags zuvor als Symbol des Protests gegen die Sparmaßnahmen der Regierung auf der Puerta del Sol campiert wurde. Einen Tag später, und als Akt der Solidarität mit dem Madrider Zeltlager, übernachteten circa 150 Menschen mit Isomatten und Schlafsäcken auf dem Hauptplatz der katalanischen Metropole, der Plaça Catalunya. Wie es im ersten Protokoll heißt, sei man gewillt, auf dem Platz eine »unbeschränkte Zeit« zu verharren (acampadabcn, 16.5.2011). Einige Tage später, vom 19. Mai an, nehmen bereits mehrere Tausende an den Versammlungen auf der Plaça Catalunya teil. Das Camp von Barcelona soll sich neben dem auf der Puerta del Sol in Madrid zur größten Empörtenversammlung Spaniens erweisen und global für Aufmerksamkeit sorgen (vgl. Maeckelbergh 2012).

In diesem Sinne lohnt es sich, das erste Zeugnis der »Zündphase« der Empörung zu fokussieren. Die ersten Zeilen des ersten Protokolls vom 16. Mai 2011 lauten:

Am 16. Mai um 22.30 Uhr, wird die #acampadabcn [Barcelona-Camp] auf der Plaça Catalunya konstituiert. Sie ist ein Zeichen dafür, dass wir gemeinsam alles können. Denn dies ist keine Krise, es ist ein Betrug. (acampadabcn, 16.5.2011)

Diese ersten Sätze zeigen, wie die Dimensionen der Sedimentierung und der Performativität, welche die Diskursanalyse gemeinhin getrennt verhandelt, verkettet auftreten. Neues wird geschaffen, indem es sich auf Altes bezieht. Auf der einen Seite stellt die Konstitution des Camps auf der Plaça Catalunya eine performative Praxis dar. Sie lässt sich als illokutionärer Akt im Sinne John L. Austins fassen. Die Autorinnen vollziehen eine Handlung, indem sie etwas sagen. Hier schafft die Aussage, dass das Camp am 16. Mai um 22.30 Uhr konstituiert sei, aus 150 zusammengewürfelten Menschen, die mit Isomatten und Schlafsäcken auf dem Platz übernachteten, ein neues Kollektiv samt neuem Namen, die #acampadabcn. Auf der anderen Seite geschieht dieser illokutionäre Akt nicht im luftleeren Raum. Er referiert auf einen vorgängigen Diskurs. Die Konstitution

des Camps ist, das erste Protokoll, ein »Zeichen dafür, dass wir gemeinsam alles können. Denn dies ist keine Krise, sondern ein Betrug.« Dass das Camp in Barcelona entsteht, wird als explizite Bestätigung eines Gegenprojektes gelesen, das zwar neu ist, aber bereits wirkmächtig geworden ist. Die Praxis der Platzbesetzung verwandelt allerdings dieses Gegenprojekt. Die herrschende Ordnung wird nun nicht mehr nur symbolisch, sondern nun auch räumlich durch die Inbesitznahme der Plaça Catalunya herausgefordert.

Im Lichte dieser konkreten Artikulationspraxis ist die selbstermächtigende Bewegung eines »Wir«, das »gemeinsam alles kann«, zu lesen. Die Campierenden in Barcelona gebrauchen somit zwei Grundoperationen, die in der politischen Diskursanalyse schon auftraten, aber jetzt zu einer sinnlichen, verräumlichten Praxis werden. An erster Stelle wird eine ermächtigte Wir-Identität artikuliert, sodann der Ist-Zustand antagonistisch in Frage gestellt.

Form der Protokolle Bezüglich der Protokollform der Zündphase der Empörung ist festzuhalten, dass die Dokumente mit einer formlosen Struktur beginnen, dann aber zunehmend formalisiert werden. Sind die Texte in den Anfangstagen noch bruchstückhaft verfasst und stilistisch kaum überarbeitet, so entwickeln sie sich schnell zu hochgradig formalisierten Mitschriften. Drei Merkmale zeichnen vor allem die beiden ersten Protokolle (16. und 17. Mai 2011) gegenüber den späteren aus.

Erstens tragen diese Protokolle noch Titel – was später nicht mehr der Fall sein wird. Diese lauten: »Acampada BCN« (16.5.) und »Wir teilen die Arbeit auf« (17.5.). Die erste Überschrift kündigt performativ an, dass nun auf der Plaça Catalunya ein Camp steht. In diesem Sinne erweist sich, wie betont, gerade dieses erste Protokoll nicht als Dokument faktischer Gegebenheiten, sondern als Verwirklichungsentwurf einer Gegenhegemonie im Geburtszustand, die sich in der Kollektivität, die auf der Plaça Catalunya campiert, materialisiert. Die zweite Überschrift fällt hingegen beschreibender aus, sie bildet den Organisationsprozess der Versammlung ab – und beschreibt ihn als aktive Tätigkeit, den die Subjekte vor Ort (»wir«) engagiert, aber auch schon mit einer längerfristiger Perspektive betreiben (»die Arbeit aufteilen«).

Dasselbe gilt weiterhin für die Agency, die in den Protokollen vorherrscht. Die Autor-schaft wird nicht, wie später der Fall, durch Passivsätze unkenntlich gemacht. Vielmehr ist in den Protokollen vom 16. und vom 17. Mai die Agency der Texte eine Wir-Identität, die zwischen zwei Bedeutungen changiert. Einerseits wird das »Wir« beschreibend verwendet, um das Kollektiv auf den Plätzen zu beschreiben. So etwa: »In einem ersten Moment sind wir eine Versammlung von 150 Menschen, die entscheiden, dort **unbegrenzt zu bleiben**, genauso wie in anderen Städten des spanischen Staates: #acampadasol, #acampadabcn, #acampadabilbao [...]« (acampadabcn, 16.5.2011, H. i. O.). Wie die Hervorhebung des Zitats verdeutlicht, ist zwar jenes erste »Wir« zahlenmäßig begrenzt, es weist aber einen hohen politischen Kompromiss auf. Andererseits wird die Wir-Form generell und inklusiv verwendet. Sie appelliert an die Gesamtbevölkerung. Formeln wie »Gemeinsam können wir alles« oder »Wir geben nicht auf!!« rufen nicht nur die Protestierenden an, sondern appellieren explizit an alle Bürgerinnen, besonders die politisch kompromittierten. So etwa: »Wir laden alle Menschen aus Barcelona, alle sozialen Bewe-

gungen und alle Arbeiter im Kampf dazu ein, den Platz als Lautsprecher und Treffpunkt zu nutzen.« (acampadabcn, 16.5.2011)

Letztlich besteht in den beiden ersten Protokollen eine sehr geringe Formalisierung des Haupttextes. Dies beginnt auf sprachlicher Ebene. Das erste Protokoll ist nur auf Katalanisch verfasst, das zweite – mit Ausnahme des katalanischen Titels – nur auf Spanisch. Die später übliche Doppelfassung des Protokolls auf Spanisch und Katalanisch erfolgt in diesem frühen Stadium noch nicht. Überdies zählen die ersten beiden Texte zwar die Tagesordnungspunkte auf – wie es für Protokolle üblich ist. Jedoch wird in beiden Fällen die stichwortartige Auflistung durch einen Fließtext eingeklammert, der weniger informativer als vielmehr *expressiver* Natur ist. Der Gebrauch von Ausrufesätzen (»Sorgen wir für Resonanz im Netz!, Wir geben nicht auf!!!«), Adjektiven (»unbegrenzte Dauer«, »sauberes und detailliertes Protokoll«) und ein sehr emotional gehaltenes Register (»All die Freude, mit der uns die Versammlungen der Nacht ansteckten [...]«) unterstreichen den Eindruck, dass die Autorinnen von den Ereignissen mitgerissen sind, dass sie nicht objektive Beobachterinnen und Protokollanten sind, sondern unmittelbar an Geschehnissen teilnehmen, die für sie geradezu körperlich prägend sind und sich als einprägsame Erfahrungen erweisen. Anders als einige Tage später dokumentiert bereits die Protokollform die dichte, sinnlich aufgeladene Artikulationspraxis im Protestcamp.

Organisation Auf der Organisationsebene geht es zunächst einmal darum, das Protestcamp zu schaffen, die *#acampadabcn* überhaupt als solche zu konstituieren. So fallen die ersten Schritte am 16. Mai 2011 basal aus: Es wird entschieden, jeden Tag um 22.30 Uhr eine Versammlung abzuhalten. Schon dieser tägliche Rhythmus verrät eine hohe Verdichtung von Praktiken; er zeigt, dass die politische Artikulation sich räumlich verankert. Fast alle Bemühungen drehen sich in den ersten Tagen darum, die Infrastruktur aufzubauen, auf deren Grundlage sich das Barcelona-Camp entfalten soll. Dies beginnt damit, dass das Camp nicht nur durch eine Hauptversammlung funktioniert, sondern Aufgaben an Kommissionen oder Arbeitsgruppen delegiert.

Um welche Kommissionen es sich handelt, welche Zuständigkeiten sie haben und wie sie funktionieren sollen, wird in den ersten Protesttagen immer wieder neu austariert. In der Gründungsversammlung vom 16. Mai 2011 werden zunächst drei Kommissionen ins Leben gerufen: Kommunikation, Logistik und Kunst. Jede dieser Gruppen soll sich um verschiedene Achsen drehen. Bei Kommunikation geht es darum, Inhalte zu verbreiten und den Kontakt zu »anderen Camps und Personen« zu etablieren. Die Zuständigkeiten der Logistik lauten: »[E]ssen, trinken, Material für Plakate und schlafen. Auch um die nächtlichen Aufenthalte zu organisieren.« (acampadabcn, 16.5.2011) Die Aufgabe der Kunst-Kommission lautet: »Die Kreativität schweifen lassen, um uns den Platz als unseren anzueignen.« (Ebd.) Dieser unbestimmte Anspruch zeigt, dass die erste Zielsetzung der Protestierenden darin besteht, zur Bewegung zu werden, indem sie den Platz zu *ihrem* Raum machen, die Plaça Catalunya zum Angelpunkt *ihrer* Praxis des Sich-Versammelns, Debattierens und Übernachtens. Somit ist die Artikulationspraxis auf dem Platz ein sowohl semiotischer als auch materieller, stetig sich materialisierender Vorgang. Die Geburt des Empörungsdiskurses geschieht nicht irgendwo, sie geschieht hier und heute auf der Plaça Catalunya Mitte Mai 2011.

Diese drei Kommissionen werden bereits am Folgetag, dem 17. Mai, erneut umgestellt: »Es wird vorgeschlagen, einige der Gruppen nachzubilden, die auf der sogenannten *Acampada Sol* in Madrid entstanden. Nachdem diese Struktur besprochen wurde, passt man sie an die Bedürfnisse des Barcelona-Camps an.« (Ebd., 17.5.2011) Aus den zuvor drei Kommissionen werden nun acht Gruppen, so zu den Themen Recht, Kommunikation, Sauberkeit, Infrastruktur, Presse oder Küche. Tags drauf (18.5.) wird wieder eine andere Organisationsform gewählt. Es soll sieben feste Kommissionen geben. Die inhaltliche Arbeit (Inhalte, Wirtschaft, Vermittlung) wird jetzt vom im engen Sinne organisatorischen Aufbau des Camps getrennt (Infrastruktur, Küche, Kommunikation usw.).

Ein Prinzip der allumfassenden Arbeitsteilung durchdringt auf diese Weise das Barcelona-Camp. Sie orientiert sich an einem organisatorischen Ideal. Das Zeltlager artikuliert sich als Organismus, dessen Glieder je verschiedene Funktionen erfüllen. Diese Arbeitsteilung ist davon beseelt, das Camp zu einer autonomen Sphäre zu machen, die möglichst unabhängig von der Außenwelt bleibt – um präfigurativ, vor Ort, die Realität zu schaffen, welche die Protestierenden für die Gesamtgesellschaft anstreben.²³ Diese Arbeitsteilung funktioniert, wie Antonio Negri und Michael Hardt (2012) unterstrichen haben, als ein grundsätzlich *sesshaftes Netzwerk*. Der konkrete Platz, hier die Plaça Catalunya, wird zum physischen Drehpunkt eines neuen Gefüges von Praktiken und zugleich zu einer physischen Grenzziehung, die nach außen Spaniens Ist-Zustand in Frage stellt und nach innen eine gegenhegemoniale Ordnung ermöglicht.²⁴

Die Einrichtung von Kommissionen bleibt nicht die einzige Organisationsform des Barcelona-Camps. Parallel dazu geschieht eine fast schon geographische Gliederung. Ab dem 18. Mai werden auf der Plaça Catalunya drei Räume geschaffen, die dem Protokoll zufolge als »offene Diskussionsforen« fungieren sollen. Diese Foren heißen Island, Palästina und Tahrir. Schon allein diese Namensgebung verrät, wie sich die Indignados aus Barcelona ideologisch verorten. Die drei Räume auf der Plaça Catalunya besitzen eine je spezifische Bedeutung: Island und Tahrir sind Vorreiter jener neuen Protestwelle von 2011, in die sich die Indignados einschreiben.²⁵ Es sind zwei Idealbilder, die zeigen, dass sich die spanischen Demonstranten sowohl gegenüber den Protesten im globalen Norden als auch im globalen Süden überaus responsiv zeigten. Der dritte, palästinensische

23 Zugleich muss darauf hingewiesen werden, dass in diesem Anspruch auf eine allumfassende Arbeitsteilung das Prinzip der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften (unbewusst) widerhallt.

24 Unten wird deutlich werden, dass diese umfassende Arbeitsteilung nicht immer reibungsfrei funktioniert. Auf der einen Seite entstehen bei den Kommissionen immer wieder Überschneidungen und Missverständnisse, die das Funktionieren des Protestlagers erschweren. Auf der anderen Seite werden in der Vollversammlung fortwährend Themen und Fragen aufgerollt, die sich nicht im Kreis einer Kommission klären lassen, sondern von allen Teilnehmern verhandelt werden müssen.

25 Island steht für die isländische Reaktion auf die Finanzkrise im Jahr 2010. Als das dortige Bankwesen quasi zusammenbrach und es zum Staatsbankrott kam, wurde die Regierung abgesetzt und durch einen Bürgerrat ersetzt, der eine großflächige Verstaatlichung der Banken forcierte. Tahrir steht für die Proteste auf diesem Zentralplatz Kairos, wo die arabische Protestwelle einen ihrer Höhepunkte erlebte, als sich im März 2011 Tausende auf dem wichtigsten Platz Ägyptens versammelten, um das Militärregime Mubaraks zu Fall zu bringen.

Bezugspunkt, besitzt eine längere Historie: Er verweist auf die Tradition spanischer Protestbewegungen, besonders die Globalisierungskritik seit Ende der 1990er Jahre, die den palästinensischen Widerstandskampf gegen Israel befürworten.²⁶

Diese »offenen Diskussionsforen« dienen ab dem 19. Mai 2011 als Plattform für Debatten und Vorträge. Die Themen sind u.a. »Ermächtigung und Bürgerengagement«, »Multidimensionale Krise, mögliche Ursachen und Alternativen« (Tahrir) oder »Basisdemokratie, Selbstverwaltung und Gemeinschaftsarbeit« (Island). Gegenüber dem Zugschnitt der Kommissionen, die sich in erster Linie daran orientierten, das Protestcamp als funktionierende Kollektivität zu artikulieren, drehen sich die drei Räume um eine a priori *funktionslose* kollektive Debatte. Im Kern wird mit den Räumen Tahrir, Island und Palästina versucht, die Debatten auf dem Platz thematisch zu kanalisieren und zu selektieren. Zu den inhaltlichen Fragen, die in diesen Tagen diskutiert werden, gehören etwa die allgemeine Reflexion über die Wirtschafts- und Repräsentationskrise, die Ausrichtung und Möglichkeiten einer neuen, radikaldemokratischen Bewegung oder die Frage, was widerständige Praktiken und Gemeinschaften auszeichne (vgl. *acampadaben*, 18.5.2011/19.5.2011). Zur Artikulationspraxis auf dem Platz gehört folglich nicht nur die Errichtung einer Infrastruktur durch eine arbeitsteilige Praxis. Auf dem Platz artikuliert sich ein neuer Raum, es artikuliert sich aber auch ein neuer diskursiver Horizont, der die Empörung als eine neue Sinnordnung hervorbringt.

Diskurs Die Anfangsphase des Barcelona-Camps liefert wertvolle Einsichten zur embryonalen Phase des Empörungsdiskurses. Dass die ersten Protokolle wenig formalisiert ausfallen und stark durch das persönliche Erleben der Verfasser geprägt sind, bietet bereits einen eminent wichtigen Anhaltspunkt. Die emphatischen Aufrufe, die persönlich konnotierten Reden, die ständig wechselnden Kommissionen, die in tiefster Nacht verfassten Protokolle lassen erkennen, dass die Praktiken auf der Plaça Catalunya Mitte Mai 2011 in *verdichteter* Form auftreten. Es sind keine Tage, an denen ruhig Forderungskataloge oder Manifeste verfasst werden oder konzentriert Protokoll geführt wird. Die Subjekte partizipieren vor Ort an der Geburt einer neuen Protestbewegung – was sich für fast alle als eine neuartige, fast schon ekstatische Erfahrung erweist.

Wird der gerade in seiner Ungeordnetheit so aussagekräftige Diskurs betrachtet, so sticht zuerst hervor, dass sich die Themen in einer ersten Betrachtung kaum um zentrale Knotenpunkte oder Äquivalenzketten im Sinne der Hegemonietheorie drehen. Signifikanten wie »Demokratie« oder »Gerechtigkeit«, die in der politischen Diskursanalyse des Empörungsdiskurses zentral waren, tauchen nur am Rande auf, desgleichen kommen antagonistische Figuren wie »die Eliten« oder »die von oben« zwar vor, strukturieren aber keineswegs die Protokolle. Stattdessen werden dort kleinteilige Fragen wiedergegeben wie das Festlegen von Uhrzeiten, zu denen man sich trifft, die Organisation der Übernachtungen, den Umgang mit der Polizei, das Einrichten von Mailaccounts, die

26 Palästina verdeutlicht seinerseits die Identifikation der Indignados mit der palästinensischen Causa. Neben der aktiven Unterstützung der palästinensischen Autonomiegebiete dürfte der Signifikant »Palästina« als Metapher fungieren. Die Protestierenden gerieren sich – genauso wie die Palästinenser – als angeblich unterdrücktes Volk, dessen Widerstandswillen selbst gegenüber einer Übermacht wie jener Israels behauptet.

Gründung und Neugründung von Kommissionen, die Vernetzung mit anderen Empörungscamps in Spanien und mit sozialen Bewegungen Barcelonas, der Umgang mit der Presse, das Sauberhalten des Platzes oder die Festlegung der Regeln, nach denen die Debatten ablaufen. Dies klingt prosaisch, unwichtig ist es keineswegs. Vielmehr regt es dazu an, mit Paul Sörensen (2018: 247, H. i. O.) die Praxis des Protestcamps »mitsamt ihrer gesamten Infrastruktur als eine genuin eigene politische Strategie und Artikulationsform zu begreifen«.

Um diese genuin politische Artikulationspraxis zu begreifen, hilft der Begriff des verdichtenden Passagenpunktes weiter (konzeptuell: Kap. VI.2). Denn es geht in den ersten Tagen des Protestlagers vor allem um die *Aktivierung des Passagenpunktes*, der den Protest tragen soll. Diese These lautet: Dieser Passagenpunkt ist das Protestcamp selbst, es ist die sowohl physische Infrastruktur als auch das immaterielle Ensemble von Zeichen, das auf der Plaça Catalunya Mitte Mai 2011 zirkuliert. Diese Zeichen, Praktiken, Körper und Infrastrukturen verdichten sich auf dem Platz. Sie ergeben als eines von dutzenden Zeltlagern ein neues spanienweites Diskursgefüge, das die Empörung sowohl *sur place* materialisiert als auch gesellschaftlich symbolisiert. Dass die Aktivierung des Passagenpunktes *#acampadabcn* im Zentrum der frühen Artikulationspraktiken steht, lässt sich an den Protokollen deutlich ablesen.

Um materiell zu funktionieren, wird – wie schon betont – das Protestlager wie ein arbeitsteiliger Organismus in verschiedene Kommissionen differenziert. Das Protokoll vom 17. Mai geht nochmals detaillierter auf diese Kommissionen ein. Neben der Auflistung der überarbeiteten Kommissionen samt ihrer Aufgaben, die den Eindruck einer umfassenden Systematisierung erzeugt, fällt auf, dass die *Instrumente*, die für das Camp nötig sind, stärker ins Zentrum gestellt werden als der politische Diskurs selbst. Diese Instrumente sind materieller wie virtueller Art. Zum einen umfassen sie die Schaffung einer minimalen Infrastruktur, um über das Internet aktiv zu werden, sich sowohl bewegungsintern zu koordinieren als auch öffentlich zu positionieren – etwa über Doodles, Twitter- und Facebook-Accounts. Zum anderen sind die Mittel, welche die Kommissionen bedürfen, materieller Natur. Dies zeigt folgende Liste: »Stäbe für Plakate« (Kommunikationsgruppe), »Elektrisches System: Generator, Ladegerät mit Kurbel [...]« (Infrastruktur), »Große Töpfe, ja alle möglichen Töpfe« (Küche), »Informationsfibeln über das Camp designen und Plakate, um sie zu verbreiten« (Presse)« (*acampadabcn*, 17.5.2011). Die Aktivierung dieser Infrastruktur ist ein Zweck in sich. Die materielle Aneignung des Platzes und seine Transformation in einen neuen Raum gestattet es erst, dass sich auf der Plaça Catalunya ein neues, radikaldemokratisches Kollektiv konstituiert.

Von der hohen Relevanz, die der materiellen Organisation des Protestcamps für die Protestierenden zukommt, zeugt, dass bereits am 19. Mai 2011, kaum drei Tage nach dem Beginn der Platzbesetzung, die Kommissionen nicht nur eingerichtet sind, sondern zudem *aktiv* über ihre Arbeit rapportieren und Vorschläge unterbreiten, um ihre Effizienz zu erhöhen. Ein Beispiel dafür bietet die Kommission für Infrastruktur. Sie beschreibt am 19. Mai stichwortartig ihre Aufgaben, Ziele und Forderungen:

Es wird informiert, dass in der Kommission jederzeit jemand Material abholen kann.

Um uns zu unterstützen, kann Material geschenkt, aber auch verliehen werden.

Wir glauben, dass es Wertgegenstände gibt, welche die Eigentümer zurückhaben

möchten. Über das entliehene Material wird genau Buch geführt, damit es nicht verloren geht.

Die Infrastrukturkommission ist kein Container, nicht alles ist erlaubt, was abgegeben wird, muss für das Camp von praktischem Nutzen sein.

Der Kommission stehen nun auch Fahrzeuge für Umzüge zur Verfügung. Mehr Fahrzeuge sind jedoch stets willkommen.

Das Drängendste ist: jede Art von Strom, vornehmlich aber ökologisch erzeugter, Zelte, Tische, Stühle, Messer, Scheren, Cutter, Safe, Ketten und Verschlüsse, Batterien usw. (Ebd., 19.5.2011)

Trotz ihrer Heterogenität weisen die vorgestellten Punkte eine thematische Einheit auf. Das ist die *Funktionsfähigkeit* der Infrastruktur-Kommission. Die Gruppe ist, wie der erste Punkt zeigt, personell bereits so stark aufgestellt, dass sie jederzeit jemanden zur Verfügung stellen kann, um noch Material entgegenzunehmen. Zudem hat das Kollektiv eine fundierte Übersicht über all jene Gegenstände, derer es noch bedarf, um das Camp besser zu versorgen (»Strom, vornehmlich aber ökologisch erzeugt, Zelte, Tische, Stühle [...]«). Auch die Anweisungen, welche die Kommission tätigt, verraten eine starke Reflexivität über die sozialen Dynamiken, in die sie eingebunden ist. Bestimmte Verhaltensweisen sollten verändert werden, etwa die unüberlegte Abgabe jedweden Materials, das nicht »von praktischem Nutzen« sei. Das Beispiel zeigt, dass sich die Untergruppen des Protestcamps rasch als eigenständige Kollektive konstituieren. Sie entwickeln eine Gruppenidentität, entfalten eine eigenständige Semantik, üben spezialisierte Praktiken aus und weisen (nach innen wie nach außen) auf Verbesserungsmöglichkeiten hin. Das Ideal einer fast schon autarken Mikro-Gesellschaft, die auf der Plaça Catalunya arbeits teilig eine neue Praxis der Vergesellschaftung erprobt, wird durch die erfolgreiche Institutionierung der Kommissionen bestätigt.

Woran sich der sich aktivierende Passagenpunkt »Protestcamp Barcelona« ebenfalls ablesen lässt, sind die eingesetzten Kommunikationsmedien. Während die mediale Infrastruktur des Camps in den ersten Tagen noch im Entstehen begriffen ist, ist sie am 19. Mai 2011 bereits weitgehend konstituiert und funktionsfähig. Im Protokoll wird anders als am 16. oder 17. Mai nicht mehr im Imperativ (»muss«) oder Konjunktiv (»könnte, sollte«) über die Kommunikationskanäle der #acampadabcn berichtet. Die bestehenden Kommunikationskanäle und deren Aktivitäten werden im Protokoll vom 19. Mai 2011 im Indikativ vorgestellt:

Die Kommunikationskommission erklärt, wie die offiziellen Kommunikationskanäle der AcampadaBCN zu gebrauchen sind: Internetblog, Twitter und Facebook.

Sie [die Kommission] erinnert daran, dass die Campierenden ihre Fotos auf dem Kanal #acampadaBcn bei Flickr hochladen können.

Zudem erinnert sie, dass sich die Versammlung über Streaming verfolgen lässt. (Ebd.)

Was an den Tagen zuvor noch Wünsche oder Absichtserklärungen waren, erscheint am 19. Mai 2011 als Darstellung objektiver Tatsachen. Die von den Campierenden gebrauchten Medien sind zu »offiziellen Kommunikationskanälen« geworden, deren Gebrauch »erklärt« werden muss. Es ist eine Institutionalisierung der diskursivierten Praxis ge-

schehen. Diese Institutionalisierung geht mit einer Verdichtung einher. Das Protokoll enthält zahlreiche Aussagen, die den Eindruck einer starken öffentlichen Artikulationsfähigkeit des Protestcamps erzeugen. Dies reicht von den vielen Übersetzerinnen, die den Indignados zur Verfügung stehen, über die Redaktion und Verabschiedung eines Unterstützungspapiers und Manifests bis hin zum gerafften Abhalten von Debatten und Vorträgen auf der Plaça Catalunya. Es bildet sich ein dichtes Diskursfeld heraus, das nun nicht mehr im Aufbau begriffen ist, sondern ein aktives Labeling in eigener Sache betreibt. Die Kollektivität auf dem Platz konstituiert sich auch dadurch als solche, indem sie sich selbst als spezifische Kollektivität bezeichnet. Die Signifikanten *Acampada Barcelona*, *AcampadaBCN*, *#acampadabcn* stehen so gut wie jeder öffentlichen Mitteilung des Camps vor, sie werden proaktiv als *Eigennamen* des Protests etabliert. Dies schlägt sich auch in der Zahl der Twitter-Botschaften nieder. Sie erreichen am 19. und 20. Mai 2011 einen ersten Höhepunkt, werden zusehends von offiziellen Accounts aus bedient und breit rezipiert. Die Hashtags mit den jeweiligen Bezeichnung der Camps wie »acampadavalencia«, »acampadaSol« oder »acampadabcn« spielen bei dieser performativen Selbstkonstitution in den Sozialen Medien eine Schlüsselrolle (vgl. Gil/Guilleumas 2017: 141).

In diese Richtung weist auch ein früherer Beschluss: »Der Platz ernennt sich selbst zum freien und friedlichen Raum.« (*acampadabcn*, 16.5.2011) Ein physischer Ort, der zuvor nur als Durchgangsstätte für Passanten fungierte, avanciert plötzlich zum Subjekt, zu einem »freien und friedlichen Raum«. Diese performative Subjektivierung des Platzes darf nicht unterschätzt werden. Denn es ist der Platz an sich, die Plaça Catalunya als solche, die all jene Elemente zusammenbringt, die soeben angesprochen wurden. Auf dem Platz geschieht die Aktivierung des Passagenpunktes, auf dessen Grundlage sich die Campierenden erst als eine neue Protestbewegung konstituieren. Aus dem vordem entpolitisierten Ort wird ein *politischer Raum*.²⁷ Im Zuge eines Prozesses, der sich über Tage, ja Wochen erstreckt, werden Körper, Dinge und Zeichen in eine neue Ordnung gebracht, geschehen tausende Subjektivierungsprozesse. Die prekäre Künstlerin wird nun zur Aktivistin in der Unterkommission für Kultur, der Student wird zum Übersetzer in der internationalen Kommission, die arbeitslose Informatikerin leitet jetzt den Twitter-Account *#acampadabcn*.

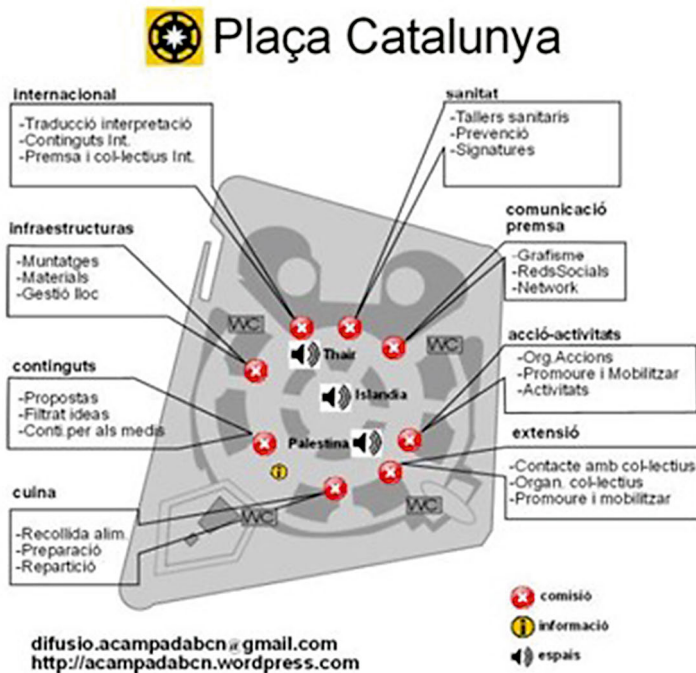
Auch die kollektiven Akteure des Protestcamps sind Ausprägungen dieses neuen Raumes. Für die Kommissionen ist dies offensichtlich. Sie funktionieren *in* diesem neuen Raum, sind dort physisch verankert. Die Kommissionen können deshalb als autonome Akteure auftreten, weil sie im Namen des Protestcamps sprechen, weil sie als Teilmglieder des arbeitsteiligen Gefüges »acampadabcn« agieren. Der Platz ist wohlweislich ein *strukturierter* Raum: Hier befindet sich jene Kommission, dort die andere, hinten steht das Zelt mit der Küche, vorne sind die Computer und Solarzellen der Infrastrukturkommission usw. Die Platzierungen sind sowohl materieller als auch symbolischer Art, sie funktionieren sowohl über neue Bezeichnungen, etwa indem ein bestimmter Ort auf der Plaça Catalunya als Tahrir-Platz bezeichnet wird, als auch über die Positionierungen physischer Objekte. Diese Verräumlichung geschieht von Anfang an als

27 Dabei ist darauf hinzuweisen, dass auch diese Artikulation auf historischen Spuren aufbaut. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Plaça Catalunya immer wieder ein Ort politischer Aufmärsche und Mobilisierungen gewesen.

ein reflexiver Prozess. Zunächst ist der Platz noch eher undifferenziert, er beherbergt am 16. Mai 2011 nur drei Kommissionen und eine Hauptversammlung. Einige Tage später (ab dem 19.5.2011) fällt mit zunehmenden Menschenandrang die Organisation ungleich komplexer aus. Mit acht Kommissionen, zahlreichen Unterkommissionen und Ad-hoc-Gruppen sowie drei Diskussionsräumen ist die Plaça Catalunya zum Teil eines materialisierten Diskursgefüges geworden. Ein Gefüge, das sich zur gleichen Zeit in ähnlicher Weise in ganz Spanien ausbreitet.

Um sich auf dem Barcelona-Camp zu orientieren, stellt die Kommission für Kommunikation und Presse sogar ab dem 20. Mai 2011 ein Flugblatt bereit, das den Platz kartiert:

Abb. 12: Skizze der Plaça Catalunya, Flugblatt, 20.5.2011



Quelle: acampadabcn.wordpress.com (Website deaktiviert, Abruf: 10.6.2019)

Die besetzten Plätze, allen voran die Puerta del Sol in Madrid und die Plaça Catalunya in Barcelona, sind für die sich bildende Gegenhegemonie von zentraler Bedeutung. Die Plaça Catalunya ist ein Passagenpunkt, der von Artikulationspraktiken hervorgebracht wird und dann selbst zum Ausgangspunkt von Artikulationen avanciert. Zuerst wird die Infrastruktur geschaffen, um die herum sich dann politische, konflikthafte und (de-)instituierende Artikulationspraktiken verdichten. Aber der Passagenpunkt »Barcelona-Camp« ist auch und vor allem ein *politischer Selbstzweck*. Die Regelung der Tagesabläufe auf der Plaça Catalunya, die Einrichtung von Websites oder die Institutionalisierung von Kommissionen, die sich um spezifische Aufgaben drehen, sind keine Nebensäch-

lichkeiten, die den neuen Empörungsdiskurs nur flankieren. Vielmehr bündeln sie den Großteil der Ressourcen der entstehenden Bewegung, diese Alltagspraktiken *sind* der Empörungsdiskurs. Er ist in seiner Zündphase mehr auf die Aktivierung des Protest-camps zentriert als um die Entfaltung eines öffentlichkeitswirksamen, kohärenten und antagonistisch aufgeladenen Diskurses. Es zeichnet sich eine Politik des Raumes im Sinne Arditis ab, die einen konkreten Ort in ein neuartiges politisches Labor verwandelt (Kap. VI.2). Die Existenz dieses neuen Raumes fordert den Ist-Zustand heraus, es konfrontiert ihn mit einer alternativen Vergesellschaftungsform, die sinnlich auf dem Platz erfahrbar wird – und vermöge dieser Sinnlichkeit zum mächtigeren Zeichen der Empörung symbolisierbar wird.

Dass ausgerechnet die Hauptplätze Spaniens zu den sozialen Räumen der Empörtenproteste aufsteigen, ist ein mächtiges Zeichen. Die Indignados inszenieren ihren Protest als einen totalen Bruch mit der geltenden Ordnung. Dafür greifen sie nach den Hauptplätzen der spanischen Metropolen. Diese Aneignungsgeste ist so riskant wie symbolisch wirkmächtig. Wenn am 16. Mai 2011 kaum 150 Menschen den Beschluss fassen, den »Platz zum freien und friedlichen Raum« zu ernennen, dann ist dies eine performative Praxis, die von den zehntausenden Passantinnen, die an jenem Tag über den Platz laufen, kaum oder überhaupt nicht bemerkt werden dürfte. Doch als in den Folgetagen Zehntausende auf die Plaça Catalunya strömen, um sich an Versammlungen und Debatten zu beteiligen, sich in den Kommissionen zu engagieren oder auf dem Platz zu übernachten, verhärtet sich Schritt für Schritt die gewagte Hypothese, dass sich auf der Plaça Catalunya im materiellen wie symbolischen Sinne eine neue Ordnung herausbildet. Und wenn es gelungen ist, die Plaça Catalunya zum verdichtenden Passagenpunkt der Empörung in Barcelona zu machen, könnte dann nicht mehr möglich sein?

3.2 Hochphase der Empörung (21. bis 25. Mai 2011)

»An jenen Tagen waren tausende Menschen auf den Plätzen von Madrid und Barcelona. Wir hatten den Eindruck, dass etwas Neues entstand, dass die Gesellschaft verändern könnte«, so erinnert sich der ehemalige Aktivist Carles (Interview, 11.11.2016) an die Zeit, als die Plaça Catalunya zu einem der Angelpunkte der spanischen Indignados aufsteigt. Für Carles stehen damals auf dem übervollen Platz weniger programmatische Debatten im Zentrum als die Tatsache, mit anderen leibhaftig zusammenzukommen, sich zusammenzutun, um gemeinsam den Unmut über die herrschenden Verhältnisse kundzutun. Der Aktivist erlebt ein »kollektives Erwachen«, von dem er sich mitreißen lässt. Dieses Erwachen hat in Barcelona eine klar eingrenzbare Hochphase, die sich in der Woche vom 19. bis zum 25. Mai 2011 verortet. Diese gleichsam ekstatischen Protesttage sollen in der Folge rekonstruiert werden. Die Auseinandersetzung orientiert sich erneut an den drei bekannten analytischen Ebenen, diesmal aber in verschobener Reihenfolge: Zuerst gehe ich auf die Form der Protokolle ein, dann allerdings auf den Empörungsdiskurs, um erst danach die Organisation des Camps zu betrachten.

Form der Protokolle In der Hochphase der Acampada wird die schriftliche Dokumentation der Protestpraxis erheblich ausgefeilt. Die Verlaufsprotokolle sind meist vorbild-

lich erstellt. Sie sind klar strukturiert, werden zweisprachig, auf Katalanisch und Spanisch, verfasst und stellen die Ereignisse auf der Plaça Catalunya umfassend dar. Der Umfang der Dokumente wächst somit beachtlich. Sie bewegen sich in einer Größenordnung zwischen 8.000 und 33.000 Zeichen, umfassen also bis zu 20 Seiten, wobei sie sich oft eher Versammlungsmitschriften sind denn nur stichwortartige Zusammenfassungen. Die Tendenzen zur *Professionalisierung* der Prokollerstellung und zur *umfassende Dokumentation* geben Auskunft über die Artikulationsdynamiken auf dem Platz.

Zunächst legt die Professionalisierung offen, dass die Protokolle im Rahmen eines zusehends stabilisierten und verdichteten Diskursgefüges entstehen. Die anonymen Verfasser operieren, so lässt es sich wenden, auf der Basis einer gesteigerten Erwartungserwartung. Die Autorinnen erwarten, dass die Rezipienten erwarten, dass die Protokolle professionell erarbeitet wurden, dass dort möglichst wahrheitsgetreu und umfassend über das berichtet wird, was auf dem Platz geschieht. Mit dem Wachstum der Versammlungen erhöht sich auch der Rationalitätsanspruch an die vom Barcelona-Camp produzierten Dokumente. Kurze Protokolle voller Appelle und normativer Aussagen, wie sie in den ersten Tagen der Platzbesetzung üblich waren, sind ob einer verstärkten Partizipation und einer gewachsenen öffentlichen Aufmerksamkeit nicht mehr vertretbar. Ein Protest, der sich als vermeintlich überparteilicher und ideologiefreier artikuliert (s.u.), muss Dokumente seiner selbst erstellen, die diesem Selbstbild entsprechen.

Direkte Appelle verschwinden aus den Protokollen. Sie fallen jetzt nur noch indirekt, als Wiedergabe der Aufrufe von Gruppen und Einzelpersonen auf dem Platz. Auf der syntaktischen Textebene gibt es aber schon eine inhaltliche Lenkung – nämlich durch die jetzt häufiger auftretenden Fettsetzungen. Letztere erfolgen zwar meist, um die Orientierung im Protokoll zu erleichtern; etwa werden am 21. Mai 2011 die jeweiligen Kommissionen samt ihrer Nummerierung und der Wiedergabe ihrer Aktivitäten fettgesetzt (»**9. Küchenkommission**, betont [...]«[acampadabcn, 21.5.2022, H. i. O.]). Jedoch werden die Fettsetzungen ebenso zum Zweck der inhaltlichen Markierung gebraucht. In den Protokollen werden meist jene Redebeiträge markiert, die besonders engagiert zu Protestaktionen aufrufen. Dies zeigt indirekt, dass die Protokollautorinnen die aktivistische Aktivierung unterstützen, welche die mündlichen Beiträge anmahnen. So etwa: **»Jeden Sonntag soll es Camps und Versammlungen vor den Rathäusern und auf den Plätzen geben. Wir müssen aufs Ganze zielen.«** (Ebd., 22.5.2011, H. i. O.) **»Diese Bewegung geschieht nicht mehr nur in Katalonien oder Spanien, sondern auf der ganzen Welt.«** (Ebd., 23.5.2011, H. i. O.) **»Multinationale Konzerne müssen boykottiert werden, indem wir Tauschhandel von Kleidung oder Essen betreiben.«** (Ebd., 24.5.2011, H. i. O.) Dass die Appellfunktion der Protokolle entsubjektiviert wird und nur noch verborgen über Fettsetzungen geschieht, verändert gleichwohl den Charakter der Texte. Sie können nun als vermeintlich objektive Wiedergabe von Ereignissen rezipiert werden, womit die Legitimität des Protests erhöht werden soll.

Dieser Anspruch auf Objektivität wird verstärkt durch die zweite Tendenz, welche die Protokollform dominiert: die *umfassende Dokumentation* der Praktiken auf dem Platz. Jeder Beitrag jeder Kommission wird ohne große Auswahl, Raffung oder Kürzung reproduziert. Die Protokolle erscheinen als fast reine Mitschriften, die festhalten, was auf der Plaça Catalunya geschieht. Die Texte lassen die Berichte der Kommissionen genauso

wie die Beiträge von Einzelpersonen inhaltlich eher unberührt, sie nehmen bloß schwache Selektionen vor. So werden in der Debatte vom 22. Mai 2011 über die Fortdauer des Camps bis zu 19 Einzelbeiträge nacheinander schriftlich festgehalten oder am 24. Mai eine ägyptische Frau zitiert, die von den Protesten am Tahrir-Platz in Kairo erzählt und diese mit Spanien vergleicht. Diese dokumentierende Haltung durchzieht die Protokolle so gut wie ausnahmslos. Sie steht für eine zentrale Regel, die die bisherige Analyse nur streifte, aber in dieser Phase zentral wird: *die Horizontalität*. Die Protokolle legen nahe, dass all das, was in dem Zeltlager geschieht, prinzipiell von gleicher Relevanz sei. Demonstrationszüge mit zehntausenden Beteiligten werden in den Dokumenten gleichgesetzt mit dem Anlegen von Gemüsebeeten auf den Parkanlagen des Platzes.

Nun ist der Anspruch auf eine objektive Dokumentation des Geschehens ohne interpretierende Gewichtung selbstverständlich eine Chimäre.²⁸ Bei den Indignados aber wird die *Ideologiefreiheit* selbst zur *Ideologie*. Es wird normativ erwartet, dass die Texte beschreiben, was passierte, ohne dabei die Geschehnisse zu werten oder zu klassifizieren. Mehr noch, es kommt zur Aufwertung des Persönlichen, Nahbaren und Emotionalen gegenüber scheinbar abstrakten Werten und Normen. Dies zeigt sich stets dann, wenn in den Protokollen die Beiträge, die von Individualpersonen kommen und eine expressive Praxis geschieht, kursiv gesetzt werden. Ein solcher Eingriff in das Schriftbild der Protokolle setzt emotional gefärbte Beiträge in den Vordergrund, würdigt sie als besonders wertvoll für die Protestartikulation. Ein Beispiel dafür bietet ein älterer Herr, der seine Erinnerungen an die Proteste rund um den Pariser Mai 1968 vorträgt. Hier sei nur der erste Absatz seiner längeren Erzählung angeführt:

ES NÄHERT SICH EIN MITGLIED DER VERSAMMLUNG, DAS DIE EREIGNISSE IM MAI 68 ERLEBT HAT, UND WENDET SICH AN DIE TEILNEHMER:

Vor 45 Jahren bin ich nach Paris ausgewandert, ich bin Vater von drei Kindern und Großvater von fünf Enkeln. 67 habe ich geheiratet und 68 kam meine erste Tochter auf die Welt, Lola. Ich erlebte Mai 68. Es war eine soziale und kulturelle Revolution, die zweifelsohne die Welt veränderte – und weckte auch mein Bewusstsein als Arbeiter. Heute erlebe ich aufs Neue diese so weit zurückliegenden Zeiten, deren Fahne nun erneut von den jungen Leuten meines Landes emporgehalten wird. Junge Leute, die angeblich eingeschlafen waren, die aber nicht weiter still bleiben konnten gegenüber einer beaufsichtigten Demokratie. Eine Demokratie, die eine politische Kaste kontrolliert, die ihr Volk vergessen hat. Es sind junge Leute, die sich weigern, dass ihre Generation sang- und klanglos als verlorene Generation in Vergessenheit gerät. (acampadabcn, 22.5.2011, H. i. O.)

In der zitierten Passage fällt auf, dass im Protokoll das persönliche Zeugnis durch Großbuchstaben und Kursivsetzungen gegenüber dem Rest des Dokuments in den Fokus gerückt wird. Dann ist bemerkenswert, dass der Beitrag des Mannes als direkte Rede wiedergegeben wird. Die Darstellung seiner Lebensgeschichte in der Perfekt- und Präteritum-Form (»bin ausgewandert«, »habe geheiratet«, »kam zur Welt«) erzeugen eine ko-

28 Vor allem aus der Warte der hiesigen theoretischen Perspektive, in der sich die soziale Wirklichkeit als ein kontingentes Konstruktionsergebnis strukturiert-strukturierender Artikulationspraktiken erweist.

härente Narration. Diese schwingt im Mai 1968 plötzlich vom Persönlichen ins Politische (»weckte mein Bewusstsein als Arbeiter«). Der Erzähler springt in die Gegenwart, er reaktiviert mit dieser die Ereignisse von damals in Paris – und verbindet auf diese Weise beide Zeitebenen miteinander.

Zwei Metaphern sind für seine Erzählung zentral. Erstens die der *Fahne*. Dass nun die »jungen Leute« erneut die Fahne von damals »emporhalten«, schafft den Eindruck, als würden die Kämpfe von damals wiederbelebt. Die Vergangenheit verbindet sich mit der Gegenwart. Der revolutionäre Charakter von 1968 wird auf die Platzbesetzungen im Mai 2011 übertragen und damit den aktuell Protestierenden die Rolle eines revolutionären Subjekts zugeschrieben. Die zweite wichtige Metapher ist die von *Schlaf und Erwachen*. Sie bezieht sich auf die politische Aktivierung jener Kollektivität, die eine Umwälzung bewirken kann. Es sind die jungen Leute. Dem Sprecher zufolge sind diese zunächst geradewegs eingelullt in einen Ist-Zustand, die eine »politische Kaste kontrolliert und beaufsichtigt«, kommen jedoch aufgrund der Krisensituation gegen die »beaufsichtigte Demokratie« zu politischem Bewusstsein. Das Aufbäumen der jungen Generationen geschieht zum einen gegen die »Kaste« und es kommt zum anderen dem »vergessenen Volk« zugute. Auch diese Erzählung bedient folglich einen Unten-oben-Gegensatz. Diesmal tut sie es indes mit der Besonderheit, dass einerseits die politische Grenzziehung in eine historische Kontinuitätslinie mit dem Ereignis »Mai 1968« gestellt wird und andererseits einem spezifischen Bevölkerungssegment Veränderungspotential zugeschrieben wird. Die junge Generation übernimmt die Rolle einer revolutionären Avantgarde, die einen Umbruch der gesamten Gesellschaft forcieren könnte.

Der Diskurs und seine Verästelungen ... Die kurze Analyse der Erzählung des Alt-68ers samt seinem emphatischen Appell an die Revolutionsfähigkeit der Indignados leitet zur Diskursanalyse über. Zunächst ist das Facettenreichtum der in den Protokollen aufscheinenden Diskursstränge hervorzuheben. So wird an ein und demselben Tag, dem 22. Mai 2011, die Funktionsweise der Versammlung definierte, eine lange Debatte über die Planung einer großen Demonstration am 15. Juni geführt, die Arbeit der Kommissionen vorgestellt, über die Einrichtung eines ökologischen und selbstverwalteten Gemüsebeets informiert und ein Forderungskatalog verabschiedet. Bereits diese vielfältigen Themen gemeinsam mit den zusehends ausführlichen und professionalisierten Protokollen verweisen auf einen zentralen Tatbestand: die situative Verdichtung des Empörungsdiskurses. Die Menge der diskutierten Themen und unternommenen Aktionen wächst exponentiell an. Die Formierung eines *neuen Diskursgefüges*, die in den ersten Protesttagen begann, hat kaum eine Woche nach Beginn der Platzbesetzung eine reifere Phase erreicht. Das heißt aber nicht, dass sich ein homogener Protestakteur mit homogenen Zielsetzungen konstituiert. Vielmehr bildet sich ein diffuser gegenhegemonialer Horizont heraus, den vielfältige, teils widersprüchliche Artikulationspraktiken kennzeichnen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die diskursiven Eckpunkte des Empörungsdiskurses, welche die politische Diskursanalyse herausstellte (Kap. III.2), in den Forderungen wiederauftauchen, welche die Indignados auf der Plaça Catalunya am Wochenende des 21. und 22. Mai 2011 artikulieren. Zunächst schlägt am 21. Mai eine Arbeitsgruppe eine Reform des politischen Systems vor. Die vier vorgeschlagenen Punkte werden von der Versammlung angenommen:

- 1 »Reform des Wahlsystems – das D'Hondt-Verfahren begünstigt die großen Parteien. Die weißen Stimmzettel begünstigen die großen Parteien. Dies spiegelt aber nicht realistisch die Stimmen wider, die am Sonntag [die Kommunalwahlen am 22.5.2011, CLM] abgegeben werden.
- 2 Das Gehalt der Politiker darf nicht lebenslänglich sein. Es müsste sich am spanischen Durchschnittslohn orientieren, öffentlich einsehbar und begrenzt sein.
- 3 Die weißen Stimmzettel müssen mit leeren Sitzen repräsentiert werden.
- 4 Regelmäßige Referenden über die wichtigen Entscheidungen, die zu fällen sind« (acampadabcn, 21.5.2011).

Am Folgetag, dem 22. Mai 2011, wird ein Forderungskatalog präsentiert und auch von der Versammlung angenommen, der ebenfalls als kleinster gemeinsamer Nenner der Proteste antritt. Seine neun Hauptpunkte, die je vier bis zehn Unterpunkten flankieren, sind:

- 1 »Keine Privilegien mehr für Politiker, an erster Stelle jene von Barcelona.
- 2 Keine Privilegien mehr für Banker und Bankerinnen.
- 3 Keine Privilegien mehr für die großen Vermögen.
- 4 Würdevolle Löhne und Lebensqualität für alle.
- 5 Recht auf Wohnen.
- 6 Öffentliche Dienstleistungen von Qualität.
- 7 Freiheiten und partizipative Demokratie.
- 8 Umwelt« (acampadabcn, 22.5.2011).

Die an beiden Tagen artikulierten Positionen stimmen mit den großen Knotenpunkten überein, die bereits herausgearbeitet wurden. Vorderhand erscheinen erneut die politisch-ökonomischen *Eliten* als großer *Antagonist*. Die dreifache Aufzählung des Forderungskataloges vom 22. Mai (»Keine Privilegien mehr [...]«) zieht eine konflikthafte Grenze gegenüber Politikern, Bankerinnen und großen Vermögen. Folgt man den dazugehörigen Unterpunkten, so wird in der Politik eine Angleichung ihrer Gehälter an den Bevölkerungsdurchschnitt verlangt, eine Abschaffung aller finanziellen Zuschüsse und Spenden und ein Ende der Immunität von Politikern, um sie im Korruptionsfall haftbar zu machen. Die Angleichung der Politikerinnen an die Bevölkerung taucht ähnlich bei den Forderungen vom 21. Mai 2011 auf (»Ein öffentliches, begrenztes und nicht mehr lebenslängliches Gehalt für Politiker«). Mit alldem geschieht eine umdrehende Geste zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Die politischen Repräsentanten werden den Diktaten des repräsentierten Volkes unterworfen, dieses schreibt jenen vor, wie sie von nun an zu handeln haben. Betrachtet man die Forderungen vom 21. Mai, so zielen diese darauf ab, die Repräsentationsmechanismen entscheidend zu *reformieren*: von einem neuen Wahlsystem, das kleine Parteien begünstigt, über die parlamentarische Repräsentation der weißen Stimmzettel hin zur größeren Relevanz von Referenden.

Die Angleichung der Bevölkerung gegenüber den politischen Amtsinhabern erscheint ebenfalls auf der wirtschaftlichen Ebene. Die Bankiers sowie die großen Vermögen werden mit Forderungen konfrontiert, die auf eine Umverteilung von oben nach unten zulaufen. Dies reicht von der Regulation von Finanzspekulation bis hin zur

Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer. Die Maßnahmen zur Eindämmung von Vermögen dienen ihrerseits dazu, die sozialen Rechte der Bürgerschaft finanziell zu ermöglichen (»Würdevolle Löhne, Recht auf Wohnen, öffentliche Dienstleistungen von Qualität«). Auf diese Weise wird die Kritik an den ökonomischen Eliten mit einer sozialen Wende verbunden. Letztere kombiniert reaktive Forderungen, die den durch die Austeritätspolitik ramponierten Sozialstaat wiederherzustellen suchen (etwa die Kürzungen im Gesundheitsbereich) mit proaktiven Forderungen, die auf eine Ausweitung des Wohlfahrtssystems und der sozialen Rechte im Allgemeinen abzielen (etwa die Enteignung leerstehender Immobilien und deren Verwandlung in sozialen Wohnraum).

Es gibt also einen minimalen gemeinsamen Horizont der Empörungsartikulation rund um die Elitenkritik und die Ausweitung sozialer Rechte. Dieser verbindende Horizont wird allerdings im Barcelona-Camp in verschiedene Richtungen ausformuliert. Die Beiträge von Kommissionen wie von Einzelpersonen zeigen, dass sich in der Versammlung verschiedene Diskursstränge herausbilden, die sich teils explizit oder implizit widersprechen, teils aber auch deutlich überschneiden. Der Diskurs auf der Plaça Catalunya wird dichter *und* vielfältiger. Drei Diskursstränge lassen sich identifizieren und zumindest partiell voneinander abgrenzen: ein reformistischer, ein direktdemokratischer und ein aktionistischer Strang. Vor allem der erste und der zweite Strang prägen den Empörungsdiskurs auch auf gesamtspanischer Ebene. Der reformistische Strang entspricht grob der Positionierung des Forderungskataloges der Madrider Versammlung, der direktdemokratische dem der Barcelona-Versammlung (Kap. III.3.e).

(I) Der reformistische Diskursstrang Der reformistische Diskursstrang erhebt den Grundkonsens des Barcelona-Camps, also Elitenkritik gepaart mit der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates, zu seinem Kernprogramm. Diese reformistische Position kritisiert zwar die institutionelle Politik und den sozioökonomischen Ist-Zustand, sucht die bestehende Ordnung aber nicht abzuschaffen, sondern zu verbessern. Ein wichtiges Zeugnis dieses Reformismus liefert die Umfrage einer Kommission am 21. Mai 2011, an der sich knapp 1.000 Menschen beteiligten. Es wird nach den Positionen gefragt, die in dem Protestcamp vertreten werden. Tatsächlich fallen diese vornehmlich reformorientiert aus. Die häufigsten Forderungen lauten: »Die Privilegien der politischen Klasse abschaffen; den Sparkurs stoppen; das Wahlgesetz verändern, um offene Listen zu etablieren und die private Finanzierung der Parteien zu verhindern; die Finanzkräfte bestrafen; eine effektive Gewaltenteilung etablieren, um Korruption zu verhindern.« (acampadabcn, 21.5.2011) Der Tenor der Forderungen zielt weniger auf eine generelle Abwendung vom politischen System, sondern eher auf eine erhöhte Anspruchshaltung ihm gegenüber. Diese Anspruchshaltung wird oft explizit formuliert. Beispielweise seitens einer Einzelperson am 21. Mai:

Alle Parteien versprechen uns vor den Wahlen viel, aber nachdem sie vorbei sind, halten sie ihre Versprechungen nicht ein. In diesem Fall müssen wir sagen: »Du hast Dein Versprechen nicht erfüllt, auf die Straße mit Dir!« (Ebd.)

Der Beitrag dreht zunächst Agency um. Während im ersten Satz noch die Parteien die aktiven Subjekte sind, die gegenüber dem passiven »uns« handeln, so bekommt die Handlungsfähigkeit im zweiten Satz eine entscheidende Wende. Es wird an eine Wir-Identität appelliert, um die Politiker in ihre Schranken zu weisen. Der Ausruf samt Metapher

(»auf die Straße werfen«) legt dann dreierlei offen: eine kollektive Wut gegen die Politik, die bekannte Geste der gleichzeitigen Entmachtung der Politik und der Ermächtigung eines inklusiven, doch unscharf bleibenden Volkssubjektes und schließlich die moralische Abwertung der Volksvertreterinnen durch die Paarung des »auf die Straße werfen« mit der Du-Form.

Das reformistische Lager changiert gegenüber der institutionellen Politik zwischen moralisierender Empörung und kritischem Anspruch. Dies zeigt ein Beitrag vom 22. Mai 2011:

Die politische Frage muss konkretisiert werden. Das Wichtigste ist, dass wir uns für diese Politik schämen. Wir wollen, dass sie arbeiten gehen, es gut machen und es keine Diebe gibt. Es ist wichtig, hier zu sein, um den Druck auf die ausländische Presse zu erhöhen und sie über die Schanden der spanischen Regierung ins Bild zu setzen. (Ebd., 22.5.2011)

Der Beitrag fordert an erster Stelle bewegungsintern, die »politische Frage« zu »konkretisieren« und öffentlich (für »die ausländische Presse«) eine klare Botschaft zu vermitteln. Diese Botschaft ist moralisch geprägt. Das »Sich-Schämen« verweist nicht auf ein rational-kognitives Urteil, sondern auf einen vornehmlich affektiven Zustand. Es ist die schiere Empörung darüber, dass die institutionelle Politik keineswegs so funktioniert, wie es die Protestierenden erwarten. Interessant ist dabei, was demgegenüber als Idealzustand konturiert wird: »[D]ass sie [die Politiker] arbeiten gehen, es gut machen und es keine Diebe gibt«. Wir stehen nicht vor einem radikaldemokratischen Anspruch, sondern vor der schlichten Erwartung an ein funktionierendes politisches System. Dies erinnert an das Manifest von »Echte Demokratie Jetzt«. Dort wurde nicht nur eine Grenze gegenüber den Eliten gezogen, sondern eine positive Identifikationsfläche der neuen Wir-Identität im »harten Arbeiten« hergestellt (Kap. III.2.a). Die Kritik an der politischen Ordnung wird hier im Namen eines gesellschaftlichen Leistungsaustausches artikuliert, der im Fall der Politik gestört scheint. Von den Politikerinnen wird das erwartet, was von jedem (arbeitsfähigen) Gesellschaftsmitglied erwartet werden kann: Dass die eigene Praxis zum Erhalt des Gemeinwesen beiträgt.

Eine derart moralisierende Kritik konfrontiert die Berufspolitikerinnen nicht mit einem radikalen Gegenentwurf von Gesellschaft, sondern misst sie *immanent* an liberaldemokratischen Maßstäben. Wenn die Politiker nicht mehr zufriedenstellend »ihre Arbeit« erfüllen und sich stattdessen eigennützig am öffentlichen Tresor bereichern, dann ist das politische System dysfunktional geworden. Eine reformistische Position, wie sie im Beitrag aufscheint, legt das Augenmerk darauf, die herrschende Malaise zu enthüllen und auf eine reparierende Bewegung zu setzen, die im System der Politik eine gelingende Arbeitspraxis wiederherstellt.²⁹

Der reformistische Diskursstrang fordert nicht nur eine Wiederherstellung des Ist-Zustandes, es manifestiert sich dort auch eine explizite Suche nach Alternativen, nach einer zwar nicht ganz neuen, aber revitalisierten politischen Praxis. So etwa: »Wir sind nicht hier, um eine neue Gesellschaft zu erfinden. Wir müssen Kräfte bündeln, um das

29 Gerade das verspricht ab Anfang 2015 explizit die neue rechtsliberale Partei Ciudadanos (dazu: Kap. V.3.d).

Wahlgesetz zu verändern und für die Wahlen von 2012 eine partizipative Demokratie zu haben.« (Ebd., 23.5.2011) Zum einen wird einer totalen Gesellschaftsveränderung eine Absage erteilt, zum anderen klar umrissene politische Reformen gewünscht («Änderung des Wahlgesetzes»). Das erneuerte Wahlgesetz symbolisiert seinerseits eine andere, partizipativer gewordene repräsentative Demokratie. Das Motto ist, dass die bestehende Ordnung von innen heraus zu reformieren ist.

Ein ähnliches Rasonnement legt ein anderer Beitrag nahe: »Es muss berücksichtigt werden, dass dies alles, unser Zeltlager, auch auslaugt. Dies hier ist eine Schule. Die Kraft, die wir hier haben, nehmen wir mit nach Hause. Es muss nach vorne geschaut und die Generalwahlen von 2011 in den Fokus gerückt werden.« (Ebd., 22.5.2011) Auch dieses Plädoyer spricht sich dafür aus, die Protestpraktiken auf klare politische Reformen zuzuführen. Der Aktivismus auf der Straße (»unser Camp«) wird als eine anstrengende »Schule« gedeutet, deren Ergebnisse sich erst in der Zukunft, im politischen System im engen Sinne werden äußern können. Der Fokus auf den Wahlgang (hier: das Parlamentsvotum von November 2011) bringt eine Frage in Anschlag, die in Barcelona, aber auch in Madrid und anderswo im Frühjahr 2011 zwar noch nicht zentral ist, doch bereits punktuell auftaucht: Sollte aus der Protestbewegung eine Partei entstehen, die einen politischen Repräsentationsanspruch erhebt (dazu: Kap. V.1.a)?

(II) Der direktdemokratische Diskursstrang Der reformistische Strang bleibt mit seiner Bezugnahme auf die institutionelle Politik, ob als moralistische Empörung oder als aktive Intervention, eine Minderheitsströmung, die von den anderen beiden Diskurssträngen überschattet wird. Den direktdemokratischen Diskursstrang zeichnet aus, dass er ein grundsätzlich anderes Demokratieverständnis ins Zentrum stellt. Es ist das Modell einer Räte Demokratie, die sich nur durch Versammlungen realisieren lässt.³⁰

Der direktdemokratische Strang lehnt repräsentative Institutionen diametral ab. Diese werden einer Grundsatzkritik unterzogen. So etwa: »Wir haben die Kraft. Die Demokratie ist eine Lüge (Beispiel USA). Wir sind hier, damit wir horizontal arbeiten, und zwar alle gemeinsam: das Volk.« (Ebd., 21.5.2011) Im Beitrag wird eine absolute Grenzziehung zwischen der (repräsentativen) Demokratie und dem Signifikant »Volk« gezogen. Erstere wird zur Farce erklärt, letzterer als verhinderter Souverän stilisiert. Dass hierbei die Begriffe *pueblo* (Volk) und *horizontalidad* (Horizontalität) derart ausdrücklich genannt werden, bleibt selbst in diesem Diskursstrang eine Ausnahme.

Üblicher ist, dass das in Versammlungen sich artikulierende Volkssubjekt implizit bleibt. So etwa dort, wo die Forderung nach einer Reform des Wahlgesetzes kritisch als unzureichend kritisiert wird: »Man muss dazu aufrufen, radikal zu sein, das Problem an der Wurzel zu packen. Die Reform des Wahlgesetzes ist nicht genug.« (Ebd.) »Die von oben glauben, dass diese Bewegung einfach bis zu den Wahlen bestehen wurde. Aber das ist nicht so, dies hier geht viel weiter und hat nichts mit Wahlen zu tun.« (Ebd.,

30 Im Folgenden gebrauche ich Räte-, Direkt- und Basisdemokratie synonym. Es geht mir nicht um eine exakte demokratietheoretische Definition, sondern um das spezifische Ethos, auf das dieser Diskursstrang gründet: Der Anspruch, dass alle Gesellschaftsmitglieder über Versammlungen an Deliberationspraktiken partizipieren und gemeinsam kollektiv bindende Entscheidungen fällen – ohne vermittelnde Repräsentationsinstanzen.

22.5.2011) »Veränderungen des Wahlgesetzes und parteiinterne Demokratie zu fordern, reicht nicht weit genug: Dies dient nur dazu, die Politik zu retten. Wir aber wollen die Politik zerstören. Generalstreik jetzt!« (Ebd., 21.5.2011) In den Beiträgen werden die direktdemokratischen Positionierungen mit den Pronomen »man« und »wir« entpersonalisiert, wodurch sie als allgemeingültige Maximen erscheinen. Dasselbe geschieht bei den Feindfiguren. Indem die repräsentativen Institutionen mit allgemeinen Kategorien wie »die Politik«, »die Wahlen« oder »die Demokratie« abgetan werden, wird die angestrebte Alternative als unstrittig stilisiert. Der Appellcharakter der Beiträge ist dennoch unübersehbar. Die Alternative zum Ist-Zustand mag auf einem ideell-normativen Terrain feststehen, sie muss aber durch eine revolutionäre Praxis (»Problem an der Wurzel packen«, »Politik zerstören«, »Generalstreik jetzt!«) verwirklicht werden.

Der direktdemokratische Diskursstrang ist antagonistisch aufgeladen. Der Entwurf einer Gesellschaft, die sich über tausende Versammlungen selbst regiert, wird als expliziter Gegenentwurf zum Status quo artikuliert. Die Basisdemokratie, welche die Versammlungen des Barcelona-Camps gleichsam vorzeichnen, wird als *die* Alternative für die Gesamtgesellschaft hochgehalten. Und diese Alternative bedarf, anders als die repräsentative Demokratie, weder entrückte Führungsfiguren noch bürokratische Institutionen, sondern beruht auf dem unmittelbaren Zusammenkommen der Menschen in Versammlungen.

Dem direktdemokratischen Strang haftet ein Pathos des Neuanfangs an. Mal wird betont, dass das Barcelona-Camp in etwas zu verwandeln sei, »was die Welt verändern könne« (ebd., 24.5.2011), dann wird unterstrichen, dass dort die »Basis für etwas sehr Großes gelegt wird« (ebd., 22.5.2011) oder dass die Versammlung auf der Plaça Catalunya dafür da sei, »um all den Menschen eine Stimme zu geben, die sich vergessen fühlen« (ebd., 21.5.2011). Das Zeltlager wird als Keimzelle einer neuen Ordnung gelesen, die alles verändern könnte, die eine »große« Umwälzung bewirken und die »Vergessenen« der spanischen Gesellschaft ermächtigen könnte. All dies leistet die Versammlung ohne Mithilfe von außen. Das politische System und seine Repräsentanten verliert an Relevanz, dagegen wird die Versammlung im Hier und Jetzt zum Symbol einer politischen *Neugründung*. Die kollektiven Deliberationen, Forderungen und Entscheidungen, die in den Versammlungen des Camps geschehen, sind für einen Großteil der Indignados keine bloß temporäre Ergänzung repräsentativer Mechanismen. Vielmehr gilt ihnen die Versammlungspraxis als die eigentliche demokratische Tätigkeit. Die basisdemokratische Praxis wird zur allseits angeeigneten, normativ erwarteten Verhaltensweise.

Den direktdemokratischen Diskursstrang charakterisiert nicht nur ein abstraktes Pathos. Er ist auch und vor allem ein alltägliches *Regelwerk*, auf dem die Praktiken des Protestcamps sowie besonders seine Versammlungen basieren, weil es in diesen Praktiken fortwährend als ein strukturierende Regel zitiert wird (dazu Kap. VI.1). Dieses Regelwerk äußert sich von der Zeichensprache, die in jeder Versammlung gebraucht wird, um eine möglichst inklusive Teilhabe an den Debatten und Entscheidungen zu gewährleisten, bis hin zur räumlichen Strukturierung der Versammlungen, die deren Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten erhöhen soll. Alle Teilnehmerinnen haben sich an gewisse Verfahren zu halten, um an den Versammlungen teilzunehmen. Die Einleitung in das Protokoll vom 23. Mai 2011 versinnbildlicht, wie ein direktdemokratisches Regelwerk die

Praktiken auf der Plaça Catalunya strukturiert. Der Protokollausschnitt skizziert tabellarisch den geplanten Versammlungsablauf:

Einleitung

- 1 Es gibt Gänge, wo niemand sitzen darf, um sicherzustellen, dass sich alle beteiligen können (und auch aus Sicherheitsgründen).
- 2 Über die gesamte Versammlung gibt es verteilte Personen, welche die Meinungen von jenen sammeln können, die abseitsstehen müssen.
- 3 Wir wiederholen die Zeichensprache, die wir auf der Versammlung gebrauchen: einverstanden, nicht einverstanden, nicht verständlich, das dauert zu lange. Diese Gesten sollten nicht missbraucht werden.

Tagesordnung

- I. Offene Redezeit über Mobilisierungen, konkrete Forderungen darüber, wie wir ab heute auf dem Platz weitermachen (2 Minuten pro Person, 40 Minuten insgesamt)
- II. Kommissionen. Es werden nicht alle reden. Nur generelle Fragen werden besprochen. Die technischen Entscheidungen werden in den Versammlungen der Kommissionen gefällt.
- III. Offene Redezeit für freie Beiträge (30 Minuten) (ebd., 23.5.2011).

Das Zitat legt offen, wie direktdemokratische Normen die Verhaltensordnung prägen. Wer für direkte Demokratie steht, der fordert nicht (nur) einen abstrakten normativen Diskurs ein, sondern übt eine normierte Praxis aus und eignet sich diese an. Diese Praxis umfasst die Art, wie sich die Teilnehmerinnen in der Versammlung zusammensetzen und Platz zwischen ihren Reihen lassen (müssen), die Personen, die als Läufer laufend Wortmeldungen sammeln oder eine allseits gebrauchte Zeichensprache, die sich bald als Markenzeichen der Indignados herausstellt.³¹ Wir stehen vor einer direktdemokratischen Praxis, die eingeübt, routinisiert, habitualisiert und typisiert wird. Und dies nicht nur mittels einer definierten Rhetorik, sondern auch über eine körperliche Disziplinierung des Einzelnen, ja über das Arrangement tausender Leiber *sur place*. Wie gesprochen, zugehört, gesessen und auf Beiträge reagiert wird, folgt einer basisdemokratischen Methodologie, an die vor jeder Versammlung erinnert wird – und die auch bei Abweichungen oder Unterbrechungen immer wieder explizit gemacht wird. Eine allseits akzeptierte (und zu akzeptierende) Grundeinstellung nimmt Gestalt an. Sie wird über eine bestimmte Sprache genauso wie über nichtlinguistische Praktiken in Zeit und Raum wirkmächtig.

Eine ähnliche Konditionierung findet auf Ebene des Sitzungsablaufs statt. Zunächst trägt die Tatsache, dass überhaupt eine Tagesordnung vorgelegt wird – in den ersten Tagen des Protestcamps war dies noch nicht der Fall – dazu bei, die Debatte transparent und vorhersehbar zu halten. Bezüglich der zitierten Tagesordnungspunkte fällt auf, welch zentrale Stellung in der Versammlungsdebatte die offene Redezeit einnimmt. Sie geschieht sowohl als gerichtete Diskussion über die anstehenden Mobilisierungen und

31 Diese Zeichensprache wird später von den Parteien übernommen, die aus dem Empörungszyklus hervorgehen.

die Weiterführung des Camps statt (siehe Zitat: Punkt I), als auch gänzlich ungerichtet als freie Diskussionsplattform (siehe Zitat: Punkt III).

Die Deliberationspraxis an sich steht in der Versammlung im Zentrum. Diese Deliberation ist unersetzbar, sie ist konsequent und alltäglich durchzuführen. Immer wieder müssen sich möglichst viele Teilnehmerinnen an den in dem Protestcamp verhandelten Fragen einbringen, ihre inhaltlichen Positionen bekunden, ihre persönlichen Erfahrungen ausdrücken, um in einem kollektiven Prozess entweder Entscheidungen zu treffen oder Streitigkeiten auszutragen.³² Dass hierbei strenge zeitliche Vorgaben zur Länge der jeweiligen Blöcke und sogar der jeweiligen Beiträge getätigt werden, verdeutlicht: Die direkte Demokratie wird in dem Protestcamp zum regulierten *Verfahren*, das der übergeordneten Planung und der Einhaltung seitens der Teilnehmerinnen bedarf. Derartige Vorgaben finden sich ebenfalls im zweiten Block, der den Kommissionen vorbehalten ist. Mit der Bestimmung, dass nur die Gruppen zu Wort kommen dürfen, die »generelle Fragen« behandeln, wird die allgemeine Beteiligung erhöht und die Dauer der jeweiligen Blöcke kurzgehalten. Die Betonung, technische Entscheidungen würden in den »Versammlungen der Kommissionen« getroffen, unterstreicht, dass die direkte Demokratie als generalisierte Regel der Praktiken des Platzes fungiert: Selbst die Kommissionen (und Unterkommissionen) diskutieren und beschließen ihre Angelegenheiten mit einer direktdemokratischen Methodologie. Das Barcelona-Camp fordert zu einer allgemeinen Partizipation auf und wendet sich gegen jede Form der Expertokratie.

(III) Der aktionistische Diskursstrang Neben dem reformistischen und dem stärkeren direktdemokratischen Diskursstrang besteht auf der Plaça Catalunya noch ein dritter, aktionistischer Strang. Dieser ist mit den anderen beiden Diskurssträngen verwoben, besitzt aber Eigenheiten. Aktionistisch meint: auf Aktivismus, Mobilisierungen, auf die Protestpraxis im engen Sinne konzentriert. Viele der protokollierten Beiträge – der Einzelpersonen wie der Kommissionen – drehen sich weder um Reformen des politischen Systems noch um die Sehnsucht nach direkter Demokratie. Vielmehr stehen die Bewegung und deren Aktivitäten selbst im Zentrum. Die Indignados erscheinen als Kollektivsubjekt, das sich konstituieren, artikulieren und vernetzen muss. So zeichnet den aktionistischen Strang ein überbordender *Voluntarismus* aus. In vielen Beiträgen äußert sich ein grenzenloses Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der sich bildenden Bewegung. Beispielsweise: »Wir verändern gerade die Welt (er ist gerührt)« (acampadabcn, 21.5.2011), »Ich bin 36 Jahre alt und warte seit 14 Jahren auf so etwas. Es ist jetzt nicht der Augenblick, um damit aufzuhören. Es muss weitergehen« (ebd., 22.5.2011), »Das ist brutal, neu, es fällt schwer zu verstehen, was alles vor sich geht« (ebd., 23.5.2011), »**Es gilt, jetzt auf das große Ganze zu zielen!**« (ebd., 24.5.2011, H. i. O.).

Diese Stimmen spiegeln eine Verschiebung des Commonsense, von der damals, wenige Tage nach der zündenden Demonstration am 15. Mai 2011, viele ergriffen sind. Spa-

32 Es ist eine der Charakteristika der Empörtenproteste, in den Versammlungen eine möglichst diverse und damit inklusive Teilnehmungspraxis zu fördern. In ihnen sollen auch explizit diejenigen zu Wort kommen, die zuvor aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen blieben. Die Versammlungen sollen Expressionssorte für Verletzungserfahrungen sein (vgl. Sánchez-Rodríguez 2020: 295, dazu: Kap. IV.3.b).

nien erlebe einen politischen und gleichzeitig einen kulturellen Umbruch, der Protest symbolisiere eine neue Vergesellschaftungsform, so die Stimmung auf dem Platz.³³ Die Dynamik der Protestcamps in ganz Spanien vertiefen den Eindruck, dass die gesamte Gesellschaft in Bewegung geraten sei. Dieses Umbruchsethos verstärkt sich in der zweiten Maihälfte, es wird zu einer fast selbsterfüllenden Prophezeiung. Dadurch, dass auf der Plaça Catalunya wie auf so vielen anderen Plätzen ständig betont wird, dass man an einem historischen Umbruch partizipiere, verstärkt sich die Protestdynamik selbst und wird, zumindest ansatzweise, zu dem dislozierenden Ereignis, das dann die neuen Versammlungen bekunden (vgl. della Porta 2020: 564f.).

Dass die Proteste im Mai 2011 als Bruchmoment und damit als Gelegenheit für einen politischen Wandel gedeutet werden, davon zeugen ebenfalls die vielen Aufforderungen zur *Vernetzung* des Protests. Laufend werden die Versammelten dazu aufgefordert, an dieser oder jener Mobilisierung teilzunehmen (etwa der Ärztinnen gegen Kürzungen im Gesundheitssystem, die Studierenden gegen die Erhöhung der Studiengebühren oder die Gärtner der Stadtbetriebe für höhere Löhne). Zugleich unterstützen etablierte soziale Bewegungen über Sprecher oder mit Manifesten die Indignados. Derartige Vernetzungsbemühungen fallen dort besonders stark aus, wo es auf nationaler wie internationaler Ebene um den Protestzyklus von 2011 geht. So wird eine regelmäßige Kommunikation mit dem Madrid-Camp gepflegt sowie Live-Verbindungen zu anderen Empörten-camps in Spanien, beispielsweise nach Donostia (vgl. acampadabcn, 23.5.2011), oder zum plötzlich besetzten Syntagma-Platz in Athen (vgl. ebd., 25.5.2011) hergestellt.³⁴ Viel Aufmerksamkeit bekommen ferner die Menschen, die an den Ereignissen des sogenannten Arabischen Frühlings teilgenommen haben:

Ich bin aus Ägypten. Ihr habt mich dazu gebracht, hierherzukommen, um klar auszusprechen, was Ihr hier gerade zustande bringt.

Ihr müsst hierbleiben und das machen, was ihr euch vorgenommen habt. In Ägypten gehen die Leute noch immer jeden Freitag auf die Plätze. Diesen Freitag wird die endgültige Beseitigung der Symbole der Mubarak-Diktatur verlangt.

Ich kann jetzt wirklich mit Stolz behaupten, Ägypterin zu sein. Ihr müsst genauso weitermachen und kämpfen! (Ebd., 24.5.2011)

Der Beitrag stellt unmissverständlich die Proteste in Ägypten mit denen in Spanien gleich. Die ägyptische Revolution wird als Vorbild für Spanien konturiert. Die Indignados müssten, so die implizite Botschaft, die Zähigkeit der ägyptischen Bewegung übernehmen (»noch immer gehen jeden Freitag Leute auf die Plätze«) und sich an ihrem Erfolg ein Vorbild nehmen. Der voluntaristische Appell (»weitermachen und kämpfen«) zehrt von der historischen Kontinuitätslinie von Spanien vis-à-vis der damals (noch) erfolgreichen Revolution in Ägypten.

33 »Es war ein sehr wohlthuendes Gefühl, sich endlich mit Menschen zusammenzutun, denen dieselben Dinge wie mir geschahen, die sich wie ich fühlten, denen es nichts ausmachte, etwas für eine gemeinsame Arbeit zu geben, die sich gerne für andere einzusetzen«, so resümiert Judith (Interview, 18.9.2014) die Atmosphäre in dem Camp.

34 Die Platzbesetzungen in Griechenland lehnen sich offen an denen in Spanien an (vgl. Mullis 2017: 154ff.).

Das Beispiel zeigt, dass sich die spanischen Indignados nicht als isolierten Protest sehen, sondern als Teil einer umfassenden Protestwelle beschreiben, die mit dem Arabischen Frühling in Tunesien, Ägypten oder Libyen begann und nun nach Südeuropa übersprungen ist. Die euphorischen Platzbesetzungen im Frühling 2011 speisen sich von der utopischen Erwartung, dass man sich in Spanien auf das Momentum einer *globalen Protestwelle* stütze, die im Jahr 2011 Revolutionen entfacht und Regime gestürzt hat (vgl. Antentas/Vivas 2012: 44–48). Es ist eine zwar diffuse, durch Massenmedien, soziale Netzwerke oder persönliche Berichte wie dem der ägyptischen Frau genährte Gewissheit. Aber sie wird konkret wirksam: Verschiedenste Aktionen, ob arbeitsbedingte Streiks von Feuerwehrleuten, neue Indignado-Camps in katalanischen Kleinstädten oder ferne Proteste in Griechenland oder Island werden auf der Plaça Catalunya als Teilmomente einer Mobilisierung erzählt.³⁵ Diese Vernetzung wirkt identitätsstiftend, dient sie doch als empirischer Beleg dafür, dass man in Spanien im Allgemeinen und in Barcelona im Besonderen an einer globalen Veränderungswelle partizipiere.

Weiterhin, und eng mit dem vorherigen Aspekt verzahnt, zeichnet den aktionistischen Diskursstrang die Orientierung auf *Wachstum* aus. Immer wieder dreht sich die Debatte darum, die Bewegung zu vergrößern. Zum einen soll der Protest geographisch erweitert werden, er soll auch in kleineren Städten und Ortschaften außerhalb der Metropolregion Barcelona verankert werden. Zum anderen wird angestrebt, in die »Tiefe« zu wachsen, also eine erhöhte Aktivitätsdichte zu etablieren, so durch die ständige »Präsenz auf den Plätzen« (acampadabcn, 22.5.2011), »wöchentliche Aktivitäten auf den Straßen« (ebd., 23.5.2011) oder »kreative Aktionen« wie der Aufführung von Theaterstücken in der Innenstadt (ebd., 24.5.2011).

Der Appell nach Wachstum wird zudem gesellschaftlich entfaltet. Mal werden verschiedene Gruppen dazu aufgefordert, sich den Protesten anzuschließen, etwa Richterinnen (vgl. ebd., 22.5.2011), Journalistinnen (vgl. ebd., 21.5.2011), Studierende (vgl. ebd., 23.5.2011) oder sogar die für Barcelona typischen pakistanischen Straßenhändler, die auf dem Platz Bier verkaufen (vgl. ebd., 24.5.2011). Welcher Zweck aber das Wachstum der Empörtenproteste haben soll, das bleibt meist ausgeblendet. Wo die Fragen thematisiert wird, *warum*, *wie* und *wohin* die Bewegung wachsen müsse, bleibt die Versammlung uneins. Für die einen ist zentral, das Wachstum der Bewegung auf die Plaça Catalunya zu zentrieren: »Wir müssen jeden Tag hier sein. Wir müssen alle unsere Bekannten herbringen.« (Ebd., 22.5.2011) Für die anderen gilt, dass sich die Bewegung von der räumlichen Bindung an die Plaça Catalunya lösen müsse: »Hier zu bleiben, ist ein Traum. Aber es kann auch zur Endogamie werden. Wir müssen raus. Die Versammlungen sind schön und gut, jetzt aber gilt es, zu handeln. Kleine und große Aktionen sind wichtig: Man muss in die Viertel und Straßen gehen.« (Ebd.) Die dezentralisierte Präsenz der Empörtenversammlungen in den Stadtquartieren (dazu Kap. IV), sie kündigt sich bereits in der ersten Woche der Proteste im Mai 2011 an.

Organisation Die Debatte darüber, wie das Wachstum der Indignados zu gestalten sei, leitet über zur Frage der Organisation des Protestcamps. In der Zündphase der Empörtenproteste (16. bis 19. Mai 2011) drehte sich die Debatte auf dem Platz schwerpunktmä-

35 Bei geographischer Nähe unterstützt das Barcelona-Camp diese Proteste auch tatkräftig.

ßig um das, was als *Aktivierung des Passagenpunktes* definiert wurde, also die schrittweise Etablierung einer Infrastruktur und einer verstetigten Praxis, um das Zeltlager der Plaça Catalunya auf Dauer zu stellen. Diese Aktivierung hat kaum einige Tage später Resultate gezeigt. Das Empörtencamp stabilisiert sich als Teil eines spanienweiten Diskursgefüges. Die jeweiligen Kommissionen stellen routiniert ihre Aktivitäten und Forderungen vor, die Abläufe in dem Zeltlager sind eingespielt, die funktionale Differenzierung durch Arbeitsgruppen und Kommissionen etabliert, fast schon ans Limit getrieben. Auf der einen Seite treten unterschiedlichste thematische Aufgabenfelder zutage, etwa um ein feministisches Positionspapier auszuarbeiten (acampadabcn, 21.5.2011), das Recht auf Wohnen mit konkreten Maßnahmen zu verwirklichen (ebd., 23.5.2011) oder die Tierrechte zu verteidigen (ebd., 25.5.2011). Auf der anderen Seite scheinen gewisse Kollektive ganz besonders darauf bedacht zu sein, die Plaça Catalunya in einen sozialen Raum zu verwandeln. Exemplarisch äußert sich dies darin, dass am 22. Mai 2011 ein ökologisches Gemüse- und Kräuterbeet auf einer der Parkareale des Platzes angelegt wird.

Das »ökologische, lokale und selbstverwaltete Beet«, wie es in den Protokollen bezeichnet wird, könnte eine kleine Anekdote scheinen. In der Tat spielt es in den Versammlungsdebatten eine eher untergeordnete Rolle. Dennoch fließen in die Anlegung des Beetes beträchtliche Energien. Der Ankündigungstext zum Anlegen des Beetes erfolgt am 22. Mai 2011. Er fällt zwar recht kryptisch aus, gibt aber gleichwohl – oder gerade deshalb – einen Eindruck davon, wie sich rund um das scheinbar harmlose Pflanzenbeet eine brisante Debatte entfaltet:

Bei der Aktionskommission wurde vorgeschlagen, ein Beet zu schaffen, ihre Versammlung hat es dann gutgeheißen. Die Kommunikationskommission hat dafür geworben. Da die Blumen abgestorben waren, wurde entschieden, sie erneut zu pflanzen. Gemeinschaftsgärten haben uns Pflanzen und Werkzeug angeboten. Durch das Beet begann ein kollektiver Prozess. Das wurde nicht in der Versammlung abgestimmt und wird als Quelle für Konflikte gedeutet. Die juristische Kommission sagt, dass das Beet keine Räumung verursachen kann und, da wir uns ihm alle widmen, niemand individuell dafür haftbar gemacht werden kann. Die Versammlung nimmt das Beet als ihr eigenes auf. Das Beet ist von allen, nicht nur von der Umweltkommission. (Ebd., 22.5.2011)

Aus der zitierten Passage geht zunächst hervor, dass bis zu vier Kommissionen (Aktion, Kommunikation, Recht und Umwelt) sowie externe, nicht zu den Indignados gehörende Gemeinschaftsgärten an der Entstehung des Beets mitwirken. Dennoch ist dies nicht ein Projekt, das einstimmig Konsens mobilisieren würde. Das Beet wird als »Quelle für Konflikte« gedeutet, mutmaßlich deshalb, weil es als Veränderung der öffentlichen Grünanlage der Plaça Catalunya eine Straftat darstellt, welche die Polizei dazu veranlassen könnte, den Platz zu räumen und Einzelpersonen für den Eingriff haftbar zu machen.³⁶ Doch im Abwägen von pro und contra überwiegt schließlich die Entscheidung für das Beet. Die Positionierung der juristischen Kommission dient in letzter Instanz als

36 Die Debatten, Praktiken und Ereignisse rund um das Gemüsebeet, vor allem mit Blick auf den einige Tage später tatsächlich eingetretenen polizeilichen Räumungsversuch der Plaça Catalunya, könnte eine mikrologische Analyse der verschiedenen menschlichen und nichtmenschlichen Ak-

Autoritätsargument dafür, das Beet einzurichten. Dem folgt denn auch die Hauptversammlung des Zeltlagers: Sie akzeptiert das Beet nicht nur, sondern nimmt es als »ihr eigenes« an, sie eignet sich im Namen aller den physischen Raum an.

Ob nun das Beet, der gesamte Aufbau eines großflächigen Zeltlagers, die physische Aufteilung des Platzes in drei Diskussionsräume (Tahrir, Palästina, Island) oder die regelmäßigen Essensausgaben – all diese Phänomene zeigen, dass die politische Artikulationspraxis auf dem Platz als *räumliche Einschreibung* geschieht. Ohne Beete, Zeltlager, Essensausgaben und den Ausbau sowie die Instandhaltung der Infrastruktur würde das Dislokationspotential der Empörtenproteste genauso unverstanden bleiben, wie wenn die Zeichen ausgespart blieben, die in den Protesten artikuliert werden. Beides, Raum und Artikulationspraxis, ist verschachtelt. Jede Praxis verräumlicht, jede Kollektivität schafft sich ihre Räume (Kap. VI.3).

Das Beet-Beispiel zeigt, dass diese Verräumlichtung meist nicht konfliktfrei verläuft. Beim neuen Beet schwingt die Befürchtung mit, sein Anlegen könne den Konflikt mit der Staatsgewalt hervorrufen. Tatsächlich ist die Debatte über das Öko-Beet eine der wenigen Momente in der »Hochphase« der Platzbesetzung, an denen die herrschenden Verhältnisse *konkret* thematisiert werden – und ihre gewalttätige Reaktion befürchtet wird. Dass diese Reaktion nicht bagatellisiert, sondern mit kaum verhüllter Sorge bedacht wird, legt offen: Die Infragestellung des Ist-Zustandes seitens der Indignados fällt zwar auf einer eng diskursiven Ebene sehr deutlich aus. Wenn aber eine unmittelbare Konfliktsituation möglich wird, dann wird die geltende Ordnung deutlich vorsichtiger, fast schon ehrfürchtig thematisiert. Die asymmetrischen Kräfteverhältnisse zwischen alter Hegemonie und neuer Gegenhegemonie treten hier zutage. Die Indignados wissen, dass sie einen starken Staatsapparat konfrontieren, den sie nicht ohne weiteres in Frage stellen können, wenn sie nicht »ihren« neuen Raum, die Plaça Catalunya, verlieren wollen. Dass die Versammlung trotzdem das Beet bewilligt und sich hiermit auf die physische, potentiell gewaltsame Auseinandersetzung mit der Ordnung einlässt, zeigt gleichwohl, dass das Protestcamp in seiner räumlichen Aneignungspraxis des Platzes sehr weit geht. Die Empörten reklamieren den Platz in einem umfassenden Sinn für sich. Damit nehmen sie explizit in Kauf, dass es zum Kampf um den Raum und im Raum kommt.

Die Plaça Catalunya ist für das Barcelona-Camp deshalb so wichtig, weil er ihm, um Hakim Bey (1985) zu paraphrasieren, als eine »Temporäre Autonome Zone« gilt. In ihr kann sich eine neue Kollektivität relativ abgeschirmt konstituieren. Die im Entstehen begriffene Gegenhegemonie der Empörung, schreibt sich im zeitlich ausgedehnten Prozess ihrer Artikulation auch räumlich ein: an der Plaça Catalunya genauso wie an der Puerta del Sol in Madrid und vielen anderen Plätzen. In der »Zündphase« des Barcelona-Camps stand die Schaffung dieser »autonomen Zone« vor Ort im Zentrum, die Protestpraxis drehte sich noch darum, sich vor Ort als ein symbolisch wie materiell stabilisierter Diskurs zu instituieren. Diese *Selbstkonstitution* einer neuen Kollektivität geht einige Tage später in eine zweite, reifere Phase. Selbstbewusst wird nun mit der Tatsache umgegangen, dass sich der Platz als bereits angeeigneter, quasi befreiter Raum erweist. In

teure und ihrer komplexen Wechselbeziehungen im Geiste der Akteur-Netzwerk-Theorie (wie bei Callon) noch präziser ausarbeiten.

diesem Raum und von ihm ausgehend können sich von nun an Artikulationen verdichten und ausbreiten, die den Empörungsausbruch zu einem längerfristigen, potentiell gesellschaftsverändernden Protest machen könnten.

Dass dies gelingt, dass sich sogar verschiedene (reformistische, direktdemokratische und aktionistische) Diskursstränge herausbilden, zeugt davon, dass die Verwandlung der Plaça Catalunya in den verdichtenden Passagenpunkt eines neuen Diskursgefüges erfolgreich verläuft. Die Artikulationspraktiken drehen sich nicht mehr (nur) um die Hervorbringung ihrer ermöglichenden Infrastruktur, sie zielen zudem auf öffentliche Wirksamkeit. Die Aneignung eines konkreten Ortes und die Herausbildung einer Infrastruktur ist die materialisierte Seite der Empörung, die Herausbildung deutlicher Diskursstränge, die den Protest strukturieren, ihre diskursivierte. Beide Seiten, die materielle und die symbolische, lassen sich deshalb differenzieren, weil sie schwerpunktmäßig leicht zeitversetzt geschehen. Zuerst (»Bruchphase«) ist der Diskurs in den Protokollen vornehmlich auf seine materielle Selbstkonstitution zentriert, später (»Hochphase«) stabilisiert sich der Empörungsdiskurs, fächert sich auf und strebt nach Außenwirkung. Die junge Gegenhegemonie entsteht auf den Plätzen, bleibt aber dort nicht stehen.

3.3 Die Gewalt erdet die Empörung (27. Mai bis 3. Juni 2011)

Der Nimbus des zornigen Aufruhrs, der dem Begriff der *Indignación* (Empörung) inneohnt, manifestierte sich bislang vor allem auf symbolischer Ebene. Zwar zeugt die bisherige Analyse von einer hochpolitisierten Artikulationspraxis. Die populistisch gefärbte Elitenkritik, die (partielle oder absolute) Kritik der repräsentativen Demokratie, ja die gesamthafte Infragestellung der tradierten Ordnung erweisen sich als starke antagonistische Grenzziehungen. Allerdings trat in der Diskursanalyse von unten, die an die Praktiken heranführt, gegenüber dem Antagonismus ein anderes Moment in den Vordergrund: die *Selbstkonstitution der Kollektivität*. Wichtig war bisher vor allem, wie sich die Plaça Catalunya in einen verdichtenden Passagenpunkt verwandelt, der Artikulationspraktiken räumlich wie symbolisch stabilisiert und dann als Ausgangspunkt für neue, ausdifferenzierte Artikulationen fungiert. Auf dem Platz ermächtigen sich die *Indignados* kollektiv zu einem politischen Akteur. Auf diese Weise wird das theoretische Axiom stichhaltig, dass sich Kollektivitäten nicht nur durch konflikthafte Grenzziehungen, sondern desgleichen durch solidarisch geprägte Innenräume konstituieren (Kap. VI.3).

Die Empörung als ein kollektives Erwachen, das zwar Wut enthält, vor allem aber die Ambition nach der gemeinsamen Errichtung einer neuen Gemeinschaft – dieser Impetus bestimmt die ersten zehn Tage des Barcelona-Camps. Bis zum 27. Mai 2011. An dem Tag verändert sich die Dynamik des Zeltlagers grundsätzlich. Hundertschaften der Polizei treten in den frühen Morgenstunden in Aktion, um den Platz zeitweilig zu räumen und für Putzkolonnen Platz zu machen. Angeblich, so Kataloniens damaliger Innenminister Felip Puig, um sowohl die »öffentliche Gesundheit« zu wahren als auch »Gegenstände zu entfernen«, die bei der Feier der Fußballfans nach dem möglichen Triumph des FC. Barcelona in der Champions League am 28. Mai in der Innenstadt gefährlich werden könnten. Der Polizeieinsatz gerät außer Kontrolle. Im Laufe des Vormittages strömen tausende Menschen auf den Platz, um gegen den Räumungsversuch friedlich Widerstand zu leisten. Die überforderte Polizei reagiert mit einer allgemein als überzo-

gen eingeschätzten Gewaltausübung mit Knüppel und Gummikugeln.³⁷ Die öffentliche Entrüstung rührt vor allem daher, weil die staatliche Gewalt eine friedlich sich wehrende Menge trifft. So erzählt eine weinende Aktivistin im öffentlichen Fernsehen: »Ich bin 38 Jahre alt, habe studiert, bin keine Vollblutaktivistin. Ich habe gesehen, wie die Polizei, nein, die Autorität, befiehlt, auf diese Jungen und Mädchen loszugehen.« (rtve, 27.5.2011) Letztlich setzen sich aber die Indignados durch. Gegen 13 Uhr verlassen die Ordnungskräfte überstürzt den Platz, da sie dem Menschenandrang nicht Herr werden. Abends beteiligen sich mehr als 10.000 Menschen an der Versammlung des wiederhergestellten Protestcamps. Der 27. Mai 2011 wird somit für das Barcelona-Camp zum Wendepunkt. Ein gewaltgezeichneter Antagonismus zwischen den Indignados und der vorherrschenden Ordnung wird nun doch virulent.

Form der Protokolle Auf formaler Ebene ist bemerkenswert, dass trotz des Polizeieinsatzes vom 27. Mai 2011 und der Feier des Champions-League-Titels durch die FC. Barcelona-Fans in der Innenstadt am 28. Mai an diesen wie den folgenden Tagen überhaupt Protokolle entstehen. Die äußeren Ereignisse mögen die Protestierenden erschüttert haben, ihre Infrastruktur bleibt resilient. Obwohl in den Versammlungen meist der gewohnte Ablauf eingehalten wird (zuerst äußern sich die Kommissionen, dann die Einzelpersonen), wird gegenüber der »Hochphase« weniger strikt eine Tagesordnung definiert, die tagtäglich wiederholt wird. Vielmehr schlägt sich in den Protokollen eine *Ereigniszentriertheit* nieder. Sie drehen um die Themen, die durch das äußerliche Geschehen diktiert werden. Dies zeigt der Einstieg in das Protokoll vom 29. Mai 2011:

Es wird darüber informiert, dass eine Ärztin des *Hospital Clínic* [ein großes Krankenhaus von Barcelona] berichtet, dass sich die Person, die von den Mossos [die katalanische Regionalpolizei] angegriffen und äußerst schwer verletzt wurde, weiterhin in einem sehr kritischen Zustand befindet. Seitens der Versammlung wird den Familienangehörigen Hoffnung gegeben und dazu aufgerufen, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Es gilt, die Gewalt von Freitag [27.5.] und das unzulässige Schweigen der Medien diesbezüglich zu verurteilen. Rufe von »Puig dimissió! [Puig Rücktritt]«. (acampadabcn, 29.5.2011, H. i. O.)

Anstatt mit dem sonst üblichen Abriss der Tagesordnung einzusteigen, beginnt der Text mit dem Bericht über den ärztlichen Befund über den Zustand einer Person, die am Polizeieinsatz vom 27. Mai verletzt wurde. Ihr Zustand wird hier schon fast hyperbolisch dargestellt, indem die Feststellungen ihrer »schweren Verletzung« und ihr »weiterhin sehr kritischer Zustand« aneinandergereiht werden.³⁸ Weiterhin wird die Agency zunächst in der unpersönlichen dritten Person gehalten. Es wird aber dort in die erste Person Plural gewechselt, wo es um die persönliche Beziehung zu den Familienangehörigen

37 Noch sechs Jahre später wird der Räumungsversuch als »schwarzes Kapitel« der katalanischen Polizei erinnert. Diese habe damals »ihr schlechtestes Gesicht« gezeigt und »Gewalt vergeblich eingesetzt« (El País, 6.10.2017).

38 Es kam beim polizeilichen Räumungsversuch zu 127 verletzten Personen, darunter 37 Polizeikräfte. Nur in zwei Fällen kam es zu schwereren, freilich keineswegs lebensbedrohlichen Verletzungen (El País, 27.5.2011).

des verletzten Menschen geht (»mit uns in Verbindung setzen«). So wird die Empathie, geradezu das Vertrauensverhältnis vis-à-vis der Familienangehörigen unterstrichen. Im Gegensatz zur angeblich angriffslustigen und verletzenden Polizei stilisieren sich die Indignados als nahbares und mitfühlendes Kollektiv. Dass nach diesem Einstiegsparagrafen und vor dem Übergang zur Tagesordnung (den Bericht der Kommissionen) erst noch die Rufe »Puig Rücktritt!« protokolliert werden, erweist sich hierbei als symbolisch relevanter Akt. Für die Polizeigewalt lässt sich ein konkreter Verantwortlicher benennen, Kataloniens Innenminister Felip Puig. Dieser ungewöhnliche Einstieg in das Protokoll offenbart, wie die Protestpraktiken den Antagonismus versinnlichen: Er entzündet sich nicht mehr an der abstrakten Figur der »Eliten«, sondern an der konkreten Polizeigewalt, weiterhin verkörpert er sich in der Person des Innenministers.

Zur Form der Protokolle fällt weiterhin auf, dass sich hinter der vordergründig routinierten Mitschrift eine gewisse *Nachlässigkeit* ausbreitet. Die Protokolle verzichten (bis auf einen Fall) auf die jeweilige Übersetzung ins Spanische oder Katalanische und werden nur in einer der beiden Sprachen erstellt. Zudem ändert sich, anders als in der »Hochphase« des Camps, laufend die Formatierung, das Schriftbild und die inhaltliche Struktur der Dokumente. Mal wird ein Protokoll komplett durchnummeriert (ebd., 29.5.2011), mal entscheidet man sich für eine quasi wörtliche Wiedergabe der Versammlungsdebatte (ebd., 30.5.2011). In diesem Sinne wird weniger konsequent auf unpersönliche Formen geachtet und verstärkt die Wir-Form gebraucht, womit die Tendenz zur Professionalisierung erodiert. Zugleich werden die Protokolle tendenziell kürzer (vier bis fünf Seiten als Standardlänge). Bei der Lektüre entsteht der Eindruck, die Diskussion werde mal sehr ausführlich und dann wieder sehr verknappt wiedergegeben.

Diese Nachlässigkeit wird dadurch erklärbar, dass nach dem Polizeieinsatz die Debatte über den Abbruch des Camps auf der Plaça Catalunya brisant wird. Im Laufe der Diskussionen wird trotz oft gegenteiliger Beschlüsse, Positionen und Meinungen immer offensichtlicher, dass die Indignados den Platz räumen und neue Artikulationsformen – auf Quartiersebene oder in thematischen Arbeitsgruppen – werden finden müssen. Die Verwandlung des Platzes in *den* Passagenpunkt der Empörung in Barcelona nähert sich ihrem Ende. Und hiermit schwindet schrittweise das Engagement an den Aufgaben, die das Protestcamp mit sich bringt. Die eher undankbare Niederschrift von Protokollen dürfte dazugehören.

Diskurs und Organisation Nach dem Polizeieinsatz vom 27. Mai 2011 büßen die Debatten auf dem Platz erheblich die Pluralität ein, die sie zuvor besaßen. Die Artikulationspraxis ist weniger in verschiedene Diskursstränge – reformistisch, direktdemokratisch und aktionistisch – aufgefächert und stärker konflikthaft auf die bestehende Ordnung ausgerichtet. Die antagonistische Grenzziehung verliert ihre vormalige Abstraktheit, etwa als Kritik an den politischen und ökonomischen Eliten oder dem politischen System. Nun wird sie zur konkreten Auseinandersetzung mit der Ordnungsgewalt, vor allem mit Kataloniens Innenminister Puig, der die Räumung anordnete, und den katalanischen Polizeikräften, den *Mossos d'Esquadra*, welche die Räumung durchführten.

In diesem Sinne wird am Abend des 27. Mai den Medien eine Presseerklärung vorgelesen, die sowohl den Rücktritt des Innenministers als auch der »gesamten Führungs-

ebene« der Mossos fordert. Zudem wird der Einsatz von Gummikugeln seitens der Polizei sowie das Nichttragen von Identifikationsplaketten kritisiert. Interessanter als die Erklärung als solche ist, wie in der Versammlung in den Tagen nach dem Räumungsversuch immer wieder der Rücktritt von Innenminister Puig gefordert wird, *ohne* dass dies als Tagesordnungspunkt markiert würde. So muss am 27. Mai die Debatte unterbrochen werden, weil die *Cacerolada* (Protest-Topfklopfen) gegen Puig und die Polizei alles andere übertönt. Tags drauf beginnt das Protokoll unvermittelt mit dem Satz: »Kurz vor Versammlungsbeginn wird der Rücktritt des Innenministers Puig gefordert. Grund dafür ist der Räumungsbefehl, den er den Sicherheitskräften unter seinem Befehl am Freitag [27.5.2011] gegeben hat.« (acampadabcn, 28.5.2011) Auch an späteren Tagen wird immer wieder der Rücktritt des Innenminister gefordert, oft »Puig ins Gefängnis!« skandiert. Mal geschieht die Kritik am Minister spontan in freien Redebeiträgen, mal werden Manifeste von anderen Empörtenversammlungen Kataloniens, aber auch des restlichen Spaniens zitiert, die Puigs Rücktritt einfordern. Dies geht sogar in eines der drei Motos für die geplante Großdemonstration am 19. Juni 2011 ein. »Felip Puig Rücktritt« soll es dort neben »Die Straße gehört uns, wir zahlen nicht Eure Krise« und »Gegen die Kürzungen« heißen (ebd., 30.5. und 1.6.2011). Auf diese Weise wird die Kritik am Innenminister mit den abstrakteren Forderungen nach dem Ende der Krise und der Austeritätspolitik gleichgesetzt.

Die Äquivalentsetzung von Puigs Rücktritt mit der Kritik an der Austeritätspolitik schlägt sich in einer *Moralisierung* des Antagonismus nieder. Puig und die Polizei einerseits und die Empörten andererseits erscheinen als *Gegensatzpaare*. Während Puig und die Mossos »gewalttätig« sind, bleiben die Indignados »friedlich« und »mitfühlend«. Letzteres äußert sich in der Solidaritätsbekundung mit beim Einsatz verletzten Personen (s.o.), besonders indes in der zunehmenden Sorge um das Wohlbefinden der Teilnehmerinnen. Ab dem 27. Mai 2011 erhöhen sich die Plädoyers, den »Stresspegel« zu reduzieren und achtsam dafür zu sein, sich nicht zu überlasten. So rät am 29. Mai die Gesundheitskommission dazu, die Verantwortlichkeiten in den Kommissionen zu rotieren, Schlaf- und Essenszeiten zu respektieren und sich genügend zu entspannen. Therapeutinnen und Psychologen, die in dem Camp ausgeholfen haben, werden ausdrücklich gewürdigt. Die Redebeiträge bitten immer wieder darum, sich gegenseitig zu unterstützen: »Es wird um eine kollektive Umarmung gebeten. Die Liebe ist die Kraft, die uns zusammenhält.« (Ebd., 30.5.2011) Die Losung ist: Wo Puig und die Polizei Gewalt walten lassen, setzen wir auf Gewaltlosigkeit, Mitgefühl und Achtsamkeit. Konzeptuell gefasst, wird eine Grenze gezogen zwischen einem bedrohlichen Außen und einem friedlichen und solidarischen *Innenraum*, der sich nicht durch die Gewalt von außen kontaminieren lässt.

Der Konflikt zwischen Innenminister und Indignados ist ein *Konflikt um den Raum*. Puig und die Mossos stehen dem Protestcamp als Eindringlinge gegenüber. Die Indignados reklamieren ihrerseits für sich einen Raum, den ihnen die tradierte Ordnung nicht zuerkennt. Diese räumliche Grenzziehung tritt mitunter durch Ironisierungen hervor: »Die Polizei ist von Kürzungen betroffen. Wir können sie unterstützen, indem wir sie mit Wischmopps und Besen ausstatten, um den Platz sauberzumachen.« (Ebd.) Diese Ironie raubt der Ordnungsgewalt rhetorisch ihre Gefährlichkeit. Die Instanz, welche die Protestierenden tags zuvor einschüchterte und verletzte, wird verharmlost, fast schon als

hilfsbedürftig dargestellt – die Polizistinnen erscheinen als Opfer der allgemeinen Austeritätspolitik. Sie könnten, so der Tenor, die Seite wechseln, sich am Protestcamp beteiligen. Anders als im Falle des Innenministers ist *stricto sensu* nicht die Polizei als Kollektiv der Antagonist des Protestcamps, sondern deren gewalttätiges Verhalten.³⁹

Der Antagonismus zwischen den Indignados und Innenminister Puig sowie der ihm unterstehenden Polizei lässt sich mithilfe der folgenden Tabelle auf zwei Konfliktlinien zuspitzen.

Tab. 3: Der gewaltgeprägte Antagonismus auf der Plaça Catalunya (27.5.2011 und Folgetage)

	Puig und Polizeigewalt		Indignados
Räumliche Grenzziehungen	Verdrängung von der Plaça Catalunya	↔	Aneignung der Plaça Catalunya
Subjektivierende Grenzziehungen	Entmachtung	↔	Ermächtigung

Zunächst zur räumlichen Grenzziehung: Die Plaça Catalunya ist zum Zentrum der Empörtenproteste in Barcelona avanciert. Jeder Angriff auf ihren Passagenpunkt stellt auch die Bewegung selbst in Frage. Anders als gegenüber einer noch so rabiaten diskursiven Kritik in einer Rede oder einer Pressekonferenz erscheint der (zunächst) stumme Räumungsversuch als ein absoluter Angriff, der das in Barcelona entstehende Diskursgefüge zu desartikulieren trachtet. So wird die Polizeiaktion als empirische Bestätigung der Ungleichheit zwischen den unterdrückenden Eliten und dem unterdrückten Volk gedeutet. Die Frage von Verdrängung oder Aneignung des Platzes ist damit *keine* nur räumliche im eng geographischen Sinne. Vielmehr offenbart sie, dass der Konflikt zwischen den Empörten einerseits und Puig und Polizei andererseits grundsätzlicher Natur ist. Die Protestler nehmen ihre Verdrängung vom Platz als einen existentiellen Kampf wahr. Wird ihnen ihr gerade angeeigneter Raum entrissen, dann ist alles verloren. Die Gegenhegemonie wäre erstickt, bevor sie sich entfalten kann. Doch das Raisonnement geht auch in die andere Richtung: Wird der Räumungsversuch, wie es ja tatsächlich geschieht, abgewehrt, dann wird dies als *reale* Ermächtigungsgeste gegenüber den Eliten und als *reale* Emanzipation gegenüber einer ungerechten Ordnung gelesen. Diese Verwobenheit der räumlichen Aneignung mit dem Konflikt gegenüber dem Ist-Zustand hält ein Beitrag fest: »Die Macht, die wir besitzen, ist auf dem Platz. Weder in den Vierteln noch an den Arbeitsplätzen sind wir schon stark genug. Wir können diesen Platz nicht verlassen, bis Felip Puig nicht zurücktritt. ›Puig Rücktritt!‹, wird gerufen.« (Ebd., 27.5.2011)

Der Beitrag verbindet die Frage nach der räumlichen Aneignung mit der nach kollektiver Ermächtigung. Die Indignados sehen ihre Macht mehr als irgendwo sonst auf dem Platz gebündelt, sie glauben sich dort so stark, den Rücktritt des Innenministers

39 Diese Kritik an der polizeilichen Praxis unterscheidet die Indignados gegenüber der totalen Ablehnung der Institution »Polizei«, wie sie traditionell die Hausbesetzerbewegung Barcelonas ausübt (vgl. Debelle et al. 2018).

Puig forcieren zu können. Dies führt zur *subjektivierenden* Facette der Grenzziehung. Die Abgrenzung zum Innenminister beschleunigt den Konstitutionsprozess der Indignados zum eigenständigen Akteur. Aber es ist ein Akteur, der die Grenzziehung *nach außen* an die Kohäsion *nach innen* koppelt. Die Ermächtigung der Protestierenden geschieht durch die vielfältigen Praktiken des Protestcamps. Ihre politische Handlungsfähigkeit beweist sich, indem man sich an Versammlungen beteiligt, die Infrastruktur instand hält, sich in Kommissionen beteiligt, für den Account des Platzes twittert usw. Die Subjektivierungsprozesse in dem Camp sind kleinteilige Praktiken,⁴⁰ sie drehen sich um kollektive Deliberationen und Entscheidungsfindungen in Versammlungen. Die im Alltag so gut wie inexistenten Erfahrungen, gemeinsam mit anderen politisch zu handeln, mit ihnen gemeinsam Demokratie zu praktizieren, avanciert zu dem Auszeichnungsmerkmal jener Kollektivität, die sich auf dem Barcelona-Camp – genauer: in allen spanischen Empörungscamps – konstituiert. Die Subjektivierung zum ermächtigten *popular subject* ist kein bloßer Appell, sondern eine kollektive Praxis, die in den Camps alltäglich eingeübt wird.

Auf diese Weise wird die Plaça Catalunya zu einem »neuen Parlament« stilisiert (ebd., 27.5.2011). Auf dem Platz bildet sich im Selbstverständnis der Indignados eine neue Souveränität heraus, die versammelt Entscheidungen ausarbeitet und fällt – und die alten Mächte delegitimiert. Denn die direktdemokratische Praxis auf dem Platz steht nicht für sich, sie hat klare Gegenspieler, es sind Innenminister Puig im engen und die tradierte Ordnung im weiten Sinne. Es zeichnet sich eine unauflösbare Trias ab: Erstens wird der Platz zum neuen politischen Raum, damit werden zweitens die Indignados zum ermächtigten Volkssubjekt, drittens verkörpern der Innenminister Puig und die Polizeipraxis die stetige Unterdrückung, die von der etablierten Ordnung gegenüber diesem neuen Raum und dem neuen politischen Subjekt ausgeht. Und gerade durch diese Verkörperung, von der nicht nur eine virtuelle, sondern eine ganz reale Gefahr – die Räumung – ausgeht, wird der Antagonist zur mächtigen Abgrenzungsfolie. Gegen sie stabilisiert sich die neue Kollektivität und es wird vor Ort eine andere, radikaldemokratische Praxis exerziert.

Die Plaça Catalunya als souveräne Versammlung Im Diskursgefüge, das sich auch auf der Plaça Catalunya herausbildet, gilt, dass der Platz nicht einfach mehr ein Platz in der Stadt ist. Vielmehr hat er eine *Neubeschreibung* erfahren. Der Platz ist zum Raum eines neuen Souveräns geworden. In Barcelona ist für den Empörungsdiskurs das Camp auf der Plaça Catalunya zu dem Passagenpunkt avanciert, in dem sich eine endlich verwirklichte Demokratie materialisiert. »Die einzig reale Partizipationsmacht ist die Versammlung, wo sich jede Person selbst repräsentiert. Wir laden alle, die sich äußern möchten, auf die Plaça Catalunya ein«, heißt es in einem Beschluss der Hauptversammlung am 27. Mai 2011. Im Zitat fällt auf, dass die Versammlung mit dem Ausdruck »reale Beteiligungsmacht« beschrieben wird. Zum einen wird das Adjektiv »real« gebraucht, um einen Gegensatz zur angeblich »irrealen« politischen Macht außerhalb des Platzes zu schaffen. Zum anderen legt der Begriff der »Partizipationsmacht« (*poder participatiu*) den Fokus auf die Input-Seite des politischen Entscheidungsprozesses; er unterstreicht, dass die inklusiven,

40 Dies wird ein erweiterter Artikulationsbegriff noch präziser konzeptualisieren (siehe: Kap. IV.4).

symmetrischen und gleichberechtigten Deliberationspraktiken und Entscheidungsprozesse entscheidend sind. Jede Form der Repräsentation wird abgelehnt, jeder und jede vertritt nur sich selbst, die demokratische Praxis ist konstitutiv persönlich, verkörpert und versinnlicht.

An dieser Stelle kommt es nicht auf die demokratietheoretische Fassung brisanter Begriffe wie Partizipation, Repräsentation oder Souveränität an. Vielmehr ist die empirische Beobachtung zentral, dass sich nach dem Polizeieinsatz die Subjektivierung der Indignados zum souveränen Volkssubjekt maßgeblich mit dem Diskursstrang der *direkten Demokratie* verknüpft. Wo sich in der Hochphase des Camps deutlich eine reformistische Strömung artikuliert, tritt diese jetzt zusehends in den Hintergrund. In den hier analysierten Protokollen vom 27. Mai bis zum 2. Juni 2011 plädiert nur ein einziger Beitrag für eine Einschreibung des Protests in das politische System: »Ich bin Unternehmer, habe die Arbeit niedergelegt und bin hierhergekommen. Diese Linke, die wir haben, schläft. Wir brauchen eine neue Politik, um solch einen großen Wandel vollziehen zu können.« (acampadabcn, 29.5.2011) Jedoch interveniert der neue politische Akteur, die sich auf den Plätzen artikuliert, anders als es im Zitat anklingt, (noch) nicht in der politischen Sphäre, sondern grenzt sich dezidiert von dieser ab.⁴¹ Der direktdemokratische Diskursstrang setzt sich gegenüber dem reformistischen durch. Dabei wird weniger explizit als vielmehr implizit ein *pueblo* (Volk) ins Zentrum gerückt, das sich auf dem Platz artikulieren müsse. Wenn dieses Volkssubjekt aber expliziert wird, dann aber als empathischer Appell: »Die Einheit des Volkes macht die Kraft. Wir wollen nicht die Kraft verlieren, bis die von oben uns nicht zuhören.« (Ebd., 30.5.2011) Das vereinte Volk erscheint hier mehr als Wunsch denn als Wirklichkeit, es bildet sich im Konflikt mit der Feindfigur der Eliten (die »von oben«) heraus.

Die diskursive Konstitution eines Volkssubjekts geschieht auf dem Barcelona-Camp indirekt. Nachzeichnen lässt sich dies, indem die Beiträge der Gruppen und Kollektive rekonstruiert werden, die sich dem Empörtencamp annähern. Die rhetorische Radikalität, mit der sich aktionistische und direktdemokratische Diskursstränge artikulieren, könnte vermuten lassen, dass sich nur entsprechend radikalisierte Bewegungen auf die Plaça Catalunya begeben, um sich mit den Empörten zu solidarisieren oder sich mit ihnen zu vernetzen. Doch es ist *nicht* so, dass nur Bewegungen auf den Platz kommen, die militant für eine direkte Demokratie eintreten und jede Form der Repräsentation sowie das kapitalistische Wirtschaftssystem radikal ablehnen.⁴² Unterschiedlichste Gruppen mit verschiedensten Profilen, bei denen aber stets die Signifikanten von Volk und Demokratie stets eine Schlüsselrolle spielen, kommen auf den Platz.

Exemplarisch zeigt sich dies in der Sitzung vom 30. Mai 2011. Vier verschiedene Kollektive nehmen an der Hauptversammlung als Gäste teil: die indigenen Minga-Räte aus Kolumbien, der Verein der Roma Barcelona, die Acampada Sol (das Protestcamp auf der

41 In der Tat wird der Begriff *nueva política* (neue Politik) ab 2015 mit der Entstehung der linkspopulistischen Partei Podemos, linksalternativer Wählerplattformen sowie der rechtsliberalen Kraft Ciudadanos zusehends populär, um Spaniens veränderte Politik zu beschreiben (vgl. Benavente 2017, programmatisch bereits: Subirats 2011).

42 Zur Unterscheidung des Begriffes Radikalismus von dem des Extremismus: Böttcher 2017: 332–341.

Puerta del Sol in Madrid) und der Zusammenschluss der Nachbarschaftsvereine von Barcelona (FAVB). Zunächst sei auf den Minga-Verein der Indigenen Räte von Kolumbien eingegangen, bevor dann schrittweise die anderen vorgestellt werden:

Viele Widerstandsgrüße aus Kolumbien. Wir sind eine dauerhafte gemeinschaftliche Versammlung, die nicht zulässt, dass sie jemand anführt. Wir schicken allen basisdemokratischen Bürgern [*ciudadans assemblearis*] Grüße und betrachten sie als Brüder. Der Minga-Verein erkennt nicht das kolumbianische Parlament an und hat seit einem Jahr den Kongress der Völker gegründet, der beginnt, sich von der Basis her zu organisieren. (Ebd.)

Die Vertretung der Minga-Räte zieht eine Äquivalenz zwischen deren basisdemokratischen und anti-etatistischen Organisationsformen in Kolumbien und dem Protest der Indignados auf Plaça Catalunya, die mit einer starken Solidaritätsgeste als »Brüder« bezeichnet werden. Dass seitens der Minga die Souveränität des kolumbianischen Parlaments in Frage gestellt wird, stellt Parallelen her zum Anspruch des Empörtencamps auf Souveränität und seiner Kritik an den politischen Repräsentationsverhältnissen. In Kolumbien wie in Spanien entsteht, so die indigenen Minga-Räte, eine neue, direktdemokratische Praxis und breitet sich aus.

Der Verein der Roma von Barcelona sowie die Vertretung der *Acampada Sol* zeigen sich mit dem Barcelona-Camp in ähnlicher Weise solidarisch:

Verein der Roma

Seitens des Kollektivs Ververipen teilen sie uns ihre Unterstützung und ihre Forderung mit: auch sie sind Bürger und von der Behandlung empört, die ihr Volk sehr lange erlitten hat. Deshalb schicken sie uns ihren Zuspruch und die Unterstützung ihres Volkes. Viel Glück, Gruß und Freiheit.

Acampada Sol

Es war beeindruckend, in Madrid anzukommen und zu hören »Barcelona, Du bist nicht allein«. Von Madrid aus möchten sie uns mitteilen: »Das System möchte Unterschiede setzen. Das Volk jedoch ist vereint.« (Ebd.)

Der Verein der Roma setzt mit dem Partikel »auch« die eigene Benachteiligung mit jener der Empörten gleich (»auch sie sind Bürger und mit der Behandlung empört [...]«). Die von den Indignados denunzierte Ungleichheit wird dadurch als *strukturelle* markiert, die Kritik an diesen Verhältnissen wird legitimiert. Die Roma, ein in Spanien seit jeher benachteiligtes Kollektiv, zertifiziert auf diese Weise zugleich die Prekarität und das Mobilisierungspotential der Protestierenden. Die Gleichsetzung, die seitens des Empörtencamps in Madrid erfolgt, bezieht sich seinerseits auf den punktuellen Gewalteinsatz der Polizei auf der Plaça Catalunya am 27. Mai 2011. Mittels der Aussage »Barcelona, Du bist nicht allein«, welche die Stadt Barcelona personifiziert, erscheinen die Empörtencamps von Barcelona und Madrid als zwei äquivalente Glieder *einer* umfassenden Bewegung. Beide Kollektive stellen sich dem »System« entgegen und trotzen seiner differenzierenden Wirkung (»das System setzt die Unterschiede«). Dabei erscheint das »vereinte Volk« weniger als Soll-Anspruch denn vielmehr als ein schon erreichter Ist-Zustand. Das Volk

besteht bereits, auf den Plätzen »ist« es schon »vereint«. Die geltende Ordnung wird bereits durch ein neues *popular subject* in Frage gestellt.

Schließlich tritt auf der Versammlung auch der Zusammenschluss der Nachbarschaftsvereine Barcelonas (FAVB) auf. Gegenüber den Solidaritätsbekundungen der vorherigen Kollektive nimmt die FAVB gegenüber den Empörten eine fast schon paternalistische Haltung ein. Sie behauptet, das Barcelona-Camp »stets unterstützt« zu haben (obschon dieses erst seit zwei Wochen besteht) und »gemeinsam mit der Anwaltskammer« gegen den gewaltsamen Räumungsversuch der Polizei Anzeige zu erstatten. Die traditionsreiche FAVB stellt indessen die Indignados nicht nur unter ihre Obhut, sie bezieht sich auch aktiv auf ihre Forderungen:

Wir werden ein Manifest verfassen, in dem nicht nur der Rücktritt von Felip Puig, sondern auch von Artur Mas [Kataloniens Ministerpräsident] gefordert wird, sowie das Verbot von Gummigeschossen und den Identifikationszwang der Bereitschaftspolizei. (Ebd.)

Die Positionierung der FAVB legt dar, dass der Empörungsdiskurs bereits eine gehörige Resonanz in der Gesellschaft entfaltet. Eine derart breite Kritik an der katalanischen Regionalregierung und an der Polizei wäre seitens des eher gemäßigten Zusammenschlusses von Nachbarschaftsvereinen vor dem Ausbruch der Empörung im Mai 2011 so gut wie undenkbar gewesen. Nun aber schreibt die FAVB die Forderungen der Indignados fort, wie diese delegitimiert sie die geltende Ordnung. In ähnlicher Weise passiert diese Mischung aus Solidaritätsbekundung gegenüber den Indignados und der Reartikulation von Forderungen bei vielen anderen Gruppen des In- und Auslands, die sich auf der Plaça Catalunya zu Wort melden.⁴³

Was aber vereint diese vielfältigen Unterstützungsbekundungen, die sich an die Indignados richten? Es ist weniger das, auf was sie sich alle positiv beziehen, sondern das, von was sie sich konfliktuell absetzen. Ob die übermächtigen Parlamente (indigene Minga-Räte Kolumbiens), die unsichtbaren, aber mächtigen Verursacher und Profiteure von Benachteiligungsstrukturen (Roma-Vertretung), das zersetzende »System« (Madrid-Camp) oder Kataloniens Regionalregierung und dessen Ordnungskräfte (FAVB) – stets grenzen sich die Kollektive von mächtigen Feinden ab, gegenüber denen sie als *Underdog* antreten. Das übergeordnete Muster ist stets dasselbe: Die Kollektive stehen unten, ihre Kontrahenten oben. Diese *Unten-oben-Achse* bleibt zwar inhaltlich eher vage, sie wird aber im Kern als ein radikaldemokratischer Konflikt inszeniert, bei dem die Underdogs auf der Seite einer realen Demokratie stehen, die Eliten hingegen auf jener der Oligarchie. Der radikaldemokratisch besetzte Unten-oben-Konflikt erweist sich als der zentrale Konflikt, der vom Empörtencamp auf der Plaça Catalunya ausgeht und den dann andere Kollektive reartikulieren und mit ihren eigenen Positionen verbinden.

Zu betonen ist, dass der Unten-oben-Konflikt nicht nur diagnostiziert wird, sondern stets als ein voluntaristischer Appell gebraucht wird, um die Verhältnisse umzudre-

43 Darunter befinden sich Berufsgruppen, die sich im Streik befinden – etwa die Gärtner der Stadtbetriebe – besonders aber von Empörtencamps, die in Spanien und darüber hinaus geschehen: so aus Valencia und Frankreich (29.5.2011), Marokko (30.5.), Deutschland und Andalusien (1.6.), Italien (2.6.) oder Mallorca und Polen (3.6.).

hen, sie im wahrsten Sinne auf den Kopf zu stellen. Mit dieser vertikalen Konfliktachse schwingt stets – mal expliziter, mal impliziter – ein Impetus der *Ermächtigung* mit, der die bestehenden Ungleichheiten zu überwinden trachtet. Das eindrücklichste Beispiel dafür findet sich im Protokoll vom 28. Mai 2011. Dort spricht ein Repräsentant der Kommission der körperlich Behinderten:

Der Repräsentant spricht: »Wir lassen uns nicht durch die gestrigen Geschehnisse besiegen, die Räumung durch die Polizei. Der Kampf findet gegen diese Gesellschaft von Arschlöchern statt. Unser Kampf besteht darin, eine neue Gesellschaft zu schaffen, in die alle hineinpassen, sogar ich.« Sehr viel Applaus braust auf. Die Versammlung steht auf. »Ich möchte allen sagen: Kraft für alle. Lasst uns weiterkämpfen.« Sehr viel Applaus, die Versammlung steht auf, die Menschen weinen gerührt. (Ebd., 28.5.2011)

Die Emotionalität, mit der das Publikum auf den Beitrag des Redners reagiert, ist bezeichnend: der Applaus, das Aufstehen, die Tränen am Ende. Diese Reaktionen ruft die Rede hervor, indem zunächst eine Hoffnung auf Veränderung beschworen wird. Es sei gegenüber der alten Ordnung eine neue zu schaffen, »in die alle hineinpassen«. Auf der einen Seite steht die moralisch depravierte Gesellschaft (»von Arschlöchern«) und der von Gewalt geprägte Ist-Zustand. Auf der anderen Seite steht eine neue Ordnung, die ihre Mitglieder inklusiv, symmetrisch und sensibel integriert. Dieser Appell gewinnt sein Pathos durch die Eigenschaften des sprechenden Subjekts. Der Sprecher verschweigt seine Behinderung nicht, sondern fädelt sie in seine Gesellschaftsvision ein (»sogar ich«). Ausgehend von einer extremen *Verletzlichkeit* lässt sich, so der Appel, eine grundsätzliche Ermächtigung erreichen. Aber die normative Vision, die dem Sprecher – und seinem Publikum – vorschwebt, entsteht nicht von selbst, sondern erst durch »zähen Kampf«, also eine politische Artikulationspraxis. Dass die Zuhörerschaft derart affektivgeladen reagiert, erklärt sich dadurch, dass sie im gehandicapten Sprecher eine Allegorie für das Barcelona-Camp als Ganzes erblicken. Das Lager ist, wie der Räumungsversuch zeigt, verletzlich, doch es ermächtigt sich durch seine basisdemokratische Praxis, womit das neue Kollektiv die verletzenden Verhältnisse umwirft und sich als ein neuer Souverän gebärdet.

Ein Ende mit Zweifel Auf dem Barcelona-Camp herrscht nach der Polizeiaktion nicht nur ein hehres Ermächtigungspathos vor. Zusehends macht sich auch Verunsicherung breit. In den Versammlungen setzt sich die Meinung durch, dass die Besetzung der Plaça Catalunya nicht von Dauer sein könne. Zugespitzt gesagt, äußert sich der Antagonismus der Empörten gegenüber Puig und der Polizei nicht nur als Aneignung und Ermächtigung, er äußert sich auch auf der Innenseite des neuen Empörungsdiskurses als Angst vor Entmachtung und räumlicher Verdrängung. Letztere tritt zwischen Ende Mai und Anfang Juni 2011 sehr deutlich zutage. Am 29. Mai, nach dem Polizeieinsatz und der Feier der Barça-Fans, debattiert die Versammlung erstmals darüber, wann das Zeltlager abzubauen und der Platz zu räumen sei – ob schon Anfang Juni (1./2.6.2011) oder erst eine Woche später. Die Diskussion verläuft virulent, es gibt dazu ganze 34 Meinungen. Interessant ist, dass sich vordergründig die allermeisten Beiträge davor sperren, die Pla-

ça Catalunya in unmittelbarer Zukunft zu verlassen.⁴⁴ Gleichwohl mehren sich ebenfalls die Stimmen, die eine zusehende »Übermüdung« und »Erschöpfung« feststellen. Auch Mittelwege wie nur punktuelle Versammlungen auf dem Platz ohne ein festes Zeltlager werden erwogen.

In den Folgetagen spitzt sich die Diskussion über den Verbleib auf dem Platz zu. Am 30. Mai melden sich dazu neben den Einzelpersonen die Kommissionen zu Wort. Hier findet eine grundsätzliche Diskursverschiebung statt. Wurde zuvor noch kein festes Räumungsdatum angepeilt, sondern nur generell darüber debattiert, so wird nun ein festes Datum festgelegt, bis zu dem man auf der Plaça Catalunya bleiben solle. »Wir sollten bis zum nächsten Wochenende bleiben und bis dahin einen neuen Standort finden«, »Wir müssen mit dem Camp mindestens noch diese Woche weitermachen«, »Lasst uns bis Sonntag bleiben, um uns besser zu organisieren und klare Themenstränge festzulegen, die wir der Bürgerschaft vorstellen könnten«, so lauten einige der Positionierungen der Kommissionen (ebd., 30.5.2011). Die Festlegung eines klar abgegrenzten Zeithorizontes von einer Woche, bis zu dem der Platz zu räumen sei, ist deshalb bemerkenswert, weil diese Terminierung sehr rasch geschieht. Zuvor war niemals explizit die Rede über ein festes Räumungsdatum.⁴⁵ Bis zum 30. Mai wird die freiwillige Räumung des Platzes nicht offen in der Versammlung thematisiert. Und dann wird plötzlich entschieden, dass binnen einer Woche das Zeltlager auf der Plaça Catalunya zu räumen sei – mit all den Unsicherheiten, die dies für die junge Protestbewegung mit sich bringen wird.

Trotz der Widerstands- und Ermächtigungsrhetorik, die nach dem Polizeieinsatz entfaltet wird, nimmt nach der gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Ordnungskräften die kritische Selbstbefragung in der Versammlung stark zu. Der Voluntarismus, der in der Hochphase des Camps vor allem vom aktionistischen Diskursstrang ausging, ist zwar noch da. Doch er wird jetzt konterkariert durch einen neuen Diskursstrang, der sich als *Selbstkritik* bezeichnen lässt. Er dreht sich um die selbstzentrierte Aufarbeitung der unangenehmen, problematischen oder verbesserungswürdigen Dynamiken des Camps. Zuweilen werden dabei Vorschläge formuliert, um diese Situation zu verbessern. Im Zentrum aber steht, bestehende Dysfunktionalitäten festzustellen und Kritik an fragwürdigen Entwicklungen zu üben. Das geschah vor dem Räumungsversuch so gut wie überhaupt nicht, wird aber dafür jetzt umso offensiver artikuliert.

Der Diskursstrang der Selbstkritik lässt sich besonders klar an den Positionen der Kommissionen ablesen. So empfiehlt die Gesundheitskommission am 29. Mai 2011 (ebd.) angesichts des »Stresspegels«, die Sprecherinnen der Kommissionen rotieren zu lassen, Schlafzeiten zu respektieren und auf genügend Ernährung und Freizeit zu achten. Die Warnungen der Gesundheitskommission nehmen in den Folgetagen weiter zu. Am 30. Mai empfiehlt sie, auf ausreichend Hygiene bei der Essensausgabe und Ernährung zu

44 »Dieser Platz gehört uns, wir werden ihn nicht verlieren«, »Die Kraft darf nicht dezentralisiert werden«, »Vor allem anderen müssen wir hierbleiben: Dieser Platz ist eine Flamme, die wir angezündet haben. Zudem ist sie ein Symbol – für uns, aber auch für die anderen Völker Spaniens« (acampadabcn, 1.6.2011), so einige der Plädoyers.

45 Dies liegt auch an den heuristischen Grenzen einer Diskursanalyse, selbst einer von unten ansetzenden. Dass in dem Camp bereits zuvor in informellen Zusammenhängen die Räumung angesprochen wurde, lässt sich nicht ausschließen, sondern sogar vermuten. Eine Ethnographie fokussiert diese impliziten Praktiken schärfer (Kap. IV).

achten. Dafür erstellt sie eine Liste dringender Empfehlungen: »Keine Eier oder Tunfisch essen, auch wenn sie verpackt sind. Alkohol, um sich die Hände zu desinfizieren. [...] Kommt zu uns, wenn Ihr irgendein Symptom habt. So können wir größere Probleme vermeiden.« Am 2. Juni warnt dieselbe Kommission noch eindringlicher:

Sie [die Mitglieder der Gesundheitskommission] beklagen den Stress und die fehlende Erholung der Teilnehmer. Vor allem kritisieren sie die Belästigungen im Zusammenleben seitens externer Personen, die nicht wissen, für was sie herkommen. Sie raten dazu, über das Ende des Camps nachzudenken – allerdings nicht der Aktion an sich. (Ebd., 2.6.2011)

In wenigen Tagen spitzen sich also die Warnungen der Gesundheitskommission gehörig zu. Sie beginnen mit der Warnung, den »Stresspegel« zu senken (ebd., 30.5.2022) und enden mit der Empfehlung, »über das Ende des Camps nachzudenken« (ebd., 2.6.2011). Diese Warnungen reagieren einerseits auf eine Verrohung der Umgangsformen und eine faktische Verschlechterung der Hygieneverhältnisse, die auch die Teilnehmerinnen selbst beklagen.⁴⁶ Andererseits schaffen derartige Warnungen performativ jene Wirklichkeit, die sie angeblich bloß beschreiben. Parallel zur Gesundheitskommission zeigen sich etliche andere Kommissionen über die Dynamiken auf dem Platz besorgt. Von der Kommission »Zusammenleben« über »Selbstorganisation« oder »empörte Feministinnen« hin zu »Ökonomie« wird darauf hingewiesen, dass das Gesamtgefüge des Camps erodiere, sei es über die Verschlechterung der Umgangsformen in der Versammlung, sexuelle Belästigungen, Diebstähle oder eine stark gesunkene Spendenbereitschaft.

Der Selbstkritik-Strang erlebt seinen Höhepunkt in der Versammlung vom 2. Juni 2011. Dieses Treffen ist insofern beachtenswert, als es vor allem um die Situation des Empörtencamps selbst geht. Bereits der Einstiegstext erinnert eindringlich daran, dass eine nichtsexistische Sprache einzuhalten sei und verschiedene Personen die Dynamisierung der Debatte übernehmen würden. Dann äußern sechs von insgesamt elf Kommissionen ihre Kritik am Zustand des Zeltlagers und an dessen Dynamiken. Besonders schwer wiegt, dass an jenem Tag erstmals in einer Versammlung die Kategorie der Empörung *gegen* die Empörten selbst gewendet wird. Und zwar seitens einer Aktivistin, die sich für das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens einsetzt:

Die Aktivistin meint: »Für mich ist wesentlich, dass die Freiheit der Völker frei entschieden werden kann. Wir verlangen die Freiheit der Sahara und die Freiheit für mein Volk.« Die Repräsentantin ist unzufrieden und empört, dass auf dem Platz das Recht auf Selbstbestimmung in Bezug auf die Unabhängigkeit Kataloniens weder anerkannt noch verlangt werde. Sie droht damit, zu gehen, wenn darüber nicht entschieden werde. (Ebd.)

Am Zitat fällt zunächst der grammatikalische Sprung von der Ich- zur Sie-Form auf. Dies mag auf eine ungenaue Protokollführung zurückzuführen sein, dürfte aber auch widerspiegeln, dass die Protokollanten auf eine direkte Zitierung verzichteten, um die Unzufriedenheit der Aktivistin mit dem Camp und ihr Plädoyer für Kataloniens Selbstbestim-

46 In dieser Linie äußern sich auch meine Interviewpartner (Albano Dante, Carles und David Fernández).

mung in einer nur noch abgeschwächten Form zu reproduzieren. Dennoch artikulieren die Adjektive »unzufrieden und empört« die gehörige Wut der Aktivistin gegenüber der neuen Protestbewegung. Für die Rednerin fällt das Barcelona-Camp trotz seiner direktdemokratischen Praxis augenscheinlich hinter dem eigenen Anspruch zurück, über *alle* Themen offen zu debattieren, die das Zusammenleben betreffen. Dass dies in Bezug auf Kataloniens Selbstbestimmungsrecht nicht passiert, ja dass nicht einmal die Forderung danach als legitim anerkannt wird, erzürnt die Aktivistin zutiefst. Nun ist das Verhältnis zwischen den Indignados – und dem Protestzyklus, der von ihnen ausgelöst wird – und Kataloniens Unabhängigkeitsbewegung verschachtelt und, wie sich schon hier erahnen lässt, von Anfang an auch konfliktträchtig.⁴⁷ An dieser Stelle kommt es aber auf die grundsätzliche Geste an, sich gegen die Empörten zu empören, also dieselbe moralisch aufgeladenen Kategorie zu gebrauchen wie der junge Protest selbst, jetzt jedoch gegen diesen gerichtet. Dies wäre einige Tage vorher, in der Hochphase des Camps am 21. und 22. Mai 2011, unaussprechbar gewesen. Damals wäre solch eine starke Kritik untergegangen oder – spätestens in der Protokollierung – deutlich versöhnlicher formuliert worden. Die Kritik der Unabhängigkeitsaktivistin kann, so lässt sich annehmen, nur deshalb so erzürnt geschehen, weil die kritische Selbstbefragung des Empörtencamps bereits voll im Gange ist.

Die zentrale Ursache dafür, dass dieser Strang der Selbstkritik zu diesem Zeitpunkt aufkommt, verortet sich im Räumungsversuch der Polizei am 27. Mai 2011. Er führt den Platzbesetzerinnen ihre Verletzlichkeit, Prekarität und eben bloß temporäre räumliche Aneignung der Plaça Catalunya vor Augen. Die antagonistische Grenzziehung »Wir, das Volkssubjekt, gegen Sie, die Repräsentanten der Ordnung« mag vordergründig das Pathos der Ermächtigung befeuern. Leicht zeitversetzt führt er aber in das Camp eine grundsätzliche *Unsicherheit* ein. Der Feind, »die Eliten«, von dem bisher nur in einem virtuellen Diskurs die Rede war, gewinnt schlagartig an physischer Gestalt, er versinnlicht sich schmerzhaft, er wird körperlich erfahrbar. Die Gewalt, die von der vorherrschenden Hegemonie in Gestalt der Polizei ausgeht, löst in den Folgetagen in dem Protestcamp deutliche Selbstzweifel aus: Sind wir gegenüber den geltenden Verhältnisse tatsächlich so stark, wie wir uns gaben? Wie lange können wir die Plaça Catalunya als unseren Raum halten? Wann werden wir gehen müssen? Wie sollen wir uns jetzt organisieren? Über was sollen wir alles in der Versammlung debattieren? Gehört Kataloniens Selbstbestimmungsrecht dazu? Und dann steht noch die Frage im Raum, die auf dem Barcelona-Camp niemand laut ausspricht, die aber Anfang Juni 2011, als sich die anfangs enthusiastischen Platzbesetzungen erschöpfen, zusehends zur impliziten Drohkulisse aufsteigt: Wird es uns überhaupt noch geben, wenn wir die Plätze verlassen?

Am 5. Juni 2011 entscheidet sich die Versammlung auf der Plaça Catalunya dazu, das Zeltlager zu räumen und sich von nun an dezentral in den Quartieren Barcelonas zu organisieren. Öffentliche Protokolle zu dieser Sitzung oder späteren gibt es nicht mehr.

47 Einige Wochen später fordern die Indignados in Barcelona das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens ein (siehe: Kap. III.2.e). Zum Verhältnis der Proteste zur Unabhängigkeitsbewegung im Jahr 2011: Lo Cascio 2016: 31–34.

Die letzten 150 Campierenden werden in der Nacht zum 30. Juni 2011 von der Polizei geräumt. »Die Plaça Catalunya hat am frühen Morgen das Erscheinungsbild wiedererlangt, das sie vor dem 15. Mai besaß, als das Camp der Indignados begann«, so schreibt das Blatt *El Punt Avui* (2011).

4 Gesamtschau: die Empörung durchleuchten

Nachdem zuerst die politische Diskursanalyse des Empörungsdiskurses dessen zentrale Knotenpunkte und Themenfelder herausarbeitete und dann die Diskursanalyse von unten anhand der Protokolle des Barcelona-Camps ein feinmaschigeres Bild der Proteste zeichnete, gilt es jetzt, in einer Gesamtschau beide analytische Ebenen ineinander zu blenden. So steht zunächst der populäre Bruch, den die Indignados anstoßen, im Vordergrund. Die Proteste artikulieren eine protopopulistische Semantik mit linker Polung und provozieren die Geburt eines neues Volkssubjekts (Kap. III.4.a). Die neue Kollektivität artikuliert sich indes nicht nur als Ensemble von Zeichen, sondern ebenfalls durch die konkrete Praxis der Platzbesetzung. Erst durch die Verankerung in Raum und Zeit stabilisiert sich die Protestpraxis und wird die Hypothese des populären Bruches – ansatzweise – zur sozialen Realität. Hiermit nimmt die Plaça Catalunya als *verdichtender Passagenpunkt* der katalanischen Empörtenproteste Konturen an (Kap. III.4.b).

Aus dem Plädoyer für die sinnliche Verankerung von Artikulationen folgt nicht nur eine erweiterte Diskurskonzeption, sondern auch ein aktualisierter Begriff des Antagonismus. In meiner Analyse äußern sich Feindfiguren nicht mehr als entbettete Signifikanten, sie tun es ebenso ganz materiell – im vorliegenden Fall als Ordnungsgewalt, die sich gegen die Indignados durchzusetzen sucht, indem sie den Platz gewaltsam räumt. Damit eröffnet sich eine Dimension der Hegemonie, die Laclau/Mouffe mit ihrem Fokus auf diskursive Deutungskämpfe weithin ausblenden: die Gewalt (Kap. III.4.c). Die Gesamtschau endet mit der Frage der Demokratie. Sie stellt sich beim Ausbruch der Proteste im Frühjahr 2011 als umkämpfter Schlüssel-signifikant heraus. Der Empörungsdiskurs oszilliert zwischen einem direktdemokratischen und einem reformistischen Demokratiebegriff. Indes sollte man nicht bei diesem Spannungsverhältnis stehenbleiben. Die Indignados besitzen ein klares, die Proteste *insgesamt* auszeichnendes Merkmal. Es sind die basisdemokratischen Praktiken in der Versammlung (Kap. III.4.d).

4.1 Der populäre Bruch und das neue Volk

Wenn es eine Konfliktlinie gibt, die so gut wie alle Dokumente – ob Manifeste, Forderungskataloge oder Protokolle – durchzieht, so ist es die Unterscheidung zwischen unten und oben, zwischen den mächtigen Eliten und dem entmachteten *pueblo* (Volk). Weder Eliten noch *pueblo* werden meist als solche explizit im Diskurs benannt. In der Regel wird diese Konfliktlinie mit anderen Signifikanten definiert. Mal ist von einem unbestimmten »Wir« die Rede, dem a priori nur generelle, liberal geprägte Merkmale wie die des »harten Arbeitens« gemein sind (Kap. III.2.a), ein andermal werden zwar die ökonomischen und politischen Eliten zum Antagonisten gemacht, jedoch keine »Wir-Identität« benannt, auf die man sich positiv beziehen würde (Kap. III.2.b). Zuweilen insze-

nieren sich die Empörten sogar als neue gesetzgebende Kraft, die an die Stelle der politischen Eliten tritt (Kap. III.2.e). All diese diskursiven Operationen bewegen sich jedoch entlang einer asymmetrischen Konfliktachse: Die bestehende Ordnung wird als despotische Herrschaft delegitimiert und mit einem gerechteren und demokratischeren Gesellschaftsentwurf konfrontiert, in dem sich ein neues Kollektiv als neues *pueblo* (Volk) postuliert.

Die Infragestellung des Ist-Zustandes zieht sich wie ein roter Faden durch die analysierten Dokumente. Vor allem in den Protokollen des Barcelona-Camps wird ein generalisierter Unmut artikuliert. Dieser findet jedoch nicht zu verfestigten Signifikanten oder stabilisierten Bedeutungsketten. Am ehesten verdichtet sich die Kritik an der Ordnung im charakteristischen Slogan der Empörtenproteste: *No nos representan!* (Sie repräsentieren uns nicht!) Das Motto erweist sich auf drei Ebenen als verbindendes Symbol des Empörungsdiskurses: Erstens ist für ihn die konfliktgeladene Grenzziehung gegenüber einer Sie-Identität charakteristisch. Trotz ihrer Vagheit wohnt dieser Abgrenzungsgeste eine mächtige Signalwirkung inne. Sie unterstreicht, dass das soziale Feld konflikthaft gespalten ist, dass ein »Sie« besteht, dem ein »Wir« entgegentritt. Die Praktiken der Empörung artikulieren damit eine gegenhegemoniale Gesellschaftsvision. Anders als dies die Kultur der Transition mit ihrem Fokus auf Konsens und Stabilität nahelegte (Kap. II.3.c), ist für die Indignados die spanische Gesellschaft von Konflikten zerfurcht.

Zweitens ist im Motto die *Repräsentationskritik* zentral. Letztere fungiert als Knotenpunkt, der die verschiedenen Stränge des sich bildenden Empörungsdiskurses verbindet. Die Repräsentationskritik kann als Delegitimierung der aktuellen Repräsentantinnen gelesen und als Plädoyer für ihre Ersetzung durch bessere gelesen werden, aber auch als totale Ablehnung der repräsentativen Demokratie und als Forderung nach einem alternativen, direktdemokratischen Demokratiemodell, das nicht mehr Parlamente, sondern Versammlungen tragen. Dabei vereint die Empörungspraktiken im Slogan »Sie repräsentieren uns nicht!« ebenfalls, dass die Grenze zwischen denen, die aktiv repräsentieren und jenen, die passiv repräsentiert werden, nicht nur in Frage gestellt, sondern – dem Anspruch nach – neu verhandelt wird, geradezu umgedreht wird. Der Repräsentationsanspruch der tradierten Kräfte (Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungsapparat usw.) wird delegitimiert und demgegenüber die politische Legitimität der Mobilisierungen und neuartigen Platzbesetzungen affirmiert (vgl. Huke et al. 2015: 19).

Drittens sticht das Ausrufezeichen hervor, mit dem dieses Motto versehen wird. Es stattet die Kritik an der Repräsentationsordnung mit dem Nimbus einer Dringlichkeit aus, die ihren stärksten Widerhall in jenem aktionistischen Diskursstrang findet, der sich im Frühjahr 2011 auf der Plaça Catalunya artikuliert. Die Repräsentationsverhältnisse sind nicht bloß etwas überarbeitungsbedürftig, sie stehen hier und jetzt in der Kritik, erleben hier und jetzt eine Legitimitätskrise. Der Slogan ist ein Appell. Er soll performativ eine neue Praxis hervorbringen, mehr noch, eine neue Zitierungspraxis auf Dauer stellen, welche die alten Autoritäten (besonders die der Transition) delegitimiert und sie durch einen neuen Horizont ersetzt, in dem eine neue Kollektivität, die sich vermöge der Praxis der Empörung konstituiert, für sich Souveränität einklagt.

Wenn dergestalt das Verhältnis zwischen Repräsentantinnen und Repräsentierten aktiv von letzteren in Frage gestellt wird, so folgt hieraus eine *Umkehrung* der sozialen Ordnung. Die Schwachen ermächtigen sich gegen die Starken, die zuvor nur passiv blei-

benden Repräsentierten werden aktiv, sie avancieren zu handlungsmächtigen Akteuren. Diese Ermächtigung der »von unten« gegen die »von oben« äußerte sich immer wieder als Umdrehung der Agency, als Inbesitznahme der Handlungs- und Sprechfähigkeit. Das »Wir« wird in den Dokumenten vom Objekt (*nos/uns*) zum Subjekt (*nosotros/wir*) gemacht. Diese Ermächtigungsgeste geht zudem mit der Grenzziehung gegenüber den (Repräsentations-)Eliten Hand in Hand. Mit diesem Upside-down-Szenario geschieht eine polarisierte Zuschreibung negativer und positiver Eigenschaften, wie sie beim Barcelona-Camp besonders deutlich wurde. Die protagonistische Wir-Identität wird als friedlich, empfindsam und solidarisch porträtiert, die Eliten als egoistisch, korrupt und gewalttätig. Im Kern stehen wir vor einem hochmoralischen Narrativ, das Gutes und Böses scharf differenziert. Hierbei handelt es sich um einen äußerst basalen Politisierungsdiskurs, der einer ausformulierten Ideologie im Stile von Marxismus oder Anarchismus entbehrt und in seinem schlichten Postulat eines totalen Umbruchs an vormoderne Narrative anknüpft (dazu Scott 1990: 80f.).⁴⁸

Der populare Bruch, den die Indignados forcierten, offenbart eine *naïve Radikalität*. Es wird so getan, als sei der angestrebte Umbruch bereits geschehen, als müsse ein neues Volkssubjekt nur noch seine Macht ausüben. Das Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« genauso wie die Forderungskataloge der Puerta del Sol und der Plaça Catalunya setzen selbstverständlich voraus, dass ein neues Souverän bereits konstituiert sei und den politischen Prozess lenken könne. Dabei wird ausgeblendet, wie die sedimentierte liberaldemokratische Ordnung überwunden oder zumindest korrigiert werden könnte (vgl. Rodríguez 2016: 62f.).

Auf diese Weise entsteht im Frühjahr 2011 eine *protopopulistische Semantik mit linker Polung*. Das Präfix »proto-« unterstreicht, dass die Praktiken der Empörung eine Semantik im Geburtszustand artikulieren, die heterogene, teils gegenläufige Diskursstränge umfasst. Gleichwohl besitzen die Proteste einen minimalen verbindenden Sinnhorizont. Dieser lässt sich gemäß mittlerweile etablierter Definitionen insofern als populistisch bestimmen, als er die Spaltung der Gesellschaft in zwei Teile behauptet: die von unten und die von oben.⁴⁹ Diese Spaltung wird nicht bloß affirmiert, sondern im Sinne Laclaus (2005: 88–100) antagonistisch aufgeladen. So wie Laclau die Selbststilisierung des *plebs* zum *populus* beschreibt, so gerieren sich im Empörungsdiskurs die von unten (Arbeitslose, Studierende, prekär Beschäftigte, Nichtrepräsentierte usw.) als *das Volk*, das eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft einfordert. Die Eliten werden hingegen als ein blockierendes Element gedeutet, das zu entmachten ist, um die angestrebte gesellschaftliche Neuordnung zu realisieren. Folglich besitzt der Empörungsdiskurs eine dyadische Struktur (vgl. Jörke/Selk 2017: 43). Er lanciert einen Unten-oben-Konflikt

48 Damit behaupte ich nicht, dass die Empörtenproteste geschichtslos seien (wie dies Joaquín Valdivielso [2012] suggeriert), sondern dass ihre historische Einbettung in vorgängige Protestbewegungen der 1970er bis 2000er Jahre subtil verläuft, sich eher in den konkreten Praktiken des Empörungsdiskurses und weniger in seiner Rhetorik äußert.

49 Ich stütze mich auf jene Ansätze, die sich nicht um eine normative, sondern um eine deskriptive Fassung populistischer Phänomene bemühen. Einführend: Mudde/Rovira Kaltwasser 2019, Jörke/Selk 2017, Laclau 2005.

ohne Abwertung von migrantischen Gruppen oder Minderheiten, wie sie der Rechtspopulismus unternimmt (der eine triadische Diskursstruktur hat). Die Indignados bleiben bei einer vertikalen Polarisierung und stilisieren sie als eine demokratisierende Konfrontation. In genau dieser Hinsicht birgt die protopopulistische Empörtensemantik eine linke Polung. In ihr schwingt ein elementarer Egalitarismus mit.⁵⁰ Die Empörung enthält ein »levelling instinct [...] which prompts the prompt to seek a degree of elementary social justice at the expense of the rich« (Rudé zit. in Laclau 2005: 76).

Die Artikulation der Empörung stellt zwar liberaldemokratische Postulate wie die Gewaltenteilung, das Repräsentationsprinzip oder den unbedingten Schutz des Privateigentums in Frage, es griffe aber fehl, sie als eine prinzipielle Gefahr für Spaniens Demokratie zu bezeichnen. Im krisengerüttelten Spanien des Jahres 2011 entfaltet die Empörung demokratisierende Effekte. Große Teile der Bevölkerung bekommen durch die entstehende Protestbewegung eine Stimme, ihre Abstiegs Erfahrungen und Ängste werden repräsentiert. Diese Artikulation besitzt den Charakter einer demokratischen Ermächtigung, sie fordert soziale Gerechtigkeit und Volkssouveränität ein. Und es hebt diese Forderungen in einem neuen Volkssubjekt auf, das gerade in seiner Vagheit nicht ausschließend, sondern integrativ verfasst ist, prinzipiell alle Bevölkerungssegmente umfasst. Indes sei hier vor einer allzu emphatischen Leseart der protopopulistischen Empörungsemantik gewarnt, wie sie paradigmatisch Íñigo Errejón (2011) vornimmt. Der damalige Politologe und spätere Podemos-Stratege kapriziert sich zu sehr auf die semantische Polarisierung *pueblo versus elites* (Volk gegen Eliten) und vernachlässigt dabei, wie sich dieser linkspopulistische Konflikt als konkrete Praxis in der Gesellschaft artikuliert.⁵¹ Erst die Praxis der Empörung auf den Straßen und Plätzen bekräftigt das Postulat des populären Bruches, verleiht dem Neugründungsanspruch der Gesellschaft empirische Evidenz.

4.2 Plaça Catalunya, Passagenpunkt des Bruches

Der populäre Bruch, der von den Indignados ausgeht, bedeutet eine diametrale Infragestellung des spanischen Ist-Zustandes. Die Kritik, dass dieser Bruch naiv bleibe, weil er ausblende, wie mit der herrschenden Ordnung zu brechen sei, trifft auf einer eng diskursiven Ebene zu, allerdings nicht auf jener der Praxis der Artikulation. Der Empörungsdiskurs wird dadurch disruptiv, indem er sich als ein konkretes, präziser, als ein vielfach konkretisiertes Ereignis manifestiert: in der Besetzung der Hauptplätze der spanischen Städte. Die mehrwöchigen Zeltlager auf der Puerta del Sol in Madrid, der Plaça Catalunya in Barcelona und in dutzenden anderen Ortschaften versinnbildlichen schon im Terrain der urbanen Geographie, dass die Empörung – im Einklang mit ihren diskursiven Postulaten – einen Anspruch auf Zentralität erhebt. Die Aneignung eines physischen

50 Es ist kein Zufall, dass sich ab 2014 mit der Partei Podemos ein gewissermaßen gereiftes linkspopulistisches Projekt artikuliert, das die Kernelemente des Empörungsdiskurses reartikuliert und diesem eine Homogenität, Geschlossenheit und Zielrichtung verleiht, die er im Jahr 2011 noch entbehrt (als Überblick hierzu: Kap. V.4).

51 Errejóns stark diskursanalytische und wenig praxeologische Haltung wird sich später auch auf politischer Ebene bei der strategischen wie organisatorischen Ausrichtung des Parteiprojekts von Podemos bemerkbar machen.

Ortes, welcher die üblichen Mobilitätspfade von Verkehr, Arbeit oder Konsum an wichtigen urbanen Drehkreuzen unterbricht, symbolisiert für die Indignados, dass es möglich ist, die sedimentierte Hegemonie zu destabilisieren, auch und besonders auf der Ebene ihrer alltäglichen Reproduktion. Eine solche Destabilisierung resignifiziert temporär die Hauptplätze des Landes und verwandelt sie in politische Räume, in denen im Frühjahr 2011 eine neue, radikaldemokratische Kollektivität entstehen kann.

Diese räumliche Aneignung ist am Beispiel der Plaça Catalunya in Barcelona rekonstruiert worden. Schon Mitte Mai 2011 wird der Platz zum Teil eines Diskursgefüges, das die entstehende Empörungsbewegung in Barcelona stabilisiert und ihre Ausbreitung sicherstellt. Kommissionen werden gegründet, Mailverteiler eingerichtet, die notwendigen Bestandteile des Zeltlagers (Küche, Toiletten, Werkstätten usw.) aufgebaut, der Platz in feste Debattenräume (Tahrir, Palästina und Island) unterteilt, geregelte Tagesabläufe festgelegt (grob: morgens Frühstück und Debatten in den Kommissionen, mittags Essensausgabe, nachmittags Debatten und Präsentationen, abends Hauptversammlung). Ein Oberbegriff kann sowohl den Aufbau einer solchen Infrastruktur als auch die mannigfaltigen Praktiken bezeichnen, die auf dem Platz geschehen, von der Errichtung des Zeltlagers bis hin zur basisdemokratischen Deliberation in den Versammlungen oder der Artikulation von Forderungen. Dieser Begriff ist der des *verdichtenden Passagenpunktes*. Er entsteht auf dem Platz als Ergebnis von Artikulationen, und dient, einmal entstanden, seinerseits als Ausgangspunkt neuer Artikulationen.

Ein verdichtender Passagenpunkt ist, wie der Theoriepart erläutert (Kap. VI.2), ein zugleich materialisierter und symbolisierbarer Knotenpunkt von Artikulationspraktiken. Artikulationen – politisierte wie entpolitisierte – finden nicht nur als semantische Deutungskämpfe statt, sie sind desgleichen verkörperte Praktiken, die als stabile Verhaltensmuster und dank der Mobilisierung von Artefakten Gestalt annehmen. Dort also, wo der semiotisch ausgerichtete Ansatz von Laclau/Mouffe Artikulationen nur in partieller Weise gerecht wird, erfasst eine erweiterte Hegemonietheorie Artikulationen wie die der Indignados in ihrer phänomenologischen Breite. Wird dergestalt die Plaça Catalunya als ein verdichtender Passagenpunkt gelesen, dann geht dies mit einer synthetischen Hegemonieanalyse einher. So wie es der Dichotomie von unten gegen oben bedarf, um den popularen Bruch diskursiv einzuleiten und ein neues Volkssubjekt zu konstruieren, so bedarf es der Besetzung der Plaça Catalunya in Barcelona – und der Puerta del Sol in Madrid, der Plaza del Arriaga in Bilbao usw. –, um den popularen Bruch zu *materialisieren*. Die Hypothese, dass die Empörtenproteste die tradierten Verhältnisse in Frage stellen und ein neues Volkssubjekt ins Leben rufen, wird erst deshalb allseits überzeugend, weil sie nicht virtuell bleibt, sondern sich sinnlich in Raum und Zeit entfaltet. Die spanischen Hauptplätze werden zu den anwesenden Zeichen der sich konstituierenden Gegenhegemonie.

Im Passagenpunkt »Protestcamp Barcelona« verbinden sich Zeichen, Praktiken, Körper und Infrastrukturen. Der Passagenpunkt verdichtet ihre Verbindung und fügt sie ein in ein neues, sie übergreifendes Diskursgefüge. Semiotische und materielle Prozesse überlagern sich. Die aktivierenden Praktiken des Lageraufbaus, wie sie in der Zündphase des Barcelona-Camps geschehen (Kap. III.3.a), beziehen sich auf den diskursiven Bruch, den Manifeste und Forderungskataloge vor den Platzbesetzungen verkündeten. Und der generelle Empörungsdiskurs mit seinem Ermächtigungsanspruch von unten

gegen oben verstärkt seine Plausibilität dadurch, dass er sich auf die vielfältigen *instituierten* Praktiken auf dem Platz stützt. Ob dies nun die Gründung von Kommissionen, die Anlegung eines Pflanzenbeets oder die Herausbildung unterschiedlicher Diskursstränge sind, die sich je spezifisch ausrichten – sie alle fundieren den neuen Diskurs. Ähnliches gilt für die Infrastruktur im engen Sinne. So wie sie als materieller Unterbau der Praktiken *sur place* fungiert, um diese zu stabilisieren und zu verstetigen, so erhält die Infrastruktur durch diese Praktiken einen neuen, zentraleren Stellenwert. Ein Zelt mit 20 Töpfen, Geschirr und Essensvorräten für einige hundert Menschen kristallisiert zum unabdingbaren, physisch stabilisierten Teilglied des neuen Passagenpunktes.

In diesem Sinne veranschaulicht das Barcelona-Camp, wie ein Netzwerk zwischen Dimensionen entsteht, die meist isoliert betrachtet werden. Gegen einseitige semiotische, praxeologische oder neomaterialistische Perspektivierungen eröffnet sich ein holistisches Panorama. Praktiken verweisen auf Zeichen, Zeichen auf Praktiken, Infrastrukturen auf Praktiken und Zeichen, Zeichen wieder auf Infrastrukturen. Dieses Verweisungsnetz ist *dynamisch*. Jedes Element des Diskursgefüges verändert sich durch seine Verbindung zu den anderen. Ein Zelt ist als Kommission des Barcelona-Camps mehr als ein Zelt, es ist der Raum einer praktisch gelebten Basisdemokratie. Der Ermächtigungsdiskurs ist auf der Plaça Catalunya nicht mehr nur eine Rhetorik, er konkretisiert sich dort in den mannigfaltigen Versammlungs- und Organisationspraktiken, mit denen sich die Teilnehmerinnen zu politischen Akteuren subjektivieren. Die Differenzen zwischen Praxis, Diskurs und Infrastruktur rücken in den Hintergrund und ihre gemeinsame *Einbettung* im Passagenpunkt »Protestcamp« ins Zentrum. Die Teilnehmenden am Barcelona-Camp stellen keine expliziten Prioritäten zwischen ihren Praktiken her. Es ist genauso wichtig, sich an einer vorderhand eher unpolitischen Praxis (etwa kochen, putzen oder ein Gemüsebeet anlegen) zu beteiligen, durch die Teilnahme an den Debatten einen direktdemokratischen Diskursstrang mit zu produzieren oder Widerstand gegen den Räumungsversuch der Polizei leisten. All diese Praktiken konstituieren das Camp, sie werden als Teil eines sie übergreifenden Diskursgefüges erfahrbar und als solches symbolisierbar. Denn *just weil* sie ein unentwirrbares Gefüge von Praktiken, Diskursen und Infrastrukturen bilden, können die besetzten Plätze zum Symbol dafür werden, dass der populäre Bruch geschieht, dass eine neue, demokratischere Gesellschaft an die Stelle der alten treten könnte.

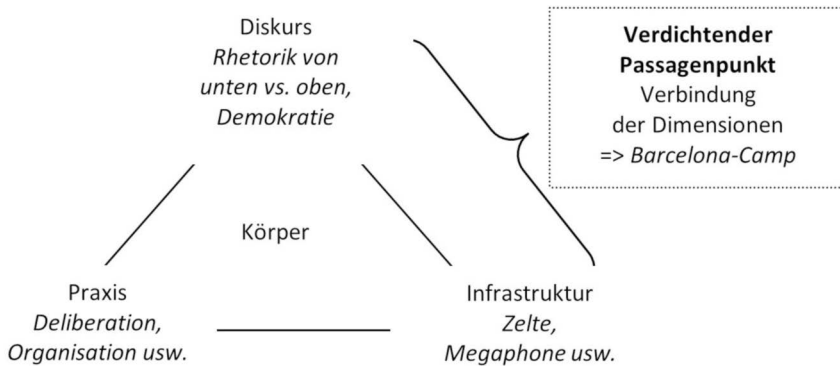
Um das besondere Momentum der Protestcamps zu verstehen, ist zudem ihre *Körperlichkeit* zu unterstreichen. In den Protokollen ist fortwährend davon die Rede, wie mitgerissen, euphorisch und erwartungsvoll die Teilnehmerinnen das Camp samt seiner Versammlungen und Aktionen erfahren. Es sei erinnert an den älteren Mann, der in den Protesten der Indignados ein Neuaufgange des Pariser Mai 1968 erblickt, an die ägyptische Frau, welche die Proteste in Spanien mit der ägyptischen Revolution vergleicht oder an die vielfältigen Vereine (von den kolumbianischen Indigenen über die Roma hin zu den Nachbarschaftsvereinen), die in den Indignados eine einschneidende Revolte gegen Ungleichheitsverhältnisse erkennen. Diese Mitgerissenheit erklärt sich maßgeblich durch die sinnlichen Praktiken auf dem Platz. Das Momentum der Empörung speist sich aus den Versammlungen mit tausenden Anwesenden, Kommissionen, in denen erfahrene Aktivisten mit Neulingen zusammenkommen, die mannigfaltigen Gespräche und neu-

geknüpfte Freundschaften. Auf dem Platz entstehen Ansätze einer, mit Butler (2016: 120) gesagt, solidarisch geprägten Form der Soziabilität.

Freilich bleibt die Dimension des Körpers in diesem Kapitel eher angekündigt als analytisch erfasst. Das kommende ethnographische Kapitel wird diese somatische Ebene stärker ins Visier nehmen. Einmal aber war in der Diskursanalyse von unten die Relevanz des Körpers erkennbar, nämlich *ex negativo* beim Räumungsversuch der Polizei am 27. Mai 2011. Die Stärke, mit der sich die herrschende Ordnung bemerkbar macht und mit der sie die Praktiken auf dem Platz verunsichert, erklärt sich besonders dadurch, dass die Staatsgewalt nicht nur semantisch, sondern körperlich, als Knüppelschlag oder Gummigeschosse auf die (nackte) Haut erfahrbar wird. Der besetzte Platz wird damit erkennbar als ein Ensemble von verletzbaren Körpern, die Gewalt erleiden, sich aber auch gemeinsam dieser Gewalt widersetzen können.

Bevor der nächste Schritt auf diese Gewalt eingeht, hält das Schaubild fest, wie die Protestcamps der Indignados als verdichtende Passagenpunkte fungieren:

Abb. 13: Das Diskursgefüge der Empörung am Beispiel des Protestcamps in Barcelona im Frühjahr 2011



4.3 Antagonismus: Eliten und Ordnungsgewalt

Sowohl die politische Diskursanalyse als auch die Diskursanalyse von unten stellen heraus, dass sich der protagonistische Empörungsdiskurs durch eine antagonistische Spaltung artikuliert. Ein unterdrücktes, aber souveränes »Volk« (*pueblo*) wird gegenüber den Eliten in Stellung gebracht und fordert deren Vormachtstellung heraus. Im Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« oder den Forderungskatalogen der Puerta del Sol und der Plaça Catalunya, werden generisch »Politiker, Geschäftsleute und Banker« als »korrupte Eliten« delegitimiert. Diese Elitenkritik setzt auf der antagonistischen Seite zwei Kollektive äquivalent: Berufspolitikerinnen und das Führungspersonal der freien Marktwirtschaft. Ferner wird die Vorherrschaft der beiden tradierten Volkparteien, dem sozialdemokratischen PSOE und dem konservativen PP, kritisiert, die unternehmerischen Praktiken in Frage gestellt oder, etwa in der Hauptversammlung des Barcelona-Camps am 22. Mai

2011, die Abschaffung der »Privilegien der politischen Klasse« gefordert (Kap. III.3.b). Stets wird mit allgemeinen rhetorischen Figuren eine *Zweiteilung* sozialer Verhältnisse betrieben. Diese radikal vereinfachte Gesellschaftsvision bietet zwar ob ihrer Personalisierung deutliche Anknüpfungspunkte für gruppenbezogene Ressentiments, 2011 und in den Folgejahren fungiert sie aber (noch) als breite Identifikationsfläche für einen Anti-Establishment-Diskurs, der einen egalitären Gegenentwurf lanciert.⁵²

Die Stilisierung der politisch-ökonomischen Eliten zum Kontrahenten eines neuen *pueblo* fungiert nicht nur als Ermächtigungsvehikel, sie ist desgleichen eine potentiell entmachtende Instanz. Es gilt das Motto von Laclau/Mouffe: Der Antagonismus konstituiert den Diskurs und bedroht ihn zugleich (Kap. I.1.c). Die Eliten bleiben eine mächtige Instanz, in der sich die politische und ökonomische Macht bündelt. Das asymmetrische Verhältnis zwischen unten und oben wird in Manifesten wie Protokollen immer wieder betont. Die Figur der Eliten erscheint als übermächtiger Garant einer Ordnung, gegen die man sich zwar empören kann, die sich aber nicht ohne weiteres stürzen lässt. So geschieht im Empörungsdiskurs etwas, was *nicht* ins Bild des populären Bruches passt. Der reformistische Strang der Indignados optiert für eine *immanente* Kritik am Ist-Zustand, er misst diesen an seinen eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen. Vor allem die Artikel der im Jahr 1978 verabschiedeten Verfassung Spaniens, in der soziale Rechte (etwa auf Wohnen, Arbeit oder Gesundheitsversorgung) postuliert werden, fungieren als Maßstab, um kontrafaktisch die bestehende Ordnung an ihren nicht eingelösten Grundsätzen zu kritisieren. Diese immanente Kritik ist eine strategische Diskursbewegung, sie ist aber gleichermaßen ein implizites Bekenntnis dazu, dass die kritisierte Ordnung normative Gehalte enthält, die das gegenhegemoniale Projekt übernimmt.⁵³ Es ist auch eine Form, sich die eigene Schwäche implizit einzugestehen: Die etablierte Ordnung wird sich nicht leicht stürzen, der umfassende Neuanfang bestenfalls partiell verwirklichen lassen.

Der populäre Bruch bleibt insofern unvollkommen, ja bruchstückhaft, als er einen tief sedimentierten Antagonisten konfrontiert.⁵⁴ Die Ordnung, die im spaltenden Empörungsdiskurs als Oligarchie abgetan wird, ist in allen Poren der spanischen Gesellschaft präsent, sie *ist* zu großen Teilen diese Gesellschaft. Die Hegemonie, die in Spanien seit Jahrzehnten sedimentiert, ist die Kultur der Transition. Sie prägt das politische System im engen Sinne und den Staatsapparat im weiten. Auf ihn kommt es hier an. Der Staat erweist sich als Verdichtung von Kräfteverhältnissen. In ihm spiegeln sich die asymmetrischen Kräfteverhältnisse, welche die Gesellschaft in ihrer Gänze bestimmen. Der Staat panzert, mit Gramsci (2012: 2195) gesagt, eine bestimmte Hegemonie, er bildet

52 Diese Elitenkritik ist zwar im Untersuchungszeitraum (2011 bis 2016) noch links gepolt, sie kann jedoch prinzipiell auch eine rechtspopulistische Reartikulation erfahren, was ab 2018 auch geschieht (Kap. VII.2.b).

53 Eine analoge immanente Kritik an der geltenden Ordnung, die ebenfalls die vornehmlich progressiven und nicht verwirklichten Verfassungsartikel verteidigt, artikuliert ab 2018 die Linkspartei Podemos. Bezeichnenderweise tut sie das *nach* ihrer in dieser Studie analysierten populistischen Hochphase (2014 bis 2016), als ihre Unterstützung bereits erodiert und sich Podemos als möglicher Juniorpartner der Sozialisten in Stellung bringt (Kap. VII.2.c).

54 Dies blenden kritische Diskursanalysen oftmals aus, weil sie sich auf die Binnenperspektive gegenhegemonialer Diskurse beschränken und deren Antagonisten unberücksichtigt lassen (etwa Marchart 2013b: 138–188).

mit ihr eine »geschichtliche Einheit«. Damit sorgt der Staat für eine strategische Selektivität (Jessop), die gegenüber gewissen Konflikten responsiv bleibt, während sie andere marginalisiert. Und gerade mit solch einer Marginalisierung reagiert der spanische Staat im Frühjahr 2011 gegenüber den Indignados.

Nicht die im engen Sinne politische Responsivität auf die Proteste steht in diesem Kapitel im Zentrum, sondern eine Reaktion des Staates auf sie.⁵⁵ Auf die Besetzung der Plaça Catalunya und seine Verwandlung in ein Protestcamp reagiert die katalanische Regionalregierung mit einer Härte, die selbst gemäßigte Medien als überzogen verurteilen. Das Zeltlager wird vom letztlich gescheiterten Räumungsversuch der Polizei tief verunsichert. Nach dem Räumungsversuch ist allseits klar, »dass die Besetzung des Platzes nicht von Dauer sein konnte« (Interview Carles, 11.11.2016). Die Ordnungsgewalt weist den Ermächtigungspathos der Empörung in seine Grenzen. Der Polizeieingriff konfrontiert die Indignados mit einer *Gewalt*, die sich mit Lindemann (2017: 64) definieren lässt als »vermittelte Unmittelbarkeit, d.h. als unmittelbare leibliche Interaktion, die auch technisch vermittelt sein kann und zugleich symbolisch vermittelt [wird]«. Die Polizeigewalt ist für die Protestierenden eine unmittelbare körperliche Erfahrung, und also solche fungiert sie als Zeichen dafür, dass die Platzbesetzung die geltende Ordnung tatsächlich herausforderte. In diesem Sinne erklären sich auch die ambivalenten Reaktionen gegenüber dem In-Erscheinung-Treten des Staates (Kap. III.3c). Nach dieser Aktion steht fest, und zwar in ganz Spanien, dass die neue Gegenhegemonie der Empörung wahrhaft die tradierte Ordnung konfrontiert. Der radikalere Flügel der Indignados lässt sich auf diese Konfliktsituation ein und deutet sie als Bestätigung dafür, dass der populare Bruch in all seinen Konsequenzen durchzuführen sei (vgl. Rodríguez 2016: 64ff., dazu: Kap. V.1.a). Der andere, reformistische Flügel aber schreckt vor dem Konflikt mit dem Staat zurück und erwägt, ob der diskursiv postulierte Bruch mit dem Ist-Zustand nicht zu weit gehe, ob es nicht fruchtbarer sei, gemäßigte, institutionell ausgerichtete Parteiprojekte zu lancieren.

Die Konfrontation mit der Ordnungsgewalt wird damit zur fast schon natürlichen Verlängerung des popularen Bruches, den der Empörungsdiskurs forciert. Ebnet die Krisenerfahrung diese Differenzierung bereits ein, weil diejenigen, die protestieren, eine milieübergreifende ökonomische Verletzlichkeit teilen, so spitzt sich diese entdifferenzierende Erfahrung mit dem staatlichen Gewalteininsatz weiter zu. Wer an ein Upside-down-Szenario appelliert, begibt sich früher oder später in einen Konflikt mit dem Staat. In einer funktional differenzierten Gesellschaft wie der spanischen ist die Gewalt ein »durch und durch problematisches Ereignis« (Lindemann 2017: 79), weil sie mit dem Postulat bricht, dass man als Mitglied der Gesellschaft in eine Pluralität von Sinnwelten sozialisiert werde und keine »dieser Zusammenhänge den Erfahrungshorizont von Menschen vollständig vereinnahmen [könne]« (ebd.: 80). Diese Verletzlichkeit verunsichert nicht nur die Indignados, sie bestätigt ihre neue Gemeinschaft auch in somatischer Hinsicht. Auf dem Platz leisten alle gemeinsam Widerstand gegen eine gewaltförmige Ordnung (vgl. Butler 2016: 241). Als Gewaltopfer werden die Platzbesetzerinnen »in ihrem Erleben total vereinnahmt« (Lindemann 2017: 79), sie werden zum

55 Eine solche Analyse der Responsivität der hegemonialen Akteure gegenüber den Indignados liefert diese Studie nur ansatzweise (dazu: Kap. V.1.b, Kap. V.4.d, Kap. VII.2).

Anderen der Ordnung gemacht, als ein einheitliches Kollektiv mit den *Tiefenstrukturen der Hegemonie* konfrontiert.

Im gewaltförmigen Konflikt mit dem Staat wird nicht mehr nur ideologisch gestritten, es findet eine Infragestellung des »Ordnungswerts der Ordnung« (Popitz) statt, auf dem in letzter Instanz jede Hegemonie beruht (Kap. VI.4). Für die Kultur der Transition erweisen sich die Platzbesetzungen als eine basale Kritik; diese unterbricht die vorherrschende Raumordnung und stellt die Axiome einer entpolitisierten Zivilgesellschaft und eines dominanten politischen Systems in Frage. Der Ist-Zustand, das ist keine bloße Atmosphäre, die sich nach zwei oder drei Protestwochen grundsätzlich wandeln oder gar verschwinden würde, sondern eine machtvoll sedimentierte Ordnung, die auch dort noch wirksam bleibt, wo sie rhetorisch entmachtete wurde.

4.4 Demokratie – ein strittiger und vorzeichnender Signifikant

Die Artikulation eines unterdrückten, aber sich als Souverän gerierenden Volkssubjekts, das als *pueblo* (Volk) signifiziert wird, der populäre Bruch mit dem Status quo und die damit einhergehende Konfrontation mit der sedimentierten Hegemonie der Transition, die Errichtung des Protestcamps der Plaça Catalunya als verdichtender Passagenpunkt der Proteste in Katalonien – all diese Elemente wären undenkbar ohne den zentralen Signifikanten des entstehenden Empörungsdiskurses. Die *Demokratie* ist der große Bezugspunkt, um den sich die Vorgängerbewegungen der Indignados, deren Manifeste und Forderungskataloge im Frühjahr 2011 und die gesichteten Protokolle des Barcelona-Camps drehen. Doch nach welcher Demokratie sich das »neue Volk« der Empörung überhaupt sehnt, das ist von Anfang strittig.

Zwei große Strömungen grenzen sich im Frühling 2011 voneinander ab: eine reformistische und eine direktdemokratische. Die erste Strömung kritisiert die bestehenden politischen Institutionen weniger grundsätzlich als vielmehr immanent. Das bestehende Wahlsystem müsse überarbeitet werden, um repräsentativer zu werden, die politischen Entscheidungsträger weniger Privilegien besitzen und einer härteren Kontrolle unterliegen, soziale Rechte nicht weiter beschnitten, sondern geschützt oder ausgebaut werden – so einige exemplarische Positionen der Reformistinnen. Sie diagnostizieren eine Legitimitätskrise der bestehenden Ordnung, ohne diese deshalb in ihrer Gänze abzulehnen. Im Fokus steht, dass es das politische System zu *regenerieren* gilt, damit dieses erneut seiner demokratischen Aufgabe der Repräsentation der Volkssouveränität, seines ökonomischen Prosperitätsauftrages und seiner wohlfahrtsstaatlichen Sicherheitsaufgaben gerecht wird.

Dieser immanente Verbesserungsanspruch zeugt von einer ungebrochenen Grundverbundenheit zur bestehenden Ordnung. Man empört sich weniger über den Ist-Zustand *in toto* als vielmehr über dessen Dysfunktionalität, darüber, dass das Versprechen auf solventes Regieren nicht eingelöst wird. An dieser Stelle lohnt es sich, die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Proteste zu bedenken. Viele Indignados gehören zu dem, was Carlos Taibo (2011: 54) eine abrupt »verarmte Mittelklasse« nennt. Es sind junge Menschen in den Zwanzigern und Dreißigern, die sich mitten in einer prekären ökonomischen Lage befinden und hinter den Lebensstandard der Elterngeneration zurückfallen. Eine Vorgängergeneration, die wohlweislich zwischen den 1960er und 2000er Jahren oft-

mals einen Wohlstand aufgebaut hat, der ihr Bild als Mittelschicht, mehr noch, das Bild Spaniens als Mittelschichtsgesellschaft geprägt hatte.

Dass sich diese Gesellschaftsvision mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten nicht mehr einlösen lässt, löst zwar die Proteste von 2011 maßgeblich aus. Doch die Empörung führt nicht zwingend dazu, dass man sich hinter eine direktdemokratische Alternative stellt. Ein Teil der Indignados strebt lediglich die aktualisierte Wiederherstellung des zuvor geltenden Zustandes an. Der reformistische Strang verwirft *nicht* die Axiome von Wirtschaftsliberalismus, Meritokratie oder Stabilität, welche die Kultur der Transition auszeichneten, sondern plädiert (explizit oder implizit) für ihre Aktualisierung im Heute: Wie könnten Reformen geschehen, die Spanien erneut auf den Pfad von Liberalisierung, Modernisierung und Europäisierung bringen? Wie lässt sich Korruption wie Misswirtschaft bekämpfen und Spaniens politisches System für regenerierende Kräfte öffnen? Der reformistische Strang birgt so eine konservative Schlagseite. Seine Demokratievorstellung ist nicht so anspruchsvoll, dass sie nicht durch eine reartikulierte Kultur der Transition aufgefangen werden könnte.⁵⁶

Demgegenüber agitiert im Frühjahr 2011 der radikale, direktdemokratische Strang der Empörung für eine grundsätzlich andere Demokratie. Im Zentrum ist für ihn die Institution der *Versammlung*. Sie ist der Ort, an dem die Souveränität des neuen Volkssubjektes ausgeübt werden soll, an dem deliberative Praktiken kollektive Entscheidungen herbeiführen. Damit zeichnet sich ein *anwesenheitszentriertes* Demokratiemodell ab. Es ist eine Demokratie, die traditionelle Repräsentationsformen ablehnt und stattdessen auf spontane Selbstorganisation setzt – und hiermit auf eine neue, gemeinschaftliche und solidarische Sozialität in den Protestcamps (vgl. Lorey 2019: 127). Das souveräne Volk braucht keine Parteien oder Parlamente, es kann sich selbst auf der Plaça Catalunya – oder der Puerta del Sol in Madrid, der Plaza de la Encarnación in Sevilla usw. – regieren, so verfiucht dieser Diskursstrang.

Besonders stark äußert sich der direktdemokratische Anspruch auf methodologischer Ebene in der *Verfahrensweise* der Versammlungen. Die Organisation des Barcelona-Camps erfolgt nach Kriterien, die eine möglichst offene, inklusive und symmetrische Diskussion gestatten, beispielsweise durch ein durchlässiges Arrangement der Anwesenden, verteilte Mikrofone, eine gemeinsame Zeichensprache usw. Ferner zeigt die prominente Rolle der Kommissionen, wie selbst bei spezifischen Unterthemen oder technischen Fragen (von der Erstellung von Forderungen auf ökonomischem Terrain hin zur Pflege der Hygiene in dem Zeltlager) nicht eine Delegation auf »Experten« stattfindet, sondern eine gemeinsame Deliberations- und Entscheidungspraxis in Versammlungen geschieht. Damit ist nicht gesagt, dass basisdemokratische Organisationsformen machtfrei wären, jedoch unterstrichen, wie stark direktdemokratische Muster die Praktiken der Empörung prägen.⁵⁷ Sogar jene Protestierende, die sich für eine repräsentative Demokratie aussprechen, beteiligen sich in Versammlungen an direktdemokratischen Praktiken und werden durch diese geprägt. So klar die zweigleisige

56 Darauf werde ich punktuell in Kap. V und dann in verdichteter Form in Kap. VII.2 zurückkommen.

57 Direktdemokratische Versammlungen sind nicht befreit von prononcierten Machtverhältnissen und hierarchisierten Subjektpositionen, sie werden vielmehr durch diese konstituiert (dazu: Kap. IV. 3.a, IV.5).

Demokratiekonzeption der ersten Empörtenproteste ausfällt, so deutlich ist zugleich, dass ihre Artikulationspraxis *ganzheitlich* von direktdemokratischen Regeln strukturiert wird. Sie mag zuweilen unsichtbar bleiben, stellt sich aber in den Folgejahren als sehr resilient heraus.

Die direkte Demokratie ist für die Indignados und den an sie anschließenden Protestzyklus deshalb zentral, weil sie sich in den Camps als eine *präfigurative Praxis* erweist. Die Differenzierung verschiedener Diskusstränge – reformistische, direktdemokratische, aktionistische oder selbstkritische – spiegelt nur eine Seite des Empörungsdiskurses. Seine andere Seite sind die sozialen Praktiken, die diese Diskursstränge überlagern und im Grunde alle Artikulationspraktiken auf dem Platz bestimmen. Diese Praktiken realisieren im Hier und Jetzt die Ordnung, die für ganz Spanien angestrebt wird. Die Einrichtung der Plaça Catalunya zu einem Protestcamp enthüllt sich in dem Maße als präfigurativ, als sie den Platz für die Indignados als einen »Frei-Raum« erfahrbar macht, in dem diese zeitweilig ihre Utopie realisieren (vgl. Polletta 1999: 11). Der Entwurf einer egalitären, solidarischen und radikaldemokratischen Gesellschaft wird in dem Protestcamp vorgelebt. Diese Präfiguration ist eine stark subjektivierende Praxis. Wer in den Versammlungen mitdiskutiert, sich an der Organisation des Camps (etwa in der Essensausgabe) beteiligt oder in einer Kommission gemeinsam mit anderen Forderungen ausarbeitet, erlebt ein Vergesellschaftung, die im Zeichen einer gelebten Demokratie steht.

Dieses präfigurative Vorleben einer direkten Demokratie auf dem Platz ist auch deshalb zentral, weil dort solidarische Beziehungen realisiert werden. Der Gegenentwurf zur Kultur der Transition besteht nicht nur in der Realisierung von politischer, sondern zudem von ökonomischer Souveränität. Es kommt in den Camps zu einer Praxis des *Commoning*, der gemeinsamen Produktion, Verteilung und Aneignung von materiellen wie immateriellen Gütern. Von der Erstellung von Forderungskatalogen und der Produktion von Social-Media-Inhalten über den Aufbau der Infrastruktur hin zur Essenszubereitung und -verteilung und zur kollektiven Übernachtung werden in den Protestcamps alternative soziale Praktiken zur individualistischen und kapitalförmigen Wirtschaftsform eingeübt (vgl. Asara 2020). Es findet eine temporäre Vergemeinschaftung von Produktions- und Reproduktionspraktiken statt. Für einen kurzen historischen Augenblick scheint eine kollektive Existenzweise verwirklicht, die sich sowohl von der repräsentativen Demokratie als auch von der freien Marktwirtschaft autonom macht.⁵⁸ Die Praktiken des Commoning geben ein konkretes Versprechen dafür ab, dass die neue Gegenhegemonie die Strukturen der spanischen Gesellschaft grundsätzlich umordnen könnte.

Trotz ihrem Impetus bleiben die Zeltlager flüchtige Ereignisse. Das Barcelona-Camp wird am 5. Juni 2011 aufgelöst, das Madrider Camp eine Woche später am 12. Juni. Die Institution der Versammlung indes besteht fort. Ab Mitte 2011 bilden sich in Spanien

58 Den Begriff der Autonomie, der in der Diskussion rund um das Komplex der Posthegemonie (im Kontext der Indignados: Prentoulis/Thomassen 2013) oftmals eher konturlos bleibt, würde ich emphatisch als Befreiungsversuch vom geltenden Ist-Zustand beschreiben. Autonomie ist der temporäre, bruchstückhafte und immer wieder scheiternde Versuch eines »refusal to be over-coded by the existing order« (Arditi 2014: 35) auf der einen Seite und der Versuch einer Neugründung der sozialen Ordnung – im Großen oder im Kleinen – auf der anderen Seite.

Ansätze einer Topographie der Empörung heraus (vgl. Asara 2015). Auf Quartiersebene, in kleineren Gemeinden und als größere Plattformen oder Initiativen konstituieren sich eine Vielzahl von Gruppen, die als Versammlungen funktionieren und sich mittels direktdemokratischer Verfahren organisieren. Die demokratische Selbstermächtigung sedimentiert in der spanischen Zivilgesellschaft. Nach den ephemeren Camps des Frühlings 2011 werden politische Versammlungen zu den zusehends populären Passagenpunkten einer neuen Gegenhegemonie. Diese stabilisiert zeitlich wie räumlich und vermengt sich nach den ersten Empörungsprotesten mit bestehenden gegenkulturellen Traditionen und sozialen Bewegungen (vgl. Fominaya 2014, Maeckelbergh 2012).

Das folgende Kapitel wird anhand dreier Fallbeispiele im Raum Barcelona diese spätere Phase des Empörungsdiskurses rekonstruieren. Wie bereits dieses Kapitel wird das nächste das junge Diskursgefüge in seiner Vielschichtigkeit kartieren. Es wird im Zentrum stehen, *was* artikuliert wird, welche Forderungen erhoben, welche antagonistischen Grenzen gezogen und welche Kollektivitätsfiguren etabliert werden. Doch ebenso wird interessieren, *wie* sich die Fortsetzung des Protestausbruches gestaltet, wie sich im Feld der Zivilgesellschaft verschiedene Arten von Empörtenversammlungen herausbilden und wie sich diese in einem Kontext entfalten, der nicht mehr vom Enthusiasmus massenhafter Zeltlager geprägt ist. Dieses Kapitel hat untersucht, wie die Gegenhegemonie der Empörung entstand. Das nächste – und das übernächste – untersuchen, wie sich diese Gegenhegemonie entwickelt und wie sie Spanien verändert.

IV Wütende Körper, empörte Praxis

Langsam füllt sich der Saal. Um die 50 Menschen haben sich versammelt, in der Mehrzahl sind es Frauen. Manche wirken übernächtigt und bleiben in sich zurückgezogen, andere umarmen sich innig, lachen herzlich und grüßen sich emphatisch. »Wie geht es uns? Möchte jemand irgendetwas sagen?« (PAH, 7.4.2015) – mit der üblichen Frage eröffnet die heutige Moderatorin María die wöchentliche Hauptversammlung der Plattform der Hypothekbetroffenen (PAH) von Barcelona.¹ Dann stellt sie die Tagesordnung vor und verteilt Rollen: Wer moderiert? Wer erstellt ein Protokoll? Wer läuft im Saal umher und reicht das Mikrofon herum? Die Aufgaben sind schnell vergeben. Der Ablauf ist bei den Versammlungen der PAH eingespielt. Die Sitzung kann beginnen. Doch wie so oft kommt der erste Diskussionspunkt überraschend. Juan, ein Mann mittleren Alters und südamerikanischen Hintergrundes, meldet sich nervös zu Wort: »Ich bin zur Plattform gekommen, weil nächste Woche die Zwangsräumung von mir und meiner Familie geschehen soll. Ich brauche Hilfe.« Juan scheint zu erwarten, dass ihm ein sofortiges Hilfsangebot entgegenkommt. Es bleibt aus. Stattdessen fragt Moderatorin María: »Juan, werdet ihr nächste Woche wirklich zwangsgeräumt – oder habt ihr bloß einen Termin bei der Bank? Ist ersteres der Fall, dann werden wir vor der Tür Deiner Wohnung stehen, um das Eintreten der Polizei zu blockieren. Wenn aber nur ein Termin mit der Bank stattfindet, dann werden wir Dich zwar dorthin begleiten, Du musst aber Deinen Fall selbst in die Hand nehmen. Du musst kämpfen. Wir werden Dir dabei zur Seite stehen.«

Juan verwirrt die Antwort. Die Hilfestellung der Plattform schien er sich anders vorzustellen. Tatsächlich habe, so Juan im PAH-Plenum, die Bank bisher nur mit der Zwangsräumung gedroht, nächste Woche stünde hierzu ein wichtiger Termin bei der Bankfiliale an. Darauf reagiert María, die PAH-Moderatorin: »Dann soll sich jetzt jemand melden, um Juan zum Termin mit der Bank zu begleiten und eine andere Verhandlungstechnik anzuwenden. Und Du, Juan, bleibst heute bis zum Ende und

1 Die Namen aller angeführten Personen wurden geändert – mit Ausnahme der Fälle, in denen es um öffentliche Personen geht. Zudem gilt: Die Tatsache, dass die Versammlungen, die ich ethnographisch begleitete, weiblich geprägt sind, schlägt sich im Fließtext nieder. Dieses Kapitel benutzt mehrheitlich die weibliche Form.

kommst auch nächsten Montag zur Willkommensveranstaltung mit den Dokumenten Deines Falles. Darüber, wie fortzufahren ist, werden wir mit Dir nur kollektiv, nicht in Einzelgesprächen, beratschlagen. Du übernimmst nun selbstbewusst Deinen Fall – und dann kämpfen wir mit Dir gegen die Bank, um die Räumung zu stoppen.« Diese Ansage gilt nicht nur Juan, sondern allen Neuankömmlingen bei der PAH. Dies wirkt oft verstörend, fordert es doch dazu auf, die Rolle als »hilfloses Opfer« in Frage zu stellen und ein neues Selbstverständnis einzunehmen. Das des ermächtigten Subjekts, das für die eigenen Rechte kämpft.

Im Folgenden werden Menschen wie Juan im Fokus stehen, es wird um Personen gehen, deren Identitäten zwischen der des hilflosen Opfers und jener der ermächtigten Aktivistinnen hin- und herschwanken. Gerade die Verknüpfung von Leidens- und Verarmungserfahrungen mit Politisierungsprozessen macht die PAH sowie die anderen Gruppen zu spannenden Beispielen dafür, die Hintergründe und Reichweite eines neuen Aktivismus zu verstehen, dessen Eigenschaften sich von den Neuen Sozialen Bewegungen der 1980er und 1990er Jahren abheben und teils eher an längst vergangene soziale Bewegungen erinnern.² Dieser Text wird systematisch die PAH sowie zwei andere Empörtenversammlungen im Raum Barcelona rekonstruieren, die ich von Ende 2014 bis Anfang 2016 über mehrere Monate (bei der PAH: Februar bis August 2015) über teilnehmende Beobachtungen begleitete – sowohl bei ihren wöchentlichen Versammlungen als auch bei ihren Aktionen und Demonstrationen. Das Kapitel wird sein Vorhaben dann umgesetzt haben, wenn ihm ein sensibles *Miniaturpanorama des Empörungsdiskurses* in den Jahren nach 2011 gelingt. Ein Miniaturpanorama, das dem Empörungsdiskurs in seiner Vielschichtigkeit und seinen Widersprüchen gerecht werden möchte.

Gleichwohl erschöpft sich das hiesige Kapitel *nicht* in der empirischen Analyse. Sein zweites zentrales Anliegen ist es, die empirische Analyse in die Theoriebildung zurückzublenden. Dafür greife ich auf meine Überlegungen im Theoriepart zurück und entfalte eine Analyseheuristik, die Protestbewegungen und ihre Dynamiken weder idealisiert noch von der Gesellschaft absondert. Protest geschieht in der Gesellschaft, er wirkt auf die Gesellschaft zurück, bringt diese geradezu hervor. Um die Wechselwirkungen zwischen Politisierungsprozessen und ihrem Kontext zu erfassen, um also Protestprozesse in ihrer ganzen Reichhaltigkeit zu würdigen, arbeite ich mit den analytischen Schweinwerfern einer erweiterten Hegemonietheorie. Es wird eine weitere empirische Bewährungsprobe für einen Theorierahmen sein, den ich im Rückgriff auf Laclau/Mouffe, aber auch über sie hinausgehend entwickle. Seine Kernambition sei nochmals festgehalten: Ich rücke die gemeinsame Artikulation von Zeichen, Praktiken, Körpern und Dingen durch Passagenpunkte ins Zentrum – und betone damit zugleich die antagonistische Prägung *und* die soziale Sedimentierungstendenz jedes Diskurses. Diskurstheorie, Praeologie und Materialismus und eine Theorie des Politischen lassen sich forschungsprak-

2 In gewisser Weise hallen in den hiesigen Protesten Motive der klassischen Arbeiterbewegung im Allgemeinen und des spanischen Anarchismus im Besonderen wider. In der zweiten Hälfte des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts organisierten sich die benachteiligten Schichten in Gewerkschaften sowie außerhalb des Arbeitsplatzes in Nachbarschaftsorganisationen und Kulturvereinen. Auch die Frage des Wohnens war damals schon virulent, wie sich im Mieterstreik von Barcelona im Jahr 1930 zeigt. Dazu: Aisa 2014, als Überblick: Ealham 2010.

tisch triangulieren – so mein Leitmotiv. Auf methodologischer Ebene folgt daraus, dass Diskursanalyse und Ethnographie sich in einem synthetischen Forschungsprogramm ergänzen können, ja ergänzen müssten (siehe: Kap. I.3.b). Dieses Kapitel leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Das Versprechen auf eine Hegemonieanalyse, die praxeologisch verfahren kann, lässt sich nur empirisch einlösen. Das vorhergehende Kapitel unternahm die ersten Schritte in diese Richtung, das vorliegende wird diesen Weg vertiefen. Stumme Praktiken und laute Deutungskämpfe, wütende Körper und artikulierte Forderungen verhalten sich zueinander wie die Glieder eines Ganzen, das in seiner Mehrgliedrigkeit verstanden werden will. Im Kern werde ich anhand der ethnographischen Untersuchung von drei Protestgruppen in Barcelona ausleuchten, wie die im Mai 2011 ausgebrochene Empörung gesellschaftlich sedimentiert. Dieses Kapitel mag theoretisch aufgeladen sein, sein grundsätzliches Erkenntnisinteresse bleibt indes empirisch motiviert: Wie erscheinen jene Protestsemantiken und Protestpraktiken, die das vorhergehende Kapitel diskursanalytisch untersuchte, nun einige Jahre später durch eine ethnographische Perspektive? Wie stellt sich die Artikulation der Empörung aus Sicht der Ethnographie dar? Werden die Artikulationspraktiken aus ihrer Warte reichhaltiger und mannigfaltiger?

Selbst dort, wo sich die folgenden Seiten so sehr in die ethnographische Feinanalyse vertiefen, dass sie in ihr aufzugehen scheinen, darf nicht vergessen werden, dass der empirische Fokus nicht nur mikrosoziologisch motiviert ist, sondern stets auch auf größeren Zusammenhängen ruht. In den Abschnitten zu Zitierungspraktiken, zur Artikulation oder zur Kollektivität wird die Grundannahme deutlich hervortreten, die andernorts impliziter bleibt: Das Miniaturpanorama, das dieses Kapitel zeichnet, ist wie eine Matrjoschka in eine *umfassendere Gegenhegemonie* eingefasst. So wenig letztere begreifbar ist, wenn man nicht auf mitunter kleinteilige Artikulationspraktiken schaut, so unverständlich bleiben diese ohne die Eingebundenheit in einen alternativen Gesellschaftsentwurf, der sich damals, zwischen 2014 und 2016, in der spanischen Zivilgesellschaft wie auch im politischen System entfaltet.

Dieses Kapitel ist folgendermaßen strukturiert: Zunächst werde ich meinen Feldzugang in Barcelona erläutern sowie in die drei beobachteten Protestgruppen einführen (Kap. IV.1). Dann gebe ich einen sensibilisierenden Überblick über die Versammlungen (Kap. IV.2). Im mit Abstand längsten Schritt arbeite ich die ethnographischen Erkenntnisse in drei Unterschritten auf. Diese Schritte sind stets empirisch *und* konzeptuell ausgerichtet, entfalten sie doch einen um seine kollektive Dimension erweiterten Praxisbegriff (Kap. IV.3). Zunächst lege ich dar, wie sich Zitierungspraktiken in den Kollektiven vollziehen und wie sie von den Machtverhältnissen in der Gruppe stabilisiert werden (Kap. IV.3.a). Die Wiederholung von Praktiken ist ihrerseits sowohl auf die gemeinsame Artikulation von Erfahrungen als auch auf die Versammlung als einen stabilisierenden Raum angewiesen (Kap. IV.3.b). In den Kollektiven geschehen allerdings nicht nur sedimentierende, sondern auch performative Praktiken. So tritt eine geordnete Performativität zutage, die der Begriff der Fokussierung beschreibt (Kap. IV.3.c). Viertens schreitet das Argument, das sich bis dahin nahe an meinem ethnographischen Material bewegt, zum Artikulationsbegriff einer erweiterten Hegemonietheorie. Unter Rückgriff auf Marcharts Begriffspaar »Vorder- und Rückseite« wird sich zeigen, dass die beiden schillernden Vorderseiten der Artikulation, Repräsentation und Antagonismus, eine

meist verborgene, aber sehr wirkmächtige Rückseite besitzen, den Eigensinn der Praktiken und eine geordnete Performativität. Um die soziale Ordnung und ihren Wandel zu verstehen, bedarf es beider Seiten der Artikulation (Kap. IV.4). Daraufhin mache ich einen Schritt in die Ethnographie zurück und beschreibe, wie sich in den Versammlungen vielfältige Subjektivierungen entfalten, in deren Zuge »hilflose Opfer« zu »ermächtigten Aktivistinnen« aufsteigen (Kap. IV.5). Als Schlusspunkt des Kapitels drängt sich der Begriff der Kollektivität auf. Die Ausführungen gipfeln darin, dass ich die beobachteten Asambleas als *verdichtende Passagenpunkte* begreife. In ihnen treffen Zeichen, Praktiken, Körper und Artefakte zusammen und ergeben eine demokratische Vergesellschaftung (Kap. IV.6). Schlussendlich werden die Einsichten dieses Kapitels und systematisch eingeordnet (Kap. VI.7).

1 Eine Ethnographie von Protestgruppen in Barcelona (2014–2016)

Wie Reckwitz (2008: 191f.) bemerkt hat, schließen sich diskursanalytische und praxeologische Zugänge zwar nicht aus, sie führen jedoch zu unterschiedlichen »Fundierungsstrategien«. Wo die Diskursanalyse tendenziell »den intellektuellen Überbau von Aussagen« nachzeichnet, analysiert die Praxeologie eher ein »tacit knowledge«, ein implizites Wissen und einen impliziten Sinn, der »kaum je verbalisiert wird« und sich nur schwer »an ausdrücklichen Zeichen« ablesen lässt (ebd.). Dieses Kapitel verfährt nun durchgängig praxeologisch, es wertet (kaum) Texte, sondern teilnehmende Beobachtungen aus (zur Methode: Kap. I.3.b). Das dargestellte Material gründet auf einer von November 2014 bis Januar 2016 durchgeführten Ethnographie. In diesem Zeitraum begleitete ich je vier Monate lang drei Aktivistengruppen, die sich im Raum Barcelona befanden und direkt oder indirekt aus den Platzbesetzungen von 2011 hervorgegangen waren. Ich ging zu ihren wöchentlichen Versammlungen und beteiligte mich an ihren Aktionen, Debatten und Demonstrationen. Zudem besuchte ich weitere Kollektive punktuell, um sie als Vergleichsgruppen zu gebrauchen. Ab Ende 2015 und bis Anfang 2017 führte ich zudem 14 Interviews mit Aktivistinnen und Politikerinnen, die diese Ethnographie ergänzen.

Die hiesige Analyse dreht sich gleichwohl zentral um drei jeweils sehr einprägsame Gruppen. Es handelt sich an erster Stelle um eine Versammlung aus einem Arbeiterquartier von Barcelona, La Marina-Zona Franca, das sich der Bewegung der Indignados zuordnete (Beobachtungszeitraum: November 2014 bis März 2015). Dieses Kollektiv nannte sich zum Zeitpunkt der Beobachtung *Asamblea Indignats La Marina*, ich verwende aber die übliche Selbstbezeichnung der Teilnehmerinnen als *Asamblea La Marina*.³ Die Teilnehmerzahl an dieser Gruppe schwankte zwischen 12 und 20 Teilnehmerinnen. Ihre Mobilisierungskraft war indessen ungleich höher. Zu den von ihnen organisierten Veranstaltungen kamen bis zu 100 Leute, zu den Demonstrationen, welche diese Gruppe organisierte, um vor allem einen U-Bahn-Anschluss für das Viertel zu fordern, oftmals tausende. Trotz ihrer recht überschaubaren Größe spiegelte die *Asamblea La Marina*

3 Aus Gründen der Lesbarkeit verzichte ich nachfolgend bei den häufig auftauchenden Eigennamen der Gruppen sowie beim spanischen und katalanischen Begriff für Versammlung, *Asamblea* oder *Assemblea*, auf Kursivsetzungen.

idealtypisch den soziologischen Querschnitt der Indignados wider: Studierende und Senioren waren dort genauso vertreten wie Putzfrauen und langjährige Aktivistinnen – es handelte sich sowohl sozialstrukturell als auch ideologisch um eine sehr heterogene Teilnehmerschaft. »Wir sind ganz normale Leute, die sich für ihr Viertel und die Rechte seiner Bewohner einsetzen«, so die übliche Aussage der Aktivistinnen, die zudem in einem von ihnen gemieteten und gepflegten Lokal zahlreiche Aktivitäten durchführten: im *Ateneu Popular L'Engranatge*.

Die zweite Gruppe, um die sich die vorliegende Analyse dreht, ist die in Spanien berühmte *Plataforma de Afectados por la Hipoteca Barcelona* (Plattform der Hypothekbetroffenen Barcelona, Beobachtungszeitraum: März bis August 2015). Die PAH, so das gängige Akronym der Plattform, zeigt eindrücklich, wie die Empörtenproteste einen Aktivismus neuen Typs entstehen ließen. Bereits eine einzelne Sitzung der PAH dürfte die meisten Beobachterinnen ob ihrer affektiven Intensität überwältigen. Die in ganz Barcelona agierende Plattform rekrutierte sich hauptsächlich aus Betroffenen, die ihre Hypothek oder ihre Miete nicht mehr zahlen konnten und akut von Zwangsräumungen bedroht waren (oder gewesen waren). Die PAH war weiblich geprägt, die meisten Aktivistinnen waren Frauen aus sozial benachteiligten Milieus. Zudem hatten viele einen Migrationshintergrund und stammten aus Südamerika, Nordafrika oder Pakistan (vgl. Suárez 2014). An den Versammlungen der PAH beteiligten sich 40 bis 80 Menschen, an ihren Aktionen oftmals hunderte. Die Plattform besaß eine hohe Aktivitätsdichte, sie organisierte mehrmals wöchentlich Veranstaltungen und führte fast täglich Aktionen durch – meist solche des zivilen Ungehorsams, vorrangig die Verhinderung von Zwangsräumungen. An der PAH ist spannend, dass sie zwar eine klassische Single-Issue-Bewegung scheint, bei der sich alles um das Recht auf Wohnen dreht, dass sich aber in ihren Praktiken, Subjektivierungsmustern und im Diskurs der Plattform weit generellere Fragen und Anliegen äußern.⁴

Die dritte Gruppe war die *Assemblea Sant Martí* (Beobachtungszeitraum: September 2015 bis Januar 2016). Dieses Kollektiv war auch in einem Arbeiterquartier von Barcelona verankert – nämlich im gleichnamigen nordwestlich gelegenen Bezirk Sant Martí. Auch hier brachten die Mitglieder heterogene soziale Hintergründe mit, jüngere engagierten sich dort ebenso wie Ältere, Studierende genauso wie klassische Arbeitermilieus. Obschon die *Assemblea Sant Martí* ebenfalls aus den Platzbesetzungen von 2011 hervorgegangen war, wies diese Gruppe eine ideologische Eigenheit auf: Sie war durchweg marxistisch geprägt. Interessant an dieser *Assemblea* war weiterhin, dass sie zwar auch ein eigenes Lokal besaß, ihre Versammlungen jedoch fast ganzjährig im Freien mitten in der Fußgängerzone des Quartiers abhielt. Trotz ihrer gemeinsamen Verortung in der Empörtenbewegung folgten also alle drei Gruppen gegensätzlichen Politisierungspfaden – was für diese Studie sehr erkenntnisfördernd war.

Die *Assemblea La Marina*, die *Assemblea Sant Martí* und die Plattform der Hypothekbetroffenen (PAH) sind also die drei Kollektive, die ich ethnographisch begleitete. In

4 Das Wohnen erscheint im Diskurs der PAH als (wichtige) Säule einer ganzen Palette an sozialen Rechten, die explizit oder implizit eingefordert werden: ein würdevolles Einkommen, politische Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit, Antirassismus usw. (vgl. Parcerisa 2014).

dieser Hinsicht ist das zu beachten, was in diesem Kapitel mehr denn je keine abstrakte, sondern eine empirische Losung ist. Meine Ethnographie fand inmitten eines stark *politisierten Kontextes* statt. Auch wenn die Protestwelle, die Mitte 2011 mit den Platzbesetzungen begonnen hatte, zu Beginn der Ethnographie Ende 2014 abgeebbt war, blieb der Commonsense hochpolitisch – gerade in Barcelona mit einer starken, mobilisierungsaффinen Zivilgesellschaft (exemplarisch: Mansilla 2015b). Dies machte sich im Beobachtungszeitraum nicht zuletzt dadurch bemerkbar, dass die Gründung der Linkspartei Podemos Anfang 2014 einen neuen politischen Zyklus eröffnete. Von 2014 bis Mitte 2016, genau während der Beobachtungen, schien es möglich, dass eine neue politische Linke rund um Podemos, die wichtige Forderungen der Indignados artikulierte, gesellschaftliche Mehrheiten für sich mobilisieren würde (Kap. V). Einer der großen Erfolge dieser neuen Linksparteien wird in der folgenden Analyse prominent auftauchen. Es ist die Wahl Ada Colaus, der ehemaligen Sprecherin der PAH, zur Bürgermeisterin Barcelonas im Mai 2015.

Dieser politisierte Kontext wirkte auf das Selbstverständnis der beobachteten Versammlungen zurück. Anders als in politisch weniger brisanten Zeiten der Fall, nahmen sich die beobachteten Gruppen *nicht* als isolierte Einzelkämpfer wahr, die gegen eine angeblich passive Gesellschaft ankämpfen. So typisch dieses »Wagenburgdenken« für soziale Bewegungen in westlichen Industrienationen ist, es zeichnet *nicht* die politischen Dynamiken aus, um die es in dieser Studie geht (als Überblick: Rucht 2016). Stattdessen agierten die beobachteten Versammlungen mit großem Selbstvertrauen, sie setzten sich den Anspruch, einen umfassenden sozialen Wandel anzutreiben. Dieser Eindruck bekräftigte sich dadurch, dass die beobachteten Gruppen an einem lockeren Netzwerk von Bewegungen, Vereinen, Parteien und kritischen Medien partizipierten. Ein Netzwerk, das sich vornehmlich auf die Metropolregion konzentrierte, aber auch spanienweit und sogar international war. Gerade in Barcelona materialisierte sich dieses Netzwerk regelmäßig – etwa bei größeren Demonstrationen und Protestmärschen oder auf Kulturveranstaltungen (Vorträge, Konzerte usw.). Dieses Netzwerk war nichts anderes als der materialisierte Ausdruck der Gegenhegemonie der Empörung (dazu synthetisch: Kap. VII.1.c).

Die Glieder dieser Gegenhegemonie waren allerdings weder homogen noch konfliktfrei. Im Gegenteil: Die beobachteten Kollektive gingen meist auf kritische Distanz zu den neuen Linksparteien, die »ihre« Forderungen in der politischen Arena artikulierten. Mal waren den Gruppen die Parteiprogramme zu moderat, mal befürchteten sie die Demobilisierung jener, die zuvor protestiert hatten und sich nun dazu veranlasst sehen könnten, nur noch den »richtigen« Wahlzettel in die Hand zu nehmen. Mit dem Spannungsverhältnis von Bewegung zu Partei musste ich ebenfalls persönlich während der Ethnographie umgehen. Im Beobachtungszeitraum – und über diesen hinaus – engagierte ich mich ehrenamtlich bei einer Basisgruppe der linksalternativen Wählerplattform *Barcelona en Comú* meines Quartiers. Das gab mir wichtige Einsichten in die Dynamiken der neuen Partei. Viele der Subjektivierungen, Machteffekte und Praxismuster, welche die folgende Analyse beschreibt, erlebte ich selbst (bewusst wie unbewusst) am eigenen Leib. Diese persönlichen Erfahrungen bergen zwar die Gefahr einer Überidentifizierung mit meinem Untersuchungsgegenstand, sie bieten aber zugleich die Chance der Vertrautheit mit ebendiesen, um ihn von innen her zu rekonstruieren.

Der Feldzugang – zwischen Vertrautheit und Fremdheit Mein Feldzugang folgte dem Muster des Anthropologen, der in das Feld, das er erforscht, regelrecht eintaucht, sich so stark auf dessen Dynamiken und Selbstverständlichkeiten einlässt, bis er »von ihnen getrieben« wird (Farrenberg 2017: 77). Nur dass ich kein Forscher war, der sich in ein ihm empirisch unbekanntes, oft nur schwer zugängliches Terrain begibt, dort seine Beobachtungen anstellt und sich dann wieder an seine ferne Forschungsstätte zurückzieht. Durch mein Profil als Deutsch-Spanier, der in Barcelona als Sohn einer Deutschen und eines Katalanen aufgewachsen war, in Deutschland und der Schweiz studiert hatte und nach dem Studium nach Barcelona zurückgezogen war, waren meine Beobachtungen von einem starken Vertrauen mit dem Forschungsgegenstand geprägt. Als junger, linksalternativ wirkender Mann, der Spanisch und Katalanisch als Muttersprachen beherrschte, fiel ich in den Gruppen kaum auf. Dies wurde mir immer wieder dann bewusst, als ich im Feld anderen, oft nur kurz die Gruppen begleitenden Forscherinnen begegnete und deren (für mich) teils sehr auffälliges Verhalten wahrnahm.⁵ Beispielhaft für meinen verhältnismäßig erfolgreichen Feldzugang war, dass ich nach dem Ende der Beobachtungen der PAH zweimal von Aktivistinnen der Plattform angesprochen wurde. Sie erkundigten sich nach meiner Wohnsituation und waren überrascht, als ich sie daran erinnerte, dass ich an den Versammlungen nur als Beobachter teilgenommen hatte. »Du hast uns echt nur beobachtet? Dabei dachte ich, dass Du einfach ein armer Nachbar bist, der Hilfe braucht!«, lautete die erstaunte Reaktion einer der PAH-Aktivistinnen.

Dabei sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ich mich bei allen drei Gruppen als Sozialwissenschaftler vorstellte, der für die Zwecke seiner Doktorarbeit gern eine mehrmonatige Beobachtung ihrer Versammlungen und Aktionen durchführen würde. Bei der Assemblea La Marina und der PAH Barcelona hatte ich bereits über Mitglieder meiner Forschungsgruppe an der *Universitat Pompeu Fabra* persönliche Kontakte zu den Kollektiven. Meine Kontaktpersonen traf ich im Vorhinein und wurde dann von ihnen in der ersten Sitzung, an der ich teilnahm, eingeführt. Auch bei der Assemblea Sant Martí fiel der Zugang unkompliziert aus. Ich stellte per Mail einen ersten Kontakt her, sprach kurz vor Versammlungsbeginn die Moderatoren an, wohnte der Sitzung bei und präsentierte mich und meine Forschung an deren Ende. Für die Versammelten war in allen drei Fällen meine ethnographische Begleitung kein – zumindest kein mir gegenüber geäußertes – Hindernis. Meine Vorstellung am Anfang war neben meiner Verabschiedung samt Dank am Ende der Beobachtung die einzige Gelegenheit, an der ich mich mündlich an den Versammlungen beteiligte.

Auf diese Weise gelang ein *organischer Feldzugang*. Bedingt durch mein politisches Engagement und akademisches Interesse besuchte ich in Barcelona zwischen 2014 und 2017 viele kleinere und größere politische Veranstaltungen. Für etliche der Fragen und Themen, die in den Gruppen verhandelt wurden, war ich oft schon sensibilisiert, gelegentlich kannte ich bereits einzelne Teilnehmerinnen aus anderen Zusammenhängen. Wei-

5 Anekdotisch sei angeführt, dass sich vor einer Sitzung ein deutscher Forscher erkundigte, ob er hier richtig sei bei der PAH, ob ich selbst denn schon lange an der Gruppe teilnehmen würde und mich vielleicht für ein Interview zur Verfügung stellen könnte. Als ich meinte, dass ich selbst ein deutsch-spanischer Soziologe sei, der die PAH untersuchen würde, war er darüber sehr überrascht und meinte nur, er hätte mich »niemals« für einen solchen gehalten.

terhin erwies sich meine Wohnsituation als idealer Startpunkt für die Beobachtungen. Zwei der drei Gruppen, um die sich diese Ethnographie zentral dreht, befanden sich im gleichen Bezirk, in dem ich lebte und großgeworden war: der Bezirk Sants-Montjuïc im Südwesten von Barcelona. Diese räumliche Nähe war im Fall der PAH besonders ausgeprägt. Ich wohnte kaum 50 Meter entfernt von dem Lokal, in dem sich die PAH regelmäßig traf (und bis heute trifft). Bereits bevor ich dort meine Beobachtung begann, hatte ich Veranstaltungen der PAH besucht, ihren damaligen Sprecher Carlos Macías interviewt und begegnete im Alltag – etwa beim Einkaufen oder im Café – sowie bei politischen Veranstaltungen regelmäßig PAH-Aktivistinnen. Kurz vor Beginn der Beobachtungen, im Februar 2015, wurde ein leerstehender Teil des Gebäudeblocks, in dem ich selbst lebte, von der PAH besetzt, um dort zwangsgeräumte Familien und Einzelpersonen unterzubringen. Meine Beobachtungen der Plattform erfolgten also in einem Radius von 100 Metern, sie fanden buchstäblich vor der Haustür statt.

Gleichwohl war die Teilnahme an den Versammlungen und Aktionen der Gruppen stets von einer gewissen *Fremdheitserfahrung* begleitet. Zwar problematisierten weder die PAH noch die Empörtenversammlungen meine Beobachterrolle.⁶ Die Fremdheit war ein persönliches Unwohlsein darüber, dem Leid der Betroffenen von Zwangsräumungen nur als Beobachter beizuwohnen, ohne (anders als die anderen Teilnehmerinnen) etwas dagegen zu unternehmen. Es war dieses Passivbleiben, das passive Beobachten, ohne sich auf die Aktionen als Teilnehmer einlassen zu können, das mich im Forschungsprozess am meisten beschäftigte und bei mir für ein latentes Unwohlsein gegenüber den beobachteten Versammlungen sorgte.

Stets oszillierte also mein Verhältnis zwischen *Nähe und Distanz*. Einerseits waren die Gruppen sehr nahbar, Skepsis oder Misstrauen mir gegenüber blieben aus. Bei der Assemblée La Marina wurde ich trotz meiner Beobachterrolle bereits nach wenigen Besuchen regelrecht aufgenommen und dazu ermutigt, dem *Ateneu L'Engranatge* beizutreten. Zuweilen spazierte ich mit den Mitgliedern der Gruppe durch das Viertel oder half beim Auf- oder Abbau von Veranstaltungen. Andererseits blieb meine Forscherrolle unvergessen. Über Ironie (»Achte auf Deine Witze, heute sitzt wieder der Soziologe bei uns«), Rückfragen (»Was ist denn an uns so interessant?«) oder mit verwunderten Gesten und Blicken (besonders von Teilnehmern, die mich nicht kannten) wurde immer wieder eine Grenze zwischen der Gruppe und mir, dem Forscher, gezogen. Meine Beobachterrolle wurde vor allem dort enttarnt, wo mich Teilnehmerinnen aus einer Gruppe bei der Veranstaltung einer anderen Gruppe wiedererkannten. Teils wurde ich dann freundlich begrüßt, manchmal sogar um Orientierung gebeten. Es kam aber auch anders. Eine ältere Frau, die mich bereits aus der Assemblée La Marina kannte und nun bei der PAH Barcelona wiedererkannte, kam auf mich zu und meinte: »Was für eine Nervensäge Du bist! Schaust immer nur zu und notierst dumm rum, ohne für jemanden etwas zu tun.« Solche Beobachtungen sorgten immer wieder für Distanz, erinnerten mich und die Gruppe daran, dass ich ein Außenstehender war, der nichts anderes tat als leise zu beobachten und zu notieren.

6 Tatsächlich ist die PAH seit Jahren und auch auf internationaler Ebene ein überaus beliebtes Forschungsprojekt, exemplarisch: Mir et al. 2013, Knierbein 2017, Pera 2019.

Es sei kurz mein Vorgehen bei der Ethnographie festgehalten. Nach der ersten Kontaktaufnahme besuchte ich im wöchentlichen Rhythmus die Versammlungen. Sie sind das Herzstück der Beobachtungen. Zudem begleitete ich punktuell Demonstrationen, Aktionen oder Kundgebungen. Im Durchschnitt nahm ich während des anderthalbjährigen Beobachtungszeitraums an monatlich fünf bis acht Veranstaltungen teil. Dort fertigte ich handschriftliche Notizen an. Letztere formulierte ich am selben Abend oder am nächsten Morgen zu ausführlichen Skripten aus. Diese waren für die drei Kerngruppen je 40 Seiten lang, weitere Beobachtungen zu Vergleichsgruppen und Interviews bilden ein Konvolut von circa 30 Seiten. Sinnbildlich für meine hybride Identität ist, dass ich die Feldnotizen und Skripte in einer Melange aus Spanisch, Katalanisch und Deutsch verfasste. Meist hielt ich prägnante Zitate im Wortlaut auf Spanisch oder Katalanisch fest, eher heikle Anmerkungen – etwa zu den Machtdynamiken – in den Gruppen dagegen auf Deutsch, um damit kein Aufsehen zu erregen. Die Skripte sind so strukturiert, dass die ausführlichere rechte Spalte den Verlauf der Sitzung mitsamt Zitaten und Handlungen dokumentiert, während die kürzere linke Spalte für Beobachtungen zum Setting und zur Dynamik der Sitzung reserviert bleibt. Der folgende, anonymisierte Skriptauschnitt stellt es dar:

Abb. 14: *Asamblea 15M La Marina* (19.9.2015)

19.02.2015 <i>Asamblea La Marina,</i> <i>unas 10 personas, entre ellas Marc, Pepa, dos hombres mayores (Mariano y Fernando), Montse (Forum Cultures), etc.</i> <i>// el ambiente es bastante distendido, parece como si después de todo el revuelo de la semana agradezcan no tener nada muy importante a discutir. Además, ha venido un hombre de mediana edad y una chica más joven que no había visto antes → los dos de clase obrera...</i> <i>// más que nunca parece como si Marc y Pepa sean los dos pilares básicos de la asamblea.</i>	- PAH → caso de la mujer mayor: se le recomienda ir a la PAH BCN y dejarse asesorar allí, resuelto bastante pronto y sin mayor discusión - pensiones/laboral: ni Raul, ni David, ni Arnau han venido a la reunión de hoy - Transportes: valoración de la "reunión vecinal de barrio" del lunes: Marc: muy positivo, han venido unas 100/110 personas, todas las entidades estaban presentes y se han unido de alguna forma a las reivindicaciones de la asamblea; problema desde su punto de vista: asamblea se marcó unos objetivos demasiado ambiciosos para la reunión, se quería aprobar propuesta de mínimos (un manifiesto) y finalmente no se hizo porque la discusión fue demasiado acalorada – la gente discutía de lo suya y se saltaba los turnos de palabras Pero: todas las entidades han pedido reunión con la asamblea. Pero: no quieren que se vea – i.e. que se haga público que se reúnen con los "indignado. De todas formas, esto enseña que las entidades toman en serio la asamblea. Además: para 3./4. de marzo se ha convocado una manifestación para ir calentando motores para la gran manifestación del 14 de marzo. // Las entidades no tienen poder de convocatoria, pero si que puede ser útil que pongan su nombre para darle un toque oficial(ista) a las manifestaciones de marzo. Pero (Marc): A favor de que la asamblea acepte la invitación y vaya a la reunión de las entidades, pero en contra de que se deje imponer condiciones por las entidades → no tienen poder de convocatoria, en cambio, la asamblea sí que tiene ese poder Montse: la reunión fue muy bien, la gente estuvo muy activa: no se divagó mucho, sino que fue bastante concentrado en la crítica // vs. entrada de la asamblea en la unión de entidades → solo reunión, nada más

2 Versammlungen, erste Annäherung

Wir müssen auf der Straße bleiben, wir dürfen sie nicht verlassen. Es gilt, die Leute, die Nachbarn zu organisieren. Wir werden kämpfen, Widerstand leisten und uns nicht zuhause aufs Sofa legen.

(Aktivistin einer Empörtensammlung, Barcelona, Juni 2014)

In jeder Ethnographie, zumal einer, die sich über ein Jahr erstreckte wie die vorliegende, könnten viele Elemente eine zentrale Rolle einnehmen. Aber keines dieser Momente erwies sich als so zentral wie eines, das die Aktivistinnen Woche für Woche – teils sogar mehrmals pro Woche – begleitete und das genauso der Koordination von Aktionen, der inhaltlichen Debatte wie der (individuellen oder kollektiven) Selbstvergewisserung diente.⁷ Es sind keine massiven Demonstrationen oder Praktiken zivilen Ungehorsams, sondern schlicht die *Versammlungen*. Diese wöchentlichen Asambleas, die meist abends in einem Zeitfenster von 18 bis 22 Uhr stattfanden und an denen sich stets der harte Kern der Aktivistinnen der beiden Empörtinnengruppen genauso wie der PAH beteiligte,⁸ erweisen sich als der Dreh- und Angelpunkt, um zu verstehen, wie sich der Empörungsdiskurs in den Jahren nach 2011 entfaltet.

Vor der systematischen Bearbeitung der Ethnographien möchte ich deskriptiv ansetzen. Um ein erstes Vorverständnis der analysierten Versammlungen zu erarbeiten, sind bündig drei ihrer Eigenschaften festzuhalten, die sich mir während der Beobachtungen besonders stark einprägten. Ihre erste Eigenschaft ist die *Wiederholung* spezifischer Semantiken und Praktiken, die zweite die *Körperlichkeit*, die physische Kopräsenz der Teilnehmerinnen, die dritte die *Sakralisierung* gewisser Fragen und Themen. Diese drei Thematiken bieten einen sensibilisierenden ersten Einblick in das Innenleben der beobachteten Gruppen.

Erstens zeichneten sich die beobachteten Versammlungen durch eine hohe Stabilität aus, in ihnen *wiederholten* sich immer wieder gewisse Semantiken und Praktiken. Alle Versammlungen gab es schon seit Jahren, die beiden Asambleas der Empörtens seit 2011, die der PAH sogar schon seit 2008. Obschon ihre personelle Zusammensetzung selbstverständlich fluktuierte, hatte ich von Anfang an den Eindruck, als seien die Handlungslogiken, das Selbstverständnis und die Themen der Gruppen weitgehend routinisiert und stabilisiert. Bereits ganz zu Beginn meiner Ethnographie, in der ersten Sitzung der Gruppe, die ich zuerst begleitete (Assemblea La Marina), notierte ich in meinen Feldnotizen: »Die Versammlung scheint einen ›normalen‹ Ablauf zu haben. Ihre Untergruppen – zu den Themenfeldern Arbeit, Rente, Asyl und Geflüchtete, öffentlicher

7 In dieser einführenden Darstellung gebrauche ich noch das Präteritum. Die Hauptteile der Analyse wird jedoch hauptsächlich das Präsens verwendet, um die Leserin in die Szenen der Ethnographie hineinzuführen und für sie die Versammlungen als ein lebendiges Geschehen zu illustrieren.

8 Dieser harte Kern belief sich bei den Asambleas La Marina und Sant Martí auf zwischen 12 und 15 Personen, bei der PAH Barcelona auf circa 30 bis 40 Personen.

Nahverkehr und Betreuung des Lokals – stellen ihre Themen in der Versammlung vor.« (27.11.2014) Solch eingespielte Abläufe manifestierten sich bei allen Versammlungen durch die mantraartige Wiederholung spezifischer Fragen, Themen und Topoi – welche die kommende Analyse genauer rekonstruieren wird. An dieser Stelle sei lediglich vorangeschickt, dass die Wiederholung nicht nur auf einer semantischen Ebene geschah, sondern auch einer körperlichen Ebene vollzogen wurde. Zu allen Gruppen gehörte, dass man in den Sitzungen regelmäßig und nach einem eingespielten Takt gewisse Parolen rief und sie durch Klatschen oder Klopfen begleitete. Dies war bei der PAH besonders ausgeprägt. Bei jeder Sitzung riefen die Versammelten mehrmals: *Sí se puede!* (Ja, es geht!), *Hoy por mí, mañana por ti* (Heute für mich, morgen für Dich) und *Impahrables!* (Unaufhaltbar!) Gerade das hochpopuläre *Sí se puede!* wurde immer dann bemüht, wenn ein Erfolg, so klein er ausfiel – etwa eine verlängerte Frist für eine Hypothek oder ein Restschuldenerlass nach einer Zwangsräumung –, gefeiert wurde. Solche *pequeñas grandes victorias* (kleine große Siege), wie sie bei der PAH stolz bezeichnet wurden, markierten immer wieder ekstatische Höhepunkte der Versammlungen. Ein anderes oft gebrauchtes Motto war »Heute für mich, morgen für Dich«; es galt als basale Solidaritätsbekundung, um insbesondere neue Teilnehmerinnen dafür zu sensibilisieren, dass dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe bei der Plattform oberste Priorität zukam.

Weiterhin stand bei den Asambleas die *Körperlichkeit* im Zentrum, die physische Ko-Präsenz der Teilnehmerinnen. Die Versammlungen waren nicht nur Orte der politischen Diskussion, sondern auch und besonders Orte der Begegnung, des Zusammenkommens von Menschen, die sich zuweilen bereits jahrelang kannten, die einander (meist) vertrauten, die sich oft gegenseitig schätzten, enthusiastisch gemeinsam Aktionen durchführten – oder eben leidenschaftlich miteinander stritten. In den Versammlungen entstanden kollektive Stimmungen, die über die sprachliche Kommunikation hinausreichten. Dabei spielte die körperliche Begegnung der Teilnehmerinnen eine Schlüsselrolle. »Mir scheint, dass es sich um eine stabilisierte Gruppe handelt, die sich schon seit langer Zeit kennt und die auch auf persönlicher Ebene sehr gut miteinander auskommt« (4.12.2014), so hielt ich bereits am dritten Abend fest, an dem ich die Asamblea La Marina begleitete. Auffallend war, dass die Versammlungen einerseits hochpolitische Themen verhandelten, dass sie aber andererseits sehr eingespielt waren, dort meist sehr subtil, mit bloßen Andeutungen verhandelt wurde. Dies war erkennbar an der Art und Weise, wie Entscheidungen zustande kamen. Nur ausnahmsweise wurde formal per Handzeichen abgestimmt. Der Regelfall war, dass schlicht in die Runde der Versammelten geschaut wurde. Meldete sich niemand zu Wort, nickte der eine oder die andere oder blieb schlicht stumm, dann galt eine Entscheidung als kollektiv beschlossen.

Die Sitzungen erschöpften sich folglich keineswegs in der Artikulation von Forderungen. Oft schien es, als seien die Treffen selbst wichtiger als die besprochenen Inhalte. Unaufgeregtheit und Alltäglichkeit zeichneten meistens die Versammlungen aus. Vor Sitzungsbeginn hielt man ein Schwätzchen, umarmte die eine oder den anderen, während dem Treffen sagte man vielleicht etwas, jedenfalls nickte man ausgiebig, rief gelegentlich, klopfte dem Sitznachbarn würdigend auf die Schulter und umarmte die zu spät gekommene Freundin, die sich neben einen setzte. Nach dem formalen Versammlungs-ende fanden erneut ausgiebige informelle Gespräche statt. Regelmäßig, besonders bei der PAH, ging ein harter Kern von Aktiven gemeinsam in die Kneipe, um dort weiter zu

diskutieren, aber auch einfach zur Entspannung und um den Abend in geselliger Runde ausklingen zu lassen.

Meine eigene, parallel zu den Ethnographien geschehende politische Erfahrung bei der Basisgruppe von *Barcelona en Comú*, die von ständigen Konflikten und Missverständnissen geprägt war, erwies sich dabei als wichtige Kontrastfolie. Die scheinbar selbstverständliche *Alltäglichkeit* der Versammlungen und ihrer Abläufe ist hoch voraussetzungs-voll und mitnichten leicht zu etablieren. Lösen kleine Gesten und Kommentare Zwist aus – oder sorgen sie für entspanntes Lachen? Muss eine halbe Stunde lang über das letzte Protokoll debattiert werden, oder ist das Erstellen von Protokollen eine selbstverständliche Routine, die problemlos im Wechsel übernommen wird? Etablieren die Gruppen über die Zeit eine attraktive Dynamik, welche die Mitglieder wahrlich in das Kollektiv einbindet, oder zerfallen die Versammlungen rasch in Kampfplätze verschiedener Fraktionen, um sich alsbald aufzulösen? Den beobachteten Kollektiven gelang es jahrelang, diese Fragen relativ zufriedenstellend zu lösen. Ihre Versammlungen erreichten eine starke Kohäsion und blieben für viele ihrer Mitglieder dauerhaft attraktiv. Die Etablierung alltäglicher Praktiken war für sie alles andere als nebensächlich, sondern eine sehr wertvolle Errungenschaft. Diese Kohäsion geschah nicht, wie sich zeigen wird, ohne Machtasymmetrien und Konflikte, sondern *mit* ihnen. Wie der theoretische Part skizziert (Kap. VI.3), sind basale Solidaritäten unabdingbar, um Kollektive zu konstituieren und zu reproduzieren. Diese Solidarität geht Hand in Hand mit internen Machtasymmetrien und Grenzziehungen gegenüber einem antagonistischen Außen. Grenzen nach außen, interne Machtverhältnisse und Solidaritäten bedingen sich und verweisen aufeinander.

Es bleibt die Frage der *Sakralisierung*. Gewisse Aspekte der Versammlungen erwiesen sich im Beobachtungsverlauf als besonders unangreifbar, entrückt und wiederkehrend. Alle beobachteten Gruppen sakralisierten vor allem eines: die *basisdemokratische Praxis* ihrer Versammlungen. Die Basisdemokratie wurde zum expliziten oder impliziten Gradmesser dafür, ob die jeweiligen Gruppen ihren Schlüsselwerten gerecht wurden, ob es ihnen gelang, möglichst horizontal, machtfrei und inklusiv Entscheidungen zu fällen und ihre politischen Ziele zu verwirklichen. Die Sakralisierung der Basisdemokratie äußerte sich in vielfältiger Weise, so indem über manches wochen- oder sogar monatelang debattiert wurde. Die PAH etwa ließ ihre Sprecherinnen fortwährend in der Versammlung rückmelden, wie ihre Verhandlungen mit Repräsentanten und Institutionen verliefen: Welche Zugeständnisse hatten die Sprecherinnen an welche Parteien gemacht? Waren diese Zugeständnisse legitim oder illegitim? Wie musste verhandelt werden, wenn eine Partei das Recht auf Wohnen, das die PAH forderte, ausdrücklich negierte? Über derartige strategische Fragen entschieden nicht die Sprecherinnen der PAH, sondern die Versammlung als Ganzes in langwierigen Debatten, die sich über Stunden zogen. Die Sprecherinnen besaßen ein Wissen, das die durchschnittlichen Teilnehmerinnen entbehrten. Die Souveränität der Versammlung und ihre basisdemokratisch gefällten Entscheidungen standen dennoch lange außer Zweifel – als diese jedoch aufkamen, folgte daraus eine Abspaltung der Plattform. Diese Abspaltung lag zwar außerhalb meiner Beobachtungen, kündigte sich aber bereits in diesen an.

Die Sakralisierung ergriff neben der basisdemokratischen Praxis auch die *Kollektive* an sich. Die Gruppen sakralisierten sich selbst. Stets stilisierten sie sich als Underdogs,

die ohne institutionelle Rückendeckung und mit sehr geringen finanziellen und humanen Ressourcen agierten. »Wir sind die von unten, die gegen die von oben kämpfen!« – diese populistische Konfliktlinie war stets präsent, in welcher Gestalt die Eliten auch auftreten mochten. Der Unten-oben-Konflikt war moralisch getönt. Die Versammlungen verstanden sich als Platzhalter für die »von unten«, sie beschrieben sich als reiner, integrierender und demokratischer als ihre scheinbar übermächtigen Gegenspieler, ja als Vorboten eines neuen Spaniens.

Die Asamblea Sant Martí trieb diese Selbstsakralisierung auf die Spitze. Sie präsentierte Anfang September 2015 ein großes Vorhaben: die Gründung einer neuen Bewegung, der *El Movimiento del Pueblo* (Die Bewegung des Volkes). Diese Bewegung sei, so Aitor, einer der Sprecher der Asamblea, eine Antwort der sozialen Bewegungen auf das angeblich zu moderate Programm der neuen Linksparteien – von Podemos, aber damals vor allem von Syriza in Griechenland.⁹ Aitor hielt es wie folgt fest: »Die neue Bewegung muss die Interessen der *clases populares* [zu Deutsch: einfachen Leute] auf der Straße verteidigen. Eine starke Bewegung kann alles gewinnen.« (13.10.2015) Der prinzipielle Ehrgeiz der Asamblea Sant Martí ist beachtenswert: Eine Gruppe von circa 30 Aktivistinnen in einem Arbeiterquartier Barcelonas sah sich dazu berufen, eine neue, spanienweite Bewegung zu gründen, um die emanzipatorischen Veränderungen in der Gesellschaft herbeizuführen, an denen die neuen Linksparteien angeblich scheiterten. Dieses Sich-auserwählt-Wähnen einer kleinen Gruppe, die auf Großes zielt, geschah bei der Asamblea Sant Martí besonders prononciert, sie war in weniger ausgeprägter Form aber auch für die anderen Versammlungen typisch.

Wiederholung, Körperlichkeit und Sakralisierung werden – teils mit den hier gebrauchten Begrifflichkeiten, teils mit anderen – in der ethnographischen Analyse eine prominente Rolle einnehmen. Das hier Angedeutete wird sich deutlicher und detaillierter herauschälen. Die folgenden Schritte werden gleichwohl einem anderen, systematischen Rasonnement folgen, das zwischen empirischer Darstellung und Begriffsbildung hin und her changiert.

9 Meine Ethnographie geschah während des Referendums, das im Juli 2015 in Griechenland stattfand. Das Plebiszit hatte deutlich die Sparmaßnahmen abgelehnt, die dem Land von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank sowie dem Internationalen Währungsfonds – der sogenannten Troika – vorgeschrieben worden waren. Trotz des klaren Ergebnisses forcierte jedoch der damalige linke Ministerpräsident Alexis Tsipras das von der Troika beschlossene Reform- und Sparprogramm für Griechenland. Eine Entscheidung, die viele, prominent der zurückgetretene Finanzminister Yannis Varoufakis, als »Verrat« am Referendumsresultat bewerteten.

3 Die kollektive Praxis der Versammlung

Wie können wir die öffentliche Versammlung als von der Sprache verschiedene politische Inszenierung begreifen?

(Butler 2016: 202)

Was geschieht in den Versammlungen? Die Leitfrage dieser Ethnographie ist leicht gestellt, doch schwer zu beantworten. Wie bereits der Theoriepart und die beiden ersten empirischen Kapitel zeigen, wähle ich eine holistische Perspektive, die kleinteilige Praktiken und großflächige politische Artikulationen gleichermaßen rekonstruiert und in Beziehung setzt. So wenig sich das Geschehen in den Versammlungen auf übergeordnete diskursive Knotenpunkte reduzieren lässt, so wenig darf man sie zur für sich stehenden Praxis hypostasieren und von umfassenderen Kontexten isolieren. Umgekehrt sind Diskursgefüge nicht von Praktiken enthoben, im Grunde sind sie stabilisierte Praxismuster. Als analytischer Scheinwerfer, der Licht in das Versammlungsgeschehen bringt und dessen Vielschichtigkeit ernstnimmt, drängt sich damit der Begriff der *Praxis* auf. Ein *poststrukturalistischer* Praxisbegriff hat im Feld der ethnographischen Methode den Vorzug, dass er niemals die Subjekte an sich, sondern stets deren Eingebundenheit in ein Praxisgeschehen fokussiert. Aus hegemonietheoretischer Warte wird die Institution der Versammlung deshalb zentral, weil sie sowohl ein sedimentiertes *Produkt* von Artikulationen ist, sie sich aber gleichermaßen als deren *Ausgangspunkt* erweist. Die Versammlung ist ein sozialer Raum, in dem sich Praktiken verdichten – und den daher eine Ethnographie tiefer ausleuchten kann als jeder diskursanalytische Zugang. Mein Ziel in diesem Schritt – strenggenommen im gesamten Kapitel – besteht darin, die Praktiken als kollektive und sich artikulierende Praktiken zu verstehen, ihre ordnungsbildende Dimension und ihren konstitutiven Eigensinn freizulegen (dazu begrifflich: Kap. VI.2).

Wird der holistische, nicht nur an Saussure, sondern gleichfalls an Wittgenstein geschulte Diskursbegriff von Laclau/Mouffe ernster genommen, als das Autorenpaar dies selbst tut (Kap. I.1.a, VI.1), dann öffnet er sich für ethnographische Zugänge. In meiner Leseart umfassen Diskurse neben Zeichen ebenfalls Praktiken, Körper und Dinge.¹⁰ Ich analysiere auf diese Weise das Versammlungsgeschehen entlang der drei Grundsäulen eines zugleich praxeologischen und poststrukturalistischen Praxisbegriffes. Die Kategorien der *Zitierung*, *Wiederholung* und *Performativität* bilden die analytische Trias, die mich in den folgenden Schritten leitet. Jeder dieser Begriffe legt verschiedene Facetten der beobachteten Gruppen frei. Für jeden dieser drei Begriffe gilt aber auch, dass er für sich genommen *nicht* ausreicht. Die ethnographische Analyse soll, so wird sich zeigen, über die ursprüngliche Heuristik hinausführen. In jedem der drei Schritte werde ich die Kategorien von Zitierung, Wiederholung und Performativität weiterentwickeln. Mein Credo

10 Es sei als Verdeutlichung an Wittgensteins Beispiel des Mauerbaus erinnert. Dieses Sprachspiel oder eben, in meiner Diktion, dieses Diskursgefüge funktioniert nur, weil alle Elemente ineinandergreifen: der Ruf nach dem Ziegel, die Handgriffe, die diesen heben und bringen, der Ziegel selbst sowie die Körper der Maurer, die auf diese mühselige Arbeit seit Jahren konditioniert sind. Ruf, Handgriff, Ziegel, Körper – jedes Moment ist verkoppelt, symbolische und materielle Momente artikulieren sich als gleichrangige Bewegungen des Diskurses.

lautet, dass diese Begriffstrias erst dann ihr volles analytisches Potential entfaltet, wenn sie mit anderen Kategorien erweitert wird. Im Falle der Zitierung wird sich der Begriff der normierenden Macht als zentral erweisen, im Falle der Wiederholung die Begriffe von Raum und Erfahrung, im Falle der Performativität die der Fokussierung. Dies sind, so sei unterstrichen, erweiternde, nicht ersetzende Bewegungen. Meine Analyse folgt einem abduktiven Prozess. Für die empirische Sichtung lege ich strukturierende Kategorien zugrunde, die ich dann in einem offenen Forschungsprozess weiterentwickle.

Die hiesige Analyse beleuchtet das empirische Material durch eine bestimmte Theoriebrille, sie blendet aber desgleichen die Empirie auf die Theoriebildung *zurück*. Damit entfaltet sich ein hermeneutischer Zirkel. Er generiert durch die Auseinandersetzung mit einem konkreten Fallbeispiel Erkenntnisse, die an mein Fallbeispiel gebunden sind, die aber zugleich weiterführende Vergleiche, Typisierungen und Generalisierungen anstoßen. Meine Analyse zielt zwar auf politische Versammlungen im stark politisierten und ökonomisch prekären Kontext eines südeuropäischen Staates. Die hier generierten Einsichten können sich jedoch dennoch, zumindest in Ansätzen, auf andere Kontexte übertragen lassen. Die angereicherte Begriffstrias Zitierung, Wiederholung und Performativität ist nach meinem Dafürhalten dabei hilfreich, die prinzipielle Dynamik von Kollektivitäten zu entschlüsseln und etliche ihrer Grundstrukturen zu erfassen. Meine Studie verlangt somit nach weiterführenden Analysen und Revisionen der hier entwickelten Begriffe. Um diese potentielle Generalisierbarkeit über meine Fallbeispiele hinaus zu unterstreichen, bemühe ich mich immer wieder um zusammenfassende Tabellen und konzeptuelle Erläuterungen. Ich strebe sowohl eine sensible ethnographische Rekonstruktion des spanischen Fallbeispiels als auch einen offenen Analyserahmen an, der zukünftige hegemonietheoretische und, allgemeiner, poststrukturalistische Ethnographien inspirieren könnte.

Bevor ich mit dem Begriff der Zitierung in die Darstellung einsteige, sei noch generell zur Architektur meines Vorgehens gesagt: Die hiesige Begriffstrias bildet ein im theoretischen Sinne unzertrennliches Gefüge. Zitierung, Wiederholung und Performativität markieren *gemeinsam* die Facetten, die einen poststrukturalistischen Praxisbegriff auszeichnen. Kein Schritt steht für sich, jeder ist an die anderen rückgebunden. Ihre Trennung ist analytisch, nicht substantiell. Zitierungspraktiken sind nicht starr, sondern bergen stets auch eine verschiebende Dimension. Performative Praktiken verlaufen ihrerseits strukturiert, sie müssen iterative Muster bilden, um soziale Verhältnisse neu zu strukturieren. Wiederholungen sind aufgrund ihrer Körperlichkeit und Räumlichkeit konstitutiv instabile und dynamische Prozesse. Jedes Moment verweist auf die anderen. Diese drei Momente lassen erst in ihrem Zusammenspiel eine Artikulationspraxis entstehen, die den engen Rahmen der hier beobachteten Gruppen sprengt und etwas über die umfassenderen Dynamiken verrät, welche die Gegenhegemonie der Empörung auszeichnen.

3.1 Zitierung und normierende Macht

Die Gespräche verstummen, die Lichter gehen aus, die Präsentation beginnt. Ihr Titel lautet: »Vier Jahre Kämpfe. Bilanz und Perspektiven.« Aitor und Joan, zwei Endzwanziger, halten Anfang September 2015 in einem düsteren Saal einen strukturierten, durch-

dachten und recht didaktisch gehaltenen PowerPoint-Vortrag. Sie setzen systematisch Unterpunkte, streuen gekonnte Pointen ein, unterstreichen wichtige Ereignisse, lassen Rückfragen und Anmerkungen zu. Freilich handelt es sich um keine wissenschaftliche Präsentation, weder Redner noch Publikum gehören dem akademischen Milieu an. Die etwa 30-köpfige Zuhörerschaft ist bunt durchmischt. Frauen und Männer in den Zwanzigern bis Vierzigern sitzen ebenso im Lokal wie auch Senioren – selbst einige Kinder hören mit ihren Eltern zu.¹¹

Der Vortrag rekapituliert, wo sich die Gruppe der Indignados, die sich als *Assemblea Sant Martí* bezeichnet, in den vergangenen Jahren engagierte. Das im Arbeiterquartier Sant Martí-La Verneda angesiedelte Kollektiv ist in vielen Bereichen aktiv gewesen, von Bildung und Gesundheit hin zu Wohnen, Verkehr oder Renten. Zu all diesen Fragen hat die *Assemblea* kleinere wie größere Proteste durchgeführt, so für einen günstigeren Tarif im öffentlichen Nahverkehr. »Wir waren die erste Versammlung des 15-M, die in diesem Feld mobilisiert hat. Besonders die Aktionen beim Verkehrsdezernat waren sehr erfolgreich«, unterstreicht einer der Vortragenden. Der andere fügt unter Applaus hinzu: »Dank unserem Kampf erreichten wir beim konservativen Oberbürgermeister Barcelonas, Xavier Trias, eine Ticketvergünstigung um 85 Prozent für Arbeitslose. Dies war ein riesiger Erfolg unserer *Assemblea*. Unsere Mobilisierung kann politische Entscheidungen verändern.« Gleichwohl betrachtet die Präsentation nicht nur vergangene Erfolge, sondern sie blickt auch in die Zukunft. Der Augenblick, so die Redner, sei gekommen, um von der »Defensive in die Offensive« zu treten. Die *Assemblea* müsse zur Keimzelle einer neuen Bewegung werden. Ein *Movimiento del Pueblo* (Bewegung des Volkes) sei zu gründen:

Im Prinzip zielt die »Bewegung des Volkes« auf dreierlei. Erstens soll sie konkrete Forderungen aufstellen, um die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern. Zweitens soll sie eine große Beteiligungswelle im Großraum Barcelona auslösen – und zwar abseits der institutionellen Politik. Drittens soll die Bewegung zum soziopolitischen Projekt heranwachsen, um die Interessen der Arbeiterschaft zu artikulieren. Die Arbeiterklasse besitzt heute nichts, mit einer starken Bewegung kann sie aber alles gewinnen. (Sant Martí, 1.9.2015)¹²

Zuerst die strukturierte Bilanz der letzten vier Jahre, dann der emphatische Ausruf zur Gründung einer neuen Bewegung – interessant an der Veranstaltung, die am Anfang

11 Dass die Präsentation und die Debatte primär nicht auf Katalanisch, sondern auf Spanisch erfolgen, zeigt, dass die Anwesenden eher aus bescheidenen Verhältnissen stammen, jedenfalls nicht dem meist ausschließlich katalanischsprachigen Bürgertum angehören (zum Verhältnis von Sprache und Milieuzugehörigkeit in Katalonien: Woolard 2009: 142–147).

12 Das Zitat nahm ich in verkürzter Form in meinen Feldnotizen auf und schrieb es bereits am selben Abend der Beobachtung in voller Länge auf. Es handelt sich, wie alle Zitate in diesem Kapitel, um eine möglichst akkurate Wiedergabe. Eine wortwörtlich exakte Reproduktion der mündlichen Beiträge kann sie aber nicht leisten. So gut wie möglich versuche ich bei der Übersetzung auch die spezifische Diktion der Interventionen zu übersetzen, also je nachdem ein eher emotionales oder rationales Register zur Geltung zu bringen und eine eher elaborierte oder eine eher einfach gehaltene Sprache wiederzugeben.

September 2015 in Sant Martí stattfand, ist in erster Linie ihre selbstreferentielle Ausrichtung. In der Veranstaltung dreht es sich um das, was die Asamblea Sant Martí in der unmittelbaren Vergangenheit erreichte und wie sie sich weiterentwickeln könnte. Die Veranstaltung führt eine fast schon professionelle Bilanzsitzung durch. Gleich einem Unternehmen werden mit einer optimistischen Grundhaltung erst vergangene Meilensteine hochgehalten und auf dieser Grundlage eine ambitionierte Zukunftsvision formuliert.

Eine Protestgruppe mit einer Firma zu vergleichen, das dürfte überraschen – vor allem, wenn das revolutionäre Pathos bedacht wird, das die Asamblea Sant Martí so enthusiastisch hochhält. Auf einer strukturellen Ebene trägt der untypische Vergleich schon eher. Die hiesige Protestgruppe zeichnet etwas aus, was für die Indignados mit ihren oft so heterogenen wie vagen politischen Vorstellungen keineswegs selbstverständlich ist: Es ist eine ideologische Geschlossenheit, die so gut wie alle ihre Aktionen durchzieht. Die Vorstellung einiger dutzend Aktivistinnen, sie könnten ein *Movimiento del Pueblo* (Bewegung des Volkes) anstoßen, geht unüberschaubar mit der *marxistischen* Aufladung dieser neuen Bewegung einher. Fast wörtlich wurde bereits im Aufruf zur Gründung einer neuen Volksbewegung Marx bemüht, als in der beobachteten Bilanzsitzung (Ebd., 1.9.2015) feierlich intoniert wurde: »Zwar besitzt die Arbeiterklasse derzeit nichts, mit einer starken Bewegung kann sie jedoch alles gewinnen.« In der Asamblea Sant Martí werden mannigfaltige Vokabeln benutzt, um die Konfrontation von Proletariat gegen Kapital zu beschwören. Auf der einen Seite stehen: »Die Arbeiter, die Arbeiterklasse, die bescheidene Nachbarschaft, die kleinen Leute [*la gente humilde*], die Straße oder das Volk.« Und auf der anderen Seite: »Die Eliten, die Politiker, die Parteien, die Kapitalisten oder die Immobilienspekulanten« (Ebd., 1.9.2015 und 8.9.2015). Der Klassenkampf vollzieht sich – ganz wie bei Marx – als ein grundsätzlicher, im Kern existentieller Konflikt. In verschiedensten Bereichen und auf vielfältigste Weise soll die Lage der ausgebeuteten Klasse verbessert und die herrschende entmachtet werden.

Diese ständigen marxistischen Verweise erweisen sich als eine mächtige *Zitierungspraxis*. Immer wieder wird bei der Asamblea Sant Martí auf eine bestimmte Wertvorstellung verwiesen, die des Klassenkampfes. Dieser Marxismus wird sowohl in den internen Versammlungen als auch in öffentlich wirksamen Aktionen hochgehalten. Diese Zitierungspraktiken dienen dazu, den Diskurs »Marxismus« in der Wirklichkeit zu verankern, ihn sowohl zu einer mächtigen Deutung von Gesellschaft zu machen als auch soziales Verhalten anzuleiten. Eine derartige Zitierungspraxis schwebt nicht entrückt über den Praktiken, sondern jede Zitierungspraxis ist ein konkreter Vollzug. Stets gilt es situativ zu entschlüsseln, welche diskursiven Gehalte auf welche Weise wo auftreten (siehe: Kap. VI.1). Auch diese Gruppe ist besonders. Die marxistische Zitierungspraxis verweist fortwährend auf schon bekannte Elemente des Empörungsdiskurses. Die Kritik an »denen von oben« ist ein zentrales Merkmal der Empörung, doch sie wird zugleich in der Gruppe zu etwas Anderem gemacht. Der Diskurs des Klassenkampfes, den die Asamblea Sant Martí anschlägt, besitzt teils erwartbare und teils überraschende Eigenschaften.

Erwartbar dürfte zunächst die ständige *Selbstvergewisserung* der eigenen marxistischen Identität sein. Das Protestkollektiv aus Sant Martí beschreibt sich in jedmöglicher Situation als Arbeiterklasse. Etwa bei der erneuten Vorstellung der »Bewegung des

Volkes« in Treffen, die diesmal nicht in einem Lokal, sondern wie bei dieser Versammlung üblich auf der Straße stattfinden: »Sie möchten uns glauben lassen, dass wir Bürger seien, dass wir Mittelschicht seien, tatsächlich aber sind wir Arbeiterklasse.« (Ebd., 8.9.2015) Oder: »Wir haben als Arbeiterklasse eine wichtige Stimme – und bald wird man uns auch zuhören.« »Es ist an der Zeit, sie rauszuwerfen, um mit diesem ungerechten, unsolidarischen und unmenschlichen System zu brechen.« (Ebd., 13.10.2015) In all diesen Bekundungen wird eine Grenze gezogen zwischen einer »Wir-Identität«, die als *Arbeiterklasse* definiert wird, und einem mächtigen »Sie«, gegen das sich die Arbeiterklasse umfassend mobilisieren muss, um zu siegen. Zugleich wird dieser dualistische Kampf nicht als Realität gesetzt, sondern tritt als gegenhegemoniale Neubeschreibung von Gesellschaft an. Sie grenzt sich vom hegemonialen Diskurs ab. Für sie ist die Vorstellung von Spanien als einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft eine Farce. Die Versammlung definiert sich als Arbeiterklasse. Ihr bleibt inmitten einer Wirtschaftskrise, die zum dramatischen Unrechtsszenario zugespitzt wird, nur die Revolte gegen die herrschenden Zustände.

Freilich verharrt die Asamblea Sant Martí nicht bei pathetischen Floskeln, sondern übersetzt das Topos des Klassenkampfes auf sehr konkrete Politikfelder und quartierspezifische Themen. Exemplarisch dafür ist, wie in einer Versammlung – die ebenfalls in der Fußgängerzone stattfindet – darüber debattiert wird, wie sich die Zwangsräumung einer Familie, die hilfeschend an die Gruppe herangetreten ist, verhindern ließe:

Wir müssen dieser vor der Zwangsräumung stehenden Arbeiterfamilie unbedingt helfen. Wir müssen die Verwaltung unter Druck setzen. Ein für alle Mal. Deshalb müssen wir uns organisieren. Deshalb besteht auch die Notwendigkeit, die Bewegung des Volkes zu gründen. Wir müssen Bewusstsein erlangen über die kapitalistischen Politiken. Diese setzt uns von allen Seiten her unter Druck, ob bei der Gesundheit, den Renten oder der Bildung. Deshalb gilt es, sich zu organisieren und auf der Straße zu bleiben. (Ebd., 15.9.2015)

Das Zitat zeigt, wie die Unterstützung der »Arbeiterfamilie« in Wohnungsnot zum konkreten Symbol eines generellen Kampfes avanciert, den die »Bewegung des Volkes« gegen ihren mächtigen Feind, die »kapitalistischen Politiken« führt. Die Rednerin, eine altgediente Aktivistin der Gruppe, deren Position allgemein unterstützt wird, verwandelt das konkrete Problem der Zwangsräumung in eine Grundsatzfrage, den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital. Diese Bewegung ist paradigmatisch für von der Asamblea Sant Martí geführte Debatten. Jeder Schritt, der gegen konkrete Institutionen (hier: die Verwaltung) oder in bestimmten Politikfeldern (hier: Gesundheits-, Renten- und Bildungspolitik) unternommen wird, nimmt teil an einem sie überwölbenden Kampf. Dabei ist auf die Imperativformen »müssen« oder »gilt es« zu achten – Verbformen, die nicht nur diesen Beitrag durchziehen. Sie zeigen, dass die mobilisierte Arbeiterklasse keine Realität ist, sondern angepeilt wird. Die Versammlung hilft nicht nur einer Familie, sie formuliert gleichzeitig ein alternatives Projekt von Gesellschaft.

Allerdings zitiert die Asamblea Sant Martí nicht einen marxistischen Diskurs in Reinform. Zusätzlich zum Axiom des Klassenkampfes prägt eine *institutionenfeindliche* Haltung die Gruppe, wie sie auch den direktdemokratischen Diskursstrang der Indignados im Jahr 2011 auszeichnete (Kap. III.2.d/3.b). In den Sitzungen und Aktionen

werden auch Kapitalgesellschaften (Banken, Immobilienfirmen, Konzerne usw.) zu Feindbildern stilisiert, im besonderen Fokus der Kritik stehen indes politische Akteure. Dass zum Zeitpunkt der Beobachtung im Jahr 2015 die regierende konservative Volkspartei PP angegriffen wird, überrascht kaum (»Der PP stiehlt schamlos unsere Renten«, ebd., 10.11.2015). Eher fällt auf, dass die neuen Linksparteien, die seit Mitte 2015 in vielen spanischen Großstädten, darunter prominent in Barcelona, die Regierungsmacht übernommen haben, stark getadelt werden. Die Asamblea wendet sich besonders gegen die angeblich hierarchische und medienzentrierte Funktionsweise der neuen Linksparteien (dazu: Kap. V.5). Immer wieder ertönt ein Vorwurf: »Wir dürfen nicht dem bloß medialen Führungsstil von Pablo Iglesias, Chef der Linkspartei Podemos, oder Ada Colau, Barcelonas neuer Bürgermeisterin, erliegen. Es bleibt notwendig, harte Straßenarbeit zu leisten.« (Ebd., 1.9.2015) Es findet eine grundsätzliche Kritik statt:

Trotz all dieser neuen Kräfte, die vermeintlich so hoch im Kurs stehen, dürfen wir nicht nach Hause gehen, sondern müssen auf der Straße bleiben. Der Kampf an der Urne ist vielleicht ein weiteres Kampffeld, die Straße dürfen wir aber nicht verlassen. Es ist weiterhin bitter nötig, die Leute, die Nachbarschaft, die Arbeiterklasse zu organisieren. Wir kämpfen und bieten weiter die Stirn. Zuhause auf dem Sofa bleiben wir nicht liegen. (Ebd., 17.11.2015)

Die Zitate legen die Bedenken der Asamblea davor offen, dass die neuen Linksparteien in Spanien und konkret in Barcelona eine demobilisierende Wirkung verursachen könnten. Soziale Kämpfe und Mobilisierungsbereitschaft sind für die Aktivistengruppe deshalb derart zentral, weil sie dem Veränderungswillen der neuen linken Parteien misstraut. Selbst dort, wo diese wie jüngst in Barcelona regieren, bleibt augenscheinlich die Verwaltungspraxis gegenüber der konservativen Vorgängerregierung unverändert. So wird anlässlich der in Barcelona besonders akuten Zwangsräumungen moniert: »Nach diesem Regierungswechsel dachten wir, dass die Frage des Wohnens rasch gelöst werde. Aber die Zwangsräumungen gehen ungebremsst weiter.« (Ebd., 15.9.2015)¹³ Durch die Kontrastierung von Wunsch (Lösung der Wohnfrage nach Regierungswechsel) und Wirklichkeit (die fortdauernden Zwangsräumungen) bestätigt die Asamblea ihre Leitvorstellung, dass nur außerinstitutionelle Mobilisierungen, aber keine institutionelle Politik – auch keine linke – soziale Missstände beseitigen können.

Es wird deutlich, dass die Asamblea Sant Martí das marxistische Pathos des Klassenkampfes mit einer Institutionenfeindlichkeit vermengt, die weniger für klassisch marxistische Organisationen und Verbände typisch ist als vielmehr für eine Bewegungslinke, wie sie sich in Spanien seit den späten 1970er Jahren herausbildete. Anders als in den Neuen Sozialen Bewegungen üblich, die vielfältigen Konfliktlinien folgen, setzt indes die Asamblea weiter auf äußerst orthodoxe marxische Theoreme.¹⁴ Nicht nur werden alle sozialen Kämpfe auf den einen großen Konflikt zurückgeführt, den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital (und dessen politische Repräsentanten). Dazu

13 2015 fanden in Barcelona 3.098 Zwangsräumungen von Privathaushalten statt (ähnlich wie 2014 mit 3.244).

14 Hier gibt es gewisse Parallelen zur globalisierungskritischen Bewegung, die zur Jahrtausendwende in Spanien verhältnismäßig viel Zulauf erhielt (als Überblick: Tejerina 2010).

kommt, dass andere potentielle Konfliktfelder sehr peripher gehalten werden oder bei der Asamblea gar nicht erst auftauchen, weder in den Debatten der Versammlungen noch in den Aktionen der Versammlung. Von Feminismus, Antirassismus oder der Ökologie ist bei den Treffen und Aktionen *kaum* die Rede, obschon diese Themen bei den neuen sozialen Bewegungen, mit denen die Empörtenversammlungen regelmäßig interagieren – und mit denen sie sich vermengen – sehr prominent sind (vgl. Morell 2012)

Die Asamblea Sant Martí bewegt sich innerhalb eines doppelten Referenzrahmens von Marxismus und Antiinstitutionalismus, das den Empörungsdiskurs vom Mai 2011 eigensinnig fortschreibt. Es geschieht eine eigentümliche Vermischung zweier Zitierungshorizonte, die immer wieder aufeinander abgestimmt werden müssen. Der Marxismus der Asamblea geht, anders als bei kommunistischen Parteien klassisch der Fall, deutlich auf Distanz zur parlamentarischen Politik. Der Antiinstitutionalismus wiederum nimmt bei der Gruppe nicht die für kritische Bewegungen übliche Gestalt einer Mosaiklinken an, die sich um vielfältige Konfliktlinien dreht. Vielmehr führt diese Gruppe ihre vielseitigen Aktionen auf eine Konfliktlinie zu, den Klassenkampf. Diese Zitierungsmelange der Asamblea Sant Martí ist nicht einzigartig, sie bringt allerdings Spannungen mit sich, die *dieses* Kollektiv bewältigen muss, um sich einerseits als eine homogene Gruppe zu konstituieren und andererseits einen hinreichend geschlossenen Diskurshorizont zu stabilisieren.

Das unruhige Fundament der Zitierung: die Machtverhältnisse in der Gruppe Um zu entschlüsseln, wie die Asamblea Sant Martí ihre doppelte Referenz auf den Marxismus und den Antiinstitutionalismus in einem kohärenten Diskurs stabilisiert, hilft der Blick in die Gruppe selbst, in die *Machtverhältnisse* des Interaktionssettings. Wer darf sprechen? Wer muss schweigen? Und über was darf in welcher Weise gesprochen werden? Die Hegemonietheorie richtet klassischerweise ihren Fokus auf die großen Konfliktlinien in der Gesellschaft und vernachlässigt die Mikrophysik der Macht (Kap. VI.3). Für den hiesigen Fall eignet sich solch eine Makro-Perspektive nur sehr bedingt. Zwar wurde die beobachtete Asamblea – wie die beiden anderen beobachteten Gruppen – aus dem Diskursgefüge geboren, das Mitte 2011 entsteht und teilt grundlegende Merkmale, vor allem ihre basisdemokratische Organisationsform und die Elitenkritik. Die Zitierungen der Asamblea Sant Martí, in der sich Antiinstitutionalismus und Marxismus verklammern, sind aber weniger durch ihre externe Zugehörigkeit zu einem übergreifenden Diskurs als vielmehr durch interne Dynamiken bedingt. Die Frage lautet: Welche Dynamiken in der Asamblea stabilisieren ihre eigentümliche Zitierungspraxis?

Wie alle Gruppen, die aus den Protesten der Indignados entstanden, agiert auch dieses Kollektiv als basisdemokratische Versammlung. Sie trifft ihre Entscheidungen fast ausschließlich konsensual und schreibt der machtfreien Deliberation einen hohen Stellenwert zu. Die formale Gleichheit in den beobachteten Versammlungen darf gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, dass in ihnen zugleich prononcierte Machtverhältnisse herrschen. Mehr noch, die Versammlungen erweisen sich als mächtige *Passagenpunkte*, die eben nicht nur gleichrangige Deliberationspraktiken sicherstellen, sondern zugleich Praktiken und Identitäten strukturieren. Wer als Neuankömmling zu einem Kollektiv stößt, der oder die hat sich in ein Gefüge einzufügen, in dem Redegewandtheit, politi-

sche Erfahrung (und Sozialisation) sowie die Ambition zur Einflussnahme der anderen Gruppenmitglieder sehr ungleich verteilt sind. In jeder der beobachteten Gruppen sticht ein kleiner Führungskern von zwei bis fünf Personen hervor, der die anderen leitet und inspiriert, doch ebenso überschattet (dazu: Kap. IV.5).

Dieser Führungskern tritt bei der Asamblea Sant Martí sehr deutlich zutage. In der eingangs dargestellten Bilanzsitzung »Vier Jahre Kämpfe. Bilanzen und Perspektiven« (ebd., 1.9.2015) übernehmen zwei junge Männer, Aitor und Joan, das Wort und lenken die Debatte immer wieder dorthin, wo aus ihrer Sicht die zentralen Fragen liegen. Nett und nahbar in der Form, aber hart in der Sache lassen beide die Diskussion nicht abdriften – etwa im Smalltalk rund um die Neuigkeiten, die gerade im Quartier geschehen –, sondern führen den Fokus immer wieder auf die Tagesordnung zurück. Aitor und Joan übernehmen also, trotz der formalen Basisdemokratie der Versammlung, faktisch Subjektpositionen als *Sprecher*.¹⁵ Neben ihnen sticht noch Emilia, eine Frau mittleren Alters mit südamerikanischem Wurzeln, in den Debatten hervor. Diese drei Subjekte beteiligen sich nicht nur an den Diskussionen besonders rege, sie definieren vor allem, über *was* gesprochen wird. Aitor, Joan und Emilia üben ihre Führungsfunktionen explizit wie subtil aus. Mal übernehmen sie längere Reden, mal lenken sie im Hintergrund, als vermeintlich objektive Moderatorinnen, die Sitzungsverläufe.

Bei der Asamblea Sant Martí wiederholt sich mit nur leichten Modulationen stets dasselbe Grundmuster. Die drei Sprecherinnen intervenieren in den Versammlungen häufig und ausführlich, streckenweise vereinnahmen sie die Debatten und spielen sich geradezu die Redebeiträge zu. So als zu einem Treffen drei Familien stoßen, denen die Zwangsräumung droht – Aitor führt sie ein und beantwortet ihre Fragen, Joan bedankt sich nach circa zehn Minuten und meint, man müsse rasch zum nächsten Punkt übergehen, den er selbst ausführt (ebd., 17.11.2015). Doch die Sprecher sprechen nicht nur selbst ausführlich, sie schreiben weiterhin vor, *wie* und *wie lange* die anderen Teilnehmerinnen sprechen dürfen – und wie eine gelungene Debatte auszusehen hat. Teils mahnen sie, dass man endlich zu den eigentlich wichtigen Fragen zurückkommen müsse, teils loben sie gewisse Beiträge oder Kommentare und führen sie fort. Weiterhin werden nonverbale Mittel eingesetzt, um gewisse Positionen zu stärken oder zu schwächen, ob mit Kopfschütteln, Nicken oder Applaus. Besonders stechen überdies rhythmische Einsätze hervor, etwa Refrains, um bestimmte Themen oder Beiträge in den Vordergrund zu stellen. Dies ist dann der Fall, als in einer Sitzung das Gründungsmanifest der »Bewegung des Volkes«, die ja die Gruppe anstoßen möchte, vorgelesen wird. Aitor liest den Text vor, der Rest der Versammlung, besonders enthusiastisch Joan und Emilia, singen, begleitet von

15 Den Begriff des Sprechers oder der Sprecherin gebrauche ich in diesem Kapitel auf leicht mehrdeutige Weise. Die beiden Asambleas Sant Martí und La Marina sind in formaler Hinsicht radikal basisdemokratisch, sie haben keine formalen Vorsitzenden oder »Sprecher«. Wenn ich also bei diesen beiden Gruppen den Begriff Sprecher/Sprecherin gebrauche, so tue ich es in einem streng analytischen Sinne, um hervorgehobene Subjektpositionen zu markieren (dazu: Kap. VI.4). Bei der PAH Barcelona dagegen gibt es einen »offiziellen« Sprecher (*Portavoz*), in meinem Beobachtungszeitraum war das Martín. Er ist aber auch in analytischer Hinsicht ein Sprecher, er gehört also zum kleinen und informellen – nicht von der Versammlung als solchen zertifizierten – Führungskreis (s.u.), der bei den Versammlungen der PAH eine lenkende und moderierende Rolle übernimmt.

rhythmischem Applaus, den zentralen Refrain der Asamblea Sant Martí: *Luchar, crear, poder popular!*, *Luchar, crear, poder popular!* (Kämpfen, schaffen, populare Macht!)

Auch bei den anderen Kollektiven steht, trotz basisdemokratischer Organisationsformen, ein kleiner Führungskreis im Zentrum. Bei der Asamblea La Marina, ebenfalls eine Empörtenversammlung in einem Arbeiterquartier, setzen sich zwei Mitglieder, María und Víctor, ab. In den Versammlungen sind ihre Stimmen zentraler als die der restlichen Teilnehmerinnen, oft agieren sie als Meinungsmacher. Víctor, ein Student in den Zwanzigern, beeinflusst besonders die jüngeren; María, eine erfahrene Gewerkschafterin in den Fünfundzwanzigern, eher die älteren. María und Víctor üben ihre Führungsfunktionen jedoch sanfter aus als ihre Pendants der Asamblea Sant Martí. Die Sprecher des Kollektivs von La Marina agieren weniger als aktive Diskursproduzenten, sie arbeiten weder Gründungsmanifeste neuer Bewegungen aus noch halten sie komplexe Präsentationen. Vielmehr tun sie, *als ob* sie ihre Mitstreiterinnen nur repräsentieren würden, als ob sie nur das Sprachrohr der Gruppe seien und ihre Forderungen bündeln. Diese Repräsentation geschieht nach innen bei den wöchentlichen Treffen der Asamblea und nach außen bei öffentlichen Veranstaltungen oder Protestaktionen. Ein Beispiel dafür ist eine Demonstration (3.3.2015), in der eine bessere Verkehrsanbindung – speziell eine U-Bahn-Verbindung – für das periphere Arbeiterquartier La Marina gefordert wird. Von Anfang bis Ende der Aktion, die etwa vier Stunden dauert, führt Víctor gemeinsam mit seinem Freund Ramón den Demonstrationszug an, weist den anderen den Weg und ruft durch das Megafon die Parolen, die die restlichen Demonstrantinnen wiederholen: »Wir sind kein marginales Viertel, wir sind kein Durchgangsort! Wir wollen, wollen, wollen, wir wollen die Metro jetzt!«

Die *repräsentierende* Führung vollzieht sich auch unscheinbar. Etwa als zu einem Treffen (La Marina, 6.2.2015) zwei Frauen aus bescheidenen Verhältnissen dazustoßen und darlegen, wie in *Can Clos*, ihrer Wohnsiedlung, angeblich Immobilienspekulanten gemeinsam mit einer korrumpierten Verwaltung versuchen, die Siedlung abzureißen und durch Luxuswohnungen zu ersetzen. Entscheidend ist hier das Setting, in das diese Diskussion eingefasst ist. Sprecherin María präsentiert der Versammlung die beiden Frauen und macht sich ihre Anliegen zu eigen. Für sie ist »klar«, dass die Asamblea diese Korruptionspraktiken »erforschen und publik machen müsse«. Ebenso ist es »selbstverständlich«, dass die Gruppe die Nachbarschaft von *Can Clos* in ihrem Kampf unterstützen wird. María agiert somit gegenüber den Frauen als selbstverständliche Stimme der Versammlung, sie spricht im Namen der restlichen Gruppe.

Bei der PAH hebt sich ein Zirkel von vier bis fünf Personen vom Rest der Versammlung ab; diese bündeln privilegierte Zugänge zu Informationen, sozialen Netzwerken und Institutionen. Ein kleiner Führungskreis stilisiert *seine* Sprache und *seine* Praktiken als *die* legitimen und vorbildlichen. Sie erscheinen als die Schablonen, an denen sich der Rest des Kollektivs zu orientieren hat (dazu: Kap. IV.5). Diese Wissensmacht wirkt, indem sie immer wieder ritualisiert und veralltäglicht zur Schau gestellt wird. Eine typische Szene dafür ist, wie Martín, der – offizielle und inoffizielle – Sprecher der PAH Barcelona, bei einer Versammlung von seinen Gesprächen im Europaparlament berichtet, wo die PAH ein Bürgerbegehren zur Verhinderung von Zwangsräumungen eingereicht hatte (PAH, 21.4.2015). Alle hören gebannt zu, als Martín berichtet, dass ihm konservative Politiker harsch vorgeworfen hätten, dass die PAH die Zwangsräumungen für

politische Zwecke instrumentalisieren würde. Der konservative Vorwurf habe gelautet: »Die einzigen, die etwas unternehmen, um die Zahl der Räumungen zu verringern, sind wir. Sie, die PAH, müssen die Papiere zu ihrem Bürgerbegehren einfach niederlegen und sich auflösen.« Martín erzählt augenzwinkernd, er habe ironisch, aber auch bestimmt geantwortet: »Weit verfehlt. Wer ihre Papiere, und die Parlamentssitze gleich mit dazu, niederlegen müsste, das sind sie, die konservativen Politiker.« Nach Martíns Erzählung bricht Gelächter aus. Mehrmals muss er die Episode wiederholen, immer wieder braust Applaus und Lachen auf. Der PAH-Sprecher trifft einen Nerv. Seine Erzählung bedient das Selbstbild, das die Aktivistinnen von ihrer Plattform pflegen. In der PAH organisieren sich die Underdogs. Diese treten dann den Mächtigen, in diesem Fall konservative EU-Parlamentarier, furchtlos entgegen, die Würdenträger werden sogar ins Lächerliche gezogen.

Der Topos von unten gegen oben und die Disqualifizierung der Repräsentanten legen offen, wie die PAH am sie übergreifenden Empörungsdiskurs partizipiert. Martíns Erzählung bespielt diese Themen so gekonnt wie gewitzt. Doch in seiner Darstellung sind es nicht die bescheidenen Aktivistinnen, die den abgehobenen Politikeliten Paroli bieten, sondern er allein. Martín vertrat die PAH in Straßburg – und nun erzählt er stolz davon, während die restlichen 50 Versammelten gespannt zuhören. Martín ging ins EU-Parlament, er sprach mit Politikerinnen, er wies sie in die Schranken. Seine Mitstreiterinnen blieben in Barcelona, nun hören sie ihm bewundernd zu. Martín tritt als Repräsentant der PAH auf, er hat Zugang zu den Parlamenten. Die restlichen Aktivistinnen werden von ihm repräsentiert, seine Möglichkeiten haben sie nicht.

Dass sich bei der PAH ein stabiler Führungskreis herausbildet, wird begünstigt durch die Routinen, die sich in ihren Versammlungen etablieren. Das offene, für jeden ersichtliche Geschehen ist das von ständigen Versammlungen – zumindest drei pro Woche –, der laufenden Blockade von Zwangsräumungen sowie der alltäglichen Begleitung von Menschen in Notlagen, um mit Banken oder Ämtern zu verhandeln oder auszuüben auf sie Druck. Doch es gibt ein paralleles Geschehen zu diesem öffentlich einsehbaren. Buchstäblich in den Hinterzimmern des PAH-Lokals werden Aktionen koordiniert, Dokumente ausgearbeitet oder Telefongespräche geführt. Nur sehr gelegentlich wird diese Arbeit in der Versammlung besprochen oder von dieser problematisiert. Der Aufwand dieser Bürojobs ist erheblich, teils handelt es sich um regelrechte Vollzeitbeschäftigungen. Sie werden vom kleinen Zirkel der führenden PAH-Mitglieder ausgeübt. Dass sich das Wissensgefälle bei der PAH verhärtet und eingespielte Praktiken und Erwartungen hervorbringt, folgt auch daraus, dass der Führungskreis der Plattform über eine wertvolle Ressource verfügt – freie Zeit, die die anderen (meist) nur eingeschränkt besitzen.¹⁶

16 Tatsächlich stellt das Forschungszentrum DESC (observatoridesc.org) einige seiner hauptamtlichen Mitarbeiterinnen frei, damit sie sich aktivistisch bei Plattformen wie der PAH, die den Wertvorstellungen des DESC entsprechen, betätigen können. In diesem Sinne gibt es bei der Plattform einen kleinen Kern von Berufsaktivistinnen. Bezeichnenderweise wechseln diese zum Teil – prominent Ada Colau – vom Aktivismus in die institutionelle Politik.

Die normierende Macht der Versammlung Bei allen drei Gruppen setzt sich ein kleiner Kreis von zwei bis fünf »mächtigen Subjekten« gegenüber dem Rest des Kollektivs ab. Es etabliert sich ein tendenziell *asymmetrisches Verhältnis*, das im Fluss der kollektiven Praktiken meist allseits – passiv oder aktiv – akzeptiert wird, sich zumeist als wirksam herausstellt und damit fortlaufend seine Legitimität behauptet. Oftmals akzeptieren die Machtlosen ihre Ohnmacht. Nur in Ausnahmefällen müssen sie vor einem (bekannten oder unbekannten) Publikum das Mikrofon ergreifen und die Zuhörerschaft mit Pathos, Rhetorik und Argumenten überzeugen, Manifeste und Forderungen verfassen oder in die Parlamente gehen, um mit professionellen Politikern zu streiten und diesen gegenüber ihre Positionen zu vertreten. Zugleich können die Machtloseren erheblich mitbestimmen, wie die Mächtigeren handeln sollen. Das formal letzte Wort liegt bei der Versammlung; keine Sprecherin setzt einfach ihre Ziele durch, sondern ist immer auf einen zumindest partiellen Konsens in der Gruppe angewiesen. Mächtigere und schwächere Subjekte bewegen sich innerhalb *einer* Arena. Sie verhindert, dass Macht willkürlich ausgeübt wird und gewisse Subjekte nach Belieben Ressourcen akkumulieren. Diese Arenen sind die basisdemokratischen Versammlungen – und sie erweisen sich als mächtigen Passagenpunkt, zwingen sie doch alle Teilnehmer zur ständigen Absprache und Rechtfertigung. Strategien müssen deliberativ ausgehandelt, Aktionen gemeinsam geplant und (kritisch) aufgearbeitet und punktuell sogar der gesamte Gruppenalltag neu ausgehandelt werden (vertiefend: Kap. IV.6).

Jeffrey C. Alexanders (2004) Begriff der Versammlung als einer Bühne, auf der *Darsteller und Publikum* gemeinsam ein Stück aufführen, bringt deren Charakter als einer zugleich verbindenden und asymmetrischen Arena zum Ausdruck. Auf der Bühne der Versammlung nehmen zwar formal alle Anwesenden teil, faktisch jedoch agieren dort nur wenige in wirklich aktiver Weise. Die Mehrheit ist ein Publikum, das sich nur gelegentlich zu Wort meldet, das klatscht oder schimpft, das Entscheidungen annimmt oder ablehnt.

Weder die Darsteller noch das Publikum sind frei, sie stehen vielmehr auf einer gemeinsamen Bühne. Die einen agieren auf der Bühne und sind dazu aufgefordert – etwa PAH-Sprecher Martín –, als handlungsmächtige und sprachgewandte Subjekte aufzutreten. Die Gruppenmehrheit handelt zwar auch, jedoch meist als ein unscheinbares Publikum, das passiv bleiben kann und soll. Das Verhalten von Darstellern und Publikum ist keine Folge freier Entscheidungen, sondern vollzieht sich als kollektive Praxis, die durch den sozialen Raum der Versammlung strukturiert wird. Die Ordnung des Versammlungsraumes kann nicht von Einzelpersonen umgemodelt werden, es können sich aber durchaus Koalitionen bilden, eine konkrete Verfasstheit der Versammlung panzern, verändern oder umgestalten. Einmal ins Leben gerufen, lassen sich bestehende Versammlungsabläufe jedenfalls nicht mehr leicht verändern.

Zur Versammlung gehört auch ein Diskurs, den Darsteller und Publikum teilen, ständig zitieren und damit verschieben. In allen Kollektiven herrschen Elemente des Empörungsdiskurses vom Mai 2011 vor. Doch dieser Diskurs äußert sich jeweils in verschiedenen Schattierungen. Bei der Assemblée Sant Martí besteht eine eigentümliche Melange aus Marxismus und Antiinstitutionalismus, bei der Assemblée La Marina geht es vorrangig um Quartiersfragen, die PAH Barcelona bespielt vehement den Topos des Unten-oben-Konfliktes. In allen drei Fällen ist der Diskurs nicht unbeweglich, er erhält

im Fluss der Zitierungen neue Nuancen und Bedeutungen. In den Versammlungen geschehen performative Brüche, die diskursive Horizonte verschieben oder sie in neue Bereiche führen (dazu: Kap. IV.3.c). In jedem Fall ist der Empörungsdiskurs in die je konkreten Versammlungen *eingebettet*. Es gilt eine paradoxe Lösung: Die Versammlung verhärtet ein asymmetrisches Verhältnis zwischen den eher aktiven Darstellern und einem eher passiven Publikum – und avanciert dadurch zur Bühne eines Diskurses, der auf die Aktivierung und Ermächtigung des *gesamten* Kollektivs zielt.

Eine gewisse Ungleichheit zwischen den Versammlungsmitgliedern wird zwar akzeptiert – doch wo die Kluft zwischen Darstellern und Publikum zu groß wird, wo letzteres (fast) keine Handlungsmöglichkeiten mehr besitzt und sich den Direktiven des Führungskreises allzu untergeordnet fühlt, da wendet sich der egalitäre Empörungsdiskurs gegen sich selbst, um interne Ungleichheiten zu kritisieren. »Eigentlich funktionieren wir doch basisdemokratisch! Eigentlich hat doch jede Stimme das gleiche Gewicht!« – diese Empörung gegenüber den Asymmetrien der Versammlung bricht immer wieder aus. Potentiell kann sich jede Teilnehmerin, egal wie rhetorisch gewandt, vernetzt oder erfahren sie sei, darauf berufen, dass kollektive Debatten und Entscheidungen nach basisdemokratischen Regeln zustande kommen müssten.

Der theatrale Blick auf die Versammlungen unterstreicht nicht nur das Gefälle zwischen Darstellern und Publikum, er formuliert zudem ein entsubjektiviertes Machtverständnis. Im Sinne von Heinrich Popitz (1986: 44) übt die Versammlung eine *normierende Macht* aus, sie reguliert das Verhalten der Anwesenden, und zwar nicht nur punktuell, sondern in generalisierter Form. Bei den beobachteten Asambleas äußert sich stets dieselbe Grundstruktur. Es bilden sich, wie Popitz es nennt, »Situations-Verhaltens-Standardisierungen« (ebd.), Verhältnisse der Über- und Unterordnung sedimentieren über längere Zeiträume. Entscheidend bei dieser Machtausübung ist, dass Fügsamkeit und Verfügbarkeit mit sozialer Bindung einhergehen. Die einen üben Macht aus, die anderen unterwerfen sich ihr – und indem beide das ihre tun, schaffen sie eine gemeinsame Bühne, in der beides geschehen kann. Die einen sprechen, die anderen hören zu, die einen repräsentieren, die anderen werden repräsentiert, die einen ermächtigen, die anderen lassen sich ermächtigen. Im Vollzug einer Praxis, die immer beidseitig ist, bringen sich gegenseitig stärkere und schwächere Subjekte hervor. Es entstehen Bekanntschaften, Freundschaften, gelegentlich sogar Liebesbeziehungen. Die Macht ersetzt nicht das Vertrauen, aber sie durchzieht es, schreibt sich selbst dort in dieses ein, wo es beiden Seiten, den Mächtigeren wie den Ohnmächtigeren, gar nicht recht bewusst ist. Und so wiederholen und kreuzen sich diese Machtverhältnisse, bis sie sich schrittweise zum Kräftefeld verdichten und die Versammlung als einen geteilten sozialen Raum auf Dauer stellen.

Die Machtverhältnisse, welche die Gruppen prägen, sind keineswegs nur ein negatives, mithin unterdrückendes Moment – und schon gar nicht behindern sie per se die Entfaltung der basisdemokratischen Versammlungen. Im Sinne Foucaults ist die Macht in ihrer *produktiven* Dimension zu fassen. Die Macht der Versammlung setzt einen Führungskern vom Rest der Gruppe ab. Alle Teilnehmerinnen verstetigen zwar gemeinsam die zitierten Diskurse – doch es sind die Darsteller, die gegenüber ihrem Publikum eine privilegierte Position einnehmen. Diese Asymmetrien blockieren die Gruppen nicht, sie ermöglichen diese. Diese Machtverhältnisse verfestigen soziale Bindungen, die ohne sie schwächer wären oder gar nicht erst bestünden. Sie stoßen Subjektivierungen an,

die aus Opfern selbstbewusste Aktivistinnen machen. Und die Machtverhältnisse stellen die Zitierungspraktiken des Empörungsdiskurses auf Dauer. Auf diese Weise lassen normierende Machtverhältnisse Diskurse für Praktiken sprechen und Praktiken für Diskurse handeln. Die kollektive Zitierung jedes Diskurses, selbst eines radikaldemokratischen wie den der Empörung, geht mit Asymmetrien und Machteffekten einher. Macht stiftet soziale Verhältnisse, so die Devise, die sich ethnographisch erhärtete. In dieser Hinsicht ist das theoretische Axiom »Keine Praxis ohne Diskurs, kein Diskurs ohne Praxis« wie folgt zu erweitern: Wo Diskurse von Praktiken zitiert werden, da ist eine normierende Macht am Werk. Und diese Macht heißt hier: Versammlung.

3.2 Wiederholung, Erfahrung und Raum

An diesem Punkt stellt sich die Frage: Wie sedimentieren die prinzipiell fluiden Machtverhältnisse in den Gruppen? Wie werden aus anfangs losen Beziehungen von Aktivistinnen jahrelang aktive Versammlungen? Um dies zu klären, hilft der Blick auf das scheinbar Selbstverständliche: die *Wiederholung* von Praktiken. Wenn ständig wiederholte Praktiken dort eine Ordnung stabilisieren, wo zuvor keine war, dann ist das erklärungsbedürftig. Die Tatsache, dass sich die beobachteten Protestkollektive durch ständig wiederholte Praktiken reproduzieren, ist nicht selbstverständlich. Vor allem im hiesigen Fall: Es sind alles Versammlungen, die 2011 mit den Mobilisierungen der Indignados entstanden und zumindest bis Mitte 2017 fortbestehen. Damit bilden die beobachteten Gruppen Ausnahmen. Sie bestehen fort, während sich fast alle anderen Empörtengruppen in der Großstadt Barcelona bereits vor Jahren auflösten.¹⁷ Was hält diese drei Asambleas lebendig? Was treibt diese Aktivistinnen an, sich mehr als drei Jahre nach den ursprünglichen Protesten der Indignados weiter zu engagieren?

Die herkömmliche Protestforschung würde drei Faktoren unterstreichen, die das Überleben der beobachteten Gruppen begünstigen. An erster Stelle steht der geographische Faktor. Gerade die beiden Empörtenversammlungen, die Assembla La Marina und die Assembla Sant Martí, bilden sich in ärmeren Quartieren, in denen zwar die Folgen der Wirtschaftskrise besonders stark spürbar ist, in denen es aber vor den Protesten der Indignados kaum Gruppen gibt, die den Unmut der ansässigen Bevölkerung politisieren (vgl. Mansilla 2015a: 86f.). Beide Gruppen verschaffen sich deshalb eine hohe Legitimität, weil sie konkrete und lokale Fragen aufgreifen. Eng damit verbunden ist, zweitens, der humane Faktor. Alle Kollektive besitzen charismatische Führungsfiguren, welche die restlichen Aktivistinnen antreiben und für sie als Vorbild agieren. Die langjährige offizielle Sprecherin der PAH Barcelona, Ada Colau, ist dafür ein prägnantes Exempel. Colau zeichnet sich so sehr als öffentliches Gesicht der PAH aus, dass sie Mitte 2014 die linksalternative Wählerplattform *Guanyem Barcelona* (später: *Barcelona en Comú*) anführt und ein Jahr später sogar zur Bürgermeisterin Barcelonas gewählt wird. Drittens scheint der thematische Faktor zentral. Die Kollektive greifen Fragen auf, die der Protestzyklus von 2011 zwar aufgeworfen hatte, die aber damals meist abstrakt und

17 Die Dynamik der Empörtengruppen fiel in Spanien sehr unterschiedlich aus. In Madrid, der Hochburg der Proteste von 2011, blieben die Versammlungen von Indignados auf Quartiersebene sehr viel längere Zeit als in Katalonien aktiv (vgl. García 2018).

vage blieben. Diese Unbestimmtheit mochte sich 2011 noch als Vorteil erweisen und als breite Identifikationsfläche fungieren (Kap. III.2). Doch in den Folgejahren, als die Wirtschaftskrise nicht abklingt, sind zusehends konkrete Positionierungen vonnöten. Das tut die PAH besonders wirksam, indem sie in ganz Spanien gegen das Massenphänomen der Zwangsräumungen politisiert und ganz konkret tausende Zwangsräumungen im Land verhindert. Damit werden viele Betroffene politisiert und an Praktiken des zivilen Ungehorsams herangeführt.

So relevant diese Faktoren sind, man darf sie nicht schlicht aufzählen, sondern muss sie präziser einordnen. Anders als herkömmliche Ansätze unterstreicht die hiesige post-strukturalistische Perspektive, dass es keine reine Wiederholung gibt, sondern dass jede Reproduktion von Praktiken mit ihrer Transformation einhergeht. Dass die Kollektive Führungsfiguren besitzen und prägnante Fragen artikulieren, ist somit eher als *Folge* denn als Ursache ständig wiederholter Praktiken zu betrachten. Stabilisierte Praxismuster wirken performativ, sie selbst bringen charismatische Anführerinnen, prägnante Forderungen und überraschende Protestrepertoires hervor. Der geographische Faktor trifft seinerseits einen wichtigen Punkt: Die beobachteten Gruppen antworten gleichsam auf eine *räumliche* Leerstelle. Die Asambleas von La Marina und Sant Martí artikulieren politische Forderungen, die in ihren Quartieren als implizite, aber sehr mächtige Bedürfnisse – nach einer funktionierenden Infrastruktur – präsent waren. Diese Artikulation impliziter Bedürfnisse wird in diesem Schritt noch eine wichtige Rolle spielen.

Zunächst jedoch möchte ich grundsätzlicher ansetzen. Wie es den beobachteten Versammlungen gelingt, zu sedimentieren, kann sich vielleicht klären, wenn die Praktiken untersucht werden, die sich dort fortwährend wiederholen. *Was zeichnet die ständig wiederholten Praktiken aus?* Dieser Leitfrage geht der vorliegende Schritt nach. Es dürfte überraschen, dass sich die Praktiken in allen drei Versammlungen weniger durch eine besondere Radikalität auszeichnen als vielmehr durch eine gewisse Ausrichtung ihrer Praktiken. Im Rekurs auf Ulle Jäger (2014) verteidige ich eine provokante Kernidee: Die beobachteten Protestgruppen halten sich deshalb so gut, weil ihre Versammlungen einem Therapiesetting gleichen. In den Gruppen artikulieren die Mitglieder ihre Erfahrungen aus und teilen sie mit anderen. Trotz der stets präsenten Machtverhältnisse fühlen sich die Teilnehmerinnen im Gruppenalltag (meist) regelrecht aufgehoben, sie machen aus ihrem Zusammenkommen einen geschützten Raum, in dem sie die eigene Verletzlichkeit ausdrücken und mit anderen teilen. Diese Erfahrung prägt die Aktivistinnen zutiefst. Eine solche basale *Erfahrung* von Gemeinschaft und die damit verbundene Überwindung eines vereinzelt Leidens zeichnet ihre Alltagspraktiken aus.¹⁸ Die drei Gruppen erringen eine solche Stabilität, weil sie sich, mit Jäger gesagt, als »Frei-Räume« konstituieren, in denen sich sowohl Leidens- als auch Ermächtigungserfahrungen kollektiv artikulieren lassen. Beides trägt den Gegenentwurf zum Status quo, dem sich alle Gruppen verschreiben.

Dies scheint mir die Kernerklärung für die überraschende Langlebigkeit der beobachteten Asambleas. Die folgenden Ausführungen untermauern den ersten Teil dieser

18 Zu meiner kulturalistischen, an Wolfgang Ißbach angelehnten Konzeption des Erfahrungsbegriffes und seiner Einbindung in das hier entwickelte Praxis- und Artikulationsverständnis: Kap. VI.3.

These, indem ich darauf eingehe, wie die Aktivistinnen Verletzlichkeiten kollektiv ausdrücken und wie sich die Versammlung verräumlicht. Die These lässt sich allerdings erst in ihrer vollen Reichweite verstehen, wenn dazu der nächste Schritt hinzugenommen wird. Und auch der spätere Schritt zur Subjektivierung (Kap. IV.5) wird ein besseres Verständnis für die Leidenserfahrungen, aber auch die kollektive Ermächtigen derjenigen erlauben, um die sich diese Ethnographie dreht.

In diesem Schritt sei zunächst dargestellt, wie in den Gruppen eine emotionale, expressive und kollektiv geprägte Praxis Gestalt annimmt. Dafür hilft der Blick in die PAH, und zwar anhand des Ausschnittes aus einem Interview mit der langjährigen Aktivistin Anna Sans.¹⁹ Auf die Einstiegsfrage, wie sie zur Aktivistin wurde, antwortet sie:

Es war ein langsamer Prozess. Bei der PAH gibt es keine Aktivist:innen im klassischen Sinne. Zur Plattform gehen Leute, die Angst haben, die das Grundlegendste zu verlieren drohen. Als ich zur PAH Barcelona kam, spürte ich in der Willkommensversammlung eine riesige Beklommenheit. Alle Teilnehmer:innen teilten dieselbe Angst. Ich hielt das nicht durch, verließ das Treffen, stieg in die U-Bahn. Und dann dachte ich mir: »Aber Anna, wohin gehst Du, was machst Du nur? Ich muss sprechen, mir Hilfe holen.« Also ging ich zurück. Just als ich in den Raum trat, wurde ich aufgerufen: »Die nächste Redner:in in der Liste: Anna Sans.« Ich nahm das Mikro und sprach. Und dann geschah ein Hilfsbombardement: »Tu dies Anna, tu jenes Anna. Morgen wirst Du nicht arbeiten können, sondern Dir einen Anwalt holen müssen, der Dir in Deinem Fall weiterhilft.«

So fing alles an. Ich war zuvor weder Aktivistin gewesen noch Mitglied einer Partei. Zur PAH kommst Du mit Deinem Problem. Dort siehst Du dann, was vor sich geht, was für ein soziales Drama sich abspielt. Ein Drama mit Gesichtern und Eigennamen. (Sans, 14.4.2017)

Die Passage versprachlicht, was bei jeder Versammlung der PAH eine schwer fassbare Atmosphäre von »Beklommenheit« und »Angst« bleibt, die viele Neuankömmlinge wie Anna oft auf Antrieb nicht zu versprachlichen wagen. Anfangs traut sich kaum jemand, die eigene Krisenlage gegenüber anderen offenzulegen und mit ihnen zu überlegen, was sich dagegen unternehmen ließe. Eindrücklich ist hierfür der zweite Zitatabschnitt, der mit dem Wechsel vom Pronomen »Du« und »Deinem Problem« zur Passivkonstruktion »was vor sich geht« die existentielle Krisensituation verallgemeinert und zum gesellschaftlichen Phänomen macht: »Dort [bei der PAH] siehst Du dann, was vor sich geht, was für ein soziales Drama sich abspielt. Ein Drama mit Gesichtern und Eigennamen.« Sans verschiebt so den Fokus vom subjektiven Erleben hin zu einem allgemeinen Geschehen (»ein soziales Drama«), während sie zugleich dieses Geschehen vermenschlicht, es mit Eigennamen – hier: ihre eigene Geschichte – ausstattet.

Sans' Worte zeigen, wie es den allermeisten Betroffenen geht, die zur PAH stoßen. Sie haben Angst, fühlen sich hilflos und sind verunsichert. Jeder und jede trägt *Leidenserfahrungen* in die Versammlung hinein (vgl. Suárez 2017). Die Neuankömmlinge stoßen meist in einem desolaten Zustand zur Plattform. Viele weinen, schluchzen, schaffen es

19 Anders als üblich führe ich hier die Interviewte in ihrem Eigennamen an, da das Leitfadenterview mit ihr auch publizistischen Zwecken diene. Siehe: Lluís 2017a.

zuweilen kaum, ihren Fall in Worte zu fassen (dazu: Kap. IV.5). Dass Teilnehmende ähnlich wie Sans die Sitzung abrupt verlassen, gehört zur Normalität bei der PAH. Die Plattform adressiert diese Hilflosigkeit aktiv, schon mit der Eröffnungsfrage jeder Versammlung: »Wie geht es uns heute?« Regelmäßig betonen die erfahrenen Aktivistinnen: »Jetzt seid Ihr nicht mehr allein! Jetzt beginnt der gemeinsame Kampf!« Diese Aufforderung ist mehr als ein Hilfsangebot, sie verweist auf die grundsätzliche Gesellschaftsdiagnose der PAH – und ihr Politisierungsangebot, um den festgestellten Zustand der Hilflosigkeit zu überwinden. Oftmals bleibt beides zwar implizit, bisweilen kommt es aber sehr klar zur Sprache. So etwa bei einer Diskussion rund um die Rolle der Sozialämter bei der Bereitstellung sozialen Wohnraums (PAH, 14.7.2015). Alle Versammelten sind sich einig, dass die Ämter angesichts einer »Lawine von Fällen« (Zwangsräumungen) handlungsunfähig seien. Sodann stellt die Moderatorin fest: »Man muss es klar sagen: Heute stehen wir vor einer neuen sozialen Wirklichkeit. Viele ausgegrenzte Menschen sind nicht mehr in der Lage, sich allein zu verteidigen.« Es folgt allgemeine Zustimmung. Eine junge ecuadorianische Frau fügt dem emphatisch hinzu: »Und gerade deshalb müssen wir die Handlungschancen der PAH weiter stärken!«

Die kollektive Artikulation einer geteilten Verletzlichkeit Hier das vereinzelte Leiden der Betroffenen, dort die PAH als kollektiver Ermächtigungshebel – unter der Brille dieses Dualismus behandelt die Plattform die Leidenserlebnisse derjenigen, die zu ihr stoßen. Vor allem sprengt diese existenzielle Hilflosigkeit die Grenzen von divergenten Klassenlagen und separaten Milieuzugehörigkeiten. Menschen der untersten sozialen Schichten stoßen zur Plattform, von der aus Pakistan eingewanderten fünfköpfigen Familie über den Langzeitarbeitslosen bis hin zur Drogenabhängigen. Doch bei der PAH beteiligen sich ebenfalls Leute, die früher zur Mittelschicht zählten und wohl niemals geglaubt hätten, jemals in die ausweglose Lage zu geraten, nicht mehr ihre Hypothek oder ihre Miete zahlen zu können. Zu letzteren gehört die Interviewpartnerin Anna Sans. Zur Frage, wie die Plattform Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenführe, erzählt Sans:

Das war für mich eine weitere Lernerfahrung. Als ich mich etwa stundenlang mit anderen PAH-Aktivistinnen in eine Bankfiliale einschloss, merkte ich erst, wie verschieden meine Mitstreiterinnen waren. Es wurde geschrien, Papiere zerrissen, Parolen skandiert. Anfangs verletzte mich das, ich dachte mir: »Was ist hier los? Ich halte es nicht mehr aus.« Langsam lernte ich, mich wohlfühlen und anzupassen. Ich lernte, mit anderen umzugehen, sie so zu nehmen, wie sie sind. Und auch mich selbst zu akzeptieren – all das war eine Herausforderung. Am Ende wurden all diese Fragen fast wichtiger als mein »eigentlicher« Fall. (Sans, 14.4.2017)

Die Passage legt dar, dass die Plattform zwar in ihrem Diskurs eine Wir-Identität schafft, die a priori alle einschließt und als handlungsfähige Akteure würdigt, dass aber de facto diese neue Identität nur schwer zu verwirklichen ist. Auf der einen Seite stehen jene, die schreien, Papiere zerreißen und Parolen skandieren, auf der anderen Seite jene anderen wie Anna Sans, denen das (noch) schwerfällt. Diese Unterschiede lassen sich aber durch gemeinsame Protestpraktiken überwinden. Die Leidenserfahrungen der Einzelnen lassen sich mittels kollektiver Lernprozesse verarbeiten, die aus dispa-

raten Denk- und Handlungsschemata verbindende, ja regelrecht vergemeinschaftende Horizonte schaffen.²⁰

Die Aktivistinnen der Plattform teilen Erfahrungen der Verarmung und des sozialen Abstiegs. So gut wie alle Aktivistinnen der über 200 PAH-Versammlungen in Spanien erfahren, wie ihr Lebensalltag durch drohende Zwangsräumungen geschädigt, geradezu blockiert wird. Diese Verletzung ist nicht abstrakt, sondern drängt sich unmittelbar auf, wird buchstäblich am eigenen Körper erlitten. Zwangsräumungen, Drohungen der Gläubiger, ökonomische Prekarität und Arbeitslosigkeit werden von den Subjekten sinnlich erfahren, sie legen eine *geteilte Verletzlichkeit* offen. Der schillernde, von Butler (vgl. 2016: 171ff.) geprägte und auf theoretischem Terrain (siehe: Kap. VI.3) noch einzuführende Begriff der Verletzlichkeit unterstreicht: Menschen sind sinnliche Wesen, ihre Körper haben Bedürfnisse, die verletzt werden und erneut eingefordert werden müssen. Ständig tobt ein Kampf um den Schutz menschlichen Lebens, um die Überwindung der erlittenen Verletzungen – vor allem in Krisenkontexten wie dem spanischen.

Eine besonders dramatische und bei der PAH sehr alltägliche Verletzungserfahrung geschieht dort, wo Menschen zwangsgeräumt werden oder unmittelbar vor einer solchen Räumung stehen. Das Grundbedürfnis, »A benötigt eine Unterkunft, um ein würdevolles Leben zu führen«, ist in diesen Fällen gebrochen.²¹ Die Verletztheit der Betroffenen zeigt sich am ganzen Körper. Stärker als die Worte, die meist gebrochen, mit Zorn und Tränen, artikuliert werden, sprechen die Gesichter und Körper der Versammelten. Augenringe in bleichen Gesichtern, zitternde Hände, nervöse Gesten, Ungeduld, Erwartung unmittelbarer Hilfe, Wutausbrüche und Stimmungsschwankungen verraten unmittelbar, dass bei den Betroffenen soziale Notstände herrschen, die bis zum Suizidversuch führen können. Diese elementare Verletztheit versetzt die Betroffenen in einen Ausnahmezustand und *blockiert* ihre Subjektivität.

Nun werden bei der PAH Verletzungen nicht nur passiv erlitten, sondern auch aktiv zur Sprache gebracht und mit anderen geteilt. Das kollektive Teilen von Verletzungserfahrungen stemmt sich *gegen* die Vereinzelung, der man sich ausgesetzt fühlte, bevor man zur Versammlung stieß. Kann ich meine Leidenserfahrungen in Worte fassen, kann ich das gegenüber anderen tun und sogar noch offen für ihre Erlebnisse bleiben? Das sind die Lernprozesse, von denen Anna spricht und von denen sie behauptet: »Am Ende wurden sie fast wichtiger als mein »eigentlicher« Fall.« (Sans, 14.4.2017) Immer wieder wird in den Gruppen festgestellt, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit von rauem Individualismus und unerbittlichen Konkurrenzkämpfen geprägt sei.

Ein gelingendes und »weniger verletztes« Leben ist nicht in dieser Gesellschaft möglich, sondern nur in einer anderen, gerechteren und solidarischeren, so lautet der gemeinsame Grundtenor aller Asambleas. Sie treten alle an als ein *Gegenentwurf* zu einer Gesellschaft, die als vereinzelnd, ungerecht und entwürdigend erfahren wird. Dies verdeutlichen die in den Gruppen gerufenen Slogans. Das Motto *Luchar, crear, poder popular!*

20 Erfahrungen sind mit Artikulationspraktiken verwoben, sie bewegen sich auf ihrer Rückseite (Kap. IV.4).

21 Den Begriff der gebrochenen Bedürfnisstruktur habe ich dem Ansatz von Nancy Fraser (1994: 252–256) entnommen.

(Kämpfen, schaffen, populäre Macht!) bei der Asamblea Sant Martí genauso wie die Lösungen *¡Sí se puede!* (Ja, es geht!) oder *Im-pah-rables!* (Unaufhaltbar!) der PAH fallen so gut wie immer in aufgeladenen Augenblicken, wenn Erfolge gefeiert oder Krisen bewältigt werden müssen. Diese Slogans werden nicht nur skandiert, sie lösen Emotionen bei den Teilnehmerinnen aus. Als etwa ein langjähriger Aktivist namens Paco nach jahrelangem Streit mit der Verwaltung und dank dem Engagement der PAH endlich in eine Sozialwohnung ziehen darf, erlebt die Versammlung einen affektiven Ausbruch. Minutenlang wird gerufen: *¡Sí se puede! Paco, sí se puede!* Der Angesprochene bricht in Tränen aus, er umarmt die um ihn herum Sitzenden – Bekannte wie Unbekannte – und stimmt selbst in die Siegesrefrains ein (PAH, 21.4.2015).

Diese Versprachlichung und das Teilen der eigenen Verletzlichkeit sind für alle Versammlungen typische, stetig wiederholte Praktiken. Locker angelehnt an Jürgen Habermas definiere ich sie als *expressive Praktiken*. Expressiv meint, dass die Subjekte mit derartigen Praktiken ein ihnen »privilegiert zugängliches Erlebnis vor einem Publikum enthüllen« (Habermas 1982: 436). Die Bezeichnung »expressiv« weist auf zwei zentrale Aspekte hin. Wenn einerseits die Subjekte ihre Verletzlichkeit gegenüber anderen offenlegen, dann überschreiten sie hiermit eine Grenze. Leidenserfahrungen und Verletzlichkeiten werden nicht mehr als eine private Angelegenheit zurückgehalten, sondern gegenüber anderen enthüllt. Andererseits ist diese Enthüllung daran geknüpft, in der Gruppe *Resonanz* zu mobilisieren. Die Tränen, das Schluchzen oder die Bitte um Hilfe eines Betroffenen muss von den restlichen Versammelten als glaubwürdig eingeschätzt werden, zuweilen löst es bei ihnen sogar ähnliche Zustände aus. Dann wird das Leid einer Person nicht als ein nur privates Unglück betrachtet, für das nur sie verantwortlich ist, sondern als Symptom struktureller Ungleichheiten. So sensibel die Versammlungen gegenüber einzelnen Leidenserfahrungen sind, ihre Antwort darauf ist stets die einer politischen Artikulationspraxis, die auf strukturelle Veränderungen zielt.

Expressive Praktiken ziehen eine Grenze zwischen einem *Innen- und einem Außenraum*, sie unterscheiden eine feindliche Umwelt von der freien Innenwelt der Versammlung. Dabei vollziehen sich diese Grenzziehungen oft sehr unscheinbar. Bei der Asamblea La Marina etwa gehört es zur Routine, dass die Teilnehmerinnen bei ihrer Ankunft und noch vor Versammlungsbeginn, sich ein Bier, einen Tee oder ein anderes Getränk aus dem Kühlschrank ihres Lokals holen und dann mit den anderen anstoßen. Schnell stellt sich (mit und ohne Alkohol) eine lockere Stimmung ein, über dies und jenes wird gesprochen und gewitzelt, Hände geschüttelt, Wangen geküsst und Körper umarmt. Eher denn nur als ein politisches Kollektiv versteht sich nicht nur diese Versammlung als Gemeinschaft von *Vertrauten*, sie hält Nähe, gegenseitiges Verständnis und Unterstützung für mindestens genauso wichtig wie die Forderungen, die sie erhebt und die Aktionen, die sie durchführt. Der Innenraum aller Gruppen wird damit wahrlich, mit Sprache und stummen Praktiken, bewusst und unbewusst, von allen gemeinsam zum *Anderen* der feindlichen Außenwelt gemacht. Der Raum der Versammlung erscheint als eine solidarische(re) Wirklichkeit, in der eine relative Autonomie herrscht, in der relativ symmetrische soziale Beziehungen bestehen (vgl. Polletta 1999: 11ff., auch: Kap. III.4).²²

22 Dies heißt nicht, wie im vorherigen Schritt betont, dass die Kollektive machtfreie Räume sind, aber dass dort die Machtverhältnisse weniger als illegitime Unterdrückung denn als Notwendigkeit er-

Um zu verstehen, wie die Versammlungen zu einer solidarischen Wirklichkeit werden, hilft der Ansatz Ulle Jägers (2014) weiter. Jäger beschreibt auf der Subjektebene einen Prozess, der sich auch kollektiv bei den beobachteten Gruppen vollzieht. Um intensive, schwer artikulierbare Erlebnisse wie die besprochenen zu artikulieren, bedarf es eines langwierigen Prozesses, den Jäger als »Frei-Raum-Schaffen« bezeichnet. Bei Jäger ist es ein therapeutisches Setting, hier sind es die Versammlungen, denen es jeweils gelingt, »die Aufmerksamkeit auf den Körper in seiner leiblichen Dimension, auf das Hier-und-Jetzt, zu lenken« (Jäger 2014: 246). Die Aufmerksamkeit wird ganz auf das eigene Körperempfinden zentriert. Die Beteiligten konzentrieren sich auf das, was sie unmittelbar somatisch und emotional erleben, darauf, wie sich ihr Körper anfühlt. So entfaltet sich ein Prozess der Selbstfokussierung, in dem die Teilnehmerinnen aktiv aus ihrem körperlichen Erleben heraus gewisse Themen und Fragen »zum Sprechen« bringen (s.u.). Hier kommt es zunächst darauf an, dass diese Selbstfokussierung auf einen schützenden Raum angewiesen ist, den Jäger voraussetzen kann, der aber im hiesigen Fall erst entstehen muss. Es sind die Versammlungen. Sie sind die gefühlten »Frei-Räume«, die relativ abgeschirmten Kontexte, in denen die Versammelten ihre Verletzlichkeit teilen können, in denen über Gefühlslagen und Bedürfnisverletzungen gesprochen werden kann.

Es kommt darauf an, den Charakter der Versammlungen als »Frei-Raum« und ihre oben besprochene Vermachtung nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sie als zwei Seiten eines Phänomens zu betrachten.²³ Bei den Asambleas herrscht beides vor, Machtverhältnisse und gelebte Solidarität. Diese speist sich aus einem basalen Gleichheitsanspruch. Anders als im Rest der Gesellschaft legt bereits das räumliche Setting der Versammlung ein nichthierarchisches Arrangement der Beteiligten nahe. Die Gleichwertigkeit der Versammelten realisiert sich im Raum, so lässt es sich pointieren. Die simple Anordnung der Beteiligten im Kreis ist bereits ein Versprechen darauf, dass die in der Versammlung realisierte Ordnung symmetrischer und von größerer Empathie geprägt sein könnte als die hegemonialen sozialen Verhältnisse. Die Abbildung einer Sitzung der Asamblea La Marina versinnbildlicht es:

scheinen, um die Kohäsion der Kollektive zu stärken, sie zeitlich wie räumlich zu stabilisieren (vgl. Scott 1990: 118f., dazu: Kap. VI.4.

23 Die Charakterisierung der Versammlungen als »Frei-Raum« ist nur ein – freilich wichtiges – Merkmal dieses sozialen Raumes. Die politischen Versammlungen, die diese Studie betrachtet, lassen sich auch als Räume der Macht, der Performativität oder sogar der Demokratie fassen. Eine Bezeichnung schließt die anderen *nicht* aus.

Abb. 15: Asamblea La Marina im Jahr 2015



Quelle: ateneuengranatge.com (mit freundlicher Genehmigung der Mitglieder des Ateneu L'Engranatge)

Die Versammlung als sozialer Raum Das obige Bild hält eine typische (größere) Sitzung der Asamblea La Marina fest. Das Setting soll kurz beschrieben werden: Eine Gruppe von vielleicht 30 Menschen sitzt im Kreis. Alle sehen sich, alle werden gesehen. Die Moderatorinnen heben sich nicht räumlich ab, prinzipiell kann jeder das Wort ergreifen und als Sprecher agieren. So einfach diese Ordnung ist, so unwahrscheinlich ist sie zugleich. In einer Versammlung von Gleichen zu sitzen (oder zu stehen), ist keineswegs selbstverständlich, sondern für die meisten Teilnehmerinnen etwas sehr Besonderes. Wo sonst in der Gesellschaft lässt sich in einer Gruppe – relativ – frei und gleichberechtigt sprechen und anderen zuhören? Wo sonst legt schon allein die räumliche Ordnung, in der man sich bewegt, nahe, dass man dieselben Rechte wie das Gegenüber besitzt, dass hier prinzipiell alle gleichrangig sein könnten? Gerade in Spanien, wo weder an Schulen noch an Universitäten oder an Arbeitsplätzen demokratische Strukturen eine traditionell starke Rolle spielen, in denen viele Räumlichkeiten selbst Hierarchien (etwa in Form von Pulten) enthalten, stechen solche auf Gleichberechtigung zielende Arrangements hervor. Einen derartigen Ort anzutreffen, an dem basisdemokratische Versammlungen stattfinden, ist bereits in sich selbst ein politisches Ausnahmephänomen. Und als solches wird es von den zahlreichen Menschen wahrgenommen, die ab 2011, mit der Entstehung des Empörungsdiskurses, in solchen symmetrischen Settings erstmals zu politisch handlungsmächtigen Aktivistinnen subjektiviert werden.

Nun sind die Versammlungen *nicht* a priori geschützte und relativ symmetrische Räume, sie werden erst zu solchen gemacht. Wie Jägers Begriff des »Frei-Raum-Schaf-

fens« unterstreicht, schaffen sich die Praktiken, die Verletzlichkeiten und Leidenserlebnisse kollektiv ausdrücken, »ihre« Räume. Diese Praktiken wirken *verräumlichend*, sie lassen durch ihre gemeinsame Praxis ein spezifisches Gefüge von Zeichen, Ritualen, Körpern und Infrastrukturen entstehen, den physischen Versammlungsraum. Mit Martina Löw (2001: 224) gesprochen, ist jede verräumlichende Praxis eine Syntheseleistung, die materielle und symbolische Komponenten verknüpft. Im hiesigen Fall gehören zur Verräumlichung Handlungsroutrinen wie die Aufmerksamkeit und das Ernstnehmen des Gegenübers genauso wie Sprachregelungen, etwa die ständige Nachfrage, wie es denn den Versammelten gehe. Zur verräumlichenden Praxis gehört aber auch, dass der physische Ort geschaffen wird, an dem sie sich abspielt: Die Stühle, auf denen die Versammelten sitzen, sowie deren kreisförmige Anordnung, die ihre prinzipielle Gleichheit markiert, gehören genauso dazu wie die unproblematische Bereitstellung eines physischen Ortes, an dem man sich relativ abgeschirmt von der Außenwelt versammeln kann.

Sobald die Versammlung als ein abgeschirmter Raum entstanden ist, wirkt sie selbst stabilisierend auf die Praktiken zurück, die sie hervorbrachten und ständig neu hervorbringen. Schon allein die Tatsache, dass man sich trifft, dass den Anwesenden ein physischer Ort zur Verfügung steht, der nur für den Versammlungszweck gemietet oder gekauft wurde und der keiner Einzelperson, sondern formal allen gehört,²⁴ fordert die Versammelten implizit dazu auf, sich symmetrisch und expressiv auszutauschen. Dies zeigt sich, wenn man einige Minuten vor Sitzungsbeginn zum Ort kommt, in dem die Versammlung stattfinden wird. Einige Aktivistinnen arrangieren bereits die Stühle kreisförmig. Informell tauscht man sich bereits darüber aus, welche Fragen für die heutige Sitzung wichtig sein könnten. Neuankömmlinge werden proaktiv angesprochen und dazu angeregt, sich möglichst am Anfang vorzustellen und kurz darzustellen, was sie zur Plattform gebracht hat. Die Versammlung begünstigt, vor dem Beginn der Sitzung, aber vor allen in dieser, ganz bestimmte Praktiken – während sie andere sanktioniert. Als zum Beispiel bei der Asamblea La Marina ein Mitglied allzu harsch das Wort an sich reißt und seine Meinung (über das Grundeinkommen) gegenüber den anderen durchsetzen will, wird ihm Einhalt geboten (La Marina, 16.12.2014). Er sei, so die Moderatorin, nicht allein, sondern müsse, dass sehe er wohl selbst, wenn er die vielen Gesichter um sich herum sehe, anderen auch zuhören können. In dieser Hinsicht Sinne darf die Charakterisierung der Versammlungen als »Frei-Räume« nicht vergessen machen, dass der kollektive Ausdruck der Verletzlichkeit in den Versammlungen klaren normativen Mustern folgt, die auch als solche eingefordert werden. Die normierende Macht in der Gruppe panzert nicht nur interne Asymmetrien, sondern zudem den Charakter der Versammlung als einen symmetrischen »Frei-Raum«.

Nun ist nicht jede Person unmittelbar begeistert von den Möglichkeiten, die sich in einer symmetrischen Versammlung bieten. Viele stellt es vor gehörige Herausforderungen. Den wenigsten ist anfangs klar, wie sich an diesem Ort mit seinem ungewohnten Setting und seinen ungewohnten Dynamiken zu verhalten haben. Man versetze sich in die Gedankenwelt eines Menschen, der erstmals an einer Sitzung der PAH teilnimmt: Ich komme her, damit mir mit der Hypothek geholfen wird, die ich nicht mehr zahlen kann.

24 Die Versammlungen nehmen dann die juristische Form von Vereinen (*asociaciones*) an.

Mir geht es schlecht, ich schlafe seit Wochen kaum, ich bin seit Monaten oder sogar Jahren arbeitslos – und jetzt muss ich mich auch noch in dieser komplizierten Versammlung zurechtfinden, in der so viel von mir verlangt wird, in der ich mich auch noch für andere als Aktivist einbringen soll? Derartige Reaktionen zeigen gerade bei der PAH viele Neuankömmlinge. Dies äußern sie meist weniger durch Wörter als durch nonverbale Gesten wie Kopfschütteln, Verwunderung oder Unverständnis für die komplexen Deliberationsverfahren. Oft verlassen die sogenannten »Neuen« die Treffen abrupt, oft nicht (nur) aus Angst wie Anna oben, sondern (auch) im Ärger darüber, dass sie die Hilfe, die sie unmittelbar erwarteten, erst dann bekommen werden, wenn sie sich auf die Asambleas einlassen. Solche anfänglichen Irritationserfahrungen geschehen bei allen Gruppen.²⁵

Die je nachdem irritierende oder anziehende Innenwelt der Versammlung zwingt die Teilnehmerinnen dazu, ihren Lebensalltag zu unterbrechen. An Treffen teilzunehmen, an denen man mit Anderen konfrontiert ist, die sich in einer Situation befinden, die der eigenen mehr oder weniger gleicht, verändert die Perspektive. Die eigenen Erfahrungen werden *dezentriert* und *kontextualisiert* – dies nicht nur in dramatischen Situationen, sondern ganz regelmäßig im Versammlungsalltag. Beispielsweise bewertet die Asambleas La Marina regelmäßig in ihren Sitzungen ihre öffentlichen Aktionen oder Demonstrationen. Zunächst kommen sehr persönliche Perspektiven, je nachdem positiver oder negativer geprägt, zum Zuge. Beispielhaft dafür ist eine Sitzung, zu der einer der Sprecher der Gruppe, Víctor, verspätet hinstößt (La Marina, 19.3.2015). Dieser wirkt fahrig und angespannt. Sichtlich zerstreut hört er zunächst der Debatte zu, die anfangs unverfänglich um Tagespolitik kreist. Doch nach kaum fünf Minuten fällt allen auf, dass Víctor etwas loswerden möchte. »Was ist denn?«, fragt Paco, ein älterer Aktivist, einer der *laioflautas* der Gruppe.²⁶ »Buff, schwer zu sagen, ich war gerade bei einem Treffen der Quartiersvereine. Die sind alle passiv und unwillig, sich zu mobilisieren – von uns verlangen sie aber ganz viel, sie fragen schon, wann die nächste Demo für die Metro stattfindet...« (ebd.), so Víctors zunächst noch wortkarge Antwort.

Im Anschluss beginnt aber eine interessante Debatte, die der nächste Schritt weiter untersuchen wird. Hier kommt es auf die *Raschheit* an, mit der allen Anwesenden auffällt, dass Víctor augenscheinlich bedrückt ist. Prompt bricht der Redefluss ab, alle Aufmerksamkeit richtet sich auf die Befindlichkeit des Sprechers, obwohl es dafür keinen wichtigen inhaltlichen Anlass gibt. Das Setting der Versammlung selbst fordert dazu auf, dass die Teilnehmerinnen sich gegenseitig ihre Erfahrungen erzählen. Es geht in diesem prinzipiell offenen Raum nicht nur, aber auch darum, sich gegenseitige Erlebnisse mitzuteilen, vergangene, aktuelle oder eben noch zu machende. Vergleichbar zum

25 So trauen sich die Putzfrauen, die zur Asambleas La Marina stoßen, um die Korruption in der Wohnsiedlung Can Clos publik zu machen und dafür bei der Aktivistengruppe Unterstützung zu mobilisieren, anfangs kaum (etwa am 4.12. und 11.12.2014 vor je 17 Anwesenden), öffentlich zu sprechen – stets muss eine Sprecherin der Versammlung, María, als ihr Sprachrohr fungieren. Zwei Jahre später gehören dann diese Frauen zu den etablierten Aktivistinnen der Asambleas und sind regelmäßig an deren Sitzungen wie Aktionen beteiligt.

26 Unter *laioflautas* versteht man in Spanien politisierte Seniorengruppen, die im Zuge der Proteste der Indignados entstanden. Sie engagieren sich vornehmlich gegen Rentenkürzungen, mobilisieren sich aber auch für viele andere Anliegen, oft – wie hier – als Teil von Empörtenversammlungen (vgl. Schwarz 2019, Aranguren et al. 2016).

Therapiesetting, das Jäger beschreibt, richtet sich der Fokus der Versammelten konstitutiv auf das Gegenüber und dessen Befindlichkeit.

Mindestens genauso wichtig wie die Forderungen, die diese Versammlungen artikulieren, ist, wie ihre Artikulationen zustande kommen, wie die Gruppen diskutieren und mobilisieren. Und dieses Wie führt zu einem Prozess, in dem alle Teilnehmerinnen dazu aufgefordert sind, sich einzubringen, sich gegenüber den Anderen »zu öffnen«. Genau diese Expressivität des eigenen Erlebens und das damit verbundene Eingehen auf das Gegenüber erweist sich als ein entscheidendes Merkmal der Praktiken in den beobachteten Versammlungen. Allerdings ist damit erst eine Facette der Praktiken begriffen, die in den Asambleas fortwährend wiederholt werden. Der von Jäger adaptierte Begriff des »Frei-Raum-Schaffens« weist darauf hin, dass die Artikulation der eigenen Verletzlichkeit weit mehr als nur eine individuelle oder kollektive Bewältigungsstrategie ist. Durch die kollektive Ausführung von Verletzungen wird etwas Neues geschaffen: Die Versammlung als ein symmetrischer und solidarischer Raum, in dem sich die Aktivistinnen gegenüber dem bedrohlichen Außenraum der Gesellschaft geborgen fühlen. Zwar ist zur Beschaffenheit des Raumes der Asamblea noch einiges zu sagen (dazu: Kap. IV.6), der nächste Schritt verfolgt jedoch zunächst eine konkrete Frage weiter: Was bringen die Praktiken in der Versammlung, außer dieser selbst, noch alles hervor? Was entsteht Neues durch die Wiederholung?

3.3 Fokussierung, die geordnete Performativität

Bislang wurde rekonstruiert, wie Praktiken über Zitierungen und Wiederholungen eine relativ gefestigte Gestalt annehmen. Zunächst zeigte die Auseinandersetzung mit den Machtverhältnissen in den Versammlungen, wie das Verhalten in den beobachteten Gruppen asymmetrisch reguliert wird und bestimmte Zitierungen auf Dauer gestellt werden. Dann wurde ersichtlich, wie kollektive Praktiken, die eine geteilte Verletzlichkeit ausdrücken, ebenfalls die Versammlung als geschützten Raum hervorbringen. Dieser wird als »Frei-Raum« erfahren – was wiederum Praktiken verstetigt. Beide Schritte zeigen, wie Praktiken in Zeit und Raum so sedimentieren, dass sie Kollektive schaffen. In der Tat ist der Sedimentierungsbegriff eine wichtige Säule dieser Studie. Er historisiert den formalistischen Artikulationsbegriff von Laclau/Mouffe und legt offen, wie Artikulationen als materialisierte Praktiken geschehen, wie sie im Durchgang durch konkrete Machtverhältnisse, verletzbare Körper und physische Räume wirken.

Doch das ist nur der eine Teil des Arguments. Der andere lautet, dass der Artikulationsbegriff von Laclau/Mouffe unvollständig zeigt, wie neue Bedeutungen entstehen. Für die Hegemonietheorie entsteht das schöpfende Moment von Artikulationen stets durch die Abgrenzung gegenüber einem konstitutiven Außen, das Bedeutungsketten unterbricht, destabilisiert und zur Reartikulation zwingt. Allerdings bleibt hiermit nur unvollständig geklärt, wie neuer Sinn entsteht. Diese Leerstelle wiegt gerade im Kontext aktueller Theoriedebatten schwer, in denen der Begriff der Emergenz als – meist obskur bleibende – Formel fällt, um die Gebrochenheit und Dynamik sozialer Strukturen zu bezeichnen. Diese Leerstelle gilt es zu bearbeiten, indem der Begriff der Performativität von Judith Butler aufgegriffen wird. Jede Praxis wiederholt oder zitiert, so Butler, nicht nur tradierte Bedeutungen, sie bringt desgleichen neue Bedeutungen hervor. Mittels iro-

nischer Parodien, »falscher« Aneignungen oder Verzerrungen verschiebt sich das, was zu einem gewissen Zeitpunkt sag- und denkbar ist – womit Neues entsteht.

Artikulationspraktiken lassen sich in ihrer Performativität noch prägnanter fassen, wenn sie als *Fokussierungen* verstanden werden. Der Fokussierungsbegriff als eine kollektive, strukturierte und prozesshafte Performativität – weshalb bisweilen von Fokussierungsprozessen die Rede ist – wird im Folgenden anhand des ethnographischen Materials eingeführt.²⁷ Auf methodologischer Ebene gilt: Mein Fokussierungsmodell beansprucht weder universelle Gültigkeit noch systematische Geschlossenheit, sondern bettet sich ein in den spezifischen Kontext der akuten Krisenkonstellation in Spanien, in der auch meine Ethnographie von Ende 2014 bis Anfang 2016 fiel. Gleichwohl könnte die Theoretisierung darüber, wie die beobachteten Versammlungen auf die prekarisierende Wirtschaftslage genauso wie auf den sozialstaatlichen Abbau reagieren, potentiell über das spanische Fallbeispiel hinausgehen und etwas über die generellen Politisierungsmuster verraten, die sich in sozialen Krisen entfalten können.

An dieser Stelle ist nun die Darstellung dort aufzugreifen, wo sie der vorherige Schritt beließ. Die Versammlungen reproduzieren sich deshalb, weil sie sich als stabilisierte soziale Räume konstituieren. Diese Räume sind tendenziell symmetrische – jedoch nicht machtfreie – Praxisverdichtungen, die sich wie ein Schutzschild über die Versammelten und ihre Subjektivierungsprozesse zu Aktivistinnen legen. Was in diesen, mit Jäger gesagt, »Frei-Räumen« einen Ausdruck sucht, sind Erfahrungen, vor allem Verletzungserfahrungen. Offen aber blieb: Wie entfalten sich die Erfahrungen in Versammlungen praktisch, wie können sie dort zu einer eigenen Sprache und zu einer eigenen Artikulationspraxis finden?

Szene 1: eine Sitzung der Assemblée La Marina Im Folgenden werde ich drei ethnographische Szenen aufgreifen und anhand dichter Beschreibungen die verschiedenen Facetten von Fokussierungsprozessen veranschaulichen. Ich beginne mit der Szene, die bereits am Ende des vorherigen Schrittes adressiert wurde. Die Mitglieder der Assemblée La Marina befinden sich in einer Sitzung (19.3.2015). Einer ihrer Sprecher, Víctor, stößt verspätet hinzu. Er wirkt fahrig und angespannt – was die anderen schnell merken und fragen, was denn mit ihm los sei. Daraufhin berichtet Víctor über das Treffen, von dem er gerade gekommen ist. Alle Nachbarschaftsvereine des Bezirks La Marina-Zona Franca trafen sich, um eine Demonstration, die einige Tage zuvor stattfand, zu bewerten und eventuelle weitere Aktionen zu koordinieren, die einen Metroanschluss für das periphere Bezirk einfordern könnten.

Víctor sagt, dass er den anderen Vereinen gerade vorgeworfen habe, sich an den vergangenen Demonstrationen für die Verbesserung der Infrastruktur in La Marina nur sehr zögerlich beteiligt zu haben. »Wo waren die Leute? Wo waren die Vereine des Bezirks? Wo war etwa der Musikverein?«, so die Fragen, die er offen gestellt habe, ohne Antworten zu erhalten. Der Streit zwischen Víctor und den restlichen Teilnehmerinnen habe sich, so berichtet er, deutlich zugespitzt, als der Vertreter eines Nachbarschaftsvereines folgende rassistische Äußerung kundtat: »Wenn wir 10.000 Südamerikaner und Maghrebiner aus dem Viertel werfen, die hier nichts verloren haben, dann wird es uns

27 Daran schließt dann meine theoretische Bestimmung der Fokussierung in Kap. VI.3 an.

bald besser gehen.« Víctor meint, er sei es leid, sich ständig an derartigen Rassisten aufzureiben. »Bei diesen Treffen suchen viele einfach nur Streit«, stellt er entnervt fest.

Doch Víctor, der als Sprecher der Assembleia la Marina agiert, mokiert sich noch über weitere Themen. Als bei dem Treffen die letzte Demonstration bewertet wurde, habe er problematisiert, dass Vicenç, der Vorsitzende eines Quartiersvereines, sich offen mit der Polizei unterhalten und dieser mitgeteilt habe, wie der Demonstrationsmarsch verlaufen würde. Später habe Vicenç sogar gemeinsam mit der Polizei entschieden, die Demonstration auf einen Seitenstreifen zu beschränken, um den Verkehr nicht zu behindern. Solche Absprachen mit der Polizei findet Víctor unverständlich. Er betont: »Wir haben doch längst gelernt, dass wir nur im Ausnahmefall mit der Polizei sprechen sollen. Und wenn wir es tun, dann sollten wir nur falsche Informationen geben, um sie dorthin zu führen, wo wir gar nicht sind.« María, die zweite Sprecherin der Gruppe, stimmt hiermit überein: »Bei Leuten wie Vicenç müssen wir kritisch bleiben, sein Verhalten gegenüber der Polizei ist einfach naiv. Und über den Rassismus des anderen Typen brauchen wir gar nicht erst sprechen.« Die anderen Teilnehmerinnen, heute 15 an der Zahl, nicken schweigend, alle scheinen mit Víctor und María einverstanden.

Diese selbstverständlichen Abgrenzungsgesten nach außen geschehen bei der Assembleia La Marina und bei den anderen Gruppen als routinemäßige Praxis, die sich quasi in jeder Sitzung wiederholt, allerdings mit oft wechselnden Feindfiguren. Mal kritisiert man die Austeritätspolitik der EU oder der Zentralregierung, mal die Kommunalverwaltung, mal die angeblich korrupten Immobilienfirmen, ein andermal eben die passive Zivilgesellschaft des Quartiers. Stets wird eine diskursive *Grenze* gezogen zwischen der »guten« Innenwelt der Versammlung und einer »bösen« Außenwelt, hier verkörpert in den Nachbarschaftsvereinen des Quartiers. Dort herrscht angeblich Rassismus, dort wird die Polizei sogar im Protestzug als Partner gesehen, dort tut man sich mit Mobilisierungen schwer. Vom alldem grenzt sich die Assembleia La Marina ab. Sie hält andere Werte hoch – auch wenn sie in der Debatte implizit bleiben. Diese sind Antirassismus, Skepsis vis-à-vis der Ordnungsgewalt und Protestwillen. Die Abgrenzung nach außen wird zur Selbstvergewisserung, dass man anders als die anderen Vereine sei.

Die Grenzziehung zwischen innen und außen, zwischen »uns« und »ihnen« wird dann bei der Assembleia La Marina zum Ausgangspunkt einer generelleren Diskussion. In ihrem Verlauf entsteht, und das macht sie so interessant, ein kollektiv geteiltes Selbstverständnis darüber, wie die Gruppe in Zukunft zu mobilisieren habe. María, die andere Sprecherin der Versammlung, pflichtet Víctor bei, sie konzentriert sich aber auf die Evaluation der vergangenen Demonstration, die vier Tage vor der Sitzung stattfand (am 14.3.2015). Durch die Beteiligung vieler Vereine sollte diese Mobilisierung für einen besseren Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz des Bezirks La Marina-Zona Franca besonders groß und wirkmächtig ausfallen. Das Gegenteil jedoch geschah. Etwa 200 Menschen beteiligten sich an der Demo, weit weniger als die 1.000 oder sogar 2.000, die erwartet wurden. Zudem verdarb ein Regenguss kurz vor dem Ziel des Marsches die Abschlusskundgebung, sodass sich die Menge in kleine Gruppen zerstreute. Die Debatte darüber, was bei diesem Protest schiefgelaufen ist, entzündet sich nun passioniert bei der Assembleia La Marina. María lanciert die erste, für die Gruppe taktgebende Diagnose:

Zur Demo kamen zu wenige Leute. Die beteiligten Nachbarschaftsvereine haben bewiesen, wie wenig Kraft sie haben. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir denn allein – ohne andere Gruppen – vielleicht mehr erreichen können. Ich denke an direkte Aktionen vor dem Bezirksrathaus oder anderen Verwaltungsgebäuden. Wir müssen in eine zweite Phase treten, in der es bei den Aktionen weniger um die Menge der Leute geht als vielmehr um deren Mobilisierungswillen. (La Marina, 19.3.2015)

Bevor man in die Debatte über die Zukunft einsteigt, die María mit der Rede über eine »zweite Phase« ankündigte, verharren allerdings andere Teilnehmerinnen bei der Bewertung der vergangenen Demonstration. Aitor, einer der jungen Teilnehmer, meint dazu: »Es war schrecklich, dass nur so wenige Leute kamen. Das schlechte Wetter, das Fußballerent zur gleichen Zeit oder das mangelnde Engagement der Vereine... Alles hat eine Rolle gespielt. Für mich zeigt dieser Misserfolg, dass der institutionelle Charakter der Demo, also die breite Unterstützung durch sehr verschiedene Vereine, nutzlos war. Eine zusätzliche Legitimität bekam die Mobilisierung dadurch nicht. Und für das nächste Mal... Nun, da fällt mir jetzt noch nichts ein.« (Ebd.)

Rückblicke und Zukunftsvisionen gehen weiter, jeder und jede setzt eigene Akzente. Toni, ein älterer Herr, meint, dass man bewusst die Gefahr in Kauf genommen habe, trotz schlechten Wetters und parallelem Fußballspiel die Demonstration zu organisieren. Die mediale Aufmerksamkeit gegenüber der mangelnden Infrastruktur des Bezirks Zona Franca sei zwar größer geworden, bei der kritischen Bewusstseinsbildung zwischen der Nachbarschaft gebe es aber noch Defizite. »Mit direkten Aktionen jedenfalls bin ich einverstanden. Schon 100 Leute können einiges bewirken« (ebd.), so Toni, der sich damit María anschließt. Später fügt er hinzu: »Flashmobs oder plötzliche, nicht-angemeldete Demos sorgen doch für viel Aufmerksamkeit!« Auch Joaquín, ein anderer Senior der Versammlung, stimmt direkten Aktionen zu, ist aber zugleich mit der letzten Demonstration weniger unzufrieden als seine Mitstreiterinnen: »Ich gehe seit 1973 zu Protesten im Quartier. Es kamen meistens nicht mehr als 1.000 Menschen zusammen.« (Ebd.) Mercè, eine Frau mittleren Alters, greift die Idee der direkten Aktion ebenfalls auf: »Das nächste Mal sollten wir uns für eine andere Aktionsform entscheiden, weniger koordiniert mit den anderen Vereinen und vor allem mutiger und gewitzter.« (Ebd.) In diesem Sinne ist Mercè von einem kleinen Zug aus Holz begeistert, den das älteste Mitglied der Versammlung, der über 80-jährige Josep Maria, bastelte, um die schlechte Bahnanbindung des Quartiers anzukreiden. David, mit 19 Jahren der jüngste Teilnehmer, stimmt in die Debatte ein: »Proteste mit wenigen Demonstranten können wirklich wehtun. Letztes Jahr unterbrachen wir doch den Verkehr auf der Plaça Espanya. Warum sollten wir nicht dasselbe auf der Plaça Catalunya versuchen?«²⁸ (Ebd.)

Die Diskussion setzt sich eine Weile mit ähnlichem Tenor fort. Der Sprecher Víctor unterstreicht, dass auch er neue, weniger stark mit den anderen Vereinen koordinierte Aktionsformen begrüße. Seine Idee lautet: »Man könnte das nächste Mal auch einen Grill

28 Die Plaça Espanya ist ein Verkehrsdrehkreuz in Barcelonas Südwesten zwischen den Vierteln, *Sants*, *Font de la Guatlla*, *Poble Sec* und *Eixample*. Die Plaça Catalunya ist der zentrale Platz Barcelonas – und birgt einen gehörigen politischen Nimbus. Dort campierten, wie im vorherigen Kapitel III analysiert, im Frühjahr 2011 wochenlang die Indignados, eigneten sich förmlich den Platz an und verwandelten ihn in den Passagenpunkt ihres Protests.

organisieren und die Besucher dazu anhalten, mit ihren Körpern die Forderung ›Metro jetzt‹ zu machen.« (Ebd.) Schließlich zieht die Sprecherin María einen Schlusstrich unter die Debatte und hält explizit deren Ergebnis fest: »Bei der letzten Demo haben wir nachgegeben. Nicht bei den Inhalten, aber bei den Formen. Es ging zu institutionell und zu wenig aggressiv zu. Ab jetzt aber müssen wir wirklich wehtun. Wir müssen mit direkten Aktionen, etwa vor dem Bezirksrathaus, unsere Kraft unter Beweis stellen. Mit dem aktuellen Rathaus haben wir sonst noch im Jahr 2018 keine Metro.«²⁹ (Ebd.)

Was macht diese Debatte so aufschlussreich? Weder ist sie emotional besonders aufgeladen, noch besitzt sie eine prägnante Dramaturgie. Es bleibt ein ruhiges und sachliches Gespräch. Zwar geschehen auch hier Gefühlsaufwallungen: Víctor, der Sprecher, bekundet seine Entnervung vom Treffen mit den Nachbarschaftsvereinen durchaus auch auf körperlicher Ebene. Mit müdem Blick und gebeugter Schulter sitzt er da, schnauft öfter als sonst, schüttelt den Kopf und wirkt ungeduldig. Die anderen gestikulieren ebenfalls häufig und sind emotional. Doch ähnlich verlaufen viele andere Sitzungen – bei dieser Assemblée wie auch bei den anderen. Gerade der alltägliche Charakter dieser Sitzung macht sie so lehrreich.

An dieser Stelle hilft es, sich den Diskussionsverlauf vor Augen zu halten. Erst wird eine Grenze zwischen der Versammlung und den anderen Vereinen des Bezirks gezogen. Dann wird darüber diskutiert, was an der vergangenen Demonstration schief lief. Die Sprecherin María gibt die Diagnose vor: Es kamen zu wenig Leute, die Kooperation mit den Vereinen erwies sich als fruchtlos. Die Versammlung müsse ab jetzt allein mobilisieren, am besten mit kleinen, aber mutigen direkten Aktionen. Marías Deutung machen sich dann in der Debatte die anderen Teilnehmerinnen zu eigen, geben ihr aber je eigene Akzentuierungen. Der eine meint, dass man in Zukunft von allzu institutionell gemäßigten Demonstrationen ablassen müsse, die andere betont, dass die Alternative in mutigen und vor allem gewitzteren Aktionen bestehe – und verweist auf den selbstgeschnitzten Holzzug, der die fehlende Metrolinie im Quartier parodiert. Man denke auch an den jungen Mann, der vorschlägt, die Plaça Catalunya, Barcelonas Hauptplatz, zu blockieren. Es sind einzelne Meinungen, aber sie versuchen, einander zu ergänzen, Antworten auf eine geteilte Kernfrage zu formulieren: Wie könnte unsere Versammlung in Zukunft wirkmächtiger mobilisieren?

Die grob rekonstruierte Debatte bietet das erste Beispiel einer kollektiven Fokussierung. Die Stimmen der Teilnehmerinnen kreisen alle rund um die Beurteilung der letzten Demonstration und um die Frage, wie zukünftige Proteste aussehen könnten. Alle Versammelten lassen ihre Erfahrungen einfließen, manch einer erinnert sich Jahrzehnte zurück. Obwohl in diesem Fall die Fokussierung eher konfliktfrei abläuft, ist sie *keineswegs* ein freier Austausch zwischen Gleichen. Erst Víctors entnervtes Zurückkommen vom Treffen mit den Nachbarschaftsvereinen und dann Marías Kerndiagnose – gegen eine weitere Kooperation mit den Vereinen und für autonome direkte Aktionen – stecken den Rahmen ab, innerhalb dessen sich die Positionen der anderen Versammlungsmitglieder bewegen. Den beiden Sprechern widerspricht (in diesem Fall) niemand. Doch heißt dies im Umkehrschluss, dass die Debatte überflüssig war, dass sie nur darstellt, wie

29 Der Metroanschluss der Zona Franca wurde Anfang 2020 in Betrieb genommen.

María und Víctor eine normierende Macht über die anderen Teilnehmerinnen ausüben, ihre Sichtweise als die Position der Asamblea zu profilieren suchen?

Dass den beiden Sprechern gegenüber dem Rest des Kollektivs eine gehobene Stellung zukommt, lässt sich nicht leugnen – Víctor stößt den Fokussierungsprozess an, María verdichtet ihn zur Diagnose. Zugleich jedoch geschieht mehr. Die ganze Dynamik der Fokussierung wird von der anfänglichen *Grenzziehung* zwischen einem Innen und einem Außen strukturiert. Die »gute« Innenwelt der Asamblea La Marina grenzt sich von einer »bösen« Außenwelt ab, die in Gestalt der Nachbarschaftsvereine für Passivität, zu enge Kooperation mit der Staatsgewalt, ja gar Rassismus steht. Diese Grenzziehung prägt den Beiträgen eine binäre Logik auf, nach dem Leitmotiv: Wir politisieren effektiv für die Anliegen unseres Quartiers, die Anderen nicht.

Es sticht sodann der rasche Rhythmus hervor, mit dem die Beiträge aufeinander folgen und je eigene Schwerpunkte setzen. Die grundlegende Debatte entfaltet bei den Teilnehmern eine gehörige *Resonanz*, sie bringt bis dahin teils bruchstückhaft versprochene Wahrnehmungen und Erfahrungen zur Sprache. Die dichte Abfolge ähnlicher Positionen zeigt, dass die Fokussierung bei den Anwesenden etwas aufruft, was zuvor bereits latent war – was auch die Abwesenheit von grundlegendem Widerspruch erhärtet. Wie schon bei den Indignados 2011 der Fall (Kap. III.3), schreckt auch diese Gruppe keineswegs vor teils heftigem Streit zurück – dass er hier ausbleibt, ist ein Indiz für den Rückhalt, den der Fokussierungsprozess mobilisiert.

Daran schließt die Beobachtung an, dass jede erfolgreiche Fokussierung in zwei Richtungen *Legitimität* schafft. Zum einen erhöht sich die Legitimität derjenigen, die als Impulsgeberinnen der Debatte fungieren. Sie sind die so entschlossenen wie sensiblen Stimmen, die bis dahin bruchstückartige Meinungen oder stumpfe Empfindungen in Wörter gießen, etwas aussprechen, das bis dahin nur implizit gewesen war. Dass, um am Beispiel zu bleiben, María und Víctor als faktische Sprecher der Asamblea La Marina agieren, hängt wesentlich damit zusammen, dass sie diese verdichtende, aussprechende Rolle in Fokussierungsprozessen gekonnt einnehmen. Und dies wiederum erhöht die zukünftige Bereitschaft der Versammelten, den beiden Sprecherinnen aufmerksam zuzuhören und ihnen zu folgen. Zum anderen bezieht sich die von der Fokussierung ausstrahlende Legitimität auf die dort verhandelten Themen. Das Plädoyer für direkte Aktionen, für Radikalität und Kritik an den politischen Institutionen, wie es aus dieser Fokussierung resultiert, war zuvor in der Versammlung keinesfalls unumstritten, avanciert aber nach dieser Debatte zur schwer angreifbaren, da konsensuell getragenen Position.³⁰

Jede Fokussierung schließt Alternativen aus. In diesem Fall wird es der Gruppe nicht leichtfallen, zu gemäßigten Mobilisierungen zurückzukehren oder emphatisch mit den Nachbarschaftsvereinen ihres Quartiers zu kooperieren. Der breite Fokussierungsprozess panzert den Schwenk der Asamblea hin zu einem radikaleren Mobilisierungsverständnis. Wenn die aggressiveren Aktionsformen, die zuvor vereinzelt geschahen, jetzt

30 Tatsächlich votieren während der Beobachtung die Aktivistinnen der Asamblea La Marina immer wieder dafür, mit Vereinen zu kooperieren, die sie eigentlich als zu gemäßigt und zurückhaltend einschätzen. Nach der rekonstruierten Debatte ändert sich diese Einstellung, die Versammlung agiert weitaus autonomer und ist weniger kooperationsbereit.

zur Regel aufsteigen, dann geht das nicht, wenn dafür kein starker Rückhalt mobilisiert wird. Die Sprecherinnen treiben die Mobilisierung an, die anderen gehen mit. Eine spezifische Position steigt zur *einzig legitimen* auf.

Diese Szene hat drei zentrale Merkmale von Fokussierungen offengelegt: Grenzziehungen nach außen, Mobilisierung von Resonanz und Schaffung von Legitimität. Der Bruch mit alten Selbstverständnissen und die Aneignung eines neuen Selbstverständnisses haben sich zwar an einem kontingenten Ereignis entzündet – in diesem Fall eine missglückte Demonstration. Aber die kollektive Deutung dieses kontingenten Ereignisses folgt einem spezifischen Ordnungsmuster.

Inwiefern wirkt diese Fokussierung performativ? Auf der einen Seite wird eine Bedeutung, die der direkten Aktion, in einen *breiteren* Kontext als zuvor gestellt. »Aggressive Aktionen, die wehtun können«, wie sie María bezeichnet, werden für die Versammlung zum neuen Leitfaden, quasi zur idealen Protestpraxis. Brechende, weniger kompromissbereite Proteste sollen nun regelmäßig ausgeführt werden. Auf der anderen Seite *verschiebt* die Fokussierung die Identität der Assemblée La Marina. Verstand sich das Kollektiv zuvor als einer von mehreren Akteuren, die legitim im Bezirk der Zona Franca politisieren, so steht sie nun allein dar. Gerade der allzu vorsichtige Protest in Bündnisform mit den Nachbarschaftsvereinen des Bezirks hat sich, so das Urteil der Versammelten, als erfolglos erwiesen. Ein neuer Weg tut Not. Die Gruppe sieht sich wie ein Fels in der Brandung, sie fühlt sich stark genug, um Proteste und Mobilisierungen im Alleingang anzuführen. »Die soziale Legitimität liegt ab jetzt bei uns«, so unterstreicht María – und erntet dafür Zustimmung. Aus dem Scheitern der Demonstration und den Zerwürfnissen mit den anderen Akteuren des Bezirks erwächst für die Gruppe eine verschobene Identität. Nach der Debatte sieht sie sich als legitimer Akteur, der sich zutraut, allein Forderungen zu erarbeiten und sie im Zweifel auch allein zu artikulieren.

Die soeben beschriebene Debatte könnte den Eindruck erwecken, als seien Fokussierungen vornehmlich kognitive Prozesse, fast schon Aushandlungen, die trotz aller Vermachtung vornehmlich rational ablaufen. Dem ist nicht so. Was bisher nur gestreift wurde, ist jetzt zu vertiefen: die körperliche und affektgeladene Seite der Fokussierung. Um sie ans Licht zu bringen, helfen zwei Szenen der PAH Barcelona. Zunächst stelle ich den Stopp einer Zwangsräumung dar, dann gehe ich auf eine PAH-Versammlung ein, an der die ehemalige Aktivistin und neugewählte Bürgermeisterin Barcelonas, Ada Colau, teilnimmt.

Szene 2: Verhinderung einer Zwangsräumung (PAH) Von den diversen Zwangsräumungen, an denen ich teilnahm, gebe ich eine weniger dramatische, aber dafür umso charakteristischere wieder.³¹ Um 7.30 Uhr morgens kommen vor einem Gebäude im Viertel *Eixample* in der Innenstadt Barcelonas etwa 20 Aktivistinnen zusammen, später stößt eine weitere Handvoll dazu. Die Zusammensetzung der Gruppe fällt heterogen aus. Frauen sind in der Überzahl, die meisten haben Migrationshintergrund, meist aus Südamerika. Zunächst herrscht loses Beisammensein. Verschiedene Grüppchen reden untereinander. Es wird netter Smalltalk geführt. Man unterhält sich über die heutige oder die grundsätzliche Befindlichkeit, erkundigt sich nach der Wohnsituation, etwa nach den laufen-

31 Das Datum und den Ort der Räumung halte ich anonym.

den Verhandlungen mit der Bank, erzählt, wie es der eigenen Familie oder Freunden geht oder bespricht Themen, die bei der letzten Versammlung diskutiert wurden. Neben den Wörtern sind Gesten und Mimik wichtig. Man umarmt und küsst sich zur Begrüßung, klopfte sich zumindest auf die Schulter. Beim Reden fassen sich die Teilnehmerinnen häufig, herzlich und gern an. Es wird gelacht, gewitzelt, selbst gegenüber weitgehend Unbekannten, etwa denjenigen, die zum ersten Mal an solch einer Aktion teilnehmen, wird ein freundliches Gespräch gesucht. Das Foto vermittelt die lockere Stimmung am Anfang des Treffens zur Verhinderung der Räumung:³²

Diese Geselligkeit ist wichtiger, als es den Anschein erwecken könnte: Die Verhältnisse in der Gruppe sind von Nähe und gegenseitiger Zuneigung geprägt. Dies ist deshalb zu betonen, weil sich bei den Zwangsräumungen, welche die PAH verhindert, *niemals* eine feste Gruppe von Menschen zusammenfindet – denn es finden wöchentlich fünf bis 20 derartiger Aktionen statt. An den angekündigten Aktionen beteiligt sich ein sehr breiter Pool von mehreren hunderten, aktiveren und passiveren Aktivistinnen. Oft stoßen Freunde, Nachbarn oder sogar Politikerinnen zu den Zwangsräumungen, um diese verhindern. Der tatsächliche Bekanntheitsgrad derjenigen, die sich an der Aktion beteiligen, fällt also höchst disparat aus. Manche kennen sich besser, andere nur vom Sehen oder vom kurzen Gespräch in einer Sitzung oder auf einer Demonstration, andere haben sich noch nie gesehen. Doch alle tun so, als *ob sie* miteinander bekannt wären, als ob sie eine vertraute Gemeinschaft wären. Der Plausch, das Lachen und die Umarmung sind keine entbehrlichen Oberflächlichkeiten, sondern performative Praktiken, die den geschützten Raum, in dem sich Forderungen erheben und Erfahrungen ausdrücken, erst hervorbringen.

32 Das Bild wurde mit Einverständnis der Beteiligten gemacht. Es bildet die Anfangsphase der Fokussierung ab, ihre Ouvertüre. Ganz typisch für die PAH ist die heterogene Zusammensetzung der Gruppe.

Abb. 16: Verhinderung einer Zwangsräumung (Phase der Overture)



Foto: Antonio Serra

Dies ist die erste Phase des Fokussierungsprozesses, seine *Ouverture*. Sie dreht sich darum, das lose Beisammensein zu überwinden und in beschleunigter Form eine Kollektivität zu konstituieren. Im vorherigen Beispiel geschah diese Overture als konflikt-hafte Grenzziehung der Assembleia La Marina gegenüber den Nachbarschaftsvereinen. Danach erst entfaltete sich der Fokussierungsprozess im engen Sinne. Bei der Aktion der PAH läuft das anders ab. Hier wird im Zeitraffer eine neue Gemeinschaft gestiftet. Für diese Stiftung sind zwei Faktoren wichtig. Auf der einen Seite artikuliert sich eine geteilte Symbolik, von der die Anwesenden annehmen, dass sie alle teilen. Sie äußert sich in einer geteilten Forderung, das Recht auf Wohnen, die Grundkenntnis der Protestrepertoires der PAH, etwa Sitzblockaden gegen die Polizei, sowie nicht zuletzt in den grünen Shirts, die das Erkennungsmerkmal der Plattform sind und als solche ein Großteil der Protestierenden trägt (siehe Abbildung 16). Auf der anderen Seite entsteht die Gemeinschaft auf somatischer Ebene. Es sind die Körper, die sich berühren und umarmen, die netten Worte, die man austauscht, die Blicke, die man wechselt. Diese über Monate oder sogar Jahre angeeigneten, auch körperlich eingeübten Praktiken müssen zur richtigen Gelegenheit aufgeführt werden. Diese Gelegenheit tritt ein, wenn sich vor dem sich anbahnenden Konflikt mit den Ordnungskräften die lose Gruppe als eine verschworene Gemeinschaft inszeniert, die Nähe und Vertrauen, aber auch Handlungsfähigkeit auszeichnet. Die Anwesenden tun mit ihrer Sprache und ihren Körpern so, als ob sie eine starke Gemeinschaft wären, die sich der Polizei widersetzen könne.

Damit setzt die zweite Phase der Fokussierung an, ihre *Verdichtung*. Hier rückt die Gruppe zusammen, verhält sich wahrhaft als ein Kollektiv. In diesem Fall geschieht das verdichtende Ereignis nicht beim befürchteten Eintreffen der Polizei oder eines Gerichtskomitees, sondern mit dem Erscheinen desjenigen, dem die Zwangsräumung droht. Er, sein Name ist Aboud, kommt gegen 9 Uhr von seiner Wohnung im dritten

Stock auf die Straße und wird, augenscheinlich selbst überrascht, mit Jubel empfangen. »Aboud bleibt! Aboud bleibt!«, rufen die Aktivistinnen. Die bisher zerstreute Fokussierung verdichtet sich auf die betroffene Person, auf Aboud. Um ihn dreht sich die Aktion. Die zerstreuten Grüppchen schließen sich jetzt zur *vereinten* Gruppe zusammen. Besonders stark geschieht das während der Viertelstunde, in der Aboud in Empfang genommen wird, um Grußworte, Händeschütteln und Umarmungen entgegenzunehmen. Aboud unterhält sich sodann mit Jaume. Letzterer ist derjenige, der bei dieser Aktion in der Gruppe die Sprecherposition besetzt. Jaume soll mit dem Gerichtskomitee und der sie begleitenden Polizei verhandeln. Die PAH intendiert eine Vertagung der Räumung um einen Monat, um bis dahin Abouds Kreditgeber – eine Großbank – zum Umdenken zu bewegen.

Die Stunden vergehen, der Vormittag schreitet voran, die Stimmung spannt sich langsam, aber stetig an. Nervöse Blicke gehen nach links und rechts. Viele starren auf ihre Handys, posten Bilder oder freuen sich über die Posts anderer Aktionen der PAH. Ständig wird das Eintreffen der Ordnungskräfte erwartet. Gesprochen wird noch immer, aber weniger und vor allem weniger ausgelassen. All jene, die sich zwischenzeitlich einen Kaffee oder Frühstück gegönnt haben, stehen nun wieder vor der Haustür. Kurz kommt es sogar zu Gerangel, als Mario, ein Aktivist im Rollstuhl, der sich strategisch am Hauseingang postiert, einen Nachbarn nicht vorbeilassen möchte, weil er vermutet, dieser sei ein getarnter Polizist. Der Nachbar regt sich auf, Aboud vermittelt, bis der Nachbar schließlich ins Haus gelangt. Der Konflikt hängt in der Luft.

Schließlich trifft gegen 12.30 Uhr ein Gerichtsbeamter ein, den zwei Polizisten begleiten. Die Gruppe der Aktivistinnen pfeift und postiert sich eng vor der Hauspforte. Der Sprecher Jaume geht derweil mit Aboud zu den Beamten, um mit ihnen zu verhandeln. Kaum 30 Meter sind sie vom Haus entfernt, ihr Gespräch verläuft ruhig. Aboud spielt nur eine Nebenrolle, vornehmlich verhandeln Jaume und der Gerichtsbeamte. Nach zehn Minuten ist ihr Gespräch schon wieder beendet. Die Beamten fahren ab. Aboud und Jaume kehren unter Jubel zurück. *¡La PAH, unida, jamás, será vencida!* (Die PAH ist nicht zu schlagen, wenn sie zusammenhält!) und *¡Si se puede!* (Ja, es geht!) rufen die Anwesenden. Jaume berichtet, dass der Gerichtsbeamte eingewilligt habe, die Räumung zu verschieben. Eine Entscheidung, die wohl nicht zuletzt mit Blick auf die mobilisierte Gruppe vor der Hauspforte gefallen sei, meint Jaume augenzwinkernd. Jedenfalls werden Aboud genauso wie Jaume umarmt, rasch wird auf Telegram und Facebook gepostet, dass die PAH Barcelona erneut eine Zwangsräumung vereitelt habe.

Damit geht die Aktion zu Ende. Die letzte Phase der Fokussierung, die *Zerstreuung*, währt in der hiesigen Szene nur kurz, zwischen fünf und zehn Minuten. So schnell, wie sich die Gruppe bildete, so schnell löst sie sich wieder auf. Man verabschiedet sich, Hände werden geschüttelt und Schultern geklopft, doch hastiger als zu Beginn. Jaume und einige andere, die noch Zeit haben, brechen zu einer weiteren Zwangsräumung am anderen Ende der Stadt auf, an der sich bisher angeblich nur wenige PAH-Aktivistinnen beteiligen.

An diesem Punkt ist innezuhalten. In der verdichtenden Phase der Fokussierung fällt auf, wie stark sich die Körper aufeinander abstimmen. Alle bereiten sich auf die Konfrontation vor, aus der herzlichen Umarmung des Gegenübers wird die harsche Blockadegeste gegenüber dem unschuldigen Nachbarn, der in sein Haus möchte. Verdichtung von

Aufmerksamkeit heißt auch zugespitzte Nervosität. Ein Großteil der Anwesenden hat bereits Zwangsräumungen, oft schon die eigene, erlebt – und nimmt die Protestaktion erregt wahr. Bei jedem Räumungsversuch besteht die reale Möglichkeit, dass ein Großaufgebot der Polizei die Aktivistinnen von der Haustür des Betroffenen gewaltsam wegstößt – und ihnen ihre Ohnmacht vor Augen führt. Diese Verletzlichkeit ist in der Verdichtungsphase atmosphärisch spürbar, sie äußert sich im bangenden Blick auf den nahenden Polizeiwagen, im kleinen Kommentar »Bei mir lief das alles ganz anders«, oder eben im erlösten Ausruf »Wir haben es erneut geschafft!«.

Das performative Moment der betrachteten Fokussierung besteht hier in keinem konkreten Ausspruch oder einer Forderung, sondern ist in der Praxis des Räumungsstopps als solcher verortet. Indem diese kollektive Praxis erfolgreich ausgeführt wird, entsteht für die Beteiligten und für den Betroffenen ein potentiell neuer Horizont. Die hegemoniale Vorgabe des Rechtsstaates, dass der Hypothekenschuldner – hier: Aboud – die Wohnung, in der er wohnt, die jedoch nicht sein Eigentum ist, verlassen muss, wird gebrochen. Mithilfe der PAH kann der Betroffene zeitweilig in seiner Wohnung bleiben. Der Versuch der Staatsgewalt, durch die Räumung zu bewirken, dass die Schuld der nicht getilgten Hypothek gegenüber dem Kreditgeber beglichen wird, schlägt in diesem Falle fehl. Und gerade dieses unwahrscheinliche Fehlschlagen eröffnet für die Aktivistinnen *ex negativo* einen präfigurativen Horizont. Der Stopp der Räumung macht für sie situativ die Forderung nach einem Recht auf Wohnen zur realen Möglichkeit, die nicht in die Zukunft verschoben werden muss, sondern im Hier und Jetzt, in dieser Protestpraxis vor dieser Wohnung fass- und erfahrbar wird. Der kollektive Ungehorsam an Ort und Stelle deutet auf eine alternative Ordnung, in der Grundbedürfnisse wie das auf Wohnen garantiert werden und solidarische Praktiken die sozialen Verhältnisse prägen.

Szene 3: Besuch der Ex-Aktivistin und Bürgermeisterin Ada Colau (PAH) Die dritte Szene, erneut von der PAH Barcelona, unterstreicht eindrücklich, wie die geteilte Verletzlichkeit der Aktivistinnen eine kollektive Ermächtigung antreiben kann. An einem warmen Sommerabend trifft sich die PAH Barcelona wie jeden Dienstag zu ihrer Generalversammlung (16.6.2015). Die Stimmung ist von Anbeginn auffällig aufgewühlt, die heutigen Moderatorinnen zwinkern und lachen das Publikum an, zögern aber den Beginn der Sitzung trotz der vielen Anwesenden und der bereits fortgeschrittenen Stunde heraus. Bald wird deutlich, warum: Ada Colau, von 2009 bis 2013 Vorsitzende der PAH Barcelona und lange die Person, welche die Plattform spanienweit repräsentierte, hat vor einer Woche ihr Amt als Bürgermeisterin Barcelonas an der Spitze des linken Wählerbündnisses *Barcelona en Comú* angetreten – ein Bündnis, an dessen Gründung sich neben Colau selbst etliche weitere ehemalige PAH-Aktivistinnen (etwa Colaues Partner Adrià Alemany) beteiligt haben. Und am heutigen Tag nimmt die neue Bürgermeisterin Colau überraschenderweise an ihrer alten Versammlung teil.

Die Stimmung bei der PAH Barcelona ist jedenfalls bei der Sitzung im Juni 2015 enthusiastisch. Die PAH-Aktivistinnen werten Colaues überraschenden Wahlsieg als ihren eigenen. Die frisch gekürte Bürgermeisterin wird umarmt und geküsst, es fließen Tränen, sowohl vonseiten Colaues als auch vonseiten der PAH-Mitglieder. Diese herzliche, sehr emotionale und körperbetonte Begrüßung Colaues in ihrer alten Gruppe, anfangs

40 Anwesende, die später auf 80 anschwellen, bildet die *Ouverture* der Fokussierung. Auf die klassische Einstiegsfrage der PAH: »Wie geht es uns heute?«, antwortet Colau unmittelbar: »Wie es mir geht? Super geht es mir, ich fühle mich wie zuhause.« (PAH, 16.6.2015) Dann setzt sie zu einer etwa 20-minütigen Rede an, die wie folgt beginnt: »Wenn es die PAH nicht gäbe, wäre ich jetzt nicht Bürgermeisterin. Barcelonas Rathaus ist eine riesige Institution mit vielen verhärteten Dynamiken. Und die anderen Kräfte werden es uns nicht leicht machen...« Während Colau spricht, nicken die Anwesenden, schießen Fotos, unterhalten sich über die angesprochenen Punkte. Obwohl sich indes die Bürgermeisterin so diskret wie möglich benimmt und so spricht wie bei der Plattform üblich (herzlich winkt und umarmt, viele namentlich begrüßt und anspricht, das generische Femininum gebraucht usw.), ist unübersehbar: Colau ist nicht mehr eine Gleiche zwischen Gleichen, sondern eine charismatische linke Politikerin mit internationalem Nimbus.³³

Die kollektive Fokussierung setzt weniger bei Colaus Rede an als vielmehr an ihrer unmittelbaren körperlichen Anwesenheit. »Eine von uns führt jetzt Barcelona – und sitzt jetzt hier«, tuschelt eine Sitznachbarin der anderen zu. Die Bürgermeisterin spricht konkrete Politiken an, so etwa, wie sie Zwangsräumungen verhindern oder zumindest so stark wie möglich einzudämmen gedenkt. Doch das Narrativ bleibt persönlich gefärbt. So etwa, als Colau erzählt, dass sie an ihrem Arbeitstag bei einem Besuch im Arbeiterquartier Nou Barris zufällig die Zwangsräumung einer Familie mit zwei Kleinkindern gesehen habe. Sofort sei sie eingeschritten: »Von Martín [offizieller Sprecher der PAH] habe ich erfahren, welche Bank die Räumung durchführt. Die Angestellten schienen erschrocken, als ich sie anrief.« Mit solchen Darstellungen bricht Colau bewusst mit der Erwartung, dass sie als Bürgermeisterin eine distanzierte, nurmehr institutionelle Position einnehmen werde. Die Grenze, die sich gegenüber den PAH-Mitgliedern auftut, wird von Colau verwischt, sie inszeniert sich als aktivistische Bürgermeisterin: »Wir, das Regierungsteam von *Barcelona en Comú*, stehen Euch zu Diensten. Ohne Euch, den PAH-Aktivistinnen, wären wir nichts.« Dann zitiert Colau das zapatistische Motto, das die globalisierungskritische Bewegung in den Nullerjahren popularisierte: »Wir stehen Euch zu Diensten, um gehorchend zu befehlen.« (Ebd.) Gehorchend befehlen – diese Botschaft stellt Colau ins Zentrum. Mit Gesten wie dieser bietet sie eine neue Form des Regierens an, sie offeriert der Plattform, die Unterscheidungen zwischen Aktivismus und institutioneller Politik aufzuweichen, die Grenzen der Regierenden gegenüber den Regierten durchlässiger zu gestalten.

Die Aktivisten nehmen dieses Deutungsangebot an und treiben die Fokussierung weiter in die Phase der *Verdichtung*. Nachdem Colau das zapatistische Motto des Befehlend-gehorchend-Wollens in den Raum stellt, hagelt es Fragen. Eine ist besonders wichtig: »Wie war es für Dich, Ada, am Samstag bei Deinem Amtsantritt? Hast Du im Rathaus die Rufe der jubelnden Menge gehört?«³⁴ Die Antwort Colaus: »Nun, wir, die Fraktion Bar-

33 Dazu der Artikel von Hancox (2016) mit dem plakativen Titel: *Is this the world's most radical mayor?*

34 Tatsächlich schufen die tausenden Menschen, die am Tag von Colaus Amtsantritt, dem 13. Juni 2015, auf Barcelonas altem Hauptplatz, der Plaça Sant Jaume, anwesend waren, eine besondere Stimmung. Damals ertönte erstmals der Ruf des *Sí nos representan!* (Ja, sie repräsentieren uns!) als bewusste Umdrehung der Repräsentationskritik der Indignados und ihrem Motiv des *No nos representan!* (Kap. III.4.a).

celona en Comú, kannten ja nicht recht das Protokoll der Amtseinsetzung. Wir haben uns fremd gefühlt, sind immer wieder dann aufgestanden, als wir nicht sollten. Doch als wir den Jubel auf dem Platz hörten, haben wir uns beruhigt. »Da sind unsere Leute«, dachten wir uns.« Besonders habe sie gefreut, als die älteren Angestellten des Stadtparlaments gemeint hätten, dass seit 1979, seit der Transition von der Diktatur zur Demokratie, nicht mehr so viele Leute auf dem Platz zusammengekommen seien. Daraufhin lachen und klatschen die Versammelten. Und noch mehr tun sie es, als Colau erneut unterstreicht, dass sie das Rathaus nicht zum Bunker machen wolle und mit aller Kraft eine neue Beziehung zwischen »der Politik« und »den Leuten« anstrebe. Darauf reagiert jemand aus der Runde mit einer für die PAH sehr seltenen Beteuerung: »Ada, Du warst schon immer ein Vorbild, eine Führungsfigur. Die PAH wird immer Dein Zuhause bleiben.« Explizit wird hier die herausragende Stellung *einer Person* in den Vordergrund gestellt. Was zuvor implizit blieb, wird jetzt offensichtlich: Ada Colau ist für die PAH eine, wenn nicht die zentrale Bezugsfigur, an ihr orientiert man sich, sie wird, so scheint es, als Speerspitze der eigenen Bewegung in den Institutionen wahrgenommen.

Der Jubel wächst weiter an, als eine ältere Frau aus Chile meint, dass sie Cola's Sieg an den Salvador Allendes im Jahr 1970 erinnere, dass damals wie heute diese Erfolge ihr Hoffnung machten, dass eine gerechtere Gesellschaft errichtet werden könne. Nach dem Beitrag der Chilenin fließen bei den meisten, Colau eingeschlossen, die Tränen. Kurz sind alle still, dann ruft man unisono: *¡Sí se puede! ¡Sí se puede!* Damit kommt die Fokussierung zu ihrem *Höhepunkt*. Die symbolische Gleichstellung Cola's mit der linken Lichtgestalt Allende schafft zwischen den Anwesenden eine Verbundenheit, die sich schwer versprachlichen lässt. Die Anwesenden hoffen alle inbrünstig, dass die neue Bürgermeisterin vieles wird ändern können. Geschürt wird diese Erwartung sowohl durch die objektive Situation (der Wahlsieg) als auch durch die Versprechen Cola's (responsiver, radikal-demokratischer und sozialer zu regieren). Diese innige Verbundenheit der Führungsfigur Cola's mit den Versammelten entsteht durch Aussagen wie den zitierten, und sie erwächst durch die geteilte körperliche Reaktion auf das Gesagte. Die diesmal auffällig häufigen Berührungen, Küsse, Umarmungen und Tränen führen in dieser Sitzung eine außerordentlich intensive, regelrecht mitreißende Fokussierung herbei.³⁵

Und doch bleibt es nicht bei der affektiven Verschmelzung der PAH-Gruppe mit der Führungsfigur Ada Colau. Sogar ihr gegenüber behauptet die Plattform ihre *Souveränität*. Noch im Höhepunkt der Fokussierung, als sich die Versammelten in Armen liegen, ergreift eine der Moderatorinnen der Sitzung, eine erfahrene Aktivistin, das Mikrofon: »Wir sind einverstanden, dass wir alle Ada Colau unterstützen werden. Aber wenn man Druck ausüben muss, werden wir Druck ausüben. Und wenn wir Colau aus dem Amt werfen müssen, werden wir sie aus dem Amt werfen.« Vor einem Augenblick war von »Dir« und von »uns« die Rede, es vollzog sich ein regelrechtes Verschmelzen zwischen Ada Colau und der PAH, ihrer alten Plattform. Doch prompt zieht die Moderatorin, bei aller Unterstützung für Colau, eine *Grenze*. Ihre implizite Botschaft ist: Die ehemalige

35 Selbst ich als ethnographischer Beobachter wurde – im Unterschied zu allen anderen Sitzungen und Aktionen – in diese kollektive Euphorie hineingerissen. Auch ich legte in dieser Sitzung immer wieder meinen Notizblock zur Seite, klatschte mit, umarmte spontan etliche Male meine Sitznachbarin und war den Tränen nahe.

Aktivistin ist nun eine mächtige Politikerin in den politischen Institutionen, während wir weiter hier stehen, weiter mobilisieren und zivilen Ungehorsam ausüben. Diese Botschaft der Moderatorin bleibt nicht ihre Einzelmeinung, sondern wird im Plenum enthusiastisch mit Ja-Rufen und gehobenen Fäusten begrüßt. Auf dem Höhepunkt von Colaus Erfolg, wenige Tage nach ihrem Amtsantritt, warnt die Plattform, der sie angehört, dass man jetzt freundschaftlich gesonnenen, aber grundsätzlich verschiedenen Lagern angehört. Freilich hoffen alle auf gute Kooperation – aber auch auf Zerwürfnisse bereitet sich die PAH vor.

In der intensiven Sitzung mit der frisch gekürten Bürgermeisterin behauptet die Plattform ihre Macht. Das Kollektiv schreibt sich eine mächtige Agency zu. Die PAH glaubt nicht nur, Druck auf Colau ausüben zu können, sondern hält sich für fähig, sie »aus dem Amt zu werfen«. Diese Geste zeigt, wie stark die ermächtigenden Subjektivierungen bei der PAH sind. Zwar ist die sie eine Gemeinschaft von Betroffenen. Sie entstand aus der Not, um auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise Zwangsräumungen und anderen Misere des Wohnungsmarktes (Energiearmut, Hypotheken- oder Mietwucher usw.) zu begegnen. So betrachtet, bringt die Plattform zerrüttete Krisenverliererinnen zusammen, die dafür dankbar sein könnten, dass sich linke Bürgermeisterinnen wie Ada Colau für ihre Anliegen einsetzen. Doch das lässt außen vor, wie die Plattform ihre Mitglieder verändert. Die Aktivistinnen sehen sich weniger als Opfer denn als Mitglieder einer Bewegung, die dem Staat und den mächtigen Wirtschaftsakteuren im Kleinen beim Verhindern von Räumungen wie im Großen Paroli bietet (dazu: Kap. IV.5).

So tritt die performative Geste zutage, welche die Plattform vor Ada Colau ausführt. Die PAH Barcelona schlüpft in die Rolle des Souveräns, sie inszeniert sich als Richter darüber, ob die Hoffnungsfigur Colau tatsächlich ihre Versprechen einhält. Wenn sie es nicht tut, dann entzieht die Plattform Colau ihr Vertrauen und wird Druck auf sie ausüben. Nun sind dieser Vertrauensentzug und diese Warnung erst einmal symbolisch gemeint – sie zu bekräftigen, könnte sich als schwer erweisen und interne Zerrüttung mit sich bringen. Dennoch zeigt sich damit, wie sich die PAH, unterfüttert durch die vielfachen Subjektivierungsprozesse, die in ihrem Rahmen geschehen, durch die wöchentlichen Aktionen, die sie ausführt, und die ständigen Versammlungen, die sie abhält, als ein mächtiger Akteur begreift. Die vielen Hundert Aktivistinnen, die sich bei der PAH Barcelona engagieren, fühlen sich nicht isoliert, sondern sehen sich als Teil einer großen Bewegung, ja als Teil einer entstehenden Gegenhegemonie.

Aufschlussreich an dieser Szene ist, dass sich die PAH in der neuen politischen Landschaft Spaniens *nicht* unterordnet. Die politischen Veränderungen, die Spanien ab 2014 erschüttern, werden vielmehr als Ergebnis zäher Kämpfe gelesen. Wenn die ehemalige PAH-Aktivistin Ada Colau Barcelonas Rathaus »erobert«, wie es in den Sitzungen der Plattform heißt, so sieht letztere dadurch ihre Ermächtigungskraft bestätigt. Die Frage, die im Mai und Juni 2015 immer wieder in verschiedener Form geäußert wird, lautet: Hätte Colau es geschafft ohne ihren jahrelangen Aktivismus bei der PAH und der Legitimität, die sie sich damit verschaffte? Der 16. Juni 2015, als Colau nach ihrem Wahlsieg zur PAH-Versammlung stößt, wird als ein weiterer Erfolg gelesen – freilich weniger von der Person Colau als vielmehr von der PAH als Kollektiv. Selbst in der Ausnahmesituation des Wahlsieges einer linken Kandidatin bleibt die Plattform geerdet und hält den ständigen Leidensdruck von Zwangsräumungen und Notsituationen präsent. Der Sieg

Colaus ist wichtig, entscheidend ist er aber nicht, so die Diagnose der PAH. Denn in einer Zeit, in der tausende Zwangsräumungen jährlich allein in Barcelona stattfinden, der soziale Wohnungsbau in Spanien weiter praktisch inexistent bleibt und die Ungleichheit weiter grassiert, ist es alles andere als ausgemacht, was die Wahlsiege der neuen Linken werden verändern können. Für die PAH steht fest, dass die aktuelle Krise weiterhin des Aktivismus bedarf.

Bezeichnend für diese Positionierung ist das Ende der Sitzung am 16. Juni 2015. Die frisch gekürte Bürgermeisterin hat den Versammlungssaal bereits verlassen, die Plattform geht zur Tagesordnung über und plant kommende Aktionen. Zu einer Aktion, in der es um die Besetzung einer Großbankfiliale in einigen Tagen geht, meldet sich kaum jemand. Es scheint, als seien die Anwesenden nach der intensiven Sitzung erschöpft und würden nur noch nach Hause wollen. Da springt eine stets laute und beharrliche, für ihren starken Charakter (und raue Art) bekannte Aktivistin, auf: »Was ist denn hier los? Warum haben sich nur fünf Leute gemeldet? Los jetzt, hoch mit Euren Händen! Der Krieg fängt wieder an!« Prompt sind alle wieder aufmerksam, dutzende Hände schnellen hoch und melden sich zu den Aktionen an.

Der Fokussierungsprozess – die Gesamtschau Der Besuch der Bürgermeisterin Colau bei der Plattform der Hypothekbetroffenen, ihrem alten Kollektiv, ist die letzte von drei Szenen, welche die Fokussierung als eine kollektive Praxis in den Blick genommen haben. Jetzt tut eine Zusammenschau Not, um die verschiedenen Elemente systematisch aufzuarbeiten. Mit Butler (2006) und Jäger (2014) lese ich Fokussierungen als performative Praktiken, die symbolisch und materiell verfasst sind, die Neues schaffen, aber selbst strukturiert verlaufen und kollektiv ausgeführt werden. In der Folge halte ich zunächst die zeitliche Entfaltung von Fokussierungen fest und illustriere dann in einem zweiten Schritt das Zusammenspiel von sprachlichen und nichtsprachlichen Elementen.

Die temporale Achse von Fokussierungsprozessen lässt sich als ihre *Dramaturgie* bezeichnen. In allen drei Szenen folgen die Fokussierungen einem klaren zeitlichen Ablauf. An erste Stelle steht die *Ouverture*. Sie markiert den Beginn der Fokussierung. Die Teilnehmerinnen haben sich für eine gemeinsame Praxis versammelt und beginnen, eine geteilte Aufmerksamkeit zu entwickeln. Bei der Assemblée La Marina geschieht diese Ouverture eher auf sprachlicher Ebene. In dem Augenblick, da Víctor in seiner Ausführung eine diskursive Grenzziehung (s.u.) zwischen der Gruppe und den anderen Vereinen des Quartiers zieht, beginnt eine neue Gesprächsdynamik. Der Fokus aller schwenkt in eine bestimmte Richtung. Bei der direkten Aktion der PAH zeigte sich hingegen, dass die Ouverture auch subtiler und körperbetonter ablaufen kann. Hier baut sich eine geteilte Aufmerksamkeit auf, indem sich die Versammelten ausgiebig begrüßen, umarmen und herzlich plaudern. Diese scheinbar oberflächlichen Gesten erlauben den Teilnehmern, dort eine Gemeinschaft zu schaffen, wo zuvor keine bestand.

Die zweite Phase, die *Verdichtung*, ist der Höhepunkt der Fokussierung. Sie gilt mir als das kurze Zeitfenster, in dem sich die Fokussierung rund um ein Thema oder Ereignis verdichtet. Dies ist etwas anderes als ein affektives Verschmelzen, wie es neomaterialistische Autorinnen fassen würden, aber auch etwas anderes als ein symbolischer Knotenpunkt im Sinne der Diskurstheorie. Die Fokussierung bringt in dieser verdichtenden Phase beide Dimensionen zur Geltung. Sie braucht Sprache und Körper, Sym-

bole und Affekte. Die Anwesenden müssen sich – meist *in* einem geschützten Raum – anschauen, ihre Körper fühlen, die Regungen hinter den artikulierten Positionen und Forderungen *erfahren*. In diesem Prozess, der sich tendenziell beschleunigt und dessen Höhepunkt stets eine begrenzte Dauer hat (in den Beobachtungen: maximal anderthalb Stunden), bildet sich performativ etwas Neues heraus. Diese neuen Bedeutungen emergieren gleichwohl nicht aus der Leere, sondern artikulieren sprachlich und körperlich das, was zuvor bereits latent präsent war. Etwa dann, als die Asamblea La Marina in der Verdichtungsphase beschließt, sich auf direkte Aktionen zu konzentrieren – und zwar allein, ohne Bündnisse mit den lokalen Vereinen. Zwar führte die Gruppe direkte Aktionen bereits in der Vergangenheit durch. Doch erst die verdichtende Fokussierung macht sie in relativ plötzlicher und rascher Manier zur einzig legitimen Aktionsform des Kollektivs.

In der Verdichtungsphase wird, besonders bei den beiden Szenen der PAH, das Moment der *Souveränität* zentral gemacht. Sie wird in keinem der Fokussierungsprozesse ausdrücklich benannt, sondern tritt als eine neue, selbstbewusstere Haltung zutage. Die Wahl der ehemaligen PAH-Aktivistin Ada Colau zur Bürgermeisterin Barcelonas ist der Anlass dafür, dass sich die PAH eine souveräne Identität affirmiert. Als Colau zur Versammlung kommt, beginnt eine mächtige Fokussierung, die alle Anwesenden in ihren Bann zieht. Bürgermeisterin und Aktivistinnen liegen sich förmlich in Armen. Die Verdichtungsphase der Fokussierung scheint unaufhaltsam auf ein Klimax zuzulaufen: die affektive und symbolische Verschmelzung der Bürgermeisterin mit ihrer ehemaligen Plattform. Colau verspricht den Aktivistinnen, eine neue Politik zu verwirklichen, die Grenzen zwischen Institutionen und sozialen Bewegungen zu überwinden, sie zumindest poröser zu machen. Die Aktivistinnen sehen ihrerseits in Colau eine Lichtfigur, vergleichen sie sogar mit Salvador Allende. Doch dann bricht die Versammlung die Verschmelzung auf. Es wird gewarnt, dass die neue Bürgermeisterin mit Druck und im Zweifel mit dem Rauswurf zu rechnen habe, wenn sie nicht die »richtigen« Politiken realisiere. Damit inszeniert die PAH performativ eine Handlungsmacht, mit der sie sich über die Colau setzt. Die Plattform, nicht die neue Bürgermeisterin, ist der Souverän.

Dieser Bruch zeitigt damals keine gravierenden Folgen. Colau nimmt die Warnung der PAH gefasst auf, fast als erwarte sie diese. Tatsächlich geschehen in den Beobachtungen regelmäßig derartige Grenzziehungen. In vielen Situationen, vor allem bei Debatten, gipfeln Fokussierungen *nicht* in einvernehmlichen Sinnstiftungen. Zuweilen scheint sich die Gruppe auf ein spezifisches Verhalten zu einigen, etwa die umstrittene Besetzung eines Häuserblockes, oder einen Konsens zu einem gewissen, umstrittenen Protestform zu finden, tatsächlich aber wird der Konsens niemals erreicht, die Stimmung in der Versammlung bleibt gespalten.³⁶ Ob explizit oder implizit, abgestimmt oder nicht, bei keiner Fokussierung bringen *alle* gemeinsam etwas hervor. Vielmehr bleibt der performative Prozess gespalten zwischen einem (größeren) Teil, der das Neue begrüßt und

36 So der Fall bei *Escraches*, eine aus Südamerika übertragene Protestform, in der vor den Privathäusern von Politikern demonstriert wird, um diese – oft vor wichtigen Entscheidungen – unter Druck zu setzen. Über die Angemessenheit dieser Protestform und deren konkrete Ausführung wird bei der PAH immer wieder debattiert.

einem anderen (kleineren) Teil, der es ablehnt. Die Fokussierung ist deshalb nicht gescheitert, doch sie kann unerwartete Konflikte und Zerwürfnisse zeitigen.

Gerade mit Blick auf derartige Konflikte wird die letzte Fokussierungsphase wichtig. In der *Zerstreuung* streben die Teilnehmerinnen auseinander, die starke Gemeinschaft zerfällt. Doch wie zerfällt sie? Hierauf geben in den beobachteten Fällen weniger Wörter eine Antwort als vielmehr das körperliche Verhalten. Ob nach der Sitzung mit Colau, nach der Debatte bei der Assemblée La Marina zur Frage, wie man sich gegenüber den anderen Vereinen des Quartiers verhalten müsse, oder dem Stopp der Zwangsräumung – stets bleiben die Anwesenden nach der zentralen Fokussierung noch (kürzer oder länger) beisammen, besprechen oder grüßen sich. Es gilt die Losung: War die Fokussierung erfolgreich, so zerfällt zwar das anwesende Kollektiv. Doch wenn es zu einem späteren Zeitpunkt zusammenfindet, kommt es gefestigter zurück. Denn die Anwesenden würdigen nach der Fokussierung die geteilten Erfahrungen, die sie nicht sich als einzelne Individuen, sondern der Asamblea als Ganzes zuschreiben.

Nach der temporalen Dramaturgie des Fokussierungsprozesses ist darauf einzugehen, wie sich in ihm *symbolische* und *sinnliche* Achsen zueinander verhalten. Zunächst zur Erinnerung: Die Trennung beider Ebenen ist heuristisch, nicht grundsätzlich. Gleichwohl legte die Darstellung analytische Schwerpunkte. Die Debatte bei der Assemblée La Marina arbeitete eher die symbolische Dimension auf. Bei der symbolischen Achse spielen drei Momente eine Schlüsselrolle: Grenzen ziehen, Resonanz mobilisieren und Legitimität schaffen. *Grenzziehungen* erweisen sich gewöhnlich als Startschuss für Fokussierungen, sie grenzen das Kollektiv von einer oft als feindlich empfundenen Außenwelt ab und erlauben ihm dadurch, seine eigenen Deutungen zu entwickeln. Gleich ständigen Interpunktionen werden im Verlauf von Debatten und Aktionen immer wieder aufs Neue Grenzen zwischen einer Wir- und einer Sie-Identität gezogen, um die Innenräume der Versammlungen zu stabilisieren und ihre Solidaritätsbände zu stärken.

Allerdings wirken Fokussierungen nicht nur nach außen, sondern vor allem nach innen. Zunächst müssen sie bei den Teilnehmerinnen *Resonanz* mobilisieren. Die Themen, Forderungen, und Deutungslinien, die in den Versammlungen debattiert werden, erhalten dann eine herausgehobene Position, wenn sie an lebensweltliche Erfahrungen anknüpfen, diese zur Sprache bringen. Die Fokussierung erhält dort eine besondere Kraft, wo sie an konkrete Verletzungserfahrungen anknüpft, in der hiesigen Szene etwa das Leben in einem peripheren, vernachlässigten Quartier. Wie aber diese Erfahrungen durch Fokussierungen »verarbeitet« werden und zum Ausgangspunkt eines performativen Prozess aufsteigen, ist prinzipiell unbestimmt. Das Leben in einem armen Quartier kann zum Plädoyer für mehr Demokratie führen, um die Lebensverhältnisse für alle Bewohnerinnen zu verbessern – wie bei der Assemblée La Marina der Fall. Prinzipiell ließe sich Resonanz aber auch erreichen, indem man die migrantischen Bevölkerungsgruppen des Quartiers marginalisiert (was andere Vereine tun). Fokussierungen schließen an Erfahrungen an. Doch *wie* sie an diese anschließen, steht a priori offen – sedimentierte Artikulationen spielen aber eine wichtige Rolle. Alle hier beobachteten Versammlungen adaptieren in ihren Fokussierungen die protopopulistische Semantik mit linker Polung, die bei den Platzbesetzungen von 2011 entstand (siehe: Kap. III.4.a). Eigensinnig wird die Semantik der Empörung zitiert, sie dient als Sprache, welche die eigenen Erfahrungen intelligibel macht.

Das dritte symbolische Moment ist die Schaffung von *Legitimität*. Die Fokussierung schafft nicht nur performativ Neues, sie legitimiert zudem die Themen und Subjekte, die im Zentrum ihrer Ausführung stehen. Wer immer wieder eine Zwangsräumung aufhält oder immer wieder darüber diskutiert, wie die Gruppe Aktionen durchführt, verleiht diesen Fragen eine besondere Legitimität gegenüber anderen. Die einen stehen im Zentrum, die anderen werden wie selbstverständlich ausgeblendet. Bei der Assemblée La Marina sind es die Sprecherinnen Víctor und María, die nach der erfolgreichen Fokussierung zusehends die Gruppe dominieren. Jeder performative Vorgang bleibt machtgeladen und an asymmetrische – jedoch umkehrbare – Konstellationen gebunden. Diese legitimierende Geste ebnet den Weg für spezifische Praxispfade, in denen sich performative Vorgänge tendenziell verhärteten. Das Neue bricht nicht zufällig aus, es wird durch sedimentierte Gehalte vorstrukturiert. So wirkt der Empörungsdiskurs, der 2011 entstand, in den Versammlungen als eine explizite wie implizite Sinnstruktur, die in Praktiken reproduziert und performativ verschoben wird. Jede erfolgreiche Aktion der beobachteten Gruppen aktualisiert und legitimiert den Topos, demnach sich die von unten gegen die von oben ermächtigen können, um eine demokratische Gesellschaft zu verwirklichen.

Im Anschluss sei bündig die sinnliche Achse von Fokussierungen behandelt. Zunächst ist der *soziale Raum* wichtig. Fokussierungen erweisen sich als empfindliche Vorgänge, die erst dann in Gang kommen, wenn ein Innenraum entsteht, der schützend wirkt und von der Außenwelt abgetrennt wird. Ein physischer Ort, etwa ein Lokal, hilft, diesen Raum zu schaffen. Fokussierungen können aber einen sozialen Raum selbst dort schaffen, wo kein physisch abgrenzbarer Ort besteht, so beim Stoppen von Zwangsräumungen. Aus einer Gruppe Menschen, die sich zumeist gar nicht oder nur bruchstückhaft kennen, entsteht eine neue Gemeinschaft.

Die Praktiken schaffen einen Raum, in dem sanktionierte Regeln gelten. Die Assemblée Sant Martí ist dafür paradigmatisch. Jahrelang hält sie ihre Versammlungen auf der Fußgängerzone des Quartiers ab. Gelegentlich wird die Versammlung zwar durch Andersgesinnte unterbrochen, in der Hauptsache jedoch ist das wöchentliche Treffen auf der Straße so stark institutionalisiert, dass die Sitzungen fast so offen und gefühlsbetont ablaufen wie bei anderen Gruppen in physischen abgetrennten Orten. Die Älteren setzen sich auf Campinghocker, Familien stehen mit Kinderwagen im Kreis. Die Sprecher moderieren die Sitzung, die Macher berichten von Aktionen (zum Macher-Begriff: Kap. IV.5), Arbeitslose oder Zwangsgeräumte stellen ihre soziale Notlage dar. Entscheidend ist, was *im Kreis* der Versammelten geschieht, wie sich eine Dynamik aufbaut, die irgendwann derart verfestigt, dass es allein durch die Körper im Kreis gelingt, nach außen eine Grenze zu ziehen und nach innen einen geschützten Raum zu erleben.

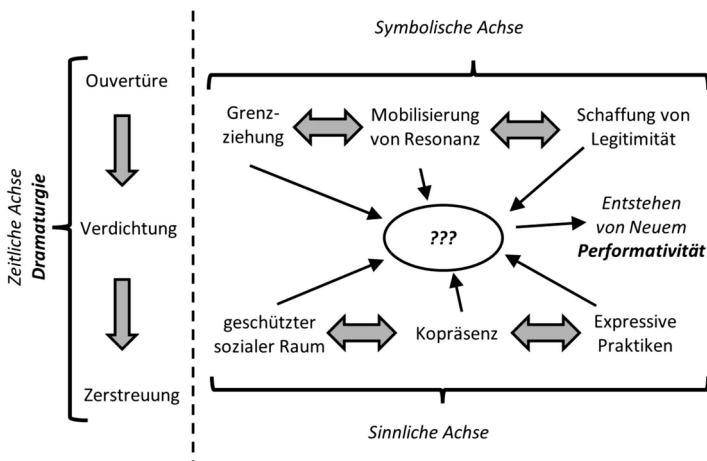
Dies führt zu den letzten beiden Punkten, der *Kopräsenz* und dem *Ausdrücken von Erfahrungen*. Der eigentliche Höhepunkt von Fokussierungen, ihr performatives Moment, geschieht vornehmlich in den Situationen, in denen sich Subjekte von Angesicht zu Angesicht treffen, in denen neben der Sprache Körperlichkeit und nichtsprachliche Kommunikation eine Schlüsselrolle spielen. Sie verleihen der Fokussierung eine Qualität, die in den performativ entstandenen Bedeutungen widerhallt, ihnen eine Kraft verleiht, die sie sonst nicht besäßen. Das Ausdrücken von Erfahrungen zielt in eine ähnliche Richtung. Erfolgreiche Fokussierungen greifen Erfahrungen gezielt auf und artikulieren sie fort. Im Gespräch oder in der Aktion drücken sich Erfahrungen aus, vor allem der Ver-

letzung. Zugleich ist die Fokussierung ein verschiebender Prozess. Performative Fokussierungsprozesse sind dann besonders stark, wenn sich alle einbringen können – und zwar buchstäblich körperlich, mit allen Sinnen, mit möglichst geringen Vorbehalten und möglichst großer Hingabe.

So emphatisch Fokussierungen in ihrer doppelt symbolischen wie sinnlichen Dynamik beschrieben wurden, es gilt, dass jede performative Praxis einen übergreifenden Diskurshorizont artikuliert. Zwar müssen die Fokussierungen der PAH-Barcelona und der Asambleas Sant Martí oder La Marina je konkret beschrieben werden. Aufeinander reduzieren lassen sich diese Versammlungen jedoch nicht. Doch sie sind strukturell verwandt. Das Hochhalten der eigenen Souveränität, das Pathos der politischen Veränderungsfähigkeit oder der präfigurative Entwurf einer demokratischeren und solidarischeren Gesellschaft tauchen in verschiedenen Schattierungen in allen Gruppen auf. Sie alle verweisen auf den 2011 entstandenen Empörungsdiskurs. Durch ihre performative Praktiken schreiben sich die Asambleas in dieses spanienweite Diskursgefüge ein und eigensinnig fort. Der soziale Wandel, der Spanien seit den Platzbesetzungen von 2011 prägt, ist strenggenommen nichts anderes als eine Häufung unzählig wiederholter und verschiebender Praktiken, die schrittweise in verschiedenen Kontexten artikuliert werden. Die drei hier beobachteten Gruppen bieten eine (kleine) Stichprobe dafür, wie der Empörungsdiskurs fortwährend als Praxis reproduziert, zitiert und performativ verschoben wird. In diesem Sinne sind Fokussierungen *nach innen und nach außen strukturiert*, sie verweisen auf gruppeninterne Mechanismen wie auf übergreifende Diskursgefüge. Letztere transzendieren jedes einzelne Kollektiv, können aber zugleich nur deshalb zur sozialen Wirklichkeit werden, weil sie als Praktiken angeeignet und fortgeschrieben werden.

Das Schaubild fasst zum Abschluss die verschiedenen Elemente der Fokussierung zusammen:

Abb. 17: Die Fokussierung und ihre Momente – eine kollektive und geordnete Performativität



Die folgende Tabelle fasst weiterhin die drei Facetten von kollektive Praktiken zusammen. Körperliche *und* symbolische Facetten prägen alle drei Momente dieses auf ethnographischem Weg konturierten Begriffes einer kollektiven Praxis:

Tab. 4: Der Begriff der kollektiven Praxis aus der Perspektive einer erweiterten Hegemonietheorie

Ein poststrukturalistischer Praxisbegriff, (...)	(1) Zitierung	(2) Wiederholung	(3) Performativität
seine erweiterte Fassung als kollektive Praxis (...)	Zitierungspraktiken sind: - kollektiv - machtgeladen - Entstehung von Sprecherpositionen - reguliert durch die normierende Macht des sozialen Raumes der Versammlung	Wiederholende (iterative) Praktiken beruhen auf: - Ausdruck von Erfahrungen und von Verletzlichkeiten - Wiederholungen schaffen: - Versammlung als geschützter sozialer Raum (als »Frei-Raum« erfahren)	Performative Praktiken sind: - kollektiv - strukturiert - nach innen gerichtet - geteilte Fokussierungen, die symbolische und sinnliche Momente verdichten
(...) und das Grundmotto seiner Bestandteile.	»Wo Diskurse von Praktiken zitiert werden, da ist eine normierende Macht am Werk. Und diese Macht heißt hier: Versammlung.«	»Die Praktiken der Versammelten drücken beständig geteilte Verletzlichkeiten aus – und erschaffen so die Versammlung als einen geschützten sozialen Raum.«	»Performative Praktiken geschehen als eine gerichtete Fokussierung der Versammelten, die Sinngehalte artikuliert und eigensinnig aktualisiert – und potentiell die Identität der Versammlung verschiebt.«

4 Vorder- und Rückseite – Artikulation *revisited*

Die ethnographische Analyse folgte auf theoretischem Gebiet einem roten Faden: einen poststrukturalistischen Praxisbegriff ausbuchstabieren und um seine kollektive Dimension zu erweitern. Eine erweiterte Hegemonietheorie kommt dem prinzipiellen, aber bei Laclau/Mouffe nicht eingelösten Anspruch nach, wie sich *Diskurs als Praxis* verstehen lässt. Es zeigte sich, dass die kollektiven Praktiken in den Versammlungen holistische Prozesse sind, die – wie bei Wittgenstein – Symbolisches und Materielles umfassen und verweben. Um die Versammlungen, um die sich diese Ethnographie dreht, präzise zu

erfassen, bedarf es einer Analyseheuristik, die hinreichend geschlossen ist, um verschiedene Vorgänge strukturell zu verdichten und ihre Zusammenhänge zu erklären, und die hinreichend offen bleibt, um die phänomenologische Vielfalt der beobachteten Praktiken nicht auf übergeordnete Logiken zu reduzieren.

Im Folgenden möchte ich den erweiterten und kollektiv gewendeten Praxisbegriff, der aus der ethnographischen Analyse resultierte, auf seinen Oberbegriff, die Artikulation, zurückblenden. Der vorhergehende Schritt sowie die Kritik an Laclau/Mouffe (Kap. I.1) dienen als doppelter Ausgangspunkt, um in diesem Schritt den Artikulationsbegriff noch stärker auszuarbeiten. Dies wird schließlich in einem entformalisierten Artikulationsbegriff münden (Kap. VI.2). An dieser Stelle soll deutlich werden, dass dieser theoriebildende Anspruch aus empirischen Erkenntnissen erwächst. Es gilt hier, jener Formalisierung der Hegemonietheorie entgegenzutreten, wie sie Laclau/Mouffe und viele ihrer Schülerinnen betrieben haben und betreiben. Das vorliegende Kapitel spart gezielt die beiden Grundlogiken des hegemonietheoretischen Artikulationsbegriffes, die Logiken von Differenz und Äquivalenz aus.³⁷ Der hiesige Vorschlag lautet nicht, dass die politische Makroanalyse überflüssig wäre, sondern dass sie durch praxeologische Feinanalysen flankiert, präziser, *dezentriert* werden muss. Dichte und engagierte ethnographische Beschreibungen von Praktiken werden nicht nur den Beobachter, sondern vor allem die entbetteten Konzepte, mit denen Gesellschaftsanalysen oft hantieren.

Allerdings gibt sich eine ethnographische Mikroanalyse *nicht* damit zufrieden, die blinden Flecken der Hegemonietheorie schlicht zu ergänzen. Hier der große, gut sichtbare Diskurs, dort sein Unterbau, die kleinen, unzähligen Praktiken – diese Dichotomie muss, so mein theoretisches Axiom, fallen (dazu: Kap. VI.1), die Hegemonietheorie zu einer neuen Sprache finden. Der *organische Artikulationsbegriff*, den meine Studie verteidigt, verschiebt die Makroanalyse selbst. Um nachzuvollziehen, wie sich die soziale Ordnung politisch verändert, greifen Laclau/Mouffe (und ihre Schülerinnen) auf ein Vokabular zurück, das semiotisch bleibt. Hegemonieanalysen zeichnen nach, wie sich Ordnungen von Zeichen formieren, sich durchsetzen und in Frage gestellt werden. Die üblichen Fragen sind: Wie werden Forderungen erhoben und gemeinsam artikuliert? Wie werden kollektive Identitäten («Volk», «Proletariat», «Nation») oder Ordnungsfiguren («Freiheit», «Demokratie», «Stabilität») als fraglos und allgemeingültig gesetzt? Diese Perspektive ist wichtig, aber dringend durch weitere Aufmerksamkeitsebenen zu ergänzen. Wenn Artikulationen nicht nur symbolische, sondern ebenfalls praktische und materielle Vorgänge sind, dann sind auch diese Ebenen als zentrale Facetten im Kampf um und in der Ausübung von Hegemonie zu würdigen. Um diese umfassende Perspektive einzunehmen und Institutionen, Praktiken, Rituale oder Infrastrukturen als Teil von Artikulationen zu lesen,³⁸ ist Folgendes notwendig: Der Entwurf eines entformalisierten

37 Das nächste Kapitel wird – allerdings anders als üblich – auch diese beiden Logiken als verfestigte Regeln begreifen. Sie werden als Analyseheuristiken dienen, die erhellen sollen, wie der Empörungsdiskurs ab 2014 als ein linkspopulistisches Parteiprojekt artikuliert wird.

38 Dieses Vorhaben schließt, wie betont, an grundsätzliche Überlegungen an, die Laclau/Mouffe in ihrem Werk immer wieder formuliert haben, die aber letztlich in der Ausbuchstabierung der Hegemonietheorie verschütteten.

Begriffs der Artikulationspraxis, der gleichermaßen makroanalytisch wie mikroanalytisch operieren kann.

Um dies zu erreichen, lautet mein Vorschlag, den Begriff der Artikulationspraxis in eine *Vorderseite* und eine *Rückseite* aufzuteilen, ähnlich wie dies Oliver Marchart (2013a: 361ff.) für gesellschaftstheoretische Grundbegriffe im Allgemeinen vorgeschlagen hat. Folgt man dem Autor, dann sind viele Grundbegriffe der Sozialwissenschaften (Akteur, Handlung, Macht, Gewalt usw.) geradezu verhärtet, sie sind geronnen zu quasi metaphysischen Entitäten mit feststehenden Eigenschaften, die Sozialforschung wie Theoriebildung rituell reproduzieren. Interessant an Marcharts Kritik ist, dass derartige Verhärtungen einen analytischen Verlust darstellen, verdecken sie doch die phänomenologische Vielfalt, die unter fraglos gewordenen Grundbegriffen besteht. Je stärker sie zu entleerten Formeln versteifen, desto eher geben sie nicht mehr die Sicht auf all das frei, was unter ihrer glänzenden Oberfläche geschieht.³⁹

Eben die Verhärtung, die der Laclau-Schüler Marchart so eindringlich beklagt, ist mit dem Begriff der Artikulation geschehen. Besonders beim späten Laclau (2005) genauso wie bei der *Essex School* benennen Artikulationen im Grunde nur noch die Kombination von Äquivalenz- und Differenzlogik, die differente Forderungen oder, genereller, diskursive Momente aufeinander beziehen, indem sie diese äquivalent setzen. Die Wurzeln dieses formalisierten Artikulationsbegriffes in der strukturalistischen Sprachtheorie wurden bereits freigelegt (Kap. I.1.a, dazu später noch: Kap. VI.1). Hier reicht als Erinnerung, dass Laclau/Mouffe die Logiken von Differenz und Äquivalenz zur ontologischen Bedingung *jedes* Artikulationsvorganges erheben (vgl. Laclau 1996: 42f.). Die Logik der Differenz erweitert das Feld der Relationen innerhalb eines Diskurses und insistiert in den Unterschieden zwischen den Diskursmomenten – womit sie die für sich stehende Identität der einzelnen Momente unterstreicht. Die Logik der Äquivalenz negiert dagegen die Unterschiede zwischen den Diskursmomenten und konturiert sie als füreinander austauschbar (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 130, Laclau in Butler et al. 2000: 194).

Aus dem Zusammenspiel von Differenz- und Äquivalenzlogik folgen für eine Analyse nach Laclau/Mouffe zwei Pointen, die sich in den schillernden Kategorien von *Repräsentation* und *Antagonismus* verdichten. Beide stelle ich nun jeweils schematisch vor und konfrontiere sie mit den ethnographischen Erkenntnissen. An erster Stelle geschieht die Äquivalentsetzung von Diskursmomenten nach Laclau/Mouffe über einen Mechanismus der *Repräsentation*. Um verschiedene Momente gleichzusetzen, muss sich ein Moment aus der Äquivalenzkette möglichst entleeren, um somit die gesamte Bedeutungskette zu repräsentieren. So etwa, wenn in Spanien der Signifikant der »Empörten« nicht mehr eine spezifische Gruppe von jungen Protestierenden repräsentiert, sondern seine ursprüngliche Bedeutung verliert und schrittweise viele weitere Sektoren repräsentiert – streikende Ärztinnen und Minenarbeiter, Studierende und Schülerinnen, die Plattform

39 Mit Marchart (2013a: 364): »Jede scheinbar noch so klar und distinkt bestimmte Kategorie, dreht man sie um, zeigt ihr umkämpftes, verzerrtes und in alle Richtungen endlos gedehntes Gesicht.« Das Beispiel des Staates ist einschlägig (Kap. I.1.c). Auf seiner Vorderseite scheint er ein allmächtiger Leviathan, der Entscheidungen trifft. Betrachtet man seine Rückseite, so tritt eine »materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen zutage« (ebd.: 372).

der Hypothekbetroffenen und viele andere (Kap. III.2.d, vgl. Errejón 2011). Erst diese Repräsentation schafft nach Laclau/Mouffe eine gemeinsame Identität, vernäht die Forderungen und Kämpfe der verschiedenen Gruppen (ob Studierende, Empörte oder Ärztinnen etc.) zu einem gegenhegemonialen Projekt, das eine andere Gesellschaft postuliert.

Mit Blick auf die hiesige Ethnographie stellt sich die Frage: Ist dem wirklich so? Ist es für die beobachteten Gruppen tatsächlich derart zentral, wer oder was sie *repräsentiert*? Nun ist unbestreitbar, dass alle Kollektive, die ich beobachtete, im Protestzyklus von 2011 und den Folgejahren entstanden und am Empörungsdiskurs partizipieren. Insofern teilen sie einen gewissen Entstehungshorizont und erachten sich als Momente eines übergreifenden Wandlungsprozesses. Doch diese Gemeinsamkeiten bewegen sich nicht nur auf der Ebene geteilter Signifikanten, sie fallen ebenfalls viel subtiler, verschwommener und impliziter aus, als es die Hegemonietheorie annimmt. Die Versammlungen bilden eine »Einheit in der Zerstreuung«, sie teilen zwar gewisse Protestrepertoires, Semantiken und vor allem direktdemokratische Organisationsformen, sie lassen sich aber nicht auf alles überwölbende Signifikanten reduzieren.

Gegenüber diesen vereinheitlichenden Signifikanten und Forderungen rückt meine ethnographische Analyse die *eigensinnigen Praktiken* ins Zentrum. Damit ist mehr gemeint als der offensichtliche Umstand, dass sich in den Gruppen vielfältige Praktiken vollziehen, die sich nicht auf einen einzigen Nenner reduzieren lassen. Das ist zwar der Fall – und gegenüber Makroansätzen wie der Hegemonietheorie mit ihren vereinheitlichenden Gesten immer wieder zu unterstreichen. Doch die Ethnographie verrät gerade nicht, dass die beobachteten Gruppen alle je eigentümliche Wirklichkeiten besäßen und nichts gemeinsam hätten. Vielmehr zeigen die Beobachtungen, dass alle Gruppen eines teilen, was zunächst überrascht, aber auch etwas über den Empörungsdiskurs aussagt. Es ist ihr *Widerstand gegen Repräsentation*.

Es sei an die Debatte erinnert, welche die Asamblea La Marina führte: Nach einer Aktion, die als Misserfolg gewertet wurde, grenzte sie sich von den anderen Vereinen des Quartiers ab. Die Gruppe ging auf Abstand zu Bündnissen mit Akteuren, von denen sie sich nicht repräsentiert fühlte (wegen ihrer Passivität, ihrem Rassismus oder ihrer Polizeiaffinität). Demgegenüber entschied sich die Versammlung, von nun an im Alleingang direkte Aktionen durchzuführen. Bei der PAH Barcelona geschah eine ähnliche Abgrenzungsgeste, nur in einem weniger antagonistischen Szenario. Vis-à-vis der ehemaligen Gallionsfigur der Plattform, Ada Colau, die im Juni 2015 gerade als Barcelonas Bürgermeisterin gekürt worden war, verkündete die PAH zunächst ihre Unterstützung. Die Plattform schien sich Colau in einem intensiven Fokussierungsablauf regelrecht unterzuordnen. Fast schien es, um Laclau/Mouffe zu paraphrasieren, dass die PAH »ihren« leeren Signifikanten gefunden hatte, die junge, energische und linke Bürgermeisterin Colau. Doch auf dem Höhepunkt dieses Identifikationsprozesses wurde plötzlich aus dem Kreis der Versammelten eine starke Grenze gezogen zwischen Plattform und Bürgermeisterin. »Wenn es nötig wird, werden wir Druck auf Dich ausüben, wenn es nötig wird, werden wir Dich rausschmeißen«, so hielten die Versammelten Colau entgegen.

Ähnlich verhielt es sich mit der dritten Gruppe im Bunde, der Asamblea Sant Martí, welche die Institutionenkritik sogar zu ihrem Markenzeichen erhob. Nun legen viele Studien nahe, dass dieser Widerstand gegen die Repräsentation ein allgemeineres Merk-

mal der Kollektive ist, die aus dem Protestzyklus der Empörung hervorgingen.⁴⁰ Die hiesige Ethnographie vermutet dafür besonders einen Grund: Die Gruppen halten alle ihre eigene kollektive Handlungsmacht hoch, sie eignen sich eigensinnig den Ermächtigungstopos des Empörungsdiskurses an. Die Proteste und Versammlungen, die sie durchführen, stilisieren sie als »ihre eigenen«. Die Praktiken werden als nichtdelegierbar erfahren, sie werden als ein Vollzug begriffen, der von der Versammlung selbst ausgeht, der keinen anderen Regeln folgt als den selbst gesetzten. Diese grundsätzliche Geste, eine ureigene Handlungsmacht ausüben zu können, nährt sich aus einer wichtigen Ressource: die *nichtrepräsentierbare* Qualität der Praktiken, die bei den Gruppen geschehen und erfahren werden. So wichtig Repräsentationsmomente sind, sie bleiben oft eher abstrakt und konzeptuell, mit den konkreten Praxisvollzügen sind sie nicht recht verwoben. Ada Colau etwa nimmt als Bürgermeisterin und ehemalige Sprecherin der PAH eine herausgehobene Position für die Plattform ein. Viele Aktivistinnen identifizieren sich mit ihr.

Doch wichtiger ist, dass die Bürgermeisterin Colau *nicht mehr* am Kollektiv PAH teilhat, sich weder am alltäglichen Eintreffen neuer Betroffenen und am unermüdlichen Kampf gegen Zwangsräumungen beteiligt.⁴¹ Der Kreislauf einer Verletzlichkeit, die man teilt und gegen die man sich gemeinsam wendet, setzt Praktiken in Gang, welche die Subjekte buchstäblich in ihren Bann reißen, die sie verändern, die sie in rituell ausgeführten und damit mächtigen Subjektivierungen als Protestakteure hervorbringen. Diese Subjektivierungen sind als kollektive Ermächtigungen zu deuten, in deren Zuge die Identifikation mit übergeordneten Signifikanten zwar nicht wegfällt, aber sich abschwächt – womit auch die Unterordnung unter entrückte Führungsfiguren ihre Selbstverständlichkeit verliert, zum prinzipiell umkehrbaren Vorgang wird. Das Versprechen auf die Ermächtigung der »von unten«, die politische Repräsentanten wie Colau geben, kann sich gegen diese Repräsentanten wenden (auch: Kap. V.5).

Die eigensinnigen Praktiken entpuppen sich als notwendiger Gegenpol zu einem Denken in Repräsentationsverhältnissen, von wichtigen Repräsentanten und von nicht ganz so wichtigen Repräsentierten, wie es nicht nur Laclau/Mouffe vertreten. Unscheinbare und vornehmlich unpolitische Praktiken wie die regelmäßige Teilnahme an einer Arbeitsgruppe, »gegenseitige Hilfe« bei der PAH, in der sich die Teilnehmerinnen ihre Sorgen erzählen, einander zuhören und sich im Alltag unterstützen, reichen in eine Sphäre hinein, in welche die Logik der Repräsentation nicht immer eindringt und die sie vor allem oft nicht wirksam artikuliert. Es ist der Bereich der Erfahrung und der Verletzlichkeit, des körperlichen Zusammenkommens und der nichtdelegierbaren Protestpraktiken. Auch diese Praktiken sind *nicht stumm*. In ihnen schweben mannigfaltige Bedeutungen mit, auch sie sind durchdrungen vom Empörungsdiskurs. Doch das Aufnehmen und Zitieren der Zeichen verändert diese Zeichen, zieht sie in Räume hinein,

40 Exemplarisch : Argiles 2011, Domènech 2014 : 55–100, García/Rodríguez 2013, Prentoulis/Thomassen 2013.

41 Es ist kein Zufall, dass Ada Colau am ersten Tag ihres Amtsantrittes (15.6.2015) zuallererst morgens persönlich in das Arbeiterquartier Nou Barris mit der U-Bahn fuhr, um dort eine Zwangsräumung zu verhindern. Hiermit versuchte sie, als Politikerin ihren Hintergrund als PAH-Aktivistin der Öffentlichkeit symbolisch präsent zu halten.

in denen sie bisher nicht standen. Diese Räume – hier: die Versammlungen – eignen sich Bedeutungen praktisch an, übersetzen sie für die eigenen Kontexte und verleihen ihnen praktische Wirksamkeit. So wird der Konflikt von unten gegen oben übersetzt in den Kampf, den die Protestgruppe im benachteiligten Quartier gegen ausbeuterische Immobilienspekulanten und korrupte Politikerinnen führt. Auch hier wirkt ein mächtiger Diskurs. Aber dieser Diskurs schwebt nicht in der Leere, sondern bleibt eingebettet in ein Gewebe praktischer Vollzüge, das sich immer nur unzureichend versprachlichen lässt, weil es erfahren werden muss.

Die Logik der Repräsentation und die eigensinnigen Praktiken bilden nicht zwei getrennte Bereiche, sondern *durchdringen* einander. Sie verklammern sich zum Begriffspaar. Es gibt weder reine Praktiken noch reine Repräsentationen. Kein Moment ist ohne das andere denkbar, jedes hallt im anderen wider, dezentriert es. Das gilt für die schillernde Vorderseite der Repräsentation. Letztere wird durch ihre »abgewandte und unansehnliche« Rückseite (Marchart 2020: 178), hier die eigensinnigen Praktiken, immer wieder destabilisiert und dynamisch gehalten. Die Dezentrierung betrifft aber auch die verdeckte Rückseite der Artikulationen: Repräsentationen strukturieren Praktiken, oftmals bringen sie Praktiken sogar hervor. Und so können sich Artikulationen dank ihrer Vorderseite (Repräsentation) und dank ihrer Rückseite (Praktiken) mit all ihrer Kraft und in all ihrer Widersprüchlichkeit entfalten.

Der Antagonismus und die geordnete Performativität Ein ähnliches Verhältnis der wechselseitigen Durchdringung und Dezentrierung geschieht beim zweiten Begriffspaar, das zu einem erweiterten Artikulationsbegriff führt. Auch hier brechen die ethnographischen Einsichten den Formalismus der Hegemonietheorie auf. Die *Logik des Antagonismus* erscheint als glänzende Vorderseite, doch sie sieht sich unterwandert durch eine verborgene Rückseite, die *geordnete Performativität*. Genauso wie zuvor verweisen Vorder- und Rückseiten aufeinander und dezentrieren sich gegenseitig.

Die Schlüsselrolle des Antagonismus bei Laclau/Mouffe tritt mit der Logik der Äquivalenz zutage. Nur wenn es Diskursen gelingt, breite Äquivalenzketten zu schmieden und schrittweise ihren Bedeutungshorizont zu universalisieren, können sie hegemonial werden. Dasjenige, auf was sich Forderungen beziehen, um einander anzugleichen, ist nicht nur die Repräsentation als das Moment, das die anderen als übergeordneter leerer Signifikant (etwa: »Demokratie«, oder: Führungsfigur x) vertritt. Im Grunde heben sich die Differenzen zwischen den Diskursmomenten durch einen negativen Bezugspunkt auf: den Antagonismus. Er spielt für jede Diskursformation eine paradoxe, blockierende wie konstituierende Funktion. Der Antagonismus stiftet den Diskurs und destabilisiert ihn zugleich, er ist die Figur der *Grenzziehung* zwischen dem Diskursinneren und seinem konstitutiven Außen. Dem Empörungsdiskurs dient der Antagonismus gegenüber »den Eliten« als Kontrastfolie, um seine Vorstellung einer egalitären und demokratischen Gesellschaft zu bekräftigen. Doch gleichzeitig rückt die Feindfigur »der Eliten« die Vision einer endlich gerechten Gesellschaft in unerreichbare Ferne, konfrontieren sie den Empörungsdiskurs doch unablässig mit dem, was er *nicht* ist. Das führt zu Pointe von Laclau/Mouffe: Der Antagonismus legt offen, dass antagonistische Ausschlussakte jede Identität durchziehen und diese konstitutiv instabil halten (Kap. I.1.c).

Die Hegemonietheorie tritt als Konflikttheorie an. Durch die Grenzziehung nach außen konstituieren sich Identitäten – so lautet *das* zentrale Grundaxiom von Laclau/Mouffe. Das Autorenpaar vertritt ein Denken der *antagonistischen Intensität*. Wo Konflikte besonders intensiv ausgetragen werden, wo Gesellschaft vor oder in großen Protesten, Umbrüchen und Revolutionen steht, wo also der Antagonismus besonders allgegenwärtig ist, da entfalten für Laclau/Mouffe die sozialen Verhältnisse ihr wahres Gesicht, enthüllen sich die antagonistischen Ausschlüsse, die alles konstituieren. Das unterstreicht auch das folgende Zitat Laclaus:

An objective identity is not a homogeneous point but an articulated set of elements. But as this articulation is not a necessary articulation, its characteristic structure, its »essence« depends entirely on that which it denies. Here the sentence from Saint-Just [...] must be taken in its most literal sense: republican identity, the »people« are *exclusively* the denial of the forces opposed to it. Without that opposition, the elements constituting popular unity would disintegrate and its identity would fall apart. (Laclau 1990: 32, Hervorheb. C. L.)

Man muss sich nicht in die Zeit der Französischen Revolution und der Jakobiner begeben, um Laclau zu verstehen: Identitäten artikulieren und stabilisieren sich durch Grenzziehungen – und zwar *ausschließlich* durch diese. Eine erweiterte Hegemonietheorie, wie sie diese Studie vertritt, nimmt zwar den Antagonismus als wichtigen Begriff auf, aber sie *relativiert* seine stiftende Dimension (dazu konzeptuell Kap. VI.3). Nun bekräftigte die Ethnographie, dass der populäre Bruch von 2011 in die beobachteten Versammlungen hineinwirkt. Letztere bewegen sich innerhalb eines verbindenden Horizontes: Die Kollektive sehen sich als Teil eines neuen »Volkes«, das gegen die Eliten kämpft, um eine andere Gesellschaft einzurichten. Somit ließe sich das Zitat Laclaus fast buchstäblich übernehmen, wenn die »popular unity« nicht auf das postrevolutionäre Frankreich angewendet wird, sondern auf jenes antielitäre Volkssubjekt, das der Empörungsdiskurs im Frühjahr 2011 im krisengeprägten Spanien konstruiert.

In der Tat hob dieses Kapitel – wie schon das vorherige – fortwährend hervor, wie Konflikte, Feindfiguren und Abgrenzungen sich gegen ein »feindliches Außen« abreiben. Diese antagonistische Dynamik ist für die Forderungen zentral, welche die beobachteten Gruppen erheben. So stilisiert die Asamblea La Marina ihre Mobilisierungen für eine bessere Infrastruktur des Quartiers als Kampf gegen die angeblich korrupten Lokalpolitikerinnen und Immobilienspekulanten. Sie werden für die herrschende Malaise verantwortlich gemacht. Bei der PAH stehen die Hypothekengläubiger, in erster Linie Großbanken, im Zentrum der Kritik. Aber auch der Staat wird angegriffen. Seinen sozialstaatlichen Aufgaben komme er, so die PAH, nicht nach, er bleibe der Zwangsvollstreckter ungerechter Zwangsräumungen, ein bloßer »Lakai« der Immobilienspekulanten. Die Asamblea Sant Martí treibt mit ihrem Marxismus den Antagonismus auf die Spitze. Für sie symbolisieren die ökonomischen Eliten und politischen Repräsentanten per se Unterdrückung – und verunmöglichen so eine egalitäre Gesellschaft.

So wichtig antagonistische Grenzziehungen für die Versammlungen von Indignados und die PAH sind, sie halten *keine* Antwort für eine der zentralen Fragen parat, welche die Ethnographie aufwarf: Was erklärt die unwahrscheinliche Stabilität und Tatkraft der beobachteten Gruppen? Was treibt den konstanten Mobilisierungsoptimismus und Er-

mächtigungsimpetus dieser eher kleinen Versammlungen an? Denn klar ist auch: Die *Assemblea Sant Martí* schickt sich an, eine neue Bewegung zu gründen, um die erschöpfte Protestwelle wiederzubeleben, die *Assemblea La Marina* traut sich zu, quasi im Alleingang tausende Nachbarn zu mobilisieren, um für ihr Quartier eine bessere Infrastruktur zu fordern.

Diese Mobilisierungen sind umso beachtenswerter, als sich die beobachteten Kollektive in einer für sie antizyklischen Konjunktur bewegen. Die Protestwelle, die 2011 begann, ebbt im Jahr 2014 ab und wird abgelöst durch einen neuen Zyklus, der sich nicht mehr in der Zivilgesellschaft, sondern in der institutionellen Politik verankert. Im Zeitraum der Ethnographie (Ende 2014 bis Anfang 2016) geriert sich der Linkspopulismus, den die Partei *Podemos* betreibt, als das Mittel der Wahl, um die spanische Gesellschaft zu verändern. Die junge Kraft stilisiert sich als *der* Treiber der Gegenhegemonie der Empörung.

Trotz des Aufstieges von *Podemos* ab 2014 – dem sich Kap. V widmet – bleiben die beobachteten Gruppen hochaktiv. Sie ziehen weiterhin Neuankömmlinge an und mobilisieren wirkmächtig für ihre Anliegen. Was treibt diese kleinen Versammlungen noch an, so fragt sich, jetzt da *Podemos* die Konfliktlinie von »Volk gegen Eliten« so viel mächtiger artikuliert? Was hält *Asambleas* wie die beobachteten zusammen? Ist es tatsächlich nur die Abgrenzung gegen ihre Feinde? Noch virulenter als die Repräsentation verzerrt der Antagonismus, dieser schillernde Begriff der Hegemonietheorie, den Blick auf die soziale Wirklichkeit. Wer immer nur fragt, wie Kollektive durch antagonistische Grenzbeziehungen entstehen und vergehen, vergisst die *andere* Seite dieser Grenzziehung. Die klassische Frage von Laclau/Mouffe lässt sich auch umdrehen: Kann es ein Außen ohne ein *Innen* geben? Und was hat es mit diesem Innenraum auf sich, was geschieht in ihm, wie weist er über die Logik des Antagonismus hinaus? Dass diese Ethnographie ein praxeologisches Vokabular entfaltete, folgte einer zentralen Intuition meiner erweiterten Hegemonietheorie: Was *innerhalb* von Kollektiven passiert, ist absolut zentral, um Artikulationspraktiken zu verstehen. *Der Antagonismus steht nicht allein* (dazu: Kap. VI.3). Er wird durch Dynamiken ergänzt, die den Versammlungen immanent sind.

Es sei erinnert an die Rhetorik, welche die *Assemblea Sant Martí* derart vehement zitiert. Die Gruppe kritisiert sogar die neuen linken Parteien und Regierungsfiguren, so Barcelonas 2015 frischgewählte Bürgermeisterin Ada Colau, weil vermutet wird, dass Colau keine wirklichen Veränderungen bewirken wird. Die Zitierungspraktiken verweben den Diskurs des Antiinstitutionalismus mit jenem des Klassenkampfes. Doch die Analyse ging nicht – anders als klassischerweise die Hegemonietheorie – den zitierten Diskursen nach, sondern richtete den Blick nach innen und fragte: Warum verfolgt die *Assemblea Sant Martí* jahrelang diese Zitierungsmelange? Wegen den *Machtverhältnissen in der Gruppe*, lautete die Antwort. Einige Mitglieder forcieren eine gewisse Zitierungspraxis, der Rest folgt ihnen dabei. Doch diese Machtverhältnisse bleiben relativ verborgen, in den formal hierarchiefreien Versammlungen gebärden sich die machtvollen Sprecher der Gruppe als Gleiche unter Gleichen. Tatsächlich jedoch wird in der Versammlung das kollektive Verhalten in gewisse Bahnen gelenkt, wünschbare und inakzeptable Praktiken definiert. Es ist dies eine Macht der feinen Unterschiede, die subtil Aufmerksamkeiten und Verhaltensweisen steuert und Regeln aufstellt. Kleine Gesten wie Applaus, Nicken oder Kopfschütteln begünstigen manche Praktiken und verdrän-

gen andere. Eindrücklich ist, wie zu bestimmten Momenten, etwa nach angespannten Diskussionen, gewisse Parolen gerufen werden (*Luchar, crear, poder popular!* – Kämpfen, schaffen, populare Macht!), um (erneut) Eintracht rund um gewisse Zitierungsregeln zu schaffen.

Nun dürfen nicht einzelne Subjekte als mächtig oder schwach definiert und so getan werden, als würden die Wenigen die Vielen für ihre Zwecke missbrauchen. Es kommt darauf an, *wo* diese Macht entsteht und *wie* sie ausgeübt wird, nämlich in der Versammlung. Alle Kollektive halten dezidiert ihren Status als Asambleas hoch und versuchen, vernünftige, gleichberechtigte und vor allem demokratische Deliberationspraktiken zu verwirklichen. Doch parallel erweisen sich Versammlungen als etwas anderes, normativ gesehen weniger erhabenes: Die direktdemokratischen Versammlungen sind mächtige *Passagenpunkte*, in denen sich Diskurse, Praktiken und Körper zur Machttechnologie verdichten (dazu: Kap. IV.6). Der Passagenpunkt der Versammlung zeitigt Machteffekte, er verwirklicht Ansätze direkter Demokratie, produziert aber auch mächtigere und schwächere Subjekte, forciert Unterwerfungen und Gehorsamkeiten. Wenn Ramona, eine Sprecherin der PAH, den weniger erfahrenen Aktivisten der Plattform verbietet, am runden Tisch des Rathauses teilzunehmen, um mit Verwaltung, Konzernen und Regierung über sozialen Wohnungsbau zu debattieren, dann stellt sie damit eine Rangordnung her. Hier stehen die Erfahrenen, zu denen sich Ramona zählt, dort die Unerfahrenen, die erst noch lernen müssen, was wahrer Aktivismus ist (PAH, 7.7.2015).

Der Passagenpunkt »Versammlung« etabliert sich gleichwohl nicht nur als eine Ordnung der Macht, sondern auch als eine *Ordnung der Performativität*. Der Begriff der Fokussierung von Ulle Jäger unterstrich, dass Performativität mit Strukturhaftigkeiten Hand in Hand geht. Das Neue entsteht im Durchgang durch sedimentierte Praktiken und Machtverhältnisse. Mehr noch: Die Performativität entfaltet dort ihre volle Kraft, wo sie bestehende Strukturen mobilisiert, wo *das Neue durch das Alte* entsteht. Die PAH verdeutlicht dies. Gestützt auf einem bestehenden Gewebe von Machtverhältnissen und Praktiken artikuliert die PAH performativ das Ideal der Souveränität. Damit stellt sich die Plattform den tradierten Verhältnissen diametral entgegen, sie reklamiert gegenüber politischen Institutionen und Führungsfiguren wie der Bürgermeisterin Barcelonas und Ex-PAH-Sprecherin Ada Colau nicht nur ihre Eigenständigkeit, sondern stellt sich über sie. Dieser Bruch wäre unmöglich, würde er sich nicht auf eine interne Ordnung stützen. Es ist die Gewissheit, dass die Plattform selbst ein mächtiges Kollektiv ist.

Um die performative Ordnung der Versammlungen zu erfassen, muss sich die Perspektive *versinnlichen*. Man halte sich die Tränen, das Schluchzen und die meist kaum verhüllte Wut derer vor Augen, die zur PAH stoßen. Es sind Menschen, die fürchten, unmittelbar vor die Tür gesetzt zu werden. Ihnen bangt davor, ihre Existenz zu verlieren. Ihr Leiden wird in der Plattform keineswegs als ein privater Zustand gerahmt, sondern vergemeinschaftet. »Der kollektive Schmerz schafft ein kollektives Bewusstsein«, so die PAH-Aktivistin Anna Sans (Interview, 14.4.2017). Die Bedingung dafür, dass solch ein Bewusstsein entsteht, ist, dass der Schmerz einen geschützten Raum findet. Bei der PAH entsteht dieser Raum besonders eindrücklich. Erst die geteilte Fokussierung auf das gemeinsame Leiden – oder den gemeinsamen Erfolg – schafft einen Raum, in dem man sich, trotz aller Machtgefälle, vertraut und gegenüber einer als »feindlich« wahrgenom-

menen Außenwelt sicher und aufgehoben fühlt. Pausenlos treffen bei der PAH Woche für Woche und jahrelang neue Menschen ein, die sich in einer existentiellen Krise befinden – und finden dort einen geschützten Ort vor, der ihre Situation zwar nicht unmittelbar verbessert, aber diese von Anbeginn offensiv adressiert. Die rituelle Frage, mit der jede PAH-Versammlung beginnt, »Wie geht es uns heute?«, gestattet es immer wieder aufs Neue, Leidenserfahrungen zu teilen, sie kollektiv zu verarbeiten – und sie in politische Artikulationen zu überführen.

Solch eine kollektive Selbstdarstellung ist *kein* Automatismus. Der Normalfall in einer individualistischen und liberalen Gesellschaft wie der spanischen ist, dass Leidenserfahrungen »stumm« und vereinzelt bleiben, dass sie keine kollektiven Artikulationskanäle finden (vgl. Ehrenberg 2012: 372ff.). Das ist in den Empörtenversammlungen anders. Angstanfälle und Wutausbrüche werden dort genauso ausgedrückt wie Euphorie. Man klatscht spontan, fällt sich in die Arme oder singt rhythmisch – auf der Straße wie im Saal – Parolen. Diese *kollektiven Ausdrucksformen* sind ein *zentraler* Bestandteil politischer Artikulationen. Bereits die Tatsache, dass sich die Gruppen *als* Gruppen versammeln und in der Versammlung ihre Ängste und Erlebnisse ausdrücken, legt den Blick frei auf eine Performativität, die nicht bloß eine individuelle und sprachliche Seite besitzt, den einzelnen Sprechakt, sondern körperlich und kollektiv ausgeführt wird. »Wohin haben sie uns bloß gebracht, wie haben sie uns bloß betrogen und angelogen«, fragt sich die PAH-Aktivistin Sans erzürnt (Interview, 14.4.2017). Die Tatsache indes, dass sie von einem ausgebeuteten und betrogenen »Wir« spricht, zeigt, dass bei der PAH die Erfahrung der Einzelnen zur *kollektiven Erfahrung* avanciert.

Im Versammlungsraum artikuliert sich eine *geordnete Performativität*, die das Konzept der Fokussierung aufgeschlüsselt hat. Ihre Bestandteile halte ich nur selektiv fest. Nach der Ouvertüre, in der die Gemeinschaft der Versammelten langsam entsteht, geschieht in der Verdichtung eine buchstäbliche Fokussierung rund um gewisse Fragen. Man kann sowohl abstrakte Themen fokussieren (z.B. die politische Agency der eigenen Gruppe), als auch bestimmte Ereignisse (z.B. eine Zwangsräumung). Entscheidend ist stets, dass eine geteilte Aufmerksamkeit entsteht, welche die Beteiligten diskursiv wie körperlich einbindet. Um performativ wirken zu können, mobilisieren Fokussierungen Resonanz, sie binden die Begriffe, Identitäten und Praktiken, die in der Verdichtungsphase entstehen, zurück an die Erfahrungen der Beteiligten. Diese Erfahrungen werden in gelingenden Fokussierungen *zum Sprechen* gebracht, das bisher implizit Gebliebene (z.B. die Angst vor einer Zwangsräumung) wird nicht nur geteilt und ausgedrückt, sondern in eine positive Forderung überführt (z.B. ein Recht auf Wohnen für alle). Fokussierungen schließen an bestehende Sensibilitäten an. Aber ihre Artikulation drückt nicht bloß mechanisch gegebene Erfahrungen oder zuvor nur implizite Bedeutungen aus, sondern schafft eine Symbolisierung, die stets anders hätte ausfallen können.

Auf diese Weise offenbart sich gegenüber einer rein semantischen Analyse à la Laclau/Mouffe die meist verborgene und mehr als nur sprachlich verfasste Seite von Forderungen. Wenn sich eine Gruppe von Aktivistinnen versammelt, um die Zwangsräumung einer Familie zu verhindern, dann besteht ihre primäre Praxis nicht darin, *¡Sí se puede!* oder »Familie X bleibt!« zu rufen – obwohl das vielleicht die einzigen sprachlich artikulierten Forderungen oder Mottos sind, die während der Aktion fallen. Die entscheidende Praxis, für die sich alle kollektiv engagieren, ist der Räumungsstopp an sich – und bei ihr

schwingt eine implizite, doch mächtige Forderung mit: ein Recht auf Wohnen für alle. Wird die Zwangsräumung vereitelt, dann ist es für die Aktivistinnen so, als ob diese Forderung situativ verwirklicht sei. Der Räumungsstopp wird dann zur präfigurativen Praxis, sie macht durch ihren verhindernden Akt eine gerechtere Welt fassbar. Dass sich hier die Betroffenen selbst körperlich engagieren, verleiht dieser mehr als bloß sprachlichen Forderung ihre besondere Qualität. Performative Fokussierungen werden durch sinnliche Anwesenheit angetrieben. Butler (2016: 29) bringt es auf den Punkt: »Sich zeigen, stehen, atmen, sich bewegen, stillstehen, reden und schweigen sind allesamt Aspekte einer plötzlichen Versammlung, einer unvorhergesehenen Form politischer Performativität, die das lebenswerte Leben in den Vordergrund der Politik rückt.«

Versammlungen wie die beobachteten fordern ein lebenswertes Leben für alle. Die besondere Kraft der dort ausgeführten Praktiken zehrt davon, dass sie die Betroffenen direkt einbinden, dass sie ihre *Verletzlichkeit in Ermächtigung* überführen. Wenn etwa würdige Wohnverhältnisse nicht nur abstrakt postuliert, sondern in verkörperten Praktiken eingefordert werden, so hält dies allen Involvierten konkret vor Augen, dass sich ein gutes Leben nur mit Anderen gemeinsam einrichten lässt. Im unmittelbaren, körperlichen Zusammenschluss der Verletzten entsteht eine Dynamik, die strukturiert ist, aber unvorhersehbar bleibt. Zu welchen konkreten Forderungen die Versammelten finden, welche konkrete politische Sprache sie bedienen, ist von übergeordneten Artikulationen abhängig, jedoch auch von der je spezifischen Versammlung. Während die PAH Barcelona die Sprache eines Kampfes um Rechte spricht, tut es die PAH Sabadell in den Termini des Klassenkampfes und der Vergemeinschaftung von Privateigentum (vgl. García-Lamarca 2016: 11f.). Während die Assemblée Sant Martí versucht, eine marxistische »Bewegung des Volkes« zu gründen, engagieren sich andere Indignados bei neuen Linksparteien, Wohnprojekten, Genossenschaften oder Kooperativen (wie *coop57* oder *Som**). Warum das eine oder das andere geschieht, hängt nicht nur, aber besonders vom Passagenpunkt »Versammlung« ab. Letztere geht nie ganz in den Diskurshorizonten auf, auf die sie verweist. Einmal entstanden, wirken Versammlungen auf Artikulationen zurück. In und durch die Asambleas verräumen sich Artikulationen, werden an Orte und Körper zurückgebunden und verschieben sie mittels performativer Fokussierungen.

Die schillernde *Vorderseite* der Artikulation, in der sich die großflächigen Dynamiken von Repräsentation und Antagonismus ansiedeln, und ihre eher verborgene und feinmaschige *Rückseite*, die mit den Begriffen der eigensinnigen Praktiken und der geordneten Performativität markiert wurden, stellen zwei Seiten *eines* Prozesses dar. Ständig greifen sie ineinander und dezentrieren sich. Es sei an das Moment der Repräsentation erinnert: Der Empörungsdiskurs, der 2011 entsteht, schafft eine neue Repräsentationsordnung, in der sich breite Identitätsmuster und Forderungen Hand in Hand mit mikrologischen Praktiken artikulierten. Diese Praktiken verschieben eigensinnig diskursive Gehalte, vermengen die Semantiken mit einer Sphäre, die mehr als nur sprachlich verfasst ist, die Erfahrungen und Verletzlichkeiten, solidarische Gemeinschaftsformen, nichtdelegierbares Protestieren und eine gelebte Demokratie umfasst. Bedeutung wird angeeignet, in und für den eigenen Praxiskontext wirksam gemacht. Der Diskurs bettet sich ein in ein Gewebe praktischer Vollzüge.

Ähnlich verhalten sich der Antagonismus und die geordnete Performativität zueinander. Auch eine erweiterte Hegemonietheorie unterstreicht die Bedeutung des Antagonismus. Im Dickicht der Praktiken geschehen fortwährend Grenzziehungen zwischen »uns« und »ihnen«. Doch zugleich bildet sich eine soziale Ordnung heraus, die nicht in einem konstitutiven Außen aufgeht. Die Versammlung entsteht nicht nur durch die Grenzziehung nach außen, sie etabliert sich ebenso als ein Passagenpunkt, der Machtverhältnisse auf Dauer stellt. Insofern birgt die Konstitution der Versammlung sowohl eine äußere Komponente, den Antagonismus, als auch eine innere Komponente, ein hoch produktives Machtfeld. Durch die vermachtete Ordnung der Versammlung hindurch vollziehen sich dann performative Praktiken. Im Zuge eines strukturierten Fokussierungsprozesses, in dem sich Erfahrungen ausdrücken, ein sozialer Innenraum entsteht und sich schrittweise eine temporal ausgedehnte Dramaturgie abspielt, geschehen performative Sinnverschiebungen. Die Fokussierung verändert das, was die Versammlungen *sind* und das, was sie *fordern* – und verschiebt damit das Verständnis der Artikulation selbst. Artikulationen sind Praktiken, die weder nur repräsentiert werden noch nur konflikthafte Grenzen ziehen, sondern ebenso auf der Verstrickung der lebendigen Körper in der Versammlung fußen – und sich dort so eigensinnig wie performativ entfalten.

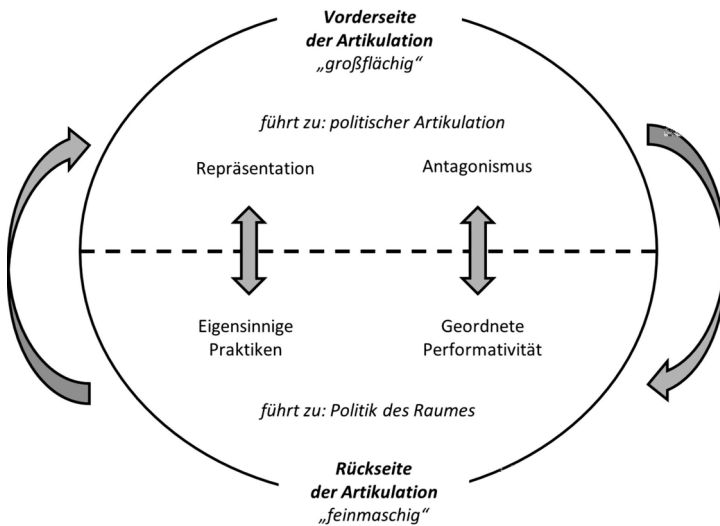
Die Aufteilung des Artikulationsbegriffes in eine Vorder- und eine Rückseite ergänzt sinnvoll mein im Anschluss an die Akteur-Netzwerk-Theorie fortentwickeltes Artikulationsverständnis (Kap. I.1.b). Idealtypisch gesprochen tritt die Vorderseite von Artikulationen, treten also die Momente von Repräsentation und Antagonismus bei politischen Artikulationen besonders deutlich zutage. Bei einem Minimalbegriff der Artikulation hingegen, also dem, was eine erweiterte Hegemonietheorie als einfache Artikulationen versteht, bleibt die Vorderseite eher verschüttet. Bei einfachen Artikulationen, die Diskursgefüge rund um Passagenpunkte eher entpolitisiert stiften und reproduzieren, tritt die Rückseite der Artikulation, die eigensinnige Praxis und die geordnete Performativität, deutlicher als bei politischen Artikulationen zutage. Dies sind erneut graduelle Unterscheidungen. Sie markieren Tendenzen, doch keine Dichotomien.

Weiterhin sensibilisiert das gemeinsame Auftreten der Vorder- und Rückseite von Artikulationen für Folgendes: Politische Artikulationen, d.h. antagonistische und mehrheitsorientierte Artikulationspraktiken, und eine »Politik des Raumes«, d.h. eher veräumlichende und nach innen, auf die Stiftung von Diskursgefügen zentrierte Artikulationen, stellen *keine kategorischen* Gegensätze dar. Sie bilden ein Kontinuum. Mehr noch, im jeweiligen Artikulationstyp *hallt* der jeweils andere *wider*. So politisch aufgeladen gewisse Artikulationen sein mögen, die sie begleitende Rückseite ist dafür verantwortlich, dass sich Artikulationen nie nur nach außen, sondern stets auch *nach innen* richten. Eigensinnige Praktiken und eine geordnete Performativität schaffen bei allen noch so politisierten Artikulationen einen Innenraum, der über die bloße Grenzziehung und über die Ambition des Majoritär-Werdens hinausreicht. Die Außenausrichtung jeder Artikulation wird durch einen Innenraum, durch ein dichtes Diskursgefüge getragen. Dieselbe Verwobenheit gilt in die andere Richtung: Jede Politik des Raumes, so stark territorialisierend und selbstreferentiell sie ausfallen möge, wird dezentriert durch Momente der Repräsentation und des Antagonismus. Sie binden in der einen oder der anderen Weise nach innen gerichtete Artikulationen an übergeordnete Semantiken, Konfliktdynami-

ken und Gesellschaftsvorstellungen zurück. Das Außen des Diskurses zieht in sein Innen ein.

Das Schaubild (Abb. 18) stellt zum Abschluss die Vorder- und Rückseite der Artikulation dar und unterstreicht die wechselseitige Dezentrierung ihrer Begriffspaare:

Abb. 18: Vorder- und Rückseite von Artikulationspraktiken



5 Subjektivierung, oder: gemeinsam ermächtigt

Bislang wurde nicht systematisch rekonstruiert, wie in den beobachteten Versammlungen Subjektivierungen geschehen. Wie werden »hilflose« Krisenverliererinnen zu »selbstbewussten« Aktivistinnen? Eine solche Selbsttransformation ist ein absolut zentraler, doch noch vernachlässigter Bestandteil jener strukturierten Performativität, die der Begriff der Fokussierung ausbuchstabierte. Das Neue, das Fokussierungen hervorbringen, schreibt sich buchstäblich *in* die Subjekte ein, bringt diese als widerständige Subjekte hervor. Die Betrachtung dieser politischen Subjektivierungen wird – gemeinsam mit dem nächsten Schritt – die ethnographische Analyse vervollständigen und die bisher entwickelten Begriffe in ein ganzheitlicheres Bild rücken.

An diesem Punkt ist in nuce mein Verständnis von Subjektivierung zu klären. Ich begreife die Subjektivierung klassisch poststrukturalistisch als machtgeladenen Prozess in der Spannung zwischen *Selbst- und Fremdformierung*. Subjekte müssen sich, so die Lösung, Diskursen unterwerfen, um durch diese Diskurse zu »handlungsfähigen« Subjekten ermächtigt zu werden. Ulrich Bröckling (2012: 131) definiert in diesem Sinne die Subjektivierung als »das Ensemble der Kräfte, die auf die Einzelnen einwirken und ihnen nahelegen, sich in einer spezifischen Weise selbst zu begreifen, ein spezifisches Verhält-

nis zu sich selbst zu pflegen und sich in spezifischer Weise selbst zu modellieren und zu optimieren«. Mein Fokus richtet sich hier weniger darauf, wie bestimmte Diskursstrukturen die Subjekte interpellieren. Vielmehr ist die Subjektseite der Subjektivierung zu betrachten. Die Frage lautet: Durch welche Praktiken brechen Subjekte mit alten Identitäten und eignen sich neue an? Welche Muster bilden sich dabei heraus?

Um die Subjektivierungsprozesse zu untersuchen, die sich in der Ethnographie aufdrängen, spitze ich die Darstellung auf die Plattform der Hypothekbetroffenen (PAH) zu. Es ist mittlerweile zum Forschungskonsens geworden, dass die PAH eines der Musterbeispiele dafür ist, wie sich seit 2011 im krisengeschüttelten Südeuropa eine politischen Subjektivität neuen Typs herausbildet, die weder den tradierten Arbeiteridentitäten noch denen der Neuen Sozialen Bewegungen entspricht.⁴² Das Exempel der PAH Barcelona legt dar, dass politische Subjektivierungen selbst dort geschehen können, wo Menschen jede Handlungsfähigkeit entzogen scheint, wo sie einen elementaren Bestandteil ihrer Existenz, ihr Zuhause, zu verlieren drohen. Bei der Plattform können *a priori* vereinzelte Betroffene zu selbstbewussten, gemeinsam agierenden Aktivistinnen werden. Ihre Ermächtigung fällt deshalb so stark aus, weil sie nicht einsam, sondern kollektiv in den Versammlungen und Aktionen der PAH geschieht.

Die Subjektivierungen bei der PAH lassen sich mit einem Vokabular aufschlüsseln, das auf die Anthropologie verweist – und die Strukturhaftigkeit *mit* dem Eigensinn der Praktiken zusammendenkt. Hierfür greife ich auf den Begriff des Initiationsritus zurück, den Victor Turner (1995: 94–108) popularisiert hat. Initiationsriten folgen, so Turner, einem Dreischritt. Sie beinhalten anfanglich eine *Ablösung* (*breach*), dann eine *Schwebephase* (*liminality*) und schließlich eine *Reintegration*. Diese auffällige Abfolge wende ich auf die PAH als eine sensibilisierende Heuristik an. Das Stufenmodell Turners erhellt, wie bei der Plattform schrittweise und idealtypisch eine neue Subjektivität entsteht. So tritt die grobe Struktur einer Politisierung und kollektiven Ermächtigung zutage, die viele derjenigen durchlaufen, die sich bei der Plattform engagieren. Auf theoretischem Terrain widersetzt sich das Stufenmodell Ablösung-Schwebephase-Neueingliederung der verkürzten Leseart, die Laclau/Mouffe von Subjektivierungen tätigen: Subjektivitäten entstehen nicht schlicht dadurch, indem Diskurse Subjektpositionen bereitstellen. Subjektivierungen sind komplexe und voraussetzungsvolle Prozesse. Im Zuge der Empörtenproteste entstehen in Spanien ab Mitte 2011 tausende Versammlungen, die sich als *Indignados* bezeichnen. Alle nehmen auf ihre Weise am Empörungsdiskurs teil. Doch nur wenige dieser Gruppen stoßen nachhaltige Subjektivierungen an, viele lösen sich nach wenigen Monaten auf oder werden zu subkulturellen Enklaven. Den mehr als 200 Versammlungen der PAH in Spanien aber gelingt eine tiefgreifende und expansive Politisierung. Die Frage ist: Wie wird die PAH zu *dem* erfolgreichen Subjektivierungslabor der Empörung?

An erster Stelle steht die langsame *Ablösung* von der alten Subjektivität, welche die Personen, die erstmals zur PAH stoßen, durchlaufen. Dafür hilft eine Szene weiter, die sich in ihren Grundzügen bei der PAH Barcelona – wie bei dutzenden anderen PAH-Plattformen in Spanien – seit Jahren jede Woche aufs Neue ähnlich ereignet, und die

42 Siehe als Blick »von innen« auf die PAH die Monographie von Colau/Alemaný 2012: 65–80. Fundierte Forschungseinblicke bieten: Ribera-Almandoz 2019, Ortega 2017 oder Sabaté 2014.

nachfolgend wiedergegeben wird: An der heutigen Willkommensversammlung nehmen circa 50 Menschen teil (PAH, 20.7.2015).⁴³ Zwei Drittel der Anwesenden sind bereits mit den Versammlungsabläufen vertraut, mehr oder weniger stark bei der PAH engagiert und bearbeiten »ihren Fall« – d.h. die Hypothek oder Miete, die sie nicht mehr bezahlen können – mit den strategischen Mitteln der Plattform, von dieser begleitet und vor allem mit der neuen, selbstbewussten Haltung, die sie sich dort angeeignet haben. Ein Drittel der Teilnehmerinnen ist aber zum ersten Mal bei der PAH-Versammlung. Sie kennen die Plattform oft nur aus den Medien, als jene Aktivistinnen mit den grünen Shirts, die sich gegen Zwangsräumungen engagieren. Gelegentlich werden Betroffene sogar von den Sozialämtern zur Plattform geschickt, mit dem Rat, dort könne jene Hilfe geleistet werden, die der spanische Wohlfahrtsstaat amtlicher Auskunft zufolge mangels finanzieller oder humaner Ressourcen nicht (mehr) aufbringen kann.

Die heutigen Neuankömmlinge jedenfalls sind sehr aufgewühlt. Eine Frau erzählt unter Tränen, ein Gericht habe für nächsten Monat ihre Zwangsräumung verordnet. Sie wisse nicht, was sie dagegen machen könne, sie sei »vollkommen am Ende«. Eine andere Frau berichtet davon, dass sich die Ämter weigern würden, ihr eine Sozialwohnung anzubieten, weil ihr Einkommen mit weniger als 400 Euro dafür zu niedrig sei. Zudem drohten die Ämter, wie sie schluchzend erzählt, ihren körperlich behinderten Sohn in einem Kinderheim unterzubringen. Dann erzählt ein pakistanischer Mann, dass in zwei Wochen die Zwangsräumung aus seiner Wohnung stattfinden soll. Seine Familie halte es nicht länger aus, zuhause würde nur noch geweint, man wisse nicht, wie es weitergehen solle und was man machen könne. So stellt er es dar und bricht gemeinsam mit seiner Frau unvermittelt in Tränen aus.

Derartige Fälle kennzeichnen die wöchentliche Willkommensversammlung. Angesichts überforderter Sozialämter und ausgereizter öffentlicher Mittel bleibt die PAH eine der wenigen Anlaufstellen, an die sich Betroffene von Zwangsräumungen – circa 3.000 pro Jahr allein Barcelona – wenden können, um eine effektive Hilfe zu bekommen. Ihre Notsituation treibt sie zur Plattform, nur um dort oftmals überrascht zu werden. In der Versammlung wird von den Betroffenen eine für sie ungewöhnliche Haltung eingefordert. Eine andere Szene zeigt es. Ein junges Ehepaar ist neu zur Versammlung gekommen (PAH, 7.4.2015). Es bittet dort um Unterstützung. Die PAH-Mitglieder sollen für die Betroffenen mit den Banken verhandeln, die ihre Hypotheken führen und sie ob ihrer Zahlungsunfähigkeit unter Druck setzen. Die Versammlung verwehrt jedoch den Neuankömmlingen zunächst einmal die Unterstützung. Die heutige Sprecherin der PAH begründet ihre Absage wie folgt: »Ihr beide verhaltet Euch, als ob die Plattform ein Dienstleister wäre, zu dem Ihr einfach jammernd kommen könnt und der Euch dann ohne irgendeine Gegenleistung von Eurer Seite unterstützen soll. So funktioniert das hier nicht. Zuerst müsst Ihr Euch aufrappeln und Euren Fall in die eigene Hand nehmen.

43 Die Willkommensversammlung der PAH Barcelona findet jeden Montag ab 18 Uhr statt. Dort werden weniger Aktionen besprochen, sondern in erster Linie Betroffene in Empfang genommen und mit den Routinen der Plattform vertraut gemacht. Die Sitzungen ziehen sich oft lange und werden immer wieder von dramatischen Ausbrüchen von Angst, Wut und Verzweiflung der Beteiligten geprägt.

Wenn das passiert ist, dann wird Euch die PAH helfen und mit Euch gemeinsam kämpfen.«

Diese Position *bricht* nachdrücklich mit dem anfänglichen Selbstbild der beiden Betroffenen. Inmitten ihrer dramatischen Situation sehen sich als *Opfer*, die Hilfe von einer außenstehenden Instanz (der PAH) beanspruchen müssen. Sie setzen die Plattform mit einem Sozialamt gleich, das dann Hilfe leistet, wenn man es braucht. Doch die Plattform weist diese Perspektive von sich. Sie unterstreicht, dass die Betroffenen nicht als Bittsteller an die Versammlung treten sollen. Die PAH, so die Moderatorin der Sitzung, sei eben keine übergeordnete Institution, welche die eigene Malaise lösen oder zumindest abmildern könne. Auf diese Weise wird explizit die Passivität hinterfragt, mit der die beiden Betroffenen an die Versammlung herantreten.

Nun ist die Lage der Menschen, die zur Plattform stoßen, meist tatsächlich dramatisch. Wie in den beiden Szenen dargelegt befinden sich viele Betroffene in existentiellen Notlagen, die sie oftmals bis ans Äußerste treiben.⁴⁴ Trotz oder gerade deshalb bietet die PAH den Betroffenen keine bedingungslose Hilfe an, sondern hält eine Botschaft bereit: Wer von der Plattform Hilfe erwartet, muss Autonomie über das eigene Selbst zurückgewinnen. Das heißt, eine Übersicht über die eigene Finanzlage gewinnen, den verschleppten Hypothekenkredit oder die ausstehende Miete dokumentieren, ausloten, welche finanzielle Möglichkeiten verschiedene Sozialämter bieten könnten oder proaktiv mit den Gläubigern (meist Banken) verhandeln und versuchen, Fristverlängerungen zu erwirken. Die Plattform erwartet, kurzum, von den Betroffenen zuallererst, dass diese ihre Subjektivität als Opfer ablegen. Die Betroffenen müssen performativ ein neues Selbstverständnis einnehmen, sie müssen sich so verhalten, *als ob* sie ihren Fall in den Griff bekommen könnten. Dieses »Als-ob« ist für die Ablösung von der Opfer-Identität zentral. Die PAH erwartet von den Neuankömmlingen nicht, dass sie alles allein bewältigen, aber dass sie lernen, mit der eigenen Lebenslage anders als zuvor umgehen. All die Verhältnisse, welche die drohende Zwangsräumung mit sich bringt, sind unter einen neuen Deutungsrahmen zu stellen: vom Verhalten gegenüber Bank und Verwaltung über die sozialen Beziehungen hin zum allgemeinen Gesellschaftsideal. Ein populäres Motto der PAH verdichtet deren Erwartung zur *Selbstveränderung*, die an Neuankömmlinge gerichtet wird: »Wie ich Dich jetzt sehe, sah ich mich früher. Wie Du mich jetzt siehst, wirst Du Dich einmal sehen.«

Die Losung verweist auf eine wechselseitige Identifizierung. Die erfahreneren Aktivistinnen können sich in die ausweglosen Situationen und Erfahrungen hineinversetzen, in der auch sie sich anfangs befanden – und oft noch befinden (»Wie ich Dich jetzt sehe, sah ich mich früher«). Zugleich aber stellen die Erfahrenen den Neulingen in Aussicht, eine neue selbstbewusste Identität erwerben zu können. Dafür fällt fortwährend, mehrmals je Sitzung und gelegentlich dutzendfach, eine Kategorie: *empoderamiento* (Ermächtigung).⁴⁵

44 Tatsächlich waren die spanischen Medien auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise (2009–2015) regelmäßig gefüllt von Nachrichten über Suizide von Hypothekenschuldnern. Zum Verhältnis von ökonomischer Prekarität und Gesundheit oder, genauer gesagt, Krankheit: Benach et al. 2014.

45 In dieser Arbeit gebrauche ich das deutsche Wort Ermächtigung als synonym zu dem in der deutschen Bewegungsforschung sowie in den kritischen Sozialwissenschaften eher üblichen Begriff

Die Aufforderung der PAH lautet, dass sich die Neuankömmlinge in und durch die Plattform schrittweise ermächtigen sollen, sich buchstäblich eine neue Subjektivität aneignen sollen. Diese Selbstveränderung führt nach der aufgezeigten, meist krisenhaften Ablösungskrise von Opferidentität in eine *Schwebephase*, in ein Hin- und Hergleiten zwischen alter und neuer Identität. Dieses »betwixt and between«, mit Turner (1995: 95) gesagt, ist für viele PAH-Aktivistinnen – nicht nur für die neuen – keine Übergangsphase, sondern ein neuer Dauerzustand. Eine Mehrheit der PAH-Aktivistinnen schwankt regelmäßig zwischen ihrer Opfer- und ihrer Aktivistensubjektivität. Phasenweise gewinnen Vereinzelung, Angst oder sogar Panik die Überhand, dann wieder setzt sich ein kollektiver Ermächtigungspathos durch. In dieser ausgedehnten Schwebephase geschieht eine breite Palette von *Subjektivierungspfaden*. Diese Pfade binden die Subjekte je unterschiedlich, aber stets in prägender Weise in ein neues Kollektiv ein.

Gefühl, Wissen, Ungehorsam, Unterstützen – aktivistische Subjektivierungspfade Vier Subjektivierungspfade stellen sich in meinen Beobachtungen als charakteristisch heraus: der Gefühlsausdruck, die Wissensaneignung, der zivile Ungehorsam und das Unterstützen. Jeder dieser Pfade wird bei der PAH Barcelona immer wieder durchlaufen und von denjenigen, die neu zur Plattform stoßen, im Zuge von Lernprozessen erworben. Obwohl ich im Folgenden diese Subjektivierungspfade typologisch vorstelle, ist zu beachten, dass sich kein Subjekt ausschließlich auf einem Pfad bewegt, sondern nur schwerpunktmäßig einem solchen folgt.

Der erste Subjektivierungspfad ist der einer *emotionalen Praxis*. Die Menschen, die zur PAH stoßen, befinden sich in einer Krisensituation, die sich durch eine zusammengebrochene Lebensgrundlage auszeichnet. Die PAH adressiert diese existentielle Notlage offensiv und fordert die Betroffenen dazu auf, ihre Situation samt ihrer gesamten Dramatik *nur* in der Versammlung darzustellen. Den Neuankömmlingen wird verboten, in Einzelgesprächen »ihren Fall« darzustellen und erst zu einem späteren Zeitpunkt wird ihnen eine Begleitperson oder Betreuerin an die Seite gestellt. Vielmehr sehen sich die Betroffenen anfangs dazu genötigt, im Kreis der Versammelten ihre Wohnsituation, ihre ökonomische Lage und nicht zuletzt ihr persönliches Befinden und ihre Gefühlslage darzustellen. Diese Selbstdarstellung geschieht stets mit Stottern, Tränen, Schluchzen und Wutausbrüchen. Dabei kommt es anfangs – es sei denn, eine Zwangsräumung steht unmittelbar an – gar nicht so sehr darauf an, genaue Fakten zu vermitteln (Situation der Hypothek, Haltung des Gläubigers, Position des Sozialamtes usw.). Wichtig ist vielmehr, dass die Neuankömmlinge ihre Situation authentisch als ein Krisenerlebnis vermitteln.

Das Ausdrücken der eigenen Verletzlichkeit *in* der Versammlung ist ein wesentliches Element in der Subjektivierungspraxis hin zur Aktivistin. Die zu Beginn jeder PAH-Versammlung gestellte Frage *¿Cómo estamos hoy?* (Wie geht es uns heute?) ist nicht nur rhetorisch

Empowerment. Genauso wie diesen Forschungstraditionen geht es auch mir darum, dass Ermächtigung/Empowerment eine »kritische Bewusstseinsbildung« ist, die seitens der Unterdrückten geschieht, ohne dass aber dadurch die internen Differenzen und asymmetrische Machtbeziehungen zwischen den Unterdrückten aufgelöst würden (vgl. Yuval-Davis 1994: 179). Die Entscheidung für den deutschen Begriff zielt eben darauf, den stets herausfordernden und in sich ambivalenten Machtanspruch eines jeden Ermächtigungsprozesses zu unterstreichen.

risch gemeint, sondern regt oftmals dazu an, die Neuheiten eines Falles zu besprechen. So bricht in einer Versammlung Jubel aus, als verkündet wird, eine Aktivistin und ihre Mutter hätten endlich, nach zwei Jahren, eine Sozialwohnung zugesprochen bekommen (PAH, 9.6.2015). Die circa 40 Anwesenden brechen daraufhin gemeinsam in Euphorie aus. Erst vereinzelt, dann einstimmig ertönt der PAH-Schlachtruf: *Si se puede! Si se puede!* (Ja, es geht!, Ja, es geht!)

Nun zeichnet sich bei der Subjektivierung zur PAH-Aktivistin ein zweiter Subjektivierungspfad ab, der jener der emotionalen Expressivität scheinbar zuwiderläuft: die *Wissensaneignung*. Das Axiom der kollektiven Ermächtigung lässt sich nur verwirklichen, wenn die Betroffenen ihren Fall selbst in die Hand nehmen. Das kann nur mit Wissen geschehen. Die Schuldnerinnen müssen ihr Vertragsverhältnis gegenüber den Gläubigern durchblicken, die Chancen auf sozialstaatliche Hilfe ausloten oder die Möglichkeiten, und Gefahren, zivilen Ungehorsams erwägen.

Um dieses Wissen zu vermitteln, erläutern erfahrene Aktivistinnen der PAH Barcelona bei der wöchentlichen Willkommensversammlung jede Woche aufs Neue die drei Phasen einer Hypothekenzwangsvollstreckung: Zuerst die Nichtzahlung der Hypothek, sodann die Schuldeneinforderung seitens der Bank, zuletzt der Schuldenerlass, nachdem die Schuldnerinnen die Immobilie verlassen haben – im Idealfall, um eine Sozialwohnung zu beziehen. Für jede Phase unterstreichen die Aktivistinnen die Handlungschancen der Betroffenen. Dafür konfrontieren sie diese gewissermaßen mit Übungsfragen: Wie lässt sich möglichst effektiv mit den Gläubigern verhandeln? Wie muss man gegenüber den Sozialämtern auftreten? Welche Argumente können hilfreich sein? Wie werden Unterlagen und Termine effizient organisiert?

Um sich dieses Wissen anzueignen, sind die Neuankömmlinge auf wissende Mitstreiterinnen angewiesen. Beispielhaft dafür ist eine Versammlung (12.5.2015), an der Rahir, ein junger Mann aus Pakistan, gemeinsam mit seinem Vater teilnimmt. Rahir bedankt sich zunächst unter Tränen dafür, dass Aktivistinnen der Plattform vergangene Woche die Zwangsräumung seiner Wohnung verhindert hätten. »Die PAH verdient großen Applaus«, betont Rahir und erntet dafür herzliche und allgemeine Zustimmung. Doch dann fährt er fort: »Das Sozialamt hat gesagt, dass ich kein Recht auf eine Sozialwohnung habe und es jederzeit eine zweite Zwangsräumung geben könnte.« Darauf reagiert Martín, der offizielle Sprecher der PAH Barcelona, gereizt:

Eine Räumung aus dem Nichts ist unmöglich, das ungefähre Datum der Räumung muss Dir mit einem Vorlauf von einigen Tagen, normalerweise sogar einer Woche, mitgeteilt werden. Rahir, Du und Deine Familie solltet Euch besser informieren und an die Anweisungen halten, die Ihr von der Plattform bekommt. Nur wenn Ihr Euren Fall selbst in die Hand nehmt, kann Euch die PAH unterstützen. Lasst uns nun gemeinsam schauen, wie es mit Eurem Fall weitergeht. Ihr müsstet langsam an eine alternative Wohnmöglichkeit denken, falls die Räumung doch durchgeführt wird. Folgende Handlungsschritte würden sich nun für Euch anbieten [...] (PAH, 12.5.2015)

Die Tatsache, dass Rahir nicht weiß, wie Zwangsräumungen ablaufen – eben nicht unvermittelt, sondern immer vorangekündigt – entrüstet PAH-Sprecher Martín. Nicht nur er ist über Rahirs Unwissen verärgert. Mehrere erfahrene Aktivistinnen schütteln über den jungen Mann die Köpfe, scheinbar ungläubig darüber, dass er immer noch kei-

nen Durchblick gewonnen hat. Interessanterweise setzt Martín nach seiner Rüge erneut an (»Lasst uns nun gemeinsam schauen...«), wobei er eine paternalistische Haltung einnimmt und Rahir darauf hinweist, worin die nächsten »Handlungsschritte« bestehen: von einer »alternativen Wohnmöglichkeit« bis hin zur Auslotung finanzieller Hilfen. Der scheinbar selbstständige Prozess der »Ermächtigung« beruht auf *Wissensasymmetrien*, auf der Deutungsmacht der erfahrenen Aktivistinnen darüber, wie Hypothekenfälle zu handhaben sind, welche juristischen Grundkenntnisse dafür zentral sind und welche Handlungswege prinzipiell erfolgsversprechend sind. Jede Wissensaneignung ist auch eine Wissensvermittlung und geht als solche einher mit einem Machtgefälle zwischen erfahrenen und unerfahrenen Mitgliedern – was die Ermächtigung der Betroffenen unterstützt, aber ebenfalls Konflikte im machtgeladenen Setting der Versammlung verursachen kann.

Der dritte Subjektivierungspfad, der des *zivilen Ungehorsams*, wird ebenfalls in einem Lernprozess erworben. Er beruht allerdings nicht nur auf diskursivem Wissen, sondern auch und vor allem auf körperlichem Einsatz. Das prominenteste Exempel dafür ist das Stoppen von Zwangsräumungen (vgl. Ribera-Almandoz 2019: 100f.). Die kollektive Natur dieser Praxis stellt sicher, dass Neuankömmlinge rasch an ihr teilnehmen. Selbst wer (noch) nicht die juristischen Merkmale von Hypothekenverläufen überblickt oder noch nicht mit den Abläufen der PAH-Versammlungen vertraut ist, kann sofort zum Teil der Gruppe werden, die sich vor eine Haustüre stellt, um die Polizei aufzuhalten und sie bestenfalls zum Rückzug zu zwingen.

Die Mischung von relativer *Strukturlosigkeit* und *Spannungsladung*, die besonders das Verhindern von Zwangsräumungen auszeichnet, ist für angehende Aktivistinnen der PAH hoch inklusiv. Erst die stundenlange Anspannung und dann die Konfrontation mit den Ordnungskräften schaffen eine Situation, welche alle Beteiligten unmittelbar körperlich erfahren. Gelingt die Räumung seitens der Polizei, so werden die Betroffenen, oft ganze Familien, schlimmstenfalls obdachlos. Um dieses Drama zu verhindern, reicht es aus, physisch anwesend zu sein und am Kollektiv teilzunehmen, das vor der Haustür die Räumung verhindert. An dieser spontanen Gemeinschaft können ohne Berücksichtigung von Herkunft, Wissen, Altersunterschieden oder Erfahrungen alle teilnehmen. Jeder und jede kann sofort eine Menschenmenge bilden, deren bloße Anwesenheit vor der Haustür die Polizei davon abhält, in die Wohnung einzudringen und die Räumung zu vollziehen. In derartigen Aktionen materialisiert sich das bislang abstrakt bleibende Bedrohungsszenario der Zwangsräumung zu einem konkreten Ereignis, an dem sich der Antagonist (der Staat) wie der Protagonist (die PAH) leibhaftig beteiligen.

So läuft jeder Stopp einer Zwangsräumung unweigerlich auf einen *Höhepunkt* zu. Jedes Mal geschieht aufs Neue die Konfrontation mit der Staatsgewalt. Auch dort, wo es bei der Debatte mit den Justizmitarbeitern bleibt, ist stets eine Situation des physischen Zusammenstoßes, der Gewalt, gegeben. Anspannung und Konfrontation schaffen eine existentielle Situation. Gelingt die Räumung, dann stehen die Betroffenen zumeist ohne Wohnalternative da.⁴⁶ Gerade deshalb feiern die PAH-Aktivistinnen, die erfahrenen ge-

46 Hier ist daran zu erinnern, dass Spanien mit seinem schwachen Sozialstaat den Zwangsgeräumten in der Regel nicht, jedenfalls nicht sofort, eine Sozialwohnung zur Verfügung stellen kann. Dass die Geräumten nicht privat unterkommen mussten, oder gar obdachlos wurden, und stattdessen

nauso wie die weniger erfahrenen, die Verhinderung oder Aufschiebung einer Räumung als schlagenden Erfolg.

Jedes Mal, wenn das Gerichtskomitee und die Polizei erfolglos abziehen, wird laut- und hals die Parole der PAH angestimmt: *Si se puede! Si se puede! Si se puede!* Man umarmt sich, über soziale Netzwerke wird verkündet, dass die Räumung gestoppt wurde, man hält wieder eine der *pequeñas grandes victorias* (die kleinen großen Erfolge) hoch, welche die PAH auszeichnen. Dieser Erfolg stärkt die Plattform als Kollektiv, aber auch all die Subjekte, die an diesem Protest teilnehmen. Die Beteiligten haben eine asymmetrische Konstellation umgedreht. Sie haben einen Gegner besiegt, den Staat, der ungleich mächtiger ist als sie.

Gerade für die unerfahrenen Aktivistinnen ist die Konfrontation mit der Ordnungsgewalt eine *Grenzerfahrung* à la Turner. In der konkreten Situation, da man vor der Hauspforte steht, sehen sich viele der Beteiligten an ihre eigene Verletzlichkeit erinnert. Die befürchtete Ankunft der Staatsgewalt symbolisiert für sie die größtmögliche Unterwerfung unter ihre Ängste, ihr Zurückgeworfensein in die Subjektivität des einsamen Opfers, das mit dem Entzug seines Wohnraums in eine existenzielle Krise gerät. Wenn jedoch die Zwangsräumung vereitelt wird, so ist dies deshalb solch ein großer Erfolg, weil er durch den Zusammenschluss der Schwachen und Verletzlichen erstritten wurde. Ein PAH-Aktivist bringt das pointiert auf den Punkt:

Eine Räumung zu verhindern, gibt Dir eine riesige Befriedigung. Ich wurde schon einmal geräumt, weiß, was das bedeutet. Man muss es am eigenen Leib erleben. Du gehst zu einer Räumung, gemeinsam mit Deinen Mitstreitern. Diese Räumung dann tatsächlich zu stoppen, das ist eine enorme Therapie, das gibt Dir eine ungeahnte Ruhe. Du hoffst nur noch, zur nächsten Räumung zu gehen und diese erneut zu stoppen. Wenn ein verängstigter Mensch neu zur PAH kommt, dann aber zu ein oder zwei Räumungsstopps oder einer Aktion bei einer Bank geht, dann gibt ihm das schnell eine Ruhe, die er vorher nicht hatte. Denn er sieht, dass ein Ausweg möglich ist. Ich war einer der ersten, der sich anfangs fragte: »Wie ist das möglich, wie kann David gegen Goliath kämpfen?« Aber ich merkte, dass es geht. David kann gegen Goliath kämpfen.⁴⁷

In der Passage scheint das Erlebnis der eigenen Zwangsräumung durch, sie hängt wie ein überwölbendes AngstszENARIO in den Zeilen – einmal äußert es sich in der eigenen »leibhaften« Erfahrung, ein andermal in der Darstellung, wie ein »verängstigter Betroffener« neu zur PAH hinstößt. Doch dann erscheint die »enorme Therapie«, eine Zwangsräumung zu verhindern. Therapie – das Wort ist nicht zufällig gewählt. Denn als wahrhafter Heilungsprozess bewerten die Aktivistinnen die Aktionen, an denen sie sich beteiligen.

in Pensionen unterkommen können, wurde bereits als eine Verbesserung betrachtet. Wie Jaime Palomera unterstreicht, basierte das spanische Wohnmodell jahrzehntelang auf der Zuschreibung von »individueller Verantwortung« darüber, ob und wie man Zugang zu dem Wohnungsmarkt erhält und diesen sicherstellt. Genauso wurden Zwangsräumungen seitens des Staates und der Öffentlichkeit lange als »eigenverantwortet« bewertet (vgl. Palomera 2011: 13f.).

47 Das Interview ist dem Dokumentarfilm *Si se puede! Siete días en PAH Barcelona* (2014) entnommen. Der Film ist frei zugänglich: <https://afectadosporlahipoteca.com/2015/03/19/la-plataforma-un-documental-de-sicom-tv-sobre-la-pah/> (Zugriff: 26.10.2022).

Jede einzelne Verhinderung einer Räumung oder gelungene Aktion gilt als Bestätigung der unwahrscheinlichen Hypothese, dass sich selbst die scheinbar Hilflösen zusammen-tun und gemeinsam ermächtigen können. Dieser Prozess des Kämpfens und Sich-Behauptens geschieht hier *nicht* als kalkulierte Artikulation von Forderungen, an der man sich zwar, etwa als Mitglied einer Partei, beteiligen kann, aber nicht muss. Vielmehr geschieht dieser Kampf unmittelbar sinnlich, durch die physische Anwesenheit der koordiniert agierenden Körper an Ort und Stelle.

Weniger dramatisch, aber ähnlich inklusiv fällt der vierte Pfad aus, der bei der Subjektivierung zur Aktivistin zentral ist: das *Unterstützen*. Anders als der Ungehorsam richtet sich das Unterstützen vornehmlich nicht nach außen gegen eine Feindfigur, sondern zielt stattdessen nach innen. Eines der vielen Beispiele aus dem Alltag der PAH Barcelona ist eine der Untergruppen der Plattform, *el Grup ajuda mútua* (die Gruppe gegenseitiger Hilfe). Sie ist explizit ein emotionsgesättigter, geschützter Raum und soll möglichst von Beobachtungen verschont bleiben. In dieser Gruppe sprechen die Betroffenen über ihr Befinden, ihre Ängste und Sorgen. Zum Unterstützen gehören neben vertraulichen Gesprächen in solchen Untergruppen sehr prosaische Tätigkeiten. In jeder Versammlung der PAH stellen sich organisatorische Fragen: Wer organisiert für eine Aktion noch einen Kleintransporter? Wer kommt am nächsten Morgen vorbei, um Transparente oder Plakate vorzubereiten? Wer putzt wieder das Lokal? All diese Angelegenheiten flankieren nicht nur sekundär die Forderungen und die öffentlichen Aktionen der Plattform, sondern zeichnen diese, so die Aktivistin Anna Sans, aus:

Wir helfen uns gegenseitig. Es erinnert mich ein an die Häuserblöcke von früher, in denen die Frauen einander unterstützten. Während sich die eine um die Kinder kümmerte, machte die andere das Essen, eine dritte erledigte wiederum den Einkauf. Das verlief alles zwischen Frauen. Bei uns ist es ähnlich. Darin liegt unsere Kraft. Wir sind nicht nur weiblich, wir sind feministisch. Es herrscht das Prinzip der Gegenseitigkeit. Unser Motto lautet: Heute für mich, morgen für Dich. Die Dynamik ist simpel: Wenn eine Bank nicht mit einer Betroffenen verhandeln möchte oder die Sozialdienste keinen sozialen Wohnraum zur Verfügung stellen, dann setzen wir uns gemeinsam in Bewegung – und besetzen die Bankfiliale oder das Sozialamt. (Sans, 14.4.2017)

Das Zitat weist darauf hin, dass bei der PAH das Unterstützen eine explizit *gegenseitige* Praxis ist. Als solche schafft sie elementare Solidaritätsbände. Sie können bei der Plattform sehr unauffällig und niedragschwellig geschehen. Das Unterstützen kann sich bei der PAH darin äußern, Neuankömmlinge zu Verhandlungen mit einer Bank zu begleiten; regelmäßig die Infrastruktur für Aktionen zu organisieren (vom Bemalen von Plakaten bis hin zur Organisation und Fahrt von Kleintransportern); Reparaturen in den Gebäuden durchzuführen, welche die PAH besetzt; oder Anderen bei der Bewältigung ihrer Leidenserfahrungen zu unterstützen. All diese Tätigkeiten stabilisieren die PAH als Gruppe. Sie machen aus einer heterogenen Ansammlung von Subjekten mit disparaten Hintergründen eine integrierte Kollektivität.

Wie die zitierte Passage verdeutlicht, kann auch das Unterstützen konflikthaft aufgeladen sein, es kann durchaus die Antagonisten (»Banken und Sozialämter«) benennen. Das Unterstützen kann mit Grenzziehungen einhergehen, was es allerdings auszeichnet, ist die Gegenseitigkeit. Charakteristisch für diese Praxis ist das Prinzip des »Heute

für mich, morgen für Dich«, wie es Sans in der zitierten Passage anführte. So schafft das Unterstützen Solidaritätsbände, die nicht immer so spannungsgeladen wie im Falle des »Ungehorsams« sind, aber ähnlich inklusiv ausfallen. Bei jeder der beobachteten PAH-Versammlungen meldeten sich Freiwillige, um Betroffene zu beraten oder zu begleiten, aber auch um das Lokal zu putzen oder für eine Veranstaltung einen Lieferwagen zu beschaffen. Genauso wie beim Ungehorsam müssen sich auch beim Unterstützen die Aktivistinnen performativ eine Haltung aneignen, die sie dazu zwingt, ihre persönliche Krise – zumindest zeitweilig – zu überwinden und sich für andere zu engagieren. Die Mitglieder der PAH müssen so tun, als ob sie ihre Lebenslage nicht vereinnahmen würde und sie sich für andere engagieren könnten. Das verschiebt ihre Identität.

Die vier Subjektivierungspfade des Gefühlsausdrucks, der Wissensaneignung, des Ungehorsams und des Unterstützens geben den Betroffenen, die zur Plattform stoßen, weil sie ihre Hypothek oder Miete nicht zahlen können, verschiedene Möglichkeiten, wie sie zu Aktivistinnen für das Recht auf Wohnen werden können. Faktisch lässt sich kein Subjekt nur dieser oder jener Subjektivierungsweise zuordnen. Aber es bilden sich Tendenzen. Es gibt jene, die eher praktisch tätig werden, die ein Großteil der eher unsichtbaren, unterstützenden Arbeit leisten, während andere zu Sprecherinnen der PAH aufsteigen. Und es besteht bei den Teilnehmerinnen in den Asambleas eine eher kognitiv orientierte Gruppe, die auf Wissensaneignung und -weitergabe zentriert ist, während eine andere eher gefühlorientiert bleibt und als solche sehr empfänglich für die vielfältigen Erfahrungen von Leid, Kampf und Widerstand ist, die sich bei der PAH fortwährend äußern. Auf diese Weise eignen sich die Neuen bei der Plattform schrittweise gewisse Subjektivitäten an. Es geschieht eine *Integration* in eine neue Gemeinschaft. Bei der PAH stülpt sich über die Aktivistinnen nicht nur ein allgemeiner Empörungsdiskurs, sie verinnerlichen, mit Bourdieu gesagt, eine neue Doxa, ein Ensemble von Überzeugungen, Selbstverständlichkeiten und Routinen, das ihre neuartige politische Subjektivität definiert.

Subjektpositionen: Sprecherin, Macherin, Fürsorgliche, Mittreibende Die dargestellten Subjektivierungspfade führen zu verschiedenen Subjektpositionen. Auch letztere sind weder starr noch unveränderlich, sondern versinnbildlichen Tendenzen. Subjektposition meint eine sedimentierte Subjektivierungsform, ein klares Muster, wie Subjekte bei PAH-Aktivistinnen sein können. Wer solch eine Subjektposition einnimmt, hat zwar nicht zwingend die Schwebephase zwischen alter und neuer Identität hinter sich gelassen, er oder sie ist aber bereits stark in das Kollektiv PAH eingegliedert. So divers die folgenden vier Subjektpositionen sind, sie stehen alle für die dritte und letzte Phase des Subjektivierungsprozesses: die *Integration* in die Plattform. Die Aktivistinnen gehören nun zu einer neuen Gemeinschaft, sie erachten die PAH als »ihren« sozialen Raum. Er schützt sie vor der Außenwelt und gibt ihnen Entfaltungschancen nach innen (in den Versammlungen) wie nach außen (durch Aktionen).

Die erste Subjektposition ist die der rhetorisch schlagkräftigen *Sprecherin*. Sie moderiert die Debatten in den Versammlungen und legt Akzente bei strategischen Fragen. Sie erklärt Neuankömmlingen den Ablauf, wenn sie ihre Hypothek nicht (mehr) bezahlen können. Sie besucht runde Tische, um mit Verwaltung, Immobilienfirmen und Banken

über sozialen Wohnungsbau, Zwangsräumungen, Hypothekenregulierung usw. zu diskutieren. Sie tritt bei Aktionen und Demonstrationen als Rädelsführerin auf.

Sprecherinnen spielen in ihrem Kollektiv meist *keine* formal hervorgehobenen Rolle. Zwar besitzt die PAH eine offizielle Sprecherin, die in Medien und Politik auftritt. Doch wie oben erläutert wurde (Kap. IV.3.a), lenkt ein impliziter Führungskern von vier bis fünf Personen die Versammlungen – mal subtiler durch die Moderation der Diskussionen, mal expliziter durch die Vereinnahmung dieser Diskussionen mit eigenen Beiträgen. Bei den anderen Kollektiven verläuft das ähnlich. Obwohl die Asambleas La Marina und Sant Martí formal keine Sprecher oder Vorsitzende besitzen, besitzen auch sie faktisch privilegierte Sprecherpositionen. Es sei nur erinnert, wie die Sprecher bei La Marina den Fokussierungsprozess rund um die Rolle der Gruppe im Quartier prägten oder sie bei Sant Martí die Zitierungspraxis eines marxistischen und antiinstitutionalistischen Diskurses vorantrieben.

Die zweite Subjektposition prägt den Alltag der Plattform auch, aber anders. Es ist die *Macherin*. Macherinnen sind all jene, die sich weniger diskursiv als vielmehr praktisch einbringen, welche die Infrastrukturen für Aktionen organisieren, den Überblick über deren Abläufe behalten, die Räumlichkeiten der Kollektive instand halten, allgemein viele der eher stummen Praktiken übernehmen. Das Betätigungsfeld der Macherinnen befindet sich somit primär außerhalb der Versammlungen. Ein Beispiel dafür bietet das von PAH Barcelona besetzte Gebäude *Bloc La Bordeta*. Den leerstehenden Häuserblock, Eigentum der spanischen Abwicklungsbank SAREP, besetzt die Plattform am 22. Februar 2015 mit einer großangelegten Aktion. Sie soll aufzeigen, dass die Stadt Barcelona nicht ausreichend sozialen Wohnraum bereitstellt und dass andererseits Großbanken wie die SAREP trotz Wirtschaftskrise und Wohnungsnot mit Immobilien spekulieren. Am Tag der Besetzung versammeln sich einige Hundert Menschen vor dem Häuserblock, es gibt Straßenmusik, Getränke werden verteilt, letztlich wird unter viel Applaus ein Manifest verlesen, das die Besetzung leerstehender Gebäude als legitimes Druckmittel gegen Immobilienspekulation verteidigt.⁴⁸

So eindrücklich diese Besetzung ist, die eigentliche Arbeit steht erst noch bevor. Der Häuserblock befindet sich in einem maroden Zustand. Einige wenige Aktivistinnen legen Stromleitungen, wechseln Fenster aus, streichen Wände, richten Küchen ein und erledigen viele andere Hausarbeiten. All dies stößt in den PAH-Versammlungen nur auf geringe Resonanz. Die Sanierungs- und Reformarbeiten im *Bloc La Bordeta* werden als selbstverständlich vorausgesetzt. Zwar wird einerseits darum gebeten, den Häuserblock – etwa vor Besuchen internationaler Aktivistengruppen – zu reinigen. Wenn es jedoch darum geht, das Gebäude mit einer angemessenen Infrastruktur, etwa einem WLAN-Netz, auszustatten, bleibt die Versammlung skeptisch. In der Debatte darüber meint eine Sprecherin: »Das WLAN ist für den Block nicht unabdingbar. Wir können es uns nicht leisten, dort eine Internetverbindung zu installieren. Die Kosten wären einfach zu hoch.« (PAH, 12.5.2015) Auf diese ablehnende Haltung reagieren die Macherinnen, die sich seit Monaten im Block engagieren, gereizt und meinen, es sei unsolidarisch, nur im Lokal der PAH, nicht aber für die Bewohnerinnen des besetzten Häuserblocks – der

48 Ein Video der Besetzung findet sich unter: https://15mpedia.org/wiki/Bloc_La_Bordeta (Zugriff: 26.10.2022).

kaum 100 Meter entfernt liegt – eine Internetverbindung zu installieren. Eine der Macherinnen beklagt offen, dass sich die Plattform egoistisch verhalte und nicht den geteilten Werten Folge leiste. Dieser Konflikt, der in späteren Monaten weiter anschwillt, versinnbildlicht die immer wieder aufbrechenden Spannungen zwischen Sprecherinnen und Macherinnen.

Die privilegierte Position der Sprecherinnen in den Versammlungen, ihre Definitionsmacht darüber, was zu tun oder zu unterlassen sei, was richtig und was falsch sei, kann somit zu Konflikten mit den anderen Subjektpositionen führen. Doch auf wessen Seite sich die Plattform schlägt, steht nicht fest. Denn die Macherinnen mit ihrer oft unscheinbaren, aber trotzdem allseits wahrnehmbaren Praxis – etwa die Sanierung eines Gebäudes – genießen bei der PAH, wie bei den anderen Versammlungen auch, meist eine große Legitimität. Die Losung der Bewegungsforschung, dass Legitimität durch Aktivismus erworben wird (vgl. Rosa 2012: 143), lässt sich je unterschiedlich einlösen. Legitimität ist durch emphatische Reden *und* durch engagiertes Handeln zu erlangen, Einfluss mit dem gesprochenen Wort und mit der stummen Praxis auszuüben.

Ähnlich ambivalent gegenüber den Sprecherinnen, aber meist weniger konfrontativ, verhält sich die dritte Subjektposition, die *Fürsorgliche*. Sie ist die betont emotionale Aktivistin, engagiert sie sich doch besonders in Einzelgesprächen mit Betroffenen, begleitet sie zu Verhandlungen mit ihren Gläubigern oder hilft ihnen, ihren Lebensalltag trotz prekärer Wohnlage und oft schlechtem Gesundheitszustand zu bewältigen. Die Fürsorgliche *unterstützt* andere, sie engagiert sich tatkräftig in formellen wie informellen Netzwerken gegenseitiger Hilfe. Die Fürsorgliche lässt sich – anders als die anderen Subjektpositionen – relativ deutlich einem Subjektivierungspfad zuordnen, dem des Unterstützens. Genauso wie der zu ihr führende Pfad ist diese Subjektposition feministisch und durch basale Solidaritätspraktiken geprägt.

Die letzte typische Subjektposition ist die *Mittreibende*. Sie nimmt zwar mehr oder minder stark an den Aktivitäten der PAH teil, spielt aber einen eher passiven Part. Auch viele derjenigen, die sich seit Jahren bei der Plattform engagieren, bleiben tendenziell Mitgetriebene. Damit ist nicht gesagt, dass sie einfach tatenlos blieben, sondern dass sie den treibenden Kräften folgten, die als Rednerinnen und Macherinnen typologisiert wurden. Fungieren letztere als Speerspitze der Plattform, so sind die Mittreibenden deren nicht minder wichtige Säule. Sie sind die Schweigsameren und weniger Wortgewandten, die aber dennoch zu den Versammlungen gehen und deren Entscheidungen mittragen. Wenn Räumungsstopps anstehen, dann gehen auch sie (meist) hin. Bei diesen Aktionen stehen die Mittreibenden zwar nicht an vorderster Stelle, sie prägen weniger proaktiv den gesprochenen Diskurs oder die Protestpraxis der PAH, sind aber dennoch oftmals für ihren Erfolg ausschlaggebend. Die Mittreibenden sind die eher schweigsame Mehrheit, die zwar nur selten das Wort ergreift, deren Einbindung und zumindest punktuelle Aktivierung aber unabdingbar bleibt. Auch die Mittreibenden sind zu überzeugen, ihre passive oder aktive Zustimmung bleibt für das Kollektiv entscheidend. Ohne ihre mittreibenden Aktivistinnen könnte die PAH kaum ihre kleinen großen Siege feiern.

Die Rede von mächtigeren und schwächeren Subjekten führt insofern in die Irre, als von *allen* Subjektpositionen eine *Ermächtigungsmacht* ausgeht, welche die Teilhabechancen der Beteiligten vervielfältigt. All die gestandenen Aktivistinnen, welche die »Neuen«

zur Verhandlung mit der Bank begleiten, an vorderster Front Zwangsräumungen verhindern oder Bankfilialen besetzen, die mit Politikern verhandeln und Versammlungen moderieren, zähe Alltagstätigkeiten erledigen, üben eine Vorbildfunktion auf die Neuankömmlinge aus. Letztere blicken zu den Etablierten auf – und diese animieren sie dann proaktiv, sich ebenfalls zu engagieren. In den Kollektiven legitimieren sich nicht nur die etablierten Subjekte, diese vervielfältigen auch »ihre« Macht, geben sie gezielt an andere weiter, die bis dahin machtlos(er) waren. Anders gesagt: Alte Macht schafft proaktiv neue Macht. Und so verläuft die Subjektivierung vom verletzten Opfer zur selbstbewussten Aktivistin niemals nach absolut regulierten Schemata. Immerzu werden die beschriebenen Subjektivierungspfade und Subjektpositionen leicht verrückt und rekombiniert, mal bedingt durch die internen Dynamiken in den Gruppen, mal durch die wechselnde politische Konjunktur.

So charakteristisch das Moment der kollektiven Ermächtigung für die Subjektivierungsprozesse ist, es muss immer vor dem Hintergrund einer Strukturiertheit gelesen werden, die nicht von den Subjekten selbst bestimmt wird, sondern ihnen vorgeschaltet bleibt. Die Subjektpositionen und die in ihnen mündenden Subjektivierungspfade werden zunächst vorgegeben durch die Versammlung selbst. Sie stabilisiert Praktiken und führt sie zusammen, legt ihnen gewisse Muster auf, lenkt Subjektivierungsprozesse in Pfadabhängigkeiten und bettet sie in asymmetrische Machtverhältnisse ein. Insofern verbietet es sich, die eben genannte Ermächtigungsmacht nur in positiver Weise als Macht zu einem neuen Handeln (*power to*) zu lesen. Sie ist stets zugleich eine Macht über jemanden (*power over*) (zur Dichotomie: Imbusch 1998: 10–15). Die Ermächtigung des Einzelnen setzt, pointiert gesprochen, die Unterwerfung unter das Kollektiv voraus. In genau dieser Hinsicht ist die Macht der Versammlung über den Einzelnen eine hegemoniale Macht im Sinne Gramscis. Die Versammlung *führt* die Einzelnen. Sie kreierte und leitet eine (weitestgehend) zwangslose Machtordnung, welche Führerinnen und Geführte gleichermaßen einbindet. Die asymmetrischen Verhältnisse im Kollektiv können zwar nicht überwunden werden, sie lassen sich aber idealerweise – wie zuweilen bei der PAH erreicht – besänftigen, indem ein pädagogisches Verhältnis zwischen Führenden und Geführten auf Dauer gestellt wird. Die Ermächtigungsmacht wird dann einem kollektiven Lernprozess, der die in die Versammlung Eingebundenen in ihrer Subjektivität verändert, sie zu etwas anderem macht, als sie zuvor waren. Diese tiefgreifende Macht der Versammlung wird der folgende Schritt vertiefen, indem er diese als einen verdichtenden Passagenpunkt konturiert.

Die Subjektivierungspraxis findet allerdings noch vor einer zweiten Hintergrundfolie statt. Sie weist über die einzelne Versammlung, in diesem Fall die PAH Barcelona, hinaus. Die Ermächtigung von unten gegen oben ist einer der zentralen Topoi des sich seit 2011 artikulierenden Empörungsdiskurses. Von Anfang an wurde in den Manifesten und Forderungskatalogen sowie in den Versammlungen auf den besetzten Plätzen ein neues Volkssubjekt artikuliert. Dieses delegitimiert die politischen und ökonomischen Eliten und beansprucht für sich eine demokratische Souveränität. Die Subjektivierungspraktiken, die exemplarisch bei der PAH Barcelona rekonstruiert wurden, bewegen sich innerhalb des groben Rahmens, den der entstehende Empörungsdiskurs vorgibt. Dieser Diskurs ist die Bedingung der Möglichkeit für die beschriebenen Subjektivierungen. Er fügt diese ein in einen übergreifenden sozialen Wandel. Der Empörungsdiskurs steht

allerdings nicht fest, er ist selbst nichts anderes als ein bewegliches, in der Zeit und im Raum sich entwickelndes Gefüge von Praktiken. Die hunderten Versammlungen von Indignados, von denen meine Ethnographie drei herausgreift, *sind* der Empörungsdiskurs. Die spezifische Macht der Gegenhegemonie der Empörung in Spanien wird erst dann verstanden, wenn sich der Blick auch *in* die Versammlungen richtet, wenn rekonstruiert wird, wie konkrete Gruppen den Topos einer allgemeinen Ermächtigung (und der Entmachtung der Eliten) aufgreifen, um aus ihm weitreichende Subjektivierungspraktiken zu schaffen.

Die Abbildung stellt die Subjektivierungspfade und Subjektpositionen bei der PAH Barcelona nochmals dar:

Abb. 19: Subjektivierungspfade zur Aktivistin und Subjektpositionen bei der PAH Barcelona

Ablösungsphase	Subjektivität als vereinzelt und verletztes Krisenopfer			
Subjektivierungspfade (Schwebephase)	Emotionale Praxis	Wissensaneignung	Ungehorsam	Unterstützen
Subjektpositionen (Integration)	Rednerin Macherin Fürsorgliche Mittreibende			
Grundmotto der Subjektivierung	»Die Subjektivierung vom Opfer zur Aktivistin folgt langwierigen Ablösungs- und Integrationspraktiken. Mindestens genauso zentral wie die verschiedenen Subjektpositionen, die man als Aktivistin einnehmen kann, sind die vielfältigen Subjektivierungspfade, die zu dieser neuen politischen Subjektivität führen. Die Subjektivierung wird strukturiert durch die Macht der Versammlung zum einen und den übergreifenden Empörungsdiskurs zum anderen.«			

6 Kollektivität: Versammlungen als Passagenpunkte von Demokratie

Was ist nun von diesen kurzlebigen und kritischen Versammlungen zu halten?
(Butler 2016: 14)

In den beobachteten Versammlungen kommen Spaniens Krisenverliererinnen zusammen. Die Studentin ohne Perspektive sitzt neben dem Langzeitarbeitslosen, der mit Mitte 50 bereits die Jobsuche aufgegeben hat. Klassische Milieugrenzen werden überwunden. Die Putzfrauen, die nach Feierabend zum Treffen stoßen, planen die nächste Aktion gemeinsam mit Senioren, die sich gegen ihre Rentenkürzungen mobilisieren. Bei den Sitzungen wird meistens wild diskutiert, zuweilen schweigt man sich aber auch an und weiß nicht, wie man weitermachen soll. Die Stimmung ist mal ausgelassener, mal bedrückter. Mal fließen Tränen, mal bricht kollektive Euphorie aus. Im Laufe der Ethnographie prägte sich der Empörungsdiskurs nicht im abstrakten Sinne ein, sondern im praktischen Vollzug. Die Versammlungen verwirklichen ein *anderes* soziales Mitein-

ander. Sie sind ein Gegenentwurf zur liberalen, individualisierten und entpolitisierten Gesellschaft, die das nachfranquistische Spanien auszeichnet (Kap. II.3.a). Die beobachteten Kollektive symbolisieren das, was die Kultur der Transition hinter sich lassen wollte und ausgrenzte. Sie sind politische Gemeinschaften. Die Asambleas realisieren im Kleinen eine Ordnung, die im Zeichen des Konflikts steht, aber auch im Zeichen der Solidarität.

Dieser letzte Schritt rollt die ethnographischen Erkenntnisse unter dem Blickwinkel einer Frage auf: Wie konstituieren sich die *Versammlungen als demokratische Kollektive*? Dafür werde ich zunächst erläutern, dass und wie ich die Asambleas als Passagenpunkte verstehe, die vieles – und viele – zusammenbringen und verändern. Sodann sind die demokratischen Praktiken, die sich im Passagenpunkt »Versammlung« entfalten, in den Fokus zu rücken.

Die Versammlung, die auf Antrieb unscheinbare Zusammenkunft einiger Dutzend Menschen, bringt verschiedene Elemente zusammen und fügt sie in eine neue Kollektivität ein. Somit fungieren die hiesigen Asambleas als *verdichtende Passagenpunkte*, sie verknüpfen Materielles und Symbolisches, lebendige Körper und unbelebte Artefakte und überführen sie in eine neue Einheit (begrifflich: Kap. VI.2). Mit Blick auf die hiesigen Asambleas gilt eine ähnliche Verdichtungsbewegung wie auf der Plaça Catalunya einige Jahre zuvor. Praktiken und Diskurse, Körper und Zeichen vermengen sich auch hier. Mittels eines organischen Artikulationsbegriffes, der großflächige und feinmaschige Prozesse als Teil *einer* Artikulationsbewegung versteht, kann eine erweiterte Hegemonietheorie sogar noch genauer argumentieren. In den Versammlungen treffen die Vorderseite und die Rückseite von Artikulationspraktiken zusammen. Die Versammlung zeichnet sich durch repräsentierende Symbole wie durch antagonistische Grenzziehungen aus (Vorderseite der Artikulation), sie aber wird ebenfalls konstituiert durch eigensinnige Praktiken und eine geordnete Performativität (Rückseite der Artikulation).

Die Versammlungen bringen, anders gesagt, Dynamiken zusammen, die »extern« genauso wie »intern« sind. Eine erweiterte Hegemonietheorie vertritt eine *integrative* Perspektive, die der Entscheidung vieler poststrukturalistischer Sozialtheorien widerspricht, nur externe oder nur interne Faktoren für die Konstitution und den Zusammenhalt von Kollektivitäten verantwortlich zu machen. Auf der einen, der neomaterialistischen Seite stehen Kategorien wie Emergenz, Affekt oder Netzwerk, die angeblich Kollektive rein immanent hervorbringen. Auf der anderen, der diskurstheoretischen Seite wird mittels Begriffe wie Repräsentation, Antagonismus oder Grenzziehung behauptet, dass Gemeinschaften durch äußerliche Faktoren gestiftet werden.

Nun steht in der Tat fest, dass die Momente von *Repräsentation* und *Antagonismus* die hiesigen Versammlungen auszeichnen. Die Asambleas partizipieren am Empörungsdiskurs, sie tragen die neue Gegenhegemonie mit. Die übergreifende Empörungssemantik wiederum repräsentiert die einzelnen Versammlungen in vielfältiger Weise. Wichtig ist, wie die Elitenkritik aufgegriffen wird und auf konkrete Felder, etwa die Kritik an den Immobilieneliten oder der Staatsgewalt, zugespitzt wird. Zugleich äußert sich die repräsentierende Rolle des Empörungsdiskurses in der paradoxen Geste des Widerstandes gegen Repräsentation. Dieser Widerstand zeichnet die Indignados bereits seit 2011 aus, als sie sich scharf von politischen Organisationen abgrenzen und sich als privilegiertes Sprachrohr des »Volkes« stilisieren (Kap. III.2.c). Selbst dort, wo in den beobachteten Sit-

zungen mächtige Sprecherinnen diese axiomatische Repräsentationskritik aufweichen, wird sie seitens der Versammlung scharf verteidigt.⁴⁹

Selbiges gilt für den Antagonismus. Grenzziehungen prägen die Dynamik der Versammlungen. Ob als große Feindfiguren (»die Eliten«, »die Repräsentanten«) oder als Abgrenzung gegenüber der unmittelbaren Umgebung (»die passiven Vereine des Quartiers«) – immer wieder schreibt sich der Antagonismus in die Kollektive ein. Allerdings relativiert sich mit Blick auf die Ethnographien die einheitsstiftende Kraft des Antagonismus, wie sie Laclau/Mouffe vertreten. Mit Blick auf die Empirie scheint der Antagonismus weniger ein konstitutives als vielmehr ein *stabilisierendes Außen* (dazu: Kap. VI.3). Grenzziehungen konstituieren nicht *ad hoc* ein Innen, vielmehr schützen sie einen Innenraum, dem ganz eigene Qualitäten zukommen.

Der Blick *in* die Versammlungen verrät, dass dort weitaus mehr geschieht als nur Repräsentationen und Abgrenzungen nach außen. Zunächst entfalten sich dort Machtverhältnisse. Wie ein dichtes Netz legen sie sich über die Dynamiken der Kollektive, bringen Über- und Unterordnungen mit sich, bestimmen Sagbares wie Unsagbares, treiben Subjektivierungsprozesse an. In den Versammlungen verhärten diese Machtverhältnisse aber *nicht* zu Herrschaftsverhältnissen. Es bilden sich zwar asymmetrische Subjektpositionen heraus, doch niemals geschieht »eine Formalisierung der Machtausübung«, die es erlauben würde, sozialen Verhältnissen allgemein, selbst gegen Widerwehr, eine formal feststehende Ordnung aufzuzwängen (Popitz 1986: 48).

So sehr der Passagenpunkt Versammlung eine Verdichtung von Machtverhältnissen darstellt, so sehr hält er diese Verhältnisse (relativ) fluide und umkehrbar. Der Passagenpunkt stellt auch sicher, dass jeder und jede die gleiche Stimme hat, dass Entscheidungen erst nach demokratischen Deliberationen getroffen werden. Zwar wird in den Debatten nicht per se eine »vernünftige Behandlung von Themen, Gründen und Informationen« sichergestellt (vgl. Habermas 1992: 395). In den Versammlungen wirkt das Prinzip einer demokratischen Deliberation *nicht* als eine entrückte Norm, es wird als alltägliche Praxis verwirklicht. Alle beobachteten Gruppen folgen *basisdemokratischen Regeln*. Genauso wie bei den Platzbesetzungen im Mai 2011 gilt: Die Asambleas erweisen sich als *präfigurative Räume*. Genauso wie in den Zeltlagern beanspruchen die Aktivistinnen bei ihren nun weit kleineren Treffen, jene sozialen Verhältnisse einzurichten und vorzuleben, die sie für die Gesamtgesellschaft anstreben. Hier wie dort spielen die Versammlungen deshalb eine solche Schlüsselrolle, weil sie keine bloßen Mittel sind, um

49 Das passiert in einer Sitzung der Asambleia La Marina, als dort María, neben Víctor die machtvollste Sprecherin der Gruppe, zur Kandidatin von Colaús linksalternativer Wählerplattform *Barcelona en Comú* (BeC) wird. Als María in ihrer Doppelrolle als Aktivistin und Politikerin vorschlägt, dass an einer Demonstration für den Bau der U-Bahn im Quartier Vertreterinnen von BeC teilnehmen könnten, reagieren die Versammelten skeptisch (La Marina, 6.2.2015). Einige Positionen dazu: »Ich bin dagegen, dass Parteien den Protest instrumentalisieren.« – »Von mir aus können Politiker kommen, aber bitte ohne Parteifahnen, nur als Einzelpersonen.« – »Es kann gerne jede und jeder teilnehmen, wichtig ist aber, dass die Forderung eines würdevollen Protests als eine querschnittartige Forderung erscheint.« So nah also die Versammlung der linken Wählerplattform steht, auch ihr gegenüber behauptet sie ihre Unabhängigkeit. Mehr noch, wenn Politikerinnen am Protest teilnehmen wollen, so müssen sie sich der »querschnittartigen« Forderung für einen würdevollen Verkehr unterordnen, wie sie die Asambleia verfiert.

andere Zwecke – etwa die Artikulation von Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit – zu realisieren, sondern weil sie *der Zweck selbst* sind. In den Versammlungen versuchen die Teilnehmerinnen, die gleichberechtigte, inklusive und wirksame Selbstregierung zu verwirklichen, die sie in der spanischen Gesellschaft vermissen. In den Versammlungen entsteht, gleich einem Experimentallabor, im Kleinen eine soziale Ordnung, die der bestehenden frontal zuwiderläuft (vgl. Süß 2019: 259).

Der Begriff des »Frei-Raum-Schaffens« von Ulle Jäger trägt dem ersten Schritt eines Prozesses Rechnung, in dessen Zuge die Versammlung zum Drehpunkt einer neuen, demokratischen Vergesellschaftung avanciert. Die Versammlung wird zunächst zum Raum einer geteilten Verletzlichkeit, den eine allseits ausgedrückte *Angst* auszeichnet. Auch sie ist eine kollektive Praxis mit vielfältigen Ausdrucksformen. In besonders dramatischer Weise geschieht dies bei der PAH. Sitzung für Sitzung stellt sich dort die dramatische Frage: Wann steht der nächste Räumungstermin an? Könnte diesmal vielleicht ich betroffen sein?

Doch nicht nur Angst beherrscht die Versammlungen. Die andere Seite der Verletzlichkeit ist, dass sich die Schwachen zusammenschließen und gemeinsam mobilisieren, um existentielle Notsituationen abzuwenden. Die geteilte Verletzlichkeit schürt eine Politisierung, die im Idealfall in Erfahrungen der *kollektiven Ermächtigung* mündet. Jede einzelne Verhinderung einer Zwangsräumung und jede gelungene Aktion gilt als großer Sieg, als Bestätigung der unwahrscheinlichen Hypothese, dass, wie es ein PAH-Aktivist formuliert, »David gegen Goliath kämpfen kann«, dass sich also die scheinbar Hilfloren gemeinsam wehren können. Dieser Prozess des Kämpfens und Sich-Behauptens geschieht, und das ist zentral, nicht primär als eine kalkulierte Artikulation von Forderungen, an der man sich, etwa als Mitglied einer Partei, beteiligen kann, aber nicht muss. Das politische Engagement geschieht als ein unmittelbarer Kampf für Grundbedürfnisse – Wohnen, Infrastruktur, würdevolle Lohnarbeit –, die für ein gelingendes Leben unabdingbar sind. Dieser Kampf geschieht vornehmlich nicht abstrakt, sondern primär durch die physische Anwesenheit der lebendigen Körper an Ort und Stelle.

Das Zusammentreffen ist eines der Schlüsselmerkmale der beobachteten Versammlungen. Ausgehend von der Begegnung der lebendigen Körper entspinnt sich eine mächtige Dynamik, welche die Subjekte ganzheitlich einnimmt und verändert. Die Hervorhebung des immanenten Zusammentreffens könnte allerdings zu jener einseitigen Betrachtung führen, zu der der Neomaterialismus tendiert. Was die Kollektive auszeichnet, ist *nicht*, dass dort per se Körper zusammentreffen, sondern dass sich die Körper vor Ort gemeinsame Praktiken aneignen und diese ausüben. Die Versammelten verinnerlichen in komplexen Subjektivierungsvorgängen, wie sie am Exempel der PAH rekonstruiert wurden, Praktiken des Kampfes wie auch der Solidarität. Das Zusammentreffen der Körper ist deshalb derart zentral, weil es sich in den Versammlungen als ein *gemeinsamer Lernprozess* vollzieht.

Als verdichtender Passagenpunkt schafft die Versammlung Möglichkeiten, die anfangs, als die Gruppe entstand, noch nicht bestanden. Wie Gramsci (2012: 1335f.) erinnert, ist jede Führung ein pädagogisches Verhältnis, der Führende wie Geführte einbindet und schrittweise verändert. Dies geschieht bei den Verhandlungen, die bei jeder Zwangsräumung stattfinden: Ein erfahrenes Mitglied der PAH verhandelt mit Justizbeamten und Polizei, um deren Eingriff zu verhindern und eine Aufschiebung der Räu-

mung zu erreichen. Diesem Gespräch stehen oft ein oder zwei unerfahrene Aktivistinnen bei, um von der Verhandlerin zu lernen, und sich eventuell kurz zu Wort zu melden. Auch die Verhandlerin arbeitet sich mit jeder Verhandlung profunder in juristische Sachfragen ein und lernt, die Dynamiken von Zwangsräumungen besser einzuschätzen. Langsam lernt sie, Fragen wie die folgenden einzuschätzen: Welchen Druck kann unsere Gruppe diesmal gegenüber der Polizei aufbauen? Was lässt sich den Betroffenen zutrauen? Wann ist es besser zu verhandeln, wann ist die Konfrontation unabwendbar?

In diesem Sinne werden Versammlungen zu mehr als bloßen Begegnungsstätten, in denen sich Krisenverliererinnen – ähnlich einer Selbsthilfegruppe – zusammenschließen, um sich gegenseitig ihre Prekarität auszusprechen und dieser so gut wie möglich Einhalt zu gebieten. Vielmehr avancieren die Asambleas zum Ort einer praktisch gelebten Demokratie. Die Beteiligten lernen in der Versammlung *peu à peu*, ihre unmittelbare Betroffenheit zu relativieren oder zumindest zu kontextualisieren. Im Idealfall beteiligen sie sich mit jeder Woche reger an den Debatten, bis sie schließlich selbst eine Sitzung moderieren oder bei einer Protestaktion das Mikrofon in die Hand nehmen. Diese schrittweise Politisierung lässt sich nicht politisch vertreten, sie ist *in situ* zu erfahren. »It's one thing to say, ›Another world is possible‹. It's another to experience it, however momentarily«, so lautet David Graebers (2002: 72) auch auf die hiesigen Versammlungen übertragbares Plädoyer.

Die dortige demokratische Praxis besteht zunächst im Einüben des argumentativen Austauschs und der konsensuellen Einigung. Man hört den Mitstreiterinnen zu, wägt Meinungen gegeneinander ab, meldet sich selbst zu Wort oder greift nonverbal in die Debatte ein.⁵⁰ Langsam eignen sich alle ein Wissen darüber an, wie man sich als Versammlung basisdemokratisch organisiert. In der Tat laufen die beobachteten Debatten meist nach einem klaren Schema ab: Erst wird ein Vorschlag präsentiert, dann entspannt sich darüber eine Diskussion, schließlich wird, entweder (häufiger) implizit per Nicken oder Klatschen oder (weniger häufig) explizit per Abstimmung, darüber entschieden.

Dieser typische Ablauf ist kein formalisiertes Verfahren. Bei manchen Vorschlägen steht quasi schon im Vorhinein fest, ob sie angenommen oder abgelehnt werden. So wird bei der Asamblea La Marina darüber diskutiert, ob eine Einladung des Bezirksbürgermeisters anzunehmen sei, um mit ihm und mit anderen Vereinen über die Probleme des Quartiers zu sprechen (La Marina, 11.12.2014). Bereits in dem Augenblick, da Víctor als Sprecher der Asamblea in die Angelegenheit einführt, machen die Teilnehmerinnen mit Kopfschütteln, abweisende Gesten oder rollenden Augen kenntlich, dass niemand das Treffen gutheißt. Stattdessen einigt man sich darauf, dem Bezirksbürgermeister einen Brief zu schreiben, der darstellen soll, warum die Gruppe von einem Treffen absieht. Abgestimmt wird nicht, Víctor fragt nach der Debatte nur rhetorisch: »Alle einverstanden?« Diese Situation ist typisch für den Ablauf der Debatten, enthüllt es doch das *pragmatische Konsensprinzip*, das in den Versammlungen vorherrscht. Ein Vorschlag wird nicht erst dann angenommen, wenn alle aktiv zugestimmt haben, sondern wenn niemand Grundsätzliches einwendet. Ständig müssen kollektive Entscheidungen getroffen werden. Es

50 Dafür wird die Zeichensprache gebraucht, die auf den Empörentencamps im Frühjahr 2011 instituiert wurde.

ist wichtiger, dass sie schnell geschehen als in restlos transparenten Verfahren. Graebers (2002: 71) Beobachtung, wie direktdemokratische Praktiken veralltäglicht werden, erhärtete sich in dieser Ethnographie: »[R]ather than voting, you try to come up with proposals acceptable to everyone – or at least, not highly objectionable to anyone.«

Die demokratischen Praktiken der Versammlung verfangen sich zwar oft in aufzehrenden Debatten. Zugleich kreist die demokratische Deliberation niemals bloß um sich selbst. Wenn man in der PAH darüber diskutiert, wie man den Wahlkampf konservativer Parteien stören und dabei eigene Themen – etwa die Verhinderung von Energiearmut oder die Förderung des sozialen Wohnungsbaus – in der öffentlichen Aufmerksamkeit verankern kann, so verdeutlicht das: Die Debatten in den hiesigen Versammlungen zielen darauf ab, die sozialen Verhältnisse zu verändern. Diese Ambition kann niedrigschwellig bleiben, etwa wenn Aktivistinnen tagelang Bankfilialen besetzen, um einen Schuldenerlass für Betroffene erzwingen. Diese Ambition kann aber auch auf politischer Repräsentationsebene erfolgen, so wenn die PAH ein Bürgerbegehren im katalanischen Parlament einreicht, um Zwangsräumungen und Energiearmut zu verhindern.⁵¹

Das demokratische Ethos der hiesigen Versammlungen speist sich daraus, dass sich diese in ihrer internen Funktionsweise genauso wie in öffentlich ausgerichteten Aktionen »normativ auf demokratische Prinzipien« berufen (Rödel et al. 1989: 45). Viele machen beim Protestieren erstmals in ihrem Leben die Erfahrung, dass sie die sozialen Verhältnisse verändern können, wenn sie sich mit anderen politische Artikulationen ausführen. Mit Robin Celikates (2010: 294f.) ist davon zu sprechen, dass sich so Praktiken der *demokratischen Selbstbestimmung* entfalten. Jene, die sich bisher vom Gemeinwesen ausgeschlossen fühlten, erheben sich und fordern eine Ausdehnung sozialer Rechte und politischer Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Ansprüche werden universalistisch – nicht partikularistisch – artikuliert: Die Versammlungen fordern keine exklusiven Privilegien für sich oder für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Ihre Forderungen lassen sich auf die Gesellschaft als Ganzes übertragen.⁵² Jede und jeder soll, so der Duktus, prinzipiell das Recht auf ein Zuhause haben, in einem Viertel mit einer funktionierenden Infrastruktur leben oder ein Leben ohne ständige Existenzängste fristen dürfen.

Wer an den Versammlungen teilnimmt, fühlt sich nicht mehr (nur) als eine marginalisierte und verarmte Außenseiterin, sondern als ein wichtiges *demokratisches Subjekt*, das gemeinsam mit den anderen Versammelten die Gesellschaft verändern, ja verbessern kann. Dieser demokratisierende Impuls ist nicht ohne die übergreifende Empörungsemantik verstehbar. Der Diskurs, der 2011 entsteht, artikuliert nicht nur eine Elitenkritik, er plädiert auch für einen demokratischen Neuanfang der Gesellschaft. Jede Praxis, so klein sie auch ausfällt, wird als ein Schritt hin zu einer Demokratisierung Spaniens verstanden. Wenn die Empörtenversammlungen vor dem Wohnhaus einer konservativen

51 Freilich bleiben viele dieser Aktionen erfolglos. Und selbst dort, wo große Siege – so das tatsächlich erfolgreiche, da vom katalanischen Parlament bestätigte Bürgerbegehren – erreicht scheinen, erwiesen sich die Errungenschaften der Gegenhegemonie der Empörung als unsicher und (teilweise) umkehrbar (dazu: Kap. VII.2).

52 Dies grenzt die Empörtenversammlungen von einem rechtspopulistischen Diskurs ab (als Vergleich: Kap. VII.2.b).

Politikerin protestieren und sie dazu auffordern, dem Bürgerbegehren der PAH zur Einrichtung eines Rechts auf Wohnen nachzukommen, so konturieren die Protestler sogar diese stark umstrittene Protestpraxis – bekannt als *escrache* – als ein probates Mittel, um den Status quo zu brechen (vgl. Albizu Landa 2016: 91f.).

So stark der demokratische Impetus der Praktiken ist, der von den Versammlungen ausgeht, so wichtig ist die Versammlung selbst. Die Rede von der Versammlung als dem verdichtenden Passagenpunkt der Gegenhegemonie ist auch wörtlich zu nehmen. Die Versammlung ist ein sozialer Raum. Er entsteht und stabilisiert sich durch die körperliche Zusammenkunft der Beteiligten, und zwar sowohl durch solche des Ausdrucks von Verletzlichkeiten und Leidenserfahrungen als auch durch die soeben angesprochenen deliberativen Praktiken. All diese Praktiken wirken *verräumlichend*, sie lassen die Versammlung als einen Passagenpunkt entstehen, der eine neue Konfiguration von Zeichen, Praktiken, Körpern und Artefakten herstellt. Diese Verräumlichung ergibt mächtige Materialisierungen. Sie lassen den Empörungsdiskurs in Zeit und Raum überdauern, verfestigen ihn zum Gefüge.

Wie bei den Platzbesetzungen von 2011, als sich vor allem anfangs die Bemühungen der Campierenden darum drehten, überhaupt die Infrastruktur für ihre Versammlungen zu schaffen (siehe: Kap. III.3.a), bemüht man sich in den Empörtenversammlungen einige Jahre später darum, physische Orte zu schaffen, an denen man sich nicht nur trifft, sondern die man auch als eigene reklamiert. So mietet die Asamblea La Marina, finanziert durch Mitgliederbeiträge, ein Lokal, das sie gestützt auf freiwilliges Engagement renoviert und ausbaut. Das sogenannte *Ateneu L'Engranatge* (zu Deutsch: das Getriebe)⁵³ wurde zwar von den Indignados gegründet, es dient aber zugleich als allgemeiner Treffpunkt, wo verschiedene Gruppen tagen, Abendveranstaltungen stattfinden und sogar ein kostengünstiger Nachhilfeunterricht angeboten wird. Im Kern soll das *Engranatge*, wie es in seinem Gründungsmanifest (2014) heißt, »ein Treffpunkt sein, den die Nachbarn und Nachbarinnen von La Marina-Zona Franca selbst verwalten. Das Ateneu möchte Prozesse der aktiven sozialen Eingliederung der Bürgerschaft fördern. [...] Es stellt Ressourcen, Mittel und Räume für Nachbarinnen, Kollektive und Organisationen bereit, die sich für die soziokulturelle Dynamisierung des Viertels engagieren.«

Die Asamblea Sant Martí betreibt ebenfalls ein *Ateneu popular* mit einer kleinen Bibliothek, einem Aufenthaltsraum sowie einem eigenen Studio, in dem im Jahr 2015 zeitweilig eine Debattensendung, *La Zurda*, auf YouTube ausgestrahlt wird.⁵⁴ Die PAH Barcelona verfügt sogar als Eigentümerin über ein Lokal, in der ihre Treffen stattfinden, sich ihre Büros befinden und eine Spielecke für Kinder eingerichtet ist.⁵⁵ Die Tatsache, dass diese Gruppen über »eigene« Räumlichkeiten verfügen, schafft Planungssicherheit. Die

53 Dieses Ateneu ist bis heute aktiv. Siehe dazu seine Homepage: ateneuengranatge.com (Zugriff: 26.10.2022).

54 Auch dieses Ateneu bestand zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Textes (Juli 2022) noch. Siehe: assembleasantmarti.wordpress.com (Zugriff: 26.10.2022). Die Videos von *La Zurda* sind verfügbar unter: https://www.youtube.com/playlist?list=PLivPb592o_5g7ffvKehFCAoHl3EfpixZ_ (Zugriff: 26.10.2022).

55 Einblicke in den Alltag der Plattform gibt es unter: pahbarcelona.org/ca/assemblees (Zugriff: 26.10.2022).

Versammlungen werden kaum durch externe Störungen unterbrochen. Neue Arbeitsgruppen können sofort zu arbeiten beginnen. Spontane Treffen sind jederzeit möglich. Die Orte selbst werden mit Plakaten, Kalendern oder Bildern von den Aktivistinnen gestaltet und so als eigene Räume reklamiert. Dies vermittelt den Teilnehmerinnen ein Gefühl der *Geborgenheit*. Relativ rasch, nachdem man in den Raum gekommen ist, löst sich die Stimmung. Manche beginnen, routiniert die Versammlung vorzubereiten (Tische und Stühle rücken usw.), andere plaudern miteinander, tauschen sich über politische wie persönliche Fragen aus. Bereits vor der Sitzung – und nach ihr – wird der Versammlungsort zur Stätte einer anderen Vergesellschaftung.

Abbildung 20 zeigt die Fassade des *Ateneu L'Engranatge*. Neben dem zu sehenden Vorderraum besitzt das Ateneu noch ein großes Hinterzimmer und eine zweite Etage:

Abb. 20: *Ateneu L'Engranatge* – *Ateneu Popular La Marina* – Zona Franca (2015)



Quelle: www.ub.edu/innosogo/ateneu-lengranatge/ (Erlaubnis zur Publikation)

Ein derart materialisiertes Setting, in dessen Rahmen sich buchstäblich geschützte, von außen abgeschirmte Zusammenkünfte abspielen können, verstärkt die *Erwartungssicherheit* der Versammlungen. Der Ablauf der Sitzungen findet immer wieder am gleichen Ort statt. Man kann früher eintreffen oder länger bleiben, man kann (weitgehend) ungestört debattieren. Wenn es einmal länger wird, bleibt dies unproblematisch. Das gilt auch, wenn man später zu einer Sitzung stößt. Die Rede von der Versammlung als »unserem Raum« wird durch diesen physischen, buchstäblich angeeigneten Ort bestätigt. Mehr noch: Indem sich der Raum Versammlung an einem physischen Ort materialisiert, verstärkt sich bei den Versammelten der Eindruck, dass sie sich einen »Freiraum« geschaffen haben, in dem sie sich geschützt von der potentiell feindlichen Außenwelt treffen, ihre Debatten führen und Entschlüsse treffen.

Die Versammlung wird auf diese Weise zum *materialisierten Symbol* für die 2011 entstandene Gegenhegemonie der Empörung. Indem diese Proteste nun Orte hervorgebracht haben, an denen sie sich wieder und wieder entfalten, verfestigen sich die Praktiken der Empörung. Was ursprünglich im Frühjahr 2011 eine noch fluide Artikulationspraxis war, die sich nur bruchstückhaft auf den Plätzen institutionalisiert hatte, sedimentiert zusehends. Angst und Verletzlichkeit finden in den stabilen Versammlungsorten genauso ihren Dreh- und Angelpunkt wie basisdemokratische Deliberationen und Praktiken zivilen Ungehorsams. Die Topographie des Gesellschaftsraums verändert sich, in Städten wie Barcelona bilden *Asambleas* und *Ateneus populars* ein Netz von Passagenpunkten, das eine andere Demokratie trägt. Wenn man, ob als Sympathisantin oder als Gegner, derartige Versammlungsorte im Stadtbild vorfindet, dann lässt das gewahr werden: Die Empörung hat sich in Spaniens Gesellschaft eingeschrieben.

7 Rekapitulation

Was geschieht in den Versammlungen der Indignados? Wie artikuliert sich der Empörungsdiskurs fort, nachdem die Mobilisierungswelle von 2011 abebbt? Wie stabilisiert sich in den Jahren danach die Empörung in der spanischen Gesellschaft? Diese Fragen behandelt das vorliegende Kapitel. Zwar fällt es schwer, von einer ethnographischen Studie ausgehend generelle Schlüsse zu ziehen. Trotzdem lieferte die Beobachtung von drei Gruppen in Barcelona von Ende 2014 bis Anfang 2016 wertvolle Einsichten. Das gilt für die Plattform der Hypothekbetroffenen, die stark durch die Proteste der Empörten geprägt war, genauso wie für die *Asambleas* von La Marina und Sant Martí, die nach den Platzbesetzungen von 2011 entstanden. Die erste wichtige Einsicht der Ethnographie lautet, dass die Gegenhegemonie, die 2011 entsteht, zwischen 2014 und 2016 noch sehr lebendig ist. Was 2011 noch ein fluides Diskursgefüge war, beginnt nun zu einer stabilen Gegenkultur zu sedimentieren.

Zentral dafür sind die Versammlungen selbst. Inspiriert durch Judith Butler (2016), aber über sie hinausgehend, folgte ich der Intuition, dass die unmittelbaren, sinnlichen Zusammenkünfte der Aktivistinnen eine Schlüsselrolle dabei spielen, um die Stabilisierung, aber auch den Elan eines Diskurses zu erklären, der sich a priori weder auf starke Organisationen noch auf charismatische Führungsfiguren oder gewachsene Traditionen berufen kann. In ihren Versammlungen schaffen sich die Indignados ihr Diskursgefüge, so könnte das Motto sein. Der Blick in drei Kollektive hinein, die sich über Jahre hinweg in der überaus komplexen politischen Landschaft Kataloniens erfolgreich behaupten können, war überaus lehrreich.⁵⁶

56 Barcelona befand sich als Hauptstadt Kataloniens während des Beobachtungszeitraums – und darüber hinaus – in der widersprüchlichen Situation, zugleich von zwei Konfliktachsen gekennzeichnet zu sein: einerseits dem Protestzyklus der Empörung und andererseits der Unabhängigkeitsbewegung, die ab Mitte 2012 zu einer Massenbewegung avancierte. Beide Konfliktachsen stehen in einem dynamischen Konkurrenzverhältnis (vgl. Lluís 2020).

Im Kern machen drei Themenkomplexe die beobachteten Versammlungen mitsamt ihrem Impetus verstehbar. An erster Stelle steht das *sinnliche Moment*. Die Gruppen zehren von dem, was Andy Merrifield (2011: 108–112) eine »Politik der Begegnung« nennt, also eine Praxisform, die zwar auch die schwachen Bande der sozialen Medien benutzt, sich jedoch in der Hauptsache darum dreht, eine kollektive Identität aus den starken Banden der Face-to-Face-Interaktion zu schaffen. Ohne die alltägliche Erfahrung einer gemeinsam vor Ort ausgeübten Praxis wären, so meine These, die Versammlungen niemals so aktiv und resilient geworden. Dieser gemeinsame Alltag ist in seiner ganzen Ambivalenz zu betrachten. Die Versammlungen sind einerseits geschützte Räume, in denen die Teilnehmerinnen ähnlich einer kollektiven Therapie ihre Leidenserfahrungen und Verletzlichkeiten ausdrücken und sich in diesem Zuge schrittweise in einen Subjektivierungsprozess begeben, der sie ermächtigt. Die Versammlungen sind andererseits aber auch machtgeprägte Passagenpunkte. In ihnen entstehen und bestehen Über- und Unterordnungsverhältnisse, die das Verhalten der Beteiligten regulieren.

Zweitens ist das *räumliche Moment* zentral. Politische Analysen, zumal hegemonietheoretische, blenden zuweilen aus, dass sich Politisierungsprozesse in konkreten Raum-Zeit-Verhältnissen ereignen. Und die hiesigen Versammlungen zeichnet aus, dass sie sich nach dem mächtigsten Protestzyklus der jüngeren spanischen Geschichte als soziale Räume konstituieren. In diesen Räumen scheint manches hochpolitisch, etwa wenn gemeinsam Aktionen geplant oder Forderungen ausgearbeitet werden. Anderes hingegen scheint unpolitisch, wenn sich etwa Aktivistinnen gegenseitig unterstützen oder weinend in den Armen liegen, wenn sie gemeinsam jubeln, sich ärgern oder ständig dieselben Rituale ausführen (so die Einstiegsfrage jeder PAH-Versammlung: »Wie geht es uns heute?«). In der Asamblea vermengt sich das angeblich Politische und das Unpolitische – bis diese Gegenüberstellung selbst in Frage steht. Wie dargelegt, besitzen politische Artikulationspraktiken eine schillernde Vorderseite *und* eine unauffällige, doch nicht weniger wirksame Rückseite. In der Versammlung treffen beide Seiten der Artikulation zusammen. Repräsentationsverhältnisse, Feindfiguren und Forderungen scheinen dort genauso auf wie das Ensemble von eigensinnigen Praktiken, das sich oft weniger stark nach außen als vielmehr *nach innen* richtet. Dort, im Innenraum der Asamblea, stabilisieren sich immanente Machtverhältnisse, es werden aber gleichzeitig Solidaritätsbände geknüpft und demokratische Praktiken ausgeführt. Die Versammlung wirkt wie ein Trichter. Sie verdichtet vielfältige, widersprüchliche Dynamiken, um sie in ihrem Schoß zu verändern.

Dies führt, drittens, zum *performativen Moment*. Werden die Versammlungen als verdichtende Passagenpunkte gelesen, die verschiedene Elemente zusammenführen, dann ist dies auch als ein kreativer Prozess zu verstehen. In den Versammlungen entsteht eine komplexe Dynamik, die eine erweiterte Hegemonietheorie analytisch aufschlüsselt, indem sie die tradierten Grenzen zwischen Neomaterialismus und Diskurstheorie einreißt. In den Versammlungen entfaltet sich eine performative Praxis, die so schöpferisch wie strukturiert verläuft. Sie wurde als Fokussierung beschrieben, richtet sie sich doch *nach innen* und speist sich vom geteilten Aufmerksamkeitsfokus der Anwesenden. In einem voraussetzungsvollen Prozess mit dramaturgischem Ablauf entwickelt die Asamblea einen geteilten Aufmerksamkeitsfokus, der Latentes zur Sprache bringt, Nichtsprachliches sprachlich artikuliert. Die Fokussierung vermengt symbolische Momente

(Grenzziehungen, Legitimierungen, Versprachlichungen) mit sinnlichen (Erfahrungen, Kopräsenz, Räumlichkeit). Fokussierungen sind nicht radikale Neuschöpfungen, sondern partielle Sinnverschiebungen. Wenn als Ergebnis einer Fokussierung die Assemblée La Marina zu einem radikaleren Selbstverständnis findet oder die PAH ihre Souveränität gegenüber den politischen Repräsentanten behauptet, so artikulieren sich dadurch nun ausdrücklich Identitäten und Forderungen, die zuvor in Praktiken eingeübt wurden, aber noch (relativ) implizit geblieben waren.

Das performative Moment der Versammlungen ist aber noch in einem weiteren Sinne wichtig. Es ist ein implizites Axiom von Laclau/Mouffe, dass zuerst der Diskurs kommt und erst danach, gleichsam flankierend, Praktiken, Institutionen, Rituale usw. entstehen. Für meine Studie würde dies heißen: Zuerst wird der Empörungsdiskurs geboren, erst später materialisiert er sich in Versammlungen. Spätestens mit Blick auf die ethnographische Analyse muss diese Rangordnung zwischen Diskurs und Praxis, oder, genauer, zwischen dem Diskurs als einem Zeichenensemble und dem Diskurs als einem Gefüge von Praktiken, Körpern und Artefakten *fallen*. Der Empörungsdiskurs operiert *nicht* losgelöst von kollektiven Praktiken, Körpern und Artefakten. Gewiss entfaltete sich bereits vor dem Ausbruch der Proteste Mitte 2011 in Manifesten und Forderungskatalogen ein embryonaler Anfechtungsdiskurs, der die Indignados prägte (Kap. III.2). Doch die Platzbesetzungen, Demonstrationzüge und Versammlungen der Art, wie sie nach der Diskursanalyse von unten des vorherigen Kapitels nun dieses Kapitel ethnographisch analysiert, machen ab 2011 aus diesem Diskurs etwas grundlegend Anderes, sie machen aus ihm ein Diskursgefüge im substantiellen Sinne. Was im Rückblick von den spanischen Indignados genauso wie vom Arabischen Frühling oder der US-amerikanischen Occupy-Bewegung bleiben dürfte, sind weder politische Programme noch einzelne Forderungen. Eher sedimentierten Slogans wie »Das Volk will den Sturz des Regimes!« (Ägypten), »We are the 99 %« (USA) oder eben »Echte Demokratie Jetzt!« (Spanien), die eine neue, demokratischere Ordnung einfordern und den Ist-Zustand delegitimieren. Doch was besonders widerhallen dürfte, sind die Versammlungen, die Menschenmassen auf dem Tahrir-Platz, dem Zuccotti Park, der Puerta del Sol oder der Plaça Catalunya. Diese Massen organisierten sich, debattierten und mobilisierten neue Infrastrukturen. Die Massen konstituierten sich zu Versammlungen.

Die Versammlung ist, so zeichnet es sich auch in diesem Kapitel ab, der Dreh- und Angelpunkt der Gegenhegemonie, die in Spanien ab 2011 entsteht. Diese Gegenhegemonie bliebe brüchiger und inhaltsleerer, wenn nicht jahrelang und über das ganze Land hunderte Versammlungen entstanden wären, die den Empörungsdiskurs als stabile Multiplikatoren in der Gesellschaft verankern und verbreiten. Die Versammlungen werden zu Laboren einer *demokratischen Vergesellschaftung*. Sie brechen mit der Individualisierung und Entpolitisierung, welche die Kultur der Transition einrichtete. Versammlungen wie die beobachteten sind die Passagenpunkte, die der neue Empörungsdiskurs immer wieder aufs Neue durchschreitet, um sich in Spaniens Topographie zu verfestigen und sich in ihr politisch auszubreiten – in der Zivilgesellschaft, aber auch über sie hinaus.

Indem das nächste Kapitel seinen Blick auf die institutionelle Politik richtet, wird die gesellschaftsübergreifende Seite des Empörungsdiskurses wieder stärker ins Blickfeld rücken. Denn mit der Partei Podemos wird ab 2014 ein explizit linkspopulistisches

Projekt geboren, das den Empörungsdiskurs eigenwillig fortschreibt, um eine Bevölkerungsmehrheit für sich zu mobilisieren. Podemos wird mit seinem rasanten Aufstieg den sozialen Wandel, in dem sich Spanien seit 2011 befindet, unter Beweis stellen – und ihn weiter forcieren.

V Podemos, Partei der Empörung

Es ist ein kalter Wintertag in Barcelona. Am 19. Dezember 2013 findet in einem Gemeindezentrum des alternativen Quartiers *Gràcia* ein runder Tisch statt, der den Titel *Crisi i procés constituent* (»Krise und neuer Gründungsprozess«) trägt. Er wird von der Plattform *Procés Constituent* organisiert.¹ Circa 200 Zuhörerinnen verfolgen interessiert, wie drei linke Intellektuelle darüber debattieren, ob und wie die wirtschaftliche und soziale Krise Spaniens zu weitreichenden politischen Verschiebungen führen könnte.² Sowohl der erste Sprecher, Xavier Domènech, als auch der dritte, Josep Maria Antentas, halten engagierte und klare Vorträge. Gerade Domènech formuliert präzise, allerdings recht intellektualistisch, die Herausforderung, vor der neue linke Plattformen wie *Procés Constituent* stehen: »Es geht darum, eine mehrheitsfähige Sprache zurückzugewinnen, um neue Hegemonien zu schaffen, welche die aktuellen Hegemonien in Frage stellen. Dies müsste der Ausgangspunkt sein, um vor den Wahlen politische Instrumente zu entwickeln, die in die Institutionen eindringen, um sie zu öffnen.«

So treffend Domènechs Aussagen die strategischen Ambitionen der neuen Parteien – an denen sich übrigens der Vortragende selbst tatkräftig beteiligen wird – für die kommenden Jahren skizzieren, so sehr steht er, wie auch Korreferent Antentas, im Schatten des dritten Gastes im Bunde. Es ist ein verschmitzt dreinblickender, schlaksiger Mittdreißiger mit schlichtem Hemd und langem Pferdeschwanz. Er heißt Pablo Iglesias. Damals ist er noch ein prekär an der Madrider *Universidad Complutense* angestellter Polito-

1 Die Plattform *Procés Constituent* (zu Deutsch: verfassungsgebender Prozess, oder schlicht: Gründungsprozess) wurde im April 2013 seitens des kritischen Ökonomen und Friedensaktivisten Arcadi Oliveres und der engagierten Benediktinernonne Teresa Forcades lanciert. Ziel der Plattform ist es, die Unabhängigkeit Kataloniens als Hebel für eine umfassende, in Ansätzen revolutionäre Neuordnung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu nutzen, um mehr soziale Gerechtigkeit, politische Teilhabe und neue Formen des Wirtschaftens zu verwirklichen. Nach einem erfolgreichen Start 2013 und 2014 wurde *Procés Constituent* allerdings von den neuen linken Parteien überschattet. Zum Zeitpunkt der Endredaktion dieser Arbeit (2021) war die einstmals große Plattform kaum noch öffentlich sichtbar (einführend zur Plattform: Domènech 2015: 301–306, Antentas 2013: 539–551).

2 Die Debatte ist online abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=WFZDSeye8Gg (Zugriff: 26.10.2022).

loge. In den Polittalkshows des Landes ist er aber bereits als *Enfant terrible* des Establishments bekannt. Tatsächlich leitet Iglesias weniger akademisch als vielmehr assoziativ in seinen Vortrag ein:

Ich habe sehr aufmerksam zugehört. Wenn man an Veranstaltungen vor Leuten teilnimmt oder im Fernsehen auftritt, ist das Zuhören unglaublich wichtig. Es ist wie beim Jazz. Du kannst da nicht einfach ein vorbereitetes Stück mitbringen und es durchziehen, sondern musst Dich in Deinem Spiel auf das Spiel der anderen einlassen, um mit ihnen zusammenzuspielen. In der Politik geschieht genau das. Der Linken ist es traditionell schwergefallen, Jazz zu spielen. Sie spielte ihr Stück meist wie ein taubstummer Musikant: »Ich habe meine revolutionäre Wissenschaft, die mir sagt, hier ist das revolutionäre Subjekt Proletariat, dort ist die Bourgeoisie, und es gibt genau diese Instrumente, um einzugreifen. Und wenn ich sie anwende, dann müssen sie automatisch funktionieren.«

Doch es gibt etwas, was dabei zu kurz kommt, was fehlt, was mit Sensibilität zu tun hat, was mal die Sinne und mal die Intuition vermitteln. Man kann viel studieren, viel lesen, vor allem aber muss man zuhören. Es ist ganz so wie in einem Theaterstück, in dem Du Dein Verhalten an das Gegenüber anpasst, das sich Dir annähert. (Iglesias 2013)

Zuhören – diese Vokabel ist für Pablo Iglesias mehr als nur ein netter Einstieg in seinen Vortrag, er markiert eine politische Grundeinstellung. Damals, im Winter 2013, ist Iglesias zwar noch eine eher unbekannte Persönlichkeit. Doch etwas liegt bereits in der Luft. »Pablo«, wie ihn damals schon viele nennen, wird an jenem Abend im Gemeindezentrum in *Gràcia* anders als seine Korreferenten empfangen. Ältere Herren klopfen ihm aufmunternd auf die Schulter, Studierende bitten um ein gemeinsames Selfie, manch ältere Dame umarmt ihn sogar herzlich mit dem Ausruf: »Unser Pablo! Mach weiter so!« Sie liegt in der Luft, die Aura des zukünftigen Politikers, der eine rasante Karriere hinlegen sollte. Der Autor dieser Zeilen erinnert sich, wie er nach der Debatte mit seinem Cousin nach Hause lief. Gedanken schwirrten mir damals durch den Kopf – drei Themen ganz besonders: Erstens beeindruckte mich, mit welcher Selbstverständlichkeit Fragen zu Hegemonie, Deutungskämpfen oder der Konstruktion von Kollektivsubjekten von der akademischen in die politische Debatte und an eine breitere Öffentlichkeit herangetragen wurden. Weiterhin fiel mir das Charisma von Iglesias auf, hob es sich doch sehr klar ab von seinen (damals) sehr akademisch wirkenden Korreferenten. Mit meinem Cousin war ich mir einig: »Pablo Iglesias, den Namen merken wir uns. Er wird eher früh als spät Politiker, und zwar einer, der anders ist als die anderen.« Die dritte Frage war eher eine Vorahnung: Könnte es sein, dass aus jener schwer fassbaren Empörungss Stimmung, die Spaniens Straßen und Plätze seit 2011 aufrüttelte, etwas Neues entsteht? Könnten Gestalten wie Pablo Iglesias die Empörung in die institutionelle Politik hineintragen?

Und in der Tat, am Wochenende vom 12. und 13. Januar 2014 wird das Gründungsmanifest der Partei *Podemos* (Wir können) publik. Es trägt den bezeichnenden Titel: »Am Zug. Die Empörung in politische Veränderung verwandeln.« Knapp 30 Intellektuelle und Akademiker unterstreichen darin, dass Europa im Allgemeinen und Spanien im Besonderen in einer tiefen Wirtschafts- und Gesellschaftskrise stecke. Die Krise fordere, so das Manifest, dazu auf, vor den kommenden Europawahlen eine Kandidatur aufzustellen,

die neuen, radikaldemokratischen Typs sei und die gegen die Spardiktate die »Souveränität« des spanischen Volkes und eine »reale Demokratie« einfordere. Zugleich sei Spaniens lädiertes Sozialstaats zu schützen sowie soziale Rechte (besonders das auf Wohnen) zu verteidigen. Wer ist die zentrale Figur der neuen Partei? Pablo Iglesias. Mit scharfer Rhetorik stilisiert sich der zerzauste Politologe selbstbewusst zum Sprachrohr der »kleinen Leute« und zum Gegenspieler einer »Kaste« sowie eines politischen Systems, das er gern als »Regime« brandmarkt.

So wird Anfang 2014 das Phänomen Podemos geboren. Der meteorhafte Aufstieg dieser Kraft sollte die spanische Parteienlandschaft so durcheinander wirbeln wie zuletzt die Transition von der Diktatur zur Demokratie in den 1970er Jahren. In diesem Kapitel werde ich die ersten beiden besonders furiosen Jahre 2014 und 2015 der neuen Partei fokussieren. Was zeichnet Podemos damals aus? Wie fallen ihre diskursiven, wie ihre praxeologischen Merkmale aus? Die doppelte Perspektive auf den Diskurs und auf die Praxis von Podemos wird in den Dienst zweier Leitfragen gestellt: *Wie greift Podemos den Empörungsdiskurs auf und schreibt ihn fort? Wie verwandelt die neue Partei den Empörungsdiskurs in ein linkspopulistisches Projekt?*

Wie in Kapitel III, »Der Ausbruch der Empörung«, wird auch hier eine Diskursanalyse bemüht, die Makro- und Mikroanalyse verknüpft; wie bei Kapitel IV, »Wütende Körper, empörte Praxis«, werden auch hier Praktiken und Versammlungen eine wichtige Rolle einnehmen. Das hiesige Kapitel entscheidet sich aber anders als die vorherigen weniger für eine Tiefen- als vielmehr für eine *Breitenperspektive*. So wird sich die Frage stellen, wie sich Podemos zur Kultur der Transition, dem sedimentierten Hegemonialprojekt des modernen Spaniens, verhält. Wie geht die neue Partei mit dieser Kultur um? Wie stellt die Anti-Establishment-Kraft Podemos die tradierte Ordnung in Frage? Und wie taucht dann die alte Ordnung in einer Partei auf, die rasch aufsteigt, sich aber ebenso rasch durch das prägen lässt, was sie anfangs vehement kritisiert?

Parallel dazu wird das Verhältnis zwischen Podemos und den Indignados wichtig sein. In erster Linie ist zu zeigen, wie Podemos den Empörungsdiskurs als linkspopulistischen Diskurs reartikuliert. Aus hiesiger Perspektive spannend und geradezu einzigartig ist, dass an der Spitze von Podemos Politologen stehen,³ die 2014 bis 2016 *de facto* handbuchartig die Populismustheorie Ernesto Laclaus anwenden. Wie ein Beobachter zweiter Ordnung werde ich diese doppelte Reartikulation von den Indignados genauso wie von Laclau rekonstruieren, aber auch fragen, was bei der (zu) strengen Anwendung Laclaus verloren geht oder aus dem Raster fällt.

Das Vorgehen gestaltet sich wie folgt: Mit dem Ziel, zu zeigen, wie Spanien nach den Empörtenprotesten zwischen Stabilität und Delegitimierung oszilliert, trete ich zunächst einen Schritt zurück und umreiße den politischen Kontext, der die Entstehung

3 Dieses Kapitel wird häufiger die männliche als die weibliche Form gebrauchen, um im Schriftbild abzubilden, dass Podemos (leider) ein sehr männlich geprägtes politisches Projekt ist. Gerade in der furiosen Anfangszeit 2014 und 2015, die hier im Fokus steht, war die Führungsspitze der Partei vornehmlich von jungen männlichen Akademikern besetzt, die mit beachtlicher Rücksichtslosigkeit »ihre« Thesen und »ihre« Leute zuerst im Parteiapparat und dann in den politischen Institutionen und der Verwaltung zu platzieren suchten.

von Podemos rahmt (Kap. V.1). Dies liefert die Basis, um das Kernanliegen dieses Kapitels zu adressieren: die Entstehung und Hochphase des spanischen Linkspopulismus. An der Spitze des Podemos-Projektes steht Pablo Iglesias, doch in ihm erschöpft es sich keineswegs. Daher werde ich im ersten Schritt umreißen, wie ein kleiner Politologenkreis rund um Iglesias und dem Parteistrategen Íñigo Errejón eine »populistische Hypothese« aufstellt, welche die Koordinaten absteckt, von denen aus sich Podemos artikuliert (Kap. V.2). Dies leitet über zum ausführlichen Hauptschritt des Kapitels: Die Rekonstruktion des Podemos-Diskurses rund um vier Ereignisse, die sich von der Entstehung der Partei im Januar 2014 bis zum Einzug von Podemos in das spanische Parlament im Dezember 2015 erstrecken. Ich tätige eine politische Diskursanalyse, die sich besonders auf die Reden von Iglesias konzentriert, aber nicht dabei verharret (Kap. V.3). Die Rekonstruktion des spanischen Linkspopulismus runde ich mit einer Gesamtschau ab, in der sich die empirischen Einsichten verdichten (Kap. V.4). Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer dezentrierenden Bewegung. Über die Auswertung der Protokolle zweier Basisgruppen von Podemos blickt eine *Diskursanalyse von unten* auf die Praktiken, die den spanischen Linkspopulismus eben auch auszeichnen. So wird der Blick freigelegt für ein potentiell *anderes* Podemos (Kap. V.5).

1 Ordnung in der Krise

Was heißt es, dass die Proteste der Indignados ein Klima schaffen? Es heißt, dass die Indignados nicht nur eine Bewegung oder eine Struktur mit Versammlungen und Kommissionen sind, sondern auch ein anderer *Geisteszustand* und eine andere kollektive Einstellung gegenüber der Wirklichkeit – und zwar auf der Grundlage der ermächtigenden Erfahrung auf den Plätzen, die sich in der Gesellschaft verstreut hat.

(Fernández-Savater 2012b: 136, H. i. O.)

Bevor die Geburt und die Artikulation der Partei Podemos ins Zentrum rücken, gilt es, einen Schritt zurückzutreten und grob zu rekonstruieren, wie sich Spanien zwischen dem Ausbruch der Empörung Mitte 2011 und der Geburt von Podemos Anfang 2014 verändert. Wenn im obigen Zitat der Philosoph Amador Fernández-Savater darauf hinweist, dass die Proteste der Indignados auf der Grundlage der »ermächtigenden Erfahrung auf den Plätzen« in der gesamten spanischen Gesellschaft ein »Klima« schaffen und eine »andere kollektive Einstellung gegenüber der Wirklichkeit« einweihen, dann ist das eine sehr starke und in dieser Deutlichkeit wohl auch überzogene These. Doch wahr ist, dass die Empörung an Spanien nicht spurlos vorbeizieht. Wie verschiedene Studien unterstreichen, nehmen allein im Jahr 2011 an den Protesten der Indignados zwischen 800.000 und zwei Millionen Menschen teil, weitere fünf Millionen stoßen zumindest punktuell zu De-

monstrationen und Protestcamps hinzu (vgl. Adell Argilés 2011: 154ff.). Neben dieser direkten Beteiligung kartiert die Meinungsforschung konstant hohe Unterstützungswerte für die Proteste. In Umfragen sympathisieren 60 bis 80 Prozent der Befragten mit den Indignados – diese Unterstützung ist im Frühling 2012, ein Jahr nach den ersten Mobilisierungen, nicht etwa gefallen, sondern hat sich auf hohem Niveau stabilisiert.⁴

In diesem Sinne lässt sich durchaus behaupten, dass die Indignados Spaniens Ist-Zustand erschüttern. Der Empörungsdiskurs bleibt auch und besonders erhalten durch die Wirtschaftskrise, in der sich das Land seit 2007 befindet – und die sich ab 2011 weiter zuspitzt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt 2012 und 2013 auf sechs Millionen und ist in Spanien mit über 25 Prozent gemeinsam mit Griechenland die höchste in der Europäischen Union (vgl. Eurostat 2013). Wenn man hinzunimmt, dass 2013, nach sechs Jahren Wirtschaftskrise, Hunderttausende aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt worden sind,⁵ die Reallöhne fallen und 40 Prozent der neuen Arbeitsverträge nur einen Monat lang hält (vgl. Sánchez 2013), so tut sich ein entmutigendes Szenario auf. Arbeitslosigkeit, Prekarität und Perspektivlosigkeit betreffen, anders als in Mittel- und Nordeuropa, nicht »nur« ein Viertel der Gesamtbevölkerung, sie werden vielmehr zum querschnittartigen Phänomen, das eine Mehrheit durchlebt. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von zeitweise knapp 60 Prozent ist es für die Akademikerin aus der Mittelschicht genauso schwer, eine Stelle zu finden, wie für das ecuadorianische Paar, das vor der Krise auf dem Bau und in der Pflege gearbeitet hatte und nun arbeitslos ist. Beamte wie Lehrer oder Ärztinnen sind zwar in einer vergleichsweise sicheren Position, doch auch sie betrifft – durch erhöhten Arbeitsdruck und niedrigere Löhne – der harsche Austeritätskurs, den die Regierungen auf zentraler, regionaler und kommunaler Ebene forcieren, um ihre Ausgaben zu deckeln. In diesem Sinne sieht sich die gesamte spanische Bevölkerung einer *Krisenerfahrung* enormen Ausmaßes ausgesetzt. Sie lässt sich nur vergleichen mit der Nachkriegszeit in den 1940er Jahren. Der Ökonom Juan Carlos Barba (2011) hält fest: »Spaniens Wirtschaft bricht derzeit in einem Ausmaß zusammen, das in Europa in Griechenland seinesgleichen findet.«

4 So ermittelt eine Studie des Forschungsinstituts Metroscopia von Mai 2012, dass 68 Prozent der Befragten mit den Indignados sympathisieren und 78 Prozent die Forderungen der Protestler als richtig beurteilen. Interessanterweise urteilt eine Mehrheit (65 Prozent) ebenfalls, dass die Empörtenproteste nicht für eine radikale Systemkritik stehen, sondern vielmehr die Demokratie zu regenerieren suchen (vgl. Lobera 2012).

5 Die konservative Zentralregierung besitzt (angeblich) noch im Frühling 2012 keine Daten darüber, wie viele Menschen während der Krisenjahre zwangsgeräumt worden sind. Die Mindestschätzung bewegt sich aber bei 200.000 – sehr wahrscheinlich waren es aber zumindest doppelt so viele. 2013 bis 2018, da die Krise langsam (und vorläufig) überwunden wird, finden nachweislich 400.000 Zwangsräumungen statt.

Bereits diese grobe Skizze sollte aufzeigen,⁶ dass der Empörungsdiskurs auf eine zerrüttete Gesellschaft stößt, in der die im historischen Kapitel II angeführten Versprechen auf Wachstum, Stabilität, individuelle Selbstentfaltung sowie eine konstante Modernisierung, die das nachfranquistische Spanien beherrscht haben, brüchig werden. Eine Sphäre der spanischen Gesellschaft bleibt gleichwohl in der unmittelbaren Zeit nach 2011 erstaunlich stabil. Spaniens institutionelle Politik gibt *keine* Anzeichen dafür, sich gegenüber den Empörten besonders responsiv zu verhalten, geschweige denn sich von ihnen erschüttern zu lassen. Wie Raimundo Viejo (2012: 24) betont, überrascht der Empörungsausbruch die etablierten Kräfte, er lässt sich nur schwer innerhalb der historisch tradierten Regeln der spanischen Politik übersetzen. Wie Kapitel II, »Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung«, gezeigt hat, spielen für die fehlende Responsivität des Parteiensystems gegenüber dem Empörungsdiskurs insbesondere zwei Faktoren eine herausragende Rolle. Erstens geschah im nachfranquistischen Spanien eine Differenzierung zwischen Politik und Gesellschaft, die beide Bereiche als grundsätzlich verschiedene stilisierte. In der politischen Sphäre wurde regiert, repräsentiert und es wurden Entscheidungen getroffen, während die Sphäre der Zivilgesellschaft gleichsam politikfrei blieb und über die institutionellen Repräsentationsmechanismen hinaus nur wenige Einflussmöglichkeiten besaß.

Dies führt zum zweiten Faktor, der das schwere Verhältnis zwischen dem Empörungsdiskurs und Spaniens politischem System verstehbar macht. Die Proteste und Mobilisierungen, die in den knappen vier Dekaden, die vom Ende der Diktatur (1975) bis zum Ausbruch der Empörung (2011) reichen, beschränkten sich entweder auf Einzelthemen (etwa die Ökologie, die Abschaffung der Wehrpflicht, spezifische Arbeitskämpfe u.Ä.) oder sie blieben eine Sache subkultureller Milieus, die sich der Gesamtgesellschaft nicht zu, sondern sich von ihr abwandten (etwa die Hausbesetzerbewegung oder die Studentenbewegung). Bei den Empörtenprotesten verhält es sich anders. Sie formulieren eine grundsätzliche Kritik am Ist-Zustand. Man kann den Konflikt von »unten gegen oben«, der 2011 ausbricht, in vieler Hinsicht kritisieren und seine populistische Naivität, seine Vagheit oder seine Widersprüche monieren. Doch eines artikulieren die Indignados stärker als jede andere Bewegung seit 40 Jahren: Sie setzen sich mit der instituierten Ordnung, das heißt mit der Gesellschaft als Ganzes, auseinander. Der Protest von 2011 und der Folgejahre ist grundsätzlicher Natur. Zwar sind sich die Protestlerinnen selbst uneins, ob sie die Kritik an der Demokratie als Anspruch auf die Regeneration der repräsentativen Demokratie verstehen oder diese Demokratie grundsätzlich ablehnen – doch *dass* sich das politische System *ändern muss*, darüber sind sich alle einig, die erst in den großen Zeltlagern und später in den kleineren Quartiersversammlungen zusammenkommen.

6 Diese Arbeit möchte nicht in die komplexe Analyse des spanischen Wirtschaftsmodells steigen, das erst Jahrzehnte eines rapiden Wachstums sicherstellte, um dann im Zuge der Finanzkrise von 2008 rapide zusammenzubrechen. Die hiesige Perspektive ist nicht, wie schon betont, eine ökonomische, sondern eine kulturalistische; sie betrachtet nicht Spaniens Wirtschaftskrise »an sich«, sondern die so neuartigen wie umkämpften Deutungen, die sich rund um diese langjährige Krise artikuliert haben (siehe allerdings als kritische Analysen zu Spaniens Wirtschaftskrise: López/Rodríguez 2011, Huke et al. 2015, Clua-Losada 2012 und 2015).

Bevor dieses Kapitel darauf eingeht, was Podemos aus den Protesten der Indignados macht, möchte ich zwei kurze Seitenblicke auf diese Proteste selbst sowie auf die institutionelle Politik werfen. Dies soll den Kontext liefern, von dem aus sich die Genese, Strategie und Praxis von Podemos einordnen lässt. Konzeptuell gesprochen möchte ich im Folgenden knapp die Topographie der Gegenhegemonie und der Hegemonie kartieren, die das politische Spanien nach der Entstehung des Empörungsdiskurs im Mai 2011 und vor der Entstehung von Podemos strukturiert. Diese Topographie wird verständlicher machen, warum in Spanien eine neue linkspopulistische Partei entsteht und warum sie sich so artikuliert, wie sie es tun wird.

1.1 Der Empörungsdiskurs – verbreitet, aber erschöpft

Das vorhergehende, ethnographische Kapitel legte bereits eine widersprüchliche Tendenz offen, die Spanien in den Jahren nach 2011 prägen sollte. Der Empörungsdiskurs oszilliert zwischen Diffusion und Erschöpfung. Bezüglich der Diffusion ist festzuhalten, dass das Land bis 2013 eine beispiellose Abfolge von Mobilisierungen und Protesten erlebt.⁷ Millionen mobilisieren sich, um ein Ende der Austeritätspolitik zu fordern, ihre politischen Repräsentanten zu kritisieren und eine andere Demokratie zu fordern. Dies geschieht am 19. Juli 2012, als unter dem Motto »Sie möchten das Land ruinieren. Das ist zu verhindern. Wir sind mehr« in Madrid mehrere hunderttausend und in anderen spanischen Städten zehntausende Demonstrantinnen marschieren. Sie protestieren gegen die Pläne der konservativen Zentralregierung, binnen zweier Jahre Sparmaßnahmen in Höhe von 65 Milliarden Euro zu realisieren, die mit Kürzungen des Arbeitslosengeldes, der Beamtengehälter oder einer Erhöhung der Mehrwertsteuer einhergehen.⁸ Der Soziologe Emmanuel Rodríguez beschreibt den Protest vom 19. Juli 2012 wie folgt:

In Madrid haftet der Demonstration eine merkwürdige Stimmung an. Man ruft: »Sie repräsentieren uns nicht!«, »Es gibt kein Brot für so viele Gauner!« Das dürfte nicht überraschen. Unerwartet aber fällt die Zusammensetzung des Aufmarsches aus. Am 19. demonstrieren gemeinsam Gewerkschafter, Aktivisten, soziale Bewegungen, aber auch Lehrer, Ärztinnen und Krankenpfleger, Verwaltungsbeamte, Feuerwehrleute, Polizisten, Richter... Alles Spezies, die Protesten traditionell fernstehen. Das ist *nicht* der 15-M [die Indignados]. Aber der 15-M hat seine *Formen* weitergegeben. (Rodríguez 2016: 46, Hervorheb. C. L.)

Anhand des Blickes auf die Protestteilnehmerinnen räsoniert also Rodríguez, dass bei den Protestmärschen im Juli 2012, mehr als ein Jahr nach dem ursprünglichen Empörungsausbruch, die Empörungsstimmung diffundiert sei. Selbst traditionell eher unpo-

7 Die Darstellung des Protestzyklus, der zwischen den Protesten der Indignados im Mai 2011 und der Geburt von Podemos geschah, fällt hier aus Platzgründen knapp aus. Als Darstellungen hierzu im deutschsprachigen Raum siehe die Beiträge von Huke 2017: 224–269 und Zelik 2015: 105–115, international: Fominaya 2020.

8 Anders als etwa in Griechenland richtet sich der Protest weniger gegen die supranationalen Institutionen (Europäische Kommission, Zentralbank sowie Internationaler Währungsfonds), welche die Austerität forcieren, sondern eher gegen die nationalen Eliten, die den Sparkurs innerhalb Spaniens vorantreiben.

litische Bevölkerungsgruppen wie jene der Beamten haben sich augenscheinlich die Forderungen und das Protestrepertoire zu eigen gemacht, die im Frühjahr 2011 entstanden sind.

Der Protestzyklus, der 2011 beginnt, tritt nicht nur, aber besonders, als *Austeritätskritik* an. Die Kerndiagnose der Indignados, dass die derzeitige Krisensituation nicht weiter zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit gehen dürfe, sondern die Verantwortungsträger in Politik und Wirtschaft dafür verantwortlich gemacht werden müssten, wird in den Folgejahren von ganz verschiedenen sozialen Gruppen reartikuliert. Die sogenannten *Mareas* (Fluten) mobilisieren Angestellte im Gesundheitssektor sowie im Bildungswesen gegen die Privatisierungen und Kürzungen, die Zentral- und Regionalregierungen vorantreiben. Senioren organisieren sich gegen Rentenkürzungen als *marea pensionista* (Rentnerwelle), auch Arbeitslose schließen sich zusammen. Zwar lässt sich das präzise Ausmaß dieser Proteste nur schwer einschätzen, unbestreitbar aber ist, dass in der Dekade nach 2011 immer wieder großflächige Protestaufmärsche stattfinden, an denen oft Zehntausende und zuweilen Hunderttausende teilnehmen (vgl. Portos 2019). Die Empörung sedimentiert, sie wird – zumindest partiell – zur Gesellschaft.

Aber es griffe zu kurz, schlicht die gesellschaftliche Diffusion des Empörungsdiskurses und damit einhergehend eine politisierte Zivilgesellschaft zu diagnostizieren. Die Indignados lösen ambivalente, teils widersprüchliche Dynamiken aus. Es geschieht zunächst das, was bereits indirekt das ethnographische Kapitel vorfand. In den Großstädten – vor allem in Madrid und Barcelona, aber auch in Valencia, Bilbao, Sevilla etc. – werden die Versammlungen auf den Hauptplätzen, die in ihrer Hochphase zehntausende Menschen anzogen, aufgelöst. An ihre Stelle treten kleinere, meist wöchentlich stattfindende Versammlungen, die sich auf Quartiersebene organisieren. Von den hunderten Gruppen, die sich im Sommer 2011 konstituieren, habe ich zwei vorgestellt: die *Asambleas La Marina* und *Sant Martí*, die sich jeweils in bescheidenen Arbeiterquartieren Barcelonas verorteten. Wie bereits diese sehr kleine Stichprobe verdeutlichte, entwickeln die jeweiligen Versammlungen sehr ungleichartige Dynamiken. Gerade bei der *Asamblea Sant Martí* gilt, was viele qualitative und vor allem ethnographische Studien gezeigt haben: Viele Empörtenversammlungen durchlaufen eine *Radikalisierung*.⁹ Nur ein harter Kern von Aktivistinnen, teils mit politischem Erfahrungshintergrund, teils ohne, bleibt in den Folgejahren des Empörungsausbruches von 2011 aktiv. Viele andere, die spontan in den ersten Wochen und Monaten an den Platzbesetzungen und ersten Versammlungen teilnahmen, setzen sich rasch wieder von ihm ab. Judit, eine langjährige Empörtenaktivistin in Barcelona, antwortet zustimmend auf die Frage, ob eine Radikalisierung des Protests stattgefunden habe:

Radikal? Ja. Systemkritisch? Auch. Wenn wir einfach gehorchen würden, würden wir die Demokratie, die wir haben, nicht in Frage stellen – und auch nicht die bestehenden Organisationen, die Politik, die Wirtschaft... Wir leiden darunter, dass all diese Be-

9 Radikalisierung verstehe ich als eine Tendenz hin zu einer zusehends *disruptiven* Protestpraxis, die nicht (mehr) versucht, mit den politischen Institutionen oder Akteuren zu verhandeln, sondern das Funktionieren dieser Institutionen und Akteure stört oder in Frage stellt (vgl. Daphi/Anderl 2016: 3ff.). Jedoch ist hier der Begriff der Tendenz wichtig. Die Radikalisierung der Indignados bleibt unvollständig und intern umstritten.

griffe pervertiert sind, dass Begriffe wie Demokratie oder Sozialpolitik vollständig in ihr Gegenteil verdreht worden sind. Wenn die Gesellschaft merkt, dass zwischen dem, was gesagt wird und dem, was politisch getan wird, kein Zusammenhang herrscht, dann geschieht ein Bruch. Und dieses Unbehagen führt dann zur Radikalität und zur Systemkritik. (Interview, 18.9.2014)

Die Passage ist deshalb interessant, weil sie die Radikalisierung der Indignados immanent zu erklären versucht. Für Judit folgt die radikale Ablehnung des Ist-Zustandes aus der grundsätzlichen Diagnose, die am Anfang des Empörungsausbruches stand. Wenn die Dysfunktionalität der Ordnung, im breiten Sinne als politische wie ökonomische verstanden, diagnostiziert wird, so folgt daraus für die Interviewte, dass diese Ordnung eben auch als Ganze abgelehnt werden müsse. Nun ist diese konsequente Kritik am Status quo zu Beginn der Proteste keineswegs unumstritten. Es gibt jene, die sich nur partielle Reformen des politischen Systems oder bessere Repräsentanten wünschen und keineswegs – wie Judit hier – eine ganz andere, direkte und radikale Demokratie anstreben (siehe: Kap. III.2.e). Doch schrittweise setzt sich bei den Protestlern die *radikale Deutungsline* gegenüber der reformistischen durch.

Dass diese Verschiebung geschieht, hängt mit der langsamen Herausbildung einer differenzierbaren Empörungsidentität zusammen, wie sie das letzte Kapitel herausarbeitete. Während der Protestausbruch 2011 von einer heterogenen Menge geprägt war, die auf den Hauptplätzen des Landes ihren Unmut kundtat und »nur« durch breite leere Signifikanten – vornehmlich das Ideal einer radikaleren Demokratie sowie die Konfliktlinie »unten gegen oben« – zusammengehalten wurde, haben die weitaus kleineren Versammlungen, die teils auf Quartiersebene bestehen, einen anderen Charakter. Dort trifft sich, teils über Jahre, immer wieder ein harter Kern einiger dutzend Menschen. Kraft der engmaschigen, subjektivierenden Natur der Versammlungen entsteht langsam eine gemeinsame kollektive Identität.¹⁰ Die Grenzen, die zwischen der Innenwelt der Versammlung und ihrer Außenwelt gezogen werden, helfen, wie bei den beobachteten Assemblies der Fall, dass sich eine Wir-Identität ausdifferenziert und dass dieses »Wir« offensiv seine Vorstellungen als die »richtigen« und normativ überlegenen postuliert. Das heißt nicht, dass der ursprüngliche Diskurs der Empörung nicht mehr gilt, aber dass er eine Schließung durchläuft. Aus eher vagen und widersprüchlichen Vorstellungen erwächst in den Versammlungen ein verbindender und relativ geschlossener diskursiver Horizont, wie er in der Interviewpassage mit der Aktivistin Judit aufscheint. Ihre Kritik verdichtete sich zu einer Weltanschauung, die im »Bruch« mit der Ordnung selbstsicher »die Gesellschaft« an ihrer Seite vermutet. Denn es ist die Gesellschaft – nicht die Protestler allein –, die Judit zufolge die »Verdrehung« und »Perversion« der politischen und ökonomischen Realität aufdeckt.

Freilich bleibt, so widersprüchlich dies auf Anhieb scheint, die kollektive Identität der Indignados gegenüber der Außenwelt porös. Anders als viele andere Protestbewe-

10 Aufschlussreich für den Raum Barcelona sind ferner die Studien José Mansillas zum *Ateneu Popular La Flor de Maig*. Sie beschreiben eine »Konvergenzbewegung« der Empörten mit tradierten Formen des Aktivismus, die sich im Verlauf der Zeit zusehends intensiviert, »bis die Grenzen zwischen den einen und den anderen verschwimmen, und sogar das kollektive Gedächtnis lokaler Kämpfe zurückgewonnen wird« (Mansilla 2015a: 163).

gungen begreifen sich die Empörlen nicht als eine abgesonderte Bewegung, die nur »die Aufmerksamkeit des unmittelbar anwesenden Publikums« sowie »der Massenmedien« sucht (Rucht 2011a: 21), sondern als *Produzenten* einer grundsätzlich anderen sozialen Wirklichkeit. Die im letzten Kapitel untersuchten Versammlungen ziehen sich keineswegs in sich zurück, sondern streben danach, die Gesellschaft zu verändern. Ob mit kleinen Aktionen wie das Stoppen von Zwangsräumungen oder großen Demonstrationen, um eine bessere Infrastruktur für das Quartier zu fordern – stets problematisieren die Indignados handfeste soziale Missstände. Vor allem aber halten sie die Betroffenen, ob die Zwangsgeräumten oder die Nachbarschaft, dazu an, sich mit zu engagieren. Die Empörtengruppen zeichnet aus, dass sie eine Aktivierung der Betroffenen anstreben, damit diese in politischen Lernprozessen zu Aktivistinnen subjektiviert werden.

Der doppelte Anspruch, Außenstehende aktiv einzuschließen und die soziale Wirklichkeit zu verändern, schlägt sich in einer interessanten, jedoch kaum beachteten semantischen Verschiebung nieder, welche die Empörtensammlungen betrifft. Hießen diese anfangs schlichtweg *Asambleas* oder, im Katalanischen, *Assemblies*, so verbreitet sich mit der Territorialisierung der Versammlungen von den Plätzen in die Quartiere im Sommer und Herbst 2011 zusehends der Begriff *Asambleas populares*.¹¹ Dies heißt auf Deutsch so viel wie Volksversammlung, liegt allerdings näher am englischen Begriff *popular assembly* – und legt den prinzipiellen Anspruch offen, dass die Indignados als Plattformen einer neuen Entscheidungsgewalt fungieren wollen.¹² Doch welchen Unterschied macht eine *Asamblea Popular de Carabanchel*, eine *Asamblea Popular Lavapiés* oder eine *Asamblea Popular Villa de Vallecas*, um nur drei der größten und langlebigsten Madrider Empörtensammlungen zu nennen? Aus dem Adjektiv »popular« folgt noch keine neue Praxis, aber schon ein neuer programmatischer Anspruch. Eben diesen Anspruch fasst eines der ersten Dokumente zusammen, das im Kontext der Empörtensproteste den Begriff der *Asamblea Popular* systematisch einführt:

Was ist eine Asamblea Popular? Es ist ein partizipatives Entscheidungsorgan, das den Konsens sucht. Man sucht die besten Argumente, um die Entscheidungen zu treffen,

- 11 In Katalonien setzte sich der Begriff *Ateneus populars* durch, der an die lange Tradition der *Ateneus* erinnert, also an Kulturvereine, die sich im 19. Jahrhundert erst das Bürgertum schuf, um eine eigene Öffentlichkeit entstehen zu lassen. Später eignete sich das Proletariat diese institutionelle Form an und schuf sich ihre eigenen *Ateneus populars*, um dort, wie die pathetische Formel war, die »Bildung der Arbeiterschaft durch sich selbst« zu tätigen.
- 12 Dass in den spanischen Protesten ab 2011 der Begriff der *Asamblea Popular* auftaucht, dürfte auch mit einer lateinamerikanischen Erfahrung zusammenhängen, welche die der Indignados vorzeichnet. Im Zuge von Argentiniens Wirtschaftskrise von 2001 artikuliert sich im Land eine großflächige Protestwelle, die nicht nur in ihrem Motto *¡Qué se vayan todos!* (Sie sollen alle gehen!) an die populistische Totalkritik der Indignados erinnert, sondern auch und besonders in Gestalt der hundert Versammlungen, die sich in Quartieren und teils auch in Fabriken bildeten. Diese *Asambleas* übernahmen zahlreiche Aufgaben, sie waren wahrliche Netzwerke gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, die teils sogar sozialstaatliche Aufgaben ersetzten oder Betriebe kollektiv führten. Angesichts dessen genauso wie in Anbetracht ihrer ähnlich wie bei den Indignados äußerst heterogenen Zusammensetzung waren die argentinischen *Asambleas barriales* (Quartiersversammlungen) eines der zentralen Vorbilder, an denen sich die spanischen Proteste ab 2011 orientierten (vgl. Nuño de la Rosa García 2014). Diese lateinamerikanische Prägung wird dann bei der Genese und Strategie von Podemos wiederauftauchen (Kap. V.2).

die am ehesten den verschiedenen Meinungen entsprechen. Dabei werden allerdings konfrontierte Positionen wie beim Wahlgang vermieden. Der Ablauf der Versammlungen soll friedlich sein, man hat alle Meinungen zu respektieren und Vorurteile wie Ideologien hinter sich zu lassen. Eine Versammlung soll sich nicht um einen ideologischen Diskurs drehen, sondern um praktische Angelegenheiten. So etwa: »Was brauchen wir? Wie bekommen wir es?« (Anonym 2011, H. i. O.)

In den Asambleas populares verdichten sich, folgt man dem Zitat, vier bereits bekannte Ansprüche: Souveränität, Partizipation, Deliberation und Ideologiefreiheit. Sie seien von hinten aufgearbeitet. Das Dokument, das im Sommer 2011 in Madrid mit dem Titel »Schnelles Handbuch zur Dynamisierung von Volksversammlungen« entsteht, um als Kanon für die hunderten Versammlungen zu fungieren, die sich damals auf Quartiersebene bilden, hält ausdrücklich die Ideologie der Ideologiefreiheit hoch, die bereits im Mai und Juni 2011 in dem Protestcamp in Barcelona aufschien (Kap. III.3.b). Damit stilisieren sich die Versammlungen als veritable *Volksversammlungen*, die jede und jeden unabhängig von politischen Anschauungen integrieren könnten. Die Rhetorik der Ideologiefreiheit suggeriert eine Überparteilichkeit, die zwar niemals voll gegeben ist. Schon allein die Teilnahme an den Versammlungen selbst ist ein voraussetzungsvoller Akt, den nur diejenigen vollziehen, die basisdemokratische Plattformen nicht bereits prinzipiell ablehnen. Aber dennoch artikuliert diese rhetorische Ideologiefreiheit durchaus effektiv die *Inklusivität* der Versammlungen. Sie erscheinen eben *nicht* als ein Ort, an dem nur politisch Gleichgesinnte zusammentreffen, sondern werden als ein rundum integrierender und demokratischer Raum stilisiert, der gegenüber der beklagten postdemokratischen Aushöhlung von Spaniens politischem System den Bürgerinnen und Bürger ein neues Souveränitätsorgan anbietet.

Ähnlich verhält es sich mit den Prinzipien der Deliberation und Partizipation. Der Anspruch, die »besten Argumente [zu suchen], um die Entscheidung zu treffen, die am ehesten den verschiedenen Meinungen entspricht«, setzt eine Vernünftigkeit oder eine kommunikative Rationalität à la Habermas voraus, die selbst in den langjährig eingespielten Versammlungen, die das vorherige Kapitel untersuchte, bestenfalls partiell verwirklicht wird – und stets von dichten Machtverhältnissen konterkariert wird. Freilich spielt dieses Vernunftideal auf den zentralen Anspruch der Indignados an, dass die Deliberation und Partizipation in den Asambleas dem Wahlakt in der repräsentativen Demokratie prinzipiell *überlegen* sind. Den Versammlungen kann, folgt man dem Handbuch, das gelingen, woran die aktuelle Ordnung scheitert: Die besten Argumente zusammenführen und konfrontierte Positionen überwinden, um das Gemeinwohl sicherzustellen. Diese Primatstellung der direkten gegenüber der repräsentativen Demokratie ist zwar eine konsequente Folge der Kritik der Indignados an Institutionen und Repräsentanten. Doch die Ausdrücklichkeit, die diese Primatstellung hier annimmt, macht sie zu einer so ambitionierten wie gefährlichen Vision. Die Vorstellung, dass die eigene Institution – die Asambleas popular – die einzig richtige und »reine« Politikform sei, ist auch ein po-

tentiell entpolitisierender Gesellschaftsentwurf, der sozialen Wandel lähmen kann (vgl. Möller 2017: 256f.).¹³

Das leitet über zum Ideal der Souveränität. Die Versammlungen sind für die darin Involvierten mehr als nur Begegnungsräume, sie sind Räume politischer Gegenmacht. Nun dürfte den Beteiligten klar sein, dass die Versammlungen faktisch keine »partizipativen Entscheidungsorgane« sind – wie es in der zitierten Passage heißt. Dennoch symbolisieren die Versammlungen für die Indignados eine *konstituierende Macht*. In dieser Hinsicht trifft der Begriff der Volksversammlung hier vollends zu. Letztere ist für die Empörten eine ordnungsgründende Instanz. Prozesshaft »artikulierte und manifestiert« sich dort, wie es bei Celikates (2019: 565ff.) heißt, die konstituierende Macht »des Demos« als ein quasi »anarchischer Aufstand« gegen die konstituierte Ordnung. Die zentrale Idee, dass sich in den Versammlung eine konstituierende Macht verkörpert, die zur konstituierten Macht der Staatsgewalt in Widerspruch tritt, statet den Empörungsdiskurs mit dem Pathos der Neugründung des Gemeinwesens aus. Für die Aktivistinnen stehen die Asambleas populares für eine neuartige Souveränität, die die etablierte Ordnung herausfordert, ja diese als Unrechtszustand delegitimiert und an ihrer statt eine neue Legitimität postuliert. Die Indignados würden mit Celikates behaupten, dass die Praxis der Asambleas populares ein »kollektiver Akt des Neubeginns« ist, der darauf zielt, »in horizontalen und partizipatorischen, inklusiven und solidarischen Organisationsstrukturen und Praktiken konstituierende Macht als pluralistisch strukturierenden Prozess zu verstetigen« (ebd.: 569).

Gleichwohl sind die Empörtenversammlungen nicht überzubewerten. Celikates unterstreicht selbst: »die Ausübung konstituierender Macht [...] ist immer auch *hegemoniale Usurpation*« (ebd., Hervorheb. C. L.). Die Versammlungen der Indignados treten bei ihrem Ausbruch im Frühjahr 2011 als neuartige Repräsentationsorgane »des Volkes« an. In den Folgejahren aber wird der Widerspruch zwischen dem Anspruch, eine konstituierende Macht zu sein, und der sozialen Wirklichkeit allseits offensichtlich. »Die Teilnahme ließ nach, die Versammlungen blieben leer, die Leute gingen. Der Rhythmus des Aktivismus war zu hoch. Für »normale« Leute, die das nicht gewöhnt waren, war es einfach zu viel«, resümiert die Aktivistin Judit die Situation der Empörtenversammlungen in Barcelona im Jahr 2012 (Interview, 18.9.2014). Den Volksversammlungen ging das Volk verloren. Zwar ist die Erschöpfung von Protestzyklen sowie die Ablösung von aktiven und latenten Protestphasen ein selbstverständlicher Vorgang, der sehr wichtige Sedimentierungsspuren in der Gesellschaft hinterlässt.¹⁴ Im Fall der Indignados jedoch wiegt die Erschöpfung des Protestzyklus schwer. Der Empörungsdiskurs strebt nach einem tiefen Wandel Spaniens. Doch nach zwei, drei Jahren des Protestierens hat sich im Land so viel nicht verändert. Die Versammlungen können sich noch so sehr als konstituierende

13 Podemos wird solche Vorstellungen verabschieden, dabei aber seinerseits das Moment der partizipativen Demokratie in der parteieigenen Organisationsform bewusst vernachlässigen (Kap. V.5).

14 Diese Sedimentierung ist auch beim Empörungsdiskurs wichtig. Im Interview betont der Linkspolitiker David Fernández, wie die Indignados die sozialen Bewegungen in Barcelona »öffneten und wohl 500 bis 600 langfristige Aktivistinnen »hervorbrachten« [...] Ein Exempel dafür sind Ateñeus wie das Engranatge in der Zona Franca, die erst der Protest von 2011 ermöglichte« (Interview, 14.1.2016, siehe zum Ateñeu Engranatge: Kap. IV.6).

Macht begreifen – ihre Aktionen bewirken, wie sich zeigte, Veränderungen im Kleinen, institutionelle Verschiebungen aber bleiben aus. Es tut sich nach 2011 eine *Kluft* auf zwischen dem Anspruch auf Neugründung des Gemeinwesens und der tatsächlichen, unbewegt scheinenden institutionellen Wirklichkeit. Die konstituierte Macht, so delegitimiert sie scheint, bleibt zumindest nach außen hin stabil. Auf die an ihr geübten Kritik lässt sie sich kaum ein.

1.2 Die Kultur der Transition – von der Krise zur Reform?

Wir müssen die demokratischen Institutionen kräftigen, um das Gewebe des Vertrauens wiederherzustellen. Ohne dieses Vertrauen kann keine Gesellschaft die Prüfungen bestehen, die heute zu überwinden sind. Wir Spanier können und müssen diese Prüfungen bestehen.

Vorbildlichkeit und Transparenz müssen das Handeln jener bestimmen, die politische Verantwortung übernehmen, und zwar in einem persönlichen wie institutionellen Sinne.

(Partido Popular 2011a: 19)

Die zitierte Passage ist Teil des Wahlprogramms der konservativen Partei *Partido Popular* (PP, zu Deutsch: Volkspartei) zu den Parlamentswahlen im November 2011. Das Programm, auf das ich in der Folge eingehe, ist paradigmatisch dafür, wie die tradierten Volksparteien – der politische Pfeiler der Kultur der Transition – auf die Proteste der Indignados reagieren: mit einer Mischung von schwacher Responsivität und Delegitimierung.¹⁵ Die »Kräftigung der demokratischen Institutionen« die am Ende des 100-Punkte-Programms des PP versprochen wird, bleibt ein vages Vorhaben. Unter dem Titel »Politische und institutionelle Regeneration« werden tatsächlich nur zwei unbestimmte Forderungen artikuliert. Eine lautet: »Wir werden mit ehrlicher Dialogabsicht alle Aktionen und politischen Vereinbarungen unterstützen, welche die Eintracht und Verständigung aller Spanier rund um die Verfassungswerte stärken.« (PP 2011a: 20) Derartige Forderungen erkennen zwar an, dass sich Spaniens politische Ordnung in einer Legitimitätskrise befindet – doch die Lösungen, die sie anbieten, sind *unbestimmt*. Konkrete Initiativen, die den gesellschaftlichen Rückhalt der Verfassung stärken sollen, bleiben aus.

15 Ich tätige in diesem Schritt nur einen groben und sensibilisierenden Abriss, der nur *einen* Akteur zu *einem* Zeitpunkt – die konservative Volkspartei PP Ende des Jahres 2011 – fokussiert. Bedauerlicherweise gibt es (noch) wenige Studien, die im Detail nachzeichnen, wie die Responsivität der hegemonialen Akteure Spaniens gegenüber den Protesten der Indignados vor der Entstehung von Podemos (2014) ausfiel. Siehe bislang dazu die Studien von Pinilla García 2011, Juan Amat/Collado Campaña 2013 und Ramírez 2018.

Zugleich fällt im zweiten Abschnitt des oben zitierten Passus auf, dass die »Kräftigung der demokratischen Institutionen« als eine moralische Herausforderung begriffen wird. »Vorbildlichkeit« und »Transparenz« sollen, so der normative Imperativ, von den politischen Amts- und Entscheidungsträger als Maßstab ihres Handelns begriffen werden. Es geht, so die implizite Botschaft, darum, die *Vertrauensbande* zwischen Repräsentanten und Repräsentierten wiederherzustellen. Dafür werden weniger ausführliche institutionelle Reformvorschläge in Anschlag gebracht als vielmehr politische Tugendhaftigkeit versprochen. Damit reartikulieren die Konservativen die moralisch gefärbte Kritik der Indignados, machen sich förmlich deren Forderung zu eigen, dass Politikerinnen ihre Repräsentationsaufgabe der Volkssouveränität in ihrer alltäglichen Praxis verwirklichen müssen. Zugleich wird dieses Axiom nicht responsiv in überprüfbare Reformvorschläge überführt, sondern im Terrain einer offenbleibenden Rhetorik gehalten, die der institutionellen Materialisierung gezielt ausweicht.

Nun ist der PP, neben dem sozialistischen PSOE die große Volkspartei Spaniens, beim Ausbruch der Empörtenproteste im Mai 2011 keine Regierungs-, sondern die große Oppositionskraft des Landes. Die Generalwahlen von November 2011 gelten den Konservativen – nach zwei Legislaturperioden (2004–2008, 2008–2011) mit sozialistischen Regierungen – als die Möglichkeit, erneut Spaniens Exekutive zu übernehmen. Und so übernimmt denn auch der PP in seinem Wahlprogramm die Diagnose der Indignados, dass sich das Land in einem allgemeinen Krisenzustand befindet, der sich nicht auf die Wirtschaft beschränkt, sondern auf Politik und Gesellschaft erstreckt: »Die spanische Gesellschaft ist heute verarmt und entmutigt.« (PP 2011b: 13) Für diese umfassende Krise werden die Sozialisten verantwortlich gemacht. Letztere haben, so die Diagnose des PP, Spanien vom Modernisierungskurs abgerrückt und in die Sackgasse geführt. Demgegenüber inszenieren sich die Konservativen als Träger eines integrativen Projekts, das den spanischen Bürgern eine wahre Alternative anbietet:

Spanien braucht andere Politiken und eine andere Form, Politik zu machen. Der Partido Popular bietet den Spaniern eine andere Form des Regierens an. Eine Regierung vom Zentrum aus und für alle, mit Mäßigung und Dialog. Eine ehrliche und verantwortungsvolle Regierung mit gutem Urteilsvermögen. Eine Regierung, die effizient, sparsam und transparent ist. Eine Regierung, die für Wahrheit und Glaubwürdigkeit steht. (PP 2011b: 14)

Die Konservativen reartikulieren machtvoll die Krisendiagnose der Empörtenproteste, um sich selbst als *die* Alternative aufzuschwingen, die Spanien aus der Krise holen kann. Die Auflistung von tugendhaften Eigenschaften (Mäßigung, Dialog, Ehrlichkeit, Verantwortung, Effizienz, Sparsamkeit, Transparenz usw.) firmiert als eine kontrafaktische Abgrenzungsfolie zur aktuellen Malaise, in der all dies nicht nur nicht realisiert wird, sondern – so die implizite Losung – das Gegenteil gilt, also Scheinheiligkeit, Verantwortungslosigkeit, Ineffizienz, Parteilichkeit oder Intransparenz. So tut sich eine binär gesplante Wirklichkeit auf, in der die Sozialisten für den verdorbenen Ist-Zustand stehen und, demgegenüber, die Konservativen versprechen, die Alternative zu sein, um die umfassende Regeneration Spaniens anzugehen.

Doch was passiert in diesem gespaltenen Szenario, in dem das krisengerüttelte Spanien *einen* Verantwortlichen (die Sozialisten) und *einen* Erlöser (die Konservativen) hat,

mit den dritten im Bunde, den Urhebern der umfassenden Krisendiagnose? Wie reagieren die Konservativen auf die Platzbesetzungen, die wenige Monate vor der Wahl von November 2011 geschahen? Die Proteste also, welche die Vorstellung eines Landes in der Krise erst popularisierten? Das Wahlprogramm des PP geht auf die Indignados ein, um sie als legitimer Akteur zu dezertifizieren:

Die Diskurse, die die Politik und die Politiker als Ganze disqualifizieren, aber selbst keine Alternative anbieten, bergen eine große Gefahr. Es geht darum, die demokratischen Institutionen zu stärken, und nicht darum, ihre Legitimität zu leugnen. Es geht darum, die Prozesse der Deliberation und der Einigung zu verbessern, und nicht darum, sie zu ersetzen. (PP 2011b: 170)

In der Passage wird die Kritik, die Monate zuvor auf den Straßen und Plätzen am politischen System geübt wurde, gar nicht erst als prinzipiell berechtigt anerkannt. Zwar übernehmen die Konservativen die Krisendiagnose des Empörungsdiskurses, reartikulieren sie – samt mancher ihrer Forderungen (s.u.) in einem neuen Horizont. Der Kollektivität jedoch, die diese Forderungen wenige Monate zuvor diese Diagnose artikuliert und popularisierte, wird jede Legitimität abgesprochen. Die außerparlamentarische Kritik am politischen System ist, so der Tenor, eine Gefahr für die Demokratie, die mit aller Kraft zu unterbinden ist. Das konservative Motto lautet: Wir sind die Alternative, die das Land aus der Krise führen kann.

Was bei der Passage ebenfalls hervorsteht, ist die Äquivalentsetzung von Politik und demokratischen Institutionen mit der Figur der (Berufs-)Politikerin. Die verborgene Sprecherposition in der Passage, die im Stile einer Anapher (»Es geht darum...«) benennt, worin die politische Aufgabe zu bestehen habe (»die demokratischen Institutionen zu stärken«) und worin sie nicht zu bestehen habe (»ihre Legitimität zu leugnen«), nimmt eine autoritative Position ein. Politik kann, folgt man den Konservativen, eben nicht von einer empörten Masse auf der Straße definiert geschweige denn gemacht werden, sondern nur von jenen, die Politik als Beruf ausüben – und zwar nur und ausschließlich in den Institutionen des politischen Systems. Hiermit wird eine Politikvorstellung präsentiert, die in dem Maße antipopulistisch geprägt ist, als sie, mit Marchart (2017) gesagt, die Rolle eines »elitären Paternalismus« einnimmt. Die Aufgabe der tugendhaften und »reinen« politischen Eliten ist es, für das unreife, leicht von antipolitischen Phrasen »verführbare« Volk die »richtige« Politik zu betreiben, es zu führen (ebd.).

Doch zugleich greifen die Konservativen den reformistischen Kritikstrang der Empörten auf, so die Forderung nach einem revitalisierten Parlament, nach einer starken und unabhängigen Justiz sowie nach einer dezidierten Bekämpfung der Korruption. Die Grundsatzkritik am Ist-Zustand wird in partielle Reformversprechen der Demokratie überführt. Vorsichtig tastet sich im Wahlprogramm eine Kraft voran, die in ihrer Geschichte niemals als demokratischer Impulsgeber fungierte, ja sogar der spanischen Verfassung von 1978 – deren Legitimitätsverlust nun vehement beklagt wird – nicht einmal geschlossen zustimmte (Kap. II.2.c). Der PP präsentiert drei Initiativen, die an Forderungen der Indignados anschließen.

An erster Stelle steht das Versprechen auf die Bekämpfung der Korruption, die als eine »ernsthafte Pathologie der Demokratie« bezeichnet wird und mit allen legislativen Mitteln bekämpft werden soll (PP 2011b: 170). Zweitens sollen Gesetze zur »Forderung der

Transparenz« in der Verwaltung, die Festschreibung »ethischer Prinzipien in der Partei« und ein Kodex von Verhaltensregeln für die Regierungsmitglieder die Forderungen der Indignados nach mehr Transparenz aufnehmen (ebd.). Schließlich adressiert die versprochene Reform des »Wahlsystems auf kommunaler Ebene« die Repräsentationskritik der Protestler (ebd.: 171). Diese drei Maßnahmen sind fassbar, obschon im Wahlprogramm des PP nicht prominent platziert. Ob und wie sie realisiert wurden, bleibt allerdings offen. Weitaus zentraler – offensiver und weit ausführlicher im Wahlprogramm platziert – wird hingegen die Antwort auf Spaniens Krise auf ökonomischem Terrain. Auch hier wird der marode, geradezu »rigide und übermäßig regulierte Zustand« beklagt, in dem sich die spanische Wirtschaft nach acht Jahren sozialistischer Regierung befindet (ebd.: 36). Demgegenüber muss nun der spanische Arbeitsmarkt mit »neuen Regeln und modernen Institutionen« ausgestattet werden. Das folgende Zitat spricht für sich:

Wir werden eine Arbeitsmarktreform durchführen, die auf Spaniens beispielloses soziales Drama von fünf Millionen Arbeitslosen eine Antwort bietet. Diese umfassende Reform wird einen kohärenten und koordinierten Wandel der Beschäftigungsverhältnisse, der Tarifvereinbarungen, der Arbeitsbeziehungen, der Fortbildungen und der Arbeitsvermittlung bedeuten. (Ebd.: 37)

Dieselbe Krisendiagnose (»das beispiellose soziale Drama«), die der Empörungsdiskurs lancierte, wird hier in Richtung eines Reformprogrammes ausformuliert, das unter vollkommen anderem Vorzeichen steht. Anstatt eine Stärkung des Sozialstaats und sozialer Rechte in Aussicht zu stellen, wird ein neues System von Arbeitsbeziehungen angepeilt, das in einer weitreichenden Reform des Arbeitsmarktes mündet. Mit Begriffen wie »Reformen«, »die Gesellschaft als Protagonistin«, »neue Freiräume«, »neue Möglichkeiten für Arbeiter und Unternehmer« oder »ökonomische Konkurrenzfähigkeit« wird die ökonomische Agency vom Staat auf die Gesellschaft übertragen. Ganz dem historischen Vorbild der sozialistischen Regierungen in den 1980er und 1990er Jahren folgend (Kap. II.2.b), setzt auch die Volkspartei PP in ihrem Wahlprogramm von 2011 Modernisierung mit wirtschaftlicher Liberalisierung gleich. Der spanischen Gesellschaft wird Verantwortung übertragen. Jedoch wird die Gesellschaft, anders als von den Indignados gefordert, nicht politische Verantwortung übernehmen können, sondern ökonomische Verantwortung übernehmen müssen. Der Titel des PP-Wahlprogramms *Más sociedad, mejor gobierno* (Mehr Gesellschaft, bessere Regierung) bietet eine ironische Vorahnung dessen, was die nächsten Jahren mit sich bringen. Die spanische Gesellschaft wird auf ökonomischen Gebiet mehr denn je dem freien Markt ausgesetzt sein, die neue PP-Regierung wird einen harten, gegenüber Protesten und neuen Parteien kaum noch responsiven Kurs fahren.

Das kursorisch kartierte Wahlprogramm der konservativen Volkspartei PP vor den Wahlen im November 2011 bietet einen Einblick in die Responsivität der etablierten Kräfte gegenüber der Kritik der Indignados. Zwar fällt die Reaktion linker Parteien, einerseits der Sozialisten des PSOE, andererseits und besonders der linken *Izquierda Unida*, gegen-

über den Protesten offener, teils sogar enthusiastisch aus.¹⁶ Doch die Reartikulation des Empörungsdiskurses seitens der Konservativen steht durchaus sinnbildlich dafür, wie sich Spaniens Volksparteien genauso wie die Massenmedien des Landes gegenüber dem Empörungsausbruch verhalten. Diese Reaktion folgt grundsätzlich dem Dreiklang von (a) die Grundsatzkritik an den politischen Institutionen wird delegitimiert, (b) die reformistischen Forderungen der Indignados hingegen – etwa mehr Transparenz der Repräsentanten, die Bekämpfung der Korruption oder eine Reform des Wahlsystems – werden in politischen Vorschlägen oder öffentlichen Debatten aufgenommen, (c) die Diagnose, dass Spanien in einer tiefen, und zwar nicht nur ökonomischen Krise stecke, wird ebenfalls reartikuliert. Die Wege allerdings, die aus dieser Krise führen sollen, sind nicht mehr die von den Indignados vorgeschlagenen. Aus der Krise hilft für den PP nur noch ein aktualisiertes neoliberales Modernisierungsprojekt.

Die politischen Vorstellungen der Konservativen sind deshalb relevant, weil sie am 20. November 2011 mit einer absoluten Mehrheit (44,6 %, 186 von 350 Abgeordneten) die neue Regierung Spaniens stellen. Diese Exekutive, die Mariano Rajoy bis 2018 anführt, hält explizit die Kultur der Transition als Spaniens Ordnungsrahmen hoch (dazu im Vergleich: VII.2.c). Vor allem in der ersten Legislaturperiode, von Ende 2011 bis Ende 2015, reaktiviert das Rajoy-Kabinett die Idee, dass Spanien seine Krise überwinden und auf den Pfad der Modernisierung zurückkehren müsse, um (erneut) ein westeuropäisches Land vollen Ranges zu werden. Bei seiner Antrittsrede als Präsident am 19. Dezember 2011 hält Rajoy fest:

Dieser Moment ist eine historische Gelegenheit, um auf den Pfad zurückzukehren, der sich in der Vergangenheit als derart erfolgreich erwiesen hat. Jedes Mal, wenn Spanien eine stabile Wirtschaft gehabt hat, die nach außen offen war und nach innen auf Liberalisierung und Wettbewerb gesetzt hat, haben wir unseren Lebensstandard verbessert. (Rajoy 2011)

Rajoy, ein schon von seiner Persönlichkeit her konservativer Politiker, schreibt sich in diesem Auszug in eine spezifische Tradition ein. Er möchte nicht mit neuen Rezepten regieren, sondern die alten wiederholen. Und so zitiert der neue Präsident die Leitplanken einer Politik, die Spanien angeblich auf seinen »historisch erfolgreichen Pfad« gebracht haben. Im Kern ist dieser Pfad nichts anderes als die Primatstellung des freien Marktes auf allen Ebenen. Nach außen wie nach innen sollen »Liberalisierung und Wettbewerb«

16 So nah allerdings die Vereinigte Linke sowie die Gewerkschaften in vielen Forderungen den Protesten ab 2011 standen, so wurden diese Organisationen trotzdem seitens der Indignados (zumeist) als Teil des politischen Establishments gedeutet. Dass prominente Gewerkschaftler oder Parteiangehörige auf den Plätzen ausgebuht wurden oder die Mitnahme von Parteifahnen auf den Demonstrationen verpönt war, verrät, wie sich die Empörtenproteste »jenseits von links und rechts« stellen wollen – und ihr populärer Bruch eben auch auf die tradierten Organisationen der spanischen Linken zielte. Letztere hatten, so die Protestierenden, in der hegemonialen Ordnung ihre Nische gefunden. Insofern bestand zwischen der traditionellen Linken und den Indignados ein Verhältnis, mit Franzé (2017) gesagt, »der programmatischen Nähe, doch kulturellen Ferne«. Dieses ambivalente Verhältnis wird sich sehr ähnlich zwischen dem frühen Podemos (2014–2016), das diese Studie betrachtet, und den tradierten linken Organisationen wiederholen. Zum Verhältnis der Indignados zu den Gewerkschaften: Huke/Tietje 2014: 379–386.

den Lebensstandard der Spanierinnen verbessern. In diesem Sinne – bedingt durch eine Wirtschaftskrise, die damals (Ende 2011) noch lange nicht ihren Tiefpunkt erreicht hat – dreht sich *de facto* Rajoy's gesamte Rede darum, das ökonomische Programm seiner Regierung vorzustellen. Dieses Programm hat, wie der Präsident betont, drei Pfeiler: die Stabilisierung des Staatshaushaltes, die Sanierung des Finanzsektors und der strukturelle Reformbedarf der Wirtschaft. Diese drei Pfeiler werden sich für die PP-Regierung als enorm zentral erweisen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass in jedem dieser drei Bereiche nicht bloß der »erfolgreiche Pfad der Vergangenheit« wiederholt, sondern Neuland betreten wird. Jede Zitierung ist eine Verschiebung. Zwar soll die Rajoy-Regierung der seit Dekaden hegemonialen Leitidee folgen, dass Modernisierung mit Liberalisierung gleichzusetzen sei – und dass dies Spaniens Erfolgsrezept sei. Doch indem Rajoy mitten in einer tiefen Wirtschaftskrise und mitten in gesellschaftspolitischen Umbrüchen eisern an dieser Maxime festhielt, *radikalisiert* er sie. Die drei Leitlinien von Austerität in den Staatsausgaben, von Sanierung des Finanzbereichs und von der Reform des Arbeitsmarktes sollen sich in den Folgejahren für breite Bevölkerungsteile als erdrückend erweisen. Jedenfalls scheint nach 2011 das Land nicht den von Rajoy erhofften »Sprung nach vorne« zu machen, sondern eher, wie es die Stiftung *Alternativas* (2013) festhält, »einen großen Sprung nach hinten«.

Das Programm einer als Modernisierung antretenden Liberalisierung entpuppt sich schnell als ein Damoklesschwert für die spanische Gesellschaft. Dies lässt sich anhand der Arbeitsmarktreform, einer der Kernmaßnahmen der ersten Rajoy-Regierung, festmachen. Die im Februar 2012 verabschiedete Reform bekräftigt zwar, eine *flexiseguridad* (Flexicurity) für Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber zu schaffen, also zwischen befristeten und unbefristeten Verträgen, Arbeitnehmerschutz und Wettbewerbsfähigkeit einen Mittelweg einzuschlagen (vgl. BOE 2012: 12484). Doch das Ziel der Reform, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte *und* die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen, wird durch die Opferung der Arbeitnehmerrechte erstritten. Im Anschluss an Tobias Haas und Nikolai Huke (2014: 17ff.) sind vier Kernelemente der Reform festzumachen: die Einschränkung des Kündigungsschutzes, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Unterbindung flächendeckender Tarifverträge zugunsten innerbetrieblichen Einigungen und schließlich die Lohnzurückhaltung. Für Haas/Huke folgt daraus:

Die spanischen Gewerkschaften und Lohnabhängigen stehen damit auch im Betrieb bzw. auf der Ebene von Tarifaueinandersetzungen grundlegend veränderten politischen Spielregeln gegenüber. [...] Während damit für die Unternehmen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation einhergehen kann, wie die vorsichtige Erholung der spanischen Ökonomie 2014 zeigt, nicht aber notwendig einhergehen muss, umfassen die Folgen für die Beschäftigten Prekarisierung, Verarmung, sinkende Löhne und eine steigende Abhängigkeit vom Wohlwollen der Arbeitgeberinnen. (Ebd.: 20)

Dem Raisonement nach zielt die PP-Reform darauf, Spaniens Arbeitsmarkt durch die Reduktion der Lohnkosten zu dynamisieren. Die Reform antwortet auf eine dysfunktionale Wirtschaftsstruktur, doch sie tut es einseitig zugunsten der Kapital- und zuungunsten der Arbeiterseite. Problematisch ist die Reform, weil sie ihr Hauptziel, die Schaffung von Arbeit nur langsam erreicht – erst 2016 fällt die Arbeitslosigkeit unter die 20-Pro-

zent-Marke – und weil sie sich diesem Ziel nur um den Preis annähert, ein System der flexiblen Befristung und der deregulierten Leiharbeit zu potenzieren (vgl. de la Puebla Pinilla 2012: 207f.).

Die Reform verschlimmert die Tendenz hin zu einem zweigespaltenen Arbeitsmarkt. Während ein Teil der meist älteren Beschäftigten eher abgesicherte und gut bezahlte Stellen innehat, handelt sich ein anderer, jüngerer Teil durch befristete und (sehr) schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse,¹⁷ erleidet immer wieder – selbst beim selben Arbeitgeber – Phasen der Arbeitslosigkeit und wird nur durch wenige sozialstaatliche Maßnahmen geschützt. Sowohl am Arbeitsplatz, wo flächendeckende Tarifvereinbarungen wegfallen, als auch in der Arbeitslosigkeit, wo eine soziale Grundversicherung fehlt, die nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes greift, lebt über Jahre hinweg ein großer Teil der spanischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze.¹⁸ Selbst diejenigen, die nicht unmittelbar in Armut leben, werden durch die Erfahrungen von Familienangehörigen, Freunden und Bekannten mit einem Alltag von Prekarität und Perspektivlosigkeit konfrontiert. Gerade die jüngere Generation, die in einem Kontext von Wirtschaftswachstum und mit dem Versprechen aufwuchs, den Lebensstandard ihrer Eltern zu verbessern, sieht ihre Zukunftsperspektiven zusammenbrechen.¹⁹ Die Vorstellung, dass Spanien rasch aus der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten herausfinden und zum Kurs des Fortschritts und der Modernisierung zurückfinden könnte, dürften in den unmittelbaren Jahren nach 2011 nur wenige außerhalb des konservativen Regierungskabinetts von Rajoy hegen.

Diese Regierung sieht sich bald mit internen Problemen konfrontiert, die die Legitimität eines reaktivierten Modernisierungsprojekts in Frage stellen – und die Kultur der Transition weiter ins Wanken bringen. Im Januar 2013 macht die Zeitung *El País* den sogenannten *Fall Bárcenas* publik. Dokumente, die von Luis Bárcenas, Parteigenosse Rajos und Schatzmeister der konservativen Volkspartei PP, stammen, legen offen, »dass sich die PP seit den 1990er Jahren systematisch aus einer mit Bestechungsgeldern unterhaltenen Parallelkasse (der sogenannten Caja B) finanziert« (Zelik 2015: 58). Wie die Ermittlungsrichterinnen später belegen, vergaben die Konservativen jahrelang öffentliche Ausschreibungen an Unternehmen, um dafür von diesen illegale Kommissionen zu kassieren. Bárcenas selbst hatte sich an dieser Bestechungspraxis bereichert – doch nicht nur er: Die gesamte Führungsriege der Partei, inklusive Präsident Mariano Rajoy, kassierte jahrelang Gehaltszulagen aus der illegalen Parallelkasse.

Ohne in die genauen Zahlen sowie in die zahlreichen Unterstränge dieser Affäre einzusteigen (dazu: Jiménez 2014: 168–173), sei unterstrichen, dass der Fall Bárcenas nur der prominenteste einer langen Reihe von Korruptionsaffären ist, die besonders die konservative Volkspartei, aber auch den sozialistischen PSOE sowie die katalanischen Re-

17 So lag 2013 Spaniens Medianlohn bei 1.291 Euro (der Durchschnittslohn bei 1.891 Euro) (vgl. INE 2013: 2). Die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse beträgt 25 Prozent und war die zweithöchste der EU (vgl. Llaneras 2013).

18 2013 war fast ein Drittel der spanischen Bevölkerung, knapp 13 Millionen Menschen, von Armut gefährdet, besaß also weniger als 60 Prozent des Medianlohnes (cica 8.000 Euro) (vgl. EAPN-España 2015: 6–10).

19 Die Arbeitslosigkeit bei den unter-25-Jährigen bewegte sich 2013 bei 57 Prozent.

gionalisten von CiU (*Convergència i Unió*) betreffen. Die Korruption, Geldwäsche und die intransparente Verstrickung der Volksparteien mit großen Unternehmen avancieren in der öffentlichen Wahrnehmung zum *systemischen* Phänomen. In den frühen 2010er Jahren tut sich, wie Fernando Jiménez 2014 betont, eine Paradoxie auf: Die Mehrheit der Bürgerinnen erfährt zwar in ihrem Alltag kaum staatliche Korruption, hält diese aber – direkt nach der Arbeitslosigkeit – für das größte Problem des Landes.²⁰ Das hat zur Folge: Das konservative Projekt, die Volkspartei PP mit Mariano Rajoy an der Spitze als die Alternative zu stilisieren, die Spanien aus der Krise führen wird, hat bereits wenige Jahre nach der Parlamentswahl von 2011 einen herben Legitimitätsverlust erlitten. Dieser ist jedoch nicht nur eine Folge der Korruption und er betrifft nicht nur die Konservativen. Die eine Volkspartei, die Sozialisten, führten Spanien in die Wirtschaftskrise hinein, die anderen finden, trotz hartem Austeritätskurs, nicht aus ihr heraus. Und so erschöpft sich für viele der symbolische Horizont, den die beiden staatstragenden Parteien verkörpern und wieder und wieder intonieren: Dass Spanien sich immer weiter modernisiert und europäisiert. Die Pfeiler der Kultur der Transition, die Axiome einer stabilen Ordnung, einer beruhigten Politik und eines konstanten, durch liberale Rezepte forcierten Wirtschaftswachstums, stehen grundsätzlich in Frage.

Zusehends erschöpft scheint also die hegemoniale Ordnung, die Spanien jahrzehntelang prägte. Mit dem Projekt einer radikalen ökonomischen Liberalisierung verspricht zwar Rajoy, Spanien zurück auf den Modernisierungskurs zu bringen. Doch sowohl die tiefe Wirtschaftskrise, die durch die neoliberalen Reformen der neuen Regierung (zunächst) nur verschlimmert wird, als auch die Korruptionsskandale, die besonders den PP betreffen und das Vertrauen der spanischen Bürgerinnen in die institutionelle Politik erschütterten, werfen die Frage auf: Wie legitim ist eigentlich noch die Ordnung, die das Land seit dem Ende des Franquismus strukturiert hat?

Auf der anderen, der gegenhegemonialen Seite, tun sich aber auch Erschöpfungszeichen auf. Indem sich die Versammlungen der Indignados in den Quartieren und Stadtteilen bildeten, sedimentiert eine neue Gegenhegemonie der Empörung. So resilient und folgenreich sich diese vielen kleinen Versammlungen auch erweisen, ihnen fehlt der Elan der Platzbesetzungen vom Frühjahr 2011. Die Empörtenversammlungen sind in einem Widerspruch gefangen. Auf der einen Seite beanspruchen sie, eine konstituierende Macht zu sein, die hier und jetzt eine andere Ordnung schafft. Auf der anderen Seite aber fallen den Versammlungen zusehends die Teilnehmenden ab. Das Versprechen auf den raschen sozialen Wandel rückt in die Ferne. Der Empörungsdiskurs scheint, kaum geboren, schon wieder auf dem Rückzug zu sein.

20 Während die Spanierinnen die Frage, ob sie für öffentliche Dienste bestechen müssen, so stark verneinen wie sonst nur die Bürgerinnen Finnlands, Belgiens oder Dänemarks, halten sie die Korruption für ein genauso zentrales Problem wie in Tschechien, Italien, Griechenland, oder Ungarn der Fall (vgl. Jiménez 2014: 165).

2 Populismus als Hypothese und Gelegenheit

Wir wollen an die Macht.

(*Íñigo Errejón, Chefstrategie von Podemos, Dezember 2014*)

Würde man für die Partei, die Anfang 2014 entsteht und den untypischen Namen Podemos (Wir können) trägt, eine Metapher bringen wollen, dann würde sich die eines Wellenreiters anbieten. Es ist ein Wellenreiter, der auf einer ungemein mächtigen Woge, jener der Empörung, surft und diese als Sprungbrett nutzen möchte, mit dem Anspruch, sehr weit zu springen. Im Falle von Podemos heißt das: an die Macht. Podemos möchte das Gelegenheitsfenster nutzen, das einerseits der Empörungsdiskurs und andererseits die Wirtschaftskrise aufmachen, um für ein politisches Projekt neuen Typs neue Mehrheiten zu artikulieren.

Podemos setzt an, um die doppelte Erschöpfung, die in Spanien nach 2011 vorherrscht, auf die Spitze zu treiben. Einerseits geht die Partei davon aus, dass sich die Empörung zwar zu einem neuen, gegenhegemonialen Commonsense ausgebreitet hat, dass aber dieser Commonsense als politisches Projekt reartikuliert werden muss. Podemos tritt als *Partei der Empörung* an, sie möchte die Partei sein, die das verwirklicht, was jahrelang auf den Straßen und Plätzen des Landes gefordert wurde: die spanische Demokratie regenerieren, den Sozialstaat erst wiederherstellen und ihn dann stärken, einen Schlussstrich unter die Austeritätspolitik ziehen. Andererseits tritt Podemos auch deshalb so selbstbewusst auf, weil es Spaniens politische Ordnung für erschöpft, ja für delegitimiert glaubt. Regelmäßig verunglimpft Podemos die restlichen Parteien als »Kaste« oder als Helfershelfer des »Regimes von 78« (das Jahr der Verfassungsgebung) und inszeniert sich als *einzig* tugendhafte, soziale und demokratische Alternative.

Podemos ist, so wird sich zeigen, ein höchst ambitionierter Wellenreiter, der sich nicht damit begnügt, auf der Empörungswelle zu surfen, sondern sie zur Veränderung der gesamten Ordnung ausweiten möchte. Podemos tritt als performativer Akteur an. Er beabsichtigt den Empörungsdiskurs, in dem er sich faktisch bewegt, zu vergrößern und zu lenken. Solche Ambitionen erklären sich vermöge einer einzigartigen Eigenschaft der neuen Partei: Die Parteistrategie orientiert sich fast schon handbuchartig an der Populismustheorie Ernesto Laclaus. Gerade in ihren ersten, hier analysierten Jahren von 2014 bis 2016 operiert die neue Partei so, als ob der Autor von *On Populist Reason* der Spindoktor sei, der ihre Strategie durchgehend informiere.

Diese Studie erkundet die Anfangsjahre einer Partei, die in einem fast schon experimentellen Sinne populistisch ist. Mehr noch, mit Podemos entsteht in Europa ein neuartiger linker Populismus. Im Folgenden wird es in einem ersten Schritt darum gehen, in einer Beobachtung zweiter Ordnung die bekannte Entstehungshypothese von Podemos festzuhalten. Diese Hypothese ist, wie der zweite Schritt zeigt, an eine sehr spezifische Konjunktur rückgebunden. Letztere wird von der Podemos-Führung als ein zeitweiliges offenes Gelegenheitsfenster bezeichnet, das es unter allen Umständen zu nutzen gilt.

Podemos ist ein so faszinierendes wie schwer fassbares Phänomen. Die Partei ist ein wohl einzigartiges Beispiel dafür, wie eine Handvoll Sozialwissenschaftler auf der Grundlage einer – voraussetzungsvollen – intellektuellen Analyse buchstäblich aus dem

Nichts eine neue Partei schaffen, die auch noch einen meteorhaften Aufstieg erleben wird. Besonders spannend ist Podemos im hiesigen Kontext selbstverständlich vor allem deswegen, weil hier die Populismustheorie Ernesto Laclaus zu *dem* Analysewerkzeug gemacht wird, das sowohl die politische Situation Spaniens entschlüsselt als auch die eigene Parteistrategie anleitet. Wenn man diesen ungewöhnlich stark ausgeprägten theoretischen Hintergrund zusammenbringt mit der Tatsache, dass sich Podemos sehr stark auf die Empörtenproteste bezieht, weshalb sie im In- und Ausland oft als Partei der Indignados oder Partei des 15-M (für 15. Mai 2011) bekannt wird, dann dürfte rasch ersichtlich werden, warum in wenigen Jahren eine umfassende Forschungsliteratur rund um das politische Phänomen »Podemos« entstanden ist.²¹

Ich starte mit der *Analyse der Analyse*, die zur Gründung der Partei führt und die populistische Strategie ihrer Anfangsjahre bestimmt. Im Sinne einer Beobachtung zweiter Ordnung rekonstruiere ich, wie die Podemos-Spitze die politische Situation Spaniens 2014 und 2015 einschätzt und welche strategischen Maximen sie daraus ableitet. Diese Analyse ist in Spanien als »Podemos-Hypothese« oder eben als »populistische Hypothese« bekannt geworden. Um sie geht es jetzt. Dabei muss man sich bewusst halten, dass diese populistische Hypothese keine objektive Analyse der Wirklichkeit ist, sondern sie, wie von Javier Franzé (2017: 239) und Hedwig Marzolf und Ernesto Ganuza (2016: 100f.) betont, einen performativen Eingriff darstellt, der auf gesellschaftliche Veränderungen zielt. Die Podemos-Spitze tätigt sowohl eine spezifische Wirklichkeitsdeutung als auch eine spezifische Leseart der Hegemonietheorie, die beide Male die Artikulation eines linkspopulistischen Diskurses in Spanien *plausibilisieren* und *legitimieren*. Um die populistische Hypothese nachzuzeichnen, orientiere ich mich maßgeblich an den Aussagen der doppelten Führungsspitze der Partei, des Vorsitzenden Pablo Iglesias einerseits und des Chefstrategen Íñigo Errejón andererseits. Die öffentlichen Interventionen beider Politiker – beide Politologen, beide Postmarxisten²² – sind repräsentativ für die Strategie der jungen Kraft.²³

21 Siehe als Überblickswerke Agustín/Briziarelli 2018 und Fominaya 2020. Vergleichend zum französischen Linkspopulismus der *France Insoumise*: Castaño 2019, vergleichend zur Fünf-Sterne-Bewegung: Vittori 2017, vergleichend zur rechtspopulistischen *Alternative für Deutschland*: Roch 2020.

22 Iglesias und Errejón, die genauso wie andere Podemos-Politiker wie Juan Carlos Monedero oder Carolina Bescansa (zeitweise) an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der *Universidad Complutense* in Madrid studierten bzw. später auch arbeiteten, promovierten beide mit postmarxistisch orientierten Arbeiten. Iglesias' Dissertation dreht sich um eine vergleichende Analyse globalisierungskritischer Proteste in Spanien und Italien (2000–2005), in der er die Protestforschung mit dem Postoperaismus kombiniert (vgl. Iglesias 2008). Errejón führt seinerseits eine Hegemonieanalyse der ersten MAS-Regierung von Evo Morales in Bolivien durch (2006–2009). Darin geht es ihm darum, wie in Bolivien ein neues indianisches Volk konstruiert wird – ein neues Volk, das sich, so der Autor, als das Herzstück einer neuen national-popularen Hegemonie erweisen soll. Ganz in der Linie Laclaus unterstreicht Errejón, dass bei der Artikulation dieser neuen Hegemonie die Partei MAS (*Movimiento al Socialismo*) sowie die Führungsfigur von Evo Morales eine treibende Rolle spielen (vgl. Errejón 2012: 580f.).

23 In den öffentlichen Figuren Iglesias und Errejón verdichtet sich eine kollektive Wissens- und Diskursproduktion, die bei Podemos ein kleiner Führungskreis von zwei dutzend Aktivistinnen und Akademikern mit mehrheitlich sozialwissenschaftlichem Hintergrund tätigte (vgl. Rivero 2015: 146).

Eine populistische Hypothese für Spanien Um die Hypothese kennenzulernen, die bei der Geburt des spanischen Linkspopulismus Pate steht, bietet sich ein Blick in den Artikel *Understanding Podemos* von Parteichef Pablo Iglesias an, veröffentlicht im Frühjahr 2015 in der Zeitschrift *New Left Review*.²⁴ Für die Hypothese, die Podemos zugrunde liegt, findet Iglesias eine klare Formulierung:

In Spain, the spectre of an organic crisis was generating the conditions for the articulation of a dichotomizing discourse, capable of building the 15-M's [die Proteste der Indignados] new ideological constructs into a popular subject, in opposition to the elites. [...] Analysis of the developments in Latin America offered us new theoretical tools for interpreting the reality of the Spanish crisis, within the context of the Eurozone periphery; from 2011, we began to talk about the »latinamericanization« of Southern Europe as opening a new structure of political opportunity. This populist possibility was theorized most specifically by Íñigo Errejón, drawing on the work of Ernesto Laclau. (Iglesias 2015a: 14)

Was ist der Dreh- und Angelpunkt der populistischen Hypothese von Podemos? Spaniens Krise! – scheint Iglesias zu antworten. Doch es ist auf den genauen Wortlaut des Zitats zu achten: Spanien wird nach Iglesias vom Gespenst einer organischen Krise heimgesucht. Gramscis Begriff der organischen Krise bezeichnet eine tiefe Erschütterung der sozialen Verhältnisse, die sich ökonomisch, politisch, sozialstrukturell und kulturell ausdrückt. Indem diese grundlegende Krisendiagnose mit dem, ebenfalls bedeutungsschweren, Begriff des Gespenstes gepaart wird, erscheint die organische Krise Spaniens als eine *Möglichkeit*, die eintreten kann, aber nicht eintreten muss. Um, so paradox es klingt, das Krisenversprechen einzulösen, das Gespenst einer organischen Krise politisch zu verwirklichen, ist für Iglesias eine politische Bewegung vonnöten: Die Artikulation eines spaltenden Diskurses, der ein populares Subjekt im Widerstand zu den Eliten konstruiert.

Um Spaniens Status quo zu brechen und die Krisenerscheinungen auszubreiten, kann der Podemos-Hypothese zufolge Laclaus Populismustheorie hilfreich sein. Aber es ist ein anderer Laclau. Es ist nicht der Laclau, der als abgehobener, schwer verständlicher (und heimatloser) Poststrukturalist in den westlichen Theoriedebatten gehandelt wird, sondern ein Laclau, der erst im Durchgang durch die politische Analyse Lateinamerikas seinen Begriffsapparat entwickelt. Podemos tätigt eine *eingebettete* Lektüre Laclaus.²⁵ Podemos erhebt Laclaus Populismusverständnis nicht nur zur Parteistrategie, sondern erkennt in Spanien eben jene »lateinamerikanische« Konjunktur, von der Iglesias, Errejón und Co. annehmen, dass sie den argentinischen Autor inspiriere und als *das* Anwendungsfeld seiner Populismustheorie diene (vgl. Schavelzon/Webber 2018: 185f.). *Gegen* eine rein akademische und politisch entbettete Leseart gewendet, die Laclaus

24 Dieser Artikel bot erstmals eine ausführliche, auch theoriegrundierte Selbstreflexion über das Phänomen Podemos seitens seines Generalsekretärs, der in Spanien wie international gehörige Resonanz entfaltete.

25 Ich greife hier auf Überlegungen zurück, die ich in einer ersten Fassung 2020 präsentiert habe.

selbstverkündeten Formalismus allzu wörtlich nimmt,²⁶ entscheiden sich die Podemos-Politiker für folgende Diagnose: Das krisengerüttelte Spanien tendiert zu einer sozialen und politischen Polarisierung, wie sie traditionell in Lateinamerika vorherrscht. Diese Polarisierung ist von Linkspopulisten wie Rafael Correa in Ecuador, Evo Morales in Bolivien oder Hugo Chávez in Venezuela genutzt worden, um an die Regierungsmacht zu gelangen – eine populistische Artikulation wiederum, die Ernesto Laclau implizit zum Entwurf seiner Populismustheorie geführt hat.²⁷ Wenn diese linkspopulistische Artikulation in Südamerika gelang, warum sollte sie nicht, in ganz ähnlicher Manier, Podemos in Spanien gelingen? Und wer könnte dafür einen besseren Leitfaden bieten als Laclau, der Theoretiker *und* Analytiker dieser so neuartigen wie erfolgreichen Populismen?

Die populistische Hypothese unterstreicht die Parallelen zwischen der Krisenerfahrung Spaniens – oder, genereller, Südeuropas – und den lateinamerikanischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte, prominent die Finanzkrise Argentiniens zur Jahrtausendwende. Für Podemos sind die lateinamerikanischen Erfahrungen in den Nullerjahren deshalb zentral, weil sie von einer starken Politisierung begleitet wurden. Die Wirtschaftskrisen jener Zeit bedeuteten in Argentinien, Venezuela, Bolivien oder Brasilien den Startpunkt für zivilgesellschaftliche Proteste und vor allem für neuartige politische Projekte, welche die Verarmungserfahrung der Bevölkerungsmehrheiten artikulieren, um die Ermächtigung marginalisierter Gruppen einzufordern und mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.²⁸

Es sind diese Projekte im engen politisch-institutionellen Sinne, die das unterdrückte »Volk« anrufen, um neue Regierungen zu bilden und die Elitenherrschaft und den US-Imperialismus zu brechen, an denen sich Podemos' populistische Hypothese maßgeblich orientiert (vgl. Agustín/Briziarelli 2018: 14f.). Iglesias, Errejón und andere Pode-

26 Ein Strang der Rezeption Laclaus (und Mouffes) tendiert dazu, die politischen Kontexte und Fragen, auf die ihr Ansatz eigentlich so stark verweist, auszublenden. Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass den akademischen Milieus, die oft mit der Hegemonietheorie hantieren, zwar die poststrukturalistische Theorietradition, in der sich Laclau/Mouffe bewegen, vertraut ist, ihnen jedoch die politischen Wurzeln der Hegemonietheorie oft fremd bleiben. Das gilt für den Marxismus, auf dessen Pfaden sich die Hegemonietheorie einst bewegte, und das gilt für den Linkspopulismus in Südeuropa und Lateinamerika, mit dem sie heute wieder einen engagierten Dialog führt.

27 Laclau selbst behauptete dies niemals offen, sondern deutete lediglich indirekt in seinen Interviews und Aufsätzen an, wie stark ihn von den Nullerjahren und bis zu seinem Tod (2014) die vielfältigen Proteste und linken Regierungsübernahmen Lateinamerikas inspirierten. »Der Populismus in Lateinamerika schafft neue Formen der Legitimität«, so behauptet er 2012 auf einer Konferenz in Quito (Ecuador). Für die impliziten Bezüge zwischen dem Populismusbegriff Laclaus und den politischen Erfahrungen Lateinamerikas siehe: Gordon-Burroughs/Piazza 2013, Laclau 2012a: 137ff., Laclau 2012b, Laclau/García-Falces 2007, Laclau 2006.

28 Laclau selbst beschreibt dies anhand der linken Regierungsübernahme Néstor Kirchners im Jahre 2003: »Als Kirchner an die Macht kommt, beginnt er einen radikalen Veränderungsprozess. Kirchner versucht, horizontale Protestformen zu unterstützen. Zugleich aber schafft er vertikale Mechanismen, die den sozialen Veränderungsprozess wie einen Hebel gebrauchen – und letztlich die Politik auf Staatsebene verändern. Auf diese Weise verfestigt sich schrittweise Kirchners Projekt« (Laclau, in Gordon-Burroughs/Piazza 2013). Auf Laclaus Unterscheidung zwischen den *horizontalen* Praktiken auf der Ebene von Protestbewegungen und den *vertikalen* Praktiken auf der Ebene des Staatsapparates wird noch zurückzukommen sein.

mos-Politiker, die selbst in Lateinamerika geforscht haben,²⁹ beeindruckt an der neuen regierenden Linken grundsätzlich dreierlei: die Zentralität der Führungsfiguren bei der lateinamerikanischen Linken, die offensive Medienpräsenz dieser Führungspersonen, schließlich die Anziehungskraft ihrer so breiten und mehrdeutigen Diskurse. In ihnen vermengen sich, so beispielsweise im Chavismus, marxistische, bolivarianische, nationalistische und christliche Referenzen (vgl. Pereira da Silva 2018: 8).

Die populistische Hypothese meint mit der Lateinamerikanisierung Spaniens mehr als nur, dass Südeuropa und Südamerika vergleichbar sein könnten. Es ist der Anspruch, dass die Krisen- und Politisierungskonjunktur Lateinamerikas auf Spanien übertragbar sein könnte (vgl. Fernández 2018, 2021: 107–128). Wenn wir in Spanien ein mehrheitsfähiges Projekt schmieden wollen, das mit dem Ist-Zustand bricht, dann müssen wir von den neuen Linksregierungen auf der anderen Seite des Atlantiks lernen, so die Analyse, die am Anfang von Podemos steht. Dass die neue Partei auf die persönliche Ausstrahlungskraft des Parteivorsitzenden Pablo Iglesias setzt, dass sie sich um eine allgegenwärtige Präsenz in Talkshows, Interviews und Sozialen Medien bemüht, dass sie nicht davor zurückschreckt, Signifikanten wie »Volk«, »Heimat« oder »Vaterland« zu gebrauchen und umzubesetzen, zeigt: All diese linken Tabubrüche werden als Kennzeichen eines neuen linken Populismus markiert. Ein Populismus, wie er sich in Lateinamerika artikuliert und wie ihn Laclau konzeptualisierte.

Aus dieser Warte betrachtet, verliert Ernesto Laclau seine Aura als freischwebender Theoretiker und wird zum *populistischen Übersetzer*. Mit dem Handwerkszeug von Laclaus Populismustheorie gerüstet, versucht die Podemos-Führung, und insbesondere Errejón, das angebliche Erfolgsrezept der lateinamerikanischen Linken auch für Spanien anzuwenden. Iglesias unterstreicht: »Lateinamerika ist für uns der Werkzeugkasten, mit dem wir die Politik in unserem Land denken.« (Domínguez/Iglesias 2014: 148) Und der lateinamerikanische Werkzeugkasten ist für Podemos stets zugleich der Werkzeugkasten der Populismustheorie Laclaus.

Dieser Ansatz, der ja als die beschreibende – entschlossen antinormative – Analyse davon antritt, wie sich die Kategorie des »Volkes« politisch konstituiert und wie damit Gesellschaft strukturiert wird, gilt Podemos als *die* analytische Brille, um die eigene Strategie zu entwerfen. Errejón, der Parteistrategie, erhebt Laclau zum Leitautor von Podemos. Allerdings erfolgt diese Aneignung Laclaus nicht nur im Zeichen der Populismustheorie. Die Hegemonietheorie im Allgemeinen dient Podemos als Ausgangspunkt für ein neuartiges Politikverständnis. Zur populistischen Hypothese von Podemos gehört aber auch, dass die junge Partei ihre Ambition, eine Bevölkerungsmehrheit hinter ihre Forderungen zu stellen, auf der Grundlage eines radikalkonstruktivistischen Politikverständnisses tätigt. Der Anspruch, in Spanien einen neuartigen Populismus einzuführen, wäre undenkbar ohne die zentrale Voraussetzung, dass Politik, wie Errejón immer

29 Errejón promovierte 2012 wie schon erwähnt mit einer Hegemonieanalyse über die erste MAS-Regierung von Evo Morales in Bolivien, denen mehrmonatige Feldaufenthalte zugrunde lagen. Zudem arbeiteten Errejón, Iglesias und andere Podemos-Figuren wie Juan Carlos Monedero oder Luis Alegre für die (mittlerweile erloschene) Stiftung CEPS, die für lateinamerikanische Länder (u.a. Venezuela, Bolivien, Ecuador und Brasilien) Beratungen anbot.

wieder betont, kein Nullsummenspiel ist, sondern ein Kampf um die *Erzeugung von Sinn* und die Schaffung *neuer Identitäten* (vgl. Errejón 2012: 568f., 2014a).

In diesem Sinne unterstreicht Errejón im Gespräch mit Chantal Mouffe – 2015 als Monographie mit dem bezeichnenden Titel *Construir Pueblo* (Ein Volk schaffen) erschienen –, dass eine »anti-essentialistische und hegemoniale Perspektivierung der Politik« Chancen für eine neue Gegenhegemonie und »ein neues Volk« zutage fördern könne (Errejón/Mouffe 2015: 40f.). Während traditionelle Volksparteien im Sinne Schumpeters die Demokratie als ein Markt betrachten, in dem »Wählerunterstützung und Wählerforderungen getauscht [werden] gegen Angebote der Politik« (Schmidt 2010: 181), verfolgt Podemos einen anderen, *expansiven* Ansatz. Podemos möchte in Abgrenzung zu den etablierten Parteien zeigen, dass Wählermärkte nicht nur bestehen, sondern auch entstehen können. Wie sich zeigen wird, bedient die Partei die Konfliktachse von »Volk gegen Eliten«, um hiermit nicht nur begrenzte Wählerwanderungen, sondern so breite wie tiefgreifende Politisierungen zu bewirken. Am Horizont schwebt für Podemos stets jene statistische Mehrheit der Spanierinnen, die sich an Protesten der Indignados zwar nicht aktiv beteiligte, diese aber unterstützte. *Transversalidad*, zu Deutsch Querschnittsanspruch, heißt das Zauberwort, das Podemos in seiner frühen Phase fortwährend gebraucht, um die eigene, expansive und mehrheitsorientierte Artikulation zu benennen. Der deprimierte Langzeitarbeitslose, die Putzfrau mit ecuadorianischen Wurzeln, die Uni-Absolventin aus der Mittelschicht, die nun in der Bäckerei jobbt, die unter Lohnkürzungen und Arbeitsdruck stehenden Beamten, gar die Kleinunternehmer, die unter fehlenden Aufträgen leiden – sie alle nimmt die populistische Hypothese von Podemos in den Fokus, um daraus ein neues populares Projekt zu schmieden.

Diesen transversalen und konstruktivistischen Anspruch wendet die neue Partei ebenfalls gegen eine bestimmte Haltung, die Iglesias, Errejón und Co. besonders der klassischen, marxistisch geprägten Linken sowie den sozialen Bewegungen vorwerfen. Diese würden, so der Podemos-Vorwurf, eine mechanistische Auffassung davon pflegen, in welchem Verhältnis Gesellschaft und Politik stehen und wie sozialer Wandel vonstattengehe. In seiner Diskussion mit Mouffe kritisiert Errejón dieses Gesellschaftsverständnis. Die Linke gehe, so der Podemos-Strategie, oft von einer irrtümlichen Voraussetzung aus. Sie lautet:

[D]ass das Soziale *vor* dem Politischen kommt, und dass derjenige, der mit einer politischen Konstruktion beginnt, sogar noch mit einer wahlkampfzentrierten, das Haus vom Dach aus auf die Beine stellt. Man schafft soziale Gegenmacht und erst wenn man sie geschaffen hat, tritt man, wenn man es denn möchte, zur demokratischen Wahl an. Und zwar so, als ob man ins Casino gehen würde, um Spielmarken gegen Geld zu wechseln: »Schauen Sie, ich habe soundso viele Spielmarken von sozialer Gegenmacht. Wie viel Stimmen oder Sitze im Parlament bekomme ich nun dafür?« Und die Marken werden gewechselt. (Errejón/Mouffe 2015: 43f., Hervorheb. C. L.)

Das Zitat Errejóns ist nicht nur deshalb beachtenswert, weil es prägnant jenes mechanistische Gesellschaftsbild der radikalen Linken kritisiert, von der sich Podemos mit seinem konstruktivistischen Verständnis absetzt, sondern weil darin eine Konzeptualisierung des Sozialen und des Politischen aufscheint, die *nicht* derjenigen Laclaus – oder Mouffes – entspricht. Errejón setzt im Zitat die ontologischen Kategorien des Sozialen, als die

Dimension der Sedimentierung verstanden, und das Politische, als die Dimension der Politisierung gelesen (siehe: Kap. I.1.d), gleich mit den ontischen Kategorien von Zivilgesellschaft auf der einen Seite und von institutioneller Politik auf der anderen. Errejón tendiert dazu, das *Soziale als die Zivilgesellschaft* und das *Politische als die institutionelle – und repräsentative – Politik* zu deuten. Damit kann er der marxistisch beseelten Linken und den sozialen Bewegungen vorwerfen, dass sie sich nur im Bereich der Zivilgesellschaft bewegen würden, und dass sie eine veraltete Vorstellung davon hätten, wie politische Artikulationen ablaufen.³⁰ Der Podemos-Strategie kritisiert an der radikalen Linken, dass sie Veränderungsprozesse wie das langsame Wachstum eines sozialen Muskels betrachte, wo Schritt für Schritt in der Zivilgesellschaft gegenhegemoniale Räume und Subjektivitäten entstehen, um dann mechanistisch diese gesellschaftliche Kräfteakkumulation in eine politische Währung – d.h. in parlamentarische Repräsentation – zu übertragen.

Errejón aber meint, dass es zu der langsamen Artikulation einer Gegenhegemonie in der Zivilgesellschaft gute Alternativen gibt. Er hebt hervor, dass die institutionelle Politik, also das, was er als das Politische begreift, ein eminent wichtiges Feld im Kampf um Hegemonie sei. So verteidigt Errejón (2014a), »dass auch das Wählen ein Moment der Artikulation und Konstruktion politischer Identitäten ist«. Mehr noch, er betreibt nicht nur die Parallelisierung Soziales/Zivilgesellschaft und Politisches/institutionelle Politik, sondern weist letzterem eine *Primatstellung* zu. Mit Blick auf die lateinamerikanischen Erfahrungen räumt er ein, dass dort eben *nicht* eine »lineare Kräfteakkumulation der sozialen Bewegungen« geschah, die dann in Wählerstimmen überführt wurde (Errejón/Mouffe 2015: 44). Vielmehr treffe zu: »[W]ie in unserem Fall war es der Wahlkampf, der neue Bande und eine neue politische Identität schuf, und zwar rund um neue Führungsfiguren und Symbole. Das fordert jene mechanistische Idee heraus, dass zuerst das Soziale kommt und erst dann das Politische. Es gibt das Soziale nur, wenn das Politische es konstruiert.« (Ebd.)

Errejón nimmt in seiner Polemik gegenüber der Bewegungslinken eine theoretische *Verschiebung* mit weitreichenden politischen Folgen vor. Denn hier spricht nicht (nur) ein Politologe, hier spricht der Strategie einer neuen Partei. Erstens verankert Errejón das Podemos-Projekt als ein wahrlich *politisches* Projekt, das im politischen Feld im engeren Sinne sein privilegiertes Betätigungsfeld verortet. Es sind die Parlamente, die Regierungsarbeit und die um sie herum gruppierte mediale Öffentlichkeit, auf die sich Podemos zentrieren wird. Spaniens »generell desorganisierte Zivilgesellschaft«, wie sie Errejón (2014a) bezeichnet, wird dagegen von der neuen linkspopulistischen Kraft eine nach-

30 Zwar wehrt sich Errejón an anderer Stelle gegen die, wie er es nennt, »liberale« Unterscheidung zwischen dem Politischen/der Politik und dem Sozialen/der Zivilgesellschaft, die seiner Meinung nach auch die Bewegungslinke durchdringt (vgl. Errejón 2015a: 32f.). Gleichwohl spricht er davon, dass Podemos auf einer »anderen Ebene« als die Bewegungen operiere. Errejón legt den Fokus darauf, dass es besonders die institutionellen und administrativen Veränderungen sind, die emanzipatorische Wandlungsprozesse auf Dauer stellen (vgl. ebd.: 34f.). Es ist diese Priorisierung der institutionellen Politik vor der Zivilgesellschaft, die Errejón auszeichnet. Oder, anders gesagt: Errejón sagt zwar, dass *horizontale* Praktiken in der sozialen Sphäre notwendig seien, dass aber erst *vertikale* Praktiken in der politischen Sphäre einen neuen Kollektivwillen und eine neue Institutionalität schaffen können (vgl. Errejón 2015b: 50f., zu den Folgen davon dann: Kap. V.5).

rangige Stellung eingeräumt.³¹ Zweitens, und damit verbunden, plädiert Errejón für ein *medial vermitteltes* Politikmodell. Für ihn ist Politik, wie schon betont, ein Kampf um die Produktion und Aneignung von Sinn – aber es ist ein Sinn, der weniger in Versammlungen oder auf Protestzügen generiert wird, sondern vielmehr in Talkshows, Reden oder Medieninterviews (vgl. Errejón 2014a). Neue Identitäten und Hegemonien lassen sich ferner – nach Podemos sogar vor allem – in Wahlkämpfen, TV-Auftritten oder Zeitungsartikeln konstruieren. Diese Medienzentriertheit ist eine zentrale Eigenschaft der populistischen Hypothese der jungen Partei (vgl. Iglesias 2015a: 16ff.). Sie ebnet den Weg für ein *beschleunigtes* Artikulationsverständnis. Es gibt sie, so die Podemos-Botschaft an die Bewegungslinke, die Chance, eine Gegenhegemonie schnell, gewissermaßen auf Abkürzungswegen, zu schaffen. Politische Artikulationen müssen nicht als kleinteilige und zähe Vorgänge geschehen, sondern können potentiell binnen weniger Monate, gerade in intensiven Wahlkämpfen, die Kräfteverhältnisse eines ganzen Landes umwerfen.

Die Anfechtung der tradierten Verhältnisse und die beschleunigte Artikulation eines gegenhegemonialen Projektes bleiben nicht abstrakt, sie verdichten sich rund um physische Personen. Es ist Pablo Iglesias, den viele bereits vor der Gründung der Partei aus Politiktalkshows kannten, um den herum, so die Podemos-Strategie, sich die Sehnsüchte nach einem populistischen Bruch kristallisieren sollen. Diese Schlüsselstellung der Führungsfigur wiederum verweist sowohl auf die lateinamerikanischen Populismen als auch auf Laclaus Populismustheorie. Wie Laclau – und nach seinem Tod verstärkt Mouffe – betonen, bedarf ein breiter populistischer Diskurs der Schließung durch ein singuläres Moment. Die Äquivalenzlogik führe zur Singularität, und die Singularität zur Identifikation der Einheit einer Gruppe mit dem Namen der Führungsfigur, so Laclau (2005: 99). Auf diese konstituierende Rolle der Führungsperson, und seinen Eigennamen, setzt Podemos offensiv. Iglesias beschreibt Spanien immer wieder als eine TV-Nation, in der politische Meinungen und Konsense maßgeblich durch Fernsehsendungen und Politik-Talkshows geformt würden.³² Und in diesen Talkshows gelingt es ihm, dem jungen Politologen mit dem Pferdeschwanz, in den Jahren 2013 und 2014, einen neuen Diskurs zu platzieren, zum medialen Sprachrohr der Krisenverliererinnen aufzusteigen. Im Namen, genauer, im *Gesicht* von »Pablo Iglesias« soll sich der Konflikt von »unten gegen oben« artikulieren und zu einem verbindenden Horizont finden (Kim 2019: 223). Der Podemos-Vorsitzende beschreibt diese medial vermittelte und auf seine Person zentrierte Strategie wie folgt:

Indeed one of the most important manifestations of the crisis was the opening of a new space within television debate, which we could occupy; someone had to represent the »victims« of the crisis. What we said allowed these victims – subaltern layers, above all the impoverished middle classes – to identify themselves as such and to visualize, through the form of a new »us«, the »them« of their adversaries: the old elites.

31 Diese Position vertritt Podemos bis 2016. Danach wird Podemos klassischere linke Positionen vertreten.

32 Dabei sind auch die Erfahrungen zentral, die Pablo Iglesias – und etliche andere Podemos-Politiker wie Íñigo Errejón – in den von Iglesias geleiteten Talkshows *La Tuerka* und *Fort Apache* machten (vgl. Giménez 2014a).

The TV-Phenomenon of »the pony-tailed professor« might be defined as the most effective occupation of that space [...] Step by step, an unconventional left-wing talk-show guest became a reference-point for the socio-political discontent caused by the crisis. (Iglesias 2015a: 17)

An diesem Punkt angelangt, sind die Schlüsselemente der Hypothese versammelt, die Anfang 2014 einen kleinen Kreis von kritischen Politologen in Madrid, die hegemonie-theoretisch informiert sind, dazu veranlasst, eine neue Partei mit dem Namen Podemos zu gründen. Die Hypothese, die Podemos zugrunde liegt, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die organische Krise, in die Spanien im Zuge der Wirtschaftskrise ab 2011 und der Empörtenproteste ab demselben Jahr hineingeleitet, könnte ein neues politisches Projekt nutzen und ausweiten. Der populäre Bruch, den die Indignados konstruierten, könnte in einem populistischen Projekt zu einer nachhaltigeren Institutionalisierung finden. Rund um eine Figur wie Pablo Iglesias könnte sich ein *neues Volk* konstituieren, das sich gegen die Eliten wendet und eine andere, gerechtere und demokratischere Ordnung bestrebt. Die Vorbilder dieses neuen Populismus in Spanien verorten sich nicht in der westlichen Welt, sondern in Lateinamerika. Die linken Regierungen Boliviens, Ecuadors, Argentiniens oder Venezuelas zeigen, dass Führungsfiguren, Massenmedien und breite Diskurse, die auf traditionelle linke Symbole verzichten, zentrale Zutaten dieses populistischen Projekts sein müssen. Um dieses Projekt wirkmächtig zu artikulieren, liefert die Populismustheorie Laclaus das konzeptuelle Gerüst. Errejóns Deutung von Laclau (und Mouffe) zeigt ebenfalls, dass er das Podemos-Projekt als ein dezidiert politisches Projekt konturiert. Es möchte die Regierungsmacht erobern, ohne auf das langsame Wachstum von Gegenhegemonie in der Zivilgesellschaft warten zu müssen. Podemos bedient im langen Wahlzyklus, der von 2014 bis 2016 reicht, eine *diskursive Blitzstrategie*. Podemos soll eine Partei sein, die zwar anders ist als die anderen, die aber ihre Kontrahenten in ihrem eigenen Feld, das der Politik im engeren Sinne, zu schlagen vermag. Über die Massenmedien, über Wahlkämpfe, in den Parlamenten und letztlich auch in der Regierungsarbeit möchte Podemos zeigen, dass in Spanien ein linkspopulistisches Projekt eine neue Mehrheit um sich konstruieren könnte.

In diesen Axiomen verdichtet sich die strategische Leitidee, welche die Geburt und die ersten, besonders erfolgreichen Jahre von Podemos bestimmt. Allerdings ist nicht zu vergessen, dass bislang nur in abstrakten Termini von der populistischen Hypothese, die Podemos zugrunde liegt, gesprochen wurde. In dem Augenblick jedoch, da diese Hypothese zur Praxis der neuen Partei wird, zeitigt sie zwar eine eindrucksvolle Wirkmächtigkeit, verursacht aber auch Folgen, die für Podemos nicht nur positiv sein müssen. Weiterhin gilt es zu beachten, dass die Hypothese von Podemos auf eine günstige Konjunktur angewiesen ist. Die eigentliche Brillanz der Podemos-Hypothese liegt weniger darin, dass diese prinzipiell die Möglichkeiten eines populistischen Projekts für Spanien postuliert, sondern dass sie dieses Projekt in Spanien zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt artikuliert.

Ein (zeitweilig) offenes Gelegenheitsfenster Die Podemos-Gründer koppeln ihre Hypothese an die Idee, dass in Spanien von 2014 bis 2016 ein offenes Gelegenheitsfenster für ein linkspopulistisches Projekt besteht. Dieses Gelegenheitsfenster steht, so Iglesias, Erre-

jón und Co., nur für begrenzte Zeit offen. Der Begriff des Gelegenheitsfensters spielt bei Podemos die Rolle einer verdichtenden Metapher. Sie verweist auf die politologische Kategorie der Gelegenheitsstruktur, schließt aber zugleich an das Alltagsverständnis eines offenen Fensters an. Durch dieses Fenster lässt sich während einer bestimmten Zeit steigen, doch irgendwann geht es wieder zu. Errejón gebraucht im Jahr 2014 den Begriff des Gelegenheitsfensters in zwei exemplarischen Fassungen:

Unsere Diagnose geht jedenfalls davon aus, dass es ein enges, aber tiefes Gelegenheitsfenster gibt. Das heißt, dass man bis in die Küche der politischen Transformationen unseres Landes eindringen kann, um die Volkssouveränität zurückzugewinnen und auszubauen. Aber dieses Fenster wird nicht für immer geöffnet bleiben. (Errejón 2014b: 41)

Wir haben es seit der Geburt von Podemos klargestellt: Es ist der Moment des Zerfalls des Regimes von 78, seiner Akteure, Institutionen und Konsense. Die Bedingungen sind gegeben, um zu gewinnen, um eine andere Mehrheit zu schaffen. Wir befinden uns in einem Moment des Kollapses. Es gibt ein Gelegenheitsfenster, das erlaubt, zu siegen, und Podemos tritt an, um zu siegen. (Errejón in López de Miguel 2014)

Das Gelegenheitsfenster referiert im zweiten Zitat auf den augenscheinlichen Kollaps der Ordnung, die in Spanien seit 1978 besteht. Ihre »Akteure, Institutionen und Konsense« scheinen zu zerfallen. Dieses Gelegenheitsfenster gilt es nach Errejón in ambitionierter Manier zu nutzen. Podemos möchte nicht einfach im Parteiensystem eine Nische besetzen, sondern eine mehrheitsfähige Kraft werden. Diese Idee baut das erste Zitat aus. Mit der Allegorie »die Küche der politischen Transformation« benennt der Politiker, dass es für eine neue Kraft wie Podemos möglich ist, die Regierung des Landes zu stellen – und dies ungeahnte Möglichkeiten mit sich bringen könnte. Nun ist die Idee, dass eine Kraft, die erst Anfang 2014 entstanden ist, eine Mehrheit erlangen und die Regierung stellen könnte, eine bewusste Provokation. In einer performativen Geste wird so getan, als ob für die junge Partei *alles* möglich wäre. Einerseits wird dies bei vielen Podemos-Aktivistinnen einen schier überbordenden – aber auch leicht zu enttäuschenden – Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten ihrer Partei auslösen. Andererseits irritiert dies viele Protestbewegungen, die aus dem Empörungszyklus heraus entstanden sind. Denn die Volkssouveränität wird in Errejóns Zitat selbstverständlich *nur* an die institutionelle Macht rückgebunden. Podemos hat, um Errejóns eigensinnige Dichotomie zu gebrauchen, nicht das Soziale, sondern das Politische im Visier. Und das Politische heißt für die junge Partei: die Sphäre, in der Parteien um Repräsentation ringen und Regierungsmacht erlangen.

Errejón operiert in beiden Zitaten mit einer Gleichung, die Podemos *in toto* kennzeichnet. Sie lautet: *Gelegenheitsfenster = Krise der alten Ordnung + Möglichkeit zu einer neuen politischen Mehrheit*. Eine Partei, die wenige Monate alt ist, beansprucht, die mehrheitsfähige Alternative zu einer krisengerüttelten Ordnung zu sein. Doch zugleich unterstreicht Errejón, dass dieses Gelegenheitsfenster weder einfach zu nutzen sei – siehe die Metapher der »Enge« im ersten Zitat –, noch dass es für immer offen bleiben werde. Das Gelegenheitsfenster ist, so die Botschaft, jetzt offen, jetzt müssen wir es nutzen, denn tun wir es nicht, dann wird sich das Fenster schließen und eine historische Chance

vertan sein. Die zeitlich *begrenzte* Natur des Gelegenheitsfenster ist in der Analyse zentral. Der Versuch, eine endliche Gelegenheit zur politischen Veränderung zu ergreifen, wird sowohl die Strategie als auch die Organisation der jungen Partei bestimmen – und einen Zoll fordern, den zwar die Führungsspitze als notwendig erachtet, der aber bei der Basis für Unmut sorgen wird (dazu: Kap. V.5).

Die Podemos-Spitze fasst unter dem Begriff des Gelegenheitsfensters drei Dynamiken zusammen. Das Gelegenheitsfenster spiegelt für sie eine Hegemoniekrise, eine Repräsentationschance und ein internationales Momentum. Die *Hegemoniekrise*, in der Spanien ab 2011 steckt, wurde bereits wiederholt angesprochen. Eine ähnliche, doch nicht deckungsgleiche Diagnose tätigt Podemos. Da der nächste Schritt ausführlich darauf eingeht (Kap. V.3.a), reicht es hier aus, ihre Eckpunkte zu nennen: Iglesias und Co. postulieren, dass sich bedingt durch die Wirtschaftskrise und die Proteste der Indignados Spaniens politische, kulturelle und ökonomische Ordnung in einer Legitimitätskrise befindet. Die Ordnung, die jahrzehntelang im Land gegolten hat, steckt in der Krise, eine alternative Gesellschaftsvision zeichnet sich diffus am Horizont ab. Podemos tritt an, um diese Vision in einem politischen Projekt zu artikulieren.

Dass diese Hegemoniekrise Anfang 2014 als eine *Repräsentationschance* begriffen wird, hängt damit zusammen, dass Spanien 2014 bis 2016 einen Wahlzyklus erlebt, der alle Ebenen des politischen Systems durchzieht. Passenderweise beginnt dieser Zyklus mit den EU-Wahlen, in denen es kleinen Parteien traditionell leichtfällt, Repräsentation zu erlangen. Die Sichtbarkeit, die Podemos durch den überraschenden Erfolg bei den EU-Wahlen erlangt, ist dann, so das Kalkül der Parteispitze, als Sprungbrett zu nutzen, um in Spaniens »Superwahljahr 2015« zu reüssieren. Podemos tritt zwar bereits im Bündnis mit anderen Kräften im Frühling 2015 auf regionaler und kommunaler Ebene an – und erzielt dort beachtliche Erfolge. Das Schlüsselziel der Partei ist jedoch von Anfang an die Parlamentswahl von Dezember 2015. »Podemos ist ein Instrument, das geboren wurde, um an den Parlamentswahlen teilzunehmen«, so unterstreicht Pablo Iglesias mantraartig. Damit macht er unverhohlen kenntlich, dass die Partei letztlich auf die Regierungsübernahme zielt.

Zum Gelegenheitsfenster, das die Podemos-Führung ausmacht, gehört auch ein *internationales Momentum*. Von der Finanz- und Schuldenkrise ist in Europa nur Griechenland härter als Spanien betroffen. Und in Griechenland ist seit 2012 das linke Bündnis Syriza die größte Oppositionskraft. Syriza avanciert bei den EU-Wahlen von 2014 zur stärksten Kraft, gewinnt schließlich im Januar 2015 mit 36,3 Prozent die Parlamentswahl und stellt mit Alexis Tsipras an der Spitze die Regierung. Sie ist für Podemos *das* europäische Vorbild (vgl. Kioupiolis/Katsambekis 2018). »Man muss ein spanisches Syriza schaffen«, lautet die Ambition, die Pablo Iglesias bereits im Sommer 2013 formuliert (Rivero 2015: 125ff.). Aber auch für Syriza ist der Aufstieg von Podemos wichtig. Der frischgewählte Premierminister Alexis Tsipras hofft Anfang 2015, dass Podemos »in Spanien an die Macht kommen könnte, um die Austerität zu beenden. Syriza würde dann in Europa nicht mehr allein sein. Es könnte eine breite Koalition entstehen, die eine realistische Alternative bietet und Europas Kräfteverhältnisse verschiebt« (Tsipras in Bus-tinduy/Maura 2015). Der Aufstieg Syrizas an die Regierungsmacht ist für Podemos sowohl ein strategisches Vorbild als auch die perspektivische Chance auf einen südeuropäischen Machtblock, der im Sinne einer Gegenhegemonie die von der EU-forcierten

Austeritätsaxiome brechen könnte. »Wir stehen in Griechenland wie Spanien vor neuen Möglichkeiten«, so sinniert Jorge Lago, Direktor der Podemos-Stiftung *Instituto 25-M*, im Gespräch mit dem Philosophen Alain Badiou in der Stiftungszeitschrift *La Circular* – in einer Ausgabe aus dem Jahr 2015, die einen bezeichnenden Titel trägt: *Hegemonías del Sur* (Hegemonien des Südens).

In dieser Hinsicht ist das vermeintlich offene Gelegenheitsfenster der notwendige Gegenbegriff zur populistischen Hypothese von Podemos. Beide Ideen sind verzahnt. Die günstige Konjunktur eröffnet einer neuen populistischen Partei die Chance, sich als mehrheitsfähiges Projekt zu konstituieren. So ambitioniert die populistische Hypothese ist, der Begriff des Gelegenheitsfensters zeigt, dass der neue Populismus von einer günstigen, doch zeitlich begrenzten Konjunktur abhängt. Tatsächlich gilt für alle drei Momente, die ein Gelegenheitsfenster für ein linkspopulistisches Projekt in Spanien öffnen, dass sie sich verändern, kippen oder als Fehldeutungen erweisen könnten. Was ist mit der populistischen Hypothese, wenn die Hegemoniekrise in Spanien schwächer ist, als Podemos annimmt? Was geschieht, wenn die tradierte Ordnung nicht ausgedient hat, sondern sie die an ihr geübte Kritik – partiell – integriert und dadurch erneut an Legitimität gewinnt? Wie ist es um die populistische Hypothese bestellt, wenn der Wahlzyklus 2014/2015 bereits in den Etappen vor der Parlamentswahl Ende 2015 Rückschläge hinterlässt, die den »Griff nach der Macht«, den Iglesias, Errejón und Co. anstreben, bereits *a priori* verhindern? Und ist die Inspiration Syriza für die populistische Hypothese in Spanien nicht Chance und Gefahr zugleich? Denn was hieße es für die Zukunftsperspektiven von Podemos, wenn Griechenland trotz der linken Regierung nicht aus der Schuldenkrise herausfinden würde und sogar ein Zwangsaustritt aus der EU denkbar würde?

Die populistische Hypothese bleibt also trotz aller intellektueller Finesse an einen *historischen* Kontext gebunden, der sie beschränkt und auf den sie nur bedingt einwirken kann. Dass ein Projekt, das beharrlich die vertikale Konfliktachse von unten gegen oben bedient, im krisengerüttelten Spanien mehrheitsfähig werden kann – diese Hypothese ist ein so brillantes wie gleichzeitig *verwundbares* Konstrukt. Verwundbar von außen, weil es gegenüber einer sich verändernden Konjunktur und möglicherweise rabiaten Gegenreaktionen exponiert bleibt, und von innen, wenn die Podemos-Führung rund um Pablo Iglesias eine populistische Artikulationspraxis so stark bedient, dass die gesamte Parteistruktur dieser Praxis untergeordnet wird.

Auf dieser Grundlage lässt sich in die Analyse von Spaniens neuem Linkspopulismus einsteigen. Hierbei ist das Bild des Wellenreiters im Hinterkopf zu behalten. Podemos surft mit der populistischen Hypothese auf einem zunächst günstigen Wellengang, den der Empörungsdiskurs vorbereitet hat. Doch wird sich die junge Partei auch auf die wechselnden Wogen der hegemonialen Kämpfe einstellen können? Wird es ihr gelingen, vom Wellenreiter zum Wellenmacher zu werden? Anders gefragt: Wird die populistische Hypothese von Podemos effektiv sein und wird sie sich an die wechselnden Konjunkturen anpassen können? Und welche performativen Effekte wird diese Hypothese selbst zeitigen können?

3 Unten gegen oben, *reloaded*: Projekt Podemos

Die populistische Hypothese, die Anfang 2014 zur Entstehung von Podemos führt, ist so gewagt wie ungewiss. In den ersten Monaten ihrer Existenz ist die Partei noch ein fast subkulturelles Phänomen, das die Massenmedien und die großen Parteien entweder gar nicht erst beachten oder höchstens streifen. Das Gründungsmanifest von Podemos »Zeit zu handeln. Die Empörung in politische Veränderung überführen«, am 13. Januar 2014 vorgestellt, erhält jedoch binnen 24 Stunden mehr als 50.000 Unterstützungsunterschriften. Die Säle und Plätze, an denen die Partei im Frühjahr 2014 ihre Veranstaltungen abhält, sind berstend voll. Innerhalb weniger Monate bilden sich in ganz Spanien auf dezentrale Weise hunderte *círculos*, die Basisgruppen von Podemos. Doch so unkonventionell, plattformartig und basisdemokratisch die Partei gerade anfangs ist, sie bleibt stets *eine Partei*. In den nächsten Schritten wird Podemos weniger in seiner unkonventionellen Facette als Bewegung oder Plattform zu betrachten sein – dazu Kap. V.5, »Populismus als demokratische Praxis« –, sondern vornehmlich in der konventionellen Facette als Partei. Denn auf dem Terrain des politischen Konkurrenzkampfes, der Stimmenmaximierung und der Erlangung der Regierungsgewalt, das den Erfolg von Parteien in demokratischen Systemen definiert (vgl. Schultze 2018: 424f.), scheint Podemos vortrefflich zu reüssieren.

In den Jahren 2014 und 2015 eilt die junge Partei von einem Meilenstein zum nächsten. Im Mai 2014 ist Podemos, allseits überraschend, mit acht Prozent und fünf Sitzen in das EU-Parlament eingezogen; wenige Monate später rangiert sie in Umfragen mit Unterstützungsraten von 20 bis 25 Prozent als dritt- oder sogar zweitstärkste Kraft. So warnt das konservative Blatt *El Mundo* am 8. November 2014 vor dem »Erdbeben Podemos«, das die Anti-Establishment-Ressentiments der Spanierinnen wirkmächtig artikuliere und ein Resonanzraum sei für Affekte wie »die Skandalisierung, die Enttäuschung, den Ekel und die Totalablehnung jeder politischen Tätigkeit« (Prego 2014). Um das für viele Spanierinnen – im positiven wie negativen – wahrlich erschütternde Phänomen Podemos zu verstehen, bedarf es der Rekonstruktion eines Diskurses, der sich vor allem zu Beginn handbuchartig an der Populismustheorie Laclaus orientiert.

Im Folgenden rekonstruiere ich das Diskursgefüge, das sich mit Podemos artikuliert, indem ich in chronologischer Reihenfolge *vier Ereignisse* aufarbeite (zum Begriff: Kap. VI.4), die den Aufstieg von Podemos von Anfang 2014 bis Ende 2015 prägen. Ich analysiere dafür Reden – vor allem von Pablo Iglesias, auf den sich die öffentliche Aufmerksamkeit zuspitzt – sowie andere politische Textsorten (Wahlprogramme oder Manifeste). Das erste Ereignis ist die Geburt von Podemos im Januar 2014, das zweite der Erfolg der Partei bei den EU-Wahlen im Mai 2014 und ihr Einzug in das Europäische Parlament, das dritte der von Podemos veranstaltete »Marsch des Wandels« im Januar 2015, als die Partei im Umfragehoch steht. Das vierte Ereignis ist schließlich Spaniens Parlamentswahl von Dezember 2015. Im Durchgang durch diese vier Ereignisse wird sich ein ganzheitliches Bild eines Diskurses ergeben, der in das politische System Spaniens erstmals eine populistische Konfliktlinie einführt.

3.1 Geburt einer Volkspartei? (Januar 2014)

Der Populismus von Podemos beginnt mit dem Namen. Die neue Kraft schließt mit ihrer Bezeichnung – Wir können – an den Veränderungswillen an, den die Indignados auf den Plätzen hochhielten. Bewusst vermeidet der Name *Podemos* – anders als die deutsche Partei *Die Linke* oder früher die französische *Front de Gauche*³³ –, sich in der Links-rechts-Achse zu positionieren. Dagegen eignet man sich den Slogan *Sí se puede!* (Ja, man kann!) an, der in den Mobilisierungen gegen Zwangsräumungen und für ein Recht auf Wohnen aufkam und in Spanien zum geflügelten Motto der Krisenproteste aufstieg (vgl. Giménez 2017: 231f.). Der Name Podemos bietet sich in seiner Polysemie als Stellvertreter für so breite wie unbestimmte Wandlungssehnüchte an. Podemos erinnere in Spanien vornehmlich an das Motto *Sí se puede!*, das die Plattform der Hypothekbetroffenen popularisiert hatte, aber auch an den progressiven US-Präsidenten Barack Obama (*Yes we can!*) und auch an gängige Marketingslogans, so Iglesias (2015b: 35f.).³⁴ Podemos scheint den Parteigründern als Parteiname auch deshalb so passend, weil er eine kollektive Wir-Identität anruft, die sich einerseits auf der ideologischen Links-rechts-Achse nicht klar einordnen lässt, andererseits aber die Handlungsfähigkeit dieses Wir-Subjekts evoziert. Wir können – das verspricht eine kollektive Fähigkeit, Dinge zu verändern, es appelliert an ein gemeinsames *Können-Bewusstsein*.

Dieser voluntaristische Impetus bietet eine offene Projektionsfläche für sehr verschiedene Forderungen und Identitäten, so etwa: Wir können Ungleichheit, Armut und Zwangsräumungen bekämpfen! Wir können die Austeritätsmaßnahmen beenden! Wir können die Eliten loswerden! Wir können gewinnen! Wir können regieren! Wir können eine reale Demokratie einrichten! Der Name Podemos kann als ein leerer Signifikant fungieren, in den sich derartige Appelle einschreiben. Zugleich aber bleibt er ein nur partiell entleerter Signifikant. Ihm haftet weiter eine konkrete Bedeutung an. *Podemos*, darin steckt unverhüllt der Begriff des *Demos*, der antike Begriff für Volksversammlung, für die Regierungsform (mancher) griechischer Stadtstaaten, in denen die politische Gemeinschaft *gemeinsam* über sich selbst herrschte (vgl. Meier 1969: 559). In diesem Sinne erschöpft sich Podemos nicht im Voluntarismus, sondern zielt auf eben jene demokratische Reaktivierung des spanischen Gemeinwesens, die bereits die Indignados auf den Plätzen eingefordert hatten. Die Tatsache, dass der antike Begriff des *Demos* im neuen Parteiprojekt von Iglesias und Co. mitschwingt, soll auch als Assoziation zu den tausenden Versammlungen fungieren, welche die Indignados in ganz Spanien abgehalten und zur Alternative gegenüber der tradierten Ordnung erklärt hatten.

Um nun in die Analyse des Podemos-Diskurses einzusteigen, bietet sich die Vorstellung der Partei zu Beginn des Jahres 2014 an. Am 16. Januar im selbstverwalteten *Teatro*

33 Das sich der *Front de Gauche* 2016 unter der Führung von Jean-Luc Mélenchon als *La France Insoumise* nicht nur umbenannte, sondern auch neu gründete, ist maßgeblich inspiriert durch die linkspopulistischen Strategien von Podemos und Syriza genauso wie von der neuen lateinamerikanischen Linken (vgl. Castaño 2019: 50).

34 Die erste Podemos-Kampagne des Jahres 2014 orientierte sich stark an denjenigen Obamas, so im affektiv geprägten Appell an »die Hoffnung und den Wandel«, wie ihn der Podemos-Slogan für die EU-Wahlen transportierte: »Wann war das letzte Mal, dass Du voller Hoffnung gewählt hast?« (Rivero 2015: 178, 196)

del Barrio von Madrid präsentieren Pablo Iglesias, Juan Carlos Monedero, Ana Castaño, Teresa Rodríguez und Íñigo Errejón Podemos als eine »partizipative Methode«, die »gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern offen ist«, so Iglesias (2014a: 3:30-3:40). Gerade die Rede von Pablo Iglesias, der bereits damals informell die Spitzenfigur einer Initiative ist, die sich noch nicht formal als Partei konstituiert hat, ist aus einem Grund besonders aufschlussreich: Für Podemos ist der Januar 2014 die Stunde null, es ist der Moment, in welchem die bis dahin rein intellektuelle populistische Hypothese zum ersten Mal öffentlich als ein politisches Projekt artikuliert wird. Im Folgenden unterziehe ich die ersten zwei Minuten von Iglesias' Rede einer ausführlichen Feinanalyse. Sie wird die ersten Schlüsselemente des spanischen Linkspopulismus heraus Schälen.

Auf den Plätzen sagten sie: *Si se puede!* [Ja, es geht!]. Wir sagen heute: Podemos [Wir können]. [...] Heute möchte ich hier nur zweierlei sagen: Erstens scheint es so, als ob die Wirtschaftskrise die beste Ausrede gewesen ist, damit eine privilegierte Minderheit die Demokratie beschlagnahmt und die sozialen Rechte zerstört. Das Zweite ist: In diesem Augenblick das zu verteidigen, was die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aussagt, ist so gut wie revolutionär. Das Problem ist nicht, dass unsere Regierung eine rechte ist. Das Problem ist, dass die Regierung dieser Marionetten, die in letzter Instanz nichts anderes als Buchhalter externer Mächte sind, die Menschenrechte zerstören.

Es ist offensichtlich, dass wir, die heute hier sind, links sind. Man merkt es uns an. Doch was wir sagen, geht weit über ideologische Etiketten hinaus. Wir sagen, dass man den Anstand, die Demokratie und die Menschenrechte verteidigen muss.

Manche glauben, dass die Politik Sache der Politiker ist, eine Sache von Herren mit Anzügen und Krawatten, die viel Geld verdienen und die Privilegien verkörpern. Ich glaube, dass, wenn die normalen Leute keine Politik machen, am Ende für sie Politik gemacht wird. Das ist sehr gefährlich. Juan Carlos Monedero sagte: »Es ist Zeit, etwas zu tun.« Und das werden wir hier und heute versuchen. Eine Gruppe von Gefährten und Personen mit den unterschiedlichsten Hintergründen haben gesagt, dass man einen Schritt nach vorne machen muss. Das werde ich heute machen. Ich gehe davon aus, dass ich eine Kandidatur für die Europawahlen anführen kann. (Iglesias 2014a: 0:00-1:48, Hervorheb. C. L.)³⁵

In den Passagen, die von einer Videoübertragung transkribiert wurden, stellt Pablo Iglesias erstmals Podemos vor – und tätigt eine Reihe von Aussagen, in denen sich ein neuer diskursiver Horizont artikuliert. In kaum zwei Minuten wird die kritische Diagnose des Ist-Zustandes Spaniens mit dem Entwurf eines gegenhegemonialen Projektes verwoben. Nun sind die transkribierten Passagen derart reichhaltig, dass eine Sequenzanalyse von ihnen hilfreich ist. Beachtenswert ist zunächst die Eröffnung. Kurz hält Iglesias inne, dann sagt er bei der ersten Vorstellung von Podemos die ersten beiden Sätze: »Auf den Plätzen sagten sie: *Si se puede!* [Ja, es geht!]. Wir sagen heute: Podemos [Wir können].« Der erste Satz tätigt eine Reinszenierung. Iglesias' Worte erinnern an die Proteste auf den Plätzen 2011 und in den Folgejahren – sowie an eines der zentralen Mottos,

35 Diese und die folgenden Reden der Podemos-Politiker wurden vom Autor transkribiert und übersetzt.

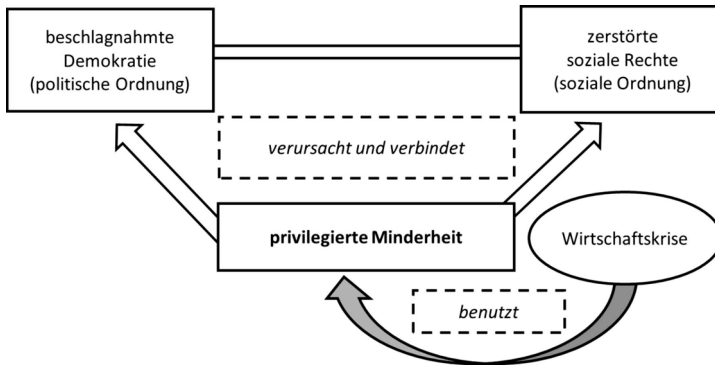
das damals zirkulierte. So rasch, ja fast hastig, Iglesias auf die Proteste der Indignados verweist, so wenig selbstverständlich ist es *a priori*, an einen Protest zu erinnern, der im Januar 2014 bereits abgeklungen ist. Iglesias wählt wohlweislich *nicht* das Präsens, sondern das Präteritum: Damals wurde *Si se puede!* gesagt, heute nicht mehr. Zwar bilden der erste und der zweite Satz eine Anapher, sie haben einen quasi analogen Aufbau. Dennoch arbeitet der zweite Satz mit einer Kontrastierung: An die Stelle des »Sie« kommt das »Wir«, an die Stelle des Präteritums das Präsens, an die Stelle von *Si se puede!* tritt Podemos. Diese Substitutionsbewegungen schaffen Kontinuitäten zwischen damals und heute, sie markieren aber auch Differenzen. Interessant ist zunächst, was im zweiten Satz gegenüber dem ersten wegfällt: die Plätze. Das »Wir«, das heute spricht, ist nicht auf einem offenen Platz, sondern in einem geschlossenen Raum, es blickt auf einen Redner, der an einem Pult steht. Zugleich wirkt der zweite Satz performativ. Indem Iglesias sagt, »Wir sagen heute: Podemos«, entsteht überhaupt erst Podemos. Das »Wir«, das Podemos schafft, gebärdet sich als ein Kollektivsubjekt mit hoher Agency. Es ist *aktiv* (»Wir sagen, es wird nicht für uns gesprochen«), *reflektiert* (»Wir ziehen eine Kontinuität zwischen damals und heute«) und *strategisch* (»Wir schaffen Podemos, eine neue politische Initiative«) (vgl. Deppermann 2015: 65).

Nach dieser kurzen, aber aussagekräftigen Eröffnung bedankt sich Iglesias bei den Mitarbeiterinnen des Theaters, in dem die Präsentation stattfindet, bei den anwesenden Journalisten sowie bei den Mitstreiterinnen, die gekommen sind und die teils außerhalb des Saales stehen müssen. Dieser halbminütige Passus wurde zwar oben aus Platzgründen nicht zitiert, er ist jedoch insofern relevant, als er ein wiederkehrendes Stilmittel des Podemos-Diskurses darstellt. Stets fallen Querverweise auf jene, die *nicht* im Aufmerksamkeitsfokus stehen, die für die Augen der abwesenden Zuschauerinnen unsichtbar bleiben.

Nach diesem Passus steigt Iglesias mit zwei Aussagen in seine Rede ein. Zunächst: »Erstens scheint es so, als ob die Wirtschaftskrise die beste Ausrede gewesen ist, damit eine privilegierte Minderheit die Demokratie beschlagnahmt und die sozialen Rechte zerstört.« (Iglesias 2014a: 0:15–0:25) Indem Iglesias der Diagnose das Verb »es scheint so« voranstellt, schwächt er nur scheinbar seine Aussage ab. Vielmehr setzt er implizit sich selbst als das Erkenntnissubjekt voraus, das eine Kausalkette aufdeckt. Die Wirtschaftskrise ist der Auslöser dafür gewesen, dass ein Kollektivsubjekt (»eine Minderheit«) den vormaligen Ist-Zustand verändert. Das ist enorm zentral. Die wirtschaftliche Destabilisierung wird, so die Diagnose, von einer unbekannten *Agency* genutzt, um die bis dahin geltende Ordnung zu verändern, und zwar im negativen Sinne. Indem das Kollektivsubjekt »eine Minderheit« mit dem Adjektiv »privilegiert« versehen wird, erscheint es als ein so mächtiger wie auch pejorativ konnotierter Akteur. Als solcher »beschlagnahmt« er die Demokratie und »zerstört« die sozialen Rechte. Diese Verben werden gezielt eingesetzt. Eine beschlagnahmte Demokratie muss man befreien, zerstörte soziale Rechte muss man wiederherstellen – so die (implizite) kontrafaktische Annahme, die in der Diagnose mitschwingt und die wahrlich *reformistische* Strategie von Podemos bestimmen wird. In einem Satz hat jedenfalls Iglesias eine *antagonistische Äquivalenzkette* in ihren Grundzügen markiert. Eine kleine Elite scheint die politische genauso wie die soziale Ordnung zu beschlagnahmen und auszuhöhlen zu wollen. Die untenstehende Skizze

(Abb. 21) stellt die antagonistische Figur, rund um die der Podemos-Diskurs bereits in seiner Entstehung kreist, schematisch dar:

Abb. 21: Die antagonistische Äquivalenzkette im frühen Podemos-Diskurs des Jahres 2014



Die Diagnose von Iglesias läuft darauf hinaus, dass im Zentrum von Spaniens Malaise nicht die Wirtschaftskrise als scheinbar objektive Tatsache, sondern ein konkretes Subjekt steht, das diese Malaise intentional herbeigeführt hat oder sie zumindest für ihre Zwecke instrumentalisiert, um sowohl das politische System als auch die Gesellschaft ins Wanken zu bringen. Diese Minderheit kreiert Verhältnisse, die nicht mehr demokratisch verfasst sind, die keine Rechte mehr kennen und die der Bevölkerungsmehrheit großen Schaden zufügt.

Was aber kann die Alternative sein, um diesen Unrechtszustand zu bekämpfen? »In diesem Augenblick das zu verteidigen, was die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aussagt, ist so gut wie revolutionär«, lautet die Antwort von Iglesias (2014a: 0:27-0:37). Gegenüber dem Antagonisten »privilegierte Minderheit« wird nicht ein konkretes Kollektiv als tugendhafte Alternative stilisiert (im Stile von: »Wir, die emanzipatorische und demokratische Linke«), sondern eine übersubjektive Position eingenommen. Als politisches Postulat wird eine Resolution hochgehalten, die universaler nicht sein könnte. Zwar ist bekannt, dass die Allgemeine Menschenrechtserklärung ein Ideal ist, die in keinem Rechtsstaat der Welt verwirklicht worden ist. Allerdings wird hier eine radikale Dichotomie zwischen Spaniens Ist-Zustand und der Menschenrechtscharta aufgemacht. Ihre Postulate zu verteidigen »ist so gut wie revolutionär«. Mit dieser harschen Kontrastierung zwischen dem Ist-Zustand und einem Soll-Zustand, der trotz seiner (vermeintlichen) Universalität in Spanien unerreichbar scheint, wird die Notwendigkeit eines umfassenden Wandels offensichtlich gemacht.

Die Kontrastierung zwischen *Sein und Sollen* spitzt Iglesias in den Folgesätzen weiter zu. Das Problem sei nicht die ideologische Etikettierung der gegenwärtigen Regierung als rechts, sondern, »dass die Regierung dieser Marionetten, die in letzter Instanz nichts anderes als Buchhalter externer Mächte sind, die Menschenrechte zerstören« (ebd.: 0:37-0:53). Die spanische Regierung – 2014 gestellt von der konservativen Volkspartei PP un-

ter Mariano Rajoy, der mit absoluter Parlamentsmehrheit regiert – wird in doppelter Weise verunglimpft. Den »Regierenden« wird mit einer ersten Allegorie (»Marionetten«) die Regierungsfähigkeit abgesprochen und mit einer zweiten (»Buchhalter«) ihre totale Unterordnung unter eine andere Macht attestiert. Diese »externe Macht« bleibt unbestimmt, ihr werden in der Rede von Iglesias keine weiteren Attribute zugeschrieben. Wichtig aber ist die Macht der externen Macht, bringt sie doch die Regierenden so weit, »die Menschenrechte zu zerstören«. An dieser Stelle lohnt es sich, kurz innezuhalten. Einer demokratisch gewählten Regierung wird jede demokratische Legitimität abgesprochen. Die Repräsentanten haben sich nicht nur von ihrem demokratischen Repräsentationsauftrag losgesagt, sie repräsentieren vielmehr eine ganz andere Macht. Das Adjektiv »extern« legt offen, dass diese Macht nicht zum demokratischen Gemeinwesen gehört, dass sie abseits aller Kontroll- und Repräsentationsmechanismen agiert.

Nach dieser deutlichen Diagnose folgt eine *Selbstpositionierung*: »Es ist offensichtlich, dass wir, die heute hier sind, links sind. Man merkt es uns an.« (Ebd.: 0:50–0:56) Iglesias versucht gar nicht erst, zu negieren, dass die Impulsgeber der Podemos-Initiative in das linke ideologische Spektrum gehören. Er spricht dies offensiv an, verweist sogar auf sein Erscheinungsbild und das der Anwesenden (siehe unten: Abbildung 22).

Nachdem diese Verortung klargestellt ist, wird sie in einem neuen Satz schon wieder in Frage gestellt: »Aber was wir sagen, geht weit über ideologische Etiketten hinaus. Wir sagen, dass man den Anstand, die Demokratie und die Menschenrechte verteidigen muss.« (Ebd.: 0:57–1:07) Die adversative Konjunktion »aber« (*pero*) führt in einen neuen Sinnzusammenhang ein. Die Aussagen, die das »Wir-Subjekt« Podemos trifft, lassen sich *nicht* auf dieses Subjekt begrenzen. Sie postulieren – wie die Wechsel von der ersten Person Plural »Wir« zum Pronomen »man« und der Gebrauch des Imperativs (»verteidigen muss«) darlegen – einen Geltungsanspruch, der ideologischen Differenzen enthoben scheint. Drei Kategorien werden in diesem Zuge als zu verteidigende Werte aufgelistet: Anstand, Demokratie, Menschenrechte. Jede dieser drei Kategorien ist in sich unbestimmt, jede besitzt aber positive Konnotationen. Kaum jemand – zumindest in einer liberalen Demokratie wie der spanischen – würde den Anstand, die Demokratie oder die Menschenrechte per se ablehnen. In ihrer Aufzählung besitzen die drei Kategorien eine emanzipatorische Komponente. Sie wird allerdings in der Ansprache von Iglesias nicht weiter erläutert, sondern erst durch die *Abgrenzung* gegenüber dem eigennützigen, undemokratischen und rechtszersetzenden Handeln der Minderheit wirkmächtig. Implizit bilden sich Oppositionspaare: privilegierte Minderheit versus Anstand, beschlagnahmte Demokratie versus Demokratie, zerstörte Sozial- und Menschenrechte versus Menschenrechte.

Hierbei ist zu beachten, dass die positive Seite dieser Oppositionspaare weniger ein proaktiver Kampf für eine neue Ordnung ist, sondern eher als *reaktive Wiederherstellung* eines von einem partikularen Akteur willentlich zerstörten Zustandes antritt.³⁶ Trotz der Oppositionspaare vermeidet es Iglesias, ausschließlich in Termini einer Wir-Sie-Konfrontation zu sprechen. Während auf der negativen Seite eine bestimmte Agency den

36 Diese fast schon konservative Geste, eine verlorene Ordnung wiederherstellen zu wollen, wird Podemos nicht nur in seinen Anfangsjahren behaupten, sondern auch und besonders später stark machen (dazu: Kap. VII.2.c).

Ist-Zustand beschädigt, ist auf der positiven Seite die Wiederherstellung der Ordnung eine Aufgabe, die von der Allgemeinheit (»man«) ausgehen muss. Das »Wir« (= Podemos, Iglesias) erscheint dadurch eben nicht als ein partikularer politischer Akteur, sondern als Agent des Allgemeininteresses.

Die rhetorische Bewegung, die »Wir-Position« als universal – und damit als unangreifbar und positiv konnotiert – darzustellen, ist für den Podemos-Diskurs charakteristisch. Und genauso charakteristisch ist, dass diese *universalisierende Rhetorik* stets an die konkreten *Körper* derjenigen rückgebunden wird, die als Wir-Identität und für die Allgemeinheit sprechen. Deutlich wird dies in der nächsten Passage der Podemos-Vorstellung, als Iglesias erneut die herrschende Politik diskreditiert: »Manche glauben, dass die Politik Sache der Politiker ist, eine Sache von Herren mit Anzügen und Krawatten, die viel Geld verdienen und die Privilegien verkörpern.« (Ebd.: 1:08-1:18) Iglesias grenzt sich damit von einer bestimmten, nämlich restriktiven Vorstellung davon ab, was Politik sei. Erstens problematisiert er, dass die Politik von der Subjektposition des Politikers besetzt und monopolisiert (»dass die Politik Sache der Politiker«) werde. Zweitens beschreibt er in der folgenden Aufzählung (»Herren mit Anzügen [...]«) diese Subjektposition auf eine Weise, dass sie nicht als Repräsentant des Volkes, sondern als abgehobene Elite wahrgenommen werden kann. Erneut wird eine implizite Opposition zwischen ihnen, den »Politikern«, und »uns«, denjenigen, die für die Allgemeinheit Politik machen wollen, gezogen. Doch dieses so authentische wie tugendhafte »Wir« erscheint an dieser Stelle nicht in der gesprochenen Rede, sondern über das physische Erscheinungsbild von Iglesias – und seinen Mitstreiterinnen. Das verdeutlicht auch Abbildung 22:

Abb. 22: Präsentation der Partei Podemos durch Pablo Iglesias am 16. Januar 2014 im Teatro del Barrio, Madrid



Quelle: <https://commons.wikimedia.org>, Creative Commons 3.0

Pablo Iglesias ist der junge Mann am Pult. Anfang 2014 ist er 35 Jahre alt, sein Zopf und Dreitagebart sind genauso sein Erkennungszeichen wie seine einfachen, anfangs oft ungebügelten Hemden und lederen Armbändchen. Die Führungsfigur von Podemos

wirkt so wie »ein Spanier« mehr seiner Generation, zumal in Spaniens Krisen Jahren, als es zur Normalität gehört, dass selbst 40-Jährige noch prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt sind und mit ihren Bastelbiographien jünger wirken als sie tatsächlich sind. Das physische Erscheinungsbild von Iglesias ist *keine* Nebensächlichkeit, sie gehört genauso zum Markenzeichen von Podemos wie der offensive Diskurs von unten gegen oben. Iglesias ist ein spanischer *Jedermann*, jemand, der sich als prekärer Akademiker mit einem befristeten Uni-Job herumschlägt, mit dem er weniger als 1.000 Euro monatlich verdient, in einer Zweizimmerwohnung in einem Arbeiterquartier von Madrid lebt und immer wieder betont, dass er nur zeitweilig in der Politik sei und langfristig zur Universität und zu seinen Polittalkshows zurückkehren wolle.³⁷

Gerade weil Iglesias so glaubwürdig – besonders 2014 bis 2016 – den spanischen Durchschnittsbürger verkörpert, kann er sich als ein neuer Politikertyp gebärden, der deshalb für die »normalen Leute« sprechen kann, weil er selbst zu ihnen gehört. Und das obige Foto zeigt ebenfalls, dass es nicht nur Iglesias selbst ist, der ganz normal wirkt. Die Impulsgeber von Podemos, die im Hintergrund sitzen, entsprechen mit ihrer Alltagskleidung und ihren wenig durchkomponierten Frisuren nicht der üblichen Politikerinnenerscheinung. Diese physische Abgrenzung gegenüber einer abgehobenen Politik bekräftigt Iglesias auch in der nächsten Passage seiner Vorstellungsrede: »Ich bin mir sicher: Wenn die normalen Leute keine Politik machen, dann wird am Ende für sie Politik gemacht. Und dies ist sehr gefährlich.« (Iglesias 2014a: 1:10-1:24) Mit aller Deutlichkeit stellt sich hier die Frage der Agency. Entweder die normalen Leute sind, so Iglesias, die Subjekte politischer Prozesse (»Politik machen«) oder eben ihre Objekte (»Politik gemacht«). Um ersteres zu sein und letzteres zu vermeiden, bemüht Iglesias ein voluntaristisches Narrativ:

Juan Carlos Monedero sagte: »Es ist Zeit, etwas zu tun.« Und dies werden wir hier und heute versuchen. Eine Gruppe von Gefährten und Personen mit den unterschiedlichsten Hintergründen haben gesagt, dass man einen Schritt nach vorne machen muss. Das werde ich heute machen. Ich gehe davon aus, dass ich eine Kandidatur für die Europawahlen anführen kann. (Iglesias 2014a, 1:24-1:48)

In der Passage implizieren die Ausdrücke, »es ist Zeit, etwas zu tun« und »einen Schritt nach vorne machen muss« eine objektiv günstige oder drängende Situation, die zum politischen Handeln auffordert. Implizit klingt das Gelegenheitsfenster an, das Podemos zu nutzen sucht (s.o.), explizit wird an das Gründungsmanifest von Podemos »Zeit zu handeln. Die Empörung in politischen Wandel überführen« erinnert, welches Mitte Januar 2014 publik gegangen ist. Diese drängende Gelegenheit wird nun in der Ansprache

37 Mit diesen Talkshows sind nicht die Formate der Massenmedien gemeint, sondern die Programme *La Tuerka*, *Fort Apache* und *Otra vuelta de Tuerka*, die Iglesias bei den kleinen Plattformen Hispav und Público TV teils bis 2019 durchführt. Vor allem für die Jugend-, Boulevard- und Kulturpresse sowie im Gespräch mit Youtubern steht Pablo Iglesias oft bereit und stellt seine durchschnittlichen und unaufgeregten Lebensverhältnisse dar. So erzählt er im Kulturmagazin *Jot Down*: »Wenn das mit der Politik vorbei ist, werde ich der Welt zurufen: ›So, ich habe jetzt meine Pflicht getan, jetzt möchte ich wieder glücklich sein.‹ Und um wirklich glücklich zu sein, möchte ich lehren, Unfug in Fernsehformaten veranstalten und Kurzfilme drehen.« (Foguet/Iglesias 2015) Siehe anstelle vieler: Berluneces 2014, Ruiz Valdivia 2014 oder Diéguez 2014.

von Iglesias durch das »Ich« selbst getätigt. Die Botschaft ist klar: Ich, Pablo Iglesias, mache heute einen Schritt nach vorne und versuche, eine Kandidatur für die Europawahlen anzuführen. Weder das imperative »man« noch das »inklusive Wir« stehen im Zentrum. Vielmehr ist es das »subjektive Ich«, die Person Pablo Iglesias, die sich an die Spitze der neuen politischen Initiative stellen möchte, um die politischen Verhältnisse Spaniens zu verändern und die soziale Misere und die politische Entmachtung zu bekämpfen, unter denen die »normalen Leute« leiden. Im »Ich«, das am Ende des transkribierten Abschnittes den Schritt macht und eine Kandidatur anführen möchte, verdichtet sich eine ganze historische Konstellation. Dort stehen die Eliten und ihre illegitime Herrschaft, hier formieren wir uns jetzt, die normalen Leute, hinter mir, Pablo Iglesias, um eine soziale und demokratische Ordnung wiedereinzurichten – so ließe sich die Kernbotschaft der Rede von Pablo Iglesias am 16. Januar 2014 zusammenfassen. Es ist der Tag, an dem das Podemos-Projekt erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt wird.

Mit dieser personalistischen Zuspitzung endet die analysierte Passage. Freilich endet damit nicht die Ansprache von Iglesias. Vielmehr betont er noch, dass er Podemos nur anführen werde, wenn dies an einen *apoyo popular*, an öffentliche Unterstützung zurückgebunden sei. Dazu könne man sich, so Iglesias, auf der Website von Podemos eintragen. Diese demokratische Rückbindung des Podemos-Projekts wird seitens der Parteispitze immer wieder betont, bleibt aber in ihren Reden weit weniger prominent als der polarisierende und personalisierte Diskurs, wie ihn diese erste Analyse nachzeichnete. So wird sich denn auch die öffentliche Aufmerksamkeit sehr klar auf den Unten-oben-Konflikt von Podemos zuspitzen, wie er von der Führung der neuen Partei vorgetragen wird. Die basis- und direktdemokratischen Fundamente des Podemos-Projekts werden dagegen eine vornehmlich interne Angelegenheit bleiben und vor allem seitens der Parteibasis betont werden (dazu dann: Kap. V.5).

3.2 Böses Europa, gutes Europa (Mai/Juli 2014)

Die allererste Rede, die Iglesias am 16. Januar 2014 als zu jener Zeit noch informeller Frontmann von Podemos tätigt, enthält bereits Kernelemente des Podemos-Diskurses. Erstens stilisiert sich die junge Partei als eine Kraft, die den Protest der Indignados auf der politischen Bühne reartikuliert. Podemos agiert als eine politische Partei neuen Typs, die eine *Scharnierstellung* zwischen der institutionellen Politik und der Zivilgesellschaft einnimmt. Zweitens disqualifiziert die junge Partei die Eliten mit einer doppelten, *diskursiven* wie *sinnlichen* Geste. Der Podemos-Diskurs kreist explizit und immerfort um den Konflikt »unten gegen oben«. Eine privilegierte Minderheit habe Spaniens Ordnung in mehrfacher Hinsicht zerrüttet, ein neuer Akteur müsse sie nun im Namen von konsensualisierten, deutungsoffenen Werten (Anstand, Demokratie, Menschenrechte) wiederherstellen, so die Diktion von Iglesias bei seiner Vorstellungsrede. Zugleich verweist dieser Diskurs impliziter, aber keineswegs verborgen, auf das Erscheinungsbild, den Habitus und die Lebensverhältnisse von Iglesias und seinen Mitstreitern selbst. Sie verkörpern die »normalen Leute«, sie können für das Volk sprechen, weil sie Teil des Volkes sind.

Die Botschaft verfängt offenbar. Die Partei erzielt beim ersten Urnengang, an dem sie teilnimmt, ein allseits überraschendes Ergebnis. Bei den EU-Wahlen am 25. Mai 2014

erreicht Podemos acht Prozent der Stimmen und fünf Sitze im Europäischen Parlament in Straßburg.³⁸ Etwas mehr als eine Million Spanierinnen haben Podemos gewählt – besser gesagt, sie haben die Partei von Pablo Iglesias gewählt. So heiter die Stimmung am Wahlabend ist, die Rede von Iglesias, von der hier ihr Einstieg wiedergegeben wird, ist nicht nur euphorisch:

Wenige erwarteten so ein Ergebnis für uns. Aber erlaubt mir, dass ich zur Trauer ausrufe und auch darauf, wachsam zu bleiben. Die Parteien der Kaste [*casta*] haben eines der schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschichte erzielt. Dennoch muss ich betonen: Wir haben bisher nicht unser Ziel erreicht, sie zu übertreffen. Morgen wird es weiter sechs Millionen Arbeitslose geben. Morgen wird man in unserem Land weiter Familien zwangsräumen. Morgen wird man weiter Krankenhäuser privatisieren. Es werden weiter Menschen zu unverschämten Bedingungen arbeiten und junge Leute werden weiter ins Ausland gehen müssen. Es wird weiter ein Viertel der Bevölkerung arm sein. Es wird weiter migrantische Arbeitskräfte geben, die man wie Vieh behandelt, weiter straffreie Banker, weiter korrupte Banker, die sich in öffentliche Dienstwagen setzen. Morgen werden Merkel und die Mächtigen weiter Entscheidungen gegen uns und gegen die Leute [*la gente*] treffen.

Wir sind stark gewachsen. Aber die Aufgabe, die morgen vor uns steht, ist enorm. Deshalb möchte ich alle demokratisch engagierten Leute [*gente*] darum bitten, wachsam zu bleiben. Podemos wurde nicht geboren, um eine Nebenrolle zu spielen. Podemos wurde geboren, um aufs Ganze zu gehen. Und wir werden aufs Ganze gehen. (Iglesias 2014b, 1:25-2:51)

Die ersten Minuten der Rede – die in den Talkshows und Fernsehsendungen eingeblendet und rege kommentiert wurden (vgl. La Sexta 2014) – des Vorsitzenden einer Partei, die vor dem Wahltag noch vielen Millionen Spanier unbekannt war, vermeiden jede Selbstgefälligkeit, sondern machen ein polarisiertes Szenario zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen politischen Akteuren auf. Was bei der Vorstellungsrede von Podemos im Januar 2014 eine »privilegierte Minderheit« war, wird nun, einige Monate später, auf die »Parteien der Kaste« zugespitzt. Kaste (*casta*), dieser stark pejorative Begriff ist bei Podemos ein reartikulierter Signifikant, er verweist auf eine abgehobene Herrschaftsschicht, die sich von der restlichen Bevölkerung abgrenzt und über sie herrscht – und zwar politisch genauso wie ökonomisch und kulturell. Im modernen Spanien gebraucht erstmals Podemos den Begriff der Kaste in der politischen Auseinandersetzung.³⁹ Denn wer als Kaste gilt, ist kein legitimer Gegner, sondern ein illegitimer Feind. Diese antagonistische – nicht agonale – Grenzziehung gegenüber Parteien, die noch immer eine Mehrheit hinter sich scharen, kann Iglesias nur tätigen, indem er ihnen den Status

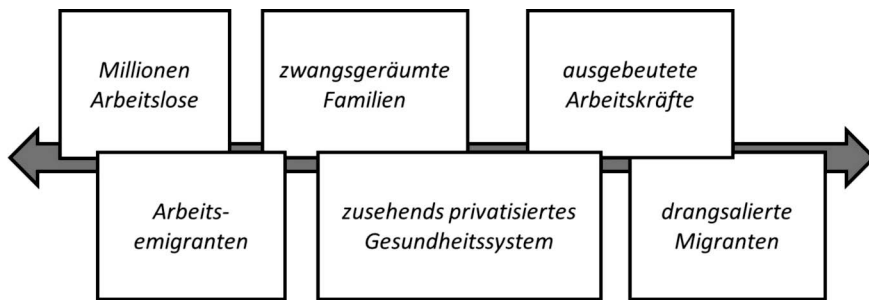
38 Umfragen sagten Podemos zur EU-Wahl ein bis zwei Prozent voraus (vgl. Metroscopia 2014, Cortizo 2014)

39 Die Artikulation des Signifikanten »Kaste« geschieht bei Podemos (erneut) als ein Übersetzungsprozess, diesmal aus dem italienischen Kontext (vgl. Aguilera de Prat 2015). Wichtig ist dafür das Werk *La Casta* (2007) von Sergio Rizzo und Gian Antonio Stella, in der die Korruption und Seilschaften des politischen Establishments in Italien analysiert wird. Für die spanische Übersetzung im Jahr 2015 verfasste Íñigo Errejón das Vorwort.

als demokratische Repräsentationsinstanzen *abspricht*. Die »Parteien der Kaste« werden zwar vom Volk gewählt, sie repräsentieren aber nicht das Volk, sondern die Interessen einer privilegierten Minderheit, wie hier die Kategorien »die Mächtigen«, »die Banker« oder eben »die Kaste« verdeutlichen. Der Antagonist erhält folglich mit dem Begriff der Kaste eine personalisierende und, vor allem, polarisierende Zuschreibung. Der frühe Diskurs von Podemos, den diese Studie betrachtet, entwirft ein Schwarz-Weiß-Szenario: Die »Parteien der Kaste« regieren nicht nur mittelmäßig oder schlecht, sie regieren *gegen* das Volk.

Demgegenüber gebärdet sich Podemos als Repräsentant der Leute (*la gente*), die in der langen Aufzählung im ersten Abschnitt des Zitats von Iglesias einerseits als Krisenverlierer erscheinen, andererseits aber auch als eine potentielle soziale Mehrheit. Die Aufzählung schafft auf der Innenseite des Diskurses eine breite Äquivalenzkette von Bevölkerungssektoren, für die das Podemos-Projekt sprechen, ja die in diesem aufgehoben sind:

Abb. 23: Äquivalenzkette des frühen Podemos-Diskurses (Frühjahr 2014)



Die Äquivalenzkette, die Iglesias in seiner Rede schafft, hat *Querschnittscharakter*. Die Millionen Arbeitslose, die verarmten Bevölkerungsschichten, die Migranten, die für miserable Löhne arbeiten, die Menschen, die ins Ausland emigrieren müssen – sie alle zeichnen das krisengerüttelte Spanien aus. Zugleich sind all diese benachteiligten sozialen Gruppen das implizite Fundament der Gesellschaft als Ganzes. Jedes dieser Kollektive erfüllt eine zentrale Funktion oder möchte diese erfüllen, ob durch Lohnarbeit, Arbeitssuche, Reproduktionsarbeit oder Gesundheitsversorgung. Doch so fundamental alle Gruppen für die Gesellschaft sind, sie stehen unter Leidensdruck. Die Familien, denen Zwangsräumungen drohen, die schlecht bezahlten Arbeitskräften oder die Arbeitslosen befinden sich alle in angespannten oder gar unhaltbaren Lebensverhältnissen. Dieses Leiden erfahren alle Bevölkerungsgruppen – von der armen Familie über die Migrantinnen und die Ausgewanderten hin zu den ausgebeuteten Arbeitskräften. Sie alle vereint, dass sie *Objekte* einer ungerechten Herrschaft sind, die von den »Parteien der Kaste« ausgeht. Deshalb appelliert Iglesias am Anfang seiner Rede an »die Trauer«: Der Unterdrückungszustand dieser breiten, krisengerüttelten Bevölkerungsmehrheit hält an, Podemos als *die* Kraft, die diesen Zustand verbessern könnte, ist noch nicht stark genug. Die junge Partei erscheint in dieser Darstellung als der Erlöser, der die vielfältigen benachteiligten Bevölkerungssektoren nicht nur repräsentieren, sondern

ihren Zustand grundsätzlich verändern könnte. Die Hoffnung darauf, dass Podemos weiter wächst, keine Acht-Prozent-Partei bleibt, sondern, wie Iglesias betont, »aufs Ganze gehen kann«, geschieht auf der Grundlage der normativen Erwartung, dass die neue Kraft Spanien grundsätzlich verändern könnte.

Freilich ist das Szenario, das der Podemos-Diskurs zeichnet, nicht nur gespalten, sondern auch asymmetrisch. Iglesias und Co. spinnen ein fast schon episches Narrativ. Sie führen eine Partei der normalen, aber verarmten Leute an, welche die Herrschaft der Mächtigen in Frage stellt. Zu dieser Erzählung gehört auch, dass der Podemos-Diskurs sowohl auf seiner protagonistischen Innenseite als auch auf seiner antagonistischen Außenseite mit *Personifikationen* arbeitet. Auf der Innenseite wird in der obigen Rede von Iglesias nicht im Allgemeinen über »leidende und arme Menschen« gesprochen, sondern über konkrete Gruppen (Familien, prekäre Arbeiterinnen, Migranten etc.), von denen ein unmittelbares Identifikationspotential ausgeht. Dasselbe gilt auf der Außenseite. Die »Mächtigen« schlagen sich nicht nur in der Figur der »Kaste« nieder, sie verkörpern sich zudem in Politikern, Bankern – und in Frau Merkel. »Morgen werden Merkel und die Mächtigen weiter Entscheidungen gegen uns und gegen die Menschen [*la gente*] treffen« – Iglesias (ebd.: 2:20-2:32) nimmt quasi eine Periphrase vor, er verbindet den abstrakten Begriff »der Mächtigen« mit der konkreten Person Angela Merkel. Letztere nimmt eine sehr aktive Agency ein, sie wird als die Entscheiderin stilisiert, die der Allgemeinheit, für die Podemos eintritt, Schaden zufügt.

Pablo Iglesias, Präsidentschaftskandidat für das EU-Parlament (Juli 2014) Die antagonistische Personifikation, die im Podemos-Diskurs »Merkel« einnimmt, weist darauf hin, dass sich die junge Partei von der Europäischen Union des Jahres 2014 abgrenzt. Podemos schreibt der EU-Kommission eine Schlüsselrolle bei der Forcierung der Austeritätspolitik in Spanien zu. Die »Troika«, »Brüssel«, »Berlin«, »Merkel« und »Schäuble« werden in den Reden von Iglesias und Co. immer wieder als Allegorien gebraucht, um die Infragestellung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit in Spanien zu beschreiben. Gleichzeitig jedoch agiert Podemos nicht als eine europaskeptische Partei im Stile der AfD, sondern eher als eine Partei, die ein anderes Europa, ein Europa der »normalen Leute« anstrebt (Roch 2020: 9f.). Um die ambivalente Rolle zu erfassen, die Europa für Podemos spielt, bietet sich die erste Rede an, die Iglesias in einem Parlament, nämlich dem europäischen, am 1. Juli 2014 in Straßburg hält. Er tritt dort als Kandidat der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken (GUE/NGL) an, um sich für das Amt des Präsidenten des EU-Parlaments zu empfehlen. Obschon die Kandidatur von Iglesias gegenüber der von Martin Schulz, dem Konsenskandidaten von Sozialdemokraten, Konservativen und Liberalen aussichtslos ist, so zeigt sie dennoch, dass Podemos eine der aufstrebenden Kräfte der europäischen Linken ist (vgl. Hrbek 2014: 221). Mit der Kandidatur von Iglesias wird der Podemos-Aufstieg europaweit gewürdigt und dem aufstrebenden Politiker eine erste internationale Profilierungschance geboten.

Die Rede von Iglesias konturiert ein Europa am Scheideweg, das von einem gespaltenen Szenario geprägt ist. Bereits in ihrem zweiten Satz tritt das zentrale Motiv der Ansprache hervor: »Dieses Parlament ist dazu berufen, die Souveränität Europas zu repräsentieren, und wir, wehrte Abgeordnete, müssen auf der Höhe dessen sein, was das

heute bedeutet.« (Iglesias 2014c: 00:18-00:27)⁴⁰ Ähnlich wie schon Anfang 2014 verbindet Iglesias eine scheinbare Feststellung mit einer normativen Erwartung. Dem EU-Parlament wird eine hochtrabende, faktisch weit über seine Kompetenzen hinausgehende Rolle zugeschrieben: die Repräsentation der »Souveränität Europas«.⁴¹ Dies könnte vieles heißen, und tatsächlich Iglesias wird in den nachfolgenden Minuten eine eigensinnige Deutung dieser europäischen Souveränität vorstellen. Entscheidend ist an dieser Stelle, dass der scheinbare Auftrag des Parlaments von einem »Wir« einzulösen ist, von dem Iglesias – man achte auf das Imperativ – eine korrekte Deutung der europäischen Vision erwartet. Doch das »Wir« ist auch inklusiv geprägt, es lädt prinzipiell alle EU-Parlamentarierinnen auf seine Seite ein.

Die Gegensätze, die Iglesias' Rede in ihrem Hauptteil aufmacht (ebd.: 1:47-6:34), sind wertend geprägt, und zwar sowohl in aufwertender als auch in abwertender Hinsicht. Es geht dem Podemos-Politiker nicht darum, eine bessere politische Alternative gegenüber einer schlechteren, aber grundsätzlich legitimen Option zu profilieren, sondern darum, sich für ein *demokratisches* Europa und gegen ein *undemokratisches* zu entscheiden. Die Vision eines demokratischen Europas sei so drängend, weil die aktuelle Entwicklung in eine ganz andere, autoritäre Richtung weise. »[D]ie Demokratie in Europa ist Opfer einer autoritären Abdrift geworden«, so Iglesias (ebd.: 3:00-3:07). Eine zentrale ökonomische Entwicklung prägt diesen Regress:

Die Enteignung der Souveränität und die Unterwerfung unter die Regierung der Finanzeliten gefährden die Gegenwart und die Zukunft Europas, sie gefährden unsere Würde, sie gefährden unsere Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, sie gefährden unser gemeinsames Leben. Die Schaffung neuer supranationaler Institutionen darf nicht um den Preis kommen, die Bürgerschaft zu entmündigen. Unsere Völker [*pueblos*] sind nicht minderjährig oder Kolonien von Investmentfonds, sie eroberten und verteidigten nicht ihre Freiheit, um sie der Finanzoligarchie auszuhändigen. (Ebd.: 1:57-2:32)

Den Finanzeliten wird in der Rede eine absolute Macht zugeschrieben, sie scheinen das Zusammenleben in politischer wie sozialer Hinsicht zu unterhöhlen. Enteignung, Unterwerfung, Gefährdung, Entmündigung – die Liste der Wörter, die die Herrschaft der Finanzeliten beschreiben, zeigt vor allem auf, dass Iglesias ein bedrohliches *Upside-down-Szenario* beschreibt, bei dem ehemals mündige, mächtige, ungefährdete und reiche Völker umfassend unter eine fremdbestimmte Herrschaft geraten und drohen, alles zu verlieren. Doch was verlieren die Völker eigentlich? Iglesias arbeitet hier mit einer klaren Rangfolge, an erster Stelle steht für ihn die *Souveränität*. Sie benannte er bereits am Anfang seiner Rede und tut es jetzt wieder. Er gebraucht dabei einen empathischen Begriff von Demokratie, der diese als Volkssouveränität, hier als Souveränität der Völker

40 Die Rede von Iglesias ist in seiner spanischen Originalfassung verschriftlicht unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-8-2014-07-01-ITM-004_DE.html (Zugriff: 26.10.2022).

41 Zwar hat das EU-Parlament nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon Ende 2009 erweiterte Befugnisse (in der Gesetzgebung, dem EU-Haushalt oder der Kontrolle der EU-Kommission), seine Kompetenzen bleiben jedoch gegenüber denen nationaler Parlamente immer noch stark beschränkt. In diesem Sinne ist auch dieses aufgewertete EU-Parlament immer noch nicht in der Lage, das strukturelle Demokratiedefizit der Europäischen Union zu beheben (dazu: Wiesner 2017 mit Blick auf die Finanzkrise).

versteht. Iglesias stellt es an anderer Stelle klar: »Das beste Erbe Europas ist der Wille seiner Bürger, frei zu sein und niemandem Untertan. Niemandem Untertan sein, dies, werte Abgeordnete, ist die Demokratie.« (Ebd.: 1:30-1:45) Das Niemand-Untertan-Sein, mit dem er die Demokratie definiert, macht die Idee der Souveränität zentral, ohne sie mit dem Freiheitsbegriff zu konfrontieren – der ja prinzipiell eine freie Marktwirtschaft begründen könnte. In seiner empathischen Aufladung wird bei Iglesias das Niemandem-Untertan-Sein zur Herrschaftsfreiheit, die keine fremde Macht neben der Macht der Bürgerinnen akzeptiert. Die Freiheit wird damit zum urdemokratischen Ideal der Gestaltungsfähigkeit der Bürger über das Gemeinwesen gemacht.

Die Herrschaft der Finanzeliten ist auch deshalb so gefährlich, weil sie in den Augen von Iglesias die materielle Grundlage der Demokratie selbst unterhöhlt: die (relative) Gleichheit der Bürgerinnen sowie die sozialstaatlichen Institutionen, die diese Gleichheit aufrechterhalten. Die Völker Europas lebten heute, so Iglesias, nicht im »Europa der Freiheiten und sozialen Rechte, für das sie gekämpft hatten«, sondern »in der Angst vor der Armut, der Ausgrenzung, der Arbeitslosigkeit oder der Schutzlosigkeit vor der Krankheit« (ebd.: 1:52-1:60). Es wird hier die Geschichte vom Verlust eines besseren Zustandes geschildert, den die Bürger selbst erfochten hatten. Diese Gleichheit ist für Iglesias die Voraussetzung des Zusammenlebens, sie macht das »gemeinsame Leben« aus, das er im obigen Zitat verteidigt.⁴² Die Geste von Iglesias ist – wie schon in der ersten analysierten Rede (Kap. V.3.a) – in einem gewissen Sinne konservativ geprägt, zielt sie doch auf die Wiederherstellung eines Zustandes, von dem angenommen wird, dass er früher einmal galt. Es ist die klassische sozialdemokratische Vision eines Europas, in dem staatliche Umverteilung und demokratische Willensbildung die unbedingte Herrschaft der Kapitalinteressen brechen und den freien Markt in seine Grenzen weisen. Was genau die alte sozialdemokratische Zeit auszeichnet, bleibt zwar in der Rede von Iglesias unklar. Deutlich jedoch wird, dass die Überwindung der jetzigen Situation kein Totalumbruch wäre, sondern eher die Re-Institution einer Ordnung, die schon einmal instituiert war. Im Zeichen dieser wiederherstellenden Geste fällt denn auch die Diagnose der Gegenwart besonders hart aus. Für Iglesias gilt, dass die Bürgerinnen heute – anders als früher – so unfrei wie auch verarmt sind, dass sie nicht mehr als demokratische Subjekte agieren können, sondern nur mehr *Herrschaftsobjekte* sind.

Diese scharfe Diagnose wird in der Rede durch die Tatsache zugespitzt, dass »die Politiker« nicht auf der Seite des Volkes stehen und dieses repräsentieren, sondern als Teil der »Finanzoligarchie« erscheinen:

Es ist empörend, wie leichtfüßig hier Lobbys ein- und ausgehen, die Großkonzernen dienen. Empörend sind auch die Drehtüren zwischen Wirtschaft und Politik, die demokratische Repräsentanten in von großen Unternehmen bezahlte Millionäre verwandeln. Man muss es laut und klar sagen: Diese Funktionsweise raubt den Völkern ihre Souveränität, verstößt gegen die Demokratie und macht die politischen Repräsentanten zur Kaste. (Ebd.: 2:37-3:04)

42 Es dürfte also kein Zufall sein, dass Iglesias die etablierte Formel *liberté, égalité, fraternité* in ihrer Reihenfolge abändert, um daraus »Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit« zu machen, erscheint doch damit die Symmetrie zwischen den Bürgern als Voraussetzung für deren freies Handeln.

Das Bild, das Iglesias skizziert, ist düster. Die Lobbys, die im EU-Parlament »leichtfüßig ein- und ausgehen« fungieren als Hyperbel, um in aller Klarheit zu unterstreichen, wie stark sich die Politik den Wirtschaftsmächten unterordnet. Doch es ist weder schlicht »die Politik« oder »die Wirtschaft«, die der Podemos-Politiker angreift, sondern die politischen Vertreter und die großen Konzerne. Letztere sind, wie verschwörungstheoretisch nahelegt wird, die Macht im Dunkeln. Das Parlament ist keine Volksvertretung mehr, sondern *de facto* ein Ort, in dem die Volkssouveränität ausgehebelt wird. Iglesias' Diagnose läuft auf ein polares Motiv zu: Auf der einen Seite steht die »Kaste«, auf der anderen Seite stehen die ihrer Souveränität beraubten Völker.

Wer aber ist das Volk (*el pueblo*) oder sind die Völker (*los pueblos*), die Iglesias als tugendhafter Gegenspieler der Finanzoligarchie konturiert? In seiner Rede avanciert der Signifikant des Volkes zur Chiffre für drei verschiedene, gleichwohl miteinander verschachtelte Bestimmungen. Auf allgemeinsten Ebene gebraucht Iglesias den Begriff des Volkes synonym zu *Volkssouveränität*. Das Volk erscheint in Gestalt einer Bevölkerung, die anders als die »Kaste« das wahre Souverän ist, aber in ihrer Souveränität grundsätzlich behindert ist. So erhält das Volk in der Rede eine kontrafaktische Bestimmung. Es ist ein Versprechen, dessen Einlösung aussteht. Das demokratische Volk erscheint hier bar seiner Repräsentanten, diese haben jenes im Stich gelassen, so Iglesias' Tenor. Doch zugleich intoniert er die Volkssouveränität als eine Möglichkeit, mit deren Rückkehr jederzeit zu rechnen sei. Als Souverän wird die Bürgerschaft, wie er betont, »früher oder später Rechenschaft für das verlangen, was in ihrem Namen gemacht wurde« (ebd.: 5:18-5:26). Das Volk ist als verhindertes Souverän eben auch eine verbitterte und potentiell empörte Instanz, vor der sich die Herrschenden fürchten sollten.

Die zweite Bestimmung nimmt diese Ideen von Souveränität und Empörung auf, gibt aber dem Konzept des Volkes eine konkrete, fast schon europarechtliche Wendung. Iglesias verteidigt die peripheren Länder Europas im Osten und besonders im Süden, die von den angeblich nordeuropäisch dominierten EU-Institutionen unterjocht werden. Fortwährend wird die Würde der »Völker des Südens« verteidigt – ihr Souveränitätsverlust und ihre Erniedrigung, die wohlbegründete Metaphern wie »Protektorate« und »Kolonien« eindringlich zu markieren suchen, dürften genauso wenig hingenommen werden wie das fremdbeschreibende Akronym »PIGS« (abkürzend für: Portugal-Italy-Greece-Spain). Die Asymmetrie zwischen dem Zentrum und der Peripherie Europas spitzt sich in der Rede von Iglesias auf den Mechanismus der Schuldenbegrenzung zu: »[D]ie Schulden sind heute ein Mechanismus der Macht und der Plünderung der Völker des Südens.« (Ebd.: 3:45-3:51) Das Instrument der Schuldenbremse erhält in der Passage eine Sinnverkehrung. Ein Mechanismus der Haushaltsstabilisierung wird zum Mechanismus der Machtausübung und Plünderung stilisiert. Iglesias' Appell an die Souveränität einerseits und an die Gleichheit andererseits bekommt so eine geopolitische Dimension. Der Demokratieverlust schlägt sich auf europäischer Ebene nieder, wo gerade die armen Länder des Südens von einem technokratischen EU-Apparat beherrscht, ja unterjocht werden.

Das »Volk« erhält in der Rede noch eine dritte Wendung. Iglesias sieht die Volkssouveränität als eine Aufgabe, die nicht primär von Berufspolitikern wahrgenommen werden kann, sondern von den Bürgerinnen selbst ausgehen muss. Die *Bürgerschaft* ist das politische Subjekt, das die Demokratie erst verwirklichen kann. So wird denn auch

die siebenminütige Rede mit einer Erzählung davon gerahmt, wie immer wieder soziale Kämpfe den »Traum Europas« und der europäischen Demokratie wiederbelebten. In seiner Ouvertüre umreißt Iglesias einen alternativen Gründungsmythos Europas: »Europa gelang es, im Widerstand seiner Völker gegen den Faschismus aufzuwachen, in den Überlebenden der Konzentrationslager, in denjenigen, die ihr Leben für Gerechtigkeit und Freiheit ließen.« (Ebd.: 00:30-00:45) Die Wiedergeburt von Europa wird anders als üblich nicht in den Verträgen der Nachkriegszeit verortet, sondern im Widerstand gegen den Faschismus. Iglesias beruft sich dabei nicht nur auf die Antifaschistinnen, sondern auf den Kampf der »Völker« gegen den Faschismus. Die demokratische Befreiung konnte, so der Subtext, nur gelingen, weil ihr Kampf so existentiell wie kollektiv war. Dieser demokratische Gründungsmythos fungiert als Kontrastfolie, um die Gegenwart, gekennzeichnet von der Herrschaft der »Finanzoligarchie«, als ein Verlustnarrativ darzustellen.

Allerdings ist für Iglesias der Ist-Zustand nicht nur erdrückend, er enthält mehr als nur voluntaristische Anrufungen der Volkssouveränität. Der Sprecher richtet seine abschließenden Worte – unterbrochen durch Zwischenrufe, die die Exposition ob ihrer Überlänge rügen – an die Bürgerinnen selbst. Er sieht sie als die Protagonisten einer möglichen Erneuerung der Demokratie in Europa. »Den Millionen, die Ihr auf den europäischen Plätzen ›Es reicht!‹ gerufen habt, möchte ich sagen, dass Ihr der Stolz von Europa seid und sein demokratisches Herz ausmacht.« (Ebd.: 6:43-6:53) Analog zum antifaschistischen Widerstand verortet dieses Fazit die Demokratie außerhalb des Parlaments und plädiert für eine *Aktivierung der Gesellschaft*.

Weit prononcierter als noch bei der Präsentation von Podemos Anfang 2014, schreibt Iglesias' Rede den Parteien vis-à-vis den Bürgerinnen eine untergeordnete Rolle zu. In seiner Erzählung sind die protestierenden Bürger die treibende Kraft, sie sind die Subjekte der Demokratie, wohingegen den Parteien lediglich die Aufgabe zukommt, derartige Protestartikulationen im Parlament zu *übersetzen*. Gegenüber dem hegemonialen Machtblock, den die tradierten Parteien und die Finanzeliten bilden, wird auf diese Weise ein gegenhegemonialer Machtblock in Stellung gebracht, der sowohl auf der Straße als auch im Parlament eine demokratische Alternative anbietet. Das gelingende Modell einer repräsentativen Demokratie ist, so der Tenor von Iglesias im EU-Parlament, eines, in der wahrlich demokratische Parteien den Schulterschluss mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen suchen.

Freilich bleibt der eigentlich Protagonist des Protestes prinzipiell blockiert. In den politischen Institutionen können die Protestler nicht sprechen, vielmehr wird *für* sie gesprochen. Pablo Iglesias ist mehr als nur das Sprachrohr, als das er sich beschreibt. Vielmehr artikuliert er proaktiv äußerst disparate Phänomene – vom Widerstand gegen den Faschismus über die aktuelle Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU oder die Funktionsweise des Europäischen Parlaments hin zur Protestwelle von 2011 und der Folgejahre – zu einem *kohärenten* Diskurs über eine Gesellschaft, die sich in Dichotomien aufspaltet. Hier steht die Souveränität der Völker, dort die Finanzoligarchie, hier steht die lebendige Solidarität der europäischen Peripherie, dort die technokratische Austerität eines autoritären EU-Apparates, hier stehen die protestierenden Bürgerinnen, dort die abgehobene Kaste. Auf der einen Seite steht der verwerfliche Zustand, der heute vorherrscht,

auf der anderen steht die hehre Vision eines demokratischen Europas, als dessen politischer Vorkämpfer sich Pablo Iglesias in Szene setzt.

3.3 Wir können Volk werden (Januar 2015)

Nur wenn die von unten wollen und die von oben nicht können, öffnet sich die Chance zum Wandel. Den Wandel nennen die von oben Experiment und Chaos. Wir, die von unten, nennen ihn Demokratie.

(Pablo Iglesias, *Marcha del Cambio*, 31.1.2015)

Die analysierten Reden von Pablo Iglesias halten die Konfliktlinie von unten gegen oben hoch. Sie bringen ein unterdrücktes, aber souveränes Volk gegen die angebliche Vorherrschaft einer zur homogenen »Kaste« verschmolzenen politischen und ökonomischen Elite in Stellung. Dieses Volk fordert vor allem eines: Demokratie. Der Diskurs, der sich dergestalt artikuliert, ist brechend, er stellt sich quer zur hegemonialen Selbstbeschreibung Spaniens als einer liberalen, politisch befriedeten und pluralistischen Gesellschaft. Podemos führt in die politische Sphäre einen Populismus ein, gegenüber dem (zunächst) die Antworten schwerfallen. In diesem und im nächsten Schritt interessiere ich mich dafür, wie sich bei Podemos der Unten-oben-Gegensatz und der emphatische Demokratiebegriff mit weiteren Diskursmomenten vermengen. Denn es sind erst diese Vermengungen, die den Erfolg genauso wie die Grenzen von Spaniens neuartigem Populismus verstehbar machen. Um dem nachzugehen, werde ich andere Stimmen als nur diejenige der Führungsfigur Pablo Iglesias sprechen lassen – sowie verstärkt auf das Setting achten, in dem sich diese Stimmen artikulieren, und das sie mitartikulieren.

Diese erweiterte Diskursanalyse führt zunächst in den Januar des Jahres 2015. Podemos, eine kaum seit einem Jahr bestehende Partei, ist zu diesem Zeitpunkt zwar noch – lässt man die fünf Sitze im EU-Parlament außen vor – eine außerparlamentarische Kraft. Zugleich aber scheint das *Gelegenheitsfenster*, das Podemos als seine Möglichkeitsbedingung definierte, *offen* wie zu keinem anderen früheren und, so lässt sich im Nachhinein feststellen, späteren Zeitpunkt. Im Inland bleibt die Zentralregierung der konservativen Volkspartei PP durch Korruptionsfälle delegitimiert, während die sozialistische Opposition unter ihrem neuen Vorsitzenden Pedro Sánchez noch ziellos wirkt. Und in Europa erwächst der Austeritätsfront, die die sogenannte Troika des Internationalen Währungsfonds, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank bilden, erstmals ein Gegenspieler. Am 25. Januar gewinnt das linke Bündnis Syriza mit 36 Prozent die Parlamentswahlen in Griechenland und wird mit der Regierungsbildung beauftragt. Syriza ist das Vorbild, dem Podemos folgen möchte. Das Superwahljahr 2015 mit Kommunal- und Regionalwahlen im Frühling und Herbst und mit Parlamentswahlen im Dezember bietet sich dafür an. Mit dem Hashtag »#2015, der Wandel beginnt« intoniert

Podemos, binnen weniger Monate vom Medienhype zur regierungsfähigen Alternative aufsteigen zu wollen.⁴³

Eine ungewöhnliche Veranstaltung soll der Partei rund um Iglesias den Impetus verleihen, den es für den anstehenden Wahlzyklus bedarf. Für den 31. Januar 2015 kündigt Podemos eine Demonstration in Madrid an. *La Marcha del cambio* (Der Marsch des Wandels) wird das Ereignis genannt, mit dem das Podemos-Projekt das Momentum des Erfolges von Syriza nutzen möchte, um seine eigene Strahlkraft und Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen – und auf diese Weise das Wahljahr 2015 in bestmöglicher Manier einzuleiten. Aus ganz Spanien fahren, dezentral durch Basisgruppen und Regionalverbände von Podemos organisiert, Busse zur Hauptstadt. Der zentrale Veranstaltungsort, an dem die Protestzüge zusammentreffen und die Podemos-Politiker ihre Reden halten, ist erneut jene Puerta del Sol, die dreieinhalb Jahre zuvor das größte Camp der Indignados in Spanien gewesen war.

Mit der empörten Masse auf der Straße Die *Marcha del Cambio* wird ein Erfolg. Schätzungen zufolge marschieren 100.000 bis 200.000 Menschen durch die Straßen Madrids. Der Höhenflug in den Umfragen, den Podemos Ende 2014 und Anfang 2015 erlebt, materialisiert sich im großen Stil.⁴⁴ »Das Volk«, das Iglesias und Co. in ihren Reden immer wieder anrufen, scheint an jenem kalten Januarsonntag physisch zusammengekommen. Der »Wandel als Demokratie«, den Pablo Iglesias im Eingangszitat dieses Schritts ankündigte, gewinnt durch die Präsenz von zehntausenden Körpern eine neue Dringlichkeit. Die Artikulation der Signifikanten verbindet sich mit der Artikulation der Massen. Um die populistische Artikulation in ihrer doppelt semiotischen und körperlichen Dimension zu verstehen, wird meine Analyse in einem ersten Schritt den Protestzug durch Madrid begleiten, um dann in einem zweiten Schritt die Rede des Parteistrategen Íñigo Errejón und seinen Mitstreitern gegenüber dem erwartungsvollen Publikum zu beschreiben.

El Momento es ahora (Der Moment ist jetzt) lautet das Motto des Marsches. Es ist ein untypischer Aufruf, er hat, mit Charles Tilly gesprochen, weder eine bestimmt proaktive noch eine bestimmt reaktive Stoßrichtung, er fordert nichts Konkretes ein und reibt sich an keinem konkreten Sachverhalt. Der Moment ist jetzt – diese Aussage ist inhaltlich entleert, aber *temporal* aufgeladen, sie kündigt von einem Ereignis, das jetzt, nicht früher oder später, geschehen wird. Dass dieses Ereignis nicht benannt wird, sondern unbestimmt und deutungs offen bleibt, macht es zu einem entleerten Signifikanten, in dem sich grundlegende, aber verschiedenartige Sehnsüchte verdichten. Um sich ihnen anzunähern, bietet sich ein Aufruf zur Teilnahme am Marsch des 31. Januar an, den die Podemos-Basisgruppe Albacete auf ihrem YouTube-Kanal postet. Die Aktivistinnen senden dort kurze Videobotschaften, so etwa folgende:

43 Der Dokumentarfilm *Política, manual de instrucciones* (Politik, ein Handbuch) von Fernando León de Aranoa bietet eine Insiderperspektive darüber, wie die Podemos-Führung im Jahr 2015 durch ihr *Annus mirabilis* schreitet.

44 Podemos rangierte Anfang 2015 in etlichen Umfragen mit knapp 30 Prozent als zweitstärkste Kraft hinter den Konservativen. Und anders als diese wies die junge Partei eine klare Wachstumstendenz auf (vgl. El Observatorio 2015, Metroscopia 2015). Als Beispiel für die Berichterstattung über die *Marcha del Cambio* siehe: La Sexta 2015.

Am 31. Januar werde ich in Madrid am Marsch des Wandels teilnehmen, weil ich glaube, dass 2015 das Jahr des Wandels wird. Weil man dieser Kaste von Politikern, die wir derzeit haben, zeigen muss, dass das Lächeln und die Angst die Seiten gewechselt haben. (Podemos Albacete 2015: 00:10-00:24)

Diese erste Botschaft konkretisiert den unbestimmten Begriff des »Wandels« auf das Kalenderjahr 2015 mit seinen vielen Wahlgängen. Sodann wird der Begriff der »Kaste«, der bisher nur in den Reden von Iglesias aufschien, übernommen, um einen Gegensatz aufzumachen, der bisher in dessen Interventionen nicht vorkam, nämlich die Dichotomie zwischen Angst und Freude. Die Elitenkritik der »von unten« wird zu einem *affektiven Verhältnis*, das sich als »Angst« oder »Freude« ausdrückt. Die Infragestellung der Kasten-herrschaft wird auch zur Infragestellung eines atmosphärischen Zustandes: Man (»wir«) eignet sich die Freude des Gegners an und versetzt ihn dadurch in genau jenen Angstzustand, den man selbst erleiden musste.

Ganz ähnlich ist auch eine andere Botschaft von Podemos Albacete ausgerichtet:

Am 31. Januar gehe ich nach Madrid, um ihnen ins Gesicht zu schreien, dass ihr Glück zu Ende geht, dass wir gemeinsam mehr sind als sie, dass sie uns nicht zum Schweigen bringen werden, auch wenn sie uns den Mund zuhalten. Weil ich über mein Leben selbst entscheide, weil meine Rechte auch mir gehören, weil Podemos mehr als eine Partei ist. Es ist die Hoffnung, die Dinge verändern zu können. Es ist das »Es reicht!« dieser absurden Heirat mit den Korrupten. Es ist das »Willkommen!« gegenüber den Leuten der Straße, die wirklich dieses Land aufgerichtet haben [...] Am 31. sehen wir uns in Madrid, um gemeinsam zu rufen: »*Juntos Podemos!* [Gemeinsam können wir!]« (Ebd.: 2:33-2:59)

»[I]ns Gesicht schreien, dass ihr Glück zu Ende geht« – bereits der Einstieg, den die junge Podemos-Aktivistin aus Albacete wählt, ist eindrücklich. Die politische Auseinandersetzung mutiert zum *existentiellen* Kampf. Der herrschende Zustand erscheint mehr als bloß ungerecht, er erscheint entwürdigend, er nimmt der unbestimmten Wir-Identität dieser Zeilen ihre Rechte, möchte sie »zum Schweigen« bringen, über ihr Leben entscheiden. Die Herrschaft der »Korrupten« ist allumfassend, sie erlaubt im Kern keine gelingenden Lebensentwürfe mehr. So ist denn auch das »Es reicht!«, das sich hier äußert, dieselbe Empörung wie jene, die sich bei den Indignados ausdrückte. Beide Male steht die Ordnung als Ganzes in der Kritik. Doch während bei den Empörten die Veränderungswünsche breit gefächert blieben, sich reformistische, direktdemokratische und aktionistische Diskursstränge herausbildeten (Kap. III.3.b), steht Podemos für eine explizite Kehrtwende *im* politischen System. Die Partei wird, und das ist zentral, sowohl zum Symbol des antagonistischen *Bruches* als auch eines normativ besetzten *Neuanfangs*. Sowohl die Abgrenzungsgeste (»Es reicht!« gegenüber den »Korrupten«) als auch die Schaffensgeste (»Willkommen!« gegenüber den »Leuten der Straße«) sind hochintensive Verhältnisse, die einmal die »von oben« zu entmächtigen und ein andermal die »von unten« zu ermächtigen suchen. Bei letzterem zeigt sich, wie der Name »Podemos« wirken kann. Der unbestimmte Voluntarismus des »Wir können« macht die herkulische Aufgabe, vor der die junge Partei steht, zu einer, die nicht nur auf den Schultern einer kleinen Führungsspitze ruht, sondern zur kollektiven Mission aller Angesprochenen aufsteigt.

Die Analyse kann jetzt förmlich in den Protestzug des 31. Januars eintauchen. Die eng gedrängte Menschenmenge zieht stockend zur Puerta del Sol, die viele gar nicht erst erreichen werden. Das Profil der Teilnehmerinnen ist genauso heterogen wie die vielen von ihnen geschwenkten Banner. Hierbei fällt das Violett von Podemos weit weniger auf als die zahlreichen Fahnen der Zweiten Spanischen Republik (1931–1939) mit ihren charakteristischen rot-, gelb- und lilafarbenen Streifen. Die republikanische Fahne ist ein klassisches Motiv linker Demonstrationen in Spanien; es markiert die Ablehnung der konstitutionellen Monarchie, die als Vermächtnis des Franco-Regimes verstanden wird. Weiterhin verleihen die zahlreichen Fahnen aus den verschiedenen Regionen (*Comunidades Autónomas*) des Landes sowie etliche Griechenlandfahnen dem Marsch sowohl Lokalkolorit als auch einen gewissen Internationalismus. Diese Fahnen sind keine bloße Folklore. Sie sind Symbole eines grundsätzlich anderen Landes, das sich an diesem Januartag viele herbeisehnen – obwohl im damaligen Podemos-Diskurs das Gedächtnis an die Zweite Republik oder die Ablehnung des Königshauses eine nur sehr periphere Stellung einnehmen. Es scheint, als würden sich auf der *Marcha del Cambio* die Teilnehmerinnen ihr eigenes Podemos schaffen, den neuartigen Diskurs von Iglesias und Co. mit neuen Elementen verbinden und reartikulieren.

Die YouTube-Kanäle eines Podemos-Aktivisten (HatueyVK 2015) sowie der Zeitung *La Marea* geben nachfolgend einen fragmentarischen Einblick in die Diskursstränge, die am Marsch des Wandels zwischen den Teilnehmerinnen zirkulierten. In den folgenden Beiträgen kommen in kurzen Beiträgen Menschen zu Wort, die zu den Protesten kamen:

Wir haben sie satt, so viele Diebe, so viele Lumpen, so viele Erpresser. (Ebd.: 00:34-39)

Wir kommen, um zu verändern, wir kommen für den Wandel. Dieses Land, in dem wir leben, ist lächerlich. (Ebd.: 00:48-00:43)

Wir möchten, dass alle gut ihre Arbeit machen, genauso wie wir und Millionen Spanier in diesem Land es tun. (Ebd.: 00:55-1:05)

Ich möchte nicht sehen, dass Leute auf der Straße schlafen, dass sie verhungern, dass ihnen die Medikamente verwehrt bleiben. (Ebd.: 1:05-1:10)

Wir möchten die Situation verändern, und ich bin gerührt, diese Antwort zu sehen. (*La Marea* 2015: 00:22-00:25)

Ich glaube, dass der Wandel, der vollkommen möglich und notwendig ist, eine Angelegenheit von allen sein muss. (Ebd.: 00:55-1:00)

Ich bin sehr enttäuscht von der ganzen Linken, die wir bisher gehabt haben. Sie machen nichts! Sie sind geschmiert, genauso wie die Gewerkschaften. (Ebd.: 1:34)

Die Antworten auf die Frage, was sie zum Podemos-Marsch geführt hat, kommen von Menschen mit ganz verschiedenen Hintergründen. Auffallend ist bei allen Aussagen eine große Wut über den herrschenden Zustand. Genauso wie in den vorherigen Reden von Pablo Iglesias wird der Unten-oben-Gegensatz bemüht. Einerseits wird ein eigenütziges und korruptes »Sie« beschrieben, das seine Macht ausnützt (»so viele Diebe, Lumpen, Erpresser«), worunter »wir« oder »die Leute« leiden. Relevant ist, dass der

Wunsch nach Veränderung nicht utopisch besetzt ist, sondern – wie der zweite Beitrag zeigt – bescheidenen Maßstäben folgt. Es gehe lediglich darum, »dass alle gut ihre Arbeit machen«. Die Leute erwarten von der Politik *keine* Revolution, sondern lediglich die Erfüllung ihrer »Arbeitsaufgabe«. Die Situation, die gerade der letzte Beitrag beschreibt, ist das aber alles andere als selbstverständlich. Denn wenn die »ganze Linke« korrupt ist, dann kann die Aussicht auf Veränderung nur durch einen Akteur eingelöst werden, der von außen kommt und wirklich andersartig als alle bisherigen ist. Doch selbst Podemos als dieser vermeintlich neue und tugendhafte Akteur wird den Wandel nicht allein stemmen können. An dem »Wandel« oder der »Veränderung« müssen sich alle beteiligen.

Und doch wird Podemos seitens der Menschen auf der Straße zum Hoffnungsträger stilisiert:

Podemos ist die verlorene Hoffnung – es ist die Hoffnung, die verloren ging. Und ja, die Dinge lassen sich verändern. (HatueyVK 2015: 1:22-1:30)

Ich bin nicht von Podemos. Aber ich bin gekommen, um die Masse aufzufüllen und damit die Regierung merkt, dass man Dinge verändern muss. (Ebd.: 1:30-1:36)

Wir sind daran gewöhnt, Dinge zu verlangen, wenn wir auf Demonstrationen gehen. Nur hört diese Regierung nicht auf uns. Und da sie nicht auf uns hört, verlangen wir nichts mehr. Wir verlangen nichts mehr, sondern warnen sie, dass wir sie rauswerfen werden. Der Moment ist jetzt. Tic, tac, tic, tac. (Ebd.: 1:42-1:58)

Zum ersten Mal glaube ich, dass wir gewinnen können. Nach so vielen Niederlagen seit der Transition bis heute. Es ist die Zeit des Volkes. (La Marea 2015: 00:37-00:45)

Podemos wird in den Beiträgen als vieles bezeichnet – nur als eines nicht: eine Partei. Eher wirkt die junge Kraft als ein *Instrument*, um »Veränderungen« zu erreichen. Die Hoffnung, dass Podemos einen Wandel bewirken könne, wird teils (im ersten Beitrag) sehr enthusiastisch ausgedrückt, teils auch distanzierter (im zweiten Beitrag). Der dritte Beitrag spielt mit dem Konflikt zwischen »uns« und »der Regierung« auf den untypischen Charakter des Marsches an, der eben keine Forderungen artikuliert, sondern eher eine Ankündigung von einer neuen Macht ist. »[D]ass wir sie rauswerfen werden« – ähnlich, wie es im letzten Kapitel die PAH-Aktivistinnen gegenüber ihrer alten Mitaktivistinnen und neuen linken Bürgermeisterin Ada Colau taten (Kap. IV.3.c), erscheint hier Podemos als das explizite wie implizite Symbol für eine Ermächtigung, die von einer »Wir-Identität« ausgeht und selbstbewusst die »Regierenden« delegitimiert. Im vierten Beitrag spitzt sich diese Ermächtigung in dem Maße zu, als dass der jetzige Zeitpunkt als ein potentieller Siegesmoment gedeutet wird – und zwar als ein Sieg, der seit der Transition von der Diktatur zur Demokratie vor 40 Jahren aussteht. So wird der Slogan des Protestes »Der Moment ist jetzt« durch die Protestierenden reartikuliert. Der Sieg bei den anstehenden Wahlen, das Mehrheit-werden-Können, für das Podemos mit seinen glänzenden Umfragewerten steht, stattet die Demonstrantinnen mit einem enthusiastischen Selbstbewusstsein aus.

In diesem Sinne sind die Erwartungen gegenüber der Frage, was eine Podemos-Regierung machen müsste, sehr breit gestreut. Sie reichen von einer moralischen Erneuerung hin zur programmatischen Kehrtwende gegenüber den bisherigen Regierungen:

Was man verändern müsste, wenn sie an der Regierung sind? Praktisch alles, wenn man es damit vergleicht, wie die Dinge heute stehen. Die Steuern verändern, das Energiemodell verändern, die Verteilung des Reichtums verändern... (Ebd.: 2:20-2:30)

Vor allem die Arbeitsmarktreform, das ist zentral. Dass die Menschen nicht abwandern, dass es keine Emigration ins Ausland mehr gibt, dass Arbeit entsteht. (Ebd.: 2:31-2:38)

Dass die Dinge ehrlicher gemacht werden, dass es mehr Gleichheit gibt, dass nicht so viel gestohlen wird. (Ebd.: 2:38-2:45)

Auf Anhieb wirkt die Erwartungshaltung gegenüber Podemos sehr hoch, »alles« sei zu verändern, meint der erste Beitrag. In allen drei Fällen werden wirtschaftspolitische Veränderungen gefordert – und zwar der Art, wie sie die vergangenen, sozialistischen wie konservativen Regierungen vermieden haben. Eine stärkere Umverteilung und eine Arbeitsmarktreform zielen darauf, Ungleichheit und Prekarisierung zu mildern, also Spaniens polarisierte Sozialstruktur zu bekämpfen. Die Erwartungen, die an Podemos gerichtet werden, sind weniger auf proaktive Veränderungen gerichtet. Vielmehr soll die neue Partei das Land im Wesentlichen reparieren, eine funktionierende Wirtschaft und eine funktionierende Gesellschaft *wiederherstellen*.

Die Reden der Podemos-Führung zu »ihrem« Volk Es ist genau die Aufgabe der Wiederherstellung einer Ordnung, die eben nicht durch »die Leute«, sondern durch die »Privilegierten« in Frage gestellt wird, die der Podemos-Strategie Íñigo Errejón in einem zentralen Passus seiner Rede am 31. Januar 2015 ins Zentrum stellt:

In unserem Land wurde der Gesellschaftsvertrag aufgekündigt; und nicht wir waren es, es waren die Privilegierten, die den Vertrag aufgekündigt haben. Unsere Großmütter und unsere Mütter, unsere Großväter und unsere Väter gaben alles, alles, um uns ein Land zu überlassen, in dem niemand frieren muss, in dem niemand ohne Gesundheitsversorgung oder ohne Bildung dasteht, in dem niemand abwandern muss, um eine Arbeit zu finden. Unsere Leute hielten die Vereinbarung ein, es sind sie, die sie nicht hielten. Sie stellen sich über das Gesetz, über die Institutionen und nun auch über unseren Respekt.

Wir glauben ihnen nicht mehr. Die Privilegierten haben das Zusammenleben aufgekündigt. Sie sollen uns nichts mehr von Einheit erzählen. Dies hier ist die Einheit der Leute, die Einheit unseres Volkes, die Einheit unseres Landes, dies ist die Einheit, mit der wir die Demokratie zurückgewinnen werden! [Das Publikum: *Sí se puede! Sí se puede! Sí se Puede!*] (Errejón 2015c: 1:52-2:51)

Die »Vereinbarung des Zusammenlebens«, um die sich diese Passage der siebenminütigen Rede Errejóns dreht, ist ein abstrakter Begriff, der angelehnt scheint an die Figur des »Gesellschaftsvertrages« im Liberalismus. Ähnlich wie etwa bei John Locke scheint Errejón die soziale Ordnung als Ergebnis eines Vertrages zu deuten, der alle, Volk und Regierung, umschließt. Doch diese Vereinbarung gilt, so Errejón, heute nicht mehr. Aus ihrer Aufkündigung macht der Podemos-Politiker im ersten Abschnitt der Passage eine kurze Erzählung, der ein zweifacher, *delegitimierender* und *legitimierender* Impuls inne-

wohnt. Diese Erzählung blickt anfangs in die Vergangenheit zurück. Mit Pathos (»gaben alles, alles«) beschreibt Errejón ein Land, das von den vorhergehenden Generationen aufgebaut wird. Es ist ein Land, in dem kein Luxus herrscht, aber die Grundbedürfnisse menschlichen Lebens gedeckt sind: ordentliche Wohnverhältnisse, Gesundheitsversorgung, Bildung, Arbeit. Diese basalen Bedürfnisse werden einseitig gebrochen, und zwar durch das antagonistische Sie, »die Privilegierten«. Diese Verletzung ist basaler Natur, sie schafft *verletzte* Körper, Körper, die frieren, hungern, krank sind und emigrieren müssen – und verunmöglicht so eine stabile soziale Ordnung. In Errejóns Narrativ reicht die Delegitimierung der Privilegierten deshalb so tief, weil ihre Herrschaftspraxis genau jene Myriade von Verletzungserfahrungen verursacht, die im ethnographischen Part als gelebte Erfahrung auftrat und mit der auch – wie die obigen Beiträge zeigen – Errejóns Zuhörerschaft vertraut ist. Damit erscheinen die Privilegierten als die eigentlich ordnungsgefährdende Kraft, als die Aggressoren, die jede Legitimität verloren haben. »Sie stellen sich über das Gesetz, über die Institutionen und nun auch über unseren Respekt«, so der Podemos-Strategie.

Dies führt zur legitimierenden Seite von Errejóns Narrativ. Podemos tritt als der Akteur an, der die erschütterte Gesellschaftsordnung wiederherstellen soll. Jene Grundbedürfnisse, die einmal erfüllt waren, sollen wieder erfüllt werden, die Verletzungen, die viele Spanier erleben, eingedämmt werden. Interessant ist, wie damit Podemos als ein in gewisser Hinsicht unideologischer oder, präziser, mehr als nur ideologischer Akteur auftritt. Die neue Partei soll in Errejóns Erzählung der neue Ordnungsgarant sein, sie soll den verlorengegangenen sozialen Frieden erneut einrichten. Die politischen Institutionen des Landes (»das Gesetz, die Institutionen«) die angeblich nicht mehr gelten, sollen erneut Geltung erlangen. Für diese re-instituierende, ja restaurative Aufgabe beruft sich Errejón auf die Leistungen der Vorgängergenerationen, er schafft zwischen den Herausforderungen, die einmal erfolgreich geleistet wurden und jenen, die heute (erneut) zu leisten sind, eine Kontinuitätslinie. Auf diese Weise steigt Podemos zum Träger einer grundlegenden *Basislegitimität* auf (zum Begriff: Kap. VI.4), der den dysfunktionalen Status quo überwinden und eine neue Gesellschaftsordnung verkörpern könnte.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, appelliert Errejón – im zweiten der oben zitierten Abschnitte – an die »Einheit«, aber nicht mehr im Sinne der einmal geltenden Vereinbarung zwischen oben und unten, zwischen »den Privilegierten« und »den Leuten«, sondern als Einheit »der Leute« selbst. Mithilfe der iterativen Nennung »die Einheit« erst in Bezug auf »die Leute«, dann auf »das Volk« (*el pueblo*) und schließlich auf »das Land« (*el país*) wird sukzessive die Innenseite des Diskurses erweitert. Leute, Volk und Land werden zu austauschbaren Signifikanten, die als verallgemeinernde Synekdochen die abwesende Einheit der Gesellschaft bezeichnen – und somit die größtmögliche Asymmetrie gegenüber der antagonistischen Seite des Diskurses herstellen. Zugleich ist die »Einheit«, die Errejóns Rede schafft, eigentümlich passiv, sie verwandelt sich erst durch ein aktives »Wir« in eine handlungsfähige Kollektivität. Dieses Bündnis einer aktiven Wir-Identität mit den breiten, aber passiven Signifikanten »Einheit von Leuten-Volk-Land« schafft eine Front, die in der Lage ist, das Versprechen auf eine grundsätzlich erneuerte Ordnung einzulösen. Mit dem Begriff der »Demokratie« benennt Errejón *Pars pro Toto* die Ordnung, die sich nach der Meisterung des herrschenden Konflikts ankündigt.

Die Rede Errejóns auf der *Marcha del Cambio* im Januar 2015 bietet ein exemplarisches Beispiel dafür, das sich Podemos sowohl als ein Veränderungsakteur als auch, und besonders, als eine *Ordnungskraft* artikuliert. In der Tradition der klassischen Linken – der kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Massenparteien – tritt Podemos als ein politisches Subjekt auf, das auf eine organische Krise antwortet, indem es einerseits einen spaltenden Diskurs lanciert und andererseits eine neue Ordnung in Aussicht stellt. Im nächsten Schritt wird mit Blick auf das Parteiprogramm von Podemos zur Parlamentswahl diese anvisierte Ordnung genauer zu sichten sein. Doch bereits das hiesige Ereignis liefert dafür wichtige Hinweise. Zunächst ist zu unterstreichen, dass Podemos zwar eine neue Partei ist, die sich explizit abseits der Links-rechts-Achse positioniert, um demgegenüber die Konfliktlinie unten gegen oben und, parallel, von Demokratie gegen Oligarchie zu artikulieren. Zur gleichen Zeit zeigt jedoch gerade dieser Protestmarsch, dass Podemos von seiner Anhängerschaft als eine explizit *linke* Kraft codiert wird. Die neue Partei wird in die Tradition der spanischen Linken eingeschrieben. Wenn bei der *Marcha del Cambio* unübersehbar zahlreiche Fahnen der Zweiten Republik geschwenkt werden, so bezeugt das genauso die Erinnerung an ein demokratisches Spanien, das von der Franco-Diktatur militärisch besiegt wurde, wie auch die auch die Erinnerung Errejóns an die Vorgängergenerationen. Damit würdigt er subtil deren Rolle in der Opposition gegen den Franquismus und in der Transition zur Demokratie. Im neuen Diskurs, der aus Podemos spricht, sprechen stets auch Diskursfragmente einer Vergangenheit mit, in der sich ein demokratisches und ein autoritäres Spanien gegenüberstanden.

Es griffe folglich zu kurz, das gegenhegemoniale Projekt Podemos als »nur« populistisch zu bezeichnen. Die bei der *Marcha del Cambio* gehaltenen Ansprachen sind in vieler Hinsicht für den Podemos-Diskurs repräsentativ – und zwar bereits auf einer scheinbar nur formalen Ebene. Dies zeigen die Details der Ansprachen. Bei so gut wie jeder der insgesamt sieben Reden wird das Publikum auf Katalanisch, Galizisch und Baskisch begrüßt, all den Sprachen also, die neben dem Kastilischen die offiziellen Sprachen Spaniens sind. ¡Buenos días, bo día, bon dia, egun on!, begrüßt etwa Juan Carlos Monedero das Publikum. Carolina Bescansa, Soziologin und ebenfalls prominente Podemos-Politikerin, beginnt gar ihre Rede mit einem Zitat in ihrer Muttersprache Galizisch. Feinfühlig würdigt so Podemos etwas, was in Spanien die traditionellen Volksparteien kaum ins Zentrum rücken: die sprachliche, kulturelle und damit politische *Vielfalt* Spaniens. Von hier aus ist es nur ein kleiner Schritt hin zu der von Podemos wenige Monate später explizit verteidigten Idee, Spanien sei eine »Nation der Nationen«, denen jeweils das Recht auf Selbstbestimmung zustehe.

Die Partei hält bereits am 31. Januar 2015 ein plurales Spanien hoch. So setzt Monedero zu seiner Rede mit einem poetischen Zitat an: »Federico García Lorca, Dichter jenes Spaniens aller Völker [*pueblos*], welches wir zurückgewinnen wollen, schrieb: ›Niemand schläft in der Welt, niemand, niemand‹ [...] Guten Abend Menschen [*gentes*] und Völker [*pueblos*] Spaniens. Danke dafür, dass ihr aufgewacht seid. Danke dafür, dass ihr der Stachel gegen die Gleichgültigkeit seid.« (Monedero 2015: 00:10–00:50) Mit der Nennung des Dichters und Dramaturgen Federico García Lorca (1898–1936), einem bekennenden Republikaner, der von den franquistischen Putschisten hingerichtet wurde, zitiert Monedero ein weites Referenzfeld. Dieses reicht vom Gedächtnis an die Zweite Republik, der

Würdigung der spanischen Populärkultur – für die García Lorca berühmt ist – über die Bemühungen des Dichters um eine allgemein zugängliche »Volksbildung« bis hin zur Erschießung Lorcas durch die Franquisten, was bis heute als Symbol politischer Unterdrückung fungiert. Monedero schreibt Podemos in dieses Referenzfeld ein, ja er kündigt an, dass die Partei dieses Spanien von Lorca »zurückgewinnen wolle«.

Die Zitierung eines vielfältigen Spaniens äußert sich auch darin, dass die Ansprachen in ihren wichtigen Passagen das generische Maskulinum vermeiden und konsequent gendern, so etwa mit *todos y todas* (alle), *ciudadanos y ciudadanas* (Bürger und Bürgerinnen), *compañeros y compañeras* (Genossen und Genossinnen). Nun sind diese Formeln keineswegs radikal, sie werden auch bei der sozialistischen Partei PSOE spätestens seit der Jahrtausendwende regelmäßig – doch weniger häufig – gebraucht.⁴⁵ Trotz oder gerade deshalb schreiben sie Podemos in einen bestimmten Horizont ein, der sich für Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung und die Anerkennung der Pflege- und Heimarbeit stark macht.⁴⁶ Es sei auch erwähnt, dass Podemos bei so gut wie allen Ansprachen vor einem kleineren Publikum auf Gebärdendolmetscherinnen zurückgreift, um auch hörbehinderte Menschen zu erreichen.

Die Artikulationspraxis der Partei zielt darauf ab, Spanien in seiner Vielfältigkeit und Diversität zu würdigen und dies als ein Auszeichnungsmerkmal des eigenen gegenhegemonialen Projekts zu postulieren. Besonders prägnant geschieht dies im Schlusspart der knapp 20-minütigen Rede von Pablo Iglesias, mit der die *Marcha del Cambio* zu Ende geht. Der Refrain »Wir träumen, aber wir nehmen unsere Träume sehr ernst«, den Iglesias über die gesamte Ansprache hinweg gebraucht, leitet in ein besonderes Grußwort über:

Lasst mich einige Träumer grüßen: Die jungen Leute, die die Plätze im Mai füllten, die vorbildlichen Bürger, die Zwangsräumungen mit ihren Körper verhinderten und dabei ihre Freiheit riskierten. Die Helden und Heldinnen mit weißen Kitteln, die das Recht auf Gesundheit und auf eine würdevolle Arbeit im Gesundheitsbereich verteidigten. Die Hepatitis-Kranken, die Krankenhäuser besetzen mussten, um ihr Recht auf Leben einzufordern. Die *marea verde* [Bewegung gegen die Kürzungen im Bildungssektor], die uns daran erinnerte, dass es keine Demokratie ohne hochwertige öffentliche Bildung gibt. Die mutige Arbeiterklasse, Arbeiter von AENA [Flughafenkonsortium], Arbeiter von Coca-Cola: Ihr seid ein Vorbild! Die unermüdlichen Großmütter und Großväter, die sie *Yayoflautas* nennen, die ihre Würde und damit die ihrer Kinder und Enkel verteidigen. Die tausenden jungen Leute, die das Land verlassen mussten und uns jetzt im Live-Stream zusehen. Ich verspreche Euch, wir werden ein Land aufbauen, zu dem Ihr zurückkehren könnt. Die Frauen, die daran erinnern mussten, dass

45 Wesentlich feministischer ist in Spaniens Politik nur die in Katalonien angesiedelte, linksradikale Partei CUP. Sie verwendet in ihren Reden und Texten seit Jahren konsequent und ausschließlich das generische Femininum.

46 Es gehört zu den Widersprüchen von Podemos, dass dieses feministische Programm von einer Partei vorgetragen wird, deren Führungsebene in ihren internen Praktiken maskulin geprägt ist. Parteichef Pablo Iglesias genauso wie Stratege Íñigo Errejón agieren als fast schon neoliberale Netzwerker und Alphamänner (vgl. Vallín 2020).

niemand das Recht hat, über ihre Körper zu bestimmen. Die beim Kauf von Finanzprodukten Betrogene, die offengelegt haben, dass die gefährlichsten Diebe gegelte Haare haben und Krawatten tragen. Die Studierenden, die die Avantgarde der universitären Gemeinschaft sind. Die migrantischen Arbeiter – niemand hat das Recht, Euch in Spanien als Fremde zu bezeichnen! Danke. Danke, danke an alle dafür, jene Volksbewegung [*movimiento popular*] zu sein, ohne die der Wandel in diesem Land nicht möglich wäre. (Iglesias 2015c: 15:01-16:45)⁴⁷

Die knapp zweiminütige Aufzählung von Protestbewegungen ist eindrücklich. Einige davon dürften der Leserin schon vertraut sein. Den jungen Leute, die im Mai – des Jahres 2011 – »die Plätze füllten«, folgt diese Studie genauso in ihre Versammlungen und Aktionen wie denjenigen, die mit ihren »Körpern Zwangsräumungen verhinderten«. Dass die Indignados und, unausgesprochen, die Aktivistinnen der Plattform der Hypothekbetroffenen an erster Stelle von Iglesias' Aufzählung stehen, ist nicht zufällig, sind doch beide Kollektive besonders prominente Beispiele für den Protestzyklus, den Spanien seit 2011 erlebt. Bei ihnen bleibt es aber nicht. Die Aufzählung umfasst verschiedenste Protestbewegungen, ob der Widerstand gegen Kürzungen im Gesundheitsbereich, der Bildung oder der Renten, der Kampf der Frauen für ein Recht auf Abtreibung, die ins Ausland Emigrierten oder die migrantischen Arbeiter im Inland. So verschieden diese Bewegungen und Gruppen auch sind, die Darstellung von Iglesias stellt einen gemeinsamen Wessenzug heraus: Keines der Kollektive erscheint – anders als in Iglesias' Rede im EU-Parlament – als ein passives Objekt, das durch den neuen Akteur Podemos aktiviert werden muss. Jede Gruppe erscheint als ein *bereits aktives Subjekt*, das eigensinnig und widerständig für seine Rechte kämpft. So gut wie alle aufgelisteten Subjekte (die Senioren, die Studierenden, die Frauen, die jungen Leute usw.) führen bereits eine politische Artikulationspraxis aus – warum also bedarf es einer politischen Partei wie Podemos?

Zunächst ist die Auflistung all dieser Bewegungen und Kollektive selbst ein performativer Akt. Iglesias setzt damit verschiedenste Gruppen äquivalent, er negiert zwar nicht die partikulare Natur ihrer Identitäten und Praktiken, profiliert diese aber als Momente einer generelleren Widerstandspraxis, die er als *movimiento popular* (Volksbewegung) bezeichnet. Diese Bezeichnung schafft das Bezeichnete. Podemos artikuliert in Ansprachen wie denjenigen der *Marcha del Cambio* erst das, von dem sonst nur kritische Sozialwissenschaftlerinnen oder linke Aktivisten sprechen würden: eine querschnittartige Bewegung, die ganz Spanien durchzieht.

Das Verhältnis zwischen Podemos und dieser imaginierten Volksbewegung gestaltet sich als eines der wechselseitigen Repräsentation. Einerseits erscheinen die von Iglesias aufgelisteten Bewegungen als die *pluralen* Repräsentanten der neuen Partei. Die Summe von Kämpfen, die die Zivilgesellschaft in ihren Kapillaren durchziehen, liefern das Vorbild dafür, wie Podemos sein müsste: entschieden, kämpferisch, die Rechte der Schwachen verteidigend. Podemos erscheint in dieser Rolle nicht als ein eigenständiger Akteur, sondern gebärdet sich als ein bescheidener Übersetzer von mächtigen Kämpfen in eine neue Sphäre, die der institutionellen Politik. Andererseits tritt Podemos aber durchaus

47 Die hiesige Transkription orientiert sich in groben Zügen an der Übersetzung von Lukas Oberndorfer und Imapna Cáceres (2015).

als ein *eigenständiger* Repräsentant an. Die Partei entstand – daran muss gerade bei solch einem Massenereignis erinnert werden – in einem Moment der Erschöpfung des Protestzyklus der Empörung. So bescheiden Iglesias antritt, die mehr als Hunderttausend Menschen, die im Januar 2015 auf die Straße gekommen sind, feiern, dass sie an einem Kollektivsubjekt partizipieren, das etwas Neues artikuliert, das eben *nicht* bei den vielleicht molekularen, aber oft unsichtbaren Kämpfen stehenbleibt, sondern diese Kämpfe in einen neuen Kollektivwillen überführt werden. Für den »Wandel in diesem Land«, wie Iglesias es formuliert, mag Podemos die pluralen und kleinteiligen Protestartikulationen als Bedingungen der Möglichkeit würdigen. Doch um diesen umfassenden Wandel vorstellbar zu machen, ihn realisieren zu können, muss Podemos diese Proteste als Teil eines sie überwölbenden *leeren Signifikanten* artikulieren: das Volk, präziser, *el pueblo*.

Am Ende der Rede des Parteistrategen Errejón artikuliert sich dieser leere Signifikant in unübertroffen deutlicher Form:

Dies hier ist ein fundierendes Moment, ein Gründungsmoment eines neuen Volkes [*el momento fundante de un pueblo nuevo*], das entschlossen ist, die Souveränität zurückzugewinnen, das entschlossen ist, die Demokratie zurückzugewinnen. Es ist jetzt! Es ist jetzt! In diesem Land endet die Zeit der Privilegierten, die uns derart erniedrigt und derart ausgelacht haben – und uns übrigens, im Glauben an ihre eigenen Lügen, schon wieder unterschätzt haben. Es endet die Zeit der Privilegierten, es kommt die Zeit der Leute, es kommt die Zeit des Volkes [*el tiempo del pueblo*]. Es ist jetzt! *Sí se puede!* [Das Publikum: *Sí se puede! Sí se puede!*] (Errejón 2015c: 6:27-7:05)

In dieser Passage, mit der Errejóns Ansprache schließt, geschieht ein deklarativer Sprechakt. Ähnlich explizit, wie dreieinhalb Jahre zuvor die Empörten Barcelonas Plaça Catalunya zu ihrem Versammlungsraum ausriefen (Kap. III.2.a), erklärt der Podemos-Politiker die Gründung eines neuen, umfassenden Kollektivsubjekts, das er als *un pueblo nuevo* (ein neues Volk) benennt. Dieses Volk entsteht ereignishaft, es hat ein Gründungsmoment, das Errejón emphatisch – man achte auf die doppelte Exklamation »Es ist jetzt!« – im Marsch des Wandels von Januar 2015 verortet. Und dieses Volk hat eine Mission, es soll »Souveränität« und »Demokratie« zurückgewinnen. So wichtig die vielen Protestbewegungen und Widerstandspraktiken sind, um ein gegenhegemoniales Projekt zu ermöglichen, für sich genommen würden sie je partikuläre Kämpfe bleiben, die auf konkrete Fragen beschränkt bleiben (der Widerstand gegen Kürzungen im Gesundheitssystem oder der Renten, die Forderung verbesserter Arbeitsverhältnisse oder eines Rechtes auf Abtreibung). Dagegen übernimmt bei Podemos der Signifikant des Volkes eine *universalisierende Funktion*, er fungiert als Einschreibungsfläche verschiedenster Proteste, womit er diese äquivalent setzt.⁴⁸ Doch der Signifikant des Volkes – oder der dazu synonym gebrauchte: die Leute (*la gente*) – transformiert auch die repräsentierten Artikulationen, er lässt sie zu Kämpfen werden, die einen gemeinsamen Horizont haben, den Errejón hier als Souveränität und Demokratie bezeichnet. Der

48 Auch wenn hier nur vom Signifikanten des Volkes die Rede ist, fixiert sich Podemos *nicht* auf einen konkreten Signifikanten, um das Kollektivsubjekt zu bezeichnen, das es zu repräsentieren sucht, sondern gebraucht derer abwechselnd drei: *el pueblo* (das Volk), *la gente* (die Leute) und *la ciudadanía* (die Bürgerschaft) Dazu: Kap. V.4.

derart bezeichnete Horizont verleiht dem breiten Kollektivsubjekt, das Podemos zu konstruieren sucht, eine selbstermächtigende Dimension.⁴⁹ Das neue Volk, das Errejón ankündigt, bleibt nicht tatenlos, es erfüllt eine zutiefst emanzipatorische Aufgabe: die Eroberung einer kollektiven Selbstregierung.

Dieser heroische Kampf des Volkes für Demokratie kommt indes nicht aus ohne seinen antagonistischen Widersacher, hier erneut die »Privilegierten«. Vom Ende »ihrer Zeit« spricht Errejón bezeichnenderweise im Präsens *se acaba* (es endet), womit keine Tatsache, sondern ein noch unvollendeter Prozess benannt wird. Die Zeit der Privilegierten läuft ab, doch noch ist sie nicht abgelaufen (*se ha acabado*). So kommt dem Antagonisten durchaus (noch) eine aktive Agency zu. Gegenüber dem epischen Befreiungskampf des Volkes bemüht sein Kontrahent eine so rüde (»erniedrigende«, »auslachende«) wie fehlbare (»unterschätzt uns wieder«) Herrschaftspraxis, die dem Aufstieg des neuen Volkssubjekts beharrlich im Weg steht.

Dass sich Errejón selbstbewusst über diese antagonistische Blockade hinwegsetzt und eine neue temporale Ordnung (»die Zeit der Leute und des Volkes«) ankündigt, hängt auch damit zusammen, wie sich hier der Schlüsselsignifikant artikuliert. Die Konstruktion des Volkes geschieht in den hiesigen Reden der Podemos-Politiker als eine diskursive Operation, allerdings eine diskursive Operation im breiten Sinne. Den Impetus, den gerade der Signifikant des *pueblo* bei Errejón bekommt, nährt sich auch aus der Tatsache, dass er nicht in einer Fernsehansprache, einer Talkshow oder einer Radiosendung spricht, sondern vor einer Masse von zehntausenden Menschen, die vor ihm stehen und auf ihn hören, die auf seine Rede genauso wie die von Iglesias, Bescansa oder Monedero mit ihren *Körpern* auf das Gesprochene reagieren. Errejón verankert das Fundierungsmoment des »neuen Volkes« explizit im 31. Januar 2015, in dem Datum, da Podemos erstmals in der Hauptstadt Spaniens und an der für die Indignados symbolträchtigen Puerta del Sol eine Masse hinter sich mobilisiert. Die populistische Hypothese scheint an diesem Datum zur sozialen Wirklichkeit zu werden – das Potential von Podemos als einer mehrheitsfähigen Kraft scheint in dieser Massenkundgebung eingelöst.

Die Masse, die vor Iglesias, Errejón und Co. steht, ist kein teilnahmsloses, sondern ein mit den Führungsfiguren von Podemos *interagierendes* Publikum. Mit jedem euphorischen Ruf, mit gehobenen Fäusten oder mit offenen Händen markieren die Versammelten ihre Zugehörigkeit zum Podemos-Projekt und, stärker noch, zu einem gegenhegemonialen Commonsense. Dies wird besonders dann deutlich, wenn zu Beginn, zwischen und am Ende jeder Ansprache ein Ruf ertönt, den vor 2011 nur eine winzige Minderheit kannte und einige Jahre später viele Millionen Spanierinnen nicht nur gehört, sondern auch gerufen haben: *Si se puede!* (Ja, es geht!) Dieses Motto, von der PAH popularisiert, ist zu dem Symbol eines erschöpft scheinenden, aber jetzt mit der neuen Partei mächtig reaktivierten Empörungsdiskurses geworden. Podemos trägt das Motto im Namen. Das ideologisch unvorbelastete *Si se puede!* spiegelt wirkmächtig das Begehren nach einer kollektiven Selbstermächtigung der Krisenverliererinnen wider – gemeinsam mit einem schier grenzenlosen Voluntarismus.

49 Zu den Parallelen, aber auch Spannungen, die zwischen dieser diskursiven Selbstermächtigung des Volkes und den kleinteiligen Ermächtigungspraktiken herrschen, die im ethnographischen Part auftauchen, siehe: Kap. IV.4.

Die Podemos-Politiker treten ehrfürchtig vor die Masse, die vor ihnen versammelt steht, am Anfang und am Ende der Rede klatschen sie dem Publikum zu, stimmen spontan in die Refrains ein, die aus der Zuhörerschaft kommen und lassen sich willfährig von ihr unterbrechen. In diesem Sinne ist das Gründungsmoment eines neuen Volkes, das Errejón ankündigte, deshalb eine so wirkmächtige Artikulation, weil dort der leere Signifikant *el pueblo* sein Bezeichnetes findet, die *anwesende Masse*, die Errejón zujubelt. So geschieht eine *kollektive Fokussierung* (begrifflich: Kap. VI.3), die vom Sprecher wie vom Publikum ausgeht. Errejón, der Sprecher, macht aus einer heterogenen Menge »ein Volk«, das sich als demokratisches Souverän begreift. Das Publikum wiederum verwandelt durch seine Aufmerksamkeit und seine Reaktionen den Redner zum Redner, es führt Errejón – wie Iglesias und Co. – in eine hervorgehobene Sprecherposition, macht aus einem 30-jährigen Politologen eine charismatische Führungsfigur, die in die Lage kommt, für das Volk zu sprechen. Der kollektive Fokussierungsprozess geschieht in beschleunigter Form, sein Höhepunkt, die Verdichtungsphase, liegt nicht in spezifischen Reden, sondern im Ereignis der *Marcha del Cambio* an sich. In diesem Ereignis materialisiert sich das Versprechen von Podemos, ein neues, gegenhegemoniales Kollektivsubjekt schaffen zu können. Die *anwesende Menge* und die *anwesenden Podemos-Politiker* tätigen durch ihre gemeinsame Präsenz auf den Straßen Madrids eine gemeinsame Aufführung, sie bringen sich gegenseitig als »das Volk« und als seine »Führungsfiguren« hervor.

Der Antagonist, »die Privilegierten«, spielt bei dieser Fokussierung eine wichtige Rolle. Die Grenzziehung gegenüber dem antagonistischen »Sie« dient der Affirmation der historischen Aufgabe, dass die Demokratie rückerobert werden könne. Und zwar durch das souveräne Volk, das sich auf der Straße versammelt – und auf der Bühne steht. So liefert der Antagonist die Reibungsfläche, gegen die sich eine Stimmung von Ermächtigung entfaltet und eine neue, demokratischere, gerechtere und tugendhaftere Ordnung profiliert wird. Für die kollektive Fokussierung, in der sich Menge und Redner gemeinsam »zum Volk« und zu »seinen Führungsfiguren« machen, ist die antagonistische Grenzziehung stabilisierend, sie ist aber *nicht* konstitutiv. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, dass die Masse als zielgerichtete Masse auf der Straße steht, dass sie mit feurigen Reden, Losungen – *¡Sí se puede!, ¡El pueblo unido, jamás será vencido!* (Das vereinte Volk wird niemals besiegt sein!) – und Gesten (erhobene Fäuste und offene Hände) ihrer selbst gewahr wird. Die Masse feiert sich selbst – das Diktum von Gabriel Tarde (vgl. 1989: 60), trifft in dem Maße zu, als die Artikulation, die der Kollektivakteur Podemos vollzieht, eine eminent nach innen gerichtete Fokussierung bleibt. Sie richtet sich nur punktuell gegen ein »Sie«, vornehmlich richtet sie sich auf das »Wir«, darauf, aus einer heterogenen Menge eine neue Kollektivität zu schaffen, die sich als Volk begreift. Die Masse wird zum Volk. Und diese Selbstkonstitution erhält ihren besonderen Impetus dadurch, dass die Fokussierung nicht virtuell, sondern sinnlich, auf den Straßen Madrids geschieht.

Der leere Signifikant, *el pueblo* (das Volk), den Podemos artikuliert, wird auf diese Weise zu einem *abwesenden-anwesenden Zeichen*. Die Universalisierungsfunktion des leeren Signifikanten, so ist abschließend festzustellen, geschieht über eine doppelte Bewegung. Einerseits entleert sich der leere Signifikant. *El pueblo* ist im Podemos-Diskurs hinreichend unbestimmt, um zum Symbol zu werden, in das sich plurale Kämpfe (der Senioren für bessere Renten, der Studierenden, Lehrerinnen oder Gesundheitskräfte ge-

gen Kürzungen usw.) einschreiben können und die durch diesen Signifikanten repräsentiert werden. Doch parallel zu diesem – unvollkommenen – Entleerungsprozess, den Laclau/Mouffe so eindringlich beschreiben, füllt sich andererseits der leere Signifikant »des Volkes« mit der anwesenden Menge. Die abwesende Gemeinschaft nimmt die über hunderttausend Körper auf der Straße in sich auf. Das Zeichen füllt sich mit der anwesenden Menge, die sich in und durch ihr Zusammenkommen als ein vereintes Kollektiv begreift. *Entleerung und Füllung* bedingen sich. Ohne das entleerte Zeichen »Volk« würden sich die Körper auf dem Platz nicht als Gemeinschaft verstehen können, ohne ihr – zumindest punktuell – Zusammentreffen würden sie sich nicht als ein neues Volk postulieren. Ein Volk zumal, das in der Lage scheint, die alte Ordnung zu stürzen und eine neue herzustellen. *El pueblo*, den Errejón, Iglesias und Co. anrufen, ist ein Signifikant, der über seine Zeichenhaftigkeit hinaustreibt, der neben der semiotischen eine sinnliche Gestalt annimmt. Das Volk ist im substantiellen Sinne abwesend, doch wenn es sich samt seiner Führungsfiguren als anwesende Masse verkörpert, kann es einen mächtigen Anspruch auf Souveränität erheben.

Abbildung 24, die Pablo Iglesias vor dem Publikum bei der *Marcha del Cambio* am 31. Januar 2015 zeigt, vermittelt davon einen Eindruck:

Abb. 24: Rede von Pablo Iglesias, *Marcha del Cambio*, Madrid, 31. Januar 2015



Quelle: <https://commons.wikimedia.org>, CC-BY-3.0443

3.4 Ein Land vor der Wahl (Dezember 2015)

Die Massenmobilisierung beim »Marsch des Wandels« und die Artikulation des leeren Signifikanten *el pueblo* als ein abwesend-anwesendes Zeichen offenbaren den untypischen Charakter von Podemos als ein Parteiprojekt, das auch Massenbewegung sein will. Zugleich setzt die Kraft von Iglesias, Errejón und Co. gerade im Jahr 2015 einen eindeutigen Schwerpunkt darauf, bei den sukzessiven Wahlgängen zu reüssieren. Podemos soll, wie Errejón 2014 und 2015 unermüdlich betont, eine »effiziente Wahlkampfmaschine« sein, die das Momentum der Krise zu nutzen weiß. Doch just das offene Gelegenheitsfenster für jenes egalitäre und antielitäre Volkssubjekt, das Podemos auf

den Straßen Madrids am 31. Januar 2015 emphatisch ausgerufen hatte, scheint sich in den darauffolgenden Monaten abrupt zu schließen.

Ist Podemos bis Ende 2014 *die* neue Partei, die als einzige die Korruptionspraktiken der tradierten Volksparteien genauso wie deren alternativlose Austeritätspolitik in Frage stellt, so beginnt die 2006 in Katalonien gegründete Partei Ciudadanos (Bürger), die bis dahin nur ein Randakteur geblieben war, in den ersten Monaten von 2015 eine großangelegte Kampagne, um zur moderaten Alternative aufzusteigen. Unter der Führung des damals 36-jährigen Juristen Albert Rivera formiert sich eine Kraft, die sich noch emphatischer als Podemos als Vertreterin einer *nueva política* (neuen Politik) stilisiert. Auch Ciudadanos greift das bestehende politische System an und verurteilt dessen Intransparenz, Nepotismus und Entfremdung vis-à-vis der Bevölkerung. Doch der Regenerationsanspruch der Partei Riveras ist dezidiert wirtschaftsliberal, er kürt die angebliche Effizienz, Flexibilität und Leistungsgerechtigkeit des freien Marktes zum Vorbild, nach dessen Maßgabe Spaniens Politik und Gesellschaft umzugestalten seien (vgl. Domínguez Benavente 2017: 61, einführend: Rodríguez/Barrio 2015).

Ciudadanos wird zum »Podemos von rechts« (Lluís 2018), es erscheint als jugendliche, moderate und wirtschaftsfreundliche Regenerationsoption – und tritt für einen pragmatischen Kompromiss aller gemäßigten linken und rechten Kräfte ein. Mehr noch, Ciudadanos gibt sich als eine *antipopulistische* Partei. Sie grenzt sich vehement vom Radikalismus ab, den für sie Podemos genauso wie der baskische und besonders der katalanische Separatismus verkörpern. Sie alle gelten Ciudadanos als potentielle Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat, mit ihnen ist jede Einigung unmöglich (vgl. Minder 2015). Der Aufstieg von Ciudadanos bremst Podemos deutlich aus. Die Wählerbasis der Rechtsliberalen wächst im Laufe des Jahres 2015 rapide; von Ciudadanos angezogen werden vor allem diejenigen, die sich als ideologisch mittig – weder links noch rechts – beschreiben (vgl. García de Blas/Mateo 2015).

Der Aufstieg von Ciudadanos ist ein *Symptom* für die Reaktion der hegemonialen Akteure gegenüber Podemos. Gewisse Diskursmomente wie die Kritik an der Korruption werden selbst von den etablierten – von Korruptionsskandalen betroffenen – Volksparteien reartikuliert, während zugleich das gegenhegemoniale Projekt »Podemos« als radikal *delegitimiert* wird. So tut dies exemplarisch die Ciudadanos-Politikerin Begoña Villacís: »Sie [die Podemos-Politiker] sind stets einverstanden mit Venezuela gewesen, sie waren Berater des dortigen Regimes, sie brachten Hugo Chávez nach Spanien, sie identifizieren sich mit Kuba.« (Villacís 2015: 140) Solche zusehends populären Deutungsmuster grenzen Podemos aus, deuten es als eine explizit linksradikale, kaum noch in Spaniens liberaldemokratischen Ordnungsrahmen passende Kraft (vgl. Valdivielso 2017: 305f.). Die expansive Strategie von Iglesias, Errejón und Co, mit der Unten-oben-Konfliktlinie ein querschnittartiges Projekt zu artikulieren, steht so in Frage. Die lateinamerikanischen Vorbilder von Podemos werden in Spanien vorwiegend *nicht* unter dem Gesichtspunkt des sozialen Fortschrittes und der politischen Ermächtigung verhandelt, den sie für benachteiligte Bevölkerungsgruppen (zeitweilig) brachten, sondern unter dem Gesichtspunkt ihres Antiliberalismus, Antipluralismus und Autoritarismus. »Venezuela« wird zum Kampfbegriff, der Podemos als chavistisches Experiment zu delegitimieren und in die Defensive zu drängen sucht – und hiermit durchaus erfolgreich ist (vgl. Franzé 2017: 231).

Angesichts dessen muss Podemos sich repositionieren, muss sich, Stavrakakis (2020: 57f.) paraphrasierend, an ein neues »antagonistisches Szenario von Populismus gegen Anti-Populismus« anpassen. Gegenüber der sich verbreitenden Diffamierung, dass Podemos »populistisch« sei, also in der Tendenz antidemokratisch und demagogisch, und aus Spanien ein europäisches Venezuela machen wolle (vgl. Román 2015), steht die populistische Hypothese von Iglesias, Errejón und Co. unter Zugzwang: Wie kann die junge Partei im Wahljahr 2015 ihre populistische Strategie so reformulieren, dass sie als unumwunden demokratisch, ja *demokratischer* als ihre Gegner erscheint? Und wie kann sie klarstellen, dass ihre Gesellschaftsentwurf einer ist, der Spanien eben nicht, wie die Ciudadanos-Politikerin Villacís nahelegt, nach »1936«, also in die Bürgerkriegszeiten, zurückwirft, sondern ein besseres Land verwirklichen könnte?

Um die veränderte, aber 2015 (noch) nicht grundsätzlich andersartige Artikulationspraxis von Podemos zu analysieren, bietet sich der Wahlkampf vor der Parlamentswahl von Dezember 2015 an.⁵⁰ Für die Parteiführung ist es die Bewährungsprobe ihrer Hypothese, es ist die Möglichkeit, knapp zwei Jahre nach der Parteigründung zu bestimmen, wie stark ihr gegenhegemoniales Projekt in Spanien tatsächlich ist. In den Wahlkampf tritt die Partei in einer denkbar ungünstigen Position, rangiert sie doch im Herbst 2015 in Umfragen bei knapp zehn Prozent (vgl. CIS 2015: 16). Eine Antwort auf die Frage, ob und wie Podemos diese defensive Position durchbricht und wie sein nun aktualisierte Profil aussieht, bietet das Wahlprogramm der Partei. Dieses Programm ist jetzt zu analysieren. Mit ihm werden sich bereits bekannte, aber auch etliche unbekannte Merkmale des Podemos-Diskurses herausstellen.

An erster Stelle sticht der Titel des Programmes hervor: *Queremos, Sabemos, Podemos. Un programa para cambiar nuestro país* (Wir wollen, wir wissen, wir können. Ein Programm, um unser Land zu verändern). Die Aufzählung der drei Verben – wobei das letzte ein Wortspiel mit dem Parteinamen ist – soll veranschaulichen, dass Podemos eine einzigartige Melange aufweist. Die Partei möchte nicht nur die Protestbewegungen der Vorjahre im Parlament repräsentieren (wie der Parteiname mit seiner Anlehnung an das Motto *Sí se puede!* zeigt), sie tritt ferner als eine Kraft an, die sich das Regieren zutraut. *Queremos* (wir wollen) und *sabemos* (wir wissen) – beide Verben sollen den Regierungswillen und die Regierungskompetenz von Podemos unterstreichen. Beides wird, der zweite Satz des Programmtitels legt es offen, in den Dienst eines transformativen Projekts für Spanien gestellt. In diesem Satz steckt auch ein Verb, *cambiar* (verändern), das den Begriff des *cambio* (Wandels) politisch reaktiviert, der in den frühen 1980er Jahren von den Sozialisten als Schlüsselsignifikant von Spaniens Modernisierung gebraucht wurde (Kap. II.2.b). Daran schließt Podemos explizit an, es verspricht ein grundsätzlich verändertes Spanien, das seine krisengerüttelte Gegenwart überwindet.

50 Die Parlamentswahl von 2015 ist nicht die erste Wahl, an der Podemos antritt. Doch erst bei dieser liegt die Strategie von Podemos ganz in der Verantwortung jener Führungsriege, welche die Partei Anfang 2014 gründete. Bei den Regionalwahlen im Frühjahr und Herbst 2015 partizipiert zwar Podemos bereits, doch hier ist vielerorts die junge Partei organisatorisch noch (zu) unvorbereitet, um viele der lokalen Fragen zu adressieren. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2015 beteiligt sich Podemos wiederum an neuen linken Wählerplattformen, die in vielen Metropolen reüssieren und in Madrid, Barcelona, Valencia oder Zaragoza die Kommunalregierung übernehmen.

Doch welches Spanien strebt Podemos an? Das Inhaltsverzeichnis des über 300-seitigen Programms ist dafür ausschlaggebend. Die Titel der fünf Kapitel, die das Wahlprogramm strukturieren, lauten: »1. Wirtschaftliche Demokratie (15–72), 2. Soziale Demokratie (73–154), 3. Politische Demokratie (155–190), 4. Bürgerdemokratie (191–208), 5. Internationale Demokratie (209–231).« (Podemos 2015a) Fünfmal taucht der Begriff der Demokratie auf, selbst in Bereichen wie der Wirtschaft oder in der Sparte »Internationales«, wo er nicht unmittelbar zu vermuten wäre. Die Idee der Volkssouveränität, die sich in den Reden von Iglesias und Co. so emphatisch artikuliert, tut es auch hier. Zudem sticht allein von der Seitenzahl her hervor, dass die beiden ersten Kapitel des Programms, »Wirtschaft« und »Soziales« im Wahlprogramm mit doppelt so vielen Seiten wie die anderen Kapitel aufwarten. Podemos möchte sich als eine demokratische Alternative profilieren, die sich die schwere Aufgabe zutraut, Spanien in seinen Grundfesten zu verändern, namentlich im wirtschaftlichen wie sozialstaatlichen Sinne.

Bevor sich die Aufmerksamkeit auf das Wirtschaftsprogramm von Podemos richtet, ist der Fokus auf das Vorwort des Programms wichtig. Auf fünf Seiten wird pointiert in das Dokument eingeführt. Während der erste Abschnitt die Entstehungsgeschichte von Podemos rekapituliert und die Partei als eine basisdemokratisch geprägte Plattform vorstellt, unterstreicht der zweite: »Nach 22 nicht immer leichten Monaten ist der Augenblick gekommen, für den wir geboren wurden. Wir haben das Ufer dieser Transition in der Geschichte Spaniens erreicht. Von uns wird die Richtung des Wandels abhängen.« (Ebd.: 9) Emphatisch wird die Parlamentswahl von 2015 als ein historisches Moment beschrieben, als eine substantielle Entscheidung. Im zweiten Satz werden mit der Periphrase von Strom und Ufer die Signifikanten der »Transition« und des »Wandels« artikuliert, die 40 Jahre zuvor derart zentral gewesen waren. Für Podemos erscheint diese Wahl als eine Schwellenzeit zwischen einem alten und einem neuen Spanien. So wird es auf der dritten Seite des Textes formuliert:

Dieses Programm enthält Forderungen verschiedenster Art [...] Aber insgesamt schlagen sie alle eine Veränderungsrouten [*ruta de cambio*] für unseres Land vor, aus der eine Umgestaltung unseres Verfassungsrahmens [*marco constitucional*] folgt. Dieses Programm zu erfüllen, heißt Veränderungen in der Norm von 78 vorzunehmen, die in der Lage sind, unser Land mit einer neuen juristischen Architektur zu versehen. (Ebd.: 11)

Zwischen diesen Zeilen schwebt, in nun abgeschwächter Form, die Idee eines Gründungsprozesses, wie ihn Podemos anfänglich sehr stark machte. Die vorgeschlagene »Umgestaltung des Verfassungsrahmens« bleibt jedoch gewichtig. Mit der »Norm von 78« ist nichts anderes gemeint als Spaniens 1978 verabschiedete Verfassung. Die Metonymie »Norm von 78« wertet diese Verfassung ab, verkürzt zum einen die aus einem breiten Verhandlungs- und Kompromissprozess hervorgegangene Verfassung auf eine beliebig erscheinende »Norm« und sie relativiert zum anderen die immer noch währende Gültigkeit dieser Verfassung, indem sie diese an ihr Gründungsdatum, das Jahr 1978, zurückbindet (vgl. Iglesias 2015a: 10f.). Diese delegitimierende Geste der in Spanien geltenden Verfassung lässt sich kaum unterschätzen, in ihrer Deutlichkeit ist sie ein

Symptom für den Legitimitätsverlust des politischen Systems Spaniens, das durch diese Verfassung repräsentiert und juristisch gepanzert wird.⁵¹

Unübersehbar äußert sich somit im Wahlprogramm von Podemos der antagonistische Signifikant vom »Regime von 78«, mit dem sich Iglesias und Co. von der grundsätzlichen *Gesellschaftsordnung* abgrenzen, die aus dem Ende der Franco-Diktatur hervorgegangen ist (vgl. Rendueles/Sola 2019: 14). Der Begriff »Regime von 78« bezeichnet zwar politologisch korrekt das aus der Diktatur hervorgegangene politische System. Vor allem aber funktioniert »Regime von 78« als eine sowohl abwertende als auch begrenzende Metapher, sie macht aus dem demokratischen System eine Ordnung, in der nicht das Demokratie-, sondern das Zwangsmoment widerhallt, die weniger den demokratischen Bruch als vielmehr die Kontinuitätslinien gegenüber dem franquistischen Regime betont. Das »Regime von 78« wird insofern zur Metapher für die Delegitimierung der gesamten institutionellen Ordnung Spaniens. Demgegenüber entwirft Podemos ein verändertes politisches Regelwerk. Im Wahlprogramm läuft die Delegitimierung des Ist-Zustandes auf Forderungen nach einer Verfassungsänderung heraus.

Diese Forderungen kreisen vor allem um zwei Themen: die Stärkung des Sozialstaates und den Ausbau des demokratischen Rechtsstaates. Einerseits gehe es, so Podemos, darum, soziale Rechte wie das auf Gesundheit, Bildung, Wohnen und würdevolle Arbeit sicherstellen. Zudem sei ein Wandel des Produktivmodells durch öffentliche Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation anzustoßen, um »Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse« zu bekämpfen (Podemos 2015a: 12). Andererseits soll eine überarbeitete Verfassung eine unabhängige Justiz sowie die Gleichheit aller Spanierinnen durch ein neues Wahlsystem garantieren, aber auch »das Ende der Straffreiheit der Korrupten« durch einen neuen Rechtsrahmen sicherstellen, der die Parteien zu Transparenz zwingt und die Untersuchung von Korruptionsfällen beschleunigt (ebd.). Diese groben Positionen dürften sich zwar aus der bisherigen Rekonstruktion der Reden von Pablo Iglesias oder Íñigo Errejón ableiten lassen. Doch nun werden sie in den Rang von expliziten *Verfassungsänderungen* gehoben. Sie suchen den Rahmen der politischen Legitimität neu zu definieren, das politische System des Landes umzuformen. Diese neugründende Geste wird in einem bislang noch nicht angesprochenen Punkt deutlich. Die Verfassungsänderung müsse auch die »Anerkennung des plurinationalen Charakters Spaniens sicherstellen sowie das Recht auf die demokratische Selbstbestimmung des Verhältnisses, das man gegenüber Spanien insgesamt einnehmen möchte« (ebd.: 12).

Es taucht hier jene Konfliktachse auf, die diese Studie zwar gezielt ausklammert, die sich aber faktisch wie eine zweite Ebene über den analysierten Zeitraum legt. Es ist die nationale Frage, wie sie in der jüngeren Vergangenheit vor allem die katalanische Unabhängigkeitsbewegung adressiert hat. Ihr gegenüber nimmt Podemos eine gänzlich

51 Als kontrafaktischer Vergleich hilft es, sich vor Augen zu halten, welche Erschütterungen die Bundesrepublik Deutschland erleben müsste, damit seitens einer großen demokratischen Partei das Grundgesetz als »veränderungsbedürftige Norm von 49« abgetan würde. Ein gar nicht so abwegiger Vergleich angesichts der Tatsache, dass Spanien bis Mitte der Nullerjahre als Modell eines erfolgreichen demokratischen Rechtsstaates galt, dessen vorbildliche Transition von der Diktatur zur Demokratie als der Maßstab für die späteren Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika oder Osteuropa fungierte.

andere Position ein als die restlichen großen Parteien. Während diese das Unabhängigkeitsbegehren in Katalonien entweder diametral ablehnen und demgegenüber die Einheit der spanischen Nation hochhalten oder diffus von einem Spanien »diverser Kulturen und Nationalitäten« sprechen, ohne daraus politische Konsequenzen zu ziehen,⁵² akzeptiert Podemos die Prämisse des katalanischen – sowie baskischen – Nationalismus. Sie lautet, dass Spanien eine *Nation der Nationen* ist, und dass für die drei historischen Nationen der spanischen Peripherie, für die baskische, die galizische und die katalanische, das Selbstbestimmungsrecht der Völker gilt.

Im Kapitel »Politische Demokratie« des Podemos-Programms wird diese Position als Forderung Nr. 277, »Recht auf Selbstbestimmung«, wie folgt ausbuchstabiert:

Wir werden einen breiten Bürgerdialog über die Anerkennung und die Ausübungsformen des Rechts auf Selbstbestimmung im Rahmen der Debatte über die Verfassungsänderung eröffnen. Wir werden verfassungsrechtlich die plurinationale Natur Spaniens anerkennen, und wir werden das Recht der Regionalregierungen absichern, Bürgerbefragungen [*consultas a la ciudadanía*] über die territoriale Einfügung des Landes durchzuführen.

Das heißt, dass wir die Veranstaltung eines Referendums mit allen Garantien in Katalonien veranstalten werden, damit seine Bürgerinnen und Bürger über den Typ des territorialen Verhältnisses mit dem Rest Spaniens entscheiden können.

Wir werden den Respekt als basales Fundament der Beziehungen zwischen den Regierungen und den Parlamenten auf allen politischen Ebenen des Staates wiederherstellen.

Wir werden einen Prozess des Verfassungswandels beginnen, der unter anderem die Probleme der territorialen Artikulation zu lösen versucht, und wir werden die Erfahrungen Großbritanniens und Kanadas bewerten und diskutieren. (Ebd.: 188f.)

Diese Forderung legt die Responsivität von Podemos gegenüber Kataloniens Unabhängigkeitsbewegung offen. Die Partei verpflichtet sich sowohl (2. Abschnitt) zur Abhaltung eines Referendums in Katalonien als auch proaktiv (3. Abschnitt) von vergleichbaren Erfahrungen zu lernen.⁵³ Parallel dazu artikuliert Podemos die Idee eines neuen Territorialmodells für Spanien, das explizit dessen Plurinationalität anerkennt. Dieses Modell beruht, und das ist wichtig, auf der Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten. Das katalanische Referendum avanciert gleichsam zum Vorbild, das es im Rest Spaniens in einer abgeschwächten, da nicht bindenden Variante von Bürgerbefragungen zu replizieren gilt. Das Territorialmodell des Staates verliert seine institutionelle Fixierung, es wird als ein ungelöstes Problem reaktiviert, dessen politische Lösung nur den Bürgerinnen selbst obliegen kann. Mit dieser doppelten Forderung legt Podemos exemplarisch offen, wie sich die Partei die »Debatte über die Verfassungsänderung« vorstellt, nämlich

52 So verharnte im Jahr 2015 der sozialistische PSOE bei einer eher folkloristischen Idee von Spaniens Vielfalt.

53 Dass dabei mit Kanada und Großbritannien Beispiele fallen, in denen die Unabhängigkeitsreferenden Schottlands und Québecs nicht erfolgreich waren – anders als etwa in Slowenien –, zeigt gleichwohl relativ explizit, dass Podemos nicht die Unabhängigkeit Kataloniens, sondern dessen Verbleib in Spanien befürwortet.

als einen breiten demokratischen Prozess, der die Beteiligung der Bürgerinnen nicht beschränkt, sondern diese aktiviert. In der Podemos-Vision ist das grundsätzlich erneuerte Regelwerk Spaniens eine *radikaldemokratische* Unternehmung, sie entsteht in einem partizipatorischen Willensbildungsprozess (Input-Seite), und wird durch Abstimmungen wie diejenigen zum Territorialmodell legitimiert (Output-Seite).

Dieser demokratische Charakter von Spaniens veränderter Verfassung wird auch in der Einleitung des Programms emphatisch unterstrichen:

[W]ir glauben, dass wir nur mit mehr Demokratie die ökonomische, soziale, institutionelle und territoriale Krise überwinden können, die Spanien durchmacht. Wir wollen, dass alle Spanierinnen und alle Spanier mittels eines Referendums darüber entscheiden, ob sie einen Prozess der Verfassungsänderung beginnen wollen oder nicht. (Ebd.: 12f.)

Die Tatsache, dass die von Podemos vorgeschlagene Verfassungsänderung erst durch ein Referendum initiiert werden soll, verleiht diesem Prozess einen grundsätzlichen Charakter. Einzelne Verfassungsartikel ließen sich durch die beiden repräsentativen Kammern (Parlament und Senat) verändern, doch die Änderungen, die die neue Partei anstrebt, bedürfen einer umfassenderen, plebiszitären Legitimierung. Dass »mehr Demokratie« mit direkter Demokratie gleichgestellt wird, zeigt, dass das Podemos-Programm den Empörungsdiskurs reartikuliert, um das *direktdemokratische Moment* gegenüber dem repräsentativdemokratischen zu privilegieren. Am obigen Zitat fällt noch eine Verbindungslinie zwischen Podemos und den ihr vorhergehenden Protesten auf: Es ist die Art, wie Spaniens Krise beschrieben wird. Die Auflistung im ersten Satz des Zitats nennt die territoriale Krise, doch sie tut es an letzter Stelle. Dass zuvor die Adjektive ökonomisch, sozial und institutionell fallen, erinnert subtil daran, dass es diese ersten drei Gebiete sind, auf die Podemos – und zuvor die Indignados – den Schwerpunkt legen. Erst von ihnen ausgehend wird die »Regimekrise« bestimmbar und erhält die »konstituierende Macht«, welche die Krise demokratisch überwinden soll, ihr Profil (Bescansa et al. 2015: 105).

Im Kernbereich der diagnostizierten Krise, auf ökonomischem Terrain, artikuliert Podemos ein ausführliches Forderungspaket. Das Wirtschaftsprogramm der Partei tritt als *Kehrtwende* an:

Unsere Haushaltspolitik für die nächsten vier Jahre ist gegenüber derjenigen des PP [die konservative Regierungspartei] diametral verschieden, da wir die Prioritäten umdrehen. Wir schlagen eine Wirtschaftspolitik vor, die sich darauf konzentriert, Arbeit zu schaffen, Grundbedürfnisse zu befriedigen und öffentliche Infrastrukturen wie Industrialisierungspolitiken zu fördern, die unsere Wirtschaft verwandeln. (Podemos 2015a: 265)

Das Zitat stammt nicht aus dem Hauptteil des Programms, wo die Haushaltspolitik von Podemos auf über 55 Seiten und in 110 Forderungen entfaltet wird, sondern aus seinem Anhang. Unter dem Titel »Wirtschaftsbericht« (264–281) kondensiert die Partei ihre ökonomischen Vorstellungen in unkonventioneller Manier, kontrastiert sie doch den eigenen Budgetplan für die kommende Legislaturperiode mit demjenigen der konservativen

Regierungspartei PP.⁵⁴ Gegenüber der stetigen Infragestellung der Podemos-Forderungen als »irreal«, »utopisch« und »radikal« (Bermúdez de Castro 2014), zielt dieser Vergleich explizit darauf, die »ökonomische Machbarkeit« der Podemos-Forderungen aufzuzeigen (ebd.).

Podemos baut den Vergleich des eigenen Wirtschaftsplans mit demjenigen der Konservativen auf zwei Seiten auf: die der *Ausgaben* und der *Einnahmen*. Auf beiden Achsen wird mit dem Mittel der Kontrastierung gearbeitet. Die jeweiligen Wirtschaftspläne erscheinen als grundsätzlich verschieden. Während der PP im Jahr 2016 im Sinne seiner Austeritätspolitik das Haushaltsdefizit auf 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduzieren würde, läge dieses Defizit bei Podemos bei 3,9 Prozent – und damit über den drei Prozent, die der EU-Stabilitätspakt vorschreibt. Zwar strebt auch Podemos einen ausgeglichen Haushalt an, aber langsamer als von den Konservativen angepeilt. Es bliebe selbst am Ende der Legislaturperiode, 2019, immer noch bei 2,2 Prozent und damit deutlich über den vom PP angepeilten 0,3 Prozent (vgl. ebd.: 275f.). So dürfte es kaum überraschen, dass zu der von Podemos angestrebten Verfassungsänderung auch die Aufhebung des Artikels 135 gehört, in dem die Schuldenbremse festgelegt ist (vgl. ebd.: 48).

Dieses erhöhte Defizit wird bedingt durch deutlich erhöhte Ausgaben, besonders prononciert in den ersten beiden Jahren (2016 und 2017) der Legislatur, in denen der Staat je 28 und 29 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben würde.⁵⁵ Diese Ausgaben würden, so Podemos, benötigt, um den Sparkurs im Gesundheits-, Bildungs-, Pflegesektor und in der Rentenversicherung zu stoppen, neue Beschäftigungsprogramme zu lancieren, eine Grundsicherung von 600 Euro einzurichten sowie ein breites Investitionsprogramm zu initiieren mit Akzenten in der ökologischen Energiewende und in den Bereichen Forschung und Innovation (vgl. ebd.: 267f.).⁵⁶

Podemos tritt hierbei als eine klassisch sozialdemokratische Kraft in Erscheinung, deren Ideal ein *aktiver Wohlfahrtsstaat* ist. Ob in Fragen der sozialen Absicherung, der Energiewirtschaft, des spanischen Produktivmodells oder der Steuerpolitik, immer wieder ermahnt die neue Partei, dass Spanien mit seinen europäischen Nachbarländern, mit der EU insgesamt »konvergieren« müsse, »anstatt sich weiter zu entfernen« (ebd.: 57, auch: 27, 35, 66, 135). Zur verkündeten Konvergenz mit Europa gehört auch eine deutliche Erhöhung der Staatseinnahmen. Die Spitzensteuersätze sollen genauso wie die Vermögens- und Körperschaftssteuer erhöht, die Mehrwertsteuer für Nahrungsmittel und andere Grundgüter dagegen gesenkt werden. Auch Praktiken der Steuerhinterziehung und des Steuerbetruges sollen stärker bekämpft werden, um die Schattenwirtschaft von 20

54 Podemos legt dafür das Stabilitätsprogramm für Spanien zugrunde, das die konservative Regierungspartei für den Zeitraum 2015–2018 der Europäischen Union zustellte (vgl. Podemos 2015a: 265).

55 Angesichts eines spanischen Gesamthaushalts von 460 Milliarden Euro im Jahr 2015 würde dies gegenüber der konservativen Budgetplanung eine Haushaltserhöhung um sechs Prozent bedeuten (vgl. Podemos 2015a: 281).

56 Im (Re-)Industrialisierungsprogramm von Podemos kommt die Ökologie und Nachhaltigkeit zwar vor (vgl. Podemos 2015a: 17–22), sie wird jedoch *nicht* als Dreh- und Angelpunkt hochgehalten. Dem Signifikanten »Ökologie« wird erst ab 2017 – bei Podemos und darüber hinaus – eine Schlüsselrolle zugeschrieben.

Prozent auf »das Niveau Deutschlands zu bringen, das im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt fünf Prozentpunkte niedriger ist« (ebd.: 270). Podemos geht in optimistischer Manier davon aus, dass im Laufe der Legislatur durch die angepeilten Steuererhöhungen und die wirtschaftsbelebende Wirkung der Konjunkturmaßnahmen die Einnahmen des spanischen Staates deutlich erhöht werden und dadurch »den Abstand abkürzen, der uns in diesem Augenblick vom Mittelwert der Eurozone (8 %) trennt« (ebd.: 269).

Die Anspielungen auf Deutschland und Europa sind nicht unwichtig. Der aktive und starke Staat, für den Podemos eintritt, sucht fortwährend den Vergleich zu anderen, meist nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Auf diese Weise entwirft die Kraft rund um Iglesias ein Staatsprojekt, das als Sinnbild einer fortschrittlichen Demokratie antritt und in den weitreichenden europäischen Sozialstaatsmodellen sein Vorbild findet.⁵⁷ Jede Identifizierung von Podemos als ein linksradikales oder sogar linksautoritäres Staatsprojekt à la Venezuela wird vermieden. Die junge Partei tritt als ein so kompetenter wie proeuropäischer Akteur in Erscheinung, der die Verarmung großer Bevölkerungsteile und die Tendenz zur sozialen Polarisierung effizient zu erkennen und vor allem einzudämmen weiß. Der erneuerte, sowohl handlungsfähigere als auch interventionswilligere Staat, den das Podemos-Programm umreißt, fungiert in diesem Sinne als ein Instrument der sozialen Kohäsion, der die von Iglesias, Errejón und Co. diagnostizierte Lateinamerikanisierung der spanischen Gesellschaft rückgängig macht und diese auf den westeuropäischen Wohlstandspfad zurückführt.

Gegenüber der dezertifizierenden Kritik, man sei populistisch, antipluralistisch und folglich auch antieuropäisch artikuliert sich Podemos als ein *proeuropäisches* Projekt. Nicht wir haben Spanien polarisiert, verarmt und es hinter die Wohlstandsindikatoren der Eurozone zurückfallen lassen, sondern jene, die den harschen Austeritätskurs von Brüssel umstandslos umsetzen, so der Duktus des Parteiprogramms. Der Signifikant »Europa« rückt hier – wie schon bei der Iglesias-Rede im EU-Parlament – ins Zentrum. Auf die Dezertifizierung von Podemos als »das andere Europa« antwortet die Partei mit einer für sie typischen, umdrehenden Argumentation: Erst durch den Bruch mit den aktuellen EU-Maximen, allen voran der rigiden Schuldenbremse, lässt sich in Spanien die europäische Idee beleben. Wenn aus dem Inkrafttreten der EU-Politiken folgt, dass die krisengerüttelten Länder Süd- und Osteuropas weniger europäisch werden, dass sie auf eine Sozialstruktur zusteuern, die Europas kaum noch würdig ist, dann müssen die wahren Europäerinnen mit den geltenden EU-Politiken brechen. Podemos selbst bricht nicht mit dem sedimentierten Knotenpunkt der »Europäisierung«, sondern besetzt ihn um.

57 Das Dokument *Ein ökonomisches Projekt für die Menschen*, welches die Ökonomen Vicenç Navarro und Juan Torres López im November 2014 für Podemos ausarbeiteten und das auch dieses Wahlprogramm beeinflusste, macht diese Orientierung auf die nordeuropäischen Wohlfahrtsstaatlichkeit besonders deutlich. So etwa: »Man muss die öffentlichen Ausgaben erhöhen und die falsche Idee bekämpfen, dass es in Spanien zu viele öffentliche Ressourcen und Beamte gibt [...] Spanien war 2012 das Land der OECD mit den wenigsten Beschäftigten im öffentlichen Dienst (15,02 %), dreimal weniger als in Dänemark und halb so viele wie in Schweden« (Navarro/Torres López 2014: 53).

Eine Minute zwischen Empörung und Solidarität Wahlen werden nicht mit Wahlprogrammen entschieden. Doch das betrachtete Podemos-Programm liefert wichtige Anhaltspunkte dafür, wie sich das junge Parteiprojekt im Laufe des Jahres 2015 bemüht, eine populistische Anfechtung in eine Regierungsalternative für Spanien zu verwandeln. Bevor der nächste Schritt die Artikulation des spanischen Linkspopulismus in einer Gesamtschau zusammenfasst, lohnt eine abschließende Auseinandersetzung mit dem Parteivorsitzenden Pablo Iglesias. Er ist das Aushängeschild von Podemos vor der Parlamentswahl am 20. Dezember 2015. Unermüdlich tourt er durchs Land, selbst konservative Stimmen würdigen seinen bravourösen Einsatz (vgl. Méndez 2015). So reüssiert Iglesias auch nach Umfragen bei der einzigen TV-Debatte, die zwischen den vier aussichtsreichsten Parteien – den Konservativen, Sozialisten, Ciudadanos und Podemos – am 7. Dezember stattfindet. Einen Eindruck von Iglesias' Auftritt liefert die wichtige »goldene Minute« (*minuto de oro*) am Ende der Debatte, als er genauso wie die anderen Kandidaten direkt an das Publikum appelliert:

Ich möchte Sie nur um zwei Sachen bitten. Die erste ist, dass Sie nicht vergessen. Dass Sie nicht die Black-Kreditkarten vergessen, dass Sie nicht die Zwangsräumungen vergessen, dass Sie nicht die Púnica vergessen, dass Sie nicht die Gürtel vergessen, dass Sie nicht das »Luis, sei stark« vergessen, dass Sie nicht die ERE-Fälle in Andalusien vergessen, dass Sie nicht den Schwindel bei den Vorzugsaktien vergessen, dass Sie nicht die Schlangen im Gesundheitswesen vergessen, dass Sie nicht die Kürzungen im Bildungswesen vergessen, dass Sie nicht den [Verfassungsartikel] 135 vergessen, dass Sie nicht die Arbeitsmarktreform vergessen.

Die zweite Sache, um die ich Sie bitten werde, ist, dass Sie lächeln. Dass Sie den 15-M anlächeln, dass Sie die Plätze anlächeln, dass Sie die Nachbarn anlächeln, die Zwangsräumungen verhinderten, dass Sie Ada Colau anlächeln, dass Sie die Selbstständigen und die kleinen Unternehmer anlächeln, dass Sie die anlächeln, die um sechs Uhr aufstehen, um zu arbeiten, und auch die, die um sechs Uhr aufstehen, und keinen Ort haben, wo Sie arbeiten sollen, dass Sie die Mütter anlächeln, die 15-Stunden-Tage haben, dass Sie die Großeltern anlächeln, die alles geben, um ihre Rente zu strecken. Lächeln Sie, lächeln Sie, denn es gilt: *Sí se puede!* (Iglesias 2015d)

Iglesias' einminütiger Appell ist unmissverständlich in zwei gleichlange Parts aufgeteilt. Erst kommt die antagonistische Äquivalenzkette, dann die protagonistische. In beiden Fällen wird eine affektive Identifizierung gesucht, einmal über die Listenbildung »nicht vergessen...« mit negativ codierten Affekten wie Groll, Wut oder Feindseligkeit, ein andermal über die Listenbildung »lächeln...« mit positiv codierten wie Hoffnung, Vertrauen oder Stolz. Beide Äquivalenzketten arbeiten mit Verknappungen. Einzelne Ereignisse oder Praktiken erscheinen als Symbole mit einer metaphorischen Qualität, denen aber insofern »sinnliche Evidenz« zukommt (zum Begriff: Schmid 2011: 9), als sie auf konkrete Phänomene in Spanien verweisen.

In der antagonistischen Äquivalenzkette vermengt Iglesias zwei derartige Phänomenbereiche, die Korruption der Eliten und die Leidenserfahrungen der Durchschnittsbürgerinnen. Zunächst nennt er die besonders prominenten Korruptionsfälle, die in den vergangenen Jahren die beiden tradierten Volksparteien sowie die Bankinstitute betroffen haben. Die Nennungen »Black-Kreditkarten«, »Púnica« und »Gürtel« beziehen sich

auf die Korruptionsskandale, die bei der konservativen Volkspartei PP auf nationaler wie regionaler Ebene aufgedeckt und bereits in der Öffentlichkeit breit skandalisiert wurden (Kap. V.1.b). Mit »Luis, sei stark« zitiert Iglesias ironisch die aufmunternden Worte, die der amtierende Präsident Mariano Rajoy angeblich dem inhaftierten Ex-Schatzmeister der Partei, Luis Bárcenas, zukommen ließ. Allerdings lässt der Podemos-Politiker in seiner Auflistung von Korruptionsfällen weder die Veruntreuung öffentlicher Gelder seitens der andalusischen PSOE-Regionalregierung aus (»ERE-Fälle in Andalusien«) noch die großflächigen Betrugsfälle im Aktienhandel, die jahrzehntelang in Spaniens Bank- und Sparkassenwesen geschahen. Die Korruption erscheint somit als ein *systemisches* Phänomen, das die politischen und finanziellen Eliten geradezu auszeichnet. Durch Iglesias' Fokus auf die Konservativen – die 2015 unter Mariano Rajoy die Zentralregierung stellen – werden diese jedoch zum unrühmlichen Fundament von Spaniens grassierender Korruption.

Die Rückseite der Korruption der Eliten ist das *Leiden* der normalen Menschen. »Zwangsräumungen«, »Schlangen im Gesundheitswesen«, »Kürzungen im Bildungswesen« erinnern an die allseits sichtbaren Folgen, die die Austeritätspolitik, vor allem die der Konservativen ab Ende 2011, verursacht hat. Dass diese Leidenserfahrungen kein Naturphänomen sind, sondern eine Folge von politischen Entscheidungen, verdeutlicht Iglesias, indem er den Verfassungsartikel 135 und die »Arbeitsmarktreform« nennt. Der Mitte 2011 eingeführte Verfassungsartikel 135 schreibt die Schuldenbremse fest, er ist in Spanien zum Symbol des auch durch die EU forcierten Austeritätskurses geworden. Ähnlich verhält es sich mit der Arbeitsmarktreform, welche die konservative Zentralregierung im Jahr 2012 in Gang setzte (siehe: Kap. V.1.b).

Auf der antagonistischen Seite eröffnet sich eine unselige Szenerie, die bereits aus dem Podemos-Diskurs wohlvertraut ist. Die korrupten Eliten regieren nicht für, sondern *gegen* die Bürger. Letztere verarmen, während sich erstere auf ihre Kosten bereichern. Nun bleibt Iglesias nicht bei dieser düsteren Grenzziehung stehen, sondern skizziert in der zweiten Hälfte seines Appells das Bild eines anderen Spaniens, welches es hoffnungsfroh »anzulächeln« gelte.

Genauso wie zuvor artikuliert Iglesias auf der protagonistischen Seite gemeinhin getrennt voneinander behandelte Phänomene als gemeinsame. Er schmiedet aus ihnen ein Narrativ des tugendhaften Landes, für das Podemos entsteht. Es wird an den Protest erinnert, der seit 2011 Spanien geprägt hat und aus dem Podemos hervorgegangen ist. »15-M« – das ist das Kürzel für den 15. Mai 2011, das Startdatum der Proteste der Indignados, wobei »Plätze« auf deren Platzbesetzungen verweist. Mit »den Nachbarn, die Zwangsräumungen verhindern«, würdigt Iglesias die Rolle von aktivistischen Plattformen wie der PAH. Und dass Iglesias mit »Ada Colau« jene ehemalige PAH-Aktivistin nennt, die seit Juni 2015 Bürgermeisterin Barcelonas ist, legt subtil offen: Die Krisenproteste *können* in neuen Mehrheiten und neuen Regierungen münden.

Doch die protagonistische Seite birgt mehr als nur Aktivismus, sie verweist auch auf die durchschnittlichen, nicht besonders politisierten, sondern durch Arbeit und Anstrengung definierten Lebensverhältnisse. Indem Iglesias Selbstständige, Kleinunternehmer, frühauftretende Arbeitende wie Arbeitslose, alleinerziehende Mütter oder ihre Renten streckende Großeltern auflistet, zeichnet sich ein relativ heterogenes Bild einer Bevölkerung ab, die trotz aller finanzieller Schwierigkeiten und Hindernisse weiter-

macht, weiter ihren Alltag meistert, weiter ihre bezahlte oder unbezahlte Arbeit leistet. Ihre Äquivalenz rekurriert auf die von ihnen geteilte Erfahrung der Verletzlichkeit und der Armut – oder, psychoanalytisch: des Mangels. Es ist eine Verletzlichkeit, die wohlge-merkt nicht naturgegeben ist, sondern für welche die antagonistische Seite in Haftung genommen wird. Gegenüber der korrupten Elite erscheinen auf diese Weise die normalen Menschen als Sinnbild einer Tugendhaftigkeit, die sich Podemos zu eigen machen möchte, um dieses Volk zu repräsentieren und in seinem Namen zu regieren. Dass Iglesias am Ende seines einminütigen Appells das Motto *Sí se puede!* zitiert und sich dabei mit der Faust auf die linke Brust klopft, legt dar, dass dieser Repräsentations- und Regierungsanspruch »des Volkes« nicht als soziale Tatsache besteht, sondern als politische Gegebenheit entstehen *kann*. Podemos ist, Iglesias verbirgt es nicht, ein politisches Projekt, dessen ganzer Impetus sich darauf richtet, mit dem derzeit herrschenden Segment der spanischen Bevölkerung zu brechen, um die beherrschten Bevölkerungsgruppen zu ermächtigen.

4 Spanischer Linkspopulismus, eine Gesamtschau

Am 20. Dezember 2015 zieht Podemos in das spanische Parlament ein. Mit 20,7 Prozent und 69 von 350 Abgeordneten lässt die Kraft rund um Pablo Iglesias ihren außerparlamentarischen Status hinter sich und wird nach den Konservativen (28,7 Prozent, 123 Sitze) und Sozialisten (22 Prozent, 90 Sitze) zur drittgrößten Fraktion im *Congreso de los Diputados*.⁵⁸ Aus dem Stand überzeugt sie mehr als fünf Millionen Wähler, in Katalonien und dem Baskenland wird sie die stärkste, in Madrid, Navarra oder auf den Balearen die zweitstärkste Kraft. Es ist ein überragendes Ergebnis. »Heute ist ein neues Spanien geboren«, behauptet Iglesias nicht ohne Stolz nach der Wahl. Doch so zufrieden die Statements der Podemos-Politiker wirken, es schwingt auch Enttäuschung mit. »Den Himmel nimmt man sich im Sturm, nicht im Konsens«, dieses kämpferische Mantra der neuen Partei markierte zwei Jahre lang, seit ihrer Gründung im Januar 2014, ihre Ambitionen auf eine blitzartige Regierungsübernahme. Podemos setzte darauf, gegenüber den konservativen Parteien eine linksgerichtete Koalition *anzuführen*, die der Austeritätspolitik ein Ende setzt und tiefgreifende Verfassungsreformen angeht. Und wenn dies misslingen sollte, so wollten Iglesias, Errejón und Co. zumindest die größte Oppositionskraft sein, um die Alternative zum Ist-Zustand zu verkörpern. Beides tritt am 20. Dezember 2015 nicht ein. Die Konservativen haben gesiegt, die Sozialisten sind (knapp) vor Podemos platziert.

Trotz allem hat Podemos binnen zweier Jahre eine beeindruckende politische Präsenz erreicht. Ende 2015 ist die Partei nicht nur in allen Regionalparlamenten vertreten, sie beteiligt sich auch an neuen linken Wählerplattformen, die seit Juni 2015 in Spaniens Metropolen, von Madrid und Barcelona über Zaragoza und Valencia bis hin zu A Coruña und Cádiz, regieren. Das gegenhegemoniale Projekt, das Anfang 2014 noch eine vage

58 Ciudadanos, die andere neue Partei, wird mit 14 Prozent und 40 Sitzen zur vierten großen Fraktion. Die Diskrepanz zwischen prozentualem Stimmanteil und Parlamentssitzen ist den Besonderheiten des spanischen Wahlrechts geschuldet.

Idee einiger linker Sozialwissenschaftler aus Madrid war, ist kaum zwei Jahre später zur politischen Realität verfestigt.

Die diskursiven Grundzüge dieses gegenhegemonialen Projektes haben die vorhergehenden Seiten rekonstruiert. In diesem Schritt gilt es, die Eckpunkte der Diskursanalyse festzuhalten und ein konzises Gesamtbild der populistischen Artikulation zu erstellen, die Podemos 2014 und 2015 vollzieht. Strenggenommen beginnt die Podemos-Geschichte mit einer *reartikulierenden Artikulation*. Iglesias und seine Mitstreiter wollen den Empörungsdiskurs, der sich ab 2011 in Spanien verbreitet, und den meine Studie als ein facettenreiches Diskursgefüge beschreibt, zu einem gegenhegemonialen *politischen Projekt* verdichten. Es sei erinnert an das Bild des Wellenreiters zu Beginn des Kapitels. Die Hypothese, mit der Podemos startet, dreht sich um eine zentrale Herausforderung: Lässt sich der populistische Konflikt zwischen »unten und oben«, den die Indignados ab 2011 zivilgesellschaftlich artikulierten, auf der Ebene des politischen Systems in ein mehrheitsfähiges Projekt transformieren? Podemos möchte, mit Claude Lefort (1990: 294) gesagt, die Teilung der Gesellschaft auf die politische Bühne tragen, den von den Indignados forcierten Abstand zwischen »der Gesellschaft« und »der Politik« als einen explizit politischen Konflikt definieren. Dabei geht es dem Podemos-Projekt nicht schlicht darum, die Empörung politisch zu repräsentieren, sondern darum, aus ihr eine neuartige Regierungsoption zu machen. In Worten Errejóns (2015b: 51) wird auf »die Konstruktion einer neuen Institutionalität« gezielt, welche die »von unten« gegen die »von oben« ermächtigt – und hiermit die Spaltung der Gesellschaft durch ihre Neueinrichtung überwindet.

Podemos zeichnet, wie immer wieder hervorstach, gerade in der hier beobachteten Anfangsphase der Partei (2014 und 2015) eine Strategie aus, die sich quasi lehrbuchartig an der Populismustheorie Ernesto Laclaus orientiert. Die hermeneutische Aneignung von Laclau, aber auch Mouffe schlägt sich besonders in einem expansiven Politikverständnis nieder, dessen zentrale Konfliktlinie sich ein Stück weit – aber weniger, als sie vorgibt (s.u.) – quer zu tradierten Identitäten und Debatten stellt. Der von Podemos bediente *Unten-oben-Konflikt* tritt als fundamentaloppositionelle Anfechtung des Status quo an. An Laclau/Mouffe geschult, entwickeln die Podemos-Politiker eine diskursive Strategie, um die herum sich neue Identitäten und eine neue soziale Wirklichkeit bilden sollen. Die populistische Artikulationsform »Volk gegen Eliten« kann 2014 und 2015 in Spanien viele Menschen anrufen. Die Studentin ohne Zukunftsperspektive genauso wie der Langzeitarbeitslose, der migrantische Leiharbeiter genauso wie die durch Sparmaßnahmen dauergestresste Ärztin – sie alle können sich im populistischen Konflikt wiederfinden und ihre meist unmittelbaren Leidens-, Missachtungs- und Unrechtserfahrungen in der Äquivalenzkette des Podemos-Diskurses politisch resignifizieren.

Gerade vom späten Laclau übernimmt Podemos nicht nur ein konstruktivistisches, sondern zudem ein *formalistisches* Politikverständnis (siehe: Kap. VI.1). Eine populistische Artikulation kann dann die soziale Ordnung umgestalten, wenn sie *einer* ganz bestimmten Artikulationslogik folgt, räsoniert die neue Partei. Einen potentiell »siegenden Populismus« zeichnet, wie Parteistrategie Errejón gern betont, zuvorderst seine Fähigkeit aus, den politischen Raum in zwei ungleiche Teile zu spalten. Der Podemos-Diskurs artikuliert die spanische Gesellschaft als eine polar zerrissene: hier stehen die vielen Benachteiligten, dort die wenigen Privilegierten. Eine solch radikal ver-

einfachende Gesellschaftsbeschreibung übergeht – zunächst – die gesellschaftliche Differenzierung, sie lässt horizontale Unterscheidungen, etwa in verschiedene Teilsystemen, Milieus oder Kultursphären, hinter der vertikalen Differenzierung von »unten gegen oben« verschwinden. Die vertikale Spaltung unten/oben erfährt im Podemos-Diskurs eine dreifache, *moralische*, *affektive* und *demokratische* Aufladung. Diese dreifache Aufladung wird im hiesigen populistischen Projekt spiegelbildlich codiert, einmal positiv für die protagonistische Innenseite des Diskurses, ein andermal negativ für seine antagonistisch Außenseite.

Dies gilt an erster Stelle für die moralische Dimension der Spaltung von »unten gegen oben«. Wie Iglesias' Reden zeigten, erscheinen »das Volk« (*el pueblo*), »die Bürgerschaft« (*la ciudadanía*) oder »die Leute« (*la gente*) als tugendhafte Kollektivsubjekte. Die normalen Leute »arbeiten hart«, »stehen früh auf« oder, so Errejón rückblendend, »gaben alles, um uns ein Land zu überlassen, in dem niemand frieren muss« (Kap. V.3.c). Die Podemos-Politiker halten basale Werte wie Fleiß, Anstrengung oder Verantwortungsbewusstsein hoch. Es sind dies positiv mit *Tugendhaftigkeit* konnotierte, aber ideologisch unbestimmte Werte, die ein linker wie auch ein rechter Diskurs verfechten könnte. Sogar dort, wo Iglesias den Protest gegen Austerität, die Besetzung von Plätzen oder die Verhinderung von Zwangsräumungen hervorhebt, tut er dies nicht, um Aktivismus per se zu loben, sondern um den Kampf von »vorbildlichen Bürgern«, die eine gerechte und demokratische Ordnung fordern, zu verteidigen (Kap. V.3.c). Der normativen Aufwertung auf der diskursiven Innenseite steht die normative Abwertung auf der antagonistischen Außenseite gegenüber. Die »von oben« werden verunglimpft, sie erscheinen als »korruptiert«, »raffgierig«, »egoistisch« oder »abgehoben« – sie leben in einer so abgeschotteten wie selbstreferentiellen Sphäre. Besonders der Signifikant »Kaste« markiert unumwunden, dass die Position der »Privilegierten« inkompatibel mit dem demokratischen Gleichheitsprinzip und insofern illegitim ist. Sein vor- und antidemokratischer Bedeutungsgehalt meint nicht nur, dass kein Gerechtigkeitsprinzip rechtfertigen kann, wie eine Minderheit über eine Mehrheit herrschen und sich an dieser bereichern kann. Als leerer Signifikant des antagonistischen Anderen zielt der Begriff der Kaste auf eine Skandalisierung des politischen Systems, das vor der Krise als eine gelungene, praktisch unangefochtene Ordnung Geltung beanspruchen konnte.

Dies führt zum zweiten zentralen Aspekt, der affektiven Aufladung des populistischen Konflikts (dazu Laclau 2005: 110–117). Die Delegitimierung der »von oben« fällt rabiāt aus. Drei Signifikanten markieren vor allem das antagonistische Sie: »die Kaste«, »die Privilegierten« und »das Regime von 78«. Jeder dieser Signifikanten zeigt auf seine Weise auf, gegen was sich das protagonistische »Wir« wendet, nämlich gegen eine nicht nur asymmetrische, sondern auch ungerecht, illegitim, obsolet und undemokratisch scheinende Ordnung. Wird einerseits das antagonistische Sie als Quell allen Übels artikuliert, so trifft Gegenteiliges für die protagonistische Innenseite zu. Hier artikuliert Podemos einen *fürsorgenden*, *solidarischen* Diskurs. Die Armutserfahrungen der »normalen Leute«, ihre alltäglich erlebte Prekarität, Angst oder Entmachtung hallen im Podemos-Diskurs wider. Die populistische Artikulation greift – hier zeigen sich bereits die Grenzen einer rein formalistischen Analyse – die Krisenerfahrungen auf, die in Spanien Millionen Menschen machen. Das Leiden der menschlichen Körper findet im Diskurs Resonanz. Das heißt: Der populistische Diskurs bringt einen Alltag des Leidens und der

Verarmung zum Ausdruck, der Millionen Spanierinnen prägt. Damit werden oft stumme Leidenserfahrungen sag- und benennbar, sie werden gleichsam diskursiv gewürdigt. Das in großen Gesellschaftsteilen stumme Leiden wird von einem politischen Diskurs repräsentiert, und zwar als eine ungerechte und prinzipiell umkehrbare Erfahrung. Insofern wird das Leiden im Podemos-Diskurs mit einem *Ermächtigungsversprechen* versehen. Ihr, die Leidenden, könntet Macht haben, über eure Lebensverhältnisse selbst bestimmen – mit diesem Versprechen möchte Podemos auf einer eher medial-diskursiven Ebene erreichen, was Kollektiven wie der PAH auf einer vornehmlich praxeologischen Ebene gelingt.

Drittens lädt Podemos die populistische Spaltung demokratisch auf, aber anders, als es die Indignados taten. Wo diese ihren Schwerpunkt auf die direktdemokratische Präfiguration legten, also in den Praktiken ihrer Versammlungen erst auf den Plätzen und dann in den Quartieren die Umrisse der angestrebten Demokratisierten Spaniens erblickten, legt der Podemos-Diskurs seinen Fokus auf die *Besetzung* der repräsentativen Institutionen, um von dort aus die politische Ordnung zu demokratisieren. »Das Volk«, das Podemos artikuliert, erscheint als der demokratische Souverän, der sich von seiner Unterwerfung befreit und Demokratie sowie soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen trachtet. Doch dieser Souverän scheint anders als bei den Empörten nicht direkt zu sprechen, sich nicht als Versammlung der Körper auf dem Platz zu artikulieren, sondern scheint *indirekt* durch ein Medium artikuliert, namentlich die Führungsriege von Podemos, allen voran Pablo Iglesias. Der junge Politologe wird im Podemos-Diskurs selbst zum leeren Signifikanten. In ihm, im Signifikanten »Iglesias« verdichtet sich, mit Laclau (2005: 100) gesagt, die Einheit »des Volkes«. Doch Pablo Iglesias wird nicht nur als Name zum Schlüsselsignifikanten des neuen, Souveränität verlangenden Volkes, sondern auch als *Körper*. Iglesias, der prekäre Akademiker, der Mittdreißiger mit einfachem Hemd und Pferdeschwanz, er ist in seinem ganzen Erscheinungsbild ein spanischer Jedermann, das Symbol für den sozialen Abstieg einer jungen Generation in einem südeuropäischen Staat, die anders als ihre Vorgängergeneration nicht mehr Mittelschicht sein kann und nun etwas Neues werden muss. Da er selbst ein Krisenverlierer ist, kann Iglesias zur Identifikationsfläche der Krisenverlierer werden und versinnbildlichen: Er und »wir«, die Underdogs, könnten die von oben entmachten.

»Das Volk« wird durch den Signifikanten Iglesias zum Souverän aufgeladen. Für den linkspopulistischen Konflikt gilt freilich ebenso: Das demokratische Versprechen ist auch das Versprechen auf eine *alternative Ordnung*. Der Podemos-Diskurs artikuliert die Souveränität als einen anderen, demokratischeren Zustand. Dieser ist, und das unterscheidet die Partei wieder weitgehend von den Indignados, kein radikaler, sondern ein nur partieller Gegenentwurf. Anders als dies anhand des Protests auf der Plaça Catalunya im Mai und Juni 2011 rekonstruiert wurde, bewegt sich die Alternative von Podemos innerhalb eines liberaldemokratischen Rahmens. Seine Grenzen werden allerdings ausgereizt. Mit Mouffe gesagt (2018: 79) wird versucht, die »Prinzipien Freiheit und Gleichheit auf ein breites Spektrum gesellschaftlicher Beziehungen« auszudehnen. Mehr noch, Podemos legt den Fokus auf das *egalitäre* Moment der liberalen Demokratie, auf ihren politischen wie materiellen Gleichheitsanspruch. Dies zeigt Kapitel V.3.d, »Ereignis 4: Ein Land vor der Wahl«, besonders deutlich. Podemos peilt tiefgreifende Reformen der Verfassung an, um sowohl mehr politische Teilhabe als auch einen stär-

keren Sozialstaat zu verwirklichen. Einerseits reartikuliert die Partei offensiv das in Katalonien geforderte »Recht auf Selbstbestimmung«, um daraus mehr direktdemokratische Eingriffsmöglichkeiten der Bürgerinnen abzuleiten. Andererseits peilt die Partei eine wirtschaftspolitische Kehrtwende an. Eine keynesianische Ausgaben- und Einnahmenpolitik eines aktiven Wohlfahrtsstaates soll die Armut und das materielle Leiden der Bevölkerungsmehrheit lindern und Spanien erneut an (das wohlhabende) Europa heranführen, so der Podemos-Diskurs.

Der Staat ist auf der protagonistischen Innenseite Symbol der Demokratie, auf der antagonistischen Außenseite aber Symbol der Oligarchie. Bei dieser Gegenüberstellung spielt die Ebene der Zeit eine Schlüsselrolle. Der demokratische, sozialstaatlich engagierte Staat ist eine regenerierte Institution, er ist nicht mehr das veraltete »Regime von 78« (das Jahr der spanischen Verfassungsgebung), das eher auf die Franco-Diktatur verweist denn auf eine moderne Demokratie. Durch diesen Abstand zwischen den Signifikanten »Regime« und »Demokratie« avanciert das faktisch sozialdemokratische Reformprogramm von Podemos zu einer grundsätzlichen Erneuerung, die nicht den Antagonismus Reform/Nicht-Reform kontrastiert, sondern den weit stärkeren Demokratie/Oligarchie, also konträre Staatsmodelle gegeneinander ausspielt.

Solche grundsätzlichen Gegenüberstellungen charakterisieren die populistische Spaltung zwischen »unten gegen oben« in ihrer dreifachen moralischen, affektiven und demokratischen Aufladung. Im populistischen Konflikt, um den sich der Podemos-Diskurs maßgeblich dreht, kommt es auf die *Intensität* der drei Gegensatzpaare an. Die Frage, welche konkreten Signifikanten die Pole »unten« und »oben« benennen, ist hingegen weniger wichtig, als es ein derart nah an Laclau/Mouffe operierendes Projekt nahelegen könnte.

Für Podemos gilt: Die Signifikanten sind wichtig, aber kein Signifikant ist zentral. Das beginnt bei denen »von unten«, beim als Souverän artikulierten Kollektivsubjekt des gegenhegemonialen Projekts. *El pueblo*, spanisch für »das Volk«, ist der Signifikant, der, so Errejón, bei Podemos »in Momenten besonderer politischer Emotionalität, aber nicht alltäglich« gebraucht wird (Errejón/Mouffe 2015: 125). *El pueblo!* – so empathisch und explizit erschien dieser Signifikant eher selten in der Analyse. Wenn er aber so genannt wurde, dann um zum einen den oft ekstatischen Aufruf zur Einheit verschiedener sozialer Gruppen zu markieren und um zum anderen den grundsätzlichen Anspruch auf Souveränität der zum *popular subject* vereinten Gruppen zentral zu machen. Diesem Volk können, so der Podemos-Diskurs, keine noch so mächtigen Eliten Einhalt gebieten. Obwohl *el pueblo* eine deutlich emanzipatorischere Begriffsgeschichte besitzt als der deutsche Signifikant »Volk«, läuft auch der spanische Volksbegriff – vor allem durch seine Besetzung im Franquismus – Gefahr, dass dort neben dem *Demos* Reminiszenzen an ein *Ethnos* mitschwingen könnten. Gerade an diesem hochsensiblen Punkt, an dem sich der Links- und der Rechtspopulismus diametral gegenüberstehen (siehe: Kap. VII.2.b), muss der Podemos-Diskurs klarstellen, dass er eine offene, radikaldemokratische Gemeinschaft und explizit kein ethnisch geschlossenes, antipluralistisches Kollektiv artikuliert.

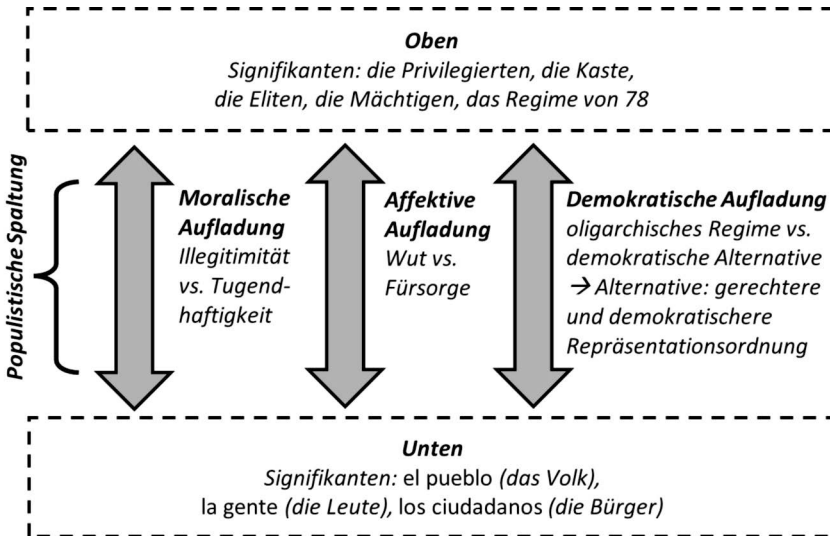
Und so artikuliert sich bei Podemos ein Volkssubjekt, das eher selten als solches, als *pueblo*, benannt wird. Die Reden Iglesias' und Errejóns verdeutlichten, wie meist die zwei weniger emphatischen, dafür aber weit stärker in eine liberal-demokratische Kultur ein-

gelassenen Signifikanten *la gente* (die Leute) oder *ciudadanos* (Bürger) gebraucht werden. *Ciudadanos* oder *ciudadanía* (Bürgerschaft) wird dabei eher verwendet, um die Souveränität des artikulierten Kollektivs, und zwar jedes und jeder Einzelnen zu betonen. Wo im Podemos-Diskurs von »Bürgern« die Rede ist, wird in der Regel deren politische Eigenmächtigkeit betont. So etwa, als Iglesias im EU-Parlament explizierte, das beste Erbe Europas sei »der Wille seiner Bürger, niemandem Untertan zu sein« (Kap. V.3.b). Diese politische Agency fehlt dem Signifikanten *la gente*. Er symbolisiert im Diskurs die harte Alltagspraxis der Durchschnittsmenschen, er bleibt das Zeichen für eine tendenziell passiv bleibende Krisenbetroffenheit und Prekarität, die von einem von außen kommenden Akteur gemildert werden will.

El pueblo (das Volk), *los ciudadanos* (die Bürger), *la gente* (die Leute) – diese drei Signifikanten benennen in ihren jeweiligen Nuancierungen das unterdrückte, »unten« stehende Volkssubjekt des Podemos-Diskurses. Auf der antagonistischen Außenseite, bei denen »von oben«, sind die Signifikanten nicht minder breit gestreut. »Regime von 78«, »Oligarchie«, »Privilegierten«, »Kaste«, »Eliten« oder »die Mächtigen« sind die gebräuchlichsten Kategorien, mit denen das gegenhegemoniale Projekt hantiert. Diese Signifikanten vereint, dass sie alle das illegitime Herrschaftsverhältnis einer kleinen Minderheit gegenüber einer großen Mehrheit problematisieren. Diese Herrschaft zeichnet aus, dass sie nicht auf eine bestimmte Sphäre beschränkt bleibt, sondern querschnittartig in Politik, Ökonomie, Zivilgesellschaft, sogar in die Kultur hineinreicht. Konzepte wie »Oligarchie« oder »Kaste« benennen gesellschaftsübergreifende Asymmetrien, die sich nicht relativieren lassen, sondern überwunden werden müssen.

Es bleibt festzuhalten: Bei der populistischen Spaltung, die der Podemos-Diskurs forciert, ist die *Intensität* des Antagonismus von »unten gegen oben« entscheidend. Im Zuge der dreifachen moralischen, affektiven und demokratischen Aufladung des Konflikts und der Signifikanten, die auf der Innen- wie auf der Außenseite des Diskurses stehen, entfaltet sich das Podemos-Projekt als populistische Artikulation, als Anfechtung einer sozialen Ordnung und Anspruch auf Instituierung einer neuen Ordnung. Das Schaubild (Abb. 25) hält das Ausgeführte fest:

Abb. 25: Die populistische Spaltung zwischen unten und oben im Podemos-Diskurs (2014–2016)



Die Merkmale der populistischen Spaltung erlauben es, den Podemos-Diskurs als ein *linkspopulistisches Projekt* zu kennzeichnen. Zunächst fällt auf, wie dort eine Kollektivität artikuliert wird. Das »Wir«, das sich mit dem Podemos-Diskurs artikuliert, ist breit gehalten, es kommt ohne ethnisch-kulturelle Essentialisierungen aus, sondern erweist sich als eine offene politische Gemeinschaft. Dies hängt maßgeblich mit der »dyadischen Struktur« des gegenhegemonialen Projekts zusammen (Jörke/Selk 2017: 43). Die primär gegen oben gerichtete Konfliktlinie, wie sie sich mit Podemos artikuliert, besitzt keine »fremdenfeindliche[n] Motive«, sie vollstreckt keine Grenzziehung nach außen gegen die »Fremden« oder »den Islam« (ebd.). Im Gegenteil wird deutlich, dass im Podemos-Diskurs die Migranten oder Fremden in der Innenseite des Diskurses symbolisiert werden, so etwa, als Iglesias beim »Marsch des Wandels« die »migrantischen Arbeiter« würdigt und sie als wichtigen Teil der spanischen Gesellschaft konturiert. Auch in anderen Stellen, prominent im Wahlprogramm von 2015, artikuliert Podemos emphatische Forderungen wie ein Recht auf Gesundheitsversorgung auch ohne regulären Aufenthaltsstatus, ein wirksames Recht auf Asyl oder die Schließung der spanischen Abschiebezentren.⁵⁹ Die Migranten avancieren zum unmissverständlichen Teil einer offenen und heterogenen Wir-Identität, die prinzipiell verschiedenste Bevölkerungsgruppen umfasst.

Den Podemos-Diskurs zeichnen lange Äquivalenzketten aus, die gleichsam Querschnittscharakter besitzen. Sie reichen vom Arbeitslosen und der Emigrantin über

59 So dreht sich das Kapitel »Internationale Demokratie« (208–232) vornehmlich nicht um Spaniens Außenpolitik, sondern um die Gewährung von Asylrechten und die Zuerkennung von Aufenthalts- und damit Arbeitsrechten für (reguläre und irreguläre) Migrantinnen in Spanien auf der einen Seite und die Rückholung von spanischen Arbeitsemigranten aus dem Ausland auf der anderen (vgl. Podemos 2015a).

zwangsgeräumte Familien und prekäre Arbeitskräfte hin zu Aktivistinnen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Dieses »Wir« ist nicht nur politisch aufgeladen (Signifikant: *los ciudadanos*/die Bürger), es gründet ebenfalls auf unpolitischen Wertmaßstäben (Signifikant: *la gente*/die Leute). Doch gemein ist allen Gruppen, die der Podemos-Diskurs repräsentiert, die *Leidenserfahrung*. Ähnlich wie die PAH und die Empörtenversammlungen versucht das linkspopulistische Projekt, das oft individualisierte und stumme Leiden zu politisieren, es als ein kollektives, allseits sichtbares Phänomen im krisengerüttelten Spanien zu artikulieren. Und ähnlich wie bei der PAH und den Indignados geht es bei Podemos nicht um die bloße Sichtbarmachung der sozialen Folgen der Wirtschaftskrise, sondern um politische Verantwortungszuweisung. Krisenverliererin zu sein, heißt nicht, das Pech gehabt zu haben, von einer (globalen) Krise des Kapitalismus besonders hart betroffen zu sein, geschweige denn durch ein selbstverantwortetes Leistungsversagen die Schuld an der eigenen Misere zu tragen. Es heißt, zur Krisenverliererin *gemacht* zu werden, während andere an der Krise verdienen – so die antagonistische Wendung, die der spanische Linkspopulismus den Leidenserfahrungen gibt, um aus ihnen eine Anti-Establishment-Partei zu schmieden.

Was sich abzeichnet, ist, mit Errejón (2016) gesprochen, die Artikulation eines »weichen Wir« gegen ein »hartes Sie«. Während die Wir-Identität »dünn und stets gegenüber einer heterogenen Zusammensetzung offenbleibt«, ist die Sie-Identität eine »kleine, privilegierte Minderheit, die sich über das Gesetz stellt« (ebd.). Die Definition der Pole unten/oben bestimmt sich relational. Die Identität von »uns« und »ihnen« entsteht im Konflikt. Das »weiche Wir«, von dem Errejón spricht, ist ein *Demos*, eine durchweg politische Gemeinschaft, die sich als Souverän begreift und als solchen gegen einen unterdrückenden Antagonisten wendet. Dieses *Demos* gewinnt seine Identität dadurch, dass es sich von einem Antagonisten abgrenzt, der es verletzt, der das gelungene Leben der »normalen Leute« verunmöglicht. So zentral diese antagonistische Identitätsstiftung auch ist, ihre performative Wirkung baut auch auf geteilten Erfahrungen auf, die diskursiv repräsentiert werden, doch mehr als bloße Zeichenordnungen sind. Die Leidens- und Verletzungserfahrungen, die die heterogene Wir-Identität durchziehen, schaffen latente Gemeinsamkeiten. Letztere werden erst *nachträglich* vom Podemos-Diskurs politisch reaktiviert. Anders gesagt: Die Krisenerfahrungen schaffen eine potentielle Kollektivität der Art, wie sie Maihofer und Iris M. Young beschreiben (Kap. VI.3). Diese potentielle, durch eine gemeinsame Verletzlichkeit geprägte Kollektivität kann politisch artikuliert werden. Ob diese latente Kollektivität tatsächlich artikuliert wird und welche politische Form diese Artikulation annimmt, steht aber prinzipiell offen. Dass ein linkspopulistisches Projekt das Krisenleiden aufgreift, um eine neue Gemeinschaftsstiftung zu tätigen, ist ein kontingentes, jedoch historisch situiertes, in Teilen durch historische Sedimente vorgeformtes Artikulationsgeschehen.

Die linkspopulistische Ausrufung eines neuen Volkssubjekts sieht sich flankiert durch eine Darstellung des Antagonisten, die zwischen *Essentialisierung* und *Politisierung* schwankt. Einerseits erscheint die Feindfigur als ein konkretes Herrscherkollektiv – »die Kaste«, »die Privilegierten«, »die korrupten Eliten« –, dem pejorativ konnotierte Eigenschaften aneignen (Egoismus, Korruptierbarkeit, Raffgier usw.). Wie sich dieses Kollektiv durchsetzen und seine privilegierte Position erobern konnte, entzieht sich in dieser Darstellung der Erklärbarkeit. Wie diese Eliten zur Herrschaft kommen konnten,

bleibt bei Iglesias und Co. offen. Zentral ist, das unterdrückte, aber tugendhafte Volk gegenüber einer depravierten Elite in Stellung zu bringen. Eine Elite wohlgermerkt, deren Fühler zwar in die Politik hineinreichen, deren undurchsichtiges Zentrum aber in der Sphäre des dubiosen Finanzmarktes liegt.⁶⁰ So folgt besonders der frühe Podemos-Diskurs einem Narrativ, das immer wieder eine »verschwörungstheoretische Denunziation der Machenschaften der Eliten« anstrengt (Priester zit. in Diehl 2011: 282).

Demgegenüber zeichnet sich bereits 2014, aber stärker noch 2015, im Zuge der Institutionalisierung der jungen Partei eine strukturelle und entpersonalisierte Deutung des Antagonisten ab. Dies äußert sich besonders in Gestalt des Signifikanten »das Regime von 78«. Der ungerechte Ist-Zustand wird nun als historisches Produkt eines politischen Projektes gelesen, dessen Wurzeln in der angeblich nur partiellen Transition von der Diktatur zur Demokratie liegen. Die »Norm von 78«, wie Podemos die 1978 verabschiedete und gegenwärtig geltende Verfassung bezeichnet, erscheint als Symbol einer unvollkommenen Demokratie, die der spanischen Bevölkerung weder eine volle Teilhabe noch angemessene soziale Rechte gibt. Anders als in der essentialistischen Leseart kann bei dieser *politischen* Deutung des Antagonisten der anvisierte Wandel *nicht* dabei verharren, die korrupten Eliten abzusetzen und die Tugendhaftigkeit der eigenen Führungsfiguren zu proklamieren. Vielmehr müssen tiefgreifende Veränderungen quer durch alle Sphären der Gesellschaft angepeilt werden. Das analysierte Wahlprogramm von Podemos vor der Parlamentswahl von 2015 zeigt, dass diese strukturelle Leseart des Antagonisten bedingt, dass der spanische Linkspopulismus sein normatives Profil verändert. Podemos verliert seine Aura als externer Heilsbringer und wird zu einem *Reformprojekt*, das nicht (mehr) einen totalen Umbruch samt moralisch-personeller Erneuerung verspricht, sondern zwar tiefgreifende, aber graduelle institutionelle Veränderungen anpeilt. Sie schlagen sich Ende 2015 im Vorhaben einer extensiven Verfassungsreform nieder.⁶¹

Das linkspopulistische Projekt als Teil neuer und alter Gegenhegemonien Die Rede von einer populistischen Spaltung, die vom Podemos-Diskurs bedient wird, könnte den Eindruck erwecken, als entstehe die Konfliktlinie von »unten gegen oben« nur und ausschließlich durch Podemos. Dies trifft nicht zu. Mit der Geburt der Partei Anfang 2014 beginnt eine *Reartikulation*. Der eigentliche populare Bruch aber geschieht zuvor. Als im Frühling, Sommer und Herbst 2011 zwischen zwei und drei Millionen Spanierinnen auf die Straße gehen, auf den Plätzen ihre Zeltlager und Versammlungen abhalten und Slogans wie »Echte Demokratie!«, »Sie repräsentieren uns nicht!« oder »Es ist keine Frage von links gegen rechts, sondern von unten gegen oben« rufen, geschieht die große Infragestellung

60 Einem linkspopulistischen Projekt wie Podemos allerdings einen latenten Antisemitismus vorzuwerfen, wie es etwa Raul Zelik (2015: 140f.) oder vor allem Ingo Elbe (2020: 196) tun, ist jedoch insofern verfehlt, als Podemos seine antagonistischen Feindfiguren immer wieder entessentialisiert, sie als *politische* Grenzziehungen markiert.

61 Es gehört zu den Volten von Podemos, dass die Partei in späteren Jahren, ab 2019, zur vehementen Verfechterin der geltenden Verfassung von 1978 avancierte. Bereits der geltende Rechtsrahmen könne, so Iglesias, viele der Ausbeutungs- und Ungerechtigkeitsverhältnisse in Spanien mildern: »Das Recht kann ein Verteidigungsinstrument sein. Das Recht ist das beste Instrument für diejenigen, die nichts haben.« (Iglesias zit. in Costantini 2019)

der sozialen Ordnung, die Podemos erst möglich macht. Zwar ist der Empörungsdiskurs, wie in Kapitel III analysiert, vielstimmig. Die Diskursstränge der neuen Gegenhegemonie verlaufen verzweigt, sie nehmen direktdemokratische, reformorientierte und aktionistische Formen an. Diese Diskursstränge sedimentieren in den Folgejahren. Sowohl direktdemokratische als auch eher reformorientierte Diskursstränge wurden von den Versammlungen zitiert, die Kapitel IV ethnographisch betrachtet werden.

Doch all diese Diskursstränge konvergieren in einem so umfassenden wie intensiven Bruch vis-à-vis dem Ist-Zustand. Dieser Bruch sedimentiert. Wie die vorhergehenden Kapitel zeigen, ist den analysierten und beobachteten Versammlungen trotz disparater Diskurshorizonte eines gemein: Sie deuten sich als Teilglieder einer diffusen Gegenhegemonie, sie teilen einen Commonsense, den trotz aller Vielstimmigkeit ein Axiom auszeichnet: Wir stehen »unten«, aber helfen können wir uns selbst, wenn wir uns gegen die »von oben« zusammentun. Dieses Axiom äußert sich in den Kollektiven nicht als ein stets kohärent und homogen artikulierter Diskurs, sondern eher in einer Vielzahl von sprachlichen wie verkörperten Praktiken. Diese Praktiken finden in Versammlungen ihren Dreh- und Angelpunkt. In diesen Versammlungen werden die erlittenen Verletzungserfahrungen in kollektive *Ermächtigungspraktiken* überführt.

Wie die Starthypothese von Iglesias und Co. zeigte, setzt der Podemos-Diskurs bei dieser Gegenhegemonie an und reaktiviert sie. Aus dem verbreiteten, aber gleichzeitig erschöpften Empörungsdiskurs entsteht ein gegenhegemoniales Projekt, das in die Sphäre der politischen Repräsentation eindringen will, um dort die Mehrheitsverhältnisse zu verschieben und in letzter Instanz an die Regierungsmacht zu kommen. Anti-Establishment-Ressentiments, vorgängige Protestpraktiken und verbreitete Leidenserfahrungen werden dafür in einem homogenisierenden populistischen Diskurs artikuliert. Mit seiner gewagten Hypothese eignet sich Podemos die Populismustheorie Laclaus an, um einen reflexiven Populismus zu lancieren, der handbuchartig nach Laclau – und geschult am lateinamerikanischen Linkspopulismus –, die Gesellschaft in zwei ungleiche Teile (herrschende Eliten gegen unterdrücktes Volk) spaltet.

Doch so einzigartig das gegenhegemoniale Projekt scheint, das 2014 mit Podemos geboren wird, es artikuliert sich *innerhalb* einer Gegenhegemonie, die sich als eine sedimentierende Kultur explizit wie implizit über das populistische Projekt legt. Trotz aller hegemonietheoretischen Reflexivität bleibt der Podemos-Diskurs eine *unreine* Artikulationspraxis. Sie wird geprägt von historisch verfestigten Elementen. Beispielhaft dafür ist, wie bei der *Marcha del Cambio*, die Podemos Anfang 2015 organisierte, Flaggen der Zweiten Republik geschwenkt werden oder seitens der Teilnehmerinnen Podemos als eine zweite Chance betrachtet wird, um die in den 1970er Jahren »unvollendet« gebliebene Transition zur Demokratie zu vollenden. Obwohl der frühe Podemos-Diskurs diese explizite Einschreibung in die historische spanische Linke vermeiden will, um seinen Querschnittscharakter zu wahren, wird die neue Partei trotzdem, von innen wie außen, als Teil einer linken Tradition identifiziert. Der Podemos-Diskurs artikuliert sich als ein querschnittartiges populistisches Projekt, aber er wird gleichzeitig links codiert.

Diese unreine Artikulation des spanischen Linkspopulismus zeigt sich auch anderer Stelle: Im Ideal der Nation, die Podemos vertritt. Zeitgleich mit dem politischen Zyklus, der von der Empörung zu Podemos weist, wird auch die nationale Konfliktachse, vor allem hinsichtlich der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien virulent. Der Podemos-

Diskurs weicht diesem Konflikt nicht aus, sondern versucht, ihn zu reartikulieren: Was heißt Spanien heute? Ist das Land vielleicht eine Nation der Nationen, in der jeder dieser Nationen das Recht auf Selbstbestimmung zukommt? Podemos agiert hier als ein fürwahr gegenhegemoniales Projekt, es macht sich die auf mehr Autonomie oder sogar Unabhängigkeit pochenden Stimmen der iberischen Peripherie zu eigen, um das Ideal eines anderen Spaniens zu lancieren, das seine nationale Vielfalt offen hochhält. Podemos *übersetzt* den Anspruch, die Stimme der sozial Benachteiligten zu sein, auf die territoriale Ebene, um dort als Stimme der peripheren Nationen zu erscheinen.⁶² In beiden Fällen wird versucht, eine synthetische Partei zu sein, der es gelingt, »Spanien« und »die spanische Nation« neu und anders als zuvor zu symbolisieren.⁶³ Das andere Spanien, das sich im Podemos-Diskurs auftut, zeichnet sich vor allem durch eines aus: ein Mehr an Demokratie. Für den spanischen Linkspopulismus lässt sich die soziale genauso wie die territoriale Frage ausschließlich durch ausgedehnte politische Teilhabemöglichkeiten lösen.

Das linkspopulistische Projekt Podemos bettet sich folglich, reflexiv wie unbewusst, vor allem in die Gegenhegemonie der Empörung ein, es wird aber zudem durch andere periphere Gegenhegemonien geprägt – die der historischen Linken und der peripheren Nationalismen. Die Folgen der Einbettung des Podemos-Diskurses in umfassendere Gegenhegemonien wird an einer Schlüsselstelle eklatant: im Volkssubjekt des neuen Linkspopulismus. Dieses *popular subject* weist eine eigentümliche Dynamik auf, die über Podemos selbst hinaustreibt, Iglesias, Errejón und Co. teils sogar überwältigt. Zugespißt gesagt, wird das »empörte Volk« nicht nur artikuliert, es artikuliert sich ebenso selbst als neuer Souverän – und bekommt Merkmale, die über die Artikulationspraxis von Podemos hinausweisen. Diese Selbstartikulation geschieht weniger strategisch als vielmehr ereignishaft, und zwar in zwei Arten von Ereignissen.

Zunächst geschieht diese Selbstartikulation im Ereignis der *politischen Repräsentation*. Ein Volk, das regieren will, muss an den Urnen reüssieren. Das trifft für 2014 und 2015 zu. Es sind die Sturm-und-Drang-Jahre von Podemos. Das heroische Upside-down-Szenario, das Iglesias und Co. beschwören, die Ambition, dass eine neue Partei, die für die Benachteiligten spricht, an der Urne siegen könnte, scheint zeitweilig, ob im Mai 2014 (Einzug ins EU-Parlament), Januar 2015 (Sieg Syriza in Griechenland, Umfragehoch von Podemos), Mai 2015 (Regional- und Kommunalwahlen) oder im Dezember 2015 (Parlamentswahl), Wirklichkeit werden zu können. Jedes gute Ergebnis für Podemos artikuliert wirksamer als jede geschliffene Rede von Iglesias ein »neues Volk«, das sich als Souverän bestimmt. Die Wahl, auch die Umfrage, ist ein *Moment der Zählung*, mit dem

62 Dieser Anspruch bleibt bei der Parlamentswahl von 2015 erfolgsgekrönt. Podemos, das in den »historischen Nationen« Spaniens im Bündnis mit anderen linken Kräften antritt, wird in Katalonien (24,7 Prozent) und im Baskenland (26 Prozent) zur stärksten Kraft, in Galizien (25 Prozent) und Navarra (23 Prozent) zur zweitstärksten.

63 »Das Vaterland, das sind keine Fahnen, das sind die Leute«, so betonen Iglesias und Errejón gerne. Der Podemos-Diskurs versucht, den Signifikanten *patria* (Vaterland) so zu artikulieren, dass er seine konservativ-franquistische Aufladung verliert und wie in Lateinamerika zum inklusiv-expansiven Gemeinschaftsbegriff aufsteigt (vgl. Redondo 2016). Allerdings misslingt diese Umbesetzung weitgehend. Die linkspopulistische Reartikulation bleibt zu schwach, die sedimentierten konservativen Gehalte der *patria* zu stark (vgl. Fernández 2018: 9).

sich das Volk des Podemos-Diskurses objektiviert, vom diskursiven Konstrukt zur politischen Tatsache aufsteigt. Dass sich dieses Volk in seinen Zählungen schrittweise verfestigt, hängt nicht nur damit zusammen, dass die Partei strategisch versiert ein offenes Gelegenheitsfenster nutzt, sondern dass Podemos mit jedem Wahlgang selbst zum Gelegenheitsfenster für die Empörung wird. Der Wahlzettel »Podemos« ist in jeder Wahl des Zyklus 2014–2015 eine Allegorie für »Empörung«, er bietet allen Staatsbürgerinnen, die mit den Verhältnissen unzufrieden sind, die Chance, diese Unzufriedenheit politisch kundzutun.

Anders als die regelmäßige Teilnahme an einer Versammlung bleibt die Praxis des Wählens niedrigschwellig. Sie kündigt die Loyalität gegenüber der alten Ordnung auf, setzt aber keine starke Loyalität gegenüber der neuen linkspopulistischen Partei voraus. Die Leistung von Podemos besteht darin, den popularen Bruch der Indignados als *repräsentativen Bruch* zu artikulieren. Die Partei rund um Iglesias führt als erste den Signifikanten Empörung in das politische System ein. Podemos erweist sich für die Empörung als ein Türöffner, der die politische Gelegenheitsstruktur dauerhaft verändert. Doch nachdem die Empörung einmal an der Urne – und in den Umfragen – artikuliert wurde, löst sie sich partiell von Podemos, sie wird zu einem flottierenden Signifikanten, den auch andere Kräfte aufgreifen können. Podemos erweist sich, so lässt sich pointieren, für die Empörung als Türöffner, doch *nicht* als *Gatekeeper*. Noch innerhalb des Wahlzyklus von 2015 – auf den sich die hiesige Studie konzentriert – entstehen erfolgreich zwei andere politische Projekte, die der von Podemos geöffneten Spur folgen und an der Urne ähnlich wirksam sind, doch ganz anders als Podemos, die Empörung symbolisieren.

Die neue Partei Ciudadanos, die der jugendhafte Jurist Albert Rivera anführt, steigt rasch zur Antithese des Linkspopulismus auf.⁶⁴ Wie Podemos artikuliert auch Ciudadanos ein neuartiges Volkssubjekt. Doch das Projekt rund um Rivera stellt nicht ein souveränes, selbstermächtigtes *popular subject* ins Zentrum, sondern vielmehr das einer unpolitischen, allerdings arbeitsamen und gut gemanagten »Bevölkerung«. Auch Ciudadanos kritisiert vehement die Korruption der tradierten Parteien, doch gegenteilig zu Podemos geschieht dies aus einem wirtschaftsliberalen Horizont heraus. Die Partei von Rivera stilisiert sich als Modernisierungskraft, die Spanien regeneriert und von der politischen Mitte ausgehend in Spanien eine »zweite Transition« anführen könnte (dazu: Kap. VII.2.c). Zugleich wendet sich Ciudadanos gegen die Idee eines plurinationalen Spaniens von Podemos und wirbt für ein offen nationalistisches Projekt, das das Unabhängigkeitsstreben in Katalonien (und dem Baskenland) dezertifiziert und eine Rezentralisierung des Staates anstrebt (vgl. Rodríguez/Barrío 2015: 11).

Viel näher an Podemos stehen die linken Wählerplattformen, die sich 2014 und 2015 auf kommunaler Ebene bilden – und die bei den Kommunalwahlen von 2015 in vielen Metropolen reüssieren. Die Plattformen sind von Iglesias' Partei inspiriert und eng mit

64 Ciudadanos entsteht 2006, wird jedoch erst ab Ende 2014 zur spanienweit bedeutsamen Kraft. Erst dann beginnt die Partei, ihren antiseparatistischen Diskurs mit der Kritik an der Korruption der etablierten Kräfte zu vernähen und eine Regeneration von Spaniens Politik zu fordern. Sinnbildlich dafür ist, dass der damalige Parteichef Albert Rivera den »Architekten« der Transition zur Demokratie, Adolfo Suárez, zu seinem Vorbild erklärt.

ihr verzahnt, aber *nicht* mit ihr identisch. Anders als Podemos setzt diese Linke den *municipalismo*, also ihre kommunalpolitische Ausrichtung ins Zentrum (vgl. Blanco et al. 2018: 22f.). Die munizipalistische Linke beruft sich auf Konzepte wie »Recht auf Stadt« und die Konstruktion der *Commons* – die Wählerplattform Ada Colaus in Barcelona heißt sinnbildlich *Barcelona en Comú* (Gemeinsames Barcelona) –, um daraus ihren Leitfaden zu machen. Im Zentrum steht die Rekommunalisierung von öffentlichen Gütern wie der Energie, des Wohn- und Stadtraums oder der Verkehrsinfrastruktur.⁶⁵ Parallel wird ein Schwerpunkt auf die demokratische Partizipation gelegt. Sowohl auf Verwaltungsebene (vgl. Serra/Ubasart 2019: 77) als auch intern, wo sich der *municipalismo* als ein poröses, gegenüber den Anstößen der Zivilgesellschaft sehr responsives Projekt gebärdet.⁶⁶ Indem die munizipalistische Linke auch Themen wie Nachhaltigkeit, soziale Innovation und neue Wirtschaftsformen angeht, geriert sie sich deutlich stärker als Podemos als eine modern-kosmopolitische Linke mit global anerkannten Schwerpunkten.

Ciudadanos und die munizipalistische Linke zeigen, dass der populare Bruch, den die Indignados forcierten, auf verschiedene Arten in die repräsentative Politik eindringen kann. Podemos dynamisiert die politische Gelegenheitsstruktur grundsätzlich, doch nicht in der Weise, dass sich eine neue linke Hegemonie bilden würde. Stattdessen entsteht in der institutionellen Politik ein neuartiger *antagonistischer Pluralismus*. Neben Konservativen und Sozialisten werden sich nach 2015 wirtschaftsliberale, linkspopulistische, rechtspopulistische und separatistische Projekte gegenüberstehen und diametral unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe verteidigen.

Diese eigensinnige Artikulation des empörten Subjekts äußert sich nun nicht nur an der Urne, sondern auch *innerhalb* von Podemos. Das souveräne Volkssubjekt, das sich im gegenhegemonialen Projekt artikuliert, ist nicht nur ein virtueller Signifikant, der sich in den Reden Iglesias', Errejóns und Co. erschöpft, und es ist auch nicht nur eine Zahl in der Arithmetik von Wahl oder Umfrage. Darüber hinaus ist das empörte »Volk« eine *sinnliche Masse*. Eindrücklich verdeutlicht dies der Marsch des Wandels Anfang 2015. Damals feiern sich die über 100.000 Anhängerinnen der Partei selbst. Sie bestimmen sich als ein neues Kollektiv, sie artikulieren sich gemeinsam mit ihren Führungsfiguren als *un pueblo nuevo* (ein neues Volk). Was sich in diesem Ereignis vollzog – und, wie der nächste Schritt zeigt, bei Podemos auf kleinerer Skala ständig geschieht – ist eine Artikulationspraxis, die zuvor nur ethnographisch beobachtet wurde. Es geschieht dort eine kollektive Fokussierung, die performativ wirkt, indem sich eine physisch zusammengekommene Menge auf *sich selbst* bezieht. Die Grenzziehung gegenüber einem antagonistischen Außen geschieht auch bei der Fokussierung, konstitutiv für die Entstehung einer neuen Gemeinschaft ist sie aber nicht. Vielmehr ist das physische Zusammenkommen an sich

65 Die beim frühen Podemos eher abstrakt bleibende Vorstellung einer gerechteren Ordnung wird somit in den *ciudades del cambio* in nachhaltigen Veränderungen der urbanen Geographie fassbar. So bei der in Barcelona durchgeführten Einrichtung verkehrsberuhigter Räume, den sogenannten *superilles* (Großinseln), die sich als nichtkommerzielle Begegnungsorte mit einer hohen Interaktionsdichte erweisen (vgl. Speranza 2018: 59).

66 Freilich verdeckt der »freundliche«, bürgernahe und basisdemokratische Diskurs dieser munizipalistischen Linken Organisationsformen, die wie bei Podemos klare Hierarchien ausbilden – mehr dazu in Kap. V.5.

entscheidend. Durch die Begegnung der Körper artikuliert sich sinnlich jenes selbstermächtigte Volkssubjekt, das in vielen anderen Reden von Iglesias und Co. ein virtuelles Zeichen bleibt. In ihrem konkreten Erscheinen gewinnt die heterogene Masse ein Bewusstsein ihrer selbst – und setzt sich als ein souveränes Volk in Szene.

Indem sich die Masse der menschlichen Körper schrittweise als ein neues, zusammenhängendes Kollektiv artikuliert, wird das Volk des Linkspopulismus zum *abwesend-anwesenden Zeichen*. Die Fokussierungspraxis geschieht durch Zeichen (die Reden der Parteiführung), und durch eine sinnliche, mehr als nur symbolische Praxis (die Körper, die Gesten, der gemeinsame Jubel). Derartige Fokussierungsabläufe hängen mit den Artikulationsabläufen, die Laclau/Mouffe beschreiben und die die Podemos-Führung strategisch durchführt, zusammen, sie sind jedoch *nicht* mit ihnen identisch. Die »sinnliche« Artikulation und die »diskursive« Artikulation sind zwei Seiten eines umfassenderen Artikulationsprozesses. Das im Podemos-Diskurs artikuliert *popular subject* ist ein Produkt von Grenzziehungen, der Einrichtung von leeren Signifikanten und Bildung von Äquivalenzketten. Doch nicht nur. *El pueblo* wird in Reden und Texten artikuliert – und artikuliert sich selbst auf Straßen, Plätzen und Versammlungen. Eine solche Selbstartikulation des Volkssubjekts sprengt auf konzeptueller Ebene den Rahmen von Laclau/Mouffe und führt zu einer erweiterten Hegemonietheorie, die in ihrer Analyse die sinnliche Praxis zu würdigen weiß. Und auch auf einer empirischen Ebene wird etwas gesprengt. Das nicht nur von oben herab artikuliert, sondern ebenfalls von unten sich artikulierende Volk macht das linkspopulistische Projekt zu etwas prinzipiell Anderem als von der Parteiführung ersonnen.

5 Populismus als demokratische Praxis

Es gibt noch ein anderes Podemos. Die junge Partei bildet zwar in ihren diskursanalytischen Eckpfeilern ein lehrbuchartiges Beispiel dessen, was Laclau (2005) als Populismus bezeichnet und später Mouffe (2018) als Linkspopulismus verteidigt. Doch was heißt das für die *Rückseite* von Artikulationen, für jene eher mikrologische, *praxeologische* Seite von Artikulationspraktiken (Kap. IV.4)? Das Ensemble der Praktiken, das sich um Podemos herum entfaltet, blieb noch weitgehend im Dunkeln. Wenn Mouffe (2018: 35) schreibt, dass »[e]ine linkspopulistische Strategie [darauf abzielt], die demokratischen Forderungen in einem kollektiven Willen zu bündeln, um ein ›Wir‹ zu konstruieren, ein ›Volk‹, das einem gemeinsamen Gegner die Stirn bietet: der Oligarchie«, dann charakterisiert sie damit in groben Zügen den bislang analysierten Podemos-Diskurs. Zugleich jedoch ist das Phänomen des spanischen Linkspopulismus mehr als nur eine präzise artikuliert Strategie. Podemos ist ab dem Moment, als die Partei im Januar 2014 geboren wird, ein überraschend vielgestaltiges Phänomen.

Dieses Unterkapitel ergänzt und dezentriert die bislang getätigte Analyse, indem es Podemos nicht von oben mit Blick auf seine Führungsriege, sondern von der Basis aus, *von unten*, betrachtet. Die Partei besteht aus mehr als nur einer linkspopulistischen Semantik, sie ist ebenso eine komplexe Massenbewegung. Und im gegenhegemonialen Projekt »Podemos« stehen beide Ebenen, das strategische Projekt und die Massenbewegung, in einem Spannungsverhältnis. Die Strategie versucht, eben das, was sie diskursiv

schaft, das populistische Phänomen in seiner ungeordneten, geradezu überbordenden Praxis einzudämmen – so ließe sich das zentrale Paradox beschreiben, die das Podemos-Projekt prägt. Es ist dies wohlgemerkt nicht bloß ein empirisch, sondern gleichermaßen ein konzeptuell lehrreiches Paradox, offenbart es doch in aller Deutlichkeit die möglichen Spannungen zwischen der Vorder- und der Rückseite von Artikulationen.

Diese Spannungen werden im Folgenden in drei Schritten ausgeführt und erhärtet. Zuerst führe ich in das Phänomen der *círculos* (Kreise) ein, die Basisgruppen von Podemos, und unterstreiche ihren direktdemokratischen Charakter.⁶⁷ Anschließend rekonstruiere ich im Hauptschritt die Protokolle von zwei *círculos* der Partei, Podemos-Xixón (Gijón) und Podemos-Getafe, um ihren Alltagspraktiken im Zeitraum 2014 bis 2016 näherzukommen. Zuletzt werden die empirischen Einsichten zu einer Rekapitulation zusammengeführt, die abmisst, wie diese Praktiken von unten den spanischen Linkspopulismus prägen – und auf welche Grenzen sie stoßen.

Um Podemos als eine Massenbewegung zu verstehen, ist die Geburt der Partei im Januar 2014 in Erinnerung zu rufen. Als damals die Partei entsteht, wird der Führungszirkel rund um Iglesias und Co. von einer Woge des Enthusiasmus überrollt. Schon bevor die neue Partei bei den Europawahlen im Mai 2014 überraschend gut abschneidet, bilden sich über ganz Spanien binnen weniger Monate und meist spontan hunderte *círculos*, die Basisgruppen der Partei. Die Gründung der Gruppen in Gemeinden, Quartieren und Arbeitsstätten erfolgt meistens über Facebook-Aufrufe, die spontan platziert und geteilt werden. Ende 2014 besitzt Podemos, eine Partei, die erst Ende 2015 ins spanische Parlament einzieht, knapp 1.000 fast ausnahmslos dezentral entstandene *círculos* und mehr als 200.000 aktive Parteimitglieder.⁶⁸ Bei Veranstaltungen sind Säle, zuweilen sogar Plätze und Straßen berstend voll.

Das Phänomen der *círculos* sagt viel über Podemos aus. Die Parteiführung begrüßt in ihren Statements und Interventionen den massiven Zulauf, den sie erhält, und ist vom überbordenden Enthusiasmus der im ganzen Land entstehenden Basisgruppen überwältigt (vgl. Iglesias 2015a: 18). »Podemos ist nichts ohne seine *círculos*«, betont der Stratege Errejón und fügt gleichzeitig hinzu, dass Podemos nicht nur auf die eigene Organisation achten müsse, sondern auch auf die politische Auseinandersetzung gegenüber Gegnern, »die sich schnell bewegen und uns die Rhythmen vorgeben« (Errejón in Giménez 2014b: 115). Derartige Bemerkungen sind paradigmatisch für den ambivalenten Umgang der Parteiführung gegenüber einer Basis, die 2014 beschleunigt entsteht und sich nicht recht in vorgegebene Organisationsschemata bringen lässt. Bereits die Rede von einer Parteibasis ist irreführend. Die *círculos* werden zu einem breiten Anziehungspunkt, der ehemalige Indignados, erfahrene Aktivistinnen sozialer Bewegungen, Anhänger linker Gruppierungen und Menschen ohne vorherige politische Sozialisierung zusammenbringt. Die Basisgruppen sind so zahlreich wie heterogen und schwer bestimmbar – und

67 Aus Gründen der Lesbarkeit setze ich den häufig gebrauchten Begriff der *círculos* nachfolgend nicht kursiv.

68 Damit zählt Podemos binnen weniger Monate ähnlich viele Parteimitglieder wie die traditionsreiche sozialistische Partei (PSOE), allerdings noch immer deutlich weniger als der konservative PP (formal 800.000 Mitglieder).

paradoxerweise bis heute kaum empirisch erforscht.⁶⁹ Podemos, die Partei, die keine Partei sein will, sondern ein neues Volk zu artikulieren sucht, wird im Phänomen der círculos mit dem performativen Effekt des eigenen Diskurses sowie des vorhergehenden der Empörung konfrontiert: Viele der neuen Aktivistinnen wollen keine bloßen Podemos-Anhänger bleiben. Sie nehmen den Anspruch ernst, ein politisch mündiges »Volk« zu sein.

Auf einer Ebene schreibt die Podemos-Führung den círculos tatsächlich eine Schlüsselstellung zu: beim Logo. Der Kreis vor violettem Hintergrund ist das Markenzeichen der Partei. Das Logo (Abb. 26) wird ständig gebraucht, besonders von den círculos selbst (Abb. 27):

Abb. 26: Podemos-Logo (Fassung 2015/2016)

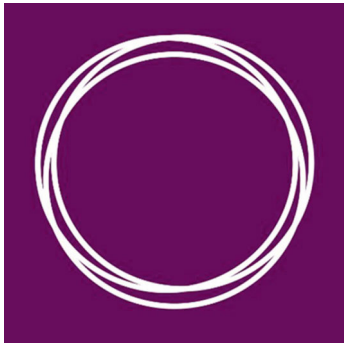


Abb. 27: Logo des círculo Podemos-Aljaraque



Quelle: wikipedia.org, CC BY-SA 3.0

Quelle: wikimedia.org, CC-BY-SA-4.0

Die Verwendung der Farbe sowie des Kreises basiert auf einer strategischen Entscheidung. So wird einerseits mit den tradierten Emblemen der politischen Linken gebrochen und andererseits werden neuartige, inklusive, mobilisierende und mehrheitsfähige Symboliken generiert (vgl. Nez 2015: 123f.). Während die Identifizierung des Violetten mit dem Feminismus dem Politikmarketing geschuldet ist (vgl. Rivero 2015: 197f.), verweist die Entscheidung, den Kreis als Logo zu führen, auf jene zentrale Institution zurück, die den Protestzyklus prägt, in dem sich das Projekt Podemos bewegt. Diese Institution ist die Versammlung.

Die Kreise von Podemos sollen an die basisdemokratischen, (formal) symmetrischen und eben kreisförmigen Versammlungen erinnern, die den Empörungsdiskurs tragen. Zugleich verweist das Phänomen der Podemos-Kreise erneut auf eine lateinamerikanische Erfahrung, namentlich auf die der bolivarianischen círculos, die Chávez in Venezuela anstieß, um eine »neue Form der partizipativen Demokratie« zu etablieren (Hawkins/Hansen 2006: 104). Mit ihren Basisgruppen will sich Podemos, ähnlich wie Chávez' *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV), als Bewegungspartei konstituieren, deren

69 Ausnahmen bilden die Studien von Héloïse Nez (2015), Daniela Chironi und Raffaella Fittipaldi (2017) oder Marco Lisi (2018).

Kraft in den politischen Institutionen auf ihrer Verankerung in der Zivilgesellschaft aufbaut.⁷⁰ Doch wie das Vorbild Venezuela zeigt, ist das Ideal einer Bewegungspartei nur schwer realisierbar, werden doch die venezolanischen círculos zusehends zu klientelistischen Pfeilern des PSUV, die sich eher den politischen Kampagnen von Chávez verpflichtet sehen als dem Engagement vor Ort (vgl. ebd.: 108f.).

Die círculos von Podemos enthüllen, obschon auf kleinerer Skala als in Venezuela und weit weniger dramatisch, die Spannungen einer Partei, die populistischen *und* basisdemokratischen Ansprüchen folgt. Doch die Rolle der Basisgruppen bei Podemos ließe sich auch anders wenden. Die círculos offenbaren potentiell, was einen linken, radikaldemokratischen Populismus eben auch auszeichnet. Bisher wurde gezeigt, dass sich der spanische Linkspopulismus auf der Diskursebene als *linkes* Projekt erweist. Doch der von Podemos verkörperte Linkspopulismus ist auch deshalb links – und nicht autoritär –, weil er das Plädoyer für eine radikalere Demokratie in seine *Form* aufnimmt. Die círculos stehen bei Podemos für eine Praxis, die Bécquer Seguín (2017: 301) als *populist proceduralism* bezeichnet, also als ein Ensemble von demokratischen Verfahren, die kollektiv, teilhabeorientiert und egalitär geschehen. Wenn man, so Seguín, die parteiinternen Strukturen von Podemos untersucht, dann könnten dort die Basisgruppen einen Populismus offenlegen, der auch in seiner Praxis links und radikaldemokratisch ist.

Der prozedurale Populismus, der nach Seguín Podemos potentiell definiert, weist hin auf eine in der bisherigen Rekonstruktion kaum beachtete Facette. Das gegenhegemoniale Parteiprojekt hat eine *heterodoxe* Ausrichtung. Es setzt einerseits sehr stark auf die Medienpräsenz und die Diskursproduktion der Parteiführung, gesteht andererseits aber auch den círculos eine starke Rolle zu. In »Podemos' circle model« (ebd.: 303) zeigt sich eine deliberative Praxis, die an die Asambleas der Indignados erinnert. »Meetings would occur at regular intervals and, most often, in open plazas where even passersby can attend and participate. The would be structured like any town council or Occupy Wall Street assembly: primarily organized around several pressing topics or presentations with extensive discussion following each«, so beschreibt Seguín (ebd.) die idealtypische Organisation der círculos. Ihre deliberative Praxis besitzt eine ähnliche *präfigurative* Ausstrahlung wie die Empörtenversammlungen. Die offene, pluralistische, egalitäre und konsensorientierte Ausrichtung der círculos liefert ein im Kleinen verwirklichtes Gesellschaftsideal. Ein Ideal, das Podemos für die gesamte Partei anstrebt, um zu einer radikaldemokratischen Organisation zu werden, und das Podemos überdies als normatives Leitbild für die spanische Gesellschaft setzt. »Were Podemos to ever reach power, its circles would, in theory, be the political, intellectual, and participatory motors through which all citizens would be able to propose legislation for national debate«, hält Seguín fest (ebd.).

70 Der Begriff der Bewegungspartei als einer »Koalition von Aktivist*innen, die aus sozialen Bewegungen entstehen und versuchen, die organisatorischen und strategischen Praktiken sozialer Bewegungen in der Wahlarena anzuwenden« (Hutter et al. 2019: 164), trifft allerdings auf Podemos nur bedingt zu. Die Partei entstand eben a priori nicht als Koalition von Bewegungen, sondern eher als Top-down-Initiative kritischer Akademiker. Erst im Nachhinein, im Zuge seiner Artikulationspraxis, avanciert Podemos zum *Hybrid* zwischen Parteiprojekt und Bürgerplattform.

Diese Darstellung ist, Seguín leugnet es nicht, idealisierend. Ihr ließe sich einiges entgegenhalten. Genauso wie die Empörtenversammlungen sind die círculos von Podemos keineswegs machtfreie Räume. Mehr noch, die Basisgruppen stehen in einem untergeordneten Verhältnis gegenüber der Parteiführung. Das Podemos-Projekt ist ein *Partei*projekt; es tritt als geschlossene Organisation an, die auf Führungsfiguren, Repräsentationskanäle und breite politische Artikulationen setzt. Podemos tendiert zu dem, was Robert Michels (1910: 31) als »ehernes Gesetz der Oligarchie« beschreibt, zur *Asymmetrie* zwischen einem übermächtigen Führungszirkel und einer entmachteten Basis. Podemos ist von Anfang an eine eher vertikale und führungsorientierte Organisation, bei der die Basis *nicht* durch starke Parteistrukturen eingebunden wird (vgl. Mazzolini/Borriello 2021: 10f.). Dieses Ungleichgewicht begleitete die bisherige Rekonstruktion des Podemos-Diskurses wie ein verborgener roter Faden. Die »populistische Hypothese«, die zur Parteigründung führte, wurde genauso von einem kleinen Führungskreis verantwortet wie das Gros der ausgewerteten Reden. Dass der Podemos-Diskurs im Rückgriff auf die Beiträge und Interventionen von Pablo Iglesias, Íñigo Errejón und wenigen anderen rekonstruiert wurde, spiegelt in durchaus repräsentativer Manier, wie Podemos in der medialen Öffentlichkeit wahrgenommen wird: Die Partei wird auf ihre Führung, vor allem den Vorsitzenden Iglesias reduziert. Ihr Charakter als Massenbewegung bleibt ausgeklammert. Er rückt nur sehr punktuell bei Massenveranstaltungen wie der *Marcha del Cambio* im Januar 2015 in den Fokus.

Gleichwohl betonen die wenigen empirisch orientierten Studien zur Organisationsstruktur von Podemos, dass man sie als eine »hybride Partei« ernst nehmen muss, bei der sich horizontale Partizipationspraktiken als ein »genetisches Element« erweisen (Chironi/Fittipaldi 2017: 296, auch: Nez 2015: 189–204). Chironi/Fittipaldi (ebd.) fordern somit zum Blick hinter die Kulissen des spanischen Linkspopulismus auf: »[D]espite being born as a top-down endeavour, both its core principles and political staff were established through assembly-based procedures. Moreover, direct participation is officially stated as one of the founding principles of the new party.«

Der Podemos-Diskurs von unten: die Beispiele Getafe und Xixón In einem zweiten Schritt wird nun die Alltagspraxis der círculos von Podemos anhand von zwei Basisgruppen untersucht, die sich in Xixón (Gijón)⁷¹ im nordspanischen Asturien sowie in Getafe in der Region Madrid befinden. Xixón und Getafe sind zwei mittelgroße, industriell geprägte Städte, in denen Podemos im Wahljahr 2015 durchgehend gute Wahlergebnisse erzielte.⁷² Ähnlich wie in Kapitel III arbeite ich auch hier wieder mit den öffentlich zugänglichen Verlaufsprotokollen der beiden círculos, hier mit Fokus auf den Zeitraum von ihrer Gründung im Frühjahr 2014 und bis zur Parlamentswahl im Dezember 2015 sowie der ersten Hälfte des Jahres 2016.⁷³ Anders jedoch als in Kapitel III wähle ich nun eine

71 Xixón ist das asturische Wort für das gebräuchlichere Gijón im Spanischen. Ich halte mich jedoch an die asturische Variante, weil der círculo selbst stets von Xixón und niemals von Gijón spricht.

72 Im analysierten Zeitraum erlangte Podemos in Getafe wie Xixón zwischen 20 und 25 Prozent der Stimmen und erzielte auf diese Weise im spanischen Vergleich leicht überproportionale Werte.

73 Die leichte Zugänglichkeit zu jahrealen Protokollen sowie die Kooperationsbereitschaft beider círculos ist ein pragmatisches Auswahlkriterium gewesen. Die geographische Verortung, ein cír-

engere, *konstitutionszentrierte* Analysestrategie. Die folgende Diskursanalyse von unten konzentriert sich darauf, wie sich die beiden Gruppen bilden und wie dort parteiinterne Fragen, Debatten und Konflikte ausgetragen werden. Somit geht die Rekonstruktion den Widersprüchen nach, die Podemos prägen, indem es genau jene Perspektive von unten einnimmt, die das linkspopulistische Projekt selbst verflucht. Meine Aufmerksamkeit richtet sich primär nach innen, es geht um die Rekonstruktion davon, ob und wie ein Projekt, das für die »Ermächtigung der von unten« antritt, dieses Ermächtigungsverprechen parteiintern umsetzt.

Die Protokolle der círculos von Xixón und Getafe zeichnen das Bild eines Projekts, das sich um seine *Selbstartikulation* dreht. Ganz ähnlich wie das Barcelona-Camp im Frühjahr 2011 konzentrieren sich die Podemos-Gruppen darauf, sich als eigenständige, ja als geradezu eigensinnige Kollektive zu konstituieren. Dies zieht sich nicht über Monate, sondern über Jahre. Anfang 2016, die Parteigründung liegt zwei Jahre zurück, debattiert beispielsweise der círculo Xixón noch immer über ein Reglement, das die Teilnahme an der Gruppe definieren soll. So wird für Folgendes plädiert: »Den Artikel 1 modifizieren und löschen, dass nur ›bei Podemos Eingeschriebene‹ am círculo teilnehmen dürfen. Es sollen nun keine Teilnahmebeschränkungen mehr herrschen.« (Xixón, 19.2.2016)⁷⁴

Die Podemos-Gruppen erinnern mit derartigen Plädoyers eher an die Asambleas der Indignados als an übliche Mitgliedertreffen von Parteien. Dass die beiden círculos als eigensinnige Kollektive agieren, das zeigen bereits die frühen Protokolle aus der Zeit bis zum Sommer 2014 – unmittelbar nach der Geburt von Podemos. Die Xixón-Gruppe debattiert etwa in ihrer ersten dokumentierten Sitzung am 10. April 2014 den Wahlkampf zur EU-Wahl. Sie wartet nicht darauf, dass ihr seitens der Partei die Themen vorgegeben werden, sondern legt selbstständig ihre Schwerpunkte fest:

Es scheint notwendig, die ideologischen Linien der Kampagne zu definieren, die sich auf Fragen zentrieren sollten, die mit Asturien zusammenhängen (Kohle, Milchquoten usw.) und auf europäische Themen, wie den Euro, die Mechanismen der Bürgerbeteiligung (Volksentscheide) usw., ohne zu vergessen, eher die Unten-oben-Achse denn die derzeit weniger nützliche Links-rechts-Achse zu bedienen. (Ebd., 10.4.2014)

Die Kombination von regionalen Schwerpunkten der Region Asturien (Xixón ist die größte Stadt in Asturien) wie die Förderung des Kohleabbaus durch die EU mit der generellen Frage des Ausbaus der Bürgerbeteiligung, wie sie auch Iglesias stark machte (Kap. V.3.b), legt offen: Die Podemos-Semantik wird seitens der Gruppe *zitiert* und mit lokalen Schwerpunkten verwoben. In diesem Sinne agiert die Versammlung zwar autonom und legt die programmatischen Linien des Wahlkampfes fest. Doch diese Leitlinien sind keine selbstgemachten, sie verweisen auch auf Diskurselemente, die außerhalb

culo nahe der Podemos-Zentrale in Madrid, der andere in der asturischen Peripherie, erwies sich parallel als inhaltlicher Auswahlgrund.

74 Dieses Fallenlassen von Zulassungsbeschränkungen weckt nicht nur Reminiszenzen an die Indignados, sondern auch an die frühe Arbeiterbewegung. »That the number of our Members be unlimited«, so lautete der erste Grundsatz der radikaldemokratischen *London Corresponding Society* Ende des 18. Jahrhunderts (Thompson 1963: 19).

des círculo Xixón wirken, sich aber in ihm *niederschlagen*. Der Hinweis, dass die Konfliktachse von unten gegen oben und nicht die von links gegen rechts zu bedienen sei, wäre in dieser Ausdrücklichkeit bei den Versammlungen der Indignados nicht gefallen. Erst innerhalb eines Parteiprojekts, das nicht nur den Konflikt von unten gegen oben vorantreibt, sondern darüber auch offen – und in wahltaktischer Manier – debattiert und reflektiert, wird solch eine explizite Ablehnung der Links-rechts-Achse seitens der Basis möglich.

Aufschlussreich ist zudem, wie der círculo Podemos beschreibt und sich darin verortet:

[B]eim Treffen setzt man auch darauf, dass Asturien in Podemos einen eigenen Charakter behält. Dies wegen der relativ großen Implikation im Wachstum der Bewegung, indes unter der bestmöglichen Vermeidung lokaler Exzesse. Gewürdigt wurde auch die Treffsicherheit und Feinfühligkeit des círculo von Xixón bei der Wahl der asturischen Kandidaten. (Ebd.)

Die Basisgruppe Xixón ist eine große, bis zu 100 Teilnehmerinnen zählende Versammlung. Insofern agiert sie innerhalb von Podemos als Repräsentantin Asturiens, als Akteur, der asturische Kandidaten für die EU-Wahl bestimmen kann – und sich selbst für seine Wahl lobt. Jene Plurinationalität also, welche die Partei in den Reden ihrer Führungsfiguren und Wahlprogrammen bekundet, manifestiert sich hier als eine von unten kommende Forderung nach einer Organisation, welche die regional-nationale Vielfalt Spaniens intern abbildet, ohne an dieser Vielfalt zu zerbrechen (»Vermeidung lokaler Exzesse«).⁷⁵ Und noch ein Wort fällt auf. Podemos gilt dem círculo Xixón im Frühjahr 2014, vor der EU-Wahl, die zum Höhenflug des spanischen Linkspopulismus führen soll, nicht als eine Partei, sondern als eine *Bewegung*. Diese tritt zwar an der Urne an, wird aber vornehmlich durch ihre círculos definiert.

500 Kilometer südlich von Xixón positioniert sich die Basisgruppe Getafe in ihrem ersten veröffentlichten Protokoll (17.6.2014) noch expliziter. Die Debatte in diesem círculo, an der circa 30 Leute teilnehmen, dreht sich zentral um die Frage, wie sich Podemos organisieren solle. Die Arbeitsgruppe *Proceso Constituyente* (Gründungsprozess) soll hierzu ein Dokument vorlegen, doch da dieses noch fehlt, kommt es in der Versammlung zu einer offenen Diskussion. Die dazu stichwortartig festgehaltenen Themen lauten:

- »Erwägen, ob ein Mindestalter für die Beteiligung am círculo (16 Jahre?) angemessen ist.
- Rauswurfkriterien aus dem círculo in schlimmen Fällen. Hier Xenophobie aufnehmen.
- Elektronische Beteiligungsformen und verschiedene Wahlmethoden.
- Notwendigkeit des Rotationsprinzips bei Ämtern.
- Möglichkeit, Mitgliedsbeiträge festzulegen (die Mehrheit ist dagegen).

75 Zwar gelten in Spanien traditionell drei historischen Nationen (Katalonien, Baskenland/Navarra und Galizien) neben der spanischen. Allerdings besitzen auch Regionen wie Andalusien, Valencia oder eben Asturien eine eigenständige Identität, die zusehends auf sprachlicher, kultureller und auch politischer Ebene hervorgehoben wird.

- Notwendigkeit, keine hierarchischen Strukturen aufzubauen, die sich in anderen Organisationen als schädlich erwiesen haben.
- Podemos muss anderen, offenen Methoden folgen.
- Angemessen oder nicht, dass bestimmte Abstimmungen für die ganze Bevölkerung offen sind oder exklusiv für Menschen von Podemos bleiben.
- Schaffung eines Zensus von Menschen, die »von« Podemos sind. Trotzdem muss die Versammlung für alle Menschen offenbleiben, die ihr beiwohnen und die an ihr teilhaben wollen.
- Die Normen dürfen die Organisation nicht »schließen« und müssen eine vollständige Demokratie garantieren.
- Es kann verschiedene Niveaus von Beteiligung und Einbindung in die Organisation geben.« (Getafe, 17.6.2014)

Alle elf Punkten in der Liste kreisen um eine Vision, die Seguíns Konzept eines *populist proceduralism* besser erfasst als die Kategorie »Linkspopulismus«. Zunächst werden auf der Ebene des círculo Kriterien erwogen, die eine symmetrische und demokratische Debatte garantieren sollen – so die Festsetzung eines Mindestalters zur Teilhabe, gewisse ethische Kriterien wie die Nichtbilligung von Fremdenfeindlichkeit oder das Rotationsprinzip bei Ämtern. Diese Aspekte zeigen, wie sich der círculo Getafe im Geiste der Indignados als ein demokratisches Kollektiv konstituiert. Selbiges gilt für die Vorstellung, wie Podemos insgesamt organisiert sein müsse. Die Basisgruppe entwirft das Ideal einer porösen Organisation, die sowohl parteiintern als auch gegenüber der Bevölkerung offen bleibt. Deutlich werden hierarchische Strukturen in Frage gestellt, »offene Methoden« und eine »vollständige Demokratie« befürwortet. Doch zugleich gilt es, nach innen Kohäsion und Homogenität zu wahren. Dies lässt sich beim círculo Getafe auf eine paradoxe Formel bringen: Unser politisches Kollektiv muss anders, offen und demokratisch sein, doch gerade deshalb muss es sich eine Organisationsform mit eigenen, identifizier- und abgrenzbaren Werten und Praktiken aneignen.

Wenn es allerdings eine Frage gibt, die beide círculos über die Jahre 2014, 2015 und sogar 2016 beschäftigt, dann ist es das Verhältnis zwischen *Basis und Führung*. Diese Relation ist weder nur harmonisch oder nur zerrüttet, sondern beides zugleich. Podemos erscheint in den Protokollen als ein sich artikulierendes Projekt, in dem das Verhältnis zwischen »unten und oben« immer wieder neu auszutarieren ist. Komplex wird die Unten-oben-Beziehung deshalb, weil beide Pole voneinander abhängen. Die Parteiführung legitimiert sich durch eine große Basis, die anders als die der anderen Parteien, an die Empörtenversammlungen erinnert. Die Parteibasis hängt ihrerseits sowohl diskursiv vom Schlüsselsignifikanten »Iglesias« als auch organisatorisch von den Ressourcen der Madrider Parteizentrale ab. Klar aber ist: Die Führung drängt die Basis dazu, Podemos zu einem zielgerichteten Parteiprojekt zu machen, das ein vergängliches Gelegenheitsfenster effizient nutzt.

Diese spannungsgeladene Verwobenheit von Führung und Basis äußert sich fortwährend, doch am konfliktreichsten bricht sie vor dem ersten Parteitag von Podemos aus, der am 18. und 19. Oktober 2014 in der Multifunktionsarena »Vistalegre« in Madrid stattfindet. Dort soll Podemos eine neue Organisationsstruktur erhalten, welche die Partei für das Wahljahr 2015 vorzubereiten sucht. Auf dem Kongress treten zwei verschiede-

ne Listen an: Zum einen *Sumando Podemos*, welche die Partei in Richtung einer basisdemokratischen Plattform ausbauen möchte, und zum anderen *Claro que Podemos*, die Liste der Podemos-Initiatoren Pablo Iglesias, Íñigo Errejón, Carolina Bescansa oder Juan Carlos Monedero, die Podemos in eine geschlossene und hierarchischere Formation, in eine »Wahlkampfmaschinerie« (Errejón) verwandeln möchte. Podemos soll demzufolge keine Protestpartei mehr sein, sondern eine Regierungsalternative.⁷⁶

Der Konflikt rund um die Ausrichtung von Podemos hallt auch in den hier analysierten círculos wider. Die Xixón-Gruppe zitiert in ihrem Protokoll vom 6. Juni 2014 ein Schreiben von Pablo Iglesias. Darin deutet dieser bereits an, eine Liste anführen zu wollen und betont die Schlüsselrolle, welche die círculos spielen sollen, um Podemos von der »Bürokratie und dem Sektierertum der alten Politik« freizuhalten und »radikaldemokratische Beteiligungs- und Entscheidungsformen« zu etablieren. »Wir möchten keine Partei sein, die Bürokratie, Mitglieder und Wähler gegeneinander ausspielt. Wir müssen in der Lage sein, ein neues, effizientes, offenes und demokratisches Modell zu erfinden«, so betont Iglesias' in seinem Schreiben (in Xixón, 6.6.2014). Nun setzt der círculo Xixón gegenüber Iglesias ein Antwortschreiben auf, das mit überwältigender Mehrheit (85 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen) verabschiedet wird. Darin wird zunächst die Diagnose von Iglesias geteilt, dass Podemos in eine zweite Phase zu treten habe, die auch eine »geordnete Organisation« und eine »effiziente Strukturierung« beinhalten müsse. Doch dann wird in zwei Punkten die Strategie der Parteiführung in Frage gestellt. An erster Stelle moniert die Xixón-Gruppe, dass Iglesias und Co. einen allzu engen Zeitrahmen festlegen würden, um alternative Listen aufzustellen, die am Parteitag von Vistalegre reüssieren könnten. Der círculo fragt diesbezüglich explizit bei der Führung nach:

Wie sollen círculos, die sich ja noch bilden [...], in kaum einer Woche multidisziplinäre, geschlossene und aufeinander abgestimmte Teams schaffen, wenn sich die Gruppenmitglieder oft kaum kennen? Wie sollen solche Teams entstehen, ohne dass vertikale Entscheidungen angewendet werden, die ja eigentlich vermieden werden sollen? Wir wissen um die Bedeutung der Organisation auf staatlicher Ebene. Aber in einer Demokratie kommt es auch auf die zeitliche Taktung an, und das gilt noch mehr für die partizipative Demokratie – und diese Taktung muss von der Basis vorgegeben werden. (Ebd., 10.4.2014)

Im Kern konfrontiert hier der círculo Xixón Parteichef Iglesias mit dem Widerspruch zwischen der übergeordneten Semantik und der konkreten Praxis von Podemos. Der Vorwurf der Gruppe lautet: Während Iglesias von einem radikaldemokratischen Projekt spricht, das Spanien demokratisieren und gerechter machen soll, greift er gleichzeitig auf parteiinterne Mittel zurück, die jene Demokratisierung faktisch behindern. Er gibt einen so engen Zeitrahmen für die Ausarbeitung alternativer Listen vor, dass es unmöglich wird, seiner eigenen Liste effektiv Paroli bieten zu können. Für die Xixón-Gruppe steht fest: Die Basis, das treibende oder, mit Seguín, das prozedurale Moment des

76 Ironischerweise trug der Parteitag, auf dem sich Podemos von einer Bürgerplattform zur Partei reorganisierte, einen an Versammlungsideale sich anlehenden Titel: Podemos. Asamblea ciudadana. Sí se puede.

spanischen Linkspopulismus, wird zurückgestellt zugunsten einer Führung, die sich zu durchsetzungsstark und zu kompromisschüchtern verhält.

Die zweite Kritik des círculo an Iglesias ist ähnlich ausgerichtet, nun aber mit Blick auf die Art der Zusammenstellung der Listen vor dem Parteitag. Moniert wird, dass die Listen im Entwurf von Iglesias und Co. nicht offen, sondern geschlossen seien. Was die Xixón-Gruppe hierbei gefährdet sieht, ist die mangelnde parteiinterne Pluralität, die Podemos eigentlich auszeichne. Deshalb schlägt der círculo vor, dass das Team aus 24 Leuten, das den Parteitag vorbereitet, Repräsentanten aus jeder der 17 spanischen Regionen beinhalten müsse, um »die Beteiligung und die Entscheidung der círculos über den reinen Wahlgang hinaus« sicherzustellen (ebd., 6.6.2014). Die Idee eines plurinationalen Spaniens, das zum Repertoire der Podemos-Semantik gehört, wird an dieser Stelle gleichsam nach innen gespiegelt – nämlich im Sinne einer regional diversen Partei, die das Engagement der Basis in ganz Spanien fördert.

Die Kritik der Basis an der Führung darf indessen nicht die Realität einer Organisation verdecken, die auf regionaler wie kommunaler Ebene mit *hohen Partizipationsstandards* arbeitet. So findet sich Ende 2014 der círculo Getafe zusammen, um zu debattieren, wie das Koordinationsgremium (*Consejo Ciudadano*) von Podemos auf kommunaler Ebene zustande kommen soll. Der Verantwortliche stellt vor, wann und wie sich Listen aufstellen können, wann gewählt wird und welche Arbeitsgruppen (Finanzen, Beteiligung, Bande zur Zivilgesellschaft, Kommunikation usw.) es geben soll. Dabei wird um rege Beteiligung an den Arbeitsgruppen gebeten. Dieser Vorschlag wird seitens der Versammelten nicht isoliert besprochen, sondern in der Debatte unmittelbar durch weitere Anstöße ergänzt. Sie lauten beispielsweise:

Es wurde vorgeschlagen, dass es eine Gruppe von vier oder fünf Leuten geben soll, die eine Einsatzgruppe bilden, um rasch Pressemitteilungen zu erstellen oder Antworten auf Fragen zu schreiben, die sich nicht von Sitzung auf Sitzung verschieben lassen. Ein Beispiel dafür wäre eine schnelle Antwort auf eine manipulative Presseerklärung des [konservativen] Bürgermeisters.

Es wurde vorgeschlagen, dass die Website ausgebaut werden muss, damit sie die Referenzplattform wird, um Termine, Dokumente usw. bekanntzugeben (Raúl, einer der vorläufigen Koordinatoren von Podemos-Getafe antwortete, dass bereits an einer neuen Vorlage gearbeitet wird, um die Website zu reorganisieren). (Getafe, 23.12.2014)

Das unmittelbare Angebot, aus dem círculo heraus eine Einsatzgruppe zur Presse- und Kommunikation zu bilden, zeigt genauso wie die Forderung nach einer renovierten Website, wie aktiv die Versammlung ist. Sie nimmt nicht bloß die Vorschläge ihres Führungspersonals entgegen, sondern reagiert spontan auf diese und setzt proaktiv eigene Schwerpunkte. In solchen Passagen erscheint Podemos als eine Plattform neuen Typs, die weniger aus hörigen Parteimitgliedern denn aus eigenständigen Aktivistinnen besteht (vgl. Nez 2015: 99ff.). Doch Podemos bleibt trotz alldem eine politische Partei, die über Wahlen um politische Macht kämpft. Besonders im Zeitraum von 2014 bis 2016 drehen sich die Sitzungen maßgeblich um Wahlkämpfe. Die círculos nehmen dabei eine klassische Funktion als Parteibasis ein und organisieren Veranstaltungen, Informationstische oder verteilen Flyer. Gegenüber den tradierten Parteien bemühen sich beide

círculos um einen bürgernahen Wahlkampf. Die Getafe-Gruppe schafft vor der Kommunal- und Regionalwahl am 24. Mai 2015 vier verschiedene Gruppen, um den Wahlkampf zu führen, darunter die besonders große *Grupo de acción en las calles* (Aktionsgruppe in den Straßen), die in den Quartieren tätig werden soll (Getafe, 16.4.2015).

Über den Wahlkampf hinaus zeichnen sich die círculos durch eine anspruchsvolle Organisationsarbeit aus. Die Selbstartikulation von Podemos erschöpft sich nicht auf das eigene Projekt, sie erstreckt sich auch auf die Schaffung von kommunalen Wählerplattformen, an denen Podemos gemeinsam mit kleineren linken und ökologischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen partizipiert. *Ahora Getafe* (Getafe jetzt) und *Xixón Sí se puede* (Xixón ja es geht) heißen diese Bündnisse, die bei den Kommunalwahlen von 2015 viele Wählerinnen erreichen können (in Getafe: 23,6 Prozent, in Xixón: 21 Prozent). Die Podemos-Gruppen beteiligen sich von Beginn an sehr aktiv an diesen Plattformen. Das vom asturischen círculo beschlossene Gründungsmanifest von *Xixón Sí se puede* setzt emphatisch an:

Die Kandidatur der Unidad Popular [populäre Einheit] von Xixón wird aus dem Bedürfnis heraus geboren, das Rathaus für die ciudadanía [Bürgerschaft] zurückzuerobern.

Die verschiedenen Bewegungen, aus denen sich das soziale Gewebe unserer Stadt zusammensetzt, betonen seit Jahren und besonders seit dem 15-M [Kürzel für die Platzbesetzungen von 2011], dass es notwendig sei, eine andere Politik zu machen.

Die Kandidatur, die hier und heute entsteht, möchte die Bürgerbeteiligung zur zentralen Achse der Kommunalpolitik machen. Sie möchte, dass die Stadt, die wir hier und heute anfangen zu errichten, die Stadt ist, die wir, die Bürgerinnen und Bürger Gijóns entwerfen [...] (Xixón, 27.2.2015)

Das Gründungsmanifest der Wählerplattform *Xixón Sí se puede*, das der círculo Xixón mit 129 von 149 Stimmen verabschiedet, betont das Moment der kollektiven Ermächtigung, wie sie den gesamten hier betrachteten Protestzyklus auszeichnet. Explizit wird im Manifest auf den Startpunkt der Empörtenproteste im Mai 2011 verwiesen. Diese werden als Wendepunkt für Xixóns Zivilgesellschaft gelesen. Die Indignados – nicht die Geburt von Podemos im Januar 2014 – sind der Ausgangspunkt für eine neue Politik. Es ist kein Zufall, dass die Gründung der Wählerplattform bei der Xixón-Gruppe zeitlich zusammenfällt mit dem zerrütteten Verhältnis vis-à-vis der Podemos-Führung. *Xixón Sí se Puede* ist für den círculo eine zweite Chance für eine Politik, die auf Beteiligung von unten setzt und nicht zu einem Parteiapparat gerinnt. Der círculo fügt dem Gründungsmanifest eine dreiseitige Erklärung bei, die den basisdemokratischen und pluralen Charakter von *Xixón Sí se Puede* unterstreicht. »[W]ir möchten nicht, dass der Name [der neuen Plattform] eine bereits bestehende Partei, Vereinigung oder Gruppe maskiert, sondern etwas NEUES und HOFFNUNGSVOLLES verkörpert. Wir glauben, dass gerade jetzt ein einheitsbildender Prozess nottut, der von unten kommt, horizontal ist und allen gehört, die an ihm teilnehmen«, so der círculo Xixón (27.2.2015, H. i. O.).

Demgegenüber ist beim círculo Getafe die Gründung der Wählerplattform neben einer demokratischen auch eine *strategische* Frage. Das zeigt eine Plenardebatte vom 7. Januar 2015. »Die Zukunft der Wählervereinigung hängt von der Menge der Nachbarn und

Nachbarinnen ab, die wir in den nächsten Monaten mit einer guten Mobilisierung erreichen«, meint ein Teilnehmer. »Was ist der beste Frame, um die Wirklichkeit von Getafe zu verändern?«, »Wie stellen wir uns [die Wählerplattform] vor? Repräsentieren wir Podemos? Die Leute werden bei der Wahl am ehesten der Marke Podemos vertrauen«, überlegen zwei andere. Derartige Reflexionen zeigen: Für den círculo Getafe ist keineswegs ausgemacht, ob die neue, kommunalpolitisch ausgerichtete Wählerplattform *Ahora Getafe* – die, um antreten zu können, tausende unterstützende Unterschriften bedarf – ein größeres Vertrauen generieren könne, als dies bislang Podemos in der Gesellschaft tue.

Diese pragmatische Haltung folgt aus der starken Eingebundenheit der Getafe-Gruppe in die Parteistrukturen. Der círculo akzeptiert explizit, dass er keine komplett autonome Versammlung ist, sondern von einem sich bildenden Parteiapparat abhängt. Fortwährend informieren die Arbeitsgruppen die Versammlung der Getafe-Gruppe darüber, ob und wie die Parteizentrale – von den círculos mit dem Kürzel *Estatel* (staatlich) bezeichnet – eingreifen werde:

- »Finanzen informiert uns, dass sie Informationen von Estatal bekommen hat. Für Ende Januar können wir Folgendes erwarten:
- Kompletter Zensus der eingeschriebenen Personen.
- Ein Teil der Mittel für den círculo wird von den Eingeschriebenen stammen, die spenden.
- Man wird uns die benötigten Instrumente für das Crowdfunding geben.
- Im Februar/März wird uns ein Konto zur Verfügung stehen.
- Im April wird uns ein Instrument zur finanzielle Abwicklungen besorgt.« (Getafe, 24.1.2015)

Der im Protokollxzerpt angekündigte Ressourcentransfer vom Parteiapparat zur Basis ist in seiner Selbstverständlichkeit beachtenswert. Der círculo erhält von der Zentrale finanzielle Mittel und technische Ressourcen (Informationen über Podemos-Mitglieder in Getafe, Instrumente für Crowdfunding und Finanzen), die der Gruppe erst ihre basale Operativität verleihen. Ähnlich wie die Empörtenversammlungen betonen die Podemos-Gruppen immer wieder, dass ihre Artikulation zugleich symbolisch und *materiell* ist, dass zur Gegenhegemonie sowohl ein brechender Diskurs als auch eine funktionierende Infrastruktur gehört. Während sich allerdings die Versammlungen der Indignados (notgedrungen) als Aktivierungsstätten dieser Infrastruktur entfalteten (Kap. III.3.a), bleiben die círculos von Podemos in erster Linie *Empfänger* von Infrastruktur. Gelegentlich kritisieren sie zwar ihre passive Rolle im Prozess ihrer materiellen Artikulation, doch *peu à peu* übernehmen die Gruppen die etablierten Mechanismen, die der Parteiapparat vorgibt.⁷⁷ Die Frage etwa, ob man nicht selbst Crowdfunding betreiben oder eigenmächtig Spenden einsammeln könne, stellt sich beim círculo Getafe bereits Anfang 2015 nicht mehr.

77 Besonders zeigt sich dies in der Frage der parteiinternen Gründung und »Zertifizierung« (in puncto Teilnehmerzahl und geographischer Verortung) neuer círculos oder der Organisation regionaler Führungsorgane, bei der sich gerade die Getafe-Gruppe strikt an die Vorgaben der Parteizentrale hält (etwa Protokoll: 3.7.2015).

Dass dafür die Parteizentrale zuständig ist, scheint selbst dann ausgemacht, wenn man mitten in einem Wahlkampfjahr monatelang auf ein eigenes Girokonto wartet.

Die passive Rolle der Podemos-Gruppen bei der Aktivierung ihrer Infrastruktur schlägt sich auch in der Frage nieder, wie sich die Gruppen räumlich konstituieren. Genauso wie die Empörtenversammlungen suchen die círculos von Getafe wie Xixón von Anbeginn nach einem physischen Ort, nach einem Geschäftslokal, in dem Versammlungen und Veranstaltungen stattfinden können. Im Fall von Getafe beginnt die Erörterung über die Notwendigkeit eines Lokals im Spätsommer 2015 und zieht sich bis Oktober 2017. Am 20. Oktober 2017 wird ein Lokal im Zentrum Getafes bezogen. Es erhält den Namen *La Morada* und wird zum Podemos-Parteisitz in Getafe.⁷⁸ Diese Entscheidung für eine eher traditionelle Parteizentrale ist nicht alternativlos. Noch im Herbst 2016 strebt der círculo »einen offenen und neutralen Raum [an], der Synergien sucht zu *Ahora Getafe* und anderen Vereinen, um einen gemeinsamen Raum zu schaffen und eine soziale Mehrheit zu bilden« (Getafe, 7.9.2016). Dieser »offene« Raum wäre etwas anderes gewesen als die Parteizentrale *La Morada*, er wäre eher vergleichbar mit den *Ateneus populares*, wie sie die Indignados ab 2011 in Barcelona verstärkt entstehen ließen (Kap. IV.6).

Auf der materiellen Ebene löst sich folglich die Spannung zwischen Bewegung und Partei zugunsten letzterer. Die círculos werden sowohl in den Räumlichkeiten, die sie beziehen, als auch in ihren Internetauftritten, EDV-Tools oder sogar Info-Tischen und Wahlkampfveranstaltungen zusehends *homolog*. Alle Gruppen arbeiten ab Anfang 2015 mit einer physischen und, vor allem, digitalen Infrastruktur, die prinzipiell vergleichbar ist, denn sie wird vom Parteiapparat bereitgestellt und aktualisiert (vgl. Chironi/Fittipaldi 2017: 292). Diese Abhängigkeit ist gleichwohl nicht mit Passivierung gleichzusetzen. Die Xixón-Gruppe gebraucht die vorgegebenen Werkzeuge und Partizipationskanäle eigensinnig zur partizipativen Erstellung des Parteiprogramms vor der Parlamentswahl im Dezember 2015, an der sich sowohl Einzelpersonen als auch die Asamblea als Ganze beteiligen (Xixón, 24.7.2015, auch: 25.9.2015).⁷⁹

Círculos und Führung, Kooperation und Konfrontation Die Institutionalisierung einer spanienweit einheitlichen Infrastruktur ermöglicht es der Parteiführung, auf die Basisgruppen Einfluss zu nehmen, ihnen eventuell sogar die Finanzierungsmöglichkeiten zu unterbinden, falls diese der Zentrale keine transparenten Organigramme, Reglements und Verantwortlichkeiten zusenden – was in Xixón für Kontroversen und teils auch Verwirrung sorgt (Xixón, 1.6.2015 und 8.1.2016). Auf der anderen Seite bedeutet das Vorhandensein der Infrastruktur für die círculos auch eine *Entlastung*. Soweit sich an den Protokollen ablesen lässt,⁸⁰ tendieren die Machtverhältnisse in beiden Gruppen dazu, dass jene

78 Das spanische Wort *Morada* ist doppeldeutig, es heißt zugleich violett und zuhause. Podemos schafft ab Herbst 2015 in diversen Metropolen parteieigene Begegnungsstätten, die sie als *Moradas* bezeichnet.

79 So schlägt die Xixón-Gruppe erfolglos vor, ein Ministerium des Meeres zu schaffen (Protokoll: 25.9.2015).

80 Die Protokollauswertung birgt die methodologische Gefahr, sich nah an den Praktiken und Alltagsrhythmen zu wähen, dabei jedoch die in den Versammlungen eingeschriebenen Machtverhältnisse nicht zur Genüge erkennen zu können. So wichtig also eine Diskursanalyse von unten ist,

mächtigen Subjektpositionen, die das ethnographische Kapitel als »Sprecher« bezeichnete, immer wieder externalisiert werden, dass ambitionierte Podemos-Aktivistinnen entweder für parteiinterne Leitungsgremien kandidieren oder im Zuge der Kommunal- und Regionalwahlen von 2015 politische Ämter anstreben.

So bilden sich klare Machtverhältnisse heraus. Ein Stadtabgeordneter, mit dessen Arbeit man unzufrieden ist, lässt sich in den círculo bitten, ein Leitungsgremium, das intransparent arbeitet, lässt sich über parteiinterne Mechanismen ermahnen oder teilweise neu besetzen (etwa Getafe, 1.10.2015). Sogar der übermächtige Parteivorsitzende Iglesias kann über Protestschreiben kritisiert (s.o.) oder über ein Amtsenthebungsverfahren abgesetzt werden. In Podemos bildet sich Hand in Hand mit der homogenen Infrastruktur ein transparentes Macht- und Herrschaftsfeld heraus. Der radikaldemokratische Charakter der círculos wird dezentriert durch institutionell *privilegierte* Positionen, welche die círculos zwar als notwendig akzeptieren, gegen die sie aber auch immer wieder revoltieren. Der Konflikt »von unten gegen oben« geschieht im gegenhegemonialen Projekt Podemos nicht nur gegen eine als ungerecht und undemokratisch gedeutete Außenwelt, sondern auch *im* Projekt selbst. Die einen halten nach innen das demokratische Versprechen von Podemos hoch, die anderen verweisen nach außen auf das Versprechen der Gesellschaftsveränderung durch eine effiziente Parteiorganisation.

Die in der Forschungsliteratur zu Podemos vielbeachtete Spannung zwischen den círculos und der Parteiführung wird mit verschiedenen Begriffspaaren benannt. Mit Alexandros Kioupiolis (2016: 112f.) und Lasse Thomassen (2016: 199) lässt sich eine konstitutive Spannung zwischen *horizontalen* und *vertikalen* Tendenzen bei Podemos feststellen. Die Führung rund um Iglesias, Errejón und Co. strebt nach einer möglichst geschlossenen und effizienten Partei, nach einem Projekt, das Spaniens Krisensituation überwindet. Für die círculos hingegen lässt sich der soziale Wandel nur durch demokratische Organisationsformen erreichen: »direct grassroots self-organization, the expansion of social mobilization, plurality and openness« (Kioupiolis 2016: 112). Die Zuordnung von Führung zu Vertikalität und Basis zu Horizontalität trifft als Tendenz zu – sie ist aber keine absolute Dichotomie. In der Institutionalisierung von Podemos als einer homogenen und effizienten Organisation sieht die Parteiführung nicht nur eine Chance zu mehr eigener Einflussnahme. Vielmehr erhofft sie sich dadurch transparente, allseits – eben nicht nur den círculos – zugängliche und vor allem wirkmächtige Partizipationsmechanismen, besonders im Feld der E-Demokratie (vgl. Pizarro/Labuske 2015).

Auf der anderen Seite fordern die círculos neben Horizontalität eine *effizientere Organisation*. So wird seitens der Getafe-Gruppe immer wieder eine transparente und operative Parteistruktur gefordert, so bei der Nachbesprechung der Kommunalwahlen vom Mai 2015:

Man kritisiert, dass ein Teil der Mitglieder des Consejo Ciudadano [lokales Koordinationsgremium] sich nicht stärker an der Kampagne von Podemos beteiligt habe. In

um die eher horizontalen Versammlungspraktiken von Podemos zu erfassen, es gilt zu beachten: Auch sie hat blinde Flecken, besonders in der Frage der Machtverhältnisse.

Zukunft sollten die Koordinatoren überlegen, ob sie genügend Zeit für ihre Vorhaben haben.

Es wird vorgeschlagen, dass die Aufgaben deutlicher und klarer organisiert werden, dass konkrete Personen klare und definierte Funktionen erfüllen, und dass diejenigen, die sich für gewisse Aufgaben verpflichten, erst ihre technischen Fähigkeiten, ihr Wissen und, vor allem, die ihnen verfügbare Zeit abwägen, bevor sie sich dazu verpflichten, diese Aufgaben auszuführen. (Getafe, 27.5.2015)

Der círculo Getafe konfrontiert die regionale Podemos-Führung (*Consejo Ciudadano*) unmissverständlich mit dem Vorwurf, mangelnde Kompetenz und Engagement an den Tag zu legen. Viele Autorinnen sehen zu Recht in Begriffen wie Horizontalität, Autonomie, Konsens oder Versammlung in den círculos von Podemos ein radikaldemokratisches Momentum, das die Parteiführung nur ungenügend einlöst (vgl. Marzolf/Ganuza 2016: 104, Valdivielso 2017: 303, Fernández 2021: 125f.). Meist unbeachtet bleibt aber, dass sich die Parteibasis auch selbst als Teil eines Parteiprojekts mit Hierarchien und Führungsfiguren betrachtet. Auch das »Podemos von unten« ist Teil einer politischen Partei, die über Wahlgänge und Regierungsübernahmen die spanische Gesellschaft zu verändern sucht. So verdichten sich denn auch die gesichteten Protokolle rund um zwei Ereignisse. Dies sind die beiden Wahlgänge des Jahres 2015 – erst die Kommunal- und Regionalwahlen im Mai, dann die Parlamentswahlen im Dezember. Auf diese Momente der symbolischen Neuordnung des politischen Feldes wird begeistert hingearbeitet. Sowohl in Xixón als auch in Getafe verläuft die Kampagne graswurzelartig. Doch zugleich bemüht man sich hier wie dort darum, die Spitzenkandidatinnen von Podemos in die Versammlung zu bringen und sie dort sprechen zu lassen.

Dass Führung und Basis bei Podemos zusammenarbeiten können, zeigt die Dynamik in der sonst so führungskritischen Xixón-Gruppe. Die Kandidatin von Podemos für Asturien, die aus Xixón stammende Sofía Castañón, kommt am 1. Dezember 2015 zum círculo, um die Kampagne der Parlamentswahl vorzubereiten. »[F]ür sie sei es wichtig, die Vorschläge der Gruppe anzuhören, und das, was wir gemeinsam machen wollen. Es sei notwendig, eine Kampagne zu führen, mit der sich alle wohlfühlen« (Xixón, 1.12.2015), so führt das Protokoll in die Debatte ein. Die Kampagnenplanerin des círculo organisiert dann Arbeitsgruppen, aus denen verschiedene Vorschläge hervorgehen. Diese beginnen mit der spielerischen Idee einer Weihnachtskarte, die all die Wünsche auflistet, mit denen »wir uns alle identifizieren können« (ebd.). Später einigt man sich darauf, auch »in die Arbeitsstätten zu gehen, da nicht zu vergessen ist, dass wir von einer Arbeitertradition kommen« und den Fokus darauf zu legen, viel »Arbeit auf der Straße« zu machen, »Infostände, Flyer verteilen, Plakate kleben etc.« (Ebd.). Diese Ideen werden im círculo diskutiert, wobei vereinbart wird, dass man sich wegen der Kampagnenausrichtung nicht nochmals mit der Zentrale absprechen müsse. Die linksalternative Wählerplattform *Ahora Madrid*, die angeführt von Manuela Carmena im Mai 2015 die Kommunalwahlen in Madrid gewann, fungiert als Vorbild: »Der Sieg von Carmena in Madrid ist dem Engagement der Leute zu verdanken, nicht der Kampagne an sich.« (Ebd.)

Aufschlussreich ist ebenso die Nachbesprechung der Wahl, bei der Podemos in Asturien wie in Spanien drittstärkste Kraft (21 Prozent) und in Xixón (23,6 Prozent) zweitstärkste wird. In der Sitzung vom 8. Januar 2016 gründet sich prompt die Arbeitsgruppe

»Debatte und Sensibilisierung«, um die »vielen Synergien zu nutzen, die während der Kampagne entstanden und einen Raum der Debatte zu schaffen« (ebd., 8.1.2016). Sowohl die nun ins spanische Parlament gewählte Kandidatin Sofia Castañón als auch der asturische Podemos-Chef Daniel Ripa nehmen an der Sitzung teil und besprechen mit den Versammelten die Wahl. Castañón betont, dass sie mit dem Ergebnis zufrieden sei: Der Frauenanteil im Parlament sei deutlich erhöht, die Entwicklung von Podemos sehr positiv, sie habe in der Kampagne eine zusehends wachsende Unterstützung und sogar Enthusiasmus seitens der Leute gespürt. Letztlich bittet Castañón den círculo darum, sie immer wieder beharrlich daran zu erinnern, was außerhalb des »Parlamentsgebäudes« stattfindet, würde doch das eigentlich Wichtige »in der Gesellschaft« geschehen.⁸¹

Dass der Austausch zwischen unten und oben für Podemos selbst dort zentral ist, wo er weniger harmonisch als bei der Kampagnenbesprechung verläuft, zeigt die Sitzung vom 8. Januar 2016 in Xixón ebenfalls. An dem Tag kommen auch die Stadträte von Podemos zur Sitzung. Dort werden sie seitens der Versammelten dafür kritisiert, sich bei der Abstimmung über den Haushaltsentwurf der kommunalen Regierung *nicht* mit dem círculo abgesprochen zu haben. Dem widersprechen die Stadträte. Als Vertreter des lokalen Koordinationsgremiums von Podemos hätten sie die Kompetenz darüber, eigenständig entscheiden zu können. Aufgrund der manifesten Meinungsunterschiede wird letztlich ein Kompromissvorschlag eingereicht: »[E]ine Kommission wird gegründet, die ein Reglement für die Bürgerbeteiligung erarbeiten soll. Der círculo soll dies validieren und als *consulta ciudadana* [parteiinterne Abstimmung] bei Podemos einreichen.« (Ebd., Hervor. CL) Der Streit zwischen Basis und Führung wird hier zwar nicht gelöst, doch transparent über die etablierten Partizipationskanäle der Partei kanalisiert.

Bilanz: Strukturprobleme eines linken Populismus Die Diskursanalyse von unten der círculos Getafe und Xixón liefert einen wertvollen Kontrapunkt zur politischen Diskursanalyse von Podemos. Die Rekonstruktion der beiden Basisgruppen legt den Blick frei für die Rückseite eines Parteiprojekts, das aus weit mehr besteht als nur den Reden seiner Führungsfiguren. In beiden círculos klingen jene Versammlungen von Indignados nach, die erst im Frühjahr 2011 auf den besetzten Plätzen stattfanden und später auf Quartiersebene sedimentieren. Tatsächlich reartikuliert Podemos nicht nur die Forderungen des Empörungsdiskurses, die Partei nimmt diesen in ihre *Artikulationsform* auf. Podemos reaktiviert den Empörungsdiskurs gemeinsam mit der ihn auszeichnenden Praxis. Wenn die círculos von Getafe und Xixón eines hochhalten, dann sind es ihre Versammlungen. Die kollektive Praxis, die sich bei den Indignados als verdichtender Passagenpunkt erwies, ist dies auch für Podemos. Die Losung lautet: Aus dem Platz wird der Kreis, aber die Versammlung bleibt.

Der für den Podemos-Diskurs zentrale Signifikant »Demokratie« ist es auch für die Praxis seiner Basis. Genauso wie die Indignados streben die círculos nach möglichst

81 Die Geste, dass eine politische Repräsentantin anmahnt, »von außen« (Zivilgesellschaft) Druck »nach innen« (politische Sphäre) zu machen, erinnert an den Besuch von Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau bei der PAH, ihrer alten Aktivistinnenplattform. Es ist das Auszeichnungsmerkmal von Spaniens neuer Politik, dass sie die Grenzen zwischen dem politischen System und der Zivilgesellschaft öffnet, sie porös macht (siehe: Kap. VII.3).

offenen, symmetrischen und pluralen Deliberationspraktiken. Man denke daran, welche Mühen die beiden Gruppen daransetzen, sich möglichst demokratisch zu organisieren (wie mit dem internen Reglement der Getafe-Gruppe). Wie im Empörungsdiskurs gilt auch bei Podemos, dass die in den Versammlungen ausgeübte direkte Demokratie ein Ideal mit präfigurativer Strahlkraft ist. Deren Verwirklichung als alltägliche Praxis zeichnet den Zustand vor, der für die Gesamtgesellschaft angestrebt wird. So beschreibt Seguíns Begriff »populist proceduralism« eine Schlüsselfacetten des spanischen Linkspopulismus, die bei dessen Charakterisierungen meistens zu kurz kommt: seine *direktdemokratische Methodologie* (vgl. Rendueles/Sola 2018: 37).

Podemos ist nicht nur deshalb ein linkes, potentiell emanzipatorisches und demokratisierendes Parteiprojekt, weil es den Unten-oben-Konflikt artikuliert, um soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie zu fordern. Das geschieht auf der Vorderseite des Diskurses, etwa in den Reden des Parteivorsitzenden Iglesias oder in den Wahlprogrammen der Partei. Auf der Rückseite des Podemos-Diskurses aber, in den hunderten círculos, von denen zwei betrachtet wurden, wird Demokratie nicht nur gefordert, sie wird auch gelebt. Was Mouffe immer wieder konzeptuell fordert, geschieht hier praktisch. Die círculos machen die Demokratie zu ihrer *Existenzweise* (Kap. VI.3).⁸² Die Diskussionen darüber, wie eine politische Kampagne gestaltet, wie neue Wählerplattformen auf kommunaler Ebene initiiert oder wie die Führung gegenüber der Basis zur Rechenschaft zu ziehen ist, mögen unbedeutend wirken. Aber sie zeigen, dass demokratische Praktiken mehr sind als ein reines System von Zeichen. Mit Mouffe (2008: 80), genauer, mit dem von ihr zitierten Wittgenstein gesagt, ist den zahlreichen Debatten der círculos rund um Reglements und Normen »das Befolgen demokratischer Regeln eingeschrieben«. Anders gesagt: Die Podemos-Gruppen zitieren eine *direktdemokratische Grammatik*, die die Parteistrukturen im engen Sinne transzendiert und auf die basisdemokratisch geprägte Gegenhegemonie der Empörung verweist.

Bei der Entstehung von Podemos Anfang 2014 liest die Parteiführung die spontane Gründung hunderter Basisgruppen noch als Bestätigung ihrer populistischen Hypothese. »Der Schlüssel für Podemos ist, dass die círculos nicht uns nachrennen, sondern dass wir den círculos nachrennen«, so resümiert Iglesias (zit. in Marzolf/Ganuza 2016: 102) die anfängliche Hoffnung, dass Podemos zum Reallabor einer Hybridisierung von Massenbewegung und Parteiprojekt werden könnte. Entsteht eine »Volkspartei neuen Typs« (Kim/Nonhoff 2022: 13ff.), die Spaniens politische Topographie nachhaltig umgestaltet? Dies zumindest scheinen Iglesias und Co. für einen kurzen Moment zu hoffen.

Die Begeisterung von Iglesias und Co. für die spontan entstandene Massenbasis der Partei währt freilich nicht lange. »Den Himmel erobert man nicht im Konsens, sondern im Sturm« – das von Marx stammende Diktum macht Iglesias am ersten Podemos-Parteitag im Madrider Vistalegre-Palast am 18. und 19. Oktober 2014 zu seinem Motto, und zwar mit doppelter Absicht. Vordergründig gebraucht es Iglesias als Aufruf, um ambitioniert zu sein, um sich nicht in der Kompromisslogik der Kultur der Transition zu ver-

82 Wie bei keinem anderen Phänomen sind die Widersprüche, die das Podemos-Projekt prägen, auch solche der Hegemonietheorie. Chantal Mouffe selbst entfernt sich in ihrer Verteidigung des Linkspopulismus (2018, 2015 mit Errejón) von der praxeologisch-wittgensteinschen Sicht, die sie auf demokratietheoretischem Terrain verfiht.

fangen (vgl. Zarzalejos 2016: 185f.). Zugleich aber richtet sich das Motto mahnend nach innen. Man dürfe sich nicht auf demokratisch vorbildliche, aber eben auch langwierige Partizipationsverfahren fixieren, sondern müsse Podemos zu einer vor allem effizienten Organisation machen, die in der Lage sei, das sich ihr anbietende Gelegenheitsfenster zu nutzen, so die Botschaft von Iglesias an die Basis.

Iglesias' Botschaft wird gutgeheißen. In Vistalegre gewinnt mit 80,7 Prozent in einer telematischen Abstimmung, an der sich die Hälfte der Eingeschriebenen (112.070 von 205.750) beteiligen, die Liste *Claro que Podemos* (Natürlich können wir) der Parteigründer Pablo Iglesias, Íñigo Errejón, Carolina Bescansa, Juan Carlos Monedero und Luis Alegre. Mit dieser Liste bekommt Podemos eine neue Organisationsstruktur, sie ist nicht länger eine offene Bürgerplattform, sondern eine geschlossene Partei, in welcher der frisch gewählte Generalsekretär Pablo Iglesias gemeinsam mit einem Koordinationsgremium (*Consejo Ciudadano Estatal*) weitgehende Lenkungskompetenzen innehat. So wird Podemos zu einer im spanischen Vergleich zwar immer noch deutlich demokratischen Partei (vgl. Castaño 2019: 57), sie nimmt aber nun eine pyramidale Struktur an, bei der die Parteiführung führt und entscheidet. In der Tatsache, dass wichtige Entscheidungen (etwa über eine Regierungsbildung) mittels telematischer Voten der Mitglieder bekräftigt werden sollen, erkennen Kritikerinnen weniger ein Moment von interner Demokratie als eine plebiszitäre Tendenz, die dem scheinheiligen Zweck dient, der Parteiführung lediglich ein demokratisches Antlitz zu geben (vgl. Rodríguez 2016: 92ff.).

Nun geht es hier nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, diese Verwandlung von Podemos hin zu einer relativ traditionellen Partei aus ihrer Artikulationsdynamik heraus zu verstehen. Die Parteigründer glauben im Herbst 2014, kurz vor dem Wahlzyklus von 2015, eine Entscheidung über »ihr« Projekt treffen zu müssen. Soll Podemos eine offene, basisdemokratische, doch zugleich heterogene und möglichenfalls eine mit sich selbst beschäftigte Plattform bleiben? Oder soll die Partei zu einer effizienten Organisation werden, die sich geschlossen und kohärent rund um einen klar identifizierbaren Diskurs artikuliert? Die Führung schwenkt, getragen durch das demokratische Votum der Mitglieder, auf letzteres ein. Iglesias, Errejón und Co. treiben den Umbau zum *Parteiprojekt* Podemos an, doch zugleich sind sie Getriebene – ihrer populistischen Hypothese. Dem politologischen Führungsduo Iglesias und, besonders, Errejón schwebt das Ideal eines Projekts vor Augen, das sich »populistisch« nach Laclau artikuliert, das also ein Volkssubjekt konstruiert, Antagonisten benennt, Äquivalenzketten schmiedet und den politischen Raum in zwei Teile spaltet. Sie möchten, dass Podemos zum populistischen Projekt *avant la lettre* wird. Dieses Projekt soll, mit Marzolf/Ganuza (vgl. 2016: 101) gesagt, alle Kämpfe der Empörungsjahre in einem Kampf verdichten.

Die Organisation von Podemos hin zu einem stärker strukturierten populistischen Projekt Ende 2014, als die Partei mitten in einem demoskopischen Höhenflug, einer euphorischen Beteiligungswelle und kurz vor wichtigen Urnengängen steht, dürfte unausweichlich gewesen sein. Zumal von Beginn an Podemos als eine Initiative antritt, die den Unten-oben-Konflikt in die politische Institutionen trägt und auf die Regierungsgewalt zielt. Weiterhin fehlt der jungen Partei jene organisatorische Basis, über die *Syriza* oder *La France Insoumise* verfügen (vgl. Kioupkiolis/Katsambekis 2018: 209f., Castaño 2019: 58f.). Jene Kräfte können auf bestehende Organisationen und Bündnisse aufbauen, ihre Artikulation reaktiviert organisch gegenhegemoniale Akteure. Podemos hinge-

gen ist, zugespitzt formuliert, eine Initiative, die auf organisatorischer Ebene in einem fast schon luftleeren Raum entsteht. Einige dutzend kritische Akademiker schließen sich zusammen, um die Initiative in Top-down-Manier zu lancieren. Die linksradikale Splittergruppe *Anticapitalistas* liefert einen behelfsmäßigen organisatorischen Unterbau (vgl. Gil 2104). Dass es dabei nicht bleiben kann, ist auch für die sich bildende Basis von Podemos offensichtlich. Es sei daran erinnert, wie die círculos in Xixón und Getafe regelmäßig mehr interne Organisation fordern, sich engagieren für klarere Kommunikationsabläufe, mehr Transparenz, eine effiziente Infrastruktur oder eben eine funktionierende Parteidemokratie, in der die Basis die Führung zur Rechenschaft ziehen kann.

Festzuhalten bleibt: Podemos artikuliert sich als Diskursgefüge – im engen wie im weiten Sinne verstanden. Podemos ist ein Ensemble von Zeichen, es ist aber auch ein materialisiertes Gefüge von verkörperten Praktiken, Räumen, Infrastrukturen und tradierten Regelmäßigkeiten. Der Diskurs ist Zeichen, Praxis und Materialität – eines der Leitmotive dieser Untersuchung trifft auch für den spanischen Linkspopulismus in aller Deutlichkeit zu. Die theoretisch versierte Podemos-Führung allerdings vertritt *nicht* einen solchen holistischen Diskursbegriff, zumindest nicht in den Jahren 2014 bis 2016. Iglesias, Errejón und Co. glauben, dass die Stärke »ihres« Projekts in seiner populistischen Diskurslogik, in der ausgefeilten Strategie der Parteispitze gründet. Genau an diesem Punkt jedoch erweist sich die *politologisch* und *semiotisch* enggeführte Laclau-Lektüre des Parteistrategen Errejón als verhängnisvoll. Ein Projekt, das nur dann gesellschaftsverändernd wirkt, wenn es auf diskursiver Ebene ein Volk schafft, und das nur dann politisch ist, wenn es in den politischen Institutionen groß wird, reduziert die Frage der Organisation auf eine bloße Funktionsbedingung. Man müsse, so Errejón (2015a: 15), auf das »Was«, also die Inhalte, fokussieren, über das »Wie«, also die parteiinternen Verfahren, lasse sich später verhandeln. Die Organisation muss effizient funktionieren, damit wir, die Führung, den richtigen Diskurs nach Laclau artikulieren – so ließe sich polemisch die Maxime resümieren, die ab Herbst 2014 bei Podemos gilt.

Weder Errejón noch Iglesias leugnen, dass die Artikulation von Podemos als ein effizientes und kohärentes Projekt mit Widersprüchen einhergeht. Auf letztere müsse man sich eben einlassen, Politik sei ein raues Unterfangen, Ideale lassen sich nicht reinhalten, so unterstreicht Errejón (vgl. 2014a) immer wieder. Mit Blick auf das Podemos-Projekt begeht indes die sonst so versierte Führung mit der Unterordnung der Organisations- unter die Diskursfrage einen zentralen strategischen Fehler, der ironischerweise aus einem *Zuviel an Strategie* folgt. Podemos artikuliert sich eben nicht in einem Vakuum, sondern aus der Gegenhegemonie heraus, die mit den Indignados entstand. Die Dynamik der beobachteten círculos erinnert daran, dass die Teilnehmerinnen genauso wie die Sympathisanten nicht bloß eine bessere, sondern vor allem eine *andere Partei* wollen – eine Partei, in der die Institutionalisierung einer direktdemokratischen Methodologie gelingt und in der sich eine aktive Basis artikulieren kann. Diesen Anspruch aber blocken Errejón, Iglesias und Co. weitgehend ab.

Der Gegensatz zwischen einer politischen Artikulationspraxis, die sich durch eine expansive, mehrheitsorientierte Dynamik auszeichnet und einer »Politik des Raumes«, die sich eher nach innen richtet und soziale Räume verstetigt (Kap. VI.2), wird bei Podemos in Ansätzen zu einem *realen Gegensatz*. Während die círculos für eine gleichsam verwurzelte Organisation eintreten, die organisch in der Zivilgesellschaft wirkt, plädiert

die Parteiführung für eine territorial eher entwurzelte, dafür aber medial umso präsen-tere Partei. Iglesias und Co. denken den Podemos-Diskurs von seiner Zeichenhaftigkeit her, die círculos denken ihn von seiner Materialisierung her, so lautet der zugespitzte Widerspruch zwischen Führung und Basis. Dieser Widerspruch zieht sich in das nor-mative Leitbild der neuen Partei hinein.

Es ist bezeichnend, dass in den Statuten von Podemos den círculos wenige Kompe-tenzen zuerkannt werden. Wie die Basisgruppen zur parteiinternen Demokratie beitra-gen, bleibt ungeklärt. »[D]ie círculos sind freiwillige und offene Gruppierungen, die an einem sozialen Wandel interessiert sind, der auf der Demokratie, der Würde [*la dignidad*] und den Menschenrechten gründet«, so die vage Formulierung in den Parteistatuten von 2015 (Podemos 2015b: 28). Die Basisgruppen sollen zwar in der Zivilgesellschaft aktiv sein und all jene sozialen Bewegungen unterstützen, die »im Einklang« mit Podemos stehen (ebd.: 34). Unklar aber bleibt, wie sich die círculos in die parteiinternen Strukturen ein-bringen können (vgl. Chironi/Fittipaldi 2017: 292). Wie lässt sich das Engagement vor Ort in den Parteiapparat einspeisen? Und damit entsteht an der Basis jenes präzise Gefühl von Macht- und Relevanzlosigkeit gegenüber einem scheinbar übermächtigen Apparat, das die círculos Xixón und Getafe immer wieder beklagen.

Für Podemos ist der Signifikant der Demokratie so zentral wie mehrdeutig. Ähn-lich wie bei den Indignados ist »Demokratie« bei Podemos sowohl repräsentativ als auch direktdemokratisch aufgeladen. Er impliziert sowohl das Versprechen, das bestehende politische System zu demokratisieren als auch die Idee, sich basisdemokratisch zu or-ganisieren und politisch zu artikulieren. Iglesias, Errejón und Co. verschließen sich die-ser Mehrdeutigkeit, sie halten ab Herbst 2014 immer stärker das repräsentative Moment hoch und beschneiden das direktdemokratische. Diese Verengung des linkspopulistischen Projektes entzieht nach innen, gegenüber der Parteibasis, Vertrauen. Die einst so zahlreichen círculos dünnen ab 2016 personell aus und verwandeln sich oft in Karteilei-chen.⁸³ Nach außen wiederum setzt sich der Eindruck durch, dass sich Podemos an seine Kontrahenten und an die Kultur der Transition angleicht (dazu: Kap. VII.2.c), ja sogar, dass der ganze Diskurs von Iglesias und Co. letztlich wenig mehr als ein wohlinszenier-tes Angebot der Empörung an das empörte Segment der Wählerschaft ist. Nun ist eine so platte Diagnose sicherlich irreführend. Auch Podemos hinterließ und hinterlässt in Spaniens Gesellschaft Spuren. Die Partei hat, so wird die Gesamtschau nochmals unter-streichen, die Gegenhegemonie der Empörung deutlich gefestigt (Kap. VII.1c).

Und doch bleibt der Eindruck, dass der spanische Linkspopulismus selbst in seinen hier analysierten furiosen Anfangsjahren von Anfang 2014 bis Anfang 2016 seine doppel-te Natur als eine spaltende populistische Semantik *und* als eine kollektive basisdemokra-tische Praxis *nicht* umzusetzen wusste. In der Artikulation von Podemos war potentiell beides angelegt, der emanzipatorische Gesellschaftsentwurf genauso wie die direktdemokratischen Verfahren. Aber die Parteiführung und die Parteibasis setzten verschie-dene Schwerpunkte. Während die einen von oben ihren Traum eines von Lateinamerika nach Spanien übersetzten Populismus träumten, der rund um ein neues Volkssubjekt

83 So fordert die Xixón-Gruppe bereits im Mai 2015 eine politische Reaktivierung der círculos (»sie zeichnen Podemos aus«) und eine Rückkehr zur »sozialen Mobilisierung« (Xixón, 14.5.2015; ähn-lich: Getafe, 16.4.2015).

und neue Führungsfiguren ein anderes Spanien entwarf, hielten die anderen von unten eigensinnig an ihren Versammlungspraktiken fest. Die einen wie die anderen beharrten auf ihren Positionen, sie wussten die Spannung nicht auszuhalten. Dass es dem Parteiprojekt Podemos nicht gelang, seine Semantik und seine Praxis so zu vernähen, dass daraus zwar kein widerspruchsfreier, aber wahrscheinlich ein kohärenterer und langfristig resilienterer Linkspopulismus hätte entstehen können, macht seine eigentliche Tragik aus.

VI Eine erweiterte Hegemonietheorie

Dieses Kapitel blendet die empirische Auseinandersetzung auf die Theoriebildung zurück. Die folgenden Ausführungen sind zwar konzeptueller Natur, sie werden aber durch die empirische Auseinandersetzung informiert. Faktisch ist der hier zu entwerfende Begriffsapparat *nicht* zu trennen von den vier großen empirischen Schritten, die mit der historischen Rekonstruktion der Kultur der Transition (Kap. II) begannen und ihren Angelpunkt in der Analyse der Entstehung, Verfestigung und parteiförmigen Reaktivierung der Gegenhegemonie der Empörung fanden (Kap. III, IV, V). Die Weiterentwicklung des Ansatzes von Laclau und Mouffe in Richtung auf eine postfundamentalistische Sozialtheorie ist zwar um systematische Kohärenz bemüht, bestrebt aber keine restlose Geschlossenheit oder Begriffshypostasierung. Wer das postfundamentalistische Axiom ernst nimmt, demnach sich die Momente von Kontingenz und Ordnung in einer historischen Bewegung verschränken, sollte Theoriearbeit stets mit Bescheidenheit betreiben.

Und doch entfalte ich einen Analyserahmen, der in der Hegemonietheorie verankert ist, diese aber systematisch weiterdenkt – weshalb die vorliegende Forschungsskizze selbstbewusst eine erweiterte Hegemonietheorie präsentiert. Dieser Theorieentwurf ist im Dialog mit der Empirie entstanden, er wird aber ebenso von der systematischen Auseinandersetzung mit Laclau/Mouffe wie auch von Gramscis Intuitionen informiert (Kap. I). Mehr noch, mein Vorhaben besteht in einer theoriesynthetischen Bewegung. Eine erweiterte Hegemonietheorie zielt darauf, verschiedene, in ihren Grundintuitionen aber konvergierende Bewegungen im Feld des Poststrukturalismus und, genereller, der Kulturtheorie, zu einem *einheitlichen* Forschungsprogramm zusammenzuführen. Ich entwerfe einen Ansatz, der zugleich die Konstruiertheit *und* die Materialität, den Symbolcharakter *und* die Sinnlichkeit, die politischen Artikulationschancen *und* die Sedimentierungstendenzen sozialer Verhältnisse würdigt.

Die hiesige Forschungsskizze setzt zunächst bei der Entformalisierung von Laclau/Mouffe und der Neuausrichtung der Hegemonietheorie an, um einen starken Begriff der Praxis zu entfalten (Kap. IV.1). Dies erlaubt, den Begriff der Artikulation umzubauen. Artikulationen sind mehr als Äquivalentsetzung von Zeichen, sie sind umfassende Konfigurationen von Zeichen, Praktiken, Körpern und Dingen (Kap. IV.2). Derart gewappnet, plädiere ich dafür, dass eine erweiterte Hegemonietheorie das Phänomen der Kollektivität nicht nur von der Seite des antagonistischen Außen behandeln darf, sondern auch

auf das blicken muss, was im Inneren von Kollektivität geschieht. Jede Gemeinschaftsbildung prägen Affekte, Solidaritätspraktiken sowie immanente Machtbeziehungen (Kap. IV.3). Zuletzt komme ich auf den Begriff der Hegemonie zurück. Hier betrachte ich das Moment hegemonialer Ordnungsbildungen von jener strukturellen Seite her, die Laclau/Mouffe vernachlässigen. Die Kategorie der Sedimentierung wird in ihren zeitlichen wie räumlichen Dimensionen erlauben, Hegemonie ganzheitlicher zu fassen. Die soziale Reproduktion wie die politische Artikulation der Hegemonie rücken so in den Fokus – und bieten eine Antwort auf die Frage, wie Gesellschaft politisch gestiftet wird (Kap. IV.4).

1 Entformalisierung im Zeichen der Praxis

Laclau/Mouffe gebrauchen einen holistischen Diskursbegriff. Sie setzen das Soziale mit dem Diskursiven gleich, jedes sinnbehaftete Phänomen erscheint bei ihnen als diskursives Phänomen (Kap. I.1.a). Dieser umfassende Diskursbegriff erweist sich im Terrain des Poststrukturalismus als Auszeichnungsmerkmal. In unmissverständlicher und fast unübertroffener Deutlichkeit plädiert die Hegemonietheorie dafür, dass eine *diskursive Neubeschreibung* des Sozialen möglich ist, dass sich folglich Gesellschaft als Ensemble von Diskursen beschreiben lässt. Allerdings krankt dieses ambitionierte (und provokante) Vorhaben an einem grundsätzlichen Problem. Laclau/Mouffe gebrauchen einen ambivalenten Diskursbegriff, der zwischen seiner strukturalistischen Fassung (Diskurs als Differenzsystem) und seiner sprachpragmatischen (Diskurs als Praxis) oszilliert (Kap. I.1.a). Das Autorenpaar behauptet zwar, dass es mit Wittgenstein die Entstehung von Bedeutung an praktische Gebrauchskontexte zurückbindet, de facto wird jedoch ein anderes Programm verfolgt. In strukturalistischer Manier wird das Soziale nach dem Muster eines Textes gelesen. Bedeutung wird demnach durch Differenzsysteme und eben nicht durch Praktiken erzeugt. Das Versprechen, dass in einem poststrukturalistischen Ansatz prinzipiell beide Diskurstraditionen vereinbar sein können, wird von Laclau/Mouffe *nicht* eingelöst. Ihre Schlüsselbegriffe von der Äquivalenz- und Differenzlogik über den Antagonismus bis hin zum leeren Signifikanten bleiben einer textualistischen Perspektive verhaftet, die Derrida durch die Brille Saussures liest. Zugespißt gesagt: Laclau/Mouffe entwerfen keine Diskurstheorie als Gesellschaftstheorie, sondern eine *Zeichentheorie* als Gesellschaftstheorie.

Der Schritt, der folglich für eine erweiterte Hegemonietheorie vor allen anderen zu stehen hat, besteht darin, das Missverhältnis zwischen Strukturalismus und Praxeologie zugunsten letzterer zu korrigieren. Erst wenn die Dimension der Praxis als zentrales Moment bei der Erzeugung von Sinnmustern gewürdigt wird, kann ein holistischer Diskursbegriff konzeptuell und vor allem analytisch überzeugen. Um die Hegemonietheorie praxeologisch zu wenden, steht zunächst eine typisch strukturalistische Bewegung an, nämlich das Ersetzen eines Begriffes, den der *Logik*, durch einen anderen von Wittgenstein stammenden, den der *Regel*.

Der Begriff der Logik spielt besonders beim späten Laclau (ab 1990) sowie in der *Essex School of Discourse Analysis* (Howarth/Glynos 2007) in systematischer Hinsicht fast schon die Rolle eines *master signifier*. Der Logikbegriff panzert an zwei Schlüsselpunkten die textualistisch-strukturalistische Engführung der Hegemonietheorie. Zunächst wird der

Begriff der Artikulationslogik gebraucht, um eine Grundbewegung zu bezeichnen, die angeblich *alle* Artikulationspraktiken auszeichnet: die konstitutive Spannung der Logiken von Differenz und Äquivalenz. Die Logik der Differenz betont die Abgrenzung der Diskursmomente, die der Äquivalenz ihre Austauschbarkeit (Kap. I.1.b). Ähnliches gilt beim Begriffspaar Soziales und Politisches. Hier meint die Logik des Politischen die Dimension der Instituierung sozialer Verhältnisse, während die Logik des Sozialen auf die Sedimentierung dieser Verhältnisse abzielt (Kap. I.1.c).

Der Begriff der Logik erfüllt damit in der Hegemonietheorie eine quasi-transzendente Funktion. Für Laclau, und grundsätzlich auch für Mouffe, ist der Logikbegriff deshalb unerlässlich, weil erst er den Anspruch auf eine kohärente und in sich geschlossene Theorie einlöst. Erst der Begriff der Logik gestattet es, von angeblich ontologischen Grundprinzipien auszugehen, die diskursive (d.h. soziale) Vorgänge *immer* strukturieren. Die Differenz- und die Äquivalenzlogik prägt Artikulationspraktiken zutiefst, zwingt sie doch dazu, antagonistische Grenzziehungen und die Einrichtung von leeren Signifikanten als Merkmal aller Artikulationen anzunehmen. Analoges gilt auf der Ebene des Sozialen und Politischen, wo die Zwei-Welten-Lehre zwischen einer Sphäre der Sedimentierung und einer der politischen Reaktivierung ebenfalls durch die scheinbar notwendige Trennung resultiert, die mit der Rede von zwei grundsätzlich unterschiedenen Logiken einhergeht.

Trotz dieser systematischen Schlüsselstellung bleibt merkwürdig ungeklärt, woher der Logikbegriff stammt und wie sich seine Schlüsselstellung erklärt. Fast schon ahistorisch schwebt die Logik der Artikulation und des Politischen/Sozialen über einem Ansatz, der eigentlich in Abgrenzung zum ökonomistischen Vulgärmarxismus als radikal historisierter antritt. Was also heißt Logik bei Laclau? Die zentrale Definition lautet: »I would characterize it [a social logic] as a rarefied system of objects, as a ›grammar‹ or cluster of rules which make some combinations and substitutions possible and exclude others.« (Laclau in Butler et al. 2000: 76) Mit dieser Definition ist vorsichtig umzugehen. Denn die Grammatik oder, in meiner Diktion, die Regeln meinen bei Laclau etwas Spezifisches, nämlich die Abhängigkeit konkreter Phänomene und Kontexte von übergeordneten Regelmäßigkeiten, die das Soziale – und das Politische – strukturieren, *ohne* von den je konkreten Phänomenen abzuhängen (Laclau 1993: 21). Die Formel lautet, dass sich die *Form* der Phänomene von ihrem Inhalt abtrennen lässt:

I argued that the formalization of the Saussurean model by the Copenhagen and Prague Schools made possible the cutting of the umbilical cord of linguistic categories with the phonic and conceptualized substances and, thus, opened the way to a *generalized semiology* (a science of operations of signs in society, which Saussure had advocated but failed to constitute). Thus Barthes, in the 1960s, tried to see how linguistic categories such as the distinctions signifier/signified, syntagm/paradigm, and so on, could operate on the level of other social grammars: the alimentary code, the fashion system, furniture, and so forth. Today, of course, we have move moved well beyond Barthes, but the possibility of generalizing the use of linguistic categories to various levels of social organization is as valid as it was in the 1960s. It is in this precise sense that many of us have tried to introduce linguistic and rhetorical devices into the study of politics. (Laclau in Butler et al. 2000: 189f., Hervorheb. C. L.)

Die generalisierte Semiologie, für die sich Laclau im Gefolge von Saussure und Roland Barthes stark macht, findet ihre Möglichkeitsbedingung darin, dass sie ihre Analysekategorien von den analysierten Phänomenen *abtrennt*. Sie geht von formalisierten Grundlogiken aus, die das soziale Leben angeblich so strukturieren wie die Grammatik den Sprachgebrauch. Die Differenz- und die Äquivalenzlogik sowie die Logik des Sozialen und des Politischen übernehmen in der Hegemonietheorie die Rolle solch einer Grammatik. Gegen eine solche ist nichts einzuwenden, *wenn* diese Grammatik, wie Laclau direkt nach der zitierten Passage betont, sich auf ihre Gebrauchskontexte zurückbezieht: »[A] category such as the signifier has to be partially changed when we move from language to the system of fashion, and so on. This contamination of the abstract by the concrete makes the world of formal categories more a world of ›family resemblances‹, in the Wittgensteinian sense.« (Ebd.: 190) Laclau beschreibt treffend, wie eine nicht mehr strukturalistische, sondern poststrukturalistische Diskurstheorie ausgerichtet sein *muss*, die generalisierte Regeln stets auf konkrete Praxiszusammenhänge zurückblendet. Entgegen Laclaus Ansage bleibt in der Hegemonietheorie diese wechselseitige Dezentrierung von diskursiver Regelhaftigkeit und konkreten Praktiken jedoch *abwesend*.

Die Logiken, die nach Laclau/Mouffe soziale Verhältnisse strukturieren, sind formale Prinzipien. Der hegemonietheoretische Ansatz – und jede Operationalisierung von ihm – stellen stets die Logiken von Äquivalenz und Differenz, das Ziehen antagonistischer Grenzziehungen und die Einrichtung von Knotenpunkten und/oder von leeren Signifikanten ins Zentrum. Die Frage, ob und wie diese Logiken durch die Zusammenhänge, auf die sie angewendet werden, verschoben werden könnten, stellt sich im Normalfall nicht. Stets erscheint die Hegemonietheorie als ein formalistischer (und formalisierbarer) Ansatz. Und selbst dort, wo der Begriff der Logik in der Kritik steht, wird von einem klar begrenzten Pool an diskursiven Beziehungen ausgegangen, die soziale Verhältnisse strukturieren (vgl. Marttila 2016: 128ff.). Auch meine Studie hat die Rede von Differenz- und Äquivalenzprinzipien beibehalten, sie hat sie als zugleich strukturierende und ihrerseits strukturierte Prinzipien begriffen. Meine integrative Perspektive orientiert sich an der Kritik von Judith Butler an Laclau:

If we understand, as Laclau suggests, this logic as operating *within* social practices, as the structural principle *internal* to social practices, then we accept a problematic topography that figures social practices as a kind of outer shell that encloses logical principles from which they are nevertheless ontologically distinguished. Social practices are thus figured in an external, contingent relation to the logical principles by which they are in some sense organized and motivated. Not only does the position appear ontologically dualistic, but it privileges the logical over the social and effectively precludes the possibility of the latter constituting the former. Thus logic can only have its own history, the conceptual history of prior logics, and that history will remain purified of any and all social content. (Butler 1993: 9, H. i. O.)

Butlers Kritik weist auf eine Grundproblematik hin, die Laclau/Mouffe und viele ihrer Schülerinnen bis heute betrifft. Es ist die vom linguistischen Strukturalismus vererbte und wiederbelebte Tendenz, strukturierende Prinzipien ausmachen zu wollen, die sich von sozialen Praktiken nicht verändern lassen. Der Begriff der *Logik* ist das klarste Sym-

ptom für eine einseitige Lektüre des Sozialen, die dieses zurückführt auf wenige Grundprinzipien – Differenz- und Äquivalenzlogik, Antagonismus, leere Signifikanten –, die eine eigene Dynamik oder, mit Butler, »its own history« besitzen. Die innere Logik des Diskurses bestimmt die Dynamik sozialer Praktiken und bleibt diesen doch grundsätzlich entzogen. Die problematische Formel lautet: Soziale Praktiken sind die untergeordnete abhängige Variable, diskursive Logiken sind die übergeordnete unabhängige Variable.

Eine wahrhaft holistische Diskurstheorie muss, so mein Plädoyer, diese Asymmetrie beenden. Nicht bloß die Symmetrie, sondern die *Verschachtelung* von diskursiven Logiken und von sozialen Praktiken muss ins Zentrum rücken. Dabei lässt sich die Hegemonietheorie gegen sich selbst wenden. Der Hinweis darauf, wie sich die Dimension der Praxis systematisch würdigen ließe, ist bereits im von Wittgenstein stammenden Diskursbegriff angelegt. Nun werde ich mit Wittgenstein und gegen Laclau/Mouffe den Begriff der Logik verwerfen und stattdessen mit Blick auf die strukturiert-strukturierenden Regelmäßigkeiten der Praxis von *Regeln* sprechen. Was Butler als Grammatik und ich, synonym dazu, als Regel begreife, nimmt eine dynamische Scharnierstellung ein, um den Diskurs von seiner strukturellen Dimension her zu betrachten und gleichzeitig zu betonen, dass jeder Sinnzusammenhang auf konkrete Praktiken zurückverweist: »[G]rammars work, as Wittgenstein remarked, to produce a set of use-based meanings that no purely local analysis can uncover.« (Butler in Butler et al. 2000: 170f.)

Das Ersetzen des Begriffs der Logik durch den der Regel ist der erste Schritt in Richtung einer erweiterten Hegemonietheorie. Mit Butler und Wittgenstein plädiere ich dafür, Diskurstheorie breiter aufzustellen, sie als Theorie der Zeichen *und* als Theorie der Praxis zu entwerfen. Es geht um eine Bewegung, welche Zeichen in ihre Gebrauchskontexte *einbettet*, die Regeln der Diskursstrukturen nur analytisch und graduell, aber niemals substantiell von den Praxismustern differenziert, die diese Regeln hervorbrachten, sie ständig verwirklichen und verschieben. Ich eigne mir Butlers Motto an: »[T]he sign must itself be resituated within discursive practices.« (Ebd.: 271) Diese Neusituierung bedarf einer doppelten Begriffsarbeit: Auf der einen Seite muss eine erweiterte Hegemonietheorie einen schlagkräftigen Praxisbegriff entwickeln, auf der anderen das Zeichen in seiner praktischen Verkörperung zu verstehen lernen. Um diese doppelte Aufgabe anzugehen, werde ich mich zunächst dem bei Laclau/Mouffe kaum ausgearbeiteten Praxisbegriff zuwenden und ihn so entfalten, dass er die Körperlichkeit, Situiertheit und partielle Eigendynamik von Praktiken stark macht, ohne dabei ihre diskursive Aufladung zu negieren. Dieser starke Praxisbegriff wird dann im nächsten Schritt die Frage zu beantworten helfen, wie ein praxeologisch geerdetes Verständnis von Artikulationspraktiken aussehen könnte.

Auf den Spuren einer sinnhaften, sozialen und sinnlichen Praxis Was ist Praxis? Um diesen bislang unterbelichteten Schlüsselbegriff zu betrachten und ihn als Ausgangspunkt für eine reformulierte Hegemonietheorie zu gebrauchen, hilft zum Einstieg eine Definition von Andreas Reckwitz (2008a: 192) weiter: »Praktiken sind sinnhaft regulierte Körperbewegungen, die von einem entsprechenden, impliziten, inkorporiertem Wissen abhängen.« Wertvoll an Reckwitz' Praxisbegriff ist, dass er die *Sinnaufladung* (»Wissen«) von Praxis zusammendenkt mit ihrer *Sozialität* (»Regulierung«) und *Sinnlichkeit* (»Körper«). Auf die-

se drei Aspekte gehe ich nun der Reihe nach ein. Zunächst legt mein Praxisverständnis genauso wie (fast) alle sozialwissenschaftlichen Handlungs- und Praxistheorien zugrunde, dass Praxis ein »mit Sinn oder Bedeutung verbundenes Verhalten ist« (Moebius 2008: 58). Die Sinnaufladung sozialer Praktiken ist nach meiner Leseart ambivalent. Jede Praxis verweist auf übergeordnete Sinnzusammenhänge, auf Diskursformationen im Sinne von Laclau/Mouffe. Die Praktiken sind teilweise Echoräume diskursiver Regeln. Deren strukturiert-strukturierende Regeln reichen über einzelne Praxismuster hinaus und schreiben sich in diese ein. Diskurse reproduzieren sich in Praktiken. Jede Analyse der Praxis muss zumindest teilweise eine Analyse von Zeichen bleiben. Freilich bleibt die semiotische Einschreibung, und das ist ihre andere Seite, gebrochen und widersprüchlich. Praktiken spiegeln nicht einfach Zeichenordnungen. Denn Praktiken werden nicht bloß durch explizite, sondern besonders durch implizite Sinnmuster geprägt. Die Dimension des impliziten Sinnes wird je nach Theorietradition als Know-how-Wissen, konjunktives Wissen (Mannheim) oder *tacit knowledge* (Polanyi) bezeichnet – entscheidend dabei ist, dass eine unbewusste oder nur teilbewusste Inkorporierung sozialer Strukturen stattfindet. Wie Bourdieu (vgl. 1987: 729ff.) mit dem Begriff des Habitus deutlich macht, schreibt sich die soziale Wirklichkeit als ein Differenzsystem in alltägliche Handlungs- und Orientierungsschemata ein. Übergeordnete Sinnordnungen verstetigen sich in Praktiken, um sich dort als materialisierte und verkörperte Ordnungen zu reproduzieren.

Mit Blick auf die Dimension des impliziten Sinnes ist eine Top-down-Perspektive von Zeichen zu Praxis immer unzureichend. Praktiken bleiben zumindest teilweise *eigenständig*. Die Inkorporierung von Sinnmustern verläuft als ein dynamischer Prozess. Jede Wiederholung von Praxis ist auch, wie unten noch zu erläutern ist, eine Verschiebung von Bedeutung. Mehr noch, mit Blick auf das Sprachverständnis Wittgensteins steht das bedeutungsgenerierende Potential sozialer Praktiken im Vordergrund. Diskursive Codes schreiben sich nicht nur in Praktiken ein. Jedes Zeichen ist eine Praxis, es wird in Zusammenhängen der Praxis generiert und diffundiert. »Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache«, mit Maximen wie dieser macht Wittgenstein (1984: § 43) darauf aufmerksam, dass Bedeutung nicht nur durch übergeordnete Sinnsysteme vorgegeben wird, sondern immer auch durch konkrete Gebrauchskontexte, durch Praktiken, entsteht. Somit darf eine Analyse von Sinnmustern nicht diskursreduktionistisch verfahren, sie muss sich stets zugleich als Praxeologie aufstellen. Die feingliedrige Rekonstruktion der, mit Reckwitz (2008b: 45) gesagt, körperlichen, mentalen, materialen und psychischen Bedingungen, »unter denen Diskurse vollzogen werden«, ist genauso wichtig wie eine zeichenzentrierte Analyse. In jeder noch so unauffälligen Praxis schwingen verstetigte Sinnstrukturen mit, die erst die Analyse dieser Praxis teilweise decodiert.

Die Sinnaufladung ist ein wichtiges, doch nicht das einzige Definitionsmerkmal meines Praxisverständnisses. Ergänzend dazu steht als zweites Kennzeichen die *Pluralität*. Strenggenommen sind auch dort, wo von einer Praxis im Singular die Rede ist, stets Praktiken im Plural im Spiel. Keine Praxis geschieht allein, immer sind es vielzählige, sich überlappende Praktiken, die sich in einem konkreten Raum-Zeit-Kontinuum entfalten, an denen menschliche Körper genauso wie nichtmenschliche Objekte beteiligt sind. Praxis heißt, so Hirschauer (2017: 91), »nicht das Ausführen indi-

vidueller Pläne oder Entscheidungen, sondern eine körperlich vollzogene Koaktivität in Wechselwirkung mit anderen Entitäten«.

Was schon bei Reckwitz anklang, wird dank Hirschauers Verständnis von Praxis als »Koaktivität mit anderen Entitäten« noch deutlicher. Gegenüber Webers klassischem Begriff des sozialen Handelns¹ verweist die hier verfochtene Praxiskonzeption darauf, dass sich die menschliche Tätigkeit nicht auf die Intentionalität (im Extremfall: die Kosten-Nutzen-Kalkulation) eines Einzelsubjekts reduzieren lässt, sondern eher einem Handlungsstrom gleicht, das kein souveränes Zentrum und keinen rationalen Ursprung besitzt (vgl. ebd.: 93). Somit stellt ein poststrukturalistisches Praxisverständnis die im Handlungsbegriff eingeschriebene Individualisierung in Frage und betont, dass Praktiken selbst dort, wo sie individualisiert geschehen, immer in einer sozial geprägten Umwelt stattfinden. Praxis ist Koaktivität. Menschliche Praxis stützt sich auf Andere und auf Anderes, um sich zu entfalten.

Jede Praxis ist eine *verteilte* Tätigkeit. Auf der einen Seite öffnet sie sich als soziale Interaktion gegenüber anderen Menschen auf linguistischer Ebene, so wenn beim Sprecherwechsel »Redebezüge distribuiert« werden, wie auch auf nichtlinguistischer Ebene, wenn verschiedene Individuen (im Handwerk oder beim Sport) ergänzende Beiträge zu einer gemeinsamen Tätigkeit leisten (vgl. ebd.: 94). Andererseits sind Praktiken nicht nur koaktiv im Sinne ihrer Intersubjektivität, sondern auch im Sinne ihrer Interaktivität, in ihrem Gebrauch von Artefakten (vgl. Hirschauer 2016: 53). In Orientierung an Hirschauer (vgl. ebd.: 52) spreche ich in dieser Arbeit (anders als der Neomaterialismus) nicht davon, dass Objekte oder Artefakte handeln, sondern dass sie menschliche Praxis »präfigurieren« und »disponieren«, gewisse »Gebrauchssuggestionen« nahelegen.² Die angesprochene Aufladung der Praxis mit einem impliziten Sinn ist stets auch ein Wissen darum, wie mit den Dingen umzugehen ist. Dass wir im Vollzug einer Praxis wissen, wie wir zu handeln haben, hängt damit zusammen, dass wir uns in einer vertrauten, mit Heidegger gesagt, zuhandenen Lebenswelt bewegen, die den Verlauf unserer Praxis vorzeichnet. Die Praxis der Platzbesetzung etwa, wie sie das Kapitel III verhandelte, besteht demnach genauso im Umgang mit Artefakten, wenn die Beteiligten Mikrofone benutzen, Stühle für die Versammlungen bereitstellen, Schlafsäcke und Zelte für ihre Übernachtungen vorbereiten wie auch in sozialen Interaktionen, sei es in den Debatten der Versammlungen, der alltäglichen Organisation des Camps oder der Durchführung gemeinsamer Protestmärsche.

Die Koaktivität führt zum dritten Merkmal meines Praxisverständnisses, die *Sinnlichkeit*. Praktiken vollziehen sich in einer Um- und Mitwelt, von der sie geprägt werden

1 »Soziales Handeln [...] soll ein Handeln heißen, welches seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten anderer bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist.« (Weber 2008: 3)

2 Die Entscheidung für einen anthropozentrischen Praxisbegriff hängt dabei maßgeblich mit meinen Forschungsgegenstand zusammen, in dem menschliche Praktiken der *treibende* Faktor sind. Eine noch stärkere Erweiterung des Praxisbegriffes auf das Nichtmenschliche kann sich aber beispielsweise in der Erforschung von Finanzmärkten oder anderer algorithmisch bestimmter Bereiche als durchaus sinnvoll erweisen (dazu: Seyfert 2019: 180–247).

und die sie ihrerseits prägen und verändern.³ Praktiken sind sinnliche Vorgänge, und zwar in dem doppelten Sinn ihrer Körperlichkeit und Materialität. Zur Körperlichkeit hilft erneut Hirschauer (2017: 91) weiter, der Praxis als eine Körperbewegung, präziser, als den »körperlichen Vollzug sozialer Phänomene« begreift. Jede Praxis geht mit körperlichen Selbst- und Fremdeinwirkungen einher. Wer wochenlang auf einem Platz campiert, stundenlang an Versammlungen teilnimmt, kocht oder aufräumt, aber auch eine Pressemitteilung oder ein Protokoll schreibt, der vollzieht eine Praxis mit und durch den Körper. Jede Praxis ist eine Form der »körperlichen Selbststeuerung« (ebd.: 92), sie beinhaltet intellektuelle wie sinnliche Lernerfahrungen (des Sehens, Hörens, Tastens usw.), von der Aneignung neuer Bewegungen über die Korrektur tradierter Sprechweisen hin zum Einüben neuer Interaktionsformen. Als oftmals habitualisierte Prozesse formen Praktiken die Körper, von denen sie ausgeführt werden. Der Körper wird damit zu dem, was Bernhard Waldenfels (2000: 253f.) eine »Umschlagstelle« der Praxis nennt: Kulturell generierte Sinnmuster gebrauchen den biologisch gegebenen Körper und verändern ihn, sie werden aber auch durch diese Körper begrenzt und in etwas anderes verwandelt.

Betrachtet man Praktiken als derart verkörperte Vorgänge, dann eröffnet sich der Blick auf die kollektiven Erlebensformen und sinnlichen Wahrnehmungen, die Praktiken auszeichnen (vgl. Reckwitz 2008b: 278). Sowohl wenn ein Individuum zu einem selbstständigen Akteur subjektiviert wird, indem es immer wieder gewisse Praktiken vollführt (etwa das regelmäßige Arbeiten), als auch wenn sich als Resultat von Praktiken neue Kollektivitäten bilden (etwa eine politische Organisation), dann trifft zu: Jede Praxis hinterlässt eine *somatische Spur*.⁴ Sie lässt sich zwar teilweise reflexiv versprachlichen, weist aber zugleich über die Sprache hinaus, weil sie sich körperlich verfestigt hat. Ob es der Habitus als »inkorporierte Sozialstruktur« (Bourdieu) auf der individuellen oder geteilten Formen der Affektivität auf der kollektiven Ebene sind – soziale Praktiken schaffen eine Wirklichkeit, die unmittelbar körperlich erfahrbar ist.

Dies führt zur Materialität der Praxis. Praktiken sind prozesshaft, doch sie stoßen auf etwas, das sie als Verfestigtes *begrenzt*. Die Umwelt, in und mit der sich Praxis entfaltet, ist zwar in letzter Instanz ein Produkt dieser Praxis. Ist allerdings diese Umwelt einmal entstanden, dann tritt sie der Praxis als Gegebenheit gegenüber. Die Wohnung, in der ich lebe; das Gebäude, in dem ich arbeite; die Straße, auf der ich fahre – sie erweisen sich als eine »gebaute Umwelt«, die als physisches Medium Praxisverläufe vorzeichnet und gleichzeitig einhegt (Sewell 2006: 70). Diese Materialität ist zwar in der Regel vertraut, sie ist in die Sinnmuster von Praktiken eingebettet. Gleichwohl muss man das Materielle als das Widerständige ernst nehmen, welches selbst dann Praktiken strukturiert, wenn sich die Sinnhaftigkeit dieser Strukturierung nicht unmittelbar erschließt, so im Falle einer urbanen Raumordnung, die gewisse Praktiken begünstigt und andere

3 Somit steht ein poststrukturalistisches und praxeologisches Praxisverständnis zumindest partiell in der Traditionslinie des materialistischen Praxisbegriffes von Karl Marx. Hier sei nur an dessen bekannte erste Feuerbachthese erinnert: »Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus ist [...], dass der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung* gefasst wird; nicht aber als *sinnlich menschliche* Tätigkeit, Praxis [...] Feuerbach will sinnliche – von den Gedankenobjekten wirklich unterschiedene Objekte: aber er fasst die menschliche Tätigkeit selbst nicht als *gegenständliche* Tätigkeit.« (Marx 1968: 190, H. i. O.)

4 Dies schließt an das Konzept des Soziosomatischen von Hirschauer (1989: 111) an.

verhindert (vgl. Callon/Law 1997: 171f.). Der in neomaterialistischen Zusammenhängen zentrale Begriff der Infrastruktur betont, dass das materielle Gefüge, etwa von Energienetzwerken oder Transportwegen, soziale Wirklichkeit mitkonstituiert. Die Materialität dieser Infrastrukturen ist weder ahistorisch noch unumstößlich, sie kann durch Ereignisse brüchig werden oder zusammenbrechen – und muss folglich immer wieder durch Praktiken aufrechterhalten werden (vgl. Tellmann/Opitz 2015: 173ff.).

Praxis zwischen Strukturalität und Performativität An diesem Punkt lässt sich beobachten, wie die drei Merkmale der Sinnaufladung, der Koaktivität und der Sinnlichkeit ein zugleich poststrukturalistisches wie praxeologisch ausgerichtetes Verständnis von Praxis gestatten. Praktiken als stabilisierte Verhaltensweisen vermitteln zwischen den oft auseinanderdividierten Dimensionen von Diskurs, Körperlichkeit und Materialität – und machen sowohl konstruktivistisch auf die Gemachtheit als auch (neo-)materialistisch auf die Faktizität des Sozialen aufmerksam. So gründet eine erweiterte Hegemonietheorie auf einem starken Praxisbegriff. Mehr noch, dieses Praxisverständnis orientiert sich am postfundamentalistischen Zusammendenken von Kontingenz und Ordnung. Meine Studie schlägt auch in ihrem Praxisbegriff einen Mittelweg zwischen den Positionen ein, welche die Dynamik und Performativität von Praktiken hervorheben und jenen, die deren Statik und Beharrungstendenzen betonen. Beides, Transformation *und* Reproduktion, gehört im Praxisbegriff zusammen und seitens einer erweiterten Hegemonietheorie gewürdigt. Dieses nicht neue (vgl. Reckwitz 2000: 617ff.), aber dennoch konzeptuell wie analytisch nur schwer einlösbare Leitmotiv führt zum vierten Merkmal des hier verfochtenen Praxisbegriffes. Es ist die schon eingeführte *Regel*.

In ihrer Kritik an Laclau plädierte Butler nicht dafür, die Strukturiertheit von Praktiken zu verabschieden, sondern diese Strukturiertheit in der Praxis selbst zu suchen. Anders als der Logikbegriff Laclaus geht mein wittgensteinscher Begriff der Regel von der Praxis als kleinster Analyseinheit aus. Allerdings bleibe ich nicht bei einzelnen Praktiken stehen, sondern fokussiere, welche Praxismuster sich herausbilden. Diese Ordnungen werden in gewissen Kontexten reproduziert, sie verweisen aber zugleich auf übergeordnete Sinnmuster. Übergeordnet *nicht* insofern, als sich der Diskurs in einem anderen Bereich als dem der Praxis reproduzieren könnte, sondern in dem Maße, als Zeichenstrukturen einerseits kollektiv sind, von vielzähligen Praktiken produziert werden, und sie andererseits als Praxisprodukte den konkreten Verhaltensabläufen immer vorgealtet sind. Es gilt: Zeichen werden durch geregelte Praktiken reproduziert, die Regeln der Praxis durch Zeichen mitproduziert.

Die poststrukturalistische Annahme, dass Diskurse gebrochene Strukturen sind, die erst durch Praktiken entstehen und sich reproduzieren, lässt sich mit dem hier verteidigten Praxisverständnis verbinden. Beide Seiten, die *Strukturalität* der Struktur und ihre *Gebrochenheit*, beschreiben gemeinsam das, was ich mit Wittgenstein als *Regel* oder *Regelhaftigkeit* verstehe. Sie sind die dynamischen Scharnierstellen zwischen den nur mehr analytisch trennbaren Dimensionen von Zeichen und Praxis. Zunächst gehe ich auf die strukturelle Seite von Praktiken ein. Diese sind verstetigte und typisierte Formen menschlichen Verhaltens, sie sind stabiler und subjektloser als einzelne Verhaltenseinheiten (vgl. Hirschauer 2016: 59f.). Gegenüber der Frage, wie sich Praxismuster herausbilden, erwidert eine an Wittgenstein geschulte Praxistheorie: Praktiken sind

regelgeleitete Verhaltensweisen. Jedes Tun wird durch Regeln strukturiert. Diese Regelbefolgung ist stets auch eine Regelaneignung. Menschliche Verhaltensweisen müssen eingeübt werden, sie müssen Schritt für Schritt lernen, Mustern zu folgen, sie müssen lernen, *wie* kulturelle Codes praktisch umgesetzt werden. Wittgenstein hält dies am Beispiel eines Schachspiels fest: »Es ist kein Zweifel, dass ich jetzt Schach spielen will; aber das Schachspiel ist dies Spiel durch all seine Regeln [...] Wo ist die Verbindung gemacht zwischen dem Sinn der Worte ›Spielen wir eine Partie Schach!‹ und allen Regeln des Spiels? – Nun, im Regelverzeichnis des Spiels, im Schachunterricht, in der täglichen Praxis des Spielens.« (Wittgenstein 1984: § 197)

Praktische Regelhaftigkeiten fallen zwar nicht immer so streng aus wie beim Schachspiel, in der Grundsache aber gilt auch hier: Praktiken bestehen aus kollektiven Wissensordnungen, denen das Einzelsubjekt grundsätzlich nicht entinnen kann. Es muss sich ihnen im foucaultschen Sinne erst unterwerfen, bevor es durch diese Wissensordnungen zum handlungsfähigen – im Exempel: zum schachspielfähigen – Subjekt ermächtigt wird. Eine Regel, die nur für ein Einzelsubjekt gilt, gibt es nicht (vgl. ebd.: § 202). Vielmehr können nur geteilte, also sozial generierte Regeln eine punktuelle Verhaltensweise in eine stabile Praxis verwandeln.⁵

Die von mir verteidigte Praxisanalyse spürt diese Regelhaftigkeiten auf, indem sie im Anschluss an Butler auf die *Zitatförmigkeit* der Praktiken blickt. Jede menschliche Tätigkeit, vom Zähneputzen über das Essen bis hin zu den Schlafgewohnheiten, zitiert kollektive Sinnordnungen. Man muss sich dabei von der strukturalistisch-textualistischen Vorstellung lösen, dass der Sinn dieser Sinnordnungen gleich einem schon interpretierten Text objektiv gegeben wäre, und dafür aufmerksam werden, wie Praktiken der Rezeption, Aneignung und Diffusion Sinnstrukturen reproduzieren und verändern (vgl. Reckwitz 2000: 605–611). Die Stabilisierung von Zeichen in Praktiken geschieht im Zuge einer steten Zitierungspraxis (vgl. Butler 2006: 75). Jeder Sinngehalt wird durch körperlich geprägte, habitualisierte und materialisierte Verhaltensschemata zitiert und wiederholt (vgl. Moebius 2003: 237). Indem in verschiedenen Situationen immer wieder bestimmte Regeln zitiert und als Praktiken wirksam werden, erhalten diese Normen rekursiv ihre Wirksamkeit und machen auf diese Weise soziales Verhalten grundsätzlich erwartbar und vorhersehbar. Man denke an die Regel eines disziplinierten Arbeitsethos, die dadurch, dass sie in verschiedensten Zusammenhängen praktiziert wird (in der Ausrichtung von Routinen auf den Arbeitstag, der Priorisierung der Lohnarbeit vis-à-vis anderen Praktiken oder dem Entwurf einer auf Erwerbsarbeit zentrierten Biographie), dafür sorgt, dass die Lohnarbeit im Alltag zur normativ erwarteten Verhaltensweise aufrückt.

Durch wiederholte Regeln verhärten Diskurse zu einverleibten Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata. Sie machen a priori kontingente menschliche Verhaltensformen zu stabilisierten sozialen Praktiken und versehen diese mit einem spezifischen Sinn. Die Wirkmacht gewisser Zeichen ergibt sich hierbei nicht von selbst,

5 Mit Wittgenstein gesprochen: »Es kann nicht ein einziges Mal nur eine Mitteilung gemacht, ein Befehl gegeben, oder verstanden worden sein etc. – Einer Regel folgen, eine Mitteilung machen, einen Befehl geben, eine Schachpartie spielen sind *Gepflogenheiten* (Gebräuche, Institutionen).« (Wittgenstein 1984: § 199, H. i. O.)

sie ist vielmehr das oftmals langwierige Produkt von Zitierungspraktiken.⁶ Zeichen und Praktiken stehen folglich in einem Verhältnis der wechselseitigen Strukturierung: Durch iterative Zitierungen bringt die Praxis gewisse Zeichen als strukturierte Sinnordnungen hervor. Als derartige Praxisprodukte treten die Zeichen den Praktiken als verfestigte Sinnordnungen gegenüber und legen ihnen gewisse Regelhaftigkeiten auf. Letztere können – müssen aber nicht – so kumulieren, dass aus ihnen übergreifende Diskursgefüge entstehen. Regeln schweben also nicht entrückt über den Praktiken, sondern bleiben in diese eingebettet, ziehen ihre Wirkmächtigkeit aus der steten Aktualisierung in Praktiken. Wie Butler (1990: 33, H. i. O.) in Bezug auf das Geschlecht betont: »[W]oman itself is a term in process, a becoming, a construction that cannot be rightfully be said to originate or to end. As an ongoing discursive practice, it is open to reinvention and resignification.«⁷

Die wechselseitige Strukturierung von Zeichen und Praxis ist, folgen wir Butlers Hinweis, ein dynamischer Vorgang. Die Abfolge von Zitierungspraktiken erfolgt nicht nur »als Wiederkehr eines Gleichen, sondern auch als Wiederkehr eines Ungleichen« (Schäfer 2013: 322). Derridas Konzeption von Diskursen als gebrochenen Strukturen, die sich nur durch potentiell stets verschiebende Wiederholungen stabilisieren lassen, lässt sich mit Blick auf die *Performativität* von Zitierungspraktiken erhärten. Jede Zitierungspraxis ist im Sinne Derridas eine iterative Bewegung, sie reproduziert Bedeutungsstrukturen, indem sie diese transformiert. Jede Reproduktion ist ein *déplacement* (Verschiebung). Jede Zitierungspraxis bringt Bedeutung hervor und verbreitet sie eigensinnig in der sozialen Wirklichkeit. Man halte sich das Feld der Praxis vor Augen. Eine Gemengelage verschiedenster Sinnmuster, Körperlichkeiten und Materialitäten trifft hier zusammen. In dieser Gemengelage entfalten sich Zitierungspraktiken als konstitutiv unreine und imperfekte Wiederholungen. Im Extremfall kann dies dazu führen, dass »die Praxis als verfehlt, unangemessen oder misslungen betrachtet und bewertet wird. Im selben Zug besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass die Verschiebung dieser Praxis als Neues bewertet und aufgegriffen wird.« (Schäfer 2013: 322) Besonders die Diffusion des Neuen beschäftigt diese Studie. Das Fallbeispiel Spanien legte offen: Im Zuge einer akuten Wirtschaftskrise gerät die zitatförmige Wiederholung einer verfestigten Diskursordnung, in der ein entpolitisiertes und individualisiertes Gesellschaftsideal verteidigt wird, in eine tiefe Krise – wohingegen sich politisierende und vergemeinschaftende Zitierungspraktiken verbreiten.

Die hiesige Untersuchung betrachtet mit Butler (2006: 249) *performative Praktiken* weniger als vereinzelte Sprechakte als vielmehr als kollektiv »wirkungskräftige Praxisformen«. Ein wesentliches Ziel meiner Studie besteht darin, performative Praktiken in ih-

6 Mit dem Beispiel der Arbeit gesprochen: Ein diszipliniertes Arbeitsethos, wie es heute selbstverständlich ist, setzte sich selbst in England, dem Kernland der industriellen Revolution, ab dem späten 18. Jahrhundert nur langsam durch. Erst als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Artikulation eines neuen Zeitbewusstseins gemeinsam mit den entsprechenden Praktiken (etwa des Gebrauchs der Stechuhr) großflächig in der Gesellschaft akzeptiert wurde, lässt sich von einer kapitalistischen Gesellschaft sprechen (vgl. Thompson 1990: 394f.).

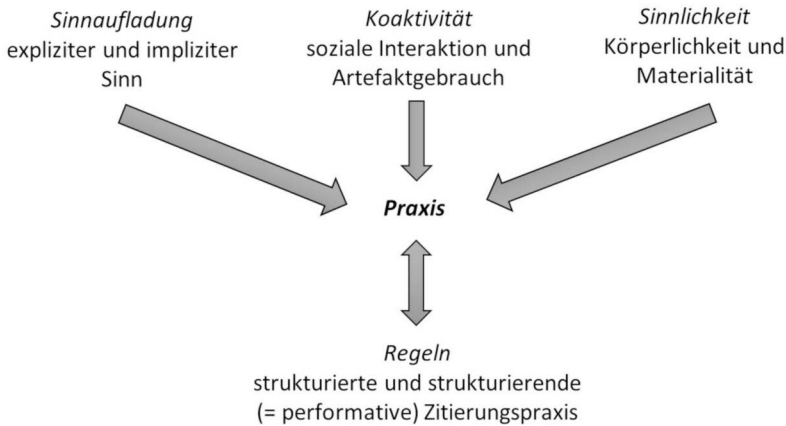
7 Die Betrachtung von Geschlecht als einer Konstruktion, als »ongoing discursive practice«, darf nicht verdecken, dass diese Konstruktion nicht fluide ist, sondern zur umfassenden, verkörperten und kulturell angeeigneten Existenzweise im Sinne Maihofers materialisiert.

ren Facetten und Abläufen genauer zu verstehen und sie als zentrales Element politischer Artikulationen hochzuhalten. Selbst disruptive Praktiken, wie sie diese Arbeit am Beispiel Spaniens untersucht hat, schaffen keinen totalen Neuanfang, sondern geschehen als schrittweise Umgestaltungen. Sie bewegen sich aus tradierten Kontexten heraus und lassen parallel neue Kontexte entstehen. Performative Praktiken brechen mit tradierten Diskursordnungen, indem sie neue diskursive »Autorisierungen« schaffen (Gertenbach 2020: 245). In neuen Autorisierungen – die nichts anderes als neue Regeln sind – vermengen sich bestehende, aber bis dahin peripher gebliebene Sinnmuster mit neu entstandenen Sinnstrukturen, um gemeinsam zu einem mehrheitsfähigen Diskursgefüge zu werden. Der performative Bruch mit dem Status quo geht einher mit der performativen Schaffung einer neuen Ordnung. Performative Praktiken sind nicht einfach disruptive, sondern umordnende Praktiken (dazu nachfolgend: Kap. VI.3, empirisch: Kap. III.3).

Der Begriff der Regel als Entfaltung einer strukturiert-strukturierenden Zitierungspraxis ergänzt den eingangs skizzierten Praxisbegriff auf allen drei Ebenen. Die Sinnaufladung, die Koaktivität und die Sinnlichkeit der Praxis sind konstitutive Bestandteile ihrer Regelhaftigkeit. Sie verwandelt die verschiedenen Facetten der Praxis in zugleich strukturierte *und* dynamische Momente. Da die Sinnaufladung von Praktiken immer ein Teil von einer in einer bestimmten Weise geregelten Praxis ist, wohnt ihr eine gewisse Statik inne, jedoch keine dauerhafte, wird die Sinnordnung doch in Praxisverläufen immer wieder aktualisiert und verschoben. Beim Moment der Koaktivität macht die Regel darauf aufmerksam, dass sich stets gewisse Muster von Praktiken bilden. Menschliche Körper und nichtmenschliche Objekte bilden bestimmte Konfigurationen, entlang derer sich der Praxisfluss orientiert. Die Sinnlichkeit der Praxis, d.h. ihre Körperlichkeit und Materialität erscheinen ihrerseits durch die Brille der Regel sowohl als Produkt als auch als Bedingung von Praxis. Das Sinnliche wird in bestimmter Weise durch Praxisregeln mobilisiert, es wirkt aber gleichzeitig einschränkend auf diese Regeln ein.

Der derart konturierte Praxisbegriff ist folglich der Ausgangspunkt für den Entwurf einer Hegemonietheorie, die ihre kleinste Analyseeinheit im Begriff der Praxis findet. Bevor der nächste Schritt diese Überlegungen fortschreibt, hält die nachfolgende Abbildung meinen Praxisbegriff fest:

Abb. 28: Der Praxisbegriff einer erweiterten Hegemonietheorie



2 Die Artikulation der Zeichen, Praktiken und Dinge

[T]he practice of articulation, as fixation/dislocation of a system of differences, cannot consist of purely linguistic phenomena, but must instead pierce the entire material density of the multifarious institutions, rituals and practices through which a discursive formation is structured.

(Laclau/Mouffe 2001: 109)

[T]o link is necessary, how to link is contingent.

(Lyotard zit. in Arditi 2014: 22)

Die beiden Zitate weisen den Weg hin zu einem überarbeiteten Artikulationsbegriff. Artikulationen betrachte ich mit der Hegemonietheorie als kollektive Praktiken, die eine Doppelbewegung von Verknüpfung und Hervorbringung vollziehen. Artikulationspraktiken grenze ich aber anders als Laclau/Mouffe nicht auf sie überwölbende Logiken ein, sondern sehe sie durch kontingente Regeln strukturiert. Zudem betrachte ich Artikulationen – wie es Laclau/Mouffe im Zitat ankündigen, aber nicht operativ einlösen – als holistische Konfigurationen, die zwischen linguistischen wie nichtlinguistischen Phänomenen neue Verbindungen stiften.

Der vorzustellende Artikulationsbegriff interveniert an einer zentralen Schaltstelle meiner praxeologischen Wendung der Hegemonietheorie. Der Begriff der Regel verband die Dimensionen von Praxis und Zeichen, um offenzulegen, dass gewisse Zeichen-

ordnungen die Praktiken strukturieren, dass aber zur gleichen Zeit zitierende Praktiken Sinnmuster nicht nur wiederholen, sondern auch performativ verschieben. So einleuchtend diese wechselseitige Strukturierung ist, sie umschifft zwei zentrale Fragekomplexe: Wie lässt sich erstens diese Performativität in ihren sinnlichen Dimensionen verstehen? Denn der von Butler stammende Begriff einer wiederholenden und zugleich performativen Zitierungspraxis orientiert sich ja maßgeblich am Leitmodell der Sprache, genauer am Sprechakt, durch dessen Raster er die körperliche und materielle Dimension liest (vgl. Gertenbach 2019b). Zweitens blieb das bisherige Regelverständnis eher starr, noch wurde nicht recht deutlich, wie sich vielfältige und oft widersprüchliche Prismenmuster herausbilden und in Zeit und Raum ausbreiten (und zurückbilden). Es steht, kurzum, eine Wendung des Begriffes der Regel an, die ihre *tiefe*, übersprachliche Strukturierung, aber ebenfalls ihre *flexible* Kopplungsleistung in den Blick rückt – und zudem der potentiell politischen Aufladung jeder Praxis gewahr wird.

Diese Wendungen kann das Konzept der Artikulation einlösen. Laclau/Mouffe (2001: 105, H. i. O.) definieren sie wie folgt: »[W]e will call *articulation* any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice.« Nach diesem Grundbegriff stiften Artikulationen jene »Einheiten in der Zerstreuung«, die Laclau/Mouffe mit Foucault als Diskursformationen bezeichnen. Dabei sind Artikulationen als dynamische Prozesse zu begreifen. Artikulationen vollziehen ihre Fixierungsleistung auf der Grundlage von Kontingenz. Die Strukturhaftigkeiten von Gesellschaften erklären sich nur durch Artikulationspraktiken und deren Folgen. Von diesem Grundverständnis ausgehend werde ich nun zunächst den Artikulationsbegriff prinzipiell überarbeiten und dann verschiedene politische Artikulationsarten diskutieren.

Laclau/Mouffe betonen zwar prinzipiell, dass Artikulationen querschnittartig alle diskursiven Objekte – Zeichen, Praktiken, Körper und Dinge – mobilisieren, de facto jedoch bleibt ihr Artikulationsbegriff linguistisch beschränkt, er fokussiert auf die Differenzierung und Äquivalentsetzung von Zeichen, die Repräsentationsleistung leerer Signifikanten sowie das Ziehen antagonistischer Grenzen. So wichtig diese Prozesse sind, sie bilden nur eine Fraktion von Artikulationspraktiken ab. Ausgehend von einem elementaren Artikulationsbegriff, der sich zunächst nur auf die Verbindung und neue Einheitsstiftung verschiedenartiger Elemente konzentriert, lässt sich aber diese linguistische Beschränkung überwinden. Um Artikulationen als breite Konfigurationen von Zeichen, Praktiken, Körpern und Dingen zu verstehen, denke ich die Hegemonietheorie mit der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) weiter.⁸

Michel Callons Aufsatz *Some Elements of a Sociology of Translation* ([1986] 2007) zeigt, wie ein Prozess der Artikulation – bei Callon: ein Prozess der Übersetzung – Semiotisches und Materielles verwebt und eine Wirklichkeit hervorbringt, in der Zeichen, Praktiken und Körper in neue Zusammenhänge geraten. Callons Aufsatz beschreibt, wie in den 1970er Jahren ein Forschungsteam in der Bucht von Saint-Brieuc in der Bretagne

8 Dieser erweiterte Artikulationsbegriff könnte sich seinerseits auch für eine ANT-Perspektive als fruchtbar erweisen und deren politische Wende verstärken (vgl. Gertenbach et al. 2016), indem verdeutlicht wird, wie Netzwerke mit Macht- und Ausschlussakten einhergehen und hegemonial verfasste Ordnungen ergeben.

intervenierte, um den schwindenden Bestand von Kammmuscheln zu stabilisieren. Der Eingriff des Wissenschaftsteams verändert das Setting der Bucht grundsätzlich. Zwischen der Fischergemeinschaft von Saint-Brieuc, den Kammmuscheln, deren Larven sowie der breiteren Wissenschaftscommunity stellen sich neue Zusammenhänge her, die dann als Netzwerk von Abhängigkeiten fixiert werden.

Interessant ist, wie sich bei Callon der Prozess der Übersetzung/Artikulation entfaltet. In der Anfangsphase, vom Autor als Problematisierung bezeichnet, ist die Artikulation noch rein diskursiv. Das Forschungsteam entwirft rund um die Frage »Können sich Muscheln an einem Riff verankern, in dem sie überleben können?« (Callon 2007: 61) ein Netz von Interdependenzen zwischen den »Interessen« der verschiedenen Akteure. Zunächst wird nur in Forschungspublikationen die gesamte Bucht einer *übergeordneten* Instanz untergeordnet. Das physische Überleben der Kammmuscheln, die ökonomische Subsistenz der Fischergemeinschaft, das Erkenntnisinteresse der Wissenschaftscommunity an den Muscheln werden allesamt abhängig von dem neuen Forschungsprojekt. Dieses soll die Frage beantworten, ob und wie sich die Larven der Muscheln reproduzieren lassen. Das Projekt der Neuansiedlung der Muscheln in gewissen Riffen wird zu einem notwendigen Passagenpunkt (*Obligatory Passage Point*), der alle Entitäten des Netzwerkes miteinander verbindet, indem er zwischen ihnen wechselseitige Abhängigkeitsverhältnisse etabliert, die eben den Passagenpunkt als zentrale Möglichkeitsbedingung haben.

In den als *Interessement* und *Mobilization* bezeichneten Phasen *materialisiert* sich dann dieses Netzwerk. Die zuvor konzeptuellen Verbindungen werden nun zu realen Verbindungen. So dürfen etwa die Fischer die Kammmuscheln nur noch in den begrenzten Mengen fischen, die das Forschungsteam vorschreibt (vgl. ebd.: 63). Auf der Basis von japanischen Techniken werden dann Schlepptaue mit Kollektoren versehen, an denen sich die Muscheln festsetzen sollen, um dort ihre Larven auszubilden, sich also häufiger als zuvor zu reproduzieren (vgl. ebd.: 64ff.). Das Netzwerk verfestigt sich, es entsteht ein »festes System von Allianzen« (ebd.: 65). Die Kammmuscheln und mit ihnen das gesamte Meeresbiotop der Saint-Brieuc-Bucht, die Fischergemeinschaft und ihre Aktivitäten sowie die Wissenschaft mit ihren Publikationen und explorativen Techniken bilden ein neuartiges Gefüge. »Social structures comprising both social and natural entities are shaped and consolidated«, so hält es Callon (ebd.) fest.

Das derart gebildete Netzwerk ist holistisch verfasst, es umfasst Zeichen (die wissenschaftlichen Publikationen), Praktiken (die Praxis des Fischens und Forschens), natürliche Lebewesen (die Muscheln und ihre Larven) sowie Infrastrukturen (die Kollektoren). Gleichwohl handelt es sich nicht um ein flaches, sondern um ein unebenes, zutiefst machtgeladenes Netzwerk. In ihm stehen sich repräsentierte und repräsentierende Entitäten in asymmetrischen Verhältnissen gegenüber: »[B]oth the fishermen and the scallops end up being represented by the three researchers who speak and act in their name [...] To speak for others is to first silence those in whose name we speak.« (Ebd.: 69f.) Sowohl die Praktiken der Fischer als auch die Maßnahmen zur Reproduktion der Muscheln werden vom Forschungsteam gelenkt, das den notwendigen Passagenpunkt »Neuansiedlung der Kammmuscheln zu ihrer Rettung« einrichtete. Entlang des Passagenpunktes werden die maßgeblichen Entscheidungen getroffen, Praktiken ermöglicht oder verboten, Lebensformen kultiviert und neue Wissensformen geschaffen.

Trotz seiner Materialisierung bleibt das Netzwerk hoch dynamisch (für Callon: mobilisierend). Ständig werden die Relationen zwischen den Elementen verschoben und neu vermessen – wobei als Leitmotiv des Passagenpunktes die Stabilisierung und Verdichtung des Netzwerks fungiert (vgl. ebd.: 71). Die Muscheln und ihre Larven bekommen in den wissenschaftlichen Präsentationen neue Darstellungsformen, für die Fischerinnen werden neue Beteiligungspraktiken an den Forschungsmaßnahmen konzipiert, die Experimente zur Muschelreproduktion werden immer wieder aufs Neue in etwas anderer Form ausgeführt. Ähnlich wie bei Laclau/Mouffe etablieren sich Äquivalenzen zwischen den verschiedenen Bestandteilen des Netzwerkes, die dann schrittweise sedimentieren. Doch dieses »constraining network of relationships« (ebd.: 72) kann immer wieder in Frage gestellt und neu verhandelt werden.

Das Netzwerkverständnis Callons überschneidet sich sehr deutlich mit dem Artikulationsbegriff der Hegemonietheorie, was bislang vor allem die Machttheorie von Stewart R. Clegg (1989) betont hat. Bei Callon wie bei Laclau/Mouffe produzieren Verknüpfungsbewegungen eine neue Einheit. Einmal als Netzwerk und ein andermal als Diskurs bezeichnet, setzen zwar die Autorinnen verschiedene Schwerpunkte auf die Materialität (Callon) oder auf die Symbolhaftigkeit (Laclau/Mouffe). Legt man jedoch einen breiten Diskursbegriff zu Grunde, dann werden beide Begriffe fast ununterscheidbar. Nicht nur verweben sich in ihnen Zeichen, Praktiken und sinnliche Gegebenheiten (Körper und Dinge), sie konstituieren sich desgleichen als asymmetrische Gefüge, in denen manche Elemente viele andere repräsentieren.

Eine Schlüsselrolle bei der machtgeladenen Hervorbringung von Netzwerken/Diskursen spielt die Fixierungsbewegung, die Callon mit dem Begriff des notwendigen Passagenpunktes konzeptualisiert und Laclau/Mouffe mit dem des diskursiven Knotenpunktes. Beide Begriffe verfolgen nach Mark Haugaard (2002: 255) ein analoges Ziel: »They are meant to refer to the construction of a conduit through which traffic must necessarily pass.« Das Forschungsprogramm zur richtigen Ansiedlung der Kammuscheln ist für Callon deshalb ein notwendiger Passagenpunkt, weil er nicht nur ein materiell-semiotisches Netzwerk schafft, sondern die Übersetzungsprozesse/ Artikulationspraktiken zwischen den Teilgliedern dieses Netzwerkes festschreibt. Und zwar so festschreibt, dass das Netzwerk/der Diskurs vom notwendigen Passagenpunkt »Ansiedlung der Kammuscheln« konstitutiv abhängt. Diese Fixierung objektiviert in letzter Instanz vormals kontingente Beziehungen. »[T]he two concepts [passage points and nodal points] were coined to capture the ways in which certain assumptions, actions and framings became taken-for-granted as the way things were«, so betont Clegg (in Clegg/Berti 2021: 8).

Diese Arbeit übernimmt den Begriff des Passagenpunktes von Callon. Er scheint mir gegenüber dem Begriff des Knotenpunktes von Laclau/Mouffe attraktiver, weil er stärker darauf aufmerksam macht, dass die Hervorbringung neuer Assoziationen ein semiotischer *und* materieller Prozess ist. Zudem verweist der Passagenpunkt bereits etymologisch darauf, dass das gemeinsam Artikulierte mehr als nur verbunden ist. Der Passagenpunkt wirkt – fast wie bei der Ritualtheorie Victor Turners⁹ – *identitätstransformierend*, er schreibt sich in die Momente ein, die aufeinander verweisen und von ihm ab-

9 Der Begriff des Rituals von Turner wird in der Ethnographie wiederauftauchen (siehe: Kap. IV.4).

hängen. Um den Artikulationsprozess als derart transformierende Verkopplung zu lesen, werde ich anders als Callon (und Clegg) weniger von notwendigen als vielmehr von *verdichtenden* Passagenpunkten sprechen.

Eine erweiterte Hegemonietheorie eignet sich nicht nur Begriffe der Akteur-Netzwerk-Theorie an, sondern baut auch ihre grundsätzliche Perspektive in ihre Analyse ein. Obwohl ich von Diskursgefügen und Artikulationspraktiken anstatt von Netzwerken und Übersetzungsprozessen spreche, bereichern letztere meine Analyse. Die ANT erlaubt, den holistischen Diskursbegriff, der bei Laclau/Mouffe angelegt, aber nicht entfaltet wird, zu operationalisieren. Diskurse gelten mir als umfassende Konfigurationen, in denen Verbindungen zwischen Zeichen, Praktiken, Körpern und Objekten bestehen. Ähnlich wie Callon entscheidet sich meine empirische Analyse für eine dichte Beschreibung, die weder das semiotische noch das praxeologische oder das materielle Moment priorisiert, sondern deren Zusammenwirken betont. Indem ich bevorzugt von *Diskursgefügen* (und nicht von Diskurskursformationen) spreche, nehme ich auch begrifflich den Leitgedanken der ANT auf, dass die soziale Wirklichkeit nicht nur als entbettete Sinnstruktur, sondern auch als sinnliche Gegebenheit zu erforschen ist.

Ein aktualisierter Begriff der (politischen) Artikulationspraxis Eine erweiterte Hegemonietheorie macht sich für einen Minimalbegriff der Artikulation stark, der weniger antagonistisch aufgeladen ist als bei Laclau/Mouffe. Das bei ihnen zentrale Moment der Grenzziehung vis-à-vis einem konstitutiven Außen bleibt bei Callons Beschreibung abwesend. Das Netzwerk/der Diskurs »Kammuscheln« stabilisiert sich *ohne* starke Antagonismen. Die Schließung nach außen steht nicht im Zentrum, sie flankiert vielmehr unsichtbar die zentrale Stabilisierung *nach innen*, die der verdichtende Passagenpunkt »Neuansiedlung der Kammuscheln« forciert. Diese Verdichtung nach innen geschieht anders als in der Hegemonietheorie deshalb ohne Antagonismen nach außen, weil sie ein System von Abhängigkeiten oder, mit Callon, ein System von Solidaritäten schafft. Bei diesem System verweist jedes Element auf die anderen und auf ihren übergeordneten Passagenpunkt.

Daraus folgt nicht, dass das Netzwerk/der Diskurs »Kammuscheln« keine Grenzen hat,¹⁰ sondern dass seine Grenzen entpolitisiert und unbezeichnet bleiben. Die Beziehung gegenüber dem Außen ist durch das gekennzeichnet, was Urs Stäheli (2004: 238) als »Indifferenz gegenüber den nicht-markierten, nicht-gleichgesetzten Momenten« versteht. Die Grenze gegenüber dem Außen des Diskurses ist da, sie nimmt aber die Gestalt einer entpolitisierten *boundary* anstatt die einer hochpolitisierten *frontier* an. Entscheidend ist, dass diese Grenze gleichsam unsichtbar bleibt, aber dennoch latent das Diskursinnen stabilisiert.

Dass die entpolitisierte Grenze wirkt, zeigt sich *ex negativo* im Beispiel Callons dort, wo das Netzwerk/der Diskurs »Kammuscheln« in die Brüche geht. Zunächst lassen sich die Larven der Muscheln nach einem Anfangserfolg nicht mehr effektiv züchten. Es

10 Diese Arbeit bevorzugt den Begriff des Diskursgefüges auch deshalb gegenüber dem des Netzwerkes, weil bei der expansiv imaginierten Figur des Netzwerks die Frage nach Grenzen bzw. Begrenzungen oftmals unbeantwortet bleibt (vgl. Schlechtriemen 2014: 380ff.).

geschieht, so Callon (2007: 72f.), ein Exodus der Muscheln aus dem Netzwerk. Die Kollektoren, die sie aufsammeln sollen, bleiben leer. Die Lebensform »Larve« entzieht sich den Artikulationen, sie bewegt sich nun jenseits des Diskurses. Der Passagenpunkt »Neuan-siedlung der Muscheln« verliert damit seine wesentliche Säule. Das System der Abhän-gigkeiten kollabiert. Parallel dazu hält sich eine Fischergruppe nicht mehr an die Vorga-ben des Passagenpunktes »Forschungsprogramm«. Die Muscheln werden nun auch dort gefischt, wo es eigentlich verboten ist. Es geschieht eine Revolte der Repräsentierten (Fi-scherinnen) gegen ihre Repräsentanten (Forscher). Erstere stellen die Praktiken in Frage, die der Diskurs vorschreibt (ebd.: 73).

In beiden Fällen werden die Grenzen des Diskursgefüges aufgebrochen, ohne einem antagonistischen Raster à la Laclau/Mouffe zu folgen. Im Falle der Kammuscheln ge-schieht ein Exodus, der den Diskurs nicht antagonistisch hinterfragt, sondern sich ihm schweigsam entzieht. Und die Revolte der Fischer zeigt, dass Praktiken stets ein eigen-sinniges Moment behalten, das sich niemals völlig durch Artikulationen neutralisieren lässt. Exodus aus dem Diskurs und eigensinnige Praxis – beides wird im empirischen Part wiederauftauchen, beides weist aber auch schon auf konzeptuellem Terrain auf ei-nen zentralen Punkt hin: Artikulationen können die Grenzen eines Diskurses sprengen, ohne dabei selbst antagonistisch verfasst sein zu müssen. Anders gesagt: Artikulations-praktiken können dem hochpolitisierten Raster folgen, das die Hegemonietheorie ver-ficht, sie müssen ihm jedoch nicht zwangsläufig folgen.

Eine erweiterte Hegemonietheorie fasst Artikulationspraktiken breiter – und we-niger voraussetzungsvoll – als politische Artikulationen bei Laclau/Mouffe. Meine Mi-nimaldefinition der Artikulation lautet: *Wo Praktiken Elemente koppeln und verschieben, arti-kuliert sich ein Diskurs als Gefüge von Zeichen, Praktiken, Köpern und Dingen, das Passagenpunk-te nach innen verdichten und nach außen begrenzen.* In diesem breiten Sinne gelesen, über-schneiden und überlagern sich Artikulationsprozesse ständig, ohne dabei notwendig in Konflikt zu geraten. Für diesen Minimalbegriff von Artikulation bleiben Fixierungen und Defixierungen ausschlaggebend, wie sie auch für Laclau/Mouffe wichtig sind, sie füh-ren aber anders als bei ihnen *nicht ipso facto* zu Antagonismen und Universalisierungen. Einerseits zeichnet Artikulationen eine Dezentrierungsbewegung aus, die ständig Ver-knüpfungen herstellt und damit »die Festlegung einer Reihe von Positionen um einen präkonstituierten Punkt verhindert« (Mouffe 2018: 102). Andererseits geschehen stän-dig Zentrierungen, also »[die] Schaffung von partiellen Fixierungen, die das Im-Fluss-Sein des Signifikats eines Signifikanten begrenzen« (ebd.).¹¹

Dieses minimale Verständnis von Artikulationen ist sensibel für die Pendelbewe-gung zwischen Kontingenzwerdung und Ordnungsstiftung, sie lädt beide Momente jedoch nicht von Anbeginn politisch auf. Der vorgestellte Minimalbegriff nimmt auch, ja besonders eher entpolitisierte Artikulationspraktiken ins Visier. Diese operieren mit einem schwachen Grenzbegriff und einer überarbeiteten Repräsentationskonzeption –

11 So konzise Mouffe diese Fixierung/Defixierung fasst, bei ihr bleibt der semiotische Bias präsent (»das Im-Fluss-Sein des Signifikats eines Signifikanten«), gegen die sich mein Verständnis von Arti-kulationen – von einfachen wie politischen – mit seiner starken praxeologischen und materialis-tischen Komponente ebenfalls wendet.

dem verdichtenden Passagenpunkt –, ohne antagonistische Grenzziehungen vorauszusetzen. Damit rückt eine weit größere Bandbreite von Phänomenen in den Fokus als bei Laclau/Mouffe traditionell der Fall. Einfache, da nur dem obigen Minimalverständnis entsprechende Artikulationen geschehen ständig: Ein Wissenschaftsprojekt wie das von Callon beschriebene fällt genauso unter diesen Minimalbegriff wie ein Infrastrukturprojekt zur innerstädtischen Verkehrsberuhigung oder die Organisationspraktiken eines Kulturvereins, eines politischen Verbandes und einer sozialen Bewegung.

Der Begriff des Passagenpunktes kann sich als ein Begriff mittlerer Reichweite erweisen, der die Machtgeladenheit von Diskursgefügen so eindringlich beschreibt, wie es der Dispositivbegriff Foucaults tut. In der Tat würde ich unterstreichen, dass Passagenpunkte genauso wie Dispositive im Sinne Foucaults (vgl. 1983: 180f.) Machttechnologien sind, die Zeichenensembles mit der Materialität von physischen Räumen und Körpern verschränken – und damit den Diskurs als ein symbolisiertes *und* materialisiertes Gefüge stabilisieren. Sind Passagenpunkte durch Artikulationen entstanden, wirken sie auf die Artikulationspraktiken zurück und verwandeln diese in ein asymmetrisches Gefüge. Auf diese Weise erweist sich der Passagenpunkt nicht nur als methodologisches Scharnier zwischen einer Diskursanalyse nach Laclau/Mouffe und der ANT nach Callon, es schlägt zudem Brücken zur Dispositivforschung nach Foucault (dazu: Kap. I.3.b).

Ein derart überarbeiteter Artikulationsbegriff stellt die Hegemonietheorie auf ein breiteres Fundament, und zwar nicht nur epistemologisch, sondern auch in ihrer genuin politischen Analyse. Im tradierten Raster der Hegemonietheorie werden politische Artikulationspraktiken immer schon als konstitutiver Bestandteil von Gesellschaft vorausgesetzt. Diese Annahme ist, so meine Überzeugung, erklärungsbedürftig, in gewisser Hinsicht sogar problematisch. Moderne Gesellschaften zeichnen sich eben nicht nur, wie Laclau/Mouffe stetig betonen, durch eine Pluralisierung und Vervielfachung von politischen Kämpfen aus, sondern auch durch deren systematische Unterdrückung oder Stilllegung.¹² Das Beispiel Spanien zeigte exemplarisch, wie eine Ordnung, die auf formaler Ebene demokratisch ist, gleichzeitig politische Konflikte ausgrenzt und soziale Benachteiligungen auf Dauer stellt. Dass es politischen Gegenentwürfen gelingt, sich gegen eine solch sedimentierte hegemoniale Ordnung wirksam zu artikulieren, ist keineswegs selbstverständlich, sondern hoch voraussetzungsvoll.

Um diese Voraussetzungen offenzulegen, muss die *politische* Bewegung von Artikulationspraktiken stärker ins Visier rücken. Zwei verwobene Prozesse verwandeln einfache Artikulationen (nach dem obigen Minimalverständnis) in politische Artikulationen. Da steht erstens die antagonistische Aufladung der Grenze.¹³ Sie hört durch Politisierungen auf, eine befriedete *boundary* zu sein und verwandelt sich in eine umkämpfte *frontier*. Die Grenzziehung zwischen dem Diskurs und seinem konstitutiven Außen bewirkt

12 Kategorien wie jene der Postdemokratie unterstreichen, wie heutzutage politische Fragen zusehends zum »Management von Sachzwängen« degradiert werden (Öztürk 2011). Private Interessengruppen üben dabei eine tendenziell unangefochtene Deutungshoheit aus, während alternative Gesellschaftsentwürfe ausgrenzt werden.

13 Diesen Grundgedanken verdanke ich Urs Stäheli (2004: 237): »[T]he discourse has to observe and describe itself as antagonistically constituted in order to become an antagonistic discourse [...] It is only if a discursive system constructs that which it excludes as a threat to itself, that the system becomes antagonistic.«

eine Neuausrichtung des gesamten Diskursgefüges. Die diskursiven Teilmomente verweisen nicht mehr nur auf den diskursiven Innenraum und auf ihren Passagenpunkt, sie bezeichnen nun ebenfalls das, was außerhalb von ihnen steht. Der Diskurs dezentriert sich, er reartikuliert sich als das Andere des ihn gefährdenden Außen. So verliert dieses Außen seine Unsichtbarkeit und mutiert zum bedeutungsgeladenen Objekt, das den Diskurs, klassisch nach Laclau/Mouffe, stabilisiert *und* destabilisiert.

Zweitens sind politische Artikulationen von *expansiven* Regelmäßigkeiten gekennzeichnet. Wo einfache Artikulationspraktiken zwar Diskurse produzieren, aber diese Diskurse zu stabilen und klar begrenzten Gefügen – etwa das Netzwerk der Kammuscheln bei Callon – sedimentieren, zeichnen sich politische Artikulationen durch eine Strategie des Majoritär-Werdens aus. Politische Artikulationen verharren in den Worten Marcharts (2010: 311) nicht bei »mikropolitischen Taktiken«, sondern sind in »breitere und längerfristige Strategien eingebettet«. Wo einfache Artikulationen soziale Ordnung latent errichten, steht bei politischen Artikulationen die Ordnungsstiftung im Zeichen des Konflikts. Politische Artikulationen zielen auf alternative Ordnungen. In genau diesem Sinne erweisen sich diese Artikulationen als Treiber für hegemonial ausgerichtete Diskurse, deren Diskursmomente und Passagenpunkte das Allgemeininteresse zu verkörpern suchen (dazu: Kap. VI.4).

Die hegemoniale Zielrichtung von politischen Artikulationen muss jedoch nicht auf die Gesellschaft *in toto* zielen, sie kann auch niedrigschwelliger ausfallen und sich auf bestimmte Fragen, gesellschaftliche Teilbereiche oder bestimmte Organisationen begrenzen. Zentral für jede politische Artikulation ist in jedem Fall die Doppelbewegung von Anfechtung und Neueinrichtung. Einerseits stellen politische Praktiken sedimentierte Gehalte in Frage, während sie andererseits eine alternative Ordnung zu instituierten trachten. Dies macht auf den nur *graduellen* Unterschied zwischen einfachen Artikulationen und politischen Artikulationen aufmerksam. Letztere vollziehen prinzipiell dieselbe Grundbewegung wie einfache Artikulationen, jedoch mit *höherer Intensität*: Die vormalis implizite Grenzziehung wird explizit, die vormalis latente Ordnungsstiftung zur konflikthaften wie expansiven Neuordnungsstrategie. Der empirische Part wird freilich zeigen, wie sich die politische Aufladung von Artikulationen dynamisch verändert und allzu reine Kategorisierungen verbietet.

Mein Begriff der politischen Artikulation folgt zwar zu großen Teilen Laclau/Mouffe. Dort aber, wo das Autorenpaar die Kraft der politischen Artikulation aus sich selbst heraus erklärt, sie also in starken Grenzziehungen, breiten Äquivalenzketten und erfolgreich universalisierten Signifikanten verortet, mahnt mein Ansatz zur Vorsicht. Der Erfolg (oder Misserfolg) politisch aufgeladener Artikulationen erklärt sich zu großen Teilen dadurch, ob und wie es ihnen gelingt, eher entpolitisierte Diskursgefüge für sich zu mobilisieren. Man denke an Callon. Die Einrichtung eines Diskursgefüges rund um die Kammuscheln an der Bucht von Saint-Brieuc, in dem sich Praktiken, Infrastrukturen und Wissen vermengen und wechselseitig stabilisieren, ist bereits für sich genommen eine wichtige Ordnungsstiftung. Ein wissenschaftliches Projekt, das die Erkenntnisse, die das Projekt von Saint-Brieuc generiert, in Frage stellt, kann dies schlecht rein konzeptuell tun, sondern müsste dafür ähnlich in dieser oder einer anderen Bucht intervenieren. Demgegenüber legitimiert sich das Forschungsprogramm von Saint-Brieuc

durch sein schlichtes Vorhandensein. Es kann sich auf die Erkenntnisse stützen, die das Gefüge von Fischerinnen, Kammuscheln und Forschungspraktiken laufend generiert.

Keine Artikulationspraxis ist folglich nur konflikthaft und hegemonial, jede wird begleitet von eher entpolitisierten und latenten Artikulationspraktiken. Politische Artikulationen geschehen gemeinsam mit einem Diskursgefüge, das *nicht* immer und überall politisch ist, das sich aber für die Errichtung von sozialer Ordnung immer als wesentlich erweist. In dieser Hinsicht ist die Unterscheidung zwischen einfachen Artikulationen und politisch aufgeladenen nicht nur graduell, sondern auch oberflächlich. Politische Artikulationen werden immerfort von entpolitisierten Artikulationen flankiert. Das Verhältnis zwischen politischen und einfachen Artikulationen ist dynamisch, laufend durchdringen sich politisierte und entpolitisierte Gehalte. Das eher Unpolitische trägt das Politische, das Politische prägt aber auch das Unpolitische. Selbst dort, wo politische Artikulationsprozesse (temporär oder endgültig) erloschen sind, leben in verstreuten Praktiken, Identitäten, Sinnordnungen und Infrastrukturen politische Spuren fort. Daraus erwächst ein doppeltes Leitmotiv: Politische Instituierungen gehen einher mit sozialen Sedimentierungen, soziale Sedimentierungen behalten politische Spuren.

Solch eine Perspektive nimmt Artikulationen, eher politisierte genauso wie eher unpolitische, in ihrer Tiefen- sowie in ihrer Breitendimension ernst – und legt damit auch ihre internen Widersprüche offen. Diesbezüglich haben die Diskursanalysen von unten des Protestcamps in Barcelona sowie der Partei Podemos und auch die ethnographische Untersuchung in Barcelona gezeigt, dass politische Artikulationen stets von scheinbar gegenläufigen Artikulationspraktiken begleitet werden. Letztere zielen weniger auf Mehrheitsfähigkeit und eine – partielle oder umfassende – Umgestaltung des Status quo als vielmehr auf dessen Negation und die Schaffung alternativer sozialer Räume. Hier vollziehen sich Artikulationspraktiken, die *parallel* zur Artikulation von Forderungen auf die präfigurative Hervorbringung von radikaldemokratischen Räumen zielen.¹⁴ Es sind dies Artikulationspraktiken, die im Hier und Jetzt alternative Gesellschaftsentwürfe zu verwirklichen suchen. Diese Artikulationen drehen sich um das, was sich mit Benjamin Arditi als eine »Politik des Raumes« begreifen und wie folgt definieren lässt:

[Politics of space] does not require moving away from where one is because their aim is to resist over-coding [of the hegemonic order] as well as to invent ways of being different without having to seize/smash the state as their default option. [...] Radical politics acquires a performative dimension that allows it to distance itself from its more conventional, Jacobin scripted version of change of what is and what can be. Its performativity means that it can also designate an activity that is already changing things here and now, by pursuing what Zizek calls »enacted utopia«. (Arditi 2014: 36)

Das Zitat definiert präzise eine Politik des Raumes. Anders als Arditi tätige ich aber *keine* substantielle, sondern nur eine *analytische* Differenzierung gegenüber politischen Artikulationen im Modus der Hegemonie. Der Veränderungsanspruch einer Politik des Raumes ist eher auf die konkreten Verhältnisse *sur place* ausgerichtet, sie zielt vornehmlich

14 Mit dieser Präfiguration geht auch einher, dass Artikulationen, die im Zeichen einer Politik des Raumes stehen, die ihnen inhärenten Machtverhältnisse und Asymmetrien einzudämmen versuchen (vgl. Newman 2005: 44ff.).

auf die Transformation der unmittelbaren Umgebung. Wo politische Artikulationen eine expansive Bewegung forcieren, die zur zeitlichen Beschleunigung und zur räumlichen Deterritorialisierung von Diskursgefügen tendiert, da steht eine »Politik des Raumes« für eine zusammenziehende Tendenz, die entschleunigte und territorialisierte Diskursgefüge begünstigt. Diese Differenzierung ist unscharf. Weder theoretisch noch, vor allem, empirisch unterscheide ich kategorisch zwischen einfachen Artikulationen, politischen Artikulationen und einer Politik des Raumes. Vielmehr ließ ich in die Analyse Facetten aller drei Begriffe einfließen. Die Auseinandersetzung mit den Indignados wie mit dem Parteiprojekt Podemos zeigte, wie sich die drei Facetten von Artikulationen überlagern. Es gibt Schwerpunkte in die eine oder andere Richtung – doch nicht in der Weise, dass ein gewisses Phänomen *nur* durch politische Artikulationen oder *nur* durch eine Politik des Raumes geprägt würde. Sowohl die Empörtenproteste als auch das Podemos-Projekt werden auf je eigene Weise sowohl durch politische Artikulationen getragen, die sich nach außen richten, als auch durch eine Politik des Raumes, die sich nach innen richtet.

Die normative Privilegierung von Artikulationen, die sich im Modus der Hegemonie bewegen, halte ich gegen Mouffe (2013: 107ff.) und Laclau (Rancière/Laclau 2012) für unhaltbar. Die Artikulation von Forderungen rund um einen neuen Mehrheitswillen ist nicht die einzige »Leitwährung des Politischen« (Stäheli 2012: 30), sie ist nur *eine* ihrer Währungen. Das politische Moment äußert sich bei einer Politik des Raumes in der Etablierung eines alternativen, nach außen konfliktuell abgegrenzten und nach innen verdichteten Ensembles von Zeichen, Praktiken, Körpern und Infrastrukturen. Artikulationen, die neue Räume schaffen, fungieren so als Chiffre für das analytisch zwar schwer fassbare, aber phänomenologisch reichhaltige Feld von Praktiken,¹⁵ denen nicht eine interne Tendenz zur Hegemonie, zum »Mehrheit-Werden« eingebaut ist, die aber dennoch inhärent politisch sind (vgl. Arditì 2014: 24ff.).

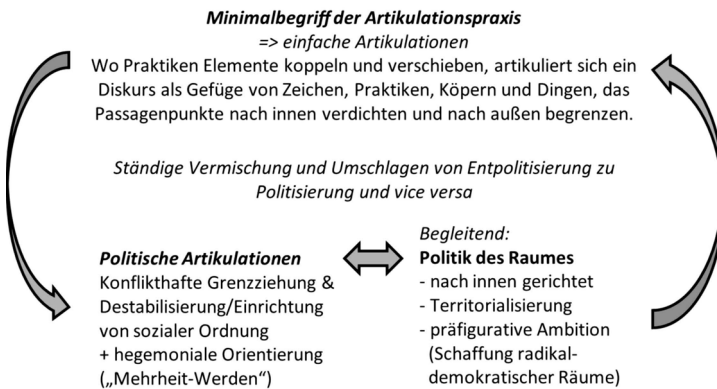
Oft werden überspitzte Dichotomien zwischen Hegemonie oder Autonomie, Repräsentation oder Repräsentationskritik, Mehrheitswillen oder Exodus gebildet, die oftmals eher wenig erkenntnisfördernd sind. Mir geht es darum, das *Zusammentreffen* verschiedener Formen von Artikulationspraktiken zu bekräftigen – ohne ihre empirisch beobachtbaren Spannungen und Bruchlinien zu negieren, aber auch ohne theoretisch fabrizierte Keile zwischen ihnen aufzumachen. Die Empörungsjahre in Spanien zeigen, dass Artikulationspraktiken, politisch aufgeladene wie unpolitische, vielfältig ausfallen. Um sie zu untersuchen, tun präzise Analysen sowie ein vorsichtiger Umgang mit Kategorisierungen not. Deshalb hat der empirische Hauptteil der Sache nach zwar verschiedene – und teils sich widersprechende – Artikulationspraktiken beschrieben, aber *keine* künstlichen Grenzen (und Etiketten) zwischen sie getrieben. Vielmehr sollte ein Grundverständnis dafür geschaffen werden, dass die Gegenhegemonie der Empörung, die sich in Spanien ab 2011 herausbildet, von äußerst verschiedenen Dynamiken getragen wird. Die Resilienz dieser entstehenden Gegenhegemonie, ihr Charakter als

15 Die Debatten um den Begriff der Posthegemonie haben alternative, netzwerk-, schwarm- und affektbasierte Artikulationsformen ins Zentrum gerückt (exemplarisch: Beasley-Murray 2010). Diese Arbeit macht aber nicht derartige Typologien auf, sondern konzentriert sich darauf, einige ihrer Ausprägungen empirisch sensibel zu rekonstruieren.

eine gelebte Kultur, erklärt sich erst durch die pluralen Artikulationen, die sie in einem ersten Schritt hervorbringen, um sie in einem zweiten zu verstetigen.

Das Schaubild (Abb. 29) hält meinen Minimalbegriff der Artikulation, seine politische Spielart und die ihn begleitende Politik des Raumes fest:

Abb. 29: Die Artikulationsbegriffe einer erweiterten Hegemonietheorie



3 Eine sinnliche, mehr als antagonistische Kollektivität

We've heard it, we've all heard all about all the sticks and spears and swords, the things to bash and poke and hit with, the long, hard things, but we have not heard about the things to put things in, the container for the things contained. That is a new story.

(Ursula K. Le Guin 1988: 23)

Nach Laclau/Mouffe konstituiert sich Kollektivität durch drei Bewegungen, namentlich durch die Äquivalentsetzungen von Diskursmomenten, die Repräsentation in Knotenpunkten oder Signifikanten und die Stabilisierung durch antagonistische Grenzziehungen. Dieser letzte Punkt ist entscheidend. Für die Hegemonietheorie bildet sich ein »Wir« erst in Abgrenzung zu einem »Sie«. Jede Identität basiert auf Grenzziehungen und Ausschlussbewegungen (vgl. Mouffe 2018: 104, auch: Kap. I.1.c). Auch die hiesige Studie schreibt im Gefolge von Laclau/Mouffe dem Antagonismus eine wichtige Rolle zu. Aber sie betrachtet ihn nicht mehr als *den* privilegierten Faktor von Kollektivität. Die Hegemonietheorie hat aus meiner Sicht einen klaren antagonistischen Bias. Wer

Gemeinschaftsbildungen in ihrer ganzen Komplexität erfassen will, muss, wie es bei Mouffe (1993: 7) anklingt (doch nicht ausgeführt wird), neben dem Antagonismus »the dimension of the ›we‹, the construction of the friend's site« betrachten.

Jede Grenze hat zwei Seiten. Was innen und was außen ist, bleibt eine Frage der Perspektive. Eine erweiterte Hegemonietheorie betrachtet die Grenze nicht nur von außen, sie nimmt zudem die Binnenperspektive ein und fragt: Wie bildet sich ein »Wir«? Hat Kollektivität einen Innenraum, der über den Antagonismus hinausweist? Besitzen Kollektivitäten ein *eigensinniges Innen*, das von innen her rekonstruiert werden muss? Meine Studie bejaht diese Fragen – und hinterfragt den semiotischen gemeinsam mit dem antagonistischen Bias der Hegemonietheorie. Kollektivitäten sind nicht nur abwesende, »imaginierte Gemeinschaften« (Anderson), sie sind auch anwesend, sie werden erlebt und erfahren. Um dies zu erhärten, verfährt dieser Schritt wie folgt: Erst gehe ich kurz auf Laclau/Mouffe ein, um dann über die Begriffe der Lebensform und Existenzweise zur Begriffstrias Erfahrung, sozialer Raum und Fokussierung zu führen. So stelle ich den Kollektivitätsbegriff auf eine sinnliche, mehr als nur antagonistische Grundlage.

Meine Überarbeitung setzt mit dem zweiten Bias an, die sich bei Laclau/Mouffe neben dem Antagonismus findet: die semiotische Engführung. Die Hegemonietheorie hantiert mit einem *dünnen* Begriff von Kollektivität. Die Bewegungen von Äquivalentsetzung, Repräsentation und Grenzziehung operieren entlang einer (post-)strukturalistischen Zeichenlogik.¹⁶ Nun hat diese Studie die Begriffe von Signifikant, Äquivalenz und Antagonismus nicht verabschiedet, sie aber so *fundierte*, dass sie nicht alleinstehen, sondern, der Spitze eines Eisbergs ähnlich, als Kristallisationspunkt unzähliger Praktiken erscheinen. Erst solch ein praxeologisch gesättigtes Kollektivitätsverständnis gibt Kategorien wie der des leeren Signifikanten ihre Überzeugungskraft. Den ersten Hinweis, wie solch ein gesättigtes Verständnis von Kollektivität beschaffen sein könnte, liefert Mouffe selbst. In ihren demokratietheoretischen Schriften plädiert sie dafür, die Demokratie nicht als rationales und entbettetes Regelsystem zu betrachten, sondern mit Wittgenstein als Lebensform zu würdigen. Jede Regelanwendung ist nach Mouffe eingebettet in basale Sozialisationsformen. Demokratische Regeln gilt es, so Mouffe (2008: 74) nicht aufgrund ihres vermeintlichen Universalismus zu verteidigen, sondern weil sie für unsere Lebensform »konstitutiv« sind. Werte wie Freiheit, Gleichheit, Inklusion oder Partizipation sind uns wichtig, weil wir sie alltäglich erfahren und in Praktiken mit Leben füllen. Die Frage nach den Existenzbedingungen von Demokratie wird so zur Frage nach den »Existenzbedingungen demokratischer Formen von Individualität und der Praktiken und Sprachspiele, mit denen sie konstruiert werden« (ebd.).

16 Besonders der späte Laclau verknüpft Kollektivität auf Zeichen. Den Begriff des »levelling instinct« etwa, den der Historiker George Rudé gebraucht, um die latente Elitenkritik durch die benachteiligten Massen seit der Neuzeit zu beschreiben, unterwirft Laclau einer diskursiven *Redescription*: »[I]f this ›levelling instinct‹ can be attached to the most diverse contents, it cannot, in itself, have a content on its own. This means that those images, words, and so on through which it is recognized, which give successive concrete contents a sense of temporal continuity, function exactly as what I have called empty signifiers.« (Laclau 2005: 76) Das Problem ist, dass hier nicht zwei Konzepte zusammengedacht werden, sondern dass die latente Konfliktivität zwischen Massen und Eliten, die Rudé beschreibt, als unsichtbares Fundament des eigentlich zentralen Begriffes, dem leeren Signifikanten, erhalten muss. Kurzum: Der »levelling instinct« wird im Signifikanten aufgelöst.

Mouffes demokratiethoretisches Argument lässt sich sozialtheoretisch verallgemeinern. Praktiken als koaktive, sinnliche und durch Regeln strukturierte Prozesse verweisen konstitutiv auf eine gemeinschaftliche Dimension. Mehr noch, Praktiken bringen Kollektivitäten hervor – und diese Kollektivitäten fungieren wiederum als Möglichkeitsbedingung von Praktiken. Dies wird noch deutlicher, wenn Wittgensteins Begriff der Lebensform mit dem der Existenzweise von Maihofer zusammengedacht wird. Lebensformen kann man, so Wittgenstein, nicht entrinnen, sie sind das »Hinzunehmende, Gegebene« (1984: 572), das sich über jede »Übereinstimmung« in der Sprache legt (vgl. ebd.: § 241). Eine Lebensform ist immer schon vorhanden. »Wenn ein Löwe sprechen könnte, wir könnten ihn nicht verstehen« (ebd.: 568) – Wittgensteins berühmter Satz verweist darauf, dass die Lebensform gleichsam der Sprache vorgeschaltet ist. Letztere setzt basale Übereinkünfte und gemeinsame Orientierungsmuster voraus, die versprachlicht werden müssen, aber über die Sprache hinausweisen und als körperlich inkorporierte Praktiken gelebt werden. Die Lebensform wird auf diese Weise für Wittgenstein zum *letzten Fundament*, sie ist die Chiffre für das soziale Leben in seiner ganzen Unmittelbarkeit und Objektivität (vgl. García Selgas 2020: 125f.).

Nun darf man dabei nicht stehen bleiben. Der Begriff der Existenzweise erlaubt es, das faktische Dasein einer grundierenden Kollektivität anzuerkennen, aber zugleich deren *historische* Gemachtheit stark zu machen. Für Maihofer ist, so sei erinnert, die Existenzweise »Geschlecht« ein historisch entstandenes Produkt, das wir als Gegebenheit, als Körper, Praxis und symbolische Ordnung erleben. Die Reproduktion genauso wie der Wandel dieser Existenzweise geschieht schrittweise – selbst dort, wo sich die diskursiven Ordnungen beschleunigt verändern, bleiben die Praktiken und die Verkörperung von Geschlecht träge, verändern sich nur langsam. Meine These ist, dass der Begriff der Existenzweise nicht nur in der Geschlechterfrage überzeugt. Vielmehr sensibilisiert Maihofers Konzeption allgemein dafür, wie Artikulationspraktiken in einem historischen Prozess Kollektivität als soziale Realität hervorbringen.

Um solch ein Kollektivitätsverständnis einzulösen, müssen wir relativ nah an den konkreten Dynamiken von Gruppen bleiben. Eine der zentralen Einsichten, die insbesondere aus meiner Ethnographie folgt, lautet, dass bei der Konstitution und Reproduktion von Versammlungen großflächige symbolische Repräsentationen oder Grenzbeziehungen *keine* zentrale Stellung einnehmen. Der scheinbar banale Ausgangspunkt eines überarbeiteten Kollektivitätsbegriffes lautet, dass zunächst die einfache Tatsache zu würdigen ist, dass eine Gruppe *als* Gruppe zusammenkommt. Gerade für mikrologische Zusammenhänge gilt, dass sich die Mitglieder einer Versammlung, eines Vereins, eines Unternehmens oder einer sonstigen Organisation kennen, zueinander Dinge sagen, einander zuhören und auch anfassen. Im *Zusammentreffen* menschlicher Körper entstehen und reproduzieren sich Gemeinschaften. Der empirische Part zeigte, dass sowohl auf der Mikro-Ebene, wenn es um Versammlungen mit circa 20 Mitgliedern geht, als auch auf der Makro-Ebene, wenn an Demonstrationen oder Kundgebungen Zehntausende teilnehmen, die sinnliche Anwesenheit menschlicher Körper zentral ist, um den sozialen Wandel zu verstehen, welchen die Gegenhegemonie der Empörung auslöst.

In diesem Sinne ist jedes Kollektiv zugleich eine symbolische und verkörperte Entität. Dieses sinnliche Zusammentreffen besitzt eine *Intensität*, die der Hegemonietheorie entgeht – aber für eine angemessene Würdigung dessen, was Kollektivitäten sind, im

Zentrum stehen müsste (vgl. Lash 2007: 56). Anders als emphatische Fassungen der neo-materialistischen oder affektiven Wende (vgl. anstelle vieler Clough/Halley 2007, Bennet 2010) behaupten, glaube ich indes, dass die affektive oder, in meiner Diktion, sinnliche Intensität nicht verabsolutiert werden darf. Man darf nicht bei der Oberflächenerscheinung einer sinnlichen Intensität verharren, sondern muss ihre Tiefendimension rekonstruieren. Warum, so ist mit einem ethnographischen Beispiel zu fragen, gehen viele Passanten teilnahmslos an einer Versammlung vorbei, die in der Fußgängerzone stattfindet, während einige dutzend Aktivistinnen in ihren Bann gezogen werden? Weil für die Teilnehmenden das Klatschen, die Tränen der Familie, bei der in einer Woche eine Zwangsräumung ansteht, oder die skandierten Parolen (etwa: *Luchar, crear, poder popular!* Kämpfen und Macht von unten schaffen!), eine bestimmte Bedeutung besitzen. Was konkret in der Gruppe erlebt wird, kann deshalb zu einer subjektivierenden Erfahrung werden, weil es als Teil eines umfassenderen Sinnzusammenhangs artikuliert wird. Eine erfolgreich blockierte Zwangsräumung wird deshalb so enthusiastisch gefeiert, weil sie etwas symbolisiert, das über das konkrete Ereignis hinausreicht. Im hiesigen Fall: die gemeinsame Ermächtigung der Krisenopfer gegenüber den politisch-ökonomischen Eliten. Der Affekt ist also nicht einfach da, er drängt sich erst *gemeinsam* mit Sinnmustern auf. Das Zusammentreffen der Körper und die Verdichtung der Zeichen sind als dynamische Ko-Konstitution zu betrachten. Erst die wechselseitige Durchdringung des Symbolischen und Sinnlichen bringt Kollektivität hervor.

Kollektivität revisited (I): Erfahrung und Raum Die Begriffstrias der Erfahrung, des Raumes und der Fokussierung verdeutlicht die Ko-Konstitution von Sinnlichem und Symbolischem besonders deutlich und stützt einen dichten Kollektivitätsbegriff, in dem sich diskursanalytische, praxeologische und neomaterialistische Positionen verbinden. Ich beginne mit der *Erfahrung*. Die traditionelle Verankerung dieses Begriffes im Feld der Phänomenologie und Hermeneutik (vgl. Suber 2008) hat dazu geführt, dass er im Feld der Kulturtheorie und des Poststrukturalismus ein Nischendasein führt. Die Kulturosoziologie Wolfgang Eßbachs bildet hierbei eine Ausnahme.¹⁷ Eßbach versteht den Erfahrungsbegriff in einer Weise, die sich für die hiesige Untersuchung als fruchtbar erweist:

Erfahrung kann eben auch ein Widerfahrnis sein, eine Berührung, ein Getroffensein, das eingeordnet werden will, das Antworten und schließlich auch technische Eingriffe herausfordert. Mit unserem allgemeinen erfahrungsgeschichtlichen Modell gehen wir davon aus: Menschen machen Erfahrungen, legen sie sich zurecht, sortieren sie nach Schemata vergangener Erfahrung, bewerten sie, tauschen sie miteinander im Zwischenreich des Dialogs aus und motivieren so ihr Tun oder Unterlassen. [...]

Gesellschaftlich werden die individuellen Erfahrungen des isolierten Erkenntnis-subjektes, die schockartigen Erfahrungen eines besonderen Ereignisses und die biographische Lebenserfahrung in dem Maße, in dem sie in die gesellschaftliche Kommunikation eingehen. Wo Erfahrungen gemacht werden, besteht ein seltsamer Zwang, sie auch mitzuteilen, d.h. sie ins Spiel des sozialen Austauschs zu bringen. (Eßbach 2014: 19)

17 Für diesen Hinweis bedanke ich mich bei Tobias Schlechtriemen.

Interessant an diesem Erfahrungsbegriff ist, dass er die zufällige, unmittelbar körperliche Betroffenheit, das Affiziert-Werden, mit seiner sozialen Kommunikation, seiner Artikulation verklammert. Erfahrungen sind, so stellt Eßbach mit der Leibesphilosophie von Bernhard Waldenfels fest, keine abstrakten, sondern ganzheitliche Vorgänge. Das »Getroffensein« (ebd.) durch die Erfahrung schlug sich in Kapitel IV exemplarisch am Phänomen der Zwangsräumung nieder. Etliche derjenigen, die sich in den Versammlungen der Indignados engagieren, erfahren solche Räumungen. Die Angst, ihren Wohnraum zu verlieren, obdachlos zu werden, drängt sich ihnen auf. Wie sich im ethnographischen Part zeigte, unterbricht diese existentielle Erfahrung verstetigte Praxismuster und erzwingt neue. Letzteres heißt in diesem Fall, die Empörlenversammlungen zu besuchen, um sich dort Unterstützung zu holen. So vermischt sich in der Erfahrung ein passives Widerfahrnis (die drohende Zwangsräumung) mit einer aktiven Praxis (die Beteiligung an der Versammlung), die mit dieser Affizierung umgeht. Dieser Umgang darf nicht idealisiert werden.¹⁸ Erfahrungen münden nicht zwangsläufig in Praktiken zivilen Ungehorsams. Aber alle Erfahrungen, vor allem dramatische Leidenserfahrungen, provozieren neue Praktiken, ob der Gang zum Sozialamt, die Mobilisierung familialer Unterstützung, die depressive Selbstisolierung oder (im Extremfall) der Suizid. Erfahren ist widerfahren *und* machen.

Jedes Kollektiv ist eine *Erfahrungsgemeinschaft*. Und vor allem sind es diejenigen, um die sich meine Arbeit dreht: Die Zeltlager der Indignados im Mai 2011, ihre späteren Versammlungen auf Quartiersebene oder die Plattform der Hypothekbetroffenen (PAH) entstehen – die PAH zeigt es bereits im Namen – inmitten einer dramatischen Wirtschaftskrise. Diese verändert von Grund auf, mit Koselleck gesagt, den Erfahrungsraum wie den Erwartungshorizont großer Teile der spanischen Bevölkerung. Jüngere sind nach Ausbildung oder Studium arbeitslos oder finden sich in prekären Beschäftigungen wieder; viele Arbeitnehmerinnen, die in den in Spanien traditionell großen Zeitarbeits- und Niedriglohnsektoren arbeiten, werden entlassen; Hunderttausende sehen sich zur Arbeitsmigration ins Ausland gezwungen. Diese Krisenerfahrung teilen die Menschen, die in den Versammlungen zusammenkommen. Und diese Erfahrung kreiert wiederum einen verbindenden Horizont, der Milieuunterschiede überbrücken kann.

Nun darf das Verhältnis von Erfahrung und Praxis nicht mechanistisch verkürzt werden nach dem Motto: Krisenerfahrung besteht, politische Artikulation entsteht. Die Betroffenheit durch die ökonomische Krise schafft subtile Gemeinsamkeiten, die in verbindende Praktiken überführt werden können, aber nicht müssen. Die politischen Versammlungen, um die sich meine Studie dreht, zeichnet aus, dass sie die Verletzlichkeit *zur* kollektiven Erfahrung machen. Es geschieht eine Politisierung der Erfahrung, die über die Wirtschaftskrise hinausweist und zu einem gewissen Grade unbestimmt ist. Gegenüber einer kollektiv erfahrenen Verletzlichkeit kann es zu mannigfaltigen Artikulationspraktiken kommen, seien es rechtspopulistische (Kap. VII.2.b), neoliberale oder

18 In den Termini des spanischen Fallbeispiels gesprochen: Von den zwischen 6.000 und 10.000 Zwangsräumungen, die jährlich während meines Beobachtungszeitraumes (2014–2016) in Barcelona geschahen, suchten nur wenige tausend Betroffene solch aktivistische Plattformen wie die von mir ethnographisch untersuchten auf.

radikaldemokratische, die sich für mehr Demokratie, Wohlfahrtstaatlichkeit und Solidarität aussprechen. Meine Studie konzentriert sich zwar grundsätzlich auf die radikaldemokratische Artikulation der Krisenerfahrung, meine Analyseheuristik bleibt aber offen dafür, dass sich diese Erfahrungen anders und auf widersprüchliche Weise artikulieren.

Kollektive sind deshalb Erfahrungsgemeinschaften, weil dort Erfahrungen nicht nur passiv verarbeitet werden, sondern überdies *performativ* entstehen. Affekte von Verletzlichkeit, Erniedrigung und Scham prägen sowohl die Empörtenversammlungen als auch die círculos von Podemos, sie fungieren aber zugleich als politischer Ausgangspunkt für neue Praktiken, neue Sinnmuster sowie neue Körperordnungen und Infrastrukturen. Die Erfahrung der Krise wird in den Kollektiven in eine Erfahrung der Politisierung wie der gemeinsamen Ermächtigung überführt. Die kollektive Transformation der Erfahrung mündet somit in einem alternativen Gesellschaftsentwurf, sie stellt die Frage der Hegemonie. Freilich sind die Adjektive »neu« und »alternativ«, mit denen ich die Gegenhegemonie der Empörung charakterisiere, mit Vorsicht zu gebrauchen. Die Transformation der Erfahrung geschieht weder in einem Vakuum noch verläuft sie strukturlos. Im hiesigen Fall werden die Krisenerfahrungen durch eine Institution, die direktdemokratische Versammlung, vergemeinschaftet und politisiert, die es lange vor 2011 gab, die aber erst durch die Empörtenproteste eine zentrale Stellung erhält. Die Versammlung avanciert zum Labor einer demokratischen Vergesellschaftung.

Erfahrungen verdichten und transformieren sich in Kollektiven vor allem dort, wo sich diese Kollektive auch als *Räume* konstituieren. Zwar finden die Treffen der von mir beobachteten Asambleas Sant Martí unter freiem Himmel mitten in der Fußgängerzone statt. Und dennoch konstituiert sich selbst diese Versammlung kraft des kreisförmigen Arrangements der Anwesenden als ein apart stehender sozialer Raum. Für die zwei Stunden, die die Sitzung dauert, entsteht zwischen den Versammelten eine Ordnung, die sich nicht mit jener der Passanten deckt. Es entsteht ein sozialer Raum als »eine soziale Beziehung, [als] ein Set von über Praxis hervorgebrachte Relationen und Formen« (Mullis 2017: 89). Jede Versammlung ist in diesem Sinne eine räumliche Struktur, die durch Praxis erzeugt wird, die ein Praxisprodukt ist. Mit Martina Löw (2001: 158ff., 167ff.) gesprochen: Soziale Praktiken wirken verräumlichend, sie geschehen als fortwährendes *spacing*, sie »errichten, bauen und positionieren in Relationen zu anderen Platzierungen«. Aus dieser verräumlichenden Praxis erwachsen dann soziale Räume als sedimentierte Strukturen, die Körper wie Dinge in geregelte Anordnungen bringen.

Ich orientiere mich an einem Raumbegriff, der die Relationalität, aber gleichzeitig die Machtgeladenheit von Räumen unterstreicht (vgl. Manderscheid 2014: 614). Diese asymmetrische Relationalität gilt für den Raum an sich – bei mir vor allem: die Versammlung –, sie gilt aber auch für die Beziehungen zwischen Räumen (dazu: Kap. VI.4). Die Versammlungen, die ich untersucht habe, stehen mit Ausnahme des Ausbruches der Proteste im Frühjahr 2011 am Rande der hegemonialen Mobilitätspraktiken. Und doch stellt jede Etablierung einer Versammlung als Raum bereits für sich eine politische Erlungenschaft dar. Raum als materialisiertes Produkt von Praktiken stabilisiert und verdichtet Praktiken, er avanciert zu ihrem Referenzpunkt. Dass die Indignados auch als »Bewegung der Platzbesetzung« gelten (Teune 2012), zeigt, dass sich ihr Protest an bestimmten physischen Orten kristallisiert. Die temporäre Inbesitznahme der Hauptplätze spanischer Städte, prominent die Puerta del Sol in Madrid und die Plaça Catalunya

in Barcelona, ist eine hegemoniale Geste. Die etablierte Konnotation dieser Plätze als Durchgangsräume wird unterbrochen, sie werden von den Indignados zur Keimzelle einer alternativen Ordnung verräumlicht. Die Umdeutung der Plätze ist eine symbolische Praxis, die für einen Mehrheitsanspruch steht, sie ist aber parallel eine materielle Um-besetzung, sie geht einher mit einer riesigen Infrastruktur, wie sie für Zeltlager von tausenden Teilnehmerinnen nötig ist.

Doch was zeichnet die Versammlung als den Raum aus, um den sich diese Arbeit dreht? Die Asambleas (Versammlungen) oszillieren zwischen *Flüchtigkeit* und *Intensität*. Zunächst zur Flüchtigkeit und anhand des obigen Beispiels gesprochen: Das kreisförmige Zusammentreffen von circa 30 Aktivistinnen in einer Fußgängerzone Barcelonas schafft einen Raum, der vor ihrer Versammlung nicht bestand und sich nach ihrem Ende wieder auflöst. Die sozialen Räume, die hier erforscht wurden, sind oft von kurzer Dauer, sie lösen sich oft nach wenigen Stunden auf. Doch so flüchtig diese Räume sind, sie ziehen eine stabilisierende Grenze gegenüber der Außenwelt. Der konkrete Versammlungsablauf richtet sich vorwiegend nach innen. Mit organisierenden Praktiken, politischen Positionierungen, persönlichen Anspielungen (Witzeleien, Animositäten usw.), impliziten Umgangsformen (Jargon, Gestik, Mimik usw.) oder Artefaktmobilisierungen (Mikrofongebrauch, Stühle) – im Raum der Versammlung verdichten sich Praktiken, die für die festen Teilnehmerinnen (meist) mit Sinn versehen sind, die aber Externe (meist) erst schrittweise decodieren, rezipieren und reproduzieren können. Selbst dort, wo die Grenze zwischen dem Innenraum und den Außenräumen nicht antagonistisch aufgeladen ist, bleibt sie als latente Markierung, als *boundary maintenance* im Sinne von Parsons anwesend.

Weiterhin konstituiert sich die Versammlung als ein *intensiver* Raum. Die Verdichtung der Praktiken in den Asambleas ist kein abstrakter, sondern ein sinnlicher Vorgang, bei dem sich Menschen in einer Situation der Kopräsenz aufeinander einlassen, miteinander sprechen, streiten oder gemeinsam weinen. Was Waldenfels (vgl. 2000: 372–376) die Heterosomatik des Menschen nennt, also die Offenheit seines Körpers (Somatik) gegenüber dem Anderen (Heteron), äußert sich in den von mir untersuchten Räumen besonders stark. Dort sind Artikulationspraktiken erkennbar, die auf der Basis von oft existenziellen Krisenerfahrungen geschehen und meist für eine grundsätzliche Veränderung der geltenden Verhältnisse eintreten. Diese Praktiken sind oft hochgradig affektiv besetzt. Die Praktiken der Empörung sind für viele derjenigen, die sich in den Versammlungen engagieren, ein Ankerpunkt. Er gestattet ihnen, die Dislokation ihrer tradierten Identität zu überwinden und sich mit einer neuen, widerständigen und politisierten Identität zu identifizieren.

Im Zuge der Proteste der Indignados geschehen Myriaden von Subjektivierungsprozessen, die ihren Dreh- und Angelpunkt in der Versammlung finden. Meine Studie macht stark, dass diese Subjektivierungen dort besonders mächtig ausfallen, wo sie in einem materialisierten Diskursgefüge stattfindet. Die von mir analysierten Versammlungen sind als verfestigte Räume ganz wesentliche Säulen derartiger Diskursgefüge. Im Versammlungsraum verdichten sich Machtverhältnisse, Symbole, Praktiken und Infrastrukturen, um gewisse Subjektivierungspfade festzulegen (dazu: Kap. IV.5). Keine Subjektivierung ist allerdings je eine absolute Identifizierung mit einem Diskurs (hier: dem der Empörung), stets bleibt die Identifizierung mit gegebenen Subjektpositionen of-

fen für Brüche, Verschiebungen und Destabilisierungen (vgl. Alkemeyer/Bröckling 2018: 21).

Im Raum der Versammlung treffen Subjekte zusammen, die durch den Empörungsdiskurs ermächtigt werden, denen aber zugleich die Krisenerfahrung eingeschrieben ist. Diese Doppeldeutigkeit äußert sich symbolisch wie sinnlich. Die Versammelten erfahren sich als grundsätzlich verletzte, oftmals unmittelbar verletzte Wesen, die das Ideal des autonomen, vereinzelt Subjekts fallen lassen (müssen), um durch ihren Zusammenschluss ihre kollektive Verletzbarkeit zu adressieren und zumindest partiell zu überwinden. Damit wird die Verletzlichkeit nach Butler (2016: 172) zu einem »Modus der Relationalität«. Die Verletzten verbinden sich in neuen Räumen, um politischen Widerstand zu leisten und andere, gelingende Sozialisationsformen zu erproben. Die Versammlungen sind *der* Raum, in dem sich diese Verletzlichkeit relativ geschützt äußern und artikulieren kann. Wenn etwa auf den besetzten Plätzen im Frühjahr 2011 jemand auf seine Arbeitslosigkeit hinweist und parallel die Korruption der Eliten denunziert, dann findet eine Praxis statt, die andere affiziert, die bei ihnen ähnliche Erfahrungen weckt und ähnlich politisierende Praktiken hervorruft. Wenn andere auf den eigenen Beitrag mit Applaus, vielleicht gar mit Händeschütteln oder Umarmungen reagieren, dann entfaltet sich eine überaus mächtige Assoziationsform. Sie entgeht Diskursanalysen à la Laclau/Mouffe in der Regel, wird dafür aber von Affekttheorien umso stärker hochgehalten.

In der Tat erweist es sich als analytische Herausforderung, die affektive Intensität von Kollektivität im Allgemeinen und von politischen Versammlungen im Besonderen zu würdigen, ohne einem neomaterialistischen Reduktionismus zu verfallen, der alle Praktiken zurückführt auf »affektive Interaktionen bzw. affektive Transmissionen« (Seyfert 2012: 80). Die Aufgabe besteht darin, den verkörperten Praktiken, bei der die akustischen, visuellen, haptischen usw. Sinne besonders beansprucht werden, eine wichtige Rolle zuzuerkennen, aber parallel ihre Verstrickung mit symbolischen Prozessen nicht zu vergessen. Die empirisch zu erhärtende These ist, dass die gemeinsame Artikulation von Angst und Verletzlichkeiten, aber auch von Freude und kollektiver Macht ein zentraler Faktor ist, um die Konstitution von Kollektivität zu verstehen. Die Frage jedoch lautet: Wie wird dieser sinnliche Faktor konzeptuell eingefangen? Diese Studie entschied sich *gegen* den Gebrauch des Affektbegriffes als einer eigenständigen Analysekategorie, die sich quer zu Diskurs- oder Praxisanalysen stellt. Doch zugleich dürfen die wertvollen Einsichten, die mit der affektiven Wende einhergehen, nicht abgewehrt werden. Die hegemonietheoretische Herabstufung des sinnlichen Faktors zur affektiven Identifikation mit einem *master signifier* scheint mir äußerst unbefriedigend (etwa bei: Mouffe 2018: 88ff., Stavrakakis 2016: 168ff.). Gegenüber der Verabsolutierung des Affektbegriffes und seiner diskursiven Auflösung (oder gleich Abwehr) schlage ich einen dritten Weg ein. Die Bedeutung des affektiven Moments für die Konstitution von Kollektivität muss gewürdigt werden, aber gleichzeitig an diskursive Sinngebungen zurückgebunden bleiben.

Kollektivität revisited (II): Fokussierung als kollektive Performativität Wenn die empirische Auseinandersetzung mit den Indignados eines lehrt, dann ist es, dass die Empörung zwar ein sehr starker Affekt ist, dass sie aber gleichzeitig zu einem sehr starken Diskurs werden kann. Die schlichte Empörung über den Ist-Zustand sieht sich ergänzt durch ein

zwar nicht immer ausformuliertes, doch oft implizit wirkendes Plädoyer für einen demokratischeren und sozialeren Gegenentwurf. Es geschieht eine Sinnverdichtung. Artikulationspraktiken machen etwas aus dem Affekt der Empörung, sie verleihen ihm eine gewisse Gerichtetheit. Der disruptive Impetus der Indignados hängt zu großen Teilen mit diesem Zusammenwirken von Affekten und Sinnstrukturen zusammen. Derartige Sinnverdichtungen bestimmter Affekte rekonstruiert meine Studie mit dem an Ulle Jäger angelehnten Konzept der *Fokussierung*.¹⁹

Wie mein Ansatz geht Jäger von der körperlichen – bei ihr: der leiblichen²⁰ – Fundierung sozialer Praktiken aus. Auch sie fragt sich, wie sich ein Mittelweg einschlagen lässt zwischen einem diskursiven Konstruktivismus und einem Objektivismus des Affekts, ohne dabei »Materialität zu essentialisieren, aber auch ohne materielle Prozesse vollständig diskursiv aufzulösen« (Jäger 2014: 235). Mit Eugene Gendlin plädiert Jäger dafür, dass vor allem in sozialen Interaktionen, die unter Bedingungen der Kopräsenz ablaufen, eine bestimmte Art von Sinngabungsprozessen geschieht. Die Autorin spricht davon, dass sich ein *gefühlter Sinn* (*felt sense*) entfaltet, der zuvor nur körperlich gespürte Fragen zum Sprechen bringt, diese impliziten Fragen mit neuen Bedeutung versieht. Diese Sinnstiftung geschieht als eine koaktive Praxis, bei der sich die Aufmerksamkeit der anwesenden Körper schrittweise aufeinander richtet und dann durch eine geteilte Fokussierungsleistung performative Wirkung entfaltet. Jäger beschreibt zwar diese verkörperte und kollektive Performativität am Beispiel hochnormierter Settings von Therapien oder Interviews.²¹ Die Empirie zeigte aber, dass derartige Fokussierungen ebenfalls in politischen Versammlungen sowie ansatzweise sogar bei Massenveranstaltungen geschehen. Im Folgenden stelle ich locker angelehnt an Jäger drei Facetten der Fokussierung dar, die der empirische Part bereits eingeführt hat (Kap. IV.3.c). Die Schaffung eines »Frei-Raumes«, die Präfiguration und die Bildung von Regeln, sind nun vorzustellen.

Der Ausgangspunkt eines Fokussierungsprozesses besteht in dem, was Jäger *Frei-Raum-Schaffen* nennt. Hier wird die Aufmerksamkeit auf den Körper »in seiner leiblichen Dimension, auf das Hier-und-Jetzt« gelenkt (Jäger 2014: 246). Es beginnt eine Praxis, bei der sich die Körper gleichsam auf sich selbst zentrieren. Diese Selbstzentrierung setzt nach der Autorin einen geschützten Raum voraus. An dieser Stelle setzt mein Fokussierungsbegriff an. Ich frage nach den Möglichkeitsbedingungen von Räumen, die

19 Ich strebe hier nicht eine Universalentschlüsselung des Zusammenspiels von affektiven und diskursiven Prozessen an, sondern weise auf *eine* Möglichkeit ihrer Verklammerung in Artikulationspraktiken hin.

20 Jäger gebraucht in der Tradition der Philosophischen Anthropologie den Begriff des Leibes anstelle desjenigen des Körpers, um zu betonen, dass der Leib das ist, was sich nicht dezentrieren lässt, was ich nicht habe, sondern bin (vgl. Jäger 2014: 236). Wenn ich mich für den Begriff des Körpers entscheide, so nehme ich ihn als ein Konzept auf, der diese prinzipielle Nicht-Dezentrierbarkeit anerkennt, aber auch aufmerksam dafür bleibt, wie der Leib/Körper in diskursiven Artikulationen immer wieder partiell dezentriert wird, wie er sich also in übergeordneten Diskursgefügen positioniert – und zudem positioniert wird.

21 Tatsächlich ist die Focusing-Therapie eine etablierte Therapiemethode. Sie konzentriert sich im Anschluss an Gendlin auf die Artikulation des somatisch Erlebten. Sie möchte die Gefühlslage der Therapierten, gerade im Falle von Traumatisierungen, Angstzuständen, Depressionen oder Neurosen zum Sprechen bringen. So werden quasi die Therapierten mit sich selbst konfrontiert (Hintergründe dazu: <https://www.deutsches-focusing-institut.de>).

von den Beteiligten als »Frei-Räume« erfahren werden. Denn wahrhaft geschützte Räume erlauben es, kollektive Fokussierungen in einem emphatischen Sinne zu initiieren. Die Entstehung solcher Räume ist sehr voraussetzungsvoll, sie geht einher mit Grenzziehungen und Fixierungsleistungen. Um aber einen »Frei-Raum« zu schaffen, ist die Etablierung von symmetrischen, inklusiven und deliberativen Beziehungen ausschlaggebend. Die analysierten Versammlungen werden deshalb als »Frei-Räume« erfahren, weil sie alternative Sozialisationsräume sind, weil sie Demokratie geradezu vorleben.

In der als Frei-Raum erlebten Versammlung entfaltet sich eine *präfigurative* Praxis im Sinne von Sörensen (2020: 30), geht es doch darum, »im Jetzt und Hier experimentell und im Wissen um die eigene Imperfektibilität Beziehungsformen [zu] erproben, die einen als ideal imaginierten Zustand« vorwegnehmen. Diese besondere, da radikal-demokratisch geprägte präfigurative Praxis schließt in den von mir untersuchten Beispielen Machtverhältnisse nicht aus, sie strebt aber danach, sie zumindest einzudämmen und verfestigte Herrschaftsverhältnisse zu überwinden. Es ist just dieser Anspruch auf Präfiguration, der Versuch, die demokratische Neugründung von Gesellschaft im Hier und Jetzt zu verwirklichen, welche die Versammlungen zu potentiellen »Frei-Räumen« macht. »[The] enactment of the future in the present« (della Porta 2020: 570) bringt die Versammlung als einen (relativ) geschützten Raum hervor, in dem sich Fokussierungen entfalten – und die dann rekursiv demokratische Praktiken stärken.

Wo die Versammlung zumindest ansatzweise als Frei-Raum erfahren wird, können sich Fokussierungen als geteilte Praktiken entfalten. Diese Fokussierungen setzen voraus, dies führt nun zum zweiten Aspekt der Fokussierung, dass in den Versammlungen Erfahrungen *expressiv* ausgedrückt werden. »[E]inen Felt Sense zum Thema entstehen lassen«, so nennt es Jäger (2014: 246), um zu betonen, dass der gefühlte Sinn, den Fokussierungen artikulieren, sich in einem Prozess des Dialogs, des Nachfragens und der Achtsamkeit gegenüber der eigenen Körperlichkeit und Emotionalität entfaltet. Ich betrachte diese *expressive Praxis* ähnlich, aber nicht ganz analog zu Jäger. Sie geht von einem fast schon vereinzelteten Vorgang aus, bei dem ein Subjekt in sich »hineinhorcht«, um dann zu ersten Symbolisierungen des eigenen Erlebens zu gelangen. Demgegenüber begreife ich diesen Prozess als eine koaktive Praxis. Das Artikulieren von Erfahrungen entfaltet sich in meiner Leseart stets *zwischen* den versammelten Individuen. Diese Expressivität verläuft als ein dialogischer Prozess, bei dem verbale wie nonverbale Praktiken eingesetzt werden. Dabei nimmt dieser Prozess einen dramaturgischen Ablauf an, der von einer Ouvertüre über eine Verdichtung bis hin zu einer Zerstreuung führt.

Ein Beispiel für diese Expressivität ist die Praxis des Verhinderns von Zwangsräumungen, wie sie die PAH forciert (dazu: Kap. IV.3.c). Hier richtet sich die Aufmerksamkeit aller Beteiligten auf ein gewisses Ereignis, das alles andere überwölbt: das Ereignis der Zwangsräumung. Davon sind zwar die aktuell Betroffenen besonders vereinnahmt. Doch auch die anderen Beteiligten haben eine starke Form der Empathie, sie aktualisieren in der Praxis entweder ihre vergangene Erfahrung, eine bereits erfolgte Zwangsräumung, oder die Angst davor, dass so eine Räumung sie zukünftig betreffen könnte. So entsteht zwischen den versammelten Individuen ein implizit geteilter Zustand, quasi eine gemeinsame Affizierung, die zwischen Angst und Bedrücktheit auf der einen Seite gegenüber Wut und Ermächtigungspraxis auf der anderen Seite oszilliert. Kleine Gesten, etwa Umarmungen, Händeschütteln, kleine Witzeleien, geteilte Rhetoriken (*La PAH*

unida, jamás será vencida! Sí se puede! Die vereinte PAH wird niemals besiegt werden!, Ja, es geht!) und letztlich auch stark politisch aufgeladene Praktiken wie Sitzblockaden, Verhandlungen mit den Gerichtsvollziehern oder sogar das Gerangel mit der Polizei führen zu Verdichtungen, zu performativen Symbolisierungen, in denen das Erfahrene (Wut wie Angst) tastend auf eine Sprache zugeführt wird.

Die Zwangsräumung ist ein Extrembeispiel für einen Prozess, der geteilte Aufmerksamkeiten schafft, Erfahrungen vergemeinschaftet und versprachlicht. Im konkreten Vollzug einer Praxis, die sich sprachlich wie körperlich entfaltet, wird das Erfahrene – und das noch zu Erfahrende – zum Sprechen gebracht, also in geteilte Sinnhorizonte überführt. Es geschieht eine imperfekte, da stets durch Machtasymmetrien gebrochene Deliberationspraxis. Sie prüft die Stimmigkeit der entstandenen Bedeutungen, nimmt sie an oder aber verwirft sie wieder (vgl. Jäger 2014: 247), womit *peu à peu* ein verschobener diskursiver Horizont entsteht. Die zuvor stumme oder nur unvollständig versprachlichte Erfahrung wird mit einem neuen Sinn versehen und in eine umfassendere Diskursstruktur eingefügt – die damit verschoben wird. Im Fall der Zwangsräumung führt der zivile Ungehorsam gegen die Räumung dazu, dass die Konfrontation mit der staatlichen Gewalt als Teil eines Kampfes von unten gegen oben gedeutet wird. Wird die Räumung erfolgreich verhindert, so wird dies als Bestätigung davon gelesen, dass ein Upside-down-Szenario möglich ist, bei dem sich die Schwachen gegen die Starken ermächtigen und eine andere, egalitäre und radikaldemokratische Ordnung verwirklichen können.

Damit komme ich zum dritten und letzten Aspekt meines Fokussierungsverständnisses. Dieser besteht in der Bildung und Verfestigung von *neuen Regeln*, die Sinn stabilisieren, die neue Sinnzusammenhänge »annehmen und schützen« (Jäger 2014: 247). Die Fokussierung als eine performative Praxis, die Bedeutungen hervorbringt, gelangt in dieser letzten Phase an ihren Kulminationspunkt. Eine der ethnographisch untersuchten Versammlungen von Indignados entscheidet sich so nach einer Fokussierung dafür, in Zukunft weniger mit anderen Akteuren des Quartiers zu kooperieren und selbstständig radikalere Artikulationspraktiken (in Form direkter Aktionen oder nicht angemeldeter Demonstrationen) durchzuführen. Idealtypisch erwachsen aus den in Fokussierungen hervorgegangen Autorisierungen neue Regeln, die Praktiken dauerhaft regulieren. Es entstehen Praxismuster, die sich iterativ und kontextübergreifend entfalten. Das performativ Entstandene sedimentiert zu neuen Bedeutungen, die als neue Regeln sowohl in Sprechakten als auch in stummen Praktiken eingehen.

Die analytische Herausforderung besteht darin, die Performativität der Fokussierung zu würdigen, sie aber zugleich als eine *geordnete Performativität* zu begreifen. Fokussierungen folgen ritualisierten Abläufen. Fokussierungen schaffen Bedeutung, doch sie tun es in einem Raum, der niemals »frei« ist, sondern stets durch gruppeninterne Machtbeziehungen sowie durch ritualisierte Abläufe geprägt bleibt. Ferner wird die Fokussierung nicht nur durch den Innenraum der Versammlung strukturiert, sondern desgleichen durch gesellschaftsweite Diskurse. Geteilte Fokussierungen bringen verkörperte Erfahrungen zum Sprechen. Aber die Sprache, die diese Erfahrungen ausdrückt, weist über die konkrete Fokussierung hinaus und auf übergeordnete Strukturen. Eine Reihe von Sinn- und Praxismustern ist allen Kollektiven gemeinsam, die in Spanien aus den Protesten 2011 hervorgehen. Diese übergreifenden Muster bleiben selbst in den eigen-

sinnigsten Praktiken anwesend. Das performative Moment der Praxis äußert sich nicht als *creatio ex nihilo*, sondern als strukturelle Verschiebung makrologischer Diskursgefüge. Auch Fokussierungen sind uneinheitliche wie unreine Zitierungspraktiken, welche die Sinnhorizonte modifizieren, in die sie eingefasst sind. Für den spanischen Fall gilt, dass jede Fokussierungspraxis sich in die Sprache der Empörung einschreibt und diese mal stärker und mal leichter verändert.

Die anwesend-abwesende Gemeinschaft Die Kategorien von Erfahrung, Raum und Fokussierung zielen auf eine theoretische wie empirische *Fundierung* von Kollektivität in *Praktiken*. Wo Gemeinschaft erfahren wird, sie sich als sozialer Raum herausbildet und geteilte Fokussierungspraktiken geschehen, in denen affektive Komponenten (welche die physisch zusammentreffenden Körpern voraussetzen) mit symbolischen (die eine geteilte Semantik voraussetzen) zusammenkommen, da eröffnet sich eine Konzeption von Kollektivität, die anders als diejenige von Laclau/Mouffe nicht auf Zeichen, sondern auf verkörperten Praktiken aufbaut. Gemeinschaften, wie ich sie verstehe, werden sinnlich erfahren und sinnlich hervorgebracht. Aus der Fundierung von Kollektivität in diesem emphatischen Praxisbegriff folgt jedoch nicht, dass mein Kollektivitätsverständnis rein mikrologisch ausgerichtet ist. Diese Studie beabsichtigt vielmehr, eine *mögliche* Zusammenführung von Mikro- und Makro-Konzepten von Kollektivität aufzuzeigen.²² Die Trias Erfahrung, Raum und Fokussierung ist sensibel für die mikrologischen Praktiken und ihre sinnliche Verkörperung, sie schlägt aber zugleich mit den Begriffen von Raum und Fokussierung die Brücke zu einer makrologischen Konzeption von Kollektivität, wie sie bei Laclau/Mouffe vorliegt.

Wenn ich dafür plädiere, die Konstitution jedes Kollektivs als verräumlichende Artikulation zu lesen, dann geht damit nicht eine Wertung ob der Reichweite dieser Veräumlichung einher. Die entstandenen Räume können wenige dutzende oder zehntausende Teilnehmerinnen umfassen. Ähnliches gilt für Fokussierungspraktiken. Zwar gibt es hier ein Primat von Mitteilbarkeit und Kopräsenz, weshalb Versammlungen eine besondere Aufmerksamkeit zukommt. Fokussierungspraktiken geschehen jedoch ebenso in Massenveranstaltungen. Dort können die Anwesenden etwa gewisse Leit- und Feindbilder verstärken oder für geteilte Erfahrungen – der Verletzlichkeit genauso wie der Ermächtigung – einen Resonanzraum schaffen.

Die praxeologische Wendung des Kollektivitätsbegriffes läuft folglich der semiotischen Lektüre, auf die sich Laclau/Mouffe konzentrieren, nicht zuwider, sondern ergänzt sie. Ich möchte die Hegemonietheorie zurückführen an sinnliche Vorgänge, die Artikulation der Signifikanten *einbetten* in Praktiken. Einbetten heißt aber nicht verabschieden. Die symbolischen Prozesse der Universalisierung von Signifikanten, der antagonistischen Grenzziehung und der Äquivalentsetzung bleiben für den hiesigen Kollektivitätsbegriff wichtig. Die Herausforderung ist, beide Dimensionen so zusammenzuführen, dass sie sich gegenseitig erweitern und ihre jeweiligen blinden Flecken aufdecken.

22 Dem entspricht mein methodisches Plädoyer für die Triangulation von Ethnographie, Leitfadeninterviews und Diskursanalyse. Erst solche Triangulationen können Gemeinschaft in ihrer phänomenalen Bandbreite beschreiben.

Der vorliegende Schritt kann mit zwei Fragen schließen, die eine solche Zusammenführung zumindest kursorisch in den Blick rücken.

Zunächst stellt sich die Frage: Wie verhalten sich Fokussierungen zum leeren Signifikanten, also *dem* Repräsentationsmoment von Diskursen? Beide Momente sind als Teil einer Bewegung zu denken, die in je gegensätzliche Richtungen führt. Einerseits wohnt den leeren Signifikanten eine Tendenz zur entleerenden Universalisierung inne. Das heißt: Ein Zeichen, in dieser Arbeit prominent *el pueblo* (das Volk), wird von seinen konkreten Bedeutungen (d.h. Signifikaten) progressiv entleert und erscheint als Platzhalter eines allgemeineren Horizontes, in dem sich verschiedene Forderungen und Identitäten (hier: Studierende, Arbeitslose, Migrantinnen, Beamte usw.) wiederfinden können. Fokussierungspraktiken hantieren zwar ebenfalls mit leeren Signifikanten, diese durchlaufen jedoch einen Prozess der *Verdichtung*. Kollektive Fokussierungen binden Sinnmuster an konkrete Erfahrungen und den in Praktiken verkörperten Sinn zurück, was die entleerten Zeichen mit Bedeutung füllt.

Das heißt im spanischen Fall: Der Signifikant »Volk« lässt sich auf makrologischer Ebene, beispielsweise im medialen Diskurs des linkspopulistischen Projekts Podemos, zumindest temporär durchaus erfolgreich entleeren und universalisieren. Dort aber, wo dieser Signifikant nicht mehr strategisch von privilegierten Subjektpositionen aus (etwa des Parteichefs Pablo Iglesias) produziert wird, sondern in den Fokussierungen der Podemos-Basisgruppen oder sogar in Massenkundgebungen der Partei aktualisiert wird, verliert der *master signifier* schrittweise seine Leere und wird zu einem gesättigten Signifikanten. *El pueblo* kann in Fokussierungen nicht gleichzeitig für eine vorsichtige Reform des Sozialstaates stehen und zugleich das Symbol einer Ermächtigung der krisengerüttelten Bevölkerungsmehrheit sein. Gerade im Kontext der Podemos-Basisgruppen wird der Volksbegriff mit spezifischen, vor allem direktdemokratischen Bedeutungen versehen, die den von der Parteiführung kommenden Signifikationspraktiken häufig zuwiderlaufen (Kap. V.5). Die generelle Formel lautet: Signifikanten bewegen sich in der Spannung zwischen einer Tendenz zur Sinnentleerung, die meistens auf einer gesellschaftlichen Makro-Ebene vollzogen wird, und einer Tendenz zur Sinnsättigung, die Fokussierungen auf einer Mikro- wie Meso-Ebene mittels verkörperter Praktiken vorantreiben.²³

Die zweite wichtige Ergänzung, die ein erweitertes Kollektivitätsverständnis einführt, betrifft den für Laclau/Mouffe zentralen Antagonismus. Zwar betont auch meine erweiterte Hegemonietheorie, dass sich Gemeinschaftsbildungen nicht ohne Grenzziehungen gegenüber einem Außen verstehen lassen. Gegenüber der tradierten Hegemonietheorie schreibe ich aber der Grenze keine konstitutive, sondern eine nur noch stabilisierende Funktion zu. Zur Hervorbringung sozialer Räume, die als »Frei-Räume« erfahren werden und dann zu Fokussierungspraktiken führen, bedarf es latenter wie expliziter Grenzziehungen. Wo ich jedoch nicht mitgehe, ist bei der Zentralstellung, die Laclau/

23 Diese Formel ist kein sozialontologisches Gesetz, sondern ein generelles Muster, das sich aus meiner Analyse von stark politischen aufgeladenen Artikulationspraktiken in Spanien ergeben hat. Studien, die anders gelagerte Artikulationen untersuchen, könnten diese Formel ausarbeiten, korrigieren oder vielleicht sogar widerlegen.

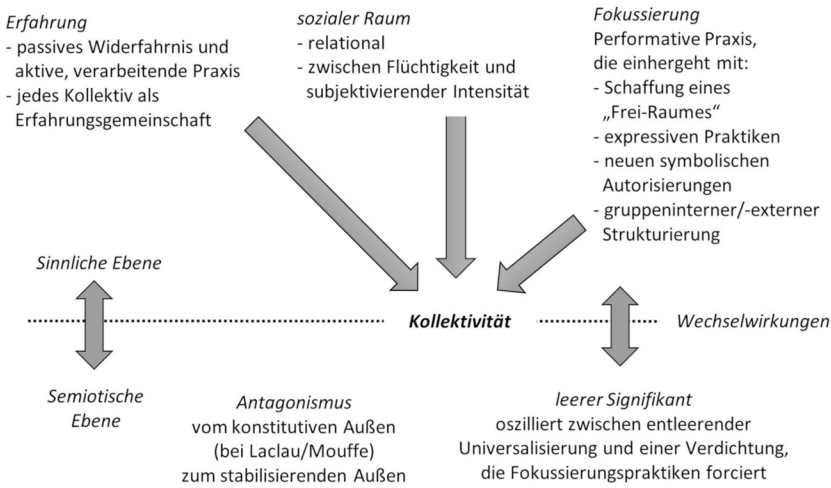
Mouffe diesem Außen zuschreiben. Wo Mouffe betont, dass jedes soziale Verhältnis deshalb ein potentiell politisches ist, weil es durch Ausschlüsse durchzogen wird, ist zu entgegnen: Wer fragt, was eine Grenze ausschließt, sollte auch fragen, was sie einschließt. In meiner Leseart sind Antagonismen deshalb wichtig, weil sie etwas schützen, das über sie hinausweist und sich emphatisch als ein *eigensinniges Innen* bezeichnen lässt. Die Erfahrungen, die expressiv artikuliert werden, und die Fokussierungen, die sich auf ihrer Grundlage entfalten, müssen als Konstitutionsmomente von Gemeinschaft gewürdigt werden. Mehr noch, sie erweisen sich als mächtiger Gegenpol zum Antagonismus.

Die empirische Analyse zeigte, weshalb die Praktiken, die in Kollektiven vollzogen werden, einen schützenswerten Innenraum hervorbringen. Die von mir analysierten Gruppen entfalten basale *Solidaritätsbeziehungen*. Wenn ich davon spreche, dass in politischen Versammlungen die Demokratie präfigurativ vorgelebt wird, dann ist damit gemeint, dass sich dort eine alternative Vergesellschaftung artikuliert. Die Art und Weise, wie in diesen Gruppen miteinander umgegangen wird, wie man sich unterstützt oder Aktionen durchführt, unterscheidet sich diametral von den hegemonialen Sozialisationsformen. Gegenüber Individualisierung und Wettbewerb wird auf Vergemeinschaftung und demokratische Teilhabe gesetzt. So imperfekt und durch Machtverhältnisse gebrochen dieser normative Anspruch ist, in den Versammlungen sedimentiert eine demokratische Vergesellschaftung zur potentiell disruptiven Existenzweise. Stärker als jede Forderung bricht diese Existenzweise mit dem Status quo und wird zum Symbol dafür, dass eine alternative Gesellschaftsform nicht nur wünschbar, sondern möglich ist.

Jedes Kollektiv etabliert sich als Gemeinschaft, in der Erfahrungen zirkulieren, Praktiken zusammenlaufen und Fokussierungen Bedeutungen kreieren. Was *in* diesen Gemeinschaften geschieht, ist so wichtig wie das, was sich außerhalb von ihnen abspielt. Fest steht: Interne Dynamiken sind mit externen Grenzziehungen verflochten. Und doch weisen interne Prozesse in einen Bereich, der sich weniger durch die Analyse von Rhetoriken als vielmehr durch die Analyse von Praktiken erschließt. Wer beispielsweise auf die Plattform der Hypothekbetroffenen blickt, könnte mit der Analyse ihrer allgemeinen Feindbilder (etwa: »die Banken«, »die Immobilienspekulanten«) oder leeren Signifikanten (»Wir, das unterdrückte Volk«) nur schlecht die außerordentliche Mobilisierungsfähigkeit dieser Plattform in ganz Spanien – über Jahre hinweg – verstehen und erklären. Wenn sich jedoch der Fokus auf das Geschehen *in* den Versammlungen richtet, dann wird einsichtig, wie dort sinnliche Praktiken Leidens- und Verletzungserfahrungen zirkulieren lassen, sich Subjektivierungen vollziehen und mächtige Solidaritätsbände geknüpft werden. Eine solche Perspektive bleibt für makrologische Artikulationen aufmerksam, sie blickt aber besonders achtsam in Kollektivitäten hinein, um die Praktiken zu rekonstruieren, die sie von innen konstituieren.

Die Abbildung fasst abschließend die zentralen Konzepte eines sinnlich erweiterten Verständnisses von Kollektivität zusammen:

Abb. 30: Die zentralen Konzepte eines sinnlich erweiterten Verständnisses von Kollektivität



4 Hegemonie in (und von) Raum und Zeit

Such hegemony may have defined the outside limits of what was politically, socially, practicable, and hence influenced the forms of what was practiced: it offered the bare architecture of a structure of relations of domination and subordination, but within that architectural tracery many different scenes could be set and different dramas enacted.

(Thompson 1991: 86)

Der Durchgang durch die Begriffe der Praxis, Artikulation und Kollektivität hat die zentralen Bausteine geliefert, um zu einer aktualisierten Leseart der Hegemonie zu gelangen. In meinem an Laclau/Mouffe wie an Gramsci angelehnten Verständnis fällt Hegemonie mit sozialer Ordnung zusammen. Hegemonie ist der Konvergenzpunkt von Macht und Objektivität – der Grunddefinition von Mouffe folgt auch meine Studie. Das Soziale hat keinen natürlichen Zustand, es wird erst durch Macht konstituiert und objektiviert, so lautet das Leitmotiv von Laclau/Mouffe, an der sich auch meine überarbeitete Hegemonietheorie weiterhin orientiert. Was als friedliche Kultur, Wirtschaft, Recht, ja als Gesellschaft erscheint, wird damit zum machtgeladenen Diskursgefüge. Keine Ordnung ist selbstverständlich gegeben, jede entsteht, reproduziert und verändert sich durch Artikulationspraktiken. Wo aber die Grenzen von Laclau/Mouffe aufbrechen und sich eine erweiterte Hegemonietheorie aufdrängt, ist bei der Frage, was aus diesem

großen Postulat konkret folgt: *Wie ist die soziale Ordnung als eine hegemonial verfasste Ordnung zu verstehen?* Mit der architektonischen Metapher des obigen Zitats von Edward P. Thompson gesagt, blicken Laclau/Mouffe nur auf das Dach der Hegemonie. Sie grenzen den Kampf und die Ausübung von Hegemonie ein auf die Universalisierung bestimmter Zeichen, präziser, auf Signifikanten und deren umkämpfte Grenzziehungen und Verdrängungsbewegungen. Ein holistischer Hegemoniebegriff muss aber tiefer reichen, er muss den Blick auf das Gesamtgebäude richten, die Fundamente und Räume von Hegemonie genauso wie die mit ihr zusammenhängenden Praktiken untersuchen. Erst damit lässt sich in den Termini von Thompson die gesamte Szenerie der Hegemonie samt ihrer vielen Dramen begreifen.

Und doch greift Thompsons Stilmittel zu kurz. Hegemonie ist eine Ordnungsarchitektur in Bewegung, sie entfaltet sich *in* Raum und Zeit, sie instituiert, reproduziert und wandelt sich als verzeitlichte und verräumlichte Ordnung. Das Verständnis von Hegemonie als einer »raumzeitlichen Konfiguration«, wie Georg Glasze (2015: 28) sie bezeichnet, konvergiert mit der Zusammenführung der symbolischen, praxeologischen und sinnlich-materiellen Ebene, die bereits die vorherigen Schritte emphatisch betonten. Wo Diskurstheorie entformalisiert und in einem emphatischen Praxisbegriff grundiert wird; wo Artikulationspraktiken Diskursgefüge hervorbringen, in denen Passagenpunkte Körper, Dinge, Zeichen und Praktiken verdichten; wo der Kollektivitätsbegriff nicht mehr zeichen- und konfliktzentriert bleibt, sondern zudem zum sinnlich verdichteten Innenraum aufsteigt – da muss der Hegemoniebegriff eine erneuerte Fassung erhalten, die diese konzeptuellen Neuerungen in sich aufnimmt und aufeinander bezieht.

Um zu verstehen, wie Hegemonie zu einer *Ordnung der Zeit* und *des Raumes* wird, steht im Folgenden ein konzeptueller Dreischritt an. Zunächst ist die Rede vom Raum auf die Kategorie der Topographie zuzuspitzen. Artikulationspraktiken schaffen eine unebene, umkämpfte und asymmetrische Gesellschaftslandschaft. Zweitens werde ich die Kategorie der Zeit auf den Begriff der Sedimentierung zuspitzen. Er unterstreicht, wie sich eine hegemonial verfasste Ordnung zur gelebten Kultur verfestigt und auf diese Weise eine Basislegitimität entfaltet – eine Verfestigung, die auch für gegenhegemoniale Projekte gilt. Drittens dynamisiert die Kategorie des Ereignisses diesen raumzeitlich aktualisierten Hegemoniebegriff, um neben der Ordnung die (beschleunigte) Umordnung des Sozialen zu erklären.

Vor diesem konzeptuellen Dreischritt ist ein grundlegender Hinweis notwendig. Um Hegemonie als eine raumzeitliche Konfiguration zu verstehen, folge ich der breiten Palette von Autorinnen (etwa Glasze 2013, Mullis 2017, Mazzolini 2020), die angelehnt an Doreen Massey (1992) gegen die grobe Dichotomisierung von Raum und Zeit plädieren, die besonders Laclau tätigt. Auf der einen Seite wird bei ihm der Raum zu einer statischen Struktur. »Any repetition that is governed by a structural law of successions is space«, so Laclau (1990: 41). Das Räumliche wird in seiner Leseart zum Gegenbegriff der Politik, es steht (nur) für unverrückbare, naturalisierte Fixierungen (vgl. ebd.: 69). Auf der anderen Seite trifft bei der Zeit das Gegenteil zu. Temporalität wird per se mit »dem Auftreten von Dislokationen« gleichgesetzt (Stäheli/Hammer 2016: 91f.). Die Zeit ist bei Laclau immer potentiell politisch besetzt, sie steht für das ereignishafte Aufbrechen von

Strukturen. Die Zeit ist die Chiffre dafür, dass sich jede Ordnung politisch dynamisieren lässt (vgl. Laclau 1990: 43).²⁴

Gegen diesen Dualismus hat Samuele Mazzolini überzeugend eingewendet, dass er bereits grundbegrifflich falsch angelegt sei. Mit Derrida geht Mazzolini (2020: 771) von einer verzeitlichten Struktur aus. Diese Struktur wird hervorgebracht durch iterative Wiederholungen. Eine solche Reproduktion ist nicht statisch, sondern inhärent dynamisch und verschiebend. Zugleich aber entfaltet sich diese Reproduktion niemals als totale Dislokation, wird doch jede strukturierende Praxis von den Spuren vergangener Praktiken bedingt. In diesem Sinne trifft für den Begriff der Hegemonie explizit das zu, was bei den vorhergehenden Begriffen von Praxis, Artikulation und Kollektivität schon implizit galt. Die Neuausrichtung dieser Kategorien zwingt dazu, die Verwobenheit von Zeit und Raum ernst zu nehmen – und verbietet sowohl politische Hypostasierungen als auch Entpolitisierungen. Ich orientiere mich am Motto Masseys (1992: 80): »Space is not static, nor time spaceless. Of course spatiality and temporality are different from each other, but neither can be conceptualized as the absence of the other.« Wenn also die Begriffe der Topographie und der Sedimentierung die Hegemonie als eine raumzeitliche Konfiguration erfassen sollen, so ist dabei zu bedenken, dass ihre Unterscheidung unrein bleiben muss. Die Topographie erweist sich als eine verzeitlichte Räumlichkeit, die Sedimentierung als eine verräumlichte Zeitlichkeit.

Die Topographie der Hegemonie – Achse des Raumes Die Kategorie der *Topographie* weist darauf hin, wie sich jede Hegemonie als Raumordnung konstituiert und reproduziert. Einer der Schwerpunkte des überarbeiteten Begriffs der Artikulationspraxis liegt darauf, Artikulationspraktiken zu versinnlichen. Die Errichtung eines neuen Sinnsystems wird zu einer stets verräumlichenden Praxis, bei der sich eine Zeichenordnung gemeinsam mit einer Ordnung der Technik, der Körper und sogar der natürlichen Umwelt entfaltet. Der verdichtende Passagenpunkt bringt die gemeinsame Artikulation semiotischer und körperlich-materieller Elemente auf den Begriff. In Callons Studie fungiert die Praxis »Neuansiedlung der Kammuscheln« als Passagenpunkt, rund um den sich ein neues Diskursgefüge verdichtet. Die analytische Stärke von Passagenpunkten liegt darin, dass sie verschiedene Gestalten annehmen können. Sie können eine neue informatische »Programmiersprache« sein, an die sich Unternehmen anpassen müssen (vgl. Lee/Wang 2016); ein spezifisches Organisationsmodell, das gewisse Zugehörigkeitskriterien und Praxisformen definiert (vgl. Oliveira/Clegg 2015); sie können sich aber auch wie hier als Versammlung erweisen, als institutionalisierte kollektive Praktiken. Verdichtende Passagenpunkte fungieren sowohl als abstrakte symbolische Knotenpunkte wie bei Laclau/Mouffe als auch als materialisierte Netzwerkverdichtungen wie bei der Akteur-Netzwerk-Theorie. Passagenpunkte schreiben sich räumlich und zeitlich ein, sie bringen soziale Ordnung als eine verräumlichte Ordnung hervor.

24 Zugespitzt formuliert, kommt es so bei Laclau zu einer (impliziten) Parallelisierung der Kategorie des Raumes mit dem Sozialen und der Kategorie der Zeit mit dem Politischen. Wo das Begriffspaar Raum/Soziales mit Verstetigung und Starre gleichgesetzt wird, erscheint das Begriffspaar Zeit/Politisches als Instanz der Dynamisierung und Dislokation (vgl. Laclau 1990: 40ff.).

An dieser Stelle sei an meinen Raumbegriff erinnert, der sich an Katharina Manderscheid (2014) und Daniel Mullis (2017) orientiert. Einzelne Diskursgefüge und Passagenpunkte materialisieren sich in einer Vielzahl von Räumen. In letzteren verdichten sich Praktiken zu einer sinnlich erfahrbaren Ordnung. Räume werden durch verräumlichende Praktiken (»spacing«) verändert, sie sind aber auch ein verstetigtes Praxisprodukt. Als solches werden Räume zu einer gebauten Umwelt, sie avancieren zu physischen Orten, die Praktiken strukturieren. Räume sind in doppelter Hinsicht von einer asymmetrischen Relationalität geprägt. Zum einen konstituieren sie sich nach innen als eine stets ungleiche Ordnung. Selbst die radikaldemokratischen Räume, um die sich diese Studie drehte, werden von Über- und Unterordnungen durchzogen. Zum anderen bildet sich in der Gesellschaft eine asymmetrische Raumordnung heraus, bei der sich zentrale Räume von peripheren abgrenzen. So intensiv subjektivierend ein Raum nach innen wirken kann, er bleibt nach außen auf Grenzziehungen angewiesen, die bestimmte Räume von anderen differenzieren oder aber Querverbindungen zwischen Räumen herstellen.

Räumliche Ordnungsbildungen geschehen auf sehr verschiedenen Ebenen. Artikulationspraktiken verlaufen querschnittartig, sie unterlaufen die herkömmliche Unterteilung zwischen Mikro-, Meso- und Makro-Ebene. Meine Arbeit betont, wie Versammlungen auf der Mikro-Ebene, auf der Ebene von Quartieren, entstehen und reproduziert werden. Weiterhin entfalten sich derartige politische Versammlungen auch auf der Meso-Ebene, etwa durch die Errichtung des Protestcamps auf der Plaça Catalunya in Barcelona im Frühjahr 2011. Und auch auf der Makro-Ebene avanciert die Institution Versammlung zu *dem* Organisationsprinzip, auf dem eine neue linke Partei wie Podemos aufbauen kann, mehr noch, aufbauen muss. Die Hervorbringung von *Versammlungsräumen* geschieht also in verschiedenster Weise. Diese Verräumlichung ist zwar je nach sozialem Bereich unterschiedlich, sie besitzt aber zugleich wichtige Strukturanalogien. Diese Analogien erklären sich durch die Verbindungsleistung von Diskursgefügen und ihren Passagenpunkten. Im hiesigen Fall partizipieren die aufgelisteten Versammlungsräume alle am Empörungsdiskurs, sie teilen relevante Symboliken und Praktiken. Dass sich die verräumlichende Wirkung bestimmter Artikulationen (wie jener des Empörungsdiskurses) über die gesamte (spanische) Gesellschaft erstreckt, ist keineswegs ausgemacht. Vielmehr geschieht sie als ein *verzeitlichter* Vorgang, bei der sich frühere Raumbildungen als Möglichkeitsbedingung für spätere erweisen. Im Falle der Indignados passiert genau dies. Die massiven Versammlungen von 2011 fungieren als Beispiel für eine alternative Raumordnung, die in späteren Jahren in Zivilgesellschaft wie im politischen System reartikuliert wird.

An dieser Stelle tut es not, den Hegemoniebegriff in seiner räumlichen Facette auszubuchstabieren. Bei Laclau/Mouffe meint Hegemonie im Grunde den Dreischritt von entleerer Universalisierung gewisser Signifikanten, die Naturalisierung dieser Signifikanten sowie die Verdrängung gegenhegemonialer Projekte. Ein aktualisierter Hegemoniebegriff nimmt dies auf, geht aber weiter: Wo sich ein übergreifender Diskurs stabilisiert, da entsteht auch eine spezifische räumliche Ordnung, die verdichtende Passagenpunkte mit Legitimität versieht. Eine Hegemonie muss als verräumlichte Ordnung nicht nur symbolisch wirken, sie kann auch durch die Tatsache ihres physischen Vorhandenseins sozialen Praktiken gewisse Pfade auferlegen und ihnen materialisierte Grenzen setzen. In einer Gesellschaft ist die wahrscheinlichste Variante immer, dass hegemoniale

Räume weitgehend friedlich reproduziert werden und eher mittels unscheinbarer Verschiebungen denn makrologischer Infragestellungen verändert werden. Wie Mandercheid (2014: 611ff.) betont, zeigt das schlichte Faktum, dass in westlichen Industriestaaten das Autofahren als vorherrschende Mobilitätsform akzeptiert und von juristischen Verordnungen, urbanen Geographien und medial verstärkten Subjektivierungsformen gepanzert wird, wie Hegemonie als mächtige Raumordnung wirken kann.

Meine Untersuchung fokussiert nun nicht den wahrscheinlichen, sondern den *unwahrscheinlichen* Fall. Sie betrachtete, wie im krisengerüttelten Spanien ab 2011 eine relativ stabile Raumordnung durch die neue Gegenhegemonie der Empörung destabilisiert wird. Für eine kurze Phase hören Mitte 2011 die Hauptplätze von Spaniens Städten auf, Verkehrsknotenpunkte und Flaniermeilen zu sein, um zu verdichtenden Passagenpunkten einer neuen Protestpraxis zu werden. Dann bilden sich erst in der Zivilgesellschaft und später in der institutionellen Politik hunderte Versammlungen heraus, die als Räume radikaldemokratischer Praktiken fungieren. So wichtig diese neue Hegemonie der Empörung ist, sie bleibt auch auf räumlicher Ebene eine *Gegenhegemonie*. Binnen weniger Monate sind die Zeltlager aus den Hauptplätzen verschwunden und deren ursprüngliche Funktion als Verkehrsknotenpunkt wiederhergestellt. Und auch die Versammlungen von Indignados, die auf Quartiersebene entstanden waren, fangen schon 2012 an, einen Teilnahmeschwund zu erleiden und in den Folgejahren zu verschwinden.

Von Hegemonie muss (auch) im räumlichen Sinne stets im Plural die Rede sein. In keiner Gesellschaftsformation besteht nur eine Hegemonie, vielmehr stehen sich stets verschiedene Hegemonien gegenüber und stellen sich gegenseitig in Frage. Diese Pluralität ist mehr als nur antagonistisch verfasst. Sie ist stets auch eine asymmetrische Pluralität. Und das zeigt sich auf der Ebene des Raumes besonders einprägsam. Die Gesellschaft ist das buchstäbliche Terrain einer machtdurchzogenen Regionalisierung. Die vorherrschenden Hegemonien bestimmen weitestgehend die physische Topographie des Sozialen, während die subalternen Gegenhegemonien an die Peripherie gedrängt werden. Eine solche räumliche Landkarte der Hegemonie hat meine Studie nur ansatzweise erstellt. Sie ist hier eher als ein analytisches Versprechen denn als ein voll ausgearbeitetes Forschungsprogramm angelegt.²⁵

Was diese Untersuchung allerdings macht, ist anhand des spanischen Fallbeispiels immer wieder hervorzuheben, wie die *physische Verdrängung* derjenigen geschieht, die in die herrschenden Ordnung nicht hineinpassen oder diese aktiv in Frage stellen. Phänomene wie die Verdrängung des Industrieproletariats aus der Wertschöpfungskette in den spanischen Modernisierungsjahrzehnten (in den 1980er und 1990er Jahren); die massenhafte Zwangsräumungen derjenigen, die ihre Hypotheken oder Mieten nicht mehr zahlen können; die gewaltsame Auflösung des Protestcamps auf der Plaça Catalunya oder die infrastrukturelle Benachteiligung der peripheren Quartiere von Barcelona zeigten allesamt: In Spanien zieht die vorherrschende Hegemonie Grenzen, die symbolisch *und* materiell wirken. Wo auf diese Weise die Grenzziehung zu einer

25 Den Begriff der Regionalisierung sowie die Polarisierung von Zentrum gegen Peripherie habe ich von der Konstitutionstheorie von Anthony Giddens (1984: 130f.) übernommen. Sie könnten sich, so die Intuition, als hilfreiche Anknüpfungspunkte erweisen, von denen aus sich Hegemonietheorie weiter als Raumtheorie ausbuchstabieren ließe.

auch räumlichen Ausgrenzung avanciert, tritt ihre Gewaltsamkeit zutage. Als räumliche Grenze wird diese, mit Lindemann (2017: 64) gewendet, unmittelbar körperlich erfahrbar, sie wird zu einem Vorgang, der ganzheitlich auf die Körper zugreift und sie aus der vorherrschenden Ordnung ausgrenzt. Diese physischen Grenzziehungen belegen eindrücklich den asymmetrischen Charakter der sozialen Ordnung. Sowohl für die, welche die Grenzziehung erleiden, als auch für jene, von denen aus sich diese Grenze artikuliert, steht danach fest: *Ein* bestimmter Ordnungsentwurf beansprucht für sich und gegen andere Geltung.

Räumlichen Ausgrenzungen wohnt ein ordnungsenthüllendes Moment inne. Eine Ausgrenzung, die physisch geschieht, bricht mit dem Topos der funktionalen Differenzierung und legt die vertikale Strukturierung moderner Gesellschaften offen (vgl. ebd.: 80f.). In dieser Hinsicht wirken physische Grenzziehungen besonders politisierend. Der Status quo verliert seine natürliche Geltung, seine befriedeten Grenzen werden antagonistisch aufgeladen. Die Politisierungen und Anfechtungen der materiell-symbolischen Grenzziehungen spielten in der vorliegenden Untersuchung eine wichtige Rolle. Was eine »Politik des Raumes« im Sinne von Arditì genannt wurde, also die Transformation der unmittelbaren Umgebung, um eine demokratische Gemeinschaft präfigurativ vorzuleben (Kap. VI.2), erweist sich als Widerstandspraxis gegen die physischen Verdrängungsversuche. Es ist eine Form, sich Raum zurückzuerobern und diesen zu besetzen. Ob im massiven Widerstand gegen die gewaltsame Räumung der Plaça Catalunya, in der kleinteiligen Verhinderung von Zwangsräumungen, im Protest für eine bessere Verkehrsinfrastruktur für das Quartier oder sogar in der Forderung nach einer mehrheitsfähigen Partei, die ihren Mitgliedern konkret physische Partizipationsräume sichert – die Gegenhegemonie der Empörung artikuliert sich, um die Topographie des Sozialen zu verschieben. Die vorherrschenden Räume werden in Frage gestellt und neue hochgehalten.

Die Brisanz einer solchen Gegenhegemonie rührt daher, dass ihre Räume zu Verdichtungsorten grundsätzlich neuer Praktiken und Kollektivitätsformen werden. Wo in der etablierten Hegemonie eine individualisierte, marktförmige und entpolitisierte Praxis vorherrscht, dreht sich die Gegenhegemonie der Indignados, dem Anspruch nach, um die Einrichtung radikal-demokratischer Sozialisationsräume. Im Passagenpunkt »Versammlung« finden Deliberations- und Protestpraktiken statt, die auf die kollektive Ermächtigung der Teilnehmenden zu einer demokratischen Souveränität zielen. Die Versammlungen der Indignados gerieren sich als Orte einer demokratischen Vergesellschaftung, die mit der aus ihrer Sicht undemokratischen, ungerechten und marktförmigen Ordnung bricht. Die Räume der Empörung sind Rückzugsräume für eine politische Alternative, in der sich nur eine (kleine) Minderheit der spanischen Bevölkerung engagiert. Gleichzeitig aber sind diese Versammlungsräume offensive Ausgangspunkte, um in den Kampf um Hegemonie zu treten, um also die spanische Gesellschaft umzugestalten.²⁶

26 Dieser doppelt defensiv-offensive Charakter der Räume der Gegenhegemonie legt erneut offen, dass zumindest im Falle der hiesigen Untersuchung die Unterscheidung zwischen politischen Artikulationen und einer Politik des Raumes eine vornehmlich analytische Differenzierung und keine reale Dichotomisierung ist. Faktisch verweben sich beide Prozesse ständig und treten nur in punktuellen Konjunkturen oder Ereignissen auseinander.

Die Sedimentierung von Hegemonie – Achse der Zeit Der Kampf um Hegemonie ist ein Kampf im Raum und um den Raum, aber auch einer in der Zeit und um die Zeit. Denn in der Zeit entstehen und reproduzieren sich bestimmte hegemoniale Projekte, grenzen Alternativen aus oder kommen zu Fall. Hier sei an den postfundamentalistischen Grundgedanken erinnert, dass eine *geschichtliche* Bewegung die prinzipielle Kontingenz des Sozialen überwindet und dieses mit stabilisierten Fundamenten versieht (siehe: Kap. I.2.a). Im Geiste dieser postfundamentalistischen Grundhaltung konzeptualisiere ich die Frage der Zeitlichkeit mit der Kategorie der Sedimentierung. Dieser ursprünglich phänomenologische Begriff lässt sich über Laclau/Mouffe hinaus ausbauen. Bereits mein an Wullweber angelehntes Verständnis von Sedimentschichten zielte darauf, das antiessentialistische Axiom des Poststrukturalismus zu korrigieren, demnach soziale Verhältnisse per se zur Kontingenz tendieren und durch politische Gründungskate ununterbrochen umgeworfen werden. Ein dezidiert postfundamentalistischer Ansatz mahnt zur Vorsicht. Selbst dort, wo eindruckliche Dynamisierungen geschehen, gehen diese stets mit Ordnungsmustern einher. Kein Wandel ist absolut, jeder baut auf Ordnung auf und schafft selbst Ordnung. Dieses Leitmotiv werde ich in der Folge bekräftigen.

Jede Praxis, jede Artikulation, jedes Kollektiv und jedes hegemoniale Projekt gründet auf temporalen Verfestigungen und bringt diese hervor. Mein Verständnis von Praxis, präziser, von Praktiken meint zeitlich stabilisierte, stetig wiederholte und wiederholbare Verhaltensweisen. Die konstitutive Instabilität von Praktiken geschieht niemals als totaler Bruch, sondern als Verschiebung und Neuausrichtung. Mehr noch, der Begriff der Fokussierung zeigt, dass die Veränderungskraft dieser performativen Praktiken auf einem hochstrukturierten Prozess gründet. Die dortige Bedeutungsgenerierung basiert auf einem äußerst voraussetzungsvollen Prozess des Frei-Raum-Schaffens und des Ausdrückens von Erfahrungen. Selbiges trifft für Artikulationen zu. Gegen die bei Laclau/Mouffe vorherrschende Vorstellung von Artikulationen als einem kreuzfeuerartigen Geschehen wende ich ein, dass Artikulationen im Normalfall eher entschleunigte Strukturbildungen sind. Diskursproduktion braucht Zeit. Selbst in den Augenblicken, da sich Artikulationspraktiken beschleunigen – wie im spanischen Fallbeispiel –, müssen sie in einem temporal ausgedehnten Vorgang zum einen Praktiken, Körper und Infrastrukturen mobilisieren und zum anderen vergangene Artikulationen reaktivieren.

Noch zugespitzter prägt die Temporalität den Begriff der Kollektivität. In meiner sinnlichen Erweiterung des Kollektivitätskonzeptes steckt seine zeitliche Ausdehnung. Für eine erweiterte Hegemonietheorie ist die Dominanz einer Gemeinschaft mehr als die Dominanz bestimmter Signifikanten. Das beispielweise im deutschsprachigen Raum millionenfach gelebte Streben nach einem Einfamilienhaus gemeinsam mit der Stadtplanung, Gesetzgebung und Bebauung, die diesen Lebensentwurf flankieren und panzern, machen erst verständlich, wie eine liberal-individualistische Existenzweise, die sich in den Signifikanten »Freiheit« und »Privateigentum« widerspiegelt, hegemonial werden konnte. Diese Perspektive bleibt für die im engen Sinne diskursive Verschiebungen aufmerksam, ohne sich auf sie zu kaprizieren.²⁷

27 In den Begriffen des Beispiels: Die Kritik des Grünen-Politikers Anton Hofreiter (2021) an Einfamilienhäusern ob ihrer Klimafeindlichkeit löste zwar eine brisante mediale Debatte aus, in der

Bei der Geburt genauso wie bei der Verstetigung von Kollektiven ist dem Impetus feministischer Autorinnen zu folgen und Kollektivität als etwas zu begreifen, das im Sinne Youngs (1994: 728) vielleicht nur eine »blurry, shifting unity« aufweist und ein »amorphous collective« bleibt, aber dennoch als eine soziale Realität wirkmächtig wird. Mein Ansatz ist auf der einen Seite sensibel dafür, wie sich *sur place* in mikrologischen Kontexten Kollektivitäten beschleunigt bilden. Neue Gemeinschaften entstehen oft, bevor sie als Signifikanten symbolisiert werden. Die Kollektivität, die sich im Frühjahr 2011 auf den Plätzen Spaniens bildet, wird in der Anfangsphase der Proteste durch Praktiken gemacht und erfahren sowie durch Infrastrukturen gestützt, bevor sie als »Indignados« oder »15-M« symbolisiert wird. Auf diese rapide Geburt von Gemeinschaft werde ich noch zurückkommen. Hier aber interessiert mich die andere Seite von Kollektivität, ihre *longue durée*, die schrittweise Sedimentierung von Kollektivitäten bis hin zu ihrer Reproduktion als latente Existenzweisen im Sinne Maihofers. Diese Reproduktion muss als das gewürdigt werden, was sie ist, eine hegemoniale Errungenschaft.

Wie Maihofer am Beispiel Geschlecht unterstreicht, können bestimmte Sozialisationsformen zu angeeigneten Existenzweisen verhärten. Der spezifische Erfolg bestimmter Hegemonien besteht darin, dass im Zuge langwieriger Artikulationspraktiken, die Jahre, teils sogar Jahrzehnte oder ganze Epochen dauern, gewisse Kollektivitätsformen zu einer fast schon objektiv geltenden Wirklichkeit gerinnen. Diese Wirklichkeit wird zwar durch performative Praktiken und Gegenhegemonien immer wieder verschoben und umgebildet, doch nicht von Grund auf zerschlagen und neu entworfen. Es sei nur daran erinnert, wie sich selbst radikalste queere, homosexuelle oder transsexuelle Gegenentwürfe immer wieder an der vorherrschenden heteronormativen Matrix abreiben. Besonders eindrücklich ist sicherlich die Kategorie Geschlecht, doch als Existenzweise kann vieles gelten – Klasse, Ethnie und Nation sind dafür nur die einschlägigsten Beispiele. Für sie alle gilt, mit Young (1994: 731f.) gewendet, dass sie die Möglichkeitsbedingung markieren, von der aus Individuen *als* Subjekte handeln oder, in poststrukturalistischer Diktion, zu Subjekten gemacht werden. Dass derartige Existenzweisen gelebt und reproduziert werden, ist ein Meilenstein für die Artikulation einer jeden Hegemonie.

Dies führt ins Herz eines überarbeiteten Hegemoniebegriffes. Wo Laclau/Mouffe ihren Fokus auf die politische Artikulation von Hegemonie richten, erweitere ich die Analyse auf ihre soziale Reproduktion. Diese Reproduktion, die relativ entpolitisierte Stabilisierung einer Sinnordnung, ist ein wesentlicher Pfeiler jeder sozialen Ordnung. So politisiert und umkämpft die Artikulation eines hegemonialen Projekts ausfallen mag, sie stützt sich *immer* auf Sedimentierungen, auf eher entpolitisierte Praktiken, Kollektivitätsformen und Diskursgefüge. Gegenüber der Dichotomisierung von politischer Artikulation und sozialer Sedimentierung rücke ich deren *zeitliche Kontinuität* ins Zentrum (zur Operationalisierung: Kap. I.3.c). Eine Ordnung wird hegemonial, weil sie in einem zeitlich ausgedehnten Prozess sedimentiert. Dieses Leitmotiv folgt Gramscis Intuition, dass sich Hegemonie als eine angeeignete Kultur entfaltet, die sich auf ein Ensemble molekularer, zusammenhängender wie widersprüchlicher Praktiken stützt.

derartige Lebensentwürfe heftig kritisiert wie verteidigt wurden. Doch verschob die Debatte die Praktiken, die eine liberale Existenzweise stützen?

Gegenüber Laclau/Mouffe bleibt eine erweiterte Hegemonietheorie für die schwankenden *Rhythmen* hegemonialer Ordnungsbildungen aufmerksam. Die Infragestellung einer Hegemonie durch neu aufkommende Gegenhegemonien kann in beschleunigten Prozessen innerhalb weniger Monate geschehen. Die Protestcamps der Indignados entwickelten ihre politische Kraft sehr rasch – binnen weniger Wochen erschütterten sie Spaniens Ist-Zustand. Doch schon der Begriff der Existenzweise wies darauf hin, dass sich Hegemonien auch langsam, über Jahre, Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte hinweg entwickeln, aktualisieren und fortbestehen. Beide Pole, der beschleunigte und der entschleunigte, sind für das Verständnis des spanischen Falls wichtig. Gegenüber der beschleunigten Artikulation der Gegenhegemonie der Empörung stand die Vorherrschaft der Kultur der Transition seit den 1970er Jahren bis heute im Fokus. Beschleunigung und Entschleunigung lassen sich nur graduell unterscheiden, faktisch hybridisieren sie sich. Auch eine gerafft artikulierte Gegenhegemonie wie die der Empörung stützt sich auf Sedimentierungen, sie mobilisiert Sedimentierungen. Es gibt für jeden noch so beschleunigten Gesellschaftsentwurf *keine* Abkürzungen, jeder stützt sich auf entschleunigte Artikulationen.

Eine verzeitlichte Hegemonieanalyse tritt als Genealogie von Sedimentierungsprozessen an. Dies verlangt nach einem erneuerten Hegemoniebegriff. Der Ansatz von Laclau/Mouffe tendiert dazu, die semiotischen und konflikthafter Facetten – d.h. die Signifikanten und Antagonismen – hegemonialer Projekte überzubetonen. Damit aber bleibt der basale *Ordnungswert* von Hegemonie unterbetont. Diese Gefahr ist im Begriff des hegemonialen Projektes selbst angesiedelt, werden damit doch jene strategischen Artikulationspraktiken ins Zentrum gerückt, die ein Diskursgefüge hervorbringen, Alternativen ausgrenzen und die Signifikanten dieses Gefüges universalisieren.²⁸ Diese strategische Lektüre der Hegemonie ist zweifelsohne wichtig. Doch sie wird einseitig, wenn nicht mitgedacht wird, dass sich jedes hegemoniale Projekt gleichzeitig als ein stabilisiertes Sinnsystem artikuliert. Das Faktum, dass sich Bedeutungen zeitlich wie räumlich *wiederholen* und sich in der Gesellschaft verbreiten, regelrecht zu Gesellschaft werden, ist für hegemoniale Ordnungsbildungen eminent wichtig. Wiederholende Praktiken schaffen Ordnung. Wo es einem Diskursgefüge gelingt, sich zu stabilisieren, trotz seiner Dynamik eine grundsätzliche zeitliche wie räumliche Stabilität herzustellen, da tut sich eine Legitimitätsquelle auf, die Laclau/Mouffe vernachlässigen, die aber für ein akkurates Hegemonieverständnis zentral ist: der Ordnungswert von Ordnung.

Dieser von Heinrich Popitz geprägte Begriff zielt darauf, die Verstetigung einer Machtordnung, ihre »innere Anerkennung« auch durch die von ihr »Unterdrückten und Unterprivilegierten« (Popitz 1976: 33) als Meilenstein bei der Machtausübung und -ausübung zu bewerten. In den Worten von Popitz geschieht dort ein »Prozess der Vertiefung und Absicherung« von Machtverhältnissen, wo es einem Machsystem gelingt, Ordnungssicherheit zu schaffen, die Alltagspraxis der Beteiligten mit einer grundsätzlichen Handlungs- und Erwartungssicherheit zu versehen (ebd.: 33ff.). Wo es, in meiner Diktion, bestimmten Diskursen gelingt, Ordnung zu verkörpern, als Garanten der öffentlichen Sicherheit, der politischen Teilhabe, der kulturellen Zugehörigkeit oder der ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozesse in Erscheinung zu treten,

28 Zur Definition eines hegemonialen Projektes: Nonhoff 2005, Laclau 2014: 169f., Mouffe 2018: 63ff.

da werden ihre partikularen Signifikanten zu Platzhaltern eines tiefer liegenden, meist latenten und unausgesprochenen Wertes: Ordnung an sich. Wie Ordnung hergestellt wird, verändert sich von Fall zu Fall, entscheidend aber ist für eine sedimentierte Macht, dass Ordnung hergestellt wird. In diesem Zusammenhang spricht Popitz von *Basislegitimität*. Ihre Legitimität siedelt sich gleichsam eine Ebene tiefer an als ihr explizit ausformuliertes Sinnsystem – seien es nun liberaldemokratische, neoliberale, religiöse oder radikaldemokratische Ideologien. Die Basislegitimität von Hegemonie hängt nur noch am Rande mit solchen »inhaltlichen Bestimmungen« (ebd.: 38) zusammen. Hegemonie legitimiert sich auf dieser Basisebene weniger durch bestimmte Signifikanten als vielmehr die schiere Gewährleistung einer Ordnung, die wohlweislich machtgeladen bleibt:

Die Anerkennung [asymmetrischer Machtordnungen] kann sich an politischen Überzeugungen – auch denen, die ausdrücklich angeboten werden – vorbeientwickeln. Der Ordnungswert der bestehenden Ordnung wird als alltägliche Erfahrung evident, und zwar so, dass seine Bedingungen – die bestehende Machtordnung – mit in diese Erfahrung eingehen. Durchzusetzen bleibt nicht die Anerkennung dieser Bedingungen selbst, sondern ihre Deutung und Bedeutung. (Ebd.)

Popitz beschreibt die Sedimentierung eines hegemonialen Projekts zu einer Wirklichkeit, die in ihren grundsätzlichen »Bedingungen« selbst dort gilt, wo ihre Bedeutungsschemata angegriffen und in Frage gestellt werden. In meinen Begrifflichkeiten wird ein Diskursgefüge im Zuge seiner zeitlichen Artikulation zu etwas anderem als einem Projekt, das dann erfolgreich ist, wenn sich seine Signifikanten und Forderungen durchsetzen und dann vergeht, wenn diese Signifikanten und Forderungen zurückgedrängt werden. Ein substantieller Begriff von Hegemonie dringt *tiefer*. Er fokussiert auf die ständig wiederholten, verkörperten und oft nur bruchstückhaft diskursivierten Praktiken, um hegemoniale Ordnungsbildungen zu verstehen. Denn Praktiken bringen eine Ordnung hervor, die selbst dann noch aktiv mitreproduziert wird, wo sie als ein ausformuliertes Forderungsprogramm abgelehnt würde. Ordnung entsteht und besteht, wo sie erfahren und aktiv vorgelebt wird.

Um die Basislegitimität in den Fokus zu rücken, die mit der Sedimentierung von Hegemonie einhergeht, gebrauche ich einen zweistufigen Hegemoniebegriff. Einerseits spreche ich von Hegemonie als einem Projekt. Dies legt den Fokus auf die strategische Artikulation von Forderungen und Signifikanten. Hegemoniale Projekte bewegen sich in meiner Leseart auf der Ebene eines expliziten Kampfes um Deutungshoheit und Gestaltungsmacht. Andererseits beschreibe ich Hegemonie als eine sedimentierte *Kultur*. Hegemonie wird hier gleichbedeutend mit sozialer Ordnung. Während der Projektbegriff die manifeste politische Artikulation von Hegemonie beschreibt, hebt der Kulturbegriff hervor, wie Hegemonie zu einer fraglos geltenden Realität sedimentiert und ihre Basislegitimität als Ordnungswert erlangt. Eine volle Hegemonie bildet sich dort heraus, wo sie als Kultur zum Inbegriff von Ordnung wird, wo es allgemein – selbst für viele der Benachteiligten und Marginalisierten – undenkbar wird, dass die Gesellschaft anders funktionieren könnte als auf *diese* Art und Weise. Die Unterscheidung von Projekt und Kultur ist wiederum nicht absolut, sondern graduell. Es gibt Tendenzen in die eine oder andere Richtung – doch diese Tendenzen bleiben umkehrbar. Jedes neue hegemonia-

le Projekt ist schon am Beginn seiner Artikulation teilweise eine Kultur, mobilisiert sie doch sedimentiert Diskurselemente und schafft neue Sedimente. Und jede hegemoniale Kultur reaktiviert sich dort, wo sie in Frage gestellt wird, in Teilen zu einem politisierten Projekt, das seine Sinnordnung aktualisiert und damit verteidigt.

Das Verständnis von Hegemonie als Kultur korrespondiert mit dem Verständnis von Kollektivität als Existenzweise. Beide Begriffe sensibilisieren für die Sedimentierung von sozialer Identität (Existenzweise) und sozialer Ordnung (Kultur) in der Zeit. Und beide Begriffe gehen einen Schritt über Laclau/Mouffe hinaus und reaktivieren Gramscis Grundverständnis von Hegemonie als einer organischen Ideologie, in der die Grenzen zwischen dem, was als selbstverständliche Kultur und was als politische Ideologie gilt, verschwimmen (Kap. I.2.a). Mit den beiden Begriffen von Existenzweise und Kultur habe ich die Sedimentierung von Hegemonie nicht nur konzeptuell benannt, sondern vor allem empirisch rekonstruiert.

Allgemein gesprochen kann Hegemonie dort, wo sie zur Kultur und Existenzweise sedimentiert, verschiedene Verfestigungsgrade erreichen. Manche Hegemonien verfestigen sich mehr und sind anpassungsfähiger, andere verfestigen sich weniger und zerfallen rascher. Zudem gilt auch dort, wo Hegemonie zur Kultur sedimentiert, die Lösung einer asymmetrischen Pluralität. Wie im Fall von hegemonialen Projekten muss die konflikthafte Vielfalt von Kulturen zusammengedacht werden mit einer Tendenz zum Monismus. Hegemonie als sedimentierte Kultur steht zwar niemals allein, sie steht aber auch nicht schlicht neben anderen Kulturen, sondern diesen in Verhältnissen der Überordnung oder der Subalternität gegenüber. Die Topographie der Hegemonie ist im räumlichen wie zeitlichen Sinne uneben. Hegemoniale Kämpfe konstituieren soziale Ordnung als eine horizontal differenzierte *und* vertikal geschichtete Ordnung. Einsichten hierzu hat die gesamte Studie gegeben – auch das Schlusskapitel VII wird darauf in verdichteter Form zurückkommen.

Dynamisierung durch Ereignisse So zentral die Verstetigung hegemonialer Ordnungen ist, unumkehrbar ist sie nicht. Die Dimensionen der räumlichen Topographie und der zeitlichen Sedimentierung betten sich ein in eine, mit Castoriadis gesagt, vulkanische, unbeherrschbare Dynamik. Der Begriff des *Ereignisses*, auf den ich zum Abschluss dieses Schrittes eingehe, sensibilisiert sowohl dafür, dass jede noch so stabile Ordnung durch Gegenentwürfe destabilisiert wird, als auch dafür, dass Artikulationspraktiken durch Ereignisse eine oft überraschende Strukturierungsleistung entfalten.

Ereignisse erscheinen, so Slavoj Žižek, als »etwas aus den Fugen Geratenes, etwas, das plötzlich zu geschehen scheint und den herkömmlichen Lauf der Dinge unterbricht; etwas, das anscheinend von nirgendwo kommt, ohne erkennbare Gründe, eine Erscheinung ohne feste Gestalt als Basis« (Žižek zit. in Mullis 2017: 64). Das Ereignis ist dergestalt, nun genauer mit Laclau/Mouffe verstanden, die Unterbrechung eines etablierten Sinnsystems. Die Hegemonietheorie gebraucht den Begriff der Dislokation, um zu betonen, dass Diskursstrukturen ständig gebrochen werden. Die drei Bestimmungen, mit denen Laclau Dislokationen versteht, eignet sich auch meine Studie an (zum Folgenden: Laclau 1990: 39f.). Das Aufbrechen von Dislokationen legt die Historizität von Diskursgefügen offen, es zeigt, dass jede Struktur historisch entstanden ist und damit stets veränderbar bleibt. So lassen Dislokationen neue performative Möglichkeiten ent-

stehen. Jede Unterbrechung tradierter Strukturen kann dazu führen, dass neue Praktiken experimentell erprobt werden (vgl. Süß 2020). Drittens, und damit zusammenhängend, ist jede Dislokation sowohl als eine Dezentrierung etablierter Strukturen als auch als ein potentieller Ausgangspunkt für neue Strukturbildungen zu sehen. Jede Dislokation provoziert neue *Zentrierungen*. In den Worten Laclaus (1990: 40): »[T]he response to the dislocation of the structure will be its recomposition around particular points of articulation by the various antagonistic forces.«

Diesem Grundverständnis von Dislokationen als historisch situierten, potentiell performativen und zugleich dezentrierenden und rezentrierenden Vorgängen stimme ich grundsätzlich zu. Gleichwohl würde ich stärker als Laclau (und Žižek) betonen, dass Dislokationen nicht strukturlos geschehen, sondern eingebettet werden müssen in historisch gewachsene Strukturen. Die Forschungsmaxime lautet: Dislokationen geschehen fortwährend, ihr Auftauchen wird aber durch eine historisch entstandene Gelegenheitsstruktur reguliert, die Dislokationen vervielfacht oder reduziert. Um diese historische Einbettung in gegebene Strukturen zu betonen, bevorzuge ich den Begriff des Ereignisses gegenüber dem der Dislokation. Dislokationen sind der Ausgangspunkt für größere Umbrüche, eben Ereignisse. Einer erweiterten Hegemonietheorie kommt es weniger auf die prinzipielle Tatsache an, dass jeder Diskurs durch Dislokationen heimgesucht wird. Vielmehr konzentriert sie sich analytisch darauf, wie in konkreten Konjunkturen Dislokationen zu bedeutungsvollen Ereignissen avancieren, die gesellschaftliche Teilbereiche oder Gesellschaft als Ganzes erschüttern und auf diese Weise langfristig umgestalten.

Disruptive Ereignisse ergeben sich in meiner Lektüre aus dem *Zusammentreffen* verschiedener Diskursstrukturen. Ereignisse können zu derart großen Destabilisierungen führen, wie sie Žižek beschreibt, weil sie zwischen Diskursgefügen, Praktiken und Körpern neuartige, spannungs- und konfliktgeladene Zusammenhänge herstellen. Um dies präziser zu verstehen, hilft Marshall Sahlins' (1985: xiv) Vermittlung der Kategorien Struktur und Ereignis durch eine dritte, die er als »structure of the conjuncture« (Struktur der Konjunktur) bezeichnet. Hiermit unterstreicht er, dass in jedem Ereignis verschiedene Sinnsysteme, Praktiken und materielle Bedingungen interagieren. Erst deren konkretes, eben konjunkturelles Zusammenspiel kann die von Laclau benannten De- und Rezentrierungen verursachen.

Sein strukturelles Ereignisverständnis veranschaulicht Sahlins mit einer dichten Beschreibung der Ankunft des englischen Seefahrers James Cook auf Hawaii im späten 18. Jahrhundert. Cooks Ankunft wurde seitens der einheimischen Polynesier zunächst nicht als Dislokation erfahren. Vielmehr integrierten sie die englischen Seefahrer in ihre Welt-sicht und verehrten Cook als einen neuen Gott. Das eigentliche Ereignis geschah erst dann, als Cooks Schiff die Inselgruppe fast schon wieder verlassen hatte, aufgrund eines heftigen Sturmes aber zurückkehren musste. Für die Polynesierinnen war es unvorstellbar, dass ein Gott wie Cook nach seinem Abschied plötzlich wieder auf der Insel stand. Sein unvorhergesehenes Auftauchen passte nicht in ihren Glaubenskosmos. Cook wurde für die Inselbewohnerinnen zur unergründlichen Gefahr ihrer sozialen Ordnung. Seine unerwartete Rückkehr, nicht seine erstmalige Ankunft, war das Ereignis, das die polynesishe Gesellschaft erschütterte. Und diese Erschütterung wurde letztlich dadurch bewältigt, dass die Inselbewohner Cook hinrichteten und seine Schiffscrew von der Insel verbannten (vgl. Sahlins 1985: 125ff.).

Das Beispiel legt offen, wie der Begriff *Struktur der Konjunktur* Ereignisse als semantische, pragmatische und materielle Verdichtungspunkte zu entziffern erlaubt. Der Sturm, der Cooks Schiff auf die Inseln zurückzwang, die Spezifika der polynesischen Glaubensvorstellungen, die tiefe wechselseitige Fremdheit der westeuropäischen und polynesischen Kulturen und Praktiken – das unvorhersehbare Zusammenspiel dieser Elemente ergab das Ereignis, das zu Cooks Tod führte. Nun zeigt Sahlins, wie sich Ereignisse ergeben, aber auch, wie diese bewältigt werden. Die Reartikulation einer bestimmten Ordnung (»Cook ist ein Gott«) oder aber Grenzziehungen (»Cook muss sterben und seine Mannschaft von unserer Insel verschwinden«) zeigen: Ereignisse lassen sich durch die Reaktivierung der tradierten Ordnung überwinden. Beides, das Aufbrechen des Ereignisses und dessen Überwindung, lässt sich erst mittels einer holistischen Diskursanalyse verstehen, die sowohl makrologisch der Ordnung von Sinnsystemen nachgeht als auch mikrologisch den Praxismustern, die sich situativ entfalten.

Diese Arbeit eignet sich das Ereignisverständnis von Sahlins an, um der Frage nachzugehen, wo und wie hegemoniale Ordnungen destabilisiert werden und Gegenhegemonien entstehen. Das Schlüsselereignis, um das sich meine Untersuchung dreht, ist insofern nicht die Wirtschaftskrise, die Spanien seit 2008 in die tiefste Rezession seit Jahrzehnten – im Grunde seit der Nachkriegszeit der 1940er Jahre – reißt. Das zentrale Ereignis ist vielmehr der Protestausbruch im Mai 2011. Erst die Platzbesetzungen im ganzen Land machen die ökonomische Krise zur Gesellschaftskrise. Der entscheidende Legitimitätsverlust der postfranquistischen Ordnung mitsamt ihrer Knotenpunkte von Modernisierung, Individualisierung und Liberalisierung geschieht erst in dem Augenblick, da diese Ordnung durch eine neue Gegenhegemonie, durch ein neues Ensemble von Zeichen, Praktiken und Infrastrukturen, in Frage gestellt wird. Der Protest von 2011 ist für Spanien ein umgestaltendes Ereignis. In ihm entfaltet sich eine Struktur der Konjunktur, bei der strukturelle Faktoren (die hohe Arbeitslosigkeit, die verdrängten Konflikte Spaniens, eine internationale Protestwelle) zusammenwirken mit konkreten Praktiken (der euphorische Aufbau der Zeltlager, die gewaltsame Antwort der Polizei). Beides wirkt zusammen, um verfestigte Verhältnisse zu destabilisieren und einen Gegenentwurf zu artikulieren.

Bei Ereignissen können sich neue Kollektivitäten bilden. Zu meiner Definition von Ereignis gehört wesentlich, dass dort die *flüchtigen Gemeinschaften* entstehen können, die Iris M. Young im Sinn hat. Ereignisse können durch das überraschende Zusammentreffen von neuen wie alten Diskursstrukturen dazu führen, dass neue Kollektivitäten oder zumindest Ansatzformen zu solchen entstehen. In einem Ereignis wie dem der spanischen Platzbesetzungen offenbart sich solch eine beschleunigte Konstitution einer neuen sozialen Identität besonders eindrucklich.

Die beschleunigte Verdichtung von Praktiken hin zu neuen Gemeinschaftsformen geschieht im großen, doch ebenso im kleinen Maßstab. In meiner Leseart können Kollektive ereignishaft über die gesamte Gesellschaft entstehen, meist jedoch konstituieren sie sich in einem weit kleineren Maßstab, im hiesigen Fall etwa bei Protesten in einem Quartier oder sogar bei der Verhinderung einer Zwangsräumung. Bereits bei solch eher kleinteiligen Ereignissen lassen Artikulationspraktiken neue Kollektivitäten entstehen. Young verdeutlicht dies am Beispiel von Menschen, die vergeblich an einer Haltestelle auf ihren Bus warten. Die Wartenden werden durch keine gemeinsamen Ziele oder

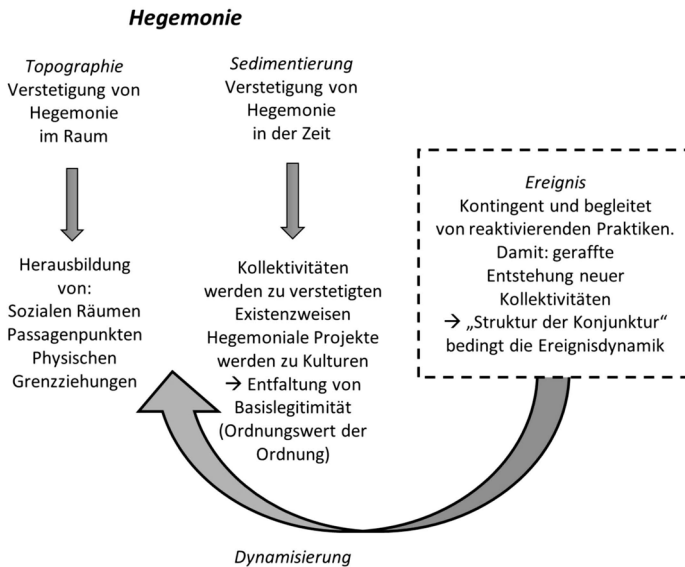
Identitätsmerkmale vereint, sie teilen nur die Praxis des Wartens auf den Bus (Young 1994: 733). Wenn allerdings der Bus nicht käme, dann würden sich die Wartenden vielleicht organisieren, Sammeltaxis rufen oder eine gemeinsame Klage beim Transportunternehmen einreichen.

Youngs Beispiel illustriert die Kollektivitätsbildung im kleinen Maßstab. Besonders jedoch weist sie auf zwei Aspekte hin, die für meine Verbindung von Kollektivität und Ereignishaftigkeit wichtig sind. Erstens wirkt ein Ereignis dann gemeinschaftsbildend, wenn sich Artikulationspraktiken *aktiv* rund um diese kontingente Unterbrechung gruppieren und diese zum Ausgangspunkt eines neuen Diskursgefüges machen (der Protest und die Selbstorganisation der Beteiligten). Zweitens sind die Praktiken und Semantiken, die in Ereignissen entstehen, keine totalen Neuschöpfungen, sondern als sedimentierte verfügbar (das Wissen darum, wie man gemeinsam protestiert oder eine Klage einreicht). In Ereignissen werden diese Sedimentierungen reaktiviert und entlang der Struktur der Konjunktur zur Geltung gebracht.

Die Kategorie des Ereignisses hat die Neuausrichtung des Hegemoniebegriffes komplettiert. Die Kategorien von Topographie, Sedimentierung und Ereignis bilden eine zentrale Begriffstrias. Auf sie greife ich im Sinne sensibilisierender Konzepte immer wieder zurück und entwickle sie im Zuge der Analyse fort. Meine Ausführungen im hiesigen Schritt kann schließlich eine aktualisierte Definition der Hegemonie abrunden. Sie lautet: *Hegemonie wird gestiftet durch die unsichere, stets performative Artikulation von Praktiken. Diese Praktiken artikulieren Symbole, Körper, Artefakte und verdichtende Passagenpunkte auf eine Weise, dass sich diese im Raum als Topographie und in der Zeit als Sedimentierung verfestigen und ausbreiten. Damit werden bestimmte Formen von Kollektivität und sozialer Ordnung hervorgebracht und als Existenzweisen und Kulturen verfestigt. Hegemonien treten nicht allein, aber auch nicht nebeneinander auf. Gesellschaft ist das so unebene wie ereignishafte Terrain einer asymmetrischen Pluralität von vorherrschenden Hegemonien und subalternen Gegenhegemonien.*

Eine Skizze (Abb. 31) kann die Ausführungen zu einem erweiterten Hegemoniebegriff synthetisieren.

Abb. 31: *Hegemonie in (und von) Zeit und Raum – und ihre ereignishafte Dynamisierung*



5 Rekapitulation

Im Dialog mit der Analyse des sozialen Wandels im zeitgenössischen Spanien habe ich ein konzeptuelles Vokabular entworfen, das die Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe grundlegend zu erneuern sucht. Ihr Ansatz gilt mir als einer der interessantesten Versuche der poststrukturalistischen Sozialwissenschaften, Diskurstheorie als Sozialtheorie zu entwerfen. Doch so erfolgreich dieses Theorieprojekt seit dem Gründungswerk *Hegemony and Socialist Strategy* (1985) gewesen ist, es stößt heute an seine Grenzen. Die Theoriebildung steht nicht still. Die kulturelle Wende ist sukzessive als räumliche, praxeologische, affektive und (neo-)materialistische Wende fortgeschrieben sowie auch in Frage gestellt worden. Diese Wenden dürfen zwar nicht unkritisch verabsolutiert werden. Auf sie muss aber reagiert werden, um die blinden Flecken des textualistischen, geradezu zeichenfixierten Ansatzes von Laclau/Mouffe zu adressieren. Denn auch auf einer sinnlichen, verkörperten und materialisierten Ebene geschehen Artikulationspraktiken, wird soziale Ordnung politisch gestiftet, auf Dauer gestellt und umgeworfen. Erst wenn diese epistemischen Grenzen zumindest bearbeitet werden, kann Hegemonietheorie den Anspruch auf eine Theorie des Politischen *und* des Sozialen erheben. Diesem Leitmotiv folgte erst die dekonstruktive Lektüre von Laclau/Mouffe (Kap. I.1), dann der empirische Hauptpart und schließlich die systematische Erweiterung, die dieses Kapitel vorschlug.

Die sinnliche und praxeologische Wendung der Hegemonietheorie mit Begriffen wie Praxis, verdichtender Passagenpunkt, Fokussierung, räumliche Topographie, zeitliche Sedimentierung oder Basislegitimität bricht mit zwei Axiomen von Laclau/Mouffe. Um

eine Theorie zu entwickeln, die empirisch sensibel die Konstitution von Hegemonie(n) rekonstruiert, ist an erster Stelle deren Entformalisierung im Zeichen der Praxis nötig. Gerade der späte Laclau sowie der harte Kern der *Essex School of Discourse Analysis* verabsolutieren den Logikbegriff. Zu behaupten, gewisse Phänomene seien durch die Logiken von Äquivalenz und Differenz oder die Logiken des Politischen oder des Sozialen geprägt, liefert noch keine Rekonstruktion dieser Phänomene. Mit Butler halte ich entgegen, dass dies nur die angeblich ontologischen Bedingungen von Artikulationspraktiken beschreibt, nicht aber diese Praktiken selbst.

Selbiges gilt für den emphatischen Begriff des Politischen, den Laclau/Mouffe sowie viele ihrer Schülerinnen verfechten. Aus meiner Sicht kann das Politische als Moment der umkämpften Instituierung und Infragestellung sozialer Verhältnisse nur dann für die Gesellschaftsanalyse fruchtbar werden, wenn sein Gegenbegriff, das Soziale, scharfe Konturen erlangt. Erst die Sedimentierung sozialer Verhältnisse von den Ebenen der Praxis bis zur Gesellschaft zeigt, wie sich das Politische und das Soziale bedingen. Ein reiner Begriff des Politischen verliert an Bedeutung, die unreinen Ausdrucksformen des Politischen gewinnen sie. In dieser Lektüre lässt sich weder per se vom Politischen oder per se vom Sozialen ausgehen. Beide Dynamiken sind verwoben und in einer dritten aufgehoben: der Hegemonie. In der Konstitution wie dem Niedergang hegemonial verfassender Ordnungen intervenieren soziale wie politische Bewegungen.

So ist denn die zentrale Aufgabe, die ich auf konzeptuellem wie empirischem Terrain verfolge, nicht in ontologischen Grundsatzfragen angesiedelt, sondern in der Übersetzung der Begriffstriade *Politisches, Soziales und Hegemonie* in ein empirisch operationalisierbares Vokabular. Für eine postfundamentalistische Sozialtheorie muss das Politische seine instituierende Kraft im unebenen und verhärteten Feld der Gesellschaft beweisen. In diesem analytischen Sinn legte der vorangegangene Theoriepart einen dreifachen Schwerpunkt: Der erste ist die immanent ansetzende Erweiterung der Hegemonietheorie. Die dekonstruktive Lektüre von Laclau/Mouffe zeigt, wie sich ihr Ansatz theorieimmanent erweitern lässt. Die Widersprüche des Autorenpaars, prominent in einem Diskursbegriff, der zwischen der strukturalistischen Tradition Saussures und der praxeologischen Wittgensteins oszilliert, sind für mich ein Antrieb, die nicht eingelösten Versprechen der Hegemonietheorie einzulösen. In ihrer ganzen Anlage versucht diese Arbeit, Laclau/Mouffe über Laclau/Mouffe hinauszutreiben, um eine revitalisierte Hegemonietheorie zu entwerfen. Idealerweise hat dies bekräftigt, »wie vielfältig sich die Artikulationsmöglichkeiten dieses Ansatzes gestalten« (Stäheli/Hammer 2016: 92).

Zweitens, und damit zusammenhängend, entfalte ich operationalisierbare Begriffe. Die Überarbeitung der Schlüsselbegriffe Praxis, Artikulation, Kollektivität und Hegemonie zielt auf analytische Handhabbarkeit. Weder dieses noch die zurückliegenden Kapitel stellten eine neue Großtheorie vor, die als Universalschlüssel aller sozialen Phänomene fungieren kann oder will. Die hier entworfenen Konzepte sowie die mit ihr einhergehende Empirie weisen auf eine mögliche Fortentwicklung der Hegemonietheorie. Mein Ansatz tritt zwar als partielle Synthese aktueller Theorieentwicklungen an, doch er tut es nicht als ein Selbstweck, sondern um aktuellen sozialen Entwicklungen und Phänomenen besser gerecht zu werden. Jede Theorie ist ein Kind ihrer Zeit. Und die heutige Zeit verlangt im Feld der Soziologie und Sozialtheorie nach Projekten, die sich theorieintegrierend ausrichten, aber sich zugleich in den Dienst der beschriebenen Phänomene

stellen (ohne über diesen zu schweben). Ich ziele nicht nur auf eine *erweiterte*, sondern genauso auf eine *eingebettete* Hegemonietheorie. Ihre Begriffe sind an die empirische Analyse zurückgebunden, erst im Durchgang durch die Empirie kann die Theorie überzeugen.

Damit bin ich am dritten Punkt angelangt, der diese Forschungsskizze auszeichnet. Meine gesamte Begriffsanlage zielt darauf ab, sowohl übergeordnete Sinnmuster – die Zeichenebene –, als auch den erfahrenen und angeeigneten Sinn – die Praxisebene – zu rekonstruieren. Beide Ebenen sind Teil *einer* historischen Bewegung, bei der Ordnung und Kontingenz in ihrer spannungsvollen, politisch getriebenen Beziehung zusammen treffen. Die Gegenhegemonie der Empörung ist in dieser Hinsicht nicht das Gegenteil von Ordnung, vielmehr wird sie im Laufe der Jahre selbst zur sozialen Ordnung, verändert die Strukturen der Zivilgesellschaft wie des politischen Systems. Am Ende meines Untersuchungszeitraumes hat sich die Ordnung des Landes rekonfiguriert. Das Spanien, wie es vor der Empörung bestand, gibt es genauso wenig wie das Spanien, das sich die Indignados 2011 auf den Straßen und Plätzen herbeisehnten.

VII Zwei Spanien: Macht und Gegenmacht

Dos Españas, señores, están trabadas en una
lucha incesante (Zwei Spanien, meine Her-
ren, sind in einem unaufhörlichen Kampf
verstrickt)
(Ortega y Gasset, 1912)

Das Diktum von José Ortega y Gasset, das der Historiker Santos Juliá seiner Studie *Historias de las dos Españas* (2004) voranstellt, um dafür zu sensibilisieren, wie seit dem frühen 19. Jahrhundert Generationen von Politikern und Intellektuellen immer wieder zwei konfrontierte Ideen von Spanien artikulierten, scheint mehr als hundert Jahre später nichts an Virulenz verloren zu haben. Erneut stehen sich heute in Spanien zwei konträre Gesellschaftsentwürfe gegenüber. Am Schluss einer Studie angekommen, welche die Entstehung und Entfaltung disruptiver politischer Praktiken im krisengezeichneten Spanien kartiert und diese als Teil einer neuen Gegenhegemonie versteht, steht eine bündige Rekapitulation an. Sie wird in der Hauptsache Revue passieren lassen, was die Gegenhegemonie der Empörung definiert (Kap. VII.1). Direktdemokratische Praktiken, räumlich verankerte Vergemeinschaftungen und die populistische Konfliktlinie von unten gegen oben zeichnen diese genauso aus wie der verdichtende Passagenpunkt »Versammlung«. Das Resümee soll ersichtlich machen, dass die neue Gegenhegemonie zur Kultur sedimentiert. Diese Kultur verwandelt ab 2011 Spanien zumindest in Ansätzen in ein anderes Land. Es gibt ein Spanien der Empörung, das einen sozialen Wandel hin zu einer radikalisierten Demokratie und einem ausgebauten Wohlfahrtsstaat antreibt.

So wichtig allerdings diese neue Gegenhegemonie ist, sie wäre bestenfalls bruchstückhaft begriffen, wenn sie isoliert und dekontextualisiert betrachtet würde. Der zweite, deutlich kürzere Schritt der Gesamtschau wird deshalb die Binnenperspektive auf die Empörung *dezentrieren*. Der Fokus auf die Kultur der Transition wird zeigen, wie sich die historisch gewachsene Ordnung neu formiert (Kap. VII.2). Das althergebrachte Spanien, das die Indignados im Frühjahr 2011 hinter sich lassen wollten, ist 2016 nicht auseinandergebrochen. Die postfranquistische Ordnung steht vielmehr am Anfang einer Reartikulation. Die Gegenhegemonie der Empörung wird teils delegitimiert, teils kommt es zu neuen Hybridisierungen zwischen dem neuen Gesellschaftsentwurf und Spaniens althergebrachter Ordnung. Es geschieht weder eine Ablösung des Alten durch das Neue

noch eine Auflösung des Neuen im Alten, sondern eine komplexe Rekonfiguration – in der, und das ist zentral, die grundlegende *Asymmetrie* zwischen der minoritären Gegenhegemonie der Empörung und der hegemonialen Kultur der Transition gewahrt bleibt. Die hier nur mit den Mitteln einer politischen Diskursanalyse sehr grob zu skizzierende Rekonfiguration darf nicht die handfesten Veränderungen verbergen, die der Protest der Indignados verursachte. Dieser Schlussteil soll aber eine Intuition dafür vermitteln, wie jeder noch so beschleunigte Wandlungsprozess zwar wichtige Veränderungen verursacht – aber eben andere als diejenigen, die er anfangs noch so mächtig zu provozieren schien.

1 Eine neue Gegenhegemonie

Die zurückliegenden Kapitel haben einen weiten Bogen gespannt. Von der Formierung des Empörungsdiskurses mitsamt der Besetzung der Plaça Catalunya im Frühjahr 2011 (Kap. III) über die Dynamik der Empörtenversammlungen in Barcelona (Kap. IV) bis hin zur Geburt und Hochphase der linkspopulistischen Kraft Podemos (Kap. V) wurde sowohl eine Rekonstruktion des Zeitraums von Mitte 2011 bis Anfang 2016 getätigt als auch ein struktureller Querschnitt von der Zivilgesellschaft bis in das politische System. Zudem gestattete die Triangulation der politischen Diskursanalyse mit den praxeologischen Verfahren der Ethnographie und einer Diskursanalyse von unten eine holistische Analyse, welche die Artikulation mikrologischer Praktiken genauso wie die makrologischen Verschiebungen von Signifikanten rekonstruierte und in Beziehung setzte. Diese breite Untersuchung ist nun auf eine Leitfrage hin zu rekapitulieren: Wie entsteht aus den Protesten der Indignados eine neue Gegenhegemonie? Um dies zu bearbeiten, setzte ich drei konzeptuelle Schwerpunkte. Erstens lenke ich den Fokus darauf, wie sich ein neuer *Diskurs* in der spanischen Gesellschaft, in der Zivilgesellschaft genauso wie im politischen System, verfestigt – und sich rasch über den ursprünglichen Horizont der Protestbewegung hinaus verbreitet (Kap. VII.1.a). Dann ist festzuhalten, wie im Zuge der Empörtenartikulation neue Formen der *Kollektivität* entstehen (Kap. VII.1.b). Sowohl auf der Mikro-Ebene konkreter Kollektive als auch auf der Makro-Ebene gesellschaftsübergreifender Signifikanten entsteht eine repolitisierende Dynamik. Um diese zu verstehen, greife ich auf den Begriff der Sozialfigur zurück. Letztere ist das Scharnier, das mikrologische mit makrologischen Kollektivitätsformen der Empörung vermittelt. Schließlich erläutere ich, wie *Versammlungen* als verdichtende *Passagenpunkte* die Gegenhegemonie der Empörung auf Dauer stellen und sie von einem kurzlebigen Projekt in eine widerstandsfähige *Kultur* verwandeln (Kap. VII.1.c). Die Institution »Versammlung« verschiebt die Topographie der spanischen Gesellschaft nachhaltig.

1.1 Diskurs der Empörung überall

Der Diskurs, der mit den Indignados und mit den von ihnen inspirierten Bewegungen und Parteien entsteht, ist sehr breit gefächert. Es geht mir maßgeblich darum, den Diskurs der Empörung in seinem ganzen phänomenologischen Reichtum in den Blick zu rücken. Eine erweiterte Hegemonietheorie betrachtet sowohl die symbolische als auch

die körperliche und artefaktgebundene Facette von Sinnmustern. Diese breite Perspektivierung weist über das spanische Fallbeispiel hinaus darauf hin, dass sich die semiotische und konflikttheoretische Verengung der Diskurstheorie von Laclau/Mouffe (und nicht nur dieser), überwinden lässt, ohne deshalb der affektiven und positivistischen Verengung des Neomaterialismus zu verfallen.

Um dies einzulösen, macht sich meine erweiterte Hegemonietheorie für ein holistisches Diskursverständnis stark, das mit der formalistischen Zeichenlehre, zu der Laclau/Mouffe tendieren, bricht und stattdessen Zeichen, Praktiken und Körper als relationales Gefüge liest (Kap. VI.1). So wie es sich bei Laclau/Mouffe andeutet, aber von diesen nicht eingelöst wird (Kap. I.1.a), spreche ich mich mit Wittgenstein für einen *triadischen Diskursbegriff* aus, der die Ebenen des Symbolischen, der sinnlichen Praxis und der Materialität nicht gegeneinander ausspielt oder eine dieser Ebenen gegenüber den anderen priorisiert, sondern sich für ihre intrinsische Verwobenheit ausspricht. In methodologischer Hinsicht folgt diese Arbeit durchweg der relationalen Maxime des Poststrukturalismus. Das Untersuchungsobjekt, der Diskurs der Empörung, ist erst dann angemessen verstanden, wenn er als komplexes Gewebe rekonstruiert wird.

Der erste Pfeiler dieses Gewebes ist die *Infrastruktur* des Diskurses. Gegenüber der systematischen Ausblendung dieser Dimension bei Laclau/Mouffe (und ihren SchülerInnen) habe ich das Materielle in seiner diskurskonstituierenden, zuweilen impulsgebenden Rolle gewürdigt.¹ Besonders die Diskursanalyse von unten des Empörtencamps auf der Plaça Catalunya in Barcelona bemüht sich darum, den Diskurs *sur place* nicht zur Artikulation von Forderungen oder zur Konstitution eines neuen Kollektivakteurs zu verkürzen, sondern diesen erheblich basaler als Errichtung einer neuartigen Infrastruktur zu deuten (Kap. III.3). Erst dadurch, dass in ganz Spanien dutzende Platzbesetzungen wie die auf der Plaça Catalunya mit insgesamt hunderttausenden Beteiligten stattfinden, entsteht eben jene *Dislokation* des Ist-Zustandes, die im Grunde über das gesamte Folgejahrzehnt Spanien umgestalten wird. Die Plaça Catalunya avanciert somit zu dem, was ich als einen verdichtenden Passagenpunkt bezeichne (Kap. III.4.b). Indem sich der Protestausbruch materialisiert, indem ein Netz elektronischer Dispositive (Social-Media-Kanäle und Mailverteiler) genauso wie konkreter Artefakte (Zelte, Koch-, Putz- und Debatteinstrumente) sicherstellt, dass zehntausende menschliche Körper dicht an dicht zusammenkommen, wird das Ereignis »Platzbesetzungen im Frühjahr 2011« zu dem popularen Bruch, der das nachfranquistische Spanien nachhaltig verändert.

Diese Infrastruktur ist deshalb so ein wichtiger Teil der Artikulationspraxis, weil sie diese Praxis in *Raum und Zeit stabilisiert*. In dem Augenblick, da sich der Unmut über die ökonomische Krise und deren politische Verwaltung einerseits und der radikaldemokratische Gegenentwurf andererseits in die konkreten Orte einschreibt, findet eine

1 Dass Laclau/Mouffe und die *Essex School* den Begriff der Infrastruktur systematisch ausblenden, ist doppelt motiviert. Einerseits deuten sie die Materialität als Epiphänomen von Artikulationsprozessen. Für sie steht zwar fest, dass die Materialität immer der sekundäre Ausdruck eines als Zeichengefüge verstandenen Diskurses ist. Andererseits ist die Dethematisierung des Materiellen auch eine strategische Ablehnungsgeste des Postoperaismus und Neomaterialismus, spielt doch dort das immanente Emergieren des Materiellen eine Schlüsselrolle.

kurze, doch hochintensive Unterbrechung der hegemonialen Ordnung statt. Die zentralen Plätze von Spaniens Metropolen werden zu Camps. Verkehrswege müssen umgeleitet und Veranstaltungen umgeplant werden, die vom Protest bestrebte Neuordnung der Gesellschaft hat sich einen neuen Raum geschaffen, sie wird plötzlich allseits, noch angesichts der Gegenwehr der Ordnungsgewalt (Kap. III.3.c), als physische Alternative erfahrbar. Die kurze Dauer der Camps von 2011 (sie bestehen im Schnitt einen Monat) darf nicht verbergen, dass sie nachhaltige Lernprozesse in Gang setzen. Wie die Ethnographie zeigt, kreisen die Bemühungen der Empörtengruppen auf Quartiersebene maßgeblich darum, sich feste Örtlichkeiten – die sogenannten *Ateneus populares* – anzueignen, in denen ihre Versammlungen abgehalten werden sowie ein flankierendes Kulturprogramm stattfindet (Kap. IV.3.b). Das Leitmotiv lautet: Die Empörung schreibt sich im Raum ein, um in der Zeit zu überdauern. So konstituiert sich die Gegenhegemonie der Empörung ab 2011 auch als eine materielle Topographie (s.u.).

Wer über die Infrastrukturen spricht, die den Diskurs tragen, ja Teil des Diskursgefüges sind, darf über seine *Praktiken* nicht schweigen. Als Sinnordnung ist jeder Diskurs stets eine »Praxis-Diskurs-Formation« (Reckwitz 2008a: 202). Stärker noch als die materielle Ebene der Infrastrukturen und Artefakte nimmt die Praxis, die ich im Anschluss an Reckwitz und Hirschauer als verkörperte und routinisierte menschliche Verhaltensweise definiere, für mich eine Schlüsselstellung ein (Kap. VI.1). Der Charme einer sensiblen Rekonstruktion des beschleunigten sozialen Wandels, wie sie das Fallbeispiel Spanien gestattet, liegt darin, im Stile Gramscis (Kap. I.2.b) das neue Diskursgefüge als eine Summe zusammenhängender, doch teils auch eigensinniger Praktiken zu deuten. Die Materialisierung von Infrastrukturen und die Artikulation gesellschaftsübergreifender Semantiken sind zwar unabdingbar, um diesen Wandel in seiner Gesamtheit zu verstehen. Doch wahrlich akkurat wird die Analyse erst dort, wo sie den Diskurs nicht in einer übergeordneten materiellen oder semantischen Ordnung auflöst, sondern ihn als ein Ensemble von strukturierten *und* strukturierenden Praktiken würdigt.

Wie schon in den Ausführungen zu einem erweiterten oder, präziser, organischen Artikulationsbegriff erläutert (Kap. IV.4/VI.2), wähle ich einen Mittelweg zwischen der strukturalistischen Auflösung von Praktiken und ihrer interaktionistischen Überhöhung. Die Praxisanalyse, die ich besonders im ethnographischen Part, doch ebenso in der Diskursanalyse von unten unternehme, nähert sich möglichst induktiv den Praktiken, die bei den verschiedenen Protestgruppen respektive bei der Partei Podemos vollzogen werden. In dieser Analyse stellt sich indes rasch heraus, dass es so etwas wie eine absolut freie und autonome Praxis *nicht* gibt. Selbst bei den ihrem Selbstbild nach emanzipatorischen, radikaldemokratischen und deutlich linksgepolten Kollektiven, die diese Arbeit untersucht, ist das Feld der Praxis gleichzeitig ein Feld der Macht. Explizite wie subtile Über- und Unterordnungen bilden sich dort genauso heraus wie deutlich voneinander abgegrenzte Subjektivierungspfade (Kap. IV.3/5).

Die praxeologische Betrachtung legt auf diese Weise eine *tiefe* Strukturhaftigkeit von Diskursgefügen offen. Die hier rekonstruierten kollektiven Praktiken werden zweifels-ohne durch übergreifende Zeichenrelationen strukturiert. Besonders der für den Empörungsdiskurs charakteristische populistische Konflikt von unten gegen oben schlägt sich in konkreten Verhaltensweisen nieder. Es sei erinnert an die diametrale Kritik an Banken wie Finanzkonzernen, die mit Immobilien spekulieren, an die Ablehnung der angeblich

passiven oder korrupten politischen Repräsentanten – von links wie rechts – oder an die stolze Affirmation des eigenen Quartiers vis-à-vis seiner sozioökonomischen wie infrastrukturellen Benachteiligung. Hervorzuheben ist allerdings, dass der Empörungsdiskurs sich nicht einfach abstrakt in den Praktiken einschreibt, sondern eine *Übersetzung* erfährt. In der Artikulationspraxis jeder einzelnen Gruppe hallen gesellschaftsübergreifende Symboliken wider, sie werden dort aber zugleich situativ angepasst und verschoben. Der Empörungsdiskurs sedimentiert in den Praktiken und er gewinnt dort eine Beharrlichkeit, die er als bloßes Zeichen entbehren würde. Und zugleich wird der Empörungsdiskurs durch die Praktiken performativ verschoben, über sich hinausgetrieben.

Der Begriff der Fokussierung sollte mithin exemplarisch zeigen, dass Performativität und Strukturalität *keine* Gegensätze bilden. Die Struktur, die in und durch verkörperte Praktiken aufgebaut wird, wirkt nicht nur beschränkend, sie kann, zumindest ist dies im hiesigen Fallbeispiel der Fall, eine dynamisierende Kraft entfalten, die das Diskursgefüge selbst verschiebt. In der Ethnographie folgte aus Fokussierungen eine radikalisierte Gruppenidentität, eine Affirmation der Praxis des zivilen Ungehorsams oder der Anspruch auf Souveränität. Wie nachgezeichnet wurde, sind Fokussierungen komplexe Vorgänge, in denen sich symbolische Elemente (Grenzziehungen und Schaffung von Legitimität) mit immanenten (Kopräsenz und expressive Praktiken) vermengen (Kap. IV.3.c). Die analytische Ambition des Fokussierungsbegriffes besteht darin, die Strukturiertheit und den Eigensinn von Praktiken zusammenzudenken, um dann offen nachzuvollziehen, wo und wie beide Ebenen zusammenwirken und wo sie sich widersprechen. Dabei ist im Sinne Foucaults, aber auch Alf Lüdtkes (1993: 48f.) zu beachten, dass soziale Praktiken stets immanente Machtordnungen bilden. Letztere regulieren die eigensinnigen Praktiken, ohne aber deren performatives Moment je völlig auszulöschen.² Das Motto lautet: Es gilt, praxeologisch sensibel herauszuarbeiten, *wie* sich der Diskurs als Praxis entfaltet, wie also, hegemonietheoretisch gewendet, Artikulationen sowohl in ihrer schillernden Vorderseite als großflächige Repräsentationen und Antagonismen als auch in ihrer verborgenen Rückseite als eigensinnige und performative Praktiken geschehen.

Der Diskurs der Empörung materialisiert sich in Infrastrukturen und ist grundiert in Praktiken, doch er bleibt ebenso ein Diskurs im engen Sinne. Er ist eine *Ordnung von Zeichen*, die aufeinander verweisen. Die hier entwickelte Hegemonietheorie erweitert und dezentriert die Diskurstheorie von Laclau/Mouffe, aber sie verabschiedet diese nicht. Eine holistische Diskurstheorie bezieht die materielle und praxeologische Ebene mit ein, um ihr ursprüngliches Terrain, die Zeichenanalyse, zu bereichern und diese in neue Phänomenbereiche zu führen. Dasselbe gilt indes in die andere Richtung: Erst die politische

2 Würde sich die vorliegende Arbeit nicht auf soziale Bewegungen und linke Parteien konzentrieren, sondern arbeitssoziologisch auf die Arbeitsverhältnisse in einer Produktionsstätte, einer Behörde oder einem Konzern, dann wäre die Asymmetrie zwischen der Strukturiertheit der Praktiken und ihrem Eigensinn zweifelsohne weit prononcierter ausgefallen – und deren Zusammenwirken schwächer oder, präziser, schwerer rekonstruierbar. Beachtenswert ist, dass selbst innerhalb der radikaldemokratischen Kontexte, die hier im Fokus stehen, subtile oder explizite Machtverhältnisse eine prominente Rolle spielen.

Diskursanalyse des frühen Empörungsdiskurses (Kap. III.2) samt seiner späteren links-populistischen Reartikulation in Gestalt von Podemos (Kap. V.3) liefert die Grundkoordinaten, von denen aus sich zeigt, was in Spanien ab 2011 überhaupt Empörung heißt, gegen was sie sich wendet und wofür sie plädiert.

Der Empörungsdiskurs ist von Anbeginn das, was ich als protopopulistische Semantik mit linker Polung bezeichne (Kap. III.4.a). Diese Studie begreift den Populismus als eine spezifische politische Artikulationspraxis, die einen stark vereinfachenden Gesellschaftsentwurf lanciert. Eine populistische Praxis besteht darin, was bereits die Dokumente der Vorläuferbewegungen der Indignados offenlegen (Kap. III.2.b/c), nämlich in der Schaffung eines Unten-oben-Gegensatzes zwischen einem unterdrückten, aber sich als Souverän gerierenden Volkssubjektes und den unterdrückenden politisch-ökonomischen Eliten. Diese Konfrontation strukturiert im Frühling 2011 zwar die Protestpraktiken, ihr fehlen aber noch die festen Signifikanten, welche die »von unten« als *pueblo* (Volk) und die »von oben« als *élites* (Eliten) fixieren wurden (daher das Präfix: proto-). Doch dass dieser Gegensatz als intensive Konfrontation besteht, dass diese sich nach 2011 eher noch zuspitzt, darüber bestehen genauso wenig Zweifel wie über die linke Polung des Empörungsdiskurses. Die dyadische Struktur (unten vs. oben) artikuliert auf der Innenseite des Diskurses ein so weites wie offenes Wir-Subjekt, das als Demos, als politische Gemeinschaft signifiziert wird.³ Dieses Volkssubjekt appelliert prinzipiell an (fast) alle Spanierinnen, es umschließt Studierende, Langzeitarbeitslose, prekär Beschäftigte, unter Sparmaßnahmen leidende Beamte genauso wie Migrantinnen ohne Aufenthaltsrecht (Kap. III.2.a). Entscheidend ist, dass eine geteilte Erfahrung der Armut, Prekarität oder, mit Butler gesprochen, der *Verletzung* erst ausgedrückt und dann in ein Upside-down-Szenario überführt wird, in welchem sich die Schwachen gemeinsam gegen die Herrschenden ermächtigen.

Diese Ermächtigung zielt in zwei Richtungen. Einerseits fordert der Empörungsdiskurs soziale Gerechtigkeit ein, er sucht die Herstellung einer sozialen Sicherheit, die durch die Wirtschaftskrise ab 2008 und die darauffolgende Austeritätspolitik erschüttert wurde. Überraschen dürfte, dass dieses Gerechtigkeitsnarrativ vornehmlich als reaktive Forderung vorgetragen wird. Es geht um die *Wiederherstellung* eines Gesellschaftsvertrages, um die Entfaltung der Möglichkeiten, die im spanischen Wohlfahrtsstaat zwar immanent angelegt sind – so in den Verfassungsartikeln, die ein Recht auf Arbeit, Gesundheit oder Wohnen postulieren – doch in der aktuellen Ordnung nicht eingelöst werden. Andererseits, und noch prominenter, rückt der Empörungsdiskurs den Signifikanten der *Demokratie* ins Zentrum. Gegenüber angeblich postdemokratischen Zuständen wird ein dezidierter Demokratisierungsprozess gefordert. In der Frage allerdings, was damit gemeint ist, spaltet sich – dies offenbart die politische Diskursanalyse (Kap. III.2.d) genauso wie die Diskursanalyse von unten (Kap. III.3.b) – die Protestartikulation in zwei Diskursstränge: Der eine Strang fordert »nur« die

3 Dagegen hat ein rechtspopulistischer Diskurs eine triadische Struktur. In ihm wird der Konflikt von unten gegen oben durch den von *innen gegen außen* ergänzt. Das Kollektivsubjekt verliert so seinen Charakter als eine offene politische Gemeinschaft und wird zu einem kulturellen Kollektiv – einem Ethnos –, das sich sowohl durch die Elitenkritik als auch durch die Ablehnung von Migrantinnen und anderen (angeblichen) Fremden auszeichnet.

Reform der repräsentativen Demokratie, gibt sich mit einem funktionierenden politischen System und tugendhafteren Repräsentantinnen zufrieden. Der andere Strang zielt radikaler auf die direktdemokratische Überholung des politischen Systems, auf die prinzipielle Ersetzung der Parlamente durch Versammlungen. Letztere sollen der neue Ausübungsort der Souveränität sein, weshalb sie ab 2012 zusehends *asambleas populares* (Volksversammlungen) heißen (Kap. V.1.b).

Die 2014 entstandene Partei Podemos reartikuliert diesen zwar wirkmächtigen, doch zugleich diffusen und in seiner Mobilisierungsfähigkeit zusehends erschöpften Empörungsdiskurs so, dass er unmissverständlich zu einem kohärenten linkspopulistischen Diskurs aufsteigt. Das Beispiel Podemos ist deshalb so eindrücklich, weil es als Parteiprojekt eines kleinen Kreises kritischer Politologen die Populismustheorie Laclaus zur offiziellen Parteistrategie erhebt. Die Artikulation der leeren Volkssignifikanten, die Konstruktion einer breiten Äquivalenzkette und die Spaltung der Gesellschaft in zwei Teile geschehen bei Podemos *reflexiv*. Ein nun weitgehend geschlossener und auf wenige Führungspersonen zentrierter linkspopulistischer Diskurs soll, so das Kalkül von Parteichef Pablo Iglesias sowie, besonders, des Strategen Íñigo Errejón, gezielt jenes endliche Gelegenheitsfenster nutzen, das Spanien als krisengerütteltes südeuropäisches Land nach den Empörtenprotesten von 2011 und der Folgejahre bietet (Kap. V.2). In diesem Sinne würde ich die »Anwendung« von Laclau seitens Podemos weniger als entbettetes Experiment begreifen,⁴ sondern vielmehr als *einbettendes* konzeptuelles Werkzeug, um die politischen Verschiebungen, die in Spanien – und zuvor in Lateinamerika – geschehen sind, in ein disruptives Parteiprojekt mit Mehrheitsanspruch zu übersetzen.

Doch Übersetzung heißt stets auch: performative Artikulation. Der Empörungsdiskurs wird im Podemos-Projekt verschoben, ja in etwas Neues überführt. Die oben beschriebenen diskursiven Eckpfeiler bleiben zwar grundsätzlich bestehen, sie erfahren jedoch eine *Diskursivierung*. Darunter verstehe ich einen widersprüchlichen Prozess. Die explizite Seite besteht in der zusehenden *Geschlossenheit* des Empörungsdiskurses. Beispielsweise wenn in den Reden von Iglesias die Elitenkritik zum systematisch gebrauchten Topos aufsteigt oder wenn er intoniert, dass das neue Volkssubjekt, das auf den Straßen protestierte, durch die neue Partei zum Souverän gemacht werden soll. Mit dieser diskursive Schließung avanciert Podemos eindrücklich zur Catch-all-Partei der Empörung. Während der hier rekonstruierten Anfangs- und Hochphase (2014 bis 2016) erlebt die junge Partei nicht nur ein Umfragehoch, sie erobert 2015 bei den Kommunalwahlen in Koalition mit anderen linken Parteien die Rathäuser spanischer Metropolen von Madrid bis Barcelona. Schließlich kommt Podemos bei der Parlamentswahl Ende 2015 aus dem Stegreif auf ein Ergebnis von über 20 Prozent und wird zur drittstärksten Fraktion.

4 Dass Podemos organisch aus einer bestimmten politischen Konjunktur heraus entsteht, ist eminent wichtig. Vor allem deshalb, weil im Blick von außen auf Spanien immer wieder der Eindruck entsteht, als sei die Chiffre »Linkspopulismus« gepaart mit den basalen Strategien, die sich aus dem Ansatz von Laclau und, mit Abstrichen, von Mouffe ableiten, ausreichend dafür, um in ganz anderen, weit entpolitisierten Kontexten ähnliche populistische Projekte zu lancieren. Nicht zuletzt das Beispiel der deutschen Sammlungsbewegung »Aufstehen« in den Jahren 2018 und 2019 bietet ein Beispiel für das Scheitern eines solch entbetteten Linkspopulismus.

Doch so erfolgreich der linkspopulistische Diskurs wahlpolitisch (zunächst) ausfällt, er entbehrt eine zentrale Facette des frühen Empörungsdiskurses. Die andere Seite der Diskursivierung ist die *Passivierung* der Praxis im Diskurs. Die Proteste ab 2011 zeichnete nicht nur aus, was sie artikulierten, sondern *wie* sie es taten, nämlich in einer Myriade von Versammlungen. Dieselbe Partizipationseuphorie zieht anfangs auch Podemos auf sich. Die Partei spricht die Underdogs nicht nur diskursiv an, sie zieht im Jahr 2014, unmittelbar nach der Parteigründung, auch über hunderte Basisgruppen, die círculos, organisatorisch an. Im Podemos-Projekt artikuliert sich sowohl ein reaktiver Diskurs der Empörung als auch dessen Praxis. Doch der »populist proceduralism« (Seguín), den die Partei anfangs über ihre basisdemokratische Organisationsformen verspricht, wird im Zuge der systematischen Diskursivierung ausgehöhlt (Kap. V.5). Zugespitzt formuliert: Bei Podemos wird die anfängliche Praxis-Diskurs-Formation zur Diskursformation im engen Sinne. Der Parteiführung gelten die von der Basis kommenden Praktiken zusehends als Irritation, welche die Produktion des angeblich richtigen, an Laclau geschulten linkspopulistischen Diskurses verzerren. Der Diskurs verliert bei Podemos seine Praxis.

1.2 Kollektivität im Wandel, Empörte als Sozialfigur

Eine erweiterte Hegemonietheorie kartiert den beschleunigten Wandel, der in Spanien ab 2011 geschieht, mit Umsicht. Die Veränderungen, welche die Indignados in Spanien auslösen, müssen als historische Prozesse betrachtet werden. Sie bewirken teils vergängliche, teils nachhaltige und teils unvorhergesehene Verschiebungen. Eine exemplarische Prüfung davon, wie die neue Gegenhegemonie die Gesellschaft veränderte, ohne sie so zu verändern, wie sich wohl viele Indignados ersehnt hatten, bietet sich mit der Kategorie der Kollektivität an.

Im Rückblick ist festzuhalten, dass meine Kollektivitätskonzeption mitsamt ihrer empirischen Operationalisierung zwei Stärken birgt. Erstens zielen die analytisch entfalten Kategorien des verdichtenden Passagenpunktes, des sozialen Raumes und des anwesend-abwesenden Signifikanten darauf ab, die problematische Trennung zwischen dem Symbolischen, dem Materiellen und der Praxis, wie sie Laclau/Mouffe vornehmen, zu überwinden und die *Verwobenheit* dieser Ebenen zu betonen. Eine Verwobenheit, aus der wohlgemerkt *nicht* folgt, dass Kollektive immer zur gleichen Zeit und zu gleichen Anteilen symbolisierbar und sinnlich erfahrbar sind. Vielmehr wäre davon zu sprechen, dass jede Gemeinschaftsform konstitutiv *unrein* ist. Selbst dort, wo »ein Volk« durch einen scheinbar nur medialen Diskurs interpelliert wird, geschehen stetig punktuelle Ereignisse, bei denen dieser virtuelle Signifikant eine physische Anwesenheit annimmt.

Derartige Ereignisse dienen als mächtiger empirischer Beleg dafür, dass das Kollektiv auch wirklich sozialstrukturell vorhanden ist, dass es als Gesellschaft gelebt wird.⁵

Die zweite Stärke der hiesigen Kollektivitätskonzeption besteht in ihrer *Relativierung* des Antagonismus. Anders als bei Laclau/Mouffe spricht meine erweiterte Hegemonietheorie nicht mehr von einem konstitutiven Außen, sondern von einem *stabilisierenden Außen*. Zwar kommen in der Analyse konflikthafte Grenzziehungen fortwährend vor und werden immer wieder in ihrer Schlüsselrolle gewürdigt. Hinsichtlich der Kernfrage, wie soziale Kohäsion hergestellt wird, ist aber der Blick nicht nur nach außen, sondern auch nach *innen* zu richten. Aus der Analyse geht klar hervor, dass sich Kollektivität eben auch deshalb bildet, weil ein gemeinsamer Raum geschaffen wird, in welchem verletzte Körper zusammenkommen, ihre Verletzlichkeit teilen und diese als kollektive Erfahrung ausdrücken. Die Plattform der Hypothekbetroffenen ist eines der prominentesten Beispiele Westeuropas dafür, wie Butlers Diktum eingelöst wird, dass sich verletzte Subjekte in Versammlungen zusammentun, um dort eine »verkörperte Politik« auszuführen und sich als Souverän zu inszenieren (Martínez Guillem 2019: 6). Sogar Podemos richtete sich immer wieder nach innen, um sich als Erfahrungsgemeinschaft der wirtschaftlich wie politisch Verletzten zu artikulieren.

Ein solch holistisches Kollektivitätsverständnis kann der Hegemonietheorie im Besonderen und der Kulturosoziologie im Allgemeinen wertvolle konzeptuelle wie analytische Impulse geben. Gleichwohl besitzt meine Konzeption von Kollektivität (noch) eine deutliche Schwachstelle. Das Argument setzt implizit voraus, dass die Gemeinschaftsformen, die sich rund um den Diskurs der Empörung artikulieren, in eben diesem Diskurs eingebunden bleiben. Was dabei unberücksichtigt bleibt, ist jener ständige Prozess der Deartikulation und Reartikulation, der für Laclau/Mouffe das Soziale auszeichnet – und dort besonders prominent ist, wo er die entleerten Signifikanten betrifft, welche die Gesellschaft *in toto* definieren. Nimmt man den prominenten Begriff des »Volkes« in den Blick, so steht aus hegemonietheoretischer Sicht fest, dass stetige Deutungskämpfe darüber geschehen, wie dieser Begriff zu definieren ist. Die Frage, ob das Volkssubjekt als *das Volk* jene autoritäre und kulturessentialistische Wendung erhält, wie sie im deutschsprachigen Raum diskursbestimmend ist, oder ob es als *le peuple*, *the people* oder eben *el pueblo* eine politische Gemeinschaft konnotiert, steht nach Laclau/Mouffe prinzipiell offen, wird doch der Volksbegriff im hegemonialen Ringen immer wieder neu besetzt.

Wie aber lässt sich die dynamische Umbesetzung von Kollektivität denken, wenn es nicht bloß um leere, sondern nun um anwesend-abwesende Signifikanten geht? Ist die De- und Reartikulationspraxis auch für versinnlichte Gemeinschaftsformen vorstellbar? Eine Antwort auf diese Fragen kann die Kategorie der *Sozialfigur* bieten. Im Folgenden skizziere ich eine theoriebildende Bewegung, die sich durch die bisherige empirische

5 Ein Beispiel aus dem rechten Spektrum bietet der Sturm auf das Kapitol vom 6. Januar 2021. Die Trump-Anhängerschaft, die ihn forcierte, war mehr als nur ein Mob. Sie gerierte sich zum neuen Volkssubjekt. War zuvor das »amerikanische Volk«, das der Trumpismus interpellierte, ein eher passives mediales Publikum und kulturelles Milieu geblieben, so wuchs es mit dem Sturm aufs Kapitol über die Figur des Ex-Präsidenten hinaus. Das weiße, xenophobe und nationalistische Amerika setzte somit seine politische Artikulationsfähigkeit unter Beweis.

Auseinandersetzung informieren lässt, aber vor allem weitergehende Forschungen anstoßen soll. In der Definition, die ihr Stephan Moebius und Markus Schroer (2010: 8) und vor allem Sebastian Moser und Tobias Schlechtriemen (2018) verleihen, besitzt die Sozialfigur zum einen die strukturelle Unbestimmtheit des leeren Signifikanten. Zum anderen besteht sie aus einem Bündel sozialer Erfahrungen und sozialer Praktiken, wie sie auch mein erweitertes Kollektivitätsverständnis hochhält. Warum aber braucht es einen neuen Begriff, um erneut das zu sagen, was bereits gesagt wurde? Weil in meiner Leseart die Sozialfigur zum Ausdruck bringt, dass eine sinnliche Konzeption von Kollektivität in der Gesellschaft *sedimentiert* und gleichzeitig in ihr *zirkuliert*, beständigen Reartikulationen ausgesetzt ist.

Der Ausgangspunkt für meine Aneignung des Begriffes der Sozialfigur ist die Beobachtung von Moser/Slechtriemen (ebd.: 165), dass Sozialfiguren »Beschreibungsformen in soziologischen Gegenwartsdiagnosen« darstellen. Ob »der Fremde« bei Georg Simmel, die »Angestellten« bei Siegfried Krakauer oder der »flexible Mensch« bei Richard Sennett, stets fokussieren sie »eine in der Gegenwart [sich] zuspitzende Dynamik«, vollziehen eine diagnostische »Konzentration auf *ein* Charakteristikum der Gegenwartsgesellschaft« (Schlechtriemen 2019: 151, H. i. O). Sozialfiguren bieten eben nicht nur typische Kategorisierungen ihrer Zeit, vielmehr erweisen sie sich als deren krisenhafte Zuspitzung. »Unter Rückgriff auf Sozialfiguren werden krisenhafte Erfahrungen artikuliert, auf die es noch keine klaren oder gar institutionalisierten Antworten gibt«, so Moser/Slechtriemen (2018: 165).

In diesem Sinne lässt sich thesenhaft verteidigen, dass in Spanien ab 2011 die *Sozialfigur der Empörten* charakteristisch wird. Wie von Moser/Slechtriemen betont, erscheint diese Sozialfigur als eine Krisenerscheinung im doppelten Sinne. Zum einen drücken sich in ihr die eher passiven Erfahrungen des Leidens, der Verletzlichkeit und des sozialen Abstiegs aus, die im krisengezeichneten Spanien ab 2008 für große Bevölkerungsteile prägend werden. Zum anderen konstituiert sich die Sozialfigur in einem durchaus aktiven Prozess. Durch kollektive Praktiken ermächtigen sich die Krisenverliererinnen und werden hiermit zu einer neuen Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft stellt die bestehenden sozialen Strukturen in Frage und versucht sie neu zu instituieren – wobei sie dafür die politisch-ökonomischen Eliten delegitimiert. Die Praktiken, welche die Sozialfigur der Empörten selbst definieren, zeichnen sich indes vor allem durch gelebte basisdemokratische Organisationspraktiken aus. Die gemeinsame Empörung verwandelt die Verletzten in Subjekte eines neuen demokratischen Kollektivs, das eine Repräsentationslücke füllt. Die neue Sozialfigur symbolisiert das Versprechen auf eine Redemokratisierung der Gesellschaft, sie antwortet auf die nicht nur ökonomische, sondern auch demokratische Krise der bestehenden Ordnung, wie sie jahrzehntelang von der Kultur der Transition definiert wurde. Die Figur der Empörung ist, so lässt sich pointieren, sowohl Symptom als auch Treiber der umfassenden Krise, in der sich Spanien seit 2011 befindet.

Es kennzeichnet die entstehende Gegenhegemonie, dass sich die Kollektivität, die in den Platzbesetzungen von 2011 entsteht, in den Folgejahren in der Gesellschaft verbreitet. Diese Diffusion geschieht als ein gesellschaftsübergreifender Prozess, der weit über die in dieser Studie behandelten Phänomene hinausweist. Die Plattform der Hypothekbetroffenen und die Partei Podemos sind nur zwei zugegebenermaßen prominente Beispiele dafür, wie die Figur der Empörten die Empörtenversammlungen im engen Sin-

ne transzendiert und sich in ein weites Ensemble von Plattformen, Parteien, Vereinen und Organisationen einschreibt. Neue linksalternative Wählerplattformen in fast allen spanischen Metropolen, etwa *Barcelona en Comú* oder *Ahora Madrid*, basisdemokratische Initiativen in der Zivilgesellschaft wie *Yayoflatuas* (Senioren gegen Rentenkürzungen), *Aturats en Moviment* (Arbeitslose in Bewegung) oder *Sindicat de Llogateres* (Mieterinnengewerkschaft), oder Reformbewegungen für mehr interne Demokratie in der großen Richtungsgewerkschaft *Comisiones Obreras* belegen ebenfalls, wie sich die Empörungsfigur schrittweise ausbreitet. Auch der Marsch der Minenarbeiter nach Madrid im Sommer 2012, der Streik der Scheinselbstständigen des Telekommunikationskonzerns Telefónica im Frühjahr 2015 oder die *Marchas de la Dignidad* (Märsche der Würde), bei denen 2014 anderthalb Millionen Menschen aus ganz Spanien für bessere Arbeitsverhältnisse demonstrieren, legen Zeugnis von neuartigen Vergemeinschaftungen im Zeichen der Empörung ab.

Die Sozialfigur der Empörten diffundiert allerdings weit über das linke Spektrum hinaus. Besonders eindrücklich ist dies für die katalanische Unabhängigkeitsbewegung, die ab 2012, parallel zu den Krisenprotesten, zur Massenbewegung avanciert. Zur Organisation des vom spanischen Staat verbotenen und letztlich wirkungslos gebliebenen Unabhängigkeitsreferendums im Herbst 2017 bilden sich in der katalanischen Zivilgesellschaft circa 300 *Comitès de Defensa del Referèndum* (kurz: CDRs). Diese Gruppen lehnen sich ausdrücklich an die basisdemokratischen Empörtenversammlungen an und brechen mit dem traditionell vorsichtigen Kurs der mehrheitlich liberalkonservativen Unabhängigkeitsparteien (vgl. Letamendia 2018). Die CDRs sind 2017 die treibende Kraft für ein Referendum von unten, das sich die Katalaninnen förmlich selbst basteln: »Zehntausende Familien übernachteten vor der Abstimmung in den Schulen, die als Wahllokale dienen sollten, Einzelpersonen schmuggeln in ihren Pkws die Wahlurnen über die französische Grenze, Informatiker wehren die elektronische Sabotage des Geheimdienstes ab und gewährleisten die Stimmabzählung, Menschentrauben verhindern die Abriegelung der Wahllokale oder liefern sich mit der Bereitschaftspolizei Scharmützel, um Abriegelungen zu verhindern.« (Lluís 2020: 269, vgl. auch: Arndt 2017). Die Praxis des Einforderns von mehr Demokratie, sie wird in Katalonien im Herbst 2017 kurz zu einem gesellschaftsübergreifenden Phänomen, bei dem die Sozialfigur, die 2011 entstand, partiell wiederauftaucht.

Selbst in die Sphäre der etablierten Volksparteien schreibt sich die Sozialfigur der Empörten ein, zumindest in Versatzstücken. 2015 organisiert die konservative Volkspartei PP ihren Kongress in dezentralisierten *plazas* (Plätzen), auf denen offene Debatten stattfinden sollen. Beim sozialistischen PSOE werden ebenfalls die Kundgebungen als »öffentliche Versammlungen« bezeichnet und entsprechend kreisförmig organisiert, um die Asymmetrien zwischen Redner und Publikum einzuebnen (Juliana 2015). Über solch anekdotische Beispiele hinaus wächst nach 2011 der Druck auf die parteiinterne Demokratisierung. Der im Herbst 2016 vom Parteiapparat abgesetzte PSOE-Chef Pedro Sánchez etwa gewinnt sein Amt im Frühjahr 2017 überraschend zurück, indem er sich bei der Urwahl als demokratischer Reformers inszeniert. Sánchez siegt, indem er verspricht, der Parteibasis gegenüber der Führung mehr Gewicht zu geben und den PSOE

als ein »linkes Projekt« neu auszurichten, um die Koalition mit Podemos zu suchen und offensiv für einen »plurinationen spanischen Staat« zu werben (Lluis 2017b).⁶

Entscheidend bei diesen Beispielen ist, dass bei ihnen eine Kollektivitätsform ablesbar wird, die sich mit dem leeren Signifikanten von Laclau/Mouffe überschneidet, ohne mit ihm zusammenzufallen. Bei der Sozialfigur der Empörten, die sich in den Jahren nach 2011 in Spanien ausbreitet, würde ich unterstreichen, dass sie sich zwar oft nur bruchstückhaft auf einer diskursiv-semiotischen Ebene als »Empörung« artikuliert. Vor allem zeichnet sie aus, dass sie bestimmte Erfahrungen und kollektive Praktiken zum Ausdruck bringt. Um diese herauszuarbeiten, ist, so Moser/Schlechtriemen (2018: 173f.), eben jene Triangulation von Ethnographie und Diskurs- und Medienanalyse zu betreiben, wie sie die hiesige Arbeit vornimmt. Es geht maßgeblich darum, das sinnliche »Sich-Zeigen« der Sozialfigur zu erfassen (Schlechtriemen 2019: 150). Die Artikulation des Krisenunmuts gepaart mit einer basisdemokratischen Selbstorganisationspraxis und dem Versprechen auf eine demokratische Gesellschaftsveränderung zeichnet die neue Sozialfigur aus. Dieses Ensemble von Praktiken ist vor allem für die Indignados wie für die neuen linken Parteien und zivilgesellschaftlichen Initiativen prägend. Die Sozialfigur der Empörten wird aber auch unter anderen ideologischen Vorzeichen reartikuliert – prominent im Fall des katalanischen Separatismus. Dort vermengt sich die Sozialfigur mit neuen Signifikanten und bildet neue Hybridisierungen. In der Unabhängigkeitsbewegung trifft die direktdemokratisch gelebte Sozialfigur der Empörten auf den Signifikanten eines katalanischen Volkes, der anders als bei den Indignados nicht als *Demos*, sondern als *Ethnos* definiert wird. Ähnlich radikaldemokratische Praktiken finden hier unter dem diskursiven Vorzeichnen einer kulturellen Gemeinschaft statt, die sich auszeichnet durch die katalanische Sprache, die katalanischen Traditionen, das *Heartland* des katalanischen Territoriums sowie einen »banalen Nationalismus«, der Katalonien zum Opfer »Madrids« stilisiert (Cossarini 2021: 65ff.).

Auf diese Weise wird eine zugleich dynamische und holistische Perspektive einlösbar. Sie pflegt mit den Begriffen des leeren Signifikanten und der Sozialfigur eine zweigleisige, auf der einen Seite semiotische, auf der anderen Seite sinnliche und praxeologische Konzeption von Kollektivität. Beide Kollektivitätsverständnisse lassen sich nur analytisch differenzieren, sie bilden *de facto* eine spannungsgeladene Einheit. Hierbei ist ausdrücklich zu unterstreichen, dass der Begriff der Sozialfigur die theoretischen wie empirischen Ausführungen zu einem weiten Kollektivitätsbegriff, die diese Studie tätigt, fruchtbar ergänzt. Mit der Sozialfigur steht nun ein Begriff bereit, der die Reartikulation von sinnlichen Kollektivitätsformen fasst, ja explizit dazu auffordert, die soziale Diffusion einer praktisch gelebten Gemeinschaftlichkeit zu untersuchen. Zugleich bereichert die vorliegende Studie den Begriff der Sozialfigur. Es fällt auf, dass über allgemeine Bestimmungen und narrative Beschreibungen hinaus diese Kategorie noch nicht jene analytische Schärfe gewonnen hat, die in der poststrukturalistischen Theorietradition bereits die Kategorien von Subjektposition oder Signifikant besitzen. Die Trias von Erfahrung, sozialer Raum und Fokussierung, die ich als Auszeichnungsmerkmale einer

6 Die Reartikulation der Sozialfigur der Empörung lässt sich zugleich als Stütze für die Reartikulation der Kultur der Transition lesen, um deren angestammte Legitimität zu reaktivieren (dazu unten: Kap VII.2.).

sinnlich verstandenen Kollektivität theoretisch (Kap. VI.3) wie vor allem empirisch herausgearbeitet habe, könnte für zukünftige Forschungen als Ensemble von *sensitizing concepts* fungieren, um die Komplexität und Prozesshaftigkeit von Sozialfiguren deutlicher herauszustellen.

Es bietet sich an, die Sozialfigur als Scharnierbegriff zu gebrauchen. Als solcher kann sie nicht nur auf die querschnittartige Reartikulation von Erfahrungs- und Praxisgemeinschaften aufmerksam machen, sondern auch auf ihre historische *Sedimentierung*. Was Moser/Schlechtriemen (2018: 170) die Verortung von Sozialfiguren in »spezifischen Lebenswelten« nennen und anhand der Verortung der Figur der »Angestellten« (Krakauer) in »der Welt der Firma, des Büros sowie in ihrer Freizeit in den »Plasierkasernen« verdeutlichen, würde ich als Ergebnis eines politisch getriebenen Sedimentierungsprozesses bestimmen. Gegen eine überstarke Betonung der phänomenologischen Pluralität (zu der die Figurationsforschung tendiert) spricht sich eine erweiterte Hegemonietheorie dafür aus, dass sich Sozialfiguren in der Regel gegen andere behaupten müssen oder durch andere verdrängt werden. Schrittweise eignet sich eine dominierende Kollektivität die Kontexte an, in der sie sich alltäglich bewegt. In Büros und Firmen könnten zwar prinzipiell andere Figuren erfahren und praktiziert werden als die der Angestellten im Sinne Krakauers, doch sie wurden von dieser Figur verdrängt oder unsichtbar gemacht. Eine Sozialfigur ist dann, so ist begrifflich zu präzisieren, zur bestimmenden Existenzweise geworden. Eben diese doppelte Durchsetzung und Verfestigung widerfährt der Sozialfigur der Empörten im weiten Feld der Gegenhegemonie der Empörung. Eine Gemeinschaftsform wird in Teilen der Zivilgesellschaft (in den Empörtenversammlungen, bei der PAH, bei neuen Gewerkschaften oder Genossenschaften usw.) genauso wie in Teilen der institutionellen Politik (bei Podemos und anderen neuen linken Plattformen) vorherrschend. Im Terrain dieser Gegenhegemonie ist die Sozialfigur der Empörten nicht eine Figur unter anderen, sie sedimentiert dort zur dominanten Existenzweise.

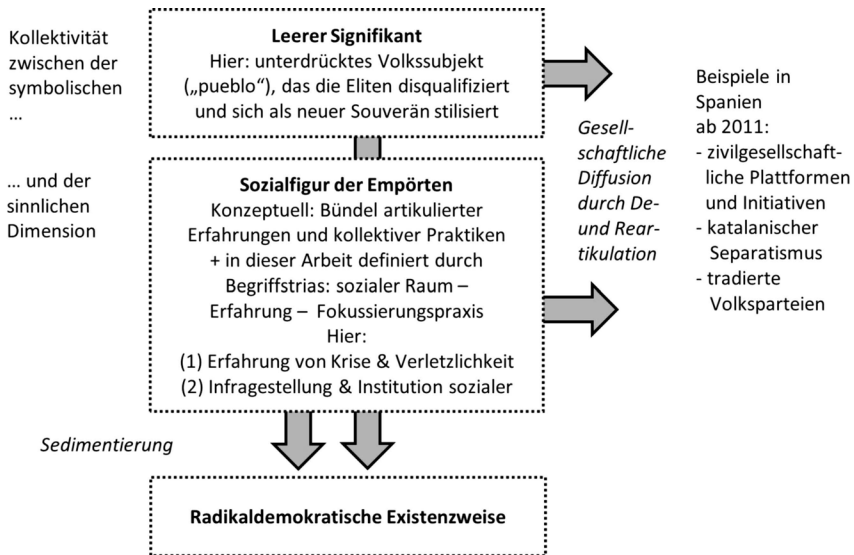
Die Herausbildung von stabilisierten Existenzweisen ist die letzte Stufe einer über Zeit und Raum ausgedehnten Gemeinschaftsbildung. In Existenzweisen verklammern sich Signifikanten und Sozialfiguren zur umfassenderen Subjektivierungsordnung. In Existenzweisen verquicken sich materielle Infrastrukturen, Praktiken und Zeichenordnungen zu einer Wirklichkeit, die sich den Subjekten aufdrängt und von diesen verinnerlicht wird. Existenzweisen entstehen und verändern sich historisch, sie sind aber gleichzeitig objektivierbare Gegebenheiten.

Angesichts der kurzen historischen Zeitspanne, die diese Arbeit untersucht, würde ich vorsichtig dafür plädieren, dass sich in dem Material die Verstetigung einer *radikaldemokratischen Existenzweise* abzuzeichnen beginnt. Bereits der starke präfigurative Anspruch der Empörtenversammlung von Frühjahr 2011, auf den der nächste Schritt eingeht, kündigt an, dass sich die Mobilisierungen maßgeblich darum drehen, eine radikaldemokratische Gesellschaft vorzuleben, sie in ihrer Alltagspraxis zu realisieren. Diese Ambition erhärtet sich einige Jahre später, als bei den Versammlungen auf Quartiersebene eine Gemeinschaftlichkeit selbstverständlich geworden ist, die sich durch basisdemokratische Selbstorganisation und starke Veränderungsansprüche definiert. Diese Gemeinschaftsform legt fest, welche Praktiken legitim oder illegitim sind, welche Subjektivierungspfade eingeschlagen werden, welche Machtasymmetrien zulässig sind oder aber basisdemokratischen Grundsätzen so sehr widersprechen, dass sie problema-

tisiert werden müssen. Selbst Podemos unterstreicht *ex negativo* durch die Spannungen zwischen Führung und Basis, dass die radikaldemokratische Existenzweise des Empörungszyklus die Institutionalisierung der jungen Partei prägt. Nur fünf Jahre nach dem Empörungsausbruch ist eine neue Existenzweise deutlich mehr als bloß ein abstraktes Versprechen geworden.

Das Schema synthetisiert die Ausführungen zum Kollektivitätsverständnis:

Abb. 32: Der Kollektivitätsbegriff einer erweiterten Hegemonietheorie in der Gesamtschau



1.3 Versammelt zu einer neuen Kultur

Diese Untersuchung sieht in den Protesten der Indignados mehr als nur begrenzte Mobilisierungen, die für einen kurzen historischen Moment aufflackern, um dann wieder rasch zu vergehen. Zweifelsohne sind die Platzbesetzungen im Frühling 2011 von kurzer Dauer. Und dennoch sollen sie das moderne Spanien derart gründlich verändern wie zuletzt die Transition vom Franquismus zur Demokratie. Der rote Faden meiner Ausführungen besteht darin, mittels einer dichten Beschreibung zu schildern, wie die Artikulationspraktiken der Empörung eine neue Gegenhegemonie entstehen lassen. Diese Gegenhegemonie entwirft eine neue soziale Ordnung. Der Empörungsdiskurs von 2011 und den Folgejahren und die mit ihm einhergehende symbolische und sinnliche Kollektivität definieren ein neues Spanien.

Was dieses Resümee erst indirekt anreißt, ist der Fokus auf die Entfaltung der jungen Gegenhegemonie in *Raum und Zeit*. Das seit langem beklagte institutionentheoretische Defizit von Laclau/Mouffe im Besonderen und der postfundamentalistischen Theorie des Politischen im Allgemeinen (vgl. Stäheli/Hammer 2016: 90f., Herrmann/Flatscher 2020: 17ff.) lässt sich auch als Symptom einer tieferliegenden Geschichtsvergessenheit begreifen. Ganz anders als Gramsci, der die Artikulation von Hegemonien

und Gegenhegemonien in der *longue durée* betrachtet und in seiner Charakterisierung des süditalienischen Katholizismus genauso wie des Marxismus diese als organische Ideologien, buchstäblich als Kulturen rekonstruiert (Kap. I.2.b), droht bei Laclau/Mouffe – und den mit ihnen verwandten Ansätzen – die Bewegung des Politischen auf einen eigentümlich strukturlosen Antagonismus reduziert. Dies ist deshalb bedauernswert, weil die postfundamentalistische Aufmerksamkeit für die Pendelbewegung zwischen Kontingenz und Ordnung oder, hegemonietheoretisch gewendet, zwischen den Momenten des Politischen und des Sozialen, eigentlich gerade zu einem Denken der *Historizität* der Gesellschaft verpflichtet (Kap. I.2.a).

Solch eine historisierte Analyse versucht diese Studie einzulösen. Was die Gegenhegemonie der Empörung auszeichnet, ist weder die Artikulation eines in Signifikanten wie *pueblo* oder *gente* kristallisierten Volkssubjekts noch die politisierende Leistung des Antagonismus per se. Diese Momente sind relevant, sie fügen sich aber ein in eine umfassendere Bewegung. Ihre fundamentale Säule ist eine nur scheinbar simple Institution: die *Versammlung*. Sie, die *Asamblea*, lese ich als das zentrale Phänomen des breiten Wandlungsprozesses, der Spanien seit 2011 prägt. Die Tatsache, dass ich Versammlungen als verdichtende Passagenpunkte konzeptualisiere und damit ihre Rolle als materialisierte und symbolisierbare Knotenpunkte hochhalte, weist bereits begrifflich auf meine Kernthese hin: Versammlungen sind *der* strukturierende Faktor der von mir analysierten Phänomene. Woche für Woche, teils auch mehrmals pro Woche oder täglich kommen dutzende, zuweilen hunderte oder gar tausende Menschen physisch an einem Ort zusammen. Stehend oder sitzend bilden sie einen Kreis, um dann meist entlang einer definierten Tagesordnung stundenlang zu diskutieren, zu deliberieren und gemeinsame Entscheidungen zu treffen, die die Verhaltensweisen der Versammelten auch über die Sitzung hinaus anleitet und koordiniert. Die Versammlungen, die über den gesamten Untersuchungszeitraum von 2011 bis 2016 auftreten, regulieren die Praktiken der Empörung.

Das Phänomen der Versammlung erfährt mit dem Protestausbruch von 2011 eine eindruckliche *Reaktivierung*. Die Tatsache, dass sich die Campierenden in Madrid, Barcelona und dutzenden anderen Städten dafür entscheiden, sich durch Versammlungen zu konstituieren, ist keine zufällige Entscheidung, sondern folgt aus den Verbindungslinien zur globalisierungskritischen Bewegung der 1990er und Nullerjahre (vgl. Nuño de la Rosa García 2015: 166ff.), zur seit den 1980er Jahren aktiven Hausbesetzerbewegung (vgl. Martínez López/García Bernandós 2013) oder sogar zu den Oppositionsbewegungen gegen den Franquismus in den 1970er Jahren (vgl. Razquín 2015). In all diesen Fällen bestehen thematische und personelle Überschneidungen. Denn die Indignados bestehen zu großen Teilen aus (ehemaligen) Aktivistinnen dieser Vorgängerbewegungen. Auf selbstverständliche Weise werden die Platzbesetzungen in eine Kontinuitätslinie mit spanischen, aber zugleich globalen Protestereignissen gestellt. Auch wenn sich diese Arbeit auf den iberischen Kontext konzentrierte, ist doch unübersehbar, dass die spanischen Indignados durch die Ereignisse des Arabischen Frühlings angetrieben werden, dass sie in den ägyptischen, tunesischen und libyschen Revolutionen, die ebenfalls mit Platzbesetzungen begannen, ein konkretes, historisch gleichzeitiges Vorbild erkennen (vgl. Shihade et al. 2012: 5ff.). In diesem Sinne hypostasieren viele der Indignados die Platzbesetzungen

im Frühling 2011 zu einem umwälzenden Ereignis, das die illustre Revolutionsdatenreihe von 1848, 1871, 1917, 1968 oder 1989 fortschreibt.⁷

Doch Umbrüche werden nicht nur ausgerufen, sie müssen gemacht werden. Die historischen und globalen Vorbilder legitimieren eine kollektive Praxis, die gleichermaßen *Mittel und Zweck* des Wandlungsanspruches ist. Über die Frage, ob und wie die Plätze besetzt und wann die Camps wieder abgebrochen werden sollen, wird nicht nur auf der Plaça Catalunya in Barcelona immer wieder heftig gestritten. Allerdings gibt es weder dort noch irgendwo sonst eine Debatte darüber, *wer* über diese Fragen entscheidet. Vom ersten Tag an wird die Versammlung zur maßgebenden Institution, in der die Campierenden – und viele Außenstehende – zusammentreffen, debattieren und entscheiden. Von Anbeginn ist die basisdemokratische Versammlung nicht bloß auf den Plätzen präsent, sie ist das strukturierende Phänomen der Protestcamps. Auf deren Höhepunkt, in der Woche vom 20. bis zum 26. Mai 2011, hat die Versammlung auf der Plaça Catalunya eine beachtenswerte Ausarbeitung erfahren. Binnen weniger Tage hat sich eine professionalisierte Protokollführung herausgebildet. Es bestehen ausgefeilte und auf Inklusivität bedachte Diskussionsverfahren oder Debattenräume auf dem ganzen Platz (das Tahrir-, Island- und Palästina-Forum). Nicht zuletzt wird die Versamlungsform auf Ebene der Kommissionen und Arbeitsgruppen repliziert (dazu: Kap. III.3). Dies alles zeigt, dass sich die Indignados im emphatischen Sinne als eine versamlungsförmige Bewegung konstituieren. So schwer es ist, sie ideologisch auf einen Nenner zu bringen, so leicht fällt es, die kollektive Praxis des Sich-Versammelns als das Kennzeichen der Indignados auszumachen.

Diese Versamlungsförmigkeit ist nicht nur ein Zeichen der Stärke, sondern auch eines der *Schwäche*. In der Geschichte des modernen Spaniens haben sich zwar soziale Bewegungen sehr oft durch basisdemokratische Versamlungen organisiert. Doch selbst in der Massenbewegung des Anarchismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert blieb das Sich-Versammeln nur ein meist durch charismatische Führungspersonen überschattetes Element einer breiteren Gegenkultur. Sie reproduzierte sich als geteilte Lebenswelt bei der Arbeit, in den Wohnverhältnissen, in gemeinsamen Freizeitaktivitäten (z.B. Musik, Lektüre, Wandern) oder in einer geteilten Gegenöffentlichkeit von Pamphleten, Broschüren und Zeitungen (vgl. Termes 2011: 106–131, Ealham 2010: 45ff.). Diese kulturelle Kohäsion fällt bei den Indignados weg. Menschen mit verschiedenen Hintergründen – manche mit starker politischer Sozialisation, viele mit überhaupt keiner – treffen Mitte 2011 zusammen. »Einige von uns sind progressiv, andere konservativ. Einige sind gläubig, andere nicht [...]« – das Gründungsmanifest von *Democracia Real Ya* unterstreicht glasklar die Heterogenität der neuen Wir-Identität. Der Zusammenhalt der auf den Plätzen Versammelten reicht gerade so weit, dass sie Versamlungen als ihre verbindende Praxisform einrichten. Mit der Versamlung schreibt man Spaniens Tradition radikaldemokratischer Bewegungen fort, mit ihr findet man jedoch gleichzeitig – dieser pragmatische Gesichtspunkt dürfte im Mai 2011 ausschlaggebend gewesen sein

7 Teils geschieht dies explizit, etwa wenn ein Alt-68er euphorisch den Aufstand der »jungen Generation« begrüßt, eine Ägypterin die spanischen Proteste mit der ägyptischen Revolution vergleicht oder internationale und nationale Bewegungen sich mit den Indignados als ihresgleichen solidarisieren (siehe: Kap. III.3).

– überhaupt erst zum Funktionsprinzip, das aus einer heterogenen Menge ein geeintes Kollektiv schaffen kann.

Erst diese Heterogenität der Indignados und, damit einhergehend, die Breite der auf den Plätzen artikulierten Diskursstränge machen verständlich, warum die Versammlung zum verdichtenden Passagenpunkt der Proteste aufsteigt. Dafür ist es hilfreich, sich die räumliche Grundstruktur des Sich-Versammelns vor Augen zu halten. Menschen stehen oder sitzen im Kreis, jede und jeder ist stets nur zeitweilig eine Sprecherin oder ein Moderator, die Besetzung rotiert meistens von Sitzung zu Sitzung.⁸ Das Publikum ist seinerseits aktiv, jede kann sich jederzeit zu Wort melden und an der Debatte teilnehmen. Die Sitzungen werden protokolliert, womit sie an Transparenz gewinnen und auch für Abwesende rekonstruierbar werden. Die Asamblea ist ein Kreis *ohne festes Zentrum*, in dem jede und jeder das Zentrum sein könnte. Dieses schlichte räumliche Dispositiv führt mitten in die Frage hinein, wie die Praxis des Sich-Versammelns zum Pfeiler einer neuen Gegenhegemonie avanciert. Das, wonach sich im Jahr 2011 so viele sehnen, eine kollektive Machtausübung, scheint in und durch die Versammlung realisierbar zu werden.

Der Aufstieg der Asamblea zum demokratischen Ermächtigungsvehikel lässt sich nicht ohne die Krise verstehen, in der sich Spaniens Ordnung befindet. Die seit 2008 grassierende Wirtschaftskrise betrifft nicht (mehr) nur Milieus an den gesellschaftlichen Rändern, sondern die sozioökonomische Mitte. Das Ideal einer Mittelschichtsgesellschaft, das in den 1970er und 1980er Jahren vorherrschend wurde, gerät in eine Krise. Diese wird hervorgerufen durch eben jene Politiken der Liberalisierung und des industriellen Abbaus, die das moderne Spanien schufen, sowie durch die zunehmende Abhängigkeit von der Finanz- und Immobilienbranche und eines Dienstleistungssektors, der durch niedrige Löhne und Zeitarbeit geprägt ist (vgl. López/Rodríguez 2010: 21ff.). Das Kabinett des Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero reagiert auf Arbeitslosenraten von weit über 20 Prozent und die grassierende Prekarität der Beschäftigungsverhältnisse mit einem harschen Austeritätsprogramm – womit die Wirtschaftskrise erst zu der »großen Rezession« wird, als die sie seither in Spanien bekannt ist. Auf diese Weise breitet sich zu Beginn der 2010er Jahre eine Legitimitätskrise aus, welche die Vorherrschaft der Kultur der Transition in ihrer Gesamtheit in Frage stellt. Was im Rekurs auf Popitz als Basislegitimität, als »Ordnungswert der Ordnung« bezeichnet wurde (Kap. VI.4), erodiert. Wie lassen sich die einst so mächtigen Versprechen von Stabilität, generalisiertem Wohlstand und sozialem Aufstieg im krisengezeichneten Spanien aufrechterhalten? Das politische System hat darauf keine Antwort parat. Mehr noch, die politischen Repräsentanten – so gut wie aller Volksparteien – werden durch die sich häufenden Korruptionsskandale zusätzlich delegitimiert (Kap. V.1.b), was umso schwerer wiegt, als sich die Politik im postfranquistischen Spanien gerade durch ihre Tugendhaftigkeit definierte.

Auf diese Legitimitätskrise bieten die basisdemokratischen Asambleas auf den Plätzen eine simple, aber attraktive Antwort. In und durch die Tätigkeit des Sich-Versammelns können wir uns gemeinsam die soziale Ordnung wiederaneignen, so lautet das

8 In den Versammlungen gibt es zwar Asymmetrien, sie werden aber eingedämmt und verdeckt (Kap. IV.3.a).

Leitmotiv. Wenn das einfache kreisförmige Dispositiv der Versammlung eines auszeichnet, dann dass es potentiell alle einbindet, um, mit Hannah Arendt (2007: 252) gesprochen, im Durchgang durch die gemeinsame Praxis eine Macht auszuüben, welche die Versammelten als Souverän erscheinen lässt. Dieses Postulat ist ohne jeden Zweifel idealisierend, es trifft aber dennoch einen für das Verständnis der Empörtenproteste entscheidenden Punkt: Die Identität derer, die auf den Plätzen als Krisenverlierer, als verletzte und wütende Einzelsubjekte zusammentreffen, verschiebt sich in den Versammlungen. Die politische Subjektivierung vom Opfer zur ermächtigten Aktivistin, die sich bei der PAH in aller Deutlichkeit deutlich ablesen ließ, durchzieht faktisch die Asambleas in ihrer Gänze. Man könnte davon sprechen, dass die Versammlungspraxis darauf abzielt, eine politische Agency von unten *zurückzuerobern*, die erst in der Kultur der Transition passiviert wurde und dann mit der akuten Wirtschaftskrise von 2008 und der Folgejahre – zunächst – ganz verstummte.

In diesem Sinne birgt das Verständnis von Versammlungen als verdichtende Passagenpunkte eine doppelte Bedeutung. Zunächst betont der Begriff des Passagenpunktes *nach innen*, dass in den Asambleas subjektivierende Prozesse ablaufen, die meistens dem triadischen Muster von Ablösung der alten Subjektivität – Schwebephase – Aneignung der neuen Subjektivität folgen, wie es sich im Anschluss an Turner ethnographisch herausarbeiten lässt (Kap. IV.5). Die Versammlungen entpuppen sich als Orte demokratischer Sozialisations- und Lernprozesse, wie sie nicht nur im modernen Spanien rar bleiben. Es ist kein Zufall, dass die Asambleas, die sich nach 2011 auf Quartiersebene in Barcelona konsolidieren, eine alte Einrichtung der Arbeiterbewegung wiederbeleben: die *Ateneus populars*. Mit dem *Ateneu L'Engranatge* und dem *Ateneu Popular Sant Martí* richten die in Kapitel IV untersuchten Versammlungen von La Marina und Sant Martí feste Lokale ein. In diesen physischen Räumen halten sie ihre Versammlungen ab, in diesen Lokalen können aber auch nahestehende Bewegungen, Vereine oder linke Parteien tagen, werden Filme gezeigt, Vorträge oder Volksküchen organisiert, kleine Ausleihbibliotheken eingerichtet, wird sogar, im Fall von La Marina, günstiger Nachhilfeunterricht für Schüler angeboten. Diese Empörtenversammlungen versuchen dadurch genau das, was in Spanien seit der Transition verschiedenste soziale Bewegungen – vom linksradikalen Separatismus in Katalonien und dem Baskenland über bis hin zur Hausbesetzerbewegung – anstreben: die Wiederbelebung einer stabilen gegenhegemonialen Kultur, in der Existenzweisen sedimentieren. Wo die Asambleas zeitlich und räumlich stabil werden, da subjektivieren sie die Beteiligten mit Artikulationspraktiken, die mehr als nur politisch sind, so lässt es sich pointieren.

Dies führt zur *nach außen* gerichteten Seite des Passagenpunktes. Die Versammlungen sind, im kleinen wie im großen Maßstab, die materialisierten und symbolisierbaren Knotenpunkte des Empörungsdiskurses. Ihre strukturierende Funktion hat zunächst den schlichten logistischen Grund, dass die Versammlungen als Koordinationsorgan der Indignados fungieren. Ihr Widerstand gegen jedwede Formen der institutionalisierten Repräsentation führt dazu, dass die Leitung nicht – nicht einmal temporär – Einzelpersonen zufällt, sondern dem Kollektiv. In Versammlungen wird nicht nur deliberiert, es werden auch bindende Entscheidungen getroffen, ob über die Verabschiedung eines Forderungskataloges, das Abbruchdatum des Zeltlagers, die Durchführung bestimmter Aktionen oder zur Frage, ob und wie mit gewissen Vereinen oder politischen Parteien

zu kooperieren sei. Diese formal gesehen horizontale Entscheidungspraxis muss ständig wiederholt und neu austariert werden, immer aufs Neue sind interne Konflikte auszutragen und Konsense neu herzustellen. Und gerade in dieser mühseligen Versammlungspraxis liegt ihr *präfiguratives* Moment. Die Versammlung spielt, mit Viviana Asara (2018: 5) gesagt, für die Indignados die Funktion einer Synekdoche, »[for] it contains the element it is representing. [...] Prefiguration involves an action which is itself a model for the change one wishes to bring about.« Anders gewendet: Die Versammlung ist deshalb ein Passagenpunkt für die Gegenhegemonie der Empörung, weil sie nicht nur deren Organisationsmittel ist, sondern sich in ihr ein utopischer Gesellschaftsentwurf verwirklicht.

Dass sich in den Versammlungen der Anspruch auf Demokratisierung präfigurativ verdichtet, hängt maßgeblich damit zusammen, dass sie sich nicht in der antagonistischen Grenzziehung gegenüber den »Eliten« erschöpfen, sondern in ihnen *Solidaritätsverhältnisse* praktiziert werden. Die Praxis des Teilens von Verletzungserfahrungen gemeinsam mit ihrer politischen Artikulation (etwa das Einfordern einer verbesserten Infrastruktur für das Quartier), das oftmals mühselige Erlernen einer basisdemokratischen Deliberationspraxis und, auf einer ganz basalen Ebene, die kooperative Organisation der Aufgaben, die rund um die Asamblea anfallen, lassen einen sozialen Raum entstehen, der sich grundsätzlich von der hegemonialen Ordnung unterscheidet. Explizit wird in den Versammlungen mit den Paradigmen des Individualisierung, des vornehmlich ökonomischen Liberalismus und der politisch entmachteten Zivilgesellschaft gebrochen, welche die Kultur der Transition auf Dauer stellte. Das solidarische Moment in den Asambleas ist deshalb so stark, weil dort, mit Eriksen (vgl. 1995: 427) gesagt, Interdependenz und Kohäsion nicht nur gefordert, sondern als eine soziale Realität *erfahrbar* werden. Diese gelebte Solidarität ist in keiner Weise rein. Sie wird durch Machtverhältnisse durchzogen, ist geradezu auf eine Asymmetrie zwischen Publikum und Protagonisten angewiesen. Doch die normierende Macht der Asambleas gerinnt nicht zur Herrschaft. Jede und jeder kann politische Subjektivierungsprozesse durchlaufen, um sich an deren Ende als wertvoller Teil eines gemeinsam ermächtigten Kollektivs wiederzufinden. Die stetig ablaufenden Fokussierungspraktiken machen für alle erfahrbar, dass jede Teilnahme an einer Debatte oder Aktion zur performativen Ausbildung einer demokratischen Handlungsmacht führen kann.

Diese Untersuchung will *nicht* auf demokratiethoretischem Terrain erkunden, inwiefern das Modell einer Räte Demokratie, wie es ein großer Diskursstrang der Empörtenproteste hochhält, normativ wünschenswert ist (dazu Lorey 2020, Rodríguez 2018). Vielmehr wurde empirisch rekonstruiert, dass die »Versammlung« zur Chiffre für eine Demokratisierung der spanischen Gesellschaft avanciert. Wenn der Podemos-Strategie Errejón (2015a: 28) meint, dass die neugeschaffene »Institutionalität« der basisdemokratischen Versammlungen *nicht* für den politischen Wandel Spaniens entscheidend sei, so ist dies eine gravierende Fehleinschätzung, und zwar nicht nur analytisch, sondern vor allem politisch. Wie schon rekapituliert, misslingt die Artikulation von Podemos zur neuen linken Volkspartei nicht zuletzt deshalb, weil sie intern zerrieben wird von der Spannung zwischen den basisdemokratischen Organisationsformen, die ihre Basis favorisiert, und der oligarchischen Tendenz, die ihre Führung forciert. Am Ende des Untersuchungszeitraumes, im Frühjahr 2016, steht Podemos zwar noch immer demosko-

pisch als wichtige Partei dar. Doch schon ab Mitte 2015 und verstärkt 2016 geschieht das, was Kritikerinnen als operative wie personelle »Entleerung« der círculos bedauern (Valla Política 2016, vgl. auch: el Diario Vasco 2015, el Confidencial 2015).

Diese Spannungen sind mehr als ein parteiinternes Problem, sie verweisen auf einen strukturellen Widerspruch, der die Gegenhegemonie der Empörung in ihrer Gänze durchzieht. Selbst wenn die ehemaligen Führungskräfte Iglesias und Errejón rückblickend bedauern, ihren Kurs eines beschleunigten Parteaufbaus ohne gebührende Rücksicht auf die interne Demokratie vorangetrieben zu haben,⁹ so ist doch festzuhalten: Der (zu) ambitionierte Anspruch des frühen Podemos war weder zufällig noch willkürlich, sondern damals durchaus in sich stringent. Die Strategie, eine neue Partei zu gründen, die sich in einem beschleunigten Wahlzyklus zur mehrheitsfähigen Alternative aufschwingt, quasi im Zeitraffer zu einer neuen Volkspartei wird, präsentierte vor allem in den Jahren 2014 und 2015 eine Antwort auf eine akute Herausforderung, welche die Empörtenproteste offen gelassen hatten. Es war die Frage der Macht.

Eine Gegenkultur auf dem Weg zur Macht? Fast schon wie bei Arendts Begriff des Handelns (vgl. 2007: 261) droht in vielen der Empörtenversammlungen die Deliberationspraxis ein »Selbstzweck« zu bleiben, die »kein Endresultat außerhalb ihrer selbst [hinterlässt]«. In den Asambleas symbolisiert und materialisiert sich eine demokratischere Gesellschaft. Doch was Hunderttausende auf die Straße und in die Versammlungen treibt, ist eben auch das Versprechen auf eine demokratische Wiederaneignung der sozialen Ordnung als Ganzes. Erst das ekstatische Ereignis der Platzbesetzungen von 2011 und dann die bis 2013 dauernde Mobilisierungswelle, an der sich mehr als vier Millionen Menschen beteiligen, schüren die Hoffnung auf Veränderungen im politischen System und bei den politischen Entscheidungen (vgl. Portos 2019). Doch die Responsivität der institutionellen Politik bleibt aus. »Wenn die Indignados einen bestimmten Gesellschaftsentwurf vorbringen möchten, sollten sie am Spiel der Repräsentation teilnehmen«, meint im Mai 2013 María Dolores de Cospedal, Generalsekretärin der seit Ende 2011 regierenden konservativen Volkspartei PP.

Solche halbironischen Bemerkungen verweisen auf einen Grundwiderspruch. Die demokratische Souveränität, wie sie 2011 und in den Folgejahren inszeniert wird, bleibt unvollständig, wenn sie nicht begleitet wird von einer Veränderung der politisch repräsentierten Volkssouveränität. Und diese bleibt unbeweglich. Der doppelte Auslöser, der die Proteste provoziert, die Wirtschaftskrise und deren politische Verwaltung im Zeichen der Austerität, spitzt sich in den Jahren nach 2011 weiter zu. Die PP-Regierung unter Mariano Rajoy führt mit ihrer Äquivalenzkette Modernisierung = Austerität = Europäisierung zu einer brachialen Volte der Kultur der Transition, die die Leidenserfahrungen vieler Spanierinnen übergeht (Kap. V.1.b). Diese geronnene Hegemonie im politischen System versuchen Podemos und die parallel zu dieser Partei entstehenden linksal-

9 So bedauert Errejón im Frühjahr 2021 im Rückblick explizit, Podemos nicht auf langsamere, dialogorientierte und weniger hochmütige Art geführt zu haben (vgl. RTVE 2021). Auch Iglesias reflektiert immer wieder selbstkritisch die internen Zerwürfnisse, die bei Podemos jene allzu machtorientierte Politik ergeben hat, die auch er als Parteivorsitzender maßgeblich angetrieben hatte (vgl. Público 2019).

ternativen Wählerplattformen (*Barcelona en Comú*, *Ahora Madrid*, *Marea Atlántica* etc.) aufzubrechen, indem sie sich als Signifikanten der Empörung, mehr noch, als Signifikanten eines neuen Volkes anbieten. So disruptiv und populistisch diese Geste wirkt, sie bleibt im Grunde eine Wiederholung dessen, was in den Jahren zuvor auf Straßen, Plätzen und Versammlungen hochgehalten wurde – jetzt allerdings *im* politischen System.

Die Wiederholung verfährt. Ein Teil der 2014 und 2015 noch bestehenden Empörtenversammlungen steht dem neuen parteipolitischen Linkspopulismus zwar grundsätzlich skeptisch gegenüber. In dieser Studie ist die *Assemblea Sant Martí* sinnbildlich für eine institutionenfeindliche Haltung, die jede Partei und Regierung, teils linke noch stärker als rechte, ablehnt. Diese anarchistisch oder, bei dieser *Assemblea*, marxistisch übercodierte »Staatsphobie« (Marchart 2020: 169f.) ist für viele der Vorgängerbewegungen der *Indignados* typisch. Für diese selbst trifft das überwiegend aber nicht zu. Die Empörtengruppen pflegen eher eine *kritische Kooperation* und Begleitung der neuen Parteien und linken Kommunalregierungen, wie sie bei der PAH Barcelona oder der *Assemblea La Marina* aufschien. Die Differenzen zwischen dem politischen System und der Zivilgesellschaft werden betont, doch sie bleiben *poröse Grenzen*. Denn die neuen Parteien geben sich versammlungsförmige Strukturen, rekrutieren sich oftmals personell aus ehemaligen Aktivistinnen, exemplarisch Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau, und reartikulieren mit ihrer Austeritätskritik, ihren Umverteilungsplänen und Partizipationsprogrammen sensibel den Empörungsdiskurs. »Von der Straße in die Institutionen«, dieses Motiv wird in Spanien ab 2014 zur politischen Realität (Ara 2015). Das erinnert an die »bewegungsinduzierte« Gründung der Partei »Die Grünen« in der BRD ab den späten 1970er Jahren (Hutter et al. 2019: 171), allerdings unter beschleunigten Bedingungen und mit weit größerer Reichweite.

In der Tat lässt sich die politische Konstellation, die 2014 und 2015 in Spanien entsteht, als eine *gegenhegemoniale Zangenbewegung* verstehen. Der *kulturelle Wandel*, den die *Indignados* im Mai 2011 in Gang setzten, schreibt sich fort als ein *institutioneller Wandel*, der die Repräsentationsverhältnisse und teils auch Entscheidungen des politischen Systems verschiebt. Wie die hohen Unterstützungsraten und die überraschend guten Wahlergebnisse bestätigen, werden die neuen Parteien als Teil eines umfassenderen Wandlungsprozesses gelesen, sie vervollständigen nachholend die doppelte Bewegung von Infragestellung und Neugründung der Ordnung, wie sie die *Indignados* forcierten. Dass Podemos explizit von einem neuen Gründungsprozess (*proceso constituyente*) für Spanien spricht und die geltende Verfassung als »Regime von 78« disqualifiziert, aktualisiert und formalisiert den Empörungsdiskurs. Letzterer wird durch seine Verkörperung in den medialen Führungsfiguren Iglesias, Errejón und Co. zum einen auf Dauer gestellt und er erhält zum anderen – bei zeitweiligen Umfragewerten um 30 Prozent – ein systemisches Veränderungspotential, das er 2011 noch entbehrte.

Die Gegensätze von Horizontalität/Vertikalität, Bewegung/Partei und Autonomie/Hegemonie, mit der die Forschung gemeinhin die Unterschiede zwischen den basisdemokratischen Praktiken der *Indignados* und der zur Hierarchie tendierenden Partei Podemos markiert, dürfen nicht unterschätzt, sie dürfen aber auch nicht überschätzt werden. Denn in seiner Hochzeit (Mitte 2014 bis Ende 2015) artikuliert sich bei Podemos die für den gesamten Mobilisierungszyklus zentrale Ambition von Mehrheitsanspruch, ja von Mehrheitsfähigkeit. Für einen kurzen historischen Augenblick scheint die Par-

tei *das Instrument*, das eine grundsätzliche Veränderung Spaniens verwirklichen könnte, das mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie instituieren könnte. Podemos reaktiviert das im Entstehen begriffene »Volk«, das auf den Straßen protestierte und sich auf den Plätzen versammelte und aktualisiert dessen Ambition auf Souveränität. Dieser Populismus ist deshalb demokratisch, weil, mit Kolja Möller (2017: 262) gesprochen, das durch Podemos artikulierte Volk all jene vereinigt, »die unter dem Machtblock leiden, aber nicht auf dem Versammlungsplatz erscheinen können«.

Wie immer wieder betont, erweitere ich die Hegemonietheorie, indem ich in sie eine soziologische Perspektive einführe. Für den Fall Spanien folgt daraus: Die performative Wirkmächtigkeit des parteizentrierten Linkspopulismus ist zu relativieren und seine *Einbettung* in die Gegenhegemonie der Empörung zu betonen. In meiner Leseart erklärt sich der Aufstieg von Podemos maßgeblich dadurch, dass die Partei getragen wird von einer rapide sedimentierenden Kultur, die in den Jahren 2011 bis 2016 (noch) deutlich *expansiv* ist. Podemos treibt diese Topographie zeitweilig an, die Partei schreibt sich aber auch in sie ein, um von ihr getragen zu werden. Diese gegenhegemoniale Landschaft hat eine wichtige *räumliche* Schlagseite. Das Netzwerk von Empörtenversammlungen sowie der mit ihnen verwandten Plattformen, Gruppen und Vereinen mag mit Blick auf die Ethnographie in Barcelona prekär scheinen, es führt aber in seiner Melange mit bestehenden Bewegungen gerade in größeren Städten zu dem, was Viviana Asara und Giorgos Kallis (2018) mit Blick auf Barcelona als »präfigurative Territorien« bezeichnen. Plattformen wie die Mieterinnengewerkschaft oder die der Hypothekbetroffenen, *Ateneus popolars*, Initiativen des *Urban Gardening*, alternative Wohnprojekte oder Genossenschaften konstituieren die Gegenhegemonie der Empörung als eine experimentelle Vergemeinschaftungsform. In ihr werden Praktiken des Commoning, der nicht (nur) profitorientierten, sondern vornehmlich solidarischen Produktion, Tausch und Aneignung von Wirtschaftsgütern auf Dauer gestellt. Die Hervorbringung eines gegenhegemonialen Raumes, der sich in gewissen Quartieren wie ein dichtes Netzwerk ausbreitet, ist in den Jahren nach 2011 besonders in Barcelona und Madrid deutlich ausgeprägter und dynamischer als zuvor.¹⁰

Die Kultur der Empörung besitzt neben der räumlichen eine *mediale* Topographie. Obschon dies nicht zu den Schwerpunkten der hiesigen Studien gehört, konstituiert sich das Diskursgefüge der Empörung als eine Infrastruktur, welche die Versammlungen vor Ort ergänzt durch Social-Media-Kanäle, Websites und Open-Source-Plattformen.¹¹ Die Verbindungen dieser medialen Infrastruktur zur holistischen Hegemonieanalyse dieser Arbeit müssten in zukünftigen Forschungen genauso präzisiert werden wie die Frage, wie sich die Subjektivierungsprozesse hin zur »ermächtigten Bürgerin« sowohl in einer verkörperten Praxis als auch in einer veränderten, da aktivierenden Mediennutzung

10 So wachsen die in Barcelona ansässigen Genossenschaften exponentiell an. Sie generieren im Jahr 2017 sieben Prozent des Bruttosozialproduktes und acht Prozent der Beschäftigten (vgl. Ajuntament Barcelona 2018).

11 Die an der Universitat Oberta de Catalunya (UOC) ansässige Forschungsgruppe *tecnopolítica.net* hat ihren Schwerpunkt auf die Erforschung der medialen Netzwerke der Indignados gelegt. Siehe zu ihren Studien die gleichnamige Website, besonders Arnau Monterde (2015) und Antonio Calleja-López (2017). Das Wiki-Tool *15mmedia.org* bietet eine interessante und bis heute (Stand: Juli 2021) aktualisierte Open-Source-Enzyklopädie der Indignados.

niederschlägt. Diese Verflechtung geschieht bei den Indignados oder bei Plattformen wie der PAH, wo das alltägliche Verhindern von Zwangsräumungen ohne die Nutzung von Telegram oder Facebook undenkbar wäre, sie geschieht aber auch beim angeblich von den traditionellen Massenmedien abhängigen Podemos-Projekt. Die Parteigründer Iglesias, Errejón oder Monedero machen sich ab 2010 durch die in Selbstregie geführten TV-Talkshows *La Tuerka* und *Fort Apache* performativ zu den Experten in politischer Kommunikation, als die sie später auftreten.

Parallel dazu entsteht nach 2011 ein »neues mediales Ökosystem« mit »progressiven Zügen«, das mit der etablierten Medienlandschaft konkurriert (Rius 2018: 211ff.). Im Untersuchungszeitraum werden renommierte Nachrichtendienste wie *eldiario.es*, *ctxt.es*, *El Salto* oder *elcritic.cat* gegründet, das Blatt *Público* als Onlinemedium relanciert oder das Blatt *La Marea* gegründet.¹² Sie alle sind um einen explizit kritischen Journalismus bemüht. »Ohne Information gibt es keine Freiheit. Ohne kritischen Sinn gibt es keine Demokratie. Es schlägt die Zeit eines neuen Journalismus«, so lautet etwa 2014 der Gründungslogan von *elcritic.cat*. Hiermit knüpft das junge Journalistenteam unverhohlen an den Aufbruchgeist der Empörtenproteste an. Tatsächlich unterscheidet sich die Berichterstattung der neuen Medien wesentlich von denen der etablierten. Die Sensibilität gegenüber der sozialen Frage ist dort weit ausgeprägter, auch die (oft offen sympathische) Berichterstattung über die neuen Linksparteien fällt viel stärker aus (vgl. Labio/Pineda 2016). Diese neuen Nachrichtenportale *verdichten* den Empörungsdiskurs. In der beschleunigten Abfolge von Berichterstattung, Kolumnen und Interviews wird eine zuvor nur lose gekoppelte Sinnordnung zu einem kohärenten und stabilen Diskurs.

Diese kursorischen Bemerkungen zur räumlichen Verstetigung und zur medialen Infrastruktur unterstreichen, dass die Gegenhegemonie, die 2011 entsteht, sedimentiert. Am Ende des Untersuchungszeitraumes ist eine neue Kultur geboren. Hunderttausende Spanierinnen bewegen sich in dem, was sich präziser als *Gegenkultur der Empörung* bezeichnen ließe. Diese Gegenkultur geht einerseits auf kritische Distanz zur Kultur der Transition samt deren Symbole, Praktiken und Institutionen, während sie andererseits präfigurativ eine alternative Ordnung instituiert. Der populäre Bruch lässt sich daher als ein ereignishafter, doch nicht ereignisbeschränkter Prozess definieren. Unbestreitbar markieren die Platzbesetzungen im Frühjahr 2011 den mächtigen Startschuss einer neuen Gegenhegemonie. Doch diese gewinnt ihre Stärke erst dadurch, dass sie die Institution der Versammlung reaktiviert. Die Asambleas weisen auf die Tradition der Demokratisierungsbewegungen in Spanien zurück, führen aber gleichzeitig über ihre historischen Vorbilder hinaus. Das Fehlen einer vereinheitlichenden Kultur – wie sie paradigmatisch bei der Arbeiterbewegung bestand –, zwingt die Gegenhegemonie der Empörung dazu, die Versammlung zu ihrem *strukturellen* Merkmal zu machen. Die Indignados machen die Asamblea zu ihrer Kultur. Das Sich-Versammeln ist Praxis, welche die Protestierenden trotz ihrer Heterogenität in einem gemeinsamen Raum als Gleiche verbindet. Zudem zeigt die Versammlung normativ auf, wie die Kultur der Transition im Hier und Jetzt durch eine radikaldemokratische Existenzweise überwunden werden könnte.

12 Mittlerweile (2021) gehören *eldiario.es* und *Público* zu den fünf größten spanischen Nachrichtenportalen.

Warum diese Gegenkultur der Empörung minoritär bleibt, warum der »Bewegungskrieg« (Gramsci), den Podemos und die linken Wählerplattformen in den politischen Institutionen und die Empörtenversammlungen in der Zivilgesellschaft führen, letztlich scheitert, darauf geht gleich das zweite Teil dieses Resümées ein. Hier ist nur zu betonen: Die Tatsache, dass Podemos und Co. so schnell so weit kommen, ist bereits ein mächtiges Symptom dafür, in welchem Ausmaß sich Spanien im hier analysierten Zeitraum von kaum fünf Jahren verändert.

Der parteipolitische Linkspopulismus reartikuliert den Empörungsdiskurs, er stützt sich auf untergründige, oft nur schwach antagonistisch aufgeladenen Verschiebungen, die Spaniens Gesellschaft seit 2011 kennzeichnen. Der »molekulare, äußerst feine Prozess«, der einen »Kollektivwillen mit einem gewissen Grad an Homogenität« hervorbringt, sah Gramsci noch als ein langwieriges, über Jahrzehnte sich erstreckendes Geschehen. Das Beispiel Spanien zeigt, dass die Entstehung einer Gegenhegemonie weit beschleunigter ausfallen kann. Ab 2011 vollzieht sich ein politisches Ereignis historischen Ausmaßes. In wenigen Jahren hat sich eine der fünf großen Volkswirtschaften der EU grundsätzlich gewandelt. Die politische Kultur, das politische System und die Zivilgesellschaft weisen 2016 eine andere Struktur auf als ein halbes Jahrzehnt zuvor. Dass später Podemos und Co. wieder schrumpfen und sich teils sogar auflösen, macht gleichwohl darauf aufmerksam, dass die tradierte Vorherrschaft der Kultur der Transition weniger prekär ist, als der hier analysierte Mobilisierungszyklus streckenweise glauben gemacht hat. Sozialer Wandel braucht selbst im 21. Jahrhundert vor allem eines: Zeit. Beschleunigte Veränderungen werden flankiert von langsameren kulturellen Verschiebungen, Subjektivierungsprozessen und neuen Institutionen. Weder stand Spanien im Jahr 2011 vor der Revolution noch steht das Land eine Dekade später vor einer absoluten Restauration der alten Ordnung. Die Gegenhegemonie der Empörung hat ihren expansiven Charakter verloren, sie besteht aber fort. Tausende Versammlungen, Praktiken des Commoning und der alternativen Mediennutzung halten den Entwurf einer demokratischen, egalitären und solidarischen Gesellschaft als gelebte Kultur aufrecht. Das Veränderungspotential dieser Kultur hat sich 2016 und in den Folgejahren nicht erschöpft, es entfaltet sich weiter.

2 Die Reaktivierung der Kultur der Transition

Die über Jahrzehnte sedimentierte Ordnung, die Kultur der Transition, gegen die sich die Proteste wenden, löst sich nicht plötzlich auf, sie erfährt aber beschleunigte Verschiebungen. Der Nachvollzug dieser Verschiebungen *dezentriert* eine idealisierende Binnensicht der Indignados und gestattet eine kursorische Gesamteinschätzung davon, wie sich die spanische Gesellschaft im Jahrzehnt nach 2011 verändert. Ein knapper Blick »von außen« soll anreißen, wie Spanien in den Jahren nach den Platzbesetzungen des Frühlings 2011 ein anderes Land wird. Wie geht der soziale Wandel in die tradierte Ordnung ein? Wie wird er von ihr konfrontiert – und wie vermengt er sich mit ihr? Im Folgenden möchte ich kursorisch über die drei Bewegungen der staatlichen Gewalt (Kap. VII.2.a), der rechtspopulistischen Neutralisierung (Kap. VII.2.b) und der progressiven Integration (Kap. VII.2.c) eine grobe Intuition dafür schaffen, wie sich ab 2011 die Kul-

tur der Transition *politisch reaktiviert*. Dies soll eine Sensibilität dafür schaffen, wie die Asymmetrie zwischen der tradierten Ordnung und der neuen Gegenhegemonie gewahrt bleibt. Es soll aber auch skizzieren, wie es im Jahrzehnt nach dem Ausbruch der Empörtenproteste zu neuartigen Hybridisierungen zwischen der neuen Gegenhegemonie und der alten Hegemonie kommt. Dazu ist anzumerken, dass sich die folgende Analyse gezwungenermaßen auf der Ebene einer politischen Diskursanalyse im engeren Sinne bewegt. Ich blende dabei die Tatsache aus, dass die Kultur der Transition nicht nur eine symbolische Ordnung ist, sondern dass auch sie als eine angeeignete Kultur gelebt wird. Die Resilienz der tradierten Ordnung erklärt sich nicht nur in der Wirksamkeit ihrer symbolischen Knotenpunkte – die sich nach 2011 rekonfigurieren. Die Kultur der Transition *ist* eine Kultur, sie wird ihrerseits durch Existenzweisen und Passagenpunkte getragen, deren Veränderung, oder Beharrungsvermögen, einer eigenen Studie bedürften.

2.1 Erste Bewegung: Verdrängung durch staatliche Gewalt

Erst die Indignados und später die neuen linken Parteien werden – zumindest anfangs – vom politischen Establishment gar nicht erst als legitimer Gegner anerkannt. Diese politische Dezinstitutionalisierung hat viele Seiten, ihre prononcierteste und in dieser Arbeit immer wieder behandelte jedoch besteht in der *Konstruktion eines Ordnungsproblems*. Denkt man an die Platzbesetzungen vom Frühjahr 2011, so fällt auf, dass die etablierten Akteure in Politik wie Medien die Besetzungen nicht recht einzuordnen und zu benennen wissen. Die Bezeichnung der Proteste als »Indignados« ist schon in sich selbst der Ausdruck des Unvermögens, die auf den Straßen und Plätzen sich vollziehenden Praktiken als politische Artikulationen zu lesen. Zwar zeigen sich einzelne Akteure responsiv gegenüber den Protesten, die politischen Entscheidungsträger auf kommunaler und regionaler Ebene sehen jedoch in den Indignados vor allem eine Gefahr für die Demokratie. Die Proteste der Indignados werden als ein Akt des stummen, wenn nicht antipolitischen Aufruhrs gedeutet, der potentiell gewaltsam die Unzufriedenheit gegenüber den geltenden Verhältnissen ausdrückt – und insofern als illegitim abzutun ist.¹³ Besonders ausgeprägt fällt dies im Fall von Barcelona aus. Der Einsatz der Bereitschaftspolizei am 27. Mai 2011, um das Empörtencamp zu räumen, weil dort (angeblich) ein Hygieneproblem besteht, konfrontiert die Campierenden erstmals mit der Staatsgewalt. War der Antagonismus gegenüber den politisch-ökonomischen Eliten und der angeblich durch sie induzierten sozioökonomischen Malaise in den ersten Wochen des Protestes noch eine symbolische Losung, so geschieht mit solchen Polizeieinsätzen eine jähe *Materialisierung* des Gegensatzes zwischen der alten Ordnung und ihrem Gegenentwurf (siehe: Kap. III.3.c).

Diese auf den Staat zugespitzte Konfrontation ist in ihren Auswirkungen nicht zu unterschätzen. Den Indignados wird vor Augen geführt, dass sich die von ihnen postulierte Spaltung der Gesellschaft in einer Konfrontation mit der Staatsgewalt zuspitzt,

13 Akte des öffentlichen Aufruhrs als gewaltsame *riots* zu disqualifizieren, gegenüber denen nur staatliche Repression hilft, hat eine lange Tradition. Mit Ferdinand Sutterlüty (2013: 9–19) würde ich dem entgegenhalten, dass dies eine »defizitäre Deutung« bleibt, die den politischen, ja normativen Anspruch derartiger Proteste verkennt.

welche die kollektiven Ermächtigungspraktiken auf dem Platz und in den Asambleas in ihre Schranken weist. Die, in den Worten von Popitz (1986: 61ff.), »bindende Aktionsmacht«, welche die staatlichen Entscheidungsträger ausüben, um die Proteste einzudämmen oder aufzulösen, erweist sich für die politischen Repräsentanten ebenfalls als ein Akt der Ermächtigung. Er führt allseits vor, dass sich im Staatsapparat und in dessen Kontrolle eine – wenn nicht die – zentrale Form der Souveränität kristallisiert. So stark streckenweise die Unterstützungsraten für die Indignados sind, die Kräfte, die kommunal, regional und spanienweit regieren, üben nicht nur eine Repräsentationsfunktion aus, sie verfügen auch über das staatliche Gewaltmonopol, um ihre Positionen angesichts von Gegenwehr durchzusetzen. Über Gewalt lässt sich zwar (in Demokratien) nicht willkürlich verfügen, in Spanien wird sie aber gegen die Indignados durchaus *strategisch* eingesetzt. Wenn der katalanische Ministerpräsident Artur Mas im Juni 2011 die Proteste vor dem *Parlament de Catalunya* als »Kale borroka« (baskisch für Straßenkampf) bezeichnet und damit die Indignados mit der gewaltsamen Stadtguerilla des Baskenlandes in den 1980er und 1990er Jahren vergleicht, dann ist dem Protest nicht nur seine politische Legitimität genommen, sondern auch die »exemplarische Strafe« legitimiert, die Präsident Mas gegen all jene einfordert, »die einen unverblühten Anschlag auf unsere Demokratie und unser Parlament unternommen haben« (Mas in Público 2011).¹⁴

Zum expliziten Einschreiten gegen die Empörtenproteste kommt es im Untersuchungszeitraum immer wieder. Verbunden mit der strategischen Einsetzung des staatlichen Gewaltapparates ist dessen alltägliche Mobilisierung. Wichtiger als die Eindämmung punktueller Protestereignisse ist die Härte, mit welcher der spanische Staat gegen die großen Bevölkerungsteile vorgeht, die von der ökonomischen Krise betroffen sind. Gestützt auf einen restriktiven juristischen Rahmen¹⁵ werden – wie sich im ethnographischen Part zeigte – Praktiken der Zwangsräumung zum Alltagsphänomen. Das jahrzehntelange von der Kultur der Transition instituierte Axiom der Individualisierung zeigt sich hier von seiner Schattenseite. Ähnlich wie dies bereits in den 1980er und 1990er Jahren mit dem von industriellem Abbau und arbeitsmarktlischer Flexibilisierung betroffenen Proletariat geschah (Kap. II.2.c), werden die Verletzungserfahrungen eines großen Bevölkerungsteils invisibilisiert und zur tabuisierten Begleiterscheinung einer Gesellschaft gemacht, die ihre ökonomische Flexibilität durch soziale Individualisierung einlöst. Das Leiden, das ab 2008 Spaniens »große Rezession« auslöst, wird im Untersuchungszeitraum seitens der konservativen Regierungspartei PP übergangen, als ein notwendiges Übel betrachtet, das der neoliberale Austeritätskurs mit sich bringt. Der Topos, dass ökonomische Liberalisierung zu Wachstum und Fortschritt führt, wird unbeugsam reaktiviert (Kap. II.2.b).

Was bei dieser Fixierung auf das (erhoffte) Wachstum ausbleibt, ist ein offener Umgang mit der Gesellschaftskrise in der Jetztzeit. Die Zwangsräumungen sind nur das

14 Tatsächlich wurden im Zusammenhang mit den Protesten im Jahr 2011 20 katalanische Indignados zu einer je dreijährigen Haftstrafe verurteilt.

15 Das polizeiliche Einschreiten gegen die Bewegung wird 2015 durch die umstrittene Reform des Strafgesetzbuches seitens der amtierenden Konservativen noch verschärft. Die als *ley mordaza* (Knebelgesetz) bekannte Reform gibt der Polizei einen großen Ermessensspielraum, um gewisse Praktiken als Delikte zu identifizieren und mit (sehr) hohen Geld- und Haftstrafen zu ahnden.

sichtbarste einer Reihe von Phänomenen, die offenlegen, dass Armut, Prekarität und sozialer Abstieg die spanische Bevölkerung querschnittartig betreffen.¹⁶ Angesichts dieser Krisenlage wird der seit jeher schwache spanische Wohlfahrtsstaat nicht gestärkt, sondern im Zeichen des Sparkurses weiter beschnitten. Wie P. Kenna et al. (2016: 74, 106) hervorheben, werden in Spanien die Zwangsgeräumten nicht in Sozialwohnungen, sondern bei ihren Familien untergebracht. Wo dieses soziale Netz fehlt, etwa bei den stark betroffenen Migrantinnen, droht Obdachlosigkeit. Dem wirkt der Staat nicht als Sozialstaat entgegen. Vielmehr tritt er als vermeintlich neutrale Instanz auf, die im scheinbar rein privatrechtlichen Verhältnis von Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern respektive von Mieterinnen und Vermieterinnen interveniert, um den säumigen Schuldnern im Zweifel mit Gewalt ihre Immobilie zu nehmen. Die asymmetrischen sozioökonomischen Verhältnisse, welche die Krise mit sich bringt, werden staatlicherseits nicht gelindert, sondern gepanzert. Zugespitzt gesprochen: Die Staatsgewalt steht auf der Seite der Krisengewinner, während sie die doppelt drangsalierten Krisenverliererinnen mit dem Versprechen auf einen Fortschritt *à venir* beschwichtigt.

Die Gewalt ist die Ultima Ratio der herrschenden Ordnung gegenüber einer Krise, die besteht, obwohl sie im diskursiven Horizont der Kultur der Transition nicht bestehen dürfte. Zwar setzt sich die Staatsgewalt gegenüber den Praktiken des Protests und Ungehorsams fast immer durch. Doch dieser strategische Vorteil erweist sich zugleich als strategischer Nachteil. Jede Räumung eines Platzes oder einer Wohnung, gegen die Widerstand geleistet wird, jede gewaltsame Auflösung einer Demonstration oder symbolische Disqualifizierung von politischen Praktiken zu bloß kriminellen Randalen birgt die Gefahr, dass sich der Antagonismus zwischen sedimentierter Hegemonie und entstehender Gegenhegemonie weiter zuspitzt. So wird postwendend die Spaltung der Gesellschaft zwischen denen von oben, die den Ist-Zustand erhalten wollen, und denen von unten, die einen Wandel hin zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit einfordern, von einer symbolischen Parole zur empirisch erhärteten Realität. Und auf wessen Seite steht man lieber, wenn man miterlebt, dass plötzlich die unscheinbare Nachbarsfamilie zwangsgeräumt wird? Auf der Seite des Immobilienkonzerns und des Staates oder auf der Seite der Aktivistinnen, die diese Räumung mit dem omnipräsenten Slogan *Sí se puede!* zu verhindern suchen? Nach 2011 ist die Sache klar. Fast 90 Prozent der Spanierinnen begrüßen 2013 das Engagement der PAH, sprechen sich für ein zumindest zeitweiliges Moratorium von Zwangsräumungen aus und plädieren für grundlegende Reformen des Immobilienmarktes (vgl. El País 2013b). Solche Zahlen lassen die Vormachtstellung der historisch gewachsenen Ordnung wanken. Ihre Legitimität lässt sich nicht allein durch Gewalt wiederherstellen.

16 Hier wäre die Arbeitslosigkeit anzuführen, die 2011 bis 2016 zwischen 27 und 20 Prozent oszilliert (40 bis 50 Prozent bei den unter 35-Jährigen), die Zeitarbeit, die ein Viertel der Arbeitnehmerinnen betrifft, die irreguläre Beschäftigung, die 20 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmacht, und der Niedriglohnssektor, bewegt sich doch der Medianlohn 2016 bei unter 1.600 Euro monatlich.

2.2 Zweite Bewegung: rechtspopulistische Neutralisierung

Wir bitten Euch, dass Ihr Euch nicht die Gehälter erhöht, während Spanien stirbt. Wir bitten Euch um etwas sehr Einfaches. Wir bitten Euch um Respekt, Würde und Ehre [*respeto, dignidad y honor*]. Denn wenn wir in diesem Jahr eines klargestellt haben, so ist es, dass Spanien weit über Euch steht. Und jetzt bittet Ihr uns, zu wählen? Für wen? Für was? Es ist klar: Spanien braucht einen Kapitän für ein Schiff, das vom Kurs abgekommen ist. Aber er ist nicht unter Euch. Vergesst eines nicht, wir sind 47 Millionen Spanier. Und ihr... Ihr seid nur wenige. Willkommen, 2021.

(Ballesteros 2021: 1:33-2:12)

Der transkribierte Ausschnitt des Videos der Influencerin Tatiana Ballesteros geht Anfang 2021 viral. Millionenfach wird in Spanien das Video über Social-Media-Kanäle gesehen, gelikt und verbreitet. Vor allem die jüngeren Generationen zeigen sich von Ballesteros' Botschaft begeistert. Diese, eine kaum 30-jährige Kulturschaffende, legt scheinbar idealtypisch dar, wie sich ein Jahrzehnt nach den Platzbesetzungen von 2011 Spaniens junge Generation noch immer über den Ist-Zustand empört, die politische Elite delegitimiert und für einen Ermächtigungsprozess von unten antritt. Doch diese Lektüre greift zu kurz. Zwischen dem Empörungsdiskurs von 2011 und den Folgejahren und dem Diskurs, der 2021 durch Ballesteros spricht, machen sich wichtige Verschiebungen bemerkbar. Sie stehen sinnbildlich dafür, wie sich ab 2017 der populistische Konflikt von »unten gegen oben« von links *nach rechts* verschiebt.

Die Influencerin konstruiert dasselbe polarisierte Szenario wie zuvor der Empörungsdiskurs. Die asymmetrische Konfrontation einer benachteiligten, aber mehrheitlichen Wir-Identität gegenüber einer privilegierten Minderheit strukturiert den Beitrag von Anfang bis Ende. Wo allerdings bei den Indignados die Wir-Identität offenbleibt oder, bei Podemos, als ein konstitutiv politisches *pueblo* (Volk), stilisiert wird, da ist bei Ballesteros von *España* (Spanien) oder *los españoles* (die Spanier) die Rede. Diese nationale Codierung wird nicht weiter begründet, sie wird gesetzt. Jene, die sich mit dem Signifikanten »Spanien« aus ideologischen Gründen nicht identifizieren wollen oder sich mit ihm ob ihrer Herkunft nicht identifizieren können, werden vom »Wir«, in dessen Namen Ballesteros spricht, ausgeschlossen. Subtiler, doch keineswegs unbedeutend ist, dass die junge Influencerin konsequent das generische Maskulinum gebraucht – und so mit dem überaus gendersensiblen Sprachgebrauch bricht, der den Empörungsdiskurs auszeichnet. Der Konflikt zwischen Spanien und den Spaniern einerseits und den Politikern andererseits wird, wie sich im ersten Satz des transkribierten Ausschnittes andeutet, aber noch stärker die Passagen zuvor klarstellen, als Verteilungsfrage ausgefochten.

Vergleichbar damit, wie es im Empörungszyklus verhandelt wurde, geht es darin maßgeblich um die Frage, dass die Eliten die materiellen Ressourcen akkumulieren, die dann der breiten Bevölkerungsmasse fehlen. Kürzungen im Gesundheitssystem werden genauso verübelt wie gestiegene Strompreise oder erhöhte Steuern für Selbstständige.

Diese soziale Forderungskette wird aber durch eine martialische Rhetorik überwölbt, die bei den Indignados wie bei Podemos fehlte. Die Schlüsselpassage der Botschaft, zu der Ballesteros mit dem Satz »Wir bitten um etwas sehr Einfaches« hinführt, hält eine Wertetrias von Respekt, Würde und Ehre hoch, die in den Untertiteln des Videos paradigmatisch in Großbuchstaben erscheinen: *RESPECTO*, *DIGNIDAD* y *HONOR*. Einzig die Würde (*dignidad*) war als Signifikant bei den Empörtenprotesten präsent. »Respekt« und »Ehre« indes sind Konzepte, die Spanien in einem militärischen oder rechten bis rechtsextremen Kontext gebraucht werden. Im Fluss von Ballesteros' Rede und untermalt durch eine stimmungsvolle Musik verlieren diese Signifikanten ihre Radikalität und werden zu den selbstverständlichen Werten eines erneuerten Spaniens. Um letzteres zu erreichen, gebraucht die Influencerin die maritime Metapher des Landes als einem vom Kurs abgekommenen Schiff, dessen die Politik nicht Herr wird. Die Frage, wer im nächsten Urnengang reüssiert, ist in Ballesteros Beitrag unbedeutend geworden. Dieser repräsentationskritische Duktus äußerte sich bereits mächtig im Empörungsdiskurs, er verdichtete sich im Slogan *No nos representan!* sogar zu seinem Markenzeichnen. Vor allem der direktdemokratische Strang lehnte die Organe der repräsentativen Organe und deren Mitglieder *in toto* ab – und hielt demgegenüber ein basisdemokratisches Ideal von Demokratie hoch. Ballesteros tut dies nicht mehr. Nicht der Appell an kollektive Selbstregierung steht bei ihr im Zentrum, sondern die Metapher des neuen »Kapitäns«, den Spanien braucht. Ihn, die eine starke Führungsfigur, bedürfen die »47 Millionen Spanier«, um »Respekt, Würde und Ehre« wiederherzustellen. Der Konflikt von unten gegen oben gipfelt nicht mehr im gemeinsamen Engagement für mehr Demokratie von unten, sondern in der Hoffnung, dass ein starker Mann, der von außen kommt, das Establishment entmachtet und Spanien erneuert.

Das Video von Ballesteros ist ein mächtiges Symptom dafür, wie der Empörungsdiskurs nach der in dieser Arbeit analysierten Hochphase auch von rechts reartikuliert wird. Unabhängig davon, ob die Influencerin strategisch vorgeht oder – wie Ballesteros sagt – eine spontane Wut artikuliert (vgl. Cuatro 2021), steht zumindest auf medialem Terrain außer Zweifel: Die Empörung lebt im Spanien der 2020er Jahre fort, doch ihr Treiber ist nun der Rechtspopulismus. Dessen rapider Aufstieg ab Ende 2017 würde einer eigenen (langen) Untersuchung bedürfen (vgl. Ferreira 2019, Rama et al. 2021). Ich möchte hier nur die Hypothese anreißen, dass die rechte Wende von den politischen Repräsentantinnen der Kultur der Transition zwar nicht strategisch intendiert, aber von diesen *ausgelöst* wird.

Gegenüber der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, die parallel zu den Indignados zur Massenbewegung aufsteigt und die, wie angesprochen, im Oktober 2017 sogar ein illegales Unabhängigkeitsreferendum organisiert, wird nicht nur mit gewaltsamer Unterdrückung reagiert. Der Konflikt wird auch als ein *Kulturkampf* geführt, der die spanische Nation gegenüber den separatistischen Bestrebungen affirmiert. Die katalanistische Regierungspartei *Convergència* verwandelt sich ab 2012, mitten in ihrer Legitimitätskrise, welche die Empörtenproteste auslösten, zu einer katalanischen Unab-

hängigkeitspartei. Auf der Gegenseite tun es ihr einige Jahre später die Regierungspartei PP, die rechtsliberale Oppositionspartei Ciudadanos und teils auch der sozialistische PSOE gleich. Sie sehen in der offensiven Affirmation der spanischen Nation die Möglichkeit, den krisenbedingten Unmut in eine neue Konfliktachse zu überführen, um mit der Dichotomie spanischer Patriotismus versus peripherer Separatismus den Anspruch auf eine demokratische Neugründung des Gemeinwesens zu neutralisieren. Die Strategie geht auf: Tausende verabschieden im Herbst 2017 die *guardias civiles* (Militärpolizei), die aus ganz Spanien nach Katalonien rücken, fast schon wie eine Militärkolonne in den Kriegeinsatz unter enthusiastischen Rufen von *A por ellos!* (Auf Sie!).

Dass bei den Parlamentswahlen von April 2019 die rechtspopulistische Partei VOX erstmals in den *Congreso* gewählt wird und bei den Neuwahlen im November 2019 mit über 15 Prozent deutlich vor Podemos zur drittstärksten Fraktion avanciert, erklärt sich durch die Dominanz der nationalistischen Konfliktachse. VOX artikuliert das klassische rechtspopulistische Trio von Elitenkritik, Fremdenfeindlichkeit und einem ethnisierten spanischen Volkssubjekt. Anders aber als seine westeuropäischen Schwesterparteien wird VOX weniger von der ehemaligen Arbeiterklasse gewählt als von der Mittelschicht, vor allem der oberen Mittelschicht. Der Aufstieg des spanischen Rechtspopulismus ist somit weniger in ökonomischen Abstiegserfahrungen als vielmehr in der nationalistischen Identifizierung fundiert. VOX inszeniert sich, so das Argument von Stuart J. Turnbull-Dugarte et al. (2020: 11ff.), als Retter in der Not, als die Partei, die Spaniens dreifach nationale, soziale und politische Krise (ausschließlich) durch einen rabiaten spanischen Patriotismus löst. VOX tritt, mit der Metapher von Ballesteros gesprochen, als der Kapitän an, der das schwankende Schiff Spanien retten könnte. Der populistische Konflikt von unten gegen oben verliert somit die Zentralstellung als demokratisches Ermächtigungsversprechen, das er im Empörungsdiskurs hatte, und wird zum Brückenelement hin zu den »more traditional frames of the radical right, such as the nativist definition of us and them« (Rama et al. 2021: 5).

So rasch der Aufstieg von VOX geschieht, so rasch fügt sich die Partei nicht nur in die Parteienlandschaft, sondern auch in die Kultur der Transition ein. Anders als in anderen westeuropäischen Ländern ziehen die Konservativen keine rote Linie gegenüber einer Kooperation mit den Rechtspopulisten. Politikerinnen des PP lassen sich ab 2018 in etlichen Regionalparlamenten (in Andalusien, Murcia und Madrid) durch VOX in Ämter wählen. Das langfristige Ziel der Konservativen besteht in der »Integration aller konservativer Strömungen in das konservative Mutterschiff des PP«, so fasst es Ex-Präsident José María Aznar gern. Ganz anders als Podemos in seiner Früh- und Hochphase erscheint VOX *nicht* als das Andere der Demokratie, ist nicht wie Iglesias und Konsorten das Sinnbild eines radikalen Populismus, gegen das sich alle Demokratinnen vereinen. Der Rechtspopulismus steht am Rand der Kultur der Transition, nicht außerhalb von ihr. Mit seiner Nostalgie gegenüber dem Franquismus, seinen marktliberalen Wirtschaftsvorstellungen und, besonders, seiner antiseparatistischen Verve symbolisiert VOX nicht ein anderes, sondern ein altes, nie ganz überwundenes Spanien.

2.3 Dritte Bewegung: »progressive« Integration

Die erste Bewegung, die von der tradierten Ordnung ausgeht, ist delegitimierend. Sie verdrängt die entstehende Gegenhegemonie durch eine Mobilisierung der staatlichen Gewalt. Die zweite Bewegung ist verschiebend, sie neutralisiert die sozio-ökonomische Konfliktlinie von unten gegen oben durch die nationale Konfliktlinie von Zentralstaat versus Peripherie (vor allem: Spanien vs. Katalonien). Beiden Bewegungen ist gemein, dass sie die Gegenmacht der Empörung, die ab 2011 entsteht, zurückdrängen. Das Verb »zurückdrängen« setzt *nicht* voraus, dass die etablierte Ordnung wie ein Kollektivsubjekt zielgerichtet handeln würde. Eher suchen die großen politischen, medialen und zivilgesellschaftlichen Akteure, die die Kultur der Transition mittragen, nach Wegen, um die instituierte Hegemonie – also sich selbst – zu bewahren und die junge Gegenhegemonie abzuwenden.

Schrittweise aber, nachdem Mitte 2016 der Aufstieg von Podemos beendet ist und Ende 2017 die katalanische Krise (vorläufig) überwunden, formiert sich eine dritte Antwort gegenüber der Gegenhegemonie der Empörung. Sie setzt auf die *proaktive Integration* der Positionen, die zuerst die Indignados und dann Podemos und die anderen neuen Linksparteien artikuliert haben. Besonders auf kommunaler Ebene wird deutlich, dass sich die Totalkritik an den etablierten Parteien, wie sie das frühe Podemos tätigt, deutlich relativiert, wenn es um die Frage der Regierungsbildung geht. In Barcelona und Madrid – sowie in etlichen anderen Metropolen – bilden sich rund um die durch Podemos gestützten linken Bürgermeisterinnen Ada Colau und Manuela Carmena Koalitionen, in denen der sozialistische PSOE als Juniorpartner eingebunden wird. In anderen Städten wiederum, darunter die im Kapitel V.5 behandelte Stadt Getafe in der Region Madrid, beteiligen sich Podemos und die von ihm mitgetragenen Wählerplattformen an der Amtseinsetzung sozialistischer Bürgermeisterinnen. Auf diese Weise findet ab Mitte 2015 zwischen den Sozialisten und Podemos das statt, was Franzé (2019: 301f.) eine beidseitige »programmatische Annäherung« nennt. In deren Zuge wirft der spanische Linkspopulismus seine populistischen Züge partiell ab. Die ab Mitte 2016 von Parteichef Iglesias favorisierte Linie verabschiedet die Totalkritik der politischen Klasse und verortet nun Podemos explizit in der Links-rechts-Achse. Podemos soll, so Iglesias, ein linker Akteur sein, der sich sozialdemokratisch umdefiniert und im PSOE seinen natürlichen Koalitionspartner findet.

Diese Annäherung geschieht auch seitens der Sozialisten. Die erneute Wahl von Pedro Sánchez im Mai 2017 als PSOE-Chef, nachdem er vom Parteiapparat abgesetzt wurde, trägt Züge dessen, was Beobachterinnen wie Kritiker als *podemización* (Podemisierung) des PSOE bezeichnet haben. Nicht nur taucht, wie angesprochen, die Sozialfigur der Empörten in der Praxis des neuen alten sozialistischen Parteichefs auf, um eine Ermächtigung der Basis gegen die Führung zu intonieren. Sánchez überdenkt zudem seine Haltung gegenüber der neuen Linkspartei. »Ich irrte mich, als ich Podemos als populistisch bezeichnete. Der PSOE muss Hand in Hand mit Podemos zusammenarbeiten« (Salvados 2016), so der Tenor des neuen Sánchez.

Dafür muss die »kulturelle Ferne« (Franzé 2019: 297ff.) überwunden werden, die zwischen einer Partei wie dem PSOE besteht, der sich mit der institutionalistischen, wirtschaftsliberalen und entpolitisierten Kultur der Transition identifiziert, und einer Kraft

wie *Unidas Podemos*,¹⁷ die diese Kultur offensiv in Frage stellt. Nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum der Sozialisten gegen das Rajoy-Kabinett steht die junge Partei rund um Iglesias im Juni 2018 vor der Herausforderung, die neue Minderheitsregierung von Sánchez zu unterstützen. Eine Unterstützung, die sich im Januar 2020 – nach einer zunächst gescheiterten Regierungsbildung und Neuwahlen im November 2019 – schließlich in der ersten Koalitionsregierung des postfranquistischen Spaniens niederschlägt.

Die Verbesserungen, die Podemos mit dem PSOE in der Regierung erreicht,¹⁸ gelingen der Partei, indem sie sich *partiell* in die *Kultur der Transition* einschreibt. Sie verteidigt die Verfassung, akzeptiert die EU, nimmt die Forderungen zurück, die eine territoriale oder sozioökonomische Neuordnung von Spanien erfordern würden – die einst linkspopulistische Partei passt sich an die tradierte Ordnung an. Diese Anpassung ist nicht einseitig. Auch Podemos verändert teilweise die vorherrschende Hegemonie, stößt eine neue Sensibilität gegenüber sozialen Missständen und deren Behebung an, fördert den Dialog zwischen dem Zentralstaat und den peripheren Nationen, setzt in der Gleichstellungspolitik Akzente und versucht, den Sozialstaat auszubauen. Diese Hybridisierung darf eines nicht verdecken: Im, wie die Koalitionspartner mit Verve betonen, *gobierno más progresista de la historia de la democracia española* (der progressivsten Regierung in der spanischen Demokratiegeschichte), bleibt die *Asymmetrie* zwischen der tradierten Ordnung und dem vormals gegenhegemonialen Projekt gewahrt.¹⁹ Die Vormachtstellung des PSOE rund um den Präsidenten Pedro Sánchez, die dieser in der öffentlichen Kommunikation geschickt zu inszenieren weiß, gegenüber Podemos spiegelt mehr als politische Arithmetik, sondern zeigt auf, dass sich Spanien zwar verändert, doch nicht in der Weise, wie der alleinige Fokus auf die Gegenhegemonie der Empörung vermuten lassen könnte.

Es gibt nach den Jahren der Empörung, um die sich diese Studie dreht, für Spanien keinen Weg zurück in die Vorkrisenzeit, in die Strukturen, die mit der Kultur der Transition in den 1970er und 1980er Jahren sedimentierten. Das Zweiparteiensystem ist passé in einem Parlament, in dem im Jahr 2019 Parteien, die es vor 2011 nicht gab, 40 Prozent Unterstützung auf sich ziehen. Selbiges gilt für Spaniens Wirtschaft, da spätestens seit der Covid-19-Pandemie klar geworden ist, dass die alten Pfeiler von Tourismus, Dienstleistungen sowie Immobilien- und Finanzbranche nicht mehr (alleine) weitertragen. Auch auf kultureller Ebene hat ein Wandel stattgefunden. Die großen Persönlichkeiten, welche die Transition und die Modernisierung des Landes – in der Selbstbeschreibung der Kultur der Transition – anführten, sind wie der ehemalige Monarch Juan Carlos I. ob ihrer Korruptionsaffären entweder diskreditiert oder manövrieren sich wie Felipe González oder José María Aznar mit idiosynkratischen Positionen ins Abseits.

17 Dieser neue Parteinamen drückt die Koalition aus, die Podemos seit Mai 2016 mit der postkommunistischen *Izquierda Unida* eingegangen ist. Die neue linke Codierung schreibt sich auf diese Weise in den Namen ein.

18 So die Erhöhung des Mindestlohns (2021: 965 Euro monatlich), die Einführung eines *ingreso mínimo vital* (eine Grundsicherung ähnlich dem Bürgergeld), Maßnahmen zur Gleichstellung, eine Mietrechtsreform und die Bekämpfung der Energiearmut.

19 Unidas Podemos kommt Ende 2019 auf 12,8 Prozent und erlangt 35 von 350 Sitzen (2015: Podemos + IU: 24 Prozent, 71 Sitze), der PSOE erreicht 28 Prozent und 120 Sitze (2015: 22 Prozent, 90 Sitze).

Doch an die Stelle dieser großen Männer tritt eine neue Generation von Berufspolitikern sowie, in minderm Maße, Berufspolitikerinnen,²⁰ welche die politische Praxis nicht weniger monopolisieren als die Generationen vor ihnen. Rechte, liberale und nicht zuletzt linke Politiker von Podemos revitalisieren ein führungszentriertes Politikmodell, in dem die Repräsentanten agieren und die Repräsentierten passiv bleiben. Das Verständnis von Politik als *Top-down-Praxis* bleibt im aktuellen Spanien vorherrschend – und spitzt sich mit der zunehmenden rhetorischen Polarisierung zwischen zwei großen ideologischen Blöcken, PSOE, Podemos und den linksnationalistischen Parteien aus der Peripherie zur linken und PP, Ciudadanos und VOX zur rechten, eher noch weiter zu (vgl. Ubasart-González/Martí i Puig 2020). Viele Bürgerinnen lassen sich auf diese Polarisierung entweder als willfähige Zuschauerschaft ein oder wenden sich von »der Politik« mit einem ähnlichen Gefühl des *desencanto* (Ernüchterung) ab, wie es nach dem Ende der Diktatur in den späten 1970er Jahren vorherrschte. Der sedimentierte Knotenpunkt eines restriktiven Demokratiemodells wird im Spanien der 2020er Jahre politisch reaktiviert.

Demgegenüber steht allerdings anders als in den Jahrzehnten vor 2011 eine nun grundsätzlich *politisierte Zivilgesellschaft*. Die Gegenhegemonie der Empörung hat mit dem einstigen Topos eines protagonistischen politischen Systems und einer passiven Zivilgesellschaft gebrochen. Der Pathos der kollektiven Ermächtigung und Empörung wendet sich nun auch gegen die Parteien der neuen Linken, wenn diese nicht mit genügend Vehemenz die Forderungen realisieren, die sie eigentlich postulieren.²¹ Das Ensemble der Versammlungen, Organisationen, Plattformen sowie die mediale Infrastruktur, welche die entstehende Gegenhegemonie konstituieren, spielt in Spanien die Rolle einer *Gegenmacht*. Sie ist keine Alternative im Singular, kein absolut kohärentes und in sich geschlossenes Gesellschaftsmodell. Und doch entstehen, diese Studie rekonstruiert es, *Alternativen* zum Status quo. Sie werden als kollektive Praktiken, als entstehende Existenzweisen und als eine alternative Gegenkultur gelebt und vorgelebt. Daraus wiederum erwachsen immer wieder aufs Neue politische Artikulationen, die für eine demokratischere, weniger wirtschaftsliberale und individualistische Ordnung plädieren. Mehr noch, zu Beginn der 2020er Jahre besteht (erneut) die sehr reale Möglichkeit, dass aus dieser entstehenden Gegenhegemonie heraus neue Parteiprojekte entstehen. »Ohne Utopien gibt es keine alternative Gesellschaft. Die Aufgabe besteht darin, ein neues politisches Projekt für Spanien in diesem neuen Jahrzehnt aufzubauen«, so verkündet die Politikerin von *Unidas Podemos* Yolanda Díaz (zit. in García de Blas 2021).

20 Die Feminisierung der spanischen Politik vollzieht sich gegenüber den durch die Indignados ausgelösten Veränderungen als nachholende Revolution. Erst ab 2018, als am 8. März der erste Frauenstreik der spanischen Geschichte stattfindet, kommt die Frage der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern systematisch – dann aber sehr stark – auf die politische Agenda und führt zu einer deutlichen Feminisierung der Spitzenämter.

21 Ein eindrückliches Beispiel dafür bietet die Stadt Barcelona. Dort üben die PAH und andere Initiativen wie die Mieterinnengewerkschaft immer wieder Druck aus auf die aus ihrer Sicht unzulängliche Wohnungspolitik der Bürgermeisterin Ada Colau, der einstigen PAH-Sprecherin. Die PAH-Aktivistinnen wiederholen sogar die Praxis der Besetzung, die sie sonst nur in Bankfilialen durchführen, im Rathaus Barcelonas, um Colaus Kurs zu kritisieren (vgl. Torné 2019).

Gegenüber der Polarisierung im politischen System und trotz einer grundsätzlich politisierten Zivilgesellschaft bleibt Spaniens *Wirtschaftsmodell* eigentümlich *unangetastet*. Die ökonomischen Pfeiler der nachfranquistischen Zeit mögen sich in einer Krise befinden, aber die langfristigen Alternativen dazu bleiben vage. Auf die zentrale Frage, wie sich das Land aufstellen müsste, um nach der Covid-19-Pandemie – und mithilfe der EU-Gelder – die zweite große Rezession innerhalb von kaum zehn Jahren abzufedern, fehlen die Antworten. Nur an den politischen Rändern artikuliert sich mit einiger Vehemenz die Forderung, eine neue Energie- und Infrastrukturpolitik zu entfalten, die Spanien für den Klimawandel vorbereiten könnte.²² Wirtschaftskrisen sind, auch dies sollte die vorliegende Arbeit gezeigt haben, nicht nur Wirtschaftskrisen im engen Sinne, sie sind zudem Momente der Neuverhandlung von Gesellschaft. Wenn das Jahrzehnt nach dem Ausbruch der Empörung eines klarstellt, dann dass sich trotz aller Wandlungsprozesse an der ökonomischen Prekarität großer Bevölkerungssektoren wenig geändert hat. Jene, die einst auf den Plätzen in Asambleas zusammenfanden, sind heute 30- und 40-Jährige mit Zeitarbeitsverträgen, niedrigen Löhnen und Bastelbiographien, die oft ins Ausland führen (müssen). Und die kommende Generation findet sich Anfang der 2020er Jahre in derselben Malaise wieder. Für sie aber ist Podemos eine Partei unter anderen – und nicht gerade diejenige, welche die jungen Alterskohorten *en masse* wählen.²³ Der Kolumnist Enric Juliana bringt es prägnant auf den Punkt:

[Podemos] wurde als Antwort auf die Krise von 2008 geboren. Die Partei war das Sprachrohr der Empörung von Millionen junger Menschen und nicht wenigen ihrer Eltern. Dieser Zyklus ist vorbei, jetzt beginnt ein neuer. Die impulsgebende Kraft von Podemos lag bei den jungen Leuten, die sich empörten, weil ihre Erwartungen in der damaligen Krise zerbrochen waren. Was wird jetzt geschehen? Wenn Podemos nicht auf die jungen Leute hört, wird sich die Partei in ein Phantom ihrer selbst verwandeln. Denn die Krise kann die jungen Leute erneut am stärksten treffen. Ich beobachtete bei Podemos eine große Leidenschaft für den ideologischen Kampf. Aber vielleicht ist das Land heute der ideologischen Kämpfe überdrüssig. Vorrang hat das Materielle, das Konkrete, die Arbeit für die mögliche Zukunft, nicht das Proklamieren der utopischen Zukunft. (Juliana 2020)

Julianas Gedanken lassen sich weiter- und über Podemos hinausspinnen. Die Herausforderung, vor der nicht nur die neuen Linksparteien, sondern das gesamte Gewebe von Plattformen, Vereinen, Parteien und Bewegungen steht, welches die Gegenhegemonie der Empörung konstituiert, besteht darin, aufzuzeigen, dass die »mögliche Zukunft« gerade *nicht* im Versprechen besteht, das sedimentierte Ideal einer individualisierten Mit-

-
- 22 Besonders der ehemalige Podemos-Strategie Íñigo Errejón plädiert mittels der von ihm gegründeten Kleinpartei *Más País* vehement für eine ökologische Wende, die in Gestalt eines *Green New Deal* danach trachtet, Spaniens Energiesektor zu revolutionieren – und damit auch den Arbeitsmarkt neu auszurichten.
 - 23 Paradigmatisch dafür sind die Wahlen in der Region Madrid im Mai 2021, als die konservative Ministerpräsidentin Isabel Díaz Ayuso mit knapp 45 Prozent wiedergewählt wird. Mit ihrem Motto, »Freiheit«, mit der eine konsequente Lockerung der Corona-Maßnahmen befürwortet wird, besticht sie bei allen Wählergruppen – auch unter den Jüngeren. 58 Prozent der Erstwählerinnen (circa 334.000 Stimmen) entscheiden sich für Ayuso.

telschichtgesellschaft neu zu lancieren. Denn der entpolitisierte, um Arbeit und Konsum sich drehende Gesellschaftsentwurf ist letztlich das, was alle Akteure, die an der Kultur der Transition partizipieren, zentral verfochten und heute wieder verfechten. All ihrer Differenzen zum Trotz stehen linksliberale, rechtsliberale, konservative und mittlerweile rechtspopulistische Strömungen in dem Maße in *einer* Kultur zusammen, als sie – auf je verschiedene Weise – für eine Rückkehr zu den postfranquistischen Werten eintreten. All diese Akteure halten das Gesellschaftsideal hoch, mit dem sich Spanien damals als ein modernes, endlich europäisiertes Land neu erfand. Wirtschaftlicher Liberalismus, systemische Stabilität und protagonistische politische Eliten waren früher und sind heute erneut die Knotenpunkte des politischen Systems. Das nostalgische Plädoyer für die Rückkehr zu der Ordnung, die vor der Gesellschaftskrise von 2011 bestand, scheint zehn Jahre später wieder vorzuherrschen. Doch seine Geltung ist nur noch unvollkommen.

Es ist mehr als ungewiss, ob sich die sozialen Verhältnisse, wie sie vor 2008 bestanden, nach der Finanzkrise, nach dem popularen Bruch der Indignados und nach der Covid-19-Pandemie erneut werden herstellen lassen. Dies gilt besonders hinsichtlich der (fehlenden) Legitimität des politischen Systems.²⁴ Mehr denn jemals zuvor instituiert Spaniens vorherrschende Ordnung nurmehr (sehr) schwer verwirklichtbare Signifikanten. Die jungen Generationen, von denen Juliana spricht, mögen sich danach sehnen, Mittelschicht zu werden. Doch ist in Spanien dieses Ideal kurz-, mittel- und langfristig überhaupt erreichbar? Die große Paradoxie der tradierten Kultur ist, dass sie zwar durch die partielle Integration der Gegenhegemonie der Empörung in Gestalt von Podemos ihre Basislegitimität teilweise wiederhergestellt hat. Der Ordnungswert der alten Ordnung gilt wieder – allerdings weit gebrochener als früher. Die Kräfte, welche die reaktivierte Kultur der Transition tragen, werden nicht nur von einer neuen Gegenhegemonie hinterfragt, ihnen fehlt selbst ein in die Zukunft gerichteter Gesellschaftsentwurf. Sie haben keine Antwort auf die große Frage, wie ein neues Spanien aussehen könnte. Das Ideal der *Mittelschichtgesellschaft* ist in den frühen 2020er Jahren wieder *der* große Signifikant geworden, den eine aktualisierte Kultur der Transition zentralstellt. Doch anders als früher wird dieser Signifikant *abwesend* gehalten, er bleibt ein reines, fast schon entsinnlichtes Symbol, das Sehnsüchte weckt, diese aber nicht mehr verwirklichen kann. Das Spanien nach der Empörung ist nicht das Spanien der Empörung, es ist aber auch nicht mehr das Spanien vor der Empörung.

24 Nach Umfragen misstrauen 90 Prozent der 16- bis 34-Jährigen den Berufspolitikern (vgl. Playground 2021).

Ein postfundamentalistischer Ausblick

Die Analyse des krisengezeichneten Spaniens legt dar, dass das klassische Plädoyer des Poststrukturalismus, wonach die sozialen Verhältnisse immer auch anders sein könnten, nicht abstrakt bleiben muss, sondern empirische Evidenz beanspruchen kann. Der Mobilisierungszyklus der Empörung beweist, dass sich tradierte Werte und Normen, Praktiken und politische Institutionen selbst in einer gefestigten liberal-demokratischen Ordnung wie der spanischen sehr rasch verändern können. Zwischen 2011 und 2016 erschüttert die neue Gegenhegemonie der Empörung, gemeinsam mit einer dramatischen Wirtschaftskrise, die spanische Gesellschaft grundsätzlich. Die radikalisierte Demokratie und die egalitäre Gesellschaft, welche die Indignados mit ihren Protestcamps im Frühjahr 2011 einfordern und vorleben, wird in einer politisierten Zivilgesellschaft verstetigt und zieht mit neuen Parteiprojekten, allen voran das linkspopulistische von Podemos, wirkmächtig in das politische System ein.

Dass in letzter Instanz dieser soziale Wandel durch eine ihrerseits sich wandelnde Kultur der Transition aufgefangen wird, indem er in einer dreifachen Bewegung delegitimiert, neutralisiert und partiell integriert wird, zeigt jedoch ebenfalls: Das poststrukturalistische Postulat für *Kontingenz*, für die prinzipielle Veränderbarkeit des Sozialen wird erst dort stichhaltig, wo es ein Denken der *Ordnung* des Sozialen ergänzt. So disruptiv gewisse Phasen der Mobilisierung, des Aufruhrs oder der Entstehung neuer Parteien – in Spanien wie anderswo – punktuell sein mögen, unweigerlich kommt das, was Žižek als »der Tag danach« bezeichnet. In dieser Studie ist dies dort der Fall, wo erst der Mobilisierungszyklus der Indignados abebbt und dann die Hochphase des von Podemos angeführten Linkspopulismus endet. Demgegenüber erfährt die hegemoniale Kultur der Transition eine politische Reaktivierung, die zumindest mittelfristig, in die 2020er Jahre hinein, die gewachsene Gesellschaftsordnung stabilisiert.

Und doch griffe es zu kurz, das Begriffspaar Kontingenz und Ordnung so zu dichotomisieren, dass auf der Seite der Gegenhegemonie der Empörung nur der disruptive politische Wandel und auf der Seite der hegemonialen Kultur der Transition nur die unverrückbare Ordnung stünde. Kontingenz und Ordnung bilden keine Gegensätze, sie sind verschachtelt. Die Stabilität der tradierten Ordnung erklärt sich maßgeblich durch ihre Wandelbarkeit, die disruptive Kraft des rekonstruierten Wandels verweist auf seine ordnungsbildende Dimension. Auf letzteres, den *ordnenden Wandel*, kam es dieser Arbeit

besonders an. Mein Begriff von Hegemonie definiert diese als ein Diskursgefüge, das weder ad hoc entsteht noch vergeht, sondern sich in Zeit und Raum, als Ensemble vervielfältigter Zeichen, verkörperter Praktiken und materialisierter Infrastrukturen entfaltet. Jede Artikulation ist eine Praxis. Selbst dort, wo sie sich rasant beschleunigt – etwa bei den Platzbesetzungen im Frühjahr 2011 oder dem Wahlzyklus von 2015 –, bleibt die Dynamik der Artikulationspraxis gebrochen, besitzt stets eine gewisse Trägheit. Jede Diskursbewegung bewegt sich teilweise auf bereits sedimentierten Spuren und hinterlässt ihrerseits strukturierende Spuren. Jede Artikulation geschieht als diskursive Tiefenstruktur, die zu einer so detaillierten wie gleichzeitig umfassenden Analyse auffordert.

Der Begriff der Fokussierung als einer kollektiven, strukturierten Performativität und mein Verständnis von Kollektiven, die zwischen virtuellen Zeichen und sinnlicher Anwesenheit oszillieren, verdeutlichen: Politische Artikulationen geschehen nicht in einem Vakuum, sie sind konkrete Prozesse in der Gesellschaft, mehr noch, sie bringen Gesellschaft hervor. Die erweiterte Hegemonietheorie, die diese Studie entwickelt hat, legt ihren Fokus nicht mehr wie noch Laclau/Mouffe auf sozialontologische Großbegriffe wie »der Antagonismus«. Vielmehr begreift sie das Moment des Politischen, also die parallele Stiftung und Infragestellung sozialer Verhältnisse, als einen schrittweisen *Prozess der Vergesellschaftung*.

Exemplarisch dafür, wie sich eine erweiterte Hegemonietheorie von einer Theorie des Politischen im engen Sinne zu einer politischen Gesellschaftsanalyse im weiten Sinne fortentwickelt, steht der Begriff des verdichtenden Passagenpunktes. Passagenpunkte sind keine Realabstraktionen, Passagenpunkte gibt es. Sie halten Diskursgefüge zusammen, indem sie deren Elemente aufeinander beziehen und mit dieser Verbindung die Identität der Elemente verändern. Der Passagenpunkt ist – wie bei Laclau/Mouffe – ein symbolischer Knotenpunkt, er stiftet jedoch zugleich – wie in der Akteur-Netzwerk-Theorie – materielle Verbindungen. In dieser Studie avancierte die Institution der *Versammlung* zu einem derartigen *verdichtenden Passagenpunkt*. Erst die Vervielfältigung von Asambleas erklärt, wie zwischen 2011 und 2016 eine politische Alternative, die Gegenhegemonie der Empörung, entsteht und wie diese Alternative die spanische Gesellschaft in Teilen umgestaltet. Die Versammlungen sind in einem doppelten Sinne demokratische Labore. Erstens wird in ihnen präfigurativ die Ordnung vorgelebt, welche die Indignados sowie Podemos für die Gesamtgesellschaft anstreben. Die deliberative, symmetrische und inklusive Praxis in den Versammlungen zeigt, dass eine demokratische Existenzweise normativ wünschbar und praktisch möglich ist. Als derartige Praxis avanciert die Asamblea, zweitens, zum wirkmächtigen Symbol der Krise der vorherrschenden Hegemonie und ihrer Infragestellung durch eine radikalisierte Demokratie. Die Versammlung ist das Zeichen eines Neuentwurfs von Gesellschaft, der sich von den Postulaten des repräsentativen Systems genauso wie von denen des kapitalistischen Wirtschaftens verabschiedet.

Dass dieser Bruch letztlich unvollkommen bleibt, hängt nicht nur mit der makrologischen Reartikulation der Kultur der Transition zusammen. Es erklärt sich auch dadurch, dass der verdichtende Passagenpunkt »Versammlung« in der spanischen Gesellschaft durch eine Vielzahl anderer Passagenpunkte aufgewogen wird. Der Nimbus des sozialen Wandels, wie er sich in der Gegenhegemonie der Empörung verkörpert, darf nicht verdecken, dass die tradierte Ordnung in einer Vielzahl von Gesellschaftsbereichen

produziert und reproduziert wird. Dass der Begriff des Passagenpunktes bisher nicht in der politischen Soziologie, dafür aber, angetrieben durch Stewart Clegg, äußerst rege in der Organisationssoziologie angewendet wird, ist kein Zufall. Die von Clegg betriebene und an ihn anschließende Forschung gebraucht den Begriff des Passagenpunktes als Schlüsselbegriff, um die *circuits of power* aufzuschlüsseln, die jeden Wirtschaftsbetrieb in eine komplexe Machtordnung verwandeln. Ohne die konzeptuellen (und methodologischen) Schwierigkeiten kleinreden zu wollen, die bei der Verbindung der hiesigen Diskursanalyse mit einer organisationstheoretischen Perspektive wie jener Cleggs entstehen würden, bleibt doch festzuhalten, dass perspektivisch der hier entwickelte Ansatz auf solch eine Synthesebemühung zielt. Radikaldemokratische Gegenhegemonien sind gelebte Kulturen, doch tradierte Hegemonien sind es ebenfalls. Im Fall Spaniens und über ihn hinaus heißt das: Um zu erkunden, ob und wie sich eine soziale Ordnung stabilisiert oder in die Krise gerät, ist der Blick auf die politische Sphäre und in die Zivilgesellschaft notwendig, doch *nicht* ausreichend. Im Staatsapparat und in der Sphäre der Ökonomie wird die etablierte Ordnung genauso, ja für die Alltagspraxis oftmals wirkmächtiger produziert und reproduziert. Für Spanien wie anderswo gilt, dass in jedem privatwirtschaftlichen wie öffentlichen Bereich Passagenpunkte wirken, die individualisierte, asymmetrische und wenig oder überhaupt nicht demokratische Verhältnisse für Millionen Menschen zur gelebten Realität machen. Die Geltung einer bestimmten Gesellschaftsordnung ist nicht abstrakt, sie prägt offen wie latent verschiedenste soziale Bereiche, um dort reproduziert und eigensinnig verschoben zu werden. Es gilt die Lösung: Um die Basislegitimität der Hegemonie, die Geltung von Ordnung *als* Ordnung zu erfassen, ist ein Ansatz vonnöten, der als querschnittartige Gesellschaftsanalyse antritt.

Eine querschnittartige Gesellschaftsanalyse insofern, als sie sich nicht a priori auf eine soziale Sphäre kapriziert, sondern die sphärenübergreifenden Strukturmerkmale und Brüche kenntlich macht, die eine Gesellschaft prägen. Querschnittartig müsste diese Analyse aber auch hinsichtlich der von ihr gebrauchten Methoden sein. Ein facettenreiches Diskursgefüge bedarf eines nicht minder facettenreichen Sensoriums, um es zu sezieren. Die in dieser Studie triangulierten Verfahren der Diskursanalyse, der Ethnographie und der Leitfadeninterviews weisen einen Weg, der gleichzeitig die vier Dimensionen von Zeichen, Praxis, Sinnlichkeit und Geschichtlichkeit in den Blick rückt. Diese holistische Analyse ist hier explorativ erprobt worden, sie bedarf ohne Zweifel weiterführender Forschung. Querschnittartig ist die angepeilte Gesellschaftsanalyse jedoch auch und vor allem, weil sie eine disziplinäre Scharnierstellung einnimmt. Mein Ansatz entfaltet sich in der Spannung zwischen Sozialtheorie, politischer Theorie und empirischer Sozialforschung, er bemüht sich darum, die Erkenntnisse in einem Feld auf die jeweils anderen zurückzublenzen. Puristische Denkerinnen des Politischen dürfte irritieren, dass dadurch die fundierende Kraft des Antagonismus relativiert wird. Strenge Sozialtheoretiker, dass dynamische politische Artikulationen Gesellschaft hervorbringen. Reine Sozialforscherinnen, dass die empirische Analyse immer schon begriffsgeleitet war. Dem würde ich entgegenhalten: Ein solch konstitutiv *unreiner* Ansatz ist die notwendige Voraussetzung einer postfundamentalistischen Sozialtheorie, wie sie sich am Horizont dieser Arbeit abzeichnet.

Eine derartige Sozialtheorie denkt die instituierende Dynamik politischer Artikulationspraktiken zusammen mit der Ordnung und dem Beharrungsvermögen sozialer

Strukturen, und sie tut es empirisch wie konzeptuell. Dieser Ansatz bewegt sich wesentlich in der Grauzone zwischen verschiedenen Disziplinen und Theorietraditionen, er stellt zwischen ihnen einen Dialog her, der im Zuge von Ausdifferenzierung und Spezialisierung leider zu selten bleibt. Im Geiste dessen, was das Institut für Sozialforschung bereits im Jahr 1956 (30f.) annahmte, begreift eine postfundamentalistische Sozialtheorie die Gesellschaft in der »unauflöslichen Einheit« von Statik und Dynamik. Ein solcher Ansatz hält weder nur das Politische als diestituierung sozialer Verhältnisse oder nur das Soziale als deren Sedimentierung hoch. Spannend ist vielmehr, wie beide Momente zusammenwirken, wie sie Gesellschaft als ein unebenes, da hegemonial verfasstes Terrain hervorbringen. In diesem Terrain findet der konturierte Ansatz sein zentrales Betätigungsfeld, hier zeichnet er nach, wie hegemoniale Projekte zu Kulturen sedimentieren und Existenzweisen kreieren, wie Hegemonie ausgeübt wird und gelebt werden muss. Doch gleichzeitig interessiert diesen Ansatz, wie um Hegemonie gerungen wird, wie Gegenentwürfe die vorherrschenden Zustände in Frage stellen, um demgegenüber eine alternative Ordnung zu postulieren und zu instituieren. Eine solche Sozialtheorie bleibt offen für eine politisch getriebene Kontingenz, ohne sie zu überhöhen. Denn die historisch gewachsene Ordnung lässt sich nur schwer und immer nur partiell verändern. Mehr noch, der soziale Wandel muss selbst sedimentierend wirken, um Gesellschaft nachhaltig zu verändern.

So erweist sich eine postfundamentalistische Sozialtheorie als riskante Unternehmung. Gegenüber der Überhöhung der Kontingenz mahnt sie zur Ordnung, gegenüber dem Objektivismus zur Offenheit vis-à-vis den ständigen Neugründungsversuchen des Sozialen. Sie verdichtet eine Theorie des Diskurses, des Konfliktes, des Sozialen und der Hegemonie zu einem umfassenden Forschungsprogramm. Umfassend auch deshalb, weil dieses Programm nur als engagiertes empirisches Projekt, als Sozialforschung im emphatischen Sinne, realisierbar wird. Die wohl wichtigste Eigenschaft einer postfundamentalistischen Sozialtheorie müsste darin liegen, dass sie die Strukturhaftigkeit von Gesellschaft erkundet und sich gleichzeitig fortwährend vom Neuen in der Gesellschaft überraschen lässt, um aus ihm zu lernen. Die spanischen Indignados und der von ihnen ausgelöste soziale Wandel haben sich als ein derartiges Lernfeld erwiesen. Xavier Domènech gibt ein treffendes Schlusswort:

Der wichtigste Beitrag der Indignados besteht darin, erneut erfahrbar zu machen, dass a priori nichts feststeht. Die Versuchung, das *Geschehene* rasch zu verschriftlichen, darf nicht verbergen, dass nichts festgeschrieben ist. Wir wussten nicht, ob es passieren würde, wir wünschten es, ohne es zu wissen. Und als es geschah, war es nicht so, wie wir es uns vorgestellt hatten – und genau deshalb gefiel es uns. Darüber nachzudenken gibt uns Werkzeuge an die Hand, aber sich auf unverrückbare Wahrheiten oder Prinzipien festzulegen, würde uns nur am Gehen hindern. (Domènech 2014: 69, H. i. O.)

Quellen

Leitfadeninterviews

- 18.9.2014, Judit, Aktivistin der Indignados in Barcelona.
- 5.11.2014, Carlos Macías, Sprecher der PAH Barcelona (Plattform der Hypothekbetroffenen).
- 26.10.2016, David Fernàndez, Aktivist, Genossenschaftler und Politiker der CUP (*Candidatura d'Unitat Popular*, katalanische Unabhängigkeitslinke), Barcelona.
- 2.11.2016, Marc Andreu, Historiker und Politiker von *Barcelona en Comú* (Gemeinsames Barcelona).
- 11.11.2016, Carles Badenes Escudero, Ökonom und ehemaliger Aktivist der Indignados in Barcelona.
- 23.11.2016, Albano Dante Fachín, Vorsitzender von Podemos-Catalunya und Abgeordneter im katalanischen Parlament, Barcelona.
- 1.12.2016, Berezi Elorrieta, Politikerin der CUP und Aktivistin der Indignados in Barcelona.
- 29.12.2016, Teresa Forcades, Theologin, Ärztin, Benediktinernonne und Aktivistin in der Plattform *Procés Constituent* (Gründungsprozess), Kloster Sant Benet de Montserrat.
- 16.1.2017, Mercè Homs, Kommunalpolitikerin des PDeCAT (*Partit Demòcrata Europeu Català*, konservative katalanische Partei), Barcelona.
- 10.2.2017, Juan Carlos Monedero, Politologe und Mitgründer von Podemos, Universidad Complutense Madrid.
- 12.2.2017, Raúl, Podemos-Aktivist, Madrid.
- 12.2.2017, Sandra, Podemos-Aktivistin, Madrid.
- 24.2.2017, Laia Ortiz, Sozialdezernentin von Barcelona en Comú, Barcelona.
- 14.4.2017, Anna Sans, Aktivistin der PAH Barcelona.
- 30.9.2017, Irene Sabaté, Anthropologin und Co-Sprecherin des *Sindicat de Llogaters* (Mietergewerkschaft), Barcelona.

Verlaufsprotokolle von Versammlungen der Indignados und Podemos

Protokolle der Acampada Barcelona (Protestcamp Barcelona), 16.5.2011-3.6.2011, Quelle: <https://acampadabcn.wordpress.com/> (deaktiviert, ursprünglicher Zugriff: Mai 2016).

Protokolle der Kultur- und Wirtschaftskommissionen der Acampada Barcelona, 18.5.2011-3.6.2011, Quelle: <https://acampadabcn.wordpress.com/> (deaktiviert, ursprünglicher Zugriff: Mai 2016).

Protokolle des *Círculo Podemos Getafe* (Basisgruppe Podemos Getafe in der Region Madrid), 4.6.2014-29.11.2016, Quelle: <https://podemosgetafe.es/Noticias/transparencia/page/2/> (Zugriff: 2.8.2021).

Protokolle des *Círculo Podemos Xixón* (Basisgruppe Podemos Xixón in der Region Asturien), 26.3.2014-19.2.2016, Quelle: <http://circulopodemosxixon.info/category/actas/actasdelcirculo/> (Zugriff: 2.8.2021).

Texte der Online-Plattform Rincón del Vago

20 Texte (Hausarbeiten, Essays und Zusammenfassungen), zehn zu Stichwort *Democracia Española* (spanische Demokratie), zehn zu Stichwort *Transición Española* (spanische Transition). Davon zitiert: Anonym 2015, Anybel 2015, Berye 2015, Carolina 2015, Crisloki 2015, Chavito 2015, Devecchi 2015, Fernández 2015, Santana 2015. Quelle: <https://www.rincondelvago.com/> (ursprüngliche Website deaktiviert)

Diskursfragmente

Forderungskataloge, Schriften und Reden von Politikerinnen, Zeitungsartikel, Links von TV-Sendungen

AcampadaCatalunya (2011): »Primeres mesures per una vida digna«, acampadabcn.wordpress.com vom 20.6.2011 (Zugriff: 4.4.2017).

AcampadaSol (2011): »Lista de propuestas«, <http://actasmadrid.tomalaplaza.net/?p=1> (Zugriff: 1.3.2017)

Ajuntament de Barcelona (2018): »Barcelona constata la bona salut de l'economia social i de creació de noves cooperatives en unes jornades internacionals«, <https://ajuntament.barcelona.cat/premsa/2018/05/22/barcelona-constata-la-bona-salut-de-leconomia-social-i-de-creacio-de-noves-cooperatives-en-unes-jornades-internacionals/> (Zugriff: 6.7.2021)

Alvite, José Luis (2013): »Ada Colau«, in: La Razón vom 6.2.2013, <https://www.larazon.es/opinion/columnistas/ada-colau-FF986474/> (Zugriff: 10.4.2023).

Amat, Jordi (2021): »¿Quién mató al consenso del 78?«, in: La Vanguardia vom 2.5.2021, <https://www.lavanguardia.com/opinion/20210502/7422559/quien-mato-c-onsenso-78.html> (Zugriff: 2.8.2021).

Anonym (2011): »Guía Rápida para la dinamización de Asambleas Populares«, http://takethesquare.net/wp-content/uploads/2011/07/guia_rapida_dinamizacion_acampadasol.pdf (Zugriff: 11.8.2020)

Arndt, Sophie/Lluis, Conrad (2017): »Wir nennen es unsichtbare Zwangsräumungen«. Interview mit Irene Sabaté, Anthropologin und Mitgründerin der ersten Mietergewerkschaft Spaniens«, in: der Freitag 47 vom 23.11.2017, S. 20.

Aznar, José María (1988): Conferencia de José María Aznar en el Club Siglo XXI. 29.2.1988, https://www.youtube.com/watch?v=zvfmlkoQ_cY (Zugriff: 28.5.2021)

- Aznar, José María (1995a): Ponencia para el X. Congreso del Partido Popular, in: Ders. (Hg.), *La España en que yo creo: Discursos políticos (1990–1995)*, Madrid: Noesis.
- Aznar, José María (1995b): Elogio de la política, in: *La España en que yo creo*, in: Ders. (Hg.), *La España en que yo creo: Discursos políticos (1990–1995)*, Madrid: Noesis.
- Ballesteros, Tatiana (2021): »Hola 2021«, Post auf Instagram vom 25.2.2021, https://www.instagram.com/tati_ballesteros/?hl=en (Zugriff: 9.7.2021).
- Barba, Juan Carlos (2011): »La crisis económica de España tan sólo es comparable a la de Grecia«, in: *Libre Mercado* vom 10.11.2011, www.libremercado.com/2011-11-10/la-cri-sis-economica-de-espana-tan-solo-es-comparable-a-la-de-grecia-1276440916/ (Zugriff: 6.8.2020).
- Barbeta, Jordi (2011): »Editorial«, in: *La Vanguardia* vom 20.6.2011.
- Berluneces (2014): »Entrevista a Pablo Iglesias de Podemos«, <http://berlunes.com/entrevista-pablo-iglesias-podemos> (Zugriff: 28.9.2020)
- Bermúdez de Castro (2014): »El PP acusa a Podemos de »engañar« con propuestas »utópicas y radicales«, in: *La Vanguardia* vom 28.11.2014, <https://www.lavanguardia.com/politica/20230410/8885833/junqueras-urge-junts-sustituir-borras-parlament-presidencia-psc.html> (Zugriff: 10.4.2023).
- Bescansa, Carolina et al. (2015): »Un programa para un momento«, in: *La Circular* 3, S. 104–105.
- Boletín Oficial del Estado (BOE) (2012): Real Decreto-ley 3/2012, de 10 de febrero, de medidas urgentes para la reforma del mercado laboral, https://www.boe.es/diario_boe/txt.php?id=BOE-A-2012-2076 (Zugriff: 24.9.2021)
- Bustinduy, Pablo/Maura, Eduardo (2015): »Entrevista a Alexis Tsipras«, in: *La Circular* 1, S. 42–45.
- Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) (2015): Barómetro de octubre 2015, Estudio n° 3114, https://www.cis.es/cis/export/sites/default/-archivos/marginales/3100_3119/3114/es3114mar.pdf (Zugriff: 26.10.2020)
- Colau, Ada (2013a): Ada Colau en la Comisión de Economía del Congreso de los Diputados, 5.2.2013. Url.: <https://www.youtube.com/watch?v=poiS3fL42go> (Zugriff: 20.7.2021)
- Colau, Ada (2013b): Audio de la intervención final de Ada Colau, 5.2.2013. Url.: <https://www.youtube.com/watch?v=48aEsXnDwmw> (Zugriff: 20.7.2021)
- Colau, Ada/Alemany, Adrià (2012): *Vides hipotecades. De la bombolla immobiliària al dret a l'habitatge*. Barcelona: Angle Editorial.
- Costantini, Luca (2019): »Pablo Iglesias alaba la Constitución del 78 y la »plurinacionalidad« en su regreso a la Complutense«, in: *voxpopuli.es* (Zugriff: 14.9.2020).
- Cortizo, Gonzalo (2014): »Encuesta: PP y PSOE perderán uno de cada tres votos en las europeas«, in: *eldiario.es*, 13.5.2014, https://www.eldiario.es/europeas_2014/pp-psyoe-perderan-votos-europeas_1_4882039.html (Zugriff: 15.9.2020).
- Cuatro (2021): »La autora del vídeo viral sobre la pandemia que señala directamente a los políticos: »Es un mensaje que sale del alma«, in: *Todo es mentira*, 1.3.2021, https://www.cuatro.com/todoesmentira/tatiana-video-viral-pandemia-senala-politicos-directo-tem_18_3099345279.html (Zugriff: 7.7.2021).
- Cuevas, José Ángel (2015): El perfil político de los ministros de gobierno durante la presidencia de Felipe González. Ponencia presentada en el XII Congreso Español de Cien-

- cia Política y de la Administración (AECPA), San Sebastián, España, 13 a 15 de julio de 2015.
- Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados (1983): Sesión celebrada el 27 de diciembre de 1983 sobre cuestiones varias, https://www.congreso.es/public_oficiales/L2/CONG/DS/PL/PL_089.PDF (Zugriff: 28.5.2021).
- Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados (1985): Sesión celebrada el 16 de mayo de 1985, sobre la Convalidación o derogación de Reales Decretos-ley: Real Decreto-ley 2/85, de 30 de abril, sobre medidas de política económica, https://www.congreso.es/public_oficiales/L2/CONG/DS/PL/PL_206.PDF (Zugriff: 28.5.2021).
- Diéguez, Antonio (2014): «Así es la mujer que enamoró a Pablo Iglesias», in: *El Mundo*, 29.5.2014, <https://www.elmundo.es/loc/2014/05/29/53860507ca474124758b457a.html> (Zugriff: 28.9.2014).
- Domínguez, Ana/Iglesias, Pablo (2014): «»Nos encontramos en un momento de transición hacia otro régimen político«. Entrevista a Pablo Iglesias por Ana Domínguez». in: Ana Domínguez/Luis Giménez (Hg.), *Claro que Podemos. De La Tuerka a la esperanza del cambio en España*. Barcelona: los libros del lince, S. 141–164.
- EAPN-España (2015): El estado de la pobreza. Seguimiento del indicador de riesgo de pobreza y exclusión social en España. 2009–2014, https://www.eapn.es/estadodepobreza/ARCHIVO/documentos/Informe_AROPE_2015.pdf (Zugriff: 27.11.2020)
- El Confidencial (2015): «Los círculos de Podemos están en crisis.», in: *El Confidencial* vom 6.9.2015, <https://www.elconfidencialdigital.com/articulo/politica/Circulos-Podemos-tesis/20150904140133078526.html> (Zugriff: 3.7.2021).
- El Diario Vasco (2015): «Ziaboga pretende dar la vuelta al »vaciamiento« de los círculos donostiarras», in: *El Diario Vasco* vom 3.11.2016, <https://www.diariovasco.com/politica/201611/03/ziaboga-pretende-vuelta-vaciamiento-20161103134502.html> (Zugriff: 2.7.2021).
- El Mundo (2011): «El día a día de las protestas», in: *El Mundo* vom 19.5.2011, <https://www.elmundo.es/especiales/2011/15m/manifestaciones/historico.html> (Zugriff: 2.8.2021).
- El Mundo (2013): «Ella los pone en evidencia. Ellas, Cristina Fallarás», in: *El Mundo* vom 6.2.2013, <https://www.elmundo.es/blogs/elmundo/ellas/2013/02/06/ella-los-pone-en-evidencia.html> (Zugriff: 20.7.2013).
- El Observatorio (2015): «Los españoles situarían a Podemos como primera fuerza electoral», https://cadenaser.com/ser/2015/01/09/politica/1420784845_465784.html (Zugriff: 26.10.2020)
- El País (2013a): «Ada Colau: »Este señor es un criminal y como tal deberían ustedes tratarlo«, in: *El País* vom 5.2.2013, https://elpais.com/politica/2013/02/05/actualidad/1360099627_064949.html (Zugriff: 20.7.2021).
- El País (2013b): «Los desahucios unen a los votantes. Electores del PP y del PSOE comparten las mismas opiniones sobre la PAH», in: *El País* vom 17.2.2013, https://elpais.com/politica/2013/02/16/actualidad/1361053281_008924.html (Zugriff: 1.7.2021).
- El Punt Avui (2011): «Punt i final a l'acampada de BCN», in: *El Punt Avui* vom 30.6.2011, www.elpuntavui.cat/societat/article/5-societat/429642-punt-i-final-a-lacampada-de-bcn.html (Zugriff: 28.9.2021).
- Errejón, Íñigo (2014a): «¿Qué es »Podemos«?», in: *Le Monde Diplomatique*, 7/2014, <https://mondiplo.com/que-es-podemos> (Zugriff: 26.8.2020)

- Errejón, Íñigo (2015c): Discurso Íñigo Errejón 31E La Marcha del Cambio, https://www.youtube.com/watch?v=_EBuvTvEk7g&ab_channel=PodemosFuenlabrada&app=desktop (Zugriff: 26.10.2020)
- Errejón, Íñigo (2016): »Podemos a mitad de camino«, in: *ctxt.es* vom 23.4.2016, <https://ctxt.es/es/20160420/Firmas/5562/Podemos-transformacion-identidad-poder-cambio.htm> (Zugriff: 27.11.2020).
- Eurostat (2013): »March 2013: Euro area unemployment rate at 12,1%«, in: *eurostat newsrelease euroindivaters 70/2013*, 30.4.2013, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/5171138/3-30042013-BP-EN.PDF/e5efe99e-f29f-43ef-9f99-7081c5e5bdc4> (Zugriff: 6.8.2020).
- Fernández, David (2011): [Quadern de bitàcola] Desobeir el frau, impedir l'estafa, insistir en nosaltres mateixes, in: Arcadi Oliveres et al. (Hg.), *Les veus de les places*, Barcelona: Icaria, S. 61–82.
- Foguet, Carles A./Iglesias, Pablo (2015): »Pablo Iglesias: »Me considero marxista, pero soy consciente de que cambiar las cosas no depende de los principios««, in: *Jot Down*, <https://www.jotdown.es/2015/10/pablo-iglesias-me-considero-marxista-pero-soy-consciente-de-que-cambiar-las-cosas-no-depende-de-los-principios/> (Zugriff: 28.9.2020)
- Fundación Alternativas (2013): Informe sobre la democracia en España. 2013, un gran salto hacia atrás, Madrid.
- García de Blas, Elsa/Mateo, Juan José (2015): »Pulso entre los cuatro grandes partidos por el centro político«, in: *El País* vom 19.10.2015, https://elpais.com/politica/2015/10/17/actualidad/1445094384_225174.html (Zugriff: 10.4.2023).
- García de Blas, Elsa (2021): »Yolanda Díaz se lanza a »levantar un proyecto de país««, in: *El País* vom 6.9.2021, <https://elpais.com/espana/2021-09-06/yolanda-diaz-se-lanza-a-levantar-un-proyecto-de-pais.html> (Zugriff: 28.9.2021).
- Gil, Andrés (2014): »Un boletín interno de Izquierda Anticapitalista preparó el terreno a Podemos«, in: *eldiario.es* vom 21.1.2014, https://www.eldiario.es/politica/nacimiento-podemos-candidatura-pablo-iglesias_1_5067390.html (Zugriff: 15.11.2020).
- González, Felipe (1982): Discurso de investidura de Felipe González Márquez como presidente del gobierno, https://www.lamoncloa.gob.es/presidente/presidentes/investiduras/Paginas/30111982_InvestGonzalez.aspx (Zugriff: 28.5.2021)
- González, Miriam (2020): »El régimen del 78 ha entrado en coma«, in: *El Confidencial* vom 20.1.2020, https://blogs.elconfidencial.com/espana/en-version-liberal/2020-01-20/regimen-del-78-entrado-coma_2418435/ (Zugriff: 2.8.2021).
- González Cabezas, J. Ramón (2011): »Artur Mas denuncia »kale borroka« y exige un »castigo ejemplar««, in: *Público* vom 16.6.2011, <https://www.publico.es/espana/artur-mas-denuncia-kale-borroka.html> (Zugriff: 3.8.2021).
- Hancox, Dan (2016): »Is this the world's most radical mayor?«, in: *The Guardian* vom 26.5.2016, <https://www.theguardian.com/world/2016/may/26/ada-colau-barcelona-most-radical-mayor-in-the-world> (Zugriff: 13.1.2021).
- HatueyVK (2015): Podemos – Marcha del Cambio, 31 enero 2015, Madrid, https://www.youtube.com/watch?v=VvL7zPc1Zbg&ab_channel=HatueyVK (Zugriff: 26.10.2020)
- Hofreiter, Anton (2021): »Sie sorgen für Zersiedlung«, in: *Der Spiegel*, <https://magazin.spiegel.de/SP/2021/7/175304168/index.html> (Zugriff: 11.3.2021)

- Iglesias, Pablo (2014a): Presentación de Podemos. Intervención completa. 16.1.2014, <https://www.youtube.com/watch?v=vNOsg6KF3Ts&app=desktop> (Zugriff: 26.10.2020)
- Iglesias, Pablo (2014b): Mitin de Pablo Iglesias tras resultados electorales. 26.5.2014, https://www.youtube.com/watch?v=D7ODZ5elI3g&ab_channel=MisterDedrito&app=desktop (Zugriff: 26.10.2014)
- Iglesias, Pablo (2014c): Discurso íntegro de Pablo Iglesias en el Parlamento Europeo, <https://www.youtube.com/watch?v=CJYQEGxXI-o> (Zugriff: 2.10.2020).
- Iglesias, Pablo (2015a): Discurso completo de Pablo Iglesias en la «Marcha del cambio», https://www.youtube.com/watch?v=YUrmo-SUCXY&t=906s&ab_channel=EuropaPress (Zugriff: 10.10.2020).
- Iglesias, Pablo (2015b): El minuto de Pablo Iglesias, <https://www.youtube.com/watch?v=eCJhVxZ-aIM&app=desktop> (Zugriff: 17.10.2020)
- Instituto Nacional de Estadística (INE) (2013): Encuesta Anual de Estructura Salarial. Año 2013. Nota de prensa. EAES 2013.
- Juliana, Enric (2011): »La verdad llama a la puerta«, in: La Vanguardia vom 18.5.2011, <https://www.lavanguardia.com/opinion/articulos/20110519/54156658130/la-verdad-llama-a-la-puerta.html> (Zugriff: 10.4.2023).
- Juliana, Enric (2015): »España escruta el poso griego«, in: La Vanguardia vom 25.1.2015, <https://www.lavanguardia.com/politica/20150125/54424787383/espana-es-cruta-poso-griego-enric-juliana.html> (Zugriff: 10.4.2023).
- Juliana, Enric (2020): »Las bofetadas para decidir cómo gestionar los 140.000 millones del fondo de la UE se van a oír hasta en Manila«, in: LUH Noticias.es vom 26.7.2020, <https://luhnoticias.es/entrevista-a-enric-juliana-las-bofetadas-para-decidir-como-gestionar-los-140-000-millones-del-fondo-de-la-ue-se-van-a-oir-hasta-en-manila/> (Zugriff: 10.7.2021).
- La Marea (2015): La Marcha del cambio, https://www.youtube.com/watch?v=ITM3h3TFp-8&t=1s&ab_channel=LaMarea (Zugriff: 11.10.2020)
- La Sexta (2014): Elecciones europeas – Pablo Iglesias: »Los partidos de la casta han recibido un serio correctivo«, https://www.youtube.com/watch?v=4Av4nyS_ahw (Zugriff: 30.9.2020)
- La Sexta (2015): Miles de personas se unen a Podemos para advertir a Rajoy de que »empieza su cuenta atrás«, https://www.lasexta.com/noticias/nacional/cientos-personas-acompanan-podemos-calles-madrid-cambio_20150131572567a64beb28d4460171bc.html (Zugriff: 22.9.2020)
- Llaneras, Kiko (2013): »La temporalidad temporal y sus prejuicios económicos y sociales«, <https://politikon.es/wp-content/uploads/2013/06/Kiko-Llaneras-%E2%80%99La-temporalidad-laboral-y-sus-perjuicios-econ%C3%B3micos-y-sociales.pdf> (Zugriff: 24.11.2020)
- Lluis, Conrad (2017a): »Das gibt Kraft«, in: Der Freitag vom 20.5.2017, S 21f.
- Lluis, Conrad (2017b): »Rückkehr des Verfemten«, in: Der Freitag vom 28.6.2017, S. 8.
- Lluis, Conrad (2018): »Podemos von rechts«, in: Der Freitag vom 6.2.2018, S. 8.
- Lobera, Josep (2012): »El 15-M aumenta su apoyo ciudadano«, in: El País vom 20.5.2012, https://elpais.com/politica/2012/05/19/actualidad/1337451774_232068.html (Zugriff: 10.4.2023).

- López de Miguel, Alejandro (2014): »Vamos a construir una maquinaria de guerra electoral.« Entrevista a Íñigo Errejón», in: Público vom 23.10.2014, <https://www.publico.es/actualidad/construir-maquinaria-guerra-electoral.html> (Zugriff: 26.8.2020).
- Méndez, Lucía (2015): »Pablo sin Miedo«, in: El Mundo vom 25.11.2015, <https://www.elmundo.es/espana/2015/11/25/5654d6d5ca47411c388b45a3.html> (Zugriff: 10.4.2023).
- Metroscopia (2014): Elecciones europeas 2014: último sondeo preelectoral, <https://metroscopia.org/elecciones-europeas-2014-ultimo-sondeo-preelectoral/> (Zugriff: 26.10.2020)
- Metroscopia (2015): Barómetro electoral 2015, <https://metroscopia.org/barometro-electoral-enero-2015/> (Zugriff: 22.10.2020)
- Ministerio de Administraciones Públicas (1989): Reflexiones la Modernización de la Administración (Libro Azul). Madrid: MAP.
- Minder, Raphael (2015): »Ciudadanos se abre paso desde el centro y sacude la política en España«, in: The New York Times vom 1.12.2015, <https://www.nytimes.com/es/2015/12/01/espanol/ciudadanos-se-abre-paso-desde-el-centro-y-sacude-la-politica-en-espana.html> (Zugriff: 28.10.2020).
- Monedero, Juan Carlos (2015): Discurso Juan Carlos Monedero, 31-E 2015, La marcha del cambio, https://www.youtube.com/watch?v=aGx5DmsY23c&ab_channel=PodemosFuenlabrada (Zugriff: 13.10.2020)
- Navarro, Vicenç/Torres López, Juan (2014): Un proyecto económico para la gente. Democratizar la economía para salir de la crisis mejorando la equidad, el bienestar y la calidad de vida, hg. von Podemos, <http://gesd.free.fr/navarrotorres.pdf> (Zugriff: 21.10.2020)
- Oberndorfer, Lukas/Cáceres, Imayna (2015): »Podemos: »Wir können träumen, wir können siegen!««, in: Mosaik-Blog vom 6.2.2015, <https://mosaik-blog.at/podemos-wir-koennen-traeumen-wir-koennen-siegen/> (Zugriff: 7.10.2020).
- Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH) (2008): Manifiesto. Contra el fraude hipotecario, por el derecho a la vivienda, <http://afectadosporlahipoteca.com/manifiesto-pah/> (Zugriff: 5.5.2021)
- Partido Popular (2011a): Súmate al cambio. 100 propuestas para el cambio.
- Partido Popular (2011b): Más sociedad, mejor gobierno. Programa Electoral Partido Popular 2011.
- Podemos (2015a): Queremos, Sabemos, Podemos. Un programa para cambiar nuestro país. Elecciones generales. 20.12.2015, <https://podemos.info/wp-content/uploads/2015/07/Un-programa-para-cambiar-nuestro-pa%C3%ADs.pdf> (Zugriff: 1.6.2020).
- Podemos (2015b): Estatutos del partido político Podemos 2015, https://participa.podemos.info/pdf/estatutos_de_podemos.pdf (Zugriff: 28.6.2020)
- Podemos Albacete (2015): Podemos. La Marcha del cambio #31enero en Madrid, https://www.youtube.com/watch?v=aE5wc-tfV5A&t=6s&ab_channel=PodemosAlbacete (Zugriff: 22.10.2020)
- Plataforma por una vivienda Digna (2003): Manifiesto. 40 propuestas por una vivienda digna, www.viviendadigna.org/ (Zugriff: 5.5.2021).
- Peces-Barba, Gregorio (1978): »La nueva constitución española desde la filosofía del derecho«, in: Documentación administrativa 180, S. 19–44.

- Petras, James (1996): »Padres-Hijos. Dos generaciones de trabajadores españoles«. in: Informe en Ajoblanco 3, <https://www.inventati.org/ingobernables/textos/anarquistas/informe-petras.pdf> (Zugriff: 28.5.2021).
- Playground (2021): Estos son los resultados de la macroencuesta realizada por Playground a más de 13 mil jóvenes de España sobre sus preocupaciones y sus propuestas para un futuro mejor, 21.7.2021, <https://www.playgroundweb.com/impacto-social/el-futuro-es-ahora-las-40-propuestas-de-futuro-de-la-juventud-espanola-se-presentan-en-el-congreso-de-los-diputados-4405> (Zugriff: 3.8.2021).
- Prego, Victoria (2014): »La cosecha de la cólera ya ha llenado el cesto«, in: El Mundo vom 6.11.2014, <https://www.elmundo.es/espana/2014/11/06/545ab278268e3ecf508b457b.html> (Zugriff: 10.4.2023).
- PSOE (1982): Por el cambio. Programa electoral del Partido Socialista Obrero Español, www.psoe.es/media-content/2015/03/Programa-Electoral-Generales-1982.pdf (Zugriff: 28.5.2021)
- PSOE (2015): El cambio que une. Programa electoral. Elecciones generales 2015, https://www.psoe.es/media-content/2015/11/PSOE_Programa_Electoral_2015.pdf (Zugriff: 28.5.2021)
- Rajoy, Mariano (2003): »Mi visión de la España constitucional«, in: FAES. Cuadernos de pensamiento político 1, S. 5–23.
- Rajoy, Mariano (2011): Discurso en la sesión de investidura como presidente del gobierno, https://www.lamoncloa.gob.es/presidente/presidentes/investiduras/paginas/19122011_investirajoy.aspx (Zugriff: 27.11.2020)
- Robledo, Pedro (2013): Las frases y los lemas del Movimiento 15-M más utilizados, www.movimiento15m.org/2013/07/las-frases-y-lemas-del-movimiento-15m.html (Zugriff: 4.5.2021).
- Román, David (2015): How Hugo Chavez Helped Inspire Spain's Far-Left Podemos Movement, in: The Wall Street Journal vom 26.2.2015, <https://www.wsj.com/articles/how-venezuelas-chavez-lives-on-in-spain-1425000737> (Zugriff: 1.9.2020).
- Romero, Alexis (2019): »Iglesias: »Hemos cometido muchos errores, hemos dado vergüenza ajena, pero nunca nos hemos equivocado de lado«, in: Público vom 23.3.2019, <https://www.publico.es/politica/iglesias-hemos-cometido-errores-hemos.html> (Zugriff: 3.7.2021).
- RT#15M (2011): Connectades a la xarxa – coordinades a les places, Barcelona: La Ciutat Invisible, La Directa.
- RTVE (2021): Errejón descarta una confluencia de Más País con Podemos, <https://www.rtve.es/alacarta/videos/la-hora-de-la-1/errejon-descarta-confluencia-mas-madrid-unidas-podemos-estamos-haciendo-camino-propio/5902031/> (Zugriff: 4.7.2021)
- Ruiz Valdivia, Antonio (2014): 24 datos que no sabías de Pablo Iglesias, in: Huffington Post, https://www.huffingtonpost.es/2014/11/04/pablo-iglesias_n_6101108.html (Zugriff: 28.9.2020)
- Salvados (2016): Pedro Sánchez: »Me equivoqué al tachar a Podemos de populistas, el PSOE tiene que trabajar codo con codo con Podemos«, Entrevista de Jordi Évole con Pedro Sánchez, 31.10.2016, https://www.lasexta.com/programas/salvados/noticias/podemos-susana-diaz-pasando-ibex-medios-comunicacion-pedro-sanchez-titulares_2016103158173815ocf2d6cc9cc64223.html (Zugriff: 12.7.2021).

- Sánchez, Carlos (2013): »La precariedad se dispara: el 40 % de los contratos dura ya menos de un mes«, in: *El Confidencial* vom 10.12.2013, https://www.elconfidencial.com/economia/2013-12-10/la-precariadad-se-dispara-el-40-de-los-contratos-dura-ya-menos-de-un-mes_64264/ (Zugriff: 6.8.2020).
- Statista (2021): Porcentaje de población con vivienda en régimen de arrendamiento en la Unión Europea (EU-27) en 2019, por países, <https://es.statista.com/estadisticas/610378/porcentaje-de-poblacion-viviendo-de-alquiler-en-los-paises-de-la-union-europea/> (Zugriff: 5.5.2021)
- Suárez, Alfonso (1976): Presentación de la Ley para la Reforma Política, 10.9.1976, https://www.youtube.com/watch?v=67Vn59D8D_k (Zugriff: 26.5.2021)
- Torné, Marina Fernández (2019): »La PAH acaba ocho horas de protesta con una victoria y críticas a Colau«, in: *elnacional.cat* vom 18.7.2019, https://www.elnacional.cat/es/politica/pah-ocupacion-ayuntamiento-barcelona-ada-colau_405100_102.html (Zugriff: 28.9.2021).
- V de Vivienda (2008): Comunicado de prensa. V de Vivienda llama a la movilización del próximo 1 de Marzo por el derecho a la vivienda en su primer encuentro estatal de asambleas, <http://uvedevivienda.blogspot.com/2008/02/convocatoria-estatal-1-marzo.html> (Zugriff: 10.4.2023)
- Valla Política (2015): »Lola Sánchez: »A los círculos se les ha vaciado de capacidad y de autonomía«, in: *Valla Política* vom 12.11.2015, <https://vallapolitica.wordpress.com/2015/11/12/lola-sanchez-podemos-parlamento-europeo-circulos-vaciado-capacidad-autonomia/> (Zugriff: 5.7.2021).
- Vallín, Pedro (2020): »Podemos y el síndrome Wozniak«, in: *La Vanguardia* vom 3.11.2020, <https://www.lavanguardia.com/politica/20201103/49164511181/podemos-adelante-andalucia-iu-wozniak-jobs.html> (Zugriff: 10.4.2023).
- Zarzalejos, Javier/Burns, Tom (2018): »El fracaso del bipartidismo«, in: *Diálogos FAES* vom 26.2.2018, <https://fundacionfaes.org/en/news/46632/el-fracaso-del-bipartidismo> (Zugriff: 2.8.2021).

Literatur

- Adell Argilés, Ramón (2011): »La movilización de los indignados del 15M. Aportaciones desde la sociología de la protesta«, in: Sociedad y Utopía. Revista de Ciencias Sociales 38, S. 141–170.
- Agustín, Óscar García/Briziarelli, Marco (2018): »Introduction: Winds of Change: Podemos, Its Dreams and Its Politics«, in: Dies. (Hg.), Podemos and the New Political Cycle. Left-Wing Populism and Anti-Establishment Politics, London: Palgrave, Macmillan, S. 1–22.
- Aisa, Manel (2014): La huelga de alquileres y el comité de defensa económica en Barcelona, abril-diciembre de 1931, Barcelona: El Lokal.
- Albizu Landa, Xabier (2016): »Interpretando los escraches: la prensa española en el proceso de la opinión pública«, in: Communication & Society 29 (1), S. 83–100.
- Alexander, Jeffrey C. (2004): »Cultural Pragmatics: Social Performance between Ritual and Strategy«, in: Sociological Theory 22 (4), S. 527–573.
- Alkemeyer, Thomas/Bröckling, Ulrich (2018): »Jenseits des Individuums. Zur Subjektivierung kollektiver Subjekte. Ein Forschungsprogramm«, in: Thomas Alkemeyer et al. (Hg.), Jenseits der Person. Zur Subjektivierung von Kollektiven, Bielefeld: transcript, S. 17–31.
- Álvarez-Peralta, Miguel (2014): »Hegemonías discursivas en el relato transmediático de la crisis: narrativas digitales vs periodísticas«, in: CIC Cuadernos de Información y Comunicación 19, S. 129–144.
- Anderson, Perry (1976): »The Antinomies of Antonio Gramsci«, in: New Left Review 100 (Nov. 1976-Jan. 1977), S. 5–78.
- Anderson, Perry (2018): Hegemonie. Konjunkturen eines Begriffs, Berlin: Suhrkamp.
- Andrade, Juan Antonio (2012): El PCE y el PSOE en (la) Transición, Madrid: Siglo XXI.
- Antentas, Josep María (2013): »Procés constituent: una nueva herramienta sociopolítica en construcción«, in: Jaime Pastor/Nicolás Rojas Pedemonte (Hg.), Anuari del conflicte social 2013, Barcelona: Universitat de Barcelona, S. 539–551.
- Antentas, Josep María/Vivas, Esther (2012): Planeta Indignado. Ocupando el futuro, Madrid: Sequitur.
- Aranguren, Felipe López et al. (2016): Iaioflautas. Desobediencia civil en acción, Barcelona: Icaria.

- Arditi, Benjamín (2014): »Post-hegemony: Politics Outside the Usual Post-Marxist Paradigm«, in: Alexandros Kioupkiolis/Giorgos Katsambekis (Hg.), *The Biopolitics of the Multitude versus the Hegemony of the People*, London: Ashgate, S. 17–44.
- Arendt, Hannah (2007): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München: Piper.
- Argiles, Ramón (2011): »La movilización de los indignados del 15-M. Aportaciones desde la sociología de la protesta«, in: *Sociedad y Utopía. Revista de Ciencias Sociales* 38, S. 141–170.
- Arndt, Sophie (2017): *Iberische Rechtswirklichkeiten*, in: *Rechtswirklichkeit vom 18.10.2017*, <https://barblog.hypotheses.org/1845> (Zugriff: 28.6.2021).
- Asara, Viviana (2015): »Democracy without growth: The political ecology of the Indignados movement«. PhD Thesis, Barcelona: Universitat Autònoma de Barcelona, <https://www.tdx.cat/bitstream/handle/10803/305110/va1de1.pdf?sequence=1> (Zugriff: 20.5.2021).
- Asara, Viviana (2020): »Untangling the radical imaginaries of the ›Indignados‹ movement: commons, autonomy and ecologism«, in: *Environmental Politics*, online veröffentlicht am 16.6.2020, <https://doi.org/10.1080/09644016.2020.1773176> (Zugriff: 4.6.2020).
- Asara, Viviana/Kallis, Giorgos (2018): »Fertile soil: The production of Prefigurative Territories by the Indignados movement in Barcelona«. SRE – Discussion Papers, 2018/03, Wien, WU Vienna University of Economics and Business, <https://epub.wu.ac.at/6430/> (Zugriff: 5.7.2021).
- Baby, Sophie (2018): *El mito de la transición pacífica. Violencia y política en España (1975–1982)*, Madrid: Akal.
- Bachmann-Medick, Doris (2010): *Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*, Reinbek: Rowohlt.
- Baumann, Christoph et al. (2015): »Geographien zwischen Diskurs und Praxis. Mit Wittgenstein Anknüpfungspunkte von Diskurs- und Praxistheorien denken«, in: *Geographia Helvetica* 70, S. 225–237.
- Bazaga, Isabel (2015): *Opinión pública y política de vivienda: las actitudes de los españoles sobre la política de vivienda*. Tesis Doctoral, Madrid: Universidad Complutense. <https://eprints.ucm.es/id/eprint/33348/1/T36450.pdf> (Zugriff: 21.7.2021).
- Beasley-Murray, Jon (2010): *Posthegemony. Political Theory and Latin America*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (2007): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Benach, Joan, et al. (2014): »Precarious Employment. Understanding an Emerging Social Determinant of Health«, in: *Annual Review Public Health* 35, S. 229–253.
- Benedicto, Jorge (2007): »Ciudadanos, ciudadanía y cultura democrática«, in: Manuel Pérez Ledesma (Hg.), *De Súbditos a ciudadanos. Una historia de la ciudadanía en España*, Madrid: Centro de Estudios Políticos y Constitucionales, S. 373–405.
- Bennet, Jane (2010): *Vibrant Matters. A Political Ecology of Things*, Durham, London: Duke University Press.

- Berger, Peter/Luckmann, Thomas (2007): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Mit einer Einleitung zur deutschen Ausgabe von Helmut Plessner, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Bernecker, Walther L. et al. (2009): ¿Crisis? ¿Qué crisis? España en busca de un camino, Madrid, Frankfurt a.M.: Iberoamericana, Vervuert.
- Bey, Hakim (1985): »T.A.Z.: Temporary Autonomous Zone, Ontological Anarchy, Poetic Terrorism«, <https://theanarchistlibrary.org/library/hakim-bey-t-a-z-the-temporary-autonomous-zone-ontological-anarchy-poetic-terrorism> (Zugriff: 13.5.2021).
- Blanco, Ismael et al. (2018): »El nuevo municipalismo: el derecho a la ciudad y comunes urbanos«, in: GAPP. Nueva Época 20, S. 14–28.
- Blommaert, Jan et al. (Hg.) (2003): Ethnography, Discourse and Hegemony. Special Issue of Pragmatics 13 (1).
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006): »The New Spirit of Capitalism«, in: Int. J. Polit. Cult. Soc. 18, S. 161–188.
- Borstel, Dierk (2008): »Engagement als Strategie – Was will der nette Nazi von nebenan?«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. 21 (4), S. 23–30.
- Böttcher, Andrea (2017): Radikalismus und Extremismus: Konzeptualisierung und Differenzierung zweier umstrittener Begriffe in der deutschen Diskussion. Doktorarbeit, Leiden: Universiteit Leiden. <https://scholarlypublications.universiteitleiden.nl/handle/1887/49257> (Zugriff: 13.5.2021).
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brändle, Gaspar (2007): »Consumo y cambio social en España: evolución en el equipamiento doméstico (1983–2005)«, in: Reis 120/07, S. 75–114.
- Bröckling, Ulrich (2012): »Der Ruf des Polizisten. Die Regierung des Selbst und ihre Widerstände«, in: Reiner Keller et al. (Hg.), Diskurs – Macht – Subjekt, Wiesbaden: VS, S. 131–144.
- Brown, Glenn A. (2006): »Grounded Theory and Sensitizing Concepts«, in: International Journal of Qualitative Methods 5 (3), S. 12–23.
- Butler, Judith (1990): Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity, London, New York: Routledge.
- Butler, Judith (1992): »Contingent Foundations: Feminism and the Question of ›Postmodernism‹«, in: Joan W. Scott (Hg.), Feminists Theorize the Political, New York. London: Routledge, S. 3–21.
- Butler, Judith (1993): »Poststructuralism and Postmarxism«, in: Diacritics 23 (4), S. 3–11.
- Butler, Judith (2006): Haß spricht, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2016): Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung, Berlin: Suhrkamp.
- Butler, Judith (2019): Rücksichtslose Kritik. Körper, Rede, Aufstand, Konstanz: Konstanz University Press.
- Butler, Judith et al. (2000): Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left, London, New York: Verso.
- Buttigieg, Joseph A. (2002): »Gramsci on Civil Society«, in: James Martin (Hg.), Antonio Gramsci. Critical Assessments of Leading Political Philosophers. Volume II. Marxism, Philosophy and Politics, London: Routledge, S. 422–449.

- Calleja-López, Antonio (2017): *Since 15M: the technopolitical reassembling of democracy in Spain*. PhD Thesis, Exeter: University of Exeter, file:///C:/Users/conra/AppData/Local/Temp/Calleja %20LopezT.pdf (Zugriff: 7.7.2021).
- Callon, Michel/Law, John (1997): »After the Individual in Society: Lessons on Collectivity from Science, Technology and Society«, in: *The Canadian Journal of Sociology/ Cahiers canadiens de sociologie*, 22 (2), S. 165–182.
- Callon, Michel (2007): »Some Elements of a Sociology of Translation. Domestification of the Scallops and the Fishermen of St. Brieuc Bay«, in: Kristin Asdal et al. (Hg.), *Technoscience. The Politics of Intervention*, Oslo: Unipub, S. 58–75.
- Camps Calvet, Clara/Di Nella, Dino (2020): »Contrahegemonías antirrepresivas. Un estudio de caso de la protesta en Barcelona (2011–2015)«, in: *Política y Sociedad* 57 (1), S. 143–173.
- Candel, Francisco (1979): *Un charnego en el Senado*, Barcelona: Plaza & Janes.
- Cañellas Mas, Antonio (2006): »La tecnocracia franquista: el sentido ideológico del desarrollo económico«, in: *Stud. Hist. Historia contemporánea* 24, S. 257–288.
- Castaño, Pablo (2019): »Populismo de izquierda en Europa: una comparación entre Podemos y la Francia Insumisa«, in: *Revista de Estudios Políticos* 184, S. 41–65.
- Castells, Manuel (2012): *Networks of Outrage and Hope. Social Movements in the Internet Age*, Cambridge, Malden: Polity Press.
- Castoriadis, Cornelius (1990): *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Celikates, Robin (2010): »Ziviler Ungehorsam und radikale Demokratie. Konstitutive vs. konstituierte Macht«, in: Thomas Bedorf/Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Berlin: Suhrkamp, S. 274–302.
- Celikates, Robin (2019): *Konstituierende vs. konstituierte Macht*, in: Dagmar Contesse et al. (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp, S. 563–571.
- Chamorro, Emmanuel (2018): »La lección del 15-M: construir lo político cuando no hay centro«, in: *Astrolabio. Revista internacional de filosofía* 22, S. 167–179.
- Chironi, Daniela/Fittipaldi, Raffaella (2017): »Social Movements and New Forms of Political Organization: Podemos as a Hybrid Party«, in: *Partecipazione e Conflitto* 10 (1), S. 275–305.
- Clegg, Stewart R. (1989): *Frameworks of Power*, London, Thousand Oaks: Sage.
- Clegg, Stewart R./Berti, Marco (2021): *Tales of Power*, in: *Journal of Political Power* 14 (1), S. 27–50.
- Clough, Patricia Tincineto/Halley, Jean (Hg.) (2007), *The Affective Turn. Theorizing the Social*, Durham, London: Duke University Press.
- Clua-Losada, Mònica (2012): »L'estat del benestar avui: Catalunya i Espanya«, in: *Societat Catalana 2012*, Barcelona: Institut d'Estudis Catalans, S. 53–70.
- Clua-Losada, Mònica (2015): »Tracing the competitiveness discourse in Spain: social dumping in disguise?«, in: Magdalena Bernaciak (Hg.), *Social dumping: political catchphrase or threat to labour standards?*, New York: Routledge, S. 210–225.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Daphi, Priska/Anderl, Felix (2016): »Radicalization and deradicalization in transnational social movements: a relative and multi-level mod of repertoire change«. *Working*

- Paper 1 | 2016, dissidenz.net/workingpapers/wp1-2016-daphi-anderl.pdf (Zugriff: 10.8.2020).
- Daphi, Priska/Deitelhoff, Nicole (2017): »Protest im Wandel? Jenseits von Transnationalisierung und Entpolitisierung«, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Sonderband 33: Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*, S. 306–322.
- Davidson, Alastair (2008): »The Uses and Abuses of Gramsci«, in: *Thesis Eleven* 95, S. 68–92.
- Debelle, Galvão et al. (2018): »Squatting Cycles in Barcelona: Identities, Repression and the Controversy of Institutionalization«, in: Miguel A. Martínez López (Hg.), *The Urban Politics of Squatter Movements. The Contemporary City*, https://doi.org/10.1057/978-1-349-95314-1_3 (Zugriff: 3.10.2019).
- del Campo, Salustiano; Tezanos, José Felix (2008): »Prólogo. Modernización y cambio social en la España actual«, in: Dies. (Hg.), 1. *La Sociedad. España Siglo XXI*, Madrid: Editorial Biblioteca Nueva.
- della Porta, Donatella/Mattoni, Alice (Hg.) (2014): *Spreading Protest. Social Movements in Times of Crisis*, Colchester: ECPR Press.
- della Porta, Donatella (2020): »Protests as critical junctures: some reflections towards a momentous approach to social movements«, in: *Social Movement Studies* 19 (5–6), S. 556–575.
- de la Puebla Pinilla, Ana (2012): »Flexibilidad interna y reforma laboral«, in: *RJUAM* 24, S. 195–208.
- Denninger, Tina et al. (2014): *Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft*, Bielefeld: transcript.
- Deppermann, Arnulf (2015): »Agency in Erzählungen über Gewalterfahrungen in Kindheit und Jugend. Sprachliche Praktiken der Zuschreibung von Schuld und Verantwortung an Täter und Opfer«, in: Carl Eduard Scheidt et al. (Hg.), *Narrative Bewältigung von Trauma und Verlust*, Heidelberg: Schattauer, S. 64–75.
- Derrida, Jacques (1972): *Die Schrift und die Differenz*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques (1974): *Grammatologie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques (1986): *Positionen. Gespräche mit Henri Ronse, Julia Kristeva, Jean-Louis Houdebine, Guy Scarpetta*, Wien: Passagen.
- Derrida, Jacques (1999): *Randgänge der Philosophie*, Wien: Passagen.
- Diaz-Bohne, Rainer (2010): *Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil: eine diskurstheoretische Erweiterung der Bourdieuschen Distinktionstheorie*. Wiesbaden: VS.
- Diehl, Paula (2011): »Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduelles Konzept«, in: *Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 8 (2), S. 273–292.
- Domènech, Xavier (2014): *Hegemonías. Crisis, Movimientos de resistencia y procesos políticos*, Barcelona: Akal.
- Domínguez Benavente, P. (2017): »Explorando la identidad de las nuevas élites políticas españolas: Ciudadanos y Podemos«, in: *Política y Gobernanza. Revista de Investigaciones y Análisis Político* 1, S. 53–78.
- Ealham, Chris (2010): *Anarchism and the city: Revolution and counter-revolution in Barcelona, 1898–1937*, Oakland: AK Press.

- Eco, Umberto (1977): *Zeichen. Eine Einführung in einen Begriff und seine Geschichte*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ehrenberg, Alain (2012): *Das Unbehagen in der Gesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Elbe, Ingo (2020): *Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne*, Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Eriksen, Thomas Hylland (1995): »We and Us: Two Modes of Group Identification«, in: *Journal of Peace Research* 32 (4), S. 427–436.
- Errejón, Íñigo (2011): »El 15-M como discurso contrahegemónico«, in: *Encrucijadas. Revista Crítica de Ciencias Sociales* 2, S. 120–145.
- Errejón, Íñigo (2012): *La lucha por la hegemonía durante el primer gobierno del MAS en Bolivia (2006–2009): un análisis discursivo*. Tesis doctoral, Madrid: Universidad Complutense de Madrid, <https://eprints.ucm.es/14574/1/T33089.pdf> (Zugriff: 24.11.2020).
- Errejón, Íñigo (2014b): »Podemos como práctica cultural emergente frente al imaginario neoliberal: hegemonía y disidencia. Conversación con Íñigo Errejón«, in: *IC – Revista Científica de Información y Comunicación* 4, S. 17–46.
- Errejón, Íñigo (2015a): »Pateando el tablero: »El 15M como discurso contrahegemónico«, cuatro años después«, in: *Encrucijadas. Revista Crítica de Ciencias Sociales* 9, S. 1–35.
- Errejón, Íñigo (2015b): »La construcción de un sujeto popular«, in: *Revista Teknokultura* 12 (1), S. 39–53.
- Errejón, Íñigo/Mouffe, Chantal (2015): *Construir pueblo. Hegemonía y radicalización de la democracia*, Barcelona, Icaria.
- Eßbach, Wolfgang (2014): *Religionssoziologie 1. Glaubenskrieg und Revolution als Wiege neuer Religionen*, Paderborn: Wilhelm Fink.
- Euler, Johannes/Gauditz, Leslie (2020): »Commons: Self-organized provisioning as social movements«, in: Nina Treu et al. (Hg.), *Degrowth in movements. Exploring Pathways for transformation*, Winchester: John Hunt, S. 128–142.
- Fairclough, Isabela/Fairclough, Norman (2012): *Political Discourse Analysis. A method for advanced studies*, London, New York: Routledge.
- Farrenberg, Dominik (2017): *RegierungsSpielRäume. Eine Ethnographie über Praktiken der Herstellung des Kindergartenkindes*. Dissertation, Vechta: Universität Vechta. <https://d-nb.info/1161800336/34> (Zugriff: 3.12.2020).
- Fernández, Fruela (2018): »Podemos: Politics as a »task of translation««, in: *Translation Studies* 11 (1), S. 1–16.
- Fernández, Fruela (2021): *Translating the Crisis. Politics and Culture in Spain after the 15M*, London, New York: Routledge.
- Fernández-Savater, Amador (2012a): »El 15-M y la crisis de la cultura consensual en España«, in: *Periférica Internacional. Revista para el análisis de la Cultura y el Territorio* 13, S. 63–71.
- Fernández-Savater, Amador (2012b): »Política literal y política literaria. Sobre ficciones políticas y 15M«, in: *Mediterráneo Económico* 23, S. 125–137.
- Ferreira, Carles (2019): »Vox como representante de la derecha radical en España: un estudio sobre su ideología«, in: *Revista Española de Ciencia Política* 51, S. 73–98.

- Fisher, Mark (2013): *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flugschrift*, Hamburg: VSA Verlag.
- Florencio, Rafael Núñez (2010): *El peso del pesimismo. Del 98 al desencanto*, Madrid: Marcial Pons.
- Fominaya, Cristina Flesher (2014): *Debunking Spontaneity: Spain's 15-M/Indignados as Autonomous Movement*, in: *Social Movement Studies: Journal of Social, Cultural and Political Protest*, online veröffentlicht am 19.8.2014, <https://doi.org/10.1080/14742837.2014.945075> (Zugriff: 3.4.2019).
- Fominaya, Cristina Flesher (2020): *Democracy Reloaded. Inside Spain's Political Laboratory, from 15-M to Podemos*, Oxford: Oxford University Press.
- Foucault, Michel (1981): *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. Band 1*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- França, Joao et al. (2013): »La Plataforma de Afectados por la Hipoteca y su capacidad de movilización e incidencia social«. Presentación del 12 de julio de 2013 en el XI Congreso Español de Sociología en Madrid, Universidad Complutense.
- Frank, Manfred (1984): *Was ist Neostukturalismus?*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Franzé, Javier (2017). »La trayectoria del discurso de Podemos: del antagonismo al agonismo«, in: *Revista Española de Ciencia Política* 44, S. 219–246.
- Franzé, Javier (2019): »Cercanía programática, lejanía cultural: la relación entre Podemos y PSOE durante la crisis en España (2014–2018)«, in: *deSignis. Publicación de la Federación Latinoamericana de Semiótica* 31 (Jul-Dic 2019), S. 293–313.
- Fraser, Nancy (1994): *Widerspenstige Praktiken: Macht, Diskurs, Geschlecht*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fürwitt, Julia (2022): *Krisen, Kollektive und politischer Diskurs. Krisenbedingte Dynamisierungen in Spanien seit 2010*, Bielefeld: transcript.
- Gago, Juan Maldonado (1995): »La cultura política«, in: Paloma Román Marugán (Hg.), *Sistema político español*, Madrid: McGraw-Hill Interamericana de España: S. 249–282.
- Gallego, Ferrán (2008): *El mito de la transición: La crisis del franquismo y los orígenes de la democracia (1973–1977)*, Barcelona: Editorial Crítica.
- García, Ernesto (2018): »La construcción social del activismo: reflexiones etnográficas en torno a la producción de subjetividades políticas en una asamblea barrial del 15-M en Madrid«, in: *Pensamiento al margen: revista digital sobre las ideas políticas* 8, S. 134–160.
- García, Mayka/Rodríguez, María Beltrán (2013): »Acción vs. representación: el 15-M y su repercusión en la ciudad«, in: *Ángulo Recto. Revista de estudios sobre la ciudad como espacio plural* 5 (1), S. 5–26.
- García-Lamarca, Melissa (2016): »From Occupying Plazas to Recuperating Houses: Insurgent Practices in Spain«, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 41 (1), S. 1–16.
- García Selgas, Fernando (2020): »Repensar el significado. Variaciones sobre Peirce y Wittgenstein«, in: *CIC. Cuadernos de Información y Comunicación* 25, S. 109–128.

- Gerharz, Eva (2017): »Navigating unpredictable Sites. Methodological Implications of Positioning during and after Fieldwork in Conflict Societies«, in: *Social Analysis* 61 (3), S. 1–18.
- Gertenbach, Lars et al. (2016): »Bruno Latours neue politische Soziologie – Über das Desiderat einer Debatte«, in: *Soziale Welt* 67, S. 237–248.
- Gertenbach, Lars (2019a): »Postkonstruktivismus in der Kulturosoziologie«, in: Stephan Moebius et al. (Hg.), *Handbuch Kulturosoziologie*, Wiesbaden: VS, S. 53–76.
- Gertenbach, Lars (2019b): »Von Worten und Dingen. Anmerkungen zu einem Missverständnis in der Debatte um den Performative Turn. Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe ›Zur Performativität des Sozialen: Reichweite und Erklärungskraft neuer Analyseperspektiven‹«, in: *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*, https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2018/article/view/964/1202 (Zugriff: 24.4.2023).
- Gertenbach, Lars (2020): »Von performativen Äußerungen zum Performative Turn. Performativitätstheorien zwischen Sprach- und Medienparadigma«, in: *Berlin Journal für Soziologie* 30, S. 231–258.
- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*, Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Gil, Hernán/Guilleumas, Rosa María (2017): »Redes de comunicación del movimiento 15M en Twitter«, in: *Revista Hispana para el Análisis de Redes Sociales* 28 (1), S. 136–146.
- Giménez, Luis (2014a): »Por ahora«, in: Ana Domínguez/Luis Giménez (Hg.), *Claro que Podemos. De La Tuerka a la esperanza del cambio en España*, Barcelona: los libros del linco, S. 13–18.
- Giménez, Luis (2014b): »Del estilo tuerka a la campaña de Podemos. Entrevista con Íñigo Errejón«, in: Domínguez/Giménez, *Claro que Podemos*, S. 85–118.
- Giménez, Ferran (2017): *Movimientos sociales y construcción de subjetividades. Los casos de la PAH y de las CUP. Tesis Doctoral*, Universidad del País Vasco, <https://addi.ehu.es/handle/10810/24086> (Zugriff: 22.11.2020).
- Glasze, Georg (2013): *Politische Räume. Die diskursive Konstruktion eines »geokulturellen« Raumes – die Frankophonie*, Bielefeld: transcript.
- Glasze, Georg (2015): »Identitäten und Räume als politisch: die Perspektive der Diskurs- und Hegemonietheorie«, in: *Europa Regional* 21 (1–2), S. 23–35.
- Glynos, Jason/Howarth, David (2007): *Logics of critical explanation in social and political theory*, London: Routledge.
- Glynos, Jason et al. (2009): »Discourse Analysis: Varieties and Methods«. ESRC National Centre for Research Methods Discussion Paper, National Centre for Research Methods. NCRM/014, <https://eprints.ncrm.ac.uk/id/eprint/796/> (Zugriff: 24.4.2023).
- Gordon-Burroughs, Jessica/Piazza, Luciano (2013): »Entrevista con Ernesto Laclau«, in: *Dissidence* 10 (2). <https://hemisphericinstitute.org/en/emisferica-102/10-2-dossier/entrevista-con-ernesto-laclau.html> (Zugriff: 24.11.2020).
- Graeber, David (2002): »The New Anarchists«, in: *New Left Review* 13 (Jan-Feb. 2002), S. 61–73.

- Gramsci, Antonio (1980): »Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens«, in: Ders.: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Leipzig: Verlag Philipp Reclam.
- Gramsci, Antonio (2012): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg: Argument.
- Graeff, Caroline Bianca et al. (2019): »A crítica pós-fundacionista: um debate em construção«, in: Revista Novos Rumos Sociológicos 7 (11), S. 580–599.
- Grosso, Alejandro (2011): »Tres versiones contemporáneas de la comunidad: Hacia una teoría política post-fundacionista«, in: Revista de Filosofía y Teoría Política 42, S. 49–68.
- Guedán, Manuel (2016): Podemos. Una historia colectiva, Madrid: Akal.
- Gunther, Richard et al. (2004): Democracy in Modern Spain, New Haven, London: Yale University Press.
- Haas, Tobias/Huke, Nikolai (2014): »Die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften werden dem Lohnwettbewerb geopfert«, in: EU-Infobrief 9 (4), S. 16–20.
- Habermas, Jürgen (1982): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hagemann, Ingmar (2016): Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie. Gegenhegemoniale Projekte und demokratische Demokratie am Fallbeispiel der grünen Bewegung. Dissertation, Duisburg-Essen: Universität Duisburg-Essen, <https://d-nb.info/1125469765/34> (Zugriff: 23.9.2021).
- Hall, Stuart (1980): »Cultural Studies – two paradigms«, in: Media, Culture and Society 2, S. 57–72.
- Hall, Stuart (1984): »Ideologie und Ökonomie – Marxismus ohne Gewähr«, in: Fritz Haug (Hg.), Die Camera obscura der Ideologie. Philosophie – Ökonomie – Wissenschaft, Hamburg: Argument, S. 97–121.
- Hall, Stuart (1996): »Introduction. Who needs identity?«, in: Stuart Hall/Paul Du Gay (Hg.), Questions of cultural identity, Los Angeles, London, New Delhi, Singapore: Sage, S. 1–17.
- Haugaard, Mark (2002): Power. A Reader, Manchester, New York: Manchester University Press.
- Hawkins, Kirk A./Hansen, David R. (2006): »Dependent Civil Society. The Círculos Bolivarianos in Venezuela«, in: Latin America Review 41 (1), S. 102–132.
- Helfferich, Cornelia (2005): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, Wiesbaden: VS.
- Heras, Manuel Ortiz (2011): »Nuevos y viejos discursos de la transición. La nostalgia del consenso«, in: Historia contemporánea 44, S. 337–367.
- Herrmann, Steffen/Flatscher, Matthias (2020): Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive, in: Dies. (Hg.), Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorien, Baden-Baden: Nomos, S. 7–23.
- Herschinger, Eva (2012): »Hell is the Other: Conceptualising Hegemony and Identity through Discourse Theory«, in: Millennium: Journal of International Studies 41 (1), S. 65–90.

- Hildebrand, Marius (2017): Rechtspopulismus und Hegemonie. Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz, Bielefeld: transcript.
- Hirschauer, Stefan (1989): »Die interaktive Konstruktion von Geschlechtszugehörigkeit«, in: Zeitschrift für Soziologie 18 (2), S. 100–118.
- Hirschauer, Stefan (2006): »Putting things into words. Ethnographic description and the silence of the social«, in: Human Studies 29, S. 413–444.
- Hirschauer, Stefan (2008): Die Empiriegeladenheit von Theorien und der Erfindungsreichtum der Praxis, in: Herbert Kalthoff et al. (Hg.), Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 165–187.
- Hirschauer, Stefan (2016): Verhalten, Handeln, Interagieren. Zu den mikrosoziologischen Grundlagen der Praxistheorie, in: Hilmar Schäfer (Hg.), Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm, Bielefeld: transcript, S. 45–67.
- Hirschauer, Stefan (2017): Praxis und Praktiken, in: Robert Gugutzer et al. (Hg.), Handbuch Körpersoziologie. Band 1: Grundbegriffe und theoretische Perspektiven, Wiesbaden: VS, S. 91–96.
- Holz, Hans H. (1982): Philosophische Reflexion und politische Strategie bei Antonio Gramsci, in: Hans Holz/Guiseppe Prestipino (Hg.), Antonio Gramsci heute. Aktuelle Perspektiven seiner Philosophie, Bonn: Pahl Rugenstein, S. 18–35.
- Holzinger, Markus (2014): »There is no such thing as society«. Rezension von: Oliver Marchart. Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft, in: European Journal of Sociology 55 (3), S. 486–494.
- Howarth, David (2000): »The difficult emergence of a democratic imaginary: Black Consciousness and non-racial democracy in South Africa«, in: David Howarth et al. (Hg.), Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change, Manchester, New York: Manchester University Press: S. 168–192.
- Howarth, David (2005): »Aplicando la teoría del discurso: el método de la articulación«, in: Studia Politicae 5, S. 37–88.
- Hrbek, Rudolf (2014): »Europawahl 2014: Kontinuität und neue Facetten«, in: Integration 37 (3), S. 205–227.
- Huke, Nikolai/Tietje, Olaf (2014): »Zwischen Kooperation und Konfrontation. Machtresourcen und Strategien der spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT in der Eurokrise«, in: Industrielle Beziehungen 21 (4), S. 371–389.
- Huke, Nikolai et al. (2015): »Disrupting the European Crisis: A Critical Political Economy of Contestation, Subversion and Escape«, in: New Political Economy. Online First, S. 1–27.//doi.org/10.1080/13563467.2014.999759 (Zugriff, 24.4.2023).
- Huke, Nikolai (2017): Sie repräsentieren uns nicht. Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hutter, Swen et al. (2019): »Soziale Bewegungen im Zusammenspiel mit politischen Parteien: Eine aktuelle Bestandsaufnahme«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 32 (2), S. 163–177.
- Iglesias, Pablo (2008): Multitud y acción colectiva postnacional: un estudio comparado de los desobedientes: de Italia a Madrid (2000–2005). Tesis doctoral, Madrid: Universidad Complutense de Madrid, <https://eprints.ucm.es/8458/1/T30518.pdf> (Zugriff: 27.11.2020).

- Iglesias, Pablo (2015a): »Understanding Podemos«, in: *New Left Review* 93 (May-June 2015), S. 7–22.
- Iglesias, Pablo (2015b): »Spain on the Edge«, in: *New Left Review* 93 (May-June 2015), S. 23–42.
- Imbusch, Peter (1998): »Einleitung«, in: Peter Imbusch (Hg.), *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*, Opladen: Leske + Budrich, S. 9–36.
- Institut für Sozialforschung (1956): *Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen*, Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Inurrieta, Alejandro (2007): *Mercado de vivienda en alquiler en España: más vivienda social y más mercado social. Documento de trabajo 113/2007*, Madrid: Fundación Alternativas.
- Jäger, Ulle (2014): *Der Körper, der Leib und die Soziologie. Entwurf einer Theorie der Inkorporierung*, Königstein a.T.: Ulrike Helmer.
- Jäger, Siegfried (2012): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Münster: Unrast.
- Jessop, Bob (1999): »The Strategic Selectivity of the State: Reflections on a Theme of Poulantzas«, in: *Journal of the Hellenic Diaspora* 25 (1–2), S. 1–37.
- Jiménez, Fernando (2014): *La corrupción en un país sin corrupción sistémica*, in: Joaquín Estefanía (Hg.), *Informe sobre la democracia en España 2014. Democracia sin política*, Madrid: Fundación Alternativas, S. 165–187.
- Joas, Hans/Knöbl, Wolfgang (2004): *Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): *Theorien des Populismus zur Einführung*, Hamburg: Junfermann.
- Juan Amat, Ana María/Collado Campaña, Francisco (2013): »El movimiento indignado: comunicación política y relaciones en el sistema de partidos«, in: *Nómadas. Critical Journal of Social and Juridical Studies* 38 (2), S. 1–19.
- Juliá, Santos (2000): *Cambio social y cultura política en la transición a la democracia*, in: José Carlos Mainer/Santos Juliá (Hg.), *El aprendizaje de la libertad, 1973–1986. La cultura de la transición*, Madrid: Alianza.
- Kalthoff, Herbert (2008): »Einleitung: Zur Dialektik von qualitativer Forschung und soziologischer Theoriebildung«, in: Herbert Kalthoff et al. (Hg.), *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 8–34.
- Kebir, Sabine (1986): »Zum Begriff des Alltagsverstandes (»senso comune«) bei Antonio Gramsci«, in: Helmut Dubiel (Hg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 74–83.
- Kenna, P. et al. (2016): *Pilot project – Promoting protection of the right to housing – Homelessness prevention in the context of evictions. VT/2013/056. Human European Consultancy. School of Law, National University of Ireland Galway. FEANTSA. European Union.* <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/0c16776d-1e4e-11e6-ba9a-01aa75ed71a1/language-en> (Zugriff: 8.7.2021).
- Kim, Seongcheol (2019): »Radical democracy and left populism after the squares: »Social Movement« (Ukraine), Podemos (Spain), and the question of organization«, in: *Contemporary Political Theory* 19 (2), S. 211–232.

- Kim, Seongcheol/Nonhoff, Martin (2022): »Bewegungsparteien und Volksparteien neuen Typs. Konturen einer Forschungsagenda«, in: *Mittelweg* 36 (4), S. 5–17.
- Kioupkiolis, Alexandros/Katsambekis, Giorgos (2018): *Radical Left Populism from the Margins to the Mainstream: A Comparison of Syriza and Podemos*, in: Óscar García Agustín/Marco Briziarelli (Hg.), *Podemos and the New Political Cycle. Left-Wing Populism and Anti-Establishment Politics*, London: Palgrave, Macmillan, S. 173–199.
- Klein, Josef (2011): »Diskurse, Kampagnen, Verfahren. Politische Texte und Textsorten in Funktion«, in: *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* 58 (3), S. 289–298.
- Knierbein, Sabine (2017): »Public Space, Housing Affairs, and the Dialectics of Lived Space«, in: *Tracce Urbane*, Giugno 2017, S. 102–123.
- Krebs, Angelika (2002): *Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kruse, Jan (2011): *Reader »Einführung in die Qualitative Interviewforschung«*, Freiburg i.Br.: Bezug über: www.qualitative-workshops.de.
- Kruse, Jan (2015): *Qualitative Sozialforschung. Ein integrativer Ansatz*, Weinheim, Basel: Beltz, Juventa.
- Labio, Aurora/Pineda, Antonio (2016): »Leftward Shift, Media Change? Ideology and Politics in Spanish-Online Newspapers After the 15-M Movement«, in: *International Journal of Communication* 10, S. 2661–2682.
- Labrador, Germán (2014): »¿Lo llamaban democracia? La crítica estética de la política en la transición y el imaginario de la historia en el 15-M«, in: *Kamchatka* 4, S. 11–61.
- Labrador, Germán (2017): *Culpables por la literatura. Imaginación política y contracultura en la transición española*, Madrid: Akal.
- Laclau, Ernesto (1988): *Politics and the Limits of Modernity*, in: Andrew Ross (Hg.), *Universal Abandon? The Politics of Postmodernism*, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 63–82.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1993): »Discourse«, in: R.A. Goodin/Philipp Petit (Hg.), *A Companion to Contemporary Political Philosophy*, Oxford: Blackwell Publishers, S. 431–437.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2006): »La deriva populista y la centroizquierda latinoamericana«, in: *Nueva sociedad* 205, S. 56–61.
- Laclau, Ernesto (2012a): »Postmarxismo, discurso y populismo. Un diálogo«, in: *Íconos. Revista de Ciencias Sociales* 44, S. 127–144.
- Laclau, Ernesto (2012b): »Democracia, hegemonía y nuevos proyectos en América Latina. Una entrevista«, in: *Polis. Revista Latinoamericana* 31 Número especial: Lo público, <https://journals.openedition.org/polis/3819> (Zugriff: 20.1.2020).
- Laclau, Ernesto (2014): *The Rhetorical Foundations of Society*, London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto/García-Falces, Nieves Zúñiga (2007): »Entrevista a Ernesto Laclau: Si se piensa en regímenes potencialmente totalitarios, no hay que hacerlo en el populismo sino en el neoliberalismo«, in: *Papeles* 97, S. 141–146.

- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1990): »Post-Marxism without Apologies«, in: Ernesto Laclau, *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London, New York: Verso, S. 97–134.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London, New York: Verso.
- Laraña, Enrique/Díez, Rubén (2012): »Las raíces del movimiento 15-M. Orden social e indignación moral«, in: *Revista Española del Tercer Sector* 20, S. 105–144.
- Lash, Scott (2007): »Power after Hegemony. Cultural Studies in Mutation?«, in: *Theory, Culture & Society* 24 (3), S. 55–78.
- Ledesma, M. Pérez (2006): »Nuevos y viejos movimientos sociales en la transición«, in: Carme Molinero (Hg.), *La Transición, treinta años después*, Barcelona: Península, S. 117–152.
- Lee, Neil C. A./Wang, Eric T.G (2016): »Translation to Inter-organizational Systems Integration: The Effect of Power and the Mediating Role of the Obligatory Passage Point«, in: *Pacific Asia Journal of the Association for Information Systems* 8 (3), S. 45–76.
- Lefort, Claude (1990): *Die Frage der Demokratie*, in: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 281–297.
- Leggett, Will (2013): »Restoring society to post-structuralist politics: Mouffe, Gramsci and radical democracy«, in: *Philosophy Social Criticism* 39 (3), S. 299–315.
- Lenin, W.I. (1959): »Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus«, in: Ders., *Ausgewählte Werke. Band II*. Berlin: Dietz, S. 678–766.
- León, Pablo Sánchez (2014): »Desclasamiento y desencanto. La representación de las clases medias como eje de una lectura generacional de la transición española«, in: *Kamchatka* 4, S. 63–99.
- Lessenich, Stephan (1995): *Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Spanien. Eine exemplarische Studie postautoritären Wandels*, Opladen: Leske + Budrich.
- Lessenich, Stephan (1996): »Spanischer Wein in osteuropäischen Schläuchen? Das Alte und das Neue am transformationspolitischen »Dilemma der Gleichzeitigkeit««, in: Lars Clausen (Hg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995*, S. 214–228.
- Letamendia, Arkaitz (2018): »Movilización, represión y voto. Rastreado las claves del referéndum de autodeterminación del 1 de octubre en Catalunya«, in: *Anuari del Conflicte social* (Mayo/Noviembre 2018), S. 1–32.
- Lindemann, Gesa (2017): »Verfahrensordnungen der Gewalt«, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 37 (1), S. 57–87.
- Lisi, Mario (2018): »Party innovation, hybridization and the crisis: the case of Podemos«, in: *Italian Political Science Review/Rivista Italiana di Scienza Politica* 49, S. 245–262.
- Lluis, Conrad (2011): »Deadlocks or Breakthroughs? Tracing the Movement of Indignación, Centro de Estudios 15M«, Website deaktiviert (Zugriff: 29.3.2019).
- Lluis, Conrad (2013): *Zivilgesellschaft als politischer Raum. Ein diskurstheoretisches Konzept von Zivilgesellschaft*. Unveröffentlichte Masterarbeit, Hamburg: Universität Hamburg.
- Lluis, Conrad (2019): »Die Proteste der spanischen Indignados ... und ihre Analyse mittels einer erweiterten Hegemonietheorie«, in: Judith Vey et al. (Hg.), *Poststrukturalisti-*

- sche Perspektiven auf soziale Bewegungen. Ansätze, Methoden und Forschungsspraxis, Bielefeld: transcript, S. 88–107.
- Lluís, Conrad (2020): »Neues Volk, anderes Land. Populismus als Praxis in Spanien«, in: Seongcheol Kim/Aristotelis Agridopoulos (Hg.), *Populismus. Diskurs – Hegemonie – Staat. Reihe Staatsverständnisse*, Baden-Baden: Nomos, S. 253–275.
- Lo Cascio, Paola (2016): »El Procés i el final d'un cicle polític. Un exercici metodològic«, in: *L'Espill* 51, S. 26–46.
- López, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2011): »The Spanish Model«, in: *New Left Review* 69 (May-June 2011), S. 5–29.
- Lorey, Isabell (2019): »Constituent power of the multitude«, in: *Journal of Political Theory* 15 (1), S. 119–133.
- Lorey, Isabell (2020): *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*, Berlin: Suhrkamp.
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lüdtke, Alf (1993): »Polymorphous Synchrony: German Industrial Workers and the Politics of Everyday Life«, in: *International Review of Social History* 38, S. 39–84.
- Luhmann, Niklas (1998): *Die Gesellschaft der Gesellschaft. Erster Teilband*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luz Morán, María (1989): »Un intento de análisis de la «clase parlamentaria» española: elementos de renovación y de permanencia (1977–1986)«, in: *Reis* 45 (89), S. 61–84.
- Luz Morán, María (1997): »¿Y si no voto, qué? La participación política en los años 80«, in: Rafael Cruz/Manuel Ledesma (Hg.), *Cultura y movilización en la España contemporánea*, Madrid: Alianza, S. 359–386.
- Maeckelberg, Marianne (2012): »Horizontal Democracy Now: From Alterglobalization to Occupation«, in: *Interface: a journal for and about social movements* 4 (1), S. 207–234.
- Maestu, Enrique/Gastaldi, Pablo (2018): »El informe Petras veinte años después: padres, hijos y nietos en una sociedad dual«, in: *Encrucijadas. Revista Crítica de Ciencias Sociales* 15, S. 1–6.
- Maihofer, Andrea (1995): *Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz*, Frankfurt a.M.: Ulrike Helmer Verlag.
- Manderscheid, Katharina (2014): »The Movement Problem, the Car and Future Mobility Regimes: Automobility as Dispositif and Mode of Regulation«, in: *Mobilities* 9 (4), S. 604–626.
- Manow, Philip (2020): *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.
- Mansilla López, José A. (2015a): *La Flor de Maig somos nosotros. Una etnografía de la memoria en el barrio del Poblenou*. Tesis Doctoral, Barcelona: Universitat de Barcelona, <https://tdx.cat/handle/10803/352463> (Zugriff: 10.8.2020).
- Mansilla, José A. (2015b): »Movimientos sociales y apropiaciones colectivas en la Barcelona post-15M: el papel de la Asamblea Social del Poblenou«, in: *etnogràfics* 19 (1), S. 77–97.
- Maravall, José María (1984): *La política de la transición*, Madrid: Taurus.

- Maravall, José María (1992): *What is Left? Social Democratic Politics in Southern Europe*. Estudio/Working Paper 1992/36, April 1992. Madrid: Instituto Juan March. <https://www.march.es/bibliotecas/publicaciones/ficha/fjm-pub/802/> (Zugriff: 15.6.2021).
- Maravall, José María/Santamaría, Julián (1993): »Transición política y consolidación de la democracia en España«, in: José Félix Tezanos et al. (Hg.), *La transición democrática española*, Madrid: Sistema, 183–249.
- Marchart, Oliver (2008): *Cultural Studies*, Konstanz: UTB.
- Marchart, Oliver (2010): *Die Politische Differenz*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2013a): *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2013b): *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste, Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*, Bielefeld: transcript.
- Marchart, Oliver (2017): »Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck von Postpolitik«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44–45/2017, <https://www.bpb.de/apuz/258497/liberaler-antipopulismus-ein-ausdruck-von-postpolitik?p=all> (Zugriff: 23.4.2020).
- Marchart, Oliver (2020): »Apologie des Etatismus. Vorschläge zur Behebung des institutionentheoretischen Defizits radikaler Demokratietheorie«, in: Steffen Herrmann/Matthias Flatscher (Hg.), *Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*, Baden-Baden: Nomos, S. 169–202.
- Marcus, George E. (1995): »The Emergence of Multi-Sited Ethnography«, in: *Annual Review of Anthropology* 24, S. 95–117.
- Martínez, Guillem et al. (2012): *CT o la Cultura de la Transición. Crítica a 35 años de cultura Española*, Barcelona: Debolsillo.
- Martínez Guillem, Susana (2019): »Performing (in) places, moralizing (through) spaces«, in: *Journal of Language and Politics*, S. 1–23.
- Martínez López, Miguel A./García Bernadós, Ángela (2013): »Movimiento 15M, espacio público y luchas pro-vivienda«, in: Zainak. Cuadernos de Antropología-Etnografía 36, S. 87–105.
- Marttila, Tomas (2016): *Post-Foundational Discourse Analysis. From Political Difference to Empirical Research*, Hampshire, New York: MacMillan.
- Marx, Karl (1968): *Texte zu Methode und Praxis II*. Pariser Manuskripte 1844, Reinbeck: Rowohlt.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1975): *Manifest der Kommunistischen Partei*, Berlin: Dietz.
- Marzolf, Hedwig/Ganuza, Ernesto (2016): »¿Enemigos o colegas? El 15M y la hipótesis Podemos«, in: *EMPIRIA. Revista de Metodología de Ciencias Sociales* 33, S. 89–110.
- Massey, Doreen (1992): »Politics and Space/Time«, in: *New Left Review* 196 (Nov-Dec 1992), S. 65–84.
- Mazzolini, Samuele (2020): »Populism Is not Hegemony: Towards a Re-Gramscianization of Ernesto Laclau«, in: *Theory & Event* 23 (3), S. 765–786.
- Mazzolini, Samuele/Borriello, Arthur (2021): »The normalization of left populism? The paradigmatic case of Podemos«, in: *European Politics and Society*. Online First. DOI: 10.1080/23745118.2020.1868849 (Zugriff: 12.7.2021).
- Meier, Christian (1969): »Die Entstehung des Begriffs »Demokratie«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 10 (4), S. 535–575.

- Merridale, Catherine (2017): *Lenins Zug. Eine Reise in die Revolution*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Merrifield, Andy (2011): »Crowd Politics. Or, »Here Comes Everybuddy««, in: *New Left Review* 71 (Sept-Oct 2011), S. 103–114.
- Michels, Robert (1910). *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* (Philosophisch-soziologische Bücherei 21), Leipzig: Klinkhardt, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:5:1-63868-p0111-9> (Zugriff: 23.11.2020).
- Mir, Jordi et al. (2013): »Fundamentos de la Plataforma de Afectados por la Hipoteca: activismo, asesoramiento colectivo y desobediencia civil no violenta«, in: *Educación Social. Revista de Intervención Socioeducativa* 55, S. 52–61.
- Moebius, Stephan (2003): *Die soziale Konstituierung des Anderen. Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Moebius, Stephan (2008): »Handlung und Praxis. Konturen einer poststrukturalistischen Praxistheorie«, in: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.), *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 58–74.
- Moebius, Stephan/Schroer, Markus (Hg.) (2010): *Diven, Hacker, Spekulant. Sozialfiguren der Gegenwart*, Berlin: Suhrkamp.
- Molinero, Carme/Ysàs, Pere (2018): *La Transición. Historias y relatos*, Madrid: Siglo XXI.
- Möller, Kolja (2017): »Invocatio Populi. Autoritärer und demokratischer Populismus«, in: *Leviathan* 45, Sonderband 34/2017, S. 246–267.
- Monedero, Juan Carlos/Lluis, Conrad (2017): »Den Protest in mehrheitsfähige Politik verwandeln. Juan Carlos Monedero im Gespräch mit Conrad Lluis Martell«, in: *Soziopolis* vom 23.2.2017, <https://www.sozio-polis.de/den-protest-in-mehrheitsfaehige-politik-verwandeln.html> (Zugriff: 12.7.2021).
- Monge, Cristina (2017): *15M: un movimiento político para democratizar la sociedad*, Zaragoza: Prensas de la Universidad de Zaragoza.
- Montalbán, Manuel Vázquez (2005): *Crónica sentimental de la transición*, Barcelona: Debolsillo.
- Montañés, Manuel (2020): »El 15-M: origen características, fortalezas y debilidades, e influencias y trascendencia, in: *Estudios de la Paz y el Conflicto*«, in: *Revista Latinoamericana* 1 (1), S. 59–73.
- Monterde, Arnau (2015): *Emergencia, evolución y efectos del movimiento-red 15M (2011–2015) Una aproximación tecnopolítica. Tesis Doctoral*, Barcelona: Universitat Oberta de Catalunya, <https://www.tdx.cat/handle/10803/327599#page=1> (Zugriff: 7.7.2021).
- Morell, Mayo F. (2012): »The Free Culture and 15M Movements in Spain: Composition, Social Networks and Synergies«, in: *Social Movement Studies: Journal of Social, Cultural and Political Protest*, 11 (3–4), S. 386–392.
- Moser, Sebastian J./Schlechtriemen, Tobias (2018): »Sozialfiguren – zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und soziologischer Diagnose«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 47 (3), S. 164–180.
- Moser, Sebastian J./Schlechtriemen, Tobias (2021): »Sozialfiguren der Corona-Pandemie. (K)ein Abschluss. Vom Sammeln ohne Ende«, in: *KWI-BLOG*, <https://blog.kul>

- turwissenschaften.de/sozialfiguren-der-corona-pandemie-2/], 22.02.2021 (Zugriff: 23.7.2021).
- Mouffe, Chantal (1979): »Hegemony and Ideology in Gramsci«, in: Dies. (Hg.), *Gramsci and Marxist Theory*. London: Routledge and Kegan Paul, S. 168–204.
- Mouffe, Chantal (2008): *Das demokratische Paradox*, Wien: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal (2010): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Mouffe, Chantal (2011): »Civil society, democratic values and human rights«, in: Terrell Carver/Jens Bartelson (Hg.), *Globality, Democracy and Civil Society*, London: Routledge, S. 95–111.
- Mouffe, Chantal (2013): *Agonistics. Thinking the World Politically*, London, New York: Verso.
- Mouffe, Chantal (2018): *Für einen linken Populismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Mullis, Daniel (2017): *Krisenproteste in Athen und Frankfurt. Raumproduktionen der Politik zwischen Hegemonie und Moment*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Muñoz, Antonio (2010): *El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia*, Barcelona: RBA.
- Negri, Toni/Hardt, Michael (2012): »Declaration«, in: <https://antonionegriinenglish.files.wordpress.com/2012/05/93152857-hardt-negri-declaration-2012.pdf> (Zugriff: 11.5.2021).
- Newman, Saul (2005): *Power and Politics in Poststructuralist Thought. New theories of the political*, London, New York: Routledge.
- Nez, Héloïse (2015): *Podemos. De l'indignation aux élections*, Paris : le petits matins.
- Nonhoff, Martin (2005): *Soziale Marktwirtschaft als hegemoniales Projekt. Eine Übung in funktionalistischer Diskursanalyse*. Vortrag am 1. Juli 2005, Paris XII, Créteil.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«*, Bielefeld: transcript.
- Nonhoff, Martin (2008): *Politik und Regierung: Wie das sozial Stabile dynamisch wird und vice versa*, in: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.), *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 277–294.
- Nonhoff, Martin (2010): »Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis«, in: Reiner Keller et al. (Hg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*, Wiesbaden: VS, S. 299–332.
- Nonhoff, Martin (2014): »Antagonismus«, in: Daniel Wrana et al. (Hg.), *Diskursnetz. Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung*, Berlin: Suhrkamp.
- Norval, Aletta (1996): *Deconstructing Apartheid Discourse*, London, New York: Verso.
- Nuño de la Rosa García, Julia (2014): »Del ›Que se vayan todos‹ al ›No nos representan‹. Respuestas a la crisis económica en Argentina y España«, in: *Kultur. Revista interdisciplinaria sobre la cultura de la ciutat* 1, S. 101–116.
- Nuño de la Rosa García, Julia (2015): *Del altermundismo a la indignación: un trabajo de traducción contrahegemónica*. Tesis Doctoral, Barcelona: UPF Barcelona, <https://repositori.upf.edu/handle/10230/27338?locale-attribute=en> (Zugriff: 30.6.2021).
- Nwankwo, Cletus Famous (2020): »Essentialising critical geopolitics of the farmers-pastoralists conflicts in West Africa«, in: *GeoJournal* 85, S. 1291–1308.

- Oliveira, João/Clegg, Stewart (2015): »Paradoxical puzzles of control and circuits of power«, in: *Qualitative Research in Accounting & Management* 12 (4), S. 425–451.
- Opratto, Benjamin (2012): »Ein theoretischer Universalschlüssel? Zur Ontologisierung des Hegemoniebegriffes bei Laclau und Mouffe«, in: Iris Dzudzek et al. (Hg.), *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven*, Bielefeld: transcript, S. 59–83.
- Opratto, Benjamin (2018): *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ortega, Javier (2017): *La defensa del derecho a la vivienda en movimiento. (Re)significación de las subjetividades subalternas a través de la Plataforma de Afectados por la Hipoteca de Alicante*. Tesis Doctoral, Elche: Universidad de Miguel Hernández de Elche, <http://dspace.umh.es/bitstream/11000/4531/1/TD%20Ortega%20Fern%C3%A1ndez%2c%20Javier.pdf> (Zugriff: 2.12.2020).
- Otero, Luis Enrique (1999): »Las incertidumbres de la sociedad informacional«, in: Jesús A. Martínez (Hg.), *Historia de España. Siglo XX. 1939–1996*, Madrid: Cátedra, S. 487–508.
- Pack, Sasha D. (2009): *La invasión pacífica: los turistas y la España de Franco*, Madrid: Turner.
- Palomera, Jaime (2011): »Los efectos de la desresponsabilización del Estado en el espacio de la clase trabajadora, desde la óptica de la vivienda«, in: Ignasi Terradas (Hg.), *Antropología Jurídica de la Responsabilidad*, Santiago de Compostela: Andavira Editora, S. 1–21.
- Parcerisa, Lluís (2014): »La PAH: un moviment social contrahegemònic?«, in: *Oxímora. Revista Internacional de Ètica y Política* 4, S. 23–40.
- Penella, Manuel (2005): *Los orígenes y la evolución del Partido Popular. Una historia de AP, 1973–1989. 2º Vol*, Salamanca: Caja Duero.
- Pera, Marina (2019): »La desobediencia civil en la campaña La Obra Social de la PAH«, in: *arbor* 793 (195), S. 1–13.
- Pereira da Silva, Fabricio (2018): »Bolivarianismo en la encrucijada. Análisis de la ascensión y la crisis del chavismo desde sus conceptos«, in: *Polis. Revista Latinoamericana* 51, S. 1–18.
- Pereira-Muro, Carmen (2015): *Culturas de España*, Stamford: Cengage Learning.
- Pérez, José Antonio (2014): »Este es el tiempo del cambio. España 1982–1996. Una sociedad en transformación«, in: Carlos Zubeldia Navajas et al. (Hg.), *España en democracia. Actas del IV Congreso Internacional de Historia de Nuestro Tiempo*, Logroño: Universidad de La Rioja, S. 63–82.
- Pérez Vicente, Nuria (2013): »El lenguaje político del 15-M: hacia una nueva retórica de la indignación«, in: *UNED Revista Signa* 22, S. 569–594.
- Pinilla García, Alfonso (2011): »La percepción del movimiento ›15-M‹ en las ediciones digitales de El Mundo y El País«, in: *Tejuelo* 12, S. 196–217.
- Polletta, Francesca (1999): »Free Spaces in collective action«, in: *Theory and Society* 28, S. 1–38.
- Popitz, Heinrich (1976): *Prozesse der Machtbildung. Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Popitz, Heinrich (1986): *Phänomene der Macht*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

- Portos, Martín (2019): »Keeping dissent alive under the Great Recession: no-radicalisation and protest in Spain after the eventful 15M/indignados campaign«, in: *Acta Politica* 54, S. 45–74.
- Prentoulis, Marina/Thomassen, Lasse (2013): »Political theory in the square: Protest, representation and subjectification«, in: *Contemporary Political Theory* 13 (3), S. 166–184.
- Rama, José et al. (2021): *VOX. The Rise of the Spanish Populist Radical Right*, London, New York: Routledge.
- Ramírez, José María (2018): *Los procesos de formación de voto de los electores. Estudios de caso sobre renovación electoral en España del Partido Popular y del Partido Socialista (2010–2015)*. Tesis Doctoral, Madrid: Universidad Complutense de Madrid, <https://eprints.ucm.es/47828/1/T39972.pdf> (Zugriff: 14.8.2020).
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques/Laclau, Ernesto (2012): »No nos representan? Discusión entre Jacques Rancière y Ernesto Laclau sobre estado y democracia«, in: *eldiario.es* vom 8.5.2015, https://www.eldiario.es/interferencias/democracia-representacion-laclau-ranciere_132_2685384.html (Zugriff: 1.3.2021).
- Razquín, Adriana (2015): »Juventud antifranquista en el movimiento 15M. La reactivación de trayectorias militantes rotas«, in: *Encrucijadas. Revista Crítica de Ciencias Sociales* 9, S. 1–23.
- Rius, Josep Carles (2018): *La regeneración del periodismo: el modelo de eldiario.es (2012–2017)*. Tesis Doctoral, Barcelona: Universitat Autònoma de Barcelona, <https://www.tdx.cat/handle/10803/666649> (Zugriff: 6.7.2021).
- Reckwitz, Andreas (2000): *Die Transformationen der Kulturtheorie. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Reckwitz, Andreas (2004): »Die Politik der Moderne aus kulturtheoretischer Perspektive: Vorpolitische Sinnhorizonte des Politischen, symbolische Antagonismen und das Regime der Gouvernamentalität«, in: Birgit Schwellung (Hg.), *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien – Methoden – Forschungsperspektiven*, Wiesbaden: VS, S. 33–56.
- Reckwitz, Andreas (2008a): »Praktiken und Diskurse. Eine sozialtheoretische und methodologische Relation«, in: Herbert Kalthoff et al. (Hg.), *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 188–209.
- Reckwitz, Andreas (2008b): *Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie*, Bielefeld: transcript.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Bonn: Bpb.
- Rendueles, César/Sola, Jorge (2018): »The Rise of Podemos: Promises, Constraints and Dilemmas«, in: Óscar García Agustín/Marco Briziarelli (Hg.), *Podemos and the New Political Cycle. Left-Wing Populism and Anti-Establishment Politics*, London: Palgrave Macmillan, S. 25–48.
- Rendueles, César/Sola, Jorge (2019): »Auf Strategiesuche. Die Situation der Linken in Spanien«, Madrid: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Verbindungsbüro Madrid, <https://w>

- www.rosalux.de/publikation/id/40025/die-situation-der-linken-in-spanien?cHash=faecf9f7c3b74fb7ea9a0ef6523c5e26 (Zugriff: 8.10.2020).
- Ribera-Almandoz, Olatz (2019): Searching for Autonomy and Prefiguration. Resisting the Crisis of Social Reproduction through Housing and Health Care Struggles in Spain and the UK. Tesis Doctoral, Barcelona: Universitat Pompeu Fabra, <https://www.tesisenred.net> (Zugriff: 3.12.2020).
- Ritzer, George (2002): Teoría sociológica moderna. Quinta edición, Madrid: McGrawHill.
- Rivero, Jacobo (2015): Podemos. Objetivo: asaltar los cielos, Barcelona: Planeta.
- Roch, Juan (2020): »Friends or foes? Europe and »the people« in the representation of populist parties«, in: Politics, Political Studies Association 41 (2), S. 1–16.
- Rödel, Ulrich et al. (1989): Die demokratische Frage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rodríguez, Emmanuel (2015): Por qué fracasó la democracia en España, Madrid: traficantes de sueños.
- Rodríguez, Emmanuel (2016): La política en el ocaso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos, Madrid: traficantes de sueños.
- Rodríguez, Emmanuel (2018): La política contra el estado. Sobre la política de parte, Madrid: traficantes de sueños.
- Rodríguez, Juan/Barrio, Astrid (2015): »Going National: Ciudadanos from Catalonia to Spain«, in: South European Society and Politics 21 (4), S. 1–25.
- Román, Paloma (1995): »Partidos y sistema de partidos«, in: Dies. (Hg.), Sistema político español, Madrid: McGraw-Hill, S. 184–200.
- Rosa, Harmut (2012): »Politisches Handeln und die Entstehung des Neuen in der Politik«, in: Georg Weißeno/Hubertus Hubertus (Hg.), Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen, Bonn: BpB, S. 133–154.
- Rucht, Dieter (2011a): »Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24 (3), S. 20–47.
- Rucht, Dieter (2011b): »Lassen sich personale, soziale und kollektive Identität sinnvoll voneinander abgrenzen?«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24 (4), S. 26–29.
- Rucht, Dieter (2016): »Neuere kapitalismuskritische und antikapitalistische Bewegungen«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 29 (3), S. 121–134.
- Sabaté, Irene (2014): »Del país de los propietarios al país de los sobreendeudados: reciprocidad, solidaridad y proyectos de transformación sistémica en tiempos de crisis«, in: Arts & Humanitas 8 (1), S. 168–187.
- Sabaté, Irene (2016): »The Spanish mortgage crisis and the re-emergence of moral economies in uncertain times«, in: History and Anthropology 27 (1), S. 107–120.
- Sahlins, Marshall (1985): Islands of History, Chicago, London: University of Chicago Press.
- Sánchez, Mariano (2010): La transición sangrienta. Una historia violenta del proceso democrático en España (1975–1983), Barcelona: Planeta.
- Sánchez-Rodríguez, Julia (2020): El movimiento documental del 15-M. Discursos y estéticas de la indignación. Tesis doctoral, Madrid: Universidad Carlos III de Madrid, <https://epub.uni-regensburg.de/41412/1/El%20movimiento%20documental%20del%2015.%20JSR.pdf> (Zugriff: 13.5.2021).

- Saussure, Ferdinand de (1967) [1914]: *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*, Berlin: de Gruyter.
- Schäfer, Hilmar (2013): *Die Instabilität der Praxis. Reproduktion und Transformation des Sozialen in der Praxistheorie*, Weilerswist: Velbrück.
- Schäfer, Hilmar (2016): »Praxis als Wiederholung. Das Denken der Iterabilität und seine Konsequenzen für die Methodologie praxeologischer Forschung«, in: Ders. (Hg.), *Praxistheorie. Ein soziologisches Forschungsprogramm*, Bielefeld: transcript, S. 137–159.
- Schavelzon, Salvador/Webber, Jeffery R. (2018): »Podemos and Latin America«, in: Óscar García Agustín/Marco Briziarelli (Hg.), *Podemos and the New Political Cycle. Left-Wing Populism and Anti-Establishment Politics*, London: Palgrave, Macmillan, S. 173–199.
- Schlechtriemen, Tobias (2014): *Bilder des Sozialen. Das Netzwerk in der soziologischen Theorie*, Paderborn: Wilhelm Fink.
- Schlechtriemen, Tobias (2019): »Sozialfiguren in soziologischen Gegenwartsdiagnosen«, in: Thomas Alkemeyer et al. (Hg.), *Gegenwartsdiagnosen. Kulturelle Formen gesellschaftlicher Selbstproblematisierung in der Moderne*, Bielefeld: transcript, S. 147–166.
- Schwarz, Christoph (2019): »Collective memory and intergenerational transmission in social movements: The ›grandparents‹ movement‹ iaioflautas, the indignados protests, and the Spanish transition«, in: *Memory Studies* 25 (1), S. 1–18.
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratietheorien. Eine Einführung*, Bonn: BpB.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2018): »Staat«, in: *Das Politiklexikon*. 7. aktual. u. erw. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18256/staat> (Zugriff: 4.1.2021).
- Schultze, Rainer-Olaf (2018): »Partei«, in: Dieter Nohlen/Florian Grotz (Hg.), *Kleines Lexikon der Politik*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 445–448.
- Scott, James C. (1990): *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*, New Haven and London: Yale University Press.
- Seguín, Bécquer (2017): »Podemos and the Ideals of Populist Proceduralism«, in: *Arizona Journal of Hispanic Cultural Studies* 21, S. 288–309.
- Serra, Macià/Ubasart, Gemma (2019): »Municipalismo político, social y económico. Un motor de cambio«, in: *Desacatos* 61, S. 70–79.
- Sewell, William H. (1996): »Historical events as transformations of structures: Inventing revolution at the Bastille«, in: *Theory & Society* 25, S. 841–881.
- Sewell, William H. (2006): »Por una reformulación de lo social«, in: *Ayer* 62 (2), S. 51–72.
- Seyfert, Robert (2012): »Atmosphären – Transmissionen – Interaktionen: Zu einer Theorie sozialer Affekte«, in: *Soziale Systeme* 17 (1), S. 73–96.
- Seyfert, Robert (2019): *Beziehungsweisen. Elemente einer relationalen Soziologie*, Weilerswist: Velbrück.
- Shihade, Magid et al. (2012): »The season of revolution: the Arab Spring and European mobilizations«, in: *Interface: a journal for and about social movements* 4 (1), S. 1–16.
- Smith, Anna-Marie (1998): *Laclau and Mouffe. The radical democratic imaginary*, London: Routledge.

- Snow, David et al. (1986): »Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation«, in: *American Sociological Review* 51 (4), S. 464–481.
- Snow, David et al. (Hg.) (2019): *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*, 2nd Edition, New Jersey: Wiley-Blackwell.
- Solca, Fernando Chávez/Daín, Andrés (2017): »Algunas reflexiones sobre la representación política. Una mirada desde el postfundacionalismo«, in: *Confinés* 13 (25), S. 11–30.
- Somers, Margaret (1994): »The narrative constitution of identity: A relational and network approach«, in: *Theory and Society* 23, S. 605–649.
- Sörensen, Paul (2018): »Zeugung« oder »Geburt« – Zeitlichkeiten politischer Transformation oder: Ist Schlafen politisch?, in: *Leviathan* 46 (2), S. 232–254.
- Sörensen, Paul (2020): »Die unmöglichen Subjekte des Postfundamentalismus. Pädagogik als Herausforderung des radikaldemokratischen politischen Denkens«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 61, S. 15–38.
- Speranza, Philip (2018): »A human-scaled GIS: measuring and visualizing social interaction in Barcelona's Superilles, *Journal of Urbanism*«, in: *International Research on Placemaking and Urban Sustainability* 11 (1), S. 41–62.
- Stäheli, Urs (2000a): *Poststrukturalistische Soziologien*, Bielefeld: transcript.
- Stäheli, Urs (2000b): *Sinnzusammenbrüche. Eine dekonstruktive Lektüre von Niklas Luhmanns Systemtheorie*, Weilerswist: Velbrück.
- Stäheli, Urs (2004): »Competing Figures of the Limit. Dispersion, Transgression, and Indifference«, in: Simon Critchley/Oliver Marchart (Hg.), Ernesto Laclau. *A Critical Reader*, London: Routledge, S. 226–240.
- Stäheli, Urs (2007): »Von der Herde zur Horde? Zum Verhältnis von Hegemonie- und Affektpolitik«, in: Martin Nonhoff (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld: transcript, S. 123–138.
- Stäheli, Urs (2012): »Occupy Populism«, in: *POP. Kultur und Kritik* 1, S. 26–30.
- Stäheli, Urs/Hammer, Stefanie (2016): »Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe«, in: André Brodocz/Gary S. Schaal (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart III. Eine Einführung*, Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich, S. 63–98.
- Stavrakakis, Yannis (1997): »Green ideology: a discursive reading«, in: *Journal of Political Ideologies* 2 (3), S. 259–279.
- Stavrakakis, Yannis (2016): »Teoría del discurso, crítica post-hegemónica, y la política de las pasiones de Chantal Mouffe«, in: *Revista de la Academia* 22, S. 152–174.
- Stavrakakis, Yannis (2020): »Krise, Linkspopulismus und Antipopulismus in Griechenland. Syriza von der Opposition zur Macht und zurück«, in: Seonghcheol Kim/Aristotelis Agripodopoulos (Hg.), *Populismus, Diskurs, Staat*. Baden-Baden: Nomos, S. 51–78.
- Suárez, Maka (2014): »Movimientos sociales y buen vivir: ecuatorianos en la lucha por la vivienda en la plataforma de afectados por la hipoteca (PAH)«, in: *Antropología Experimental* 14, S. 72–88.
- Suber, Daniel (2008): »Zum Erfahrungsbegriff in der Soziologie: einige theoriegeschichtliche Anmerkungen«, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft:*

- Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilband 1 u. 2, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 5897–5907.
- Subirats, Joan (2011): *Otra sociedad. ¿Otra política? De »no nos representan« a la democracia de lo común*, Barcelona: Icaria.
- Süß, Rahel (2019): »Elemente einer radikalen Demokratietheorie des Experiments. Am Beispiel der experimentellen Horizontalität munizipalistischer Bewegungen«, in: Judith Vey et al. (Hg.), *Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen*, Bielefeld: Transcript, S. 250–263.
- Süß, Rahel (2020): »Demokratie ist radikaler Experimentalismus«, in: Elke Rajal et al. (Hg.), *Making Democracy – Aushandlungen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Alltag*, Bielefeld: Transcript, S. 193–203.
- Sutterlüty, Ferdinand (2013): »Riots – moralische Eskalationen?«, in: *WestEnd* 10 (2), S. 3–23.
- Taibo, Carlos (2011): *El 15-M en sesenta preguntas*, Madrid: Catarata.
- Tarde, Gabriel (1989): *L'opinion et la foule*. Gabriel Tarde, théoricien de l'opinion. Introduction par Dominique Reynié, Paris: Presses Universitaires de France.
- Tejerina, Benjamín (2010): *La sociedad imaginada. Movimientos sociales y cambio cultural en España*, Madrid: Trotta.
- Tejerina, Benjamín et al. (2013): »From indignation to occupation: A new wave of global mobilization«, in: *Current Sociology* 61 (4), S. 1–16.
- Tellmann, Ute (2008): »Ideologie«, in: Sina Farzin/Stefan Jordan (Hg.), *Lexikon Soziologie und Sozialtheorie. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart: Reclam, S. 110–113.
- Tellmann, Ute/Optiz, Sven (2015): »Europe as Infrastructure: Networking the Operative Community«, in: *The South Atlantic Quarterly* 114 (1), S. 171–190.
- Termes, Josep (2011): *Història del moviment anarquista a Espanya*, Barcelona: L'Avenç.
- Teune, Simon (2012): »Platzbesetzungen als Laboratorien der Demokratie«, in: *ipb-Blog* vom 3.4.2023, <https://protestinstitut.eu/das-produktive-moment-der-krise/> (Zugriff: 5.3.2021).
- Thomassen, Lasse (2005): »Antagonism, Hegemony and Ideology after Heterogeneity«, in: *Journal of Political Ideologies* 10 (3), S. 289–309.
- Thompson, Edward Palmer (1963): *The Making of the English Working Class*, London: Victor Gollancz.
- Thompson, Edward Palmer (1990): *Customs in Common*, London: Penguin.
- Tietje, Olaf (2018): »Wir nahmen uns das Wort«. Migrantische Akteur_innen in Almería, Spanien: Zwischen Subalternisierung und Handlungsmacht, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Torring, Jacob (1999): *New Theories of Discourse*. Laclau, Mouffe and Žižek, New Jersey: Wiley.
- Touraine, Alain (1976): *Was nützt die Soziologie?*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Turnbul-Dugarte, Stuart J. et al. (2020): »The Baskerville's dog suddenly started barking: voting for VOX in the 2019 Spanish general elections«, in: *Political Research Exchange* 2 (1), S. 1–21.
- Turner, Victor (1995): *The Ritual Process. Structure and Anti-Structure*, New York: Aldine de Gruyter.

- Tusell, Javier (1999): »Época actual. Cuarta parte«, in: Javier Tusell et al. (Hg.), *Historia de España*. Dirigida por Javier Tusell, Madrid: Taurus.
- Ubasart-González, Gemma/Martí i Puig, Salvador (2020): »España: ¿un nuevo ciclo político?«, in: *Nueva Sociedad* 286, S. 4–13.
- Valdivielso, Joaquín (2012): »Sobre si es posible una filosofía política del 15M. Una tesis y algunas hipótesis provisionales«, in: *Astrolabio. Revista internacional de filosofía* 13, S. 471–80.
- Valdivielso, Joaquín (2017): »The outraged people. Laclau, Mouffe and the Podemos Hypothesis«, in: *Constellations* 24, S. 296–309.
- van Dyk, Silke (2012): »Poststrukturalismus. Gesellschaft. Kritik. Über Potenziale, Probleme und Perspektiven«, in: *PROKLA* 165 (42), S. 185–210.
- van Dyk, Silke (2018): »Die Mitte und ihr Anderes. Flexibilisierte Randzonen in Zeiten des Rechtspopulismus«, in: Nadine M. Schöneck/Sabine Ritter (Hg.), *Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten*, Bielefeld: transcript, S. 197–216.
- Verge, Tània (2007): *Partidos y representación política: las dimensiones del cambio en los partidos políticos, 1976–2006*, Madrid: CIS.
- Viejo, Raimundo (2012): »Indignación. Política de movimiento, nueva ola de movilizaciones y crisis de representación«, in: Fermín E. Rivas Prats et al. (Hg.), *La actuación del legislativo en los tiempos de crisis*, Ciudad de México: CESOP, S. 123–156.
- Villacís, Begoña (2015): »Los partidos tradiciones están tocados«, in: Pedro Brieger (Hg.), *La encrucijada española. Del 15-M a la disputa por el poder*, Madrid: Clave Intelectual, S. 127–142.
- Vittori, Davide (2017): »Podemos and the Five Stars Movement: Divergent Trajectories in a similar crisis«, in: *Constellations* 24, S. 324–338.
- Waldenfels, Bernhard (2000): *Das leibliche Selbst. Vorlesungen zur Phänomenologie des Leibes*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Weber, Max (2008): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Zweitausendeins.
- Wiesner, Claudia (2017): »Möglichkeiten und Grenzen repräsentativer Demokratie in der EU-Finanzkrise«, in: *Integration* 40 (1), S. 52–66.
- Wittgenstein, Ludwig (1984): *Tractatus Logico-Philosophicus, Tagebücher 1914–1916, Philosophische Untersuchungen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Woolard, Kathryn (2009): »Linguistic Consciousness among Adolescents in Catalonia: A Case Study from the Barcelona Urban Area in Longitudinal Perspective«, in: *Zeitschrift für Katalanistik* 22, S. 125–149.
- Wullweber, Joscha (2012): »Konturen eines politischen Analyserahmens – Hegemonie, Diskurs und Antagonismus«, in: Iris Dzudzek et al. (Hg.), *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven*, Bielefeld: transcript, S. 29–58.
- Wullweber, Joscha (2019): »Constructing Hegemony in Global Politics. A Discourse-Theoretical Approach to Policy Analysis«, in: *Administrative Theory & Praxis* 41 (2), S. 148–167.
- Wundrak, Rixta (2013): »Geschichten über versus Geschichten von?! Eine triangulierende Diskursanalyse am Beispiel der chinesischen Community in Bukarest«, in: Reiner Keller/Inga Truschkat (Hg.), *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven*, Wiesbaden: VS, S. 249–279.

- Young, Iris M. (1994): »Gender as Seriality: Thinking about Women as a Social Collective«, in: *Signs* 19 (3), S. 713–738.
- Ysàs, Pere (2011): »Cambio y continuidades: tres lustros de gobiernos socialistas«, in: *Ayer* 84 (4), S. 23–49.
- Ysàs, Pere (2013): »Ni modèlica ni immodèlica. La transició des de la historiografia«, in: *Franquisme & Transició* 1, S. 273–287.
- Yuval-Davis, Nira (1994): »Women, Ethnicity and Empowerment«, in: *Feminism & Psychology* 4 (1), S. 179–197.
- Zarzalejos, Javier (2016): »Populism in Spain: an analysis of Podemos«, in: *European View* 15, S. 183–191.
- Zelik, Raul (2015): *Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien*, Berlin: Bertz + Fischer.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Die beiden bei Laclau/Mouffe angelegten Diskursbegriffe	38
Abb. 2:	Politische Artikulationen nach Laclau/Mouffe am Beispiel der Februarrevolution von 1917 in Russland	45
Abb. 3:	Das Begriffspaar Vorder- und Rückseite sozialer Phänomene	52
Abb. 4:	Hegemonie bei Laclau/Mouffe zwischen dem Sozialen und dem Politischen	61
Abb. 5:	Chronologie des nachfranquistischen Spaniens (1975–2011) entlang der kanonischen Literatur	105
Abb. 6:	Die Kultur der Transition als hegemoniale Kultur des postfranquistischen Spaniens	152
Abb. 7:	Die Hauptversammlung des Barcelona-Camps am 21. Mai 2011	159
Abb. 8:	Chronologie der Proteste, Mai und Juni 2011, Fokus auf Barcelona	162
Abb. 9:	Der Empörungsdiskurs von 2011 und seine zweigeteilte Artikulation von Gesellschaft	178
Abb. 10:	Der Knotenpunkt »Demokratie« im Forderungskatalog der Versammlung auf der Madrider Puerta del Sol (20.5.2011)	183
Abb. 11:	Äquivalenzkette von Kollektiven im Forderungskatalog der Versammlung auf der Plaça Catalunya (20.6.2011)	187
Abb. 12:	Skizze der Plaça Catalunya, Flugblatt, 20.5.2011	200
Abb. 13:	Das Diskursgefüge der Empörung am Beispiel des Protestcamps in Barcelona im Frühjahr 2011	235
Abb. 14:	Assemblea 15M La Marina (19.9.2015)	251
Abb. 15:	Assemblea La Marina im Jahr 2015	275
Abb. 16:	Verhinderung einer Zwangsräumung (Phase der Ouvertüre)	286
Abb. 17:	Die Fokussierung und ihre Momente – eine kollektive und geordnete Performativität	296
Abb. 18:	Vorder- und Rückseite von Artikulationspraktiken	309
Abb. 19:	Subjektivierungspfade zur Aktivistin und Subjektpositionen bei der PAH Barcelona	322
Abb. 20:	Ateneu L'Engranatge – Ateneu Popular La Marina – Zona Franca (2015)	329
Abb. 21:	Die antagonistische Äquivalenzkette im frühen Podemos-Diskurs des Jahres 2014	371
Abb. 22:	Präsentation der Partei Podemos durch Pablo Iglesias am 16. Januar 2014 im Teatro del Barrio, Madrid	373
Abb. 23:	Äquivalenzkette des frühen Podemos-Diskurses (Frühjahr 2014)	377
Abb. 24:	Rede von Pablo Iglesias, Marcha del Cambio, Madrid, 31. Januar 2015	396

Abb. 25: Die populistische Spaltung zwischen unten und oben im Podemos-Diskurs
(2014–2016) 413

Abb. 26: Podemos- Logo (Fassung 2015/2016) 423

Abb. 27: Logo des círculo Podemos-Aljaraque 423

Abb. 28: Der Praxisbegriff einer erweiterten Hegemonietheorie 453

Abb. 29: Die Artikulationsbegriffe einer erweiterten Hegemonietheorie 463

Abb. 30: Die zentralen Konzepte eines sinnlich erweiterten Verständnisses von Kollektivität ... 477

Abb. 31: Hegemonie in (und von) Zeit und Raum – und ihre ereignishaft Dynamisierung 491

Abb. 32: Der Kollektivitätsbegriff einer erweiterten Hegemonietheorie in der Gesamtschau 508

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Knotenpunkte der Kultur der Transition, auf Grundlage von Kap. II.2.a »Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos«	147
Tab. 2:	Spaniens Modernisierung, auf Grundlage von Kap. II.2.b/c, II.3.a/b	150
Tab. 3:	Der gewaltgeprägte Antagonismus auf der Plaça Catalunya (27.5.2011 und Folgetage) ..	220
Tab. 4:	Der Begriff der kollektiven Praxis aus der Perspektive einer erweiterten Hegemonietheorie	297

Dank

Doktorarbeiten werden von einer Person geschrieben, aber von vielen ermöglicht. Das gilt nicht zuletzt für eine lange Studie wie die vorliegende. An vorderster Stelle stehen die materiellen Möglichkeitsbedingungen. Erst ein Promotionsstipendium der Hans-Böckler-Stiftung gestattete mir, nach Spanien »zurückzukehren« und diese in jeder Hinsicht faszinierenden Jahre in *propria persona* zu begleiten. Ein Forschungsstipendium des DAAD ermöglichte mir dann, meinen Aufenthalt in Spanien noch etwas zu verlängern. Die Publikation dieser Arbeit sowie ihre Open-Access-Verfügbarkeit wurden durch eine großzügige Publikationsbeihilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie durch Zuschüsse der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen sowie der HBS ermöglicht. Ihnen allen sei ausdrücklich gedankt.

Nur auf den ersten Blick unbedeutender als die materiellen sind die ideellen Stützen. Urs Stäheli hat als langjähriger Betreuer und Erstgutachter immer wieder in einer Melange von wohlwollender Unterstützung, kritischem Blick und intellektueller Inspiration auf mein wissenschaftliches Arbeiten eingewirkt. Sonia Arribas war in Barcelona nicht nur eine stete Ansprechperson, sondern auch ein Vorbild dafür, wie sich zwischen verschiedenen intellektuellen und kulturellen Kontexten navigieren lässt. Schließlich sei Stephan Lessenich für die hoffentlich nicht allzu undankbare Rolle als Drittgutachter gedankt.

Hinter diesen drei Personen stehen die drei entscheidenden Institutionen für die Entstehung dieser Dissertation. Die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg ist im ganzen Prozess der Vorbereitung, der Forschungs- und Redaktionsjahre sowie schließlich bei der Verteidigung der Arbeit ein entscheidender Ankerpunkt gewesen. Das Centre d'Estudis sobre Moviments Socials (CEMS) und, besonders, die Kolleg:innen von el Grup de Pensament Crític an der Universitat Pompeu Fabra halfen dabei, dass ich in meiner Heimatstadt Barcelona in intellektueller Hinsicht wieder heimisch wurde, mehr noch, dass ich in und mit einer Gemeinschaft von Gleichgesinnten meine Empirie inmitten eines elektrisierenden politischen Wandels verstehen lernte. Ähnliches gilt unter entgegengesetztem Vorzeichen für das Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt. Nach der spanischen Zeit konnte ich dort als Fellow in einer anregend kritischen Atmosphäre die empirischen Kapitel diskutieren und verfassen. Zusätzlich zu diesen drei Institutionen hat mich die Tätigkeit als freier

Journalist, vor allem für die Wochenzeitung der Freitag, sowohl in punkto handwerklicher als auch analytischer Kompetenzen zu einem vielleicht nicht besseren, sicherlich jedoch zu einem vollständigeren Soziologen gemacht.

Beim Denk- und Schreibprozess erfuhr ich eine Unterstützung, die sich nicht auf institutionelle Kanäle eingrenzen lässt. An erster Stelle sei Sophie Arndt genannt. Die vielen gemeinsamen Gespräche in Spanien wie in Deutschland trugen entscheidend dazu bei, wesentliche Thesen und Gedanken dieser Doktorarbeit zu erproben, zu verwerfen und in letzter Instanz schärfer herauszustellen. Zudem profitierten zentrale Kapitel von ihrer außerordentlich gewissenhaften Lektüre. Auch Marius Hildebrand und Christiane Dietrich haben einzelne Kapitel der Dissertation engagiert kommentiert und diese entscheidend verbessert. Tanja Jentsch hat durch ihr präzises Lektorat der Arbeit den letzten Schliff verliehen und diese im buchstäblichen Sinne publikationsreif gemacht. Im transcript Verlag hat erst Christian Keitel und dann Jennifer Niediek diese Studie fachkundig und geduldig betreut. Herzlichsten Dank Euch und Ihnen!

Allzu oft wird ausgeblendet, dass die Sozialwissenschaft eine Erfahrungswissenschaft ist. Sie gehört, mit Alain Touraine gesagt, nicht in den akademischen Elfenbeinturm, sondern in die Gesellschaft, muss sich immer wieder an dieser reiben. Dass mir die Versammlungen der Indignados und der PAH in Barcelona erlaubten, ihren Alltag über doch relativ lange Zeiträume zu begleiten, dafür sei ihnen hier nochmals ausdrücklich gedankt. Das Erfahren von Gesellschaft in ihren so beschwingenden wie bedrückenden Facetten kam während meiner Jahre als Doktorand jedenfalls nicht zu kurz. Soziale Realitäten ändern sich, die gemachten Erfahrungen aber bleiben. Und so tun es die Erinnerungen und Bindungen an die und zu den zahlreichen Weggefährten, die mich über kürzere oder längere Strecken im akademischen und politischen Feld, im Bergsport und bei der Lohnarbeit begleiteten. Ausdrücklich gedankt sei auch meiner Familie, die mich teils aus der Ferne, teils aus der Nähe begleitete und unterstützte. Ohne Euch alle wäre die vorliegende Studie nicht jene, zu der sie letztlich geworden ist.

»Todo pasa y todo queda, pero lo nuestro es pasar« (Alles ändert sich und alles bleibt. Unsere Sache aber ist es, zu vergehen). Die berühmte Strophe Antonio Machados erinnert an das Oszillieren zwischen Ordnung und Wandel, um das sich diese Arbeit maßgeblich dreht. Was aber immer bleiben wird, ist die Endlichkeit menschlicher Existenz. So war denn auch der Anfang und das Ende meiner Doktorarbeit geprägt durch den Tod von Angelina und Manel, für mich für immer »els tiets«. Ihnen sei dieses Buch gewidmet.



WISSEN. GEMEINSAM. PUBLIZIEREN.

transcript pflegt ein mehrsprachiges transdisziplinäres Programm mit Schwerpunkt in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Aktuelle Beiträge zu Forschungsdebatten werden durch einen Fokus auf Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsthemen sowie durch innovative Bildungsmedien ergänzt. Wir ermöglichen eine Veröffentlichung in diesem Programm in modernen digitalen und offenen Publikationsformaten, die passgenau auf die individuellen Bedürfnisse unserer Publikationspartner*innen zugeschnitten werden können.

UNSERE LEISTUNGEN IN KÜRZE

- partnerschaftliche Publikationsmodelle
- Open Access-Publishing
- innovative digitale Formate: HTML, Living Handbooks etc.
- nachhaltiges digitales Publizieren durch XML
- digitale Bildungsmedien
- vielfältige Verknüpfung von Publikationen mit Social Media

Besuchen Sie uns im Internet: www.transcript-verlag.de

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter: www.transcript-verlag.de/vorschau-download

